

*Presented by*  
*Johann F. Lintermann*



















Handbuch  
der  
**gerichtlichen Psychiatrie.**

---







# Handbuch der gerichtlichen Psychiatrie

unter Mitwirkung

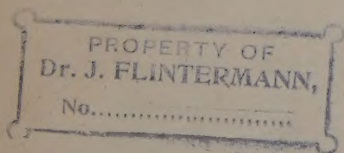
von

Prof. Dr. **Aschaffenburg**, Privatdocent Dr. **E. Schultze**,  
Prof. Dr. **Wollenberg**

herausgegeben

von

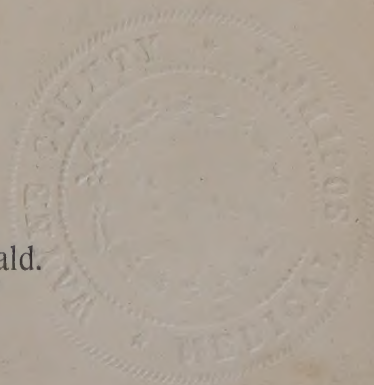
Prof. Dr. **A. Hoche.**



**Berlin 1901.**

Verlag von August Hirschwald.

NW. Unter den Linden 68.

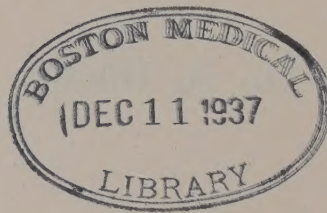




19. S. 531.

Alle Rechte vorbehalten.

---



MICROFILMED  
AT HARVARD





## Vorwort.

---

Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen weisen dem ärztlichen Sachverständigen eine fest umgrenzte Rolle in der Rechtspflege zu, nämlich die eines technischen Beraters, dem bestimmte Fragen auf Grund seines Fachwissens zur Beantwortung zugewiesen werden.

Damit sind aber die Aufgaben, die dem Irrenarzte im allgemeinen in seinen Beziehungen zur Rechtspflege obliegen, nicht erschöpft; ein langsamer Entwicklungsprozess hat dazu geführt, dass die Gesetzgebung in wachsendem Maasse die Notwendigkeit fühlt, den ärztlichen Erfahrungen über normales und abnormes Seelenleben Einfluss zu gewähren.

Wenn es sich de lege lata handelt, hat der psychiatrische Sachverständige gebundene Marschroute auf einem durch die geltenden Gesetze genau umschriebenen Gebiet, und in der Beschränkung auf dieses Gebiet liegt seine Stärke; bei jeder Erörterung de lege ferenda hat er die Pflicht und die Freiheit, diejenigen Forderungen, zu denen der Stand seines Wissens ihn führt, aufzustellen, unbekümmert darum, ob diese die zur Zeit giltigen Formeln stützen oder verneinen.

Dass ärztliche Sachverständige diese zwei ganz verschiedenen Seiten ihrer Thätigkeit nicht immer auseinanderzuhalten wissen, ist einer der Gründe für die nicht so seltenen Misshelligkeiten bei gerichtlicher Begutachtung zweifelhafter Geisteszustände.

Die vorliegende Darstellung der gerichtlichen Psychiatrie will, wie dies jede wissenschaftliche Behandlung des Gegenstandes thun muss, versuchen, der doppelten Anforderung gerecht zu werden: einerseits zu zeigen, wie unter der Voraussetzung des geltenden Rechtes abnorme Geisteszustände zu beurteilen sind, anderseits zu erörtern, in welchen Richtungen diese Voraussetzungen des geltenden Rechtes, soweit sie die Psychiatrie berühren, als unrichtig anzusehen, und auf welchen Wegen etwa Aenderungen zu erstreben sind. In erster

Linie gilt dies für die strafrechtlichen Beziehungen, bei deren Darstellung zu den schwebenden Fragen der Reform des Strafrechtes und des Strafvollzuges klar und entschieden Stellung genommen worden ist. —

Die Erörterung der zivilrechtlichen Grundlagen der forensischen Psychiatrie steht heute vor der Thatsache einer ganz neuen Gesetzgebung; sie findet dadurch augenblicklich und noch für längere Zeit die grosse Schwierigkeit, dass infolge der Kürze der seit dem Inkrafttreten des B.G.B. laufenden Frist den theoretischen Erwägungen nur spärliche praktische Erfahrungen zur Seite stehen; es ist aus diesem Grunde der Versuch, schon jetzt durch Kasuistik die einzelnen Rechtsbeziehungen zu illustrieren, garnicht erst gemacht worden. Dagegen ist die Erläuterung derjenigen Begriffe des B.G.B., die für den ärztlichen Sachverständigen von Bedeutung sind, ausführlicher gehalten; die durch Raumrücksichten gebotene Beschränkung der entwicklungsgeschichtlichen Darstellung zivilrechtlicher Begriffe auf die Gesetzesvorschriften über Geschäftsfähigkeit und Entmündigung erscheint bei der überwiegenden Bedeutung dieser Seite der bürgerlichen Rechtsbeziehungen auch sachlich begründet. Der Gesichtspunkt der Raumeinteilung hat auch Anlass werden müssen, die schon geschriebenen Abschnitte über soziale Gesetzgebung und Irrenrecht nicht mit zum Abdruck zu bringen. Die preussische Ministerialverfügung vom 26. März 1901 über Unterbringung in Privatanstalten (psychiatrische Wochenschrift No. 2. 1901) hat im Texte nicht mehr berücksichtigt werden können. —

Für die erste Hälfte des klinischen Teiles, in welcher der Versuch gemacht wird, die allgemeinen Grundsätze bei Erkennung und Beurteilung abnormer Geisteszustände und die Grundzüge einer allgemeinen Symptomenlehre vom gerichtlichen Standpunkte aus im Zusammenhange darzustellen, existierte in der hier gewählten Form kein Vorbild; um den Gegenstand dem Verständnis des nicht ärztlichen Lesers näher zu bringen, geht die Erörterung der einzelnen Erscheinungen abnormen Seelenlebens jedesmal von der Psychologie des normalen Menschen aus. —

Mit Rücksicht auf die vorausgehende Darstellung der allgemeinen klinischen Beziehungen und die schwankende Nomenklatur der einzelnen Formen von Seelenstörung schien es erlaubt und nützlich, im Schluss-



teil, in der speciellen Psychopathologie, Beschränkung in dem Sinne zu üben, dass nur anerkannte Krankheitstypen geschildert worden sind; über die dabei obwaltenden Gesichtspunkte giebt die Einleitung zum speziellen Teil (S. 565) nähere Auskunft. —

Bei der Verteilung des Stoffes ist erstrebt worden, dass jeder einem Bearbeiter zufallende Abschnitt ein in sich geschlossenes Ganze bilde; wer die Schwierigkeiten einer solchen Arbeitsteilung zu beurteilen vermag, wird über einige Wiederholungen und gelegentliche Widersprüche in nebensächlichen Punkten nicht zu hart urteilen; dass es an Bemühungen nicht gefehlt hat, um diese fast unvermeidlichen Misstände durch reinliche Scheidung des Stoffes auf das mögliche Mindestmaass zu beschränken, darf ich versichern. —

Das Litteraturverzeichnis zu den einzelnen Abschnitten findet sich jedesmal am Ende des von einem Bearbeiter herrührenden Teiles; es sind in demselben nicht nur die im Texte erwähnten Arbeiten, sondern auch andere für den Stoff des behandelten Abschnittes wesentliche Veröffentlichungen enthalten; die sogenannte „Vollständigkeit“ ist nirgends erstrebt. —

Mit der Bitte um sachliche Kritik übergebe ich dieses Buch seinem Zwecke.

Strassburg, 15. Mai 1901.

**A. Hoche.**







## Verzeichnis der Abkürzungen.

---

- A = Absatz.  
Art. = Artikel.  
B.G.B. = bürgerliches Gesetzbuch.  
E = Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen.  
E.G. = Einführungsgesetz.  
G.f.f.G. = Gesetz für freiwillige Gerichtsbarkeit.  
G.V.G. = Gerichtsverfassungsgesetz.  
I.K.V. = internationale kriminalistische Vereinigung.  
Komm.Prot. = Protokolle der II. Kommission (B.G.B.).  
Mot. = Motive.  
M.V. = Ministerialverfügung.  
R.G.E. 25. 47 = Reichsgerichtsentscheidung Band 25 No. 47.  
R.G.E.SS. = Reichsgerichtsentscheidung in Strafsachen.  
S. = Satz.  
S.A. 27. 43. = Seuffert's Archiv Band 27 No. 43.  
St.G.B. = Strafgesetzbuch.  
St.P.O. = Strafprocessordnung.  
V.O. = Vormundschaftsordnung.  
Z (in Teil IA) = Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft.  
Z (in Teil IB) = Ziffer.  
Z.f.M.B. = Zeitschrift für Medicinalbeamte.  
Z.P.O. = Zivilprocessordnung.  
Zus.gut.Aeuss. = Zusammenstellung der gutachtlichen Aeusserungen zu dem Entwurfe eines B.G.B.
-





# Inhaltsverzeichnis.

Vorwort . . . . .	Seite V
Verzeichnis der Abkürzungen . . . . .	IX

## Erster Teil.

### Die rechtlichen Grundlagen der gerichtlichen Psychiatrie.

#### A. Strafrecht und Strafprocess

von Prof. Dr. Gustav Aschaffenburg.

##### Erster Abschnitt: Das Strafrecht.

Kapitel I: Einleitung . . . . .	3
Kapitel II: Die Zurechnungsfähigkeit der Geisteskranken (§ 51 St.G.B.) . . . . .	13
Kapitel III: Strafunmündigkeit und relative Strafunmündigkeit (§§ 55, 56, 57) . . . . .	47
Kapitel IV: Die Zurechnungsfähigkeit der Taubstummen . . . . .	68
Zusammenstellung der Bestimmungen über die Zurechnungsfähigkeit in den Straf- gesetzbüchern Europas . . . . .	73
Kapitel V: Geschlechtliche Vergehen, begangen an und von Geisteskranken . . . . .	94
Kapitel VI: Verfall in Siechtum und Geisteskrankheit . . . . .	104
Kapitel VII: Die Verantwortlichkeit des Irrenarztes . . . . .	110
Kapitel VIII: Das Recht chirurgischer Eingriffe an Geisteskranken . . . . .	115
Kapitel IX: Das Berufsgeheimnis . . . . .	119

##### Zweiter Abschnitt: Die Strafprozessordnung.

Kapitel I: Der Geisteskranke als Zeuge . . . . .	122
Kapitel II: Die Sachverständigenthätigkeit . . . . .	127
Kapitel III: Der Geisteskranke als Angeschuldigter, Angeklagter und Verurtheilter . . . . .	140
Literaturverzeichnis . . . . .	147

#### B. Bürgerliches Gesetzbuch

von Privatdozent Dr. Ernst Schultze.

##### Erster Abschnitt: Einleitung.

Kapitel I: Begründung der Stoffeinteilung . . . . .	155
Kapitel II: Juristische Vorbemerkungen . . . . .	157
a) Geschäftsfähigkeit und die verschiedenen Arten der Rechtsgeschäfte . . . . .	157
b) Gültigkeit, Anfechtbarkeit und Nichtigkeit . . . . .	161

c) Beschränkte Geschäftsfähigkeit und Geschäftsunfähigkeit . . . . .	Seite 162
d) Deliktsfähigkeit — Rechtsfähigkeit . . . . .	178

### **Zweiter Abschnitt: Geschäftsfähigkeit im Allgemeinen.**

Kapitel I: Entstehungsgeschichte . . . . .	180
Kapitel II: Der Einfluss vorübergehender Psychosen . . . . .	197
a) Abgabe von Willenserklärungen . . . . .	197
1. Vorgeschichte des § 105 Abs. 2 und allgemeine Bemerkungen . . . . .	197
2. Bewusstlosigkeit und deren Diagnose . . . . .	201
3. Störung der Geistesthätigkeit . . . . .	209
b) Empfang von Willenserklärungen, Schlussbemerkungen . . . . .	216
Kapitel III: Der Einfluss dauernder Psychosen nach § 104 Z. 2 . . . . .	218
a) Allgemeine Bemerkungen . . . . .	218
b) Sachverständigenthätigkeit . . . . .	225
Kapitel IV: Die Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche . . . . .	231
a) Allgemeiner Theil:	
1. Allgemeine Bemerkungen . . . . .	231
2. Unfähigkeit zur Besorgung seiner Angelegenheiten . . . . .	235
3. Gemeingefährlichkeit und Entmündigung . . . . .	242
4. Anstaltsverpflegung und Entmündigung . . . . .	248
5. Wirkung der Entmündigung im Allgemeinen . . . . .	252
6. Unterscheidung von Geisteskrankheit und Geistesschwäche im Sinne des Gesetzes . . . . .	253
7. Die Verschiedenheit der Wirkung der Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche . . . . .	258
8. Verhältnis des § 104 Z. 2 zur Entmündigung . . . . .	268
9. Die Sachverständigenthätigkeit . . . . .	270
b) Spezieller Theil . . . . .	274
Kapitel V: Das Entmündigungsverfahren . . . . .	283
1. Der Entmündigungsantrag . . . . .	286
2. Die Einleitung des Verfahrens . . . . .	288
3. Die Ueberweisung des Verfahrens . . . . .	288
4. Die Beweiserhebung . . . . .	289
5. Der Entmündigungstermin und die Thätigkeit des Sachverständigen . . . . .	290
6. Die Anstaltsbeobachtung . . . . .	293
7. Die einstweilige Fürsorge . . . . .	294
8. Die Entscheidung . . . . .	295
9. Die Anfechtungsklage . . . . .	296
Kapitel VI: Die Wiederaufhebung der Entmündigung wegen Geistesstörung . . . . .	298
a) Materiell . . . . .	298
1. Allgemein . . . . .	298
2. Speziell . . . . .	301
b) Formell . . . . .	303
Kapitel VII: Die Entmündigung wegen Trunksucht . . . . .	305
a) Materiell . . . . .	305
1. Voraussetzungen der Entmündigung . . . . .	305
2. Wirkung der Entmündigung . . . . .	311
3. Sachverständigenthätigkeit . . . . .	314
4. Wiederaufhebung der Entmündigung . . . . .	311
b) Formell . . . . .	365
Kapitel VIII: Vorläufige Vormundschaft . . . . .	319



	Seite
Kapitel IX: Pflegschaft . . . . .	321
1. Juristische Vorbemerkungen . . . . .	321
2. Bedürfnisfrage und praktische Brauchbarkeit der Pflegschaft . . . . .	323
3. Handhabung des § 1910 A. 2 . . . . .	328

### Dritter Abschnitt: Geschäftsfähigkeit im Speziellen.

A. Ehefähigkeit . . . . .	331
Kapitel I: Juristische Vorbemerkungen . . . . .	331
Kapitel II: Einfluss der Geistesstörungen zur Zeit der Eheschliessung . . . . .	333
1. Ehemündigkeit . . . . .	334
2. Beschränkte Geschäftsfähigkeit zur Zeit der Eheschliessung . . . . .	335
3. Geschäftsunfähigkeit zur Zeit der Eheschliessung . . . . .	336
4. Bewusstlosigkeit oder vorübergehende Geistesstörung zur Zeit der Eheschliessung . . . . .	338
Kapitel III: Anfechtung der Ehe wegen Irrtum oder Täuschung . . . . .	339
1. Juristische Vorbemerkungen . . . . .	340
2. Sachverständigentätigkeit . . . . .	344
Kapitel IV: Die Ehescheidung wegen Geisteskrankheit . . . . .	349
a) Voraussetzungen der Ehescheidung . . . . .	349
1. Dreijährige Dauer der Geisteskrankheit . . . . .	350
2. Aufhebung der geistigen Gemeinschaft . . . . .	353
3. Aussichtslosigkeit der Wiederherstellung der geistigen Gemeinschaft . . . . .	357
b) Schlussbemerkungen . . . . .	361
B. Testierfähigkeit . . . . .	363
Kapitel V: 1. Juristische Vorbemerkungen . . . . .	363
2. Testierfähigkeit entmündigter Geisteskranker . . . . .	364
3. Testierfähigkeit nicht entmündigter Geisteskranker . . . . .	366
4. Testierfähigkeit und gewisse Mängel . . . . .	371
5. Widerruf . . . . .	373

### Vierter Abschnitt: Die Deliktsfähigkeit.

a) Vorbemerkungen . . . . .	374
b) Deliktsfähigkeit für eigene Handlungen:	
1. bei Unerwachsenen . . . . .	377
2. bei Irren . . . . .	378
c) Deliktsfähigkeit für fremde Handlungen . . . . .	383
Litteraturverzeichnis . . . . .	387

## Zweiter Teil.

### Die klinischen Grundlagen der gerichtlichen Psychiatrie.

#### A. Grundzüge einer allgemeinen gerichtlichen Psychopathologie

von Prof. Dr. A. Hoche.

#### Erster Abschnitt.

Kapitel I: Einleitung . . . . .	395
Kapitel II: Der normale Mensch vor Gericht . . . . .	402
Kapitel III: Erbllichkeit und Entartung . . . . .	410

**Zweiter Abschnitt: Allgemeine Symptomenlehre.**

Kapitel I: Sinnestäuschungen . . . . .	420
Kapitel II: Wahnideen . . . . .	428
Kapitel III: Störungen des Gedächtnisses . . . . .	439
Kapitel IV: Anomalien der Gefühle . . . . .	447
Kapitel V: Krankhafte Gemütsbewegungen (pathologische Affekte) . . . . .	450
Kapitel VI: Störungen des Bewusstseins . . . . .	459
Kapitel VII: Allgemeines über die Störungen des Wollens . . . . .	477
Kapitel VIII: Anomalien der Triebe . . . . .	479
Kapitel IX: Impulsives Handeln . . . . .	503
Kapitel X: Psychische Zwangsvorgänge . . . . .	506
Kapitel XI: Psychische Schwäche . . . . .	513
Kapitel XII: Das sogenannte „moralische Irresein“ . . . . .	522
Kapitel XIII: Das inducirte Irresein . . . . .	529

**Dritter Abschnitt: Die Erkennung des Irreseins.**

Vorbemerkungen . . . . .	532
Kapitel I: Grenzzustände . . . . .	533
Kapitel II: Körperliche Störungen . . . . .	537
Kapitel III: Simulation und Dissimulation geistiger Störung . . . . .	539

**Vierter Abschnitt.**

Das Gutachten des ärztlichen Sachverständigen . . . . .	545
Litteraturverzeichnis . . . . .	554

**B. Specielle gerichtliche Psychopathologie.****Erste Hälfte.****Einfache funktionelle und organisch bedingte Seelenstörungen**

von Prof. Dr. A. Hoche.

**Erster Abschnitt: Einfache funktionelle Seelenstörungen.**

Vorbemerkungen . . . . .	565
Kapitel I: Die Manie . . . . .	567
Kapitel II: Die Melancholie . . . . .	571
Kapitel III: Periodische (und zirkuläre) Seelenstörungen . . . . .	577
Kapitel IV: Akutes hallucinatorisches Irresein . . . . .	582
Puerperalpsychosen . . . . .	585
Kapitel V: Die Gefängnispsychosen . . . . .	586
Kapitel VI: Chronische Paranoia-Formen . . . . .	587

**Zweiter Abschnitt: Organisch bedingte Seelenstörungen.**

Kapitel I: Die progressive Paralyse . . . . .	610
Kapitel II: Die Dementia senilis . . . . .	618
Kapitel III: Andere organisch bedingte Seelenstörungen . . . . .	624
Litteraturverzeichnis . . . . .	628



**Zweite Hälfte.****Die Seelenstörungen bei chronischen Vergiftungen und bei Neurosen; die geistigen Schwächezustände**

von Prof. Dr. Wollenberg.

**Dritter Abschnitt: Seelenstörungen bei chronischen Vergiftungen.**

Kapitel I: Alkoholismus . . . . .	633
Kapitel II: Morphinismus. Cocainismus . . . . .	654

**Vierter Abschnitt: Seelenstörungen bei Neurosen.**

Kapitel I: Epilepsie . . . . .	657
Kapitel II: Hysterie . . . . .	682
Kapitel III: Neurasthenie . . . . .	695

**Fünfter Abschnitt: Geistige Schwächezustände.**

Kapitel I: Entwicklungshemmungen . . . . .	698
Kapitel II: Verblödungsprozesse . . . . .	706
Litteraturverzeichnis . . . . .	714
Sachregister . . . . .	721
Druckfehler . . . . .	732

---





Erster Theil.

Die rechtlichen Grundlagen der gerichtlichen  
Psychiatrie.

---

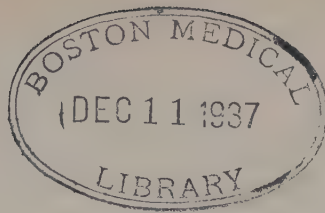
**A. Strafrecht und Strafprozess**

von

Prof. Dr. **Gustav Aschaffenburg.**

---





## Erster Abschnitt.

---

# Das Strafrecht.

---

### Kapitel I.

#### Einleitung.

Aufgaben des Irrenarztes im Strafrecht. — Ursachen des Verbrechenens. — Lombrosos uomo delinquente. — Soziale Verantwortlichkeit. — Das Problem der Willensfreiheit. — Normale Bestimmbarkeit durch normale Motive.

Die Aufgabe, die der psychiatrische Sachverständige innerhalb des Strafrechts im weitesten Sinne zu erfüllen hat, ist eine zweifache. Die erste, häufigere, ist die eines Werkzeuges der Strafrechtspflege; in all' den Fragen, in denen eine Person infolge einer geistigen Erkrankung in Berührung mit der Rechtspflege geraten ist, hat er dem Richter und Strafvollzugsbeamten mit Rat und That beizustehen. Die zweite, wichtigere, ist die wissenschaftliche Klärung der Ausnahmestellung, die dem psychisch Abnormen gewahrt werden muss. Auf diesem Gebiete müssen die Irrenärzte die Führung zu erlangen suchen und in grossen Zügen die Grundlagen feststellen, auf denen der Strafrechtler seine Gesetze aufbauen kann. Mit anderen Worten, wir haben einerseits die bestehenden Gesetze zu erörtern, anderseits die zukünftigen vorzubereiten.

Beide Aufgaben gehen Hand in Hand. Jeder Versuch, den Standpunkt der psychiatrischen Wissenschaft in Einklang mit den bestehenden Gesetzen zu bringen, muss notwendig von der Erörterung des Weges ausgehen, auf dem diese Gesetzgebung zu stande kam; weiter muss der Weg gesucht werden, auf dem es möglich ist, die in mancher Beziehung mangelhafte Fassung der gesetzlichen Bestimmungen und in vielen Punkten unrichtige Auffassung psychologischer und psychiatrischer Begriffe zur Anwendung zu bringen, ohne dem Kranken allzusehr Unrecht zu thun. Dieser Weg führt in seiner weiteren Verfolgung von selbst auch auf das Endziel einer Gesetzgebung, die den Anforderungen der Irrenärzte Genüge thut. Voraussetzung einer solchen idealen Gesetzgebung ist aber das einträchtige Zusammenarbeiten aller beteiligten Kreise. Der Psychiater wird sich der Pflicht nicht entziehen können, sich um die Grundlagen der Rechtswissenschaft zu kümmern; der Jurist aber sollte weder in unbegründetem Miss-



trauen noch in verkehrter Selbstüberhebung den Arbeitsanteil des Irrenarztes zu schmälern versuchen.

Horn (2. S. 152) verlangt, dass „der Jurist sich stets des selbständigen Werts bewusst bleibt, der seiner in letzter Linie auf Philosophie (Metaphysik und Erkenntnistheorie) zurückführenden Geisteswissenschaft mit ihrer deduktiven Denkarbeit gegenüber den empirischen Resultaten und den zweifelhaften Hypothesen naturwissenschaftlicher Erklärung in alle Ewigkeit hinein zukommen muss.“ Zweifelhafte Hypothesen geben wir gerne preis, nicht aber empirische Resultate. Gerade wegen des Schwergewichtes der Ergebnisse unserer Beobachtungen und Erfahrungen möchte ich den Wunsch zur zwingenden Notwendigkeit und unerlässlichen Voraussetzung jedes wissenschaftlichen Fortschrittes machen, dass der Jurist versucht, sich in naturwissenschaftliches Denken einzuarbeiten. Mit Menschen hat der Strafrichter zu thun, auf Menschen, nicht auf Begriffe sucht er einzuwirken; nie und nimmermehr kann das scharfsinnigste Deducieren die Widersprüche mit dem Leben beseitigen. Wer die gewaltige Anregung einmal verspürt hat, die induktives Denken, naturwissenschaftliches Forschen, planmässiges und zielbewusstes Beobachten den Geisteswissenschaften zu bringen vermag, wer das neue Leben pulsieren gefühlt hat, das den erstarrten Formen des Strafrechts durch die Naturwissenschaften verliehen wird, der wird nicht mehr die Augen schliessen wollen, nur um die erschütterten Grundlagen des Strafrechts nicht wanken zu sehen. Er wird mit Freuden sich an der grossen Aufgabe beteiligen, das neue Fundament eines neuen Gesetzes zu legen.

„Die jetzige Zeit, in welcher die Grundmeinungen über die Aufgaben der Strafrechtspflege unvermittelt und schroff gegeneinander stehen, dürfte wohl nicht die geeignete Zeit für eine Revision der Strafgesetzgebung sein,“ meint Hermann Seuffert (S. 30); er mag darin Recht haben. Das hindert aber die wissenschaftliche Erforschung dieser Grundmeinung nicht, hindert nicht, unser Wissen zu prüfen und zu erweitern. Kommt eine Zeit, die der grossen Aufgabe gewachsen ist — und es ist zu hoffen, dass sie nicht zu ferne liegt — so müssen die Bausteine für das neue Werk zur Hand sein.

Nicht die Ausblicke in eine ferne Zukunft allein geben dem Irrenarzte das Recht, seine Stimme geltend zu machen, auch die tagtäglichen Anforderungen des Strafrichters zwingen ihn zur Stellungnahme in der schwerwiegendsten aller Grundfragen des Strafrechts, zur Frage nach der Verantwortlichkeit. Sie praktisch zu umgrenzen, gelingt nur, wenn wir uns wenigstens mit den wichtigsten Anschauungen der Rechtswissenschaft vertraut machen und dazu Stellung nehmen. Ueber den Umfang, in dem ein Individuum für seine Handlungen verantwortlich gemacht werden kann, würden wir dann am leichtesten Klarheit gewinnen, wenn wir ganz im allgemeinen die Ursachen kennen würden, die zum Verbrechen führen. Ob es uns dann möglich wäre, auch für den einzelnen Fall das Verhalten des einzelnen Menschen den allgemeinen Ursachen gegenüber genau zu erkennen, würde die zweite Frage sein. Von alledem sind wir nun denkbar weit entfernt. Jahrtausende lange Uebung des Strafrechts hat die Ursachen-

lehre des Verbrechens so wenig gefördert, dass heute noch fast alles zu thun bleibt. Gleichwohl haben die letzten Jahrzehnte manches geklärt und so sicher gestellt, dass wir es dem Bestande unseres Wissens einverleiben können.

Die Brücke zwischen den ewig wechselnden äusseren Verhältnissen, unter denen Verbrechen zustande kommen, und diesen selbst ist nicht leicht zu schlagen. Erst dann, wenn wir stets als Begleiterscheinung irgend welcher physischer, sozialer oder psychologischer Vorgänge dieselben Delikte sich wiederholen sehen, wenn dieses zeitliche Zusammentreffen so gesetzmässig ist, dass wir immer die beiden Erscheinungen nebeneinander hergehen sehen, erst dann sind wir berechtigt, den äusserlichen Parallelismus für einen causalen Zusammenhang zu halten. Ob wir damit den letzten Ursachen für die Verbrechen auf den Grund gekommen sind, mag hier unerörtert bleiben. Als zweifellos feststehende Ursachen von Verbrechen beziehungsweise als Thatsachen, deren Zusammengehörigkeit gesichert ist, betrachte ich die Schwankungen der Sittlichkeitsdelikte, die von ihrem Winterminimum bis zum Maximum im Juni und Juli sich um das 2—2½fache vermehren; die unverkennbare und auch psychologisch durchsichtige Abhängigkeit der gefährlichen Körperverletzungen von den Trinkgewohnheiten; den Parallelismus zwischen Diebstahl und Getreidepreisen; die Beziehungen von Alter und Geschlecht zu den verschiedenen Verbrechen<sup>1)</sup>.

Eine zweite Richtung der Verbrechensforschung, deren Hauptvertreter der vielgeschmähte Cesare Lombroso ist, fasst den Verbrecher als eine Abart des normalen Menschen auf. Lombrosos Hypothese besagt, „dass alle echten Verbrecher eine bestimmte, in sich kausal zusammenhängende Reihe von körperlichen, anthropologisch nachweisbaren, und seelischen, psycho-physiologisch nachweisbaren, Merkmalen besitzen, die sie als eine besondere Varietät, einen eigenen anthropologischen Typus des Menschengeschlechts charakterisieren, und deren Besitz ihren Träger mit unentrinnbarer Notwendigkeit zum Verbrecher — wenn auch vielleicht zum unentdeckten — werden lässt, ganz unabhängig von allen sozialen und individuellen Lebensbedingungen.“ (Kurella, S. 2.)

Diese Auffassung des *delinquente nato* hat zum Teil ihre Widerlegung gefunden, da sich die von Lombroso und seinen Schülern angegebenen anatomischen und psychologischen Merkmale des geborenen Verbrechers nicht bewährt haben. Nicht bewährt insofern, als sie weder so charakteristisch noch so zahlreich sind, um einstweilen wissenschaftlich und praktisch verwertbar zu sein.

Dagegen ist die Thatsache nicht zu leugnen, dass bei einer grossen Anzahl von Verbrechern eine Wiedereinordnung in die Gesellschaft vollständig ausgeschlossen ist. Unter den am 1. Oktober 1894 in den preussischen Zuchthäusern

---

1) Auf den Nachweis, dass es sich hier um thatsächliche Zusammengehörigkeit und nicht um zufälliges zeitliches Zusammentreffen handelt, muss ich hier leider verzichten; ich will deshalb nur bemerken, dass ich mich in der Aufzählung der Ursachen nur auf das beschränkt habe, was mir zweifellos festzustehen schien.

inhaftierten und von da ab bis zum 31. März 1897 neu aufgenommenen 15539 Sträflingen, die mindestens 3 Freiheitsstrafen, darunter eine oder mehrere von 6 Monaten Gefängnis und darüber verbüsst hatten, waren nur  $440 = 2,8 \text{ pCt.}$ , bei denen die Gefängnisbeamten den Rückfall für zweifelhaft,  $337 = 2,2 \text{ pCt.}$ , bei denen sie ihn für unwahrscheinlich hielten. (Ewert S. 193.) Damit ist unerschütterlich nachgewiesen, dass zahllose Mitglieder des Verbrecherheeres unter den jetzigen Verhältnissen weder aus eigener Kraft die Verbrecherlaufbahn verlassen, noch ihr entrissen werden können. Wenn auch der anatomische Beweis als missglückt zu betrachten ist, den statistischen Beweis von der Existenz des unverbesserlichen Verbrechers kann man nicht aus der Welt schaffen.

Ob es mehr individuelle Eigenschaften sind, die diese Erscheinung zeitigen, oder ob die Verbrechen ausschliesslich durch soziale, ausserhalb des Individuums liegende Bedingungen hervorgerufen werden, dürfte wohl bei dem heutigen Stande der Wissenschaft nicht zweifelhaft sein. „Das Verbrechen ist eine Erscheinung von zugleich biologischem, physischem und sozialem Ursprung. Es hängt von dem Vorwiegen eines dieser Faktoren ab, welcher Varietät des Verbrechers ein gegebenes Individuum angehört; unzweifelhaft aber ist jedes Verbrechen jedes Verbrechers stets das Ergebnis des Zusammenwirkens der drei genannten Faktoren.“ (Ferri S. 64.)

Die Anerkennung dieser Auffassung — gleichgiltig ob mit einer Verschiebung mehr nach der individuellen oder sozialen Seite — wird nicht lange auf sich warten lassen. Der Hauptwiderstand gegen dieselbe, noch mehr natürlich gegen Lombrosos Lehre, entspringt aber nicht etwa wissenschaftlichen Bedenken gegen die Zuverlässigkeit der Voraussetzungen. Die Grundlagen des Strafrechts werden erschüttert, wenn man zugibt, dass ein Verbrechen seine Ursache in Umständen findet, die, wie die sozialen Verhältnisse, nicht dem Individuum zugeordnet werden können, oder wenn, wie bei Lombroso, die körperliche und psychische Persönlichkeit den Verbrecher zu einem solchen macht, unveränderlich und unbeeinflussbar durch äussere Umstände; diese Befürchtung ist das leitende Motiv bei der Opposition gegen die Lehren der sogenannten positiven Schule.

Es kann deshalb nicht entschieden genug betont werden, dass die Verantwortlichkeit des Menschen durch Zurückführen des Verbrechens auf soziale und individuelle Faktoren nicht aufgehoben wird. Die moralische Verantwortlichkeit allerdings müssen wir preisgeben; um so wirkungsvoller aber tritt die soziale in ihr Recht, um so entschiedener hat die menschliche Gesellschaft das Recht und die Verpflichtung, Handlungen von Personen, die ihren Bestand gefährden, zu verhindern. Das Strafsystem wird sich in ein System der Vorbeugung und Abwehr verwandeln; dieses müsste sich der Individualität des Einzelnen anzupassen haben. Die Straftat wäre uns nur ein Merkmal und ein Maassstab der sozialen Gefährlichkeit, zu deren Bestimmung aber nicht das geschädigte Rechtsgut allein, wie jetzt im Strafrecht hauptsächlich, sondern mehr noch die Motive der That, vor allem die Persönlichkeit selbst herangezogen werden müsste. Vom Verweise und der Erziehung in Schule, Erziehungsanstalt, Ar-



beitshaus an, von dem Heilversuche in Trinkerheil- und Irrenanstalten bis zur dauernden Ausscheidung aus der Gesellschaft steht uns eine unendliche Skala von Abwehrmaassregeln zu Gebote.

Noch sind wir allerdings von einer auf dieser Grundlage aufgebauten Gesetzgebung weit entfernt; die Schwierigkeiten scheinen unüberwindbar. Und doch scheinen sie nur dann so, wenn wir uns diese Umwälzung als eine plötzliche, mit einem Schlage sich vollziehende auszumalen suchen. Dann würde wohl die unzulängliche Ausbildung der Richter und Strafvollzugsbeamten, das Fehlen greifbarer und zuverlässiger Kriterien, der absolute Mangel zweckmässiger Spezialanstalten, die ungeeignete Organisation der bestehenden Einrichtungen zu einem völligen Scheitern des Versuches führen müssen. Glücklicherweise pflegt der Gang der Wissenschaft, zumal der mehr theoretischen, nicht das Vorhandene auf einmal zu stürzen. Wir sind nicht genöthigt, uns auf schwankenden Boden zu begeben. Schritt für Schritt, in unermüdlicher Arbeit sucht die Forschung den Weg zu bahnen, auf dem die Praxis uns langsam und zögernd folgt und um so ruhiger und sicherer folgen kann, je zuverlässiger die wissenschaftliche Grundlage ist. Jeder Streifen eroberten Landes aber muss festgehalten und vertheidigt werden; die Aufgabe einer gründlichen Strafrechtsreform ist unser Ziel und muss unser Ziel bleiben.

Vorläufig berücksichtigt unsere Strafgesetzgebung die sozialen und persönlichen Verhältnisse nur in sehr beschränktem Umfange. Sie ist aufgebaut auf der Voraussetzung der Willensfreiheit. Ein unmittelbarer Ausdruck dieser Auffassung findet sich zwar nur im § 51<sup>1)</sup>, doch würde allein diese Stelle genügen, um den Standpunkt des Strafrechts der Willensfreiheit gegenüber ins rechte Licht zu setzen. Uebrigens sprechen sich die Motive zu dem Entwurfe eines Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund (S. 70) wörtlich dahin aus: „Das Recht des Staates, gegen den Verbrecher nicht bloss Sicherheitsmassregeln zu ergreifen, sondern ihn zu strafen, beruht auf dem allgemeinen menschlichen Urtheile, dass der gereifte und geistig gesunde Mensch ausreichende Willenskraft habe, um die Antriebe zu strafbaren Handlungen niederzuhalten und dem allgemeinen Rechtsbewusstsein gemäss zu handeln. Es kann daher nicht bedenklich sein, diesem allgemeinen Urtheile, in welchem die strafrechtliche und die sittliche Zurechnung ihren Grund hat, in dem Strafgesetzbuche Ausdruck zu geben, wenn es sich darum handelt, die Zurechnungsfähigkeit oder ihre Ausschliessung näher zu normieren. Es darf namentlich nicht gefürchtet werden, dass dadurch die verschiedenen metaphysischen Auffassungen über die Freiheit des Willens im philosophischen Sinne in die Kriminalverhandlungen gezogen werden.“ Wie irr-

---

1) Vergleiche auch Seuffert (S. 23): „In der Lehre von der Teilnahme ist das Strafgesetzbuch durch eine metaphysische Auffassung der Willensfreiheit beeinflusst worden“; im gleichen Werke sagt Rivière (S. 439) von dem code pénal: „Die Ueberzeugung von der Existenz der Willensfreiheit bildet, ohne dass sie irgendwo einen besonderen gesetzlichen Ausdruck gefunden hätte, eines der unabänderlichen Grundprinzipien unserer (französischen) Gesetzgebung“.

tümlich diese Ansicht war, lehrt ein Blick auf die Litteratur des Strafrechts, in der die Diskussionen über Bestehen oder nicht Bestehen der Willensfreiheit, über Determinismus und Indeterminismus, kein Ende nehmen wollen.

Der Standpunkt der Naturwissenschaften, und nur dieser kann hier vertreten werden, soweit die Umgestaltung des Strafrechts und die Abänderung einer unzulänglichen Gesetzgebung in Betracht kommen, weicht natürlich von dem „allgemein menschlichen Urteil“ erheblich ab. Zwei naturwissenschaftliche Erlungenschaften sind für unsere Auffassung massgebend: 1 dass jeder Wirkung eine Ursache vorangehen muss, dass keine Wirkung ohne vorausgehende Ursache eintreten kann. „Eine von der Materie losgelöste Kraft wäre die Objectivierung eines Gesetzes, dem Bedingungen seiner Wirksamkeit fehlen“ (Helmholtz, S. 53.). Die Materie, an die jedes psychische Leben gebunden ist, finden wir in unserem Gehirn; denn die 2. unsrer Grundlagen bildet der Satz: Die geistige Thätigkeit ist eine Funktion unseres Gehirns.

Aus dem ersten Gesetze folgt, dass ein „freier Wille“ nicht bestehen kann, der ursachlos oder, was verständlicher erscheint, motivlos handelt. Allerdings lässt sich nicht in Abrede stellen, dass die Abwägung der Motive für und gegen eine Handlung und die schliessliche Entscheidung für die eine oder andre mit einer Empfindung einhergeht, die dem Beobachter leicht die Illusion des „freien“ Willens geben kann; um so leichter und ausgesprochener, je weniger genau der Beobachter in der Analyse seiner Bewusstseinsvorgänge ist. Und doch zwingt uns die Anerkennung des Kausalitätsgesetzes, diese der Eigenliebe und Selbstüberhebung schmeichelnde Illusion aufzugeben. Der Versuch, irgend eine Handlung als durch einen über und jenseits von Motiven stehenden Willen verursacht aufzufassen, würde zu den abenteuerlichsten Consequenzen führen. „Was würde aus dieser Welt werden, wenn nicht die Notwendigkeit alle Dinge durchzöge und zusammenhielte? Ein Monstrum, ein Schutthaufen, eine Fratze ohne Sinn und Bedeutung — nämlich das Werk des wahren und eigentlichen Zufalls“ (Schopenhauer, S. 441).

Jede Handlung ist das notwendige Endergebnis der Einwirkung einer Reihe von Motiven auf einen bestimmten Charakter. Wir sind weit davon entfernt, diese Entstehungsweise in ihrem ganzen Verlaufe klar überblicken zu können. Aber gerade weil auf uns eine grosse Anzahl von Motiven einwirken, die wir nicht kennen, die wir nur bei geübter Selbstbeobachtung vielleicht ahnen, sollten wir uns hüten, mit unserm eignen, am eignen Denken gewonnenen und daher durchaus subjektiven Massstabe andre zu beurteilen und unsrer eignen Entscheidung allzusehr zu trauen. Ich möchte auf die Thatsache, dass wichtige und unwichtige soziale Erscheinungen, wie z. B. Selbstmorde, Geburtshäufigkeit, Eheschliessungen, einzelne Verbrechen, Prozentverhältnis der unehelichen Geburten usw., mit auffallender Regelmässigkeit sich wiederholen, nicht allzuviel Gewicht legen. Immerhin beweisen die Zahlen, dass innerhalb grosser Volksmengen stets eine bestimmte, gleichbleibende Anzahl von Individuen

jahrein, jahraus den gleichen äussern Einwirkungen unterliegen, dass also die gleichen Motive regelmässig wiederkehren und die gleichen für sie empfänglichen Menschen mit gleicher Stärke und gleicher Wirkung treffen.

Die individuelle Reaktion auf einen äussern Reiz ist ausserordentlich verschieden. Sie ist abhängig von dem individuellen Charakter. An diesen Punkt versucht von Calker, vor ihm und mit ihm viele andre, die Willensfreiheit zu verlegen und dadurch den Schein einer solchen zu retten; die Schuld liegt bei einer strafbaren Handlung in dem Fehlen, beziehungsweise in der mangelnden Wirksamkeit rechtlicher Grundsätze. „Der menschliche Wille ist frei, d. h. der Mensch entschliesst sich, der Mensch handelt in Gemässheit seiner Eigenart.“ (S. 11.) Warum aber hat sich die Eigenart gerade so entwickelt, dass bei dem einen rechtliche Grundsätze das Handeln leiten, bei dem andern nicht? Ist es richtig, dass der Charakter „nicht etwas von Kausalitäten dem einzelnen Gegebenen oder gar Aufgenötigten, sondern die aus eigener Erkenntnis, Beurteilung und Wahl von jedem frei erworbene Eigenart ist, das Produkt des freien Willens in der Selbst-erziehung?“ (Ortloff S. 327.) Aus diesen Worten spricht eine ungeheuerliche Unterschätzung der Bedeutung der bei der Geburt bestehenden, also dem einzelnen gegebenen Veranlagung. Ausserlich fällt von der angeborenen Veranlagung die Intelligenz am meisten in die Augen und ist deshalb vielfach ungebührlich in den Vordergrund gestellt worden. Die Intelligenz, die Fähigkeit, Erfahrungen zu machen und zu verarbeiten, lässt sich mit einem ziemlich hohen Grade von Zuverlässigkeit bemessen. Die Summe der positiven Kenntnisse ist der Prüfung zugänglich, und ebenso haben wir in der Geschwindigkeit, mit der ein Individuum einfache und schwerere Probleme erfasst und in der Art, in der sie gelöst werden, wertvolle Anhaltspunkte für die Bemessung der Intelligenz. Weniger klar ist uns die Rolle der Affekte, und doch sind gerade sie oft die wichtigste Ursache von Verbrechen. Selbst wenn wir nicht mit Wundt den Affekt in jedem Falle zum Ausgangspunkt der Willenshandlung machen wollen, können wir seinen Einfluss nicht gering achten. Und darum eben ist es doppelt bedauerlich, dass uns jede Maassmethode für den Umfang und die Tiefe der Affekte so völlig abgeht. Es ist fast unvermeidlich, unser durchaus subjektives und individuelles Verhalten den verschiedenen Affekten gegenüber in der Beurteilung zu Rate zu ziehen, und damit kommt jede Möglichkeit, objektiv zu bleiben, in Fortfall.

Die Stärke der gemütlichen Regungen ist sicher eine Eigenschaft, die durch Erziehung und Lebensschicksale grosse Umgestaltungen erfahren kann, aber ebenso sicher nicht erfahren muss. Sehr viel mehr steht der Verstand unter der Einwirkung der Lebenserfahrungen und wird durch die Umgebung, durch die Schule, durch Beispiele und Belehrung beeinflusst. Im gegebenen Augenblicke aber, d. h. zur Zeit einer strafbaren Handlung, liegt der Charakter des Menschen als ein fertiger, abgeschlossener, erst nach der getroffenen Entscheidung oder durch sie veränderlicher vor. In diesem Augenblicke also ist eine „freie“ Umgestaltung des Charakters nicht mehr möglich, die Handlung erfolgt durchaus



notwendig aus dem Ergebnis der äussern und innern Motive auf den bestehenden Charakter, ist also unfrei.

So bliebe also nur wieder die Möglichkeit, die vorhergehende Entwicklung des Charakters als vom freien Willen des Individuums abhängig zu betrachten. Wir dürfen dabei davon absehen, dass die Umgebung, die Familie, der Unterricht, die konfessionellen, sozialen, ethnologischen Einflüsse alle von dem Einzelmenschen nicht frei, nach seinem Belieben gestaltet werden können. Vergeblich aber fragen wir, warum berühren das Denken des einen Menschen vorwiegend und nachhaltig ethisch gute, altruistische Vorstellungen, warum prallen dieselben Ideen unwirksam an einem andern ab? Man versuche nur einmal, ohne Voreingenommenheit und mit grösstmöglicher Objektivität, die Charakterentwicklung eines Individuums rückwärts zu verfolgen, bis zu dem Punkte, an dem ein „Wollen“ des Charakters möglich ist. Man wird dann bald an unserm Ausgangspunkt enden; bei der Veranlagung, der intellektuellen und affektiven, wird man Halt machen und sich gestehen müssen, dass auch die Charakterentwicklung nicht ein Product des „freien Willens“ ist. Ob man nun der unzulänglichen Organisation oder der verkehrten Entwicklung mehr Anteil an dem Endergebnis zuschreibt, ist für die Thatsache gleichgiltig: Die Charakterbildung steht nicht im freien Belieben des Menschen.

Es kann nicht die Aufgabe dieser Darstellung sein, die Folgerungen bis in alle Einzelheiten zu ziehen, die sich aus dem Aufgeben des Phantoms der „freien Willensbestimmung“ ergeben. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass mit der Beseitigung dieser Fiktion auch die moralische Verantwortlichkeit fällt, dass aber statt ihrer die soziale das Erbe antritt, dessen segensreiche Wirksamkeit allerdings vielleicht erst spätern Geschlechtern zu gute kommen wird. Einstweilen aber besteht unsre Strafgesetzgebung noch in ihrer alten Form, und wir müssen daher versuchen, ob sich nicht ein Standpunkt finden lässt, von dem aus trotz aller theoretischen Bedenken die praktische Handhabung möglich ist.

Der Determinismus besagt, dass eine Handlung zu stande kommt durch das Einwirken bestimmter Motive auf einen bestimmten Charakter. Von diesem Gesichtspunkte aus sind natürlich auch die Handlungen Geisteskranker determiniert, wenn auch die Motive krankhafte sind oder die Eigenart des Individuums eine durchaus pathologische ist; auch sie sind das absolut notwendige Ergebnis der Wirksamkeit von Motiven auf die Individualität. Wenn wir gleichwohl solche Strafthaten anders beurteilen wie die eines Geistesgesunden, so geschieht dies aus zwei Gründen: einmal, weil wir in das Gewirre der Motive einen mächtigen Beweggrund eingreifen sehen, die psychische Erkrankung, deren Einfluss uns die Möglichkeit des Vergleiches mit den eignen Motiven völlig raubt. Der zweite Grund ist die Aussichtslosigkeit einer Besserung oder Abschreckung durch die Strafe; auch diese wird in ihrer Wirksamkeit durch das Uebergewicht der pathologischen Vorstellungen aufs höchste beeinträchtigt oder gänzlich paralytisch.

Die That eines Geisteskranken unterscheidet sich also von der des Gesunden

durch das Auftreten krankhafter Motive und ihren Einfluss auf sein Denken und Handeln; versuchen wir nun, von dem extremen Fall einer unverkennbaren Geistes-zerrüttung rückwärts zu gehen, so werden wir allmählich an einen Punkt kommen, an dem die Bildung der Vorstellungen, die Stärke der Affekte, die Fähigkeit des Vergleichens und Abwägens, mit einem Worte die ganze psychische Thätigkeit uns an die *reine* erinnert. Ein Mensch, dessen Denken und Fühlen dem des Durchschnittsindividuums entspricht, erscheint uns normal. Wir verlangen von ihm, dass die gleichen Motive, die auf uns wirken, auch ihn mit gleicher Stärke beeinflussen, dass sein Handeln unserm Denken entspricht. Wenn auch der consequente Determinismus die Richtigkeit dieser Anschauung in Frage stellt, so sind wir doch genötigt, praktisch mit diesem Durchschnittsmenschen zu rechnen. Seine Intelligenz und seine Erziehung lassen, wenigstens auf dem Gebiete des Strafrechts, im allgemeinen mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, wie er handeln wird.

Das Rechenexempel: ethische Vorstellungen, Furcht vor Entdeckung, vielleicht auch Furcht vor der Vergeltung im Jenseits, das Gefühl der sozialen Verantwortlichkeit einerseits, der Versuch, etwas Verbotenes oder sonst Unerreichbares zu erlangen, die Hoffnung, nicht erwischt zu werden, anderseits —, dieses Rechenexempel ergibt für gewöhnlich ein Uebergewicht der hemmenden Vorstellungen. Wir empfinden dieses Abwägen als eine höhere geistige Thätigkeit, das Ergebnis als freie Wahl. Das ist die freie Willensbestimmung des Strafgesetzes, so wie wir es verstehen dürfen, ohne unsrer naturwissenschaftlichen Erkenntnis allzusehr ins Gesicht zu schlagen. Wir werden uns bewusst bleiben müssen, dass wir als Willensfreiheit nur die Fähigkeit verstehen, die Motive eines Durchschnittsmenschen unsrer Zeit und unsrer Umgebung mit normaler Stärke auf unsern Charakter, unsre Individualität wirken zu lassen. Oder, um von der negativen Seite aus ein Verständnis zu gewinnen: Ist die Individualität des Menschen durch krankhafte Zustände so verändert, dass die Wirksamkeit der normalen Motive aufgehoben wird, so bezeichnen wir die Willensfreiheit eines solchen Menschen als aufgehoben.

Ich verkenne nicht, dass auch diese Auslegung nicht ganz die Schwierigkeit beseitigt, die uns in der von dem Normalmenschen abweichenden Veranlagung des unverbesserlichen Gewohnheitsverbrechers entgegentritt. Einstweilen aber bindet uns das bestehende Gesetz und der Stand der psychiatrischen Wissenschaft; jedes Missachten dieser Vorbedingungen zur Beurteilung ist unzulässig. Der Verdacht, als ob der Irrenarzt allzusehr geneigt wäre, durch Annahme geistiger Störungen die Verbrecher vor Strafe zu schützen, ist so allgemein verbreitet und begegnet uns so oft im Gerichtssaale, dass ich nicht umhin kann, ihn an dieser Stelle mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Er beruht auf Voreingenommenheit und Unwissenheit. „Unkenntnis“ zu sagen, würde ein zu schwacher Ausdruck sein für die leidige Thatsache, dass die Ausbildung des Strafrichters in psychologischen und psychiatrischen Dingen bei vielen alles zu wünschen übrig lässt.

Die psychiatrische Wissenschaft hat in ihrer fortschreitenden Entwicklung über manche dunkle Punkte Klarheit gebracht, und wir können aus alten Gutachten heute feststellen, wie mancher Justizmord psychiatrischer Unkenntnis zu verdanken war. Hier ist der Ausdruck Unkenntnis deshalb am Platze, weil die klinische Erfahrung damals nicht weit genug war, um diese Fälle richtig zu beurteilen. Gewiss werden wir in späterer Zeit auch dem jetzigen Stande der Wissenschaft manche Lücken nachweisen können. Es ist aber die Pflicht des Irrenarztes, nach dem Standpunkte, den seine Disciplin augenblicklich erreicht hat, zu urteilen. Ob man dereinst den unverbesserlichen Gewohnheitsverbrecher als geisteskrank ansehen wird, oder ob bis dahin durch die soziale Beurteilung die Unterscheidung zwischen dem geisteskranken und dem unverbesserlichen Verbrecher nur noch für die Wahl der Anstalt bestimmend in Betracht kommt, diese Frage muss die Zukunft entscheiden.

Vorläufig rechnen wir nur diejenigen Zustände zu den krankhaften im Sinne meiner obigen Erklärung, die unser Wissen uns jetzt als solche zu bezeichnen berechtigt. Dehnt die Entwicklung der Psychiatrie die Grenze der Unzurechnungsfähigkeit weiter aus, so mag dem Irrenarzte bei Angriffen und Nichtanerkennung seiner Bestrebungen zum Troste gereichen, dass sein Bedürfnis bei den kompetentesten Beurteilern des Verbrechertums Widerhall findet. „Je weiter vom Gesetzgeber und Richter der Begriff der krankhaften Störung des Geistes, wodurch die freie Willensthätigkeit ausgeschlossen war, gefasst wird, um so mehr wird es gelingen, die grosse Zahl geistig defekter Personen, welche nicht im stande sind, dem Anreiz zur Verletzung der Rechtsordnung zu widerstehen und dadurch zu einer wahren Plage für die Gesellschaft und den Richter werden, für immer, oder, bis sie nicht mehr gefährlich sind, aus der Gesellschaft zu entfernen.“ (Krohne, S. 274.)

Die Hoffnung auf manche Ueberraschung, die uns die Zukunft bringen wird, und die Erwartungen, die der Kriminalpolitiker an die kommende Aufklärung knüpft, dürfen uns aber nicht den festen Boden der Gegenwart vergessen lassen. Diese feste Grundlage für unser Urteil geben die Motive zu dem Entwurfe eines Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund, (S. 70) durch die Forderung, es solle im einzelnen Falle „nur untersucht werden, ob derjenige Zustand normaler geistiger Gesundheit vorhanden sei, dem die Rechtsanschauung des Volks die strafrechtliche Verantwortlichkeit thatsächlich zuschreibt.“ Inzwischen sind 30 Jahre verflossen und kein einseitiger Beurteiler wird die Motive für so ausschlaggebend halten, dass sie nicht eine Umdeutung, dem wissenschaftlichen Fortschritt entsprechend, erfahren müssten. Die Rechtsanschauung des Volkes wird stets hinter der Wissenschaft zurückbleiben, deren Ergebnisse nur langsam aber sicher die allgemeinen Ansichten umgestalten. Wir sind also wohl berechtigt, an die Stelle des Volkes den Sachverständigen zu setzen, und, da es sich um die Beurteilung der geistigen Gesundheit handelt, in erster Linie den Psychiater.

Für ihn tritt der geistig gesunde Mensch in Gegensatz zu dem Geisteskranken. Diesen bestimmen neben normalen auch abnorme, in seiner Krankheit



wurzelnde Motive, oder die normalen Motive kommen wegen seiner geistigen Anomalie nicht zur Geltung. Er kann deshalb nicht zur strafrechtlichen Verantwortung herangezogen werden, ist unzurechnungsfähig; seine Handlungen erscheinen unfrei, weil durch krankhafte Motive determiniert. Im Besitze der freien Willensbestimmung im Sinne des § 51 befindet sich also derjenige, der geistig reif und geistig gesund, daher normal bestimmbar ist (von Liszt, S. 157).

Ich weiss sehr wohl, dass der Ausdruck *normal* missdeutet werden kann, ich theile durchaus die dagegen geltendgemachten Bedenken Liszts (4. S. 76); vergeblich habe ich nach einem besseren gesucht. Hier handelt es sich nicht mehr um theoretische Bedenken oder um die Grundlagen eines zukünftigen Strafrechts, nur die praktische Handhabung eines bestehenden Gesetzes kommt in Betracht, ein Kompromiss zwischen gereifterer wissenschaftlicher Erkenntniss und einer unzweckmässigen aber vorläufig ungeänderten Bestimmung. Unter diesen Umständen scheint mir von allen Versuchen, den Ausdruck freie Willensbestimmung im Zusammenhang mit dem Wortlaut des § 51 praktisch verwertbar zu machen, der am besten, ihn zu identifizieren mit „normaler Bestimmbarkeit durch normale Motive.“

---

## Kapitel II.

### Die Zurechnungsfähigkeit der Geisteskranken (§ 51 St.G.B.).

Vorgeschichte des § 51. — Bewusstlosigkeit. — Trunkenheit. — *Actio libera in causa*. — Hypnose. Hypnotische Verbrechen. — Epilepsie. — Zustand der Gebärenden. — Geisteskrankheit. — Partielle Zurechnungsfähigkeit. — Angeborene Geistesschwäche. — *Moral insanity*. — Verminderte Zurechnungsfähigkeit. Ihr Ersatz durch mildernde Umstände. Aenderung des Strafvollzugs. — Partielle Unzurechnungsfähigkeit. — Strafbare Handlung ist nicht vorhanden. Folgen dieser Fassung. — Notwendigkeit einer Ergänzung durch Verwaltungsmassregeln. — Vorschlag einer neuen Fassung des § 51.

Unter der Ueberschrift „Gründe, welche die Strafe ausschliessen oder mildern“, behandelt das Strafgesetzbuch alle diejenigen Umstände, deren Bestehen die Schuld oder die Strafe ausschliesst, beziehungsweise die Strafbarkeit mildert. Für den Irrenarzt sind diejenigen Paragraphen von Bedeutung, die sich auf die Zurechnungsfähigkeit Geisteskranker, Jugendlicher und Taubstummer beziehen.

Die Regelung der Behandlung solcher Straftthaten, deren Thäter wegen einer bestehenden geistigen Alteration nicht zur Verantwortung gezogen werden sollen, ist offenbar besonders schwierig. Denn, während sonst die Gesetzbücher vielfach sich in ihrem Wortlaute aufeinander stützen, finden wir hier die weitgehendsten Verschiedenheiten. Darüber besteht kein Zweifel, dass geistige Unreife und geistige Erkrankung die strafrechtliche Verantwortlichkeit aufheben; die Schwierigkeiten entstehen erst dann, wenn man versucht, diese Zustände kurz zu präzisieren, und zwar so, dass sie nicht missverstanden werden können.

Die Grundlage des jetzigen § 51 bildete der § 40 des Preussischen Strafgesetzbuches:

Ein Verbrechen oder Vergehen ist nicht vorhanden, wenn der Thäter zur Zeit der That wahnsinnig oder blödsinnig, oder die freie Willensbestimmung durch Gewalt oder durch Drohung ausgeschlossen war.

Der Vorschlag der Regierung ging im I. Entwurf dahin, mit Weglassung der Ausdrücke wahnsinnig und blödsinnig dem Paragraphen die Fassung zu geben:

Ein Verbrechen oder Vergehen liegt nicht vor, wenn zur Zeit der That die freie Willensbestimmung des Thäters ausgeschlossen war.

Die kgl. wissenschaftliche Deputation für das Medicinalwesen (Anlage zu den Motiven S. 17) war mit der Streichung der Bezeichnungen wahnsinnig und blödsinnig durchaus einverstanden, ebenso mit dem Fortschritte, der im Verzicht auf die Aufzählung der einzelnen Formen geistiger Störung liege. Dagegen beanstandete sie die Verwertbarkeit der einfachen Aufhebung der freien Willensbestimmung als Kriterium der Unzurechnungsfähigkeit. Einerseits käme dadurch der Gerichtsarzt zu leicht dazu, in seinen Forderungen zu weit zu gehen; andererseits bestände die Gefahr, dass der freien Willensbestimmung das zwangsmässige Handeln gegenübergestellt werden könnte. Nun stehe aber das Motiv des unwiderstehlichen Zwanges gar nicht in direkter Abhängigkeit von einer Geisteskrankheit. Ferner sei das Missverständnis möglich, dass die Beziehung des Ausschlusses der freien Willensbestimmung zur Strafthat verlangt werde, was höchstens bei vorübergehender, nicht aber bei ausgesprochener geistiger Störung zulässig sei. Massgebend sei allein die Krankhaftigkeit des Geisteszustandes. Der Ausdruck Geisteskrankheit aber umfasse nicht „gewisse Grade der Trunkenheit, des Fieberdeliriums, der Schlaftrunkenheit usw.“ in denen doch die Zurechnungsfähigkeit ebenfalls aufgehoben sei. Es sei nicht Sache des ärztlichen Sachverständigen, über Trunkenheit (vergl. dazu S. 18) und Schlaftrunkenheit zu urteilen, während allerdings Fieberdelirien und der Zustand der Gebärenden der Beurteilung der Aerzte unterstellt werden müssten. Das Gutachten schlug mit Rücksicht auf diese Ausführungen statt des Ausdruckes der „Aufhebung der freien Willensbestimmung“ und unter Vermeidung der Bezeichnung „Geisteskrankheit“ als Wortlaut die Fassung vor:

Wenn der Thäter sich zur Zeit der That in einem Zustande von krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befand.

„Sollte aber ein juristisches Bedenken bestehen, die Trunkenheit und die Schlaftrunkenheit als solche zu erwähnen, so könne nach Analogie des Oldenburgischen Strafgesetzes eine allgemeinere Fassung dafür gewählt werden, z. B. besondere körperliche Zustände. Es würde dann der § 40 lauten:

Ein Verbrechen oder Vergehen ist nicht vorhanden, wenn die freie Willensbestimmung des Thäters dadurch, dass er sich zur Zeit der That in einem Zustande von krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befand, oder durch Gewalt oder durch Drohung, oder durch besondere körperliche Zustände ausgeschlossen war.“

Die Leipziger medicinische Fakultät (Motive 5, S. 68) hielt die Erwähnung

der „besonderen körperlichen Zustände“ für unnütz, da die damit gemeinten sich den krankhaften Störungen der Geistesthätigkeit unbedenklich unterordnen liessen; mit dem letzteren Ausdruck war man durchaus einverstanden.

Das Sächsische Landesmedicinalkollegium konnte sich anscheinend nicht ganz von dem Wortlaut des § 87 des Sächsischen Strafgesetzbuches trennen. Es betonte, dass neben den Fieberdelirien der Trunkenheit und Schlaftrunkenheit auch noch andre psychische Zustände wie das Nachtwandeln, der psychische Zustand nach einem epileptischen Anfälle und anderes mehr Berücksichtigung verdiene. Das gemeinsame psychologische Merkmal aller dieser Zustände sei die transitorische Störung des Selbstbewusstseins; nach diesem Merkmale sei die Bezeichnung zu wählen.

Ludwig Meyer (S. 441) legte in seinem vom Unterrichts-Ministerium eingeforderten Gutachten den Hauptnachdruck auf das Bestehen einer Geistesstörung, und schlug deshalb als Fassung vor:

Ein Verbrechen oder Vergehen ist nicht vorhanden, wenn zur Zeit der That die freie Willensbestimmung des Thäters ausgeschlossen war. Die freie Willensbestimmung ist aber als ausgeschlossen vorauszusetzen, wenn der Thäter zu jener Zeit an einer Geisteskrankheit litt.

Ein weiteres Gutachten endlich erstatteten Namens der Berliner Medicinisch-Psychologischen Gesellschaft die Psychiater Westphal, Liman, Skrzecka, Sander im Verein mit von Holtzendorff (Archiv für Psychiatrie Bd. II, S. 446). Sie halten es für entschieden wünschenswert, mit dem missverständlichen und untauglichen Kriterium der freien Willensbestimmung aufzuräumen, soweit geistige Störungen in Betracht kämen. Partielle Geisteskrankheiten (vergl. dazu S. 30) anzunehmen, verböte die Erfahrung; bei bestehender Psychose sei das daran leidende Individuum dem Strafgesetzbuche gegenüber nicht verantwortlich. Dagegen empfehle es sich, neben der Geisteskrankheit, die mehr einen Prozess, etwas sich Entwickelndes bezeichne, noch den Schwachsinn besonders zu erwähnen, als etwas gleichmässig und unverändert Bestehendes. Um aber auch den Traumzuständen, gewissen Graden der Trunkenheit gerecht zu werden, empfehle sich eine Fassung, unter welche die betreffenden Zustände subsumiert werden könnten. Der Vorschlag lautete demnach:

Ein Verbrechen oder Vergehen ist nicht vorhanden, wenn der Thäter zur Zeit der That geisteskrank oder schwachsinnig war, oder die freie Willensbestimmung durch Gewalt, Drohung oder anderweitig ausgeschlossen war.

Man kann wohl nicht gut sagen, dass diese Fassung glücklich war. Der erste Teil allerdings erfüllte alle für den Irrenarzt wünschenswerte Ansprüche, indem er die Aufgabe des medicinischen Sachverständigen so einfach als möglich gestaltete. Dagegen war die zweite Hälfte unklar und enthielt vor allem wieder den unglücklichen und für die Geisteskranken so entschieden abgelehnten Ausdruck der freien Willensbestimmung.

Auf Grund all' dieser Vorschläge und gutachtlichen Aeusserungen kam der II. Entwurf des § 49 zu stande, der mit einer Aenderung, auf die noch zurückzukommen sein wird, angenommen wurde. Der § 49 des Strafgesetzbuches für



den Norddeutschen Bund, der jetzige § 51 des Reichsstrafgesetzbuches, lautet demnach:

**Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn der Thäter zur Zeit der<sup>9)</sup> Legehung der Handlung sich in einem Zustande von Bewusstlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befand, durch welchen seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war.**

Alle Erörterungen müssen von der Fassung des § 51 in seiner jetzigen Form ausgehen; alles innere Widerstreben gegen die Unzweckmässigkeit des Begriffes der freien Willensbestimmung enthebt uns nicht der Notwendigkeit, mit ihm zu rechnen. Das eine allerdings muss ich vorweg betonen: Ein grosser Teil der Schwierigkeiten, die der Irrenarzt mit seinen Gutachten vor Gericht findet, entspringt nicht der Unvollkommenheit seiner Wissenschaft, sondern dem Zwange, seine Ansicht einer unvollkommenen Gesetzgebung anzupassen.

Einige Psychiater, unter denen vor allem Mendel zu nennen wäre, suchen diesen Zwiespalt dadurch zu beseitigen, dass sie ihr Gutachten nicht auf den Ausschluss der freien Willensbestimmung ausdehnen und sich darauf beschränken, die geistige Störung oder die Bewusstlosigkeit festzustellen. Seine Gründe hat Mendel (I. S. 116) so zusammengefasst:

1. „Die freie Willensbestimmung ist kein medicinischer Begriff, der Arzt ist als Sachverständiger nicht in der Lage, über Bestehen oder Ausschluss derselben Auskunft zu geben.

2. Versteht man unter freier Willensbestimmung resp. setzt man dafür lediglich die Thatsache, dass Handlungen aus einem Kampf sich associirender und contrastierender Vorstellungen hervorgehen können, so ist es als eine allgemein angenommene Thesis der Psychiatrie zu betrachten, dass Geisteskrankheit einen in normaler Weise sich vollziehenden Widerstreit zwischen jenen Vorstellungen (also freie Willensbestimmung) ausschliesst.

3. Der Gesetzgeber hat durch die Motive zum § 51 seinen Willen, hervorragende Rechtslehrer haben durch ihre Commentare zum deutschen Strafgesetzbuch ihre Ansicht dahin ausgesprochen, dass der Relativsatz: durch welchen seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war, nicht von dem sachverständigen Arzte zu beantworten sei.“

Ich theile Mendels Ansicht nicht; es ist schliesslich doch ein müssiger Wortstreit, ob man sein Gutachten auch auf die freie Willensbestimmung ausdehnen dürfe oder nicht; thatsächlich kann der Richter unser Urtheil nicht entbehren. Schliesst die Geistesstörung in jedem Falle die Willensfreiheit aus, so ist der Zusatz überflüssig; giebt es aber von der Norm abweichende Zustände von Bewusstlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit, durch welche die freie Willensbestimmung nicht ausgeschlossen ist, so ist ein Urtheil für den Juristen wertlos, das ihn nicht auch über den Einfluss der abnormen Zustände auf das Handeln belehrt.

Bei den groben Störungen des Seelenlebens, wie etwa bei paralytischem Blödsinn oder völliger Verwirrtheit genügt ja der Hinweis auf den schweren Zustand, um jeden Zweifel über die Unzurechnungsfähigkeit zu heben. Gerade aber bei den Grenzfällen, die gelegentlich „*gering*“ *verminderten* Zurechnungsfähigkeit“ noch erörtert werden, ist es oft auch für den Fachmann schwer, die Grenze zu bestimmen, an der die normale Bestimmbarkeit durch normale Motive ihr Ende findet. Und gerade dort bedarf der Jurist der genauesten Aufklärung über die Tragweite der Störungen, bedarf er einer klaren Auskunft über die Ansicht des Psychiaters, denn nur dann kann er hoffen, sich ein eigenes Urteil bilden zu können. Nach dem Motivenbericht zu § 56 des österreichischen Strafgesetz-Entwurfs (Hofmann S. 955) hat der Arzt „nur zu erklären, ob der Angeklagte zur Zeit der Verübung der That derart geisteskrank war, dass er seinen Willen frei zu bestimmen oder das Strafbare seiner Handlung nicht einzusehen vermochte.“ Danach also erwartet man in Oesterreich von dem Arzte die Entscheidung, die sogar nach der Strafprozessordnung vorgeschrieben ist. Die Aufgabe des Psychiaters vor Gericht ist in Deutschland die eines Beraters; ich kann nicht einsehen, warum ein unvollkommener Rat besser sein soll als ein klares Aussprechen der Ansicht. Die Fassung des § 51 widerspricht der hier vertretenen Anschauung nicht. Der Relativsatz bezieht sich grammatikalisch auf das Wort Zustand; sprachlich lässt sich nicht rechtfertigen, bei einer Beantwortung der durch § 51 gestellten Frage, die in dem Relativsatze enthaltene nähere Erläuterung zu ignorieren.

Der Zusatz gilt den beiden erwähnten Fällen, in denen die freie Willensbestimmung ausgeschlossen ist, sowohl der Bewusstlosigkeit als der krankhaften Störung der Geistesthätigkeit. Von den letztern sind die vorübergehenden Zustände, wie in der historischen Einleitung auseinandergesetzt wurde, getrennt worden, deren gemeinsames Kennzeichen die Störung des Selbstbewusstseins war. Manche von diesen, wie z. B. der Zustand der Verwirrung im höchsten Grade mancher Affekte, des Schreckens, der Angst und Furcht, scheiden aus dem Bereiche der psychiatrischen Sachverständigenthätigkeit aus. Nur bemerken will ich, dass der grosse Einfluss von Affekten, zumal dann, wenn sie sich auf einer wenig widerstandsfähigen Grundlage, etwa bei mässig Schwachsinnigen entwickeln, bei der Strafaussmessung vielleicht mehr Berücksichtigung finden müsste. Mit vollem Rechte aber wird der Richter sich diese Beurteilung selbst vorbehalten.

Der Ausdruck **Bewusstlosigkeit** kann natürlich nicht als das völlige Fehlen dessen, was wir Bewusstsein nennen, aufgefasst werden. Wir verstehen unter „Bewusstsein“ die unser Denken und Fühlen begleitende Empfindung unsers eignen Ichs (Selbstbewusstsein) gegenüber den äussern Vorgängen (Bewusstsein der Aussenwelt). Ist dieser „Zusammenhang der psychischen Gebilde“ (Wundt, S. 238) gänzlich aufgehoben, so können wir von Bewusstlosigkeit reden. Ein solches Auslöschen aller psychischen Vorgänge kommt vielleicht nur im tiefsten Schläfe und bei schwerster Ohnmacht vor; unter solchen Umständen kann natürlich von einer Willenshandlung überhaupt keine Rede sein.

Es kann sich also nicht um ein völliges Aufheben, sondern nur um eine erhebliche Beeinträchtigung des Bewusstseins handeln. Bewusstlosigkeit im Sinne des § 51 wäre also die Störung der Empfindung des eignen Ichs gegenüber der Aussenwelt (vergl. dazu Höches Ausführungen im 2. Teil). Besser wäre natürlich statt des Ausdruckes Bewusstlosigkeit der einer Bewusstseinstrübung, deren zur Exkulpierung notwendiger Grad durch den Relativsatz gegeben ist.

Weitaus die häufigste Störung des Bewusstseins, die dem Strafrichter vor Augen kommt, ist die durch **Angetrunkenheit**. Die Zahl der alljährlich zur Aburteilung kommenden Vergehen und Verbrechen, bei denen der Alkoholismus eine Rolle gespielt hat, kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Die gefährliche Körperverletzung, deren Bestrafungszahl von Jahr zu Jahr erschreckend zunimmt und an Häufigkeit bereits mit dem einfachen Diebstahl wetteifert, wird fast stets im Zustande der Angetrunkenheit begangen. Es mag hier der Hinweis genügen, dass, wie ich an andrer Stelle zu beweisen versucht habe (Z XX 80), die Gefährlichkeit des Trinkens für die öffentliche Sicherheit nicht in der Trunksucht, sondern in der Betrunktheit liegt. Dem Richter allerdings wird die Berufung eines Angeklagten auf sinnlose Betrunktheit stets als eine Ausrede erscheinen, deren Prüfung ihm auf Grund der Zeugenaussagen obliegt. Er kann sich dieser Prüfung auch nicht entziehen, da der Einwand der Trunkenheit eine Berufung auf den Strafbefreiungsgrund des § 51 darstellt, und, ebenso wie der Einwand der Schlaftrunkenheit, demnach auch prozessualisch als solcher behandelt werden muss (G. A. XLI. S. 393).

Wo beginnt nun die Grenze der Zustände, die unter den § 51 fallen, und an welchen Kriterien ist ein solcher Zustand zu erkennen? Experimentelle Versuche über die Wirkungen des Alkohols haben gezeigt, dass schon bei sehr geringen Gaben, die weit hinter dem landesüblichen Mindestmaass zurückbleiben, Störungen der psychischen Funktionen auftreten. Von diesen, nur bei sorgfältigster Prüfung und mit feinen, empfindlichen Instrumenten nachweisbaren, Störungen führt bis zur grössten, sinnlosesten Betrunktheit eine ganz ununterbrochene Kette von Zuständen, die eine scharfe Grenze nicht zulassen. Der Richter wird sich in seinem Urteil stets der Annahme zuneigen, nur bei ganz besonders hochgradiger Trunkenheit die freie Willensbestimmung als ausgeschlossen zu betrachten. Aus Gründen allerdings, die weniger in theoretischer Gewissheit über das Vorhandensein der Zurechnungsfähigkeit, als in der sozialen Notwendigkeit eines Vorgehens gegen den Trunkenen liegen. Es muss auch eine Abwehrungsmaassregel der Gesellschaft gegen die Ausschreitungen der Angetrunkenen möglich sein, und vorläufig liegt diese nur in deren Bestrafung.

Im allgemeinen ist die Anerkennung der Volltrunkenheit als Strafausschliessungsgrund wohl nicht häufig. Zur Beurteilung derselben dient in der Regel die äussere Haltung. Insofern mit Unrecht, als bei vielen Menschen die völlige Unfähigkeit ernsthaften Ueberlegens und vernunftmässigen Denkens Hand in Hand geht mit äusserlich leidlich korrektem Benehmen, das vielfach Erziehungssache



ist. Dieser Auffassung hat sich auch das Reichsgericht (G. A. XLII. S. 45) angeschlossen, indem es einen gewandten Fluchtversuch und die Anwendung der Körperkräfte nicht als beweisend für das Vorhandensein des Bewusstseins ansah; im gleichen Jahre hat allerdings ein anderer Strafsenat eine Trunkenheit, die nicht in Bewusstlosigkeit ausgeartet ist, als nicht zu denjenigen Zuständen gehörig erklärt, welche die Strafbarkeit einer begangenen Gesetzesverletzung ausschliessen (G. A. XLII. S. 135). Diesen sich widersprechenden Entscheidungen reiht sich eine andre an (E. V. 338), nach der die Feststellung einer Trunkenheit genügt, die dem Thäter die Erkenntnis von der Bedeutung eines Vorganges (es handelt sich um Störung des Gottesdienstes) unmöglich macht, selbst wenn er sonst nicht bis zur Besinnungslosigkeit betrunken war.

Die schwankende Haltung des Reichsgerichts beleuchtet am besten die Schwierigkeiten, die Theorie und Praxis bei der Beurteilung Berauschter finden; sie erwachsen nicht zum geringsten Teile aus der unhaltbaren Annahme einer scharfen Grenze zwischen Zurechnungsfähigkeit und Unzurechnungsfähigkeit der Angetrunkenen. In Ermangelung zuverlässiger Gesichtspunkte und brauchbarer Kriterien klammert sich dann das unsicher gewordene Urteil an das äussere Gebahren der Berauschten, ohne durch dieses trügerische Zeichen auch nur im geringsten festeren Boden zu finden. Ich muss das besonders hervorheben, da auch bei Epileptischen vielfach das äussere Auftreten gar nicht den Grad der Bewusstseinstrübung vermuten lässt. Da nun gerade bei Diesen Alkoholgenuß oft Dämmerzustände auslöst, in denen sinnlos brutale Gewaltakte, zumal sexueller Art, aber auch Brandstiftungen und scheinbar besonnene Diebstähle begangen werden, so sollte sich der Richter zur Regel machen, die in angetrunkenem Zustande von Epileptischen begangenen Strafthaten stets dem Sachverständigen zu unterbreiten.

Ebensowenig wie das äussere Benehmen kann aus dem Verhalten der Erinnerung ein Schluss auf den Grad der Betrunkenheit gezogen werden. Es kommt die Schwierigkeit hinzu, dass wir nicht sicher sind, wie weit die Angaben eines Angeklagten, er erinnere sich an nichts mehr, zuverlässig sind. Ebenso unzuverlässig sind allerdings auch die Aussagen der Zeugen, deren Objektivität viel zu sehr von persönlichen Erfahrungen beeinflusst wird. Eine genaue Feststellung des Grades der Trunkenheit kann nicht in Regeln gefasst werden. Man wird gut thun, auch die äussern Verhältnisse, unter denen sich eine Strafthat abspielte, mit in Betracht zu ziehen. Lebhaft Affekte, persönliche Ueberempfindlichkeit gegen Alkohol, vorhergehende körperliche Erschöpfung vermögen die Wirkung selbst geringer Mengen geistiger Getränke erheblich zu steigern. Von ganz besonderer Wichtigkeit sind alle Verbrechen, die als Massendelikte auftreten; ihre eigentümliche, jedes normalen und ruhigen Denkens spottende Entstehung hat Sighele vorzüglich beschrieben. Kommt in solchen Augenblicken des Aufruhrs noch der leider fast stets damit verbundene Alkoholgenuß hinzu, so trübt sich der keit klaren Denkens bis zu einem Grade, dass man sehr wohl die Zurechnungsfähigkeit bei vielen bezweifeln kann.

Die Strafgesetzgebung der europäischen Staaten zeigt rücksichtlich der Bestrafung von Handlungen Angetrunkener sehr interessante Unterschiede. Keinerlei besonderer Erwähnung geschieht ihrer in den Gesetzbüchern von Deutschland (mit Ausnahme des Militärstrafgesetzbuches), Belgien, Ungarn, Niederlande, Schweden, Türkei, Bulgarien und Frankreich. Für alle diese Länder darf also vorausgesetzt werden, dass sich die strafrechtliche Verantwortung nach den allgemeinen Bestimmungen regelt, d. h. sinnlose Trunkenheit gilt als Strafausschliessungsgrund, weniger hochgradige kann bei der Strafaussmessung mildernd berücksichtigt werden. Der § 49, Abs. 2 des Militärstrafgesetzbuches für das deutsche Reich besagt ausdrücklich:

**„Bei strafbaren Handlungen gegen die Pflichten der militärischen Unterordnung, sowie bei allen in Ausübung des Dienstes begangenen strafbaren Handlungen bildet die selbstverschuldete Trunkenheit keinen Strafmilderungsgrund.“**

Das gilt also nur für dienstliche Vergehen und Insubordinationen, nicht aber für das ausserdienstliche Verhalten. Ferner bezieht sich die Bestimmung nur auf die selbstverschuldete Trunkenheit, soweit sie als Strafmilderungsgrund in Betracht kommt. Nicht aber auf eine sinnlose Berauschtigkeit, die jede Bestrafung einer in solchem Zustande begangenen Handlung ausschliesst.

Die Strafgesetze Schottlands, Englands und Irlands, Rumäniens und Finnlands lassen die Trunkenheit nicht als Entschuldigungsgrund gelten. Das österreichische Gesetz bestraft in solchen Fällen, in denen die Strafbarkeit einer Handlung wegen einer „ohne Absicht auf das Verbrechen zugezogenen Berauschung“ ausgeschlossen ist, die Trunkenheit selbst als Uebertretung und zwar ziemlich hoch, während der Vorentwurf zu einem schweizerischen Strafgesetzbuch wegen eines auf übermässigen Genuss von Getränken zurückzuführenden Verbrechens Wirtshausverbot bis zu 5 Jahren, bei Gewohnheitstrinkern Unterbringung in einer Trinkerheilanstalt vorsieht. In Russland setzt unverschuldete Trunkenheit bei einigen Straftaten (Störung des Gottesdienstes, Art. 211, 213, 214, 215, Beleidigung von Behörden, Art. 276, 282) die Strafe herab, wird aber sonst im allgemeinen nicht berücksichtigt, es sei denn, dass der Verbrecher sich absichtlich, um sein Verbrechen zu verüben, in einen solchen Zustand versetzt hat. Ist das aber erwiesen, so ist auf das höchste Mass der für das betreffende Verbrechen verhängten Strafe zu erkennen (Art. 106). Nur das russische Gesetz versucht den Thäter schärfer zu treffen, der sich betrunken hat, um „die Ausführung des Verbrechens zu erleichtern oder sich einen Entschuldigungsgrund zu verschaffen“, wie sich das italienische Strafgesetzbuch (§ 48) ausdrückt. Spanien, Portugal und Italien und der norwegische Strafgesetzentwurf begnügen sich damit, zufällige Trunkenheit als strafmildernd aufzufassen, Italien mit der ergänzenden Möglichkeit, den Gewohnheitstrinker in einer besondern Anstalt unterzubringen; ausdrücklich aber werden die Fälle, in denen sich der Delinquent „mildernde Umstände anzutrinken“ versucht, von der Herabsetzung der Strafe ausgenommen.

Die Frage ist theoretisch und praktisch zu wichtig, als dass sie übergangen werden dürfte: Kann einem Individuum, das zur Zeit der Begehung einer strafbaren Handlung sinnlos betrunken war, die That aber in nüchternem Zustande beschlossen hat, doch diese zugerechnet werden? Die juristische Auffassung geht im allgemeinen dahin, als den entscheidenden Moment einer Handlung den „Anstoss zum Abrollen der Kausalkette“ (v. Liszt 1. S. 159) anzusehen, nicht den Eintritt des Erfolges. Das wäre wohl auch zweckmässig und richtig, wenn dieser erste Anstoss unter allen Umständen auch zur That führen müsste. Es kann aber doch unmöglich behauptet werden, dass bei erhaltener Nüchternheit nicht doch noch im letzten Augenblicke die Motive des Mitleids, der Furcht, der sittlichen Verpflichtung die Oberhand hätten gewinnen können. Dass sich jemand zur That „Mut antrinkt“, wird gewiss nicht selten vorkommen; dadurch wird aber nur bewiesen, dass er sich in normalem Zustande die That nicht zutraut, dass er sich also, um überhaupt handeln zu können, erst durch künstliche Mittel in einen abnormen Zustand versetzen musste. Wenn wir ihn nachher doch strafen, weil er die That bereits in nüchternem Zustande beschlossen hat, so handeln wir durchaus zweckmässig, nicht aber ganz der Fassung des § 51 entsprechend.

Wenn wir nicht dem Trunkenen sein Privilegium, harmlose Mitmenschen aufs schwerste zu schädigen, noch vergrössern wollen, so dürfen wir die praktische Notwendigkeit der Bestrafung nicht durch theoretische Bedenken allzusehr einschränken lassen. Wir dürfen uns aber nicht verhehlen, dass der Weg nur durch eine der Wirklichkeit nicht ganz entsprechende Konstruktion gangbar gemacht wird. Immerhin ist in solchen Fällen, wo der Thäter sich „Mut“ oder „mildernde Umstände“ antrinkt, der Causalzusammenhang ein ziemlich ununterbrochener und fast zwingender. Das gilt aber nicht für das bekannte Schulbeispiel der „*actio libera in causa seu ad libertatem relata*“. Eine Mutter, welche weiss, dass sie sich im Schläfe unruhig hin- und herwälzt, legt in bewusstem Zustand ihr Kind neben sich ins Bett und erdrückt es dann im Schläfe. „Hier kann je nach den Umständen vorsätzliche oder fahrlässige Tötung vorliegen.“ (Frank S. 77.) Die vorsätzliche Begehung möchte ich aus psychologischen Gründen ausschliessen. Eine Mutter, die entschlossen ist, ihr Kind umzubringen, wird schwerlich ein so brutales und gleichzeitig so absolut unsicheres Mittel zur Anwendung bringen. Denn immerhin gehört zum Gelingen doch auch der Zufall, dass sie sich gerade auf das Kind legt. Fahrlässig dagegen scheint diese Handlung möglich. Ich glaube mit Liszt (S. 159), dass die Fälle, in denen vorsätzliche Begehung als *actio libera in causa* erscheint, sehr selten und zweifelhaft sein werden; eher möglich sind Unterlassungen und Fahrlässigkeiten.

Ein solcher Fall liegt einer Reichsgerichtsentscheidung zu Grunde (E. XXI. 413). Ein Kutscher hatte sich sinnlos betrunken, obgleich er wusste, dass er mit einem schwer lenkbaren Pferde durch sehr belebte Strassen zurückfahren musste; bei der Rückfahrt überfuhr er einen Menschen. „Er handelte dadurch,



dass er sich in einen Zustand versetzte, in welchem es ihm unmöglich wurde, die ihm obliegende Obhut und Leitung so auszuüben, wie es seine Pflicht war, schuldhaft.“ Das besagt aber, dass er sich durch seine Trunkenheit schuldig machte, nicht durch die in ihr verübte Handlung. Allzu weite Ausdehnung des Begriffes der *actio libera in causa* halte ich auch bei Fahrlässigkeit nicht für ratsam. Sonst müsste, wie es früher thatsächlich auch geschehen ist, ein Apotheker, der im epileptischen Dämmerzustande eine Arznei falsch bereitet, strafbar sein, da er mit der Möglichkeit eines solchen Zustandes auf Grund früherer Erfahrungen rechnen musste. Die Forderung, dass er seinem Beruf in Anbetracht der möglichen Gefahr für seine Mitmenschen entsagt, ist wohl berechtigt; die Bestrafung aber würde meiner Ansicht nach mit dem Wortlaut des § 51 unvereinbar sein.

Alle diese Fälle, deren theoretische Stellung noch viel umstritten ist, sind dadurch im allgemeinen wenig bedenklich, dass sie thatsächlich kaum in Frage kommen. Das gilt aber nicht für die Strafthaten der Berauschten. Einen Ausweg aus dem Dilemma zwischen der Fassung des Gesetzes und der Gefahr, dem Trunkenen einen Freibrief auszustellen, bietet nur eine Aenderung der Gesetzgebung oder deren Ergänzung. Ich möchte mich für die letztere Alternative entscheiden. Nicht indem man wie in Oesterreich die Trunkenheit als solche bestraft. Davon verspreche ich mir wenig; sondern indem man den in seiner Trunkenheit Gefährlichen zu heilen versucht oder ungefährlich macht. Der jetzige Zustand ist eigentlich unhaltbar. Ein im Wirtshausstreit ausgeteilter Messerstich wird durchweg, in Anbetracht der Trunkenheit, sehr, sehr milde bestraft, mit dem Erfolge, dass die gefährlichen Körperverletzungen in 17 Jahren sich, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, um fast 100 pCt. vermehrt haben.

Wir können als Psychiater unsern Standpunkt, dass der Alkoholenuss die freie Willensbestimmung im Sinne des § 51 schon bei verhältnissmässig kleinen Mengen beeinträchtigt, bei grossen aufhebt, nicht verläugnen; demnach wäre ein Volltrunkener freizusprechen, einem nur Angetrunkenen mildernde Umstände zuzuerkennen. Zweckmässig wäre die Bestimmung, dass eine Milderung oder Aufhebung der Strafe dann nicht stattfindet, wenn der Thäter sich zu dem nachgewiesenen Zwecke betrunken hat, seine Strafbarkeit herabzusetzen. Unbedingt notwendig aber ist auf alle Fälle die Ergänzung, dass gegen den gefährlichen Trunkenen Sicherheitsmaassregeln ergriffen werden müssen. Die Vorschriften des Schweizerischen Strafgesetzentwurfes scheinen mir nicht vielversprechend, soweit sie den Gelegenheitstrinker betreffen. Das Wirtshausverbot ist eine meist nutzlose, weil zu leicht zu umgehende Maassnahme. Dagegen ist die Unterbringung des Gewohnheitstrinkers in einer Trinkerheilanstalt wirksamer. Wie weit sich unsere Behörden die durch das B.G.B. gegebene Möglichkeit eines ähnlichen Vorgehens bei uns in Deutschland im Interesse der öffentlichen Sicherheit zu Nutze machen werden, wird die Zukunft lehren.

Schon allein deshalb kann nicht allzuviel von der Entmündigung des Trinkers erwartet werden, weil wir in Deutschland noch keine staatlichen Trinker-

heilanstalten besitzen: die Entmündigung des Trinkers ohne Versuch einer Heilung ist zwecklos. Innerhalb des Gebietes des bürgerlichen Rechtes wird sich vielleicht die Notwendigkeit der Ergänzung der Entmündigungsbestimmungen schnell herausstellen und dadurch den Staat zum Bau von Trinkerheilanstalten zwingen. Wir würden, vom Standpunkt des Strafrechtes aus, diesen Fortschritt deshalb um so freudiger begrüßen können, als wir dadurch in die Lage kämen, eine unsrer Forderungen zu erfüllen: Statt oder nach der Strafe durch Verwaltungsmassregeln eine Wiederkehr gleicher oder ähnlicher Verbrechen wenigstens bei einer Gruppe von Verbrechern zu verhindern.

Eine ganz besondere Wichtigkeit, sowohl theoretisch als praktisch, beansprucht neuerdings die **Hypnose**. Es würde eine wenig fruchtbare Aufgabe sein, die lawinenartig angewachsene Litteratur über Hypnose eingehender zu betrachten, um so weniger notwendig, als die anfängliche Hyperproduktion auf diesem Gebiete nach und nach in ein ruhigeres Fahrwasser gelenkt worden ist. Wir sind wohl jetzt schon in der Lage, ungefähr die Grenzen umschreiben zu können, innerhalb derer hypnotische Zustände forensische Bedeutung gewinnen können. Man bezeichnet als Hypnose einen Zustand gesteigerter Suggestibilität, der seinerseits hervorgerufen ist durch Erweckung entsprechender Vorstellungen auf dem Wege der Suggestion durch eine zweite Person. Diese Definition schliesst, durch ihre Bezugnahme auf die durch einen andern Menschen wachgerufene Suggestion, die Zustände sogenannter Autohypnose aus. Ich habe diese Abtrennung absichtlich vorgenommen, weil Zustände von Autohypnose klinisch zur Hysterie zu rechnen sind, soweit nicht überhaupt der Ausdruck Autohypnose fälschlich angewendet wird, wie z. B. bei Epileptikern. Forensisch sind solche Erkrankungen wesentlich anders wie die sonstige Hypnose zu beurteilen.

Die Zurückführung der hypnotischen Erscheinungen auf die Suggestion nimmt ihnen den mystischen Beigeschmack und ermöglicht eine aprioristische Beurteilung der forensischen Tragweite, die mit den bisherigen Erfahrungen in viel zu guter Uebereinstimmung steht, als dass wir an ihrer Richtigkeit zu zweifeln nötig hätten. Die Erweckung der Schlafvorstellung ist bei fast allen geistig Gesunden erreichbar; nur bei einem sehr geringen Prozentsatz (3.08 Wetterstrand, 2.67 Liébault) war es nicht möglich, die Hypnose herbeizuführen. Voraussetzung ist natürlich, dass die zu Hypnotisierenden ihre Gedanken zu concentrieren im stande sind und den erteilten Suggestionen nicht widerstreben. Eine Hypnotisierung gegen den Willen ist durch diese Voraussetzungen unmöglich. Natürlich nicht völlig; die überraschenden Erfolge von Schau-Hypnotisuren, die in erstaunlich kurzer Zeit eine ganze Anzahl von Personen in tiefen, hypnotischen Schlaf versenken können, erklärt sich sehr leicht. Der Anblick der prompten Wirkung ruft bei geeigneten Personen die Vorstellung wach, dass der „magnetischen“ oder ähnlich bezeichneten Kraft des Hypnotisierenden niemand widerstehen könne. Auch bei manchen Menschen, die trotz des Vorsatzes, sich nicht einschläfern zu lassen, bei solcher Gelegenheit hypnotisiert werden, besteht wohl

immer die vielleicht uneingestandene Ueberzeugung von der Fruchtlosigkeit jedes Widerstandes, der dann natürlich nur ein scheinbarer ist. Das gleiche gilt in noch höherem Grade von Personen, die schon häufiger hypnotisiert wurden; bei ihnen genügt — allerdings meist nur, wenn ihr gewohnter Hypnotiseur den Befehl erteilt — die einfache Aufforderung: Schlafen Sie! um das sofortige Einschlafen zu bewirken. Solche dressierte Personen sind unter Umständen auch dann zu hypnotisieren, wenn sie zu widerstreben versuchen.

Der gewöhnliche Zustand der Hypnose ist nicht, wie Charcot (vgl. unten) annimmt, der vollständigster Empfindungs- und Bewusstlosigkeit, sondern der eines passiven Schlafes, in dem die Wahrnehmungen der Aussenwelt erheblich eingeschränkt, die Kritik den erteilten Suggestionen gegenüber fast ganz aufgehoben, und die Empfänglichkeit für dieselben daher bedeutend gesteigert ist. Dieser Zustand ist eigentlich der einzige, der therapeutisch — und zu andern als zu Heilzwecken sollte die Hypnose nie angewendet werden — verwertet wird. In ihm lassen sich Schmerzen beseitigen, ängstliche, zwangsmässige und quälende Vorstellungen bekämpfen, oft mit glänzendem Erfolge. Aber nicht immer. So sind wir gegen die Wahnideen Geisteskranker ganz ohnmächtig, weil diese viel zu tief in dem ganzen psychischen Leben der Kranken eingewurzelt sind. Auch bei jahrelangem Bestehen von Beschwerden ist die suggestive Kraft der Hypnose oft nicht ausreichend, um sie zu beseitigen; besonders nach dem Erwachen aus der Hypnose gewinnen die alten Vorstellungen vielfach schnell wieder die Oberhand über die erteilten Suggestionen.

Es ist leicht ersichtlich, dass die Wirksamkeit abhängig ist von der Lebendigkeit der durch den Hypnotisierenden wachgerufenen Vorstellungen; ihre Macht wird um so grösser sein, je mehr die erteilten Suggestionen mit dem Charakter, dem Denken, den Wünschen des Hypnotisierten übereinstimmen, je weniger Gegenvorstellungen seiner Individualität entspringen. Diese Erfahrung giebt uns einen Fingerzeig bezüglich der Möglichkeit hypnotischer Verbrechen. Wir müssen unterscheiden zwischen solchen Verbrechen, die an Hypnotisierten begangen werden, und solchen, die Hypnotisierte entweder in der Hypnose oder posthypnotisch begehen.

Die erstere Gruppe findet ihre Besprechung hauptsächlich bei § 176, 2, da es sich meistens um sexuelle Delikte handelt, deren Opfer Hypnotisierte werden können (vergl. unten). Sonstige während der Dauer des hypnotischen Zustandes an Hypnotisierten begangene Verbrechen, etwa Diebstähle und dergl. kommen nicht weiter in Betracht, da die Schuld durch diesen Umstand nicht vergrössert oder verringert wird.

Charcot und seine Schule, die, wie zum Verständniss hervorgehoben werden muss, ihre Erfahrungen am Material der Salpêtrière, d. h. fast ausschliesslich an Hysterischen gesammelt haben, unterscheiden drei Stadien: Die Lethargie, in der die Hypnotisierten völlig empfindungs- und bewusstlos sind, die Katalepsie, in denen die erhöhte körperliche Suggestibilität am auffälligsten



ist, und endlich den Somnambulismus. In diesem Zustande nehmen die Versuchspersonen jede Suggestion an, geben die abenteuerlichsten Schauspiele, glauben sich je nach dem Wunsche des Hypnotisierenden in jede beliebige Situation versetzt und handeln dieser entsprechend. So eigenartig der Anblick auch wirkt, so ist es doch nicht nötig, zu den complicierten Theorien Charcots zu greifen. Auch dieser Zustand ist, wie alle anderen beliebigen Modificationen, ohne weiteres vom Standpunkte der durch Bernheim, Forel, Liébault und andre vertretenen, jetzt ziemlich allgemein als richtig anerkannten Ansicht zu erklären. Auch hier handelt es sich um die Erweckung entsprechender Vorstellungen, deren Umsetzung in die gewünschten Handlungen, je nach der persönlichen Veranlagung, Umgebung und bei häufigerer Wiederholung leichter oder schwerer, gelegentlich auch gar nicht glückt.

Diese Zustände sind es hauptsächlich, in denen mit der Möglichkeit hypnotischer Verbrechen gerechnet werden muss. Wenn man sieht, wie eine Versuchsperson eine Kartoffel für einen Apfel ansieht und verspeist, eine Fussbank statt eines Säuglings wiegt und küsst, auf dem Fussboden liegend verzweifelte Schwimmübungen macht, um sich vor dem Ertrinken im Meere zu retten, lange Unterhaltungen mit imaginären, ihr suggerirten Personen hält, so scheint der Schritt bis zur Ausführung eines aufgetragenen Verbrechens nicht sehr gross. Das gleiche gilt auch für die posthypnotischen Suggestionen, vielleicht sogar in noch höherem Grade. Zwischen einer Suggestion, mittelst deren wir etwa einem an Platzangst leidenden Kranken die verloren gegangene Sicherheit für Gehversuche, die nicht in der Hypnose angestellt werden, wiedergeben und einer solchen, durch die wir einer Person in der Hypnose auftragen, nach dem Erwachen ein vorher bestimmtes Glas Wasser auszutrinken, einen Papierkorb einem Anwesenden in den Schooss zu legen (Forel, S. 25), mit einer gar nicht vorhandenen zweiten Person zu sprechen und sie deutlich zu sehen, (*Suggestions à échéances*), zwischen all' diesen Erscheinungen besteht kein principieller, sondern nur ein gradueller Unterschied.

Die Perspektive, die durch solche posthypnotisch anscheinend besonnen und überlegt, thatsächlich aber unter dem Zwang einer fremden Suggestion ausgeführten Handlungen eröffnet wird, ist erschreckend. Da vielfach die Erinnerung an die während der Hypnose sich abspielenden Vorgänge nach dem Erwachen vollständig geschwunden ist, jedenfalls bei suggestiblen Personen durch entsprechende Befehle zum Verschwinden gebracht werden kann, so würde der Thäter nicht einmal wissen, dass er nur ein willenloses Werkzeug in der Hand eines andern war; noch mehr würde die soziale Bedenklichkeit der Hypnose dadurch gesteigert, dass Verbrecher in allen Fällen, in denen nur eine entfernte Möglichkeit bestände, hypnotische Suggestionen als Strafbefreiungsgrund vorzuschützen würden.

Um die Frage aufzuklären, ob wirklich während der Hypnose oder posthypnotisch verbrecherische Befehle entgegengenommen und ausgeführt werden, sind zwei Wege möglich. Der eine ist der des Experimentes, von Delboeuf,

Beaunis, Liégeois, Bernheim und andern eingeschlagen. Sie gaben Hypnotisierten Weisungen, wie z. B. mit einem Papierdolch einen Mordversuch zu machen, ein als Arsenik bezeichnetes Pulver in Wasser aufzulösen und einen Anwesenden dann zum Trinken zu veranlassen, eine vom Arzt übergebene, angeblich geladene Pistole auf einen andern abzufeuern. Solche Versuche gelingen oft überraschend gut, und doch beweisen sie in Wirklichkeit gar nichts. Ich habe die Kritik als erheblich eingeschränkt bezeichnet, nicht aber als aufgehoben. Das Bewusstsein der äusseren Umstände begleitet den Hypnotisierten zum Theil auch während des hypnotischen Zustandes und macht ihn einem Experimente gegenüber willig, bei dem ihm die Umgebung die Gewähr für die Harmlosigkeit des Versuches giebt. Natürlich ist man deshalb nicht berechtigt, einfach von Theaterspielen, von bewusstem Täuschen des Hypnotisierenden zu reden.

Wesentlich bestimmend für den positiven Ausfall der Versuche ist die Häufigkeit der Hypnose und vor allem das ganze „hypnotische Milieu“, wenn man mit diesem Ausdrucke die eigenthümliche und psychisch ungeheuer wichtige Atmosphäre mancher Centren für Hypnotismus bezeichnen darf. Ohne dass man berechtigt ist, von bewusster Täuschung oder Selbsttäuschung zu reden, ist die Bereitwilligkeit solcher immer wieder demonstrirter Medien zur Ausführung jeder Suggestion enorm gesteigert; gleichzeitig lehrt die tagtägliche Erfahrung die Unbedenklichkeit dieser pseudokriminellen Befehle, und so spielt schliesslich das Medium unbewusst eine Komödie, die nur den äusseren Anstrich einer lebenswahren Handlung hat. Sind die Bedingungen ungünstig, d. h. unterzieht man eine Person einem Versuche in einer nicht suggestiv inficirten Umgebung, und bevor die Wiederholung der Versuche die Harmlosigkeit genügend dargethan hat, so scheitern alle diese Laboratoriumsexperimente oder stossen doch auf die grössten Schwierigkeiten. Es ist Delboeuf unter solchen Bedingungen nicht gelungen, selbst einfache und wenig compromittierende Handlungen hypnotisch zu erzeugen, wie z. B. das Wegnehmen einer Blume von einem natürlich ebenfalls suggerierten Altar oder das Küssen fremder Personen.

Trotzdem würde es eine zu weitgehende Folgerung sein, wollte man die Möglichkeit hypnotischer Verbrechen ganz in Abrede stellen. Es gehört aber zum Gelingen bestimmt eine nicht geringe Praedisposition sowohl bezüglich der Suggestibilität wie der Neigung zum Verbrechen. Eine psychopathische Constitution, bei der vielleicht in Folge der Umgebung ohnedies die altruistischen Vorstellungen unzureichend entwickelt sind, mag wohl schliesslich einer immerwiederholten kriminellen Suggestion unterliegen. Ich möchte allerdings glauben, dass es bei solchen Individuen auch ohne Hypnose möglich ist, sie zu einem Verbrechen zu veranlassen, wie denn überhaupt der Einfluss der Wachsuggestionen meistens gar nicht genug gewürdigt wird.

Weit wichtiger als alle theoretischen Ueberlegungen und Laboratoriumsexperimente ist der zweite Weg zur Aufklärung, die Erfahrung. Da überrascht nun die Thatsache, dass bisher noch kein Fall eines hypnotischen Verbrechens sicher nachgewiesen wurde. Bei der grossen Ausbreitung, die der Hypnotismus

lange Zeit gefunden, bei der Ausdehnung, die besonders das Hypnotisieren durch Laien gefunden, sollte man — die Möglichkeit krimineller Suggestionen vorausgesetzt — doch ein ziemlich umfangreiches Erfahrungsmaterial gesammelt haben. Nichts von alledem ist geschehen. Zwar hat ab und zu die Verteidigung versucht, eine Angeschuldigte dem Strafrichter zu entreissen, indem sie dieselbe als das Opfer einer kriminellen Suggestion hinstellte, wie z. B. die bekannte Prostituirte und Raubmörderin Gabriele Bompard (*Annal. d'hygiène publ.* 1891. S. 1). Auch ohne übertriebene Skepsis wird man weder diesem Falle, noch den wenigen sonst veröffentlichten, irgend welche Beweiskraft zuerkennen können.

Ich glaube, dass wir nach diesen Erfahrungen keine allzugrosse Furcht vor der kriminellen Ausbeutung der Hypnose zu haben brauchen, wenigstens nicht in der Richtung, dass der Hypnotisierte als handelnde Person einer Strafthat erscheint, deren Urheber sich durch den Befehl, die Suggestion als solche zu vergessen und die Handlung auf selbständige und eigene Ueberlegung zurückzuführen, sich der Verantwortung zu entziehen weiss. Würde ein solches Vorgehen bestimmt nachgewiesen, so wäre allerdings dem Hypnotisierten der Schutz des § 51 zuzuerkennen. Die Handlung geschieht in einem Zustande von Bewusstlosigkeit. Es ist nicht zulässig, wie v. Lilienthal glaubt, nur für den Zustand der Lethargie, nicht aber auch für den Somnambulismus Bewusstlosigkeit anzunehmen. Lilienthals Ausführungen stützten sich auf die oben erwähnten Anschauungen der Charcotschen Schule, deren Unrichtigkeit natürlich auch diese forensische Unterscheidung hinfällig macht. Gerade diese Zustände, die den Anschein zweckbewussten, klar überlegten Handelns haben, während fremde Suggestionen das eingeschränkte Bewusstsein beherrschen und lenken, illustrieren den geringen Wert, der, wie schon S. 19 erwähnt, der Besonnenheit für die Beurteilung des Bewusstseinszustandes zukommt.

Der Anstifter einer kriminellen hypnotischen Suggestion müsste nach denselben Gesichtspunkten beurteilt werden, nach denen die Schuld dessen festgestellt wird, der einen Geisteskranken als ausführendes Werkzeug benutzt. Ich will nicht unterlassen, auch hier zu bemerken, wie unwahrscheinlich der Missbrauch der Hypnose vom Standpunkte des Hypnotisierenden ist. Die Mühseligkeit der Bearbeitung eines Mediums bis zu diesem hohen Grade von suggestiver Gefügigkeit, die trotz Amnesie nicht geringe Gefahr des Entdecktwerdens, die Unzuverlässigkeit der Wirkung, alle diese Schwierigkeiten machen es nicht gerade wahrscheinlich, dass öfter zu diesem Mittel gegriffen wird. Da als Voraussetzung immer ein gewisser Grad eigner krimineller Geneigtheit vorhanden sein muss, so wird wohl das Mittel der Wachsuggestion, die Ueberredung, immer in Verbrecherkreisen den Vorzug geniessen.

Die Einrede der Hypnose darf wohl in ihrer prozessualen Wirkung ähnlich aufgefasst werden, wie die Einrede der Schlaftrunkenheit (S. 18). Nur dass der Richter doch aus den ausführlich behandelten Gründen, in Anbetracht der theoretischen und erfahrungsgemässen Unwahrscheinlichkeit, diesen fragwürdigen Einwand nicht mit allzugrossem Ernste zu behandeln nötig hat.



Ich habe der Alkoholwirkung und der Hypnose deshalb eine so eingehende Besprechung gewidmet, weil diese beiden Spezialfälle von besonders grosser forensischer Wichtigkeit sind. Der Rausch wegen seiner Häufigkeit und wegen seiner theoretischen Bedeutung. Zeigt er doch am klarsten die Schwierigkeiten, die beim Versuch einer scharfen Unterscheidung zwischen bewusstem und bewusstlosem Handeln entstehen. Die Eigenartigkeit der Bewusstseinsbeschränkung im hypnotischen Zustande aber und die hypnotische Suggestibilität bedurften einer breiteren Darstellung, um dem Juristen die Erfassung der ihm fremden Probleme zu erleichtern. Sehr viel klarer und einfacher ist die Deutung aller andern Zustände von Bewusstseinsstörung; besonders gilt das für die sogenannte Schlaftrunkenheit. Nur selten wird es infolge der Schlaftrunkenheit zur aktiven Ausführung von Straftaten kommen; das übliche Beispiel ist die sinnlose Gewaltthat, ausgeführt von einem aus schreckhaftem Schlafe Erwachenden, der die im Traume erlebten Angriffe abwehrt und dabei jemanden seiner Umgebung verletzt. Wahrscheinlicher sind fahrlässige Unterlassungen, das Nichtschliessen einer Eisenbahnschranke, das Uebersehen eines Signals, das Fehlgreifen beim Weichenstellen und ähnl. In den meisten solchen Fällen aber handelt es sich gar nicht um Schlaftrunkenheit, sondern um epileptische Schlafzustände (vergl. auch E. Schultze 2. S. 224).

Ueberhaupt kommt der Epilepsie in ihren verschiedenen Formen der Hauptanteil an den Zuständen von Bewusstlosigkeit zu. Ohne an dieser Stelle auf die klinischen Erscheinungen weiter einzugehen, muss ich doch den Bewusstseinszustand der Epileptiker hier aus einem bestimmten Grunde besonders erwähnen. Die klinischen Erfahrungen haben den Kreis der Zustände, die zur Epilepsie gehören, erheblich erweitert. Allerdings sind die Ansichten der Autoren nicht ganz einheitlich; ich persönlich vertrete die Anschauung, deren Begründung ich mir hier versagen muss, dass die meisten, wenn nicht alle Fälle von Nachtwandeln, von pathologischem Rausch, bestimmt alle von Dipsomanie zur Epilepsie zu rechnen sind. Gemeinsam ist all' diesen Erscheinungsformen die Bewusstseinsstörung. Sie kann von der tiefsten Bewusstlosigkeit, dem völligen Stillstehen jeder Empfindung und Reaktion, bis zu scheinbar besonnenem und bewusstem Handeln alle Grade aufweisen. Es ist nicht immer leicht, den Nachweis der Bewusstlosigkeit oder Bewusstseinsstörung zu führen. Daran aber muss prinzipiell festgehalten werden, dass jeder epileptische Dämmerzustand die Zurechnungsfähigkeit ausschliesst. Das gleiche gilt für hysterische Dämmerzustände; diese beschäftigen übrigens die Gerichte gerade im Gegensatz zu den häufigen Straftaten der Epileptiker verhältnismässig selten.

Den Zuständen von Bewusstlosigkeit werden die „krankhafter Störung der Geistesthätigkeit“ gegenübergestellt, obgleich sich eine scharfe Trennung nicht durchführen lässt. Wenigstens ist es für den Mediciner ziemlich gleichgiltig, welcher von beiden Kategorien er z. B. einen epileptischen Dämmerzustand zuteilt. Nach der Entstehung des Wortlautes umfasst der Begriff „krankhafte Störung der Geistesthätigkeit“ neben den eigentlichen Geisteskrankheiten auch

die angeborene Geistesschwäche, sowie einige psychische Störungen, die wegen der begleitenden körperlichen Erkrankung, wie z. B. bei Typhus, Blattern u. dergl., der Sprachgebrauch nicht als eigentliche Psychosen anerkennt. Die Kasuistik weist zwar nur wenige Fälle auf, in denen eine plötzliche Gewaltthat das erste Zeichen einer schweren Infektionskrankheit war, doch sind die Beobachtungen nicht anzuzweifeln. Ihre Beurteilung macht keine Schwierigkeiten, weil es immer nur unmotivierter brutale Handlungen des Augenblickes sind, deren Unbegreiflichkeit durch die bald bemerkbaren Symptome der ursächlichen körperlichen Krankheit ihre Aufklärung findet.

Neben den Fieberdelirien hatte das Gutachten der Königl. wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen den „Zustand der Gebärenden“ als einen solchen bezeichnet, der in den Bestimmungen des § 51 mitberücksichtigt werden müsste. Psychologisch lässt sich allerdings wohl der Fall konstruieren, dass bei der Tötung eines unehelichen Kindes in oder gleich nach der Geburt (§ 217. 1) der Geisteszustand der Gebärenden ein abnormer sein kann. Körperliche Schwäche, Blutverlust und Schmerzen, das Gefühl der Verlassenheit, Sorge um die Zukunft, Zerwürfnisse mit der Familie, Furcht vor der Schande, alle diese Eindrücke können sehr wohl in ihrem Zusammentreffen so übermächtige Motive werden, dass es zur Tötung des Kindes kommt. Insofern hat unser Gesetz mit guten Gründen die Strafe anders bemessen als bei Mord. Ob aber thatsächlich der Gemütszustand der Gebärenden — natürlich vorausgesetzt, dass keine sonstige psychische Störung vorliegt — gelegentlich ein so abnormer werden kann, dass wir den § 51 zur Anwendung bringen können, ist nicht sicher. Es sind wohl eine Anzahl Beobachtungen in der Literatur aufzufinden; auffallend aber ist, dass sie durchweg aus älteren Zeiten stammen, während mir aus der letzten Zeit keine neuen Fälle zu Gesicht gekommen sind. Es ist deshalb wohl nicht mit Sicherheit auszuschliessen, dass diese alten Fälle unsrer verfeinerten Diagnostik gegenüber ganz anders zu deuten sind. Wünschenswert wäre es aber, dass ein psychiatrisch geschulter Frauenarzt vor allem die bei normalen, ehelichen sowie unehelichen Geburten auftretenden Zustände genauer beobachtete und analysierte, um eine Grundlage zur Beurteilung besonders auffälliger Erregungen zu schaffen, eine Grundlage, die, so notwendig sie ist, vorläufig noch fehlt.

Ueber die Beziehungen der Geisteskrankheiten im engeren Sinne zum § 51 herrscht wohl die grösste Uebereinstimmung. Eine Erkrankung mit bestimmtem Beginn, bestimmten charakteristischen Symptomen und bestimmtem Verlaufe schliesst die Zurechnungsfähigkeit aus; eine normale Bestimmbarkeit durch normale Motive ist mit dem Bestehen einer Geisteskrankheit unvereinbar. Der Entwurf II hatte auf Vorschlag der medizinischen Fakultät zu Leipzig die Fassung gefunden: „durch welchen seine freie

1) § 217. Eine Mutter, welche ihr uneheliches Kind in oder gleich nach der Geburt vorsätzlich tötet, wird mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter drei Jahren ein.

Willensbestimmung in Beziehung auf die Handlung ausgeschlossen war.“ Damit sollte nur ausgesprochen werden, „dass der Beweis des Ausschlusses der freien Willensbestimmung nur in Beziehung auf die dem Thäter zur Last gelegte That zu erbringen, nicht aber der Beweis zu fordern sei, dass die freie Willensbestimmung nach allen Richtungen hin ausgeschlossen sei.“

Gegen diesen Zusatz richtete sich eine Petition der rheinischen Irrenärzte Nasse, Pelman und Richartz und in der 3. Lesung des Gesetzes wurden dann auch diese 5 Worte gestrichen. Wir können uns über diese Aenderung nur freuen. Gewiss war der Vorschlag der Leipziger medizinischen Fakultät gut gemeint; es sind aber zwei Bedenken dagegen geltend zu machen. Das eine, weniger schwerwiegende, ist ein medizinisches, wissenschaftliches. Wenn nichts weiter erforderlich ist, als der Nachweis des Einflusses einer krankhaften Störung auf das Zustandekommen einer bestimmten That, so liegt die Gefahr nahe, sich auf diesen Nachweis zu beschränken. Statt der Frage nach Art und Umfang der Krankheit würde sich der Sachverständige vielleicht oft begnügt haben, den Fall nur symptomatisch zu behandeln, eine psychologische beziehungsweise psychopathologische Erklärung der Handlung zu versuchen, statt der klinischen Diagnose nachzugehen.

Weit grösser aber war das zweite Bedenken. Der Wortlaut verführt unwillkürlich zu einer allerdings nicht beabsichtigten aber wohl unvermeidlichen umgekehrten Fragestellung: War die freie Willensbestimmung durch die krankhafte Störung der Geistesthätigkeit in Beziehung auf die Handlung ausgeschlossen?

Dieser Nachweis ist nicht immer leicht zu führen, vor allem wird es oft nicht möglich sein, dem Juristen den Zusammenhang zwischen Psychose und Strafthat zu beweisen. Der Richter könnte so zu der Auffassung kommen, dass zwar eine Geisteskrankheit — ich rede hier nur von Psychosen sensu strictiore — vorliege, dass diese aber ohne Einfluss auf die Strafthat gewesen sei. Man bezeichnet diese Annahme der Möglichkeit, dass ein Geisteskranker im Zustande anscheinend freier Willensbestimmung eine Strafthat begeht, als: partielle Zurechnungsfähigkeit. Sie besteht nach der Fassung des § 51 nicht, da dieser nur das zeitliche Zusammenfallen einer Handlung mit einer, um mich kurz auszudrücken, hochgradigen Geistesstörung verlangt, nicht aber den causalen Zusammenhang. Die Verurteilung ist auch insofern gegenstandslos, als nach § 487 St.P.O. die Strafvollstreckung an einem Geisteskranken nicht gestattet ist. Die Wichtigkeit der vorliegenden Frage aber zwingt zur Stellungnahme, umsomehr, als in letzter Zeit Ziehen (l. S. 52) von Neuem die Frage aufgeworfen und abweichend von der üblichen Meinung beantwortet hat.

Ziehens Ausführungen gehen von der Besprechung der Unzurechnungsfähigkeit bei chronischer Paranoia aus. Diese Psychose, deren Hauptmerkmal die allmähliche und fortschreitende Entwicklung systematisierter Verfolgungsideen ist, eignet sich deshalb besonders gut zur Diskussion des Problems, weil die Kranken klar und besonnen sind und bleiben. Ziehen glaubt nun, der Richter



dürfe „den Nachweis verlangen, dass die Wahnvorstellung wirklich auch bei der psychologischen Entstehung der speciell unter Anklage stehenden Strafhandlung eine Rolle gespielt hat. Der Nachweis, dass überhaupt Geisteskrankheit besteht, reicht nicht aus. Man kann sich sehr wohl den Fall denken, wenn er auch äusserst selten sein wird, dass Jemand, der durch Verführung usw. moralisch verwahrlost ist, einerseits an Paranoia erkrankt und andererseits unabhängig von paranoischen Vorstellungen, lediglich auf Grund moralischer Verkommenheit Strafhandlungen sich zu Schulden kommen lässt. Offenbar hat die Paranoia in solchem Falle gar keine exkulpierende Kraft.“

Diese Ausführungen klingen sehr einleuchtend. Es ist ja nicht zu bestreiten, dass ein Gewohnheitsverbrecher, trotz einer in späterem Alter auftretenden Psychose, in seiner Laufbahn fortfahren kann, und dass es unter solchen Umständen unmöglich ist, die psychologische Verbindung zwischen einer ursprünglichen Veranlagung und der späteren Erkrankung herzustellen. Ist aber wirklich „die Geisteskrankheit in solchen Fällen — immer vorausgesetzt, dass wirklich nachgewiesen ist, dass die psychopathischen Symptome keinen Einfluss auf die Strafhandlung gehabt haben — eine Complication etwa wie die Tuberkulose?“ (Ziehen 58). In dem wörtlich citierten Zwischensatz liegt der Punkt, an dem die Kritik einzusetzen hat. Jede Handlung, besonders die verbrecherische, ist das Produkt einer Reihe von sozialen und individuellen Motiven (vergl. S. 6). Es ist eine Vermessenheit und eine grobe Selbsttäuschung, diese Motive einzeln feststellen, ihren Anteil am Entschluss abmessen zu wollen. Das gilt schon für den geistig Gesunden, dessen Fühlen und Denken eine Vergleichbarkeit mit dem eignen Ich zulässt. Erst recht aber bei dem Geisteskranken. Ziehen beschreibt in seinem Lehrbuche die chronische einfache Paranoia sehr eingehend: Er führt die Wahnvorstellungen theils auf wahnhafte Auslegungen normaler Sinnesempfindungen oder Traumempfindungen, theils auf plötzliche Einfälle zurück. „Oft leitet den Paranoiker eine zufällige Constellation der Empfindungen und Vorstellungen auf den „richtigen“ Weg.“ „Unbewusste Associationen bereiten die bestimmte Formulierung der Grössenidee vor.“ „Wie der Verfolgungswahn beeinflusst nun auch der Grössenwahn die Auffassung der Aussenwelt.“

Die angeführten Stellen dürften wohl genügen, um die geistigen Vorgänge bei einem Paranoiker zu charakterisieren. Ziehen stellt sich als Kliniker das Denken des Kranken so sehr kompliziert und so in Auffassung und Verarbeitung verändert vor — da sollte er als Kriminalist doch den Schluss ziehen, dass wir das Uebergreifen der pathologischen Denkvorgänge auf Handlungen, die mit den Wahnideen inhaltlich nichts zu thun haben, mindestens nicht beurteilen können. Damit allein würde schon seine Forderung des Nachweises eines psychologischen Zusammenhangs zwischen Wahnidee und Handlung hinfällig. Warum aber treten denn überhaupt Verfolgungs- und Grössenideen, Fälschung der Aussenwelt, unbewusste Associationen mit wahnbildender Kraft auf? Doch nur, weil eine uns in ihrem Wesen zwar unbekannte, in ihren Erscheinungen aber um so deutlichere persönliche Veranlagung besteht. Gerade bei der Paranoia ist die individuelle

Praedisposition von so einschneidender Bedeutung, dass wohl kein Irrenarzt die Ansicht vertreten möchte, man könne die Erkrankung verhindern oder die aufgetretenen Symptome beseitigen. Etwa indem man den Querulanten, einen Typus von Paranoia, dadurch zu heilen versuchte, dass man ihm in seinen Prozessen Recht giebt. Ziehen spottet über den Begriff der „ganzen Persönlichkeit;“ nach seiner klinischen Schilderung ist mir unklar, welche Teile der psychischen Persönlichkeit eines Paranoikers nicht miterkrankt sind. Der Vergleich der Paranoia eines Verbrechers mit einer Lungentuberkulose ist geradezu frivol. Unser Denken vollzieht sich doch nicht in hermetisch von einander getrennten Gehirnpartien. Wenn in einer Weberei ein Stuhl zerbricht, so leidet die Funktion der andern nicht, wohl aber wird die Gesamtproduktion bereits verringert. Wenn in einer Taschenuhr auch nur ein kleines Rädchen anders läuft, wie es müsste, so wird der Gang der Uhr gestört. Und in unserm Gehirn, dem kompliziertesten Organismus, der denkbar ist, sollten die wichtigsten Funktionen erheblich umgestaltet sein, ohne dass jede als Handlung in die Aussenwelt tretende Thätigkeit mitgelitten hätte?

Es mag schwierig sein, im einzelnen Falle den Nachweis des Zusammenhangs zu führen; ich halte es für unmöglich, auch nur in einem Falle den Nachweis des Nichtzusammenhanges zu führen. Die partielle Zurechnungsfähigkeit stammt noch aus einer Zeit, in der man Mangels genügender klinischer Kenntnisse von Monomanien redete. Ziehen bestreitet zwar die Verwandtschaft seiner Auffassung mit der Lehre von den Monomanien, dem partiellen Irresein und den isolierten Wahnideen; er geht aber darin sogar weiter, dass er trotz des Bestehens einer schweren Psychose an die Möglichkeit willensfreier Handlungen bei dem gleichen Individuum denkt, also bei einem Menschen nicht die Zurechnungsfähigkeit nur für das Gebiet der Wahnvorstellungen ablehnt, sondern von der allgemeinen Unzurechnungsfähigkeit ein Gebiet abtrennt, innerhalb dessen die strafrechtliche Verantwortlichkeit erhalten bleiben kann. Auf die widersinnigen Konsequenzen eines solchen Vorgehens hat Heilbronner an der Hand eines concreten Falles hingewiesen.

Es ist im höchsten Grade bedauerlich, dass theoretische Abstraktionen das Wiederaufleben der partiellen Zurechnungsfähigkeit bei Geisteskranken ermöglicht haben; der energische Widerspruch von allen Seiten wird wohl Ziehen zwingen, mit der Beschreibung der Fälle herauszurücken, auf die er sich bei seinen Ausführungen stützte. Nur wenn er wirklich einwandsfreies Material beibringen würde, könnte man die erneute Diskussion über die Existenz der partiellen Zurechnungsfähigkeit für zulässig erachten, nicht aber bei Konstruktion solcher Fälle am Schreibtisch. Einstweilen aber dürfen wir daran festhalten, dass jede Geisteskrankheit im engern Sinne die Zurechnungsfähigkeit ausschliesst.

Zu den Zuständen krankhafter Störung der Geistesthätigkeit gehört auch der angeborene Blödsinn, die Idiotie. Die Idiotie ist die Folge einer durch unzulängliche Veranlagung oder durch intrauterine oder im frühesten Lebensalter auftretende Krankheitsprocesse gehemmten Entwicklung des Gehirns. In einem

so organisch verkümmerten Gehirn können natürlich auch die intellektuellen Vorstellungen nicht in genügender Weise ausgebildet werden. Man pflegt bei Idioten in der Regel die Intelligenzstörung in den Vordergrund der Betrachtung zu stellen, obgleich meist nicht nur der Verstand, sondern auch die Affekte erheblich beeinträchtigt sind.

Ich will bei dieser Gelegenheit bemerken, dass ich persönlich die Annahme eines sogenannten „moralischen Irreseins“, „moralischen Schwachsinn“ (moral insanity) als einer eigenartigen Psychose nicht teile. Die meisten der Fälle, deren Erläuterung Sache der allgemeinen Pathologie ist, sind klinisch wahrscheinlich falsch aufgefasst worden. Sie gehören zum Teil der Epilepsie, zum Teil den leichten Erregungszuständen des circulären Irreseins, zum Teil dem Jugendirresein (Dementia praecox) an; solche Missgriffe sind mir wenigstens aktenmässig begegnet. Handelt es sich aber thatsächlich um Fälle, in denen neben normaler Intelligenz eine tiefe ethische Verkommenheit, völliges Fehlen aller altruistischer Regungen nachzuweisen ist, und bei denen wir anderweitige Psychosen mit Bestimmtheit ausschliessen können, nun dann bleibt uns de lege lata nichts anders übrig, als diese Personen für zurechnungsfähig zu halten.

Die Strafe wird ja, darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben, bei der Veranlagung solcher Menschen keine praeventive Wirkung ausüben; wir aber müssen uns den Gesetzen fügen. Das Reichsgericht (E. XV. 97) hat ausdrücklich entschieden, dass „nach den dem deutschen Strafgesetzbuche zu Grunde liegenden Anschauungen durch den von der Theorie (eines moralischen Irreseins) angenommenen Mangel jeglichen moralischen Haltes die Zurechnungsfähigkeit nur dann für ausgeschlossen gelten kann, wenn der Mangel aus krankhafter Störung zu erklären ist. Zu demselben Ergebnisse führt die Auslegung des Gesetzes nach seinem Wortlaute. Nach § 51 genügt keineswegs die blosse Unfähigkeit zur freien Willensbestimmung einem Anreize gegenüber, es muss vielmehr die freie Willensbestimmung durch einen Zustand der Bewusstlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit ausgeschlossen sein.“ Damit ist die Nichtanerkennung der Lehre von dem moralischen Schwachsinn autoritativ ausgesprochen. Wie sich die Zukunft zu dieser Frage stellen wird, ob sich eine Krankheitsgruppe des moralischen Irreseins abgrenzen wird, ob und welche Beziehungen diese zur Lehre von der Psychologie des normalen Verbrechers finden wird, müssen weitere klinische Forschungen ergeben.

Die Ursache des angeborenen Blödsinns liegt in einer organischen Erkrankung des Gehirns. Wir werden unbedenklich die Idiotie und die höheren Grade des Schwachsinn, die Imbecillität, zu den krankhaften Störungen der Geistesthätigkeit rechnen dürfen. Von der besonderen Erwähnung des „Blödsinns“, wie im § 40 des Preuss. Strafgesetzbuches, wurde Abstand genommen. Eine Anzahl europäischer Staaten erwähnen das Zurückbleiben der geistigen Entwicklung ausdrücklich unter den Gründen der Unzurechnungsfähigkeit;



so sprechen die Strafgesetzbücher der Schweiz (Vorentwurf), Spaniens, Russlands von Blödsinn, Frankreich von *démence*, was aber sowohl Blödsinn als auch Geisteskrankheit bezeichnen soll; England und Irland bezeichnen den Zustand als Geistesschwäche, Bulgarien als Hemmung in der Ausbildung, die Niederlande als mangelhafte, Norwegen als zurückgebliebene Entwicklung oder Schwächung der Geisteskräfte. Oesterreich erwähnt diejenigen, die schwach von Verstand sind, unter denen, die generell mildere Beurteilung finden sollen.

Die besondere Aufführung der geistigen Schwäche neben den krankhaften Störungen der Geistesthätigkeit kann der Arzt eher entbehren als der Jurist, dem eine Abweichung von der normalen Intelligenzbreite weniger leicht als krankhaft erscheinen wird. Der Blödsinnige gleicht auf der tiefsten Stufe einem Tiere und ist diesem gegenüber oft noch dadurch im Nachteil, dass bei dem Tiere mit Geduld und zweckmässigen Methoden ein gewisser Grad von Dressur erreicht werden kann, während manche Idioten trotz aller Mühe weder allein essen noch sprechen noch sich sauber zu halten lernen. Bei mässigeren Graden von Schwachsinn gelingt es allmähig, den Kreis der Vorstellungen zu erweitern, gewisse Handfertigkeiten den Kranken beizubringen und sie so nach und nach zu leidlich sozial brauchbaren Menschen zu machen. Je geringer die ursprüngliche Störung ist, um so mehr nähert sich der unterrichtete Schwachsinnige dem Durchschnittsmenschen.

Von dem auf der Stufe eines undressierten Tieres stehenden Idioten zum mässig Schwachsinnigen (Imbecillen), von diesem zum gering Begabten, zur Durchschnittsintelligenz, von dieser zu ungewöhnlicher Begabung und zum Genie führt eine ununterbrochene Skala von Zwischenstufen. Die fließenden Uebergänge verbieten eine scharfe Trennung an einem willkürlichen und individuell natürlich auch sehr verschiedenen Punkte. An dem einen Ende der Skala stehen die zweifellos Zurechnungsfähigen, an dem andern die gänzlich Unzurechnungsfähigen; das Fehlen einer scharfen Grenze zwingt zur Annahme eines Zustandes, in dem die Verantwortlichkeit für die Handlungen durch die gering entwickelte Intelligenz beeinträchtigt wird, ohne dass die Störung der Geistesthätigkeit hochgradig genug ist, um die freie Willensbestimmung vollständig auszuschliessen. Man bezeichnet diese Zustände als solche „**verminderter Zurechnungsfähigkeit**“.

Die Strafgesetzbücher einiger deutschen Staaten enthielten neben dem Paragraphen, durch welchen die Zustände völliger Unzurechnungsfähigkeit umgrenzt wurden, noch besondere Bestimmungen über die verminderte Zurechnungsfähigkeit; so z. B. das Bayerische Strafgesetzbuch (§ 68), das hessische (§ 114), das sächsische (§ 88). Es wurde deshalb ein Gutachten von der kgl. wissenschaftlichen Deputation für das Medicinalwesen verlangt, ob der § 40 des Entwurfs durch den Zusatz ergänzt werden solle:

„Befand sich zur Zeit der Begehung eines Verbrechens oder eines Vergehens der Thäter im Zustande verminderter Zurechnungsfähigkeit, so ist er mit einer geringeren Strafe zu belegen, als wenn er das Verbrechen oder Vergehen im Zustande voller Zurechnungsfähigkeit begangen hätte.“

Das Gutachten begrüßte die Anerkennung der Zustände geminderter Zurechnungsfähigkeit als einen „wesentlichen Fortschritt“. Aengstlicher auf die juristischen Bedenken Rücksicht nehmend als die Juristen selbst, schien es aber dem Medicinalcollegium wünschenswert, den Ausdruck der Zurechnungsfähigkeit zu vermeiden; sein Vorschlag ging deshalb dahin:

„Der Thäter ist mit einer geringeren Strafe zu belegen, wenn er sich zur Zeit der That in einem Zustande befand, welcher die freie Willensbestimmung zwar nicht völlig ausschloss, aber dieselbe beeinträchtigte.“

Der dem Reichstage vorgelegte Entwurf des Strafgesetzbuches enthielt weder die eine noch die andere Fassung; der Bundesrat hatte die „geminderte Zurechnungsfähigkeit“ gestrichen. Die Gründe dazu sind der Rede des Berichterstatters, des Generalstaatsanwaltes Dr. Schwarze (Stenograph. Berichte des Reichstags des Norddeutschen Bundes 1870. I. S. 233) zu entnehmen. Er versicherte, „dass die Frage, ob eine Bestimmung über die verminderte Zurechnungsfähigkeit unter die Gründe der Strafausschliessung beziehentlich Strafmilderung angenommen werden sollte, in der Commission, welche von dem Bundesrate niedergesetzt wurde, die lebhafteste und eingehendste Erörterung gefunden hat, dass aber die Majorität der Commission sich davon überzeugete, dass es nicht zweckmässig sein möchte, mit dieser doch immer zweifelhaften Bestimmung vorzugehen, zumal da die mildernden Umstände, welche in sehr weiter Ausdehnung in dem revidierten Entwurf Berücksichtigung gefunden haben, das praktische Bedürfnis, welches jener Bestimmung, die vorgeschlagen worden ist, unverkennbar unterliegt, in der Hauptsache erledigen.“

Diese Worte blieben ohne Widerspruch; die verminderte Zurechnungsfähigkeit war ersetzt durch die mildernden Umstände. Ist aber dieser Ersatz ausreichend und zweckentsprechend? In den §§ 80—359 des deutschen Strafgesetzbuches sind 239 einzelne Verbrechen und Vergehen namhaft gemacht und mit Strafe bedroht. Von diesen sind bei 62 mildernde Umstände zulässig, bei 177 nicht. „Also bei der grossen Mehrzahl, bei nahezu drei Vierteln der Fälle, ist deren Annahme ausgeschlossen“ (Jolly S. 472). Von diesen 177 treffen 104 auf solche Vergehen, bei denen ein Strafminimum nicht besteht; bei weiteren 29 Delikten bewegt sich das niedrigste Maass der Freiheitsstrafe zwischen 1 Woche und 3 Monaten Gefängnis oder Festungshaft. Es bleiben also noch 44 Verbrechen, in denen die Anerkennung mildernder Umstände ausgeschlossen ist. Zu diesen gehören aber gerade einige der schwersten, wie Meineid, schwere Kuppelei, Brandstiftung, Raub, Mord usw. Hätten wir, wie Oesterreich im § 46 a<sup>1)</sup> für „Schwache an Verstand“, oder, wie Frankreich, überhaupt generelle mildernde Umstände, so würde immer noch die Frage zu erörtern sein, ob der Ersatz einer graduellen Abstufung der Zurechnungsfähigkeit durch die mildernden Umstände

1) § 46. a. Milderungsumstände, welche auf die Person des Thäters Beziehung haben, sind: a) wenn der Thäter . . . schwach an Verstand oder seine Erziehung sehr vernachlässigt worden ist.

zweckmässig ist. So aber ist es fast unbegreiflich, wie diese Inconsequenz unbeanstandet in den Reichstagsverhandlungen bleiben konnte.

Die mildernden Umstände sind aber thatsächlich gar nicht geeignet, den Fällen verminderter Zurechnungsfähigkeit gerecht zu werden. Wir sind als Psychiater oft genug in der Lage, die unzureichenden Kenntnisse der Juristen in psychiatrischen Dingen (bezüglich der Mediciner vergl. S. 41) bedauern zu müssen. Um so dankbarer erkennen wir das Bestreben der Richter an, mehr als früher die Sachkenntnis der Irrenärzte in Anspruch zu nehmen. Wir werden aber den Widerspruch Seitens der Juristen um so weniger befürchten müssen, je klarer der Sachverhalt dargestellt werden kann. Zeigen wir dem Richter das Bestehen einer ausgesprochenen geistigen Erkrankung im engeren Sinne, so kann ihm die Schlussfolgerung überlassen werden; wir werden nicht leicht einen Fehlgriif befürchten müssen. Die Gefahr, dass das Recht der freien Beweiswürdigung missbraucht wird, ist in all' den Fällen nicht gross. Anders aber bei den psychopathischen Zuständen; als solche führte Wollenberg (1. S. 620) die krankhaft Veranlagten, Excentrischen, sexuell Perversen, an Zwangsvorstellungen Leidenden, Schwachsinnigen, viele Degenerierte und Minderwertige, die Hysterischen und Epileptischen, Tuczeck, in der Diskussion zu Wollenbergs Vortrag, noch die neurasthenisch Reizbaren an. Weingart (S. 135) gesellt diesen mit Recht ausserdem noch die Zustände bei, in denen das Nervensystem in Folge von Neurosen, Kopfverletzungen, Vergiftungen durch Alkohol, Morphinum und dergl. abnorm ist.

Gerade diese Fälle bereiten der forensischen Beurteilung die grössten Schwierigkeiten, sobald wir versuchen, uns über die Beziehung einer abnormen geistigen Veranlagung zu einer Straftat ins Klare zu kommen. Wenn wir bei solchen Zuständen in foro nach der Anwendbarkeit des § 51 gefragt werden, wird die einfache Verneinung der Frage den Richter zu einer falschen Auffassung verleiten. Wir müssen also, über die gestellte Frage hinausgehend, auseinandersetzen, dass zwar die freie Willensbestimmung im Sinne des Gesetzes nicht ausgeschlossen ist, dass aber die abnorme Veranlagung nicht ohne Einfluss auf das Zustandekommen der strafbaren Handlung geblieben sein kann. Der einsichtige Richter wird dem Sachverständigen diese Abschweifung nicht verübeln, er wird — wie mir wenigstens schon oft geschehen — sogar diese Auseinandersetzung erbitten, aber korrekt ist das nicht. Bei der Schwierigkeit der Beurteilung von Grenzfällen sollte man doch verlangen dürfen, dass der Sachverständige nicht nur, der stillschweigenden Duldung gewiss, mehr beantwortet, als er gefragt wird. Man müsste vielmehr ein klares Aussprechen der Ansicht des Irrenarztes gesetzlich fordern.

Die mildernden Umstände, eine Einrichtung, von der Liszt (1. S. 283) sagt, dass sie ohne jeden inneren Grund aus dem preussischen St.G.B. übernommen worden sei, und die durchaus nicht von allen Strafrechtslehrern als zweckmässig anerkannt wird, stellen eine Maassregel dar, deren Handhabung ausschliesslich Sache des Richters ist. Dadurch aber ist dem Psychiater gerade in den verwickeltsten Fällen seines Faches der ausreichende Einfluss auf die Gestaltung



der Strafe unmöglich gemacht; den Einfluss als Berater meine ich, dessen Urteil der Jurist sich nicht fügen muss, aber gewiss oft gerne fügen wird. Dieser Punkt wird meiner Ansicht nach im Kampfe um die Einführung einer Zwischenstufe zwischen geistiger Gesundheit und Geisteskrankheit nicht genügend scharf hervorgehoben.

Alle Bedenken aber, die man gegen die mildernden Umstände als Ersatz für die verminderte Zurechnungsfähigkeit geltend machen kann, erscheinen nebensächlich gegenüber der Thatsache, dass sie kein Ersatz sind. Sie bewirken, abgesehen von den Fällen des jugendlichen Alters, eine Herabsetzung des Strafmaasses. Das entspricht, auf die Fälle der verminderten Zurechnungsfähigkeit angewendet, der Sühnethorie: geringere Verschuldung — also auch geringere Strafe. So wenig verkannt werden kann, dass unser deutsches Strafgesetzbuch grösstentheils auf dieser Grundlage aufgebaut ist, so wenig entspricht es den Fortschritten der Wissenschaft, daran festzuhalten. v. Lilienthal (2. S. 698) nennt die Gesichtspunkte, durch welche das zukünftige Strafrecht bestimmt wird: Sicherung der Gesellschaft gegen das Verbrechen des Einzelnen, Rechtsschutz des Einzelnen gegen Vergewaltigung im Namen der Gesellschaft.

Es lohnt sich wohl, im Lichte dieser Anschauung die geistig von der Norm abweichenden Individuen ins Auge zu fassen. Haben wir einen Geisteskranken vor uns, so ist die gesellschaftliche Reaktion gegen seine Straftthat klar vorgezeichnet, sobald wir den Sühnestandpunkt ausser Acht lassen dürfen. Die Strafe soll eine Wiederholung der strafbaren Handlung verhindern, vor allem, indem sie dem Individuum eine Reihe von Motiven schafft, die ihm fehlten. Dem kranken Gehirn aber wird weder Unterricht noch Belehrung, weder der Gedanke an die überstandene Strafe, noch die Furcht vor der bevorstehenden, als ausreichendes Motiv dienen können. Also werden alle derartigen Bestrebungen fruchtlos sein; die natürlichste und angemessene Reaktion ist der Versuch, die Krankheit, an der der Thäter leidet, zu heilen, und, wenn das nicht möglich ist, durch Internierung in einer Irrenanstalt die Oeffentlichkeit zu schützen.

Weit verwickelter ist die Sachlage bei den vermindert Zurechnungsfähigen. Die Furcht vor Strafe, vorausgesetzt, dass sie überhaupt geeignet ist, in unangenehmem Lichte zu erscheinen, bildet gewiss ein mächtiges Gegenmotiv gegen die Begehung strafbarer Handlungen gerade bei willensschwachen Personen. Zu entscheiden, wie weit aber diese Wirkung sich in jedem einzelnen Falle erstreckt, geht wohl über das erreichbare Maass unseres Könnens hinaus. Jedenfalls aber wird die Behandlung auf anderen Gebieten, wie dem der Erziehung und der Belehrung bei intellektuell Minderbegabten, durch Beseitigung ihrer Krankheit bei Alkoholisten und Morphinisten, fruchtbarer sein, als die schematische Einsperrung und Aburteilung nach dem auf die strafbare Handlung passenden Paragraphen des Strafgesetzbuches. Noch weniger wird natürlich die mildere Strafe bezwecken können.

Ueber die geringe abschreckende Wirkung der Strafdrohung auf die Gesamtheit

der Rechtsgenossen, die sogenannte Generalprävention, und den unbedeutenden Effekt einer vollzogenen Freiheitsstrafe auf den einzelnen Verbrecher, die sogenannte Specialprävention (Liszt S. 62), wird sich Niemand täuschen können, der das unaufhaltsame Fortschreiten der Zahl der jährlich in Deutschland verurtheilten Verbrecher und der Rückfälligen unter denselben mit klarem Blicke betrachtet. Das gilt aber in verstärktem Maasse für die Psychopathen, Schwachsinnigen, Haltlosen. Hat schon die Furcht vor der zu erwartenden Strafe die Begehung der strafbaren Handlung nicht verhindern können, so wird das Bewusstsein, in Zukunft eine besonders milde Beurteilung erwarten zu dürfen, geradezu erleichternd auf die Ausführung eines Verbrechens wirken. Selbst wenn das aber nicht der Fall ist, so wird doch mindestens die Strafe nutzlos sein. Ich habe es mehrfach erlebt, dass derartige psychopathische Personen im Gefühle ihrer socialen Unbrauchbarkeit um recht lange Strafen baten, in der vielleicht vergeblichen Hoffnung, inzwischen ihre mangelnde Energie sich kräftigen zu sehen, jedenfalls aber in dem richtigen Gefühle, dass eine kurzzeitige Strafe keinen Eindruck hinterlassen werde. Um wie viel ratsamer erscheint der Vorschlag, solche Individuen nicht quantitativ kürzer, sondern qualitativ anders zu bestrafen. Diese gewünschte Aenderung des Strafvollzuges würde sich der Eigenart jeder einzelnen Person anzupassen haben, und je nach dieser bald mehr den therapeutischen, bald den erzieherischen Gesichtspunkt berücksichtigen, unter Umständen auch zur einfachen Ausscheidung aus der Gesellschaft führen müssen durch dauernde Unterbringung in einer geeigneten Anstalt.

„La responsabilité proportionnelle n'est toutefois acceptable que sous la réserve formelle d'une sorte de pénalité spéciale,“ schrieb 1874 Legrand du Saulle (S. 723), nachdem er schon 10 Jahre zuvor in einer Petition an den Senat für die verminderte Zurechnungsfähigkeit eingetreten war. Thatsächlich liegt auch darin der springende Punkt der ganzen Frage. Nur unter der Voraussetzung einer Aenderung des Strafvollzuges ist eine gesetzliche Anerkennung der verminderten Zurechnungsfähigkeit wünschenswert. Ob aber diese erreicht werden kann? Das scheint fraglich, denn wir dürfen uns darüber nicht täuschen, dass im Rahmen der jetzt bestehenden Strafvollzugsarten vorläufig die Möglichkeit fehlt, die Individualität des Thäters zu berücksichtigen. Für die Grenzfälle müssten eigene Anstalten geschaffen werden. In diesen müsste durch eine systematische Erziehung und Ausbildung, Abgewöhnung bedenklicher Neigungen, wie z. B. der Trunksucht, erstrebt werden, unter Beteiligung von Lehrern und Aerzten, aus den haltlosen, abnormen Menschen brauchbare Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu machen; scheint das unmöglich, so wird sich eine lebenslängliche Aussonderung aus dem öffentlichen Leben so wenig umgehen lassen, als bei wirklich Geisteskranken.

Dass wir trotz der augenblicklich vorhandenen Unausführbarkeit dieser Forderung immer wieder mit Nachdruck unsere Stimme für die Anerkennung der verminderten Zurechnungsfähigkeit erheben, hat seine guten Gründe. Vor allem ist die theoretische Anerkennung dieser Zustände noch nicht Allgemeingut der

Juristen geworden. Zwar schrieb schon 1877 Geyer (S. 101): „Dass es eine verminderte Zurechnungsfähigkeit giebt, wird fortwährend aus theoretischen Grillen bestritten und fortwährend in der Praxis anerkannt.“ Kein Praktiker wird dem widersprechen. Aber in der Schaffung und Umgestaltung der Gesetze dominieren die Theoretiker, und unter diesen wehren sich noch sehr viele gegen die Abstufbarkeit der Zurechnungsfähigkeit. So meint Schmidt (S. 40): „Die Frage, wo die Grenze zwischen den rechtserheblichen und den nicht erheblichen Handlungen zu ziehen ist, m. a. W. zwischen denen der Zurechnungsfähigkeit und denen der Unzurechnungsfähigkeit, beantwortet allein das Gesetz.“ Ich glaube, man überlässt doch zweckmässiger die Beantwortung dem Kliniker. Die Natur lässt sich keinen Zwang anthun; sie zeigt dem Kundigen unendliche Abstufungen zwischen normaler und krankhafter Geistesthätigkeit, wie zwischen körperlicher Gesundheit und schwerer Krankheit, auch da, wo wie Schmidt glaubt (S. 48), „dem Durchschnitte nach selbst der Ungebildete das Anomale der Seelenbeschaffenheit wahrnehmen kann.“<sup>1)</sup>

Bei der Langsamkeit, mit der Gesetzesänderungen, zumal so schwerwiegender Art wie in vorliegender Frage, sich vollziehen, kann die Notwendigkeit nicht zweifelhaft sein, immer wieder mit Entschiedenheit unser Programm an die Oeffentlichkeit zu bringen. Ganz aussichtslos sind unsere Bestrebungen ja nicht. Abgesehen von den (S. 34) erwähnten, enthalten eine ganze Anzahl Europäischer Strafgesetzbücher Bestimmungen über die verminderte Zurechnungsfähigkeit; wichtiger aber noch ist die Thatsache, dass die Entwürfe zu neuen Strafgesetzen diese Zustände durchweg anerkennen. Die Gesetzbücher Oesterreichs, Russlands und Finnlands berücksichtigen hauptsächlich die Verstandesschwäche, Russland mit dem Zusatze, dass sich diese jemand zu Nutzen gemacht haben müsse, um den Schwachsinnigen zu einem Verbrechen zu verlocken. Dänemark verringert die Strafe bei Schwachsinnigen sowie dann, „wenn der Thäter durch besondere Umstände, die auf die Freiheit des Willens einen Einfluss haben, nicht im Besitze der vollständigen Zurechnungsfähigkeit gewesen war.“ Das italienische Strafgesetzbuch sagt im § 47: Wenn der Geisteszustand derart war, dass er die Zurechnungsfähigkeit in erheblichem Maasse (*grandemente*) verminderte, wird die Strafe vermindert, und fügt hinzu, dass der Richter die Abbüssung der Freiheitsstrafe in einer *casa di custodia*<sup>2)</sup> anordnen kann. Hier haben wir also auch den ersten Schritt zu der notwendigen Aenderung der Strafart neben der Herabsetzung des Strafmaasses.

Sehr viel weiter gehen die Strafgesetzentwürfe des letzten Jahrzehntes mit

---

1) Dass diese Beurteilung doch recht schwer ist, beweist Schmidt selbst, wenn er einige Seiten vorher sagt: „Zwischen dem saloppen und vernachlässigten Sonderling und dem beginnenden Paralytiker besteht häufig nur ein quantitativer Unterschied.“ Der Unterschied ist ungefähr der gleiche, wie zwischen einem des Deutschen unkundigen Neger, mit dem man sich deshalb nicht verständigen kann, und einem durch einen Schlaganfall der Sprache Beraubten.

2) Diese Aufsichtshäuser unterscheiden sich von anderen Strafanstalten durch mildere Disziplin.



Ausnahme des anscheinend wieder in Vergessenheit geratenen österreichischen. Der Norwegische sieht in § 56 eine Herabsetzung der Strafe unter das angedrohte Mindestmass und eine mildere Strafart vor, „wenn jemand auf Grund zurückgebliebener Entwicklung oder Schwächung der Geisteskräfte das Wesen der Handlung und ihre rechtswidrige Beschaffenheit nicht verstehen konnte oder wegen eines besonderen Seelenzustandes seiner selbst nicht mächtig gewesen ist, jedoch nicht in so hohem Maasse, dass die Schuld ausgeschlossen war.“ Im § 39 wird geradezu von verminderter Zurechnungsfähigkeit gesprochen: „Wenn das Gericht annimmt, dass ein Angeklagter, der freigesprochen oder gemäss § 56 zu einer herabgesetzten Strafe verurteilt wird, wegen Zurechnungsfähigkeit oder verminderter Zurechnungsfähigkeit die Rechtssicherheit gefährdet, so kann es bestimmen, dass er in einer Irren- oder Heilanstalt oder Arbeitshausabteilung für Trunksüchtige unterzubringen ist. Die getroffene Maassregel ist durch die Obrigkeit, (also nicht durch richterliches Erkenntnis) wieder aufzuheben, wenn sie nach eingeholtem ärztlichen Gutachten nicht mehr nötig ist.“ Wir finden hier in durchaus angemessener Weise die Mitwirkung des ärztlichen Sachverständigen gesetzlich geregelt.

In dem Vorentwurf zu einem schweizerischen Strafgesetzbuche endlich ist eine Strafmilderung vorgesehen, „wenn die geistige Gesundheit oder das Bewusstsein des Thäters nur beeinträchtigt war.“ „Die Strafe fällt ganz weg, wenn der Thäter verwahrt oder versorgt wird.“ (Art. 9) Es tritt also ohne Weiteres an die Stelle des gerichtlichen Einschreitens die Fürsorge durch die Familie oder die Obrigkeit, auch bei Fällen, in denen der Grad der Zurechnungsfähigkeit noch strittig sein kann. Dass die öffentliche Rechtssicherheit durch Anerkennung der verminderten Zurechnungsfähigkeit und Einführung besonderer Maassnahmen keinen Schaden erleiden wird, geht wohl aus dem Besprochenen zur Genüge hervor. Jetzt wird der vermindert Zurechnungsfähige schon nach kürzester Zeit als ein Gesunder in die Welt hinausgestossen, ebenso unfähig wie vorher, seinen Neigungen zu widerstehen, eine dauernde Gefahr für die Mitwelt. Wären unsre Forderungen erreicht, so würde die Gesellschaft so lange vor ihm geschützt bleiben, als sein Zustand eine Zurückhaltung und Behandlung in der für ihn passenden Anstalt notwendig macht.

In der theoretischen Auffassung der Frage nach dem Bestehen der Zwischenstufen zwischen Geisteskrankheit und normalem Denken herrscht im allgemeinen unter den Irrenärzten ziemliche Uebereinstimmung. Sehr viel verwickelter ist die praktische Handhabung, so lange diese Zustände gesetzlich nicht anerkannt sind. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass der Irrenarzt sich in der Notlage befindet, über die an ihn gestellten Fragen hinausgehend, auf die Umstände hinweisen zu müssen, durch welche er eine Beeinträchtigung der freien Willensbestimmung anzunehmen gezwungen ist. Cramer (S. 36) hat darauf aufmerksam gemacht, dass eine grosse Anzahl der hierhin zu rechnenden Individuen auf Affekte in pathologischer Weise reagieren oder durch Alkohol in pathologischer Weise beeinflusst werden, oder dass endlich mehrere solcher Momente gleichzeitig zur Zeit der

That combinirt einwirken; dadurch sei es zuweilen möglich, auch bei nicht ausgesprochener Geisteskrankheit, eine krankhafte Störung der Geistesthätigkeit im Sinne des § 51 festzustellen. Ich möchte die in dieser Auffassung angeschnittene Frage als die der „partiellen Unzurechnungsfähigkeit“ bezeichnen. Der Unterschied gegenüber der partiellen Zurechnungsfähigkeit ist wohl nicht zu verkennen.

In letzterem Falle handelt es sich um Geisteskranke, deren Geistesthätigkeit in einer bestimmten Richtung als nicht krankhaft angesehen wird; in ersterem um psychopathische, haltlose, minderwertige Menschen, die im allgemeinen nicht exkulpiert werden können, bei denen aber das Zusammentreffen schädigender Ursachen oder das Vorwiegen bestimmter Vorstellungen die ohnedies verminderte Zurechnungsfähigkeit für eine bestimmte Handlung ausschliessen.

Einige Beispiele werden das Gesagte erläutern. Kein Psychiater wird einem Morphinisten, der nicht in einem ausserordentlich hohen und im allgemeinen nicht häufigen Grade durch seine Sucht intellektuell reducirt ist, die Zurechnungsfähigkeit allgemein aberkennen. Wenn nun aber ein Morphiumsüchtiger, ausserstande sich auf legalem Wege das für ihn notwendige Gift zu verschaffen, im Zustande des Morphiumhungers ein Recept fälscht, so würde ich, in Anbetracht der unerträglichen Qualen der Abstinenz, ihm anstandslos für diese Urkundenfälschung die Wohlthat des § 51 zubilligen. Ebenso etwa, wenn ein morphinistischer Arzt, zu einem operativen Eingriff gezwungen, während ihm das Morphinium fehlt, ungeschickt operirt. Eine Hysterische, die von jemand gereizt, ihn verläumdert oder beleidigt, ein alkoholintoleranter Epileptiker, der, ohne in einem eigentlichen epileptischen Dämmerzustand zu sein, im Zustande der Angetrunkenheit auf einen minimalen Reiz mit einer brutalen Gewaltthätigkeit reagiert, ein Schwachsinniger, der einer für seine Intelligenz zu schwierigen Sachlage nicht gewachsen ist — bei allen diesen Individuen werden durch die besonderen Thatumstände die Grenzen der Verantwortung noch mehr nach der Seite der Unzurechnungsfähigkeit verschoben. Es wird vielleicht nicht immer möglich sein, mit völliger Bestimmtheit sich dahin auszusprechen, dass die freie Willensbestimmung durch den abnormen Zustand ausgeschlossen ist. Da aber bei berechtigten Zweifeln an der Zurechnungsfähigkeit (E. XXI. S. 131) das Urtheil zu Gunsten des Angeschuldigten zu erfolgen hat, so genügt in foro der Nachweis dieser gerechtfertigten Bedenken, um den § 51 anwenden zu können.

Zweier Einwände möchte ich dabei noch Erwähnung thun, um Missverständnissen vorzubeugen. Der eine ist ein medicinischer. Man hat gegen die verminderte Zurechnungsfähigkeit geltend gemacht, dass durch ihre Einführung viele zweifellos Geisteskranke in Zukunft nur als vermindert zurechnungsfähig angesehen würden. Diese Gefahr besteht zweifellos und wird auch so lange bestehen, bis die Psychiatrie zu den im ärztlichen Staatsexamen zu prüfenden Fächern gehört, und bis durch die obligatorische Prüfung für die Sachkenntnis der Aerzte in höherem Grade als bisher Gewähr geleistet wird. Unkenntnis und unzulängliche Erfahrung ist auch dann nicht völlig zu verhindern, wird aber immerhin

seltener vorkommen. Gerade die schwierigen Grenzzustände bilden aber vor Gericht den Stein des Anstosses; im allgemeinen ist die Gefahr einer vom Standpunkte des Irrenarztes ungerechtfertigten Verurteilung nur durch bessere Vorbildung der Sachverständigen zu vermeiden; sie wird kaum durch die Anerkennung von Zwischenzuständen vergrössert.

Der andere Einwand ist ein juristischer. Das Vorurteil der Richter gegen die Irrenärzte könnte dadurch neue Nahrung bekommen. Dieses Vorurteil hat seinen Ausdruck in den Motiven zum Entwurf eines Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund (S. 102) gefunden: „Dabei verkennt der Gesetzentwurf nicht die Gefahr, welche aus der Zulassung des Begriffs „verminderte Zurechnungsfähigkeit“ im Gesetzbuche für die Strafrechtspflege entstehen kann, insbesondere weil die Möglichkeit nicht zu verabreden ist, dass sich mitunter medizinische Sachverständige finden, welche in Verkennung ihrer Aufgabe: dem Strafgesetze, so viel an ihnen ist, in Verbindung mit dem Richter zur Geltung zu verhelfen, ihren Ehrgeiz darin suchen, den Angeklagten durch angeblich medizinische Argumente, namentlich solche, welche sie dem Gebiete der Psychiatrie entnehmen, vor dem Strafrichter zu schützen oder wenigstens die Folgen dieses Strafgesetzes zu mildern.“

Mit aller Entschiedenheit hat die Berliner medicinisch-psychologische Gesellschaft (Archiv für Psych. II. S. 455) diese schwere Anschuldigung zurückgewiesen. Die ganze Hinfälligkeit eines solchen Argumentes wird aber erst recht dann klar, wenn man die Frage nach der verminderten Zurechnungsfähigkeit, wie hier geschehen, nur im Zusammenhang mit der Frage nach der Umgestaltung des Strafvollzuges gelten lässt. Eine partielle Unzurechnungsfähigkeit würde den Thäter zwar von der Strafe befreien, nicht aber der Gesellschaft das Recht des Einschreitens rauben; nur dass die unzweckmässige und psychiatrisch nicht gerechtfertigte Strafe ersetzt würde durch zielbewusste Behandlung oder Ausscheidung.

Welche Zustände sowohl für die Annahme einer krankhaften Störung der Geistesthätigkeit, der Geistesthätigkeit im Sinne des § 51, als auch für die einer verminderten Zurechnungsfähigkeit in Betracht kommen, entscheidet allein die klinische Erfahrung. Es kann deshalb die Erörterung der Grenzzustände füglich dem klinischen Theile überlassen werden; hier galt es nur, die allgemein giltigen Gesichtspunkte und Fragen zu erörtern.

Der Wortlaut des § 51 ist dadurch auffällig, dass er die strafbare Handlung eines, um mich kurz auszudrücken, Geisteskranken als nicht vorhanden betrachtet. „Von Handlung im Sinne des Strafrechts und überhaupt im Sinne des Rechtes kann nur dann die Rede sein, wenn das, was eine Person äusserlich that, seinen Ursprung in dem freien Willen dieser Person hatte. Daher sind Handlungen einer Person, deren freie Willensbestimmung durch Geisteskrankheit ausgeschlossen war, nicht Handlungen im Sinne des Strafrechts.“ „Die Handlung trägt nicht nur bloss den Schein eines Verbrechens, sondern auch bloss den Schein einer Handlung in sich“ (E. XI. S. 56; ebenso E. XXI. S. 14).



Diese eigentümliche Anschauung des Reichsgerichts hat ihren Ursprung in dem Einfluss der Lehre von der Willensfreiheit, nach der die Handlung eines Geisteskranken, dem freien Willen d. h. in dieser Auffassung dem Subjekte entzogen, nicht mehr als eine Handlung betrachtet werden kann. Es wäre wohl an der Zeit, diese fehlerhafte Vorstellung zu korrigieren, obgleich analoge Ausdrücke auch noch in anderen Gesetzbüchern wiederkehren: Code pénal Art. 64: *Il n'y a ni crime ni délit . . .*; Norwegischer Strafgesetzentwurf § 44: Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden. . . . Alle anderen Länder haben die Bestimmung klarer gefasst und sprechen einfach von der Nichtstrafbarkeit der Handlung oder des Täters.

Man hat aus der Not eine Tugend zu machen und den Missgriff bei der Wahl des Ausdruckes durch die künstliche Konstruktion zu verdecken gesucht, dass durch die Geisteskrankheit des Täters die Handlung nicht mehr eine solche sei, weil z. B. im Falle des dolus das subjektive Merkmal fehle. Wodurch unterscheidet sich aber z. B. der Mord der Ehefrau durch einen geisteskranken Trinker oder Cocainisten, dessen Eifersucht in chronischer Alkohol- oder Cocainvergiftung ihren Ursprung findet, von dem eines Mannes, der berechtigten Grund zur Eifersucht hat? Beide können genau in gleicher Weise sich die Folgen ihrer Handlung klar machen, beide mit grösster Ruhe und Besonnenheit den Mord vorbereiten und ausführen, beide mit gleicher Verschlagenheit versuchen, den Verdacht von sich abzulenken. Der Unterschied liegt nur in der Thatsache, dass der Beweggrund für das Verbrechen des Trinkers in einer wahnhaften Vorstellung besteht. Will man deshalb seine Handlung als nicht vorsätzlich betrachten? Ich glaube, es kann nicht bezweifelt werden, dass ein Mord vorliegt, nur dass dem Mörder die That wegen seiner Krankheit nicht zugerechnet werden kann.

Hätte die Ausdrucksweise des § 51 nicht rechtlich ausserordentlich wichtige Folgen, so wäre die Fassung gleichgiltig. So aber ist die Beihilfe zu einem Verbrechen, dessen Hauptthäter auf Grund des § 51 freigesprochen wurde, nicht strafbar. „Der objektive Mangel einer Hauptthat giebt den rechtlichen Grund der Straflosigkeit der Unterstützungshandlung in ihrer Eigenschaft als Beihilfe.“ (E. XI S. 60.) „Kannte der Unterstützende den Zustand, so kann er denselben als Werkzeug benutzen wollen, nicht aber mit dem Vorsatze handeln, das Delikt eines anderen zu unterstützen; hat er ihn nicht gekannt, so ist er weder als Urheber noch als Gehilfe straflos.“ Eine auf Wunsch einer Geisteskranken von einem Bekannten gemachte Einspritzung zum Zwecke der Fruchtabtreibung musste straflos bleiben. (E. XXI S. 14): „Die rechtliche Nichtexistenz einer Hauptthat zieht auch die rechtliche Nichtexistenz der accessorischen Teilnahme nach sich“. Als Konsequenz dieser Ansicht konnte es vorkommen, dass sich der Vertheidiger des bei einem Morde als Aufpasser dienenden Teilnehmers als einzigen Vertheidigungsgrund darauf berief, dass der Mörder selbst geisteskrank sei.

Die Auffassung Olshausens (S. 215), der je nach der Art des Vorgehens Seitens des geisteskranken Hauptthäters den Dolus als vorhanden, und damit die Handlung selbst als bestehend annimmt, bei dolosen Handlungen und gleichzeitig

nicht vorliegendem Dolus der Strafthat den Charakter einer Handlung im Rechtssinne abspricht, ist nur ein Schritt weiter zu der Forderung, die Beihilfe zu einem auf Grund des § 51 nicht strafbaren Verbrechen zu bestrafen. Es lässt sich mit den Anforderungen einer geordneten Rechtspflege nicht vereinbaren, dass jemand straffrei wird durch eine Zufälligkeit, die seine individuelle Verschuldung nicht verringert. Abhilfe könnte geschaffen werden, indem man den § 51 durch eine Bestimmung ergänzt, wie sie das bulgarische Strafgesetzbuch im Art. 53 vorsieht:

„Persönliche Eigenschaften oder Verhältnisse eines der Thäter oder Teilnehmer, welche die Strafbarkeit der begangenen Handlung ausschliessen, kommen rücksichtlich der übrigen Thäter oder Teilnehmer nicht in Betracht.“

Durch einen solchen Paragraphen würde die jetzt bestehende Rechtsunsicherheit beseitigt, die in Folge der Uneinigkeit über die vorliegende Frage besteht. Während, wie gesagt, das Reichsgericht die Teilnahme an einem Verbrechen, dessen Hauptthäter auf Grund des § 51 freigesprochen ist, für unmöglich erklärt, während Olshausen die Strafbarkeit von dem Dolus des Hauptthäters abhängig macht, vertreten andere Autoren, so Herzog (S. 353) die Ansicht, dass durch den Wortlaut des § 51 nur die Verantwortlichkeit des Thäters ausgeschlossen sei, nicht aber, dass es an dem Thatbestande des Verbrechens selbst fehle. Herzog traut „dem Gesetzgeber lieber einen wenig geschickten wörtlichen Ausdruck, als einen materiellen Fehlgriff oder ein tadelnswertes Uebersehen einer Lücke in seinen Dispositionen zu.“

Der übliche Ausweg aus dem Dilemma ist der Versuch, den Teilnehmer zum Hauptthäter zu machen, indem man dem Geisteskranken die Rolle eines willenlosen Werkzeuges in der Hand des anderen zuweist. Ein kümmerlicher und weder rechtlich zulässiger, noch stets anwendbarer Behelf.

Wichtiger als die Folgen der Feststellung einer Geisteskrankheit für den Gehilfen der That ist die unmittelbare Folge für den Thäter selbst. Der Nachweis des Bestehens einer die Willensfreiheit ausschliessenden Geisteskrankheit oder Bewusstlosigkeit zieht vor Eröffnung des Hauptverfahrens (St. P. O. vergl. dort) die Einstellung des Verfahrens nach sich. Was aber geschieht mit dem ausser Verfolg gesetzten oder in der Verhandlung auf Grund des § 51 freigesprochenen Geisteskranken?

Er ist damit der Kompetenz der Gerichte entzogen, aber leider ist verabsäumt worden, die Ueberweisung an die Verwaltungsbehörde zu weiterer Amtshandlung gesetzlich festzulegen. Der Reichstag hatte zwar (Stenogr. Bericht S. 234) eine Resolution beschlossen „den Bundeskanzler aufzufordern, im Wege einer Vorlage die Regelung des Verfahrens herbeizuführen, durch welches Personen, die wegen ihres Geisteszustandes oder als Taubstumme für straflos erklärt worden sind, im Falle der Gemeingefährlichkeit einer wirksamen Beaufsichtigung überwiesen werden.“ Diese Regelung ist nicht erfolgt. Auch die landesgesetzlichen Verordnungen sind für diese Unterlassung nur ein unzulänglicher Ersatz. In Preussen erging am 25. X. 1882 an sämtliche Justizbehörden

und Gefängnisverwaltungen ein Erlass: „Es ist der Fall vorgekommen, dass ein wegen Geisteskrankheit ausser Verfolgung gesetzter Untersuchungsgefangener, ungeachtet seiner Gemeingefährlichkeit, aus dem Gefängnis entlassen worden ist, ohne zugleich der Polizeibehörde überwiesen zu werden. Zur Verhütung ähnlicher Vorkommnisse bestimmt der Justizminister, dass, wenn ein Gefangener wegen Geisteskrankheit aus dem Gefängnis zu entlassen ist, dieser Entlassungsgrund in der betreffenden Verfügung des Gerichts beziehungsweise der Strafvollstreckungsbehörde ausdrücklich anzugeben ist, und dass alsdann der Gefängnisvorsteher den Gefangenen der Polizeibehörde des Entlassungsortes zu überweisen hat. Hiervon wird nur dann abgesehen werden dürfen, wenn der Geisteskranke bei der Entlassung seinen Angehörigen oder seinem Vormunde übergeben wird, und hierdurch nach dem pflichtmässigen Ermessen des Gefängnisvorstehers eine Gefahr für den Entlassenen selbst wie für dritte Personen ausgeschlossen erscheint“. Diese Verordnung leidet vor allem daran, dass sie sich nur auf den in Haft befindlichen Untersuchungsgefangenen bezieht, nicht aber alle auf Grund des § 51 Freigesprochenen umfasst.

Eine vorzügliche Lösung der Schwierigkeiten bietet das italienische Gesetz. Der Absatz 2 des § 46 lautet: „Der Richter ordnet nichts destoweniger, falls er die Freilassung des freigesprochenen Beschuldigten für gefährlich erachtet, die Ueberweisung desselben an die für die gesetzlichen Vorkehrungen zuständige Behörde an“. Die Vorschrift wird dann durch die Art. 13 und 14 der Ausführungsvorschriften für das Strafgesetzbuch (*Disposizioni per l'attuazione del codice penale*) näher erläutert:

„Art. 13. Im Falle der Anwendung des § 46 verfügt der Gerichtshof mittels motivierten Beschlusses die Ueberweisung des freigesprochenen Angeklagten an die Sicherheitsbehörde. Diese bringt ihn provisorisch in eine Irrenanstalt zur Beobachtung so lange unter, bis die im folgenden Artikel vorgesehene Entscheidung getroffen ist. In anderen Fällen erlässt das Gericht die gleiche Anordnung in demselben Urteil, durch das der Angeklagte freigesprochen wird. In jedem Falle erfolgt die Verfügung von Amtswegen und niemand hat das Recht, sie zu beantragen.

Art. 14. Der Präsident des Zivilgerichts, in dessen Bezirk der Beschluss ergangen ist, ordnet auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft und nach Einholung der nötigen Aufklärung, die endgiltige Aufnahme oder die Entlassung des freigesprochenen Angeklagten oder Angeschuldigten und gemäss Art. 13 provisorisch in eine Anstalt Aufgenommenen an. Wenn die Gründe, die zur endgiltigen Aufnahme geführt haben, aufhören, liegt es dem Präsidenten ob, von Amtswegen oder auf Antrag der Partei den Widerruf anzuordnen. Der Präsident kann ausserdem jederzeit anordnen, dass der in der Irrenanstalt Aufgenommene demjenigen überwiesen wird, der die Pflege und Obhut übernehmen will und die erforderliche Gewähr bietet.“ (Vergl. weiter C. Schultze, S. 56).

Aehnlich bestimmt der Schweizerische Vorentwurf in Art. 13: „Erfordert die öffentliche Sicherheit die Verwahrung eines Unzurechnungsfähigen oder ver-



mindert Zurechnungsfähigen in einer Heil- und Pflegeanstalt, so ordnet sie das Gericht an. Ebenso verfügt das Gericht die Entlassung, wenn der Grund der Verwahrung weggefallen ist.

Erfordert das Wohl eines Unzurechnungsfähigen oder vermindert Zurechnungsfähigen seine Behandlung oder Versorgung in einer Heil- und Pflegeanstalt, so überweist das Gericht den Kranken der Verwaltungsbehörde zur Aufnahme in eine solche Anstalt.

Ist ein vermindert Zurechnungsfähiger zu Freiheitsstrafe verurteilt worden, und ist seine Strafzeit am Tage der Entlassung aus der Heil- und Pflegeanstalt noch nicht abgelaufen, so hat er den noch übrigen Teil der Strafe zu erstehen.“

Durch eine derartige Gesetzgebung, in der höchstens noch über den Umfang der ärztlichen Mitwirkung bestimmte Ergänzungen wünschenswert sind, würde die Freisprechung eines geisteskranken Verbrechers das in sozialem Interesse notwendige Gegengewicht finden. Damit würde auch das Misstrauen verschwinden, das in weitesten Kreisen jedesmal bemerkbar wird, so bald bei einer durch die Person des Thäters oder die Art der Handlung auffälligen Anklage der § 51 zur Anwendung kommt. Vor allem aber würde eins dadurch erreicht werden: Wenn der Richter sich über die zur Aburteilung ihm übergebene Straftat hinaus mit der Person des Thäters befassen, sich über die für den Kranken notwendigen und seiner Eigenart angepassten Maassnahmen ins Klare kommen muss, so wird jeder Einzelfall eine allgemeine Bedeutung gewinnen. Das Interesse der Juristen würde nachhaltiger als bisher auf die Reformbedürftigkeit und die Reformbestrebungen hingelenkt werden.

Welchen Weg diese Umgestaltung des Strafrechts einschlagen, welches ihr Endziel sein wird, bedarf hier nicht nochmaliger Erörterung. Die nächstliegende Aufgabe, dem § 51 eine Form zu verleihen, die seine Unzulänglichkeit beseitigt, ist wohl kaum so schwer lösbar, dass nicht wenigstens ein Versuch dazu gemacht werden darf. Die beiden Hauptfehler des Paragraphen sind, abgesehen von den mehr nebensächlichen Beanstandungen: Die Voraussetzung der Willensfreiheit und die einer scharfen Grenze zwischen Zurechnungsfähigkeit und Unzurechnungsfähigkeit. Es fehlt weder an Versuchen noch an Vorbildern für eine bessere Fassung. Sie einzeln zu besprechen oder den eignen Vorschlag zu begründen, würde nur zu einer Wiederholung des bereits Besprochenen führen. Ich beschränke mich deshalb auf den nachfolgenden Vorschlag:

„Befand sich der Thäter zur Zeit der Begehung der strafbaren Handlung in einem Zustande krankhafter Störung der Geistesthätigkeit, so treten nachfolgende Bestimmungen in Kraft:

- a) Bei ausgesprochener Geisteskrankheit, erheblicher Trübung des Bewusstseins oder hochgradiger Geistesschwäche ist der Thäter nicht strafbar; der Thäter wird statt dessen versorgt<sup>1)</sup>.

---

1) Ich habe den Ausdruck „versorgen“ aus dem Schweizerischen Vorentwurfe übernommen,

- b) War der Grad der krankhaften Störung der Geistesthätigkeit oder die Geisteschwäche nur gering, so tritt an die Stelle der Strafflosigkeit eine Versorgung des Thäters in einer zweckentsprechenden Anstalt. Ueber die Notwendigkeit, Art und Dauer dieser Versorgung entscheidet sowohl im Falle a als b der Richter nach Anhörung der Verwaltungsbehörden und Erhebung eines ärztlichen Gutachtens.

Eine durch Aenderung des Zustandes notwendige Aufhebung der beschlossenen Maassregeln erfolgt ebenfalls durch Entscheidung des Richters nach Anhörung der Verwaltungsbehörden und Erhebung eines ärztlichen Gutachtens.“

Wenn ich trotz dieser etwas umständlichen Fassung mich nicht scheue, meinen Vorschlag zu veröffentlichen, so geschieht es in der Hoffnung, dadurch von Neuem die Diskussion anzuregen; sie knüpft leichter an eine praecise Forderung als an lange und wohl begründete wissenschaftliche Erörterungen an.

### Kapitel III.

#### **Strafunmündigkeit und relative Strafunmündigkeit (§§ 55. 56. 57).**

Vorgeschichte der §§ 55, 56. 57. — Alter der Strafmündigkeit. — Relative Strafmündigkeit. — Die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht. — Unzulänglichkeit der ausschliesslichen Betonung der Intelligenz. — Kriminalität der Jugendlichen. — Altersstufen. — Kinder vor Gericht. — Erziehung statt Strafe. — Bedingte Begnadigung. — Dauer der Zwangserziehung. — Feststellen der Einsicht. — Obligatorische Versorgung nach Freisprechung. — Zunahme der Verbrechen Jugendlicher. — Strafmilderung. — Alter der uneingeschränkten Verantwortlichkeit.

Die Handlungen eines Kindes tragen von der Zeit an, zu der überhaupt die ersten deutlichen Spuren bewussten Reagierens auf die Reize der Aussenwelt bemerkbar werden, den Stempel des Egoismus. Sie sind diktiert von den Bedürfnissen des eigenen Körpers, dessen Wohlbehagen in naiver Rücksichtslosigkeit auch auf Kosten anderer erstrebt wird. Doch beginnt bald die Erziehung modificierend einzuwirken. Die Schule ist von weit grösserer Wichtigkeit für die Entwicklung der altruistischen Beziehungen als die Familie. Die Schule soll und kann das elterliche Haus nicht ersetzen. Aber innerhalb des geschlossenen Familienlebens ist die Erziehung doch nur in beschränktem Maasse möglich, weil die Uebergriffe in die Interessensphären anderer nur geringfügiger Natur sein können. Das Zusammensein mit Altersgenossen in der Schule aber bringt zahllose Reibungen mit sich, die in dem Kinde das vorläufig noch unklare Bedürfnis wecken, seine Interessen gegen die Anderer geschützt zu sehen, und umgekehrt auch das Verständnis für die Notwendigkeit wachrufen, sich selbst andren, seiner Umgebung, man möchte sagen, dem Staat im Kleinen anzupassen.

Anfangs lernt das Kind gehorchen ohne Verständnis, aus Furcht vor Strafe,

---

wenn auch sonst das Wort nicht in gleicher Bedeutung üblich ist. Es fehlt uns zur Zeit sowohl an dem Begriff als an dem passenden Ausdruck.

aus Nachahmung; bald aber wächst die Einsicht, und allmählig erlangt das Kind die Fähigkeit, unter Ueberwindung der eignen selbstsüchtigen Triebe die Interessen anderer zu respektieren. Recht und Unrecht werden feste Begriffe, werden Motive; ihre Klarheit und ihr Gewicht erreichen schliesslich einen Grad, der die Verantwortlichkeit gegenüber dem Gesetze herstellt.

Diese Entwicklung kann natürlicherweise nur langsam, Schritt für Schritt, vor sich gehen, und kann, ebenso selbstverständlich, nicht bei allen Kindern sich gleich schnell vollziehen. Diese Thatsache haben fast alle Gesetzbücher dadurch anerkannt, dass sie die strafrechtliche Verantwortlichkeit abstufen. Das Kindesalter im engeren Sinne wird als Alter der absoluten Strafunmündigkeit angesehen; ihm folgt das Alter der relativen Strafunmündigkeit, und erst auf dieses folgt die Stufe, bei der nur krankhafte Störungen der Geistesthätigkeit oder Bewusstlosigkeit die Strafbarkeit ausschliessen.

Die Gesetzbücher der deutschen Staaten hatten bis auf Bayern und Preussen das Kindesalter von der Strafe befreit. Die Grenze der Strafunmündigkeit war verschieden; in Württemberg und Bremen das vollendete 10., in Baden, Hessen, Lübeck, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg und den Thüringischen Staaten das 12., in Braunschweig, Hamburg und Sachsen das 14. Lebensjahr. Um eine autoritative Beantwortung der Frage nach der Notwendigkeit eines strafunmündigen Alters zu erlangen, wurde die kgl. wissenschaftliche Deputation für das Medicinalwesen zu einem Gutachten aufgefordert: „ob es ratsam erscheint, bei Zuwiderhandlungen gegen Strafgesetze die Strafbarkeit eines Menschen erst mit einem bestimmten Lebensalter, etwa mit dem zwölften eintreten zu lassen, und die Bestrafung von Zuwiderhandlungen in einem früheren Lebensalter lediglich der häuslichen Zucht zu überlassen.“

Die Beantwortung (Anlage 3. S. 25) sprach sich mit Entschiedenheit bejahend aus. „Die äusseren Eigentümlichkeiten des Kindesalters herrschen bis zum 12. Lebensjahre vor“; erst mit dem Eintritt der Vorbereitungen auf die Geschlechtsverrichtungen gehen so wichtige und gleichmässig fortschreitende Veränderungen im Körper und Geiste vor, dass das Charakteristische der Adoleszenz nicht vor dem Zeitraum vom 12. bis zum 16., zumeist selbst erst bis zum 18. Lebensjahre ausgeprägt erscheint“. „Von einer Berücksichtigung anderer, von wahrer Ueberlegung und deshalb von Gründen, die über persönliche Empfindungen hinausgehen, und von einer freien Willensbestimmung zeigen sich vor der Geschlechtsentwicklung kaum die ersten Spuren.“ Demnach erscheint es „ratsam, bei Zuwiderhandlungen gegen Strafgesetze die Strafbarkeit eines Menschen erst mit dem zwölften Lebensjahre eintreten zu lassen“.

Das Gutachten hält es aber für bedenklich, den kindlichen Uebelthäter wieder in seine bisherigen Erziehungsverhältnisse zurückkehren zu lassen, aus deren schlechtem Einfluss in den meisten Fällen die Vergehen hergeleitet werden müssten. „Wir halten es vielmehr für gerechtfertigt, dass in derartigen



Fällen die kompetente Gerichts- oder Verwaltungsbehörde durch das Gesetz ausdrücklich ermächtigt werde, zu ermessen:

Ob der wegen Zuwiderhandlungen in einem früheren Lebensalter als dem zwölften Jahre Angeschuldigte der häuslichen Zucht überlassen bleiben darf oder einer Erziehungs- resp. Besserungsanstalt für verwahrloste Kinder überwiesen werden müsse.“

Dieser Vorschlag, so zweckmässig er erschien, wurde doch nicht in den II. Entwurf aufgenommen, „weil die Verschiedenheit der Behördenorganisation und die Kompetenz der Behörden in den einzelnen Bundesstaaten eine gleichmässige Ordnung dieses Verfahrens nicht zulässt.“ Der § 55 lautete infolgedessen kurz:

**Wer bei Begehung der Handlung das zwölfte Lebensjahr nicht vollendet hat, kann wegen derselben nicht strafrechtlich verfolgt werden.**

Schon die Strafgesetznovelle vom 26. Februar 1876 aber stellte mit geringer Abänderung den Zusatz des I. Entwurfes bezüglich dessen, was mit dem kindlichen Verbrecher zu geschehen habe, wieder her und gab damit dem § 55 seine jetzige, durch Art. 34 E.G. zum B.G.B. noch weiter, aber unbedeutend veränderte Fassung:

**§ 55. Wer bei Begehung der Handlung das zwölfte Lebensjahr nicht vollendet hat, kann wegen derselben nicht strafrechtlich verfolgt werden.**

**Gegen denselben können jedoch nach Maassgabe der landesgesetzlichen Vorschriften die zur Besserung und Beaufsichtigung geeigneten Maassregeln getroffen werden. Die Unterbringung in eine Familie, Erziehungs- oder Besserungsanstalt kann nur erfolgen, nachdem durch Beschluss des Vormundschaftsgerichts die Begehung der Handlung festgestellt und die Unterbringung für zulässig erklärt ist.<sup>1)</sup>**

Das Alter von 12 Jahren stellt also de lege lata die Grenze dar, jenseits welcher die Zurechnungsfähigkeit beginnt, aber nicht beginnen muss. Die individuellen Unterschiede der körperlichen und geistigen Entwicklung in diesem Lebensjahr sind so gross und werden je nach dem früheren oder späteren Eintritt der Geschlechtsreife von da ab noch grösser, sodass die Gesetzgebung nach weiteren Kriterien suchen muss, um diesen Verschiedenheiten sich anzupassen. Das war in den Landesgesetzen dadurch versucht worden, dass ein weiterer Lebensabschnitt abgegrenzt

---

1) Die Strafthat des Kindes ist ein Beweis für die unzulängliche Erziehung und Aufsicht durch Eltern und Vormünder. Um das Verantwortlichkeitsgefühl dieser zu steigern und zu grösserer Gewissenhaftigkeit anzuspornen, wurde gleichzeitig ein Zusatz zu § 361 St.G.B. beschlossen, der sich aber leider nur auf kleinere Vergehen erstreckt:

§ 361. 9. Mit Haft wird bestraft, wer Kinder . . . von der Begehung von Diebstählen, sowie von der Begehung strafbarer Verletzungen der Zoll- oder Steuergesetze oder der Gesetze zum Schutze der Forsten, der Feldfrüchte, der Jagd oder der Fischerei abzuhalten unterlässt. Die Vorschriften dieser Gesetze über die Haftbarkeit für die den Thäter treffenden Geldstrafen oder anderen Geldleistungen werden hierdurch nicht berührt.

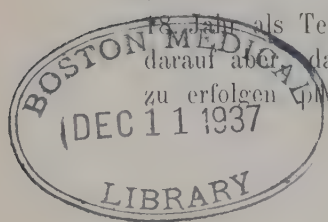
Statt der Haft kann auf Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark erkannt werden.

wurde, das Alter der relativen Strafmündigkeit. Auch dessen obere Grenze war sehr wechselnd: In Baden, Bayern, Hessen, Oldenburg, Preussen und Württemberg das vollendete 16. Lebensjahr, in Bremen, Hamburg, Lübeck, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen und den thüringischen Staaten das 18., in Braunschweig das 21. Lebensjahr.

Darin bestand innerhalb der Landesgesetze Uebereinstimmung, dass durchweg die Strafen etwas milder sind als bei Erwachsenen; dagegen finden wir bemerkenswerte Unterschiede insofern, als Sachsen, die thüringischen Staaten, Braunschweig und Hamburg principiell die Zurechnungsfähigkeit annahmen, während die anderen Staaten die Strafbarkeit von bestimmten Umständen abhängig machten. Als solche bezeichneten Preussen und Lübeck das Unterscheidungsvermögen, Hessen die hinlängliche Unterscheidungskraft, Oldenburg die Zurechnungsfähigkeit, Mecklenburg-Schwerin die reife Ueberlegung (nur bei Brandstiftung), Baden, Bayern, Bremen und Württemberg die zur Unterscheidung der Strafbarkeit erforderliche Ausbildung.

Das von der wissenschaftlichen Deputation erbetene Gutachten sollte sich darüber äussern, „ob statt des sechszehnten Lebensjahres ein anderer Termin und welcher als maassgebend angenommen werden soll“. Das Gutachten geht von der körperlichen Umwandlung aus, die den Knaben zum Jüngling mache. Die Neugierde verwandle sich in Wissbegierde, das Selbstgefühl werde zum Ehrgefühl. „Mit Hülfe der durch Verstandesbildung gewonnenen Urteilkraft lernt der Jüngling daher, die Zulässigkeit seiner Handlungen nicht mehr lediglich nach dem Maassstabe des Erlaubten und Verbotenen abschätzen, sondern Recht und Unrecht, Gutes und Böses an und für sich unterscheiden.“ „Wenn demgemäss bei den Individuen dieser Altersstufe das Vermögen, die Gesetzwidrigkeit einer Handlung einzusehen und die Freiheit des Willens zur Ausübung oder Unterlassung derselben, d. h. die Zurechnungsfähigkeit im allgemeinen vorausgesetzt werden muss, so darf doch nicht übersehen werden, dass die Individualität der Jugend eine grosse Vorsicht für die gesetzliche Anwendung dieser Voraussetzung erforderlich macht. Denn wo es dem jugendlichen Alter wegen Mangels an Erfahrung unmöglich wird, zur vollen Klarheit und zur richtigen Erwägung seiner Vorstellungen zu gelangen, ist dasselbe nur gar zu geneigt, diese Lücke durch die Einbildungskraft zu ersetzen. Ausserdem aber bedingen auch die bedeutenden körperlichen Entwicklungsvorgänge, in welchen dasselbe sich noch befindet, eine so grosse Reizempfänglichkeit für äussere Eindrücke und eine so haltlose Regsamkeit gegenüber unerwarteten Einflüssen äusserer Momente, dass selbst in den Fällen, wo die Zurechnungsfähigkeit jugendlicher Individuen nicht ausgeschlossen werden kann, doch das Vorhandensein des Unterscheidungsvermögens in Frage kommen muss.“

Da zwischen der körperlichen und geistigen Entwicklung eines Individuums von 16 und 18 Jahren ein erheblicher Unterschied nicht bestehe, so sei das 18. Jahr als Termin der vollen Zurechnungsfähigkeit annehmbar; mit Rücksicht darauf aber, dass der Eintritt in das öffentliche Leben schon mit dem 16. Jahr zu erfolgen pflege, und die Geschlechtsreife bis dahin meist abgeschlossen sei,



hielt die wissenschaftliche Deputation es für angemessen, „dass das 16. Lebensjahr als maassgebender Termin beibehalten werde.“

Trotz dieses Vorschlages wurde im Gesetze selbst das 18. Lebensjahr als obere Zeitgrenze der relativen Strafunmündigkeit festgesetzt, und als das für die Bestrafung notwendige Kriterium der Handlung der Ausdruck „die zur Erkenntniss der Strafbarkeit erforderliche Einsicht“ gewählt. Fehlt diese, so ist der Thäter freizusprechen; ist sie vorhanden, so wird er bestraft, aber nach anderen Grundsätzen wie der Erwachsene. Die entsprechenden Bestimmungen lauten:

§ 56. Ein Angeschuldigter, welcher zu einer Zeit, als er das zwölfte, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte, eine strafbare Handlung begangen hat, ist freizusprechen, wenn er bei Begehung derselben die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht nicht besass.

In dem Urtheile ist zu bestimmen, ob der Angeschuldigte seiner Familie überwiesen oder in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt gebracht werden soll. In der Anstalt ist er so lange zu behalten, als die der Anstalt vorgesetzte Verwaltungsbehörde solches für erforderlich erachtet, jedoch nicht über das vollendete zwanzigste Lebensjahr.

§ 57. Wenn ein Angeschuldigter, welcher zur Zeit, als er das zwölfte, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr<sup>1)</sup> vollendet hatte, eine strafbare Handlung begangen hat, bei Begehung derselben die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besass, so kommen gegen ihn folgende Bestimmungen zur Anwendung:

1. ist die Handlung mit dem Tode oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht, so ist auf Gefängnis von drei bis zu fünfzehn Jahren zu erkennen;

2. ist die Handlung mit lebenslänglicher Festungshaft bedroht, so ist auf Festungshaft von drei bis zu fünfzehn Jahren zu erkennen;

3. ist die Handlung mit Zuchthaus oder mit einer anderen Straftart bedroht, so ist die Strafe zwischen dem gesetzlichen Mindestbetrage der angedrohten Straftart und der Hälfte des Höchstbetrages der angedrohten Strafe zu bestimmen.

Ist die so bestimmte Strafe Zuchthaus, so tritt Gefängnisstrafe von gleicher Dauer an ihre Stelle;

---

1) Eine Ausnahme bildet der § 50 des Militärstrafgesetzbuches für das Deutsche Reich: Bei Bestrafung militärischer Verbrechen oder Vergehen ist die Erkennung der angedrohten Strafe unabhängig von dem Alter des Thäters.

Schon nach vollendetem siebenzehnten Lebensjahr in den Militärdienst einzutreten ist dann gestattet, wenn die ärztliche Untersuchung die körperliche Brauchbarkeit festgestellt hat. Eine der absoluten Strafunmündigkeit entsprechende geistige Entwicklung wird gleichzeitig angenommen und muss angenommen werden, da eine Ausnahmestellung, zumal bei der Freiwilligkeit des vorzeitigen Eintritts ins Heer, bedenklich sein würde. Sollte sich ganz ausnahmsweise eine besondere Härte in einem konkreten Falle ergeben, so bleibt der Gnadenweg immer noch offen. Der Paragraph bezieht sich nur auf militärische Verbrechen und Vergehen.



4. ist die Handlung ein Vergehen oder eine Uebertretung, so kann in besonders leichten Fällen auf Verweis erkannt werden;

5. auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte überhaupt oder einzelner bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht ist nicht zu erkennen.

Die Freiheitsstrafe ist in besonderen, zur Verbüßung von Strafen jugendlicher Personen bestimmten Anstalten oder Räumen zu vollziehen.

Die Gesetzgebung über die strafrechtliche Verantwortung der Kinder und Jugendlichen weckt in dem Kriminalpolitiker weitgehende Hoffnungen. Sie verwirklicht im Princip das Ideal eines Strafrechtes, das nicht nach der Straftat urteilt, sondern sich der Individualität des Thäters nach Möglichkeit anzupassen sucht. Der Strafmündige und wegen mangelnder Einsicht nicht strafbare Jugendliche werden freigesprochen. An die Stelle der Strafe aber treten Besserungs- oder Versorgungsmaassregeln. Für den strafrechtlich zurechnungsfähigen Jugendlichen wird ausser der Milderung der Strafe eine besondere Art des Strafvollzugs angeordnet. Die Bedeutung einer solchen Gesetzgebung kann nicht hoch genug angeschlagen werden, weil sie zwei unserer wichtigsten Reformvorschläge in sich schliesst: die Anerkennung einer graduellen Abstufung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit und die Möglichkeit, statt der Strafe die Erziehung ins Auge zu fassen.

So erfreulich dieser fortschrittliche Gedanke uns berührt, so wenig enthebt er uns der Aufgabe, die Bestimmungen kritisch zu beleuchten. Von allen Individuen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, den sogenannten Jugendlichen unserer Kriminalstatistik, werden nur diejenigen gestraft, die bei Begehung der Straftat die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besaßen. Nach den Motiven zum Strafgesetzbuche hat man „nicht denjenigen Grad der Verstandesentwicklung im Auge gehabt, welcher nötig ist, um die Strafbarkeit der concret begangenen Handlung und der sie als eine strafbare charakterisierenden Merkmale zu erkennen; der Thäter muss zu erkennen imstande gewesen sein, dass seine Pflicht die Unterlassung jener speciellen Handlung fordere, und er durch Begehung der letzteren sich einer Kriminalstrafe aussetzt.“ Der Ausdruck wird identifiziert mit dem „Unterscheidungsvermögen“ des § 42 preuss. St.G.B.; er wurde nur deshalb gewählt, um einen nicht geläufigen und mehrfacher Deutung fähigen durch einen deutlicheren und bestimmteren zu ersetzen.

Die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht verlangt also einen bestimmten Grad von Intelligenz; nur „denjenigen Grad der Verstandesentwicklung, welcher nötig ist, um die Strafbarkeit zu erkennen, nicht aber dasjenige Maass sittlicher Bildung, welches erforderlich ist, um das Verhalten nach dem als recht Erkannten einzurichten“ (E. XV. S. 97). Im allgemeinen pflegt die Entwicklung der sittlichen Bildung der intellektuellen parallel zu gehen, nicht aber wächst mit dem Verstande auch die Fähigkeit der Selbstbeherrschung. Am besten geht das hervor aus der Art der Ver-

brechen, die von Jugendlichen am häufigsten begangen wurden. Ich habe für das von dem statistischen Amt des Deutschen Reiches zuletzt bearbeitete Jahr 1896 (Kriminalstatistik für das Jahr 1896. Statistik des deutschen Reiches. N. F. Bd. 95) einige Zahlen in der Tabelle I zusammengestellt.

Tabelle I.

Es wurden 1896 verurteilt wegen	auf je 100 000 Jugendliche der Civilbevölkerung	auf je 100 000 Erwachsene der Civilbevölkerung
Einfachen Diebstahls . . . . .	271	166
Schweren Diebstahls . . . . .	52	19
Rückfalls-Diebstahls . . . . .	17	44
Unterschlagung . . . . .	33	53
Sachbeschädigung . . . . .	46	48
Beleidigung . . . . .	19	173
Gefährlicher Körperverletzung . . . .	102	258
Anderer Arten von Körperverletzung	28	98
Unzucht mit Gewalt, an Bewusstlosen, an Kindern, Notzucht . . . . .	15	12
Verbrechen u. Vergehen überhaupt	697	1239

Von vornherein ist die Zahl der verurteilten Jugendlichen durch ihre Höhe auffällig, da man nicht ausser Acht lassen darf, ein wie grosser Procentsatz der Jugendlichen noch für einen Teil der in Betracht kommenden Jahre den Schutz des Elternhauses geniesst. Gegen die Bedeutung dieses Faktors kann die Zahl der auf Grund des § 56 Freigesprochenen (auf je 100 Verurteilungen jugendlicher 3,6) kaum in Betracht kommen. Durch die Zahl der Verurteilungen oder durch ihr Verhältnis zu den Verurteilungen Erwachsener ragen die einfachen und schweren Diebstähle, Sittlichkeitsdelikte und die gefährlichen Körperverletzungen hervor.

Wenn auch die Erwachsenen mehr als doppelt so häufig wegen des letzten Verbrechens verurteilt werden, so darf man nicht vergessen, dass in der Aetiology dieses Delikts das Wirtshaus die Hauptrolle spielt, dessen Pforten glücklicherweise noch nicht dem täglichen Besuche des Jugendlichen gewohnheitsmässig offen stehen. Verhältnissmässig oft reagirt der Unerwachsene auf einen Angriff mit roher Gewalt, wie sich am besten aus dem Vergleich der Zahl gefährlicher Körperverletzungen mit den Verurteilungen wegen Beleidigung ergibt, die sich bei den Erwachsenen sehr viel näher stehen. Die brutale Bethätigung der Körperkräfte, deren Erwachen und Entwicklung der Jugendliche mit besonderer Freude beobachtet, ist also eines der Hauptmotive des bei ihm zweithäufigsten Vergehens. Auch die ersten Trinkexcesse, die in die gleichen Lebensjahre fallen, müssen natürlich bei dem an Alkohol nicht gewöhnten Menschen um so bedenklicher wirken, da ja die Erfahrung ihn noch nicht Maasshalten gelehrt hat.

Das gewöhnlichste Vergehen des Jugendlichen ist der Diebstahl. Es wird

wohl selten ein Kind geben, das nicht einmal der Versuchung zu naschen unterlegen wäre; meist wird ihm gerade bei einer solchen Gelegenheit der Unterschied zwischen Mein und Dein, zwischen Erlaubtem und Unerlaubtem klar gemacht. Und doch lehrt uns die Kriminalstatistik, dass diese Lehren offenbar von dem Erwachsenen sehr viel leichter befolgt werden können, als von dem Unerwachsenen. Die Versuchung, sich auf Kosten anderer zu bereichern, wird dadurch wohl noch erheblich gesteigert, dass ihm weniger, wie dem im Leben und Beruf Stehenden, Mittel und Wege zur Verfügung stehen, sich Geld zu verdienen. Die erwachende Genusssucht, die nicht mehr an harmlosen Spielen sich erfreuen kann, strebt nach Befriedigung; sind die dazu erforderlichen Mittel nicht vorhanden, so bildet sie ein Motiv, gegen dessen Wucht die verstandesmässige Einsicht nur zu oft vergebens kämpft.

Das gilt in noch höherem Grade von den Sittlichkeitsdelikten. Im allgemeinen pflegt die geschlechtliche Entwicklung sich in unseren Gegenden erst im 14., 15. Lebensjahr, oft auch noch später zu vollziehen, und demnach muss ein sehr grosser Teil der Jugendlichen noch für unsere Betrachtung ausgeschaltet werden. Auf je 100 000 Jugendliche zwischen dem vollendeten 14. und 18. Lebensjahr kamen 21 Verurteilungen wegen Unzucht mit Gewalt, an Bewusstlosen u. s. w., an Kindern und Notzucht, auf 100 000 Erwachsene nur 12! Der Sexualtrieb findet bei seinem ersten Auftreten sehr wenig Gegenvorstellungen. Gerade hier lässt bei der Zurückhaltung, der man sich gegenüber dem Kinde auf diesem Gebiete befeisst, die intellektuelle Ausbildung gründlich im Stiche. Die Empfindungen, unverstanden und unklar, dabei aber oft ausserordentlich heftig, stossen bei dem Streben nach Befriedigung nicht auf eine geschlossene Phalanx von Verboten und Warnungen; und selbst wenn sie vorhanden wäre, die Macht des Dranges nach sexueller Befriedigung ist grösser als die des Verstandes. Das sehen wir doch auch täglich beim Erwachsenen, den die genaueste Kenntnis von den Gefahren des Verkehrs mit Prostituirten nicht daran hindert, sich immer und immer wieder der Gefahr einer schweren Gesundheitsschädigung auszusetzen. Um wie viel weniger kann der Verstand bei dem Jugendlichen ausrichten.

Dem Erwachsenen stehen, ganz abgesehen von den Verheirateten, zahlreiche Wege zum Geschlechtsverkehr offen, sehr viel mehr wie dem Unerwachsenen. Es kann daher nicht Wunder nehmen, wenn wir in so erschreckend grossem Umfange den Jugendlichen an Sittlichkeitsdelikten beteiligt sehen. Der stürmisch auftretende Sexualtrieb verwischt die Grenzen des strafrechtlich Erlaubten und überschreitet sie.

Ich habe die 3 Hauptverbrechen der Jugendlichen deshalb etwas eingehender besprochen, um zu beweisen, dass die Gesetzgebung sich der Einseitigkeit schuldig macht, indem sie den Nachdruck ausschliesslich auf die Verstandesentwicklung legt. Die Reihe der Motive, die bei Jugendlichen stärker und ungezügelter als bei Erwachsenen zur Wirksamkeit kommen, ist mit den besprochenen nicht erschöpft. Die grössere gemüthliche Erregbarkeit vor



allem verdient, wenn nicht eingehend erläutert, doch wenigstens erwähnt zu werden. —

Die Strafgesetzbücher fast aller Länder bedienen sich, zur Abgrenzung der strafbaren von den nicht strafbaren Verbrechen Jugendlicher, in seltener Uebereinstimmung des gleichen Kriteriums. Die Türkei allein begnügt sich mit der Feststellung der körperlichen Reife, England und Irland verlangt die geistige Reife, Russland vollkommene Einsicht, alle andern reden von Unterscheidungsvermögen oder von der zur Erkenntnis der Strafbarkeit notwendigen Einsicht. Nur der Schweizerische Vorentwurf berücksichtigt die unverkennbare Thatsache, dass die Ausbildung des Verstandes allein nicht genügt, wenn nicht gleichzeitig auch die ethische Entwicklung einen bestimmten Grad erreicht hat; der Entwurf schlägt vor, die Strafbarkeit abhängig zu machen von der „sittlichen und geistigen Reife“.

Die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht ist aber nicht nur eine einseitige Bestimmung, sondern auch eine, bei der dem subjektiven Ermessen der Richter ein unerwünscht weiter Spielraum gelassen wird. Am besten lehrt das die Häufigkeit der Freisprechungen Jugendlicher auf Grund des § 56. Sie betrug 1896 für das deutsche Reich 3,6 auf je 100 Verurteilte Jugendliche. Diesen Prozentsatz erreichten und überstiegen von den 28 Oberlandesgerichtsbezirken nur 8, darunter Köln und Kolmar mit 10,2; die andern entfernen sich zum Teil sehr erheblich vom Durchschnitt, darunter Oldenburg am weitesten mit 0,5, dann folgt Dresden mit 0,8. Die beiden Bezirke Köln und Dresden weisen annähernd die gleiche Zahl der Verurteilungen überhaupt sowie der Sittlichkeitsdelikte auf; den Vorsprung Kölns an Körperverletzungen wiegt die grössere Zahl der Diebstähle in Dresden auf. Zur Erklärung des enormen Unterschiedes in der Zahl der auf Grund des § 56 Freigesprochenen bleibt also nichts anderes übrig, als anzunehmen, dass Seitens der Richter in Köln erheblich höhere Ansprüche an die Einsicht gestellt werden, wie Seitens der Dresdener.

Dasselbe Ergebnis hat die Vergleichung der Freisprechung Jugendlicher, welche das zwölfte, aber noch nicht das vierzehnte Lebensjahr vollendet hatten. Auf je 100 Verurteilte dieses Alters kamen in ganz Deutschland in den Jahren 1894—1896 10,8 Freisprechungen wegen mangelnder Einsicht. Unter den 6 Oberlandesgerichtsbezirken, die diesen Prozentsatz oder einen höheren aufwiesen, steht Kolmar mit 57,1 voran, ihm zunächst Köln mit 32,2. Am seltensten erfolgte eine Freisprechung in Braunschweig mit 0,5, dann in Oldenburg mit 3,1 und Dresden mit 3,3!

Man darf ruhig der Verschiedenheit der Straftaten und auch der höheren oder geringeren geistigen Entwicklung je nach der Gegend Deutschlands einen erheblichen Anteil zuweisen, um diese Differenzen zu erklären; es bleibt genug, um uns zur Anerkennung zu zwingen, dass eine Einheitlichkeit und Uebereinstimmung bezüglich dessen nicht besteht, was unter der zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht zu verstehen ist. Die Ueberlastung der meisten

Gerichte bringt es ja leider mit sich, dass der Behandlung des Einzelfalles eine allzu karge Zeit zugemessen ist; so wird eine gewisse Schematisierung, die sich in der Beurteilung von äusserlichen Kriterien, wie dem Lebensjahr und der körperlichen Entwicklung, leiten lässt, kaum zu vermeiden sein. Geradezu aber als ein Hohn auf den Wortlaut und den Sinn des Gesetzes muss das von Ernst Schuster (Strafgesetzgebung der Gegenwart I. S. 626) aus England und Irland berichtete Verfahren bezeichnet werden: „Die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit beginnt nach Vollendung des 7. Lebensjahres; bei Kinder im Alter von 7 bis 14 Jahren muss der Theorie nach der Nachweis beigebracht werden, dass sie die erforderliche geistige Reife haben, um Recht und Unrecht unterscheiden zu können. In der Praxis wird dies aber bei Kindern im Alter von über 10 Jahren regelmässig ohne weiteren Nachweis angenommen!“

Diese willkürliche Annahme einer zur Zurechnungsfähigkeit ausreichenden geistigen Reife im Alter von 10 Jahren zwingt uns, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob überhaupt die Festsetzung bestimmter Altersstufen zweckmässig ist, und wenn ja, ob die im deutschen Gesetze festgelegten Jahre richtig gewählt sind. Deutschland nimmt unter den europäischen Staaten eine Mittelstufe ein, indem es die völlige Strafmündigkeit mit dem 12. Lebens-

Tabelle II.

	Völlige Strafmündigkeit bis zum vollendeten Lebensjahr	Relative Strafmündigkeit bis zum vollendeten Lebensjahr	Uneingeschränkte Strafbarkeit vom beginnenden Lebensjahr ab
Belgien . . . . .	—	16	17
Bulgarien . . . . .	10	17	22
Dänemark . . . . .	10	15	19
Deutschland . . . . .	12	18	19
England und Irland . . . . .	7	14	15
Finnland . . . . .	15	18	19
Frankreich . . . . .	—	16	17
Italien . . . . .	9	14	22
Niederlande . . . . .	10	16	17
Norwegen (Entwurf) . . . . .	14	18	19
Oesterreich . . . . .	10	14	21
Portugal . . . . .	10	14	15
Russland . . . . .	10	14	22
Schottland . . . . .	7	14	15 [bezw. 13] <sup>1)</sup>
Schweden . . . . .	15 [bezw. 14] <sup>2)</sup>	18	19
Schweiz . . . . .	14	18	19
Spanien . . . . .	9	15	19
Türkei . . . . .	13	15	16
Ungarn . . . . .	12	16	21

1) Die Todesstrafe ist bei männlichen Verbrechern nach vollendetem 14., bei weiblichen nach vollendetem 12. Lebensjahr vollstreckbar!

2) Schwere Verbrechen, die mit dem Tode oder mit Zwangsarbeit von über zwei Jahren bedroht sind, werden schon nach vollendetem 14., aber vor vollendetem 15. Lebensjahre, allerdings nur bei genügendem Unterscheidungsvermögen, bestraft, wenn auch milder.

jahre enden lässt. Nur Belgien und Frankreich haben auf eine derartige Bestimmung ganz verzichtet. Es bedarf kaum der Begründung, wie bedenklich das ist. Zwar ist durch Ministerialverfügungen aus den Jahren 1855 und 1876 darauf aufmerksam gemacht worden, dass es angezeigt wäre, Kinder unter 7 oder 8 Jahren überhaupt strafrechtlich nicht zu verfolgen. Ich möchte aber die Ansicht Albert Rivières (Strafgesetzgebung der Gegenwart I. S. 440) nicht unterschreiben, der meint: „Thatsächlich scheint das Fehlen einer besonderen gesetzlichen Bestimmung zu schweren Missbräuchen keinen Anlass gegeben zu haben; wenigstens befanden sich nach Ausweis der letzten Gefängnisstatistik unter 5713 jugendlichen Gefangenen, die auf Grund der Art. 66 und 67 verurteilt waren, nur 1 pCt. im Alter unter 6 Jahren und 11 pCt. im Alter von 8 bis 10 Jahren.“ Also 57 Kinder unter 6 Jahren waren zu Gefängnis verurteilt worden, über 600 vor vollendetem 10. Lebensjahr. Ein Gefängnis ist doch keine Kleinkinderschule. Was soll aus solchen Kindern werden? Welche Rolle spielen sie unter ihren Schulkameraden? Es drängen sich soviel Fragen auf, dass man dabei leicht übersieht, dass diese Kinder alle mit Unterscheidungsvermögen gehandelt haben sollen. Selbst wenn aber das Gericht zu der Anschauung gekommen wäre, dass sie des discernement ermangelt hätten, selbst wenn sie alle freigesprochen worden wären, — ein nicht wieder gut zu machendes Unheil wäre doch dadurch angerichtet, dass die Kinder vor Gericht gestanden hätten.

Wir thun gut, die verbrecherischen Kinder in zwei Gruppen zu scheiden; in solche, die einer besonders verlockenden Gelegenheit nicht widerstehen konnten, innerlich unverdorben, und in solche, die, in verbrecherischer Umgebung aufwachsend, von frühester Jugend an verdorben, nur die Furcht vor der Strafe, vor der Polizei kennen, nicht aber die Scheu vor Unrecht. Für ein Kind der ersten Gruppe wird eine Verhandlung ein Makel sein, den es auch bei Freisprechung mit sich schleppen muss, dessen vernichtender Eindruck um so weniger verwunden wird, je unverdorbenes es ist. Und mit ihm werden die Angehörigen getroffen, deren Verschuldung gerade in solchen Fällen oft unendlich gering war. Das Kind wird in der Schule von den Altersgenossen verachtet, von dem Lehrer mit kühler Zurückhaltung beobachtet; hinter jeder verzeihlichen Unart wittert die Schule und Familie das Gespenst verbrecherischer Neigungen. Ein empfindsames Gemüt kann unter diesem dauernden Drucke erliegen. Bei ihm wäre — das bedarf keiner Worte — die Verhandlung um so unnötiger gewesen, als die vorausgesetzte Veranlagung durch erziehliche Massregeln weit sicherer gekräftigt worden wäre.

Ganz anders die besonders in Grossstädten heimische Gruppe von in Zuchtlosigkeit und Selbstsucht grosswerdenden Kindern. Für diese bedeutet die erste Gerichtsverhandlung den ersten Schritt zur Selbstständigkeit. Trotz aller geistigen und körperlichen Unreife fühlt sich das Kind von da ab als ein Erwachsener, denn so wurde es ja vom Gericht behandelt. Es war der Held einer vom Staate berücksichtigten Handlung und wartet mit gehobenem Selbstgefühl auf den Bericht der Zeitungen über die Gerichtssitzungen. Nicht auf den Thäter



allein beschränkt sich aber leider diese Empfindung, eine Rolle in der Öffentlichkeit gespielt zu haben. Auch seine Kameraden werden ihn mit besonderem Respekt betrachten, allerdings in den verschiedenartigsten Abstufungen. Seine Gesinnungsgenossen werden ihn bewundern; es hiesse aber die Psychologie der Kinder verkennen, wenn man annehmen wollte, dass sein Beispiel auf die Unverdorbenen nur abschreckend und abstossend wirkt. Die kindliche Phantasie wird durch alles Ungewöhnliche erregt; der jugendliche Missethäter erscheint auch dem Unverdorbenen nicht ohne einen Beigeschmack des Besonderen, und in das Gefühl der Verachtung mischt sich das einer scheuen Achtung vor seiner Selbstständigkeit, dem frühzeitigen Erwachsensein.

Der Schaden, den die Anwesenheit eines solchen Kindes in einer Schule anrichtet, ist gar nicht abzusehen. Und auch dann, wenn das Kind nach öffentlicher Verhandlung freigesprochen, nicht der Schule zurückgegeben, sondern in Zwangserziehung gebracht wird, unter den Schülern wird sein Name, seine That, sein Verhalten vor Gericht noch lange einen Gesprächsstoff bilden, dessen verderbliche Wirkung bei geeignetem Boden vielleicht die erste Bresche in die noch wenig fest gefügten sittlichen Anschauungen legt.

Bis zum 14. Lebensjahr dauert die gesetzliche Schulpflicht. So lange bedarf das Kind der Erziehung und Belehrung durch die Schule. Und wenn es dann auch gesetzlich aus der Schulzucht entlassen wird, wenn auch dann die soziale Selbstständigkeit beginnt, kein Mensch denkt daran, den 14jährigen Menschen schon für geistig und körperlich reif zu halten. Warum überlässt man nicht auch das verbrecherische Kind mindestens bis zu dieser Grenze der Korrektur durch die Schule? Wenn die Erziehung in der Schule versagt oder die Rücksicht auf die anderen Schüler die Absonderung eines verdorbenen, verbrecherischen Kindes notwendig macht, warum versucht man nicht statt des in jedem Fall unzweckmässigen strafrechtlichen Vorgehens die Erziehung in einer Besserungsanstalt?

Auch die Bestrafung vermag an dem Gesagten nichts zu ändern, sie steigert sogar die Gefahr für beide Gruppen von Kindern. Man mutet dem Lehrer und der Schule doch zu viel zu, indem man ein Kind nach abgebusster Strafe wieder der Schuldisciplin unterstellt. Die Strafe ist ein zweisehnidiges Schwert. So lange sie den Uebelthäter von der Ferne bedroht, mag sie vielleicht abschrecken können. Hat er sie aber aus der Nähe kennen gelernt, so ist die Wirkung abgestumpft; die zweite Bestrafung wird weit weniger gefürchtet als die erste. Das ist schon bei dem Erwachsenen nach den Ergebnissen der Rückfallstatistik nur allzu deutlich; um wie viel mehr muss die Wirksamkeit der Strafandrohung verlieren, wenn der Jugendliche sie aus der Nähe kennen gelernt hat, wenn der Heranwachsende die Strafe in seine Jugenderinnerungen verflucht.

Die Abbüssung der Strafe soll nach Möglichkeit so geschehen, dass der Jugendliche von den älteren Verbrechern getrennt bleibt. Völlig durchführbar ist diese Trennung nicht, und wenn sie selbst räumlich durchgeführt werden könnte, durch die Mauern hindurch dringt die psychische Wirkung der Korruption.

Einmal eingereiht in das Heer der Verbrecherwelt, ist das Losreissen kaum noch möglich. Krohne (Mitt. der I.K.V. Z. XI S. 71) fand in seiner Anstalt unter 550, die alle bei ihrer ersten Verurteilung unter 25 Jahren waren, 71 bei der ersten Verurteilung unter 16 Jahren. „Von allen diesen muss ich sagen, sie sind rettungslos verlorene Gewohnheitsverbrecher, soweit man vom menschlichen Standpunkte urteilen kann. Und doch vermag ich mich des Gedankens nicht zu erwehren: ein grosser Teil würde gerettet worden sein, hätten wir sie ins Erziehungs-haus gebracht.“

Kein Praktiker wird sich dem verschliessen können, dass die Strafe und die Strafandrohung ihren Zweck bei Jugendlichen verfehlen, um so mehr verfehlen, je weniger weit entwickelt das Kind körperlich und geistig ist. Nach der Zweckmässigkeit der Strafe aber dürfen wir hier mehr wie sonst im Strafgesetzbuche deshalb fragen, weil die Bestimmungen über die Jugendlichen und Kinder auch in ihrer jetzigen unvollkommenen Fassung zum Teil nach diesem Gesichtspunkte getroffen worden sind. Vom Standpunkte der Zweckmässigkeit aus wird man anerkennen müssen: Jede Verhandlung gegen ein Kind ist bedenklich und kann nur Schaden stiften. Die Bestrafung wird in ihrer Wirksamkeit von Erziehungsmaassregeln weit übertroffen; das gilt für den Thäter selbst, wie für seine Umgebung, vor allem für seine Altersgenossen. Bevor das Kind der Schule entwachsen ist, sollte es nicht als Erwachsener, sondern als Kind behandelt werden. Auch nach dieser Zeit bleibt die Erziehung das bessere Vorbeugungsmittel.

Auf der 2. Landesversammlung der internationalen kriminalistischen Vereinigung in Halle 1891 wurde über die Behandlung jugendlicher Verbrecher im Strafgesetzbuch verhandelt, und eine Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen eingesetzt. Diese, bestehend aus den Herren Appelius, Krohne und von Liszt, stellte folgende Thesen auf (Mitt. der I.K.V. III 327):

I. Es empfiehlt sich, den Beginn der Strafmündigkeit auf das 16. Lebensjahr hinaufzurücken. (Statt der Strafe staatliche Ueberwachung der Erziehung in Familien oder Erziehungsanstalten.)

II. Gegen Personen, welche bei Begehung der strafbaren Handlung das 16., aber nicht das 20. Lebensjahr vollendet haben, kann der Richter entweder auf Strafe oder auf staatlich überwachte Erziehung erkennen. (Ausdehnung der Erziehung nicht über das 21. Jahr. Verhandlung unter Ausschluss der Oeffentlichkeit.)

III. Die staatlich überwachte Erziehung hat auch ohne das Vorliegen einer strafbaren Handlung bei Kindern einzutreten, welche das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und in der Erziehung so sehr vernachlässigt sind, dass sittliche Verwahrlosung eingetreten oder zu befürchten ist.

Diese Thesen wurden, nachdem zahlreiche gutachtliche Aeusserungen von Strafanstalten eingelaufen, in Berlin am 5. und 6. Dezember 1891 beraten, und dabei folgende Forderungen aufgestellt:

I. Es empfiehlt sich, den Beginn der Strafmündigkeit auf das vollendete 14. Lebensjahr hinaufzurücken. (Von den Gutachten hatten sich 8 für das 12., 24 für das 14., 15 für das 16. Jahr ausgesprochen.)

II. Die Bestimmung der §§ 56, 57 R.St.G.B., wonach die strafrechtliche Verantwortlichkeit eines Jugendlichen davon abhängt, dass er bei Begehung der That die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht besass, ist zu beseitigen.

III. Gegen Personen, welche bei Begehung der strafbaren Handlung das 14., aber nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben, kann der Richter entweder auf Strafe oder auf Erziehung oder auf Beides erkennen. Im letzteren Falle hat das Urteil zu bestimmen, ob die Strafe oder die Erziehung vorangehen soll. Ist auf Strafe und Zwangserziehung erkannt, so kann die Vollstreckung von dem Erfolge der Erziehung abhängig gemacht werden.

IV. Die staatlich überwachte Erziehung hat auch ohne das Vorliegen einer strafbaren Handlung bei Kindern einzutreten, welche das vierzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben und in der Erziehung so sehr vernachlässigt sind, dass sittliche Verwahrlosung eingetreten oder zu befürchten ist. Diejenigen Jugendlichen, welche nach vollendetem vierzehnten Lebensjahre der staatlich überwachten Erziehung überwiesen sind, sind thunlichst in der Anstalt von denjenigen getrennt zu halten, welche vor diesem Zeitpunkte überwiesen sind.

V. Die Entscheidung über die Art und die Ausführung der staatlich überwachten Erziehung liegt in der Hand besonderer Erziehungsämter<sup>1)</sup>. Es bleibt der Landesgesetzgebung überlassen, die Erziehungsämter in den bestehenden Verwaltungsorganismus einzuordnen.

VI. Gegen Personen, welche bei Begehung der strafbaren Handlung das einundzwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind als Strafmittel nur zulässig: Gefängnis und Festungshaft von einem Monat bis zu fünfzehn Jahren Haft, Geldstrafe, Verweis, Entziehung und Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter. Ausgeschlossen bleiben Todesstrafe, Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, Ueberweisung an die Landespolizeibehörde und Polizeiaufsicht. Von der Erkennung auf dauernde Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger vernommen zu werden (§ 161 R. St. G.), kann abgesehen werden. Es ist zu empfehlen, für Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten Aussetzung des Strafvollzugs einzuführen.

VII. Es ist wünschenswert, dass die Zwangserziehung verwahrloster Kinder mit der Zwangserziehung jugendlicher Verbrecher durch ein besonderes Reichsgesetz geregelt werde.

Die I. K. V. hat mit diesen Thesen ein Programm entworfen, dessen Bedeutung weniger in den einzelnen Bestimmungen, als in der Tendenz liegt. Die Bestrebungen, an die Stelle der Strafe, wenn sich die Vorbeugungsmaassregeln als nutzlos erwiesen haben, den Versuch der Versorgung zu setzen, beweisen am

---

1) Das norwegische Gesetz über die Behandlung verwahrloster Kinder vom 6. VI. 1896 hat für jede Kommune ein eigenes Gericht vorgesehen. Dieses besteht aus dem Lehrer, dem Geistlichen und 5 von den kommunalen Behörden gewählten Mitgliedern; unter diesen 5 ist jeweils ein Arzt und 1 oder 2 Frauen.



besten, dass die in der Einleitung entwickelten Gedanken über die zukünftige Gestaltung eines Strafrechtes nicht utopistische Träumereien sind. Zwar ist von dem grossen Programm nur ein ganz kleiner Teil bisher verwirklicht worden, der Vorschlag, Freiheitsstrafen von dreimonatiger Dauer nicht sofort abbüssen zu lassen. Die „bedingte Begnadigung“ aber ging in der Dauer noch über das vorstehende Programm hinaus.

Das Preuss. Justiz-Ministerialblatt (1895. S. 348) veröffentlichte am 23. X. 1895 folgenden an den Justizminister gerichteten allerhöchsten Erlass:

„Auf Ihren Bericht vom 15. October ermächtige ich Sie, solche zu Freiheitsstrafen verurteilten Personen, hinsichtlich derer bei längerer guter Führung eine Begnadigung in Aussicht genommen werden kann, nach Ihrem Ermessen Aussetzung der Strafvollstreckung zu bewilligen, indem ich in den dazu geeigneten Fällen demnächst Ihrem Berichte wegen Erlasses oder Milderung der Strafe entgegenzusehen will. Von dieser Ermächtigung soll jedoch vornehmlich nur zu Gunsten solcher erstmalig verurteilter Personen Gebrauch gemacht werden, welche zur Zeit der That das 18. Lebensjahr nicht vollendet hatten und gegen welche nicht auf eine längere als sechsmonatige<sup>1)</sup> Strafe erkannt ist.“ Aehnliche Anordnungen ergingen auch in den übrigen Bundesstaaten.

Bis man über den Erfolg dieser Maassregel ein von Voreingenommenheit freies Urteil haben wird, werden wohl noch einige Jahre abgewartet werden müssen. Immerhin bedeutet schon dieser Versuch einen Fortschritt, dessen Geringfügigkeit vielleicht sogar ein Vorzug ist. Die Schwärmer für eine absolute Gerechtigkeit werden einen etwaigen Misserfolg nicht allzusehr gegen neue Reformbestrebungen ins Feld führen können; hat sich aber dieser erste Schritt auf neuer Bahn bewährt, nun dann werden sie auch weiteren vorsichtigeren Versuchen keinen allzugrossen Widerstand entgegensetzen wollen.

Auch ein anderer Punkt der vorerwähnten Vorschläge nähert sich der Verwirklichung; die Zwangserziehung verwahrloster Kinder war bisher den Landesgesetzen<sup>2)</sup> vorbehalten. Eine allgemeine reichsgesetzliche Regelung wird sich jetzt nicht mehr umgehen lassen, nachdem durch § 1666 B. G. B. (vergl. dort) bereits die einheitliche Gesetzgebung angebahnt worden ist.

Soweit die allgemeinen Gesichtspunkte, die sich aus der Betrachtung der § 55, 56 und 57 ergeben. Daneben sind noch einige Punkte der Beachtung wert.

Der Wortlaut des § 55 unterscheidet sich von dem des § 51 dadurch, dass er nicht, wie dieser, die Strafthat als nicht vorhanden erklärt, sondern den Strafmündigen nicht strafrechtlich verfolgen lässt. Trotzdem ist die Frage nach der Teilnehmerschaft an einem Verbrechen, dessen Hauptthäter auf Grund des § 55 ausser Verfolg gesetzt wurde, vielfach in ähnlicher Weise beantwortet wor-

1) Württemberg beschränkt die Begnadigung auf erstmalige Freiheitsstrafe von dreimonatiger Dauer.

2) Vergl. z. B. für Baden Ges. u. Verordn. Blatt 1886. XXVI. S. 225 u. S. 540.

den, wie bei dem § 51. So ist Olshausen (S. 234) der Ansicht, dass die Strafbarkeit von dem *dolus* des Kindes abhängig zu machen sei; ähnlich eine Reichsgerichtsentscheidung (E. VI. S. 187); andere wie Liszt (S. 161) betrachten das Verbrechen als nicht vorliegend.

Bei dem Strafmündigen ist die Strafverfolgung ausgeschlossen; es bedarf also, sobald das Alter festgestellt wird, keiner weiteren Untersuchung und Erhebung der Anklage. Statt dessen tritt nunmehr das Vormundschaftsgericht in Thätigkeit, das die Begehung der That festgestellt haben muss, bevor weitere Schritte geschehen können. Es wird also bei fraglicher Thäterschaft doch hie und da eine Untersuchung sich nicht ganz umgehen lassen. Ueber die Dauer der Zwangserziehung besteht keine besondere Vorschrift. Es ist deshalb wohl gestattet, anzunehmen, dass dieselbe auch bei Strafmündigen, entsprechend der Vorschrift des § 56, nicht über das 20. Lebensjahr hinaus ausgedehnt werden darf, vorausgesetzt, dass nicht Landesgesetze eine noch kürzere Frist festgesetzt haben.

Der Wortlaut des § 56 lässt die Freisprechung dann erfolgen, wenn der Jugendliche die zur Erkenntnis der Strafbarkeit einer Handlung erforderliche Einsicht nicht besass. Diese muss also ausdrücklich festgestellt werden und darf auch nicht durch ein der Grenze der vollen Strafmündigkeit sehr nahes Alter von 17 Jahren 10 Monaten (E. XXIX. S. 98) ohne weiteres als vorhanden betrachtet werden. Die erforderliche Einsicht muss vorhanden gewesen, nicht aber unbedingt bezüglich der Strafthat auch Seitens des Jugendlichen in Anwendung gekommen sein. Es genügt völlig, wenn festgestellt wird, dass seine Intelligenz ihm gestattet hätte, die Strafbarkeit der Handlung zu erkennen. Leicht dürfte es allerdings nicht sein, im concreten Falle die feine Unterscheidung zwischen vorhandener und angewandter Einsicht anders als aus der Auffassung der Strafthat zu erkennen (E. V. S. 395). Ganz einheitlich ist übrigens die Rechtsprechung in diesem Punkte nicht.

Aus dem Grundsatz, dass der Thäter die zur Erkenntnis der Strafbarkeit einer Handlung erforderliche Einsicht gehabt haben muss, folgt aber weiter, dass Strafthat und Intelligenzzustand in Beziehung stehen müssen. Es ist also sehr wohl möglich, dass ein Jugendlicher trotz leidlicher Intelligenz den Schutz des § 56 genießt, wenn er die Strafbarkeit einer bestimmten Handlung nicht einzusehen vermag. Bei mehreren Delikten kann also wegen eines derselben die Unzurechnungsfähigkeit angenommen werden, wenn auch die anderen bestraft werden. Dagegen bedarf es nicht der Kenntnis, dass die besondere Art der Ausführung eines Deliktes, dessen Strafbarkeit der Jugendliche einzusehen vermochte, einen Straferhöhungsgrund bildet (E. V. S. 394). Bei einem durch Einsteigen erschweren Diebstahl genügt die Feststellung, dass der Thäter die Strafbarkeit des Diebstahles überhaupt erkannt hatte, um die Bestrafung wegen schweren Diebstahles zu rechtfertigen.

Besonders hervorzuheben ist, dass das Vorhandensein der Einsicht unabhängig von der Unzurechnungsfähigkeit wegen Geisteskrankheit ist. Bei der

Strafthat eines Epileptikers z. B. würde also die Feststellung eines hinreichend entwickelten Verstandes noch nicht ausreichen; es müsste nachgewiesen werden, dass die Strafthat, für deren Strafbarkeit er genügende Einsicht besass, nicht etwa in einem Dämmerzustande begangen worden sei.

Die Freisprechung eines Angeklagten auf Grund des § 56 macht die Bestimmung über sein weiteres Verbleiben obligatorisch. Er muss entweder in seiner Familie oder einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt untergebracht werden. Am wenigsten aussichtsreich wird die häusliche Erziehung sein; in den meisten Fällen würde damit das jugendliche Individuum derselben verdorbenen Umgebung, denselben bedenklichen Einflüssen zurückgegeben, aus denen seine Strafthat entsprang. Es wird dem Richter oft nicht ganz leicht sein, diese Gefahr ganz zu erkennen, da die Verhandlung nicht regelmässig ein Bild von der Umgebung des jugendlichen Verbrechers giebt. Hält der Richter die Familie für ungeeignet zur Erziehung, so hat er die Ueberweisung an eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt anzuordnen. Die Auswahl der Anstalt, die Entscheidung, ob Erziehungs- oder Besserungsanstalt ist aber nicht Sache der Gerichte, sondern der Obervormundschaftsbehörde (E. VII. S. 180).

„Der letzte Grund der Zwangserziehung ist immer die vorhandene oder als bevorstehend erscheinende schwere Verwahrlosung der jugendlichen Personen“ (v. Jagemann, S. 72). Daraus folgt, dass die Zwangserziehung in ihrer Form und Dauer nicht von der vielleicht ziemlich harmlosen Strafthat abhängig gemacht werden sollte, sondern von der Notwendigkeit, durch systematische Erziehung und Ausbildung nachzuholen, was die Umgebung verabsäumt hatte. In dieser Beziehung sind die englischen Verhältnisse als vorbildlich zu betrachten. England kennt zwei Arten der Versorgung, je nachdem es sich um verbrecherische oder verwahrloste Kinder handelt, die reformatory- und die industrial-schools. In die ersteren können auf 2—5 Jahre jugendliche Verbrecher unter 16 Jahren versetzt werden durch Richterspruch nach Vollstreckung der gegen sie erkannten, mindestens 10 Tage betragenden Freiheitsstrafe; oder durch Verfügung des Secretary of State, wenn sie, zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, von der Königin zur Unterbringung in eine Besserungsanstalt begnadigt sind.

In die Industrial-Schools kommen durch Richterspruch bis zum 16. Lebensjahr Kinder, deren Benehmen (Betteln, Vagieren), Gesellschaft und Familie (vorbestrafte Eltern, Zusammenleben mit Dieben, Prostituierten u. s. w.) die Verwahrlosung erkennen lässt; endlich Kinder unter 12 Jahren, welche eine mit einfachem Gefängnis oder geringer Strafe bedrohte Strafthat begangen haben, wenn mit Bezug auf ihr niedriges Alter und die sonstigen Umstände des Falles der Richter es für angemessen erachtet. Diese Gesetze über die Zwangserziehung scheinen sehr günstig gewirkt zu haben. Die Zahl der jugendlichen Verbrecher hat seit der Einführung dieser Bestimmungen fortdauernd erheblich abgenommen.



Tabelle III.<sup>1)</sup>

Jugendliche				Erwachsene		
Zahl der Verurteilten, berechnet auf 100 000 Jugendliche				Zahl der Verurteilten, berechnet auf 100 000 Erwachsene		
Diebstahl	Verbrechen und Vergehen überhaupt mit Ausschluss der Verurteilungen wegen Diebstahls, Wehrpflicht- Verletzung und Vergehen gegen die Gewerbe-Ordnung	Gefährliche Körperverletzung		Diebstahl	Verbrechen und Vergehen überhaupt mit Ausschluss der Verurteilungen wegen Diebstahls, Wehrpflicht- Verletzung und Vergehen gegen die Gewerbe-Ordnung	Gefährliche Körperverletzung
1882	344	224	48	321	747	136
1883	327	222	49	309	752	144
1884	332	245	60	295	808	168
1885	310	249	63	273	810	179
1886	310	254	67	264	834	185
1887	311	264	68	248	848	191
1888	309	252	66	240	815	186
1889	341	272	70	260	836	189
1890	361	301	77	249	863	198
1891	362	308	78	264	879	200
1892	397	330	84	291	926	210
1893	343	340	92	253	970	230
1894	360	351	95	246	1006	242
1895	346	352	98	237	1014	246
1896	340	357	102	229	1010	258

Genau das Umgekehrte finden wir in Deutschland (Kriminalstatistik für das Jahr 1896. N. F. 95. S. I. 29). Wenn wir absehen von dem Diebstahl, dessen Abhängigkeit von den Nahrungsmittelpreisen durch die unvermeidlichen Schwankungen die Plastik der Zahl verwischt, so zeigt sich, dass seit 1882 die Ver-

Tabelle IV.

Von je 1000 verurteilten Jugendlichen waren wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze						
	noch nicht	früher schon	und zwar durch			
			1	2	3 bis 5	6 oder mehr
			Verurteilungen vorbestraft			
1889	848	152	95	33	22	2
1890	838	162	100	37	23	2
1891	832	168	104	39	23	2
1892	828	172	105	39	26	2
1893	826	174	105	39	27	3
1894	814	186	111	40	31	4
1895	814	186	111	41	31	3
1896	812	188	110	40	34	4

1) Nach der Kriminalstatistik des Deutschen Reiches für das Jahr 1896. N. F. Bd. 95. I. 29.

urteilungen der Jugendlichen überhaupt (mit Ausschluss des Diebstahls) ohne Unterbrechung schnell zugenommen haben. Die Zunahme (umgerechnet auf die Zahl der Jugendlichen) beträgt 59,4, bei den Erwachsenen nur 35,2; für Körperverletzungen 112,5 bei den Erwachsenen 89,7.

Bedenklicher kann wohl für einen Rechtsstaat nichts sein, wie die fortwährende Progression der Zahl der Verbrecher und das noch schnellere Wachsen der jugendlichen Verbrecherwelt, die ohne geeignete Gegenmaassregeln schwerlich sich später die Grundsätze aneignen, deren sie schon so früh ermangeln. Noch bedenklicher ist die Zunahme der vorbestraften Jugendlichen. Seit dem Jahre 1889 werden sie besonders gezählt (siehe vorstehende Tabelle IV).

Diese Zahlen beweisen nicht nur die Wirkungslosigkeit der Strafen, sie geben auch Föhring (S. 321) Recht, der die Lage des verurteilten Jugendlichen für unendlich ungünstiger hält, wie die eines wegen mangelnder Einsicht Freigesprochenen. „Während sich der Eine der hingebenden Sorgfalt des Staates und der Gesellschaft erfreut, während ein vortrefflicher Erzieher, ein pflichtgetreuer Lehrer ihn an der Hand der Liebe auf die Bahn der Ehre und des Rechts zu führen sucht, findet der Andere, nachdem der Gerechtigkeit, aber auch nur der Gerechtigkeit in Bezug seiner genügt worden ist, die alte Misere und das alte Elend wieder, fällt durch Not, durch Verführung zum zweiten, fällt zum dritten Male u. s. w. und steht vielleicht schon auf der Liste der unverbesserlichen Rückfälligen mit der einzigen Aussicht auf den steten Wechsel zwischen kurzer verbrecherischer Freiheit und langer, schwerer Kerkerhaft für die ganze Dauer seines Lebens, an demselben Tage, an welchem der Andere gebessert und moralisch gestärkt aus der Erziehungsanstalt entlassen wird, um einer reinen, ehrlichen und glücklichen Zukunft entgegen zu gehen.“

Landesgesetzlich ist zwar die Lücke des § 57 teilweise ergänzt worden; wie selten aber, jedenfalls wie erfolglos, die verabsäumte Erziehung nachgeholt ist, zeigt das Vorstrafenverzeichnis. Die Vorschläge der internationalen kriminalistischen Vereinigung wollen es deshalb dem Richter anheimstellen, auf Strafe oder auf staatlich überwachte Erziehung zu erkennen.

Das Gesetz hat die Gefahr des Verkehrs der unreifen und leicht bestimmbarren Jugendlichen mit den Veteranen der Strafanstalten nicht verkannt. Die Verbüssung der Strafe des § 58 soll deshalb in besonderen Anstalten oder Räumen geschehen. Wie weit unsere heutigen Anstalten dieser Bestimmung genügen, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls steht fest, dass mehrere Staaten im Verordnungswege die Verbüssung der erkannten Gefängnisstrafen in Besserungsanstalten stattfinden lassen, die Strafe also durch Erziehung zu ersetzen bestrebt sind.

Die Ausdehnung des Begriffs „jugendliche Personen“ ist nicht ganz klar. Olshausen (246) nimmt an, dass als solche nach Analogie des § 56. 2 Verurteilte, die eine Freiheitsstrafe verbüssen, bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres zu gelten haben. Gleichzeitig hält er es für sinngemäss, die Abbüssung nur soweit in besonderen Anstalten oder Räumen stattfinden zu lassen, als die

Strafen gegen jugendliche Personen zur Vollstreckung kommen. Dementsprechend würde also ein in höherem Alter wegen eines zwischen dem 12. und 18. Lebensjahr begangenen Verbrechens Verurteilter nicht in eine derartige Anstalt verbracht werden dürfen, ein während der Gefangenschaft über 20 Jahre alt Gewordener in eine andre Anstalt überführt werden müssen.

Die Strafen des schuldigen, d. h. mit der zur Erkenntnis der Strafbarkeit einer Handlung erforderlichen Einsicht handelnden, Jugendlichen sind ganz allgemein gemildert. Ausgeschlossen sind die Todesstrafe, lebenslängliches oder zeitiges Zuchthaus, lebenslängliche Festungshaft, der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht. Diese Strafen umfassen einerseits die besonders schweren, andererseits die Nebenstrafen, durch die eine besonders ehrlose Gesinnung des Thäters charakterisirt werden soll. Wohl die wichtigste Bedeutung hat von all' den Ausnahmen die dadurch gegebene Möglichkeit zur Ableistung der Militärdienstzeit. Nach § 34. 2 bewirkt die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte die Unfähigkeit während der im Urteil bestimmten Zeit in das deutsche Heer oder in die Kaiserliche Marine einzutreten. Dadurch soll das Heer vor der Durchseuchung mit unlauteren Elementen geschützt werden. Für den leichtsinnigen, moralisch noch nicht gefestigten Jugendlichen verspricht aber gerade die stramme Disciplin, die Zucht, die Einordnung in einen festgefügtten Organismus, wie unsere Armee ihn darstellt, die besten Erfolge. Es ist sehr erfreulich, dass ihm der Nutzen der Militärdienstzeit nicht vorenthalten wird.

Der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zog im preussischen Strafgesetzbuche die Unfähigkeit nach sich, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden. § 161 St.G.B. schreibt vor, dass bei jeder Verurteilung wegen Meineides auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und ausserdem auf die dauernde Eidesunfähigkeit zu erkennen ist. Diese im Wortlaut gegebene Gegenüberstellung beschränkt die Wirkung des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte auf die politischen (E VI S. 419) und trennt davon die Unfähigkeit zur Zeugnisablegung. Für den Jugendlichen hat das die Folge, dass ihm zwar gemäss § 57. 5 die bürgerlichen Ehrenrechte nicht abgesprochen werden können, wohl aber die Eidesfähigkeit. Die durch den Meineid bewiesene Unglaubhaftigkeit beraubt ihn dauernd der Fähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden. Eine eidesstattliche Vernehmung ist dagegen sehr wohl möglich (Olshausen 585).

Die Strafherabsetzungen des § 57 beweisen, dass die „verminderte Zurechnungsfähigkeit“ dem Geiste unserer Strafgesetzgebung doch nicht so fern liegt, als ihre Gegner annehmen. Die geistige und moralische Unreife, die trotz festgestellter Einsicht in der Altersstufe liegt, bewirkt die Strafmilderung. Ob neben dieser auch noch auf mildernde Umstände etwa wegen des jugendlichen Alters erkannt werden darf, ist fraglich. Es kann offenbar nicht die Absicht des Gesetzgebers sein, denselben Grund zweimal strafmildernd in Berechnung zu ziehen. Nach einer Reichsgerichtsentscheidung (E VI 98) ist deshalb die Strafe nach der zu ermassen, welche den erwachsenen Missethäter treffen würde, und dann erst



die Strafmilderung gemäss § 57 vorzunehmen. Die Bedeutung dieser Unterschiede lehrt das Beispiel des § 243 Abs. 2. Die Mindeststrafe bei einem Einbruchsdiebstahl ist auf Grund der durch § 57 eintretenden Strafmilderung ein Jahr Gefängnis; sieht man aber in der Jugend einen mildernden Umstand im Sinne des § 243 Abs. 2, so beträgt die geringste Strafe 3 Monate Gefängnis. Das Reichsgericht vertritt die dem Sinne nach richtigere Anschauung, dass der Strafmilderungsgrund des § 57 nicht gleichzeitig bei mildernden Umständen noch einmal von Einfluss sein dürfe; doch stehen andere Autoren nicht auf diesem Standpunkte, weil die Herabsetzung der Strafe auf Grund des § 57 nicht immer so ausgiebig ist, wie die durch Annahme mildernder Umstände zu erreichende; die Zuerkennung mildernder Umstände in solchen Fällen, in denen sie sich nicht auf das Alter, sondern auf anderweitige Thatumstände stützt, bleibt selbstverständlich unberührt von den Sondervorschriften des § 57.

Mit dem vollendeten 18. Lebensjahr tritt in Deutschland die volle und uneingeschränkte Verantwortlichkeit des Individuums in Wirksamkeit. Die Strafmündigkeit beginnt also in Deutschland früher für das Strafrecht als für das bürgerliche Leben. Die Thesen der internationalen kriminalistischen Vereinigung wollen das vollendete 21. Lebensjahr, dem bürgerlichen Gesetzbuche entsprechend, als Endpunkt strafrechtlicher Ausnahmebestimmungen festgesetzt wissen. Dieser Vorschlag hat einerseits eine erzieherische Tendenz, indem die staatlich überwachte Zwangserziehung für statthaft erklärt werden soll, andererseits ist er durch den Gedanken diktiert, dass auch nach vollendetem 18. Lebensjahr die Entwicklung des Menschen noch nicht abgeschlossen ist. In ähnlicher Weise haben auch andre europäische Staaten zwischen das Alter der relativen Strafmündigkeit und der uneingeschränkten Strafbarkeit noch eine Stufe eingefügt, innerhalb deren Strafmilderungen in sehr verschiedenem Umfange vorgesehen sind. Als obere Grenze dieser Zwischenzeit betrachtet Spanien und Dänemark das vollendete 18., Ungarn und Oesterreich das 20., Bulgarien, Russland und Italien das 21. Lebensjahr.

Das Bedürfnis einer solchen Zwischenstufe wird durch den Vorschlag der internationalen kriminalistischen Vereinigung besser befriedigt. Die Dehnbarkeit des Strafmaasses ermöglicht, abgesehen von der Todesstrafe, auch ohne besondere Bestimmungen die Berücksichtigung des Alters. Nicht aber die Möglichkeit des Strafersatzes; je weiter wir diesen in unsre Gesetzgebungen einfügen, um so wahrscheinlicher wird das Ziel erreichbar werden, durch Vorbeugungsmaassregeln wenigstens einen Teil der zum Verbrechen neigenden Individuen zu retten aus der „ungeheuren Maschinerie der Strafrechtspflege“, von der Ferri sagt, dass sie „eine zahllose Menschenmasse verschlingt und sie, nachdem sie in ihren Rädern Ehre, sittliches Gefühl und Gesundheit gelassen hat, wieder ausspeit, um gebrandmarkt zu sein und Mitglieder der wachsenden Verbrecherarmee zu werden“.

## Kapitel IV.

**Die Zurechnungsfähigkeit der Taubstummen.**

Der Begriff „Taubstummheit“. — Unterricht der Taubstummen. — Ursachen der Taubstummheit. — Charaktereigenschaften. — Strafgesetzliche Behandlung Taubstummer. — Die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht. — Fehlen der Maassregeln gegen freigesprochene Taubstumme. — Zuziehung und Wahl Sachverständiger.

**§ 58. Ein Taubstummer, welcher die zur Erkenntnis der Strafbarkeit einer von ihm begangenen Handlung erforderliche Einsicht nicht besass, ist freizusprechen.**

Das Strafgesetzbuch hat den Begriff der Taubstummheit weiter zu präzisieren nicht für notwendig gehalten; mit Unrecht, wie sich aus den verschiedenartigen Auffassungen der Kommentatoren ergibt. Olshausen (247) sagt: „Taubstumm ist nicht schon derjenige, welcher des Gehörs und der Sprache beraubt und deshalb „taub und stumm“ ist, sondern nach dem Sprachgebrauche des Lebens nur derjenige, welcher des Gebrauchs jener beiden Sinnesorgane von Geburt an oder wenigstens seit so früher Kindheit beraubt ist, dass dadurch die Entwicklung des Individuums in entscheidender Weise gehemmt ist.“

Diese Unterscheidung ist unrichtig und beruht auf der ungenügenden Kenntnis davon, dass die Stummheit bedingt ist durch die Taubheit, nicht aber als ein der Taubheit parallel gehender Verlust eines „Sinnesorganes“ aufgefasst werden darf. Nun können aber ausserdem die meisten Taubstummen, dank der verbesserten Unterrichtsmethoden, leidlich sprechen lernen, ohne deshalb aus der Zahl der als „taubstumm“ zu Bezeichnenden auszuschneiden, und andererseits besitzt ein grosser Prozentsatz noch mehr oder weniger grosse Hörreste, sodass Bezold nur etwa  $\frac{1}{5}$  aller Taubstummen für doppelseitig Totaltaube erklärt. Die Definition der Taubstummheit bedarf daher der Ausdehnung: „Wer infolge äusserst mangelhaften oder gänzlich fehlenden Gehörs unfähig ist, auf normalem Wege und ohne besonderen Unterricht sprechen zu lernen, ist taubstumm. Auch ist der taubstumm, dem, durch den in jungen Jahren eingetretenen Verlust seines Gehörs, die Möglichkeit geraubt ist, sein auf naturgemässe Weise erlangtes Sprachvermögen sich zu bewahren.“ (Passow.)

Für die forensische Bedeutung des Begriffs Taubstummheit ist nicht so sehr der Verlust der Sprache als der des Gehörs maassgebend, denn der Zweck des § 58 konnte und kann nur der sein, die unzulängliche geistige Entwicklung der Taubstummen strafgesetzlich zu berücksichtigen. Diese wird natürlich durch das Fehlen eines wichtigen Sinnesorgans in hohem Masse beeinträchtigt. Die intellektuelle und ethische Ausbildung der Blinden ist weit leichter möglich als die der Taubstummen, da zur Bildung aller abstrakten Begriffe, zu denen Recht und Unrecht, Eigentum, Pflichten u. s. w. in erster Linie zu rechnen sind, der Weg durchs Ohr viel wichtiger, vor allem auch viel leichter zugänglich ist, als der durchs Auge. Den Blinden schützt vor Begehung von Straftat n ausserdem auch seine körperliche Hilflosigkeit, sodass bei der gleichzeitig vorhandenen

Möglichkeit besserer Ausbildung ein Ausnahmegesetz für ihn überflüssig erscheint.

Anders der Taubstumme. Seine Ausnahmestellung im Strafrecht ist sehr wohl begründet. Während Eltern, Geschwister und die ganze Umgebung auf einen Blinden trotz seiner fehlenden Sehkraft ihre Einwirkung ausüben, sich ohne weiteres mit ihm unterhalten können, bedarf es besonderer Methoden, um dem Taubstummen etwas beizubringen. Von dem Grade, in dem diese Methoden angewandt werden, hängt die geistige Entwicklung ab.

Der nicht unterrichtete Taubstumme ist einem gänzlich Schwachsinnigen gleichzustellen. Wir werden deshalb von vornherein bei der Beurteilung des Intelligenzzustandes den genossenen Unterricht berücksichtigen müssen. Das Glück einer fachmännischen Ausbildung — und nur eine solche kann von ausreichendem Erfolg sein — geniessen nun durchaus nicht alle, die deren bedürfen. Mit Ausnahme von Sachsen-Weimar, Oldenburg und Sachsen-Coburg-Gotha besteht noch kein Schulzwang für taubstumme Kinder; es ist somit von dem guten Willen, dem Verständnis der Eltern, z. T. auch von ihrer pekuniären Lage abhängig, ob sie ihre Kinder den Taubstummenanstalten anvertrauen oder nicht. 1882 schätzte Walther (S. 416) die Zahl der nicht Unterrichteten auf  $\frac{1}{4}$  aller Taubstummen; ob sich seitdem dieses Verhältniss in nennenswertem Grade gebessert hat, ist fraglich. Ferner ist die Schulzeit zu kurz bemessen. Sie beträgt meist nur 6 Jahre. Bedenkt man nun, dass ein grosser Teil dieser Zeit auf die einfache Technik des Absehens der Sprechbewegungen, auf Hör-, Athem- und Sprechübungen verwendet werden muss, so bleibt für die intellektuelle Unterweisung der Kinder nicht viel Zeit übrig, zumal nicht für die Entwicklung abstrakter Vorstellungen. Endlich sind auch die Taubstummenanstalten überlastet, die Zahl der Lehrer unzulänglich, das Schülermaterial nicht sorgfältig genug gesichtet.

Vor allem sollten alle diejenigen von vornherein ausgeschieden werden, deren geistige Veranlagung zu gering ist, um den grossen Anforderungen des Unterrichts folgen zu können, und die dadurch die Ausbildung der andern Schüler nur hemmen. Ihre Zahl ist nicht gering, obgleich auch hier ganz zuverlässige Statistiken noch fehlen. Der Grund zu dieser Erscheinung liegt in den Ursachen der Taubstummheit. Einmal findet sie sich als Ausdruck angeborener Hirndefekte und unzulänglicher Hirnentwicklung; in solchen Fällen sind die Idiotie und die Taubstummheit gleichwertige Symptome der schweren, im fötalen Leben oder bald nach der Geburt entstandenen Störung der Gehirnorganisation. Eine andre Ursache der erworbenen Taubstummheit sind Erkrankungen des Gehirns. Nach Hartmann (S. 14) war bei den Taubgewordenen zu konstatieren, „dass über die Hälfte von denjenigen, welche durch cerebrale Erkrankungen ertaubt waren, eine nur mittlere oder geringe Begabung zeigten, und war es bei zweien (unter wie viel Schülern ist nicht angegeben) sogar zweifelhaft, ob dieselben ausbildungsfähig waren oder nicht.“

Ob Hartmann recht hat, wenn er manche bei Taubstummen besonders häufig zur Beobachtung kommende Charaktereigenschaften, wie Misstrauen,



Egoismus, Jähzorn, Eigenwilligkeit, als anerzogen bezeichnet, nicht als in der Natur des Leidens begründet, kann füglich unentschieden bleiben. Jedenfalls bestehen diese Eigenschaften und werden auch dann, wenn die Schulen sie beseitigt haben, unter den meist für den Taubstummen ungünstigen Verhältnissen der Aussenwelt nach Verlassen der Anstalt bald wieder hervortreten müssen. Es ist deshalb nicht zu billigen, wenn diejenigen Gesetzbücher, die überhaupt den Taubstummen erwähnen, so viel und so ausschliesslich Wert auf die zur Erkenntnis der Strafbarkeit einer Handlung erforderliche Einsicht legen. Dieselben Gegenstände, die bei der Besprechung der Straftaten Jugendlicher geltend gemacht worden sind (S. 52), bestehen auch hier.

Leider lässt uns die Reichsstatistik ganz im Stich, wenn wir uns über den Umfang und die Form der Straftaten und die Häufigkeit der Freisprechungen auf Grund des § 58 informieren wollen, sodass wir über die Kriminalität Taubstummer gar nichts wissen. Diese Grundlage ist aber unentbehrlich zur Beurteilung der weiteren wichtigen Frage, ob die Bestimmungen des § 58 den heutigen Anforderungen genügen, oder ob eine Milderung der Strafen principiell angezeigt ist oder nur dann, wenn neben der Taubstummheit trotz sorgfältigen Unterrichts ein Zurückbleiben der geistigen Entwicklung festzustellen ist. Noch 1878 konnte Lunier (S. 446) mit Recht sagen: „on doit présumer l'irresponsabilité des sourds-muets“. Das gilt im vollsten Umfange auch heute noch für den nicht oder mangelhaft unterrichteten Taubstummen. Inzwischen aber sind die Unterrichtsmethoden ausserordentlich vervollkommen worden, die Unterrichtsgelegenheiten besser und leichter erreichbar. Damit wächst die Zahl derjenigen, die sich dem normalen Menschen nähern, ihn vielleicht erreichen, und sie wird noch weiter wachsen.

So weit aber werden wir wohl nie kommen, dass wir die Ansicht Walthers (2, S. 375) unterschreiben können: „In einer Taubstummenanstalt gebildete Taubstumme werden schwerlich Anspruch auf den Schutz des § 58 machen können“. Dieser Satz ist in negativer Fassung richtig: der nicht gebildete Taubstumme ist unter allen Umständen als unzurechnungsfähig zu betrachten. Der Unterrichtete ist nach Maassgabe des genossenen Unterrichtes und dessen Wirkung zu beurteilen, verdiente aber wohl meist doch noch eine mildere Auffassung seiner Handlungen.

Von dieser Ansicht, die dem heutigen Standpunkt der Ohrenheilkunde und des Taubstummenunterrichts entspricht, ist noch wenig in die Gesetzgebung eingedrungen. Oesterreich, Frankreich, Spanien, Portugal, England und Irland, Schottland, Türkei und die Niederlande nehmen überhaupt keine Rücksicht auf den schweren Bildungsmangel. Schweden, der norwegische Strafgesetzentwurf und Bulgarien ermöglichen, wenn auch etwas gezwungen, die Taubstummen milder oder gar nicht zu bestrafen. Der Vorentwurf des schweizerischen Strafgesetzbuches verlangt (Art. 12) bei Zweifeln an dem Geisteszustande eines Taubstummen die Untersuchung durch einen Sachverständigen; was aber dann geschehen soll, ist nicht besonders erwähnt. Ungarn, Belgien und Italien haben eine ganz der deutschen

Fassung entsprechende Bestimmung, während Russland (Art. 98) die Zurechnungsunfähigkeit bei „nicht erfolgter moralischer Erziehung“ annimmt. Auch diese Fassung ist insofern recht unglücklich, als nicht ohne weiteres klar ist, woran die nicht erfolgte moralische Erziehung erkannt werden soll; bei völligem Mangel an Unterricht kann ja kein Zweifel aufkommen. Von welchem Punkte an aber ist die moralische Erziehung erfolgt?

Alle Gesetze, abgesehen von dem belgischen und italienischen, begnügen sich, den Taubstummen, wenn sie überhaupt seine Ausnahmestellung anerkennen, einfach bei nicht genügender Verstandesentwicklung freizusprechen. In Italien wird gegen einen Taubstummen, der zur Zeit der That das vierzehnte Lebensjahr nicht vollendet hat, nicht eingeschritten; ebenso unterliegt er keiner Strafe, wenn bei höherem Alter das Unterscheidungsvermögen nicht vorhanden war. Im andern Falle stellt das Gesetz ihn vom 14.—18. Jahre dem Kinde vom 9.—14., vom 18.—21. dem Heranwachsenden vom 14.—18., endlich den Taubstummen nach vollendetem 21. Lebensjahr dem Manne vom 18.—21. Jahre gleich. D. h. auch der anscheinend intelligente und wohlausgebildete Taubstumme wird als ein dauernd unter dem Durchschnitt bleibendes Individuum angesehen, die Strafe dementsprechend, je nach der Altersstufe, in höherem oder geringerem Grade gemildert; bei der letzten Stufe z. B. wird statt lebenslänglichen Kerkers auf Einschliessung von 25—30 Jahren erkannt, die sonstigen Strafen um ein Sechstel ermässigt.

Diese Fassung scheint mir von allen am meisten den wirklichen Verhältnissen zu entsprechen, jedenfalls weit mehr wie die des deutschen Gesetzes, das bei dem Fehlen allgemeiner und für den Taubstummen allein geltender mildernder Umstände gelegentlich dazu zwingen kann, einen Taubstummen wegen Mordes zum Tode zu verurteilen, wenn derselbe nur soviel Intelligenz besass, um die Strafbarkeit dieser Handlung einzusehen. Soweit es gesetzlich zulässig und möglich, wird wohl das Leiden immer benutzt werden, um mildernde Umstände anzunehmen.

Ebenso ist die gesetzlich vorgesehene Möglichkeit der Unterbringung eines wegen seines Leidens freigesprochenen Taubstummen in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt in Italien ein Vorzug gegenüber unserer Gesetzgebung. Die Unschädlichmachung solcher Kranken — am besten allerdings wohl durch den Versuch, die unterlassene oder nicht genügende Ausbildung nachzuholen — ist zu selbstverständlich, um noch einer Begründung zu bedürfen; es ist aber leider verabsäumt worden, durch zweckmässige Bestimmungen der Gemeingefährlichkeit freigesprochener Taubstummer Rechnung zu tragen. Die Resolution des Reichstages, eine solche Maassregel beim Bundesrate zu erwirken (vergl. S. 44), blieb ohne Ergebnis.

Die Feststellung, ob ein Taubstummer die zur Erkenntnis der Strafbarkeit einer Handlung erforderliche Einsicht gehabt hat, muss in jedem Falle durch den Richter erfolgen; sie ist die unerlässliche Voraussetzung der Verurteilung. Eine darauf bezügliche Nebenfrage ist den Geschworenen (St.P.O.

§ 298) ausdrücklich vorzulegen. Wohl in den meisten Fällen wird der Richter den Sachverständigen nicht entbehren können, da die Unterredung mit einem nicht besonders weit im Sprechen ausgebildeten Taubstummen grosse Schwierigkeiten macht, und Missverständnisse beiderseits nur allzu leicht vorkommen. Es wäre aber verkehrt, auch die Beurteilung des Geisteszustandes eines Angeklagten ausschliesslich dem Taubstummenlehrer anzuvertrauen. Zum Urteil über die forensische Tragweite einer fehlenden oder unvollkommenen geistigen Entwicklung gehört doch mehr psychiatrisches Wissen, wie die Schulung des Taubstummenlehrers mit sich bringt; ein Vorwurf soll damit diesem Stande natürlich nicht gemacht werden. Neben dem Lehrer, der sozusagen als Dolmetscher zu dienen hätte, würde wohl die Zuziehung des ärztlichen Beraters recht oft, vielleicht sogar regelmässig, angezeigt sein, sowohl um festzustellen, ob nicht die Taubstummheit mit einer organischen Veränderung des Gehirns in Zusammenhang steht, als auch um über den Grad der bestehenden psychischen Abnormität zu urteilen. Nicht verhehlen aber darf ich, dass die Aerzte und zwar auch die Ohrenärzte, wie die Durchsicht der Fachliteratur erkennen lässt, sich bis vor kurzem mehr um die Krankheit als um die Kranken gekümmert haben. Die wichtigen Fragen nach der psychischen Persönlichkeit Taubstummer, sowie nach der sozialen und forensischen Bedeutung ihres Sinnesmangels harren noch grösstenteils der wissenschaftlichen Erforschung.

---



Zusammenstellung  
der  
Bestimmungen über die Zurechnungsfähigkeit  
in den  
Strafgesetzbüchern Europas.

---

Anmerkung: Soweit möglich habe ich die Originale bzw. Uebersetzungen der Gesetzbücher benutzt; dementsprechend sind die Gesetze Belgiens, Bulgariens, Dänemarks (nur bezüglich der Zurechnungsfähigkeit Geisteskranker), Deutschlands, Finnlands, Frankreichs, Italiens, der Niederlande, Norwegens, Oesterreichs, Russlands, der Schweiz, Spaniens und Ungarns dem Wortlaute nach wiedergegeben. Die Bestimmungen der Länder: England und Irland, Portugal, Schottland, Schweden und Türkei sind entnommen aus: Die Strafgesetzgebung der Gegenwart in rechtsvergleichender Darstellung. Band I. Das Strafrecht der Staaten Europas. (Berlin 1894, Otto Liebmann.)

Das Fehlen der Angaben über das Jahr der Gesetzgebung bei England und Irland, sowie bei Schottland erklärt sich durch die Uneinheitlichkeit der Gesetzgebung.

Statt der zahlreichen Strafgesetzbücher der Schweizerischen Kantone wurde der Vorentwurf, statt des Norwegischen Strafgesetzbuchs der Entwurf des neuen vom Jahre 1896 gewählt, um diese auf moderneren Anschauungen gegründeten Gesetzbücher mit in die Betrachtung ziehen zu können.

Strafgesetzbuch	Zurechnungsfähigkeit Geisteskranker	Verminderte Zurechnungs- fähigkeit	Strafunmündigkeit
Strafgesetzbuch für das <b>Königreich Belgien</b> . (Code pénal 1867).	<b>Art. 71.</b> Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn der Angeklagte oder Angeschuldigte sich zur Zeit der Begehung der Handlung in einem Zustande von Geisteskrankheit (démence) befand.	—	—
Das <b>Bulgari- sche Straf- gesetz</b> vom 2. Februar 1896.	<b>Art. 41.</b> Eine Handlung wird zur Schuld nicht zugerechnet, wenn sie von einer Person begangen ist, die zu jener Zeit ihr Wesen und ihre Bedeutung zuerkennen, oder wegen Hemmung in der Ausbildung, Verwirrung der Geisteskräfte oder Bewusstlosigkeit ihr Thun zu beherrschen nicht im Stande war.  In solchen Fällen stellt das Gericht, wenn es dies unumgänglich erachtet, entweder eine solche Person unter verantwortliche Aufsicht ihrer Verwandten oder derer, die für sie zu sorgen wünschen sollten, oder versorgt sie in einer Anstalt bis zur Genesung.	—	<b>Art. 42.</b> Eine Handlung wird zur Schuld nicht zugerechnet, wenn sie von einer Person im Alter von nicht vollen zehn Jahren begangen ist, oder von einer Person im Alter von nicht vollen siebzehn Jahren, falls letztere ohne Unterscheidungsvermögen gehandelt hat.  In diesen Fällen werden solche Personen entweder unter verantwortliche Aufsicht der Eltern, Vormünder oder derjenigen gestellt, die für sie zu sorgen wünschen sollten, oder aber in einer Erziehungsanstalt untergebracht.

Relative Strafmündigkeit	Zurechnungsfähigkeit Taubstummer	Zurechnungsfähigkeit bei Trunkenheit
<p><b>Art. 72.</b> Ein Angeschuldigter oder Angeklagter, der das sechszehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, ist freizusprechen, wenn sich herausstellt, dass er ohne Unterscheidungsvermögen gehandelt hat.</p> <p>Er kann unter Aufsicht der Behörde gestellt werden für eine Zeit, die das vollendete einundzwanzigste Lebensjahr nicht überschreiten darf.</p> <p>In diesem Falle wird er in besondere Erziehungs- oder Verwahrungsanstalt untergebracht. Die Behörde kann ihn den Eltern wieder zurückschicken, wenn er in der Folgezeit hinlängliche Garantien seiner Moralität darbietet.</p> <p><b>Art. 73.</b> Wenn sich herausstellt, dass er mit Unterscheidungsvermögen gehandelt hat, sind folgende Strafen zu verhängen:</p> <p>Statt der Todesstrafe, statt Zwangsarbeit oder Einsperrung auf Lebenszeit wird er zu Gefängnis von zehn bis zu zwanzig Jahren verurteilt.</p> <p>Statt Zwangsarbeit auf bestimmte Zeit oder aussergewöhnliche Einsperrung wird er zu Gefängnis von fünf bis zu zehn Jahren verurteilt.</p> <p>Statt Zuchthaus oder gewöhnlicher Einsperrung wird er zu Gefängnis von einem bis zu fünf Jahren verurteilt.</p> <p><b>Art. 74.</b> Wenn der Thäter in einem Alter von weniger als dem vollendeten sechzehnten Jahr mit Unterscheidungsvermögen eine strafbare Handlung begangen hat, so darf seine Strafe nicht die Hälfte von der übersteigen, zu welcher er nach vollendetem sechzehnten Lebensjahre verurteilt worden wäre.</p> <p><b>Art. 75.</b> In keinem Falle darf der Angeklagte oder Angeschuldigte, der das sechzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, zur Stellung unter Polizeiaufsicht oder Aberkennung der im Art. 31 aufgezählten Rechte verurteilt werden.</p>	<p><b>Art. 76.</b> Wenn ein Taubstummer nach vollendetem sechzehnten Lebensjahr ein Vergehen oder Verbrechen begangen hat, so ist er freizusprechen, wenn sich herausstellt, dass er ohne Unterscheidungsvermögen gehandelt hat.</p> <p>Er kann dann in eine vom Gesetz bestimmte Anstalt gebracht werden, um dort verwahrt und unterrichtet zu werden auf eine Reihe von Jahren, die aber fünf Jahre nicht überschreiten darf.</p> <p>Wenn sich herausstellt, dass er mit Unterscheidungsvermögen gehandelt hat, werden die Strafen entsprechend den Art. 73, 74 und 75 dieses Gesetzes bestimmt.</p>	—
<p><b>Art. 57.</b> Für unmündige Personen von zehn bis zu siebzehn Jahren, die mit Unterscheidungsvermögen gehandelt haben, werden die Strafen folgendermassen ersetzt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Todesstrafe und lebenslängliche Zuchthausstrafe durch zeitiges Zuchthaus von fünf bis zu zehn Jahren.</li> <li>2. Zuchthausstrafe von zehn Jahren und mehr durch Zuchthaus von ein bis zu fünf Jahren;</li> <li>3. Zuchthausstrafe von nicht mehr als zehn und nicht weniger als fünf Jahren durch Gefängnis bis zu zwei Jahre;</li> <li>4. Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren durch Gefängnis bis zu einem Jahre;</li> <li>5. Gefängnisstrafe durch Haft oder Unterbringung in einer Erziehungsanstalt; Haft oder Geldstrafe durch einen Verweis seitens des Gerichtes oder Unterbringung in einer Erziehungsanstalt;</li> <li>6. Entziehung von Rechten ist gegenüber Unmündigen unzulässig, ebenso Bestrafung nach Art. 66.</li> <li>7. Anhaltung unmündiger Personen in einer Erziehungsanstalt ist nur bis zu einundzwanzig Jahren zulässig.</li> </ol> <p><b>Art. 58.</b> Für mündige Verbrecher von siebzehn bis zu einundzwanzig Jahren tritt folgender Strafersatz ein:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Todesstrafe durch fünfzehnjähriges Zuchthaus;</li> <li>2. lebenslängliche Zuchthausstrafe durch Zuchthaus von mindestens fünf Jahren;</li> <li>3. alle anderen Strafzeiten werden um ein Drittel gekürzt;</li> <li>4. Entziehung von Rechten tritt nur in den Fällen ein, wo die Hauptstrafe fünf Jahre übersteigt.</li> </ol>	—	—



Strafgesetzbuch	Zurechnungsfähigkeit Geisteskranker	Verminderte Zurechnungs- fähigkeit	Strafunmündigkeit
<p>Strafgesetzbuch für das <b>Königreich Dänemark</b>. (Danske lov 1863.)</p>	<p>§ 38. Straßlos sind jene Handlungen, die von wahnsinnigen Personen begangen worden sind, oder von solchen, deren Verstand entweder so mangelhaft entwickelt oder so geschwächt und gestört ist, dass man nicht annehmen kann, dass sie sich der Strafbarkeit der That bewusst sind, oder von solchen, denen im Augenblicke der That das Bewusstsein fehlte.</p> <p>In solchen Fällen kann im Urtheil bestimmt werden, dass gegen den Thäter Sicherheitsmaassregeln getroffen werden müssen, die jedoch durch die Obrigkeit wieder aufgehoben werden können, wenn sie nach eingeholtem ärztlichen Ausspruch nicht mehr notwendig sind.</p>	<p>§ 39. Eine geringere Strafe als die gesetzlich bestimmte muss gegen Schwachsinnige oder andere Personen angewendet werden, die, wenn ihnen auch das Bewusstsein nicht ganz fehlt, doch durch besondere Zustände, die auf die Freiheit des Willens einen Einfluss haben, als im Augenblicke der That nicht im Besitz der vollständigen Zurechnungsfähigkeit befindlich betrachtet werden können, wie es bei erwachsenen geistig normalen Menschen der Fall ist.</p>	<p>Bis zum vollendeten zehnten Lebensjahre wird das Kind nicht bestraft.</p>
<p><b>Deutsches Strafgesetzbuch</b> vom 1. Jan. 1872.</p>	<p>§ 51. Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn der Thäter zur Zeit der Begehung der Handlung sich in einem Zustande von Bewusstlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befand, durch welchen seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war.</p>	<p>—</p>	<p>§ 55. Wer bei Begehung der Handlung das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, kann wegen derselben nicht strafrechtlich verfolgt werden.</p> <p>Gegen denselben können jedoch nach Maassgabe der landesgesetzlichen Vorschriften die zur Besserung und Beaufsichtigung geeigneten Maassregeln getroffen werden. Die Unterbringung in eine Familie, Erziehungs- oder Besserungsanstalt kann nur erfolgen, nachdem durch Beschluss des Vormundschaftsgerichts die Begehung der Handlung festgestellt und die Unterbringung für zulässig erklärt ist.</p>

Relative Strafunmündigkeit	Zurechnungsfähigkeit Taubstummer	Zurechnungsfähigkeit bei Trunkenheit
<p>Nach vollendetem zehnten Lebensjahr ist ein Kind strafbar, wenn man nach der Beschaffenheit des Verbrechens oder nach seiner Verstandesentwicklung und Erziehung annehmen muss, dass es die Strafbarkeit seiner Handlung eingesehen hat, und das Verbrechen nicht ganz unbedeutend ist (§ 36).</p> <p>Nach vollendetem fünfzehnten Lebensjahr ist das Kind immer strafbar, nur findet, im Gegensatze zum älteren Rechte, bei Verbrechen, die vor vollendetem achtzehnten Lebensjahr begangen sind, eine Herabsetzung bis zur Hälfte der sonst gesetzlichen Strafe statt (§ 37).</p>	<p>—</p>	<p>—</p>
<p>§ 56. Ein Angeschuldigter, welcher zu einer Zeit, als er das zwölfte, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte, eine strafbare Handlung begangen hat, ist freizusprechen, wenn er bei Begehung derselben die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht nicht besass.</p> <p>In dem Urtheile ist zu bestimmen, ob der Angeschuldigte seiner Familie überwiesen oder in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt gebracht werden soll. In der Anstalt ist er so lange zu behalten, als die der Anstalt vorgesetzte Verwaltungsbehörde solches für erforderlich erachtet, jedoch nicht über das vollendete zwanzigste Lebensjahr.</p> <p>§ 57. Wenn ein Angeschuldigter, welcher zu einer Zeit, als er das zwölfte, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte, eine strafbare Handlung begangen hat, bei Begehung derselben die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besass, so kommen gegen ihn folgende Bestimmungen zur Anwendung:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ist die Handlung mit dem Tode oder mit lebenslänglichem Zuchthause bedroht, so ist auf Gefängnis von drei bis fünfzehn Jahren zu erkennen;</li> <li>2. ist die Handlung mit lebenslänglicher Festungshaft bedroht, so ist auf Festungshaft von drei- bis fünfzehn Jahren zu erkennen;</li> <li>3. ist die Handlung mit Zuchthaus oder einer anderen Strafart bedroht, so ist die Strafe zwischen dem gesetzlichen Mindestbetrage der angedrohten Strafart und der Hälfte des Höchstbetrages der angedrohten Strafe zu bestimmen.</li> </ol> <p>Ist die so bestimmte Strafe Zuchthaus, so tritt Gefängnisstrafe von gleicher Dauer an ihre Stelle;</p>	<p>§ 58. Ein Taubstummer, welcher die zur Erkenntnis der Strafbarkeit einer von ihm begangenen Handlung erforderliche Einsicht nicht besass, ist freizusprechen.</p>	<p>—</p>

Strafgesetzbuch	Zurechnungsfähigkeit Geisteskranker	Verminderte Zurechnungsfähigkeit	Strafmündigkeit
Strafgesetzbuch für England u. Irland.	Nicht strafbar ist, wer infolge von Geisteschwäche oder Geisteskrankheit nicht fähig ist, die wahre Natur der That zu erkennen oder zu wissen, dass die That wider das Strafrecht oder das Sittengesetz verstösst, oder freie Willensbestimmung auszuüben (Art. 27). Der Thäter wird in einem der besonders für geistesranke Verbrecher eingerichteten Irrenhäuser untergebracht.	—	Kinder werden bis zum vollendeten siebenten Lebensjahr nicht bestraft.
Das Strafgesetz für das Grossfürstenthum <b>Finnland</b> vom 19. Dez. 1889.	<p><b>Kapitel 3. § 3.</b> Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn sie von demjenigen begangen wird, der geisteskrank ist, oder aus Altersschwäche oder einer andern ähnlichen Ursache den Gebrauch des Verstandes verloren hat.</p> <p>Befindet sich Jemand in einer solchen zufälligen Geistesverwirrung, dass er seiner nicht bewusst ist, so ist auch die Handlung, die er in diesem bewussten Zustande verübt, nicht strafbar.</p>	<p><b>Kapitel 3. § 4.</b> Wenn demjenigen, der ein Verbrechen begangen, bei der Begehung der volle Gebrauch des Verstandes mangelte, obgleich er nicht nach § 3 für unzurechnungsfähig angesehen werden kann, so ist auf eine Strafe in allgemeiner Strafart nach Maassgabe des § 2 zu erkennen.</p> <p>In diesem Fall darf ein Rausch oder eine ähnliche vom Thäter selbst verschuldete Geistesverwirrung nicht allein als Grund zu solcher Strafminderung gelten.</p>	<p><b>Kapitel 3. § 1.</b> Eine sonst strafbare Handlung bleibt straflos, wenn sie von einem Kinde, bevor es das fünfzehnte Lebensjahr vollendet hat, begangen wird; doch kann das Gericht nach Umständen verordnen, dass ein Kind, welches das siebente Lebensjahr vollendet hat, in einer öffentlichen Erziehungsanstalt untergebracht, oder von den Eltern oder von einem andern, in dessen Obhut und Gehorsam dasselbe steht, zu Hause erweislich gezüchtigt werden soll. Eine Züchtigung darf an demjenigen nicht vollzogen werden, der, nachdem das Urteil rechtskräftig geworden, das sechzehnte Lebensjahr vollendet hat.</p> <p>Unterlassen die Eltern od. ein anderer, in dessen Obhut und Gehorsam das Kind steht, an demselben die vorgeschriebene Züchtigung zu vollstrecken, so hat die vollziehende Behörde dafür Sorge zu tragen.</p> <p>Der in eine Erziehungsanstalt Untergebrachte ist der Obhut derselben solange unterworfen, als die der Anstalt vorgesetzte Behörde solches für ihn erforderlich erachtet; jedoch nicht über das vollendete achtzehnte Lebensjahr, oder, mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters, bis zum vollendeten zwanzigsten Lebensjahr.</p>



Relative Strafunmündigkeit	Zurechnungsfähigkeit Taubstummer	Zurechnungsfähigkeit bei Trunkenheit
<p>4. ist die Handlung ein Vergehen oder eine Uebertretung, so kann in besonders leichten Fällen auf Verweis erkannt werden;</p> <p>5. Auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte überhaupt oder einzelner bürgerlicher Ehrenrechte, sowie auf Zulässigkeit unter Polizeiaufsicht ist nicht zu erkennen. Die Freiheitsstrafe ist in besonderen, zur Verbüssung von Strafen jugendlicher Personen bestimmten Anstalten oder Räumen zu vollziehen.</p>		
<p>Bei Kindern vom vollendeten siebenten bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre muss zur Bestrafung der Nachweis erbracht werden, dass sie die erforderliche geistige Reife hatten, um Recht und Unrecht unterscheiden zu können.</p>	—	Trunkenheit ist kein Entschuldigungsgrund.
<p><b>Kapitel 3. § 2.</b> Wird ein Verbrechen von demjenigen, der das fünfzehnte aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, begangen, so ist, wenn das Verbrechen mit dem Tode oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht ist, auf Zuchthaus von zwei bis zu zwölf Jahren zu erkennen.</p> <p>In den übrigen Fällen beträgt die Strafe in allgemeiner Strafart höchstens dreiviertel der strengsten, in jeder Strafart für das Verbrechen angedrohten Strafe und nicht weniger als den Mindestbetrag, auf den in jeder dieser Strafarten gemäss Kapitel 2 erkannt werden darf. Ist das Verbrechen mit keiner anderen Strafe in allgemeiner Strafart als zeitigem Zuchthaus bedroht, so kann auch auf Gefängnis bis zu dreiviertel des Höchstbetrages dieser Zuchthausstrafe, jedoch nicht über vier Jahre, und mindestens auf den im genannten Kapitel für Gefängnis gestatteten Mindestbetrag erkannt werden.</p> <p>Anstatt des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte wird, wenn der Verurteilte das achtzehnte Lebensjahr nicht vollendet hat, auf eine zeitige, höchstens dreijährige Unfähigkeit, Zeuge zu sein, erkannt.</p>	—	Vergl. Spalte 3.

Strafgesetzbuch	Zurechnungsfähigkeit Geisteskranker	Verminderte Zurechnungs- fähigkeit	Strafunmündigkeit
<b>Französisches Strafgesetzbuch</b> (Code pénal 1810).	<b>Art. 64.</b> Ein Verbrechen oder ein Vergehen ist nicht vorhanden, wenn sich der Thäter zur Zeit der Begehung der strafbaren Handlung in einem Zustand von Geisteskrankheit (démence) befand.	—	—
<b>Strafgesetzbuch für das Königreich Italien.</b> (Nuovo codice penale del regno d'Italia. 30. Juni 1889.)	<b>§ 46.</b> Nicht strafbar ist derjenige, welcher im Augenblick der Begehung der That in einem solchen Zustand von Geisteskrankheit sich befand, dass ihm das Bewusstsein oder die Freiheit seiner Handlungen benommen war. Der Richter ordnet nichtsdestoweniger, falls er die Freilassung des freigesprochenen Beschuldigten für gefährlich crachtet, die Ueberweisung desselben an die für die gesetzlichen Vorkehrungen zuständige Behörde an.	<b>§ 47.</b> Ist der im vorausgehenden Artikel angegebene Geisteszustand ein solcher, dass die Zurechnungsfähigkeit, ohne ausgeschlossen zu werden, erheblich geschmälert ist, so wird die für die begangene Strafthat festgesetzte Strafe nach folgenden Bestimmungen ermässigt: 1. an die Stelle des Kerkers tritt Einschliessung nicht unter sechs Jahren. 2. an die Stelle der dauernden Untersagung der Bekleidung öffentlicher Aemter	<b>§ 53.</b> Es wird gegen denjenigen nicht eingeschritten, welcher zur Zeit der Begehung der That das neunte Lebensjahr nicht vollendet hatte. Nichtsdestoweniger kann, falls die That vom Gesetz als ein Vergehen vorgesehen ist, welches den Kerker oder die Einschliessung oder die Gefängnisstrafe nicht unter einem Jahr nach sich zieht, der Präsident des Civilgerichtshofes auf Antrag des öffentlichen Ministeriums durch eine widerrufliche Verfügung anordnen, dass der Minderjährige in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt auf eine Zeit gebracht werde, welche das Grossjährigkeitsalter nicht überschreitet, oder den Eltern oder denjenigen, welche die Pflicht haben, für die Erziehung der Minderjährigen zu sorgen, aufgeben, über die Führung desselben zu wachen, bei einer Geldstrafe bis zu zweitausend Lire für den Fall eines Ungehorsams, oder dass der Minderjährige ein Vergehen irgend welcher Art begeht.

Relative Strafunmündigkeit	Zurechnungsfähigkeit Taubstummer	Zurechnungsfähigkeit bei Trunkenheit
<p><b>Art. 66.</b> Hat der Angeklagte das sechszehnte Lebensjahr noch nicht vollendet und ist festgestellt, dass er ohne Unterscheidungsvermögen gehandelt hat, so ist er freizusprechen; je nach den Umständen ist er den Eltern zu übergeben oder in einer Besserungsanstalt unterzubringen, um dort erzogen und so viel Jahre festgehalten zu werden, als das Urteil bestimmt, keinesfalls aber über das vollendete zwanzigste Jahr hinaus.</p> <p><b>Art. 67.</b> Wenn er mit Unterscheidungsvermögen gehandelt hat, werden folgende Strafen verhängt: Statt der Todesstrafe. statt Zwangsarbeit auf Lebenszeit oder Deportation wird er zur Einsperrung in eine Besserungsanstalt auf zehn bis zwanzig Jahre verurteilt. Statt zeitlicher Zwangsarbeit oder Zuchthaus wird er zur Einsperrung in eine Besserungsanstalt für eine Zeit verurteilt, die wenigstens dem dritten Teil, höchstens der Hälfte der Zeitdauer entspricht, zu der er hätte verurteilt werden können. Auf jeden Fall kann er durch Verfügung oder Urteil unter die Ueberwachung der hohen Polizei gestellt werden, auf mindestens fünf und höchstens zehn Jahre. Statt Pranger oder Verbannung wird er zur Einsperrung auf ein bis zu fünf Jahren in einer Besserungsanstalt verurteilt.</p> <p><b>Art. 69.</b> Im Falle einer Haftstrafe wird dieselbe passend festgesetzt, vorausgesetzt, dass sie unter der Hälfte derjenigen bleibt, die den Schuldigen getroffen haben würde, wenn er mehr als sechzehn Jahre alt wäre.</p>	—	—

**§ 54.** Derjenige, welcher zur Zeit der Begehung der That das neunte, aber noch nicht das vierzehnte Lebensjahr vollendet hatte, unterliegt, falls sich nicht ergibt, dass er mit Unterscheidungsvermögen gehandelt hat, keiner Bestrafung.

Nichtsdestoweniger kann der Richter, falls die That, von dem Gesetz als ein Vergehen vorgesehen ist, welches den Kerker oder die Einschliessung, oder die Gefängnisstrafe nicht unter einem Jahre nach sich zieht, die eine oder die andere der im Absatz des vorausgehenden Artikels angegebenen Anordnungen treffen.

Ergibt sich, dass derselbe mit Unterscheidungsvermögen gehandelt hat, so wird die für die begangene Strafthat festgesetzte Strafe nach folgenden Bestimmungen ermässigt:

1. An Stelle des Kerkers tritt Einschliessung von sechs bis zu fünfzehn Jahren.

2. Die anderen Strafen kommen mit den in No. 3 u. 4 des § 47 angegebenen Ermässigungen zur Anwendung.

Ist die Strafe eine auch an die Stelle der Geldstrafe gesetzte Freiheitsstrafe, so verbüsst der Thäter, welcher zur Zeit der Verurteilung das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, die Strafe in einer Besserungsanstalt.

Die Untersagung zur Bekleidung öffentlicher Aemter und die Stellung unter Polizeiaufsicht kommen nicht zur Anwendung.

**§ 55.** Derjenige, welcher zur Zeit der Begehung der That das vierzehnte, aber noch nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte, wird nach folgenden Bestimmungen bestraft:

1. An Stelle des Kerkers tritt Einschliessung von zwölf bis zu zwanzig Jahren.

2. Handelt es sich um eine zeitige Strafe, welche zwölf Jahre überschreitet, so kommt dieselbe für eine Dauer von drei bis sechs Jahren zur An-

**§ 57.** Es wird nicht eingeschritten gegen einen Taubstummen, welcher zur Zeit der Begehung der That das vierzehnte Lebensjahr nicht vollendet hat, es kann aber die im Absatz des § 53 (vgl. Sp. 4) enthaltene Bestimmung zur Anwendung gebracht und gleichzeitig angeordnet werden, dass derselbe bis zum vierundzwanzigsten Lebensjahr in einer Erziehungs- und Besserungsanstalt verbleibt.

**Art. 58.** Der Taubstumme, welcher zur Zeit der Begehung der That das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, unterliegt keiner Strafe, falls sich nicht ergibt, dass er mit Unterscheidungsvermögen gehandelt hat. Nichtsdestoweniger kann, falls die That vom Gesetz als ein Vergehen vorgesehen ist, welches den Kerker oder die Einschliessung, oder die Gefängnisstrafe nicht unter einem Jahre nach sich zieht, der Richter, wenn der Taubstumme das vierundzwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet hat, gegen denselben die im Absatz des § 53 enthaltenen Bestimmungen zur Anwendung bringen und gleich-

**§ 48.** Die im ersten Teil der § 46 u. 47 (vergl. Sp. 2 u. 3) enthaltenen Bestimmungen kommen auch gegen denjenigen zur Anwendung, welcher sich zur Zeit der Begehung der That in Folge zufälliger Trunkenheit in dem in den erwähnten Paragraphen vorgesehenen Zustand befand.

Handelt es sich um selbstverschuldete Trunkenheit, so tritt

1. im Falle des § 46 an Stelle des Kerkers Einschliessung von einem bis zu acht und von drei bis zu zwölf Jahren, wenn die Trunkenheit eine gewohnheitsmässige ist; an Stelle der dauernden Untersagung der Bekleidung öffentlicher Aemter tritt die zeitige; die übrigen Strafen kommen zu einem geringeren Betrage als ein Sechstel; ist die Trunkenheit eine ge-



Strafgesetzbuch	Zurechnungsfähigkeit Geisteskranker	Verminderte Zurechnungs- fähigkeit	Strafunmündigkeit
		<p>tritt zeitige Untersagung; 3. handelt es sich um eine zeitige Strafe, welche zwölf Jahre überschreitet, so kommt dieselbe für die Dauer von drei bis zu zehn Jahren zur Anwendung; überschreitet dieselbe sechs, aber nicht zwölf Jahre, so kommt sie für eine Dauer von einem bis zu fünf Jahren und in den übrigen Fällen für eine geringere Dauer als die Hälfte der sonst anzuwendenden Strafe zur Anwendung; 4. die Geldstrafe wird auf die Hälfte herabgesetzt. Ist die Strafe eine Freiheitsstrafe, so kann der Richter anordnen, dass dieselbe so lange in einer Aufsichtsanstalt verbüßt wird, als die zuständige Behörde die Maassregel nicht widerruft; in diesem Falle wird der Rest der Strafe in der gewöhnlichen Weise vollstreckt.</p>	
<p><b>Niederländisches Strafgesetzbuch.</b> (Wetboek van Strafrecht. 1. Sept. 1886.)</p>	<p><b>Art. 37.</b> Nicht strafbar ist derjenige, der eine Handlung begeht, die ihm wegen mangelhafter Entwicklung oder krankhafter Störung seiner Geistesthätigkeit nicht zugerechnet werden kann. Wird ihm eine That wegen mangelhafter Entwicklung oder krankhafter Störung seiner Geistesthätigkeit nicht zugerechnet, so kann der Richter bestimmen, dass er in einer Irrenanstalt untergebracht wird während einer Beobachtungszeit, die die Zeitdauer eines Jahres nicht überschreiten darf.</p>	<p>—</p>	<p><b>Art. 38.</b> Ein Kind wird strafrechtlich wegen einer That nicht verfolgt, die es vor dem vollendeten zehnten Lebensjahr beging. Gehört die begangene That zu denjenigen Vergehen, auf die Gefängnisstrafe steht, und die nicht nur auf Antrag verfolgbar sind, oder zu der im Art. 432 erwähnten Uebertretung (Fahrlässigkeit mit Feuer), so kann der Civilrichter auf Verlangen der Staatsanwaltschaft anordnen, dass das Kind in einer staatlichen Erziehungsanstalt untergebracht wird, aber höchstens bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. Derselbe Richter kann jederzeit die Entlassung anordnen.</p>

Relative Strafunmündigkeit	Zurechnungsfähigkeit Taubstummer	Zurechnungsfähigkeit bei Trunkenheit
<p>wendung; überschreitet dieselbe aber nicht zwölf Jahre, so kommt sie für eine Dauer von drei bis sechs Jahren zur Anwendung, in den übrigen Fällen wird die Strafe auf die Hälfte herabgesetzt.</p> <p>3. Die Geldstrafe wird um ein Drittel ermässigt.</p> <p>Hat der Thäter zur Zeit der Verurteilung das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet, so kann der Richter anordnen, dass die Freiheitsstrafe in einer Besserungsanstalt verbüsst wird; die Untersagung der öffentlichen Aemter und die Stellung unter Polizeiaufsicht kommt nicht zur Anwendung.</p> <p>§ 56. Derjenige, welcher zur Zeit der Begehung der That das achtzehnte aber noch nicht das einundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat, unterliegt der Einschliessung auf fünfundzwanzig bis dreissig Jahre, wenn die für die begangene Straftat festgesetzte Strafe der Kerker ist, und in den andern Fällen der für die begangene Straftat festgesetzten um ein Sechstel zu ermässigen Strafe.</p> <p>dung; hatte derselbe das achtzehnte aber noch nicht das einundzwanzigste Lebensjahr vollendet, so kommen die Bestimmungen des § 55, und hatte er das einundzwanzigste Lebensjahr vollendet, die des § 56 zur Anwendung.</p>	<p>zeitig anordnen, dass er bis zum vierundzwanzigsten Lebensjahre in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt verbleibt. Hat derselbe das vierundzwanzigste Lebensjahr vollendet, so kann der Richter die Ueberweisung desselben an die für die gesetzlichen Vorkehrungen zuständige Behörde anordnen.</p> <p>Falls sich ergibt, dass der Taubstumme mit Unterscheidungsvermögen gehandelt hat, so kommen, falls derselbe das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, die in den Absätzen des § 54 enthaltenen Bestimmungen zur Anwendung.</p> <p>Ist die Trunkenheit eine gewohnheitsmässige, so kann die Freiheitsstrafe in einer besonderen Anstalt vollstreckt werden.</p> <p>Die im vorliegenden § bestimmten Straf-ermässigungen kommen nicht zur Anwendung, wenn die Trunkenheit zur Erleichterung der Ausführung der Straftat oder zur Vorbereitung einer Entschuldigung herbeigeführt ist.</p>	<p>wohnheitsmässige, zu einem Betrage von nicht unter einem Sechstel und nicht über einem Drittel zur Anwendung;</p> <p>2. im Falle des § 47 an die Stelle des Kerkers Einschliessung nicht unter zehn Jahren, und nicht unter achtzehn Jahren, wenn die Trunkenheit eine gewohnheitsmässige ist; die anderen Strafen werden unter Ermässigung um die Hälfte und, ist die Trunkenheit eine gewohnheitsmässige, unter Ermässigung um ein Drittel zur Anwendung gebracht.</p>
<p><b>Art. 39.</b> Bei der strafrechtlichen Verfolgung eines Kindes wegen einer That, die es vor Vollendung des sechszehnten Lebensjahres beging, untersucht der Richter, ob es mit Unterscheidungsvermögen gehandelt hat.</p> <p>Hat es nicht mit Unterscheidungsvermögen gehandelt, so wird ihm keine Strafe zuerkannt.</p> <p>Gehört die begangene That zu denjenigen Vergehen, auf die Gefängnisstrafe steht, und die nicht nur auf Antrag verfolgbar sind, oder zu der im Art. 432 erwähnten Uebertretung, dann kann der Richter anordnen, dass das Kind in einer staatlichen Erziehungsanstalt untergebracht wird, aber höchstens bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahr.</p> <p>Derselbe Richter kann jederzeit die Entlassung anordnen.</p> <p>Hat das Kind mit Unterscheidungsvermögen gehandelt, so wird der Höchstbetrag der auf die strafbare Handlung gesetzten Hauptstrafe um ein Drittel vermindert.</p> <p>Bei Straftthaten, auf die lebenslängliche Gefängnisstrafe steht, wird auf Gefängnis von höchstens fünfzehn Jahren erkannt.</p> <p>Die in Art. 9 b 1—4 festgesetzten Nebenstrafen werden nicht verhängt.</p>	<p>—</p>	<p>—</p>

Strafgesetzbuch	Zurechnungsfähigkeit Geisteskranker	Verminderte Zurechnungs- fähigkeit	Strafunmündigkeit
Entwurf eines allgemeinen bürgerlichen Strafgesetzbuches für das <b>Königreich Norwegen</b> (1896).	<p>§ 44. Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn der Thäter zur Zeit der Begehung auf Grund zurückgebliebener Entwicklung oder Schwächung oder krankhafter Störung der Geisteskräfte das Wesen der Handlung und ihre rechtswidrige Beschaffenheit nicht verstehen konnte, oder wenn er aus einem der genannten Gründe oder wegen Zwanges, dringender Gefahr oder eines besondern Seelenzustandes seiner selbst nicht mächtig war.</p>	<p>§ 56. Das Gericht kann die Strafe unter dasangedrohte Mindestmaass und auf eine mildere Straftart herabsetzen, wenn jemand unter Ueberschreitung der Notwehr oder von berechtigtem Zorn getrieben eine strafbare Handlung begangen hat, oder wenn er bei Begehung sich in einem Zustande der in den §§ 44 u. 47 erwähnten Art, jedoch nicht in so hohem Maasse befand, dass die Schuld ausgeschlossen würde.</p>	<p>§ 46. Niemand kann wegen einer Handlung bestraft werden, die er vor dem zurückgelegten vierzehnten Jahre begangen hat.</p>
<b>Oesterreichisches Strafgesetzbuch</b> 1852.	<p>§ 2. Die Handlung oder Unterlassung wird nicht als Verbrechen zugerechnet:</p> <p>a) wenn der Thäter des Gebrauchs der Vernunft ganz beraubt ist;</p> <p>b) wenn die That bei abwechselnder Sinnenverrückung zu der Zeit, da die Verrückung dauerte, oder</p> <p>c) in einer ohne Absicht auf das Verbrechen zugezogenen vollen Berauschung (§§ 236 und 523) oder einer andern Sinnesverwirrung, in welcher der Thäter sich seiner Handlung nicht bewusst war, begangen worden.</p>	<p>§ 46. Milderungsumstände, welche auf die Person des Thäters Beziehung haben, sind:</p> <p>a) wenn der Thäter in einem Alter unter zwanzig Jahren, wenn er schwach an Verstand oder seine Erziehung sehr vernachlässigt worden ist ...</p>	<p>§ 2d. Die Handlung oder Unterlassung wird nicht als Verbrechen zugerechnet:</p> <p>Wenn der Thäter das vierzehnte Jahr noch nicht zurückgelegt hat (§§ 237 und 269) ...</p> <p>§ 237. Die strafbaren Handlungen, die von Kindern bis zu dem vollendeten zehnten Jahre begangen werden, sind blos der häuslichen Züchtigung zu überlassen; aber von dem angehenden zehnten bis zu dem vollendeten vierzehnten Jahre werden Handlungen, die nur wegen Unmündigkeit des Thäters nicht als Verbrechen angerechnet werden (§ 2. lit. d), als Uebertretungen bestraft.</p> <p>§ 269. Unmündige können auf zweifache Art schuldig werden:</p> <p>a) Durch strafbare Handlungen, welche nach ihrer Eigenschaft Verbrechen wären, aber wenn sie Unmündige begehen, nach § 237 nur als Uebertretungen bestraft werden.</p> <p>b) Durch solche strafbare Handlungen, welche schon an sich nur Vergehen oder Uebertretungen sind.</p> <p>§ 270. Die von Unmündigen begangenen strafbaren Handlungen der ersten Art sind mit Verschliessung an einem abgesonderten Verwahrungsorte, nach Beschaffenheit der Umstände von einem Tage bis zu sechs Monaten zu bestrafen. Diese Strafe kann nach § 253 verschärft werden.</p> <p>§ 272. Mit dieser Bestrafung der Unmündigen ist nebst einer ihrer Kräfte angemessenen Arbeit stets ein zweckmässiger Unterricht des Seelsorgers oder Katecheten zu verbinden.</p> <p>§ 273. Die von Unmündigen begangenen strafbaren Handlungen der zweiten Art (welche das Gesetz nur als Vergehen und Uebertretungen bezeichnet) sind insgemein der häuslichen Züchtigung zu überlassen.</p>



Relative Strafunmündigkeit	Zurechnungsfähigkeit Taubstummer	Zurechnungsfähigkeit bei Trunkenheit
<p>§ 55. Wegen strafbarer Handlungen, die vor dem zurückgelegten achtzehnten Lebensjahre begangen sind, ist auf lebenslängliche Freiheitsstrafe nicht zu erkennen, und die Strafe kann innerhalb derselben Strafart unter das angedrohte Mindestmaass herabgesetzt werden.</p>	—	<p>§ 45. Hat jemand, um eine strafbare Handlung zu verüben, sich in einen vorübergehenden Zustand von der im § 44 erwähnten Art versetzt, so bleibt dieser Zustand ohne Einfluss auf die Strafbarkeit.</p> <p>Ist er sonst durch eigene Schuld in einen solchen Zustand geraten, und nimmt er in demselben eine Handlung vor, die auch bei fahrlässiger Begehung strafbar ist, dann wird die für fahrlässige Begehung angedrohte Strafe angewendet.</p>
<p>§ 46. Milderungsumstände, welche auf die Person des Thäters Beziehung haben, sind; a) wenn der Thäter in einem Alter unter zwanzig Jahren ist . . . .</p> <p>§ 52. . . . Wenn der Verbrecher zur Zeit des begangenen Verbrechens das Alter von zwanzig Jahren noch nicht zurückgelegt hat, so ist anstatt der Todes- oder lebenslanger Kerkerstrafe auf schweren Kerker zwischen zehn und zwanzig Jahren zu erkennen.</p>	—	<p>§ 2c. Die Handlung oder Unterlassung wird nicht als Verbrechen zugerechnet, wenn die That in einer ohne Absicht auf das Verbrechen zugezogenen vollen Berauschung (§§ 236 und 523) oder einer andern Sinnesverwirrung, in welcher der Thäter sich seiner nicht bewusst war, begangen worden.</p> <p>§ 236. Obgleich Handlungen, die sonst Verbrechen sind, in einer zufälligen Trunkenheit verübt, nicht als Verbrechen angesehen werden können (§ 2), so wird in diesem Falle dennoch die Trunkenheit als eine Uebertretung bestraft (§ 523).</p> <p>§ 523. Trunkenheit ist an demjenigen als Uebertretung zu bestrafen, der in der Berauschung eine Handlung ausgeübt hat, die ihm ausser diesem Zustande als Verbrechen zugerechnet würde (§ 236). Die Strafe ist Arrest von einem bis zu drei Monaten. War dem Trunkenen aus Erfahrung bewusst, dass er in der Berauschung heftigen Gemütsbewegungen ausgesetzt sei, soll der Arrest verschärft, bei grösseren Uebelthaten bis zu sechs Monaten erkannt werden.</p>

Strafgesetzbuch	Zurechnungsfähigkeit Geisteskranker	Verminderte Zurechnungsfähigkeit	Strafunmündigkeit
Strafgesetzbuch für das <b>Königreich Portugal</b> 16. Sept. 1886.	Die strafrechtliche Verantwortlichkeit ist ausgeschlossen bei Geisteskranken, welche keine lichten Zwischenräume haben (Art. 42), bei Geisteskranken, die, obwohl sie zuweilen lichte Zwischenräume haben, doch bei der Begehung der That sich in dem Zustande der Umnachtung befanden, bei denjenigen, die im Augenblicke der That aus irgend einem von ihrem Willen unabhängigen Grunde vorübergehend des freien Gebrauchs ihrer geistigen Fähigkeiten beraubt waren (Art. 43).	—	Die strafrechtliche Verantwortlichkeit ist ausgeschlossen bei Personen unter zehn Jahren. Dieselben werden entweder den Familien übergeben oder in Korrektionshäusern untergebracht.
<b>Russisches Gesetzbuch</b> der Criminal- und Correctionsstrafen 1885.	<b>Art. 92.</b> Die Gründe, aus welchen das Verübte nicht zugerechnet werden darf, sind: Blödsinn, Wahnsinn und Krankheitsanfälle, welche einen Zustand von Raserei oder gänzlicher Besinnungslosigkeit herbeiführen. <b>Art. 95.</b> Verbrechen oder Vergehen, welche durch einen von Geburt an Blödsinnigen oder einen Wahnsinnigen verübt worden, werden diesem nicht zugerechnet, sobald es zweifellos ist, dass der Blödsinnige oder der Wahnsinnige, vermöge seines damaligen Zustandes, keine Einsicht von der Widergesetzlichkeit und selbst von der Natur seiner Handlung haben konnte. Indessen werden Blödsinnige oder Wahnsinnige, welche eine Tötung verübt, oder aber auf das Leben eines Andern oder das eigne einen Angriff gemacht, oder eine Brandstiftung versucht haben, ins Irrenhaus gesperrt, selbst in dem Falle, wenn ihre Eltern	<b>Art. 134.</b> Als Umstände, welche in höherem oder geringerem Grade die Strafbarkeit verringern, damit zugleich aber auch die Schwere der gebührenden Strafe mildern, werden angesehen: 4. Wenn das Verbrechen von ihm aus Leichtsinne begangen worden, oder aber aus Verstandeschwäche, Dummheit u. äusserster Unwissenheit, die sich andre zu Nutzen machten, um ihn zu diesem Verbrechen zu verlocken. <b>Art. 136.</b> Als die Strafbarkeit verringernde und die Strafe mildernde Umstände werden auch Unmündigkeit und Minder-	<b>Art. 92.</b> Die Gründe, aus welchen das Verübte nicht zugerechnet werden darf, sind: 2. Ein solches Kindesalter, wo der Angeschuldigte noch keine Einsicht von der Natur der Handlung haben konnte. <b>Art. 94.</b> Kinder, die das siebente Lebensjahr noch nicht vollendet und daher noch keine genügende Einsicht von ihrer Handlung haben, unterliegen keinen Strafen für Verbrechen und Vergehen; sie werden ihren Eltern, Vormündern oder Verwandten übergeben, um in der Folge von ihnen zur Einsicht über die Strafbarkeit einer solchen Handlung gebracht und belehrt zu werden.

Relative Strafunmündigkeit	Zurechnungsfähigkeit Taubstummer	Zurechnungsfähigkeit bei Trunkenheit
Unzurechnungsfähig sind Minderjährige von zehn bis zu vierzehn Jahren, welche bei Begehung der That das Unterscheidungsvermögen nicht besessen haben. Im andern Falle werden ihnen sowie den Jugendlichen bis zum vollendeten zwanzigsten Jahre mildernde Umstände zu-gebilligt.	—  wenn sie entweder nicht vollständig und vom Thäter nicht vorherzusehen war, einerlei, ob sie der Fassung des verbrecherischen Entschlusses vorherging oder nachfolgte; oder wenn sie nicht vollständig war und vom Thäter jedoch ohne verbrecherische Absicht selbst verschuldet war, aber der Fassung des Entschlusses vorherging, oder endlich vollständig und vom Thäter jedoch ohne verbrecherische Absicht und nach Fassung des Entschlusses selbst verschuldet war.	Mildernde Umstände sind: Trunkenheit,

**Art. 137.** Kinder, welche das siebente, aber noch nicht das zehnte Lebensjahr vollendet haben, werden nicht der in den Gesetzen festgestellten Strafe unterzogen, sondern ihren Eltern oder zuverlässigen Verwandten zu häuslicher Correction übergeben. Diese Vorschrift erstreckt sich auch auf die Zehn- bis Vierzehnjährigen, wenn vom Gerichte anerkannt ist, dass das Verbrechen von ihnen ohne Einsicht darüber begangen worden.

Wenn jedoch das Verbrechen von einem Minderjährigen begangen worden, der das vierzehnte, aber noch nicht das siebzehnte Lebensjahr vollendet hat, und von dem Gerichte anerkannt ist, dass derselbe ohne vollkommene Einsicht darüber gehandelt, so unterliegt er: entweder der Bestrafung in Grundlage der Bestimmungen des Artikels 138, oder aber, je nach Ermessen des Gerichts, der Abgabe in ein Besserungsasyl (Ges. üb. d. v. den Friedensr. z. verh. Straf. Art. 6) an den Orten, wo dergleichen eingerichtet sind; wo aber letzteres nicht der Fall, der Gefängnishaft nicht über ein Jahr vier Monate, und zwar soll er innerhalb des Gefängnisses abgesondert von den Volljährigen gehalten werden.

**Art. 138.** Die Strafe der Zehn- bis Vierzehnjährigen, welche ein Verbrechen mit Einsicht darüber begangen haben, wird in Grundlage folgender Bestimmungen gemildert;

1. Für ein der Entziehung aller Rechte und der Verweisung zu schwerer Zwangsarbeit zu unterwerfendes Verbrechen werden dieselben, nach Entziehung der Standesrechte, nach Sibirien zur Ansiedelung verwiesen.

2. Für ein der Entziehung aller Rechte und der Verweisung zur Ansiedelung unterwerfendes Verbrechen werden dieselben zur Einsperrung in einem Kloster verurteilt, wenn es an dem Orte oder in nicht sehr grosser Entfernung davon Klöster ihres Bekenntnisses giebt, oder aber, gegenteiligen Falls, zur Einsperrung im Correctionshause, jedoch abgesondert von den andern in diesem Hause Gefangenen, auf eine

**Art. 98.** Von Geburt Taubstumme, ebenso auch im Kindesalter des Gehörs und der Sprache Beraubte, sobald es zweifellos ist, dass sie weder durch Erziehung, noch durch Zusammensein mit Andern, irgend welche Begriffe von Verpflichtungen und Gesetzen erhalten haben, werden gleichfalls für Verbrechen und Vergehen keinen Strafen unterworfen; im Falle jedoch einer von einem solchen Taubstummen verübten Tötung oder aber eines Versuches derselben wider das Leben eines Andern oder wider sein eignes oder zu einer Brandstiftung, wird angeordnet, dass er in einem von andern Inhaftirten abgesonderten Gewahrsame gehalten und strenge unablässliche Aufsicht über ihn geübt werde.

**Art. 106.** Für ein im trunkenen Mute begangenes Verbrechen wird, sobald erwiesen ist, dass der Verbrecher sich in solchen Zustand, namentlich mit der Absicht, dieses Verbrechen zu verüben, versetzte, gleichfalls das höchste Maass der für dies Verbrechen in den Gesetzen verhängten Strafe bestimmt. Wenn dagegen aber erwiesen ist, dass der Angeschuldigte eine solche Absicht nicht hatte, so wird seine Strafe nach den andern, das Verbrechen begleitenden Umständen bemessen.



Strafgesetzbuch	Zurechnungsfähigkeit Geisteskranker	Verminderte Zurechnungsfähigkeit	Strafunmündigkeit
	<p>oder Verwandten wünschen sollten, die Verpflichtung, sie zu beaufsichtigen und bei sich ärztlich behandeln zu lassen, auf sich zu nehmen. Die Art ihrer Einsperrung im Irrenhause und die Fristen für ihre Bewahrung daselbst, und ihre Entlassung sind durch besondere betreffende Bestimmungen geregelt.</p> <p><b>Art. 96.</b> In Grundlage derselben Bestimmungen werden nicht zugerechnet auch diejenigen Verbrechen und Vergehen, welche von einem Kranken in einem völlig erwiesenen Anfall von Raserei oder gänzlicher Besinnungslosigkeit begangen werden. Derjenige, welcher in einem solchen Krankheitsanfall eine Tötung verübt, oder aber auf das Leben eines Andern oder das eigne einen Angriff gemacht, oder eine Brandstiftung verursacht hat, wird — statt ins Irrenhaus — der Sorge von Eltern, Verwandten oder Curatoren oder, mit deren Einwilligung, auch von Fremden übergeben, mit Verpflichtung derselben sorgfältige unausgesetzte Aufsicht über ihn in der Zeit seiner Krankheit und ärztlichen Behandlung zu führen und zugleich alle für andre oder für ihn selbst schlimmen oder gefährlichen Folgen seiner Anfälle von Raserei abzuwenden. Sobald jedoch die Eltern des Kranken oder seine Verwandten, Curatoren oder die Fremden, welche gewünscht, ihn in ihre Obhut zu nehmen, sich nicht als genugsam zuverlässig erweisen, und man nicht von denselben eine vollkommene Erfüllung der ihnen auferlegten Pflichten erwarten kann, so wird der an Anfällen von Raserei Leidende zu seiner ärztlichen Behandlung und seiner Beaufsichtigung in ein Hospital gegeben, wo er auch bis zur völligen Herstellung gelassen wird.</p> <p><b>Art. 97.</b> Die Bestimmungen des vorhergehenden Artikels 96 über Nichtzurechnung der Verbrechen und Vergehen, welche in einem von Raserei oder gänzlicher Besinnungslosigkeit begleiteten Krankheitsanfall verübt worden, erstrecken sich auch auf diejenigen, welche Verstandeskräfte und Vernunftgebrauch durch hohes Alter oder Hinfälligkeit verloren haben, und auf Mondsüchtige (Nachtwandler), welche in den Anfällen ihrer Nervenzerrüttung ohne das erforderliche Bewusstsein handeln. Sie werden der Sorge ihrer nächsten Verwandten oder, mit deren Einwilligung auch Fremden übergeben, oder aber in einer der Anstalten des Collegiums allgemeiner Fürsorge, zu sorgfältiger Aufsicht über sie, untergebracht.</p>	<p>jährigkeit der Angeschuldigten anerkannt.</p>	
<b>Schottisches Strafgesetzbuch.</b>	Geisteskrankheit, insofern sie den Thäter verhindert, die Natur der That oder ihre Unsittlichkeit oder Rechtswidrigkeit zu erkennen, bewirkt Straffreiheit.	—	Die strafrechtliche Verantwortlichkeit beginnt mit dem vollendeten siebenten Lebensjahr.
Strafgesetzbuch für das <b>Königreich Schweden</b> (1864).	Straflos sind die Handlungen Wahnsinniger und derjenigen, welchen der Gebrauch des Verstandes durch Krankheit oder Altersschwäche entzogen ist (§ 5, 1); ferner die Handlungen derjenigen, die ohne eigne Schuld in eine das Bewusstsein ausschliessende Geistesstörung geraten sind. (§ 5, 2).	Derjenige, der eine verbrecherische That begangen hat, aber durch Körper- oder Geisteskrankheit, Altersschwäche oder andere unverschuldete Verwirrung des vollständigen Vernunftgebrauchs entbehrte, obwohl er nicht als straflos nach § 5 anzusehen ist, wird milder bestraft.	Straflos sind die Handlungen Unmündiger bis zum vollendeten fünfzehnten Lebensjahr (§ 1); bei Verbrechen, die mit Todesstrafe oder mit Strafarbeit von mehr als zwei Jahren bedroht sind, beginnt die Strafmündigkeit mit vollendetem vierzehnten Lebensjahr (§ 2), sofern der Thäter die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht besass. Der Richter kann bei Strafunmündigen entweder auf körperliche Züchtigung zu Hause durch die Eltern oder sonstige gesetzliche Vertreter erkennen oder die Ueberführung in eine öffentliche Erziehungsanstalt verfügen.

Relative Strafunmündigkeit	Zurechnungsfähigkeit Taubstummer	Zurechnungsfähigkeit bei Trunkenheit
<p>Zeit von drei Jahren und vier Monaten bis zu fünf Jahren und vier Monaten.</p> <p>3. Für weniger schwere Verbrechen, auf welche durch das Gesetz Entziehung aller besonderen, persönlich und dem Stande nach zugeeigneten, Rechte und Vorzüge und Verweisung nach Sibirien oder andern entfernten Gouvernements zum Aufenthalte, oder aber Abgabe in die Corrections-Arrestanten-Compagnien des Civilressorts oder in die Arbeitshäuser gesetzt ist, werden dieselben verurteilt: zur Einsperrung in einem Kloster oder einem Correctionshause auf eine Zeit von vierzig Tagen bis zu acht Monaten, in Grundlage der im vorhergehenden Punkte 2 dieses Artikels enthaltenen Vorschrift.</p> <p>4. Für Verbrechen, auf welche durch das Gesetz Einsperrung im Correctionshause, oder eine andre noch weniger strenge Strafe gesetzt ist, werden sie einer häuslichen Correctionsstrafe, nach Anordnung ihrer Eltern oder Vormünder, unterzogen.</p> <p><b>Art. 139.</b> Minderjährige, welche das vierzehnte, aber noch nicht das einundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben, werden für Verübung von Entziehung aller Standesrechte nach sich ziehenden Verbrechen Strafen unterworfen, wie Volljährige, nur mit dem Unterschiede, dass die Dauer der Zwangsarbeit, zu welcher sie verurteilt werden, um ein Drittel verkürzt wird; in den Fällen aber, wo sie zu unbefristeter schwerer Zwangsarbeit in Bergwerken zu verurteilen gewesen wären, werden sie zu schwerer Zwangsarbeit in Bergwerken auf zwanzig Jahre verurteilt.</p> <p><b>Art. 146.</b> Unmündige von zehn bis vierzehn Jahren und Minderjährige, welche nach Verurteilung und Bestrafung für ein Verbrechen zum zweiten Male desselben Verbrechens überwiesen werden oder eines gleichen oder aber schwereren, werden für dieses neue Verbrechen derselben, durch das Gesetz bestimmten Strafe unterworfen, wie die Volljährigen.</p>		
Die Todesstrafe ist vollstreckbar bei männlichen Individuen nach vollendetem vierzehnten, bei weiblichen nach vollendetem zwölften Lebensjahr.	—	Trunkenheit ist kein Entschuldigungsgrund.
Vom vollendeten fünfzehnten bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahr tritt Strafmilderung ein.	—	—

Strafgesetzbuch	Zurechnungsfähigkeit Geisteskranker	Verminderte Zurechnungs- fähigkeit	Strafunmündigkeit
<p>Vorentwurf zu einem <b>Schweizerischen Strafgesetzbuch</b> (1896).</p>	<p><b>Art. 11.</b> Wer zur Zeit der That geisteskrank oder blödsinnig oder bewusstlos war, ist nicht strafbar.</p> <p><b>Art. 12.</b> Giebt der Geisteszustand des Angeschuldigten zu Zweifeln Anlass, so lässt ihn der Beamte, der dies wahrnimmt, durch Sachverständige untersuchen. Dies gilt insbesondere auch für Taubstumme und Epileptische.</p> <p><b>Art. 13.</b> Erfordert die öffentliche Sicherheit die Verwahrung eines Unzurechnungsfähigen oder eines vermindert Zurechnungsfähigen in einer Heil- oder Pflegeanstalt, so ordnet sie das Gericht an. Ebenso verfügt das Gericht die Entlassung, wenn der Grund der Verwahrung weggefallen ist.</p> <p>Erfordert das Wohl eines Unzurechnungsfähigen oder vermindert Zurechnungsfähigen seine Behandlung oder Versorgung in einer Heil- oder Pflegeanstalt, so überweist das Gericht den Kranken der Verwaltungsbehörde zur Aufnahme in eine solche Anstalt.</p>	<p><b>Art. 11.</b> War die geistige Gesundheit oder das Bewusstsein des Thäters nur beeinträchtigt, oder war er geistig mangelhaft entwickelt, so mildert der Richter die Strafe nach freiem Ermessen.</p> <p><b>Art. 13.</b> Erfordert die öffentliche Sicherheit die Verwahrung eines vermindert Zurechnungsfähigen in einer Heil- oder Pflegeanstalt, so ordnet sie das Gericht an. Ebenso verfügt das Gericht die Entlassung, wenn der Grund der Verwahrung weggefallen ist.</p> <p>Erfordert das Wohl eines vermindert Zurechnungsfähigen seine Behandlung oder Versorgung in einer Heil- oder Pflegeanstalt, so überweist das Gericht den Kranken der Verwaltungsbehörde zur Aufnahme in eine solche Anstalt.</p> <p>Ist ein vermindert Zurechnungsfähiger zur Freiheitsstrafe verurteilt worden, und ist seine Strafzeit am Tage der Entlassung aus der Heil- und Pflegeanstalt noch nicht abgelaufen, so hat er den noch übrigen Teil der Strafe zu erstehen.</p>	<p><b>Art. 9.</b> Ein Kind, das zur Zeit der That das vierzehnte Altersjahr noch nicht zurückgelegt hatte, wird strafrechtlich nicht verfolgt.</p> <p>Hat ein Kind dieses Alters eine That begangen, die als Verbrechen bedroht ist, so überweist es die Strafverfolgungsbehörde der Verwaltungsbehörde. Die Verwaltungsbehörde versorgt das Kind, wenn es sittlich gefährdet, verwahrlost oder verdorben ist; andernfalls überweist sie es der Schulbehörde. Die Schulbehörde bestraft das fehlbare Kind mit Verweis oder mit Schularrest.</p>
<p><b>Spanisches Strafgesetzbuch</b> vom 17. Juli 1870.</p>	<p><b>Art. 8.</b> Kein Verbrechen begeht und folglich der strafrechtlichen Verantwortlichkeit entoben ist:</p> <p>1. der Schwachsinnige und Geisteskranke, vorausgesetzt, dass er seine</p>	<p>—</p>	<p><b>Art. 8.</b> Kein Verbrechen begeht und folglich der strafrechtlichen Verantwortlichkeit entoben ist 2. wer weniger als 9 Jahre alt.</p>



Relative Strafmündigkeit	Zurechnungsfähigkeit Taubstummer	Zurechnungsfähigkeit bei Trunkenheit
<p><b>Art. 10. § 1.</b> Hat der Thäter zur Zeit der That das vierzehnte Altersjahr zurückgelegt, so prüft ihn der Richter auf seine sittliche und geistige Reife.</p> <p>War seine geistige oder sittliche Entwicklung auf der Stufe eines Kindes unter vierzehn Jahren zurückgeblieben, so wird er wie ein Strafmündiger behandelt (Art. 9); stand seine geistige und sittliche Entwicklung auf einer höheren Stufe, so prüft das Gericht, ob er einer andauernden strengen Zucht bedarf.</p> <p>§ 2. Bedarf er einer andauernden strengen Zucht nicht, so bestraft ihn der Richter mit Verweis oder mit Einzelhaft von drei Tagen bis zu drei Monaten. Die Einzelhaft wird in einem Gebäude vollzogen, das nicht zum Strafvollzuge für Erwachsene dient. Der Jugendliche wird angemessen beschäftigt.</p> <p>§ 3. Bedarf er einer andauernden strengen Zucht, so verweist ihn der Richter für ein bis zu sechs Jahren in eine Besserungsanstalt für jugendliche Verbrecher. Ist er sittlich so verderben, dass er in eine Besserungsanstalt für jugendliche Verbrecher nicht aufgenommen werden kann, so überweist ihn das Gericht für drei bis fünfzehn Jahre einer Verwahranstalt für jugendliche Verbrecher. Fehlt eine solche Anstalt, so wird der Thäter zu einer gesetzlichen Strafe verurteilt, die jedoch gemildert wird (Art. 40, § 1).</p> <p>§ 4. Ist der jugendliche Verbrecher nach Ablauf von zwei Dritteln der bestimmten Zeit als gebessert anzusehen, so kann ihn die zuständige Behörde vorläufig entlassen. Die Beamten der Anstalt sind über die vorläufige Entlassung anzuhören. Die Behörde, die den Jugendlichen vorläufig entlässt, sorgt mit den Personen, die im Dienste der Schutzaufsicht stehen, für seine Unterkunft und überwacht ihn. Missbraucht der Jugendliche die Freiheit, so wird er in die Anstalt zurückversetzt.</p> <p>Die Zeit, während welcher er vorläufig entlassen war, wird ihm nicht angerechnet. Missbraucht der Jugendliche die Freiheit bis zum Ablauf der Zeit, für welche er vorläufig entlassen war, nicht, so ist die Entlassung endgültig. Nach der Entlassung verbleibt der Jugendliche während ein bis fünf Jahren unter der Aufsicht der Schutzaufsichtsbehörde.</p>	<p><b>Art. 12.</b> Giebt der Geisteszustand des Angeschuldigten zu Zweifeln Anlass, so lässt ihn der Beamte, der dies wahrnimmt, durch Sachverständige untersuchen. Dies gilt insbesondere auch für Taubstumme und Epileptische.</p>	<p><b>Art. 27.</b> Ist ein Verbrechen auf übermässigen Genuss geistiger Getränke zurückzuführen, so kann der Richter den Schuldigen statt der Gefängnisstrafe oder neben der Gefängnisstrafe für die Zeit von ein bis drei Jahren in eine Arbeitsanstalt verweisen.</p> <p>Die kantonalen Bestimmungen über Einweisung von Liederlichen und Arbeitsscheuen in Arbeitsanstalten bleiben vorbehalten.</p> <p><b>Art. 28.</b> Wird ein Gewohnheitstrinker zu Gefängnis von höchstens 1 Jahr verurteilt, so kann ihn das Gericht auf ärztliches Gutachten hin neben der Strafe in eine Trinkerheilanstalt verweisen. Das Gericht verfügt die Entlassung, sobald die Person geheilt ist; nach Ablauf von zwei Jahren wird sie in jedem Fall entlassen.</p> <p>Ebenso kann ein Gewohnheitstrinker, der wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen wurde, in eine Trinkerheilanstalt verwiesen werden.</p>

**Art. 8.** Kein Verbrechen begeht und folglich der strafrechtlichen Verantwortlichkeit enthoben ist.

3. Wer mehr als neun und weniger als fünfzehn Jahre alt ist, wenn er ohne Unterscheidungsvermögen gehandelt hat.

Das Gericht muss ausdrücklich erklären, ob er strafbar ist oder unzurechnungsfähig.

Wenn der Minderjährige für unzurechnungsfähig erklärt worden ist, wird wie in Art. 8 1 verfahren oder er seiner Familie zurückgegeben

**Art. 9.** Mildernde Umstände sind:

6. Wenn der Thäter die strafbare Handlung in einem Zustande von Trunkenheit beging und diese nicht eine gewohnheitsmässige war oder zeitlich nach

Strafgesetzbuch	Zurechnungsfähigkeit Geisteskranker	Verminderte Zurechnungsfähigkeit	Strafunmündigkeit
	<p>Strafthat nicht in einem freien Zwischenraume von Vernunft beging.</p> <p>Wenn der Schwachsinnige oder Geisteskranke eine strafbare Handlung beging, die das Gesetz als eine schwere bezeichnet, so beschliesst das Gericht die Einschliessung in ein für Kranke dieser Art bestimmtes Krankenhaus, aus dem er nicht entlassen werden kann ohne vorhergehende Autorisation desselben Gerichts.</p> <p>Bei weniger schweren Verbrechen überweist das Gericht, je nach den Umständen der That, den Schwachsinnigen oder Geisteskranken einem Hause der erwähnten Art oder giebt ihn seiner Familie zurück, wenn diese hinreichende Sicherheit für die Ueberwachung bietet.</p>		
Strafgesetzbuch der <b>Türkei</b> (1858).	Die Zurechnungsfähigkeit wird durch Geisteskrankheit ausgeschlossen (Art. 41).	—	Kinder bis zum vollendeten zwölften Lebensjahr sind unzurechnungsfähig; sie werden, wenn sie eine strafbare Handlung begehen, ihren Eltern gegen Stellung einer Bürgschaft überwiesen, oder, wenn eine solche nicht gestellt wird, auf angemessene Zeit eingesperrt.
Strafgesetz für das <b>Königreich Ungarn</b> vom 29. V. 1878.	§ 76. Eine Handlung darf demjenigen nicht zugerechnet werden, der sich im Zustande der Bewusstlosigkeit be-geht, oder dessen Geistesthätigkeit so gestört ist, dass dadurch die Fähigkeit freier Willensbestimmung ausgeschlossen ist.	—	§ 83. Wer bei Begehung eines Verbrechens oder Vergehens das zwölfte Lebensjahr nicht zurückgelegt hat, kann nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Relative Stratumündigkeit	Zurechnungsfähigkeit Taubstummer	Zurechnungsfähigkeit bei Trunkenheit
<p>mit der Bestimmung ihn zu überwachen und zu erziehen. Fehlt eine Person, die die Ueberwachung und Erziehung übernehmen kann, so wird er in eine Wohlthätigkeitsanstalt aufgenommen, die zur Erziehung verwahrloster Kinder bestimmt ist, aus der er nicht vor der Zeit austreten kann, die durch die Behörden festgesetzt wird.</p> <p><b>Art. 86.</b> Der Minderjährige, der mehr als neun und weniger als fünfzehn Jahre alt ist und bei dem das Gericht festgestellt hat, dass er mit Unterscheidungsvermögen gehandelt hat, wird um zwei Grade weniger bestraft, als das Gesetz für die Strafthat sonst vorschreibt.</p> <p><b>Art. 9.</b> Mildernde Umstände sind:</p> <p>2. Der Umstand, dass der Schuldige weniger als achtzehn Jahre alt ist.</p>		<p>dem Entschluss zu der Begehung der That fiel.</p> <p>Das Gericht stellt mit Rücksicht auf die Umstände der Person und der That fest, wann die Trunkenheit als gewohnheitsmässige zu betrachten ist.</p>
<p>Jugendliche Personen zwischen 13 und 15 Jahren, bei denen die körperlichen Zeichen der Pubertät vorhanden sind, werden den Erwachsenen gleich als völlig strafrechtlich verantwortlich behandelt; anderenfalls werden sie den Kindern gleichgestellt, wenn sie ohne Unterscheidungsvermögen gehandelt haben.</p>	—	—
<p><b>§ 84.</b> Wer bei Begehung eines Verbrechens oder Vergehens das zwölfte Lebensjahr zurückgelegt, das sechzehnte aber noch nicht vollendet hat, wird nicht bestraft, wenn ihm die zur Erkenntnis der Strafbarkeit seiner Handlung erforderliche Einsicht gefehlt hat.</p> <p>Ein solcher Minderjähriger kann jedoch durch Urtheil einer Besserungsanstalt überwiesen werden, in welcher er indessen nicht über das zwölfte Jahr zurückgehalten werden darf.</p> <p><b>§ 85.</b> Jugendliche Personen in dem im vorigen Paragraphen bezeichneten Alter, welche bei Begehung einer Handlung die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht besitzen, werden nach folgenden Bestimmungen bestraft:</p> <p>1. Wegen eines mit dem Tode oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechens mit Kerker von zwei bis zu fünf Jahren.</p> <p>2. Wegen eines mit Zuchthaus oder Staatsgefängnis von fünf bis zu fünfzehn Jahren bedrohten Verbrechens mit Kerker, beziehungsweise Staatsgefängnis bis zu zwei Jahren.</p> <p>3. Wegen eines Vergehens findet polizeiliche Bestrafung statt; auf Amtsverlust oder auf zeitweise Entziehung der politischen Rechte darf gegen Personen, welche nach diesen Paragraphen zu bestrafen sind, nicht erkannt werden.</p> <p><b>§ 86.</b> Die nach dem vorigen Paragraphen zu bestrafenden Personen sind während der ganzen Dauer ihrer Freiheitsstrafe von den übrigen Gefangenen gesondert zu halten.</p> <p><b>§ 87.</b> Wer bei Begehung des Verbrechens sein zwanzigstes Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hat, kann zum Tode und zu lebenslänglichem Zuchthause nicht verurteilt werden.</p> <p><b>§ 42.</b> Werden jugendliche Personen von nicht über zwanzig Jahren zur Gefängnisstrafe verurteilt, so kann das Gericht zum Zwecke der Besserung im Urtheil anordnen, dass sie, wenn ihre Strafzeit sechs Monate nicht übersteigt, die ganze Strafzeit, im andern Falle einen sechs Monate nicht übersteigenden Teil derselben in Einzelhaft zu verbüssen haben.</p> <p>Das Gericht kann im Urtheile statt der Verwahrung in Einzelhaft auch die Ueberführung solcher jugendlicher Personen in eine Besserungsanstalt anordnen. Wurde diese Verfügung im Urtheile nicht getroffen und erscheint sie dennoch mit Rücksicht auf den Besserungszweck wünschenswert, so kann der Justizminister auf Vorschlag der Aufsichtskommission dieselbe anordnen.</p>	—	—



## Kapitel V.

**Geschlechtliche Vergehen, begangen an und von Geisteskranken.**

Missbrauch autoritativer Stellung (§ 174, 3). — Begriff: Medicinalperson. — Oeffentliche Anstalten. — Perverse Sexualempfindung ist kein Schuldbefreiungsgrund. — Missbrauch Geisteskranker, Bewusstloser und Willenloser (§ 176, 2). — Einverständnis Geisteskranker. — Kenntnis des krankhaften Zustandes. — Willenlosigkeit und Bewusstlosigkeit. — Wehrlosigkeit. — Möglichkeit des Missbrauches während des Schlafes. — Hypnose. — Wachsuggestion. — Falsche Anschuldigungen. — Narkosen. — Versetzung in bewussten Zustand (§ 177). — Trunkenheit. — Epilepsie.

**§ 174, 3. Mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren werden bestraft Beamte, Aerzte oder andere Medicinalpersonen, welche in Gefängnissen oder in öffentlichen, zur Pflege von Kranken, Armen oder anderen Hülfslosen bestimmten Anstalten beschäftigt oder angestellt sind, wenn sie mit den in das Gefängnis oder in die Anstalt aufgenommenen Personen unzüchtige Handlungen vornehmen.**

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

Ich kann diesen Paragraphen, so wenig er mit unsrer Aufgabe scheinbar zu thun hat, nicht beiseite lassen, da eine Reichsgerichtsentscheidung vom 24. August 1898 (E XXXI S. 246) eine bedenkliche Lücke des Strafgesetzes blossgelegt hat. Ein Wärter einer Provinzialirrenanstalt<sup>1)</sup> war auf Grund des § 174, 3 verurteilt worden; das Reichsgericht aber hob das Urteil auf, da ein einfacher Krankenwärter nicht als eine Medicinalperson im Sinne des § 174, 3 betrachtet werden könne. Das Gemeinsame der Strafbestimmungen des § 174 liegt nach Olshausen (S. 638) darin, dass der eine Teil zu dem andern in einem Autoritätsverhältnis steht. „Strafbar ist der in der Vornahme unzüchtiger Handlungen seitens der Autoritätspersonen mit den in Abhängigkeit zu ihnen stehenden Personen liegende Autoritätsmissbrauch und Vertrauensbruch.“ Dass ein solcher Missbrauch des Abhängigkeitsverhältnisses vorliegt, ist zweifellos. Es hätte dazu der Feststellung, dass der betreffende Wärter mit der Aufsicht und Pflege der Kranken seiner Station, mit Bädern und Austeilung von Arzneien betraut war, gar nicht bedurft.

Was soll man denn unter „anderen Medicinalpersonen“, welche in öffentlichen zur Pflege von Kranken, Armen u. s. w. bestimmten Anstalten beschäftigt sind, verstehen, wenn nicht das Pflegepersonal? Es zeugt von geringer Kenntnis des Verhältnisses der Aerzte an solchen Anstalten zu ihren Kranken, wenn man, wie das Reichsgericht, annimmt, dass überhaupt irgend jemand ausser dem Arzte „mit der selbstständigen, ärztlichen (unterärztlichen) Behandlung der Kranken, mit einer Medicinalthätigkeit im eigentlichen Sinne, betraut werden kann.“ Nur

1) Näheres über den Fall bei E. Schultze; Die strafrechtliche Stellung eines Irrenpflegers gegenüber dem § 174, 3 St.G.B. in der Rechtsprechung. Aerztl. Sachverständigenzeitung. 1899. S. 163.

nebenbei mag erwähnt werden, dass in anderen Entscheidungen des Reichsgerichts (E VII S. 332 und XIX S. 330, vergl. auch S. 112) die Wärterfunktion ganz anders aufgefasst wurde.

Der Thatbestand war in dem vorliegenden Falle ganz klar. Das Uebergewicht seiner Stellung ist von dem Wärter in gröblichster Weise missbraucht worden. Gestattet es nun wirklich der Wortlaut des § 174. 3 nicht, den Wärter einer Irrenanstalt als eine Medicinalperson anzusehen, was ich entschieden bestreite, so bleibt nur eine Ergänzung der Bestimmungen übrig.

Bei dieser Gelegenheit muss aber auch auf eine zweite empfindliche Lücke des Paragraphen hingewiesen werden. Es wird nur von „öffentlichen Anstalten“ gesprochen, und zwar in dem Sinne, dass darunter solche Anstalten verstanden werden müssen, die aus öffentlichen Mitteln erhalten werden können. Selbst wenn man darunter ausser den dem Staate oder Gemeinden gehörenden Anstalten auch solche versteht, die durch Privatwohlthätigkeit gegründet und erhalten werden, so bleibt doch der Fehler bestehen, dass Privatanstalten unberücksichtigt geblieben sind. Man wird nicht annehmen können, dass ich damit die Privatanstalten ganz allgemein diskreditieren möchte, wenn ich die Begehung unzuchtiger Handlungen an Kranken eher in solchen für möglich halte, als in einem staatlichen oder kommunalen Institute. Dank der Gewerbefreiheit kann jeder Beliebige eine Krankenanstalt eröffnen und leiten. Nicht immer sind die Leiter, die ebenfalls, dank der Gewerbefreiheit, das Heilgewerbe ausüben, moralisch unanfechtbare Persönlichkeiten. Warum man nun den Aerzten und Medicinalpersonen an Staatsanstalten ein solches Verbrechen eher zutraut — das ist doch durch die Strafandrohung ausgesprochen — als den Heilkünstlern an manchen Privatanstalten, ist mir unverständlich. Die Ausdehnung der Bestimmungen des § 174. 3 auch auf private Anstalten ist unbedingt notwendig.

---

§ 175. Die widernatürliche Unzucht, welche zwischen Personen männlichen Geschlechtes oder von Menschen mit Tieren begangen wird, ist mit Gefängnis zu bestrafen; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Keinem Paragraphen des Strafgesetzbuches ist in dem letzten Jahrzehnt eine so umfangreiche Literatur, eine so liebevolle Detailbearbeitung zu Teil geworden, wie diesem. Ist es doch sogar zur Gründung eigener Zeitschriften (*Archivio delle psicopatie sessuali*; *Jahrbuch für die sexuellen Zwischenstufen*) gekommen. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die in der Homosexualität den Gipfelpunkt höchster sexueller Gemeinheit erblicken, auf der andern diejenigen, die jedem Perversen den Schutz des § 51 zuerkennen möchten. Ich will mich hier darauf beschränken, dass wohl die Mehrzahl der Irrenärzte auf dem Standpunkte steht: Homosexualität allein gehört nicht zu den Zuständen krankhafter Störung der Geistesthätigkeit, durch welche die freie Willensbestimmung ausgeschlossen ist. Im übrigen verweise ich auf die Behandlung dieser Frage durch Hoche (Teil II), mit dessen Anschauung ich durchaus übereinstimme.

---

§ 176. 2. Mit grosser Berechtigung hat der Gesetzgeber die geschlechtliche Ehre der Jugend unter seinen besonderen Schutz gestellt; um so mehr, mit Recht, als gerade die Unerfahrenheit der Jugend leicht missbraucht wird, als sich die sexuellen Ausschreitungen des Greisenalters, die allerdings meistens auf pathologischer Grundlage entstehen, mit Vorliebe gegen Kinder richten, und als endlich das Erwachen der Geschlechtsempfindungen bei dem heranwachsenden Individuum oft geradezu stürmisch nach Befriedigung drängt. Die persönlichen und sozialen Folgen des Geschlechtsverkehrs zu übersehen, übersteigt aber nicht nur die intellektuelle Reife des heranwachsenden Kindes, auch bei Erwachsenen kann diese Fähigkeit aufgehoben oder beeinträchtigt werden.

**§ 176, 2. Mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren wird bestraft, wer eine in einem willenlosen oder bewusstlosen Zustande befindliche oder eine geisteskranke Frauensperson zum ausserelichen Beischlafe missbraucht.**

**Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten ein.**

Das deutsche Strafgesetzbuch stellt nicht, wie die Gesetze mancher anderer Länder, z. B. Ungarn, Italien, die Niederlande, der Stooss'sche Vorentwurf für die Schweiz, jede unzüchtige Handlung unter Strafe, sondern nur den ausserelichen Beischlaf mit einer Frauensperson.

Die Entscheidung, ob eine Frau nur als Anstifterin oder Gehülfn zu einem solchen Verbrechen strafbar ist (Olshausen S. 674) oder auch als Thäterin bez. Mitthäterin, wenn sie einen Mann veranlasst, den Beischlaf mit einem bewusstlosen Mädchen zu vollziehen, dessen Bewusstlosigkeit nur der Frau, nicht aber dem Manne bekannt ist (Frank S. 212), ist eine specifisch juristische Frage, deren Erörterung den Lehrbüchern des Strafrechts überlassen bleiben kann. Auch die Beurteilung der Zustände von Willenlosigkeit und Bewusstlosigkeit scheint der medicinischen Beratung nicht zu bedürfen. Scheint, sage ich ausdrücklich, denn gerade hier wird der Arzt häufiger in der Lage sein, Schwierigkeiten zu beseitigen, die der Richter nicht zu übersehen vermag.

Der Missbrauch **Geisteskranker** ist der einfachste Fall der im § 176. 1 vorgesehenen. Der Begriff „Geisteskrankheit“ im § 176. 2 soll nach den Motiven zu § 51 (R.G.E. VII S. 425) enger gefasst sein als im § 51, insofern in diesem auch transitorische Zustände abnormer Hirnthätigkeit, wie z. B. Fieberdelirien, mitinbegriffen sind. Thatsächlich aber ist der Begriff ein weiterer; die gleiche Reichsgerichtsentscheidung rechnet ausdrücklich auch die Zustände von Blödsinn dazu. Es ist auch nicht zu verstehen, warum etwa der Missbrauch einer im Fieberdelirium Liegenden — und ein Fieberdelirium ist eine unzweifelhafte Geisteskrankheit — straffrei ausgehen sollte. Das uneingeschränkte Wort „Geisteskrankheit“ umfasst thatsächlich jede geistige Störung ohne Rücksicht auf Dauer und Ursache.

Dagegen ist die mehr oder weniger grosse Besonnenheit und das scheinbare Einverständnis des Kranken für die Strafbarkeit unwesentlich (R.G.E. VII S. 425). Mit guten Gründen betont diese Reichsgerichtsentscheidung, dass „die Geisteskranken nicht in der Lage sind, zwischen einer dem Sittengesetz ent-



sprechenden und einer demselben widerstrebenden Befriedigung des Geschlechtstriebes zu unterscheiden.“ Unterscheiden bedeutet hier natürlich nicht, einfach den Unterschied zwischen erlaubtem und unerlaubtem Geschlechtsverkehr erkennen, sondern unbeeinflusst von krankhaften Motiven die Einwilligung geben oder nicht. (*Stuprum nec violentum nec voluntarium.*) Bei manchen Krankheitsformen begegnen wir einer oft recht bedeutenden Steigerung der sexuellen Erregung. Besonders die Hypomanischen sind bei dem Wegfalle aller socialen und ethischen Hemmungen und in ihrer gehobenen, übermütigen Stimmung nur zu sehr geneigt, geschlechtliche Excesse zu begehen. Sie fordern oft geradezu zum Geschlechtsverkehr heraus. Selbstverständlich kann die Strafbarkeit nicht von einer solchen, ihrer ganzen Entstehung nach durchaus pathologischen Einwilligung abhängig gemacht werden.

Andererseits aber muss auch berücksichtigt werden, dass die beiden Krankheitsformen, deren Missbrauch am häufigsten vorkommt, der Schwachsinn und die leichte manische Erregung, für den Nichtsachverständigen schwer zu erkennen sind. Nicht nur die Flüchtigkeit mancher dieser sexuellen Beziehungen verhindert die Feststellung des abnormen Zustandes, öfter noch liegt dies in der Art der Erkrankung selbst. Es würde wohl der Gerechtigkeit nicht entsprechen, jemanden selbst mit der geringsten Strafe von sechs Monaten zu bestrafen, dessen Vergehen in einem ihm unbekannten und unerkennbaren Zustande des beteiligten Kranken liegt. Hälschner (II. S. 226) rechnet deshalb auch die Kenntnis von dem Zustande zum Dolus; nach Olshausen (S. 250) genügt schon der Dolus eventualis, d. h. ein Wissen von dem abnormen Geisteszustand, das den Thäter an die Möglichkeit einer Erkrankung denken lässt. Nach meinen Erfahrungen berücksichtigen die Gerichte die Thatsache, dass der Thäter von der Geistesstörung keine Kenntnis hatte, um die Anklage einfach fallen zu lassen. Sie stützen sich dabei auf § 59 St.G.B.:

Wenn jemand bei Begehung einer strafbaren Handlung das Vorhandensein von Thatumständen nicht kannte, welche zum gesetzlichen Thatbestande gehören oder die Strafbarkeit erhöhen, so sind ihm diese Umstände nicht zuzurechnen.

Auffallenderweise berühren die Lehrbücher des Strafrechts von Frank und von Liszt diese Frage überhaupt nicht, obgleich gerade sie von einschneidender Wichtigkeit ist und nicht gar so selten dem Psychiater zur Entscheidung vorgelegt wird. Im allgemeinen wird die Beurteilung nicht schwer sein. Die gewöhnliche Quelle der diagnostischen Zweifel, die Grenzzustände zwischen geistiger Gesundheit und Krankheit kommen dadurch in Wegfall, dass die Uebung der Gerichte nur den Geschlechtsverkehr mit offenkundig Geisteskranken straft; alle die Personen, bei denen der Sachverständige Bedenken trägt, ob er sie schon als geisteskrank bezeichnen soll, sind wohl im Sinne des § 176. 2 als nicht geisteskrank zu betrachten.

Cramer (S. 38) spricht dem Sachverständigen nur eine private Meinung über die Möglichkeit zu, dass der Thäter den Zustand als einen krankhaften erkennen musste. Ich möchte darin doch weitergehen. Die Diagnose allerdings

lässt sich für ein derartiges, eingreifendes Urteil nicht ohne weiteres verwerten. Wer aber tagtäglich erlebt, welch' grobe psychische Störungen auch von Gebildeten übersehen werden, wird wohl auch am besten instande sein, zu beurteilen, wie weit sich die Fehlergrenze der Laienerkenntnis erstreckt. Ich halte den Psychiater für berechtigt, sein Wissen über die Krankheitssymptome im Verein mit seinen Erfahrungen über das Verständnis der Laien für psychische Anomalien auf Wunsch des Richters diesem als das Ergebnis seiner fachwissenschaftlichen Kenntnisse mitzuteilen.

Einen allzugrossen Einfluss auf die Urteilsfällung hat seine Ansicht ohnedies nicht. Der Ausspruch des Gerichtsarztes ist für das Gericht schon allgemein nicht verbindlich (§ 260 St. P. O.). Ausserdem aber darf den Geschworenen die subjektive Schuldfrage weder vom Standpunkte des § 176, 2, noch von dem des § 59 aus vorgelegt werden. „Da das Gesetz im § 176, 2 die Wissenschaft oder das Bewusstsein des Thäters hinsichtlich der Geistesbeschaffenheit des Deliktobjekts nicht als Erfordernis des Thatbestandes ausdrücklich aufführt, so verstösst es wider die Vorschrift des § 243 St. P. O., wenn den im Gesetze selbst aufgeführten gesetzlichen Merkmale des Thatbestandes jenes subjektive Erfordernis der Fragestellung hinzugefügt wird“ (E. S. 337). Trotz dieser Unmöglichkeit, die Unkenntnis des Zustandes einer missbrauchten geisteskranken Frauensperson in die Fragestellung aufzunehmen, wird dem Umstande selbst die weitgehendste Berücksichtigung zu Teil. Zweckmässig wäre es wohl, um alle diese Schwierigkeiten zu beseitigen, in den Paragraphen einen Zusatz aufzunehmen, etwa dem des Vorentwurfes zu einem schweizerischen Strafgesetzbuche entsprechend: „in Kenntnis ihres Zustandes“.

Die Begriffe „Willenlosigkeit“ und „Bewusstlosigkeit“ des § 176, 2 sind nicht näher praecisirt, und auch aus der Literatur und Vergleichen mit andern Gesetzen ist keine rechte Klarheit zu gewinnen. Das niederländische Strafgesetzbuch enthält nur die Ausdrücke Bewusstlosigkeit und Ohnmacht; der Regierungsentwurf erwähnte noch die Möglichkeit: „dat zij (die missbrauchte Frauensperson) krankzinnig (geisteskrank) is“. Aus der Streichung dieses Satzes geht hervor, dass man geistige Störungen in dem Ausdrucke Bewusstlosigkeit mit einbegreifen wollte. Für unsere deutsche Gesetzgebung ist aber durch die gesonderte Aufführung der Geisteskrankheit diese Auslegung nicht zulässig.

Am einfachsten wird die Bedeutung der beiden Ausdrücke, zwischen denen eine scharfe Grenze nicht besteht, aus dem Zwecke des § 176 abzuleiten sein. Durch 176, 1 werden diejenigen getroffen, die zur Erreichung ihres Zieles Gewalt oder Drohung anwenden, der 2. Teil des § 176 schützt diejenigen, die durch Geisteskrankheit an der Abwehr eines Angriffs auf ihre Geschlechtschre verhindert sind, § 176, 3 die Kinder. Daraus folgt, dass in den Bezeichnungen Willenlosigkeit und Bewusstlosigkeit alle diejenigen Zustände enthalten sind, deren Schutz notwendig, aber eben wegen dieser Zustände nicht vorhanden ist. Wann ist nun eine erwachsene Frauensperson — abgesehen von den Fällen des § 176, 1 und der Geisteskrankheit — an der Abwehr eines versuchten Bei-

schlafs verhindert? Sehr klar drückt sich das italienische Strafgesetzbuch aus; in ihm wird (§ 331, 4) eine Strafe von 3—10 Jahren dem angedroht, der den Beischlaf mit einer Person andern Geschlechts vollzieht, die im Augenblicke der That „infolge geistiger oder körperlicher Krankheit oder aus einer andern von der That des Schuldigen unabhängigen Ursache . . . nicht in der Lage war Widerstand zu leisten“. Auf diese Unfähigkeit, Widerstand zu leisten, kommt es überhaupt nur an; unter Willenlosigkeit hätten wir also den Zustand zu verstehen, der den Willen zur Abwehr aus irgend einem Grunde nicht zur Geltung kommen lässt.

Von juristischer Seite (v. Liszt, Frank) werden körperliche Lähmungen, etwa in Folge von Schlaganfällen, und Gefesseltsein nicht hierhin gerechnet, doch ist diese Auffassung nicht allgemein angenommen. Die Notwendigkeit, auch solchen Personen Schutz zu gewähren, ist einleuchtend. Eine Anzahl von Gesetzen, wie das erwähnte italienische, das ungarische (§ 232, 2), das österreichische (§ 127), der schweizerische Vorentwurf (Art. 119) enthalten darüber ausführliche Bestimmungen; ich glaube wenigstens, dass der Ausdruck Wehrlosigkeit des österreichischen und ungarischen Gesetzes so aufgefasst werden muss, zumal das letztere daneben noch die Willen- und Bewusstlosigkeit unterscheidet. Ganz bestimmt muss ich die Auslegung Beckers ablehnen, der (S. 879) den willenslosen Zustand definiert als denjenigen, nicht durch Geisteskrankheit hervorgerufenen, Zustand krankhafter Störung der Geistesthätigkeit, in dem die freie Willensbestimmung in Bezug auf die Handlung (den sexuellen Missbrauch) ausgeschlossen ist; bewusstloser Zustand ist derjenige, nicht durch Geisteskrankheit hervorgerufene, Zustand krankhafter Störung der Geistesthätigkeit, in dem die freie Willensbestimmung völlig ausgeschlossen ist. Trotz der sorgfältigen historischen Begründung ist diese Ansicht weder glücklich noch zutreffend.

Ich möchte den beiden in Frage stehenden Ausdrücken die Deutung geben: Eine Frauensperson, die in Folge ihres körperlichen oder geistigen Zustandes, ohne als geisteskrank bezeichnet werden zu können, nicht imstande ist, ihren Willen, sich der geschlechtlichen Annäherung zu erwehren, zur Geltung zu bringen, ist **willenlos**; war die Behinderung der Abwehr im Zustande des Bewusstseins begründet, **bewusstlos** im Sinne des § 176, 2. An dieser Stelle bedarf es wohl keines Eingehens auf die Tragweite einer körperlichen Widerstandsunfähigkeit; wir können es den Juristen anheimgeben, ob der Geschlechtsverkehr mit einer körperlich Gelähmten nach § 176, 2 verfolgt werden kann oder nicht.

Für Becker ergibt sich aus seiner Definition gleich eine Schwierigkeit; Schlaf, Erschöpfung, Trunkenheit usw. sind für ihn nur dann verwertbar, wenn sie zu einem „krankhaften Zustande, zu einer organischen Störung“ führen. Davon kann natürlich keine Rede sein. Wenn es möglich ist, an einer in natürlichem Schlafe liegenden Frau den Beischlaf zu vollziehen, so hat diese Frau das gleiche Recht auf Schutz wie etwa eine andre im Zustande einer epileptischen



Ohnmacht oder eines postepileptischen krankhaften Schlafes. Die Frage, ob es möglich ist, eine schlafende Frau zu missbrauchen, ist früher viel discutirt worden. Hofmann (S. 156) erwähnt im ganzen drei Fälle. Die geringe Zahl dieser nicht einmal ganz einwandsfreien Vorkommnisse macht die Wahrscheinlichkeit eines solchen Deliktes nicht allzu gross. Doch lässt sich die Möglichkeit nicht in Abrede stellen, zumal dann nicht, wenn etwa besonders tiefer Schlaf infolge von Uebermüdung die Gelegenheit begünstigt. Dagegen halte ich mit Dittrich eine Defloration mit nachfolgender Cohabitation für unmöglich. Man wird jedenfalls gut thun, solchen Behauptungen gegenüber recht vorsichtig zu sein, und an den von Casper (S. 146) citirten Ausspruch Valentins zu denken: „Non omnes dormiunt qui clausos et conniventes habent oculos“.

Die gleiche vorsichtige Zurückhaltung ist überhaupt all' den Fällen gegenüber ratsam, in denen die Anschuldigung eines geschlechtlichen Missbrauches während eines Zustandes von Ohnmacht, Bewusstlosigkeit, Hypnose und Trunkenheit erhoben wird. Der positive Nachweis wird meist nur schwer zu führen sein, und oft dürfte dem Sachverständigen nur übrig bleiben, sein „non liquet“ auszusprechen. Ganz besonders schwierig für die Beurteilung sind die Hypnose und die Trunkenheit.

Es lohnt sich für die forensische Beurteilung nicht, die Zustände der tiefen Hypnose, die mehr dem Begriff der Bewusstlosigkeit, und die des hypnotischen Somnambulismus, die dem Begriff der Willenlosigkeit entsprechen, auseinander zu halten, da, wie S. 25 auseinandergesetzt wurde, beides nur Erscheinungsformen sind, nicht prinzipielle Gegensätze. Das muss besonders deshalb ausdrücklich hervorgehoben werden, weil von Lilienthal in seiner vorzüglichen Arbeit: „Der Hypnotismus und das Strafrecht,“ beeinflusst durch die inzwischen überwundenen Anschauungen der Pariser Schule, einen Unterschied zwischen diesen Zuständen annimmt. Den Somnambulismus, in dem, wie S. 25 geschildert, das ganze äussere Gebahren kaum das automatische, von den erteilten Suggestionen abhängige Handeln vermuten lässt, betrachtet von Lilienthal nicht als Zustand der Willenlosigkeit oder Bewusstlosigkeit (S. 362). Die Abhängigkeit der Hypnotisierten von dem Hypnotiseur ist aber gerade während der somnambulen Phase sehr gross.

Ich habe bei der Besprechung der kriminellen Suggestionen besonders hervorgehoben, dass die Kritik und der Widerstand nicht ganz beseitigt sind; doch werden wir wohl berücksichtigen müssen, dass ein Unterschied zwischen aktivem Handeln und passivem Dulden besteht. Richtig ist allerdings, dass es zuweilen der Hypnose nicht bedürfen wird, um die Geneigtheit der oft fanatisch an ihren Hypnotisuren hängenden Frauen bis zur sexuellen Hingabe zu steigern; indessen glaube ich nicht, dass man einen im Somnambulismus vollzogenen Beischlaf anders beurteilen darf, als den an einer hypnotisch Schlafenden. Auch für diese Zustände gilt die Thatsache, dass der Widerstand gegen Suggestionen nur verringert, nicht aufgehoben ist; und doch halten auch die skeptischen Beurteiler der Hypnose den sexuellen Missbrauch für möglich. Sehr gross ist glücklicherweise die Gefahr nicht, denn die Kasuistik ist bisher recht dürftig,

und hinter einige der mitgeteilten Fälle kann man ein recht grosses Fragezeichen setzen.

Zwei Gründe sind es hauptsächlich, auf denen die Schwierigkeit der Beurteilung beruht. Der eine ist die fliessende Grenze zwischen hypnotischer und Wachsuggestion. Die Erfahrung lehrt, dass alle, auch verständige, zu therapeutischen Zwecken hypnotisierte Frauen in grosse Abhängigkeit von den Hypnotisierenden geraten, die oft nicht ganz frei von unklaren und uneingestanden sexuellen Beimengungen ist. Bei hysterischen und psychopathischen Frauen nimmt diese Abhängigkeit den Charakter einer schwärmerischen Verehrung an, die auch ohne und ausserhalb der Hypnose von gewissenlosen Individuen leicht missbraucht werden kann. Schliesslich bedarf es dann kaum noch des Einschläferns, um den Rest eines schon im Wachzustand erschütterten Widerstandes gegen sexuelle Angriffe ganz zu beseitigen. Es kann dann recht schwer, ja aussichtslos werden, den Anteil der Hypnose an der Einwilligung festzustellen.

Die zweite, vielleicht noch grössere Schwierigkeit besteht in der Möglichkeit bewusster und unbewusster falscher Anschuldigungen. Vor absichtlicher falscher Bezichtigung ist kein Arzt sicher, um so weniger, je leichter glaubhaft die erhobene Anklage durch den Nachweis eines Zustandes von Bewusstlosigkeit wie bei Hypnose, Chloroformnarkose und dergl. wird. Diese Gefahr sollte allein genügen, um die Regel zum Gesetze zu machen, von dem ein Arzt nie abweichen sollte: Hypnosen von Frauen nur im Beisein einer zuverlässigen Zeugin vorzunehmen. So oft auch von kompetentester Seite und mit guten Gründen diese Vorschriftsmaassregel eingeschärft worden ist, aus Bequemlichkeit und Gleichgültigkeit wird immer wieder gegen sie gesündigt, und höchst peinliche Anklagen sind die Folgen dieser Nachlässigkeit.

Absichtliche unwahre Beschuldigungen gehen meistens von fragwürdigen Individuen aus, deren Unzuverlässigkeit, Lebenswandel, soziale Umgebung von vornherein den Richter gegen die Glaubwürdigkeit ihrer Anzeigen misstrauisch machen müssen. Es kommen aber auch Fälle vor, in denen eine Anzeige im besten Glauben erhoben wird. Meynert, der allerdings dem Hypnotismus gegenüber überhaupt eine sehr ablehnende Haltung einnimmt, erwähnt (S. 197) zwei Aerzte, die während der Hypnose Spermatorrhoe beobachteten. Ob eine sexuelle Erregung häufiger vorkommt, ist nicht bekannt; man thut aber gut, mit dieser Möglichkeit zu rechnen. Besonders gilt das für Hypnosen bei Hysterischen; diese Kranken erleben in ihren hysterischen Anfällen oft ganz verwickelte sexuelle Abenteuer, die sich mit ungeheurer Plastik vor den Augen des Beobachters abspielen. Kein Wunder, wenn nachträglich in der unklaren Erinnerung diese Ereignisse eine bedeutende Rolle spielen. Die Autosuggestibilität steigert die unklaren Vorstellungen bis zur greifbaren Deutlichkeit, und die Anschuldigung wird im besten Glauben erhoben.

Das Verhalten der Erinnerung an die Hypnose ist sehr verschieden. Oft vermag der Befehl des Hypnotisierenden jede Erinnerung auszulöschen, oft sind aber trotz dieser erteilten Suggestion Bruchstücke erhalten, die dann von der

Phantasie zu einem durchaus nicht immer den Thatsachen entsprechenden Erlebnis kombiniert werden. Sollten wirklich sexuelle Erregungen während des Schlafens häufiger eintreten, so kann sehr leicht die Nachempfindung zum Ausgangspunkte einer durch allerhand missverständene Erinnerungsreste verstärkten Vorstellung werden, sexuell missbraucht worden zu sein. Wenn dann die feste Ueberzeugung von der erlittenen Kränkung der geschlechtlichen Ehre der Anschuldigung den Ton der ungekünstelten Erregung verleiht, wenn einzelne Angaben glaubhaft, die Person der Anzeigerin unverdächtig erscheinen, kann wohl ausser dem nur selten zu führenden Nachweis der sexuellen Unberührtheit der angeblich Missbrauchten nur die Anwesenheit unverdächtigter Zeugen den angeschuldigten Hypnotisierenden vor einer Verurteilung schützen. Selbst wenn eine Freisprechung erfolgt, bleibt nur zu leicht ein Makel an dem Arzte haften, dem er nur durch das schon oben hervorgehobene Festhalten an der Regel vorbeugen kann: nur in Gegenwart zuverlässiger Personen Frauen zu hypnotisieren.

Ganz ähnlich ist die Sachlage bei Narkosen. Die Betäubung durch Chloroform, Aether, Lachgas und andere Mittel, die zum Zwecke operativer Eingriffe herbeigeführt wird, würde einen sexuellen Missbrauch der Narkotisierten sehr wohl zulassen; die Empfindungslosigkeit, die eine schwere oft stundenlange Operation gestattet, ist natürlich tief genug, um nicht allein eine Cohabitation, sondern auch eine Defloration zu ermöglichen. Die Bewusstlosigkeit ist so hochgradig, dass auch die Erinnerung an das Vorgenommene gänzlich zu fehlen pflegt. Diese Thatsache ist wohl zu beachten, falls etwa eine derartige Anschuldigung gegen einen Arzt erhoben wird, da an und für sich eine nur auf die Angabe der Betäubten gestützte Anzeige nicht viel Wahrscheinlichkeit für sich hat. Falsche Auslegungen nachträglicher Empfindungen und während des Erwachens im Halbschlafe gemachte und missdeutete Wahrnehmungen können leicht, wie vereinzelte Fälle gelehrt haben, zu irrtümlichen Anschuldigungen Anlass geben.

Ab und zu wird die öffentliche Aufmerksamkeit durch die Erzählungen von Attentaten in Eisenbahnen, von Ueberfällen allein wohnender Frauen und Dienstmädchen erregt, die angeben, durch Vorhalten einer betäubenden Substanz eingeschläfert und dann genotzüchtigt worden zu sein. Die Wirkung aller unsrer narkotisierenden Mittel ist aber durchaus keine so prompte, dass nicht ein energisches Widerstreben möglich wäre. Vor allem gilt das von den sagenhaften überreichten Blumensträussen, Zeitungen und ähnlichen Dingen, die sofort Schlaf erzeugt haben sollen. Anders zu beurteilen ist die Möglichkeit, eine in natürlichem Schlafe liegende Person zu narkotisieren. Auch das ist nicht leicht und bedarf eines vorsichtigen und sachverständigen Vorgehens; doch gelang es Delbeau (S. 168) von 29 schlafenden Kranken 10 zu chloroformieren, während die andern erwachten. Es ist nicht zu leugnen, dass die Narkotisierung zum Zwecke geschlechtlichen Missbrauches möglich ist; bisher ist kein Fall bekannt, in dem die Narkose eigens zu diesem Zwecke angewendet worden ist. Die Strafe würde unter diesen Umständen erheblich erhöht werden.



**§ 177.** Mit Zuchthaus wird bestraft, wer durch Gewalt oder durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben eine Frauensperson zur Duldung des ausserehelichen Beischlafs nötigt, oder wer eine Frauensperson zum ausserehelichen Beischlaffe missbraucht, nachdem er sie zu diesem Zwecke in einen willenslosen oder bewusstlosen Zustand versetzt hat.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter einem Jahre ein.

In gleicher Weise müsste man eine zur Brechung des gefürchteten Widerstandes eingeleitete Narkose beurteilen. Die Narkose stellt vermöge ihrer Gefährlichkeit grosse Anforderungen an die sorgfältige Ueberwachung der Herzthätigkeit und der Atmung, Anforderungen, die sich mit der Begehung eines Unzuchtsverbrechens nicht vereinbaren lassen. Sollte nun eine derartige Narkose tödlich enden, so müsste der § 178 zur Anwendung kommen:

**Ist durch eine der in den §§ 176 und 177 bezeichneten Handlungen der Tod der verletzten Person verursacht worden, so tritt Zuchthausstrafe nicht unter zehn Jahren oder lebenslängliche Zuchthausstrafe ein.**

Von allen andern, eine Betäubung herbeiführenden Substanzen, wie Chloral, Opium, Morphinum gilt dasselbe wie für das Chloroform. Ihre Anwendung zur Erreichung einer den Beischlaf ermöglichenden Bewusstlosigkeit ist möglich, aber bisher noch nicht beobachtet worden. Dagegen können wir an einem andern Betäubungsmittel nicht vorübergehen, das gewiss in vielen Fällen seine traurige Wirkung ausübt. Ich meine den Alkohol. Ueber die Rolle, die der Trunkenheit im sexuellen Leben des Volkes zukommt, kann kein Zweifel bestehen. Nicht beim Manne allein giebt der Rausch den Anstoss zu geschlechtlichen Ausschweifungen; auch die Frau unterliegt in der Angetrunkenheit leichter der Verführung. Ist die Betrunktheit hochgradig, so entspricht sie einem Zustande der Willen- oder Bewusstlosigkeit, und ein an einer Volltrunkenen vollzogener Beischlaf müsste zu den Verbrechen des § 176, 2 gerechnet werden. Diese Auffassung wird wohl nicht bezweifelt werden können, soweit etwa der Missbrauch einer in betrunkenem Zustande aufgefundenen Frauensperson in Betracht kommt.

Weniger einfach ist die Beurteilung, wenn alkoholische Getränke gegeben wurden, um den erwarteten Rausch dann zu missbrauchen (§ 177). Einerseits wird man bedenken müssen, dass die Wirkung des Alkohols im allgemeinen zu gut bekannt ist, um nicht eine Art Einwilligung der Berauschten annehmen zu dürfen, andererseits hebt der Rausch schon sehr bald das Schwergewicht ethischer und sozialer d. h. rein praktischer Bedenken auf. Es bedarf nicht erst der höchsten Grade der Betrunktheit, um einen psychischen Widerstand zu brechen, der in der Nüchternheit nicht zu überwinden wäre. Nach österreichischem und italienischem Gesetze ist die Strafbarkeit des Missbrauchs Betrunkener wohl nicht zulässig. Ersteres spricht von „arglistiger Betäubung“ letzteres von „betrügerischen Mitteln“. Eine Erwachsene muss die Folge des Alkoholgenusses in dem groben Sinne, der allein hier maassgebend sein kann, genügend erwägen können, um die Be-

zeichnung von Wein oder Schnaps als betrügerisches Mittel, das Anbieten alkoholhaltiger Getränke als arglistige Betäubung nicht zu rechtfertigen. Das deutsche Strafgesetz enthält keinen derartig erläuternden Zusatz, doch darf wohl sinngemäss angenommen werden, dass nur ausnahmsweise der Alkohol zu einer Bestrafung auf Grund des § 177 führen kann.

Alle andern Zustände von Bewusstlosigkeit, wie epileptische Dämmerzustände und Ohnmachten bedürfen keiner besonderen Erläuterung. Die Begleitumstände, über deren Tragweite der Sachverständige durch sorgfältiges Erheben der Zeugenbeobachtungen, körperlicher Verletzungen (Zungenbisse!), der Vorgeschichte bald ein klares Bild gewinnen wird, werden nur selten Unklarheit bestehen lassen. Abgesehen von diesen Fällen aber kann der Richter und der Sachverständige nicht vorsichtig genug sein, wenn Bewusstlosigkeit oder Willenlosigkeit vorgegeben wird. Die Aufrichtigkeit pflegt in sexuellen Fragen allgemein keine allzugrosse zu sein. Das Interesse, eine geschlechtliche Ausschreitung, besonders wenn sie von Schwangerschaft gefolgt wird, zu verdecken, die eigne Schuld zu verringern, oft auch ernstere criminelle Gründe, wie der Wunsch, eine Erpressung zu verüben, neben diesen bewussten noch die unbewussten Täuschungen mahnen gebieterisch zu grosser Skepsis.

Manche Gesetzbücher, wie das ungarische und italienische, bestrafen die besprochenen Verbrechen nur auf Antrag. Das ist insofern recht bedenklich, als bei Geisteskranken erst ein Vormund ernannt werden müsste, um die Verfolgung zu ermöglichen. Auch die Schwere des Verbrechens lässt diese Einschränkung als unzweckmässig erscheinen. Mit Recht wurden deshalb durch die Novelle vom 26. II. 1876 die §§ 176, 177 und 178 aus der Zahl der Antragsdelikte gestrichen. Ich hebe das deshalb besonders hervor, weil weder Krafft-Ebing in der 3. Auflage seines Lehrbuches der gerichtlichen Psychopathologie (1892), noch Hofmann in der 5. Auflage seines Lehrbuches (1891) von dieser wichtigen Aenderung Notiz genommen hatten.

---

## Kapitel VI.

### Verfall in Siechthum und Geisteskrankheit.

Dauer und Heilbarkeit sind für den Begriff Geisteskrankheit unwesentlich. — Ursachen der Geisteskrankheiten. — Epilepsie und Hysterie. — Adäquate Folge; direkter kausaler Zusammenhang. — Siechthum.

**§ 224.** Hat die Körperverletzung zur Folge, dass der Verletzte (ein wichtiges Glied des Körpers, das Sehvermögen auf einem oder beiden Augen, das Gehör, die Sprache oder die Zeugungsfähigkeit verliert, oder in erheblicher Weise dauernd entstellt wird, oder) in Siechthum (Lähmung) oder Geisteskrankheit verfällt, so ist auf Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder Gefängnis nicht unter einem Jahre zu erkennen.

**§ 225.** War eine der vorbezeichneten Folgen beabsichtigt und eingetreten, so ist auf Zuchthaus von zwei bis zu zehn Jahren zu erkennen.

**§ 228.** Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist in den Fällen der §§ 224 (und 227, Absatz 2) auf Gefängnis nicht unter einem Monat zu erkennen.

Die Fälle des § 224 sind gemäss des im § 227 gemachten Hinweises als schwere Körperverletzungen anzusehen. Mit vollem Rechte, denn nächst dem Tod ist kaum eine traurigere Folge einer Körperverletzung denkbar, als die dauernde Verstümmelung, als Siechthum und Verfallen in Geisteskrankheit. Besonders die letztere Folge stellt sich als eine so bedauerliche Erscheinung dar, dass man oft den Tod als das leichtere Uebel für den Kranken und seine Familie ansehen muss. Was aber ist unter Verfallen in eine Geisteskrankheit zu verstehen? Oppenhoff definiert Geisteskrankheit als eine von dem leidenden Zustand des Körpers unabhängige Störung der Geistesthätigkeit. Diese Erklärung ist deshalb unhaltbar, weil gerade diejenige Störung, die am häufigsten im Anschlusse an Körperverletzung beobachtet wird, die Epilepsie in all ihren Formen, also auch in der einer epileptischen Psychose oder epileptischen Verblödung, oft in direkter Abhängigkeit von einer Schädelnarbe steht; ebenso wenig werden wir doch die Gehirnerweichung aus dem Zusammenhange mit dem leidenden Zustande des Körpers lösen dürfen.

Eher kann man mit Oppenhoffs Ansicht einverstanden sein, dass Dauer und Heilbarkeit des Zustandes für den Begriff der Geisteskrankheit unwesentlich ist. Das österreichische Strafgesetzbuch unterscheidet zwischen der Geisteszerrüttung und der Geisteszerrüttung ohne Wahrscheinlichkeit der Wiederherstellung (§ 152 und § 156b). Diese Scheidung kann den Sachverständigen in eine höchst peinliche Lage bringen. Das auf Verursachung einer Geisteszerrüttung ohne Wahrscheinlichkeit der Wiederherstellung stehende Strafminimum von fünf Jahren schweren Kerkers verlangt die denkbar grösste Vorsicht; treten doch zuweilen noch nach Jahren Besserungen auf, die wir im Sinne des Gesetzes wohl als Wiederherstellung bezeichnen können. Andererseits entwickelt sich oft eine Psychose nicht unmittelbar zeitlich nach einer Verletzung und nimmt nicht selten plötzlich oder allmählich eine unerwartete Wendung zum Schlechten.

Vor Irrtümern kann auch die grösste Erfahrung deshalb nicht schützen, weil in der Regel die Aburteilung, damit also die Notwendigkeit eines prognostischen Urteils, schon bald nach der That stattfindet, also zu einer Zeit, in der ein klares Erkennen der Folgen auf psychischem Gebiete noch unmöglich ist. Ich unterschreibe hinsichtlich der Prognose durchaus Geyers Worte (in Holtzendorffs Handbuch des deutschen Strafrechts III. S. 536), dass sich nur selten über die Dauer der Geisteskrankheit und über die „Wahrscheinlichkeit der Wiederherstellung“ mit Sicherheit urteilen lasse, da nur zu leicht Disposition zur Rückfälligkeit auch bei scheinbar vollkommen geheilten Geisteskrankheiten vorhanden, und da insbesondere blosser Nachlass der „periodischen“ Geistesstörungen oft schwer von wirklicher Heilung zu unterscheiden ist. Eine schnell vorübergehende Psychose, wie etwa ein epileptischer Dämmerzustand, wird wohl nicht als ein Ver-



fallen in Geisteskrankheit bezeichnet werden müssen. Nicht die Unheilbarkeit wird verlangt (so z. B. E. S. 649), sondern eine längere Dauer.

Die schlechte Prognose der Psychose ist auch insofern gleichgiltig, als jede Geistesstörung eine so schwere soziale und individuelle Schädigung bedeutet, dass nicht erst noch ihre Unheilbarkeit verlangt werden muss, um den Thäter mit der ganzen Schwere des Gesetzes zu treffen — vorausgesetzt, dass sich überhaupt ein solches Vorgehen vom Standpunkte des Psychiaters aus rechtfertigen lässt. Wenn ich auf S. 5 der Strafrechtswissenschaft den Vorwurf machte, dass uns die Ursachen der Verbrechen nur zum kleinsten Teile bekannt sind, so muss ich hier gestehen, dass wir uns in der Irrenheilkunde in der gleichen bedauerlichen Lage befinden. Selbst bei den Psychosen, deren Ursache offen zu Tage tritt, wie z. B. bei dem Delirium tremens, das nie ohne länger dauernden Alkoholmissbrauch auftritt, bleibt die Frage offen, warum der eine Trinker in Säuferwahnsinn verfällt, während ein anderer eine ganz andersartige Alkoholpsychose oder Alkoholepilepsie bekommt oder auch gar nicht geistig erkrankt. Nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz derjenigen, die schwere Schädelverletzungen erleiden, erkrankt später an einer Psychose; wie weit ist nun diese Verletzung Ursache?

Dürften wir uns nach den Aussagen der Kranken oder ihrer Familien richten, so wäre die Sachlage unendlich einfach. Sie wissen uns stets eine Ursache anzugeben; körperliche Leiden, akute Krankheiten, Sorgen, unglückliche Liebe u. s. w., alle diese Ursachen müssen wir mit grösster Vorsicht aufnehmen. Oft lehrt uns dann eine sorgfältige Erhebung der Anamnese, dass die Spuren der Erkrankung schon lange Zeit bestanden, bevor die Schädigung eintrat. In solchen Fällen müssen wir den Zusammenhang zwischen Psychose und einer etwaigen Körperverletzung natürlich ablehnen.

Wenn aber eine Erkrankung, wie z. B. das sogenannte cirkuläre Irresein, sich an ein Trauma anschliesst, eine Psychose, deren einzelne Anfälle sich meist von selbst einstellen, gelegentlich aber auch durch eine äussere Schädigung ausgelöst werden, wenn eine akute Psychose oder die ersten Anzeichen einer Gehirnerweichung zeitlich bald nach einer Körperverletzung auftreten, so wird uns durch das Verlangen einer genauer Beantwortung der Frage nach dem Zusammenhang im Sinne des § 224 eine Aufgabe auferlegt, die wir psychiatrisch nicht zu lösen vermögen. Wir dürfen die Verletzung höchstens als ein Glied der Kette von Ursachen ansehen, nicht als das entscheidende, vielleicht nicht einmal als ein notwendiges.

Auf zwei Formen geistiger Erkrankung muss ich besonders hinweisen, auf die Epilepsie und die Hysterie. Beschränkt sich die erstere auf einfache Krampfanfälle, so kann sie auch als Siechthum im Sinne des § 224 angesehen werden, ebenso wie auch die Hysterie meist diesem Begriffe zugerechnet wird. Doch sind die Grenzen gegenüber der geistigen Störung nur fliessende, bei Vorwiegen der psychischen Erscheinungen wird man sie eher der Geistesstörung zuweisen müssen. Es ist aber für die vorliegende Schwierigkeit auch ganz gleichgiltig. Dass sich Epilepsie oft an ein Schädeltrauma anschliesst, und dass sie

zu gänzlicher Umgestaltung der Persönlichkeit und zu völliger Verblödung führen kann, ist klinisch unanfechtbar. Unanfechtbar ist aber auch, dass nur bei einzelnen Personen sich dieser schwere Symptomenkomplex entwickelt. Noch deutlicher ist das bei der Hysterie. Bei dieser Krankheit kommt es gar nicht auf die Schwere der Verletzung an; eine leichte Misshandlung kann einen Zustand auslösen, der allen Heilungsbestrebungen trotzt. Gerade so gut wie die Misshandlung hätte, so lehrt uns die klinische Erfahrung, bei einer solchen zur Hysterie prädisponierten Person ein Schrecken, der Tod eines Angehörigen, eine jähe Freude die Erkrankung hervorrufen können, aber wir müssen uns sagen, dass im konkreten Falle die Körperverletzung den Anstoss zum Auftreten der Symptome gegeben hat. Ist das nun eine „Folge“, wie sie der § 224 verlangt?

„Ursache ist jeder Zustand und jedes Ereignis, das nicht hinweggedacht werden kann, ohne dass gleichzeitig der Erfolg entfiel.“ „Hat eine menschliche Handlung zu dem Eintritte eines bestimmten Ereignisses auch nur das geringste beigetragen, so ist sie als Ursache desselben anzusehen.“ (Frank S. 12). Wenn wir uns dieser Anschauung anschliessen, haben wir es leicht mit der Beantwortung der Frage nach dem Zusammenhang.

Ich muss hier von meinem Bestreben, Kasuistik zu vermeiden, abgehen, um das medicinisch Unstatthafte der Frankschen, allerdings nicht gerade auf § 224 zugespitzten Erklärung zu illustrieren. Ein zwölfjähriger Knabe wurde von einem Lehrer misshandelt, ohne dass die Art der Misshandlung (Zupfen am Ohr und leichte Schläge auf den Kopf) schwerere Folgen wahrscheinlich machte. Der Arzt missskannte die auftretenden Symptome der Hysterie und sprach von Hirnentzündung und Gefahr für das Leben; die Eltern betrachteten, auch als die Unrichtigkeit der Diagnose klar war, ihr Kind als schwerkrank und unheilbar. Während unserer Beobachtung, d. h. dem suggestiven Einfluss der für ihr Kind töricht besorgten und dem Lehrer übelgesinnten Eltern entzogen, verlor der Knabe bald alle Erscheinungen wieder. Hätte man ihn seinen Eltern gelassen, so wäre eine schwere, wahrscheinlich unheilbare Hysterie die Folge gewesen. (Ein ähnlicher Fall bei Schultze S. 280.)

Die Misshandlung des Lehrers hat den Eintritt der Erkrankung hervorgerufen, die Unheilbarkeit aber würde man nur auf die unzweckmässige Behandlung durch den Arzt und die Eltern zurückführen dürfen. Wir können als Mediciner unmöglich unsere Hand bieten zu einer solchen Verkenntung zwischen Ursache und Folge. Nicht einmal soweit können wir gehen, wie Liszt (S. 23): „Ueberall dort, wo der Eintritt eines bestimmten Erfolges im Gesetze als Bedingung der Strafbarkeit oder als Bedingung höherer Strafbarkeit aufgefasst wird, ist nach der vorherrschenden Ansicht ursächlicher Zusammenhang des Erfolges mit der Handlung nicht anzunehmen, wenn der Erfolg nur durch eine ganz ausnahmsweise Verkettung von Umständen herbeigeführt wurde“.

Ich weiss sehr wohl, dass ich damit in das Gebiet der Erfolgshaftung geraten bin, deren übertriebene Ausdehnung auch in juristischen Kreisen immer

entschiedener missfällt; eine strafrechtliche Aenderung war bereits Gegenstand der Verhandlungen der I. K. V. in Strassburg (1900) und wird wohl auch nicht allzulange auf sich warten lassen.

Selbst wenn wir aber auch unsere Bedenken überwinden, müssen wir doch in Anbetracht der strafrechtlichen Folgen unseres Urtheiles in jedem Falle alles aufbieten, um Klarheit zu gewinnen über den Zusammenhang zwischen Körperverletzung und geistiger Störung. Der durch von Kries (S. 224) eingeführte Ausdruck der adäquaten Folge scheint mir den Gesichtspunkt zu geben, den wir zur Beurteilung nötig haben. Die zufällige oder, wie im beschriebenen Falle, durch ganz fremde Einflüsse bewirkte Folge einer Körperverletzung dem Thäter zuzurechnen, verletzt ein empfindliches Rechtsgefühl. Nur dann, wenn die Geisteskrankheit in einem direkten causalen Zusammenhang mit der Körperverletzung steht, wenn nicht durch ein unglückliches Zusammentreffen aller möglichen Ursachen die Misshandlung nur die zufällige Auslösung wurde, nur dann dürfen wir den § 224 für anwendbar erklären.

Dieser prinzipiellen und naturwissenschaftlich begreiflichen Antipathie gegen die Erfolgshaftung auch bei zufälliger, inadäquater Verursachung dürfen wir glücklicherweise meist Folge geben, auch bevor uns die Aenderung der Gesetze allgemein die Möglichkeit dazu bietet. Der Fehler, der uns die Entscheidung erschwert, macht sie uns auf der andern Seite leicht. Unsre mangelnden Kenntnisse über die Aetiologie der Psychosen zwingt uns zur grössten Zurückhaltung in unserm Urtheil. Die Fälle, in denen wir unbedenklich strafrechtlich eine Psychose auf eine Körperverletzung zurückführen dürfen und einen ursächlichen Zusammenhang annehmen müssen, sind selten. Und auch in den Fällen berechtigt uns die klinische Erfahrung, den Richter auf die Mitwirkung andrer ursächlicher Momente, wie erbliche Belastung, Alter, Alkoholmissbrauch, überstandene Syphilis usw. aufmerksam zu machen.

Die gleichen Bedenken hinsichtlich des Zusammenhanges zwischen Verletzung und Folge gelten auch für den Begriff Siechthum, wenn auch vielleicht in etwas weniger ausgeprägtem Maasse. Der Begriff Siechthum ist durchaus nicht leicht zu unschreiben, da der Ausdruck kein medicinischer ist. Man pflegt mit Siechthum einen Zustand von Kränklichkeit zu bezeichnen, der den Leidenden unfähig zu jeder Arbeit und Berufsthätigkeit, pflegebedürftig und hilflos macht. Es verbindet sich mit dieser Auffassung die Vorstellung des chronischen Leidens; nicht aber notwendigerweise die eines unheilbaren.

Die kgl. wissenschaftliche Deputation für das Medicinalwesen hatte vorgeschlagen, von „anhaltendem Siechthum“ zu reden, entsprechend dem „immerwährenden“ des österreichischen Gesetzes. Der Entwurf des Strafgesetzbuches (Motive 5. S. 114) verwarf diesen Vorschlag, „weil der Zustand des Siechthums in sich eine längere Dauer voraussetzt und der Zusatz leicht Veranlassung zu einer schwankenden Auslegung geben könnte“. Später (Superarbitrium über einen in Siechthum verfallenen Verletzten, Vierteljahrsschrift für gerichtliche Medicin. N. F. XXVII. S. 385) hat sich die Deputation der Anschauung angeschlossen,



dass in dem Begriff Siechtum nicht unbedingt auch der der Unheilbarkeit liege. Eine Reichsgerichtsentscheidung (E. XII. S. 127) erklärte einen chronischen Krankheitszustand, bei dem nach siebenmonatigem Bestehen sich nicht absehen liess, „ob er jemals oder wann beseitigt werden könne“, für Siechtum. Es ist nötig, „dass der Krankheitsprocess abgeschlossen ist, und seine Wirkung ein für alle mal feststeht“. Von dem Krankheitszustand selbst wird verlangt, „dass er den ganzen Organismus des Verletzten ergreifend, eine erhebliche Beeinträchtigung des Allgemeinbefindens, eine Abnahme der Körperkräfte und Hinfälligkeit zur Folge hat“.

Mit dieser Auffassung kann man sich wohl einverstanden erklären; die Insassen der Siechenhäuser zeigen uns am besten den Umfang der Leiden, die zu chronischem Siechtum führen. Unter diesen befinden sich fast allenthalben auch Geisteskranke und zwar vorwiegend solche, die einer speciell psychiatrischen Behandlung nicht bedürfen, aber zu hinfällig oder zu hilflos und unselbständig, oft auch zu pflegebedürftig sind, um in der Freiheit oder in ihren Familien leben zu können. Anscheinend ist durch die besondere Erwähnung der Geisteskrankheiten im § 224 die Annahme eines geistigen Siechtums überflüssig. Doch stimme ich Schultze (S. 285) durchaus zu, dass es für eine Reihe von Zuständen aus praktischen Gründen empfehlenswert ist, von Siechtum zu sprechen, obgleich nicht körperliche, sondern psychische Störungen im Vordergrund stehen. Als solche Invaliditätszustände sind schwere Hysterien, Epilepsie (Skrzeczka, S. 256), traumatische Psychosen aufzufassen. Auch das Reichsgericht hat sich in dem Schultze'schen Falle (S. 285) ähnlich ausgesprochen: „Es giebt nicht nur körperliches, sondern auch geistiges Siechtum, das nicht notwendig Geisteskrankheit sein muss“.

Bei der Beurteilung des Siechtumszustandes spielen die individuellen Verhältnisse eine nicht geringe Rolle; abgesehen von der Möglichkeit einer zweckmässigen Behandlung, die den Begüterten vor dem Verfall in Siechtum leichter bewahrt, wird jede Störung seiner körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit den Armen in viel höherem Maasse schädigen. Ob wir aber gut thun, wie Skrzeczka will, die Arbeitsfähigkeit zum Maassstabe zu machen, ist doch wohl fraglich. Das Strafminimum der schweren Körperverletzung bleibt hinter dem Strafmaximum der einfachen (§ 223) weit zurück; der Richter hat es daher auch bei Nichtanerkennung des Siechtums in der Hand, den Thäter empfindlich zu strafen, falls die Folgen der Körperverletzung und der unzweifelhafte Zusammenhang von That und Ausgang ihm die Zuerkennung einer hohen Strafe wünschenswert erscheinen lassen.

---

## Kapitel VII.

**Die Verantwortlichkeit des Irrenarztes.**

Aufsicht über die Kranken. — Sicherheitsmaassregeln. — Isolierung. — Untersuchungsgefangene. — Geisteskranke Verbrecher. — Bewegungsfreiheit. — Entlassung. — Bezirksratsbeschluss.

Mit dem Augenblicke der Aufnahme eines Geisteskranken in ein Krankenhaus übernimmt der Leiter desselben nicht nur die Fürsorge für den Kranken, sondern auch die Verantwortung gegenüber der Aussenwelt. So selbstverständlich das erscheint, so schwierig gestalten sich diese verschiedenartigen Beziehungen zu dem Kranken und Gesunden in der praktischen Ausführung. Die bekannte Erzählung, deren geschichtliche Glaubwürdigkeit nicht erörtert werden braucht, nach der Pinel, der berühmte französische Irrenarzt, 1793 gegen den Wunsch des Conventes den Irren in der Salpêtrière zu Paris die Ketten abnahm, kennzeichnet den Ausgangspunkt einer weitgehenden Umgestaltung in der Irrenpflege. Aus den Kerkern und Narrentürmen vergangener Jahrhunderte wurden Krankenhäuser und landwirtschaftliche Kolonien. Der mechanische Zwang machte der freien Behandlung Platz, deren Krönung des sogenannten Open-door-System darstellt. Wer in einer unsrer nach modernen Anschauungen eingerichteten und geleiteten Anstalten die Schaaren fleissig das Feld bebauender Kranker beobachtet, kann sich wohl der Anerkennung nicht verschliessen, eine kulturelle That von höchster Bedeutung vor sich zu haben. Unwillkürlich aber wird er ein Gefühl der Beklemmung empfinden, ob nicht die allzugrosse Humanität, das den Kranken zu Gute kommende hohe Maass persönlicher Freiheit Gefahren für die Oeffentlichkeit mit sich bringe.

Wir dürfen als Irrenärzte nicht die wohlbegründeten Wünsche, die wir im Interesse unsrer Kranken hegen, so ausschliesslich in den Vordergrund stellen, dass darunter die Rechtssicherheit der Gesunden leiden dürfte. Thatsächlich haben sich auch bereits Stimmen erhoben, die sich gegen die Bewegungsfreiheit wenden, die wir den Kranken gewähren. Kornfeld (S. 210) verlangt aufs Dringendste: „Garantien nicht blos vor einer ungerechten Einsperrung, sondern auch vor Gefährdung durch unverantwortliche Personen.“ In der That kann ja nicht in Abrede gestellt werden, dass der mit Ackerbau beschäftigte, in Schlosser- und Schreinerwerkstätten arbeitende Geisteskranke jederzeit Waffen zur Hand hat, mit denen er seiner Umgebung ernstlich gefährlich werden könnte.

Die Paragraphen, auf Grund deren gegen einen Irrenarzt in solchen Fällen eingeschritten werden könnte, sind folgende:

**§ 230.** Wer durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung eines anderen verursacht, wird mit Geldstrafe bis zu 900 Mark oder Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

War der Thäter zu der Aufmerksamkeit, welche er aus den Augen setzte, vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet, so kann die Strafe auf drei Jahre Gefängnis erhöht werden.

**§ 222. Wer durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verursacht, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.**

Wenn der Thäter zu der Aufmerksamkeit, welche er aus dem Auge setzte, vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet war, so kann die Strafe bis auf fünf Jahre Gefängnis erhöht werden.

Es wird wohl nicht bezweifelt werden können, dass wir zu dieser Aufmerksamkeit durch unsern Beruf verpflichtet sind; Niemand würde sich der Berechtigung, ja der Notwendigkeit einer Strafe verschliessen, wenn ein Irrenarzt, der die Gefährlichkeit eines Kranken kennt, die notwendigen Vorsichtsmaassregeln unterlässt. Dazu gehört auch die Aufsicht über Kranke, die nicht andern, sondern sich selbst gefährlich sind. Das Reichsgericht (E. VII. S. 332) hat entschieden, dass die Unachtsamkeit zweier Wärterinnen, die einer als selbstmordsüchtig bekannten Kranken den Selbstmord ermöglichte, als Fahrlässigkeit im Sinne des § 222 anzusehen ist. Auch der Irrenarzt, der trotz seiner Kenntnis von der Suicidneigung eines Kranken die notwendigen Vorsichtsmaassregeln anzuordnen verabsäumen würde, wäre mit vollem Rechte nach § 222 strafbar. Ich habe allerdings in der Litteratur keinen derartigen Fall finden können.

Dagegen ist bei Tötung und Verletzung Anderer durch Kranke mehrfach Anklage gegen die beteiligten Irrenärzte erhoben worden. Die Strafbarkeit ist abhängig von der Fahrlässigkeit. Die Untersuchung würde also vor allem festzustellen haben, ob der Zustand des Kranken ein solcher war, dass Gewaltthätigkeiten erwartet werden konnten; war das der Fall, ob genügende Sicherheitsmaassregeln getroffen worden waren. Dem Laien wird als die zweckmässigste Sicherung die durch mechanischen Zwang (Zwangsjacke, feste Lederhandschuhe und dergl.) oder durch Einsperrung in feste Zellen erscheinen. Mit Unrecht, wie sich daraus ergibt, dass einige der im letzten Jahrzehnt in Frankreich bekannt gewordenen Tötungen durch Kranke gerade von solchen Patienten begangen wurden, die in der Zwangsjacke lagen oder isoliert waren.

Wir besitzen ein besseres, zuverlässigeres und humaneres Mittel in unsern Wachabteilungen; die ununterbrochene Aufsicht bei Tag und Nacht, die von einer Wachabteilung nicht zu trennende strenge Durchführung der sogenannten Bettbehandlung, die besondere Vorsicht in Bezug auf gefährliche Gegenstände innerhalb dieser Abteilungen verringern die Gefahren in den Irrenanstalten bedeutend.

In einzelnen Fällen, bei besonders gewalthätigen Kranken wird man auch eine zeitweise Isolirung nicht umgehen können; aber diese Einsperrung pflegt — abgesehen von allen sonstigen Unzuträglichkeiten — die Reizbarkeit mancher Kranken, besonders besonnener nur zu erhöhen, die Gefahr nur zu vergrössern. Trotzdem wird man dann das Interesse solcher Kranker hinter dem der Allgemeinheit zurücktreten lassen müssen, wenn die Gefahr für die andern Bewohner der Irrenanstalt so gross ist, dass mit den sonstigen Mitteln ihr nicht ausreichend vorgebeugt werden kann.

Dann allerdings ist die Entscheidung doppelt schwer und in jedem Falle hart, wenn dem Arzte durch äussere Verhältnisse die Rolle eines Kerkermeisters



zugeteilt wird. Das gilt vor allem für Untersuchungsgefangene, die zur Beobachtung ihres Geisteszustandes nach § 81 St.P.O. einer Anstalt zugewiesen werden. Wir sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass sie nicht entweichen können. In einer Reichsgerichtsentscheidung (E. XIX. S. 330) wird ausdrücklich ausgeführt, dass Wärter eines Krankenhauses, denen Untersuchungsgefangene zur Beaufsichtigung übergeben worden sind, für dieselben haften wie Gefangenewarter, dass folglich eine Entweichung, die durch Fahrlässigkeit möglich wurde, nach § 121 St.G.B.<sup>1)</sup> strafbar ist. In dieser Entscheidung ist erwähnt, dass es gleichgültig sei, ob die Verwaltung des Krankenhauses die Verantwortung für die Sicherheit von Gefangenen im allgemeinen ablehnte, wenn sie gleichwohl solche zur Bewahrung annahm.

Daraus geht hervor, dass wir uns einer strafbaren Fahrlässigkeit schuldig machen, wenn wir bei Untersuchungsgefangenen nicht das Maass der gewöhnlichen Beaufsichtigungsvorschriften erhöhen. Von jeder ruhigen Abteilung, selbstverständlich von Gartenarbeiten und ähnlichen Beschäftigungen kann ein intelligenter Kranker jederzeit entweichen. Wir müssen also den zu Beobachtenden auch dann, wenn aus ärztlichen Gründen der Aufenthalt auf der Wachabteilung nicht mehr notwendig ist, dort festhalten, ja wir müssen, wenn die besondere Geschicklichkeit eine Flucht sogar dann noch als möglich erscheinen lässt, ihn unter Umständen sogar dauernd isolieren. Wir wären zur Unterlassung dieser bei besonnenen Kranken recht grausamen Maassregel nur berechtigt, wenn wir einen ernstlichen Schaden für die Gesundheit des Betreffenden befürchten müssen; dann wäre aber wohl auch die sofortige Benachrichtigung der Staatsanwaltschaft erforderlich. Das öffentliche Interesse verlangt mit Recht, dass wir das Wohl eines der Krankheit nur Verdächtigen nicht über das der Gesunden setzen; wir können uns um so eher dieser Notwendigkeit fügen, da die Dauer der Einsperrung höchstens sechs Wochen betragen kann.

In einem ernsthaften Konflikte dagegen befinden sich zuweilen unsere psychiatrischen Anschauungen mit dem Zwange, für die öffentliche Rechtssicherheit Sorge zu tragen, wenn es sich nicht um Untersuchungsgefangene, sondern um geistesranke Verbrecher handelt. Ihre Gewandtheit im Ausbrechen spottet gelegentlich aller Vorsicht. Häufen sich solche Kranke in grösserer Anzahl an, so zieht die Rücksicht auf diese eine schwere Benachteiligung der andern Kranken nach sich. Man hat deshalb vielfach das Verlangen nach besonderen Anstalten für geisteskrank gewordene Verbrecher geäussert. Die Frage ist noch nicht ganz spruchreif; ihre Erörterung an dieser Stelle ist unnötig, da sie den Rahmen unserer vorliegenden Aufgabe überschreitet.

Wie weit man in der Gewährung der Bewegungsfreiheit bei den

---

1) § 121: Wer vorsätzlich einen Gefangenen, mit dessen Beaufsichtigung oder Begleitung er beauftragt ist, entweichen lässt oder dessen Befreiung befördert, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

Ist die Entweichung durch Fahrlässigkeit befördert worden, so tritt Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten oder Geldstrafe bis zu dreihundert Mark ein.

Kranken gehen kann, zumal bei solchen, deren Erregung abgelaufen ist, lässt sich nicht am Schreibtische feststellen, sondern nur in der engsten täglichen Berührung mit den Kranken. Diese aber belehrt uns, dass es nicht die Bewegungsfreiheit ist, die Gefahr bringt, nicht die Beschäftigung der Kranken und die Handhabung gefährlicher Werkzeuge, sondern nur die mangelnde Aufsicht. Und zwar meine ich die mangelnde Aufsicht durch den Arzt. Nur der Arzt besitzt genügend Fachkenntnis, um innerhalb der menschlichen Fehlergrenzen das Auftreten von Erregungszuständen voraussehen und zweckmässige Vorsichtsmaassregeln treffen zu können.

Eine volle Sicherheit, dass nicht trotz aller Sorgfalt, trotz aller Aufsicht doch gelegentlich unerwartet ein Unglück geschehe, lässt sich nicht erreichen. Jeder Fall, der sich innerhalb der Mauern einer Irrenanstalt zuträgt, pflegt die Oeffentlichkeit aufs höchste zu erregen; an den zahllosen Fällen, die sich tagtäglich in der Freiheit zutragen, einfach deshalb, weil die Kranken nicht rechtzeitig in die Irrenanstalten gebracht werden, an diesen Fällen, die die Spalten der Zeitungen füllen, pflegt die grosse Menge achtlos vorüberzugehen. Das ist natürlich kein Grund für den Irrenarzt, weniger skrupulös in der Beaufsichtigung seiner Kranken zu sein. Wir sind eben vermöge unseres Berufes mit den Gefahren besser vertraut als der Laie, und bei uns wird deshalb mit Recht das als Fahrlässigkeit ausgelegt, was einem Nichtpsychiater verziehen werden kann.

Mit der Entlassung der Kranken erlischt aber die Verantwortlichkeit des Irrenarztes noch nicht; vielmehr muss eben die Entlassung des Patienten als eine der folgenschwersten Handlungen betrachtet werden. Die sorgsame Aufsicht, die gute und sachverständige Pflege sind in hohem Grade geeignet, auch bei schwierigen Kranken Konflikte zu verhindern. Sobald aber ein Kranker entlassen ist, stürmen eine Menge von Schädigungen auf ihn ein. Es mag genügen, auf die Gefahren hinzuweisen, die durch die unzweckmässige Behandlung seitens der Angehörigen und der Umgebung, durch Sorge um das tägliche Brot, mangelnde Pflege u. s. w. entstehen können; nur eins verdient besondere Berücksichtigung, das ist der Alkoholgenuss. Die Kranken, die wegen der Brutalität und Sinnlosigkeit ihrer Angriffe besonders gefährlich werden können, sind die Epileptiker. Unter den Epileptikern der niederen Stände mit vorwiegend psychischer Epilepsie habe ich nur wenige beobachtet, die nicht mit dem Strafgesetzbuche in Konflikt gekommen waren, und zwar meist während epileptischer Dämmer- oder Erregungszustände. Bei fast allen diesen pflegt der Anstaltsaufenthalt bald eine Besserung herbeizuführen, die ich nicht zum wenigsten auf die gezwungene Abstinenz zurückführen möchte. Manche werden wegen ihrer eigentümlichen, peinlichen Sorgsamkeit geradezu ausgezeichnete, willige und fleissige Arbeiter. Nach einiger Zeit, nachdem vielleicht Monate lang kein Anfall mehr aufgetreten ist, wünschen die Kranken oder deren Angehörige die Entlassung. Der Zustand selbst macht eine Anstaltsbehandlung nicht mehr erforderlich; wir wissen aber aus Erfahrung, dass die Anfälle seiner Krankheit

wiederkehren können; wir wissen, dass Epileptiker in ihren Anfällen äusserst gefährlich sind. Dürfen wir nun unsere Zustimmung zur Entlassung geben?

Für den Laien ist es ausserordentlich schwer, sich eine Vorstellung zu machen, wie schwierig die Entscheidung über die Entlassung ist. Ich habe als Beispiel deshalb den Epileptiker gewählt, weil bei ihm die Veränderung durch den Anstaltsaufenthalt am deutlichsten, die Gefahr der Entlassung am verständlichsten ist. Die Gefahr liegt bei ihm in der Verschlimmerung seiner Krankheit durch den Alkoholenuss, noch mehr natürlich durch den Alkoholmissbrauch. Um so unbedenklicher wird man also einen Versuch machen können, je verständiger der Kranke und seine Umgebung, je besser seine soziale Lage ist. Wir können einen nicht allzugesährlichen Kranken seiner einsichtigen Familie übergeben, den zu entlassen wir unbedingt Anstand nehmen müssten, wenn er allein stehend allen Sorgen und Gefahren des unbeaufsichtigten Lebens eines Arbeiters ausgesetzt wäre.

Ganz allgemein lässt sich wohl sagen, dass wir bei nicht genesenen Kranken die häusliche Verpflegung nur dann erlauben können, wenn die Krankheit im Verein mit den Verhältnissen, in die der Patient zurückkehrt, die Gefahren nicht allzu gross erscheinen lässt. Ueber die häuslichen Verhältnisse, die Befähigung der Familie zur Pflege und Ueberwachung, die materielle Lage der Umgebung, kurz über alle die Punkte, deren Bedeutung oft grösser ist, als die psychiatrische Beurteilung, wissen die Anstaltsleiter zuweilen gar nichts und können sich auch nicht leicht selbst ein Urteil bilden. Um einerseits sich selbst vor dem Vorwurf der Leichtfertigkeit, unter Umständen vor der Verfolgung wegen Fahrlässigkeit auf Grund der §§ 222 und 230 zu schützen, andererseits aber auch unbillige Härte für den Kranken und seine Angehörigen zu vermeiden, ist deshalb ein Verfahren recht empfehlenswert, wie es in Baden gehandhabt wird. Es heisst in den Statuten der Landesanstalten (von Langsdorff, S. 304):

„§ 39. Den Angehörigen eines Kranken, von welchen dessen Aufnahme in die Anstalt veranlasst worden ist, steht es frei, denselben zurückzufordern. Dem Gesuche ist stattzugeben, sofern für anderweitige geeignete Verpflegung gesorgt wird, der Kranke sich auch nicht in einem Zustande befindet, in welchem er für sich oder andre gefährlich oder für die öffentliche Schicklichkeit anstössig ist. Liegt ein Krankheitszustand dieser Art vor, oder kann für eine andre geeignete Verpflegung nicht gesorgt werden, und beharren die Angehörigen trotz erfolgter Belehrung über die Unthunlichkeit der häuslichen Verpflegung auf dem Entlassungsgesuch, so hat auf Antrag der Direction das Bezirksamt nach Beratung mit dem Bezirksrate darüber zu entscheiden, ob der Kranke aus polizeilichen Gründen in der Anstalt festzuhalten sei.“

Der Bezirksrat ist als Lokalbehörde mit den häuslichen Verhältnissen in der Regel vertraut, jedenfalls imstande, sich genau darüber unterrichten zu können. Sein Urteil ist deshalb so wertvoll, weil es sich auf ein zuverlässiges Material stützt; ausserdem vermag der im Bezirksrat sitzende Bezirksarzt über



die Ausführung der von der Familie verlangten und versprochenen Maassregeln zu wachen.

Die Möglichkeit, die bezirksrätliche Entscheidung einzuholen, ist insofern von grosser Bedeutung, als sie dem Irrenarzte einen Teil der strafrechtlichen Verantwortung abnimmt; aber auch dadurch, dass unter Umständen das Gericht in der Unterlassung dieser Einholung trotz der Kenntnis von der Gemeingefährlichkeit eines Kranken den Thatbestand der §§ 222 und 230 verwirklicht sieht und einen objektiven Anhaltspunkt für den Nachweis der Fahrlässigkeit hat.

## Kapitel VIII.

### Das Recht chirurgischer Eingriffe an Geisteskranken.

Chirurgische Eingriffe sind Körperverletzungen. — Theorien zur Erklärung der Strafflosigkeit. — Berufsrecht. — Recht dem Staat und Pflicht den zu Operierenden gegenüber. — Einwilligung. — Verfügungsrecht über die körperliche Unversehrtheit Geisteskranker. — Forderungen.

Der Rechtsgrund, der den Arzt zur Vornahme chirurgischer Eingriffe berechtigt, ist vorderhand noch nicht aufgeklärt. Nach einer Reichsgerichtsentscheidung (E. XXV. S. 375) fasst der Ausdruck „körperlich misshandeln“ „im weitesten und allgemeinsten Sinne alle unmittelbar und physisch dem körperlichen Organismus zugefügten Verletzungen“ zusammen.

Die chirurgischen Operationen, denen übrigens interne Mittel strafrechtlich durchaus gleichgestellt sind, stellen Eingriffe in den körperlichen Zustand, Verletzungen des körperlichen Organismus dar, müssen also eigentlich bestraft werden, da der § 223 St. G. B. lautet:

**Wer vorsätzlich einen Anderen körperlich misshandelt oder an der Gesundheit beschädigt, wird wegen Körperverletzung mit Gefängnis bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu tausend Mark bestraft.**

Dass gleichwohl chirurgische Operationen und ähnliche Eingriffe nicht bestraft werden, ist eigentlich selbstverständlich; die Strafflosigkeit zu begründen aber sehr schwierig.

Die anscheinend bei den Juristen verbreitetste Theorie ist die, dass die Schuldlosigkeit sich aus dem Berufsrechte herleite. Dieser Auffassung gegenüber macht die erwähnte Reichsgerichtsentscheidung darauf aufmerksam, dass die Approbation — leider — dem Arzte nichts gibt als das Recht der Titelführung und die Möglichkeit staatlicher und kommunaler Anstellung.

Oppenheim begründet die Strafffreiheit mit dem Gewohnheitsrecht; diese Auffassung ist für zahlreiche Einzelheiten unzulänglich; von juristischer Seite wird auch hervorgehoben, dass neben dem bestehenden Strafrecht das Gewohnheitsrecht keine rechtliche Geltung habe.

Dietrich ist der Ansicht, dass durch die ärztlichen Eingriffe schwere Schädigungen vermieden werden sollen; so richtig es ist, dass, wer einen Erfolg

erreichen will, den Weg nicht scheuen darf, so kann doch in dieser Begründung keine ausreichende Erklärung für die Ausnahme vom Gesetz gefunden werden.

Belings Auffassung, dass nur eine Schädigung des Gesamtorganismus als Körperverletzung aufzufassen sei, wird dadurch unhaltbar, dass alle mit schweren Entstellungen einhergehende Operationen, etwa Amputationen, strafbar wären, gewiss aber alle mit dem Tode endenden.

Mit der Notwendigkeit des Eingriffes sucht Schmidt (S. 27), und, nahe damit verwandt, mit dem zu erreichenden Zwecke von Lilienthal die Straffreiheit zu begründen. Ähnlich auch eine Reichsgerichtsentscheidung (E. XXV. S. 227), zeitlich fast mit der besprochenen zusammenfallend, ihr aber direkt widersprechend, nach welcher eine zum Zweck der Linderung von Schmerzen vorgenommene Operation wegen dieses Zweckes nicht als Körperverletzung angesehen werden könne.

Dieser Theorie ordnen sich manche Operationen, so z. B. die Perforation nur gezwungen unter; das Gleiche gilt für die Erprobung von neuen Mitteln, für sogenannte Probelaparotomien und dergleichen. Vor allem aber löst von Lilienthals Anschauung deshalb nicht alle Schwierigkeiten, weil er ausserdem die Einwilligung des Kranken zur unerlässlichen Vorbedingung macht.

In dieser, der Einwilligung, suchen andre Autoren, vor allem der Rechtsanwalt in der erwähnten Entscheidung, den Grund für die Straffreiheit. Ob der Grundsatz: *Volenti non fit injuria* dem Einzelnen die freie Verfügung über seinen Körper gestattet, ist strittig; jedenfalls ist eine Verstümmlung als solche nur dann strafbar, wenn dadurch Befreiung vom Militärdienste erreicht werden soll (§ 142 St. G. B.). Kann aber umgekehrt gestattet werden, dass eine Operation auf Wunsch vorgenommen wird, die ärztlich nicht notwendig ist, etwa die aus Eitelkeit gewünschte Kastration einer Frau zur Vermeidung von Conceptionen? Wenn ein Impfgegner gegen seinen Willen geimpft wird, fehlt die Einwilligung und damit der straussausschliessende Grund; ebenso bei einem Selbstmörder, dessen spritzende Arterien der hinzugerufene Arzt gegen dessen Willen unterbindet.

Allen diesen Theorien gegenüber fassen Hess, Oppenheim, Stooss, Thiersch, Dees, von Angerer eine Operation nicht als Misshandlung oder Gesundheitsschädigung auf. Die Silbe *miss* bedeute eine üble, unangemessene Behandlung. Der chirurgische Eingriff aber sei keine üble, sondern eine angemessene Behandlung.

Es ist vielleicht juristisch richtig, dass die Zwischenerfolge strafbar sind, und als Zwischenerfolg ist bei fast jeder Operation eine kurze Zeit des üblen Befindens vorhanden. Wichtiger aber ist, dass doch ein amputiertes Bein, eine Kotfistel, ein klaffender Bauchmuskel nach Bauchschnitt dauernde Gesundheitsschädigungen bedeuten. Es geht deshalb nicht an, diesen Enderfolgen kurzweg den Charakter der Körperverletzung deshalb zu nehmen, weil sie unvermeidlich waren; man würde dadurch eben noch einen weiteren Grund zur Straffreiheit heranziehen müssen, etwa den Zweck. Vielleicht aber fehlt all' diesen Eingriffen der Vorsatz der Körperverletzung. Vorsatz (v. Liszt S. 166) liegt aber auch dann

vor, wenn der Thäter den Eintritt des Erfolges vorausgesehen hat, auch wenn diese Voraussicht nicht Beweggrund seines Handelns war. Gar nicht unterzubringen ist in dieser Theorie die Perforation; eine Notstandshandlung ist sie deshalb nicht, weil diese gesetzlich nur bei Gefahr für Leib und Leben der eignen Person oder der Angehörigen die Strafbarkeit aufhebt.

Alle diese Versuche, den notwendigen und zweckmässigen Eingriff an einem Kranken oder Verletzten zu einer nicht nur straf-, sondern auch schuldlosen Handlung zu machen, zeigen die Rechtsunsicherheit, die durch mannigfache Prozesse ihre traurige Beleuchtung bekommen hat. Wie immer finden wir da die grösste Zahl von Theorien, wo es an Klarheit fehlt; und dass es an dieser fehlt, kommt nur daher, dass man durch Auslegung des betreffenden Gesetzes eine Lücke auszufüllen versucht, die nur durch eine Aenderung zu beseitigen ist. Es wird stets nur ein kümmerlicher Behelf sein, die Straflosigkeit ärztlicher Eingriffe in eine Gesetzgebung hineinzuinterpretieren, bei deren Schaffung an diese Frage gar nicht gedacht wurde. Wir müssen uns deshalb beschränken, die Forderungen an eine zukünftige Gesetzgebung aufzustellen.

Wenn wir sehen, wie der Staat chirurgische Kliniken und Musteranstalten baut, mit welcher Sorgfalt er die Einzelheiten der chirurgischen Staatsprüfung ausgearbeitet hat, wie er zur Beförderung zum Stabsarzt einen (weiteren) chirurgischen Operationskurs vorschreibt, so kann es eigentlich keinem Zweifel unterliegen, dass er gerade dem Arzte und nur dem Arzte eine möglichst sorgfältige Ausbildung auf diesem Gebiete zu Teil werden lassen will. Damit ist auch die Auffassung die naheliegendste, dass de lege ferenda in dem Berufsrecht der Schulausschlussgrund zu suchen ist. Die ganze Tendenz der chirurgischen Erziehung kann doch nur die sein, dass der Staat dem Arzte durch die Erteilung der Approbation die Befähigung zuerkennt, zweckmässig und kunstgerecht zu operieren.

Nur um das Recht des Arztes dem Staate und damit dem Gesetz gegenüber handelt es sich hier. Die Schwierigkeit, dass etwa ein Vater, der seinem Sohne einen Abscess aufsticht, wegen einer strafbaren Handlung bestraft werden könnte, kommt dadurch in Wegfall, dass die einfache Körperverletzung nur auf Antrag verfolgt wird. Geht aber ein Unkundiger auf operativem Gebiete über die allereinfachsten Eingriffe hinaus, so wäre eine Bestrafung durchaus angezeigt, da der günstige Ausgang eines solchen Eingriffes doch nicht dem Zufall überlassen werden darf, und der Staat auch auf diesem Gebiete ein Interesse daran hat oder vielmehr haben müsste, die Gesundheit seiner Bürger zu schützen.

Das Recht, das der Staat und die Gesetzgebung dem Arzte verleiht, enthebt ihn aber nicht der Pflicht, auch die Rechte der zu Operierenden zu achten. Das kann nur dadurch geschehen, dass wir bei allen einigermaßen eingreifenden oder lebensgefährlichen Operationen die Einwilligung des Kranken einholen. Wie aber, wenn diese nicht zu erlangen ist? Solche Fälle liegen vor, wenn sich während einer Operation die Notwendigkeit weiterer schwerwiegender



Eingriffe herausstellt, bei Ohnmachten, Selbstmordversuchen, endlich bei Kindern und Geisteskranken.

Nach allgemeiner Ansicht, der auch der Reichsanwalt, seine eigene Theorie damit untergrabend, zustimmt, darf in den ersterwähnten Fällen der Arzt nach pflichtmässigem Ermessen die Operation vornehmen, weil die Einwilligung als gegeben betrachtet werden darf. Das gilt auch für alle absolut notwendigen dringlichen Eingriffe bei Kindern und Geisteskranken. Wer aber soll bei nicht vorhandener Dringlichkeit um die Zustimmung gefragt werden? Ob der Vormund — falls ein solcher überhaupt eingesetzt ist — berechtigt ist, über den Körper seines Mündels zu verfügen, ist gesetzlich nicht klar festgestellt. § 1631 B.G.B. lautet:

„Die Sorge für die Person des Kindes (bezw. des Mündels, § 1800) umfasst das Recht und die Pflicht, das Kind zu erziehen, zu beaufsichtigen und seinen Aufenthalt zu bestimmen.“

Kein Wort davon, dass ihm auch das Verfügungsrecht über die körperliche Integrität zusteht. Man kann aber doch nicht eine Lücke in der Gesetzgebung durch eine andere ausfüllen. Noch schwieriger wird die Sachlage, wenn Gewissenlosigkeit und Indifferenz, etwa bei Krebs eines seit Jahren unheilbaren und der Familie entfremdeten Geisteskranken, oder auch absolute Einsichtslosigkeit und fanatischer Glaube an die Naturheilkraft den Vormund oder Vater veranlassen, die Einwilligung zu einer unbedingt notwendigen Operation zu verweigern.

Dem unerhörten Zustande, dass so alltägliche Erscheinungen, wie Operationen und diesem ähnliche Eingriffe (Verabreichung differenter Arzneimittel z. B.) in ihrer Rechtsgrundlage auf so schwankendem Boden sich befinden, muss ein Ende gemacht werden. Die Regelung muss die Schuldfreiheit des ärztlichen Handelns feststellen. Sie muss aber auch — und das haben gerade wir Psychiater für uns selbst und für unsere Kranken nötig — die Notwendigkeit und die Grenzen der Zustimmung umfassen. Am besten könnte das meiner Ansicht nach durch nachfolgende Zusätze<sup>1)</sup> zum Strafgesetzbuch geschehen:

1. Aerztliche Eingriffe sind, abgesehen von Fällen der Fahrlässigkeit oder absichtlichen Schädigung, (rechtmässige Handlungen und wegen Mangels der Rechtswidrigkeit) nicht als Körperverletzungen (im strafrechtlichen Sinne) zu betrachten (insofern sie nicht ohne Einwilligung des Kranken vorgenommen werden).

2. Die Einwilligung des Kranken ist vorher einzuholen, darf aber als gegeben betrachtet werden, wenn der Aufschub des Eingriffs mit Gefahr für Leib und Leben des Kranken oder Verletzten verbunden ist (und die Einwilligung unmöglich erscheint).

---

1) Die nicht gesperrten Zusätze sind Vorschläge von Lilienthals, das Ergebnis gemeinsamer Beratungen. Mit dem Zusätze zu 2 kann ich mich nicht einverstanden erklären, da er dem Arzte die Hände bei widerstrebenden Selbstmördern völlig binden würde, was von Lilienthal allerdings gerade durch diesen Zusatz zu erreichen wünscht.

3. Bei Geisteskranken und Kindern sind die gesetzlichen Vertreter zur Erteilung der Einwilligung befugt. Beim Fehlen eines gesetzlichen Vertreters oder bei Weigerung desselben, die Zustimmung zu geben, entscheidet, abgesehen von Notfällen, der Vormundschaftsrichter.

## Kapitel IX.

### Das Berufsgeheimnis.

Wahrnehmung des Interesses an der Geheimhaltung. — Anzeigen an Behörden. — Schwierigkeiten der strengen Verschwiegenheit. — Strafrechtliche Verpflichtung und praktische Handhabung.

**§ 300. Rechtsanwälte, Advokaten, Notare, Verteidiger in Strafsachen, Aerzte, Wundärzte, Hebammen, Apotheker, sowie die Gehülfen dieser Personen, werden, wenn sie unbefugt Privatgeheimnisse offenbaren, die ihnen Kraft ihres Amtes, Standes oder Gewerbes anvertraut sind, mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.**

**Die Verfolgung tritt nur auf Antrag<sup>1)</sup> ein.**

Das Rechtsgut, das durch die Verletzung fremder Geheimnisse geschädigt wird, ist „das rechtlich geschützte Interesse an der Wahrung des persönlichen und geschäftlichen Lebens vor fremdem Eindringen“. Als eine solche Schädigung ist das Bekanntwerden des Erkranktseins an einer Psychose, die Aufnahme in eine Irrenanstalt zu betrachten. So bedauerlich das ist, so betrübend diese Reminiscenz aus den Zeiten dünkt, in denen der Geisteskranke als besessen, die Krankheit als Strafe seiner Sünden galt, wir dürfen uns der Thatsache nicht verschliessen. In ununterbrochenem Kampfe suchen wir durch Umgestaltung der Irrenhäuser in Krankenhäuser, durch Belehrung und Aufklärung das dem Begriff der Geisteskrankheit anhaftende Odium zu beseitigen, aber gleichzeitig müssen wir, der Vorschrift des § 300 entsprechend, das Vorurteil selbst nähren.

Wenn sich ein teilnehmender Freund nach einem Kranken erkundigt, der wegen Lungenentzündung oder eines gebrochenen Beines in unserer Behandlung steht, so werden wir trotz des § 300 nicht Anstand zu nehmen brauchen, ihm Auskunft zu geben. Fragt er nach einer geistigen Erkrankung, so würde eine Bestätigung als Verletzung des Berufsgeheimnisses angesehen werden müssen.

Oft genug sind es ja auch unlautere Motive, die zu der Fragestellung veranlassen. Müssige Neugier unbefriedigt zu lassen, wird uns nie schwer werden. In ernste Gewissenskonflikte aber kommen wir, wenn die Veranlassung, uns um Auskunft zu bitten, die Verheiratung ist. Dürfen wir dem Vater, der

1) § 65, Absatz 2. „Ist der Verletzte geschäftsunfähig . . . . ., so ist sein gesetzlicher Vertreter der zur Stellung des Antrages Berechtigte.“

seine Tochter einem Manne geben will, der wegen Geisteskrankheit in unserer Behandlung war, die Antwort verweigern? Gesetzlich ja, gesetzlich müssen wir das sogar, ob es aber aus sozialen und moralischen Gründen gerechtfertigt ist, kann wohl bezweifelt werden. Nehmen wir den krassen Fall, dass ein an beginnender Gehirnerweichung Leidender heiraten will und unser entschiedenes Verbot missachtet. Sollen wir den Angehörigen der Braut auch dann noch die Wahrheit verheimlichen? Die Folgen einer solchen Heirat sind überaus traurig: Vom ersten Tag der Ehe an einen siechen, der Verblödung verfallenen Mann gekettet, sieht sich die Frau schon bald allein, womöglich Mutter eines oder mehrerer Kinder; der Tod trennt dann die kurze, an trüben Erfahrungen und aufreibenden Szenen reiche Ehe. Und wie dann, wenn Angehörige des Verstorbenen der Erbschaft wegen die Giltigkeit der Ehe anfechten? Dass die Eheschliessung nach § 1325 B.G.B. nichtig ist, kann nicht bezweifelt werden. Dann kann unter Umständen eine Frau mit einem unehelichen Kinde der bittersten Not ausgesetzt sein, weil der § 300 dem Arzte den Mund schloss. Solche Fälle, wenn auch vielleicht nicht immer von gleicher Schwere, sind nicht selten. Ich muss gestehen, dass ich für meine Person mich lieber der Gefahr aussetzen würde, wegen Verletzung des Berufsgeheimnisses gestraft zu werden, als mit verschränkten Armen dem Unheil zuzusehen.

Die Bestimmungen der meisten Irrenanstalten verlangen die sofortige Anmeldung einer vollzogenen Aufnahme bei der Polizeibehörde, dem Bezirksamt oder der Staatsanwaltschaft. Merkwürdig ist, dass uns die Strafprozessordnung (§ 52) und die Zivilprozessordnung (§ 384) das Recht geben, die Auskunft zu verweigern, wir aber gleichzeitig auf dem Verordnungswege zur Offenbarung der Geisteskrankheit gezwungen sind. Wer in enger, täglicher Berührung mit den Angehörigen steht, weiss, wie ausserordentlich peinlich diese Mitteilung an die Behörden empfunden wird<sup>1)</sup>. Ich weiss nicht, wie die Entscheidung des Gerichtes lauten würde, wenn ein Vater für seine geisteskranke Tochter den Antrag auf Strafverfolgung auf Grund des § 300 stellen würde. Zur Bestrafung bedarf es nicht des Nachweises, dass die Offenbarung dem Arzte irgend welchen Vorteil gebracht hat. Es genügt, wenn sie „unbefugt“ war, und unbefugt ist sie, sobald sie ohne Genehmigung der anvertrauenden Person (resp. deren Vertreter) geschah. Die Frage ist erfreulicherweise mehr strafrechtlich interessant, als praktisch wichtig.

Seitens des Irrenarztes wird die strenge Grenze, die ihm das Berufsgeheimnis zieht, leider oft ausser Acht gelassen; und doch liegt darin keine Missachtung des Gesetzes, noch weniger eine Schädigung seiner Schutzbefohlenen. Wenn er aber diese Grenze nie überschreiten wollte, so würden die Irrenanstalten

---

1) Als ein Kuriosum sei auch erwähnt, dass die Briefe der Kranken an ihre Angehörige meist statt der Briefmarken den „Aversumstempel“ tragen; dieser aber, der die absendende Behörde kennzeichnet, verrät besonders in kleinen Orten das von den Angehörigen mühsam gewährte Geheimnis des Aufenthaltes eines Kranken in der Irrenanstalt!



sich in einen noch geheimnisvolleren Schleier hüllen müssen, als sie in den Augen der breiten Massen schon jetzt verhüllt sind. Damit aber würden wir zum grossen Schaden unserer Kranken das Vorurteil gegen unsere Anstalten nähren und dadurch die rechtzeitige Verbringung in sachverständige Pflege immer seltener machen; so würden wir durch allzu strenge Wahrung des Interesses unserer Kranken nach der einen Seite, nach der andern noch grösseren Schaden stiften. Der Irrenarzt muss sich der Verantwortung gegen seine Kranken stets bewusst bleiben, dann wird der richtige Mittelweg zwischen den Anforderungen des täglichen Lebens und den Klippen des § 300 nicht schwer zu finden sein. Besser als das Gesetz schützt den Kranken das Gefühl der Verantwortlichkeit des Arztes für das Wohl und Wehe der seiner Obhut Anvertrauten.

---

## Zweiter Abschnitt.

---

# Die Strafprozessordnung.

---

### Kapitel I.

#### Der Geisteskranke als Zeuge.

Zuverlässigkeit der Zeugenaussagen. — Erinnerungsfälschungen. — Zweck und Bedeutung des Eides. — Minderjährige. — Geisteskranke. — Feststellung der Eidesfähigkeit. — Gedächtnisschwäche. — Wahnhafte falsche Aussagen. — Aussagen über Erlebnisse aus der Zeit der Krankheit. — Notwendigkeit, die Unfähigkeit zu objectiv wahren Angaben zu berücksichtigen. — Vorschlag einer Aenderung des § 56, 1.

Wenn der Richter sich in den oft verwickelten Verhältnissen einer strafbaren Handlung zurechtfinden soll, so muss sein Bestreben vor allem dahin gehen, eine möglichst objektive Vorstellung von den Begleitumständen zu bekommen; diesem Zweck soll die Vernehmung derjenigen dienen, die von der strafbaren Handlung nähere Kenntnis haben. Ueber die Zuverlässigkeit der Zeugenaussagen herrschen im allgemeinen sehr irrige Vorstellungen. Es dürfte wohl kaum einen Strafprocess geben, in dem abgesehen von ganz ungewöhnlich klarer Sachlage, die Angaben der Zeugen sich nicht wenigstens in irgend einem nebensächlichen Punkte widersprechen.

Um so zahlreicher werden diese Widersprüche, je später die Verhandlung stattfindet, je aufregender für die Oeffentlichkeit und je wichtiger die Straftat ist. Im Laufe der Zeit, und zwar schon sehr bald, beginnt die Erinnerung zu verblassen, deren Lebhaftigkeit ohnehin grosse persönliche Unterschiede aufweist. Wiederholtes Erzählen und Besprechen führt dazu, unsichere Wahrnehmungen und Schlüsse aus dem Beobachteten für Thatsachen zu halten; Erzählungen Anderer mischen sich in die eignen Erinnerungen und fälschen sie, sodass schliesslich am Tage der Verhandlung die scheinbar objektive Aussage sich weit von der Wirklichkeit entfernt.

Der Richter muss diese durchaus in das Gebiet der normalen psychologischen Vorgänge fallende Umgestaltung der Erinnerung kennen und sich ein eignes Urteil über den Wert der Zeugenaussagen bilden. Ich halte es we-

nigstens nicht für zweckmässig, einen Sachverständigen zuzuziehen, der über den Umfang der Erinnerungsfälschungen in den Zeugenaussagen seine Ansicht äussern soll, wie es in dem Prozess gegen den Raubmörder Berchtold in München (Schrenk-Notzing 2) geschehen ist.

In ungewöhnlichen und die Oeffentlichkeit fascinierenden Kriminalfällen ist es doppelt schwer, aus dem Gewirre der Aussagen klatschsüchtiger, voreingenommener, fanatischer Zeugen die Wahrheit herauszuschälen. Es bedarf dazu besonderer Vorkehrungen, deren wichtigste die Vereidigung der Zeugen ist. Der Zeuge schwört, dass „er nach bestem Wissen die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde“ (§ 61); der Schwur findet statt unter Zusatz der Worte: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden“ und „so wahr mir Gott helfe“ (§ 62). Dieser feierlichen Anrufung der Person Gottes wird eine Erklärung gleichgeachtet, die ein Mitglied einer Religionsgesellschaft (z. B. der Mennoniten), welcher das Gesetz den Gebrauch gewisser Beteuerungsformeln an Stelle des Eides gestattet, unter der Beteuerungsformel dieser Religionsgesellschaft abgibt (§ 64).

Ausserdem aber hat der Richter den Zeugen in angemessener Weise auf die Bedeutung des Eides hinzuweisen (§ 59). Durch den Hinweis auf die religiöse und strafrechtliche Bedeutung des Eides soll erreicht werden, dass der Zeuge sich der schweren Folgen einer falschen Aussage bewusst wird, dass er sein Gedächtnis genau prüft, um in seinen Angaben streng bei der Wahrheit bleiben zu können. Daraus ergeben sich zwei Anforderungen an den zu Vereidigenden: dass er das Wesen und die Bedeutung des Eides zu begreifen vermag, und dass er imstande sein muss, die Wahrheit zu sagen.

Unsere Strafprozessordnung berücksichtigt nur die erste Bedingung. Ausgehend von der Thatsache, dass die Wichtigkeit des Eides erst bei einem gewissen Grade der Verstandesentwicklung genügend erfasst werden kann, und dass geistige Erkrankung störend einwirken muss, wurde im § 56 bestimmt:

**Unbeeidigt sind zu vernehmen:**

**1. Personen, welche zur Zeit der Vernehmung das sechszehnte Lebensjahr noch nicht vollendet oder wegen mangelnder Verstandesreife oder wegen Verstandesschwäche von dem Wesen und der Bedeutung des Eides keine genügende Vorstellung haben.**

Die Festsetzung des Alters von sechzehn Jahren ist ziemlich willkürlich. Im allgemeinen allerdings darf wohl von einem jungen Menschen nach vollendetem sechzehnten Lebensjahr vorausgesetzt werden, dass er genügendes Verständnis für die Bedeutung des Eides besitzt. Im Strafprozess kommt nur das Alter zur Zeit der Vereidigung in Betracht, ohne Rücksicht darauf, ob die Beobachtungen, über die die Zeugenaussage verlangt wird, vor das vollendete sechzehnte Lebensjahr fielen.

Neben dem Minderjährigen ist von der Vereidigung derjenige ausgeschlossen, der wegen mangelnder Verstandesreife oder wegen Verstandes-



schwäche von dem Wesen und der Bedeutung des Eides keine genügende Vorstellung hat. Die beiden Ausdrücke, mangelnde Verstandesreife und Verstandesschwäche, decken sich nicht etwa mit psychiatrischen Diagnosen; in beiden kehrt die Bezeichnung „Verstand“ wieder; dadurch wird der Nachdruck auf die intellektuellen Fähigkeiten gelegt, die entweder nicht zur vollen Entwicklung gekommen sind oder sekundär durch Erkrankung eine Schädigung erfahren haben. Wir werden demnach annehmen dürfen, dass die Ausdrücke identisch sind mit denen der angeborenen und erworbenen Geistesschwäche. Diese Zustände sind allerdings bei einigermaßen hohem Grade nicht vereinbar mit der Voraussetzung genügenden Verständnisses für das Wesen und die Bedeutung des Eides. Die einfache Kenntnis von der Strafbarkeit des Meineides darf wohl noch nicht als eine „genügende Vorstellung“ betrachtet werden; dazu gehört wohl auch noch, dass sich der Schwörende der Folgen für den Angeklagten bewusst sein muss, im weiteren auch, dass er ein Verständnis besitzt für die Gefährdung der Rechtspflege, die aus häufigeren Meineiden sich ergeben müsste.

Vor Gericht allerdings spielt sich die Feststellung der Eidesfähigkeit meist sehr einfach ab. Sie wird in der Regel vorausgesetzt. Der Richter kennt den Zeugen meist vor der Verhandlung nicht persönlich; seine Aussagen in der Voruntersuchung sind ihm nur in der protokollierten, d. h. bis zu einem gewissen Grade brauchbar gemachten Form bekannt geworden; so wird ihm der Verdacht oft erst nach der Vereidigung auftauchen, dass er eine Person vor sich habe, die nach § 56 eigentlich unbeeidigt hätte vernommen werden müssen. Die Behauptung, dass ein Zeuge, dessen Aussagen mit zur Verurteilung beigetragen haben, auf Grund des § 56, 1 nicht hätte vereidigt werden dürfen, ist kein Revisionsgrund (E. XI. S. 261); zu billigen ist diese Auffassung wohl kaum. Wenn dem Richter vor der Beeidigung Bedenken kommen, ob die Verstandesreife zur Vereidigung ausreiche, so ist gleichwohl die Sachlage noch recht verwickelt. Es wäre vermessen, nach einigen wenigen Fragen sich ein Urteil bilden zu wollen, ob der Zeuge das Wesen und die Bedeutung des Eides richtig erkannt hatte.

Viel bedenklicher noch ist die durch das Gesetz vorgeschriebene Beschränkung auf diese Feststellung. Das Landgericht in Glogau hatte von der Vereidigung einer altersschwachen erblindeten Zeugin Abstand genommen, da die ganze Vernehmung den Eindruck machte, dass die Zeugin die einzelnen Vorgänge, namentlich ihrer Zeitfolge nach, nicht mehr genau zu unterscheiden vermochte und wegen dieser Geistesschwäche leicht etwas beschwören würde, was nicht der Wahrheit entspräche, „da sie dies eben nicht mehr genau zu unterscheiden vermag.“ Das Reichsgericht (E. XX. S. 60) erklärte diese Auffassung für rechtswidrig. „Nicht jede „Geistesschwäche“, sondern nur solche „Verstandesschwäche, welche die Vorstellung des Zeugen von dem Wesen und der Bedeutung des Eides beeinträchtigt“, hindert nach § 56, 1 die Beeidigung. Vielfach widersprechende Zeitangaben, selbst wenn sie nicht auf Vorsatz oder Fahrlässigkeit zurückzuführen sind, können wohl die Annahme einer Gedächtnisschwäche, die die Glaubwürdig-

keit des Zeugen mindern kann, nicht aber die Annahme rechtfertigen, dass der Zeuge keine genügende Vorstellung von dem Wesen und der Bedeutung des Eides habe. Diese Vorstellung vorausgesetzt, wird der Eid gerade die Wirkung haben, den Zeugen zur Anspannung seines etwa schwachen Gedächtnisses zu nötigen, ihn entweder zur Richtigstellung seiner Angaben oder zu sachgemässen Vorbehalten bezüglich der Genauigkeit derselben zu veranlassen“.

Aus dieser Entscheidung spricht ein Geist, den wir in vielen Reichsgerichtsentscheidungen finden, der Geist theoretischer Erwägungen, die eine Wirkung gesetzlicher Vorschriften voraussetzen, die in der Praxis leider nicht zustande kommt. Die Feierlichkeit des Eides soll eine Anspannung des Gedächtnisses bewirken; statt dessen sehen wir nur zu oft als Folge der unvermeidlichen Erregung eine Unklarheit des Denkens, die um so grösser wird, je mehr den Zeugen das Gefühl von der Wichtigkeit seiner Aussagen und der Verantwortung erfasst. Wo aber das Gedächtnis durch das hohe Alter notgelitten, da ist auch durch die Vereidigung keine Schärfung der Erinnerung mehr möglich. Auch die Voraussetzung, dass ein Gedächtnisschwacher in seinen Aussagen vorsichtig und zurückhaltend sein könnte, alles Unsichere nur unter Vorbehalt bezeugen würde, ist irrig aus dem sehr einfachen Grunde, weil ihm die Unzuverlässigkeit seiner Erinnerung durchaus nicht bewusst zu sein pflegt, jedenfalls nicht bewusst sein muss.

Der § 56, 1 lässt allerdings seinem Wortlaut nach keine andre Auslegung zu, als die vom Reichsgericht vertretene; noch deutlicher wird aber die Bedenklichkeit der Fassung, wenn wir es nicht mit den Aussagen Gedächtnisschwacher, sondern mit denen besonnener Geisteskranker zu thun haben. Ein an Verfolgungswahn Leidender kann ein ganz klares Verständnis für Wesen und Bedeutung des Eides haben; ich erinnere nur an die Sorgfalt, mit der z. B. ein Querulant die Aussagen seiner Prozessgegner analysiert und jeden kleinsten Verstoss zum Ausgangspunkt neuer Angriffe macht. Ein solcher Kranker wird aber unbedenklich eine Anzahl wahnhafter Wahrnehmungen beschwören, weil er sie für That-sachen hält. Der Richter kann dadurch in die Lage versetzt sein, einen Zeugen vereidigen zu müssen, dessen Aussagen zum Teil objektiv unwahr, demnach zur Feststellung des wirklich Geschehenen unbrauchbar sind, unter Umständen sogar diese Feststellung direkt verhindern. Strafrechtlich verfolgen aber könnte er selbst dann den geisteskranken Thäter nicht, wenn derselbe mit bewusster Absicht, den Gegner zu schädigen, einen Meineid schwören würde.

Eine eigentümliche verwinkelte Situation begegnete mir bei der Vernehmung eines geheilten Kranken. Derselbe wurde nach der Entlassung aus der Klinik als Zeuge über eine Beobachtung vernommen, die er während einer ziemlich hochgradigen manischen Erregung gemacht hatte. Zur Zeit der Verhandlung konnte seine Eidesfähigkeit im Sinne des § 56, 1 nicht angezweifelt werden; fraglich dagegen war, ob seine Wahrnehmungen während der Erkrankung nicht durch die Psychose sehr stark beeinflusst waren, ohne dass dem Genesenen die Unrichtigkeit seiner Beobachtungen bekannt sein musste. Der Zeuge wurde ver-

eidigt; so weit ich beurteilen konnte, schienen mir auch seine Aussagen glaubhaft. Immerhin dürfen wir uns aber die Bedenklichkeit einer solchen Sachlage nicht verhehlen. Bei grosser Intelligenz wird der Geheilte natürlich über das, was er während der Krankheit erlebt hat, nur vorsichtig urteilen; nicht deshalb, weil er wahnhafte Beobachtungen scharf von wirklichen Vorgängen trennt, sondern weil ihm verständige Einsicht diese Zurückhaltung auferlegt. Auf dieser Höhe überlegener geistiger Klarheit stehen aber verhältnissmässig Wenige. Es sollte doch dem Zeugen nicht mehr zugemutet werden, als man von ihm verlangen kann. Daraus ergibt sich die einfache Folgerung, vor der Vereidigung alle die Aussagen auszuschliessen, die sich auf Wahrnehmungen während eines krankhaften Zustandes beziehen.

Die österreichische Strafprozessordnung hat auf geistige Anomalien erheblich mehr Rücksicht genommen als die deutsche. Der § 170. 5 schliesst von der Vereidigung solche Personen aus, „welche an einer erheblichen Schwäche des Wahrnehmungs- oder Erinnerungsvermögens leiden.“ Ausserdem aber dürfen nach § 151. 3 solche Personen „bei sonstiger Nichtigkeit ihrer Aussage nicht vernommen werden, die zur Zeit, in welcher sie das Zeugnis ablegen sollen, wegen ihrer Leibes- oder Gemütsbeschaffenheit ausser Stande sind, die Wahrheit anzugeben“. Diese Bestimmungen sind, wie ohne weiteres ersichtlich, deshalb viel besser als die unsrigen, weil sie den Hauptwert auf die Möglichkeit einwandsfreier Aussagen legen.

Einen der österreichischen Fassung ähnlichen Vorschlag hat Gottlob (S. 709) gemacht. Er hatte Gelegenheit gehabt, zwei der in dem bekannten Aachener Alexianerprozess vernommenen Zeugen, beide Epileptiker, nachträglich länger zu beobachten. Abgesehen davon, dass er dem einen auch die Eidesfähigkeit im Sinne des § 56. 1 abspricht, konnte er auch bei dem andern feststellen, dass sich in seine Angabe krankhafte Beobachtungen hineinmischten, die eine strafrechtliche Verwertung ausschlossen. Diesem Fehler würde seine Fassung des § 56. 1 vorbeugen: „Personen, welche das sechszehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sowie solche Personen, welche wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche nicht imstande sind, sich über die Wahrheit einer Aussage gewiss zu werden, sind unbeeidigt zu vernehmen.“

Auch dieser Wortlaut ist noch nicht ganz ausreichend, weil er nur den Zustand des Zeugen zur Zeit der Vernehmung in Betracht zieht. Solche Fälle, in denen dadurch, dass ein geistesgesunder Zeuge über Vorkommnisse während seiner Erkrankung aussagen muss, die Feststellung der Wahrheit erschwert oder verhindert wird, mögen selten sein; sie kommen aber vor, wie der erwähnte Fall zeigt, und müssen deshalb auch im Gesetze berücksichtigt werden. Ich möchte deshalb folgende Fassung für besser halten:

Unbeeidigt sind zu vernehmen:

Personen, welche zur Zeit der Vernehmung das sechszehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatten; ferner solche, deren Aus-



sagen oder Wahrnehmungen durch Geisteskrankheit oder Geisteschwäche beeinflusst sind.

## Kapitel II.

### Die Sachverständigenthätigkeit.

Bedeutung der Sachverständigenthätigkeit. — Einzelvernehmung. — Recht der Verweigerung des Gutachtens (§ 76). — Auswahl der Sachverständigen (§ 73). — Begriff des Sachverständigen (§ 75). Psychiatrische Fachkenntnisse. Staatsärzte. — Akteneinsicht und Zeugenvernehmung (§ 80) — Beobachtung in einer Irrenanstalt (§ 81). Beobachtungsdauer. Antrag des Sachverständigen. — Ergänzung des Gutachtens und Obergutachten (§ 83). — Ablehnung von Sachverständigen (§ 74). — Vereidigung (§ 79). — Sachverständigengebühren. — Sachverständige Zeugen (§ 85).

Zu den wichtigsten Hilfsmitteln des Richters zur Feststellung der objektiven Wahrheit gehört die Vernehmung der Sachverständigen. Das Gericht „entscheidet (§ 260) über das Ergebnis der Beweisaufnahme nach seiner freien, aus dem Inbegriffe der Verhandlung geschöpften Ueberzeugung“. Dieser Paragraph verleiht dem Richter eine grosse Machtvollkommenheit; das hohe Recht der „freien Beweiswürdigung“ legt ihm aber gleichzeitig die Verpflichtung auf, sich seiner Verantwortlichkeit bewusst zu sein und alles aufzubieten, um die Grundlagen seines Urteils zu sichern. Dazu aber bedarf er des Beistandes in all den Fällen, in denen das eigne Urteil die vorübergehende Belehrung und Aufklärung nicht entbehren kann.

Der Umfang sowie die Art und Weise der Zuziehung der Sachverständigen ist durch genaue Vorschriften geregelt, die in den §§ 72–85 der Strafprozessordnung enthalten sind.

**§ 72. Auf Sachverständige finden die Vorschriften des sechsten Abschnittes über Zeugen entsprechende Anwendung, insoweit nicht in den nachfolgenden Paragraphen abweichende Bestimmungen getroffen sind.**

Eine Ausnahme macht nur der § 58, nach dem jeder Zeuge einzeln und in Abwesenheit der später abzuhörenden Zeugen zu vernehmen ist. Das Reichsgericht (E. II. S. 158) entschied, dass das Gesetz „hier an einer nicht ganz genauen Fassung leide.“ Thatsächlich dient die Vernehmung eines Sachverständigen in Gegenwart eines andern nicht, wie das bei Zeugen zu befürchten wäre, zur Verschleierung, sondern nur zur Aufhellung der Sachlage. Oft sind Widersprüche in den Gutachten nur scheinbare, nur Abweichungen in der Bezeichnung der Krankheit oder in der Auffassung von dem Umfang der Störung, oft beruht die Verschiedenheit der Ansicht allein darauf, dass der eine der Gutachter Gelegenheit hatte, Wahrnehmungen zu machen, die dem andern entgangen sind. Die Einzelvernehmung würde die Verhandlung nur unnütz in die Länge ziehen, da Schwierigkeiten, die bei dem jetzigen Verfahren kaum zum Vorschein treten können, immer erst mühsam aufgeklärt werden müssten. Es ist deshalb nur zu billigen, wenn der § 58 auf die Sachverständigen keine Anwendung findet.

Von Bedeutung ist für den Sachverständigen der § 52. 3 und § 76.

**§ 52, 3. Zur Verweigerung des Zeugnisses sind berechtigt Aerzte in Ansehung desjenigen, was ihnen bei Ausübung ihres Berufs anvertraut ist.**

Die bezeichneten Personen dürfen das Zeugnis nicht verweigern, wenn sie von der Verpflichtung zur Verschwiegenheit entbunden sind.

**§ 76. Dieselben Gründe, welche einen Zeugen berechtigen, das Zeugnis zu verweigern, berechtigen einen Sachverständigen zur Verweigerung des Gutachtens.**

Zu der Wahrung des Berufsgeheimnisses sind wir durch das Strafgesetzbuch verpflichtet (vergl. auch § 300 St.G.B.; S. 119), durch die Strafprozessordnung berechtigt. Von der Verpflichtung zur Verschwiegenheit kann nur derjenige uns entbinden, der uns in unserem Berufe etwas anvertraut hat. Handelt es sich um Geisteskranke, so kann es wohl fraglich erscheinen, ob diese überhaupt eine rechtlich gültige Entbindung vom Berufsgeheimnis aussprechen können.

Der Zweck der Einvernahme eines Sachverständigen ist klar. Wir sind aber in erster Linie Aerzte, erst in zweiter Hilfsorgane der Rechtspflege. Wir haben also allen Grund, das Interesse unserer Kranken zu wahren, soweit dieses durch eine Indiskretion geschädigt werden könnte. Andererseits aber werden wir berücksichtigen dürfen, dass wir durch unsere Weigerung, ein Gutachten ohne besondere Erlaubnis der Kranken abzugeben, die Abwicklung des Strafprozesses verzögern, ja geradezu verhindern. Wir werden deshalb überflüssige Schwierigkeiten zu vermeiden suchen; es bedarf aber oft, um das Richtige zu treffen, einer sorgfältigen Abwägung und einer feinen Empfindung für das, was unsern Schutzbefohlenen Not thut, und was eine geordnete Rechtspflege fordern kann und darf.

**§ 73. Die Auswahl der zuzuziehenden Sachverständigen und die Bestimmung ihrer Anzahl erfolgt durch den Richter.**

Sind für gewisse Arten von Gutachten Sachverständige öffentlich bestellt, so sollen andere Personen nur dann gewählt werden, wenn besondere Umstände es erfordern.

Abgesehen von den besondern und an dieser Stelle gleichgiltigen Sonderbestimmungen über die Sachverständigen bei richterlicher Leichenschau (§§ 87—91) ist es durchaus „in das Ermessen des Richters gestellt, ob und wie viele Sachverständige er vernehmen will“. (Motive S. 151): „Auch in Bezug auf technische Fragen entscheidet die Ueberzeugung des Richters, und es folgt hieraus, dass derselbe von der Einholung eines sachverständigen Gutachtens absehen kann, wenn er glaubt, selbst die betreffende Frage entscheiden zu können, sowie ferner, dass er an den Inhalt eines abgegebenen Gutachtens nicht gebunden ist, und dass er beim Widerspruche zwischen mehreren Gutachten ohne weiteres dem einen den Vorzug vor dem andern geben darf, wenn er eines Obergutachtens oder einer sonstigen weiteren Aufklärung nicht zu bedürfen glaubt.“

Neben dem Richter hat auch der Angeschuldigte das Recht, einen oder mehrere Sachverständige zu laden, denen, soweit dadurch nicht die Thätigkeit

der vom Richter bestellten gehindert wird, die Teilnahme an den Untersuchungen zu gestatten ist (§ 193).

Was ist ein Sachverständiger? „Durch besondere wissenschaftliche Kenntnisse, technische oder gewerbliche Uebung wird die Fähigkeit erlangt, Wahrnehmungen bestimmter Art zu machen und aus diesen oder aus anderweit festgestellten oder hypothetisch angenommenen Thatsachen Schlussfolgerungen zu ziehen“ (v. Kries S. 380). Diese Anschauung verlangt besondere wissenschaftliche Kenntnisse in dem betreffenden Fache, und mit Recht wird sich der Richter immer diejenigen Sachverständigen auswählen, von denen er diese besonderen Kenntnisse erwarten kann.

Der § 75 geht darin weiter:

**Der zum Sachverständigen Ernannte hat der Ernennung Folge zu leisten, wenn er zur Erstattung von Gutachten der erfordernten Art öffentlich bestellt ist, oder wenn er die Wissenschaft, die Kunst oder das Gewerbe, deren Kenntnis Voraussetzung der Begutachtung ist, öffentlich zum Erwerbe ausübt, oder wenn er zur Ausübung derselben öffentlich bestellt oder ermächtigt ist.**

Auf Grund dieses Paragraphen hat das Gericht das Recht, jeden approbierten Arzt zum Sachverständigen zu ernennen, sobald Fragen aus dem Gebiete der Medicin zur Verhandlung kommen. Nun hat natürlich der stetig wachsende Umfang der medicinischen Spezialfächer es mit sich gebracht, dass eine gleichmässige Beherrschung des Gesamtstoffes für den Einzelnen unmöglich ist. Kein Richter wird gegenüber der Weigerung eines Arztes, z. B. in chemischen Fragen Auskunft zu geben, auf seiner Vernehmung als Sachverständiger bestehen. Weniger einleuchtend aber wird ihm die Behauptung erscheinen, dass nicht jeder Arzt in der Psychiatrie Sachkundiger sein kann. Und doch ist das der Fall. Bisher ist die Irrenheilkunde nicht Prüfungsfach; bei der grossen Ueberlastung der Medizinstudierenden verlässt mancher die Universität, ohne auch nur eine psychiatrische Klinik besucht zu haben.

Auch der Besuch einer Vorlesung während eines Semesters macht noch niemanden zum psychiatrischen Sachverständigen; um so weniger als die Fälle, in denen der Richter die Hilfe des Fachmannes in Anspruch nimmt, meist sehr schwierig zu beurteilen sind. Wer vielfach psychiatrische Gutachten abgeben musste, wird wohl mit mir der Ansicht sein, dass die in Aussicht stehende Aufnahme der Psychiatrie unter die Examensfächer die Zahl der wirklich Sachverständigen nicht erheblich vermehren wird. Grobe Irrtümer dürften allerdings dadurch verringert werden; in allen schwierigen Fällen aber wird der Richter sich an den beschränkten Kreis wenden müssen, auf den ihn der Absatz 2 des § 73 ausdrücklich hinweist.

Als erste Instanz gelten allgemein die öffentlich bestellten gerichtsärztlichen Sachverständigen, die ausser dem medicinischen Staatsexamen noch die staatsärztliche Prüfung bestanden haben und als Kreis-, Bezirks-, Ober-



amts-, Distriktsärzte Anstellung gefunden haben<sup>1)</sup>. Die meisten Bundesstaaten machen zur Vorbedingung der Zulassung zur staatsärztlichen Prüfung eine dreimonatige Beschäftigung in einer staatlichen Irrenanstalt. Nach meinen persönlichen Erfahrungen ist der Erfolg dieser Ausbildungszeit insofern meist ein recht befriedigender, als die Schwierigkeiten der forensischen Beurteilung Geisteskranker durch die tägliche Beschäftigung mit denselben dem Arzte immer grösser erscheinen. Er wird dadurch zur Vorsicht gemahnt und lernt die Grenzen dessen kennen, was er ausserhalb der Anstalten zu beurteilen vermag. Das ist dann viel, wenn es sich um ausgesprochen geistige Störungen handelt. Zur Feststellung einer Psychose genügt oft eine Minute; zum Nachweis aber, dass jemand nicht geisteskrank sei, reichen oft Wochen genauester Beobachtung nicht aus.

Es ist ohne weiteres einleuchtend, warum die Einsicht in die Schwierigkeiten psychiatrischer Diagnostik fast wichtiger ist, als die positiven Kenntnisse. Im Bewusstsein seines Wissens wird der vermeintlich Sachverständige versucht sein, seine Ansicht viel bestimmter zu fassen, als wenn er sich der Schwierigkeiten jedes einzelnen Falles, durch die Erfahrung gewitzigt, stets bewusst ist. Ist das letztere der Fall, so wird er vor allen Dingen danach streben, sein Material zur Begutachtung so vollständig zu sammeln als möglich.

Das zu thun gestattet der § 80.

**Dem Sachverständigen kann auf sein Verlangen zur Vorbereitung des Gutachtens durch Vernehmung von Zeugen oder des Beschuldigten weitere Aufklärung verschafft werden.**

**Zu demselben Zwecke kann ihm gestattet werden, die Akten einzusehen, der Vernehmung von Zeugen oder des Beschuldigten beizuwohnen und an dieselben unmittelbar Fragen zu stellen.**

Durch das Wort „kann“ ist dem Richter das Recht gewahrt, das Verlangen des Sachverständigen unter Umständen abzulehnen. Doch erfährt auch dieses Recht dadurch eine Einschränkung, dass solche Thatsachen, deren der Sachverständige für sein Gutachten bedarf, zum Gegenstande der Beweisaufnahme gemacht werden müssen. Wenn der Sachverständige auf die Vernehmung eines durch die Verteidigung namhaft gemachten Zeugen über den Geisteszustand des Angeschuldigten verzichten zu können glaubt, so ist die Ablehnung des Antrags auf Ladung dieses Zeugen keine Beschränkung der Verteidigung (E. XXI. S. 153). Durch die Fassung des § 80 sollte offenbar der Möglichkeit vorgebeugt werden, die Untersuchung durch allzu viele Beweisanträge zu erschweren.

In der Praxis wird man wohl selten auf Schwierigkeiten stossen. Die Gerichte sind bezüglich der Ueberlassung von Akten, der Vernehmung von Zeugen durchweg sehr entgegenkommend. Die aussergerichtliche Vernehmung von Zeugen führt oft schneller zum Ziel als die gerichtliche, weil der Sach-

---

1) Eine gute tabellarische Uebersicht über die Organisation der Medicinalbehörden in den einzelnen Bundesstaaten findet sich bei Rapmund und Dietrich (S. 24--27).

verständige oft durch wenige zweckmässige Fragen mehr erfährt, als sich während eines stundenlangen Verhörs durch den Richter ergibt. Der Arzt darf aber nicht vergessen, dass solche Berichte rechtlich eigentlich nicht verwertet werden dürfen (Löwe S. 361).

Auf die Durchsicht der Akten sollte der Gutachter nie verzichten. Er gewinnt dadurch oft ein wesentlich anderes Bild von der Sachlage, als ihm die Untersuchung des Angeschuldigten allein gewährt. Diese selbst ist natürlich die Hauptsache. Wie weit der Arzt dieselbe ausdehnen will, hängt von den Schwierigkeiten des einzelnen Falles ab. In Preussen werden in der Regel nur 3 Vorbesuche bezahlt; das lässt darauf schliessen, da doch das Gericht dem Arzte die ihm zukommenden Gebühren nicht vorenthalten will, dass man im allgemeinen drei Besuche für ausreichend hält, um zur Klarheit zu kommen. Das ist aber durchaus nicht immer der Fall, besonders dann nicht, wenn der Verdacht auf Simulation besteht, oder wenn es sich um Kranke mit zeitweiliger psychischer Störung, z. B. um Epileptiker handelt.

Der wechselnde Zustand mancher Kranken bringt es mit sich, dass der Patient zufällig zur Zeit der Untersuchung ganz ruhig und gesund erscheint; die Angaben über das Auftreten von Ohnmachten, Krämpfen, Angstfällen und ähnl. sind nicht immer glaubhaft; und doch ist die Feststellung, ob wirklich solche Zustände vorkommen, oft für die Beurteilung entscheidend. Es war deshalb notwendig, eine Verordnung zu treffen, die eine genaue Beobachtung ermöglicht.

**§ 81. Zur Vorbereitung eines Gutachtens über den Geisteszustand des Angeschuldigten kann das Gericht auf Antrag eines Sachverständigen nach Anhörung des Verteidigers anordnen, dass der Angeschuldigte in eine öffentliche Irrenanstalt gebracht und dort beobachtet werde.**

**Die Verwahrung in der Anstalt darf die Dauer von sechs Wochen nicht übersteigen.**

Der zur Untersuchung seines Geisteszustandes in eine Irrenanstalt Eingewiesene ist weder ein Untersuchungsgefangener noch ein Kranker; daraus ergeben sich für die Praxis manche Schwierigkeiten. Wir müssen, so weit das eben die Einrichtungen der Irrenanstalten zulassen, die Entweichung zu verhindern suchen. (E. XIX. S. 330; vergl. auch S. 112.) Wir sind aber nicht von vornherein verpflichtet, bezüglich der Zulassung von Besuchen, Gestattung der Korrespondenz den Angeschuldigten nach andern Regeln zu behandeln, als denen des Krankenhauses, in dem derselbe untergebracht ist. Hält der Staatsanwalt, Untersuchungsrichter oder das einweisende Gericht besondere Maassnahmen für notwendig, so wird der Irrenarzt keine Schwierigkeiten machen, so wenig angenehm für den Betrieb der Irrenanstalt auch die Anwendung dieser besonderen Maassregeln sind. Wir werden also auf Wunsch des Gerichtes Besuche und Briefschreiben nicht gestatten, aber auch nur auf Wunsch; ohne besonderen Auftrag des Gerichtes halte ich den Irrenarzt nicht für gezwungen, in den Einrichtungen und Gepflogenheiten seiner Anstalt eine Ausnahme zu machen.

In einer Irrenanstalt wirkt alles zusammen, um die Feststellung des

Geisteszustandes zu erleichtern. Vor allem wird der Angeschuldigte damit der Beobachtung, psychiatrisch besonders geschulter Aerzte überantwortet. Die Einrichtungen der Anstalten gestatten die Beaufsichtigung des der Geisteskrankheit Verdächtigen bei Tag und bei Nacht; so nur kann, um den einen Punkt herauszugreifen, die Schlaflosigkeit, ein oft sehr wichtiges Symptom, auf die Stunde genau kontrolliert werden. Absonderlichkeiten des Handelns, die während längerer Besprechungen im Gefängnis oft gar nicht zu bemerken sind, dort auch zuweilen gar nicht hervortreten können, entgehen der Aufmerksamkeit des Arztes um so weniger, je häufiger er den Angeschuldigten sieht, je mehr Bewegungsfreiheit er ihm innerhalb der Anstaltsgrenzen gewährt.

Im allgemeinen kann man wohl behaupten, dass der Zeitraum von sechs Wochen hinlänglichen Spielraum gewährt, um ein Urteil zu gestatten; sollten auch nach Ablauf dieser Zeit noch Zweifel herrschen, so würde sehr wahrscheinlich auch eine längere Ausdehnung der Beobachtungszeit nicht zum Ziele führen. Ausnahmen sind sehr wohl möglich. Ich erinnere mich eines nicht zur Beobachtung eingewiesenen Kranken, bei dem immer wiederholtes und durch die Vorgeschichte in bestimmte Bahnen gelenktes Ausfragen keinerlei Spuren geistiger Erkrankung erkennen liess, bis etwa 8 Wochen nach der Aufnahme plötzlich der Patient zahlreiche und bis dahin sorgfältig dissimulierte und nie wieder verschwundene Grössen- und Verfolgungsideen kundgab.

Trotz solcher vereinzelter Vorkommnisse ist die zeitliche Beschränkung durchaus berechtigt, denn die Verwahrung in einer Irrenanstalt stellt doch einen recht erheblichen Eingriff in die persönliche Freiheit des Angeschuldigten vor. Wenn auch die Behauptung, dass ein Geistesgesunder durch den Aufenthalt in einer Irrenanstalt geistig erkranken könnte, zu den unbegründeten Vorurteilen gegen die Anstalten zu rechnen ist, so dürfen wir uns doch nicht verhehlen, dass diese Beobachtung zwar im Interesse der Rechtspflege unvermeidlich, für den Angeschuldigten aber oft eine sehr harte Maassregel ist.

Deshalb wurden auch während der Reichtagsverhandlungen ausser der zeitlichen Begrenzung noch weitere Einschränkungen dem § 81 zugefügt. Als solche sind zu nennen, dass der Verteidiger gehört werden muss, dass die Beschwerde gegen den Beschluss aufschiebende Wirkung hat, endlich, dass die Irrenanstalt eine öffentliche sein müsse. Das Misstrauen gegen die Privatanstalten, das aus der letzterwähnten Bestimmung spricht, war so lange begründet, als zur Leitung einer Privatanstalt Jedermann, auch ohne hinreichende psychiatrische Ausbildung, berechtigt war. Wenn diese Möglichkeit auch jetzt noch nicht ausgeschlossen ist, so scheint doch die allgemeine Missstimmung gegen die nicht staatlichen Anstalten in Abnahme begriffen zu sein. Ich schliesse das wenigstens daraus, dass im Gegensatz zur St.P.O. der § 656 der Z.P.O. bei der entsprechenden Vorschrift nur von „Heilanstalten“ ganz allgemein spricht.

Der Antrag des Sachverständigen ist die unerlässliche Voraussetzung der Beobachtung in einer Irrenanstalt. Der Verteidiger kann die Maassregel anzuregen versuchen, er kann auch selbst einen Sachverständigen zuziehen. Wenn



aber der letztere nicht den Antrag selbst stellt, so kann das Gericht den des Verteidigers unberücksichtigt lassen. (E. XX. S. 378.) In der gleichen Reichsgerichtsentscheidung wird bemerkt, dass „selbst dann, wenn ein Sachverständiger die Maassregel beantragt hat, dieselbe nur nach Ermessen des Gerichts verhängt werden kann. Dadurch, dass das Gericht von seinem Ermessen im verneinenden Sinne Gebrauch macht, kann das Gesetz nicht verletzt werden“.

Schliesst sich der Sachverständige dem Antrage des Verteidigers an, macht ihn also dadurch zu dem seinigen, so muss das Gericht über diesen Antrag Beschluss fassen (E. XXVII. S. 348), kann ihn also nicht einfach ignorieren, wie dann, wenn er nur vom Verteidiger ausgeht. Besser wäre freilich, wenn das Gericht bei Erfüllung der prozessualen Voraussetzungen des § 81 in jedem Falle die Beobachtung in einer Irrenanstalt anordnen müsste; so viel Vertrauen muss das Gericht seinen Sachverständigen doch schenken, dass diese nicht überflüssiger Weise die geistige Gesundheit eines Angeschuldigten anzweifeln.

Die Untersuchung und Verhandlung mit dem Angeschuldigten muss ja nicht notwendig bei dem Ungeübten Bedenken über dessen Zurechnungsfähigkeit wachrufen; schon deshalb nicht, weil sehr wohl die Strafthat in einen krankhaften Zustand der Geistesthätigkeit fallen kann, der zur Zeit der Verhandlung abgelaufen und geheilt ist. Der Umstand, dass der Angeschuldigte genesen ist, hindert die Beobachtung in einer Irrenanstalt nicht (E. XX. S. 378). Löwe (S. 361) ist anderer Ansicht: „Gegen eine Person, bei der eine Geisteskrankheit oder Geistesstörung gegenwärtig nicht vorhanden ist, kann die Maassregel nicht deshalb verhängt werden, weil über den Geisteszustand zur Zeit der That Zweifel obwalten.“ Die Praxis lehrt aber, dass gerade solche Fälle besonders häufig die Anwendung des § 81 notwendig machen; ich erinnere nur an die zahlreichen Strafthaten von Epileptikern.

Das Gutachten nach der sechswöchigen Beobachtung wird meist schriftlich erstattet werden müssen, da es sich noch um das Vorverfahren handelt.

**§ 82. Im Vorverfahren hängt es von der Anordnung des Richters ab, ob die Sachverständigen ihr Gutachten schriftlich oder mündlich zu erstatten haben.**

In der Regel sind die Irrenanstalten nicht am Sitze des Gerichts, sodass der Untersuchungsrichter oder der Staatsanwalt schon der räumlichen Trennung wegen auf die schriftliche Begutachtung nicht verzichten kann. Da es sich ausserdem meist um schwierige Fälle handelt, wenn der § 81 zur Anwendung kommt, so ist auch schon deshalb die genaue Begründung des Endgutachtens unentbehrlich; dazu kommt, dass der Richter unter Umständen das Gutachten für ungenügend erklären kann. Eine exacte Erklärung des Begriffs „ungenügend“ fehlt; aus dem Zusammenhange mit den weiteren Bestimmungen aber ergibt sich, dass darunter offenbar die für den Richter subjektiv bestehende Unklarheit des aus den Beobachtungen gezogenen Schlusses oder die ebenfalls subjektiv mangelhafte Begründung verstanden werden muss.

§. 83. Der Richter kann eine neue Begutachtung durch dieselben oder durch andere Sachverständige anordnen, wenn er das Gutachten für ungenügend erachtet.

Der Richter kann die Begutachtung durch einen anderen Sachverständigen anordnen, wenn ein Sachverständiger nach Erstattung des Gutachtens mit Erfolg abgelehnt ist.

In wichtigeren Fällen kann das Gutachten einer Fachbehörde eingeholt werden.

Die Ablehnung eines Sachverständigen gehört wohl zu den Seltenheiten. Sie geschieht auf Grund des § 74:

Ein Sachverständiger kann aus denselben Gründen, welche zur Ablehnung eines Richters berechtigen, (es sind dies nach §§ 22. 24: Verletztsein durch die strafbare Handlung, Verwandtschaft, Vormundschaft, Ehe mit dem Verletzten oder Beschuldigten, Thätigkeit als Anwalt, Verteidiger, Beamter der Staatsanwaltschaft oder Polizei, Besorgnis der Befangenheit) abgelehnt werden. Ein Ablehnungsgrund kann jedoch nicht daraus entnommen werden, dass der Sachverständige als Zeuge vernommen ist.

Das Ablehnungsrecht steht der Staatsanwaltschaft, dem Privatkläger und dem Beschuldigten zu. Die ernannten Sachverständigen sind den zur Ablehnung Berechtigten namhaft zu machen, wenn nicht besondere Umstände entgegenstehen.

Der Ablehnungsgrund ist glaubhaft zu machen; der Eid ist als Mittel der Glaubhaftmachung ausgeschlossen.

Die Ueberzeugung von der Richtigkeit eines Gutachtens wird durch die Ablehnung des Sachverständigen wohl etwas erschüttert, durchaus aber nicht aufgehoben. Es wäre auch wohl nicht am Platze, ein eidlich erstattetes Gutachten aus den Gründen anzuzweifeln, die eine Ablehnung gestatten. Jedes Gutachten muss beeidigt werden.

§ 79. Der Sachverständige hat vor Erstattung des Gutachtens einen Eid dahin zu leisten:

dass er das von ihm erforderte Gutachten unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen erstatten werde.

Ist der Sachverständige für die Erstattung von Gutachten der betreffenden Art im Allgemeinen beeidigt, so genügt die Berufung auf den geleisteten Eid.

Bei schriftlichen Gutachten genügt ebenfalls der Hinweis auf den im allgemeinen geleisteten Sachverständigeneid; als solcher ist auch ein Diensteid dann ausreichend, wenn in ihm der Sachverständigeneid enthalten ist (E. III. S. 321). Die Beeidigung soll partiische Begutachtung verhindern. Dadurch wird aber nicht ausgeschlossen, dass persönliche Beziehungen zu dem Angeschuldigten oder Verletzten den Sachverständigen gegen seinen Willen und unbewusst beeinflussen; selbst wenn das aber nicht der Fall wäre, so könnte doch der Beklagte oder eine der Parteien die Empfindung haben, dass persönliche Gründe in der Begutachtung

eine Rolle gespielt haben. Deshalb ist die Ablehnung zweckmässiger Weise möglich gemacht worden, gleichzeitig aber dem Richter anheimgegeben, ob er eine erneute Begutachtung anordnen will.

Wichtiger ist für den Richter, dass er in schwierigen Situationen in der Anzahl der Sachverständigen nicht beschränkt ist. Zumal dann, wenn die Ansicht des von dem Beschuldigten gestellten Gutachters der des gerichtlichen widerspricht, muss das Gericht prozessual die Berechtigung haben, durch weitere Gutachten Klarheit zu schaffen. Als letzte Instanz dient gemäss § 83, Absatz 3 das Gutachten einer Fachbehörde. Als solche dienen nach der Zusammenstellung von Rapmund und Dietrich (S. 24—27) meist die Landes- oder Provinzial-Medizinalkollegien, in einzelnen Bundesstaaten die medizinischen Fakultäten der Universität oder auch eigene Referenten.

Die Fachbehörden haben den grossen Vorzug, dass sich in ihnen in der Regel die bestausgebildeten Fachleute befinden, die in dem betreffenden Oberlandgerichtsbezirk des Bundesstaates vorhanden sind; diesem Vorzuge steht aber ein sehr bedenklicher Nachteil gegenüber, der nämlich, dass die Begutachtung vielfach nur auf Grund der Akten und der von den unteren Instanzen abgegebenen Gutachten erfolgt. In besonders verwickelten Fällen wird die Fachbehörde auf der persönlichen Untersuchung bestehen müssen, selbst wenn diese nur schwer zu bewerkstelligen ist. Bei psychiatrischer Begutachtung ist die eigene Untersuchung nicht gut zu entbehren; keine noch so gut und ausführlich geführte Krankengeschichte eines andern vermag den persönlichen Eindruck zu ersetzen. Und auch dieser ist nicht so wichtig wie die wochenlange Beobachtung in einer Irrenanstalt. Deren Dauer aber darf einen Zeitraum von sechs Wochen nicht überschreiten; das Verlangen der Fachbehörde, den Angeschuldigten selbst beobachten zu können, ist vom psychiatrischen Standpunkte aus gerechtfertigt, aber nach der St.P.O. auch im Falle des § 83, 3 nicht gestattet, sobald die erstmalige Unterbringung in einer Irrenanstalt bereits sechs Wochen gedauert hat (E. XXIII. S. 209).

Es ist wünschenswert, dass der Richter die Bedeutung und Unentbehrlichkeit der Beobachtung für die Begutachtung im Auge behält. Er wird dann in der Wahl der Anstalt, über die keine Vorschriften bestehen, vorsichtig sein und sich gleich an diejenigen Sachverständigen wenden, die sein volles Vertrauen besitzen.

Die Begutachtung fraglicher Geisteszustände gehört zu den schwierigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben unseres Berufes. Wer nicht in der Lösung der Aufgabe seine Befriedigung findet, wird dieselbe schwerlich in der ihm nach § 84 zustehenden Entlohnung finden können:

**Der Sachverständige hat nach Maassgabe der Gebührenordnung Anspruch auf Entschädigung für Zeitversäumnis, auf Erstattung der ihm verursachten Kosten und ausserdem auf angemessene Vergütung für seine Mühewaltung.**

Aus der Gebührenordnung vom 30. Juni 1878 sind folgende Bestimmungen hervorzuheben:



3. Der Sachverständige erhält für seine Leistungen eine Vergütung nach Massgabe der erforderlichen Zeitversäumnis im Betrage bis zu zwei Mark auf jede angefangene Stunde.

Die Vergütung ist unter Berücksichtigung der Erwerbsverhältnisse<sup>1)</sup> des Sachverständigen zu bemessen und für jeden Tag auf nicht mehr als zehn Stunden zu gewähren.

Ausserdem sind dem Sachverständigen die auf die Vorbereitung des Gutachtens verwendeten Kosten, sowie die für eine Untersuchung verbrauchten Stoffe und Werkzeuge zu vergüten.

4. Bei schwierigen Untersuchungen und Sachprüfungen ist dem Sachverständigen auf Verlangen für die aufgetragene Leistung eine Vergütung nach dem üblichen Preise derselben und für die ausserdem stattfindende Teilnahme an Terminen die in § 3 bestimmte Vergütung zu gewähren.

§ 5. Als versäumt gilt für den Sachverständigen auch die Zeit, während welcher er seine gewöhnliche Beschäftigung nicht wieder aufnehmen konnte.

§ 6. Musste der Sachverständige ausserhalb seines Aufenthaltsortes einen Weg bis zur Entfernung von mehr als zwei Kilometer zurücklegen, so ist ihm ausser den nach §§ 3–5 zu bestimmenden Beträgen eine Entschädigung für die Reise und für den durch die Abwesenheit vom Aufenthaltsorte verursachten Aufwand nach Massgabe der folgenden Bestimmungen zu gewähren.

§ 7. Soweit nach den persönlichen Verhältnissen des Sachverständigen oder nach äusseren Umständen die Benutzung von Transportmitteln für angemessen zu erachten ist, sind als Reiseentschädigung die nach billigem Ermessen in dem einzelnen Falle erforderlichen Kosten zu gewähren. In anderen Fällen beträgt die Reiseentschädigung für jedes angefangene Kilometer des Hinweges und des Rückweges fünf Pfennig.

§ 8. Die Entschädigung für den durch Abwesenheit von dem Aufenthaltsorte verursachten Aufwand ist nach den persönlichen Verhältnissen zu bemessen, soll jedoch den Betrag von fünf Mark für jeden Tag, an welchem der Sachverständige abwesend gewesen ist, und von drei Mark für jedes ausserhalb genommene Nachtquartier nicht überschreiten.

§ 9. Musste der Sachverständige innerhalb seines Aufenthaltsortes einen Weg bis zu einer Entfernung von mehr als zwei Kilometer zurücklegen, so ist ihm für den ganzen zurückgelegten Weg eine Reiseentschädigung nach den Vorschriften des § 7<sup>2</sup> zu gewähren.

§ 10. Konnte der Sachverständige den erforderlichen Weg ohne Benutzung von Transportmitteln nicht zurücklegen, so sind die nach billigem Ermessen erforderlichen Kosten auch ausser den in den §§ 6, 9 bestimmten Fällen zu gewähren.

§ 11. Abgaben für die erforderliche Benutzung eines Weges sind in jedem Falle zu erstatten.

§ 13. Soweit für gewisse Arten von Sachverständigen besondere Taxvorschriften bestehen, welche an dem Orte des Gerichts, vor welches die Ladung erfolgt, und an dem Aufenthaltsorte des Sachverständigen gelten, kommen lediglich diese Vorschriften in Anwendung. Gelten solche Taxvorschriften nur an einem dieser Orte, oder gelten an demselben verschiedene Taxvorschriften, so kann der Sachverständige die Anwendung der ihm günstigeren Bestimmungen verlangen.

§ 15. Ist ein Sachverständiger für die Erstattung von Gutachten im allgemeinen beeidigt, so können die Gebühren für die bei bestimmten Gerichten vorkommenden Geschäfte durch Uebereinkommen bestimmt werden.

§ 16. Die Gebühren der Sachverständigen werden nur auf Verlangen derselben gewährt. Der Anspruch erlischt, wenn das Verlangen binnen drei Monaten nach Beendigung

---

1) Versäumnis des Erwerbs ist nicht erforderlich; es genügt, dass der Erwerb versäumt werden konnte.

der Zuziehung oder Abgabe des Gutachtens bei dem zuständigen Gerichte nicht angebracht wird.

§ 17. Die einem Sachverständigen zu gewährenden Beträge werden durch das Gericht oder den Richter, vor welchem die Verhandlung stattfindet, festgesetzt. Sofern die Beträge aus der Staatskasse gezahlt und dieser nicht erstattet sind, kann die Festsetzung von dem Gericht oder dem Richter, durch welche sie erfolgt ist, sowie von dem Gerichte der höheren Instanz von Amtswegen berichtigt werden. Gegen die Festsetzung findet Beschwerde nach Massgabe der §§ 531 bis 538 der Z.P.O. und des § 4, Abs. 3 des Gerichtskostengesetzes, in Strafsachen nach Massgabe der §§ 346 bis 352 der St.P.O. statt.

Die meisten Bundesstaaten haben besondere Vorschriften erlassen, durch welche die dem Sachverständigen zustehenden Gebühren noch erheblich reduziert werden. So setzt die Kgl. Verordnung vom 17. September 1876 in Preussen als Gebühr „für ein mit wissenschaftlichen Gründen unterstütztes, nicht bereits im Termin zu Protokoll gegebenes Gutachten“, eine Vergütung von 6 bis 24 Mark fest, in welcher auch diejenige für die in der Wohnung des Sachverständigen vorgenommene Untersuchung der zu begutachtenden Person sowie die für das Aktenstudium eingeschlossen ist. (Entscheidungen des Reichsgerichts, V. Civilsenat 6. II. 1893 und 11. IV. 1896.)

„Die höheren Sätze (d. h. bis 24 Mark!) sind insbesondere dann zu bewilligen, wenn eine zeitraubende Einsicht der Akten notwendig war.“

Nach § 6 hat der Sachverständige das Recht, drei Vorbesuche, die nicht in seiner Wohnung stattfanden, mit einer Gebühr von je drei Mark zu berechnen. Hält er drei Vorbesuche für nicht ausreichend, so hat er die Genehmigung der auftraggebenden Behörde einzuholen; andernfalls steht es ihm zwar frei, den Angeschuldigten so oft und so eingehend zu beobachten, als er im Interesse seiner Begutachtung für notwendig erachtet; eine Entschädigung aber erhält er nicht.

Das Maximum der dem Sachverständigen zustehenden Gebühren ist also in Preussen 33 Mark, in einzelnen Bundesstaaten, z. B. Bremen (50 Mark), Sachsen (45 Mark) etwas mehr.<sup>1)</sup> Diese materielle Seite unserer gutachtlichen Thätigkeit ist nicht so unwesentlich, als sie vielleicht auf den ersten Blick erscheint. In der Geringfügigkeit der Gebühr liegt eine Geringschätzung unserer Mühe. Das erhellt aus dem Vergleich mit dem § 8 der preussischen Verordnung; nach dieser erhält ein Chemiker für eine gerichtliche oder medizinalpolizeiliche Untersuchung neben dem Ersatz der Unkosten eine Gebühr von 12—75 Mark! Weder an Zeitaufwand, noch an Schwierigkeit, gewiss aber nicht an Bedeutung und Verantwortung bleiben die psychiatrischen Gutachten hinter denen der Chemiker zurück.

Ich will dabei ganz davon absehen, dass die Angriffe, die Staatsanwalt und Verteidiger bei Gerichtsverhandlungen gegen die Beweisführung der Irrenärzte in ihren Plaidoyers zu machen pflegen, nicht grade zu den Annehmlichkeiten unseres Berufes gehören, Angriffe, die bei technischen Gutachten zu den grössten Seltenheiten gehören; erfreulich ist es auch ferner nicht, wenn die öffentliche

---

1) Vergleiche auch die Zusammenstellung bei Rapmund und Dietrich S. 664—673.

Meinung den Sachverständigen verdächtigt, falls sein Gutachten einen Angeschuldigten befreit, dessen Strafthat wegen ihrer Natur oder wegen der Person des Thäters die Oeffentlichkeit für besonders strafwürdig hält. Viel schlimmer ist es, dass die Gerichte oder gar die Geschworenen auf Grund ihrer flüchtigen Beobachtung während der Verhandlung und in der festen Ueberzeugung von der eignen Sachkenntnis, sich über das sorgfältigst ausgearbeitete Gutachten hinwegsetzen können. An Beispielen ist kein Mangel.

Begreiflich ist die Zuziehung eines weiteren Sachverständigen oder die Einholung eines Obergutachtens, wenn das Gericht Zweifel an der Zuverlässigkeit der Beweisführung hat. Eine Verurteilung eines Angeschuldigten aber gegen die Stimme des Sachverständigen, vorausgesetzt, dass derselbe sich mit Bestimmtheit und unter Darlegung seiner Gründe für das Vorhandensein einer geistigen Störung im Sinne des § 51 St. G. B. ausspricht, sollte nicht vorkommen. Wenn sich der Richter ein eignes Urteil in schwieriger Sachlage zutraut, so erspare er dem Sachverständigen das peinliche Gefühl, das in der Missachtung eines nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch erstatteten Gutachtens liegt.

Es liegt ein unlösbarer Widerspruch in der Vernehmung eines Sachverständigen und der nachherigen Verwerfung seiner Ansicht, ein Widerspruch, den das Recht der „freien Beweiswürdigung“ nicht aus der Welt schaffen kann, und dessen Opfer wir nachher in grosser Zahl in den Krankenabteilungen der Gefängnisse wiederfinden. Ueber die Schwierigkeiten psychiatrischer Begutachtung sind die Richter meist nur sehr unvollkommen unterrichtet; die wenigsten haben eine Vorstellung, welche Summe von Fleiss, sorgfältiger Beobachtung, geistiger Arbeit in einem Gutachten steckt. Und deshalb müssen wir auch aufs entschiedenste Einsprache erheben gegen die Art und Weise, wie diese Mühe bezahlt wird.

Der kärgliche Satz von zwei Mark, den uns die Gebührenordnung zuspricht, und der nach § 84 eine „Entschädigung für unsre Zeitverluste“ und „ausserdem eine angemessene Vergütung für unsre Mühewaltung“ sein soll, ist schon unwürdig genug. Unerträglich aber ist die auf dem Verordnungswege erreichte weitere Beschränkung unsrer Ansprüche; wenn man es wagen darf, den geistigen Arbeiter mit einem Stundenlohn abzuspeisen, der hinter dem eines Dienstmannes zurückbleibt, dann darf man sich auch nicht wundern, wenn die geistige Arbeit selbst nicht allzu hoch geschätzt wird. Nicht aus pekuniären Gründen müssen wir gegen die üblichen Sachverständigengebühren protestieren, sondern weil sie ein Symptom der Geringschätzung unsrer Sachverständigenthätigkeit sind.

Als ein weiteres Symptom ist die Vernehmung als „sachverständiger Zeuge“ nach § 85:

**Insoweit zum Beweise vergangener Thatsachen oder Zustände, zu deren Wahrnehmung eine besondere Sachkunde erforderlich war, sachkundige Personen zu vernehmen sind, kommen die Vorschriften über den Zeugenbeweis zur Anwendung.**

Die Motive zu dem Paragraphen (S. 152) sagen ausdrücklich: „Die Hervorhebung des inneren Unterschiedes, welcher zwischen den Sachverständigen, die



als Gehülfen des Richters stets aus Thatfachen Schlüsse ziehen, und den sachverständigen Zeugen, die eigne Wahrnehmungen bekunden, unleugbar besteht, ist zur Beseitigung vielfacher Streitigkeiten für angemessen erachtet.“ Die scharfe Grenze zwischen einer Beobachtung und einem Schlusse besteht weder medicinisch, noch wird sie juristisch eingehalten. Das wird jeder „sachverständige Zeuge“ bestätigen können, der einmal in dieser Eigenschaft vernommen wurde. Man verlangt stets ein Gutachten; der Arzt aber sollte sich darauf nie einlassen. Martin Brasch (S. 274) verlangte in einem Falle die wörtliche Protokollierung des von ihm „als sachverständigen Zeugen“ verlangten Urteils und erstritt einen Reichsgerichtsbeschluss, der ihm die Gebühren eines Sachverständigen zusprach; damit wurde seine Zeugenaussage zu einem Sachverständigengutachten; eine neue Vertheidigung ist in solchen Fällen nicht erforderlich (E. III. S. 101).

In einem zweiten Falle verweigerte er jede Antwort, die nicht einfach die Widergabe einer technischen Beobachtung war, obgleich der Richter mit den gesetzlichen Zwangsmaassregeln, die bei Zeugnisverweigerung gemäss § 69 anwendbar sind, drohte. Der Richter vermochte aus den Aussagen\* selbst den Schluss nicht zu ziehen, den auszusprechen über die Verpflichtungen des Zeugen hinausging, und war schliesslich doch zur Einvernahme des Arztes in seiner Eigenschaft als Sachverständiger gezwungen.

Ich halte im Interesse unsres Standes die letzte Methode für die angemessene. Wir sind gerne bereit, dem Richter unser ganzes Wissen und Können zur Verfügung zu stellen; wohl nur selten, vielleicht nie wird der Richter die Erstattung eines Gutachtens erzwingen müssen, wozu ihm der § 77 eine Handhabe gibt:

**Im Falle des Nichterscheins oder der Weigerung eines zur Erstattung des Gutachtens verpflichteten Sachverständigen wird dieser zum Ersatze der Kosten und zu einer Geldstrafe bis zu dreihundert Mark verurteilt. Im Falle wiederholten Ungehorsams kann noch einmal eine Geldstrafe bis zu sechshundert Mark erkannt werden.**

Ich weiss nicht, ob die Verweigerung eines Gutachtens überhaupt vorkommt. Gerade darum aber, weil wir, wie die Motive es nennen „Gehilfen des Richters“ sind, verlangt die Selbstachtung, unsre wissenschaftliche Begutachtung nicht auf das Niveau einer Zeugenaussage herabwürdigen zu lassen.

Man mag die Ausführungen, in denen ich versuchte, die Schattenseiten unsrer Sachverständigenthätigkeit zu charakterisieren, etwas scharf finden; sie sind aber leider nicht unberechtigt. Ich muss deshalb einschränkend bemerken, dass nach zwei Richtungen unsre Erfahrungen auch erfreulicher Natur sind. Einestheils finden wir die Neigung zu Uebergreifen meist bei denjenigen Richtern, die in Folge geringer eigener Erfahrungen die Schwierigkeiten der psychiatrischen Diagnostik unterschätzen und noch das unbegrenzte Vertrauen auf den „gesunden Menschenverstand“, auf das Laienurteil, haben. Mit den Jahren pflegt dieser Fehler sich zu bessern. Andererseits scheint mir im Ganzen die Wertschätzung der Psychiater in Richterkreisen zu steigen. Daran ist zum Teil wohl die bessere Aus-

bildung der Sachverständigen Schuld, zum Teil aber wohl auch die Möglichkeit für den Juristen, schon auf der Universität einen Einblick in die forensische Psychiatrie zu bekommen. Auf den meisten Hochschulen werden Vorlesungen oder praktische Uebungen in diesem Fache abgehalten. Es ist keine Ueberschätzung der Wichtigkeit unsrer Disciplin, wenn ich den Wunsch ausspreche, den Besuch solcher Vorlesungen obligatorisch gemacht zu sehen. Der Erfolg wird nicht der sein, dass der Richter selbst zum Sachverständigen wird; aber er wird dadurch ein Verständnis für die Schwierigkeiten gewinnen, aus dem sich das erfreuliche Resultat ergeben wird, dass ein einträchtiges Zusammenarbeiten möglich wird. Und das kommt in gleicher Weise unsern Kranken und der Rechtspflege zu Gute.

### Kapitel III.

#### **Der Geisteskranke als Angeschuldigter, Angeklagter und Verurteilter.**

Verfahren bei geisteskranken Angeklagten. — Schuldfrage vor den Geschworenen. — Verhandlungsfähigkeit. — Taubstumme. — Straferstehungsfähigkeit. — Strafaufschub. — Strafvollzug bei Geisteskranken. — Irrenabteilungen an Strafanstalten.

Wenn sich vor Erhebung der öffentlichen Klage die Unzurechnungsfähigkeit des Thäters herausstellt, so wird ein Hauptverfahren gar nicht eröffnet. Die Entscheidung darüber, ob der Strafausschliessungsgrund des § 51 St. G. B. vorliegt, ist Sache der Staatsanwaltschaft, in jedem weiteren Stadium des Strafprocesses Sache des Gerichtes. Die Anzweiflung der geistigen Gesundheit zwingt das Gericht nach § 266, Absatz 2 zur Stellungnahme; die Urteilsgründe müssen sich darüber aussprechen, „ob diese Umstände, welche die Strafbarkeit ausschliessen, für festgestellt oder für nicht festgestellt erachtet werden“.

Bei den Geschworenen ist durch § 293 die Stellung der Schuldfrage genau und klar vorgeschrieben und doch leicht missverständlich. § 293 lautet:

Die Hauptfrage beginnt mit den Worten: „Ist der Angeklagte schuldig?“ Sie muss die dem Angeklagten zur Last gelegte That nach ihren gesetzlichen Merkmalen und unter Hervorhebung der zu ihrer Unterscheidung erforderlichen Umstände bezeichnen.

Durch den Wortlaut des § 51 ist die Schuldfrage identisch mit der Thatfrage. Der nicht juristisch geschulte Geschworene aber macht trotz geeigneter Belehrung leicht den Fehler, diese beiden Fragen zu trennen. Er bejaht die Schuldfrage, weil er der Ansicht ist, dass der Geisteskranke die strafbare Handlung begangen hat, würde aber eine zweite Frage, ob er strafbar sei, wegen der Unzurechnungsfähigkeit des Thäters verneinen. Diese zweite Frage aber wird nicht gestellt und darf nicht gestellt werden. Wenigstens nicht, wenn es sich um einen Geisteskranken beziehungsweise um den § 51 St. G. B. handelt. Dagegen ist die Stellungnahme der Geschworenen zur relativen Strafunmündigkeit und zur Zurechnungsfähigkeit der Taubstummen obligatorisch.

**§ 298.** Hatte ein Angeklagter zur Zeit der That noch nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet, so muss die Nebenfrage gestellt werden, ob er bei Begehung der That die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen habe.

Dasselbe gilt, wenn ein Angeklagter taubstumm ist.

Die Unklarheit, an der die bereits auf S. 42 näher gekennzeichnete unglückliche Fassung des § 51 St.G.B. die Schuld trägt, kann durch den Vorsitzenden des Gerichtes nur dadurch unwirksam gemacht werden, dass er den Geschworenen die Fragen gründlich erläutert und sie so belehrt, dass Irrtümer ausgeschlossen sind. Zu dieser Belehrung gibt ihm der § 300 ja das Recht, und er wird dieses Recht gerade in der Richtung ausnützen dürfen, zu der die Erfahrungen nötigen. —

Die Strafprozessordnung dient der Erforschung der materiellen Wahrheit; sie soll das Recht wahren, und dazu ist ebenso gut erforderlich, dass dem Untersuchungs- und Strafrichter weitgehende Machtvollkommenheit zusteht, als dass der Beschuldigte in der Freiheit der Verteidigung nicht beschränkt wird. Beeinträchtigt aber wird die Fähigkeit, sich selbst zu verteidigen oder sich in zweckentsprechender Weise verteidigen zu lassen, sobald eine geistige Erkrankung den Beschuldigten befällt. Deshalb setzt der § 203 fest:

**Vorläufige Einstellung des Verfahrens kann beschlossen werden, wenn dem weiteren Verfahren Abwesenheit des Angeschuldigten oder der Umstand entgegensteht, dass derselbe nach der That in Geisteskrankheit verfallen ist.**

Diese Bestimmung beschäftigt sich nur mit demjenigen, der nach der strafbaren Handlung in Geisteskrankheit verfallen ist. Solche Fälle sind, wie ich im Gegensatz zu Leppmann (2. S. 121) annehme, ausserordentlich selten, um so seltener, wenn Strafthat und gerichtliches Verfahren zeitlich schnell aufeinander folgen. Man wird nicht oft fehlgehen, wenn man das Verbrechen mit der Psychose in ursächlichen Zusammenhang bringt, mindestens ist es stets ratsam, diese Möglichkeit besonders genau ins Auge zu fassen.

Ist nun die geistige Erkrankung zur Zeit der Begehung der That fraglich, zur Zeit der Verhandlung aber zweifellos, so darf eine Verhandlung nicht stattfinden. Diese Anschauung legte der Staatsanwalt einem Revisionsantrage zu Grunde, der das Reichsgericht beschäftigte (E. I. S. 149). Er stellte nicht die Anwendbarkeit des § 51 St.G.B. in Frage, sondern nur die Verhandlungsfähigkeit. Das Reichsgericht verwarf die Revision, weil der Angeklagte nur an partieller Geistesstörung gelitten habe. „Das Landgericht hat nur eine partielle, auf einzelne fixe Ideen oder falsche Vorstellungen beschränkte krankhafte Störung der Geistesthätigkeit des Angeklagten unterstellt, die sich lediglich in einer bestimmten Richtung offenbare, während im übrigen der Gebrauch seiner Verstandeskkräfte und die Freiheit seines Handelns nicht beschränkt sei. Da es nun wirklich die Verhandlung mit dem Angeklagten bewirkt, seine Erklärungen entgegengenommen, seinen Verzicht auf Zeugen berücksichtigt, und die Feststellung der That auf sein Geständnis gestützt hat, so muss angenommen werden, dass



es zur Zeit der Verhandlung einen geistigen Zustand des Angeklagten als vorhanden angenommen hat, welcher die Vornahme dieser Verhandlung mit ihm ermöglichte. Die Beurteilung der Frage aber, ob ein Angeklagter sich in einem solchen Zustande geistiger Freiheit befinde, dass mit ihm in gültiger Weise strafgerichtlich verhandelt werden könne, steht lediglich dem erkennenden Richter zu.“

Diese Auffassung des Reichsgerichtes war insofern für den Angeklagten eine Wohlthat, als die Freisprechung auf Grund des § 51 St.G.B. entschieden einem ins Unendliche verlängerten und wegen der Unheilbarkeit der Psychose nie zum Abschluss kommenden Verfahren vorzuziehen war. Aber das Urteil begibt sich auf eine schiefe Ebene, indem es durch die unhaltbare Annahme einer partiellen Geisteskrankheit (vergl. dazu S. 30) einer Entscheidung aus dem Wege geht, ob Geisteskrankheit die Verhandlungsfähigkeit ausschliesst.

In einer späteren Entscheidung (E. XIX. S. 324) hat das Reichsgericht keine Gesetzesverletzung in der Verhandlung mit einem zweifellos Geisteskranken gefunden. Die Möglichkeit ist nach dem Wortlaute des § 203 thatsächlich gegeben; denn erstlich muss die Einstellung des Verfahrens nicht beschlossen werden, sondern kann erfolgen; ferner aber ist sie vorgesehen, wenn dem weiteren Verfahren der Umstand entgegensteht, dass der Angeschuldigte in Geisteskrankheit verfallen ist.

Die Verhandlung gegen einen Geisteskranken hat den Vorzug, dass der schwebende Strafprozess seine Erledigung findet. Eine vorläufige Einstellung des Verfahrens gemäss § 203 unterbricht die Verjährung (E XXI S. 308). Das Gericht hat also die Pflicht, von Zeit zu Zeit die Anstalt, in welcher der Angeklagte untergebracht ist, über die Verhandlungsfähigkeit zu befragen; ein Verfahren, doppelt unerfreulich, weil vielfach die Unheilbarkeit diesen Anfragen den Charakter rein formeller Pflichterfüllung giebt, und weil eine Verhandlung sehr wahrscheinlich auch das Vorhandensein der geistigen Störung schon für die Zeit der Straftat darthun würde, das Verfahren demnach durch eine Freisprechung einen richtigeren Abschluss finden könnte.

Die Verhandlung aber mit einem Geisteskranken hat den Nachteil, dass vielleicht doch die Erkrankung den Angeklagten in seiner Verteidigung verhindern könnte. Die theoretische Ueberlegung und die praktische Erprobung ergeben das anscheinend paradoxe Ergebnis, dass diese Gefahr um so geringer ist, je ausgeprägter die krankhaften Erscheinungen sind. Und doch ist das nur scheinbar widersinnig. Ist ein Angeklagter völlig verblödet oder gänzlich verworren, so kann er sich allerdings nicht selbst verteidigen, seine Verteidigung führt dann seine Krankheit selbst. Dem Richter kann die geistige Zerrüttung unmöglich entgehen; für den Sachverständigen wird die Begutachtung um so leichter, als die überzeugende Kraft seiner Ausführung durch den in der Verhandlung hervortretenden Zustand des Angeklagten wirksam unterstützt wird.

Geringfügige Störungen dagegen sind viel bedenklicher für den Angeklagten. Sie können anscheinend die Verhandlung gestatten, obgleich der Kranke in seiner Verteidigung sehr erheblich beeinflusst sein kann. So wird z. B. ein an Queru-

lantenwahn Leidender seine Verteidigung mit grosser äusserlicher Gewandtheit führen, aber gewiss nicht in zweckmässiger Weise. Er wird durch die Art seines Auftretens den Richter reizen, er wird, wie das in der Natur seiner Krankheit liegt, an Stelle von Beweisen Anschuldigungen vorbringen, er wird die Aufklärung fraglicher Umstände durch seine Unbelehrbarkeit verhindern, ja er wird vor allem dem Gutachten des ihn für krank erklärenden Sachverständigen aufs schärfste opponieren. So kann es dem Richter sehr schwer werden, die objektive Wahrheit festzustellen, obgleich und gerade weil ihm die Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten nicht zweifelhaft erscheint.

Gelegentlich kann auch eine Verdunkelung des Thatbestandes dadurch zustande kommen, dass ein Kranker in Folge wahnhafter Vorstellungen oder depressiven Affektes Selbstanschuldigungen vorbringt; es ist oft recht schwer nachzuweisen, dass sie unbegründet sind. In solchen Fällen vermag vielfach der Sachverständige allein Klarheit zu schaffen.

Nach dem Auseinandergesetzten ist es begreiflich, dass wir keine feste Grundsätze über die Verhandlungsfähigkeit aufstellen können. Aus praktischen Gründen halte ich es für wünschenswert, wenn eben möglich das Verfahren durchzuführen und durch ein — wohl meist freisprechendes — Urteil den Strafprozess zu enden. Immer aber sollte bei fraglicher Verhandlungsfähigkeit ein Sachverständiger zugezogen werden, sowohl um das Interesse des Kranken da zu wahren, wo ihn sein geistiger Zustand daran hindert, als auch um das Gericht vor Missgriffen zu schützen und ihm diejenige Aufklärung zu geben, die erforderlich ist.

Für den Taubstummen gilt der § 203 dann, wenn eine Verständigung durch einen in der Hauptverhandlung zugezogenen Dolmetscher nicht möglich ist (E. III. S. 29). Dadurch ist der Taubstumme in seiner Verteidigung ebenso beschränkt wie ein Abwesender, zumal die Entscheidung über die durch § 298 Abs. 2 vorgeschriebene Nebenfrage nicht möglich ist. Wenn auch der § 203 den Taubstummen nicht eigens erwähnt, so kann doch die sinngemässe Ausdehnung seiner Vorschriften auf ihn nur gebilligt werden. —

Nicht immer endet die Verhandlung gegen einen Geisteskranken mit Freisprechung; auch das ist nicht ausgeschlossen, dass ein Geistesgesunder in Geisteskrankheit verfällt, bevor er seine Strafe angetreten hat. Ich halte es für meine Pflicht, auch hier noch einmal nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass in der Regel der wirkliche Verlauf ein anderer ist: Die Erkrankung kommt zur Kenntnis des Gerichts; nicht aber entsteht sie wirklich erst in dieser Zeit. Die Psychosen beginnen, abgesehen von den toxischen, epileptischen und wenigen andern, meist ganz allnählig und langsam; bei der verhältnissmässig kurzen Zeit, die im allgemeinen zwischen Verbrechen und Strafantritt liegt, muss immer mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass schon die Strafthat in einem Zustande geistiger Störung begangen wurde.

Ist das Urteil ergangen, so muss prozessual das Bemerkwerden der Erkrankung als ihr Beginn aufgefasst werden. Geisteskranke sind nicht straf-

erstehungsfähig. Man mag die Strafe auffassen, wie man will, ob mehr als eine Niederwerfung des Rechtsbrechers durch die Rechtsordnung, als Versuch der Abschreckung, oder Besserung — die Wirkung auf den Kranken wird versagen. Deshalb hat die Strafprozessordnung festgesetzt:

**§ 485. Absatz 2. An schwangeren oder geisteskranken Personen darf ein Todesurteil nicht vollstreckt werden.**

**§ 487. Die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe ist aufzuschieben, wenn der Verurteilte in Geisteskrankheit verfällt.**

Das Prinzip, das aus diesen Bestimmungen hervorleuchtet, ist klar. So lange der Kranke dem Strafvollzugsbeamten noch nicht übergeben ist, gilt er ausschliesslich als Kranker. Nicht allein die vorauszusetzende Wirkungslosigkeit der Strafe bestimmt diese Auffassung, sondern auch die Rücksicht auf die Anstaltsdisciplin, die durch die Anwesenheit Geisteskranker Not leidet, und endlich wohl auch die für den Psychiater wichtigste Notwendigkeit sachgemässer Behandlung. Eine solche ist im Rahmen des Strafvollzugs nur schwer zu ermöglichen. Nimmt doch die Strafprozessordnung im gleichen Paragraphen auch Rücksicht auf schwere körperliche Erkrankungen, für die im ganzen viel leichter innerhalb der Strafanstalten gesorgt werden kann, als für Geisteskranke.

Die Freiheitsstrafe wird von Amtswegen aufgeschoben, aber nicht erlassen. Sobald der Kranke genesen ist, muss die Strafe vollstreckt werden; gelegentlich wird dabei zu bedenken sein, ob nicht die Haft mit ihren unvermeidlichen Nachteilen: Einförmigkeit der Kost, Mangel an Bewegung und frischer Luft, Abgeschlossenheit, vor allem auch durch die niederdrückenden psychischen Begleiterscheinungen, den kaum Genesenen der Gefahr einer Wiedererkrankung aussetzen. In solchen Fällen kann der Verurteilte selbst den Antrag auf Strafaufschub stellen.

**§ 488. Auf Antrag des Verurteilten kann die Vollstreckung aufgeschoben werden, sofern durch die sofortige Vollstreckung dem Verurteilten oder der Familie desselben erhebliche, ausserhalb des Strafzweckes liegende Nachteile erwachsen.**

Der Strafaufschub darf den Zeitraum von vier Monaten nicht übersteigen.

Die Bewilligung desselben kann an eine Sicherheitsleistung oder andere Bedingungen geknüpft werden.

Für den Arzt wird es nicht zweifelhaft sein, dass durch allzufrühe Strafvollstreckung der Verurteilte schwer geschädigt werden kann; er wird also ein Gesuch um Aufschub bereitwilligst unterstützen dürfen.

Die Gesetzgebung hat die Unterbrechung des Strafvollzugs durch eine während desselben sich entwickelnde Psychose nicht besonders vorgesehen. Soweit nicht landesgesetzliche Bestimmungen vorhanden sind, wird der § 493 zur Anwendung kommen müssen:

**Ist der Verurteilte nach Beginn der Strafvollstreckung wegen Krankheit in eine von der Strafanstalt getrennte Krankenanstalt gebracht**



worden, so ist die Dauer des Aufenthaltes in der Krankenanstalt in die Strafzeit einzurechnen, wenn nicht der Verurtheilte mit der Absicht, die Strafvollstreckung zu unterbrechen, die Krankheit herbeigeführt hat.

Die Staatsanwaltschaft hat im letzteren Falle eine Entscheidung des Gerichts herbeizuführen.

Die Zahl der Geisteskranken im Strafvollzug wird von den verschiedenen Beobachtern sehr verschieden hoch geschätzt. Krohne (S. 455) stellte in Moabit im Verein mit einigen Irrenärzten 10 pCt. geistig Defekte fest, obgleich unter den Inhaftierten die Gewohnheitsverbrecher und die alten, schwachsinnig gewordenen Verbrecher fehlten. Auch der ruhige Geisteskranke bedarf mancher besonderer Maassnahmen; mehr noch natürlich der Erregte, dessen Gebahren mit der notwendigen Anstaltsdisciplin unvereinbar ist. Die Möglichkeit von Angriffen auf die Umgebung wie die Notwendigkeit eines Heilversuches zwingen zur Entfernung aus den Strafanstalten. Bei der Aufstellung der Prinzipien, nach denen zweckmässiger Weise verfahren werden muss, bedarf eine weitere Erscheinung noch Berücksichtigung, die Vortäuschung von geistigen Störungen. Sie ist im allgemeinen recht selten, sehr viel seltener jedenfalls, als allgemein angenommen wird; die Simulation wird an Häufigkeit übertroffen durch die Verkennung von Psychosen. Diese wird um so weniger leicht vorkommen, je sachkundiger der Strafanstaltsarzt ist; und zu gleicher Zeit wird durch eine gründliche psychiatrische Ausbildung des Arztes auch der Simulation am besten vorgebeugt. Wird sie stets in kurzer Zeit erkannt, so verschwindet sehr bald auch die Neigung zu solchen betrügerischen Versuchen, sich eine Erleichterung des Strafvollzugs zu verschaffen.

Die meisten Strafanstalten bringen den geisteskranken Gefangenen im Lazareth unter. Das ist insofern misslich, als für die körperlich Kranken die Disciplinavorschriften unbedenklich bestehen bleiben können, deren Durchführung durch die Anwesenheit eines psychisch Erkrankten sehr erschwert wird. Es sind deshalb an einer Anzahl von Gefängnissen besondere Abteilungen für irre Verbrecher eingerichtet worden (Bruchsal, Waldheim, Moabit, Breslau, Halle a. S., Köln a. Rh., Münster i. W.), in denen etwa nach folgenden Gesichtspunkten verfahren wird:

Kurzdauernde Psychosen, schnell vorübergehende Erregungszustände können unbedenklich in einer solchen dem Gefängnis angegliederten Irrenabteilung bis zur Genesung bleiben. Nur dann, wenn die Einrichtungen des Krankenhauses eine sachgemässe Behandlung nicht gestatten, ist, trotz voraussichtlicher Heilbarkeit, eine Strafunterbrechung wünschenswert, um den Patienten in einer Irrenanstalt seiner Genesung so schnell als möglich zuzuführen. Bei geringfügigen geistigen Störungen, bei denen eine Verschlimmerung durch den Strafvollzug nicht zu befürchten ist, kann die Irrenabteilung deshalb als zweckmässiger Unterbringungsort um so eher in Betracht kommen, weil die weniger straffe Disciplin, die bessere, vor allem abwechslungsreichere Kost, die gänzliche oder teilweise Aufhebung des Arbeitszwanges genügende Erleichterungen

ermöglichen; weiter aber auch, weil der Kranke seine Strafe abbüssen kann, und ihm die Freiheit um so eher wiedergegeben wird, da keine Unterbrechung des Strafvollzugs die Verbüßung überflüssig verlängert.

Handelt es sich aber um unheilbare Psychosen, so scheidet der Kranke aus der Strafrechtspflege aus. Der Strafvollzug darf nicht unnütz durch solchen Ballast beschwert werden; da, wo die Strafwirkung ausgeschlossen ist, findet die Rechtsordnung die Grenze ihres Machtbereichs. Wie das Strafrecht auf die Verfolgung des Unzurechnungsfähigen verzichtet, so verzichtet der Strafprozess auf die Strafvollstreckung an dem unheilbar Geisteskranken. Er ist fürderhin nur noch Objekt der Irrenfürsorge.

Wie diese mit solchen Elementen verfahren muss, darf den Irrenärzten überlassen werden. Auf die zur Zeit wieder lebhafter gewordene Erörterung, ob eigne Anstalten für geisteskrank gewordene Verbrecher notwendig sind oder nicht, kann hier deshalb nicht eingegangen werden, weil es sich dabei um eine Frage der irrenärztlichen und Anstaltstechnik handelt. Der Strafrichter hat mit der Ueberweisung des Geisteskranken als eines Kranken an den Irrenarzt, der ihn, nun nicht mehr als Verbrecher, sondern als Patient übernimmt, seine Aufgabe vollendet. —

---

## Litteraturverzeichnis.

---

- v. Angerer, Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Arztes. Münchener med. Wochenschr. 1899. S. 351.
- Angiolella, Gaetano. Manuele di antropologia criminale. Milano. 1898. Vallardi.
- Aschaffenburg, Die verminderte Zurechnungsfähigkeit. Aerztl. Sachverständigen-Zeitung. Bd. V. S. 397.
- Derselbe, Die Verantwortlichkeit des Irrenarztes. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 56. S. 72.
- Derselbe, Das Recht chirurgischer Eingriffe bei Geisteskranken. Arch. f. Psych. Bd. 33. S. 692.
- Derselbe, Alkoholgenuss und Verbrechen. Eine kriminalpsychologische Studie. Zeitschrift für die gesammten Strafrechts-Wissenschaften. (Z.) Bd. XX. S. 80.
- B**är, Der Verbrecher in anthropologischer Beziehung. Leipzig. 1893. Georg Thieme.
- v. Bar, Geschichte des deutschen Strafrechts. Berlin. 1882. Weidmannsche Buchhandlung.
- Beaunis, Der künstlich hervorgerufene Somnambulismus. Uebers. von Frey. Leipzig. 1889. Deuticke.
- Becker, Willenlos im Sinne des § 176<sup>2</sup>, 177 St.G.B. Allg. Zeitschr. f. Psychiatrie. Bd. 53. S. 871.
- Derselbe, Die Reichsgerichtsentscheidungen in Strafsachen auf forensisch-psychiatrischem Gebiete. Allgem. Zeitschrift für Psychiatrie. Bd. 55. S. 191.
- v. Beri, Wille, Determinismus. Strafgerichtssaal 1896. S. 285.
- Bernheim, De la suggestion et de ses applications à la thérapeutique. 3. Aufl. Paris. 1891. Octave Doin.
- Derselbe, Neue Studien über Hypnotismus, Suggestion, Psychotherapie. Uebers. von Freud. Leipzig. 1892. Deuticke.
- Derselbe, L'hypnotisme et la suggestion dans leurs rapports avec la médecine légale et les maladies mentales. Zentralblatt für Nervenheilkunde. Oktoberheft 1897.
- Berner, Lehrbuch des deutschen Strafrechts. 13. Aufl. Leipzig. 1884. Tauchnitz.
- Binding, Grundriss zur Vorlesung über gemeines deutsches Strafrecht. 3. Aufl. Leipzig. 1884. Engelmann.
- Bleuler, Der geborene Verbrecher. München. 1896. J. F. Lehmann.
- Bonhoeffer, Irrenabteilungen an Gefängnissen. Monatsschrift für Psychiatrie und Neurologie. 1899. S. 231.
- Brasch, Aerzte als „sachverständige Zeugen“ vor Gericht. Aerztliche Sachverständigen-Zeitung. 1898. S. 274.
- Briand, De l'intervention chirurgicale chez les aliénés au point de vue médico-légal. Annales d'hygiène publique. Bd. 40. S. 71.
- Brouardel, Responsabilité médicale. Annal. d'hygiène publique. Bd. 39. S. 41.
- Derselbe, La Responsabilité du médecin. Annal. d'hygiène publique. Bd. 40. S. 486.



- Bünger, Die Selbstbestimmung des verbrecherischen Willens und das Causalitätsgesetz. Z. VII. S. 80.
- Casper-Liman, Praktisches Handb. f. gerichtl. Medizin. 6. Aufl. Berlin. 1876. Hirschwald.
- Cramer, Gerichtliche Psychiatrie. 2. Aufl. Jena. 1900. Gustav Fischer.
- Daude, Das Strafgesetzbuch für das deutsche Reich. Berlin. 1883. H. W. Müller.
- Dees, Strafrecht und Heilkunde, spez. Psychiatrie. Allgem. Zeitschrift für Psych. Bd. 57. S. 49.
- Delboeuf, Les suggestions criminelles. Bericht über den II. intern. Psychologenkongress. München. 1896. S. 335.
- Delbrück, Anton, Gerichtliche Psychopathologie. Leipzig. 1897. Ambr. Barth.
- Dietrich, Die Strafflosigkeit ärztlicher Eingriffe. Marburger Inauguraldissertation. Fulda. 1896.
- Dittrich, Paul, Lehrbuch der gerichtl. Medizin. Wien. 1897. Braumüller.
- Dix, Sozial-Moral. Leipzig. 1898. Freund und Wittig.
- Döhn, Bemerkungen über die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 56. S. 442.
- Dolbeau, De l'emploi du chloroforme au point de vue de la perpétration des crimes et délits. Annal. d'hygiène publique. 1874. S. 168.
- Ellis, Havelock, Verbrechen und Verbrecher. Deutsch von Kurella. Leipzig. 1895. G. Wigand.
- Evert, Zur Statistik rückfälliger Verbrecher in Preussen. Zeitschrift des kgl. preuss. Stat. Bureau. 1899. S. 193.
- v. Feilitzsch, Sind Geistesranke verhandlungsfähig? Arch. f. Strafr. Bd. 45. S. 409.
- Ferri, Das Verbrechen als soziale Erscheinung. Deutsch von Kurella. Leipzig. 1896. G. Wigand.
- Ferriani, Minderjährige Verbrecher. Berlin. 1896. S. Cronbach.
- Derselbe, Entartete Mütter. Berlin. 1897. S. Cronbach.
- Föhring, Die Zwangserziehung und die Bestrafung Jugendlicher. Holtzendorfs Handbuch des Gefängniswesens. II. S. 279.
- Forel, Der Hypnotismus, seine Bedeutung und seine Handhabung. Stuttgart. 1889. Enke.
- Frank, Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich. Leipzig. 1897. C. L. Hirschfeld.
- Friedreich, System der gerichtlichen Psychologie. 2. Aufl. Regensburg. 1842. G. J. Manz.
- Fürstner, Die Zurechnungsfähigkeit der Hysterischen. Arch. für Psych. Bd. 31. S. 627.
- Garofalo, La criminalologie. IV éd. Paris. 1895. Félix Alcan.
- Garraud, De la notion de la responsabilité morale et pénale. Mitt. der J. K. V. Bd. VII. S. 330.
- Gauckler, A partir de quel âge peut-on poursuivre les jeunes délinquents. Mitt. der J. K. V. Bd. II. S. 75.
- Getz, Aus den Motiven des Entwurfes eines Gesetzbuches für Norwegen. Mittheilungen der J. K. V. Bd. I. S. 109.
- Geyer, Die Zurechnungsfähigkeit und der verbrecherische Willen im allgemeinen. Holtzendorfs Handbuch. IV. S. 97.
- Glaser, Zurechnungsfähigkeit, Willensfreiheit und Strafe. 2. Aufl. Leipzig und Wien. 1888. Deuticke.
- Gottlob, Zur Frage der Eides- und Zeugnisfähigkeit der Epileptiker. Allg. Zeitschr. für Psych. Bd. 53. S. 695.
- Gross, Hanns, Kriminalpsychologie. Graz. 1898.
- Günther, Ueber Behandlung und Unterbringung der irren Verbrecher. Leipzig. 1893. Vogel.
- Hamm, Die Hinaufrückung der Strafmündigkeit vom 12. auf das 14. Lebensjahr. Sammlung pädagogischer Vorträge. VI. Heft 12.
- Hamon, La responsabilité. Archives d'anthropol. crim. Bd. XII. S. 601.
- Hartmann, Taubstummheit und Taubstummtenbildung. Stuttgart. Enke.
- Heimberger, Strafrecht und Medizin. München. 1894. O. Beck.
- Heilbronner, Beitrag zur klinischen und forensen Beurteilung gewisser sexueller Perversitäten. Vierteljahrsschr. für gerichtl. Medizin. 3. Folge. Bd. XIX. 2.

- v. Helmholtz, Ueber die Erhaltung der Kraft. Leipzig. 1889. Wilh. Engelmann.
- Herzog, Strafbarkeit und Strafflosigkeit im Sinne der § 51 f. des St.G.B. nach der Judicatur des Reichgerichts. Gerichtssaal. 1886. S. 342.
- Hirsch, Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen. Berlin. 1897. Th. Glocke.
- Hoche, Zur Frage der forensischen Beurtheilung sexueller Vergehen. Neurol. Centralblatt. 1896. S. 57.
- v. Hofmann, Lehrbuch der gerichtl. Medizin. 5. Aufl. Wien und Leipzig. 1891. Urban u. Schwarzenberg.
- v. Holtzendorff, Handbuch des deutschen Strafrechts. Berlin. 1871. Lüdertitz.
- Derselbe, Handbuch des deutschen Strafprozessrechts. 2. Aufl. Berlin. 1879. Habel.
- Derselbe und v. Jagemann, Handbuch des Gefängniswesens. Hamburg. 1888. J.F. Richter.
- Horn, Willen und Willensmacht. Gerichtssaal. Bd. 51. S. 1.
- Derselbe, Die Bedeutung des Willens für die Strafrechtstheorie. Gerichtssaal. Bd. 51. S. 151.
- Derselbe, Die empirische Natur des Willens. Gerichtssaal. Bd. 51. S. 257.
- Derselbe, Erörterung einiger strafrechtlicher Grundbegriffe vom Standpunkte der Wundtschen Psychologie aus. Gerichtssaal. Bd. 53. S. 56.
- Hospital, Les degrés de la responsabilité. Annal. méd. psych. S. VIII. T. 10. S. 205.
- Ideler, Lehrbuch der gerichtlichen Psychologie. Berlin 1857. A. W. Hayn.
- Ilberg, Ueber geminderte Zurechnungsfähigkeit. Grenzbote 1898. S. 183.
- von Jagemann, Empfiehlt es sich, die Zwangserziehung von der Begehung einer strafbaren Handlung abhängig zu machen. Mitt. d. J. K. V. Bd. I. S. 60.
- Jakobson, Lehrbuch der Ohrenheilkunde. Leipzig. 1893. Thieme.
- Jellinek, Die sozialetische Bedeutung von Recht, Unrecht und Strafe. Wien. 1878. A. Hölder.
- John, Das deutsche Strafprozessrecht. 2. Ausgabe. Leipzig. 1882. Dunker u. Humblot.
- Jolly, Ueber geminderte Zurechnungsfähigkeit. Allg. Zeitschrift für Psychiatrie. Bd. 44. S. 461.
- Joly, Henri, Le combat contre le crime. Paris. 1900. Léopold Cerf.
- Kessler, Die Einwilligung des Verletzten in ihrer strafrechtlichen Bedeutung. Berlin. 1884. J. Guttentag.
- Kirn, Die Kriminalpsychologie in ihrer Beziehung zum Gefängniswesen. Handbuch des Gefängniswesens. Bd. I. S. 34.
- Derselbe, Ueber geminderte Zurechnungsfähigkeit. Vierteljahrsschrift für gerichtl. Medicin. Bd. XVI. S. 266.
- Klippel, Determinismus und Strafe. Z. X. S. 534.
- Koppmann, Das Militärstrafgesetzbuch für das deutsche Reich. Nördlingen. 1885. Beck.
- Kornfeld, Schutz vor Irren und No-restraint. Zeitschrift für Medicinalbeamte. 1898. S. 210.
- v. Krafft-Ebing, Lehrbuch der gerichtlichen Psychopathologie. 3. Auflage. Stuttgart. 1893. Enke.
- v. Kries, Ueber den Begriff der objectiven Möglichkeit und einige Anwendungen desselben. Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Philosophie. Bd. XII. S. 179.
- v. Kries, Lehrbuch des deutschen Strafprocessrechts. Freiburg. 1892. Mohr.
- Krohne, Lehrbuch der Gefängniskunde. Stuttgart. 1889. Enke.
- Kuh, The medico-legal aspects of hypnotisme. The american journal of the medical sciences. 1898. Dez.
- Kurella, Naturgeschichte des Verbrechers. Stuttgart. 1893. Enke.
- Laistner, Das Recht in der Strafe. München. 1872. Oldenburg.
- v. Langsdorf, Gesetze, Verordnungen und Erlasse über das Medicinalwesen im Grossherzogthum Baden. Emmendingen. 1898. Dölter.

- Leppmann, Geistige Minderwertigkeit und Mord. Aertzliche Sachverständigenzeitung. 1899. S. 297.
- Derselbe, Die Sachverständigenthätigkeit bei Seelenstörungen. Berlin. 1890. Richard Schötz.
- Leutner, Zur Frage der gesetzlichen Stellungnahme gegen missbräuchliche Anwendung des Hypnotismus. Bericht über den III. internationalen Congress für Psychologie. München 1896. S. 413.
- Liégeois, De la suggestion et du somnambulisme dans leurs rapports avec la jurisprudence et la médecine légale. Paris. 1888.
- Liepmann, M., Einleitung in das Strafrecht. Berlin. 1900. O. Häring.
- Derselbe, Die ethischen Grundlagen des Schuldbegriffs. Z. XIV. S. 446.
- v. Lilienthal, Der Hypnotismus und das Strafrecht. Z. VII. 281.
- Derselbe, Die internationale kriminalistische Vereinigung. Z. XIV. S. 698.
- Derselbe, Die pflichtmässige ärztliche Handlung und das Strafrecht. Berlin 1899. O. Häring.
- Liman, Zweifelhafte Geisteszustände vor Gericht. Berlin 1869. Hirschwald.
- v. Liszt, Franz, Lehrbuch des deutschen Strafrechts. Berlin 1899. 9. Auflage. J. Guttentag.
- Derselbe, Die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit Z. XVIII. 229.
- Derselbe, Dasselbe. Z. XVII. S. 70.
- Derselbe, Kriminalpolitische Aufgaben. Z. XII. 161.
- Löwe, Die Strafprozessordnung für das deutsche Reich. Berlin. 1879. A. Guttentag.
- Lombroso, Der Verbrecher in anthropologischer, ärztlicher und juristischer Beziehung. Deutsch von Fränkel. Hamburg. 1887. J. F. Richter.
- Lunier, Sur la responsabilité légale des sourds-muets. Annal. d'hygiène publique. 1879. S. 446.
- Maudsley, Responsibility in mental diseases. London. 1874. Henry S. King u. Co.
- Mendel, Der ärztliche Sachverständige und der Ausschluss der freien Willensbestimmung des § 51 St. G. B. Vierteljahrsschrift für gerichtliche Mediein. N. F. Bd. 44. S. 108.
- Derselbe, Erwiderung auf den Aufsatz des Herrn Schäfer. Noch einmal der Sachverständige und die freie Willensbestimmung. Ebendas. N. F. Bd. 46. S. 148.
- Meyer, Hugo, Lehrbuch des deutschen Strafrechts. Erlangen. 1875. Andreas Deichert.
- Meyer, Ludwig, Die Stellung der Geisteskrankheiten und verwandter Zustände zur Kriminalgesetzgebung. Arch. f. Psych. Bd. 2. S. 425.
- Meynert, Klinische Vorlesungen über Psychiatrie. Wien. 1900. Wilhelm Braumüller.
- Mittermaier, Gutachten über § 300 R.St.G.B. Z. XXI. S. 197.
- Moeli, Ueber irre Verbrecher. Berlin. 1888. H. Kornfeld.
- Moreau, L'hypnotisme dans ses rapports avec la criminalité. Archives d'anthropol. crimin. 1897. Bd. XII. S. 676.
- Morel, Traité de la médecine légale des aliénés. Paris. 1866. Victor Masson et fils.
- Moll, Der Hypnotismus. 3. Auflage. Berlin. 1895. Fischer.
- Motive zur Strafprozessordnung. Berlin. 1874. Kortkamp.
- Mygind, Holger, Taubstummheit. Schwarzes Handbuch der Ohrenheilkunde. Leipzig. 1890. F. C. W. Vogel.
- Neumann, Katechismus der gerichtlichen Psychiatrie. Breslau. 1884. Preuss u. Jünger.
- Netter, Das Prinzip der Vervollkommung als Grundlage der Strafrechtsreform. Eine rechtsphilosophische Untersuchung. Berlin. 1900. Liebmann.
- v. Oettingen, Die Moralstatistik. 3. Aufl. Erlangen. 1882. A. Deichert.
- Olrik, Studien über die Straflosigkeit. Z. XVIII. 583.
- Olshausen, J., Kommentar zum Strafgesetzbuch. 6. Aufl. Berlin. 1900. Franz Vahlen.
- Oppenheim, Das ärztliche Recht zu körperlichen Eingriffen an Kranken und Gesunden. Basel. 1892. B. Schwabe.
- Oppenhoff, Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich. 9. Aufl. Berlin. 1883. G. Reiner.



- Ortloff, Die Verminderung der Willensfreiheit im Determinismus. Z. XIV. S. 300.
- Pailhas, L'existence du libre arbitre. Arch. d'anthrop. crim. 1897. Bd. XII. S. 129.
- Passow, Die Sprache des Taubstummen. Deutsche Revue. 1900. Juli.
- Peters, Kann auch im Disciplinarverfahren eine zeitweilige Beobachtung des Angeschuldigten in einer öffentlichen Irrenanstalt angeordnet werden? Archiv f. Strafrecht. Bd. 44. S. 209.
- Placzek, Das Berufsgeheimniss des Arztes. 2. Aufl. Leipzig. 1898. G. Thieme.
- Pons, Du secret dans les asiles publics d'aliénés. Annal. méd. psych. S. VIII. T. XI. S. 31.
- Rämisch, Die Suggestion und das Strafrecht. Goldtammers Archiv für Strafrecht. 1893.
- Rapmund und Dietrich, Aerztliche Rechts- u. Gesetzkunde. Leipzig. 1898. G. Thieme.
- Rivière, Die Strafgesetzgebung der Gegenwart. Bd. I. Frankreich. Berlin. 1894. Liebmann.
- Rümelin, Reden und Aufsätze. N. F. 1881. Ueber einige psychologische Voraussetzungen des Strafrechts.
- Rumpf, Ueber Hypnotismus. Deutsche med. Wochenschrift. Bd. VI. S. 279.
- Sander und Richter, Die Beziehungen zwischen Geistesstörung und Verbrechen. Berlin. 1886. Kornfeld.
- Saulle, Legrand du, Traité de médecine légale et de jurisprudence médicale. Paris. 1874. A. Delahaye.
- Schäfer, Der Gerichtsarzt und die freie Willensbestimmung. Vierteljahrsschr. f. ger. Med. N. F. Bd. 42. S. 58.
- Derselbe, Noch einmal der Sachverständige und die freie Willensbestimmung. Vierteljahrsschrift für gerichtliche Medizin. M. F. Bd. 45. S. 19.
- Schaper, Die Zurechnungsfähigkeit und der verbrecherische Wille. Holtzendorffs Handbuch d. deutschen Strafrechts. Bd. II. S. 151. Berlin. 1871. C. Habel.
- Schmidt, Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Arztes für verletzende Eingriffe. Jena. 1900. G. Fischer.
- Schopenhauer, Preisschrift über die Freiheit des Willens. Bd. III. S. 381. Reclam.
- v. Schrenk-Notzing, Das angebliche Sittlichkeitsvergehen des Dr. R. an einem hypnotisirten Kinde. Zeitschr. f. Hypnotismus. Bd. VIII. S. 193.
- Derselbe, Ueber Suggestion und Erinnerungsfälschungen im Berchtold-Prozess. Leipzig. 1897. Ambr. Barth.
- Schultze, C., Vorschläge zur Reform des Irrenrechts auf Grund einer Vergleichung des italienischen mit dem in Preussen geltenden Recht. Berlin. 1896. J. Guttentag.
- Schultze, Ernst, Traumatische Hysterie und Siechthum. § 224 St.G.B. Aerztl. Sachverständigen-Zeitung. 1898. S. 280.
- Derselbe, Ueber pathologische Schlafzustände und deren Beziehung zur Narkolepsie. Allg. Zeitschr. für Psych. Bd. 52. S. 724.
- Sernoff, Die Lehre Lombrosos und ihre anatomischen Grundlagen im Lichte moderner Forschung. Biologisches Centralblatt. Bd. XVI. S. 305.
- Seuffert, Die Strafgesetzgebung der Gegenwart. Bd. I. Deutsches Reich. Berlin. 1894. O. Liebman.
- Sichart, Ein Beitrag zur Revision des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich. Z. XXI. S. 151.
- Sighele, Psychologie des Auflaufs und der Massenverbrechen. Uebers. von Hans Kurella. Dresden und Leipzig. 1897. C. Reissner.
- Skrzeczka, Bemerkungen zu § 224 des deutschen Strafgesetzbuches. Vierteljahrsschrift für gerichtliche Medizin. N. F. Bd. XVII. S. 249.
- Derselbe, Die Geisteskrankheiten im Verhältnis zur Zurechnungslehre. Holtzendorffs Handbuch des deutschen Strafrechts. Bd. II. S. 221. Berlin. 1871. C. Habel.
- Solbrig, Verbrechen und Wahnsinn. München. 1867. J. G. Cotta.
- Stenglein, Das Recht des Arztes, zu operieren. Münchner med. Wochenschrift. 1899. S. 526.
- Stooss, Chirurgische Operation und ärztliche Behandlung. Berlin. 1898. O. Liebmann.
- Sutherland, The jurisprudence of intoxication. Medical Review. 1898. July.

- T**ardieu, Etude médico-légale sur la folie. Paris. 1872. Baillière et fils.
- Tourette**, Gilles de la, Der Hypnotismus und die verwandten Zustände vom Standpunkte der gerichtlichen Medicin. Hamburg. 1889.
- U**llmann, Lehrbuch des deutschen Strafprozessrechts.
- Vibert**, De l'hypnotisme au point de vue médico-légale. Annales d'hygiène publ. 1881. S. 399.
- W**agner, Ueber Wesen und Bedeutung des Hypnotismus vom sanitätspolizeilichen Standpunkte. Vierteljahrsschr. f. gerichtl. Medicin. N. F. Bd. 16. S. 321.
- Walther**, Geschichte des Taubstummenwesens. Bielefeld und Leipzig. 1882. Velhagen und Klasing.
- Derselbe**, Handbuch der Taubstummenbildung. Berlin. 1895. Elwin Staude.
- Weingart**, Die verminderte Zurechnungsfähigkeit. Z. XIX. 135.
- v. Weinrich**, Ueber den Begriff der rechtlichen Verantwortlichkeit. Mittheil. d. J. K. V. Bd. VI. S. 256.
- Wetterstrand**, Der Hypnotismus. Wien und Leipzig. 1891. Urban und Schwarzenberg.
- Wollenberg**, Die Grenze der strafrechtlichen Zurechnungsfähigkeit bei psychischen Krankheitszuständen. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 56. S. 615.
- Derselbe**, Die forensische Beurteilung der Krampfkranken, insbesondere der Hysterischen. Neurol. Centralbl. Bd. XVIII. S. 227.
- Wundt**, Grundriss der Psychologie. Leipzig. 1896. Engelmann.
- Ziehen**, Neuere Arbeiten über pathologische Unzurechnungsfähigkeit. Monatsschr. f. Neurol. und Psych. Bd. V. S. 52 u. 459.
- Derselbe**, Psychiatrie. Berlin. 1894. Friedrich Wreden.
-

# **B. Bürgerliches Gesetzbuch**

von

Privatdocent Dr. **Ernst Schultze.**

---





## Erster Abschnitt.

---

# E i n l e i t u n g.

---

### Kapitel I.

#### **Begründung der Stoffeinteilung.**

Das Bürgerliche Gesetzbuch (B.G.B.) berücksichtigt bei der Regelung der Frage, ob und in wie weit zivilrechtliche Handlungen durch krankhafte Geisteszustände beeinflusst werden können, ausdrücklich nur die Rechtsgeschäfte und die unerlaubten Handlungen. Bei den anderen juristischen Handlungen, den Verletzungen obligatorischer Verpflichtungen und den sogenannten nichtgeschäftlichen Handlungen, gestattet das B.G.B. entweder eine entsprechende Anwendung der eben berührten Bestimmungen oder trifft für die Einzelfälle Anordnungen, sofern es hierbei überhaupt den Einfluss eines abnormen Geisteszustandes regelt. Es wird nicht an Gelegenheit fehlen, auch diese Handlungen an geeigneter Stelle in den Kreis der Betrachtungen zu ziehen, soweit sie für den Irrenarzt von Belang sind; jedenfalls bedarf es nicht ihrer besonderen Besprechung.

Somit wird es für den vorliegenden Zweck genügen, zu unterscheiden zwischen den Rechtsgeschäften und den unerlaubten Handlungen, oder, um deren Beziehung zu der Person des Thäters schärfer hervorzuheben, zwischen der Geschäftsfähigkeit und der Deliktsfähigkeit.

Die Natur vieler Rechtsgeschäfte lässt eine allgemeine Behandlung der Bedingungen und Voraussetzungen, von welchen ihre Rechtswirksamkeit abhängt, zu und gestattet eine einheitliche Regelung ihrer Folgen.

Andere Rechtsgeschäfte beanspruchen aber mit Rücksicht auf ihre Eigenart nicht minder als auf den weitgehenden Einfluss, der ihnen anhaftet, eine gesonderte Besprechung. Es wird mithin das Kapitel: Geschäftsfähigkeit in zwei Unterabteilungen zerfallen, in die Geschäftsfähigkeit im allgemeinen und in die Geschäftsfähigkeit im besonderen.

Da es akute und chronische Psychosen giebt, so kann man in Anlehnung an diesen klinischen Standpunkt bei der Besprechung der Geschäftsfähigkeit im allgemeinen von einer vorübergehenden und dauernden Beeinträchtigung der Geschäftsfähigkeit reden. Da für gewöhnlich nur im letzteren Falle die unter

der staatlichen Aufsicht erfolgende Vertretung des geistesgestörten Individuums eintreten wird, so wird bei der dauernden Beeinträchtigung der Geschäftsfähigkeit durch chronische Psychosen zu trennen sein die Möglichkeit, dass eine offizielle Fürsorge nicht vorhanden ist und dass eine solche getroffen ist.

Da der gesetzliche Vertreter abgesehen vom Inhaber der elterlichen Gewalt ein Vormund oder ein Pfleger sein kann, je nach der Ausdehnung seiner Machtbefugnis und der Beschränkung der Geschäftsfähigkeit des seiner Fürsorge anvertrauten Individuums, so wird die Vormundschaft und die Pflegschaft zu erörtern sein. Nur bei dem ersteren Falle erscheint eine gesonderte Besprechung je nach dem der Entmündigung zu Grunde liegenden Thatbestande geboten. Es kommt hierbei in Betracht einmal die Geistesstörung im engeren Sinne, die nach dem Wortlaut des Gesetzes Geisteskrankheit oder Geistesschwäche sein kann, und dann die Trunksucht. Weil für beide Fälle die gesetzlichen Voraussetzungen und Folgen, welche an die Entmündigung geknüpft sind, verschieden sind, und weil auch die rein prozessualischen Vorschriften, die das Entmündigungsverfahren regeln, von einander abweichen, so ist weiterhin in jedem der beiden Fälle die materielle und die formelle Seite der Frage gesondert für sich auseinanderzusetzen.

Folgt man dem B.G.B., so begegnet man nach dem allgemeinen Teile noch im Familienrecht und Erbrecht Bestimmungen, welche das gegenseitige Verhältnis von Geistesstörungen zu der, wenn auch hier natürlich bestimmt gearteten Geschäftsfähigkeit erörtern. Den Psychiater interessiert somit noch die Ehefähigkeit und die Testierfähigkeit. Bei der ersteren sind drei verschiedene Möglichkeiten auseinanderzuhalten: Die fragliche Geistesstörung war schon vor der Eheschliessung vorhanden und erheischte als eine beachtenswerte Voraussetzung bei der Eingehung der Ehe Berücksichtigung von dem gesunden Gatten, oder die Krankheit bestand zur Zeit der Eheschliessung und stellte somit deren rechtliche Gültigkeit in Frage, oder schliesslich machte sich eine Geisteskrankheit erst nach der Eheschliessung geltend und berechtigte dadurch unter Umständen zu einer Scheidung der gültigen Ehe. In den beiden ersteren Fällen handelt es sich aber um eine Anfechtung beziehungsweise Nichtigkeit der Ehe.

Bei der Deliktsfähigkeit werden die obigen Gesichtspunkte keine entsprechende Anwendung finden können, weil einmal das Gesetz auf die verschiedene Art der unerlaubten Handlungen und deren jeweilige Beziehungen zu krankhaften Geistesstörungen keine Rücksicht nimmt und dann, weil das Gesetz für jede einzelne unerlaubte Handlung die Feststellung des fraglichen Zustandes, unabhängig von seiner Dauer, anordnet. Nur insofern wird diese Frage ungezwungen in zwei Abschnitten zu erledigen sein, je nachdem eine Deliktsfähigkeit für eigene Handlungen oder eine solche für Handlungen Dritter vorliegt; im letztern Falle kann für die Handlungen Geisteskranker ihr offizieller Aufsichtsführer zur Leistung des Schadenersatzes herangeholt werden.



Daraus ergibt sich folgende Stoffeinteilung:

A. Geschäftsfähigkeit.

I. im allgemeinen.

- a) vorübergehende Beeinträchtigung,
- b) dauernde Beeinträchtigung.
  - 1) ohne offizielle Fürsorge,
  - 2) mit offizieller Fürsorge.
    - α) Entmündigung.
      - 1) endgültige Entmündigung.
        - α) wegen Geistesschwäche — Geisteskrankheit.
          - a) materiell,
          - b) formell.
        - β) wegen Trunksucht.
          - a) materiell,
          - b) formell.
      - 2) vorläufige Entmündigung.

β) Pflegschaft.

II. im besonderen.

- a) Ehefähigkeit bei dem Vorhandensein der fraglichen Krankheit
  - 1) vor der Eheschliessung,
  - 2) zur Zeit der Eheschliessung,
  - 3) nach der Eheschliessung.
- b) Testirfähigkeit.

B. Deliktsfähigkeit.

- I. für eigene Handlungen,
- II. für Handlungen Dritter.

---

Kapitel II.

**Juristische Vorbemerkungen.**

**a) Geschäftsfähigkeit und die verschiedenen Arten der Rechtsgeschäfte.**

Notwendigkeit einer juristischen Einleitung. — Geschäftsfähigkeit. — Rechtsgeschäft. — Willenserklärung. — Ein- und zweiseitige Rechtsgeschäfte. — Empfangsbedürftige und nicht empfangsbedürftige Rechtsgeschäfte. — Formlose und formelle Rechtsgeschäfte.

Ist schon im Gebiete der strafrechtlichen Psychiatrie eine Kenntnis der einschlägigen rechtlichen Begriffe und Verhältnisse unumgänglich notwendig, wenn der sachverständige Psychiater die ihm gestellten Aufgaben im Sinne des Gesetzgebers lösen soll, so wird dies im Bereiche der civilrechtlichen Psychiatrie noch mehr der Fall sein, da hier die Zahl der möglichen Fälle, in denen es der Hinzuziehung eines Irrenarztes bedarf, eine ungleich grössere ist. Die strafrechtliche Psychiatrie dreht sich im grossen und ganzen um das gewichtige Kapitel der Zurechnungsfähigkeit, wenn man von einzelnen andern Bestimmungen absieht, welche dank der Eigenart der von ihnen geregelten Fragen relativ seltener

in Betracht kommen, vielleicht auch in ihrer Anwendung dem Sachverständigen nicht immer allzu grosse Schwierigkeiten bereiten. Demgegenüber liefert die zivilrechtliche Psychiatrie eine Fülle von Fragen, von der die Einleitung nur ein gedrängtes Bild zu liefern vermag. Aber nicht nur ist die Zahl grösser, auch die Art der Fragen, die der Richter dem sachverständigen Irrenarzt vorlegen kann, ist unverhältnissmässig mannigfacher.

Um so mehr ist es jetzt geboten, auch die rein juristischen Begriffe sich klar zu machen, als uns mit dem B.G.B. ein neues Recht beschert worden ist; damit ist auf der anderen Seite der Vorteil verknüpft, dass dessen einheitliche Geltung für das geamte Deutsche Reich die Behandlung des vorliegenden Stoffes gegen vordem ungemein vereinfacht und erleichtert.

Es ist nur zu natürlich, dass das B.G.B. die Erfahrung der Vergangenheit verwertet hat. Nicht nur, dass es mit alten Anschauungen, die sich im Laufe der Zeit als unbrauchbar erwiesen haben, gebrochen oder sie entsprechend der heutigen Zeit umgeändert hat, hat es auch vielfach Neuerungen eingeführt. Damit sind neue Begriffe in das B.G.B. eingezogen. Deren Kenntnis thut dem Mediziner not. Wie wenig sie aber vorhanden ist, habe ich mehr als einmal, nicht nur im privaten Verkehr, sondern auch bei der Durchsicht von wissenschaftlichen Arbeiten, darunter auch solchen von durchaus kompetenter Seite feststellen können.

Die folgenden Zeilen bezwecken, eine übersichtliche Darstellung aller Rechtsbegriffe zu geben, die für den praktischen Gebrauch in der zivilrechtlichen Psychiatrie wichtig sind, und sie so eingehend zu erläutern, wie es für eine erspriessliche Sachverständigenthätigkeit notwendig ist.

Der wichtigste und umfassendste Begriff im Bereiche des Bürgerlichen Rechts ist der der Geschäftsfähigkeit. Er nimmt hier, möchte man sagen, die Stelle ein, die im Gebiete des Strafrechts der Zurechnungsfähigkeit zukommt. Mit diesem Ausdruck wird nach dem Vorgange des preussischen Gesetzes, betreffend die Geschäftsfähigkeit Minderjähriger usw. vom 12. Juli 1875 die Fähigkeit, Rechtsgeschäfte vorzunehmen, bezeichnet. (Motive I, S. 129.) Will man die Geschäftsfähigkeit noch schärfer definieren, so kann man sie als die Fähigkeit auffassen, Rechtsgeschäfte in eigener Person mit Rechtswirksamkeit vorzunehmen. Rehbein definiert sie als die Fähigkeit, sich (in eigenen Angelegenheiten und die eigne Person) selbständig (ohne Zustimmung des gesetzlichen Vertreters) durch rechtsgeschäftliche Willenserklärungen zu berechtigen und zu verpflichten.

Die Motive zum B.G.B. geben auch darüber Auskunft, was im Sinne des Entwurfs ein Rechtsgeschäft ist (Motive I, S. 126), nämlich „eine Privatwillenserklärung, gerichtet auf die Hervorbringung eines rechtlichen Erfolges, welcher nach der Rechtsordnung deshalb eintritt, weil er gewollt ist. Das Wesen des Rechtsgeschäftes wird darin gefunden, dass ein auf die Hervorbringung rechtlicher Wirkungen gerichteter Wille sich bethätigt, und dass der Spruch der Rechtsordnung in Anerkennung dieses Willens die gewollte rechtliche Gestaltung in der Rechtswelt verwirklicht.“ Bei der bevorzugten Rolle, welche

das Moment des Willens bei dieser Definition des Begriffs der Geschäftsfähigkeit spielt, ist es durchaus erklärlich, wenn die Motive (I, pag. 126) weiterhin Willenserklärung und Rechtsgeschäft der Regel nach als gleichbedeutend ansehen. „Der erstere Ausdruck ist namentlich da gewählt, wo die Willensäußerung als solche im Vordergrund steht oder wo zugleich der Fall getroffen werden soll, dass eine Willenserklärung nur als ein Bestandteil eines rechtsgeschäftlichen Thatbestandes in Frage kommt.“ Es ist mit anderen Worten das Rechtsgeschäft diejenige Willenserklärung einer Privatperson, die ein Rechtsverhältnis begründen, ändern oder aufheben will und deshalb nach dem Gesetze befähigt ist, die gewollte Rechtsfolge herbeizuführen.

Die Art der Rechtsgeschäfte, mit denen das B. G. B. zu rechnen hat, ist ungemein verschieden. Der Verschiedenheit ihrer Natur müssen sich die einzelnen gesetzlichen Bestimmungen anpassen. Soweit diese Gegenstand einer fachmännischen Untersuchung werden können, wird sich der Psychiater mit der prinzipiellen Unterscheidung der Natur der einzelnen Rechtsgeschäfte befassen müssen.

Die Rechtsgeschäfte zerfallen in einseitige und in zweiseitige (beziehungsweise mehrseitige) Rechtsgeschäfte. Für die erstern bewirkt schon die Willenserklärung einer einzigen Person, dass deren Wille den gewollten Rechtserfolg nach sich zieht. Bei dem zweiseitigen Rechtsgeschäft genügt aber nicht der Wille einer Person; es muss vielmehr noch die entsprechende Willenserklärung einer zweiten gegenüberstehenden Person hinzutreten, um eine Willenseinigung, ein Ineinandergreifen der beiden Willenserklärungen zu erzielen. Das Rechtsgeschäft besteht in diesem Falle aus zwei zu- und füreinander bestimmten Willensäußerungen; die eine heisst „Antrag“, die andre „Annahme“. Beide zusammen bilden den Vertrag. So ist der Verzicht auf ein Eigentumsrecht, die Anfechtung, Kündigung, der Widerruf, die Genehmigung, das Testament ein einseitiges Rechtsgeschäft, während der Kauf, das Darlehen, die Eheschliessung als Beispiele eines zweiseitigen Rechtsgeschäfts genannt sein mögen.

Des weiteren unterscheidet man empfangsbedürftige und nicht empfangsbedürftige Rechtsgeschäfte. Bei den erstern ist es notwendig, damit das Rechtsgeschäft rechtliche Wirksamkeit erlangte, dass die Willenserklärung an eine bestimmte Person gerichtet sein muss, dass sie ihr, um den Sprachgebrauch des B. G. B. anzuwenden, „zugehen“ muss. Bei den letztern ist der Eintritt der Wirksamkeit nicht an diese Anforderung geknüpft. Es ist natürlich notwendig, dass im erstern Falle der Willenserklärung eine entsprechende Form gegeben, ein entsprechender Weg vorgeschrieben werden muss, damit sie der Gegenpartei „zugehen“ kann. Zu der Frage, in welchem Zeitpunkt eine Willenserklärung als „zugegangen“ und somit als wirksam angesehen werden kann, haben vier verschiedene Theorien Stellung genommen (die Aeusserungs-, Uebermittlungs-, Empfangs- und Vernehmungstheorie). Das B. G. B. hat sich auf den Standpunkt der Empfangstheorie gestellt und betrachtet die Willenserklärung



dann als zugegangen, wenn im gegebenen Falle auf Seiten der andern Partei unter normalen Verhältnissen die Möglichkeit besteht, von der Willenserklärung Kenntnis zu nehmen. Ein vorsätzliches oder fahrlässiges Ausserachtlassen dieser Möglichkeit ändert nichts an dem Eintritt des Beginnes der Wirksamkeit der Willenserklärung. Eine empfangsbedürftige Willenserklärung unter Abwesenden wird dann z. B. zugegangen sein, wenn der sie enthaltende Brief auf dem Bureau der Gegenpartei abgegeben oder in deren Privat-Briefkasten niedergelegt worden ist. Wann unter Abwesenden eine Willenserklärung vollendet ist, bestimmt das B. G. B. nicht ausdrücklich. Entsprechend dem Sinne des Gesetzes nehmen die Kommentare an, dass die Willenserklärung in einer von dem andern wahrnehmbaren und ihm verständlichen Weise erfolgen muss. Es ist somit nicht notwendig die Vernehmung, sondern nur die Vernehmungsmöglichkeit.

Daraus ergibt sich auch, dass von Seiten des Gegners durchaus kein aktives Verhalten gefordert wird; der Empfang stellt etwas rein passives dar im scharfen Gegensatz zu dem Gebahren beim zweiseitigen Rechtsgeschäft, bei dem die Annahme des Antrags einer regelrechten Willenserklärung, einer thätigen Mitwirkung gleichkommt.

Die Willenserklärung bedarf grundsätzlich des Empfangs auf gegnerischer Seite; der Fall, dass die Willensäußerung schon durch sich selbst wirkt und nicht an eine bestimmte Adresse gerichtet zu sein braucht, ja sogar wirksam wird, ohne überhaupt an eine Adresse zu gelangen, bildet die Ausnahme. Diese Fälle sind besonders durch das B. G. B. bestimmt.

Ein einseitiges, nicht empfangsbedürftiges Rechtsgeschäft, welches die Wahl der Äusserungsmittel mithin völlig freilässt, ist die letztwillige Willenserklärung, die Anerkennung eines Kindes durch den Ehemann (§ 1598 B. G. B.), die Aneignung (Occupation § 958). Ein einseitiges, empfangsbedürftiges Rechtsgeschäft ist die Mahnung (§ 284), die Kündigung (§ 564, 609), die Anfechtungserklärung (§ 143), die Vollmachtserteilung (§ 167). Muss die Erklärung einer Behörde zugehen, so liegt eine einseitige, empfangsbedürftige Willenserklärung vor in dem Verzicht auf Eigentum an einem Grundstück (§ 928), in der Ausschlagung einer Erbschaft (§ 1945). Bei dem Vertrage ist der Antrag stets eine empfangsbedürftige Willenserklärung, und meist ist es auch die Annahme.

Sodann trennt man, je nachdem, ob der Eintritt des Zeitpunktes, in welchem die Willenserklärung die gewollte Wirkung entfalten kann, an den Tod einer Person geknüpft ist oder nicht, Rechtsgeschäfte unter Lebenden (*negotia inter vivos*) von den Rechtsgeschäften von Todeswegen (*negotia mortis causa*).

Je nach dem materiellen Inhalt der Willenserklärungen spricht man von vermögensrechtlichen (Kauf), personenrechtlichen (Eheschliessung) und von gemischten Rechtsgeschäften (Gesindemiete).

Was schliesslich die für das Rechtsgeschäft vorgeschriebene Form angeht, so huldigt das B. G. B. in Anlehnung an die mit dem Handelsgesetzbuch gemachten Erfahrungen dem Grundsatz der Formfreiheit (cf. Mot. I. S. 178). Neben

diesen formlosen Rechtsgeschäften, deren Gültigkeit somit nicht von der Innehaltung einer vorgeschriebenen Form abhängt, giebt es formelle Rechtsgeschäfte, für deren Bethätigung das Gesetz bestimmte Formen (Schriftformen, Beglaubigung der Unterschrift, Erklärung vor einer Behörde) als Bedingung ihrer Wirksamkeit verlangt.

### **b) Gültigkeit, Anfechtbarkeit und Nichtigkeit.**

Gültiges und mangelhaftes Rechtsgeschäft. — Nichtigkeit. — Anfechtbarkeit. — Ihre Unterschiede.

Aus dem Letztgenannten ergibt sich, dass die Gültigkeit bestimmter Rechtsgeschäfte durch die Innehaltung festgestellter Formen bedingt ist. Neben diesen kennt das Gesetz noch andre Erfordernisse, die unbedingt berücksichtigt werden müssen, wenn das Rechtsgeschäft rechtswirksam sein soll. Die dem Rechtsgeschäft zugrunde liegende Willensbethätigung muss bestimmte Anforderungen erfüllen: das von dem Rechtsgeschäft Bezweckte muss z. B. gesetzlich zulässig sein, es darf nicht den guten Sitten widersprechen und dergleichen mehr. Nur dann, wenn alle vom Gesetz vorgeschriebenen Erfordernisse oder, wie der Jurist sagt, sämtliche Thatbestandsmomente bei der Vornahme des Rechtsgeschäfts erfüllt sind, zieht es die von dem Subjekt gewollten Folgen nach sich. Dann ist es gültig. Ist dies aber nicht der Fall, sind bestimmte, wesentliche, durch die Rechtsordnung vorgeschriebene Erfordernisse nicht erfüllt, so zieht das Rechtsgeschäft keine Folgen nach sich; dann verdient das Rechtsgeschäft die Bezeichnung mangelhaft.

Hierbei sind zwei wichtige Unterschiede zu machen, die, so grundverschieden sie auch nach ihrer Grundlage und ihren Folgen sind, doch zu leicht und oft miteinander verwechselt werden. Es ist die Nichtigkeit und die Anfechtbarkeit.

Nichtig ist das Rechtsgeschäft, welches von vornherein jeder rechtlichen Wirkung unfähig ist, als ob es überhaupt nicht abgeschlossen wäre. Nach den Motiven (I. S. 217) ist dasjenige Rechtsgeschäft nichtig, „welches hinsichtlich der gewollten rechtlichen Wirkung so angesehen wird, als ob es nicht vorgenommen worden wäre.“ Noch deutlicher wird das Gesagte durch Cosack's Ausführungen: „genauer gesagt liegt ein Rechtsgeschäft überhaupt nicht vor, höchstens ein Versuch.“

Im Gegensatz hierzu ist das anfechtbare Rechtsgeschäft nicht sofort ungültig. Die Gültigkeit wird ihm vielmehr „erst dann entzogen, wenn eine darauf bezügliche Willenserklärung von dem hierzu Berechtigten abgegeben wird“ (Motive I. S. 219). Bis zu diesem Zeitpunkte war das Rechtsgeschäft wirksam. Mit dem Momente der Anfechtung aber verliert es mit rückwirkender Kraft seine Wirksamkeit allen Beteiligten gegenüber.

Es ist also, wenn man sich dieses Ausdrucks bedienen darf, die Nichtigkeit im Vergleich zur Anfechtung der höhere, ausgesprochenere Grad der Mangelhaftigkeit.

Der Mangel des nichtigen Rechtsgeschäfts ist ein derartiger, dass sich auf die Nichtigkeit jedermann berufen kann. Das Vorrecht, sie geltend zu machen,

geniesst keine bestimmte Partei, sondern beide Parteien sind gleichmässig dazu berechtigt. Der Nichteintritt der Wirksamkeit steht von Anfang an fest. Das Fehlen des ausschlaggebenden Moments kann nicht nachträglich durch einen Verzicht beseitigt werden. Es ist vielmehr eine vollständig erneute Vornahme des Rechtsgeschäfts notwendig, wenn die Parteien das nichtige Rechtsgeschäft wirksam sehen möchten.

Bei dem anfechtbaren Rechtsgeschäft kann nur der sich auf den vorliegenden Mangel berufen, in dessen Interesse die Beseitigung der Rechtswirksamkeit des Rechtsgeschäfts liegt, und dem sie deshalb vom Gesetz gestattet ist. Er ist der Anfechtungsberechtigte, der in seiner Einrede auf die vorhandenen Fehler des Rechtsgeschäfts dem Anfechtungsgegner gegenüber hinweist (§ 143 B.G.B.). Dieser Letztere ist zur Anfechtung nicht berechtigt. Die Anfechtungserklärung ist, wie schon oben gesagt ist, eine einseitige, empfangsbedürftige Willenserklärung. Es hängt also von dem freien Ermessen des Anfechtungsberechtigten ab, ob das Rechtsgeschäft gültig ist oder nicht. Solange er sich nicht entschieden hat, ist das Geschäft „in der Schwebe“; dementsprechend sprach man früher von „schwebender Nichtigkeit“. Verzichtet aber der Anfechtungsberechtigte auf sein ihm bekanntes Recht, bestätigt er mit andern Worten das Rechtsgeschäft, was formlos geschieht (§ 144. A. 2), so ist und bleibt das Rechtsgeschäft gültig mit rückwirkender Kraft, und seine Gültigkeit kann nicht mehr unter Berufung auf den nun endgiltig beseitigten Fehler in Frage gestellt werden.

Es ist nicht zu verkennen, dass das Wesen der Anfechtbarkeit einen subjektiven Charakter trägt und eine bedingte Fehlerhaftigkeit darstellt, während das nichtige Rechtsgeschäft von amtswegen und bedingungslos unwirksam ist.

Nichtig ist beispielsweise ein Rechtsgeschäft, welches gegen die gute Sitte verstösst; anfechtbar ist ein Rechtsgeschäft, wenn sich in die Willenserklärung ein bestimmt gearteter Irrtum eingeschlichen hat. Anfechtungsberechtigt ist der Irrrende, der durch die Anfechtung des von ihm geschlossenen Rechtsgeschäfts sich vor den Nachteilen, die ihm aus seinem Irrtum erwachsen könnten, zu schützen in der Lage ist.

### c) Beschränkte Geschäftsfähigkeit und Geschäftsunfähigkeit.

Voraussetzungen der Geschäftsfähigkeit. — Volljährigkeit. — Einfluss der verschiedenen Altersstufen auf die Geschäftsfähigkeit, auf besondere Rechtsgeschäfte. — Wirkungen der Geschäftsunfähigkeit und beschränkten Geschäftsfähigkeit im allgemeinen, — ihre Wirkungen im speciellen.

Eins der wesentlichsten thatsächlichen Erfordernisse für den Eintritt rechtlicher Wirksamkeit eines vollzogenen Rechtsgeschäfts ist die Geschäftsfähigkeit, die schon oben als die Fähigkeit, Rechtsgeschäfte auszuführen, definiert wurde. Nimmt man Rücksicht auf die Bedingungen, an die die Annahme des Vorhandenseins der Geschäftsfähigkeit bei einer Person geknüpft ist, so wird



man den Begriff der Geschäftsfähigkeit noch enger umschreiben können. Er ist aufzufassen als derjenige Zustand geistiger Beschaffenheit der das Rechtsgeschäft ausführenden Person, an dessen Vorhandensein das B.G.B. den Eintritt der Gültigkeit des Rechtsgeschäfts knüpft.

Bei der allmählichen Entwicklung des Gehirns und der damit verbundenen stufenweise fortschreitenden Ausbildung der geistigen Leistungsfähigkeit des wachsenden Individuums wird von diesem die Geschäftsfähigkeit erst im Laufe der Zeit erworben. Umsomehr erscheint dieser Standpunkt gerechtfertigt, als die Ausübung der rechtlichen Geschäfte, die in den Bereich des B.G.B. fallen, eine Summe von Kenntnissen und Erfahrungen zur Voraussetzung hat. Es bedarf eines nicht geringen Maasses geistiger Selbständigkeit, wenn man berechtigterweise das Individuum für alle Rechte und Pflichten verantwortlich machen will, die sich für dieses aus dem von ihm abgeschlossenen Rechtsgeschäft ergeben.

Die Erlangung der vollen Geschäftsfähigkeit deckt sich mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

## **§ 2. Die Volljährigkeit tritt mit der Vollendung des einundzwanzigsten Lebensjahrs ein.**

Es kann also das Individuum erst mit dem vollendeten 21. Jahre an dem Zustandekommen von Rechtsgeschäften in rechtsverbindlicher Weise teilnehmen, vorausgesetzt, dass es nicht zu seinem Besten und mit seiner Einwilligung schon vorher, nach vollendetem 18. Lebensjahre, durch Beschluss des Vormundschaftsgerichts für volljährig erklärt wird (§ 3, 4, 5 B.G.B.).

Es wäre aber hart und ungerecht, wenn man ohne Rücksicht auf die verschiedenen Altersstufen in der Zeit bis zum 21. Jahre nur von einer Geschäftsfähigkeit und von einer Geschäftsunfähigkeit reden wollte. Dementsprechend ist auch in dem B.G.B. eine Zwischenstufe der sogenannten beschränkten Geschäftsfähigkeit eingeschaltet. Nach § 104. Z. 1 ist geschäftsunfähig, wer nicht das siebente Lebensjahr vollendet hat, während der Minderjährige, der das siebente Lebensjahr vollendet hat, beschränkt geschäftsfähig ist (§ 106 B.G.B.).

Wir haben somit für gewöhnlich hinsichtlich der Geschäftsfähigkeit drei verschiedene Stadien bei dem heranwachsenden Menschen zu unterscheiden:

1. Das Individuum von der Geburt bis zum vollendeten siebenten Lebensjahre ist geschäftsunfähig.

2. Nach vollendetem siebenten Lebensjahre bis zur Vollendung des 21. Lebensjahrs ist es in seiner Geschäftsfähigkeit beschränkt oder, kürzer ausgedrückt, beschränkt geschäftsfähig.

3. Nach dem vollendeten 21. Lebensjahre ist es geschäftsfähig.

Es liegt im Interesse der Rechtssicherheit, dass bei diesen Bestimmungen auf den Fortschritt, den das einzelne Individuum macht oder gemacht hat, keine Rücksicht genommen wird, wie es im französischen Recht und dem ihm folgenden schweizerischen Recht geschieht.

Nur der Vollständigkeit halber sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, dass bei einer Reihe von speziell genannten Rechtsgeschäften das Alter angegeben

ist, bei dessen Erreichung jene erst zulässig sind. Für die getroffene Wahl dieser Altersstufe war auch hier die Rücksicht auf die zunehmende Einsicht in die Bedeutung der zivilrechtlichen Handlungen maassgebend.

1. Mit der Vollendung des siebenten Lebensjahres beginnt die, wenn auch vorläufig nur bedingte Verantwortlichkeit für einen einem Andern zugefügten Schaden (§ 828 B.G.B.).

2. Ist die Person 14 Jahre alt, so ist ihre Ehelichkeitserklärung (§ 1728, A. 2) und ihre Annahme an Kindesstatt (§ 1750, A. 1) an ihre Einwilligung gebunden; bis dahin bedarf es der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Es besteht somit die Annahme, dass mit dem vierzehnten Jahre bei dem Individuum die Kenntnis und das Verständnis für die Bedeutung obiger Handlungen vorhanden ist.

3. Nach Vollendung des 16. Jahres kann eine Frau eine Ehe eingehen (§ 1303, A. 1, cf. A. 2); an die gleiche Altersstufe ist die Fähigkeit, ein Testament zu errichten, geknüpft (§ 2229, A. 2, B.G.B.), sowie die Fähigkeit vereidigt zu werden (§ 393, Z. 1, C.P.O.). Nebenbei gesagt, sind nach dem gleichen Paragraphen auch die Personen unbeeidigt zu vernehmen, welche „wegen mangelnder Verstandesreife oder wegen Verstandesschwäche von dem Wesen und der Bedeutung des Eides keine genügende Vorstellung haben“. Schliesslich erlischt mit dem gedachten Zeitpunkt für den Vater die Verpflichtung, seinen unehelichen Kindern den der Lebensstellung der Mutter entsprechenden Unterhalt (gesamten Lebensbedarf, Kosten der Erziehung und Vorbildung) zu gewähren (§ 1708, A. 1, B.G.B.).

4. Das 18. Lebensjahr ist der Termin, mit dem die volle Verantwortlichkeit für unerlaubte Handlungen beginnt (§ 828, A. 2, B.G.B.), und mit dem der Mündel verlangen kann, vom Vormundschaftsgericht gehört zu werden, bevor dieses seine Genehmigung zu bestimmten, sich um ihn drehenden Rechtsgeschäften erteilt (§ 1827, A. 2, B.G.B.).

5. Der Eheschliessende bedarf bis zum vollendeten 21. Lebensjahre der Einwilligung des Vaters bzw. der Mutter zur Eingehung der Ehe (§ 1305, A. 2). Bis zu diesem Alter ist die Einwilligung der Eltern bei der Annahme an Kindesstatt notwendig (§ 1747, A. 1).

Diese Bestimmungen, welche nach dem jeweilig vorgeschriebenen Lebensalter geordnet sind, betreffen, wie schon gesagt, nur ganz bestimmte rechtsgeschäftliche Handlungen und treten naturgemäss zurück hinter den Bestimmungen, welche sich auf die für alle Rechtsgeschäfte gemeinsam erforderliche Geschäftsfähigkeit beziehen.

Den Begriff der Geschäftsfähigkeit noch näher zu erörtern, erscheint nach der oben mitgeteilten Umschreibung nicht notwendig; um so weniger liegt hierzu ein Anlass vor, als sich das, was der Gesetzgeber unter dem genannten Begriff verstanden wissen will, indirekt aus seinen Bestimmungen über Geschäftsunfähigkeit und beschränkte Geschäftsfähigkeit ergibt. Es erübrigt vielmehr, einer Erörterung dieser beiden zuletzt genannten Begriffe näher zu treten.

Aus praktischen Gründen werden dabei zuerst die auf alle Rechtsgeschäfte anwendbaren Vorschriften besprochen werden, und dann erst diejenigen, welche für besonders geartete Rechtsgeschäfte (bezw. nicht geschäftliche Handlungen) in Anwendung zu ziehen sind.

Die rechtliche Stellung des Geschäftsunfähigen wird im allgemeinen durch zwei Gesetzesparagrafen fixiert:

**§ 105, A. 1.** Die Willenserklärung eines Geschäftsunfähigen ist nichtig.

**§ 131, A. 1.** Wird die Willenserklärung einem Geschäftsunfähigen gegenüber abgegeben, so wird sie nicht wirksam, bevor sie dem gesetzlichen Vertreter zugeht.

Die erstere Bestimmung bezieht sich, wie leicht ersichtlich ist, auf die Abgabe von Willenserklärungen, die letztere auf deren Annahme.

Die Willenserklärung des Geschäftsunfähigen wirkt somit so, wie wenn sie überhaupt nicht vorhanden wäre. Die ihm zugegangene Willenserklärung beginnt erst in dem Momente ihre Wirksamkeit zu entfalten, wenn sie dem gesetzlichen Vertreter des Geschäftsunfähigen zugegangen ist. Hat dieser keinen gesetzlichen Vertreter, so wird die Wirksamkeit der dem Geschäftsunfähigen gegenüber abgegebenen Willenserklärung so lange zurückgehalten, bis ihm ein gesetzlicher Vertreter bestimmt ist, und diesem die Erklärung zugegangen ist. Das Zugehen der Willenserklärung an den gesetzlichen Vertreter entscheidet somit einzig und allein die Frage, in welchem Zeitpunkte sie überhaupt erst wirksam wird.

Die rechtliche Stellung des Geschäftsunfähigen ist also sehr eingeengt. Es ist ihm nicht nur die aktive Vornahme von Rechtsgeschäften versagt, nein, auch die rein passive Rolle des Empfängers einer empfangsbedürftigen Willenserklärung ist ihm nicht einmal gestattet. Dabei ist die Natur der Rechtsgeschäfte ohne jeglichen Belang. Es ist gleichgültig, ob das Rechtsgeschäft einen noch so unbedeutenden Eingriff in eine Rechtssphäre darstellt, oder ob es für den Geschäftsunfähigen noch so vorteilhaft ist. An seiner Stelle handelt vielmehr immer nur der gesetzliche Vertreter, der den Geschäftsunfähigen geradezu ersetzt. Im Rechtsleben rückt er an die Stelle des Geschäftsunfähigen. Er kann dem Geschäftsunfähigen die Ausführung eines von ihm völlig genehmigten Rechtsgeschäfts, auch wenn es noch so belanglos ist, nicht übertragen.

Es ergibt sich hieraus, dass die Geschäftsunfähigkeit der völligen Aufhebung der Geschäftsfähigkeit, also dem höchsten Grade der Negierung der Geschäftsfähigkeit gleichkommt.

Wie steht es nun um die beschränkte Geschäftsfähigkeit?

„Minderjährige, welche das siebente Lebensjahr zurückgelegt haben, sind zwar willenskräftig, besitzen aber nicht denjenigen Grad geistiger Reife und geschäftlicher Erfahrung, welcher erforderlich ist, um ungefährdet im Rechtsverkehre selbständig auftreten zu können. Der seitens der Rechtsordnung ihnen zu gewährende Schutz besteht darin, dass sie in der freien Gebahrung beschränkt und Umfang und Folgen dieser Beschränkung so bestimmt werden, dass



die von ihnen vorgenommenen nachteiligen Rechtsgeschäfte möglichst unschädlich gemacht werden.“

Diese Auslassungen der Motive (Bd. I. S. 131) entsprechen auch heute noch dem Grundgedanken des Begriffs der beschränkten Geschäftsfähigkeit.

In weiteren Ausführungen dieser Grundgedanken lautet der

**§ 107. Der Minderjährige bedarf zu einer Willenserklärung, durch die er nicht lediglich einen rechtlichen Vorteil erlangt, der Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters.**

Durch doppelte Negation umgrenzt der Paragraph den Kreis der Rechtsgeschäfte, deren selbständige Erledigung dem beschränkt Geschäftsfähigen vom Gesetz zugebilligt wird. Es sind dies nur solche Rechtsgeschäfte, durch die der beschränkt Geschäftsfähige einen rechtlichen Vorteil erlangt. Es entscheidet die Gattung des Rechtsgeschäfts. Es darf dem Minderjährigen keine neuen Verpflichtungen auferlegen oder vorhandene steigern und ebensowenig ihm Rechte abnehmen oder schon bestehende kürzen. Minderjährige sind „nicht fähig, durch Rechtsgeschäfte Verbindlichkeiten zu übernehmen oder Rechte aufzugeben, jedoch fähig, durch Rechtsgeschäfte, bei welchen von ihnen keine Gegenleistung übernommen wird, Rechte zu erwerben oder von Verbindlichkeiten sich zu befreien“, wie das Gesetz, betreffend die Geschäftsfähigkeit Minderjähriger vom 12. Juli 1875 in § 2 sich etwas wortreicher als in der heutigen Fassung des B. G. B. ausdrückt. Diese ist noch knapper als die des ersten Entwurfs (§ 65. A. 2).

Er ist fähig zur Vornahme von Rechtsgeschäften, durch welche er lediglich Rechte erwirbt oder lediglich von Verbindlichkeiten befreit wird.

Der Minderjährige kann eine Schenkung oder einen Schulderlass annehmen. Wenn er aber einen Gegenstand kauft, so liegt ein unwirksames Rechtsgeschäft vor, auch dann, wenn er den Gegenstand noch so wohlfeil erstanden hat. Nicht der wirtschaftliche Vorteil, der bei dem einzelnen Rechtsgeschäft erzielt wird, entscheidet, sondern der Charakter des Rechtsgeschäfts, und das ist in dem herangezogenen Falle des Kaufs eines Gegenstandes zusammengesetzt aus dem Gewinn des Gegenstandes und dem Verlust des Geldes. Auf seine Schulden darf er keine Zahlungen leisten, da die Beseitigung der Schulden mit dem Verlust des Geldes verbunden ist. Ebensowenig ist der beschränkt Geschäftsfähige berechtigt, auf seine Forderungen Zahlungen entgegenzunehmen. Der beschränkt Geschäftsfähige ist also nur insofern selbständig, als er durch seine Willenserklärung seine Rechtslage verbessert. Eine Vorsorge ist da, wo der Minderjährige rechtlich nur gewinnen kann, nicht erforderlich.

Zu allen andern Rechtsgeschäften — deren Zahl ist natürlich die bei weitem grössere, schon deshalb, weil alle Verträge des alltäglichen Verkehrs dazu gehören — bedarf der beschränkt Geschäftsfähige der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters.

Geht diese der Vornahme der Rechtsgeschäfte vorher, so spricht das B. G. B. von einer Einwilligung (§ 183); erfolgt sie erst nachträglich, so hat sie rück-

wirkende Kraft und heisst Genehmigung (§ 184). Das von dem beschränkt Geschäftsfähigen ohne Zustimmung des gesetzlichen Vertreters bethätigte rechtlich belastende Rechtsgeschäft ist aber nicht nichtig, sondern vielmehr nur unwirksam bis zur Genehmigung durch den gesetzlichen Vertreter.

Es wird also einmal die Wirksamkeit des Willens des beschränkt Geschäftsfähigen nicht von vornherein negiert, diesem letztern vielmehr eine gewisse Initiative eingeräumt. Auf der andern Seite tritt der gesetzliche Vertreter nicht an die Stelle seines Schutzbefohlenen wie bei dem Geschäftsunfähigen, er handelt nicht in seinem Namen, an seiner Stelle, sondern er genehmigt nur und macht damit die Willenserklärung des Minderjährigen wirksam.

Zu dieser Thätigkeit, der Erfüllung oder der Verweigerung der Zustimmung, die dem einen wie dem andern Teile gegenüber erklärt werden kann, genügt die formlose Mitwirkung des gesetzlichen Vertreters (§ 182. A. 2), selbst in den Fällen, in denen sonst die Gültigkeit der betreffenden Rechtsgeschäfte die Innehaltung bestimmter vorgeschriebener Formen zur Voraussetzung hat.

Die Willenserklärung kann ein Vertrag oder einseitige Willenserklärung sein; auf den erstern Fall nehmen die §§ 108—110, auf den letztern § 111 Bezug.

§ 108. Schliesst der Minderjährige einen Vertrag ohne die erforderliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters, so hängt die Wirksamkeit des Vertrags von der Genehmigung des Vertreters ab.

Fordert der andre Teil den Vertreter zur Erklärung über die Genehmigung auf, so kann die Erklärung nur ihm gegenüber erfolgen; eine vor der Aufforderung dem Minderjährigen gegenüber erklärte Genehmigung oder Verweigerung der Genehmigung wird unwirksam. Die Genehmigung kann nur bis zum Ablaufe von zwei Wochen nach dem Empfange der Aufforderung erklärt werden; wird sie nicht erklärt, so gilt sie als verweigert.

Ist der Minderjährige unbeschränkt geschäftsfähig geworden, so tritt seine Genehmigung an die Stelle der Genehmigung des Vertreters.

§ 109. Bis zur Genehmigung des Vertrags ist der andre Teil zum Widerruf berechtigt. Der Widerruf kann auch dem Minderjährigen gegenüber erklärt werden.

Hat der andre Teil die Minderjährigkeit gekannt, so kann er nur widerrufen, wenn der Minderjährige der Wahrheit zuwider die Einwilligung des Vertreters behauptet hat; er kann auch in diesem Falle nicht widerrufen, wenn ihm das Fehlen der Einwilligung bei dem Abschlusse des Vertrags bekannt war.

§ 110. Ein von dem Minderjährigen ohne Zustimmung des gesetzlichen Vertreters geschlossener Vertrag gilt als von Anfang an wirksam, wenn der Minderjährige die vertragsmässige Leistung mit Mitteln bewirkt, die ihm zu diesem Zwecke oder zu freier Verfügung von dem Vertreter oder mit dessen Zustimmung von einem Dritten überlassen worden sind.

§ 111. Ein einseitiges Rechtsgeschäft, das der Minderjährige ohne die erforderliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters vornimmt, ist un-

wirksam. Nimmt der Minderjährige mit dieser Einwilligung ein solches Rechtsgeschäft einem Andern gegenüber vor, so ist das Rechtsgeschäft unwirksam, wenn der Minderjährige die Einwilligung nicht in schriftlicher Form vorlegt und der andre das Rechtsgeschäft aus diesem Grunde unverzüglich zurückweist. Die Zurückweisung ist ausgeschlossen, wenn der Vertreter den Andern von der Einwilligung in Kenntnis gesetzt hatte.

\* Das B.G.B. ist bestrebt, durch § 108 und § 109 den berechtigten Interessen sowohl des beschränkt Geschäftsfähigen wie denen des Gegners gerecht zu werden, im Falle dass jener ohne Zustimmung des gesetzlichen Vertreters einen Vertrag abgeschlossen hat.

Wusste der andre nicht, dass er mit einem beschränkt Geschäftsfähigen zu thun hatte, so kann jener widerrufen, nicht nur dem Minderjährigen, sondern auch dem gesetzlichen Vertreter gegenüber. Dieser Widerruf ist nur an die eine rein zeitliche Bedingung geknüpft, dass die Genehmigung des gesetzlichen Vertreters noch nicht erfolgt sein darf.

Dem die Minderjährigkeit Nichtwissenden ist vom Gesetz derjenige gleichgestellt, der die Minderjährigkeit zwar kannte, aber an die von dem Minderjährigen zu Unrecht behauptete Einwilligung des Vertreters thatsächlich glaubte und deshalb glauben konnte, weil ihm das Fehlen der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters unbekannt war. In diesen beiden Fällen ist also weder der Minderjährige noch der gesetzliche Vertreter an den Vertrag gebunden.

Kannte aber der andre Teil die Minderjährigkeit oder wusste er, dass dieser die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters zu Unrecht vorgab, so ist er an den Vertrag gebunden. Die Folgen hat er sich selbst zuzuschreiben. Da aber der Vertrag zur Erlangung seiner Wirksamkeit noch der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters bedarf, so befindet sich der Vertrag noch in der Schwebe. Der Gegner kann diesen für ihn nachteiligen Zustand der Ungewissheit dadurch beseitigen, dass er den gesetzlichen Vertreter zu einer Entscheidung veranlasst, gleichgültig, ob dieser vorher dem Minderjährigen gegenüber das Geschäft bereits genehmigt hat oder überhaupt nichts davon wusste. Die andre Partei ist aber nach ihrer Aufforderung an eine bestimmte Frist, 2 Wochen, gebunden. Hat sich bis dahin der gesetzliche Vertreter nicht erklärt, so ist das gleichbedeutend mit der Verweigerung seiner Zustimmung, und der Vertrag wirkt nicht.

Die Interessen des Minderjährigen sind dadurch gewahrt, dass die Wirksamkeit des ohne Einwilligung des Vertreters geschlossenen Vertrags von der Genehmigung des gesetzlichen Vertreters abhängt. Der gesetzliche Vertreter hat in beiden Fällen, in dem der Einwilligung und dem der Genehmigung, Gelegenheit, eine Gefährdung seines Schutzbefohlenen zu verhüten, oder ihm den Vorteil zu sichern, der ihm aus dem Vertrage erwachsen kann.

Die nachträgliche Zustimmung des gesetzlichen Vertreters kann ersetzt werden durch die Genehmigung des Minderjährigen, wenn er unbeschränkt geschäftsfähig



geworden ist, d. h. wenn er das 21. Lebensjahr vollendet hat. Dann spricht ihm eben das Gesetz die geistige Reife zu, die als notwendig vorausgesetzt wird zum selbständigen Eingreifen in das Rechtsleben. Die Verweigerung der Genehmigung des volljährig gewordenen macht selbstverständlich den Vertrag ebenfalls unwirksam für beide Teile, ebenso wie die Verweigerung von Seiten des gesetzlichen Vertreters.

Eine Ausnahme von diesen Bestimmungen über von oder mit Minderjährigen geschlossene Verträge macht der § 110. Er ist nach den Motiven berufen, die früheren akademischen Kreditgesetze zu ersetzen, die sich als überflüssig, als unzeitgemäss und als unzweckmässig erwiesen haben (Motive I, 145). § 110 berücksichtigt darüber hinausgehend alle die minderjährigen Personen, welche „behufs ihrer Ausbildung oder behufs der Erlernung oder Ausübung eines Berufes mit Einwilligung des gesetzlichen Vertreters ausserhalb des Wohnsitzes desselben sich aufhalten und für ihre Bedürfnisse selbst zu sorgen haben“, und trägt der Sitte Rechnung, dass die Einhändigung von Taschengeld an Minderjährige mehr oder minder üblich ist.

In diesen Fällen die Wirksamkeit der einzelnen Verträge erst von der Einholung der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters abhängig zu machen, würde im praktischen Leben auf viele Schwierigkeiten stossen, zudem auch dem Zweck der Verabreichung des Taschengeldes direkt widersprechen. Hier erscheint daher die Zulassung einer stillschweigenden Zustimmung wünschenswert. Die Annahme ihres Vorhandenseins ist indess nach dem Wortlaut des Gesetzes an folgende Voraussetzungen geknüpft.

1. Es müssen, wie schon gesagt, dem beschränkt Geschäftsfähigen vom gesetzlichen Vertreter Mittel (Geldmittel, Naturalien), soweit er Verfügungsrecht hat (§ 1644, 1824), wenn auch nur stillschweigend, überwiesen werden, sei es direkt, sei es, dass der gesetzliche Vertreter sich mit der Ueberlassung von Seiten eines Dritten (etwa der Paten, Stipendien) einverstanden erklärt.

2. Der gesetzliche Vertreter kann von einer ausdrücklichen Bestimmung des Zwecks, für den die Mittel ausschliesslich verwendet werden sollen, absehen. Wenn er aber einen bestimmten Zweck vorschreibt, so ist nur für diesen Fall der § 110 anzuwenden.

3. Der Vertrag wird wirksam, wenn und soweit er erfüllt ist. Das blosse Wort des Minderjährigen verpflichtet ihn jedoch nicht; er wägt seine Worte für gewöhnlich nicht so genau ab. Die Barzahlung ist ausschlaggebend, und darüber hinaus soll der Kaufmann nicht kreditieren, wenn er sich vor Benachteiligung schützen will.

Sendet also der Vater seinen minderjährigen Sohn zur Universität und schickt ihm Geld, so ist der Studiosus berechtigt, sich hiervon Bücher anzuschaffen, die Vorlesungen zu belegen usw.; und ebenso handelt der Lehrling wirksam, der das Kostgeld mit dem ihm dazu überwiesenen Gelde bezahlt und das Taschengeld für seine Privatbedürfnisse ausgiebt.

Die Gültigkeit der einseitigen Willenserklärung der beschränkt Geschäftsfähigen regelt der § 111. Er unterscheidet zwei Fälle. Beim Fehlen der

Einwilligung (also der vorherigen Zustimmung) des gesetzlichen Vertreters ist das Rechtsgeschäft unwirksam. Beim Vorhandensein der Einwilligung muss der beschränkt Geschäftsfähige diese entweder schriftlich vorlegen oder der gesetzliche Vertreter muss selbst die andere Partei von seiner Einwilligung in Kenntnis gesetzt haben. Sonst ist der Gegner berechtigt, das Geschäft zurückzuweisen, und er hat das unverzüglich, d. h. ohne schuldhaftes Zögern (§ 121) zu thun. So kann der andere Teil der peinlichen Lage entgehen, die sich für ihn daraus ergeben würde, dass etwa die von dem Minderjährigen ihm zugegangene Kündigung der Wohnung so lange in der Schwebe ist, bis der gesetzliche Vertreter sich entschieden hat.

Die bisherigen Erörterungen betrafen die Willenserklärung des beschränkt Geschäftsfähigen. Es muss aber auch hier, gleichwie bei der Geschäftsunfähigkeit, ausser der Abgabe der Willenserklärung die Annahme der Willenserklärung diskutiert werden. Hier besagt:

**§ 131, Ab. 2.** Das Gleiche gilt, wenn die Willenserklärung einer in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Person gegenüber abgegeben wird. Bringt die Erklärung jedoch der in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Person lediglich einen rechtlichen Vorteil, oder hat der gesetzliche Vertreter seine Einwilligung erteilt, so wird die Erklärung in dem Zeitpunkt wirksam, in welchem sie ihr zugeht.

Auch hier nimmt das Gesetz Rücksicht auf die Folgen der empfangsbedürftigen Willenserklärung. Verbessert diese die rechtliche Lage des beschränkt Geschäftsfähigen, so ist sie ohne weiteres wirksam. Das Gleiche ist der Fall, wenn der gesetzliche Vertreter seine Einwilligung gegeben hat. Im andern Falle wird sie erst dann wirksam, wenn sie dem gesetzlichen Vertreter zugeht.

Für die Behandlung der rechtlichen Stellung des Minderjährigen ist das oben (cf. S. 165) angeführte Prinzip massgebend. Der Gesetzgeber gestattet ihm, soweit in das Verkehrsleben einzudringen, als ihm dies nach Ansicht des Gesetzgebers unschädlich ist. Einer Uebersetzung dieses Grundsatzes in das praktische Leben kommt § 110 gleich. Er gestattet dem Minderjährigen, unter bestimmten Bedingungen für ihn lästige Rechtsgeschäfte vorzunehmen, was bisher schon ohne Bedenken im alltäglichen Leben geschehen ist und auch geschehen durfte. Das B.G.B. will also den Minderjährigen wohl schützen gegen eigene Unbedachtsamkeit und Unerfahrenheit, gegen die Folgen der Uebervorteilung durch andere. Es will ihn aber nicht mehr schützen, als dies nach Lage der Sache und nach dem Urteil des ihn in seinem Rechtsverkehr Beaufsichtigenden unbedingt nötig ist. In weiterer Ausföhrung dieses Gedankens sind die §§ 112, 113 erlassen; sie lauten:

**§ 112.** Ermächtigt der gesetzliche Vertreter mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts den Minderjährigen zum selbständigen Betrieb eines Erwerbsgeschäfts, so ist der Minderjährige für solche Rechtsgeschäfte unbeschränkt geschäftsfähig, welche der Geschäftsbetrieb mit sich bringt. Ausgenommen sind Rechtsgeschäfte, zu denen der Vertreter der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts bedarf.

Die Ermächtigung kann von dem Vertreter nur mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts zurückgenommen werden.

§ 113. Ermächtigt der gesetzliche Vertreter den Minderjährigen in Dienst oder in Arbeit zu treten, so ist der Minderjährige für solche Rechtsgeschäfte unbeschränkt geschäftsfähig, welche die Eingehung oder Aufhebung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses der gestatteten Art oder die Erfüllung der sich aus einem solchen Verhältnis ergebenden Verpflichtungen betreffen. Ausgenommen sind Verträge, zu denen der Vertreter der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts bedarf.

Die Ermächtigung kann von dem Vertreter zurückgenommen oder eingeschränkt werden.

Ist der gesetzliche Vertreter ein Vormund, so kann die Ermächtigung, wenn sie von ihm verweigert wird, auf Antrag des Minderjährigen durch das Vormundschaftsgericht ersetzt werden. Das Vormundschaftsgericht hat die Ermächtigung zu ersetzen, wenn sie im Interesse des Mündels liegt.

Die für einen einzelnen Fall erteilte Ermächtigung gilt im Zweifel als allgemeine Ermächtigung zur Eingehung von Verhältnissen derselben Art.

Diese beiden Paragraphen räumen dem Minderjährigen unter Einhaltung bestimmter Voraussetzungen eine rechtliche Selbständigkeit auf einem scharf umschriebenen Gebiete des Rechtslebens ein gegenüber der sonstigen Abhängigkeit vom gesetzlichen Vertreter. § 112 entspricht dem § 5, § 113 dem § 6 des Gesetzes betreffend die Geschäftsfähigkeit Minderjähriger vom 12. Juli 1875.

§ 112 betrifft ein Erwerbsgeschäft. Hierunter versteht der Jurist jede regelmässige, auf selbständigen Erwerb gerichtete Tätigkeit, mag sie im Handel oder Fabrikation, der Ausübung der Landwirtschaft oder eines Handwerks oder eines künstlerischen oder wissenschaftlichen Berufes, auch ohne Zuhilfenahme von Kapitalien bestehen (cf. Reichsger.-Entsch. 28/283. Jurist. Woch. 1891, S. 435). So wenig wie das Handelsgesetzbuch oder die Gewerbeordnung macht das B.G.B. die Befugnis zum Betriebe eines Gewerbes abhängig von der Erreichung des Volljährigkeitsalters. Daher muss in diesem Bereiche die Verpflichtungs- und Verfügungsfähigkeit des Minderjährigen erweitert werden. Nach den Kommissionsprotokollen sollte durch § 112 insbesondere für den Fall Fürsorge getroffen werden, „dass einem Minderjährigen ein ihm etwa durch Erbgang zugefallener landwirtschaftlicher Betrieb oder ein Handwerksbetrieb von kleinerem Umfange übertragen werden solle;“ eine Volljährigkeitserklärung sei in dem Falle nicht immer notwendig.

§ 113 behandelt den Dienst- oder Arbeitsvertrag (Eintritt als Handlungsgehilfe, Geselle, Fabrikarbeiter, Dienstbote usw.), nicht den Werkvertrag (§ 631) und wird damit den Forderungen des alltäglichen Lebens gerecht, in dem derartige Verträge mit dem Minderjährigen unmittelbar und unbedenklich, ja stillschweigend geschlossen werden. So ist die Möglichkeit geschaffen, das gesamte Kapital von Arbeitskraft, welches in der Bevölkerung von 14—21 Jahren ruht und welches sonst nutzlos brach liegen würde, nutzbringend zu verwerten.

Diese grössere Bewegungsfreiheit des Minderjährigen ist aber nicht zulässig



ohne Zustimmung dessen, der für den Minderjährigen zu sorgen hat. Im Falle des § 113 genügt die alleinige Ermächtigung des gesetzlichen Vertreters, in § 112 bedarf es ausserdem noch zur weiteren Kontrolle, entsprechend der grösseren Wichtigkeit des Objekts, der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Es ist nicht mehr als konsequent, dass im letzteren Falle (§ 112) auch die Zurücknahme der Ermächtigung eine gemeinsame Willensäusserung des gesetzlichen Vertreters und des Vormundschaftsgerichts fordert. Dass im ersteren Falle (§ 113) aber der gesetzliche Vertreter allein die Ermächtigung zurückziehen kann, gilt selbstverständlich unter der Voraussetzung, dass triftige oder hinreichende Gründe ihn hierzu veranlassen.

Der gesetzliche Vertreter kann aber im Falle des § 113 die Ermächtigung nicht nur erteilen und zurückziehen, sondern auch einschränken. Gibt er seinem Schutzbefohlenen die uneingeschränkte Ermächtigung, eine Stelle als Dienstbote anzunehmen, so kann dieser jede ihm zusagende Stelle als Dienstbote bei jeder beliebigen Herrschaft annehmen oder ausschlagen oder andere Lohnbedingungen stellen usw.; er darf aber nicht eine Stelle als Fabrikarbeiter annehmen.

Andrerseits kann der gesetzliche Vertreter seine Ermächtigung entweder von vornherein oder erst späterhin einschränken, zeitlich, örtlich, in Ansehung der Person des Arbeitgebers oder Dienstherrn, nach Art des Vertrags, insbesondere mit Vorbehalt bezüglich der Lohnzahlung. Der Minderjährige ist dann an die Einhaltung der Grenzen, eventuell bei der Eingehung eines jeden einzelnen Vertrags an die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters gebunden. Die nachträgliche Beschränkung wirkt nicht zurück auf die Gültigkeit bereits gegründeter Verpflichtungen.

Nach den Kommissionsprotokollen war vorgeschlagen, die auch vom württembergischen Staatsministerium empfohlene Bestimmung hinzuzufügen, „dass der Vertreter die sofortige Auflösung eines von dem Minderjährigen eingegangenen Dienst- oder Arbeitsverhältnisses fordern könne, wenn durch dessen Fortsetzung die Gesundheit, Sittlichkeit und der gute Ruf des Minderjährigen gefährdet werde.“ Es wurde dieser Zusatz der Bestimmung nicht angenommen, weil der § 626 den Minderjährigen einen genügenden Schutz biete und zu befürchten sei, dass, wenn an dieser Stelle besondere Aufhebungsgründe namhaft gemacht würden, der § 626, welcher ganz allgemein bei dem Vorliegen eines wichtigen, den Rücktritt rechtfertigenden Grundes die vorzeitige Auflösung eines Arbeits- und Dienstverhältnisses zulasse, eine Verdunkelung erleiden könne. Wenn überhaupt, werden die in der obigen vorgeschlagenen Zusatzbestimmung angegebenen Momente als „wichtige Gründe“ des § 626 mit seiner viel allgemeineren Fassung angesehen werden können. In solchen Fällen ist der Vormund nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, das Dienstverhältnis auch gegen den Willen des Minderjährigen sofort aufzuheben.

Es könnte hier leicht der Gedanke aufkommen, als ob die unter Hinweis auf § 110 geschlossenen Rechtsgeschäfte mit den nach § 112, 113 wirksamen auf eine Stufe gestellt werden können. Das ist ein Irrtum. In § 110 liegt ein

Spezialfall einer nicht in jedem Einzelfalle einzuholenden Einwilligung vor, die aber nur dann und auch nur in dem Umfang gesetzlich wirksam ist, als die vertragsmässige Leistung mit den überwiesenen Mitteln bewirkt ist; die Erfüllung muss somit als zweiter ausschlaggebender Faktor hinzukommen. Hier aber liegt eine ausdrückliche Ermächtigung vor, die bewirkt, dass der Minderjährige unbeschränkt geschäftsfähig ist für solche Rechtsgeschäfte, welche der ihm gestattete Geschäftsbetrieb mit sich bringt beziehungsweise welche die Eingehung oder die Aufhebung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses der gestatteten Art oder die Erfüllung der sich aus einem solchen Verhältnis ergebenden Verpflichtungen betreffen.

Darf der Minderjährige eine Schusterei übernehmen, so ist er berechtigt, Leder einzukaufen, Schuhe zu verkaufen, Gesellen anzustellen und zu entlassen, ein Lokal zu mieten usw. Es besteht also auf diesem beschränkten Gebiete eine unbeschränkte Geschäftsfähigkeit gegenüber seiner beschränkten Geschäftsfähigkeit in allen anderen Arten, also eine Art partieller oder territorialer Volljährigkeits-erklärung (Enneccerus) oder eine Art kleiner Emanzipation des Schutzbefohlenen (Crome).

Diese kraft Gesetzes erweiterte Geschäftsfähigkeit hat zur Folge, dass das Rechtsgeschäft wirksam ist im Augenblick des Abschlusses ohne Rücksicht auf die Erfüllung. Die Regel des Lebens entscheidet, ob das vorliegende Geschäft von der vorgeschriebenen Gattung ist. Der Minderjährige ist daher nicht befugt, einen Vertrag abzuschliessen, dessen Inhalt ihm Verpflichtungen auferlegt, die über das gewöhnliche, in solchen Verhältnissen herrschende Maass hinausgehen. Ungültig ist beispielsweise die Aufnahme der Konkurrenzklausel (Handels-gesetzbuch § 74, 3).

Diese erweiterte Geschäftsfähigkeit wird sich selbstverständlich nicht weiter ausdehnen können, als die Machtbefugnis des gesetzlichen Vertreters ohne Genehmigung des Vormundschaftsgerichts reicht. Diejenigen Rechtsgeschäfte, zu deren Vornahme der Vertreter der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts (cf. § 1819—1824) bedarf, sind auch im Falle der erweiterten Geschäftsfähigkeit den gleichen Bedingungen unterworfen. Solche Geschäfte sind der Erwerb eines Grundstückes als Geschäftslokal, Bürgschaftsübernahme, Erteilung einer Prokura, Eingehung von Wechselverbindlichkeiten (cf. §§ 1821—1822) auf der einen Seite, auf der andern Seite der auf die Eingehung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses gerichtete Vertrag, wenn der Minderjährige zu persönlichen Leistungen für längere Zeit als ein Jahr verpflichtet werden soll (§ 1822. Z. 7).

Diese erweiterte Geschäftsfähigkeit bringt es mit sich, dass sich der Minderjährige in ihrem Umfange auch durch Verträge verpflichten kann. Dieser Verpflichtungsfähigkeit geht aber nach § 52 C.P.O. die Prozessfähigkeit parallel. Der Minderjährige ist also auf dem ihm überwiesenen Rechtsgebiete prozessfähig und kann selbständig die ihm daraus erwachsenen Prozesse führen. Dass aber dem Minderjährigen aus § 110 keine Prozessfähigkeit erwachsen kann, braucht wohl kaum noch besonders hervorgehoben zu werden.

Man möchte annehmen, dass der gesetzliche Vertreter nicht befugt ist, sich Eingriffe in das Rechtsgebiet zu erlauben, auf dem dem Minderjährigen völlige Selbständigkeit zugestanden ist, dass also der gesetzliche Vertreter vor Allem nicht berechtigt ist, die bereits getroffenen und gesetzlich zulässigen geschäftlichen Anordnungen des Minderjährigen zu durchkreuzen. Sonst würde der Begriff der unbeschränkten Geschäftsfähigkeit, den das Gesetz ja auch selbst gebraucht, nicht völlig zutreffen, und anderseits müsste die Sicherheit des Verkehrslebens sicherlich leiden. Indess ist dies eine rein juristische Frage, über die im B.G.B. nichts gesagt wird, über die daher auch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Obiger Ansicht sind beispielsweise Böhm, Endemann, Enneccerus, Matthiass, Planck, Rehbein; anderer Meinung sind Cosack, Crome, sowie auch Praktiker, mit denen ich diese Streitfrage besprach.

Soweit die allgemeine Geschäftsfähigkeit des Minderjährigen in eignen Angelegenheiten. Seine Fähigkeit zur Vornahme fremder Rechtsgeschäfte richtet sich nach

§ 165. Die Wirksamkeit einer von oder gegenüber einem Vertreter abgegebenen Willenserklärung wird nicht dadurch beeinträchtigt, dass der Vertreter in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist.

Während der Geschäftsunfähige auch hier ausgeschaltet wird, ist eine Wirksamkeit des beschränkt Geschäftsfähigen in der angegebenen Richtung vorhanden und zwar eben deshalb, weil der beschränkt Geschäftsfähige nicht in eignen, sondern in fremden Angelegenheiten handelt. Es ist von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung, dass eine wirksame Vertretung auch durch beschränkt Geschäftsfähige ausgeübt werden kann; und deshalb hielt es der Gesetzgeber für erwünscht, dieser Möglichkeit noch besondern Ausdruck zu verleihen. Es ist Sache des Vertretenen, trotzdem in jedem einzelnen Falle mit aller Sorgfalt bei der Auswahl seines Vertreters vorzugehen, um sich vor Unannehmlichkeiten und Nachteilen nach Kräften zu sichern.

Diese Auseinandersetzungen über die Stellung, die der Geschäftsunfähige und der beschränkt Geschäftsfähige im Rechtsleben einnimmt, nehmen nur Bezug auf die allgemeine Geschäftsfähigkeit und deren Beeinflussung durch die physiologischen (Alters-) Unterschiede.

Nun interessieren uns hier vorzugsweise die Einwirkungen, welche pathologische Unterschiede der geistigen Leistungsfähigkeit auf die Geschäftsfähigkeit ausüben. Da aber der Eintritt und die Dauer der Geistesstörung nicht an ein bestimmtes Lebensalter gebunden sind, so ist ersichtlich, dass hierbei eine Reihe von Fällen zu untersuchen sind, welche bei der Besprechung der verschiedenen Altersgrenzen praktisch kaum oder wenig in Betracht kommen werden. Die Eheschliessung, die Annahme an Kindesstatt, die Errichtung eines Testaments, das sind alles Rechtsgeschäfte, die für gewöhnlich erst nach Erreichung der Volljährigkeit praktische Bedeutung erlangen werden.

Auf der andern Seite werden obige Grundsätze, welche sich auf die Geschäftsfähigkeit im Allgemeinen beziehen, vielfach durchbrochen, da, wo spe-



zielle Rechtsgeschäfte vorzunehmen sind, auf dem Gebiete des Familien- und Erbrechts. Das gilt insbesondere von den beschränkt Geschäftsfähigen, indem der ausgesprochene Unterschied zwischen rechtlich vorteilhaften und nachteiligen Rechtsgeschäften nicht mit der gleichen Schärfe durchgeführt wird, vielmehr hier den beschränkt Geschäftsfähigen auch bezüglich belastender Geschäfte eine gewisse Geschäftsfähigkeit eingeräumt wird.

Aus diesen Erwägungen ergibt sich, und das entspricht auch dem didaktischen Interesse, dass die folgenden Auseinandersetzungen über die Begriffe der Geschäftsunfähigkeit und die beschränkte Geschäftsfähigkeit nur auf geistesgestörte Personen Bezug haben, während die obigen Ausführungen, welche nur allgemeine Fragen der verschiedenen Stufen der Geschäftsfähigkeit betrafen, sowohl für die einzelnen Altersunterschiede wie auch für geistesgestörte Personen zutreffen.

Unter welchen Bedingungen an eine Geistesstörung der Folgezustand der Geschäftsunfähigkeit oder der beschränkten Geschäftsfähigkeit geknüpft ist, das ist eine Frage, die uns an diesem Ort noch nicht interessiert und die hier deshalb auch unerörtert bleibt.

Wir haben uns hier vielmehr nur mit der durch psycho-pathologische Geisteszustände bedingten Geschäftsunfähigkeit oder beschränkten Geschäftsfähigkeit zu beschäftigen.

Um unnötigen und das Verständnis nur erschwerenden Wiederholungen aus dem Wege zu gehen, muss darauf hingewiesen werden, dass in vielen Beziehungen der Geschäftsunfähige dem beschränkt Geschäftsfähigen völlig gleichgestellt ist. Das sind folgende Punkte:

- I. § 8. **Wer geschäftsunfähig oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, kann ohne den Willen seines gesetzlichen Vertreters einen Wohnsitz weder begründen noch aufheben.**
- II. Weder der Geschäftsunfähige noch der beschränkt Geschäftsfähige kann bestellt werden zum
  1. Vormund § 1780 und 1897 (cf. 1781 A. 1);
  2. Gegenvormund § 1792 A. 4;
  3. Pfleger § 1915;
  4. Beistand § 1694 A. 1.
  5. Mitglied eines Familienrates § 1865.
- III. In beiden Fällen ruht die elterliche Gewalt des Vaters (§ 1676), nur steht ihm im Falle der beschränkten Geschäftsfähigkeit neben dem gesetzlichen Vertreter des Kindes die Sorge für die Person des Kindes zu; zur Vertretung des Kindes ist er nicht berechtigt. Bei einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Vater und dem gesetzlichen Vertreter geht die Meinung des gesetzlichen Vertreters vor (§ 1676. A. 2. G. 3).
- IV. Wenn der Mann für geschäftsunfähig oder beschränkt geschäftsfähig erklärt wird, so kann die Frau:
  1. klagen auf Aufhebung der Verwaltung und Nutzniessung. § 1418. Z. 3.

2. den Beitrag zu dem ehelichen Aufwand insoweit zur eignen Verwendung zuückbehalten, als er zur Bestreitung des Unterhalts erforderlich ist (§ 1428. A. 2).

3. auf Aufhebung der Errungenschaftsgemeinschaft klagen (§ 1542. A. 1).

Mit Wiederherstellung der vollen Geschäftsfähigkeit kann der Mann auf Wiederherstellung seines Rechts klagen (§ 1425. A. 1 [Verwaltung und Nutzniessung] und § 1547 A. 2 [Errungenschaftsgemeinschaft]).

V. Der für geschäftsunfähig bzw. beschränkt geschäftsfähig Erklärte kann nicht:

1. ein Testament errichten, § 2229. A. 3;
2. als Zeuge bei der Errichtung eines Testaments mitwirken, § 2237;
3. von seiner Ernennung zum Testamentsvollstrecker mit Wirksamkeit Gebrauch machen, § 2201 cf. § 2225;
4. einen Erbvertrag als Erblasser schliessen § 2275. A. 1 (Ausnahme s. u. S. 177);
5. einen Erbverzicht erklären ohne Genehmigung des Vormundschaftsgerichts (§ 2347. A. 1).

VI. Der gesetzliche Vertreter des Geschäftsunfähigen wie des beschränkt Geschäftsfähigen ist zur Vornahme der in den §§ 1819—1824 bestimmten Rechtsgeschäfte an die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts gebunden.

VII. Der Vollständigkeit halber seien noch folgende §§ hier erwähnt, nur kurz, weil sie weniger von Belang sind.

§ 206. (Hemmung des Laufs der Verjährung, wenn eine geschäftsunfähige oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkte Person ohne gesetzlichen Vertreter ist.)

§ 939. (Beginn und Hemmung der Ersitzung unter den gleichen Voraussetzungen.)

§ 682. (Verantwortlichkeit des Geschäftsunfähigen oder in der Geschäftsfähigkeit Beschränkten als Geschäftsführer ohne Auftrag.)

Nachdem die sowohl für Geschäftsunfähige wie für die in der Geschäftsfähigkeit Beschränkten gemeinsam geltenden Bestimmungen zusammengestellt sind, erübrigt es noch, auseinanderzusetzen, welche zum Erbrecht und Familienrecht gehörigen Bestimmungen verschieden sind.

I. Für den Fall der Geschäftsunfähigkeit sind nur wenige besondere Bestimmungen erlassen, da die im allgemeinen Theil angeführten durchschnittlich auch für diese Spezialfälle anzuwenden sind. Es muss nur erwähnt werden, dass eine Ehe nichtig ist, wenn einer der Ehegatten zur Zeit der Eheschliessung geschäftsunfähig war (§ 1325, A. 1, B.G.B.), und zwar muss diese Erwähnung deshalb erfolgen, weil der Ehegatte die nichtige Ehe nach Wegfall seiner Geschäftsunfähigkeit in formloser Weise unter bestimmten Voraussetzungen bestätigen kann.

Im Uebrigen ist die Stellung des Geschäftsunfähigen auch hier eine völlig negative. An seiner Stelle handelt der Vormund, sofern überhaupt die Vollziehung des Rechtsgeschäfts einen Vertreter zulässt. In Uebereinstimmung hier-

mit sagt das Einführungsgesetz, Artikel 34 III, der an die Stelle des § 65 des St.G.B. tritt: dass, wenn der Verletzte geschäftsunfähig ist, sein gesetzlicher Vertreter zur Stellung des Antrags berechtigt ist.

II. Für die beschränkte Geschäftsfähigkeit gelten noch folgende Sonderbestimmungen:

Wer in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, bedarf zur Eingehung einer Ehe der Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters (§ 1304. A. 1); fehlt sie, so kann der Vertreter (§ 1336. A. 2) bezw. der beschränkt Geschäftsfähige (§ 1331) nachher die Ehe anfechten. Analoge Bestimmungen sind über die Bestätigung einer als nichtig anzusehenden Ehe erlassen, wenn der Bestätigende noch beschränkt geschäftsfähig ist. Auch der § 1364 verdient hier erwähnt zu werden, der besagt, dass die Verwaltung und Nutzniessung des Mannes nicht eintritt, wenn er die Ehe mit einer in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Frau ohne Einwilligung ihres gesetzlichen Vertreters eingeht.

Alle anderen hier noch aufzuzählenden Vorschriften lassen sich in zwei Gruppen teilen, je nachdem, ob es ausser der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters noch der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts bedarf, oder ob der beschränkt Geschäftsfähige nicht einmal an die Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters gebunden ist.

Der beschränkt Geschäftsfähige bedarf der Einwilligung des Vormundschaftsgerichts und des gesetzlichen Vertreters in folgenden Fällen:

- |               |  |
|---------------|--|
| Familienrecht | 1. Die Schliessung eines Ehevertrags, durch den die allgemeine Gütergemeinschaft vereinbart oder aufgehoben wird (§ 1437, A. 2).<br>2. Der Antrag zur Ehelichkeitserklärung der unehelichen Kinder seitens des Vaters (§ 1729, A. 1), ebenso wie die Einwilligung der Kinder in die Ehelichkeitserklärung (§ 1729, A. 2).<br>3. Die Annahme an Kindesstatt für den Annehmenden, den aktiven Teil (§ 1751, A. 1 B.G.B.) [und den Angenommenen, den passiven Teil (§ 1751, A. 2)]. |
| Erbrecht      | 4. Die Schliessung eines Erbvertrags mit dem Ehegatten (§ 2275, A. 2) oder unter Verlobten (§ 2275, A. 3).   |

In andern Fällen bedarf er aber nicht einmal der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters; hier also vermag der in seiner Geschäftsfähigkeit Beschränkte völlig selbständig zu handeln. Das trifft zu für folgende Fälle:

- |               |   |
|---------------|---|
| Familienrecht | 1. Die Einwilligung des Vaters oder der Mutter in die Eingehung der Ehe der Kinder (§ 1307).<br>2. Die Anfechtung der Ehe für bestimmte Fälle (§ 1336) (dementsprechend ist ein in der Geschäftsfähigkeit beschränkter Ehegatte in Ehesachen prozessfähig (§ 612 C.P.O.).<br>3. Die Zustimmungserklärung zu der durch den andern Ehegatten getroffenen letztwilligen Verfügung über das Recht eines Abkömmlings (§ 1516, A. 2). |
|---------------|---|



4. Die Anfechtung der ehelichen Abstammung des Kindes (§ 1595, A. 1), auch hier erweiterte Prozessfähigkeit (§ 641, A. 2 C.P.O.)
  5. Die Anerkennung der ehelichen Abstammung des Kindes (§ 1598, A. 3).
  6. Die Erteilung der Einwilligung der Mutter des Kindes oder der Frau des Vaters zur Ehelichkeitserklärung des Kindes (§ 1729, A. 3).
  7. Die Einwilligung in die Annahme an Kindesstatt von seiten der Personen, deren Einwilligung nach § 1746—1747 ausser der der Hauptbeteiligten notwendig ist (§ 1748, A. 2).
  - Erbrecht 8. Die Anfechtung eines Erbvertrags (§ 2282, A. 1).
  9. Die Aufhebung eines Erbvertrags (§ 2290, A. 2).
  10. Die Erklärung des Rücktritts vom Erbvertrag (§ 2296, A. 1).
  11. Die Annahme des Erbverzichts (§ 2347, A. 2).
  12. Die Aufhebung des Erbverzichts seitens der Erblasser (§ 2351).
- Soweit die Geschäftsfähigkeit.

#### d) Deliktsfähigkeit. — Rechtsfähigkeit.

Deliktsfähigkeit. — Handlungsfähigkeit. — Verkehrsfähigkeit. — Rechtsfähigkeit.

Der Geschäftsfähigkeit gegenüber steht die sogenannte Deliktsfähigkeit, wie schon in der Einleitung betont ist.

Die Deliktsfähigkeit ist die Fähigkeit zur schuldhaften Begehung unerlaubter Handlungen.

Das Gesetz versteht unter unerlaubten Handlungen solche, die gegen die Rechtsordnung (§§ 823—825 B.G.B.) oder die guten Sitten (§ 826 B.G.B.) verstossen.

Gemeinsam ist den Begriffen der Geschäftsfähigkeit und der Deliktsfähigkeit der der zivilrechtlichen Verantwortlichkeit, die sich im erstern Falle auf erlaubte, im letztern auf unerlaubte Handlungen bezieht. Es besteht aber doch ein scharfer prinzipieller Unterschied. Bei den Rechtsgeschäften tritt deren Wirkung ein gemäss dem Willen ihres Urhebers, bei den unerlaubten Handlungen stellt sich ihre Folge ein, auch ohne dass sie der Thäter gewollt hat. Ja, in der Mehrzahl der Fälle wird es geradezu so sein, dass die vom Gesetz vorgesehene Wirkung der unerlaubten Handlung dem Willen des Thäters nicht entspricht oder vielmehr direkt widerspricht. Hat wirklich einmal der Thäter die Wirkung der unerlaubten Handlung gewollt, so tritt sie immerhin noch nicht deshalb ein, weil er sie gewollt hat, sondern vielmehr, weil das Gesetz sie bestimmt hat (cf. Mot. I. 127).

Es wird im IV. Abschnitt nicht an Gelegenheit fehlen des eingehenderen den Begriff und das Wesen der Deliktsfähigkeit zu besprechen. —

Die Geschäftsfähigkeit und die Deliktsfähigkeit können zusammengefasst werden unter den weiteren Begriff der Handlungsfähigkeit, die früher das bezeichnete, was man heute zweckmässiger Geschäftsfähigkeit

nennt. Handlungsfähigkeit in dem heutigen Sinne umfasst weiterhin noch die Fähigkeit zu den sogenannten nichtgeschäftlichen Handlungen (z. B. Aufhebung oder Begründung einer Wohnung § 8 B.G.B.), sowie zur Verletzung obligatorischer Verpflichtungen. Handlungsfähigkeit in dem heutigen Sinne ist somit die Fähigkeit zu allen juristischen Handlungen oder die Fähigkeit, von den Folgen jeder Handlung nach Rechtssatz betroffen zu werden. Endemann hat hierfür den Ausdruck Verkehrsfähigkeit geschaffen, den er auf alle Akte der selbständigen und selbstverantwortlichen Teilnahme an bürgerlichen Rechtsgeschäften ausgedehnt wissen will (Endemann I. S. 167).

Schliesslich sei noch der Rechtsfähigkeit gedacht; über sie sagt

**§ 1. Die Rechtsfähigkeit des Menschen beginnt mit der Vollendung der Geburt.**

Rechtsfähigkeit ist die Fähigkeit, Rechte und Pflichten zu haben. Diese Befähigung, Träger von Rechtsbegriffen und Rechtspflichten zu sein, kann weder verliehen noch genommen werden. Sie tritt in Kraft mit der Vollendung der Geburt und hört auf mit dem Tode. Sie ist angeboren und setzt nicht einmal die Lebensfähigkeit des Neugeborenen voraus. Ebenso wenig ist sie gebunden an eine selbständige Lebensstellung, an ein bestimmtes Geschlecht oder religiöses Bekenntnis, an die Staatsangehörigkeit, und sie ist völlig unabhängig von der geistigen Beschaffenheit ihres Trägers. Rechtsfähigkeit und Persönlichkeit sind eben identische Begriffe.

Rechtsfähigkeit ist daher unter keinen Umständen zu verwechseln mit der Fähigkeit, an dem Zustandekommen von Rechtsgeschäften in selbständiger Weise teilzunehmen, mit der Geschäftsfähigkeit. Deshalb war, um etwaigen Missverständnissen vorzubeugen, wie sie nebenbei gesagt auch heute noch zu finden sind, vorgeschlagen worden, den Namen Rechtsfähigkeit durch den Ausdruck Rechtspersönlichkeit zu ersetzen; dieser Vorschlag wurde aber abgelehnt.

Die Rechtsfähigkeit gestattet nach dem Gesetz die Möglichkeit, rechtliche Wirkungen zu erfahren, die Geschäftsfähigkeit die Möglichkeit, rechtliche Wirkungen (durch Rechtsgeschäfte) zu erzeugen. Die Rechtsfähigkeit ist eine natürliche, die Geschäftsfähigkeit eine juristische Eigenschaft der Person.

## Zweiter Abschnitt.

---

# Geschäftsfähigkeit im allgemeinen.

---

### Kapitel I.

#### Entstehungsgeschichte.

Wer sich ein klares, anschauliches Bild von dem Verhalten einer Persönlichkeit zu einer bestimmten, gegebenen Zeit machen will, wird sich nicht damit begnügen dürfen, die Persönlichkeit nach den verschiedenen Richtungen hin zu der konkreten Zeit des Genaueren zu untersuchen, sondern wird gut thun, auch ihre ganze geistige und körperliche Entwicklung zu berücksichtigen und versuchen, die Einflüsse der Umgebung und alles dessen, was dazu gehört, zu ermitteln. So erhält man ein wahres Verständnis für die Bedeutung der einzelnen Züge der Person, die in ihrer Gesamtheit die Persönlichkeit ausmachen.

Dieser Standpunkt, der im Gebiete der naturwissenschaftlichen Forschung sich längst Bürgerrecht erworben hat, wird auch mehr oder weniger berechtigt sein für die Jurisprudenz, besonders da, wo ihre Anwendung auf medizinischem Gebiete in Betracht kommt.

Im Folgenden soll eine Uebersicht über die Entstehungsgeschichte der für die Geschäftsfähigkeit und Entmündigung wichtigsten Gesetzesvorschriften gegeben werden. Es soll nicht nur die ursprüngliche Fassung und deren Begründung mitgeteilt werden, sondern auch auseinandergesetzt werden, welchen Bedenken jene Fassung begegnete, ob diese berechtigt waren und wie der Gesetzgeber versucht und verstanden hat, sich mit diesen Bedenken auseinanderzusetzen, und wie schliesslich im Laufe der Zeit durch die verschiedenen Instanzen hindurch die heutige Fassung entstanden ist. Es sollen indess, und zwar vorwiegend aus didaktischen Gründen, nur die Erwägungen hier Platz finden, die sich auf ganz allgemeine Gesichtspunkte beziehen. Im weiteren Verlauf sollen die noch fehlenden Punkte nachgeholt werden.

Ich weiss sehr wohl, dass der oben skizzierte Standpunkt von juristischer Seite vielfach nicht geteilt wird. Manche Juristen berücksichtigen die Vorarbeiten zum B.G.B. nicht ausdrücklich; ja, es fehlt nicht an solchen, und deren Zahl ist nicht gering, die die Vorarbeiten, man möchte fast sagen geflissentlich, ausser acht lassen und sich nur an das B.G.B. in seiner heutigen Fassung einzig und allein halten.

Es ist nicht meines Amtes, zu entscheiden, welcher Standpunkt der Auffassung und Deutung der gesetzlichen Bestimmungen der zutreffendere ist. Da zwei einander



diametral gegenüberstehende Ansichten hier vorliegen, wird wohl jede ihre guten Seiten und Vorzüge haben. Wenn der zuerst entwickelte Standpunkt hier des genaueren durchgeführt wird, so geschieht das nicht nur, weil er dem Mediziner, der nun einmal in seinem Denken auf naturwissenschaftlichem Boden steht, der sympathischere ist, sondern auch vor allem deshalb, weil mir eine Kenntnis der Vorgeschichte für das Verständnis mancher juristischer Fragen, insbesondere der Bedeutung des Begriffs der Geisteskrankheit und der Geistesschwäche im Sinne des B.G.B. unerlässlich notwendig erscheint. Dass die Kritik der Psychiater bei der endgültigen Gestaltung des B.G.B. eine so wichtige, hie und da fast ausschlaggebende Rolle gespielt hat, das möchte kaum als weiteres Argument angeführt werden dürfen.

### a) Standpunkt der Motive.

Im ersten Entwurf lauteten die uns hier interessierenden Paragraphen folgendermassen:

§ 28. Eine Person, welche des Vernunftgebrauchs beraubt ist, kann wegen Geisteskrankheit entmündigt werden.

Hört der im ersten Absatz bezeichnete Zustand auf, so ist die Entmündigung wieder aufzuheben.

§ 64. Eine Person, welche im Kindesalter steht, ist geschäftsunfähig.

Dasselbe gilt von einer Person, welche des Vernunftgebrauchs, wenn auch nur vorübergehend, beraubt ist, für die Dauer dieses Zustandes, ingleichen von einer Person, welche wegen Geisteskrankheit entmündigt ist, solange die Entmündigung besteht.

Willenserklärungen geschäftsunfähiger Personen sind nichtig.

§ 1727. Ein Volljähriger erhält einen Vormund, wenn er des vormundschaftlichen Schutzes für bedürftig erklärt ist.

Das Vormundschaftsgericht kann einen Volljährigen nur dann des vormundschaftlichen Schutzes für bedürftig erklären, wenn derselbe taub, blind oder stumm ist und wegen eines solchen Gebrechens seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag. Die Erklärung der Schutzbedürftigkeit soll nur mit Einwilligung des Schutzbedürftigen erfolgen, es sei denn, dass eine Verständigung mit demselben nicht möglich ist.

§ 1739. Ein Volljähriger, welcher durch seinen geistigen oder körperlichen Zustand ganz oder teilweise verhindert ist, seine Vermögensangelegenheiten zu besorgen, kann zur Besorgung dieser Angelegenheiten, soweit das Bedürfnis reicht, auch wenn die Voraussetzungen einer Bevormundung nach §§ 1726, 1727, 1737 nicht vorliegen, einen Pfleger erhalten. Die Anordnung der Pflegschaft soll nur mit Einwilligung des Verhinderten erfolgen, es sei denn, dass eine Verständigung mit demselben nicht möglich ist.

Aus den einschlägigen Auslassungen in den Motiven zu diesen genannten Paragraphen sei Folgendes hier angeführt:

Zu § 28: „Den noch nicht zur Vernunft gekommenen Personen im Kindesalter stehen Personen gleich, welche die Fähigkeit regelrechter Willensbestimmung wieder verloren haben. Die bürgerliche Selbständigkeit im allgemeinen soll aber solchen Personen nicht kurzer Hand, sondern nur dadurch entzogen werden, dass der krankhafte Geisteszustand nach vorausgegangener Sachuntersuchung durch gerichtlichen Spruch (Entmündigung) festgestellt wird.

Voraussetzung dieser Entmündigung ist, dass eine Person des Vernunftgebrauchs beraubt ist. Das St.G.B. § 51 bezeichnet die Geisteszustände, welche die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit aufheben, als Zustände von Bewusstlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit, durch welche die freie Willensbestimmung ausgeschlossen wird. Für die Bestimmung der Vorbedingung der Entmündigung ist diese Ausdrucksweise nicht verwendbar. Das St.G.B.

hat vorzugsweise die in der Vergangenheit liegende Zeit der That ins Auge zu fassen und namentlich auch die vorübergehend die Geistesthätigkeit beeinträchtigenden Zustände zu berücksichtigen. (Entsch. des Reichsgerichts in Strafs. VII, S. 426 ff.) Die Entmündigung ist für die Zukunft und für eine gewisse Dauer berechnet; Zustände, welche in vorübergehenden Verhältnissen ihren Grund haben, kommen nicht in Betracht.“

„Abgesehen ist von einer näheren Bezeichnung der sogenannten Geisteskrankheiten, vermieden insbesondere die im Anschlusse an den gewöhnlichen Sprachgebrauch übliche Einteilung in Raserei, Wahnsinn und Blödsinn. (Vergl. preuss. A.L.R. I, 1, §§ 27—29, österr. G.B. § 21, code civil Art. 489, bad. L.R., Satz 489 usw.) — Jeder Versuch einer derartigen Scheidung ist bedenklich und zwecklos; bedenklich, weil nach dem Stande der Seelenheilkunde die einzelnen Formen oder Stadien der Geistesstörungen weder erschöpfend aufgezählt noch untereinander abgegrenzt werden können; zwecklos, weil weder die Verschiedenheit der äusseren Anzeichen noch der Umstand, ob die Störung vorzugsweise die eine oder die andere Seite der Geistesthätigkeit ergreift, für die an einen solchen Zustand zu knüpfenden rechtlichen Folgen von massgebender Bedeutung sein können.“

„Der Ausdruck Entmündigung „wegen Geisteskrankheit“ wird nicht zu beanstanden sein. Mögen in der ärztlichen Wissenschaft die Ansichten über den Begriff der Geisteskrankheit auseinandergehen; über den Sinn des Ausdrucks an dieser Stelle kann kein Zweifel sein. (Vergl. Z.P.O. § 593).

Gewinnt eine wegen Geisteskrankheit entmündigte Person den Vernunftgebrauch wieder, so ist — auf gestellten Antrag — die Entmündigung wieder aufzuheben (Abs. 2). Aufgabe des bürgerlichen Rechts ist nicht blos, die Voraussetzungen der Entmündigung, sondern auch die Voraussetzungen der Wiederaufhebung der Entmündigung festzustellen.“

„Blosse Geistesschwäche, ungenügende Entwicklung der geistigen Kräfte im Gegensatze zum Mangel der Fähigkeit regelrechter Willensbestimmung, schliesst die natürliche Geschäftsfähigkeit nicht aus und giebt deshalb keinen Grund zu einer Entmündigung wegen Geisteskrankheit ab. Ebenso kann eine mit einer solchen Schwäche behaftete Person nicht des vormundschaftlichen Schutzes für bedürftig erklärt und unter Vormundschaft gestellt werden (vergl. § 1727).“

Zu § 64: „Geschäftsunfähig sind Personen, welche im Kindesalter stehen (§ 25). Solchen Personen geht der Regel nach die erforderliche Willenskraft und jedenfalls das erforderliche Erkenntnisvermögen ab. Aus dem gleichen Grunde geschäftsunfähig sind Personen, welche des Vernunftgebrauchs beraubt sind, für die Dauer dieses Zustandes, mag der letztere in vorübergehender Bewusstlosigkeit — hochgradige Trunkenheit, Fieberdelirium, Nachtwandeln, Schlaftrunkenheit usw. — oder in andauernder Störung der Geistesthätigkeit bestehen. Das preuss. A.L.R. I, 1, § 29 (I, 4, §§ 23, 26) stellt in Ansehung der von dem Unterschiede des Alters abhängenden Rechte Rasende und Wahnsinnige den Kindern unter sieben Jahren, Blödsinnige den Unmündigen gleich.“

Zu § 1727. Wie die Motive ausführen, ist die Möglichkeit einer vormundschaftlichen Fürsorge für Gebrechliche in verschiedenen Gesetzgebungen vorgesehen; eine Ausnahme macht der code civil. Nur insofern besteht bei jenen Gesetzgebungen ein Unterschied, als bei einzelnen die Vormundschaft für Gebrechliche aller Art möglich ist, gleichgültig ob körperliche oder geistige Mängel vorliegen, während in andern Gesetzen (wie das gemeine Recht) die Zulässigkeit der Anordnung einer Vormundschaft auf bestimmte Kategorien von Gebrechen beschränkt ist. Dies trifft auch für die Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1871 zu, die in § 81, Z. 3 Grossjährigen einen Vormund gewährt, wenn sie taub, stumm oder blind und hierdurch an der Besorgung ihrer Rechtsangelegenheiten gehindert sind. Der Entwurf nimmt einen ähnlichen Standpunkt ein und gestattet eine Vormundschaft über Gebrechliche nur in den § 1727, Abs. 2, S 1 wörtlich angeführten Fällen.

„Ein Bedürfnis, ausser in dem Falle der Entmündigung wegen Geisteskrankheit, die Anordnung einer Vormundschaft wegen geistiger Gebrechen zu ermöglichen, kann nicht anerkannt werden. Insoweit wird dem praktischen Bedürfnisse einer allgemeinen staatlichen Fürsorge durch die Bestimmungen des § 28 über die Entmündigung wegen Geisteskrankheit in vollem Masse genügt. In solchen Fällen, in welchen die Voraussetzungen jener Vorschriften nicht vorliegen, die betreffende Person aber gleichwohl wegen einer ihr anhaftenden geistigen Schwäche an der eigenen Besorgung ihrer Angelegenheiten gehindert wird, hat der Staat keine Veranlassung, seine Fürsorgepflicht durch die Zulassung einer — sowohl auf die Sorge für die Person als auf die Sorge für das Vermögen sich erstreckenden — Vormundschaft eintreten zu lassen; vielmehr wird dem Bedürfnisse genügt, wenn der Volljährige in solchen Fällen zur Besorgung seiner Vermögensangelegenheiten, soweit das Bedürfnis reicht, einen Pfleger erhalten kann (§ 1739). Um so bedenklicher ist es, in den bezeichneten Fällen dem Volljährigen wegen seiner geistigen Gebrechen durch die Zulassung einer Vormundschaft zu Hülfe zu kommen, als der Entwurf es im Interesse einer angemessenen Führung der Vormundschaft zur Vermeidung störender Eingriffe in die vormundschaftliche Verwaltung von seiten des Mündels und schwer lösbarer Konflikte zwischen den Handlungen des Vormundes und des Bevormundeten für geboten erachtet, einen des vormundschaftlichen Schutzes wegen Gebrechlichkeit für bedürftig erklärten Volljährigen bis zur Beendigung der Vormundschaft in Ansehung der Geschäftsfähigkeit einem Minderjährigen gleichzustellen (§ 71), die Verfügung aber, durch welche ein solcher Volljähriger des vormundschaftlichen Schutzes für bedürftig erklärt wird, nicht auf dem in der Z.P.O. für die Entmündigung wegen Geisteskrankheit vorgeschriebenen, mit besonderen Garantien umgebenen prozessualischen Wege, sondern im Wege der freiwilligen Gerichtsbarkeit durch das Vormundschaftsgericht erfolgen soll. Eine auf diesem Wege erfolgende, wenngleich mit geringeren Wirkungen in Ansehung der Geschäftsfähigkeit verbundene Entmündigung wegen Geistesschwäche neben der unter dem Schutze der Vorschriften der Z.P.O. stehenden Entmündigung wegen Geisteskrankheit zuzulassen, würde mit den Gründen nicht im Einklang stehen, welche dahin geführt haben, dass eine Entmündigung wegen Geisteskrankheit nur auf prozessualischem Wege nach Massgabe der Bestimmungen der Z.P.O. soll erfolgen können. Die Gefahren einer unberechtigten Entmündigung wegen Geistesschwäche durch eine Verfügung des Vormundschaftsgerichts werden auch dadurch nicht völlig beseitigt, dass einerseits nach § 1727, Abs. 2 die Erklärung der Schutzbedürftigkeit nur mit Einwilligung des Schutzbedürftigen erfolgen soll, es sei denn, dass eine Verständigung mit demselben nicht möglich ist, und dass anderseits der § 1735, Abs. 3 das Vormundschaftsgericht verpflichtet, die Vormundschaft über eine Person, welche des vormundschaftlichen Schutzes für bedürftig erklärt ist, aufzuheben, wenn das Mündel die Aufhebung beantragt; denn die Feststellung der Thatsache, ob eine Verständigung möglich ist oder nicht, mithin die Entscheidung darüber, ob die betreffende Person auch ohne ihre Einwilligung des vormundschaftlichen Schutzes für bedürftig erklärt werden kann, beziehungsweise ob die Aufhebung der Vormundschaft infolge eines darauf gerichteten Antrages zu erfolgen hat, entbehrt der Garantien eines prozessualischen Verfahrens. Weiter kommt in Betracht, dass eine an die Einwilligung geknüpfte Entmündigung sich als eine Abweichung von dem Grundsatz darstellt, dass Niemand über seine Geschäftsfähigkeit disponieren kann, eine solche Abweichung aber ohne ein dringendes praktisches Bedürfnis nicht gerechtfertigt ist.“

. Die Entscheidung der Frage, ob ein Volljähriger wegen der in § 1727, Abs. 2 bezeichneten Gebrechen des vormundschaftlichen Schutzes bedürftig ist, ist als ein Akt der freiwilligen Gerichtsbarkeit in die Hand des Vormundschaftsgerichts gelegt und erfolgt im Wege des Officialverfahrens. Das Einschreiten des Vormundschaftsgerichts ist nicht durch den Antrag bestimmter Personen bedingt, anderseits wird aber auch nicht gewissen Personen das Recht eingeräumt, die Einleitung eines Verfahrens zu verlangen. Der vormundschaftliche Schutz zieht nach § 71 die Beschränkung der Geschäftsfähigkeit nach sich.



Da „die Erklärung der Schutzbedürftigkeit nur wegen ganz bestimmter, äusserlich leicht erkennbarer körperlicher Gebrechen und regelmässig nur mit Einwilligung des Gebrechlichen zulässig ist“, so kann ein Bedürfnis nicht anerkannt werden, „zum Schutze der hier fraglichen Personen gegen eine unberechtigte Entmündigung den weitläufigeren und schwerfälligeren Apparat eines prozessualischen Verfahrens im Anschlusse an die Vorschriften der Z.P.O. über die Entmündigung wegen Geisteskrankheit hierher zu übertragen. Selbst in solchen Fällen, in welchen die Erklärung der Schutzbedürftigkeit ohne die Einwilligung des Schutzbedürftigen erfolgt ist, weil eine Verständigung mit demselben nicht möglich war, kann — abweichend vom sächs. Gesetz vom 20. Febr. 1882, § 4, Abs. 2 — unbedenklich auf die Garantien eines nachfolgenden prozessualischen Verfahrens durch Zulassung einer Anfechtungsklage nach Massgabe der §§ 605—615 der Z.P.O. verzichtet werden.“

Zu § 1739. „Die Bestimmung des § 1739, welche sich als eine Ergänzung der Vorschriften der §§ 1726, 1727, 1737 über die Zulässigkeit der Anordnung einer Vormundschaft über einen Volljährigen darstellt, ist namentlich mit Rücksicht darauf, dass die Bestimmungen des § 1727 sich auf die Fälle der Taubheit, Stummheit oder Blindheit beschränkt und dass der Entwurf eine dem § 90 der preuss. Vorm.O. entsprechende allgemeine Klausel über die Zulässigkeit der Anordnung einer Pflegschaft nicht aufgenommen hat, durch ein dringendes praktisches Bedürfnis geboten. Es werden auf diese Weise die Bedenken, welche sich gegen die Beschränkung des § 1727 und gegen die Nichtaufnahme einer allgemeinen Klausel geltend machen lassen, wesentlich vermindert.“

Es sei hier bemerkt, dass der Ausdruck „allgemeine Klausel“ mit Rücksicht auf § 90 der Vorm.O. besagen will, dass das Vormundschaftsgericht daraufhin berechtigt war, in allen Fällen eines nach seinem Ermessen vorhandenen thatsächlichen Schutzbedürfnisses eine Pflegschaft anzuordnen. Eine Beschränkung der Geschäftsfähigkeit ist mit der Pflegschaft nicht verbunden.

Es unterschied mithin der Entwurf in Bezug auf die geistigen Abnormitäten die Geisteskrankheit (§ 28) von dem geistigen Zustand (§ 1739), der den damit behafteten Volljährigen ganz oder teilweise hindert, seine Vermögensangelegenheiten zu besorgen. Als geisteskrank bezeichnete der Entwurf die Person, welche des Vernunftgebrauchs beraubt ist und erklärt diese für geschäftsunfähig. Die Beraubung des Vernunftgebrauchs sollte aber auch unabhängig von der durch sie bedingten Entmündigung schon für sich Geschäftsunfähigkeit bedingen.

Die offizielle Fürsorge war vorgesehen in der Form der Pflegschaft und der Vormundschaft. Die erstere, ohne Beschränkung der Geschäftsfähigkeit (abgesehen von gewissen Fällen im Prozessverfahren (§ 1747) war nach Art der gemeinrechtlichen causa debilium bestimmt für die durch ihren geistigen Zustand ganz oder teilweise an ihrer Vermögensverwaltung behinderten Personen. Die mit einer Beeinträchtigung der Geschäftsfähigkeit verbundene Vormundschaft war nicht nur für Geisteskranke, sondern auch für taube, blinde oder stumme Personen unter bestimmten Voraussetzungen vorgesehen; im letztern Falle konnte aber die vormundschaftliche Fürsorge ohne ein Entmündigungsverfahren von dem Vormundschaftsgericht angeordnet werden durch die sogenannte Schutzbedürftigkeitserklärung, in ersterem war das förmliche Entmündigungsverfahren notwendig.

### b) Kritik der Motive.

In dem Vorwort, mit dem das Werk des ersten Entwurfs zur allgemeinen Kenntnis gebracht wurde, war betont:

„Es kann nur willkommen sein, wenn nicht blos die Vertreter der Rechtswissenschaft und die zur Rechtspflege berufenen, sondern auch die Vertreter wirtschaftlicher Interessen von dem-

selben Kenntnis nehmen und mit ihren Urteilen und Vorschlägen zur Verwertung für die weitere Beschlussfassung über den Entwurf hervortreten.“

Somit wurde auch der ärztliche Sachverständige zu einer Kritik des Entwurfs geradezu aufgefordert. Bezüglich der psychiatrisch bedeutsamen Punkte sei hier auf die Arbeit von Mendel (II) hingewiesen, da grade die von ihm vertretenen Ansichten bei der späteren Fassung in ausschlaggebender Weise berücksichtigt worden sind. Mendel's Einwürfe betreffen drei Punkte:

1. Die Definition der zur Entmündigung führenden Geisteskrankheit.
2. Die Definition der die Geschäftsunfähigkeit ohne Entmündigung bedingenden Geisteskrankheit.
3. Die ungenügende Berücksichtigung der Geistesschwäche.

1. Es wurde hervorgehoben, dass die Fassung des Entwurfs des Entmündigungsparagraphen gegenüber dem allgemeinen Landrecht insofern einen Fortschritt bedeute, als die Scheidung zwischen den verschiedenen Zuständen und Graden der Geisteskrankheit im gesetzlichen Sinne beseitigt wurde. Dass die vom Landrecht durchgeführte Trennung der Geisteskrankheiten in Wahnsinn und Blödsinn und ihre begriffliche Umgrenzung auf die Dauer unhaltbar war, das brauchte nicht mehr erwiesen zu werden. Jeder, der in seiner gerichtsärztlichen Thätigkeit mit dieser einschlägigen Frage sich abzugeben hatte, hatte das selbst erfahren, und in vielen Schriften war ein gleich ablehnender Standpunkt verfochten. In der That war es ja auch so, dass der Wahnsinn im klinischen Sinne dem Blödsinn im landrechtlichen Sinne gleichkam, und dass umgekehrt der Wahnsinn des Juristen dem Blödsinn des Mediziners entsprach.

Die Definitionen der Mediziner und Juristen für die verschiedenen Formen oder vielmehr Grade von Geistesstörungen entsprachen einander nicht nur nicht, sondern widersprachen geradezu einander; und dass es bei der Handhabung solcher Definitionen ohne bedenkliche Zugeständnisse nach der einen oder andern Seite nicht zugehen konnte, kann nicht wunder nehmen. Aber die Definitionen des Landrechts erwiesen sich auch nicht als ausreichend für die gesetzliche Klassifikation sämtlicher Psychosen; melancholische und hypochondrische sowie manische Zustände konnten vielfach weder der Kategorie des Wahnsinns noch der des Blödsinns einverleibt werden. Dieser übereinstimmende Standpunkt der Psychiater trat auch darin zu Tage, dass das deutsche Strafgesetzbuch bereits im § 51 die Ausdrücke „wahnsinnig“ und „blödsinnig“ des § 40 des früheren preussischen Strafgesetzbuches beseitigt hat. (cf. dazu auch das Gutachten der wissenschaftlichen Deputation. Virchow, Gesammelte Abhandlungen auf dem Gebiet der öffentlichen Medizin II. S. 505. Mendel II. S. 254—255.)

Auch damit erklärte man sich einverstanden, dass der Entwurf ganz allgemein von einer Person gegenüber dem „le majeur“ des code civil (Artikel 489) spricht.

Um so grösserem Widerstand begegneten die Worte, „welcher des Vernunftgebrauches beraubt ist.“ Diese Fassung bezweckte, das Wesentliche, Ausschlaggebende der civilrechtlich bei der Entmündigung zu berücksichtigenden Geistesstörung hervorzuheben. Ist es indess schon schwer, vom rein ärztlichen Standpunkte aus eine für alle Fälle zutreffende und allen Beteiligten genehme Begriffsbestimmung der Geisteskrankheit zu geben, welche eine wirkliche Definition und keine Umschreibung ist, so wird das in erhöhtem Maasse hier zutreffen, wo allein die rechtliche Seite der Psychose Beachtung erheischt.

In einer anziehenden längeren Auseinandersetzung erbringt Mendel den Nachweis,

dass eine juristische Erklärung<sup>2</sup> für den Ausdruck: „des Gebrauchs der Vernunft beraubt“ nicht existiert: weder das *mente captus* des römischen Rechts, worauf die vorliegende Fassung zurückzuführen ist, ist in jener Rechtsquelle genügend erklärt, noch lässt sich aus den Kommentaren zu den Gesetzbüchern oder den Rechtssprüchen oberster Gerichtshöfe etwas Verwertbares entnehmen. Ebenso wenig kann uns die Philosophie hier aushelfen, noch viel weniger der Sprachgebrauch des Volkes. Dieser würde von einer Aufhebung des Vernunftgebrauches nur in der Minderheit der Fälle etwas wissen wollen, bei denen indess nach Ansicht der Sachverständigen eine Entmündigung wegen Geisteskrankheit durchaus angebracht ist. Noch viel weniger würde natürlich der Volksmund den Ausschluss des Vernunftgebrauchs dann auch nur als möglicherweise vorhanden zugeben wollen, wenn die Sachverständigen darüber streiten, ob die gesetzlichen Voraussetzungen zur Entmündigung im gegebenen Falle überhaupt vorliegen oder nicht. Auch die medizinische und speziell die rein psychiatrische Wissenschaft lässt uns hier im Stich.

Damit hatte Mendel hinreichend begründet, dass die Fassung des Entwurfs zu verwerfen sei. Eine Anlehnung der Fassung des Entmündigungsparagraphen an den § 51 des St.G.B. wies Mendel deshalb und auch mit Recht zurück, weil die Entmündigung sich auf die Zukunft erstrecken soll, § 51 aber in die Vergangenheit zurückreicht.

Die einfachste Fassung würde die sein:

„Eine Person, welche an einer Geisteskrankheit leidet, kann entmündigt werden.“

Indess befürchtete Mendel, dass diese Fassung, so sympathisch sie auch dem Mediziner sein würde, auf juristischer Seite nicht Beifall finden werde. Bei den Beratungen über den § 51 des St. G. B. habe man, um den Grad der die Zurechnungsfähigkeit ausschliessenden Geistesstörung genau zu fixieren, den Relativsatz — durch welchen seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war — hinzugefügt. Ebenso werde auch hier die bestimmte Beziehung der Geistesstörung zur Geschäftsfähigkeit hervorgehoben werden müssen, um die civilrechtliche Bedeutung der Psychose zu begründen. Da nun, nach § 1648 des ersten Entwurfs der Vormund das Recht und die Pflicht hat, für die Person und für das Vermögen des Mündels zu sorgen, so stellte Mendel den Eventualantrag für die Fassung des § 28:

„Eine Person, welche wegen Geisteskrankheit nicht im Stande ist, für sich oder für ihr Vermögen gehörig zu sorgen, kann entmündigt werden.“

Ganz ähnlich lautete die von Grashey vertretene und vorgeschlagene Fassung:

„Eine Person, welche wegen Geistestörung oder Geistesschwäche nicht im Stande ist, für sich oder für ihr Vermögen gehörig zu sorgen und die nicht im Sinne des § 1739 für die Pflegschaft geeignet ist usw.“ (citirt Moeli I, S. 3).

Auch der preussische Medizinal-Beamten-Verein erklärt sich fast einstimmig gegen die Fassung des § 28.

Hier sprach sich von Haselberg zu Gunsten des obigen prinzipialen Vorschlags Mendel's aus; Siemens dagegen schlug unter Zustimmung von Wallichs die Fassung vor:

„Eine Person, welche an krankhafter Störung der Geistesthätigkeit leidet, kann entmündigt werden.“

Kornfeld bemängelte daraufhin den Ausdruck: „krankhafte Störung der Geistesthätigkeit“, weil die Idiotie nicht getroffen werde. Da mit Rücksicht auf die Ent-



mündigung die nähere Bestimmung der Grenze zwischen Geistesstörung und normalem Zustande dringend wünschenswert ist, empfahl Siemens eventuell als Vorschrift:

„Eine Person, welche an krankhafter Störung der Geistesthätigkeit leidet, sodass sie unfähig ist, ihre eigenen Angelegenheiten zu besorgen, kann entmündigt werden.“

Roth empfahl, um die vorübergehenden Störungen des Bewusstseins, sowie die leichteren Grade des Schwachsinn und der psychischen Schwächezustände auszuschliessen, folgende Fassung:

„Personen, deren Geistesvermögen gestört ist, können, wenn die Störung eine dauernde ist und einen solchen Grad erreicht hat, dass sie der zur selbständigen Lebensführung ausreichenden Ueberlegung ermangeln, wegen Geisteskrankheit entmündigt werden.“

Bei den Beratungen des 17. deutschen Aerztetages ist (Verhandl. S. 30—32) als Fassung für den § 28 vorgeschlagen worden von Risel der Wortlaut:

„Eine Person, welche in ihren Geisteskräften derart geschwächt oder gestört ist, dass sie ihre Angelegenheiten nicht selbst gehörig wahrzunehmen im Stande ist, kann entmündigt werden;“

von dem Verein des Regierungsbezirks Stettin:

„Eine Person, welche geistesgestört ist, kann auf Grund der Feststellung ihrer Geistesstörung entmündigt werden.“

„Zur Unterstützung der ersteren Fassung ist geltend gemacht worden: Der Entwurf gebe keine Klarheit darüber, ob er unter Geisteskrankheit nur solche abnorme geistige Zustände verstehe, welche in vorher Gesunden sich entwickelten, oder auch solche, welche in angeborenen oder durch senile Involutionen usw. herbeigeführten Gebrechen ihren Grund hätten. Die Motive deuteten bald auf das erstere, bald auf beides hin. Der in den Worten: „welche des Vernunftgebrauchs beraubt sind“ liegende Versuch einer Definition der Geisteskrankheit befriedigte nicht. Der aufgestellte Begriff sei zu eng, selbst wenn „Beraubung des Vernunftgebrauchs“ als gleichbedeutend mit „Unfähigkeit zur regelrechten Willensbestimmung“ angesehen werde. Richtiger werde von jeder Definition des zivilrechtlichen Begriffs Geisteskrankheit abgesehen; es sei nicht möglich, in einer solchen den praktischen Bedürfnissen, wie sie der Richter habe, gerecht zu werden, ohne den jeweiligen psychiatrischen Anschauungen Zwang anzuthun. Uebrigens werde auch eine, zur Zeit vielleicht richtig erscheinende Begriffsbestimmung in kürzerer oder längerer Frist der Wissenschaft nicht mehr genügen. Man habe sich deshalb darauf zu beschränken, die zivilrechtlich in Betracht kommenden Eigentümlichkeiten der Geisteskrankheit insoweit hervorzuheben, als sie die Herbeiführung der Entmündigung rechtfertigten. Der hierauf abzielende Vorschlag lehne sich an das preussische A.L. I, 1, §§ 32, 33 an. Der Aerztetag hat, nachdem auch die Fassung des Entwurfs (durch Hankel) bei der Verhandlung Vertretung gefunden hatte, zunächst eine endgültige Entscheidung nicht getroffen, sondern auf Antrag Zanker's den Beschluss gefasst: Der § 28 genügt in seiner Fassung nicht; es sind sowohl der Ausdruck: „des Vernunftgebrauchs beraubt sein“ als der Ausdruck „Geisteskrankheit“ zu verwerfen und an deren Stelle zweckentsprechendere Ausdrücke zu setzen.“ (Zus. gut. Auss. VI. 43.)

Die Fassung des § 28 erfuhr auch von juristischer Seite Widerstand, insbesondere von Gierke, dessen scharfe Kritik am Entwurf als bekannt vorausgesetzt werden darf. Gierke hob geradezu hervor, dass die vom Entwurf beliebte Uebersetzung von *mente captus* die Sache unbestimmter mache, als wenn einfach die Entmündigung wegen Geisteskrankheit zugelassen werde.

Ebenso findet Fischer die vom Entwurf versuchte Definition der Geisteskrankheit unzulänglich; wenn die Worte „des Vernunftgebrauchs beraubt“ ernstlich und im Sinne des Psychiaters genommen würden, sei eine Entmündigung wegen Geistes-

krankheit kaum jemals möglich. Jakoby verwirft ebenfalls die Definition, indem er namentlich darauf hinweist, dass eine Entmündigung nicht des Vernunftgebrauches beraubter, aber doch geisteskranker Personen schon aus Rücksichten der Fürsorge für ihre Person unerlässlich sei (Zus. gut. Aeuss. I. S. 54—56).

Rocholl schliesslich plaidierte für folgende Fassung:

„Eine Person, welche durch Krankheit, Leidenschaft oder Trunkenheit, nicht bloss vorübergehend, sondern für längere Dauer ihrer Geisteskraft ganz oder teilweise beraubt ist, kann wegen Geisteskrankheit entmündigt werden, wenn anzunehmen ist, dass sie sich ausser stande befindet, ihren Angelegenheiten selbständig vorzustehen.“

Aus seiner Begründung sei hervorgehoben, dass er es weder für möglich noch für nötig erklärt, alle Arten von geistiger Störung in einem technisch richtigen Gesamtnamen unterzubringen; es genüge daher, die für das Gericht maassgebenden, allgemeinen Gesichtspunkte anzugeben (Zus. gut. Aeuss. VI. S. 44).

2. Ferner erhob Mendel Einwände gegen die Fassung des § 64, soweit er die Geschäftsfähigkeit nicht entmündigter Geisteskranker ordnet. Dass auch hier der Ausdruck „des Vernunftgebrauches beraubt“ unanwendbar ist, ergibt sich von selbst. Da aber hier eine Beurteilung einzelner schon bethätigter Willenserklärungen in Frage steht, so liegt nach Mendel kein Grund vor, hier von der Fassung des § 51 St.G.B. abzuweichen, zumal die Auslassungen der Motive (I. S. 129) sich sehr eng an die zu dem § 51 verfassten Erläuterungen anschliessen.

Mendel schlägt daher folgende Fassung vor:

„Dasselbe gilt von einer Person, welche, wenn auch nur vorübergehend, in einem Zustande von Bewusstlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit sich befindet, für die Dauer dieses Zustandes.“

3. In dem Entwurf ist die Möglichkeit einer Entmündigung wegen Geisteschwäche nicht vorgesehen, ja sie wird geradezu ausgeschlossen, und die nach den einzelnen Landesrechten bisher bestehende Bevormundung wegen Geistesschwäche sollte mit Inkrafttreten des B.G.B. in Wegfall kommen (Motive zum Einführungsgesetz S. 246). Bei der Begründung dieses Standpunktes war die blosse Geistesschwäche mit „der ungenügenden Entwicklung der geistigen Kräfte“ direkt identifiziert und in einen Gegensatz gebracht zur Geisteskrankheit. Beide Auffassungen sind aber nicht zutreffend und wurden mit Recht von Mendel zurückgewiesen.

Er hebt einmal hervor, dass die ungenügende Entwicklung der geistigen Kräfte nicht unbedingt das Vorhandensein einer Psychose in sich schliesse, da sie ja auch die Möglichkeit zulasse, dass innerhalb der physiologischen Breite die Entwicklung des Geistes auf einer niedrigen Stufe zurückgeblieben sei.

Auf der andern Seite sei aber die Geistesschwäche eine Form der Geisteskrankheit, und zwar nicht nur eine angeborene, sondern eine (frühzeitig oder später) erworbene. Die ihr im Entwurf zuerteilte Sonderstellung und Trennung von der Geisteskrankheit sei um so weniger gerechtfertigt, als von allen Geisteskranken gerade die Geistesschwachen es seien, welche am dringendsten der Vormundschaft bedürfen. Der Geistesschwache imponiere seiner Umgebung nicht als Geistesgestörter, und bona fide werden Rechtsgeschäfte mit ihm abgeschlossen. Sodann sei er sich doch nur in den seltensten Fällen seiner sozialen Insuffizienz so bewusst, dass er sich einen Pfleger bestellen lasse. Hier reiche § 1739 nicht aus; er müsse also fallen, soweit er auf den geistigen Zustand zutreffe, und anderseits müsse der § 28 die Möglichkeit, auch den Geistesschwachen zu entmündigen, zulassen.

Gleich Mendel hielt auch Risel bei der Verhandlung des XVII. deutschen Aerztetags 1889 eine Pflegschaft für Geistesschwache nach Maassgabe des § 1739 nicht für ausreichend, sondern hielt eine Ausdehnung des § 28 nach der Richtung hin für geboten.

Von den einschlägigen juristischen Auslassungen seien hier nur die von Feyerabend erwähnt, weil sie mit den Kundgebungen von psychiatrischer Seite recht gut übereinstimmen. Er befürwortet die Ausdehnung des § 1727 auf Geistesschwäche.

„Es sei nicht zu bestreiten, dass es Personen gebe, welche zwar nicht des Gebrauches ihrer Vernunft beraubt (§ 28), gleichwohl aber nicht fähig seien, ihre Angelegenheiten, insbesondere ihre Vermögensangelegenheiten, zu besorgen, namentlich solche, welche in ihrer Entwicklung zurückgeblieben seien und in der Ausbildung ihrer geistigen Fähigkeiten Kindern gleichständen. Warum diese, obwohl sie in gleicher Weise, wie die Kinder schutzbedürftig seien und obwohl das gleiche soziale Interesse vorliege, nicht auch den gleichen Schutz des Staates geniessen sollten, wenn sonst Niemand für sie Sorge, sei nicht abzusehen. Durch die Möglichkeit, einen Bevollmächtigten aufzustellen, würden diese Personen nicht genügend geschützt, da gerade an solche Geistesschwache andre Personen als Berater und Vermögensverwalter sich herandrängten, welche sie ausbeuteten und zu nachteiligen Geschäften verleiteten. Deshalb genüge auch die blosse Bestellung eines Pflegers nicht, sondern es sei zu ihrem Schutze erforderlich, sie in der Geschäftsfähigkeit zu beschränken und des vormundschaftlichen Schutzes für bedürftig zu erklären. Der Einwand, dass es bedenklich sei, eine solche Entmündigung wegen Geistesschwäche dem Vormundschaftsgerichte zu überlassen, könnte, wenn man jenes Bedenken teile, höchstens zu der Vorschrift führen, dass auch die Entmündigung wegen Geisteschwäche im Wege des prozessualischen Verfahrens zu erfolgen habe, spreche aber im Uebrigen nicht gegen die vorgeschlagene Ausdehnung des § 1727 und des § 71. Ebenso wenig sei der Grund durchschlagend, dass Niemand auf seine Geschäftsfähigkeit verzichten könne; denn dieser Grund würde auch hinsichtlich der im § 1727, Abs. 2 genannten Personen zutreffen. Davon könne aber wohl keine Rede sein, auch bei diesen Personen keine Beschränkung der Geschäftsfähigkeit eintreten zu lassen, da ein wirklicher Schutz derselben nur in Verbindung mit dieser Beschränkung möglich sei. Halte man das Erfordernis der Einwilligung und die Beschränkung der Geschäftsfähigkeit für unvereinbar, so wäre jenes Erfordernis, nicht diese Beschränkung zu beseitigen. Uebrigens würden aus jenem Erfordernisse in der Anwendung sich wohl keine Schwierigkeiten ergeben.“ (Zus. gut. Aeuss. IV. S. 500.)

### c) Standpunkt der II. Kommission.

Wie ist nun der Gesetzgeber im Verlauf der weiteren Beratungen diesen ärztlichen Forderungen, deren Berechtigung von psychiatrischer Seite wohl nicht ernsthaft in Frage gestellt werden kann, gerecht geworden?

1. Bei den Beratungen der 2. Kommission lag ein Antrag vor, dem Entmündigungsparagraphen § 28 die Fassung zu geben:

„Entmündigung kann erfolgen

1. Wegen Geisteskrankheit, wenn der Kranke infolge derselben seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag . . . .“

Die Kommission nahm den Vorschlag seinem sachlichen Inhalte nach an und liess sich dabei von folgenden Erwägungen leiten (Bd. I. S. 32. Prot. 7).

„Der im Entwurf gebrauchte Ausdruck „des Vernunftgebrauches beraubt sein“ sei namentlich mit Rücksicht auf den in medizinischen Kreisen laut gewordenen Widerspruch (vergl. Zus. der gutachtl. Aeusserungen I. S. 54, 55. VI. S. 43, 44) nicht aufrecht zu erhalten. Der Versuch einer anderweiten gesetzlichen Definition derjenigen Form der Geisteskrankheit, welche



für die Zulässigkeit der Entmündigung zu fordern sei, verspreche nach dem gegenwärtigen Stande der medizinischen Wissenschaft keinen befriedigenden Erfolg. Insbesondere sei die im § 51 d. St. G. B. gegebene, übrigens auch wissenschaftlich angefochtene, Bestimmung des Begriffs der Unzurechnungsfähigkeit zwar auf die Feststellung der Voraussetzungen der Geschäftsunfähigkeit nach § 64. Abs. 2, nicht aber für die Feststellung der Voraussetzungen der Entmündigung verwertbar. Der einfache und gebräuchliche Ausdruck „Geisteskrankheit“ gewähre aber auch dem medizinischen Sachverständigen und dem Richter genügenden Anhalt, wenn dieselben daneben darauf hingewiesen würden, dass eine durch die Geisteskrankheit bewirkte Unfähigkeit des Kranken, seine Angelegenheit zu besorgen, vorliegen müsse. Der in dem Antrage 4 enthaltene Vorschlag, neben der Geisteskrankheit in § 28 der „Geistesschwäche“ zu erwähnen, wurde abgelehnt. Man war zwar einverstanden, dass der, den geistesschwachen Personen durch § 1730 gewährte Schutz nicht ausreiche, glaubte aber, dass einerseits die zur Entmündigung geeigneten schweren Fälle von Geistesschwäche durch die als Ersatz des § 28 beschlossene Vorschrift gedeckt würden und dass andererseits der darüber hinaus erforderliche Schutz durch Erweiterung des § 1727 zu beschaffen sein.“

Man hatte somit den die Entmündigung regelnden Gesetzesparagraphen insofern geändert, als man eine der heutigen Fassung entsprechende Bezeichnung der zivilrechtlichen Eigenschaft der die Entmündigung rechtfertigenden Geisteskrankheit hinzugefügt hatte unter völliger Beiseitelassung der früheren Umschreibung. Trotz der ärztlichen Mahnungen hatte man aber wenigstens zu der Zeit davon Abstand genommen, auch wegen Geistesschwäche eine Entmündigung zuzulassen, einmal mit Rücksicht auf die jetzige weitere Fassung des Begriffes der Geisteskrankheit im zivilrechtlichen Sinn und dann im Hinblick auf die Möglichkeit, dass der Schutz des § 1727 auch dem Geisteschwachen zugänglich gemacht werden sollte.

Wir werden sehen, wie später bei den Beratungen über die Vormundschaft die Geistesschwäche noch nachträglich als Entmündigungsgrund zugelassen wurde.

2. Was die Bestimmungen über die durch krankhafte Geisteszustände bedingte Geschäftsunfähigkeit § 64 des Entwurfs angeht, so hatte Mendel sich mit dieser Fassung gleichfalls nicht einverstanden erklärt. Hierzu lag ein Antrag vor, der dem genannten Paragraphen folgende Fassung zu geben beabsichtigte (Bd. I, S. 55, Prot. 11):

„Geschäftsunfähig ist:

2. wer sich in einem Zustande von Bewusstlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befindet, durch welchen seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen wird.“

Diesem Antrage trat die Kommission bei.

Es bestand das Einverständnis, „dass der im Entwurf gebrauchte Ausdruck „des Vernunftgebrauches beraubt“ hier ebenso aufzugeben sei, wie im § 28. Man erachtete eine an den § 51 des St. G. B. sich anschliessende Formulierung an dieser Stelle für angemessen und trotz der gegen die letztere Vorschrift erhobenen Bedenken für überwiegend vorteilhaft, da man hiermit den Einfluss der anomalen geistigen Zustände auf die Geschäftsfähigkeit und auf die strafrechtliche Deliktsfähigkeit in sachlich zutreffender Weise in Uebereinstimmung bringe und für die Ausdehnung der privatrechtlichen Vorschrift die Anknüpfung an die reiche strafrechtliche Literatur gewinne; ein solches Vorgehen sei umsomehr gerechtfertigt, als eine sonstige einwandfreihere Kennzeichnung jener Zustände weder den Aerzten noch den Juristen gelungen sei. Es wurde aus diesem Grunde insbesondere auch abgelehnt, statt von „krankhafter Störung der Geistesthätigkeit“ von „Störung der Geistesthätigkeit“ schlechthin zu sprechen. Die das Letztere befürwortende Anregung bezweckte hauptsächlich, auch solchen Fällen von Trunksucht Rechnung zu tragen, in welchen zwar nicht völlige Bewusstlosigkeit, wohl aber eine die Einsicht in die Bedeutung des Rechtsgeschäfts hindernde Verdunkelung des Bewusstseins vorliege.

Die Mehrheit war der Ansicht, dass die angenommene No. 2 eine sachgemässe Würdigung des Einflusses der Trunkenheit auf die Geschäftsfähigkeit in ausreichender Weise ermögliche.“

Die Kommission hatte mithin sich den Erwägungen Mendel's anschliessend eine auf den § 51 des St.G.B. zurückgreifende Fassung angenommen; nur insofern besteht zwischen dem Vorschlage Mendel's und dem Vorgehen der Kommission ein Unterschied, als diese die Ausschliessung der freien Willensbestimmung hinzufügte, wie auch seiner Zeit der preussische Kultusminister jenen Zusatz zu dem Vorschlage der wissenschaftlichen Deputation gemacht hat.

Späterhin wurden die Bewusstlosigkeit und die krankhafte Störung der Geistesthätigkeit von einander getrennt und in verschiedenen Paragraphen untergebracht; nur der letzteren, der krankhaften Störung der Geistesthätigkeit wurde nach Zufügung eines die Dauer betreffenden Passus Geschäftsunfähigkeit zugebilligt.

Die Gründe, die hierfür sprachen, werden besser weiter unten (cf. Kap. II, Abs. 1) angegeben.

3. Schliesslich waren von psychiatrischer Seite Bedenken laut geworden hinsichtlich der für das praktische Leben völlig unzureichenden Berücksichtigung der Geisteschwäche, bei der nach dem Entwurf eine Entmündigung nicht nur nicht angebracht war, sondern geradezu ausgeschlossen sein sollte. Dieser Standpunkt, den die Motive einnahmen, erscheint vielleicht weniger sonderbar, weniger auffallend, wenn man erwägt, wie sehr die Anschauungen der Laien und Fachleute über den Begriff der Geisteschwäche und seine rechtliche Anwendbarkeit auf den konkreten Fall auseinandergehen.

Gelegentlich der Beratung über die Vormundschaft über Volljährige wurde auch der § 1727 mit einer für taube, blinde oder stumme Individuen bestimmten vormundschaftlichen Fürsorge diskutiert. Es wurde nochmals hervorgehoben, dass drei verschiedene Punkte bei einer Analyse des § 1727 auseinandergehalten werden müssten (Protok. Bd. IV, S. 841, Prot. 329):

1. Der vormundschaftliche Schutz zieht die Ernennung eines Vormundes nach sich und eine Beschränkung der Geschäftsfähigkeit des für schutzbedürftig Erklärten.

2. Diese Schutzbedürftigkeitserklärung geht vom Vormundschaftsgericht aus ohne ein Entmündigungsverfahren im Sinne der Z.P.O.

3. Die materiellen Voraussetzungen sind ganz genau vorgesehen.

Die eingehenden Verhandlungen, die für das weitere Schicksal des Paragraphen entscheidend sein sollten, müssen wegen ihrer praktischen Wichtigkeit ausführlich mitgeteilt werden. Denn aus ihnen leiten, wie gleich vorweg bemerkt werden soll, zwei Bestimmungen des B.G.B. ihre Abstammung her, einmal die Möglichkeit der Entmündigung wegen Geistesschwäche und zweitens die Bestellung einer Pflegschaft über geistig und körperlich Gebrechliche im Sinne des heutigen § 1910, A. 2.

Wie schon in den Motiven ausgeführt und begründet war, war die Schutzbedürftigkeitserklärung des Entwurfs nur bei bestimmten körperlichen Gebrechen, nämlich nur bei Blindheit, Taubheit oder Stummheit zugelassen.

„In der Kritik und von der württembergischen Regierung sei eine Ausdehnung nach doppelter Richtung beantragt worden: einmal Erstreckung auf alle körperlichen Gebrechen, sodann Hereinziehung der Geistesschwäche. Was nun die Erstreckung auf alle körperlichen Gebrechen angehe, so liessen sich zweifellos Fälle denken, in denen ein des Seh-, Sprach- oder Hörvermögens an sich nicht Beraubter sich doch in einem Zustande befinde, welcher ihn hindere, seine Geschäfte zu besorgen. Hierher gehörten namentlich die Fälle einer Lähmung,

Dass der Entwurf über die drei erwähnten Gebrechen nicht hinausgegangen sei, habe seinen Grund einmal darin, dass man geglaubt habe, bei allen anderen körperlichen Gebrechen lasse sich nicht so leicht entscheiden, ob eine Unfähigkeit, die eigenen Angelegenheiten zu besorgen, vorliege, so dass ein Entmündigungsverfahren notwendig sein würde, was weder im Interesse des Gebrechlichen selbst, noch in dem seiner Familie liege, auch stets umständlich und teuer sei, und dass man namentlich mit Rücksicht auf den Kostenpunkt befürchten müsse, dass manche an sich wünschenswerte Erklärung der Schutzbedürftigkeit unterbleibe, wenn eine Entmündigung notwendig werde. Sodann sei man der Ansicht gewesen, dass in solchen Fällen regelmässig die Annahme der geistigen Unversehrtheit unberechtigt sein werde, vielmehr Geisteschwäche vorliege, der Entwurf aber eine Erklärung der Schutzbedürftigkeit wegen Geisteskrankheit nicht kenne. Diesen Gründen könne ein ausschlaggebendes Gewicht nicht beigelegt werden. Das Bedürfnis, allen presshaften Personen Schutz zu gewähren, sei unleugbar, erhele namentlich aus der in der gemeinrechtlichen Praxis nicht seltenen freiwilligen Entmündigung wegen Presshaftigkeit und sei auch im geltenden Recht von einigen Gesetzgebungen anerkannt. Die Ausdehnung des § 1727 nach dieser Richtung sei daher unbedenklich zu billigen.

Die Geistesschwäche anlangend, so habe der Entwurf sie weder im § 28 noch hier, sondern nur im § 1739 berücksichtigt. Letzterer befriedige das Bedürfnis nicht, da einerseits bei Geistesschwachen oft eine generelle Fürsorge notwendig sei, andererseits aber der Geistesschwache auch insofern des Schutzes bedürfe, dass er gegen sich selbst geschützt werde, was nur dadurch erreicht werden könne, dass er in der Geschäftsfähigkeit beschränkt werde. Es sei deshalb eine Berücksichtigung der Geistesschwäche geboten. Es frage sich aber, wie dies geschehen könne. An und für sich lasse sich ein dreifacher Weg denken: entweder man behandle die Geisteschwäche wie die Geisteskrankheit (Antrag 6), oder man stelle die Geistesschwäche auf die gleiche Stufe mit den körperlichen Gebrechen (Antrag 1), oder endlich man betrete einen Mittelweg, indem man bei der Geistesschwäche zwar die Wirkung der Schutzbedürftigkeitserklärung, also nur die geminderte, nicht die völlig aufgehobene Geschäftsfähigkeit eintreten lasse, in Bezug auf die Voraussetzungen aber die für die Geisteskrankheiten geltenden Vorschriften anwende (Antrag 3, 4a u. b).

Für den ersten Weg lasse sich geltend machen: Die Geistesschwäche, welche zur Erklärung der Schutzbedürftigkeit führe, solle nach den Vorschlägen, welche zu § 1727 gemacht worden seien, mit der zur Entmündigung führenden Geisteskrankheit gemeinsam zur Voraussetzung haben, dass die eine wie die andre die leidende Person ausser Stande setze, ihre Angelegenheit selbst zu besorgen. Bei beiden handle es sich um einen anomalen Zustand der Geisteskraft; in beiden Fällen werde vorausgesetzt, dass der anomale Zustand die Fähigkeit zu handeln in gleicher Weise und in gleichem Maasse beeinträchtige. Hingesehen auf die Beeinflussung der Person sei also der eine Zustand von dem andern weder qualitativ noch quantitativ verschieden. Wie solle nun in irgend zuverlässiger Weise unterschieden werden, ob Geisteskrankheit im Sinne des § 14 des Entw. II oder Geistesschwäche im Sinne des § 1727 vorliege? Da die krankhafte Schwäche der Geistesthätigkeit in Wahrheit nichts anderes sei als eine geistige Schwäche, welche, weil krankhafter Natur, eben Krankheit sei, so umfasse die Geisteskrankheit des § 14 auch die krankhafte Geistesschwäche, sofern diese zur Folge habe, dass der Geistesschwache nicht seine Angelegenheiten zu besorgen vermöge. Es bleibe also als einziges Unterscheidungsmerkmal zwischen der Geisteskrankheit des § 14 und der Geisteschwäche des § 1727 nur das übrig, dass in dem einen Falle der anomale Zustand krankhafter Natur, im andern Falle nicht krankhafter Natur sein solle. Dass dieses Unterscheidungsmerkmal eine brauchbare Grundlage für die medicinischen Sachverständigen zu bilden vermöge, müsse verneint werden. Dazu komme, dass es sehr bedenklich wäre, die Schutzbedürftigkeitserklärung wegen Geistesschwäche im Wege der freiwilligen Gerichtsbarkeit erfolgen zu lassen. Entscheidend aber sei, dass man mit der Erstreckung des § 1727 auf die Geistesschwäche zwei Kategorien der Geistesgestörtheit — die Geisteskrankheit und die Geistesschwäche — aufstelle. Im Gebiete des preussischen A.L.R. habe man mit der Unterscheidung der verschiedenen Arten



der Geisteskrankheit die schlimmsten Erfahrungen gemacht; man müsse sich dringend hüten, irgend welche Kategorien einzuführen. Glaube man deshalb, dass wirklich ein Bedürfnis vorliege, die Geistesschwäche zu berücksichtigen, so empfehle es sich, Geisteskrankheit und Geistesschwäche einfach einander gleichzustellen.

Diesen Ausführungen sei zuzugeben, dass die Gleichstellung von Geistesschwäche und Geisteskrankheit gewisse Vorteile habe und insbesondere die schwer zu ziehende Grenze zwischen Geisteskrankheit und Geistesschwäche offen lasse. Allein einmal dürfe man doch nicht übersehen, dass die Geistesschwäche etwas Anderes sei als die Geisteskrankheit. Der Unterschied liege weniger in dem Begriffe; namentlich wäre es irrig, den Unterschied lediglich darin zu finden, dass der anomale Zustand der Geistesthätigkeit bei der einen ein krankhafter, bei der andern ein angeborener sei. Maassgebend für die Unterscheidung sei vielmehr die verschiedene Art, in Folge deren der Geistesschwache wie der Geisteskranke seine Geschäfte nicht zu besorgen vermöge. Dann komme in Betracht, dass auch der Entwurf die Geistesschwäche neben die Geisteskrankheit stelle, indem er im § 1739 bei der Geistesschwäche die Möglichkeit der Beigabe eines Pflegers gewähre, insofern also doch die Geistesschwäche von der Geisteskrankheit unterscheide, und dass man in dieser Richtung über die Hereinziehung der Geistesschwäche und damit des Unterschieds zwischen derselben und der Geisteskrankheit doch nicht hinauskomme. Der Hauptfehler des A.L.R. bestehe auch weniger in der Aufstellung von Kategorien der Geisteskrankheit als in der gesetzlichen Definition derselben. Endlich aber — und das sei entscheidend gegen den Antrag 6 — wäre es für die Regelfälle der Geistesschwäche viel zu hart, wolle man dem Geistesschwachen die Handlungsfähigkeit ganz absprechen und ihm nicht einmal die Rechtsstellung des Minderjährigen belassen. Von Bedeutung sei das insbesondere für letztwillige Verfügungen. Denn in der Möglichkeit der Testamentserrichtung liege ein sehr wirksames Schutzmittel gegen den Missbrauch der Entmündigung seitens der Verwandten des Geistesschwachen in erbschleicherischer Absicht. Auch sei bei einer Gleichstellung zu befürchten, dass die Aerzte eine Geistesschwäche nur unter besonderen Umständen annehmen würden, den Geistesschwachen in Fällen leichter Art also der Schutz entgehe. Die Gefahr, dass die Aerzte, wenn der Geistesschwäche Bedeutung beigelegt würde, bei der Feststellung der Geistesschwäche weniger genau verfahren und nicht selten geneigt sein würden, Geisteschwäche anzunehmen, während entweder Geisteskrankheit im eigentlichen Sinne oder überhaupt kein zum Einschreiten ermächtigender Zustand vorliege, sei gering. Wie der erste Weg, so sei auch der zweite nicht gangbar. Zwar habe sich für denselben auch das Präsidium der 6. Konferenz für das Idiotenwesen in Veranlassung eines Beschlusses dieser Konferenz ausgesprochen. Allein gegen eine Ausdehnung des § 1727 sei entscheidend, dass das im § 1727 vorausgesetzte Verfahren vor dem Vormundschaftsgerichte nicht die nötigen Garantien biete, um so schwere Folgen wie die Minderung der Geschäftsfähigkeit in demselben verhängen zu können und gegen Missbrauch seitens der Verwandten des Geistesschwachen zu schützen. Hier sei die Möglichkeit eines Entmündigungsverfahrens unbedingt geboten. Der Wert desselben liege weniger in dem Verfahren vor dem Amtsgerichte, denn dieses unterscheidet sich nur unwesentlich von dem vor dem Vormundschaftsgerichte. Der Hauptschutz sei im kontradiktorischen Verfahren des Entmündigungsprozesses zu suchen. Schreibe man ein Entmündigungsverfahren nicht vor, so sei auch zu besorgen, dass man zur Umgehung des Entmündigungsverfahrens wegen Geisteskrankheit nicht selten das einfachere, aber weniger schützende Verfahren der Erklärung der Schutzbedürftigkeit wegen Geistesschwäche einschlage. Es bleibe also nur der dritte Weg übrig, dessen Vorteile darin beständen, dass einerseits der Geistesschwache nach allen Richtungen, nicht nur in vermögensrechtlicher Beziehung, sondern auch hinsichtlich seiner Person und gegen sich selbst geschützt werde, andererseits dieser Schutz den Geistesschwachen nicht zu sehr beenge und in einem Verfahren ausgesprochen werde, das die nötigen Garantien gegen Missbrauch biete.

Weitere Voraussetzung der Erklärung der Schutzbedürftigkeit sei die Einwilligung des Schutzbedürftigen in die über ihn zu bestellende Vormundschaft. Da die Bestellung eines Vor-

mundes über einen Geistesschwachen nach dem angenommenen Prinzip und im Entmündigungsverfahren erfolgen könne, so scheide die Geistesschwäche in dieser Beziehung aus. Hinsichtlich der Fälle körperlicher Presshaftigkeit sei die Notwendigkeit einer Einwilligung des Presshaften in die Erklärung der Schutzbedürftigkeit von keiner Seite angefochten worden und auch mit Rücksicht darauf, dass die Erklärung der Schutzbedürftigkeit durch das Vormundschaftsgericht erfolge, gewiss zu billigen. Der Entwurf stelle aber bezüglich des Erfordernisses der Zustimmung des Presshaften nur eine Ordnungsvorschrift auf und sehe, wenn eine Verständigung mit dem Gebrechlichen nicht möglich sei, von der Notwendigkeit der Zustimmung desselben ganz ab. Der Antrag wolle die Beseitigung wenigstens dieser Ausnahme, der Antrag 3d aber lasse die Erklärung der Schutzbedürftigkeit stets nur mit Einwilligung des Gebrechlichen zu. Den Anträgen sei zuzugeben, dass die Frage, ob eine Verständigung möglich sei oder nicht, unter Umständen nur schwer entschieden werden könne und dass ein Missbrauch nach dieser Richtung nicht ausgeschlossen sei. Allein für die Fälle, dass eine Verständigung nicht möglich sei, müsse doch gesorgt werden, da ja gerade diese Gebrechlichen der Sorge am Meisten bedürften und es keineswegs richtig wäre, etwa schlechthin in allen Fällen, in denen eine Verständigung ausgeschlossen sei, Geistesschwäche anzunehmen. Man müsste also eventuell mit dem Antrage 3a auch wegen der körperlichen Gebrechen die Entmündigung verlangen. Das sei aber misslich. Alle Bedenken würden jedoch hinfällig, wenn man dem Presshaften die Geschäftsfähigkeit belasse. Denn dann sei einerseits doch für den Schutz des Presshaften gesorgt und andererseits ein Missbrauch verhütet. Der Entwurf sei also unter dieser Voraussetzung in dieser Richtung zu billigen.

Was das Verfahren bei der Erklärung der Schutzbedürftigkeit betreffe, so komme die Geistesschwäche in Betracht. Bezüglich dieser sei die Notwendigkeit des Entmündigungsverfahrens schon dargelegt. Dass dagegen hinsichtlich der körperlichen Gebrechen dem Entwurf beigepliziert werden müsse, sei ebenfalls schon erwähnt worden. Die Vorteile des Verfahrens vor dem Vormundschaftsgerichte, welche in der Raschheit, Billigkeit und Einfachheit desselben bestehen, kämen hier zur Geltung; Nachteile seien mit Rücksicht darauf, dass die Erklärung der Schutzbedürftigkeit nur mit Zustimmung des Schutzbedürftigen erfolge und auch nur so lange dauere als dieser wolle und dass die Geschäftsfähigkeit des Schutzbedürftigen nicht beschränkt sei, nicht zu befürchten.“ (Komm. Prot. IV. p. 842—846. Prot. 329.)

„Endlich frage es sich, ob und in wie weit in den Fällen der Geistesschwachheit und der körperlichen Gebrechlichkeit eine Verminderung der Geschäftsfähigkeit mit der Bestellung einer Vormundschaft zu verbinden sei. Die Geistesschwachheit anlangend, sei in erster Linie der Gesichtspunkt maassgebend, dass der Geistesschwache gegen sich selbst, das heisst gegen die Ausbeutung seiner Willens- oder Verstandesschwäche durch seine Umgebung geschützt werden müsse. Deshalb und aus den oben schon hervorgehobenen Gründen müsse dem Geistesschwachen die Rechtsstellung eines Minderjährigen zugewiesen werden. Bei den körperlichen Gebrechen sprächen jedoch überwiegende Gründe gegen eine Beschränkung der Geschäftsfähigkeit. Es werde zwar geltend gemacht, einmal, dass auch die körperlich Gebrechlichen eines Schutzes gegen sich selbst bedürften, da das körperliche Leiden den Gebrechlichen häufig auch seelisch derart beeinflusse, dass er nicht willensstark genug gegen die Einwirkungen Fremder sei, sodann, dass es sehr misslich sei, dem Gebrechlichen die volle Handlungsfähigkeit zu belassen und so die Möglichkeit eines Konflikts zwischen den Handlungen des Vormundes und jenen des Gebrechlichen zu schaffen. Was zunächst letzteres angehe, so sei die theoretische Möglichkeit solcher Konflikte nicht zu leugnen. Praktisch kämen sie jedoch nicht leicht vor. Ihre Lösung biete auch keine Schwierigkeit, da auf die Zeit der Handlung abzustellen und wenn beide, Vormund und Schutzbedürftiger, gleichzeitig widersprechend handelten, Nichtigkeit anzunehmen sei. Bei der Aufstellung eines Generalbevollmächtigten und dem gleichzeitigen Thätigsein des Vollmachtgebers sei das Verhältnis genau das gleiche. Der Entwurf belasse endlich dem Gebrechlichen, welchem gemäss § 1739 ein Pfleger bestellt werde, die Handlungsfähigkeit und zwar auch bezüglich jener Angelegenheiten, für welche der Pfleger bestellt worden

sei. Wäre also die Möglichkeit eines Konflikts zwischen den Handlungen des Vormunds und des Schutzbedürftigen wirklich ein ausschlaggebender Grund gegen die Belassung der Handlungsfähigkeit, so hätte der Entwurf auch dem Pflegling im Sinne des § 1739 mindestens für den Kreis der Angelegenheiten, zu deren Besorgung der Pfleger aufgestellt sei, die Handlungsfähigkeit nehmen müssen. Abgesehen davon könne der Schutzbedürftige die Vormundschaft jeden Augenblick beenden; er dürfe nur einen Antrag hierauf stellen. Wenn der Vormund dem Schutzbedürftigen nicht genehm sei, dessen Willen nicht erfülle, so könne dieser jederzeit die Entlassung des Vormundes herbeiführen. Bei dieser Sachlage sei also der aus der Möglichkeit des erwähnten Konflikts hergenommene Einwand nur ein scheinbarer. Dagegen könne nicht bestritten werden, dass der Gedanke, den Gebrechlichen gegen sich selbst zu schützen, eine gewisse Berechtigung habe, zumal die Annahme, als konkurriere in den Fällen, in welchen der körperlich Gebrechliche den Einflüssen dritter keinen Widerstand mehr leisten könne, mit der Presshaftigkeit Geistesschwäche, keineswegs eine stets zutreffende sei. Allein es dürfe doch nicht ausser Acht gelassen werden, dass diese Fälle bei körperlich Gebrechlichen selten seien und ein Bedürfnis, wegen ihrer allein dem Gebrechlichen die Handlungsfähigkeit zu beschränken, nicht vorliege. Wolle man aber die Beschränkung der Handlungsfähigkeit, dann müsse man andre Garantien des Verfahrens bei der Erklärung der Schutzbedürftigkeit verlangen und das Entmündigungsverfahren auch hier vorschreiben. Allein gerade für die Fälle körperlichen Gebrechens sei das Verfahren vor dem Vormundschaftsrichter sehr geeignet.“ (Prot. 329. Bd. IV. p. 846—847.)

Die Beratungen hatten bisher, ausgehend von dem § 1727 des ersten Entwurfs, welcher die vormundschaftliche Fürsorge durch Schutzbedürftigkeitserklärung regelte, einmal den Begriff der zulässigen körperlichen Gebrechen erweitert und hier allgemein eine Fürsorge ohne Beschränkung der Geschäftsfähigkeit gestattet; auf der anderen Seite war auch die Geistesschwäche berücksichtigt, der damit Behaftete indes nach Stellung unter die offizielle Fürsorge für beschränkt geschäftsfähig erklärt.

Die Kommission machte nun aufmerksam auf die schon in den Motiven niedergelegte Auffassung des prinzipiellen Unterschiedes zwischen Pfleger und Vormund (Motive IV, 1044). Dieser war darin zu finden, dass der Pfleger nicht sämtliche Angelegenheiten besorge, und der Pflegebefohlene in der Geschäftsfähigkeit nicht beschränkt sei, während der Vormund allseitiger Vertreter und der Vertretene nicht voll geschäftsfähig sei. Wenn man diese Terminologie festhalten wollte, so müsste man im Falle des Vorliegens körperlicher Gebrechen in § 1727 von einem Pfleger und nicht von einem Vormunde sprechen. Der Redaktionskommission wurde diese Frage zur Prüfung übergeben und zugleich angeregt, für den Fall, dass in Wirklichkeit Pflegschaft und nicht Vormundschaft vorliege, den § 1727 nicht als einen besonderen Paragraphen festzuhalten, sondern die umgeformte Vorschrift mit § 1739 zu verbinden. So geschah es denn auch.

Es war zu dem § 1739 ein Antrag gestellt, der ihm folgenden Wortlaut geben wollte (Bd. IV, S. 855, Prot. 330):

„Einem Volljährigen kann (auch wenn die Voraussetzungen zu seiner Bevormundung nicht vorliegen) für einzelne Angelegenheiten oder für einen bestimmten Kreis von Angelegenheiten ein Pfleger bestellt werden, wenn er wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen diese Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag. Die Anordnung der Pflegschaft soll nur mit Einwilligung des Schutzbedürftigen erfolgen, es sei denn, dass eine Verständigung mit ihm nicht möglich ist.“

Diese Fassung sprach im Gegensatz zum Entwurf nicht allein von Vermögensangelegenheiten, sondern von Angelegenheiten schlechweg und liess die Bestellung



einer Pflegschaft auch dann zu, wenn die Vormundschaft nicht angebracht war. Der § 1787 des II. Entwurfs erhielt nunmehr folgende Fassung:

§ 1787. „Ein Volljähriger, der infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen einzelne seiner Angelegenheiten oder einen bestimmten Kreis seiner Angelegenheiten, insbesondere seine Vermögensangelegenheiten, nicht zu besorgen vermag, kann für diese Angelegenheiten einen Pfleger erhalten, auch wenn die Voraussetzungen für die Anordnung einer Vormundschaft nicht vorliegen. Die Pflegschaft darf nur mit seiner Einwilligung angeordnet werden, es sei denn, dass eine Verständigung mit ihm nicht möglich ist.“

Sie entspricht im grossen und ganzen dem § 1910, A. 2 der endgültigen Fassung.

Wir müssen noch kurz zur Geistesschwäche zurückkehren. Die Verhandlungen der II. Kommission hatten das Ergebnis gezeitigt, dass die Geistesschwäche neben der Geisteskrankheit ausdrücklich als Entmündigungsgrund unter No. 1a zugelassen war, unter den gleichen formellen Vorschriften, aber mit milderer rechtlicher Wirkung.

Es lautet somit im Entwurf II:

§ 14. „Entmündigung findet statt:

1. wegen Geisteskrankheit, wenn der Kranke infolge derselben seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag;

1a. wegen Geistesschwäche, wenn der Kranke infolge derselben seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag.“

Es war nun vorgeschlagen § 14, Z. 1 folgende Fassung zu geben (VI, S. 112, VIII, Prot. 410):

„... wegen Geisteskrankheit, wenn dadurch die freie Willensbestimmung ausgeschlossen wird und der Kranke infolge davon seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag.“

Dieser Vorschlag wurde unter dem Hinweis darauf (Komm.-Prot. VI, S. 121, XXXII, Prot. 410) begründet, dass sich No. 1a von No. 1 nur dadurch unterscheide, dass in ihm Geistesschwäche statt Geisteskrankheit stehe.

„Geistesschwäche und Geisteskrankheit seien aber keine Gegensätze. Geistesschwäche sei immer auch Geisteskrankheit, da unter dieser auch die angeborenen Zustände geistiger Unvollkommenheit mitverstanden würden. Die Geistesschwäche sei nur eine besondere Art von Geisteskrankheit in diesem weiteren Sinne. Nach der Hinzufügung der No. 1a müsse deswegen in No. 1 diejenige Art der Geisteskrankheit allein bezeichnet werden, welche die völlige Geschäftsunfähigkeit nach § 78, Abs. 2 zur Folge habe, während No. 1a unverändert bleiben könne.“

Dieser Vorschlag fand keine Annahme und ebensowenig ein andrer Antrag, der folgende Fassung für Z. 1 anregte:

„... wenn der Kranke infolge eines seiner Natur nach nicht bloss vorübergehenden Zustandes krankhafter Störung der Geistesthätigkeit seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermöge.“

Beide Anträge wurden abgelehnt mit folgender Begründung:

„Für den Gesetzgeber könne nicht entscheidend sein, ob vom psychiatrischen Standpunkte die Geistesschwäche auch unter den Begriff der Geisteskrankheit falle. Der Gesetzgeber müsse vielmehr damit rechnen, dass es Zustände der geistigen Unvollkommenheit gebe, die nach der gewöhnlichen Auffassung nicht unter den Begriff der Geisteskrankheit fielen, trotzdem aber dem Geisteschwachen die Besorgung seiner Angelegenheiten unmöglich machten und aus diesem Grunde die Entmündigung rechtfertigten. Der Unterschied, der im practischen Leben zwischen der Geisteskrankheit und der Geistesschwäche gemacht werde, genüge, um ihn zum Gegenstand zweier verschiedener Entmündigungsfälle zu machen. Es bestehe kein Bedürfnis, den Gegensatz dadurch besonders scharf hervortreten zu lassen, dass man unter die Fälle der Entmündi-

gung wegen Geisteskrankheit nur solche Fälle subsumire, die auch schon vor der Entmündigung die natürliche Geschäftsunfähigkeit des Kranken zur Folge hätten.“ (Komm. Prot. VI. S. 121.)

Es stand nunmehr nichts mehr im Wege, der Einfachheit halber Z. 1 mit Z. 1a zu verschmelzen und Geistesranke direkt neben Geistesschwache zu stellen, und damit hatte der Entmündigungsparagraph eine der heutigen im wesentlichen entsprechende Fassung.

Die Geistesschwäche ist also erst auf Umwegen in das B.G.B. gekommen. Im ersten Entwurf wollte man sie nur bei der Pflegschaft berücksichtigen. In der II. Kommission schloss man sie zuerst ausdrücklich bei der Entmündigung aus, um sie bei der vormundschaftlichen Fürsorge durch die Schutzbedürftigkeitserklärung zuzulassen. Um den Geistesschwachen aber im geschäftlichen Leben genügend zu schützen und auf der andern Seite ihn nicht ohne Grund und Recht in seiner Geschäftsfähigkeit zu beschränken, erwies sich das Entmündigungsverfahren als unumgänglich notwendig, und die Geistesschwäche erschien neben der Geisteskrankheit als Entmündigungsgrund.

Auf der andern Seite erwies sich die vormundschaftliche Fürsorge für körperliche Gebrechen bestimmter Art als eine zu eingreifende Fürsorge; an ihre Stelle trat die Pflegschaft, nachdem man noch die hierher gehörigen Gebrechen weniger scharf umschrieben und abgegrenzt hatte. Dann kombinierte man den so entstandenen Paragraphen mit dem ursprünglichen § 1739 des I. Entwurfs, der unter Zugrundelegung eines bestimmten körperlichen oder geistigen Zustandes eine Pflegschaft ermöglichte.

## Kapitel II.

### Der Einfluss vorübergehender Psychosen.

#### a) Abgabe von Willenserklärungen.

##### 1. Vorgeschichte des § 105, Abs. 2 und allgemeine Bemerkungen.

Entstehungsgeschichte. — Unterschied von § 51 St.G.B. — Ausserachtlassung des ursächlichen Moments. — Ausserachtlassung des Grades. — Bedeutung des Fehlens des die freie Willensbestimmung betreffenden Passus.

Der einzige §, welcher die durch vorübergehende psychische Veränderungen bedingte Beeinträchtigung der Geschäftsfähigkeit zum Gegenstand hat, ist der § 105, Abs. 2, welcher folgendermaassen lautet:

**§ 105, A. 2. Nichtig ist auch eine Willenserklärung, die im Zustande der Bewusstlosigkeit oder vorübergehender Störung der Geistesthätigkeit abgegeben wird.**

Zur Erleichterung des Verständnisses dieser Bestimmung in ihrer heutigen Fassung sei kurz auf deren Entstehungsgeschichte zurückgewiesen.

Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, dass im ersten Entwurf „eine Person, welche des Vernunftgebrauchs, wenn auch nur vorübergehend, beraubt ist, für die Dauer dieses Zustandes“ für geschäftsunfähig erklärt wurde (E. I. § 64. Abs. 2).

Wie weiterhin bekannt, erklärte man diese auf den Vernunftgebrauch bezugnehmende Fassung für unzweckmässig und hielt anderseits, da hier ein in der Vergangenheit liegender Zustand der civilrechtlichen Beurteilung unterworfen werden sollte, eine Anlehnung an den § 51 St.G.B. für durchaus statthaft. Es wurde somit der

für geschäftsunfähig erklärt, welcher sich in einem Zustande von Bewusstlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befindet, durch welchen seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen wird. Bei der Beratung der Frage, wie die einer geschäftsunfähigen Person gegenüber abgegebene Willenserklärung rechtlich zu behandeln sei (E. I. § 66. Abs. 1), entschied man sich dahin, dass Geschäftsunfähigkeit nicht solche die freie Willensbestimmung ausschliessenden Zustände nach sich ziehen sollten, welche ihrer Natur nach nur vorübergehend sind wie Schlaf, Fieber, Trunkenheit, circulärer Wahnsinn (Prot. Bd. I. S. 72. Prot. 13). Es wurde daher die Bewusstlosigkeit von der krankhaften Störung der Geistesthätigkeit getrennt, und dem § 79, Abs. 2 E. II. die Fassung gegeben:

„Nichtig ist auch eine Willenserklärung, die im Zustande der Bewusstlosigkeit abgegeben wird“,

und um weiterhin den Unterschied zwischen den Fällen des § 78, Abs. 2 und § 79, Abs. 2 noch schärfer hervorzuheben, als dies bereits durch die jetzige Fassung geschah, war beantragt, einmal in § 79, Abs. 2 hinter die „Bewusstlosigkeit“ einzuschalten die Worte: „oder vorübergehende Störung der Geistesthätigkeit“, und dann in § 78, Abs. 2 die Worte einzuschalten: „sofern nicht der Zustand ein seiner Natur nach nur vorübergehender ist“ (Prot. 410. VI. S. 119—121). Beide Anträge wurden angenommen. Der erste Antrag, dem übrigens anscheinend mehr redaktionelle Bedeutung beigelegt wurde, gab dem § 79, Abs. 2 des Entwurf II den Wortlaut, den heute im B.G.B. § 105, Abs. 2 hat.

Bezüglich des zweiten Antrags verdienen hier die Erwägungen mitgeteilt zu werden, die zur Begründung seiner Annahme angeführt wurden. § 78, Z. 2 (Entw. II) sei keineswegs entbehrlich.

„Soweit die Abgabe von Willenserklärungen hier in Frage komme, reiche allerdings der § 79, Abs. 2 aus. Es entstehe aber weiterhin die Frage, inwieweit einer des freien Vernunftgebrauches beraubten Person die Willenserklärung einer andern mit Rechtswirksamkeit in den Fällen zugehen könne, in welchen ein Zugehen der Willenserklärung ein wesentliches Erfordernis des Zustandekommens des Geschäfts bilde. Der Entwurf II verwende zur Beantwortung dieser Frage die Kategorie der Geschäftsunfähigen, indem er in § 107, Abs. 3 bestimme, dass die Wirksamkeit einer einem Anderen gegenüber abzugebenden Willenserklärung nicht eintrete, wenn der andre Teil zu der Zeit geschäftsunfähig sei, in welcher ihm die Erklärung zugehe. Was den Begriff der Geschäftsunfähigkeit anbelange, so entspreche es dem Sinne der bei der zweiten Lesung gefassten Beschlüsse, dass Zustände, welche die freie Willensbestimmung ausschliessen, die aber ihrer Natur nach vorübergehend sind, die Geschäftsunfähigkeit nicht zur Folge haben sollen, obwohl eine in einem solchen vorübergehenden Zustande abgegebene Willenserklärung nichtig sei. Der Unterschied, der hiernach zwischen den Fällen des § 78, Z. 2 und den Fällen des § 79, Abs. 2 bestehe, werde auch in diesem Antrage schärfer als bisher zum Ausdruck gebracht“. (cf. Prot. 410. Bd. VI. S. 120—121).

Damit gewann die Z. 2 des § 78 das Aussehen, welches uns heute Z. 2 des § 104 bietet (s. Kapitel IIa).

Vergleicht man § 105, Abs. 2 B.G.B. mit § 51 St.G.B., was mit Rücksicht darauf gestattet ist, dass der § 51 bei der Fassung des § 105, wenn auch indirekt, als Vorbild gedient hat, so fallen 2 Unterschiede auf. Einmal fehlt im B.G.B. die Bezugnahme auf die freie Willensbestimmung, und dann ist die Störung der Geistesthätigkeit schlechtweg ohne das Adjektiv „krankhaft“ angeführt. Dass



hier nur von einer vorübergehenden Störung im Gegensatz zu § 51 die Rede ist, das braucht an dieser Stelle bei der prinzipiell verschiedenen rechtlichen Bedeutung, welche den Zuständen von Störung der Geistesthätigkeit hier und dort eingeräumt wird, nicht des weiteren berührt zu werden.

Es darf aber wohl darauf aufmerksam gemacht werden, dass seinerzeit bei den Beratungen über den § 51 auf den Vorschlag der wissenschaftlichen Deputation der Ausdruck der krankhaften Störung der Geistesthätigkeit an die Stelle der Geisteskrankheit trat, und zwar deshalb, weil er den weiteren Begriff darstellte. Es waren damit nicht nur die eigentlichen Geisteskrankheiten getroffen, sondern auch die krankhaften Störungen, bei denen die körperliche Seite gegenüber der psychischen sich mehr in den Vordergrund drängte und seitens des Laien eine intensivere Beachtung gegenüber der geistigen Anomalie herausforderte, wie etwa bei Fieberdelirien (Mendel II, cf. Entsch. d. R.G. S.S. VII, No. 132, S. 426—427).

Weiterhin hatte man damals noch die Bewusstlosigkeit hinzugefügt, um so auch solchen Zuständen eine strafrechtliche Bewertung zu sichern, die sich schwer oder gar nicht, wenigstens für den Nichtfachmann, unter den Begriff der krankhaften Störung der Geistesthätigkeit subsumieren lassen wie Trunkenheit, Schlaftrunkenheit, Nachtwandeln, hochgradigen Affekt. Frank sagt in seinem Kommentar zum St.G.B. geradezu, dass die Fälle der Bewusstlosigkeit sich von den vorigen (denen der Störung der Geistesthätigkeit) dadurch unterscheiden, dass bei ihnen das pathologische Moment fehlen kann.

Kehren wir zurück zu § 105, Abs. 2, so sind hier die Voraussetzungen für die Anwendbarkeit der Störungen der Geistesthätigkeit sehr viel milder festgesetzt. Es ist nicht verlangt, dass die Störung, welche die in ihr gegebene Willenserklärung überhaupt als nicht erfolgt ansieht, krankhafter Natur sein soll. Auf das der Störung zu Grunde liegende ursächliche Moment ist also kein Gewicht gelegt. Damit ist der Vorteil verknüpft, dass unter die Störungen der Geistesthätigkeit des § 105, Abs. 2 solche Zustände fallen können, die klinisch zweifellos und ungezwungen als Störungen der Geistesthätigkeit aufgefasst werden können, die aber eine gleiche Deutung von juristischer Seite weniger leicht und unbedenklich erfahren werden. Das wird beispielsweise zutreffen für die Zustände der beginnenden Trunkenheit unter besonderen Verhältnissen oder der nicht scharf ausgesprochenen Hysterie. Auf der andern Seite darf man sich bei den fließenden Uebergängen von der geistigen Gesundheit zur geistigen Krankheit nicht verhehlen, dass das Weglassen des Wortes „krankhaft“ auch die Hineinziehung der Zustände gestattet, die, wenn sie auch nicht in den eigentlichen Bereich der Psychiatrie selbst fallen, dennoch so sind, dass ihnen eine gleiche zivilrechtliche Wirkung zukommt wie den ausgesprochensten Geistesstörungen. Hierzu würde beispielsweise die Person gehören, die in der Schlaftrunkenheit eine Willenserklärung abgibt.

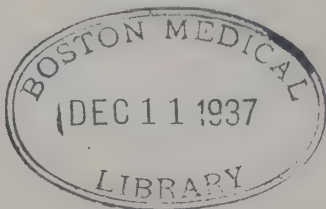
Aber nicht nur der Boden, auf dem sich die Störung der Geistesthätigkeit entwickelt hat, auch deren Grad wird in diesem Paragraphen des B.G.B. nicht berücksichtigt. Es ist nicht ausdrücklich vorgeschrieben, dass die Störung der

Geistesthätigkeit, welche die in ihr erfolgte Willenserklärung zu einer nichtigen macht, eine derartige sein muss, dass sie die freie Willensbestimmung ausschliessen soll. Dass das so gekommen ist, lässt sich meines Erachtens unschwer aus der Entstehungsgeschichte erklären. Aus einem dem § 51 analog gebildeten zivilrechtlichen Paragraphen wurde die Bewusstlosigkeit hinausgeschoben, weil man ihr als einem vorübergehenden Zustande nicht die Geschäftsunfähigkeit als den zivilrechtlichen Folgezustand einräumen wollte; und dass man hierbei den die freie Willensbestimmung betreffenden Relativsatz mit hinüberzunehmen vergass, erscheint bei der in Laienkreisen herrschenden Ansicht über den Begriff der Bewusstlosigkeit nicht allzuschwer verständlich. Die vorübergehende Störung der Geistesthätigkeit wurde aber bei einer späteren Redaktion eingeschoben, um so den schon geschaffenen Gegensatz zu den chronischen Psychosen mit ihrer Geschäftsunfähigkeit noch schärfer anzudeuten und zu betonen.

Ursprünglich war es somit sicherlich Absicht des Gesetzgebers gewesen, den späteren § 105, Abs. 2 nur dann in Kraft treten zu lassen, wenn in dem fraglichen Falle die freie Willensbestimmung betroffen war, und selbst wenn man diesen Standpunkt nicht teilen sollte, so ergibt sich eine gleiche Auffassung doch schon aus der Feststellung des Sinnes dieser Rechtsregel, wie Cosack mit Recht hervorhebt. Für die Auslegung der Bedeutung einer Rechtsregel, sagt Cosack, solle man nicht an dem Wortlaut kleben, sondern man müsse über diesen Wortlaut hinaus, ungenau und unklar, wie er oft genug gefasst sei, in die wahre und wirkliche Bedeutung der Rechtsregel einzudringen suchen; dabei sei namentlich der Zusammenhang der Regel mit dem sonstigen geltenden Rechtssysteme, sowie mit dem früheren Rechte, und ausserdem der Zweck, welchen die Regel erkennbar verfolge, genau zu beobachten.

Gleicher Meinung sind auch andre Juristen, während man sich von ärztlicher Seite meist damit begnügte, das Fehlen eines auf die freie Willensbestimmung hinzielenden Passus gebührend hervorzuheben.

Wohin würde man sonst auch kommen? Man müsste die Willensäusserung eines Individuums, das zu der Zeit ihrer Abgabe leicht betrunken war oder sich in einer unerheblichen Gemütsbewegung befand, schon als nichtig erklären; und einer gleichen Deutung würde der Gelehrte ausgesetzt sein, der in der bei ihm üblichen Zerstreuung eine Willenserklärung abgegeben hat, ohne sich ihrer recht bewusst zu werden. Ungezwungener ist es doch sicherlich, wenn man in diesem letzteren Falle weniger auf die Störung der Geistesthätigkeit als auf den Irrtum (§ 119) den Nachdruck legen würde. Leonhard exemplifiziert hier auf eine Gedächtnisschwäche wegen Zahnschmerzen und hält diese und ähnliche Zustände für rechtlich bedeutungslos, welche die Geschäftsfähigkeit thatsächlich nicht ausschliessen.



## 2. Bewusstlosigkeit und deren Diagnose.

Bedeutung des Begriffs Bewusstsein im juristischen Sinne — im medizinischen Sinne — Bewusstsein — seine verschiedenen Helligkeitsgrade. — Kriterien der Bewusstlosigkeit: Verhalten der Bewusstlosen, prämonitorische Störungen, Amnesie (deren verschiedenes Verhalten, Vortäuschung der Amnesie, retrograde Amnesie) — Ursachen der Bewusstlosigkeit (Hysterie, Epilepsie, Alkohol, Trauma, Affecte, idiopathische Störung).

Hält man die obigen Ausführungen über die Entstehungsgeschichte des § 51 St.G.B. mit den Bemerkungen über den Ausdruck „krankhaft“ zusammen, so wird man zugeben müssen, dass hier im B.G.B. solche Zustände den Störungen der Geistesthätigkeit zugerechnet werden können, zu deren Heranziehung das Strafgesetzbuch mit Absicht den Ausdruck „Bewusstlosigkeit“ hinzugefügt hatte. Es wäre somit die Weglassung des Wortes „krankhaft“ eigentlich gar nicht nötig gewesen, und warum sie erfolgt ist, ist aus der Entstehungsgeschichte nicht recht klar zu ersehen.

Aber sie ist nun einmal erfolgt, und da die Annahme zu Recht besteht, dass der Gesetzgeber nicht ohne Zweck die Bewusstlosigkeit neben die Störung der Geistesthätigkeit gestellt hat, und eine doppelte Normierung der gleichen Zustände sicherlich nicht in seiner Absicht liegt, so ist Endemann (S. 169) geneigt, die Bewusstlosigkeit im engsten Sinne des Wortes aufzufassen und unter ihr nur den Zustand der völligen Aufhebung des Bewusstseins zu verstehen. Eine gleiche Deutung lässt Crome (S. 363, Anm. 8) dem Begriffe der Bewusstlosigkeit zu teil werden, freilich mit einer andern Begründung, nämlich der, dass das zivilistische Bedürfnis ein anderes sei als das strafrechtliche, da man in der Straffreiheit weiter gehen dürfe als in der zivilistischen Verneinung des Stehens zum gegebenen Wort resp. der Verantwortlichkeit für die eigne Handlung. „Bewusstlosigkeit ist eben Fehlen des Bewusstseins.“

Soviel ich sehe, steht die Mehrzahl der juristischen Kommentare nicht auf diesem scharfen und ausgeprägten Standpunkt. Eine weniger enge Auffassung des Begriffs der Bewusstlosigkeit ist aber auch, abgesehen von dem Zwecke seiner späteren Einschlebung in das B.G.B., vom rein medizinischen Standpunkte aus nur gerechtfertigt.

Was ist denn eigentlich Bewusstlosigkeit? Wie schon das Wort sagt, ist es der Zustand des Fehlens des Bewusstseins, und streng genommen, ist es nur dieser Zustand. Sofort wirft sich die weitere Frage auf: was ist Bewusstsein? Wenn man ehrlich sein will, muss man auch heute noch zugeben, dass man eine scharfe Definition dieses Begriffs nicht zu geben vermag. Um so auffallender berührt uns das, als wir mit dem Begriffe des Bewusstseins in dem Gebiet der Psychiatrie tagtäglich operieren. Es ist mir mehr als einmal passiert, dass mir seitens der studentischen Zuhörer, mit denen ich mich über die Störungen des Bewusstseins unterhielt, auf die Frage, was Bewusstsein sei, fast möchte ich sagen, reflektorisch entgegnet wurde, dessen sei sich doch jeder bewusst. Die kürzeste und prägnanteste Umschreibung giebt wohl Kräpelin, wenn er als Be-



wusstsein den Zustand bezeichnet, in welchem die Umsetzung physiologischer Vorgänge in psychische möglich ist (Bd. I, S. 120). Es muss also das Individuum bei Bewusstsein sein, welches Reize empfinden und verarbeiten oder gewollte Bewegungen ausführen will. Das Vorhandensein eines intakten Bewusstseins ist somit die notwendige Voraussetzung für die Möglichkeit des geschäftlichen Verkehrs eines Individuums mit seiner Umgebung.

Damit der Reiz zum Bewusstsein kommt, muss er eine gewisse Stärke haben, die in ihrer Grösse abhängig ist nicht nur von der individuellen Verschiedenheit der einzelnen Person, sondern auch von seiner geistigen Beschaffenheit gerade zur fraglichen Zeit. Diese Zustände des Gehirns können recht erheblichen Schwankungen unterworfen sein, deren Grenzpunkte durch den Zustand der gespanntesten Aufmerksamkeit eines geweckten und lebhaft interessierten Individuums auf der einen und den Zustand der tiefsten Ohnmacht auf der andern Seite gekennzeichnet sein mögen. Dementsprechend spricht man, um diesen quantitativen Differenzen im Bewusstsein gerecht zu werden, von den verschiedenen Helligkeitsgraden.

Nun lehrt die klinische Beobachtung, dass ein Individuum an Störungen des Bewusstseins leiden kann, die sich klinisch durchaus gleichen, ja vielleicht untereinander völlig übereinstimmen, die eine einheitliche ätiologische Auffassung zulassen, die sich aber nur durch die verschiedenen Helligkeitsgrade des Bewusstseins von einander unterscheiden. Stellt man sich auf den oben skizzierten extremen Standpunkt, so müsste man Zustände, die völlig gleichwertig sind, bald als Bewusstlosigkeit, bald als Störung der Geistesthätigkeit deuten. Das erscheint doch nicht berechtigt, und einer Willkür sind hier Thür und Thor mehr als sonst geöffnet.

Da man das Bewusstsein nicht scharf definieren kann, so wird das gleiche zutreffen in Hinsicht auf die Bewusstlosigkeit. Will man hier den praktischen Forderungen gerecht werden, muss man quantitative Differenzen einklären.

Das wird man ja unbedenklich zugeben können, dass, solange eine Bewusstlosigkeit im strengsten Sinne des Wortes besteht, eine Handlung wohl nur recht selten zu stande kommen wird, welche Gegenstand einer späteren psychiatrischen Begutachtung in Hinsicht auf § 105 A. 2 werden wird. Um so unbedenklicher kann eine mildere Auffassung des Begriffs der Bewusstlosigkeit Platz greifen, als sie auch in der Praxis für das Strafrecht Geltung hat, und das Reichsgericht in verschiedenen seiner Entscheidungen eine gleiche Ansicht bekundet hat.

Wenngleich auch bei einer extremen Auffassung der Bewusstlosigkeit das Gesetz Fürsorge getroffen hat, da die Zustände mit einer nicht völligen Aufhebung des Bewusstseins noch als Störungen der Geistesthätigkeit gedeutet werden können, erscheinen obige Ausführungen nicht überflüssig mit Rücksicht auf die späteren Auslassungen.

Woran erkennt man im konkreten Fall den Zustand einer Bewusstlosigkeit, in dem weiteren Sinne, entsprechend dem heutigen klinischen Standpunkte

aufgefasst? Man wird hier zu unterscheiden haben das Verhalten des Handelnden zur fraglichen Zeit, sein Verhalten vorher und nachher.

Was den ersten Punkt, das Verhalten zur Zeit der fraglichen Handlung, angeht, so ist die vor fast 20 Jahren gemachte Beobachtung Westphal's auch heute noch zutreffend, und nicht umsonst wird gerade auf sie immer wieder Bezug genommen. Westphal (S. 476) sagt:

„Es giebt Zustände von der Dauer von Minuten bis zu vielen Stunden, in welchen das Bewusstsein derartig tief gestört sein kann, dass der Betreffende sich in einem Ideenkreise bewegt, der wie losgelöst erscheint von seinem normalen, auf Grund dessen und der damit verknüpften Gefühle und Willenserregungen er Handlungen begeht, welche dem gewöhnlichen Inhalt seines Denkens vollkommen fremdartig sind und gar keine Beziehungen dazu haben. Es ist dabei die Fähigkeit zu zusammenhängenden und bis zu einem gewissen Grade unter sich folgerichtigen Handlungen keineswegs aufgehoben, aber sie stehen in keinem Zusammenhange mit denen, welche aus dem Gedankeninhalt der gesunden Zeit erwachsen.“

Etwa zehn Jahre später führt sein Schüler Siemerling als speziell für die epileptischen Bewusstseinsstörungen charakteristisch an das schnelle Nebeneinander von anscheinend geordneten, gleichgültigen, mehr unauffälligen Erscheinungen und von befremdlichen unerwarteten Handlungen, oft mit dem Charakter des Gewaltthätigen.

So sehr der Bewusstlose auch oft durch Haltung, Sprache, Gebärde und Benehmen auffallen kann, so kann man doch manchmal sehen, dass ein Individuum in dem Zustande der Bewusstlosigkeit ein Geschäft abschliesst, welches man bei seinem Vorleben und bei seiner Persönlichkeit von ihm am allerwenigsten erwartet hätte, welches er aber so korrekt, so geordnet, so anscheinend zweckentsprechend bethätigt, dass der Laie an alles andre, nur nicht an Bewusstseinsstörung zu denken geneigt ist.

Es kann das Individuum zur fraglichen Zeit somit mit Bezug auf sein Aeusseres, auf sein Gebahren anders denn sonst erscheinen. Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass entsprechend den schon bekannten Aenderungen der Sprache auch die Schrift in ihren etwaigen Aenderungen unverkennbare Anhaltspunkte bietet, die dann um so höher anzuschlagen wären, als die Schrift uns ein, wenn auch nicht gerade objektives, so doch dauerndes Material liefert.

Die Handlung kann eine dem Wesen der Persönlichkeit völlig fremde sein; es kann aber auch ebenso sich ereignen, dass das Individuum in der Bewusstseinsstörung eine seinen Anschauungen entsprechende Willenserklärung abgiebt und dabei nicht im mindesten auffällt. Es sind hier eben alle Uebergänge möglich. Es ist ja sattsam bekannt, dass der Epileptiker in einem solchen Zustande seine von ihm aufrichtig geliebte Familie in der brutalsten Weise misshandeln, ja töten kann. Ein derartiges Verhalten erleichtert ja entschieden die Beurteilung. Indess darf man annehmen, dass mit einem Individuum, das sich auch nur annähernd in einer derartigen Verfassung befindet, Rechtsgeschäfte von einem redlich denkenden Gegner nicht abgeschlossen werden. Ist das Individuum nicht verändert, so wird der Gegner keinen Anstoss nehmen, sich mit ihm in Rechtsgeschäfte einzulassen. Deshalb ist eben um so mehr Gewicht darauf zu

legen, dass der Bewusstlose uns seine Persönlichkeit hinsichtlich der inneren und äusseren Seite seiner Handlungen und somit auch der zivilrechtlich bedeutsamen Handlungen in gar keinem andern Lichte zu zeigen braucht wie in gesunden Tagen. Den diesbezüglichen Auslassungen des Gegners, dem an der Gültigkeit des abgeschlossenen Geschäfts etwas gelegen sein kann, wird also keine ausschlaggebende Beweiskraft beizumessen sein.

Um so grössere Vorsicht erscheint hier angebracht, als von verschiedenen Seiten (Crothers, Mendel) und vor allem letzthin von Moeli (III) festgestellt worden ist, dass die in der Bewusstlosigkeit ausgeführte Handlung eine Weiterführung früher vorhandener Gedanken und Vorstellungsreihen sein kann, ja, dass das Individuum noch kurz vorher die Absicht deutlich bekundet, jene Handlung zu bewerkstelligen. Der Eintritt der Bewusstlosigkeit stellt in diesen letzthin erwähnten Fällen somit noch weniger als in den vorhin berichteten Möglichkeiten eine so scharf ausgesprochene Kontinuitätstrennung im Geistesleben dar, wie man früher in unsern Kreisen annahm und wie man heute unter Laien denkt.

Nur kurz sei erwähnt, dass dem Anfall der Bewusstseinsstörung mancherlei Störungen vorangehen können wie Sinnestäuschungen, Angstzustände, Störungen im Ablauf der Vorstellungen, Zwangsvorstellungen, Erinnerungstäuschungen usw. Alle diese Symptome können übrigens auch den Anfall begleiten und werden dessen zivilrechtliche Begutachtung um so mehr erleichtern, je ausgesprochener sie sind und je schärfer sich ihr spezieller Einfluss nachweisen lässt.

Nach dem Verschwinden der Bewusstseinsstörung hat die Person eine mangelnde Erinnerung an die fragliche Zeit, eine sogenannte Amnesie, wenigstens in vielen Fällen.

Man wird sich daher nicht wundern können, wenn uns die Persönlichkeit über die fragliche Störung, die sie betroffen hat, nur wenig oder gar keine Auskunft zu geben vermag, ganz abgesehen davon, dass ihre Angaben überhaupt nur mit einer gewissen Reserve aufzufassen sind. Ueber das Verhalten zur kritischen Zeit werden uns daher für gewöhnlich nur Zeugen berichten können, und dass deren Beobachtungen, selbst wenn sie selber an dem endgültigen Ausgange des Rechtsstreites nicht interessiert sind, für eine psychiatrische Verwertung nur mit der äussersten Vorsicht herangezogen werden können, ist zwar bekannt, kann aber nicht oft genug wiederholt werden.

Um auf das Verhalten der Erinnerung zurückzukommen, so erscheint es ja durchaus verständlich, dass der Mangel der Rückerinnerung um so ausgeprägter ist, je tiefer die Bewusstseinsstörung war. Deren Intensität aber bietet, wie schon oben bemerkt worden ist, die verschiedensten quantitativen Differenzen, und dementsprechend wird auch das Verhalten der Erinnerung innerhalb recht weiter Grenzen schwanken. In den ausgesprochensten Fällen besteht in dem Gedächtnisse des Betreffenden eine scharf abgegrenzte, „wie mit dem Locheisen“ ausgestossene (um den oft gebrauchten Ausdruck zu wiederholen) völlige Lücke,



deren Grösse der Dauer des krankhaften Bewusstseinszustandes entspricht. Das Verhalten der Erinnerung ist aber nicht immer so klar, so einwandfrei, so oft auch früher die umgrenzte und totale Amnesie als das ausschlaggebende Kriterium angesehen wurde. Derartiges entspricht mehr dem Lehrbuch als dem wirklichen Leben.

Dieses lehrt, dass die Uebergänge von der erhaltenen Erinnerung zur Amnesie an den beiden Endpunkten der Bewusstseinsstörung durchaus nicht scharf, unvermittelt sind, sondern allmälige sein können und dass andererseits die Erinnerungslücke nicht auf die ganze Dauer des krankhaften Bewusstseinszustandes sich zu erstrecken braucht, sondern nur dieses oder jenes Vorkommnis betreffen kann. Besteht nun etwa Amnesie gerade für den Abschluss des fraglichen Vertrags, während sein Urheber in zutreffender Weise nebensächliche, zu gleicher Zeit sich abspielende Ereignisse zu schildern vermag, so wird der Jurist dadurch zweifellos gegen den Betreffenden voreingenommen werden, aber sicherlich nicht immer mit Recht. Es hiesse, den Thaten Zwang anthun, wollte man in solchen Fällen von Betrug reden, und wollte man in allen solchen Fällen, in denen keine komplette Amnesie nachweisbar ist, das Bestehen einer Bewusstlosigkeit kurzer Hand leugnen.

Wenn es auch feststeht, dass es Zustände giebt, die man gerichtlich als Bewusstlosigkeit auffassen muss, nach deren Ablauf sich der Beklagte<sup>1)</sup> mehr oder minder genau an die in Betracht kommende Handlung, an vorher, nebenher oder nachher sich abspielende Vorgänge, oder an Beides zu erinnern vermag, so darf man doch nicht so weit gehen, zu sagen, dass es auch Zustände von Bewusstlosigkeit gebe, die gar keine Erinnerungslücken hinterlassen. Da letzteres schon für gesunde Zeiten schwer festzustellen ist, so gilt das in erhöhtem Maasse hier. Soweit mir ein Urteil darüber zusteht, ist ein völliges Fehlen von Erinnerungslücken durchaus nicht wahrscheinlich.

Besteht eine Amnesie, so wird damit das Vorhandensein einer Bewusstseinsstörung wahrscheinlich gemacht, ohne dass das Fehlen jener diese mit Sicherheit auszuschliessen vermag.

Aber der Nachweis, dass die Amnesie wirklich den Thaten entspricht, ist nur recht schwer zu erbringen; sie ist ein subjektives Symptom. An ihrer Vortäuschung kann der Beklagte, der sich von den ihm lästigen Verbindlichkeiten befreien will, im höchsten Maasse interessiert sein.

Stimmen die von dem Beklagten zu den verschiedenen Zeiten gemachten Angaben untereinander bis in alle Details überein, so spricht das für seine Glaubwürdigkeit, zumal wenn sein Leumund ein guter ist. Widersprüche in seinen Angaben werden zur Vorsicht mahnen, um so mehr, wenn des Beklagten Glaubwürdigkeit durch andere Momente erschüttert ist.

Giebt er sehr bald nach der Handlung eine zutreffende Schilderung des Geschehenen, etwa des von ihm später in Frage gestellten Vertragsabschlusses,

---

1) Der Beklagte im Zivilstreit entspricht dem Angeklagten in Strafprozess.

erzählt er von diesem seinen Bekannten, oder zieht er daraus die geschäftlichen Konsequenzen, während er nachher nichts davon wissen will, so genügt dies Material allein noch nicht, um ihn als Betrüger hinstellen und zu behandeln. Es muss erst die Möglichkeit ausgeschlossen werden, dass die reaktiven Handlungen des Beklagten ebenfalls noch in den Zustand der Bewusstlosigkeit fallen; auch während seiner Dauer kann sich ja die Person folgerichtig benehmen.

Anderseits wird man bei dem späteren Verschwinden der früher vorhandenen oder angegebenen Amnesie mit der Möglichkeit rechnen müssen, dass die Erinnerungslücken des Beklagten durch die Mitteilungen Anderer und die gerichtlichen Erhebungen nachträglich ausgefüllt sind und dass so das Fehlen einer Amnesie vorgetäuscht wird.

Aber selbst zugegeben, dass der Beklagte in Uebereinstimmung mit den Thatsachen angiebt, für einen bestimmten Zeitraum auch nicht die mindeste Erinnerung zu haben, so ist damit nicht unbedingt das Vorhandensein einer Bewusstlosigkeit bewiesen. Es kann sich dann möglicherweise um Erscheinungen handeln, die man klinisch als *amnésie rétrograde* beziehungsweise *amnésie antérograde* zu bezeichnen gewohnt ist.

Es giebt nämlich ganz bestimmte Vorkommnisse, die bewirken können, dass das von ihnen betroffene Individuum nachher sich nicht nur der dem betreffenden Vorkommnisse vorhergehenden, sondern auch der nachfolgenden Ereignisse nicht zu erinnern vermag. Hat jemand versucht sich aufzuhängen, und wird er noch rechtzeitig abgeschnitten, so kann es sich ereignen, dass er nachher nicht weiss, wie er zu der Narbe an seinem Halse gekommen ist, dass die Erlebnisse von Stunden und Tagen, die vorhergingen, für sein Gedächtnis nicht mehr existieren. Eine gleiche Wirkung wie ein Erhängungsversuch (Bödeker, Butakow, Favre, Féré und Régis, Liebmann, Meding, Möbius, Schaeffer, Seydel, Wagner, Wollenberg) können auch andre Selbstmordversuche (durch Ertrinken: Althaus, Knopf) haben sowie ein epileptischer (Alzheimer, Strümpell) oder hysterischer oder eklamptischer (Paul) Anfall, eine Gehirnerschütterung (Friedmann), eine Vergiftung (mit Kohlenoxyd, Wagner, Schwefelwasserstoff, Sander, Alkohol, gaz pauvre usw.) eine akute Infektionskrankheit (Typhus), eine lebhafte Gemütsbewegung. Neuere Beobachtungen von Näcke und Klink haben das auffallende Resultat ergeben, dass schon eine gelinde Kopfverletzung, eine nicht allzudecke Ohrfeige die genannten Folgen haben kann.

Die Handlung kann bei vollem Bewusstsein ausgeführt sein; dadurch aber, dass ein später oder vorher eintretendes Ereignis über sie den Schleier der Vergessenheit deckt, kann der Eindruck hervorgerufen werden, als ob sie in eine Bewusstlosigkeit falle.

Erlebt beispielsweise ein Landwirt auf seiner Heimkehr aus der Stadt, in der er einen Schenkungsakt vollzogen hat, einen Unfall mit seinem Fuhrwerk, wird er aus ihm herausgeschleudert, und erleidet er eine Gehirnerschütterung, so

weiss er vielleicht nachher nichts von dem Schenkungsakt; weil man nun aber die Wirkung der festgestellten Gehirnerschütterung kennt, weil anderseits eine Ursache für eine etwaige Bewusstlosigkeit im vorliegenden Falle nicht in Frage kommen kann, weil die Schenkung der bewussten Absicht entspricht, wird das Zutreffen von § 105, Abs. 2 nicht erwogen werden.

Schwieriger wird schon die Sachlage, wenn das Ereignis, welches die sekundäre Erinnerungslosigkeit, wenn man so sagen darf, nach sich zieht, ebenfalls in den Bereich der Amnesie fällt, und der Verletzte vielleicht der Einzige ist, der über die Verletzung Auskunft zu geben in der Lage ist. Noch schwieriger und verwickelter gestaltet sich die Sachlage, wenn das betreffende Individuum an Epilepsie leidet; es können dann auf dem Boden der Epilepsie Dämmerzustände mit nachheriger Amnesie auftreten, und anderseits kann ein epileptischer Anfall mit *Amnésie rétrograde* in die Erscheinung treten. Ist hier klinisch eine sichere Entscheidung zu treffen schon schwer, so gilt das noch mehr für gerichtliche Untersuchungen. Die Schwierigkeit dieses Problems wird glücklicherweise dadurch wett gemacht, dass ein derartiges Zusammentreffen selten ist.

Da Bewusstlosigkeit aber nur ein Symptom ist und für sich keine Krankheit ausmacht, so wird in jedem Falle nicht nur der Kliniker fragen, auf welches Gesamtleiden das Auftreten der fraglichen Zustände zurückzuführen ist, sondern auch der Gerichtsarzt, der so seinem Gutachten weiteren gewichtigen Nachdruck zu verleihen in die Lage gesetzt ist.

Die bisherigen Erörterungen über Bewusstlosigkeit haben auf ihre verschiedenen Ursachen keinen Bezug genommen, einmal um die Darstellung zu vereinfachen, dann auch, weil die verschiedenen bedingten Bewusstseinsstörungen keine wesentlichen Unterschiede unter einander bezüglich ihres Verhaltens aufweisen.

Die Hauptrolle spielen hierbei die Hysterie, bei deren Verwertung natürlich auch die Frage der Täuschung erst recht nicht ausser Acht gelassen werden darf, und vor Allem die Epilepsie. An die Stelle des typischen epileptischen Anfalls kann das sogenannte epileptische Aequivalent treten, das mit jenem nur in der Beeinträchtigung des Bewusstseins übereinzustimmen braucht. Ein solches Individuum kann sich auf Reisen begeben, hier dies und dort das einkaufen, Schuldscheine unterschreiben und Wechselverbindlichkeiten eingehen, und nachher geistig gesundet weiss es von Allem nichts; über den Weg seiner Reise geben ihm vielleicht die in der Tasche vorgefundenen Billets der Pferdebahnen verschiedener Städte, die es auf seiner Tour berührt hat, alleinige Auskunft. Es würde zu weit führen, hier zu besprechen, wie man den Nachweis der Epilepsie erbringen soll; es genüge, auf die kritische Uebersicht von Ziehen (1) hingewiesen zu haben.

Neben der Hysterie und Epilepsie verdient noch die Hemipranie Berücksichtigung (Agostini, Féré, von Krafft-Ebing, Köppen, Loewenfeld, Mingazzini, Wood).

An zweiter Stelle sind, was die praktische Wichtigkeit angeht, die Wir-



kungen des Alkohols zu erwähnen, nicht nur beim chronischen Alkoholisten und Dipsomanen, sondern auch bei sonst soliden und nüchternen Menschen, wenn besonders günstige Vorbedingungen erfüllt sind. Bei der Deliktsfähigkeit wird dieser Punkt des Näheren besprochen werden. Hier genüge es darauf hinzuweisen, dass unter bestimmten Umständen auch nach Alkoholgenuss ein Zustand auftritt, in dem der Betreffende äusserlich ganz korrekt handelt, in Nichts von seinem ganzen Wesen abweicht, auch nach der körperlichen Seite (Sprache!) nicht die mindeste Alteration bietet und dennoch für die ganze Begebenheit nachher nicht die leiseste Erinnerung hat. Diese Zustände verdienen um so mehr Beachtung, als die Handlungen im Widerspruch zum Charakter des Subjekts stehen und gänzlich unmotiviert sein können und als ein erheblicher Alkoholgenuss nicht vorausgegangen zu sein braucht. Auf ihre gerichtliche Bedeutung hat vor allem Crothers in einer Reihe von Arbeiten hingewiesen. Er berichtet von Personen, die in solchem trance state widersinnig spekulierten und grosse Einkäufe machten; er erzählt von einem Juristen, der in seinen Anfällen verschiedentlich Testamente machte, ohne dass der amtierende und ihm befreundete Gerichtsbeamte hierbei irgend eine Abnormität an ihm beobachtete. Einem der mir bekannten Fälle lag folgender Thatbestand zu Grunde: Zwei miteinander befreundete Kaufleute gehen eines Abends aus dem Wirtshaus heim. Unterwegs kommt das Gespräch auf Industriepapiere, und der Eine rät dem Andern dringend, bestimmte Papiere zu kaufen, da sie in der nächsten Zeit steigen würden. Der Rat war zuerst vergeblich. Schliesslich verpflichtete sich der Eine schriftlich, wenn auch mehr scherzweise, in dem Notizbuch des andern, für jeglichen Verlust aufzukommen, der durch den Ankauf der betreffenden Papiere entstehen würde. Der Besitzer des Notizbuches zeigt nun bald darauf die Zeilen seinem Freunde, der über deren Ursprung auch nicht das Mindeste anzugeben vermag. Er ist sehr erstaunt, in einem fremden Buche seine Handschrift vorzufinden. Es stellte sich dabei noch weiter heraus, dass der Schreiber von den Vorgängen an dem fraglichen Abend gar nichts wusste. Dabei hatte er sich ebenso korrekt benommen wie auch sonst, hatte sehr wenig getrunken; nur war er ein erregbarer Mensch, der an dem fraglichen Abend vorher eine nicht einmal sehr intensive psychische Erregung durchgemacht hatte.

Andere Narkotika können gleichfalls Zustände von Bewusstlosigkeit zeitigen, wie denn unter den Psychosen, in deren Verlauf zwischendurch sich derartige Affektionen einschleichen können, die Intoxicationspsychosen bevorzugt sind. Von der gleichen Wirkung können sein Verletzungen, insbesondere des Schädels, heftige Affektschwankungen, eine gleichgiltig wie bedingte Erschöpfung, fieberhafte Krankheiten. Dass Anfälle von Bewusstlosigkeit besonders leicht bei den Individuen eintreten können, welche erblich belastet sind und welche ihre Geneigtheit, in Nerven- oder Geisteskrankheit zu verfallen, schon sonstwie bekundet haben, das braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden.

Lässt sich aber nicht ermitteln, wie die Bewusstlosigkeit ätiologisch aufzufassen ist, so wird man den Angaben des Beklagten Misstrauen entgegenzu-

bringen wohl berechtigt sein. Aber darüber darf man nicht hinausgehen, nachdem Placzek vor Kurzem in einem Aufsatz: Idiopathische passagere Bewusstseinstrübung, über jeden Simulationsverdacht erhabene Fälle mitteilt, in denen aus der Gesundheitsbreite heraus schon durch den einfachen, nicht höchstgesteigerten Affekt Zustände ausgelöst werden können, welche den Dämmerzuständen der Epileptiker gleichen.

Es sind also im Grossen und Ganzen 3 Argumente, die uns ermöglichen, die Diagnose auf Bewusstlosigkeit zu stellen:

1. Das Verhalten des Individuums zur Zeit der Handlung.
2. Das Verhalten der Erinnerung.
3. Das klinisch-ätiologische Moment.

Keins der drei Argumente braucht charakteristisch zu sein, und dass dann, wenn alle 3 Argumente wenig handgreifliches Material bieten, eine sichere Entscheidung sehr erschwert ist, braucht kaum mehr gesagt zu werden, während im entgegengesetzten Falle die Entscheidung so leicht ist.

Es könnte Manchem scheinen, als ob die Schwierigkeiten der Begutachtung gar zu sehr in den Vordergrund der Erörterung gerückt seien. Zugegeben, dass dies zutrifft, so wird ein solches Vorgehen weniger dadurch gerechtfertigt, dass die schwierigen Fälle in der Praxis überwiegen, als vielmehr dadurch, dass diese meines Erachtens die Kenntnis mehr bereichern und den Sachverständigen immer von Neuem auf die Grenzen seines Gebietes hinweisen.

Bei einer solchen unklaren Sachlage wird es sich vielfach nicht umgehen lassen, dass die Art des Geschäfts, das in einem Zustand von Bewusstlosigkeit abgeschlossen sein soll, und das Verhältnis dieses Geschäfts zum Subjekt nicht nur von dem Juristen berücksichtigt wird, sondern auch von dem Mediziner und dies mehr, als es sonst von seiner Seite üblich ist. Mit andern Worten wird sich die Frage darauf hin zuspitzen können, ob anzunehmen ist, dass die freie Willensbestimmung durch die Bewusstlosigkeit nicht überhaupt, sondern nur zu der speziellen, hier vorliegenden Handlung ausgeschlossen wird. Das würde schon genügen, um den § 105, Abs. 2 in Wirksamkeit treten zu lassen, wenn man aus einer R.G.E. (Bd. 5, S. 339) einen Analogieschluss ziehen darf.

### 3. Störung der Geistesthätigkeit.

Vorbemerkungen. — Endogene und exogene Störungen, insbesondere Trunkenheit. — Ausnutzung durch einen Dritten. — Wachsuggestion. — Hypnose.

Dass die Erörterungen über den Begriff der Bewusstlosigkeit etwas eingehender sind, mag darin seine Entschuldigung finden, dass sie auch für den § 827, wie sich nachher ergeben wird, zutreffen. Vollständig sind sie freilich immer noch nicht, und den gleichen Anspruch können ebensowenig oder vielmehr noch weniger die folgenden Ausführungen erheben, die sich mit der Störung der Geistesthätigkeit beschäftigen.

Es sei vorerst hier nochmals darauf hingewiesen, dass diese Worte in einer engeren Bedeutung rücksichtlich der Intensität der Störung aufzufassen sind, als es nach dem blossen Wortlaut dem Unbefangenen scheinen möchte.

Streng genommen setzt der Begriff „Störung“ voraus, dass vordem eine normale, ungestörte Geistesthätigkeit bestanden hat. Damit würden hier angeborene Anomalien ausgeschlossen sein. Einer solchen Auffassung widerspricht nicht, dass das B.G.B. von Störungen der Geistesthätigkeit nur da spricht, wo es sich um vorübergehende Anomalien handelt. Liegen dauernde Zustände vor, so werden die Ausdrücke Geisteskrankheit oder Geistesschwäche angewandt. Damit ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass nicht auch gelegentlich einem ab ovo kranken Individuum der § 105, A. 2 zu Gute kommen kann, sei es, dass eine vorübergehende Verschlimmerung eines dauernden Zustandes sich geltend macht, sei es, dass eine neue Schädlichkeit ihre Wirksamkeit entfaltet, was auf dem vorbereiteten Boden doppelt leicht möglich sein wird.

Ein schwieriges, wenn nicht gar unmögliches Beginnen wäre es, wollte man alle die Zustände aufzählen, welche unter den Begriff der Störung der Geistesthätigkeit im Sinne des § 105, A. 2 fallen könnten. Folgende mehr allgemein gehaltene Bemerkungen mögen daher an dieser Stelle genügen.

Bei einer Einteilung dieser vorübergehenden Störungen wird man die endogenen von den exogenen unterscheiden können, sofern man unter den ersteren solche versteht, die durch in dem Subjekt gelegene Momente allein bedingt sind, während bei den exogenen noch eine weitere, äussere, ausserhalb des Organismus gelegene Schädlichkeit einwirken muss, um das Zustandekommen der vorübergehenden Störung zu ermöglichen.

Bei den endogenen Störungen wird man weiterhin ausgesprochen krankhafte trennen dürfen von denen, die mehr oder weniger noch innerhalb der Breite der geistigen Gesundheit liegen. Zu diesen letzteren würde vor allem die Schlaftrunkenheit gehören. Die individuelle Verschiedenheit der einzelnen Personen giebt sich auch darin kund, dass der eine, aus dem Schlaf geweckt oder erwacht, sofort orientiert ist, der andere mehr oder minder lange Zeit gebraucht, um sich zurechtzufinden und die volle geistige Klarheit zu erlangen. Diese Schlaftrunkenheit wird sich besonders geltend machen, wenn der Schlaf zur Zeit seiner Unterbrechung recht tief war, wenn körperliche oder geistige Ueberanstrengung oder Alkoholgenuss vorhergingen — immer unbeschadet der individuellen Differenz. Sollte wirklich einmal in einem solchen Zustande eine Willenserklärung erfolgen, so kann sie auf rechtliche Wirksamkeit keinen Anspruch erheben. Das Gleiche würde zutreffen für den Geisteszustand der Gebärenden d. h. nach dem Entwurf des neuen schweizerischen Gesetzbuches für die Zeit, während welcher die Person noch unter dem Einfluss des Geburtsvorganges steht. Sodann sind hier die Individuen zu erwähnen, die zu pathologischen Affekten neigen, die auf unbedeutende Anlässe hin nach der gemüthlichen Seite sehr lebhaft reagieren, so dass vorübergehende Störungen der Geistesthätigkeit auftreten können. Körperliche Begleitsymptome (Erblassen, stierer Blick, Sprachanomalien usw.) pflegen



damit oft einherzugehen. Vielfach handelt es sich hierbei um nicht ganz normale, ja geradezu von Hause aus schwachsinnige Individuen.

Ein grosses Kontingent werden überhaupt dauernd kranke Individuen stellen, sei es, dass zeitweise Verschlimmerungen eintreten, und damit erst eine zivilrechtliche Berücksichtigung des chronischen Leidens ermöglicht wird, sei es, dass die chronische Krankheit nur latent ist und sich ihrem Wesen gemäss in einzelnen Attacken deutlich kundgibt. Zu jenen würden beispielsweise vor allem gehören die im Beginn einer sich entwickelnden Psychose stehenden Individuen, bei denen die erheblichsten Schwankungen zu verzeichnen sind, zu diesen würden vor allem die Hysterie und Epilepsie gehören, die, wie bekannt, auch solche vorübergehenden Störungen im Gefolge haben kann, die nicht zur Bewusstlosigkeit zu rechnen sind.

Es ist berechtigt, bei der Gelegenheit auf die Wichtigkeit der Menstruation beim weiblichen Geschlecht hinzuweisen, die schon seit lange her bekannt ist und eine besondere und eingehende Würdigung nach der gerichtlichen Seite von v. Krafft-Ebing erfahren hat. Personen weiblichen Geschlechts erscheinen zur Zeit der Periode vielfach geistig verändert, vor allem in gemüthlicher Beziehung; sie sind reizbarer und empfindlicher, unmutig und unlustig zu allem; in besonderem Maasse wird das natürlich für die zutreffen, die abnorm sind. Fällt bei einer Person in die Zeit der Periode eine auffällige, für sie selbst nachtheilige Willenserklärung, und weiss man anderseits, dass ihre Menstruation mit mehr oder weniger ausgeprägten Störungen einhergeht, so ist es sicherlich billig und gerechtfertigt, auf den Einfluss der Periode die gebührende Rücksicht zu nehmen. Auch Zwangsvorstellungen, Hallucinationen, Wahnideen, falls sie mehr vereinzelt auftauchen, werden bei dem Zustandekommen von Willenserklärungen beteiligt sein, und somit Gegenstand einer, dann wohl nicht allzuschweren, psychiatrischen Begutachtung werden können.

In der zweiten Gruppe von Störungen, den exogenen, sind die vorübergehenden Affektionen unterzubringen, die durch einen besonderen äusseren Anlass ausgelöst sind, bei dessen Aufhören oder Verschwinden auch seine spezifische Wirkung nachlässt. Vor allem gehören hierher die delirienartigen Zustände, gleichgiltig, ob sie durch toxische oder infektiöse Stoffe verursacht sind. Aber auch die Vergiftungen, bei denen es nicht zu dem charakteristischen Bilde eines Deliriums kommt, müssen hier erwähnt werden, soweit durch sie die geistige Thätigkeit beeinträchtigt wird. In erster Linie gilt das wieder von der durch Alkohol oder ähnliche Stoffe bedingten Trunkenheit. Nicht jede Trunkenheit wird selbstverständlich die in ihr erfolgte Willenserklärung zu nichte machen können. Es ist ja oben auseinandergesetzt, dass und warum ein besonderer Grad der jeweiligen Störung als vorhanden vorausgesetzt werden muss, wenngleich der Gesetzgeber diesen Nachweis nicht ausdrücklich vorschreibt. Da die gegenseitige Beziehung zwischen der Störung und der Willenserklärung nicht ausser acht gelassen werden darf, so darf auch wohl die Natur des Rechtsgeschäfts berücksichtigt werden, dessen Nichtigkeit durch den Nachweis der mit ihm zusammenfallenden geistigen Störung festgestellt werden soll. Mathematische Gleichungen

lassen sich freilich nicht aufstellen. Aber das wird man doch zugeben müssen, dass, je komplizierter und verwickelter das betreffende Rechtsgeschäft ist, eine um so mildere Störung der Geistesthätigkeit genügen wird, um die Nichtigkeit der Willenserklärung herbeizuführen. Andererseits wird selbst eine nicht ganz leichte Störung der Geistesthätigkeit eher ausser acht zu lassen sein, wenn das Rechtsgeschäft ziemlich gleichgiltiger Natur ist. Neben der Beschaffenheit des Geschäfts wird noch die Persönlichkeit des Subjekts zu berücksichtigen sein. Der kluge, geschickte, sicher und schnell disponierende Kaufmann wird weniger einer aus einer leichten Störung resultierenden Benachteiligung seiner Interessen ausgesetzt sein, als der Bauer, dessen Blick und Umsicht nicht so weit reicht.

Die Entscheidung ist daher nur von Fall zu Fall zu treffen, und das gilt insbesondere bei dem Vorliegen von Trunkenheit, bei der wir die verschiedensten Stufen der Intensität der Störung nicht nur bei verschiedenen Individuen, sondern auch bei einem und demselben Individuum zu den verschiedenen Zeiten beobachten können. Weder genügt schon eine Verminderung der Besonnenheit und geistigen Freiheit, noch ist auf der anderen Seite völlige Bewusstlosigkeit verlangt. Es kommt vielmehr darauf an, ob anzunehmen ist, der Betrunkene habe das, worüber und was mit ihm verhandelt worden ist, nicht begriffen und verstanden, und ob das, was er dabei erklärt oder gethan habe, nicht der Ausdruck seines Willens gewesen sei. So etwa entschied das O.A.G. zu Dresden vor mehr als 50 Jahren (S. A. 3, No. 4 S. 5), und eine ähnliche Beurteilung wird auch heute noch anwendbar sein. Soll eine Willenserklärung wirksam sein, so muss der Erklärende die rechtliche Bedeutung seines Handelns erkennen, und es muss ihm zum Bewusstsein kommen, was er unmittelbar gewollt hat. Die Forderung wird man nicht aufstellen wollen, dass er alle Folgen der Willenserklärung noch zu überschauen vermag; das ist ja nicht einmal dem Geistesgesunden möglich (cf. hierzu S. A. 3, No. 140; 13, No. 243; 17, No. 181; 28, No. 193; No. 194).

Die Thätigkeit des Sachverständigen wird, soweit man ihn hier überhaupt heranzieht, nicht immer ganz leicht sein. Er ist angewiesen auf die Angaben des Erklärenden, der übrigens in eigener Sache vereidigt werden kann, da es sich um einen in seiner Person vorhanden gewesenen thatsächlichen Zustand handelt, und auf die Mitteilungen der Zeugen. Lautet eine solche so prägnant, wie in einem der Fälle (S. A. 13, No. 243) „der Wein sei mehr als des Beklagten freier Wille bei dem Handel beteiligt gewesen“, so wird des Erklärenden Wille für nichtig erklärt werden dürfen. Der Erklärende selber ist natürlich, abgesehen von der Würdigung des sonstigen Thatbestandes, sofern es notwendig ist, noch auf seine Reaktionsfähigkeit gegenüber dem Alkohol des Eingehenderen zu untersuchen. Diese Forderung ist insbesondere dann berechtigt, wenn es sich um kranke Individuen handelt oder um psychopathische Personen, wie solche, die eine schwere Kopfverletzung erlitten haben, usw. Ob der Gutachter berechtigt ist, seine Behauptungen oder Ansichten über die Reaktion der Individuen auf Alkohol experimentell zu erhärten, ist eine Frage, die verschieden beantwortet wird; auch selbst beim Bestehen des Einverständnisses erscheint manchen ein

solcher Eingriff gesetzlich nicht berechtigt. Ein näheres Eingehen auf diese interessante Frage verbietet hier der Mangel an Raum.

Es dürfte dem Sinne des Gesetzgebers entsprechen, wenn man keinen allzumilden Standpunkt einnimmt in der Beurteilung der in der Trunkenheit erfolgten Willenserklärungen, will man den Gesetzgeber in dem von ihm jetzt aufgenommenen Kampfe mit der Trunksucht unterstützen.

Eine mildere Auffassung wird aber, wenn überhaupt, dann berechtigt sein, wenn die Trunkenheit, die zu einer Beschränkung der Einsicht in die Bedeutung des fraglichen Rechtsgeschäfts geführt hat, von einem Dritten ausgenutzt wird. Hat Einer den Andern durch Alkoholfuhr vorsätzlich in Umstände versetzt, die seine Kritik beeinträchtigen, so entspricht es den Grundsätzen des Rechts sowohl als der Billigkeit, dass er daraus keinen Vorteil zieht. Es ist aber gleichgültig, ob er damals, als er den Andern zum Trunk animierte, schon die Absicht hatte, dergleichen Willenserklärungen aus ihm herauszulocken, sondern es genügt schon, wenn er erst hinterher auf den Gedanken kommt, den von ihm gesetzten Zustand auszunutzen. So etwa liess sich Suarez aus (cf. R.G.E. XII. 68. 278). Diese Anschauungen gab der § 91 des A. L. R. I. 4 wieder

(„wer auch ohne die Absicht den Andern zu hintergehen ihn durch Trunk oder Erregung heftiger Leidenschaften in einen solchen Zustand versetzt, wo er seine Handlungen und deren Folgen nicht mehr richtig zu beurteilen vermag, der kann aus den in solchem Zustande abgegebenen Erklärungen desselben kein Recht herleiten“).

Dieser rechtliche Vorteil wird m. E. auch heute noch nach dem B.G.B. der Trunkenheit bei gleicher Sachlage zu teil werden, obwohl er nicht ausdrücklich geregelt ist. Er wird auch dann eintreten, wenn ein dritter die unabhängig von ihm entstandene Trunkenheit zu seinen Gunsten ausnutzt. Dem richterlichen Ermessen wird es überlassen bleiben, zu entscheiden, ob und inwieweit in solchen Fällen § 138 zutrifft, da sie doch sicherlich mit den in A. 2 des genannten Paragraphen angeführten Spezialfällen verglichen werden können.

Diese indirekte Beeinflussung des Erklärenden durch einen Zweiten, die durch ein chemisches Mittel ermöglicht ist, führt ungezwungen zu der Frage, wie die rein psychische Beeinflussung von dem Gesichtspunkt des § 105, A. 2 zu beurteilen ist.

Je nachdem, ob diese Letztere unmittelbar erfolgt oder auf dem Umwege des künstlichen Schlags, unterscheidet man Wachssuggestionen und Hypnose.

Was die Erstere, die Wachssuggestion, anlangt, so wird sie darauf hinauslaufen, dass der Eine des Andern Ideenkreis so zu beeinflussen versteht, dass dieser die von dem Ersteren gewollte Handlung ausführt oder doch zum Mindesten in dessen Sinne handelt. Der Eine muss somit dem Andern überlegen sein, und diese Autorität wird um so mehr Platz greifen können, je ausgesprochener die Persönlichkeit des Suggestierenden auf der einen Seite ist, und je weniger Widerstand der Andere leistet. Das wird beispielsweise dann zutreffen, wenn das der Suggestion ausgesetzte Individuum noch unentwickelt ist



und somit keine Gegenvorstellungen zu erzeugen und in Wirksamkeit treten zu lassen vermag.

Der Einfluss der Suggestion im Wachen darf im praktischen Leben nicht unterschätzt werden, und auf seine gerichtsärztliche Bedeutung von Neuem hingewiesen zu haben, ist ein Verdienst von von Schrenck-Notzing.

Eine praktische Bedeutung wird sie freilich für den Gerichtsarzt vorzugsweise gewinnen für die richtige und zutreffende Beurteilung von Zeugenaussagen, und insoweit ist sie hier nicht weiter zu berücksichtigen.

Soll die Wachsuggestion den Andern zu einer Handlung verleiten, die seinem wahren Willen nicht entspricht, so muss die Differenz des geistigen Niveaus der beiden Beteiligten schon recht erheblich sein, und meist wird es wohl gelingen, den Nachweis zu erbringen, dass der Beeinflusste nicht normal ist, sei es, dass er unentwickelt oder minderwertig ist, sei es, dass er geradezu krank ist (Hysterie, beginnende Psychose, z. B. Dementia senilis, progressive Paralyse).

Lässt sich im konkreten Falle nachweisen, dass der noch im Beginn einer Psychose Stehende durch einen Andern veranlasst wurde, ein Rechtsgeschäft abzuschliessen, welches von ihm bei seiner bisherigen Persönlichkeit nicht erwartet werden konnte, und welches durch den Grad der jetzt vorhandenen geistigen Störung allein nicht zureichend bedingt ist, so wird man wohl ungezwungen von einer Störung der geistigen Thätigkeit im Sinne des § 105, A. 2 reden dürfen. Eine mehr juristische Frage wird es immerhin sein, in solchen Fällen der Erörterung näher zu treten, ob sie sich nicht unter § 119 beziehungsweise § 123 unterbringen lassen.

Wie dem auch sei, die äusserste Vorsicht des Gutachters ist in allen derartigen Fällen angebracht, will man nicht der Beeinflussung durch andre, die für unser ganzes gesellschaftliches Leben eine entscheidende Rolle zu spielen berufen ist, eine vom Gesetz nicht beabsichtigte Sonderstellung einräumen.

Ein noch viel höherer Grad von Vorsicht und Sorgfalt wird aber dann unumgänglich notwendig sein, wenn eine Person behauptet, durch eine Hypnose zur Abschliessung eines Rechtsgeschäfts veranlasst worden zu sein, welches sie nicht gewollt hat.

Wenn Cramer (S. 38) bemerkt, dass der Arzt ohne eigne Erfahrung auf dem Gebiete des Hypnotismus am Besten ein Gutachten über derartige Fälle ablehnt, so giebt er einen sehr guten Rat, der voll und ganz zu unterschreiben ist.

Ueber die Frage, ob durch die Hypnose ein Verbrechen suggeriert werden kann, herrschen zwei Anschauungen, die sich einander durchaus widersprechen. Nach einer Anschauung kann jeder Mensch unter dem Einfluss der Hypnose dieses oder jenes Verbrechen begehen; die kriminelle Gefahr der Hypnose ist demnach recht gross. Nach der andern Anschauung, die mehr Anhänger zählt, ist diese Gefahr aber sehr viel geringer. Nach ihr kann einem gesunden Menschen eine That nicht suggeriert werden, die seinen Anschauungen, seinen Ansichten, seiner Erziehung widerspricht. Bei allen

diesen Verwandlungen der Persönlichkeit macht sich nach Gilles de la Tourette immer wieder doch der jeder Persönlichkeit eigentümliche Wille und Charakter geltend. Kuh geht sogar so weit zu sagen:

„Es ist noch an keinem wirklich einwandfreien Fall der Beweis erbracht, dass eine Person rein auf hypnotischem Wege zur Ausführung eines Verbrechens angestiftet ist.“

Man ist daher unter Bezugnahme auf die reichhaltige Literatur zu dem Schlusse berechtigt, dass die Hypnose für den gesunden Menschen, wenn überhaupt, nur eine recht geringe Gefahr bedeutet in der Richtung, dass er durch sie zu einem Verbrechen gezwungen wird. Zeigt sich hier, dass die Hypnose überschätzt wurde, so wird das auch da gelten, wo durch die Hypnose ausgelöste zivilrechtliche Handlungen in Frage kommen. Laboratoriumsversuche sind hier so wenig wie in der eben erwähnten Beziehung von entscheidender Bedeutung, da der Einwurf immer berechtigt ist, dass der Hypnotisierte wusste oder fühlte, es liege ein Experiment, eine „Komödie“ vor. Es dürfte auch in der That nicht so leicht und mit manchen Gefahren und Bedenken verknüpft sein, durch die Hypnose einen Andern zum Abschluss von ihm fremden Rechtsgeschäften zu veranlassen. Der Hypnotisierende muss das geeignete Objekt aussuchen, da nicht jeder zu hypnotisieren ist; schon die einleitenden Handlungen werden den zu Hypnotisierenden stutzig machen; sodann ist die Möglichkeit des plötzlichen Erwachens des Hypnotisierten, die Furcht vor Entdeckung bei mangelhafter Wirkung der suggerierten Amnesie nicht ausser Acht zu lassen.

Man darf daher wohl Ballet beipflichten und mit ihm annehmen, dass die Ausnutzung eines hypnotisierten Individuums zur Ausstellung von Schuldverschreibungen usw. in Wirklichkeit nicht zu fürchten ist. Giebt also Einer an, er sei in der Hypnose zur Unterschrift eines Wechsels veranlasst worden, so wird man von vornherein diesen Angaben keinen unbedingten Glauben beizumessen brauchen, um so weniger, je mehr der Betreffende daran interessiert ist, die Handlung ungeschehen zu machen.

Ein endgültiges Urteil über den zivilrechtlichen Wert der Hypnose steht mir nicht zu, da es mir an eigener Erfahrung gebricht. Ich würde daher auch (s. o.) eine Sachverständigenthätigkeit ohne Weiteres abzulehnen versuchen. Wohl aber halte ich mich nach Durchsicht der einschlägigen Literatur, welche die zivilrechtlichen Beziehungen gegenüber den strafrechtlichen vernachlässigt, für berechtigt, in allen diesen Fällen die äusserste Skepsis anzuempfehlen.

Bei der Gelegenheit sei nur nebenbei darauf aufmerksam gemacht, dass in Ungarn die unter Kuratel stehende Person nur mit Einwilligung des Vormunds hypnotisiert werden darf (Wagner S. 354<sup>1)</sup>), und dass die Volksvertretung in Brüssel einen Gesetzentwurf nachstehenden Inhalts angenommen hat: „Mit Haft wird derjenige bestraft, der mit der Absicht zu betrügen oder zu schädigen durch ein hypno-

---

1) Vergleiche hierzu den Erlass des preuss. Cultusministers vom 29. XII. 1900 betr. die Berechtigung zur Vornahme bestimmter med. Eingriffe an minderjährigen oder aus anderen Gründen nicht völlig geschäftsfähigen Personen.

tisiertes Individuum eine solche Urkunde unterschreiben lässt, welche einen Vertrag, eine Verfügung, Lösung oder Erklärung enthält. — Dieselbe Strafe trifft denjenigen, der jene Urkunde zu seinem Nutzen verwerthet hat.“ (Vierteljahrsschr. für gerichtl. Medic. III. S. 221). Man hatte dort mithin die Gefahren der Hypnose für das zivilrechtliche Leben offenbar für beachtenswert gehalten; vielleicht ist dies zum Teil darauf zurückzuführen, dass obige Vorschrift im Jahre 1892 erlassen ist und mit ihrer Entstehung somit in eine Zeit zurückreichte, in welcher man die rechtlichen Gefahren der Hypnose noch nicht auf das heute angenommene und, wie wir gesehen haben, recht bescheidene Maass eingeengt hatte.

### b) Empfang von Willenserklärungen. — Schlussbemerkungen.

Empfang unter Anwesenden. — Empfang unter Abwesenden. — Geschäftsunfähigkeit und § 105, A. 2. — Regelung der Beweislast.

In allen diesen Ausführungen ist nur die Abgabe einer Willenserklärung einer Person, die im Zustande der Bewusstlosigkeit oder der vorübergehenden Störung der Geistesthätigkeit sich befindet, Gegenstand der Erörterung gewesen. Der Abgabe steht gegenüber der Empfang. Es fragt sich, ob dem Individuum der genannten Art eine empfangsbedürftige Willenserklärung zugehen kann oder nicht.

Zu unterscheiden ist hier der rechtsgeschäftliche Verkehr unter Anwesenden und Abwesenden. Beiden Fällen gemeinsam ist die Voraussetzung, dass die Willenserklärung unter Umständen erfolgen muss, die es dem andern Teil ermöglichen, von ihr Kenntnis zu nehmen.

Handelt es sich um Rechtsgeschäfte unter Anwesenden, so kann dem Bewusstlosen eine empfangsbedürftige Willenserklärung nicht zugehen. In der gleichen Lage wird der sein, der an einer vorübergehenden Störung der geistigen Thätigkeit leidet, welche es ihm unmöglich macht, die Worte der ihm zugegangenen Erklärung zu verstehen oder deren Sinn zu erfassen. Auf eine Stufe mit ihm ist, um dies nur nebenbei hier zu erwähnen, auch derjenige zu stellen, der an sensorischer Aphasie leidet. Die ihm gegenüber geäußerte mündliche Willenserklärung des andern erscheint ihm als eine solche, welche in einer ihm völlig fremden und somit unverständlichen Sprache abgefasst ist. Hierbei darf darauf aufmerksam gemacht werden, dass eine motorische Aphasie oder erhebliche Paraphasie mit der rechtswirksamen Abgabe einer mündlichen Erklärung nicht vereinbar ist, und dass eine empfangsbedürftige schriftliche Willenserklärung dem ungiltig zugeht, der mit Alexie behaftet ist. In den oben angenommenen Fällen steht natürlich noch der schriftliche Verkehr (wenn auch unter Anwesenden) offen.

Auf die vom Gesetz vorgeschriebene Fähigkeit, eine empfangsbedürftige Willenserklärung so anzunehmen, dass sie in Kraft tritt, sind aber die in § 105, A. 2 skizzierten Zustände ohne jeden Einfluss, wenn es sich um eine Erklärung



unter Abwesenden handelt. Hier muss diese die schriftliche Form annehmen. Da aber der Zustand ein vorübergehender ist, so ist der Gegner nach Aufhören des fraglichen Zustandes in der Lage, von der Erklärung noch nachträglich Kenntnis zu nehmen, wenngleich er es weder erfahren hat, wann sie ihm zugeing, noch sie sofort zu begreifen vermochte.

Beim mündlichen Verkehr ist die Sache wesentlich anders. Ist hier das Wort verhallt, so lässt sich seine Existenz nicht mehr nachweisen, und bei seiner kurzen Lebensdauer muss es daher sofort vom Gegner perzipiert werden. Bei einem Verkehr unter Anwesenden wird der Erklärende sich wohl fast immer von der geistigen Verfassung seines Gegners zu überzeugen vermögen; und giebt er trotz der Bewusstlosigkeit des Gegners die empfangsbedürftige Willenserklärung ab, so hat er es sich allein zuzuschreiben, dass seine Willenserklärung vom Gesetz als nichtig angesehen wird.

Würde die Bewusstlosigkeit des Abwesenden die Möglichkeit einschliessen, dass die ihm zugegangene Erklärung mit Rücksicht auf dessen geistigen Zustand nichtig ist, so würde damit dem Erklärenden (wenn er sich vor nachteiligen Folgen schützen will) die Verpflichtung auferlegt sein, sich jedesmal von dem Geisteszustande seines Gegners zu überzeugen, mit andern Worten, die Erklärung würde sich zu einer unter Anwesenden gestalten. Eine derartige unnötige Erschwerung des geschäftlichen Verkehrs ist dem Sinne des B.G.B. fremd und von ihm auch durchaus nicht gewollt.

Fassen wir das Gesagte kürzer zusammen, so ist die Willenserklärung, die der anwesende Bewusstlose oder der vorübergehend geistig Gestörte abgiebt oder empfängt, nichtig; ist er abwesend, so ist nur die von ihm abgegebene, nicht die empfangene Willenserklärung nichtig.

Beide Fähigkeiten, die der rechtswirksamen Abgabe und die des rechtswirksamen Empfangs von Willenserklärungen, machen zusammen die Geschäftsfähigkeit aus. Der Bewusstlose und vorübergehend in seiner geistigen Thätigkeit Gestörte ist somit nicht geschäftsunfähig, wie ausdrücklich hervorgehoben werden muss. Das besagt über allen Zweifel erhaben der Wortlaut des Gesetzes, ganz abgesehen davon, dass sich der rechtliche Begriff der Geschäftsunfähigkeit nur auf Zustände von gewisser Dauer beziehen kann.

Es liegt hier vielmehr die Sache so, dass bei dem Individuum, dessen Geschäftsfähigkeit nicht im mindesten in Zweifel gestellt ist, nur konstatiert werden soll, ob in dem konkreten Falle eine Willenserklärung mit Rücksicht auf den momentanen und wieder vorübergehenden Geisteszustand für wirksam oder für nichtig zu halten ist. Eine Durchlöcherung der zivilrechtlichen Stellung liegt hier vor, oder es handelt sich, wie Endemann unter Anlehnung an die lucida intervalla sich ausdrückt, um dunkle Zwischenräume.

Es erübrigt noch, schliesslich zu bemerken, dass demjenigen die Beweislast zufällt, der die Nichtigkeit der Willenserklärung behauptet. Dem Andern ist es natürlich unbenommen, den Gegenbeweis zu liefern, dass, wenngleich der Erklärende an Anfällen von Bewusstlosigkeit oder an Anfällen vorübergehender

Störung der Geistesthätigkeit leidet, zur fraglichen Zeit diese pathologischen Momente nicht vorgelegen haben und mithin ihn nicht in seiner Willensfähigkeit beeinflusst haben können.

Ist die oben entwickelte Anschauung zutreffend, dass nicht jede vorübergehende Störung der Geistesthätigkeit eine während ihres Bestehens abgegebene Willenserklärung vernichtet, sondern nur dann, wenn einen beachtenswerten und auf die Willenserklärung einwirkenden Grad erreicht hat, dann wird auch die Duplik möglich sein, dass zwar zur kritischen Zeit die Störung vorgelegen habe, dass sie aber nicht von der vom Gesetz gewollten Intensität war. So lange freilich nicht von oberster Stelle die vorliegende Rechtsfrage endgiltig entschieden ist, so lange wird die obige Ansicht nicht auf ungeteilten Beifall seitens der Richter mit Sicherheit rechnen können.

### Kapitel III.

#### Der Einfluss dauernder Psychosen nach § 104, Z. 2.

##### a) Allgemeine Bemerkungen.

Vorgeschichte des § 104. Z. 2. — Begriff der freien Willensbestimmung. — Willensfreiheit im Sinne des Gesetzes. — Stellung der Sachverständigen zur Frage der freien Willensbestimmung in Theorie und Praxis. — Grad der Geistesstörung. — Gerichtliche Entscheidungen. — Bedeutung des Willens. — Form der Geistesstörung. — Dauer der Störung. — Verhältnis des § 104, Z. 2 zu § 105, A. 2 B.G.B. und § 51 St.G.B. — Beispiele der Kommission. — Wesen der durch § 104 Z. 2 bedingten Geschäftsunfähigkeit.

Die Frage, ob nicht entmündigte Personen mit Rücksicht auf eine bei ihnen vorhandene Geistesstörung als geschäftsfähig oder als geschäftsunfähig anzusehen sind, wird im B.G.B. einzig und allein durch den § 104, Z. 2 beantwortet. Diese Gesetzesvorschrift lautet:

##### **§ 104. Geschäftsunfähig ist:**

**2. wer sich in einem die freie Willensbestimmung ausschliessenden Zustande krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befindet, sofern nicht der Zustand seiner Natur nach ein vorübergehender ist.**

Oben (vergleiche Kap. I und Kap. II, Abs. 1) ist schon die Entstehungsgeschichte des genaueren geschildert worden, und es braucht daher an dieser Stelle nicht nochmals auf sie eingegangen zu werden.

Die Entstehungsgeschichte gibt genügenden Aufschluss darüber, wie es gekommen ist, dass der Begriff der freien Willensbestimmung auch in das B.G.B. eingezogen ist, nachdem er bisher nur im Strafrecht Geltung hatte und dort zu den lebhaftesten litterarischen Fehden Anlass gegeben hatte.

Im grossen und ganzen sind es zwei Punkte, die diese Meinungsverschiedenheiten und Aussetzungen an dem hier in Betracht kommenden § 51 des St.G.G. verursachten.

Einmal konnte man sich mit der Annahme einer freien Willensbestimmung als solcher nicht recht befreunden. Man wies darauf hin, dass in der ganzen

Naturwissenschaft kein Vorgang bekannt sei, der nicht ursächlich begründet sei, dass diese Regel dann auch für die Willensbethätigungen des Menschen zutrefte, und dass es somit eine freie Willensbestimmung im strengsten Sinne des Wortes überhaupt nicht gebe. Bei dem Zustandekommen des Willens sei eben eine Reihe von Faktoren wirksam, die auf den den Willen ausübenden Menschen vor und zur fraglichen Zeit eingewirkt hätten. Dies trifft ja zweifellos zu. Aber der Gesetzgeber, der auch im St.G.B. erst auf Umwegen dazu kam, auf die freie Willensbestimmung Bezug zu nehmen, wollte diese durchaus nicht in dem Sinne aufgefasst wissen. Es sollte vielmehr, wie ausdrücklich bei der Abfassung des § 51 St.G.B. erklärt wurde, nur untersucht werden, ob derjenige normale Zustand geistiger Gesundheit vorhanden sei, dem die Rechtsanschauung des Volkes die strafrechtliche Verantwortung thatsächlich zuschreibe (cf. v. Wyss). Das St.G.B. leugnet mithin durchaus nicht den Determinismus und trägt der täglichen Erfahrung Rechnung, dass es einen in keiner Weise kausal bedingten Willen nicht gibt.

Da aber die Willensfreiheit nun einmal ein metaphysischer, der empirischen Psychologie fremder Begriff ist, so fehlt es nicht an Autoren, welche diesen oder einen ähnlichen Ausdruck aus dem Gesetzbuch verbannt wissen möchten, selbst bei dem erwähnten Zugeständnis. So möchte Schäfer den Ausdruck „freie Willensbestimmung“ ersetzt sehen durch die Worte „normale Willensbestimmung“ oder noch besser „regelmässige Selbstbestimmung“. Mendel schlägt die Fassung „die Fähigkeit regelrechter Willensbestimmungen“ vor. Kühlenbeck anderseits, um auch einen Juristen zu Worte kommen zu lassen, würde an Stelle der freien Willensbestimmung lieber „die von psychischen Störungen und Hemmungen freie Urteilsfähigkeit“ gesehen haben (Bd. I, S. 119). Nur nebenbei sei auf die Verschiedenheit der von dem Mediziner und der von dem Juristen gewählten Fassungen aufmerksam gemacht. Es ist nicht uninteressant, dass der Jurist die psychopathologischen Momente heranzieht, während der Mediziner auf die Regel Bezug nimmt, d. h. auf die Willensbestimmung, die man für gewöhnlich bei anderen Individuen in ähnlicher Lage voraussetzen darf.

Giebt man dieser Fassung auch im B.G.B. die freiere Deutung, welche der Gesetzgeber im St.G.B. ausdrücklich gewollt hat, so kann man sich mit dem nun einmal gegebenen Wortlaute zufrieden geben.

Auf der anderen Seite war und ist man durchaus geteilter Ansicht über die Stellung, die der Sachverständige in foro der freien Willensbestimmung gegenüber einzunehmen hat. Die eine Richtung behauptete, der Arzt habe dem Richter an der Hand seiner psychiatrischen Untersuchung des Falles das bei der Entscheidung notwendige Material zu überantworten, ohne sich selber auf die Frage einzulassen. Die andre Richtung war der Ansicht, dass auch die Beantwortung der Frage nach dem Vorhandensein oder Fehlen der freien Willensbestimmung zum Bereich der Aufgaben des Sachverständigen gehört. Es liegt mir fern, diesen Anschauungen, die jede für sich mit gewichtigen Gründen belegt waren, neues Material zuzufügen. Es genüge, auf die interessante und



lesenswerte Diskussion hinzuweisen, die in der Vierteljahrschrift für gerichtliche Medizin Bd. 42, 44, 45, 47 niedergelegt ist.

Jedenfalls wird seitens des Richters mehr als einmal an den Arzt die Frage gestellt, ob im vorliegenden Falle die freie Willensbestimmung ausgeschlossen sei, und der Sachverständige wird dann oft genug nicht umhin können, zu der Frage Stellung zu nehmen. Es bleibt ihm natürlich unbenommen, hierbei ausdrücklich zu erklären, dass diese Aufgabe zwar nicht zu seiner Domäne gehöre, dass er aber persönlich die Sachlage so oder so auffasse. Um so unbedenklicher kann man dem Sachverständigen gestatten, aus dem von ihm dem Richter unterbreiteten Material persönlich die doch auch von ihm berücksichtigten und ihm wohl bewussten Folgerungen zu ziehen, als ja der Richter an sein Gutachten nicht gebunden ist. Wenn mich der Eindruck, den ich beim Durchlesen der neueren Litteratur gewonnen habe, nicht täuscht, so überwiegt heute seitens der Mediziner die m. E. zutreffende Ansicht, dass das Gutachten des Sachverständigen auch über die freie Willensbestimmung unbeschadet der Rechte des Richters sich auslassen könne und dürfe. Ebensowenig fehlt es in den Kreisen der Juristen an gewichtigen Autoren, welche der gleichen Meinung sind.

Um nun auf die Besprechung des § 104, Z. 2 selber zurückzukommen, so muss die krankhafte Störung der Geistesthätigkeit, welche ohne Entmündigung die Geschäftsunfähigkeit des an ihr Erkrankten bedingt, nach dem Wortlaut des Gesetzes zwei Bedingungen erfüllen.

1. muss der Zustand der krankhaften Störung der Geistesthätigkeit die freie Willensbestimmung ausschliessen und

2. darf der Zustand seiner Natur nach nicht ein vorübergehender sein.

Die erste Bedingung bezieht sich auf den Grad, die zweite auf den zeitlichen Verlauf.

Was den Grad angeht, so können wir uns hier kurz fassen, indem wir uns auf das oben Gesagte beziehen. Nicht jede Geistesstörung erregt des Juristen amtliches Interesse, sondern nur die, welche in die Handlungen des an ihr Erkrankten eingreift. Hierzu ist ein besonderer Grad der Geistesstörung notwendig, und wenn das Gesetz dieser Forderung Ausdruck giebt, indem es den Ausschluss der freien Willensbestimmung voraussetzt, so erscheint das hier insofern annehmbarer, wenn man erwägt, welche gewichtige Rolle bei dem Rechtsgeschäft dem Moment des Willens zuerkannt wird. Wird doch geradezu Willenserklärung und Rechtsgeschäft mit einander identifiziert.

Einer gleichen Auffassung begegnen wir in verschiedenen Entscheidungen höherer Gerichte. Wenngleich sie zu einer Zeit erfolgten, in der es noch kein B.G.B. gab, so dürfen sie doch auch heute noch auf eine, wenn auch nur relative, Gültigkeit und Anwendbarkeit Anspruch erheben. So entschied das Reichsgericht, III. Senat in seiner Sitzung vom 14. Juni 1895 (S. A. 51. No. 89): „Der Begriff Geistesstörung oder Geisteskrankheit ist nichts vollkommen gleichbedeutendes mit Handlungsunfähigkeit; nicht jede in technisch-medizinischem Sinne geistig

krankte Person entbehrt deshalb durchaus der Handlungsfähigkeit.“ Es entscheidet hierüber der Einfluss, den die Geistesstörung auf das geschäftliche Leben gewinnt.

Dabei ist natürlich nicht vorausgesetzt, dass der geistigen Störung erst dann diese Stellung eingeräumt wird, wenn sie einen solchen Grad erreicht hat, dass von einer geistigen Thätigkeit keine Rede mehr sein kann. Auf der andern Seite muss aber doch die Störung derartig intensiv sein, dass, um Fürstner's Ausdruck zu gebrauchen, die durch die Geistesstörung gegebenen Faktoren geeignet sind, die Willensäußerungen zu beeinflussen. So lange der Geistesgestörte imstande ist, die wesentliche Bedeutung der Rechtsgeschäfte zu erfassen und ihre nächsten Folgen zu übersehen, so lange wird man Bedenken tragen, ohne weiteres von einer die Geschäftsunfähigkeit bedingenden Geistesstörung zu reden (cf. S. A. 40, No. 5; 47. No. 93.)

Wenn freilich, wie es in einem jüngst vom R.G. entschiedenen Fall zutrifft, das Eingehen der Wechselverbindlichkeit bei dem vollen Bewusstsein ihrer Tragweite auf eine Anomalie in den geschlechtlichen Trieben zurückzuführen ist, welche als krankhaft bezeichnet werden kann, so darf von einer Verantwortlichkeit keine Rede sein. „Sehr namhafte Rechtslehrer, zugleich aber auch Irrenärzte haben sich bei der Auslegung des § 51 St.G.B. dahin ausgesprochen, dass da, wo eine Geisteskrankheit des Verbrechers indiziert ist, und solcherweise seine Zurechnungsfähigkeit in Frage steht, die Feststellung, dass der Angeklagte die Strafbarkeit seiner That gekannt habe und sich derselben bei der That bewusst gewesen sei, allein nicht ausreiche, um seine strafrechtliche Verantwortung zu begründen. Vielmehr ist das ganze Geistesleben, die Vergangenheit, die Frage nach einer körperlichen Krankheit und dergleichen einer Erörterung zu unterziehen, um mit Sicherheit zu entscheiden, ob Erregungen des Gemüts oder krankhafte Triebe die freie Willensbestimmung ausgeschlossen haben.“ Mit Recht macht hierbei übrigens das R. G. auf eine unzutreffende Auffassung des Vorderrichters aufmerksam, die sich darin kundgibt, dass er nur Störungen des Vorstellungslebens, nicht auch solche des Empfindungslebens, vor allen Dingen Anomalien in dem geschlechtlichen Triebleben als Ursache für die Unzurechnungsfähigkeit anerkennt (cf. Biberfeld). Ein lehrreicher Beitrag zu der Befürchtung Schaefers, dass bei dieser Nomenklatur vor den andern geistigen Funktionen bezüglich der Verantwortlichkeit des Menschen seitens des Gesetzgebers und der rechtsprechenden Juristen der Willensthätigkeit eine unverdiente Bevorzugung zuerkannt wird (I. S. 9).

Es entscheidet mithin der Grad der geistigen Störung, nicht die Form, und geflissentlich hat das B. G. B. es unterlassen, sich hier an die klinische Terminologie anzulehnen. Aber auch vordem, als man in dem Bereiche des Landrechts sich noch mit den Begriffen Wahnsinn und Blödsinn abfinden musste, wusste eine gleiche Auffassung sich Geltung zu verschaffen. So entschied das oberste L. G. für Bayern in einem Urteile vom 19. XII. 1884 (S. A. 40. No. 177): „Unrichtig ist es, wenn der Berufsrichter die Handlungsunfähigkeit lediglich auf die Krankheitsform der Raserei (furor) oder des Wahnsinns (dementia) beschränkt hält. Schon das römische Recht hat die Handlungsunfähigkeit, die es bei furiosi und dementes als Regel statuiert. . . . auf . . . andere . . . ausgedehnt, wenn die geistige Störung oder Schwäche einen solchen Grad erreicht, dass die betreffenden Leidenden ihren Vermögensangelegenheiten nicht vorstehen können (qui rebus suis superesse non possunt),

und nach gemeinrechtlicher Doktrin und Praxis wird nicht bloß bei Rasenden und Wahn-sinnigen, sondern auch bei solchen Personen die Handlungsfähigkeit ausgeschlossen, deren Geistesschwäche einen so hohen Grad erreicht, dass sie die Bedeutung der von ihnen einzu-gehenden Rechtsgeschäfte nicht zu erkennen vermögen und zur Ueberlegung und freien Wahl zwischen verschiedenen Entschlüssen unfähig sind. Denn der Grund der rechtlichen Hand-lungsunfähigkeit — nur der Grund, nicht die Bezeichnung der Form der Geisteskrankheit ist entscheidend — liegt in dem Mangel der Fähigkeit zur Ueberlegung und freien Entschlusswahl beziehungsweise Willensbestimmung, und eben dieser Grund trifft auch bei Personen zu, welche in solchem Grade an Geistesschwäche leiden, dass sie gleich handlungsunfähigen Un-mündigen in Bezug auf Ueberlegung und Entschlusswahl nicht die geistige Qualifikation be-sitzen, die zur Eingehung von Rechtsgeschäften notwendig vorausgesetzt werden muss.“ (cf. Erkenntnis des O. A. G. von Berlin vom 20. XII. 1868. S. A. 25. No, 117).

Neben dieser durch das Gesetz vorgeschriebenen Intensität muss der Zu-stand der krankhaften Störung der Geistesthätigkeit ein seiner Natur nach nicht vorübergehender sein. Das war ja das entscheidende Merkmal, welches die Geschäftsunfähigkeit von der durch vorübergehende Störungen bedingten Un-fähigkeit zur Abgabe von Willenserklärungen scharf trennen sollte. Also hier in § 104, Z. 2 ein dauernder, in § 105, A. 2 ein vorübergehender Zustand, in § 104, Z. 2 Geschäftsunfähigkeit, in § 105, A. 2 Nichtigkeit der betreffenden Willenserklärungen. In praxi wird es darauf hinauslaufen, dass die Anwendbarkeit des § 105, A. 2 sich überwiegend auf eine einzelne, bestimmte Willenserklärung bezieht. Im Falle des § 104, Z. 2 wird dies natürlich auch möglich sein. Trifft aber der Paragraph zu, so sind in gleicher Weise alle die Handlungen zu be-urteilen, welche zeitlich in den festgestellten Zustand der Geschäftsunfähigkeit fallen. Es liegt also hier unter Umständen, wenn man will, ein nachträgliches Kollektiv-gutachten über in die Vergangenheit fallende Rechtsgeschäfte vor.

Ein ähnlicher Unterschied wie oben ist nicht zu verkennen, wenn man § 51 des St.G.B. mit § 104, Z. 2 vergleicht. Dort wird die einzelne strafbare Hand-lung zum Gegenstand der juristischen Bewertung gemacht und ihr Vorhandensein negiert, wenn bestimmte psychiatrische Voraussetzungen erfüllt sind; eine generelle Unzurechnungsfähigkeit kennt somit das St.G.B. nicht. Hier aber sieht das Gesetz ab von einer Beurteilung des einzelnen Rechtsgeschäfts oder verschiede-ner, gleichbedingter Rechtsgeschäfte, sondern entscheidet über die Fähigkeit und gestattet von ihr rückschliessend die zivilrechtliche Begutachtung des Einzel-falles.

Wenn man die Geistesstörungen des § 104, Z. 2 und § 105, A. 2 nicht rücksichtlich ihrer Intensität, sondern ihrer zeitlichen Dauer mit einander ver-gleicht, so ergeben sich meines Erachtens für den Einzelfall Schwierigkeiten, die nicht nur theoretisches Interesse beanspruchen dürften. Das gilt natürlich nicht für die Fähigkeit zur Abgabe von Willenserklärungen — diese existiert in dem einen Fall so wenig wie in dem andern —, sondern für die Fähigkeit, eine empfangsbedürftige Willenserklärung empfangen zu können. Nur dem vorüber-gehend Geistesgestörten kann in seiner Abwesenheit eine solche Erklärung rechts-



wirksam zugehen. Gesetzt nun, dass einem nicht entmündigten Epileptiker ein Kapital gekündigt wird, dass dem Epileptiker diese Erklärung just in dem Zeitpunkte zugeht, in dem ein epileptischer Dämmerzustand eingesetzt hat, und dass dieser Dämmerzustand wochenlang anhält, jedenfalls noch zu dem Termin besteht, an dem die Rückzahlung der Gelder erfolgen soll, wie wäre der Fall in praxi zu beurteilen, wenn der nicht entmündigte Epileptiker in der Besorgung seiner Angelegenheiten rein auf sich angewiesen wäre, wenn sein sonstiger Geisteszustand nicht so wäre, dass er seine Geschäftsunfähigkeit bedingte, und wenn der Gegner optima fide gehandelt hätte?

§ 104, Z. 2 spricht von einem Zustand, der seiner Natur nach nicht ein vorübergehender ist, § 105, A. 2 nur von einer vorübergehenden Störung. Es macht also § 104, Z. 2 die Beurteilung hinsichtlich der Dauer des Zustandes der Störung abhängig von der Natur der Störung, von seiner klinischen Eigenart. Bei den ursprünglich nahen Beziehungen zwischen den beiden Paragraphen und der erst später erfolgenden ausdrücklichen Gegenüberstellung wird die Annahme gerechtfertigt sein, dass § 105, A. 2 sich in erster Linie auf solche Zustände der Störung der geistigen Thätigkeit bezieht, die ihrer Natur nach vorübergehende sind. Hierunter würden aber vom psychiatrischen Standpunkt aus zweifellos epileptische Dämmerzustände fallen, und unter Bezugnahme auf den oben skizzierten Fall würde dann der Epileptiker in seinem rechtsgeschäftlichen Leben Unannehmlichkeiten ausgesetzt sein, an denen er nichts weniger als schuld ist und die vom Gesetzgeber kaum beabsichtigt sein dürften. Die hierüber von mir befragten Juristen glaubten, eine andre Beurteilung der Sachlage nach dem scharfen und präzisen Wortlaut des Gesetzes nicht zulassen zu können.

Nun hatte die Kommission als Beispiele für solche, die freie Willensbestimmung ausschliessenden Zustände, welche ihrer Natur nach nur vorübergehend sind, ausdrücklich angeführt: Schlaf, Fieber, Trunkenheit, zirkulärer Wahnsinn. Mit den 3 erstgenannten Beispielen wird man sich von psychiatrischer Seite wohl einverstanden erklären können. Das sind Affektionen, die ihrem ganzen Wesen nach nicht von längerer Dauer sind. Das trifft aber durchaus nicht zu für den „zirkulären Wahnsinn“ und ebensowenig für die klinisch gleichwertigen, wenn auch nicht ausdrücklich genannten, periodischen Störungen. Gewiss sind sie ihrer Natur nach vorübergehend, aber das besagt durchaus nicht, dass sie sich innerhalb eines kurzen und im voraus bestimmbar Zeitraums abspielen. Eher kann man oft das Gegenteil beobachten, indem sich beispielsweise an eine melancholische Phase von einigen Monaten nach einer kurzen Frist von wenigen Wochen eine maniakalische Erregung anschliessen kann, die wiederum Monate dauert. Es würde dem Sinne des Gesetzgebers direkt widersprechen, wenn man in diesem letzterwähnten Falle, wenigstens für die Zeiten der ausgesprochensten geistigen Störung, nicht das Vorhandensein einer Geschäftsunfähigkeit annehmen wollte; und periodische Psychosen schliessen anderseits die Zulässigkeit einer Entmündigung nicht aus. Es genügt, auf diesen Streitpunkt hingewiesen zu haben, dessen Erledigung den Juristen überlassen bleiben möge.

Hat der seiner Natur nach nicht vorübergehende Zustand krankhafter Störung der Geistesthätigkeit einen solchen Grad, dass eine vernünftige Erfassung und richtige Erwägung der in Betracht kommenden Umstände durch sie ausgeschlossen ist, so bedingt dieser Zustand schon für sich die Geschäftsunfähigkeit. Es bedarf hierzu nicht eines vorhergehenden, offiziellen Untersuchungs- oder Feststellungsverfahrens in der Form der Entmündigung, sondern schon ohne dessen Hinzutritt kann der Wille des Geistesgestörten keine rechtliche Beachtung verdienen, weil er durch pathologische Momente, also nicht durch das bei Personen gleicher Lebenslage übliche Abwägen der für oder gegen eine bestimmte Handlung sprechenden Beweggründe geleitet wird.

Es ist sicherlich gerechtfertigt und nicht mehr als billig, dass nur ein höchgradiger Mangel in der Willensbeschaffenheit des Individuums diesem die Geschäftsfähigkeit nimmt. Diese Geschäftsunfähigkeit, die, weil sie rein durch die Natur der geistigen Störung bedingt ist, auch die natürliche Geschäftsunfähigkeit heisst, fällt mit der Deliktsunfähigkeit (cf. § 828) zusammen, entsprechend der unzweideutig ausgesprochenen Absicht der II. Kommission (cf. Abschnitt IV Kapitel 2).

Der § 104, Z. 2 trifft somit in erster Linie für die zu, denen von amtlicher Seite kein gesetzlicher Vertreter in der Form eines Vormundes gesetzt ist. In der That sind die Fälle nicht allzuselten, in denen die Geschäftsfähigkeit eines nicht entmündigten Individuums in Frage gestellt ist.

Die Entmündigung ist unterblieben, weil es bisher an den formellen oder materiellen Voraussetzungen oder an beiden fehlte. Es war von keiner Seite ein Antrag gestellt; weder lag ein öffentliches Interesse vor, noch waren Anverwandte da, die ihren Geistesgestörten schützen konnten. Fehlte es aber nicht an solchen, so liegt immerhin die Möglichkeit vor, dass die Geistesstörung verkannt oder unzutreffend beurteilt, d. h. in ihrer zivilrechtlichen Bedeutung unterschätzt wurde.

Bei den fließenden Uebergängen von geistiger Gesundheit zur ausgesprochenen Geisteskrankheit und bei dem ganz allmählichen Beginne vieler chronisch verlaufender Geistesstörungen erscheint das nicht sonderlich auffallend. Es möge genügen, hier ein Beispiel anzuführen, wie wir es als Anstaltsärzte gar zu oft erlebt haben. Von einer bestimmten Zeit an erscheint der bis dahin fleissige, ruhige, geordnete Mann anders wie vordem. Er ist aufgereggt, exaltiert, auffallend guter, sorgloser Stimmung, zu gewagten Spekulationen geneigt. Aber die Familie scheut sich oder schämt sich, auch nur den Gedanken an eine beginnende Psychose aufkommen zu lassen; sie unterdrückt ihn sofort, wenn er überhaupt auftaucht. Die Familie sucht nach Gründen der Veränderung des Wesens; sie findet, dass der Mann seit einiger Zeit mehr trinkt denn sonst, und nun erscheint ihr der Thatbestand nach der ursächlichen Seite hin genügend aufgeklärt, während der wahre Zusammenhang natürlich der ist, dass auch die Trinkexzesse auf Rechnung der beginnenden Geistesstörung zu setzen sind. Bald stellt sich heraus, dass ganz unsinnige Geschäfte mit den weitgehendsten Verbindlichkeiten abgeschlossen worden sind, welche die finanzielle Lage der Familie ruinieren. Jetzt

ist natürlich die Sachlage klar. Es liegt eine progressive Paralyse vor, die schon längst die Entmündigung gerechtfertigt hätte. Je nach Lage des Einzelfalls wird dann von § 104, Z. 2 Gebrauch gemacht werden können.

In andern Fällen wieder hat man vielleicht von der Entmündigung abgesehen, weil der Zustand der Störung, wenn er auch schwer genug war, voraussichtlich in absehbarer Zeit ein Ende erreichte oder baldiger Tod zu erwarten war; oder die Entmündigung ist wieder aufgehoben, aber, wie sich nachher herausstellte, war der Kranke noch nicht so weit genesen.

In allen solchen Fällen, in denen man an eine Entmündigung nicht gedacht hat oder von ihr aus irgendwelchen Gründen Abstand genommen hat, greift § 104, Z. 2 Platz. Auch die früheren Gesetzgebungen versuchten, den geschädigten Interessen der Geistesgestörten, auch wenn sie nicht entmündigt waren, gerecht zu werden. Indess war dies nach dem *code civil* art. 503, über den allein ich aus eigener Erfahrung zu urteilen vermag, recht schwer, und so selten erlebte man, dass derartige Rechtsgeschäfte rückgängig gemacht werden konnten, dass es fast ratsam erschien, den Anverwandten von einem Prozess mit unsicherem Ausgange abzuraten, um ihnen wenigstens die Prozesskosten zu ersparen.

### b) Sachverständigen-Thätigkeit.

Verhältnis des § 104. Z. 2 zu § 51 St.G.B. — Sectionsbefund. — Wert der Zeugenaussagen. — Bemessung der Intensität. — Bestimmung zeitlicher Verhältnisse. — Art und Inhalt der Rechtsgeschäfte. — Zeitlicher und ursächlicher Zusammenhang. — Remissionen. — Beweislast.

Die Thätigkeit der Sachverständigen ist hier zwar nicht ausdrücklich vorgesehen, so erwünscht, um nicht zu sagen, selbstverständlich sie ist. Wird sie gewünscht, so ist sie auch hier gleichwie in § 51 St.G.B. mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft, insofern als die Begutachtung sich auf einen bereits in der Vergangenheit liegenden Zustand erstrecken soll. Sowohl in der forensischen, wie in der zivilrechtlichen Praxis werden dem Sachverständigen Zustände begegnen, bei denen es zweifelhaft sein kann, ob die Willensäußerungen oder Willensbethätigungen in dem vom Gesetzgeber gewollten Grade beeinflusst waren oder nicht. Vor allem gilt dies für die Uebergänge von geistiger Gesundheit zur geistigen Krankheit.

Im Strafprozess wird der Sachverständige der sich ihm in solchen Grenzfällen entgegenstellenden Schwierigkeiten dadurch in etwas Herr werden, dass er den § 51 zwar nicht für zutreffend erachtet, aber doch gebührend hervorhebt, dass der Thäter bei seiner Handlung durch dieses oder jenes pathologische Moment sich habe leiten lassen und daher eine mildere Beurteilung verdiene. Die Frage der verminderten Zurechnungsfähigkeit wird mit Absicht nicht angeschnitten.

Im zivilrechtlichen Leben aber giebt es nur zwei Möglichkeiten; entweder war das Individuum geschäftsfähig, und dann sind die von ihm abgeschlossenen Rechtsgeschäfte wirksam, oder es war geschäftsunfähig, und dann sind alle seine



Willenserklärungen nichtig. Eine Abstufung der zivilrechtlichen Stellung nach der entgegengesetzten Seite, handle es sich nun um Geschäftsfähigkeit oder Geschäftsunfähigkeit, gibt es nicht. Hier existiert nur ein starres aut — aut.

Diese Gebundenheit des Sachverständigen darf ihn natürlich nicht veranlassen, ein Gutachten abzugeben, das positiver ist, als es nach dem Material sein dürfte. Der Sachverständige muss auch hier das, was er weiss, scharf trennen von dem, was er denkt, und sich bei zweifelhaften Fällen nicht zu weit hinauswagen, sich vielmehr mit einem non liquet begnügen.

Verschiedene Möglichkeiten der Begutachtung sind gegeben; entweder ist das Individuum nicht mehr einer Untersuchung zugänglich, weil es schon tot ist, oder es lebt noch und ist dann entweder noch gesund oder krank.

Was den ersten Fall angeht, so sieht hier oft genug die Begutachtung von eigenen Untersuchungen des Sachverständigen ab, wenn nicht gerade noch eine Untersuchung des Gehirns möglich ist.

Soviel aber auf dem Gebiete der pathologischen Anatomie der Gehirnkrankheiten auch gearbeitet worden ist, so sehr muss doch betont werden, dass dieser Zweig der psychiatrischen Forschung für die gerichtsärztliche Thätigkeit bisher wenig Nutzbringendes zu Tage gefördert hat. Am besten ist es noch nach wie vor um die Paralyse bestellt. Finden sich hier bei der makroskopischen Betrachtung nachweisbarer Schwund der Diploe, eine bestimmt lokalisierte Verdickung und Trübung der weichen Häute, Hydrocephalus internus et externus, nachweisbare Atrophie des Stirn- und Scheitelhirns (cf. Mendel, Centralbl. 1898, S. 1017), so wird man Nissl beipflichten müssen, wenn er sich für berechtigt hält, daraus den Schluss zu ziehen, dass intra vitam Paralyse bestanden habe. Auch die mikroskopische Untersuchung wird entscheidende Befunde entdecken lassen können, wofern nur das Gehirn noch in genügend frischem Zustande zur Verarbeitung gelangt und der Sachverständige über die notwendige Technik und Detailkenntnis verfügt. Ohne den etwaigen diagnostischen Wert einer anatomischen Untersuchung herabsetzen zu wollen, muss aber doch darauf hingewiesen werden, dass die Paralyse die Krankheit ist, die post mortem noch am ehesten auch ohne anatomischen Befund einer nachträglichen Diagnose zugänglich ist. Es sei nur auf die beiden jüngst mitgeteilten Fälle von Knauer und Dornblüth hingewiesen.

Bei der Mehrzahl der andern Krankheiten darf dem am Gehirn erhobenen Befunde eine ausschlaggebende Bedeutung nicht beigelegt werden. Denn einmal finden wir deutliche greifbare Befunde am Gehirn, denen keine nachweisbare oder bemerkenswerte Störung auf geistigem Gebiete entsprach, und anderseits kann in Fällen der ausgesprochensten Geisteskrankheit, des vorgeschrittenen Blödsinns das Gehirn intakt erscheinen. Eine grobe Veränderung am Gehirn macht es natürlich wahrscheinlich, dass geistige Störungen bestanden haben können, ohne freilich uns damit etwas über deren Intensität zu verraten. Zu der von Nissl vor Kurzem aufgeworfenen Frage, ob es überhaupt rein funktionelle d. h. ohne nachweisbare anatomische Veränderungen einhergehende Psy-

choten gebe, braucht an dieser Stelle um so weniger Stellung genommen zu werden, als die von Nissl erhobenen Befunde so schwer darstellbar und so diffiçiler Natur sind, dass ihre gerichtsärztliche Verwertung zur Zeit zum Mindesten verfrùht und somit unanwendbar erscheint.

Der Sachverständige wird dann für gewöhnlich auf den Inhalt der Akten und auf Zeugenaussagen angewiesen sein. Es kann aber nicht genug hervorgehoben werden, dass diese nur mit äusserster Vorsicht zu benutzen sind. Selbst wenn der günstige Fall vorliegt, dass der Zeuge an dem Ausgang des Rechtsstreites nicht beteiligt ist, wird er doch nur sehr selten seine Beobachtungen unmittelbar, so wie er sie erlebt hat, schildern. Wird dies schon einem gebildeten Manne schwer, wie viel mehr einem Manne aus dem Volke! An Stelle der einfachen nackten Schilderung tritt, wie so oft, das bequemere Urteil, das dem nicht fachmännisch gebildeten Laien nicht zusteht. Wie tolerant ist oft der Laie gegenüber den Aussagen oder Handlungen notorisch Geistesgestörter, ehe er sie für unverständlich oder unvernünftig hält. Und anderseits soll der Umstand, dass das fragliche Individuum einer seit Jahrzehnten gewohnten und zudem noch recht einfachen Thätigkeit nachging, mit aller Sicherheit beweisen, dass es nicht geistesgestört gewesen sein könne.

Hierzu kommt noch die weitere Möglichkeit einer Verkennung des wahren Thatbestandes durch den Einfluss der Erinnerungsfälschungen, der sich um so eher geltend machen wird, je unklarer die Eindrücke waren, je mehr Zeit inzwischen verflossen ist, fernerhin noch der Eindruck der Vereidigung, die den einfachen Mann aus dem Volke geradezu hemmt, der Vernehmung, und schliesslich der Fragestellung des vernehmenden Richters.

Alle diese Fehlerquellen, die in dem schriftlichen Protokoll noch vermehrt sind durch die den Auslassungen vom Richter gegebene Fassung, sind gebührend zu berücksichtigen. Zum Teil lassen sie sich ja wohl vermeiden oder einschränken, wenn der Sachverständige den Zeugenvernehmungen persönlich beiwohnt; und es ist Leppmann (IV, S. 260) nur beizustimmen, wenn er dies dringend empfiehlt. Abgesehen davon, dass der Sachverständige sich von der Glaubwürdigkeit und Urteilsfähigkeit der Zeugen aus eigener Anschauung überzeugen und den Wert ihrer Auslassungen so richtiger bemessen kann, ist er in der Lage, durch die zweckentsprechende Fragestellung sich die gewünschte Auskunft zu verschaffen. Dass hierbei positive Angaben (der X. redete vernünftig) im allgemeinen mehr wiegen als negative (der X. redete nicht unvernünftig), das sei nur nebenbei bemerkt. Wie sich der Sachverständige mit den Zeugenaussagen abzufinden hat, richtet sich natürlich nach dem jeweiligen Fall; hier sei nur auf die Gutachten von Pelman, Rieger, Scholz u. a. verwiesen, die mancherlei praktische Anhaltspunkte geben.

Der Sachverständige wird sein besonderes Augenmerk darauf richten, sich über Abstammung, Entwicklung und den geistigen Zustand kurz vor und nach den in Rede stehenden Handlungen ein klares Bild zu verschaffen. Ist es gelungen, den Nachweis des Vorhandenseins der Geistesstörung zu erbringen, so

muss weiterhin auch ihr Grad bemessen werden, und vor Allem der Zeitpunkt ermittelt werden, in dem die Geistesstörung eine die Geschäftsunfähigkeit nach sich ziehende Höhe erreicht hat. Die allmähliche Entstehung der Störung erschwert natürlich ungemein die sichere Beurteilung, und im gleichen Sinne wirkt die sprunghafte Entwicklung, die wir bei andern Psychosen sehen. Der Epileptiker erscheint heute nach einem Anfall benommen, während er schon morgen wieder seine alte geistige Regsamkeit kundgibt. Den gleichen Schwankungen begegnet man oft bei Paralytikern, und einer erheblichen Verschlimmerung kann eine so erhebliche Besserung folgen, dass man den Kranken kaum wieder zu erkennen vermag. Man hüte sich also, daraus, dass heute etwa eine hochgradige geistige Schwäche vorliegt, den sicheren Schluss ziehen zu wollen, sie müsse auch vorher schon sich mehr oder minder deutlich bemerkbar gemacht haben und müsse auch nachher noch bestehen. Ein solcher Schluss wird ja oft genug das Richtige treffen, aber es kann auch ein Fehlschluss sein, je nach Lage des Falls und Art der Krankheit.

Die Unsicherheit der Zeugenaussagen erstreckt sich natürlich auch auf die vorliegende Beurteilung, wenn nicht etwa gerade ein recht deutliches Ereignis, welches nicht gut übersehbar ist, die zeitliche Grenze angiebt, wie eine erhebliche Schädelverletzung oder ein schwerer Schlaganfall, dessen psychische Folgeerscheinungen sofort auftreten und nicht mehr verschwinden.

Was für die Feststellung des Beginnes, gilt auch für die Ermittlung des Endes des fraglichen Zustandes nach § 104, Z. 2.

Hat es festgestellt werden können, dass zu einer bestimmten Zeit die freie Willensbestimmung ausgeschlossen war, und dass die Krankheit eine dauernde, erheblichen Schwankungen nicht unterworfen war, so wird es recht wahrscheinlich sein, dass die gleiche Störung auch im kritischen Zeitpunkt vorgelegen hat. Ist nun gar das Rechtsgeschäft derartig unverständlich, dass man seinen Abschluss von einer andern, in gleicher Lage befindlichen Person mit Sicherheit nicht erwarten darf, so ist damit die Begutachtung wesentlich erleichtert. Ist aber das Rechtsgeschäft ein verständiges, hat es einen erheblichen Vorteil abgeworfen, worüber der Arzt selbstverständlich nicht zu befinden hat, so darf daraufhin allein seine Nichtigkeit nicht in Abrede gestellt werden können, wenn im Uebrigen die Sachlage unverändert ist. Nehmen wir an, dass ein Paralytiker eine seine Verhältnisse weit übersteigende Schenkung macht, und gleich nachher in richtiger Auffassung der momentanen Geschäftslage riesengrosse Unternehmungen beginnt, die von Erfolg begleitet sind, so würde es doch dem Gerechtigkeitsgefühl widersprechen, wollte man die erstere Handlung für nichtig erklären, die zweite aber als wirksam betrachten.

Die Art und den Inhalt der fraglichen Rechtsgeschäfte wird der Sachverständige, wenn überhaupt, nur insoweit berücksichtigen dürfen, als er daraus, dass sie dem bisherigen Gebahren widersprechen, ein Hilfsmoment zu Gunsten der Annahme einer Geistesstörung herleiten darf, während anderseits der Abschluss eines verständigen Rechtsgeschäfts die sonst sicher gestützte An-



nahme des Vorhandenseins einer Geistesstörung allein nicht zu erschüttern vermag.

Der Sachverständige wird oft nicht umhin können, ausser den Zeugnisaussagen die Willenserklärungen der betreffenden Person selbst heranzuziehen. Nach dem Wortlaut des § 104, Z. 2 genügt ein zeitlicher Zusammenhang; geschäftsunfähig ist die Person in dem genau qualifizierten Zustande, und alle in diesem Zustand abgeschlossenen Rechtsgeschäfte sind dann weiterhin nichtig.

Es wirft sich hier die Frage auf, ob bei der Begutachtung ausser dem zeitlichen Zusammenhang und über ihn hinaus auch ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der geistigen Störung und den Geschäften festgestellt werden soll. Die Frage ist im Strafrecht, bei dessen Fassung die ausdrückliche Betonung eines derartigen Verhältnisses abgelehnt wurde, schon öfter angeschnitten, und wenn sie auch verschieden beantwortet wird, so führt sie in der Praxis doch zu ein und demselben Ergebnis, da an dem Geisteskranken keine Strafe vollzogen werden kann. Man neigt sich vielfach zwar der Ansicht zu, dass der ursächliche Zusammenhang zwischen Geistesstörung und Straftat nicht erbracht zu werden braucht, um die Unzurechnungsfähigkeit zu bedingen. Man legt hierbei entscheidendes Gewicht auf die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit, solchen Aufgaben gerecht zu werden, und betont, dass der Nichtnachweis eines Zusammenhangs durchaus nicht identisch ist mit dem Nachweis des Nichtzusammenhangs. Eine gleiche Auffassung bekundet die strafrechtliche Rechtsprechung und nimmt eine Unzurechnungsfähigkeit eines an chronischer Paranoia Leidenden auch dann an, wenn seine Handlungen keinen greifbaren Zusammenhang mit den Wahnideen haben.

Ein gleicher Standpunkt dürfte vermutlich richterlicherseits auch hier eingenommen werden, wenngleich der oberste Gerichtshof meines Wissens seine Stellung bisher nicht deutlich hat erkennen lassen. Wenn freilich frühere Entscheidungen die Feststellung der Beziehungen zwischen geistiger Störung und der Handlung geradezu verlangten, so mag dies darauf zurückzuführen sein, dass es vordem weniger darauf ankam, den nicht nur für ein einziges oder einige wenige Rechtsgeschäfte zutreffenden Zustand der allgemeinen Geschäftsunfähigkeit festzustellen, als über die Gültigkeit der jeweiligen Handlung zu entscheiden.

Leichter gestaltet sich die Aufgabe, wenn dem Sachverständigen die Aussagen des inzwischen Genesenen zu Gebote stehen. Wenn dieser auch nicht unparteiisch sein wird, so wird es dem Sachverständigen doch wohl meist möglich sein, sich darüber klar zu werden, ob die von dem Geheilten entworfene Schilderung seines krankhaften Zustandes klinisch wahr ist und sich mit den übrigen Aussagen vereinigen lässt.

Noch leichter wird die Aufgabe, wenn der zu Untersuchende zur Zeit noch krank ist. —

Nur dann, wenn die geistige Störung die bestimmte Intensität erreicht hat,

fällt sie unter § 104, Z. 2. Das schliesst aus, dass für gewöhnlich eine erst beginnende Psychose auch Geschäftsunfähigkeit nach sich zieht; anderseits wird bei einer abklingenden Psychose die bisherige Geschäftsunfähigkeit der Geschäftsfähigkeit weichen müssen, wenn das erkrankte Individuum seinen normalen Willen wieder erlangt hat. Bei erheblichen Schwankungen im Verhalten des Kranken wird in beiden Fällen je nachdem § 105, A. 2 anwendbar sein. Dass einzelne Rechtsgeschäfte, die derartig sind, dass auch ein normaler Wille sie abgeschlossen haben würde, allein die Geschäftsunfähigkeit nicht aufheben, das ist ja schon hervorgehoben. Ebenso wenig würde auf der andern Seite ein Rechtsgeschäft, das von einem Kinde abgeschlossen ist, deshalb allein gültig werden und die bei ihm vorhandene Geschäftsunfähigkeit aufheben, weil das Geschäft ein nutzbringendes und verständiges ist.

Zeigt das Krankheitsbild Remissionen von längerer Dauer und von solcher Intensität, dass während ihres Bestehens von einem Ausschluss der freien Willensbestimmung keine Rede mehr sein kann, so dürfte für diese Zeiten das Individuum als geschäftsfähig anzusehen sein.

Es werden von vornherein natürlich alle Formen von Geistesstörungen Gegenstand dieser Untersuchung werden können. Indes wird es sich doch meist um derartig gestaltete Psychosen handeln, die weder die Entmündigung wegen Geisteskrankheit noch die Anstaltsbehandlung nach sich gezogen haben. Im ersteren Falle würde die Frage der Geschäftsfähigkeit bereits entschieden sein, während im letzteren Falle dem in der Anstalt internierten Kranken für gewöhnlich keine Gelegenheit gegeben ist, sich an dem Zustandekommen von Rechtsgeschäften zu beteiligen. Die obigen Vorbedingungen werden viele beginnende Psychosen erfüllen, vor allem die Paranoia, Dementia senilis und Paralyse.

Der Sachverständige wird weniger Gelegenheit haben, angeborene Zustände unter dem Gesichtspunkt des § 104, Z. 2 zu begutachten. Meist wird da die Entmündigung bereits erfolgt sein. Erfolgt diese wegen Geisteskrankheit und lässt sich nachweisen, dass der heutige Zustand auch früher bestand, so ist damit die rechtliche Stellung in der Vergangenheit fixiert.

Vorwiegend wird es sich um erworbene Krankheiten handeln, und das grösste Kontingent wird hier wiederum die progressive Paralyse stellen. Es würde zu weit führen, hier des genaueren die Wege des Sachverständigen zu beschreiben. Nur die eine Bemerkung sei gestattet, dass bei der progressiven Paralyse Schriftproben als objektives Zeichen aus der Vergangenheit von erheblicher Bedeutung sind, und dass mir mehr als einmal die Durchsicht der Kopierbücher von an Paralyse erkrankten Kaufleuten die Begutachtung sehr erleichterte.

Derjenige, der behauptet, der andere sei geistesgestört im Sinne des § 104, Z. 2, und der diesem somit die sonst bei jedem erwachsenen nicht entmündigten Menschen vorauszusetzende Geschäftsfähigkeit abspricht, hat dies zu beweisen. Die Vermutung, dass eine einmal eingetretene Geistesstörung fort dauert (semel

demens semper talis präsimitur), ist so wenig am Platze wie die entgegengesetzte Vermutung, dass, solange eine Entmündigung nicht eingetreten ist, Geschäftsunfähigkeit nicht vorliegt. Der Andre kann den Gegenbeweis liefern, dass er zwar in dem kritischen Zeitraum geistesgestört war, aber nicht in dem Maasse, dass von einem Ausschlusse der freien Willensbethätigung bei ihm die Rede sein könne.

Es ist nicht notwendig, dass der Gegner den Geisteszustand der das Geschäft abschliessenden Person kennen musste, wenn das Geschäft nachher für nichtig erklärt werden soll. Würde man derartigen Forderungen, wie sie von juristischer Seite früher (Suarez) und auch jüngst wieder gestellt wurden, Rechnung getragen haben, so würde, wie Mendel zutreffend betont, das Verhältnis sehr zu Ungunsten der Geistesgestörten verändert worden sein; der Schutz, den ihnen das Gesetz bewilligt, wäre mehr oder weniger illusorisch geworden.

Sicherlich wird es sich empfehlen, dass die Person, deren Geisteszustand aus irgend welchen Gründen nachher in Zweifel gezogen werden könnte, sich dann, wenn sie eingreifendere Rechtsgeschäfte abschliesst, von fachmännischer Seite untersuchen lässt. Ein Einwand gegen die Wirksamkeit der Willenserklärungen wird dann noch weniger auf Berücksichtigung rechnen dürfen, wenn der Sachverständige den den Willen Erklärenden auch noch zur fraglichen Zeit zu sehen und zu beobachten Gelegenheit hatte oder gar dem Zustandekommen des Geschäfts in einer, auch später nachweisbaren Weise beiwohnte.

---

## Kapitel IV.

### **Die Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche.**

#### **a) Allgemeiner Teil.**

##### **1. Allgemeine Bemerkungen.**

Ausdruck „Entmündigung“. — Volljährigkeitserklärung. — Die Entmündigung Minderjähriger.  
— Entmündigungszwang („kann“). — Freies richterliches Ermessen.

#### **§ 6. Entmündigt kann werden:**

**1) wer in Folge von Geisteskrankheit oder von Geistesschwäche seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag.**

Da oben des Genaueren auseinandergesetzt worden ist, auf Grund welcher Erwägungen und Erörterungen der § 6 die heutige Fassung erhalten hat, so kann an dieser Stelle darauf verwiesen werden. Es wird auf obige Ausführungen nur



insoweit nochmals Bezug genommen werden, als sie zum Verständnis der Gesetzesbestimmung beitragen können.

Der Ausdruck „Entmündigung“ setzt, rein sprachlich aufgefasst, voraus die Wegnahme solcher Rechte, die nur einem mündigen Individuum zustehen. Es würde also streng genommen, der Ausdruck Entmündigung nur unter Bezugnahme auf ein bereits mündiges, volljähriges Individuum anwendbar sein.

Das B.G.B. berücksichtigt aber unter den Voraussetzungen, die für den Ausspruch einer Entmündigung maassgebend sein sollen, mit keinem Worte eine hierzu notwendige Altersgrenze. Im Gegensatz hierzu lautet art. 489 des code civil:

„Le majeur qui est dans un état habituel d'imbécillité, de démence ou de furéur, doit être interdit, même lorsque cet état présente des intervalles lucides.“

Auf der andern Seite kann ein Minderjähriger zufolge §§ 3—5 nach Vollendung des 18. Lebensjahres bereits für volljährig erklärt werden. Diese Volljährigkeitserklärung ist indes an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Wohl nur selten wird der Arzt in die Lage kommen, nach seinem Teile hierüber zu entscheiden und die Frage zu beantworten, ob die Reife des minderjährigen Individuums nach der physischen und besonders nach der psychischen Seite so weit vorgeschritten ist, dass man ihm die Stellung des Volljährigen unbedenklich einräumen kann.

Das B.G.B. sieht also die Möglichkeit vor, dass ein Individuum schon vor Erreichung des 21. Lebensjahres für volljährig erklärt werden kann. Ebenso darf an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass § 112 (Ermächtigung zum Betriebe eines Erwerbsgeschäftes) und § 113 (Ermächtigung, in Dienst oder Arbeit zu treten) einer partiellen Volljährigkeitserklärung gleichkommen, sofern es sich hier um minderjährige Individuen handelt. Es würde also dem Sinne des Gesetzgebers nicht widersprechen, auch eine Person, welche noch nicht die Altersmündigkeit erreicht hat, zu entmündigen. Das ergibt sich auch, wenn es noch eines Beweises bedürfte, aus § 646 der Z.P.O., der besagt, dass gegen eine Person, die unter elterlicher Gewalt steht, der Antrag auf Entmündigung von einem Verwandten nicht gestellt werden kann.

Dass aber der Gesetzgeber diese Ausdehnung der Möglichkeit der Entmündigung geradezu gewollt hat, ergibt sich aus den Motiven (I. S. 61): „Liegt auch bei Minderjährigen in geringerem Maasse das Bedürfnis vor, da dieselben schon an sich unter gesetzlicher Vertretung stehen, so muss doch dafür gesorgt werden, dass bei herannahender Volljährigkeit die Entmündigung so zeitig erfolgen kann, dass ein Zwischenzustand mangelnder Vertretung ausgeschlossen ist.“ So wird also eine Unterbrechung der vielleicht gerade hier besonders notwendigen Fürsorge vermieden. Der weiteren, in den Motiven niedergelegten Begründung: „Ausserdem hat die Entmündigung in manchen Rechtsgebieten insofern eine besondere, auch für Minderjährige wichtige Bedeutung, als von ihr die dauernde Unterbringung in einer Irrenanstalt abhängt“, wird man sich nicht unbedingt anschliessen wollen. Einmal ist selbst die dauernde Unterbringung in einer Irrenanstalt auch ohne Entmündigung durchführbar und gestattet, zum Andern genügt hierzu schon die elterliche Gewalt nach A. 1 des

**§ 1631: Die Sorge für die Person des Kindes umfasst das Recht und die Pflicht, das Kind zu erziehen, zu beaufsichtigen und seinen Aufenthalt zu bestimmen.**

Die Entmündigung eines Minderjährigen kann unter Umständen einen weiteren praktischen Vorteil bieten, wenn die Verhältnisse es geboten erscheinen lassen, ihn in seiner Geschäftsfähigkeit noch mehr zu beschränken, als es seinem Alter zukommt, und ihn durch die Entmündigung wegen Geisteskrankheit für geschäftsunfähig zu erklären.

Der Ausdruck Entmündigung giebt zweierlei Verschiedenes wieder. Einmal bezeichnet er die Handlung, durch die jemand entmündigt wird, also die Thätigkeit des mit der Entmündigung befassten Gerichts, und zweitens den Zustand, in dem der Entmündigte sich nach dem rechtskräftigen Ausspruch der Entmündigung befindet. Man kann also sagen, dass der Ausdruck „Entmündigung“ Ursache wie Folge umgreift.

Auch insofern weicht § 6 des B.G.B. von art. 489 des code civil wesentlich ab, als früher bei dem Vorliegen bestimmter Voraussetzungen die Entmündigung erfolgen musste, während heute der Entmündigungsparagraph nur besagt: „Entmündigt kann werden, wer . . . .“. Uebrigens bestimmte ja auch das Landrecht, dass Wahnsinnige oder Blödsinnige, welche nicht unter Aufsicht eines Vaters oder Ehemannes stehen, vom Staat unter Vormundschaft genommen werden müssen.

Von den verschiedensten Seiten ist diese Aufhebung des Entmündigungszwangs freudig begrüsst worden, in erster Linie natürlich von denen, die es erlebt haben, dass seitens der Staatsanwaltschaft ohne Weiteres die Entmündigung der Individuen beantragt wurde, die dauernd in einer Irrenanstalt bleiben mussten. Unter diesen war die Zahl der Fälle gar nicht so gering, in denen eine Entmündigung aus praktischen Rücksichten nicht geboten war, vielmehr nur zwecklos Kosten und Mühen verursachte.

Freilich scheint in einzelnen Bezirken eine irrtümliche Auffassung des § 1 der Minist. Verfüg. vom 28. XI. 1899 sehr viele Entmündigungen herbeizuführen. Das ist indes örtlich verschieden. Mir sind Anstalten, auch Pflegeanstalten bekannt, in denen die Zahl der Entmündigungen ungeheuer zugenommen hat; in andern Anstalten wie z. B. hier, ist die Zahl der Entmündigungen nach wie vor relativ ziemlich klein.

Wenn aber § 6 nur von der Möglichkeit der Verhängung einer Entmündigung spricht, so darf doch die Vorschrift durchaus nicht so aufgefasst werden, als ob es nun dem freien Willen des Amtsrichters überlassen sei, sich für oder gegen die Entmündigung zu entscheiden.

Diese Ansicht, der man hie und da begegnet, ist durchaus unzutreffend. Vielmehr besagt der Paragraph, dass, wenn alle formellen und materiellen Voraussetzungen gegeben sind, wenn also vor allen Dingen sich der Richter nach pflichtgemässer Prüfung von der durch Geistesstörung bedingten Fürsorgebedürftigkeit des erkrankten Individuums überzeugt hat, dass dann die Person von ihm ent-

mündigt werden muss. Nur insofern ist die Entmündigung fakultativ, als es zur Einleitung des Entmündigungsverfahrens eines Antrags bedarf, zu dessen Stellung keiner der Antragsberechtigten verpflichtet oder gezwungen werden kann. Liegt aber ein solcher Antrag vor, und ist nach dem Urteile des Richters § 6 erfüllt, dann ist er verpflichtet, die Entmündigung auszusprechen. Sonst läuft er Gefahr nach § 839 zum Schadenersatz herangezogen zu werden (Neumann).

Dass der Richter nicht an das Gutachten des Sachverständigen gebunden ist, braucht kaum gesagt zu werden und entspricht durchaus dem heute in Straf- und Zivilrecht herrschenden Prinzip der freien Beweiswürdigung. Dem widerspricht natürlich nicht die durchaus berechtigte Ansicht, dass das Gutachten des Sachverständigen den Richter in der Entscheidung der Fragen, in denen dieser naturgemäss weniger kompetent ist als der Arzt, führen und leiten soll. Dieser Standpunkt wird in treffender Weise wiedergegeben in einem Erkenntnis des preussischen Kammergerichts vom 19. IX. 1878, das wegen seines allgemeinen Interesses an dieser Stelle wiedergegeben sei (Mittenzweig I, S. 219). „Die Medizin ist eine Erfahrungswissenschaft. Wenn der Sachverständige, der im Allgemeinen durch seine Praxis, speziell aber durch Vorbesuche eine sicherere Beurteilung der Eigentümlichkeiten der Geisteskrankheit und über die Persönlichkeit des Provokaten zu erlangen imstande ist, als der Richter, welcher nur aus dem Explorationstermin und dem sonstigen Inhalt der Akten seine Ansicht schöpfen kann, sich dafür ausspricht, dass Krankheitserscheinungen, wie sie im gegebenen Falle erwiesen sind, untrügliche Zeichen einer Geisteskrankheit seien, so erscheint es höchst bedenklich, wenn der Richter ohne Weiteres seine eigne Auffassung über die des Sachverständigen setzt. Zweifel gegen die gehörige Begründung des Gutachtens kann der Richter jederzeit zur nochmaligen Erklärung dem Sachverständigen unterbreiten, ja, es ist berechtigt, wenn ihm trotzdem diese Zweifel nicht gelöst wurden, sich dem Gutachten des Sachverständigen nicht anzuschließen; aber nicht gerechtfertigt ist es, die übereinstimmenden Ansichten mehrerer Aerzte zu verwerfen, ohne denselben auch nur die aufgetauchten Bedenken vorzuhalten, und eine eigne Ansicht an die Stelle zu setzen, die in keiner ärztlichen Autorität eine Stütze findet.“

Folgt man weiter dem Wortlaut des Gesetzes, so muss man bei der Besprechung der materiellen Voraussetzungen der Entmündigung einmal unterscheiden die Worte: „infolge von Geisteskrankheit oder Geistesschwäche“ und sodann die Worte: „seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag“. Aus triftigen Gründen, die später angegeben werden sollen, halte ich es für ratsamer, zuerst die Besorgung der Angelegenheiten zu erörtern und vorläufig davon Abstand zu nehmen, auseinanderzusetzen, was Geisteskrankheit und was Geistesschwäche im Sinne des Gesetzgebers ist. Sie sind, wie hier gleich vorweg bemerkt werden soll, nichts weniger als identische Begriffe; jeder hat eine ganz besondere und bestimmte Bedeutung. Vorläufig scheint es geboten, Geisteskrankheit und Geistesschwäche unter einem neutralen Ausdruck wie Seelenstörung, Geistesstörung, Psychose zusammenzufassen. An dieser Stelle sei übrigens bemerkt, dass dies durchweg geschehen ist, wo es sich um Geschäftsfähigkeit psychisch erkrankter Individuen handelt.



## 2. Unfähigkeit zur Besorgung seiner Angelegenheiten.

Angelegenheiten. — Besorgen. — Nachweis der Unfähigkeit. — Deren Grund. — Art der Psychose. — Art der Angelegenheiten. — Grenzfälle. — Notwendigkeit der individuellen Begutachtung.

Während für den Psychiater jede Psychose, mag sie noch so unbedeutend sein, Gegenstand klinischer Forschung und therapeutischen Eingreifens werden kann, interessiert den Juristen, wie schon an andrer Stelle bemerkt worden ist, nur die Geistesgestörtheit, welche auf das Handeln einwirkt. Diesem Grundsatz ist der Gesetzgeber je nach der vorliegenden Frage in einer verschiedenen Formulierung gerecht geworden. Der Strafgesetzgeber verlangt, dass durch die Psychose die freie Willensbestimmung ausgeschlossen sei. Die gleiche Forderung stellt das B.G.B., wenn das Vorhandensein einer natürlichen Geschäftsunfähigkeit angenommen werden soll. Die Entmündigung ihrerseits wird davon abhängig gemacht, dass der zu Entmündigende infolge der Psychose seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag.

Was sind nun Angelegenheiten? Wie die Fassung des § 1910 A. 2 ausdrückt, sind unter Angelegenheiten, für deren Besorgung das B.G.B. den Vollbesitz einer normalen Geistesbeschaffenheit voraussetzt, nicht nur Vermögensangelegenheiten zu verstehen. Denn dort werden die Vermögensangelegenheiten als eine besondere Art aus dem Sammelbegriff Angelegenheiten hervorgehoben. Da der Zweck der Vormundschaft den Voraussetzungen der Entmündigung naturgemäss entspricht, so darf hier auf § 1773, A. 1 (zusammen mit § 1897) Bezug genommen werden, in welchem die die Person und die das Vermögen betreffenden Angelegenheiten nebeneinander gestellt werden.

Eine allen Forderungen gerecht werdende Definition des Begriffs „Angelegenheiten“ zu geben, dürfte schwer werden, da er doch gar zu sehr je nach den Beteiligten wechselt. C. Schultze empfiehlt daran festzuhalten, dass unter Angelegenheiten: „die Gesamtheit aller Beziehungen des Einzelnen zu seiner Familie, seinem Vermögen und zu seiner Umgebung“ zu begreifen seien. Kühlenbeck spricht von dem persönlichen Interesse im weitesten Sinne des Wortes, Bendix von den eignen individuellen Angelegenheiten in der Allgemeinheit (nicht bloss von den einzelnen). Die allgemeine Ministerialverfügung vom 28. XI. 1899 bestimmt in einer, wenigstens für Preussen maassgebenden Weise, dass unter Angelegenheiten nicht nur Vermögensangelegenheiten, sondern auch die gesammten Lebensverhältnisse, z. B. auch die Sorge für die eigne Person, die Sorge für Angehörige, die Erziehung der Kinder und dergl. zu verstehen sind.

Es werden alle die vom B.G.B. geregelten Rechte und Pflichten in Betracht kommen, deren Erfüllung durch die Psychose behindert ist, und deren Beschränkung oder Aufhebung als der Endzweck der Entmündigung angesehen werden kann.

So zutreffend es auch ist, dass die Vermögensverhältnisse nicht allein berücksichtigt zu werden verdienen, so wenig berechtigt wäre es, ihnen nicht die

gebührende hervorragende Stellung in der Gesamtheit der Angelegenheiten einzuräumen.

Daneben wird beim Manne vor allem noch in Betracht kommen die Ausübung von Rechten gegenüber der Familie, insbesondere der Frau und den Kindern, die durch das B.G.B. gewährleistet sind. Ein Missbrauch dieser Rechte, eine Vernachlässigung der Ernährung und Pflege der Kinder, eine mangelhafte Erziehung, das Anhalten zu einer ehrlosen und unsittlichen Lebensführung, ihre Bestimmung zu einem den Neigungen und Fähigkeiten nicht entsprechenden Berufe, alles das sind Angelegenheiten, welche bei dem Verhältnis der Eltern zu den Kindern in Betracht kommen. Die persönlichen Angelegenheiten werden neben der Sorge für eine sachgemässe Berufsbestimmung, für zweckentsprechende Pflege, eine Ermöglichung der Heilung, eine Beaufsichtigung auch die Vertretung in allen das Individuum angehenden rechtsgeschäftlichen Beziehungen umfassen.

Wenn das Gesetz weiterhin von „besorgen“ spricht, so kann es sinngemäss darunter nur, um mit C. Schultze zu reden, verstehen „die sachgemässe Behandlung der vorerwähnten Beziehungen seitens des einzelnen, d. h. eine solche Behandlung, wie sie von Menschen gleicher Lebensstellung wie der in Betracht kommenden Person unter normalen Verhältnissen ausgeübt wird.“ Schultze vergleicht mithin den zu Entmündigenden mit anderen Individuen gleicher Lebensstellung, um an der Hand dieses Maassstabes zu entscheiden, ob im vorliegenden Falle die Fähigkeit der Besorgung der Angelegenheiten in der vom Gesetz bestimmten Weise Einbusse erlitten hat oder nicht. Mendel hatte in seiner Eventualfassung (II, S. 263) vor das Wort „sorgen“ das Wort „gehörig“ eingeschaltet, und ebenso war auch Grashey vorgegangen. Einen ähnlichen stillschweigenden Zusatz verlangte übrigens auch, worauf Hitzig hinweist (I, S. 37), das Landrecht bei der Anwendung der Begriffsbestimmung des Blödsinns. Nur der kann natürlich für blödsinnig erachtet werden, welcher die Folgen der Handlungen normal zu überlegen nicht im stande ist, wiewohl in der Gesetzesfassung das Wort „normal“ fehlt. Wenn aber der Gesetzgeber, wie Hitzig späterhin ausführt (S. 129), den Ausdruck „normal“ nicht in seine Definition aufgenommen hat, so erklärt sich dies sehr einfach daraus, dass ein derartiger oder ähnlicher Ausdruck zu viel grösseren Zweifeln und viel mehr Schwierigkeiten hätte führen müssen als die gewählte Fassung. Denn das versteht sich von selbst, dass der Gesetzgeber nicht die Absicht haben konnte, jemanden als verfügensfähig zu betrachten, der nur im stande war, verrückt zu überlegen oder, um mit dem B.G.B. zu reden, verrückt seine Angelegenheiten zu besorgen.

Moeli hat sicherlich Recht, wenn er an entsprechender Stelle darauf aufmerksam macht (I, S. 22), dass die Worte „seine Angelegenheiten zu besorgen“ streng genommen zwei Fragen in sich bergen. Die erste Frage wird die sein, ob die Geistesstörung überhaupt auf die richtige Besorgung von Angelegenheiten einwirkt. Die zweite Frage wird nach Bejahung der ersten dahin lauten, ob die Besorgung der Angelegenheiten in einem derartigen Umfange behindert ist, dass der vom Gesetz gewählte Ausdruck „seine“ Angelegenheiten zutrifft, mit andern

Worten, ob in vorliegendem Fall ein Fürsorgebedürfnis vorliegt oder nicht. Diese Bevorzugung des rein praktischen Zwecks wird die Berechtigung, hier von zwei Fragen zu reden, deutlich machen. Die Frage, ob dem Sachverständigen auch die Beantwortung der zweiten Frage zusteht, soll unten (cf. Kap. IV, a, 9.) kurz berührt werden.

Natürlich wird es auf der einen Seite nicht genügen, dass durch die Erkrankung nur die Besorgung einzelner Angelegenheiten geschädigt wird, zumal wenn der so entstandene Schaden wenig belangreich ist. Auf der andern Seite wird man aber ebensowenig berechtigt sein, zu fordern, dass von einer Entmündigung erst in dem Falle die Rede sein könne, wenn der zu Entmündigende unfähig ist, alle seine Angelegenheiten, vielleicht gar noch auf die Dauer, in einer verständigen Weise zu erledigen. Letzteres trifft für die Mehrzahl der Fälle kaum zu, und würde man so weit gehen wollen, so würde das gleichbedeutend sein mit einer Verkennung der Absichten des Gesetzgebers.

Das Richtige wird auch hier, wie so oft, in der Mitte liegen, und man wird es finden, wenn man sich immer wieder in jedem einzelnen Falle den Zweck der Entmündigung vor Augen hält. Mit ihr hat der Gesetzgeber nur das Beste des Kranken gewollt. Er will ihn für schutzbedürftig erklären, aber doch nicht mehr schädigen, als nach Lage der Sache notwendig ist.

Man wird auch weiterhin verlangen, dass wenigstens in der Mehrzahl der Fälle der positive Nachweis erbracht ist, ob der zu Entmündigende durch seine Psychose verhindert war oder ist, seine Angelegenheiten zu besorgen. Es erscheint nicht ganz unbedenklich, sich schon dann für die Verhängung einer Entmündigung auszusprechen, wenn nur die Gefahr besteht, dass der zu Entmündigende seine Angelegenheiten nicht hinreichend besorgen könnte. Damit würden Vermutungen Thür und Thor geöffnet, was bei einer so einschneidenden Maassregel, wie sie die Entmündigung nun einmal darstellt, sicherlich nicht anzustreben ist. Die Gefahr, dass jemand seine oder seiner Familie Interessen schädigen könnte, ist ja sicherlich bei vielen Geistesstörungen vorhanden. Aber aus dieser vorläufig nur theoretischen Gefahr darf doch nicht ohne weiteres eine so wichtige praktische Schlussfolgerung gezogen werden. Das ist ja grade der Vorteil, wie Cramer hervorhebt, dass diese materiellen Voraussetzungen der Entmündigung einer direkten Beobachtung zugänglich sind. Freilich schliesst diese direkte Beobachtung nun nicht unbedingt die richtige Deutung der vorliegenden Verhältnisse ein; hierzu bedarf es neben psychiatrischer Erfahrung noch allgemeiner Kenntnisse.

Dieser Anschauung trägt u. a. auch § 1667, A. 1 Rechnung, der das Vormundschaftsgericht verpflichtet, die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Maassregeln zu treffen, wenn das Vermögen des Kindes gefährdet wird; eine Gefährdung nimmt der Gesetzgeber eben nur dann als vorhanden an, wenn der Vater die ihm obliegenden Pflichten verletzt oder wenn er in Vermögensverfall gerät. Es genügt mithin auch da durchaus nicht die eventuelle Aussicht auf ein unzumutbares Gebahren, oder, wie es in einem Erkenntnis des O.A.G. Lübeck (Mai 1878, S. A. 34, No. 136) heisst, „die blosse, wenn auch begründete Be-



fürchtung von Gefahren und Nachteilen, die aus seiner eigenen Vermögensverwaltung für ihn und die Seinigen sich ergeben möchten“. In dem Handeln des zu Entmündigenden muss der bindende Nachweis geliefert werden, dass seine soziale Stellung durch die geistige Störung gefährdet ist. Dann ist es Pflicht des Staates einzugreifen, und er macht von seinem Rechte der Bestellung eines Vertreters auch gegen den Willen des Fürsorgebedürftigen Gebrauch. Andererseits genügt nicht dessen alleiniger Wille, um eine Bestellung der Vormundschaft herbeizuführen; eine freiwillige Entmündigung kennt das B.G.B. nicht.

Es muss also neben der Unfähigkeit der Besorgung der Angelegenheiten noch nachgewiesen werden zweitens das Vorhandensein einer Psychose und drittens ein kausaler Zusammenhang zwischen diesen beiden Momenten.

Die Beeinflussung der Angelegenheiten durch eine Psychose kann eine zweifache sein, entweder mehr in Rücksicht auf die Zahl oder mehr in Rücksicht auf den Inhalt der Rechtsgeschäfte. Man kann eine quantitative Beeinflussung neben der qualitativen unterscheiden.

Der Gutsbesitzer, der sich um die Bebauung seiner Felder nicht kümmert, sondern alles liegen und verkommen lässt, der Kaufmann, der sein Geschäft sich selbst überlässt, ist sicherlich der Fürsorge bedürftig. Das wird er natürlich auch in dem Falle sein, wenn seine geistige Leistungsfähigkeit noch nicht eine solche Einbusse erlitten hat, dass er, vorausgesetzt, dass es ihm gelingen würde, sich mitten aus seiner Krankheit (etwa Melancholie) heraus zur Thätigkeit aufzuraffen, seine Angelegenheiten noch zu besorgen vermöchte. Nicht auf das mögliche, sondern auf das wirkliche Verhalten kommt es an. Dabei ist immer vorausgesetzt, dass die Unfähigkeit zur Besorgung der Angelegenheiten durch eine Psychose bedingt ist, nicht aber etwa auf mangelhafte Erziehung, schlechte Anleitung, nachteilige Beeinflussung zurückzuführen ist.

Die Nichtbesorgung der Angelegenheiten wird je nachdem auf Ausfall oder Hemmung der geistigen Leistungsfähigkeit zu beziehen sein. Ihr gegenüber steht der Maniacus, der mit seiner krankhaften Geschäftigkeit eine Unsumme von Geschäften erledigt oder zu erledigen versucht. Dass hierbei die Kritik leidet und die Interessen des Kranken nicht immer gewahrt werden, darf nicht auffallen.

Wer auf der andern Seite sich bei der Erledigung der Rechtsgeschäfte von seinen Wahnideen leiten lässt, wird jene in einem andern Sinne bethätigen, als er es in gesunden Tagen gewollt hätte. Auch hier wird die Verpflichtung einer zivilrechtlichen Beschützung vorliegen und zwar um so mehr, je mehr das Individuum seinen Wahnideen unterliegt, und je grösser die Zahl der Geschäfte ist, die der pathologischen Einwirkung ausgesetzt sind. Aehnlich wird der zu beurteilen sein, dessen Intelligenz so abgenommen hat, dass ein verständiges Ueberlegen und sachgemässes Erwägen der Bedeutung und der Folgen der Handlungen nicht oder kaum mehr zu stande kommt.

In der Beurteilung des Einzelfalles wird aber nicht nur die Psychose nach ihrer Art und ihrem Grad zu beachten sein, sondern auch vor allem die Beschaffenheit der Angelegenheiten, auf welche jene in dem grade der Begutachtung

unterliegenden Falle einwirkt. Der Begriff der Angelegenheiten ist bei dieser Sachlage nicht von der Stellung desjenigen, dem ihre Besorgung obliegt, zu trennen. Es ist einleuchtend, dass die Angelegenheiten des Junggesellen, der nur für sich zu sorgen hat, viel einfacher sind als die eines in gleicher Lebensstellung befindlichen Mannes, der eine grosse Familie hat. Der Bauer, der auf dem Lande lebt, einen Tag wie den andern, dessen Angelegenheiten nur einen beschränkten Kreis einnehmen und zur Besorgung ein geringes Maass von Intelligenz und Weltkenntnis voraussetzen, ist nicht im entferntesten zu vergleichen mit dem Grosskaufmann, der an der Spitze eines weitverzweigten Geschäftes steht und immerzu den momentanen Aenderungen der Geschäftslage Rechnung tragen muss. Dass die Interessen des Familienvaters und die des Kaufmanns eher gefährdet sind, als die des Junggesellen und des Bauern, bedarf wohl keines Beweises, und daraus ergibt sich auch, dass für die beiden ersteren Fälle schon eine Psychose minderen Grades die Verhängung der Entmündigung rechtfertigen kann, als in den beiden letzteren Fällen. Mit der Zahl der Beziehungen, die den Einzelnen mit der Aussenwelt verknüpfen, wächst nicht nur die Summe, sondern auch die Bedeutung der Angelegenheiten, und in gleichem Maasse mit der Zunahme des Umfangs und der Schwierigkeit der Angelegenheiten wächst die Gefahr, dass deren sachgemässe Erledigung an der Einwirkung psychopathischer Momente scheitert.

Je kleiner aber der Kreis der Angelegenheiten ist, je einfacher sie zu übersehen sind, um so eher wird man von dem Ausspruch der Entmündigung absehen können. Ein solches abwartendes Verhalten wird auch dann gerechtfertigt sein, wenn der Geistesgestörte in der Besorgung seiner Sachen durch Verwandte oder Bekannte in hinreichender Weise unterstützt wird (Planck). In gleichem Sinne lautet ein Absatz aus der Verfügung der Ministerien der Justiz und des Innern von Württemberg betreffend die Entmündigung von Geisteskranken (vom 14. IV. 1896): „Bei unheilbaren Kranken, welche sich im Zustande vorgeschrittener Verblödung befinden und kein Vermögen besitzen, wird für die Regel, insbesondere so lange nicht die Aufstellung eines Vertreters aus irgend einem Grunde, z. B. zur Vornahme einer Rechts-handlung erforderlich ist, eine Entmündigung überhaupt unterbleiben können. Letzteres wird auch dann der Fall sein, wenn der Kranke bereits einen gesetzlichen Vertreter, wie z. B. eine geisteskranke Ehefrau in der Person ihres Mannes hat, welcher die Interessen des Kranken entsprechend wahrnimmt.“ (Centralblatt des königl. Württemb. Justizminist. 1896. No. 4, 30. IV. S. 19.)

Die Verordnung das Verfahren bei Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche betreffend vom 23. XII. 1899 vom sächsischen Justizministerium (Justizminist. Blatt XXXIII. No. 16. 30. XII. 1899), die im wesentlichen der entsprechenden preussischen Ministerial-Verfügung vom 28. XI. gleicht, weicht in einzelnen Punkten von ihr ab, darunter auch in einer Hinsicht, die die soeben berührten Verhältnisse betrifft. Der Schlusssatz des Abs. 1 des § 2 hat den Wortlaut: „Sind die Angelegenheiten einfacher Art oder ist durch den Beistand zuverlässiger Familienmitglieder oder Freunde ausreichend gesorgt, so darf das Fürsorgebedürfnis verneint werden.“

Die Verfügung des bayrischen Justizministeriums (Justizminist. Blatt V. 95) vom 26. III. 1895 sieht dann von der Entmündigung ab, wenn der Kranke kein Vermögen besitzt und auch sonst des Schutzes eines Vormundes nicht bedarf.

Hat die Psychose den gesetzlichen Grad erreicht, fehlt es aber an Angelegenheiten, so ist eben nur die Entmündigungsreife, aber nicht die Fürsorgebedürftigkeit erwiesen; das subjektive Moment ist vorhanden, es fehlt aber das objektive. Es fehlt an Gelegenheit, an Material, woran die Psychose ihre spezifische, juristische Färbung beweisen kann.

Es ist daher sehr wohl denkbar, dass die Psychose der gleichen Gattung und der gleichen Intensität in dem einen Falle die Entmündigung rechtfertigt, im andern aber nicht. Sind schon die Grenzen zwischen geistiger Gesundheit und Krankheit nicht scharf ausgesprochen, so wird man ein Gleiches noch weniger erwarten können, wenn es sich um die Grenzfälle der rechtsgeschäftlichen Beurteilung von Seelenstörungen handelt. Das ist ja selbstverständlich, dass, wie in der rein klinischen Beurteilung die Ansichten, ob das Individuum noch gesund oder schon krank ist, voneinander abweichen, so auch hier bei der Beurteilung der zivilrechtlichen Qualität der eine Gutachter einen erheblich höheren Grad von Störung zur Einleitung einer Entmündigung für notwendig erachten kann als der andre. Es darf daher aus dem Umstande allein, dass über das Vorliegen der materiellen Voraussetzungen zu einer Entmündigung die Meinungen zweier Sachverständiger differieren, nicht ohne Weiteres geschlossen werden, dass sie im wissenschaftlichen Sinne einander widersprechen. Die Verneinung der Entmündigungsreife ist durchaus nicht gleichbedeutend mit der Bescheinigung der geistigen Gesundheit. Nach beider Ansicht kann der zu Entmündigende zweifellos geistesgestört sein, indes stimmen ihre Meinungen nicht überein hinsichtlich des sozialen Charakters und der daraus zu ziehenden praktischen Folgerungen, über welche in letzter Instanz der Richter zu entscheiden hat.

Es mag nochmals betont sein, dass der § 6 eine streng individuelle und persönliche Begutachtung verlangt, den streng persönlichen Nachweis, dass die hier vorliegende Störung auf die hier vorhandenen Angelegenheiten in dem Grade einwirkt, dass man von einer Schutzbedürftigkeit reden kann. Eine Rücksichtnahme auf die persönliche Stellung des zu Entmündigenden und seine Verhältnisse wird daher nicht zu umgehen sein, und ihre Kenntnis muss vorausgesetzt werden.

Es genügt nicht, nur das Vorhandensein der Seelenstörung nachzuweisen, sondern man muss auch die Wirkung dieses Zustandes, die Unfähigkeit der Besorgung der Angelegenheiten, beweisen. Diese Unfähigkeit gibt der Psychose die für die Entmündigung spezifische, allein maassgebende Eigenschaft. Es handelt sich somit um Voraussetzungen zweierlei Art, um solche klinischer und solche sozialer Natur. Eine ganz entsprechende Stellung nimmt der Gesetzgeber bei der Regelung der Entmündigung wegen Trunksucht ein (s. Kap. VII).

Wenn Hitzig die Fassung des Entwurfs seinerzeit bemängelte, weil der-



selbe lediglich die zivilrechtliche, nicht aber die strafrechtliche Seite der Frage ins Auge gefasst zu haben scheint (I. S. 129), so weist Moeli (I. S. 19) demgegenüber darauf hin, dass das gerade der bestimmten Absicht des Gesetzgebers in der Zweckbestimmung der Entmündigung entspreche.

Diese Auffassung von der Voraussetzung der Entmündigung ist natürlich nichts weniger als neu; so sagt schon C. von Arnold in seiner vor fast vierzig Jahren erschienenen Arbeit: Das gerichtliche Verfahren gegen Geisteskranke und Verschwender: „Welche Art der Geisteskrankheit den Menschen beherrscht, darauf kommt es eigentlich den Behörden des Staates nicht an. Das Wesentliche ist, dass der Mensch wegen Geisteskrankheit ausser Stande ist, für seine Person und sein Vermögen zu sorgen.“ Eine Reihe weiterer Autoren, deren Namen anzugeben, zu weit führen würde, haben die gleiche Meinung verfochten. Es sei hier nur Arndt erwähnt, weil er seine Ansichten in neuerer Zeit und in besonders energischer Weise kund gegeben hat. Er weist mit Recht darauf hin, dass sich im öffentlichen Leben Leute bewegen, die an ausgesprochener Paranoia leiden, die sich aber so beherrschen, dass sie keiner für krank hält; sie nehmen ihr Interesse nach jeder Richtung hin wahr. Solche Individuen zu entmündigen, würde nicht nur dem Willen des Gesetzgebers, sondern auch dem Rechtsbewusstsein des Volkes widersprechen.

Würde die psychische Abnormität allein genügen, so würde mit dem weiteren Fortschreiten der wissenschaftlichen Forschung und vor allem mit der Verfeinerung der Diagnostik eine ganz bedenkliche Zunahme von Entmündigungen eintreten müssen. Dieses Bedenken gibt ein Urteil des O. L. Braunschweig vom 3. Juni 1898 (S. A. 54. No. 2) mit folgenden Worten wieder: „Die verschiedenen Arten und Formen der Geisteskrankheiten machen keinen Unterschied, wenn nur ein Zusammenhang der geistigen Störung und der durch sie beeinflussten rechtlichen Handlungen des Kranken besteht, wobei dem Kläger Recht zu geben ist, dass die Annahme der neueren Seelenheilkunde, dass jede geistige Störung überhaupt geistig unfrei mache, da sie immer mehr oder weniger jede Handlung des Kranken beherrsche oder beherrschen könne, im bürgerlichen Recht noch nicht anerkannt ist, sowie, dass einfache Absonderlichkeiten, Anomalien usw. ohne obige Voraussetzungen nicht in Betracht kommen können.“

Diese Voraussetzungen formuliert das genannte Urteil mit folgenden Worten: „Nach dem hier in Betracht kommenden gemeinen Recht wird ein krankhafter geistiger Zustand gefordert, welcher den Kranken unfähig macht, seine Angelegenheiten in hinreichender Weise selbst zu besorgen, namentlich sein Vermögen selbständig zu verwalten; vollkommene Willensunfähigkeit wird dabei nicht vorausgesetzt; es ist unerheblich, ob die Erkrankung sich fortwährend oder mit Unterbrechungen äussert (lucida intervalla), die geistigen Kräfte voll oder nur teilweise beherrscht, wenn sie nur derart ist, dass sie des Kranken freie Entschlusswahl, seine regelrechte Willensbestimmung in einem Grade beeinflusst, der Gefahr für ihn bei selbständiger Besorgung seiner Angelegenheiten mit sich bringt und begründet.“

Eine Entscheidung des Oberlandesgerichts in Hamburg III. Senat (Zeitschr. für Psych. Bd. 50. S. 1123) ging dahin: „keineswegs sei aber ohne Weiteres jeder zu entmündigen, bei dem der Arzt eine partielle Geistesstörung feststelle. Die Entmündigung habe vielmehr nur dann einzutreten, wenn die Störung auf die gesamte Persönlichkeit in allen ihren Lebensverhältnissen einen so beherrschenden Einfluss gewonnen und deren Ueberlegung und Willensbestimmung so beeinflusst habe, dass sie nicht mehr die Fähigkeit zur selbständigen Besorgung ihrer Angelegenheiten, insbesondere zur selbständigen Ver-

mögensverwaltung, auf die es hier in erster Linie ankomme, besitze.“ An dieser Stelle sei noch auf eine Stelle aus einer Entscheidung des hanseatischen O.L.G. Lübeck vom 22. V. 92 (Arndt S. 18) hingewiesen: „Die blosse Thatsache einer irgendwie geäusserten Geistesgestörtheit gewährt also nicht schon an sich die Berechtigung, ohne Weiteres die Annahme nicht vorhandener Handlungsfähigkeit daran zu knüpfen“, während das Reichsgericht (Juristisches Wochenblatt 1887. Zitiert Arndt S. 19) sich in ganz unzweideutiger Weise dahin auslässt, dass nur diejenige Geisteskrankheit, welche die Handlungs- und Dispositionsfähigkeit in Frage stelle, die Entmündigung rechtfertigen könne. Mehr oder weniger ähnlich lautet ein Erkenntnis des O.A.G. zu Lübeck vom 22. XI. 1860. S. A. 25. No. 245 und ein Urteil des Reichsgerichts, III. Zivilsenat, 1. XII. 1885 (R.G.E. Bd. XIV. No. 60. S. 248).

Hier sei schliesslich noch hingewiesen auf eine gutachtliche Aeusserung des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten zu § 28 des I. Entwurfs, die in gleicher Weise Stellung nimmt. Er schlug vor, von einer Definition der Geisteskrankheit ganz abzusehen oder richtiger, an einer festen juristischen Thatsache anzuknüpfen und Geisteskrankheit nur dann als hinreichenden Grund zur Entmündigung zu erklären, wenn eine Störung der geistigen Thätigkeit der Art eingetreten sei, dass die Geschäftsfähigkeit dadurch beeinträchtigt werde. (Zusammenstellung der Aeusserungen der Bundesregierungen. Bd. I, S. 212.)

Damit, dass der Gesetzgeber verlangt, dass nur die Schädigung der Interessen des zu Entmündigenden über die Zulässigkeit der Entmündigung entscheiden soll, ist denn auch jene Forderung aus den sattsam bekannten sogenannten Göttinger Leitsätzen vom 21. XI. 94 erfüllt, dass für die Entscheidung im Entmündigungsverfahren nicht der medizinische Krankheitsbegriff, sondern das Vorhandensein oder Fehlen der rechtsgeschäftlichen Handlungsfähigkeit maassgebend sein sollte.

### 3. Gemeingefährlichkeit und Entmündigung.

Reichsgerichts-Entscheidung. — Ansichten der Juristen. — Praktischer Fall aus der Zeit des B.G.B. — Kritik des Beschlusses des Amtsgerichts. — Pflugschaft. — Wohnsitz. — Anstaltsbehandlung.

Bei dieser Gelegenheit soll auch die anziehende Frage erörtert werden, ob Gemeingefährlichkeit einen Grund abgeben könne zur Entmündigung. Diese Frage hat von neuem das Interesse der Beteiligten erregt durch eine Reichsgerichtsentscheidung in Zivilsachen (III. Senat vom 17. XI. 1896. Bd. 38. No. 50. S. 191—194). Da diese auch nach anderer Richtung hin von Interesse ist, so mag es gerechtfertigt erscheinen, sie hier etwas ausführlicher wiederzugeben:

Der an Epilepsie leidende Buchbinder N., gegen den aus § 176 St.G.B. die Voruntersuchung eröffnet war, war ausser Verfolgung gesetzt worden, weil es wahrscheinlich sei, dass § 51 St.G.B. zutrefte. N. wurde wegen Geisteskrankheit entmündigt. Dieser Beschluss ist auf Klage des N. gegen die Staatsanwaltschaft aufgehoben worden; das Landgericht entnahm aus der Beweisaufnahme, dass N.

in den Zeiten, in welchen er nicht gerade an einer der Erscheinungsformen der Epilepsie leidet, im Gebrauche seiner geistigen Kräfte nicht wesentlich beeinträchtigt ist. Das Landgericht nimmt unter Anführung bestimmter Thatsachen aus dem Leben des N. einen wesentlichen Einfluss des Gehirnleidens auf die Handlungsfähigkeit des Klägers nicht an und hält den Kläger nicht nur zur Vornahme der im alltäglichen Leben vorkommenden, sondern auch zur Vornahme wichtiger Rechtsgeschäfte wie Hausverkauf und Testamentserrichtung für fähig.

Das Oberlandesgericht weist die Berufung des Staatsanwaltes zurück. Das Berufungsgericht nimmt ebenfalls an, dass die geistige Schwäche N. nicht zur selbständigen Besorgung seiner Angelegenheiten unfähig mache. Die geistige Schwäche hat auch in Verbindung mit den Anfällen einen dauernden Zustand mit der Wirkung, dass N. als geschäftsunfähig zu bezeichnen wäre, nicht hervorgerufen. Das Berufungsgericht erachtet zwar die von der Beklagten behauptete Gemeingefährlichkeit des Klägers bei der Neigung des Klägers zu Angriffen auf unerwachsene Mädchen nicht für ausgeschlossen; die Entmündigung bezweckt jedoch nach Annahme des Berufungsgerichts die Gewährung der notwendigen Hilfe und Vertretung für einen Menschen, der die Befähigung zur Herrschaft in seinem Privatrechtskreise verloren hat, nicht aber lediglich oder vorzugsweise die Abhaltung eines Menschen von unsittlichen Handlungen.

Der Oberreichsanwalt erachtet den Zweck der Entmündigung, wie ihn das Berufungsgericht auffasst, für zu eng. Kläger sei dauernd geisteskrank, und Entmündigung sei auch zulässig, wenn die Geisteskrankheit zu einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung führe; das letztere bewaise auch die regelmässige Mitwirkung der Staatsanwaltschaft beim Entmündigungsverfahren. Bezüglich der privatrechtlichen Handlungsunfähigkeit sei ein dauernder Zustand nicht nötig, „es soll nicht erforderlich sein, dass durch die Geisteskrankheit die Handlungsfähigkeit in ihrem ganzen Umfange oder ununterbrochen vernichtet ist; auch schon die infolge eines chronischen Gehirnleidens eintretende periodische Unfähigkeit zur Besorgung der eigenen Angelegenheiten soll die Entmündigung rechtfertigen.“

Das Reichsgericht wies die Revision zurück.

Nötig sei zur Entmündigung die Unfähigkeit zur zweckentsprechenden Besorgung seiner Angelegenheiten, insbesondere zur selbständigen Verwaltung seines Vermögens. Eine solche geistige Schwäche liege zur Zeit bei dem Kläger nicht vor. Er leide vielmehr an akuten transitorischen Geistesstörungen, und es frage sich, ob diese zur Entmündigung berechtigen.

„So wenig Gemeingefährlichkeit an sich ein Grund der Entmündigung ist, so wenig kann sie selbst in Verbindung mit einer krankhaften Störung der Geistesthätigkeit für sich allein die Entmündigung rechtfertigen. Voraussetzung für letztere bleibt immer, dass die Störung die selbständige zweckentsprechende Besorgung der eigenen Angelegenheiten ausschliesst oder doch wesentlich beeinträchtigt. So lange daher trotz Störungen der Geistesthätigkeit Handlungsfähigkeit besteht, ist die Entmündigung nicht zulässig, selbst wenn der den Störungen Unterliegende eine Gefahr für die öffentliche Ordnung sein sollte. Hieran ist auch durch die Mitwirkung der Staatsanwaltschaft am Entmündigungsverfahren nichts geändert worden. Die Aufhebung oder Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit kann nun allerdings auch schon durch akute transitorische Geistesstörungen herbeigeführt werden. Wie weit die Wirkungen solcher



Störungen reichen, ist im einzelnen Falle zu ermitteln. Wird die Handlungsfähigkeit durch vorübergehende Störungen nur vorübergehend beeinträchtigt, und bleibt der Kranke im stande, seine Angelegenheiten zweckentsprechend zu besorgen, so ist die Entmündigung nicht gerechtfertigt, während sie notwendig wird, wenn die Störungen über ihre Dauer hinaus den Kranken zur ordnungsmässigen Besorgung seiner Angelegenheiten unfähig machen.“

Da der Kläger trotz seiner Krankheit seine bisherige Geschäftsthätigkeit ohne wesentliche Beeinträchtigung fortsetzen konnte, war die Zurückweisung der Berufung gerechtfertigt.

Aus der mitgeteilten Reichsgerichtsentscheidung erhellt somit in unzweideutiger Weise, dass früher und bei der Fassung des § 6 auch heute, eine Geistesstörung, welche nur Gemeingefährlichkeit, nicht Beeinträchtigung der Geschäftsfähigkeit nach sich zieht, nicht genügt, um auf sie die Entmündigung zu stützen. Das Wort „Gemeingefährlichkeit“ wird hier des öfteren angewandt. Dass die Ansichten über den genannten Begriff noch sehr schwanken, und viele Hindernisse sich seiner praktischen Brauchbarkeit in den Weg stellen, darauf sei nur nebenbei hingewiesen. Eine Umgrenzung des Begriffs Gemeingefährlichkeit soll hier mit Absicht umgangen werden. Mit obiger Ansicht des höchsten Gerichtshofes befindet sich der Schlusssatz des § 2 der preussischen Ministerialverfügung vom 28. XI. 99 in Uebereinstimmung. „Aus einem andern als dem bezeichneten Grunde (d. i. Unvermögen zur Besorgung der Angelegenheiten) darf die Entmündigung nicht erfolgen, insbesondere nicht lediglich aus polizeilichen Rücksichten oder in ausschliesslichem Interesse andrer Personen.“

So viel ich sehe, stimmt die Mehrzahl der Juristen darin überein, dass die nur Gemeingefährlichkeit verursachende Geistesstörung eine Entmündigung nicht rechtfertigt. Anderer Ansicht ist beispielsweise Jacoby (Zus. der gutachtl. Aeuss. VI, S. 44); er meint, dass auch solche Personen, welche, ohne in der Verwaltung ihres Vermögens zu einem gerechten Vorwurfe Anlass zu geben, infolge heftiger Gefühlsaufwallungen, zeitweiser Wutausbrüche oder oft wiederkehrender lärmender Aufregungen die Sicherheit ihrer Angehörigen und der sonstigen Umgebung gefährdeten, des vormundschaftlichen Schutzes bedürften. Daraus, dass es, abgesehen von den rein zivilrechtlichen Gesichtspunkten, nicht noch eine Entmündigung aus strafrechtlichen oder andern Gründen gebe, folgert Endemann (Bd. I, S. 145), dass nach der Zweckbestimmung der Entmündigung angenommen werden müsse, auch die öffentlichen Interessen und die allgemeine Wohlfahrt seien bei den Angelegenheiten des Einzelnen in Betracht zu ziehen. Weiterhin betont Endemann (Anm. 3, S. 145), die Entmündigung sei objektiv notwendig durch die Rücksicht auf das Wohl und die Sicherheit der Angehörigen, zumal des Ehegatten und der Kinder, die physisch und psychisch unter dem Kranken zu leiden haben, und die Allgemeingefährlichkeit des Kranken (Mordlust, Brandstiftung usw.) gebe einen absoluten Grund zur Entmündigung ab.

Wie wird man sich nun in der Praxis mit derartigen Fällen abfinden?

Das wird man wohl unbedenklich zugeben können, dass die Zahl der Fälle überwiegt, in denen neben der sogenannten Gemeingefährlichkeit, neben den Verstössen gegen die öffentliche Rechtsordnung auch die rein privatrechtlichen Angelegenheiten in einer solchen Weise durch die Psychose geschädigt werden, dass dieserhalb ein Fürsorgebedürfnis vorliegt. Dann wird es sicherlich gestattet sein, die Gemeingefährlichkeit, wenn auch natürlich nur als Hilfsmoment, heranzuziehen, und die Entscheidung dürfte auf keine besonderen Schwierigkeiten stossen.

Wie aber soll man sich verhalten, wenn die Psychose sich vorzugsweise oder gar nur in gemeingefährlichen Handlungen kundgiebt, wenn deshalb dauernde Anstaltsbehandlung erforderlich ist, und nun an den Psychiater die Aufgabe herantritt, sich gutachtlich zur Entmündigungsfrage zu äussern?

Solche Fälle sind sicherlich nicht gerade häufig, und auf einen thatsächlichen Fall darf daher hier um so mehr Bezug genommen werden, als er zu einer Zeit zur Begutachtung gelangte, in welcher das B.G.B. bereits in Kraft getreten war.

Der Fuhrmann X. hatte eines Tages den Y. angeschossen. X. wurde zur Verantwortung gezogen und motivierte seinen Mordversuch damit, dass er angab, der Y. habe ihm die Frau Y. abspenstig gemacht; schon seit langer Zeit stehe er in naher Beziehung zu der Y., die von ihm auch ein Kind habe; die Y. habe ihm die Ehe versprochen, sei aber von dem Y. gezwungen worden, ihn, den Y. zu heiraten. Da Frau Y. nichts von ihm wissen wolle, da sie sich vor allen Dingen nicht von Y. habe scheiden lassen wollen, so habe er sich an Y. rächen und ihn erschiessen wollen. Leider sei ihm das nicht gelungen, aber die erste Gelegenheit werde er wieder benutzen.

Bei der gerichtsärztlichen Untersuchung stellte sich heraus, dass seine Vorstellungen über seine Beziehungen zu Frau Y. und deren Verhältnis zu ihrem eigenen Manne nicht den Thatsachen entsprachen, sondern krankhafter Natur waren. Das Strafverfahren wurde eingestellt, und X. der Anstalt übergeben. Nachdem innerhalb Jahresfrist eine Besserung nicht eingetreten war, wurde die Entmündigung angeregt. Es ergab sich, dass X. bereits seit Jahren die gleichen Wahnvorstellungen hatte, ohne sie in für ihn bedenkliche oder gar verbrecherische Handlungen umzusetzen. Er sorgte für sich und seine Geschwister gut, ging der Arbeit nach, lebte fleissig und solide, verbrauchte nicht nur nicht seinen Tagesverdienst, sondern sammelte noch die Erträgnisse eines kleinen, ihm zustehenden Vermögens. Wahnideen anderer Art liessen sich nicht nachweisen, ebensowenig sonstige beachtenswerte psychische Störungen. Die Art und Weise, wie er über seine Gelder, auch von der Anstalt aus, disponierte, bewies, dass er seine Verhältnisse durchaus zutreffend beurteilte. Dabei konnte noch auf den Umstand hingewiesen werden, dass X., der Fuhrmann war und nur ein kleines Vermögen besass, den Anforderungen des Lebens schon mit einer relativ geringen geistigen Leistungsfähigkeit gerecht werden konnte.

Jedenfalls konnte von einer erheblichen Beeinträchtigung seiner bürgerlichen Selbständigkeit keine Rede sein.

Auf der andern Seite bedurfte aber X. auch fernerhin noch der Anstaltspflege im Interesse der Sicherheit des Y. Natürlich war X., da sich doch nicht Alles brieflich erledigen liess, durch diese Internierung in der Besorgung seiner Angelegenheiten behindert, und das traf hier bei X. um so mehr zu, als ihm nach Lage der Sache nicht gleich andern in der Anstalt befindlichen Kranken eine freie Bewegung oder zeitweise Beurlaubung gewährt werden konnte.

X. war also nur indirekt, auf dem Umwege der durch die Gemeingefährlichkeit bedingten Anstaltsinternierung in seiner zivilrechtlichen Stellung geschädigt; ob eine solche Geistesstörung unter den § 6 des B.G.B. falle, wurde der Entscheidung des Richters anheimgegeben.

In den Gründen des Entmündigungsbeschlusses wurde darauf hingewiesen, dass X. mit höchster Wahrscheinlichkeit den Mordversuch erneuern werde, dass er sich also mit der menschlichen Gesellschaft, bzw. mit den zum Schutze der menschlichen Gesellschaft gegebenen Gesetzen in Widerspruch setzen werde. „Wenn nun das Gesetz die Entmündigung von der Unfähigkeit, seine Angelegenheiten zu besorgen, abhängig macht, so hat es diese Angelegenheiten keineswegs auf die vermögensrechtlichen beschränken wollen, vielmehr will es den Kranken auch gegen die nachteiligen Folgen schützen, die aus der Unfähigkeit der Sorge für seine eigne Person, insbesondere auch aus der Unfähigkeit, die Bethätigung unbewusst verbrecherischer Neigungen zu unterdrücken, entstehen. Dass Letzteres bei X. — wenigstens noch für eine längere Zeitdauer — der Fall ist, muss mit den Sachverständigen angenommen werden.“

X. wurde somit entmündigt. Es sei noch bemerkt, dass dem X. in der Zeit zwischen der Erstattung des Gutachtens und dem Ausspruch der Entmündigung ein Pfleger nach § 1910 bestellt worden ist.

Man kann zweifellos verschiedener Ansicht sein gegenüber der Frage, ob die Begehung von Verbrechen oder Vergehen, die auf eine krankhafte Geistesthätigkeit zurückgeführt werden muss, als eine unzweckmässige Besorgung der eignen Angelegenheiten — natürlich im Sinne des B.G.B. — angesehen werden kann oder nicht. Ich fühle mich nicht kompetent, diese Frage zu beantworten, die lediglich und allein ins juristische Gebiet einschlägt. Ich darf aber wohl bemerken, dass verschiedene von mir konsultierte Juristen obige Auffassung des Amtsrichters durchaus nicht teilen; hierfür spricht auch der Umstand, dass in § 6, Z. 3 die Gefährdung der Sicherheit andrer ausdrücklich neben der Unfähigkeit zur Besorgung seiner Angelegenheiten angeführt wird.

Neigt man zu der Ansicht, dass die Bethätigung verbrecherischer Neigungen einer Nichtbesorgung der eignen Angelegenheiten gleich zu achten ist, so würde es sich bei dem Mangel jeder andern rechtlichen Wirkung der Seelenstörung nur um einen bestimmten Kreis von Angelegenheiten handeln. Nur innerhalb dieses besteht das Bedürfnis einer gesetzlichen Vertretung, und es dürften somit eher die Voraussetzungen der Pflegschaft gegeben sein (§ 1910), vorausgesetzt, dass auch die andern hier vorgeschriebenen Erfordernisse erfüllt sind.

Auf jeden Fall entspricht die Entscheidung nicht dem Urteile des Reichsgerichts, die, wenn sie sich auch auf eine Rechtsfrage aus dem gemeinen Recht



bezog, dennoch auch heute in dem Geltungsbereiche des B.G.B. als zutreffend anerkannt werden kann, da die Anschauungen über die materiellen Vorbedingungen der Entmündigung in den wesentlichsten Punkten beide Male übereinstimmen.

Die Frage lässt indes auch eine andre Darstellung zu. Würde X. im Anschluss an Alkoholexcesse zu Brandstiftungen neigen, so könnte zutreffendenfalls § 829 B.G.B. Anwendung finden, und X. zur Schadenersatzleistung verpflichtet werden. Er würde so seine eignen Vermögensinteressen, wenn man nun einmal den Vermögensangelegenheiten die erste Stellung unter den Angelegenheiten einräumen will, direkt geschädigt haben. Dabei ist vorausgesetzt, dass nicht ein Vormund nach § 832 zur Schadloshaltung des Geschädigten verpflichtet ist.

Wäre nun X. entmündigt, so würde ihm damit allein nicht gedient sein. Der Richter ist nicht einmal gebunden, aus dem rechtsgültigen Bestehen der Entmündigung die Unzurechnungsfähigkeit ohne Weiteres herzuleiten, sondern er kann diese Frage von Neuem und selbständig aufwerfen und prüfen, nicht nur nach der strafrechtlichen Seite (§ 51 St.G.B.), sondern auch in zivilrechtlicher Beziehung (§ 827). Selbstverständlich ist es von vornherein wahrscheinlich, dass der Entmündigte unzurechnungsfähig ist.

Soll in derartigen Fällen die Entmündigung überhaupt Nutzen stiften, so kann sie das nur auf dem Umwege der Anstaltsbehandlung. Gewiss hat der Vormund das Recht (§§ 1897, 1800, 1631) und die Pflicht (§ 832), seinen Mündel so lange in der Anstalt unterzubringen, bis seine Entlassung ohne Gefährdung der Sicherheit andrer erfolgen kann. § 8 würde hier weniger in Betracht kommen, da das Gesetz unter Wohnung den Mittelpunkt aller rechtsgeschäftlichen Beziehungen versteht. Von dem Wohnsitz im Sinne des § 8 des B.G.B. ist wieder scharf zu trennen der Unterstützungswohnsitz im Sinne des Reichsgesetzes vom 6. Juni 1870 bzw. der Novelle vom 12. März 1894. Nach § 24 setzt die Erwerbung des Unterstützungswohnsitzes voraus die freie Selbstbestimmung bei der Wahl des Aufenthaltsorts. Nur selten wird der Sachverständige zu deren Feststellung herangeholt werden. In einem von mir begutachteten Falle, übrigens auch dem einzigen, war das betreffende Individuum unter dem Einfluss von paranoischen Wahnideen — er glaubte sich von seinen Verwandten verfolgt — von seinem bisherigen Wohnort weggezogen (vergl. hierzu Näcke II). Wäre zu einer dauernden Internierung die vorgängige Entmündigung unerlässlich notwendig, so hätte man wieder die leidige und unnötige Vermengung von Entmündigung und Internierung. Ein inneres Abhängigkeitsverhältnis besteht hier gar nicht.

Es liegt im öffentlichen Interesse, ein gemeingefährliches Individuum schadloos zu machen. Das geht oft nur vermitteltst der Anstaltsunterbringung. Dass der Staat das Recht hat, zu solchen Maassnahmen auch ohne vorausgegangene Entmündigung zu greifen, leuchtet ein. Da die Entmündigung den Zweck hat, den Geistesgestörten vor den Folgen der Voraussetzungen der Entmündigung zu

bewahren, so würde hier mit der Detention des Irren die nächste und fast alleinige Aufgabe des Vormundes erfüllt sein. Eine solche Auffassung der Pflichten des Vormundes wird Manchen sicherlich merkwürdig berühren.

Der Einwand, dass die Einsetzung des Vormundes allein auch noch nicht eine drohende, materielle Schädigung des Gemütskranken beseitigt, ist nicht zutreffend. Der Vormund wird alle materiellen Interessen seines Mündels vertreten müssen. Um aber dies zu ermöglichen, dazu bedarf es eben der Entmündigung. Einen andern Weg gibt es nicht. Dieses Moment trifft aber hinsichtlich der Gemeingefährlichkeit nicht zu.

Indess mag auch zugegeben sein, dass die ganze Frage von mehr theoretischem Interesse ist. Die Zahl der Fälle, in denen sich die Wirkung einer Psychose lediglich in dieser einen gedachten Richtung bemerkbar macht, wird sicherlich nicht beträchtlich sein.

Meines Erachtens wird für die Mehrzahl solcher Fälle das Institut der Pflegschaft genügen, um die Interessen der in der Anstalt untergebrachten, an und für sich aber geschäftsfähigen geistesgestörten Personen hinreichend zu wahren.

Ein endgültiges Urteil lässt sich heute natürlich nicht abgeben. Hierzu bedarf es erst einer grösseren praktischen Erfahrung.

Auf der andern Seite sei aber schon hier darauf hingewiesen, dass der Gesetzgeber sich einer gewissen Inkonsequenz schuldig macht, wenn er in § 6, Z. 3 die Entmündigung desjenigen gestattet, der in Folge von Trunksucht die Sicherheit andrer gefährdet.

#### 4. Anstaltsverpflegung und Entmündigung.

Anstaltsaufnahme und Entmündigung. — Pflegeanstalt. — Entlassungszwang bei Ablehnung der Entmündigung. — Kritik solcher Bestimmungen. — Deren Konsequenz. — Entmündigung bei heilbaren, dauernden, periodischen Psychosen.

Oben ist schon darauf hingewiesen worden, dass die Notwendigkeit der Anstaltsbehandlung und die Schutzbedürftigkeitserklärung in der Form der Entmündigung nichts mit einander zu thun haben. Die beiden Begriffe stehen überhaupt in keiner notwendigen Wechselwirkung. Ein Entmündigter muss ebensowenig in einer Anstalt leben, als jeder Anstaltspflegling entmündigt werden muss. (Vergl. hierzu Leitsatz 1 des Berichts von Vierhaus vom XXV. Juristentag. Bamberg 11. IX. 1900.)

Ein derartiges Abhängigkeitsverhältnis kann ein zweifaches sein, indem entweder die Aufnahme eines Geistesgestörten in eine Anstalt von der vorherigen Entmündigung abhängig gemacht wird oder die Entlassung aus der Anstalt der Ablehnung des Entmündigungsantrages folgen müsste. Das Eine erscheint so wenig berechtigt wie das Andere.

Dass nur der, der durch gerichtliches Erkenntnis für gemütskrank erklärt worden ist, in eine Anstalt aufgenommen werden kann, ist eine Forderung, der man, wenigstens in dieser schroffen Fassung, nicht einmal in recht frühen Zeiten

begegnet (cf. A. O. betreffend Anzeige des Geisteskranken an die Gerichte vom 5. IV. 1804). Noch weniger war das der Fall in dem Runderlass des Ministers der geistlichen . . . . . Angelegenheiten und des Innern vom 16. II. 1839. Heute aber, wo statistische Nachweise vorliegen, aus denen hervorgeht, dass die Aussicht auf Genesung um so günstiger ist, je früher die Aufnahme erfolgt, denkt keiner, der ernst zu nehmen ist, an solche Forderungen, die dem Interesse der Kranken und dem Zweck der Irrenanstalten direkt widersprechen. Nur insofern wird die Entmündigung mit der Anstaltsunterbringung beziehungsweise Aufnahme in Beziehung gebracht, als nach § 4 der Minist.-Verfügung vom 29. XI. 1899 der Antrag (auf Entmündigung) nicht verzögert werden darf, wenn die Besorgnis einer nicht gerechtfertigten Beschränkung der persönlichen Freiheit durch Unterbringung in eine Anstalt obwaltet. Diese Besorgnis allein dürfte die Stellung eines Antrags wohl nur selten nach sich ziehen. Ihr Vorhandensein wird vielmehr nur die Stellung des Antrags von Seiten der Staatsanwaltschaft beschleunigen, wenn der Antrag auch sonstwie in hinreichender Weise motiviert werden kann.

Nur insofern besteht hiervon eine Ausnahme, als für eine Zahl von Pflegeanstalten die Vorschrift besteht, dass entweder nur Entmündigte aufzunehmen sind, oder dass alsbald nach der Aufnahme in die Pflegeanstalt das Entmündigungsverfahren einzuleiten ist.

Die ausgesprochene Entmündigung beweist unter Umständen aber doch nur, dass der Entmündigte zu einer bestimmten Zeit einmal geistesgestört gewesen ist, oder vielmehr als solcher aufgefasst ist. Mehr besagt die Entmündigung nicht, wenigstens nicht mit Sicherheit, und sie giebt daher auch keine völlige Garantie gegen ungerechtfertigte Anstaltsinternierung. Das aber kann doch nur der Hauptzweck sein.

Dass die Interessen des Kranken, der in der Pflegeanstalt voraussichtlich dauernd verbleiben wird, geschützt werden müssen, ist selbstverständlich. Aber das wäre auch unter Umständen auf dem Wege der PflEGESCHAFT in hinreichendem Maasse möglich. Jedenfalls würde dieser Gesichtspunkt nicht genügen, um generell die Entmündigung aller in der Pflegeanstalt unterzubringenden Kranken zu fordern.

Auf der anderen Seite besteht für einzelne Provinzen die Vorschrift, dass derjenige, dessen Entmündigung endgültig abgelehnt ist, aus der Anstalt entlassen werden soll. Dieser Standpunkt wird von psychiatrischer Seite sicherlich nicht auf allgemeine Anerkennung rechnen dürfen, da die Voraussetzungen der Entmündigung und die der Anstaltspflegebedürftigkeit durchaus verschieden sind. Ist eine Person in Folge einer Seelenstörung gemeingefährlich, aber nicht in ihrer Geschäftsfähigkeit beeinträchtigt, und nimmt das Amtsgericht einen der obigen Entscheidung des Reichsgerichts entsprechenden Standpunkt ein, so müsste die Person entlassen werden, was aus öffentlichem Interesse natürlich ohne Weiteres nicht angängig ist.

Das Reglement verlangt die Entlassung, wenn der Kranke nicht damit einverstanden ist, als sog. freiwilliger Pensionär länger in der Anstalt zu verbleiben.



Die Polizeibehörde hat aber die Einweisung des Kranken veranlasst. Dieser ist noch krank, noch gemeingefährlich. Wer haftet, wenn der Entlassene neue Vergehen begeht?

Verlangt irgend eine Behörde die Entlassung auf Grund der Ablehnung der Entmündigung, so sollte man auch nicht zaudern, die betreffende Behörde zur Ausstellung des Reverses zu verpflichten, mit der sie alle Folgen der Entlassung übernimmt.

Mit solchen Verfügungen dürfte den Verwandten gedient sein, die den gegen ihren Willen in einer Anstalt untergebrachten Familienangehörigen „befreien“ wollen. Sie beantragen die Entmündigung; sie wird abgelehnt, und der Kranke muss entlassen werden.

In einem mir bekannt gewordenen Falle hatte der Staatsanwalt wegen der Besorgnis einer ungerechtfertigten Freiheitsberaubung den Antrag gestellt, nach dem Termin aber zurückgezogen. Die Direktion der Anstalt wurde seitens der Staatsanwaltschaft darauf aufmerksam gemacht, dass sie den Kranken nicht gegen seinen Willen länger in der Anstalt zurückbehalten dürfte. Die Zurückziehung des Antrags ist aber nicht unbedingt identisch mit einer materiellen Würdigung.

Wie nun, wenn der Antrag auf Entmündigung wegen Geistesstörung gestellt ist, aber eine Entmündigung wegen Trunksucht allein gerechtfertigt ist? Wie dann, wenn der Staatsanwalt die Entmündigung beantragt hat, keiner der Berechtigten aber den Antrag auf Entmündigung wegen Trunksucht stellt?

Ebenso wird es sich ereignen können, dass die Störung im Abklingen begriffen ist und eine Genesung sehr bald zu erwarten ist; das noch kranke Individuum bedarf aber noch der sachgemässen Pflege und Schonung, die ihm im geregelten Anstaltsleben am ehesten zu Teil werden kann. Es hiesse aber, den Zweck der Anstaltsbehandlung und die Voraussetzungen der Entmündigung völlig verkennen, wollte man nach Ablehnung der Entmündigung die Entlassung des erholungsbedürftigen Patienten verlangen. Der Arzt selbst hat möglicherweise sich in seinem Gutachten gegen die Entmündigung aus dem genannten Grunde ausgesprochen und muss nachher erleben, dass der Kranke seine Entlassung verlangen kann, während es noch zu früh ist; ungewollt schadet der Arzt seinem Pflegebefohlenen.

Dass der Arzt, der den Kranken dann nicht entlässt, nicht gegen § 239 St.G.B. verstösst, kann man wohl annehmen, und das wird auch kaum allen Ernstes ein in psychiatrischen Dingen erfahrener Jurist behaupten. Es fehlt das Moment der Widerrechtlichkeit. Die dann regelmässig aufgeworfene Frage, mit welchem Rechte der Irrenarzt den Kranken zurückbehalte, verkennet völlig, dass für den Irren schon die blosse Zurückhaltung in der Anstalt ein Heilmittel sein kann.

Dass heilbare Psychosen sich für eine Entmündigung für gewöhnlich nicht eignen, ist schon oben gesagt. Das geht auch klar und deutlich aus § 4 der allgemeinen Verfügung vom 28. XI. 1899 hervor: „Die Stellung des Antrags auf Entmündigung kann ausgesetzt werden, wenn der Geisteskranke oder Geistesschwache noch nicht als unheilbar erkannt ist. Das gilt auch von den in Irrenanstalten unterge-

brachten Personen.“ Es wird somit auch hier in der Anstaltsbedürftigkeit allein kein genügender Grund zur Entmündigung gesehen. Diese soll ja doch für die Zukunft und in einer andern Richtung wirken.

Das Verfahren ist mit Arbeit und Kosten verbunden, und würde der Kranke bald genesen sein, so müsste jenes erste Verfahren durch ein zweites aufgehoben werden, welches wieder mit Arbeit und Kosten verknüpft ist. Weiterhin aber führt, wie schon der Runderlass des Ministers der geistlichen . . . Angelegenheiten und des Innern vom 16. II. 1839 bemerkt, eine zu frühzeitige Gemütszustandsuntersuchung bei dem nach ärztlichen Zeugnissen noch nicht als unheilbar anerkannten Gemütskranken, abgesehen von dem ungünstigen Einflusse, welchen jede von mehreren Personen vorgenommene amtliche Untersuchung auf den Gemütszustand eines Kranken und dessen Heilung in der Regel haben wird, zu dem Uebelstand, dass die Publizität, welche die Geisteskrankheit durch ein gerichtliches Verfahren erhält, dem Patienten nach seiner Wiederherstellung bei Verfolgung seines Berufs und Erlangung seiner Zwecke hinderlich sein kann. Auf die empfindliche Schädigung der beruflichen und gesellschaftlichen Stellung nach eingetretener Genesung legt auch die Verfügung der Württemb. Ministerien vom 14. IV. 96 sowie die Verfügung des bayrischen Justizminist. vom 26. III. 95 besonderen Wert.

Der Sinn der Entmündigung setzt vielmehr voraus, dass eine dauernde, wenn nicht gar unheilbare Psychose vorliegt. Es würde aber nicht ganz unbedenklich sein, wenn man nur bei unheilbaren Seelenstörungen eine Entmündigung als zutreffend anerkennen wollte. Einmal erfreut sich die Prognostik nicht der völligen und wünschenswerten Sicherheit, und zudem wird während der oft recht langen Zeit, die bis zur Stellung einer auch nur annähernd sicheren Prognose vergeht, das Bedürfnis nach einer staatlich geregelten Fürsorge oft genug vorliegen. Es widerspricht daher nicht dem Willen des Gesetzgebers, wenn man die Entmündigung auch auf dauernde Geistesstörungen ausdehnt, d. h. auf solche Leiden, deren Beendigung sich nach menschlichem Ermessen in absehbarer Zeit nicht erwarten lässt (cf. Reichsger. Entsch. in Strafsachen (XII. No. 40). Das ergibt sich auch daraus, dass das Gesetz die Möglichkeit der Wiederaufhebung der Entmündigung ausdrücklich vorgesehen hat. Der Code civil sprach direkt von einem état habituel.

Die oben ausführlich mitgeteilte Reichsgerichts-Entscheidung (S. 242 bis 244) könnte die Meinung erwecken, als ob nur zeitweilig auftretende, sog. periodische Psychosen die Verhängung einer Entmündigung ausschliessen könnten. Das ist aber nicht so. Wenn im obigen Fall eine Entmündigung nicht als berechtigt angesehen wurde, so war das damit begründet, dass das erkrankte Individuum, abgesehen von den vorübergehenden und anscheinend auch nur kurzen Störungen, in seiner socialen Stellung nicht im Mindesten gefährdet war. Von einem dauernden Zustand der Geschäftsunfähigkeit konnte da jedenfalls keine Rede sein. Dass auch das B.G.B. gleich den früheren Gesetzgebungen die periodischen Psychosen nicht unbedingt von der Zulässigkeit einer Entmündigung

ausschliessen wollte, ergibt sich unabhängig davon, dass sie durch praktische Rücksichten oft geboten ist, auch aus den Auslassungen der Motive.

„Unerheblich für die Entmündigung ist, ob die mangelhafte Geistesbeschaffenheit sich fortwährend oder mit Unterbrechungen äussert, ob die ihr zu Grunde liegende Krankheit bezw. das sie veranlassende Gebrechen die geistigen Kräfte in vollem Umfange oder nur teilweise beherrscht. Die Entmündigung wird im besonderen nicht ausgeschlossen durch lichte Zwischenräume, wie solche bei sogenannten intermittierenden oder periodischen Geisteskrankheiten vorkommen, während welcher der die Regel bildende Krankheitszustand eine zeitweilige Unterbrechung erfährt, die Krankheitsanlage aber dergestalt fortbesteht, dass ein erneuter Ausbruch des Leidens vor auszusehen ist.“ (Mot. I. S. 61.)

### 5. Wirkung der Entmündigung im allgemeinen.

Formelles Zurechtbestehen genügt. — Kenntniss der Entmündigung nicht erforderlich. — Keine rückwirkende Kraft. — Sogenannte partielle Entmündigung.

Ist die Entmündigung ausgesprochen, so ist sie wirksam, so lange sie formell besteht. Remissionen des Leidens, mögen sie noch so erheblich sein, mögen sie noch so lange anhalten, sind nicht im Stande, daran auch nur das Geringste zu ändern. Die Entmündigung würde selbst dann wirksam sein, wenn bei ihrer Verhängung überhaupt keine Geistesstörung bestanden hätte, oder, wenn eine solche zwar vorgelegen, aber in zivilrechtlicher Beziehung nicht richtig beurteilt, d. h. in ihrer Wirkung überschätzt worden wäre. Andererseits würde die Entmündigung ihre Wirksamkeit auch behalten, wenn die Seelenstörung sich so erheblich gebessert hätte, dass ihr eine rechtliche Wirkung versagt werden müsste, oder wenn sie gar zur Heilung gelangt wäre. Nichtbestehen einer Seelenstörung oder deren erhebliche Besserung oder Heilung sind nur Gründe, gegen die Berechtigung der Entmündigung vorzugehen, und erst, wenn diese beseitigt ist, erlischt ihre Wirkung. Für die rechtliche Wirkung einer Entmündigung ist mithin einzig und allein der Umstand maassgebend, dass sie formell zu Recht besteht; ihre materielle Berechtigung ist in der Hinsicht völlig belanglos. Ein Gegenbeweis, dass die Entmündigung in sachlicher Weise nicht begründet sei, ist daher auch gar nicht zulässig. Der Gegner kann sich nicht darauf berufen, dass der Entmündigte völlig geistesgesund sei; selbst der unwiderleglichste Beweis für die geistige Gesundheit würde ihm nichts helfen. Ebenso wenig ist aber auch seitens des Gegners die Einrede zulässig, dass ihm die Entmündigung unbekannt gewesen sei. Würde der Entmündigte einen Kaufakt vollziehen, würden noch so viele Zeugen und auch der Notar, in deren Gegenwart der Akt erfolgte, die geistige Gesundheit in einer völlig beweisenden Weise behaupten, würde die Handlung selbst unzweideutig eine verständige Ueberlegung und somit die Richtigkeit der Aussagen beweisen, der Akt würde ungültig sein, so lange die Entmündigung besteht. Die Entmündigung ist regelmässig und bedingungslos von den ihr zukommenden Wirkungen begleitet.

Um etwaigen Bedenken zu begegnen, sei hier ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Entmündigung an sich keine rückwirkende Kraft zukommt (cf. § 130).



Sie beginnt ihre Wirkung erst mit dem vom Gesetzgeber ausdrücklich angegebenen Zeitpunkte (s. Z. P. O.) zu entfalten und diese beizubehalten, so lange sie nicht aufgehoben wird. Damit ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen, dass die Anwendbarkeit des § 105, A. 2 und § 104, Z. 2 auf solche Rechtsgeschäfte in Erwägung gezogen wird, die bereits vor der Entmündigung abgeschlossen sind.

Schliesslich sei noch die Frage der sogenannten partiellen Entmündigung wegen Geistesstörung erwähnt. Nach dem gemeinen Recht bleiben nur teilweise Erkrankte insoweit handlungsfähig, als die Vernunft reicht, auch wenn sie unter Vormundschaft stehen. Eine partielle Entmündigung würde aber in ihrer praktischen Durchführung auf recht erhebliche Schwierigkeiten stossen. Daher ist es durchaus begreiflich, wenn man auch juristischerseits ihr sehr skeptisch gegenübersteht (cf. Entsch. des O.L.G. Hamburg. Lähr, Bd. 50, S. 1123) und dass sie auch vom medizinischen Standpunkte aus als unhaltbar erklärt werden muss, hat Hitzig des Eingehenderen (I. S. 133) nachgewiesen.

Fasst man das bisher Gesagte zusammen, so wird man die materiellen Voraussetzungen der Entmündigung erblicken müssen in einer Geistesstörung, die, gleichgiltig, wie sie sich klinisch äussert, wenn sie nur dauernd ist, die Unfähigkeit der Besorgung der Angelegenheiten nach sich zieht.

## 6. Unterscheidung von Geisteskrankheit und Geistesschwäche im Sinne des Gesetzes.

Wirkung der Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche — deren Unterscheidung nach dem Zeitpunkt des ersten Auftretens — nach dem Sprachgebrauch des Volkes — nach der klinischen Terminologie — nach den juristischen Folgen. — Ähnliches Vorgehen des Strafgesetzbuchs. — Vergleichung mit Kindern und Minderjährigen.

Bei der bisherigen Besprechung der Voraussetzungen der Entmündigung ist von den beiden in § 6 angegebenen Faktoren, dem klinischen und dem sozialen, vorwiegend der Letztere erörtert worden. Der Erstere hat nur insoweit Berücksichtigung gefunden, als der ganzen bisherigen Besprechung die Annahme zu Grunde gelegt worden ist, dass die Unfähigkeit zur Besorgung der Angelegenheiten eine Folge irgend einer Geistesstörung sei.

Der § 6 selbst spricht in seiner Z. 1 von einer Geisteskrankheit und Geistesschwäche, die anscheinend völlig gleichwertig, koordiniert neben einander angeführt werden. Die Gleichheit der Bedeutung ist indes nur scheinbar, wie sich das bei der straffen Fassung des B.G.B., die jeder Umschreibung oder gar Tautologie völlig abhold ist, von vornherein erwarten lässt. Da die Entmündigung wegen Geisteskrankheit Geschäftsunfähigkeit nach sich zieht (§ 104, Z. 3), die wegen Geistesschwäche nur beschränkte Geschäftsfähigkeit (§ 114 und § 106), so ergibt sich daraus, dass Geisteskrankheit und Geistesschwäche als Voraussetzungen einer Entmündigung nichts weniger als identische Begriffe sind.

Es wirft sich somit die Frage auf, nach welchen Gesichtspunkten die beiden

Begriffe der Geisteskrankheit und Geistesschwäche im Sinne des § 6 von einander unterschieden werden sollen.

Im grossen und ganzen lassen sich hier drei verschiedene Meinungen unterscheiden; eine ging aus von dem Zeitpunkt des ersten Auftretens der geistigen Störung, eine zweite liess den Sprachgebrauch entscheiden, eine dritte berücksichtigte nur den juristischen Folgezustand. Es sei gleich vorweg bemerkt, dass die dritte, zuletzt angeführte Ansicht unseres Erachtens die allein richtige ist, wenn auch die Entscheidung von höchster Gerichtsstelle noch aussteht.

Die eine Partei war der Ansicht, dass mit dem Ausdruck Geisteskrankheit erworbene, mit dem Ausdruck Geistesschwäche angeborene Zustände geistiger Veränderung bezeichnet werden sollen; der Boden, auf dem sich der anomale Geisteszustand entwickelt hat, sollte mithin für die Differenzierung maassgebend sein.

Zu gunsten dieser Anschauung konnte darauf hingewiesen werden, dass sich ein ähnlicher Standpunkt hier und da in den Materialien zum B.G.B. findet. Vor allen Dingen identifizierten die Motive (I, S. 62) die blosse Geistesschwäche mit der ungenügenden Entwicklung der geistigen Kräfte. Bedauerlicherweise konnte die Fassung der Denkschrift, die für den Reichstag bestimmt war, dieses Missverständniss nur noch nähren. Die Ausführungen der Denkschrift zu der Entmündigung wegen Geisteskrankheit bezw. Geistesschwäche mögen hier indes wörtlich Platz finden, da auch ihr weiterer Wortlaut für die Auffassung des gesetzgeberischen Willens nicht belanglos ist.

### I. Entmündigung.

#### Geisteskrankheit.

Die Voraussetzungen der Entmündigung hat der Entwurf dem geltenden Recht gegenüber erweitert. In Uebereinstimmung mit diesem bestimmt er zunächst, dass entmündigt werden kann, wer wegen Geisteskrankheit seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag. Abgesehen von dem Hinweis auf den für die Entmündigung maassgebenden Gesichtspunkt, dass durch die Geisteskrankheit Unfähigkeit des Kranken zur Besorgung seiner Angelegenheiten bewirkt sein muss, ist eine nähere Kennzeichnung der die Entmündigung rechtfertigenden Geisteskrankheit entsprechend den aus ärztlichen Kreisen hervorgegangenen Wünschen unterblieben.

#### Geistesschwäche.

Unter der gleichen Voraussetzung wie wegen Geisteskrankheit wird Entmündigung zugelassen wegen Geistesschwäche. Auch derjenige, dessen Geisteskräfte unvollständig entwickelt sind, bedarf, wie besonders von ärztlicher Seite betont worden ist, des Schutzes gegen die nachteiligen Folgen seiner Einsichtslosigkeit und gegen die Ausbeutung derselben durch andere. Verneinung der vollen Geschäftsfähigkeit und allgemeine Fürsorge für die persönlichen und die Vermögensangelegenheiten des Geistesschwachen durch Bestellung eines Vormundes sind auch hier die gebotenen Schutzmittel. Im Unterschied aber von der Entmündigung wegen Geisteskrankheit hat die Entmündigung wegen Geistesschwäche nicht völlige Geschäftsunfähigkeit, sondern nur eine Beschränkung der Geschäftsfähigkeit zur Folge, welche den Geistesschwachen einem Minderjährigen gleichstellt.

Es muss demgegenüber darauf hingewiesen werden, dass die angeborenen Anomalien nicht nur unerheblich sein können, sondern ebensowohl den höchsten Grad von Abweichung vom Normalen erreichen können wie beispielsweise bei

der Idiotie; und das Umgekehrte wird bei den erworbenen Störungen zutreffen können.

Es ist mithin für die Intensität der Störungen ohne Belang, in welchem Zeitpunkte sie sich zuerst bemerkbar gemacht haben. Es wäre aber widersinnig, auf ein solches äusserliches Moment hin, welches für die zivilrechtliche Bedeutung ganz nebensächlich ist, eine Unterscheidung zwischen zwei Zuständen zu treffen, deren Folgen so verschieden schwere sind.

Eine sichere Unterscheidung wäre aber auch ohne eine genaue Kenntnis der Vorgeschichte des Falles, die man nicht immer erhalten kann, nur dem Psychiater möglich, und dieser würde sich sicherlich sträuben, einzig und allein diesen ätiologischen Gesichtspunkt sprechen zu lassen, zudem seine Terminologie hiermit nicht im geringsten übereinstimmt.

Auf der andern Seite kann aber auch nicht, wie man meinen könnte, „der Unterschied, der im praktischen Leben zwischen der Geisteskrankheit und der Geistesschwäche gemacht werde“ (Komm. Prot. VI. 121), verwertet werden, so sehr man auch der kurz vorher ausgedrückten Ansicht der Kommission beipflichten kann, „dass es Zustände der geistigen Unvollkommenheit gebe, die nach der gewöhnlichen Auffassung nicht unter den Begriff der Geisteskrankheit fielen.“ Sicherlich wird man ein so bethätigtes Streben des Gesetzgebers nach allgemeiner Verständlichkeit nur billigen (Moeli I, S. 13). Dass die Ausdrücke krank und schwach verschiedene Grade einer pathologischen Abweichung vom Durchschnitt bezeichnen, das entspricht der allgemeinen Annahme des Volkes. Es ist aber fraglich, ob der gleiche Standpunkt auch dann gewahrt wird, wenn es sich um den Spezialfall von geisteskrank und geistesschwach handelt. Diese Frage dürfte um so eher in ablehnendem Sinne beantwortet werden müssen, als das Wissen weiterer Kreise bezüglich der Irrenheilkunde noch recht viel zu wünschen übrig lässt. So hält es denn auch Planck für zweifelhaft, ob die Redeweise des Volkes einen brauchbaren Anhaltspunkt abgibt, und Leonhard steht nicht an, die Berufung des Gesetzgebers auf das Volksbewusstsein für eine Selbsttäuschung zu halten.

Jedenfalls würde sonst einer fast willkürlichen Auffassung Thür und Thor geöffnet, die um so weniger am Platze ist, als ja die Entmündigung in den beiden Fällen von verschiedenen Folgen begleitet ist. Dass aber der Sprachgebrauch des Volkes nur selten mit der Redeweise des Psychiaters in Uebereinstimmung steht, das braucht kaum noch hervorgehoben zu werden.

Freilich darf der klinischen Terminologie eine entscheidende Bedeutung schon um deswillen nicht beigelegt werden, als die Geistesschwäche ja auch eine Form der Geisteskrankheit ist. Will man den massgebenden Unterschied zwischen der Geistesschwäche und Geisteskrankheit im klinischen Sinne kurz skizzieren, so kann man ihn finden in der Bevorzugung der qualitativen Seite der Veränderung bei der Geisteskrankheit gegenüber der quantitativen Seite bei der Geistesschwäche. Aber die Intensitätsgrade können recht verschieden sein, und es kann der an Geistesschwäche Leidende einen ebenso weitgehenden Schutz nötig haben, wie der mit Geisteskrankheit Behaftete.



Das B.G.B. selbst gibt nun auf die Frage, wann bei dem zu Entmündigten Geisteskrankheit, wann Geistesschwäche angenommen werden soll, keine direkte Antwort. Es hat, wie aus der Vorgeschichte hervorgeht, mit voller Absicht es vermieden, von diesen Begriffen eine Definition zu geben. Da aber der juristische Folgezustand der beiden Entmündigungsfälle ein verschiedener ist, so muss mangels jeglicher anderer Anhaltspunkte dieser und nur dieser den nötigen Aufschluss geben.

Es kann nicht scharf genug hervorgehoben werden, dass der Zweck der Entmündigung der ist, den Hilfsbedürftigen zu schützen, aber auch nicht mehr zu schützen, als not ist. Der Zweck der Entmündigung steht natürlich in direkter Abhängigkeit von der zu Grunde liegenden Anomalie, und deren Beschaffenheit anderseits bedingt wieder die grosse oder kleine Entmündigung, wenn wir unter der erstern die Entmündigung wegen Geisteskrankheit mit nachfolgender Geschäftsunfähigkeit, unter der letztern die Entmündigung wegen Geistesschwäche mit nachfolgender beschränkter Geschäftsfähigkeit verstehen. Die Innigkeit der hier bestehenden wechselseitigen Beziehungen kann durch nichts klarer bewiesen werden, als durch diesen oben gekennzeichneten Standpunkt des Gesetzgebers. Die Entscheidung erfolgt, wenn man will, *ex posteriori*. Die in Aussicht stehenden rechtlichen Folgen müssen dem Sachverständigen vor Augen schweben bei der Begutachtung und ihn leiten bei der richtigen Deutung der Voraussetzungen der Entmündigung. Eine Aufklärung ist nur möglich durch einen Rückschluss aus der juristischen Wirkung, die eintritt, je nachdem eine Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche angenommen wird. Je schwerer die Störung ist, um so mehr muss der Erkrankte geschützt werden, und da die Entmündigung wegen Geisteskrankheit den rechtlich bedeutenderen Eingriff bedeutet, so müssen die von einer solchen Psychose zu befürchtenden Benachteiligungen der Person die erheblicheren sein gegenüber den Folgen der Geistesschwäche.

Damit erhalten die beiden Begriffe Geisteskrankheit und Geistesschwäche eine ganz spezifische und rein juristische Bedeutung, ohne die geringste Beziehung zur klinischen Terminologie. Schon deshalb ist auch, um allen Missverständnissen von vorn herein zu begegnen, in dem Kapitel der Entmündigung die Anwendung der Ausdrücke Geisteskrankheit oder Geistesschwäche vermieden, sofern ihnen nicht die ganz besondere zivilrechtliche Bedeutung zukommt.

Daran, dass hier die Erklärung eines Begriffes nur aus den Folgen herzu-leiten ist, wird man sich weniger stossen, wenn man sich vergegenwärtigt, dass der Gesetzgeber auch andernorts in ähnlicher Weise vorgeht. Hier sei nur hingewiesen auf den § 1 St.G.B., der besagt, dass eine mit dem Tode, mit Zuchthaus oder mit Festungshaft von mehr als 5 Jahren bedrohte Handlung ein Verbrechen ist. In ganz analoger Weise wird das Wesen des Vergehens und der Uebertretung gekennzeichnet. Die Terminologie der strafbaren Handlung richtet sich also nach ihrer strafrechtlichen Wirkung, nach dem Maasse und der Art der angedrohten Strafen. Die drei Arten der strafbaren Handlungen werden nun in-

direkt, auf dem Umwege über die in Betracht kommenden Strafen differenziert; die Qualifikation erfolgt, wenn man so will, erst nachträglich.

Ganz ähnlich liegen hier die Verhältnisse. Man muss den Rechtszustand genau kennen, der an die Geschäftsunfähigkeit oder beschränkte Geschäftsfähigkeit geknüpft ist, um im einzelnen Falle sagen zu können, ob der Schutz des Geistesgestörten so weit gehen muss, um ihm Geschäftsunfähigkeit zuzuerkennen, oder ob er noch so wenig in seiner sozialen Stellung geschädigt ist, dass die beschränkte Geschäftsfähigkeit ausreicht. „Maassgebend für die Untersuchung sei vielmehr die verschiedene Art, in Folge derer der Geisteskranke wie der Geistesschwache seine Geschäfte nicht zu besorgen vermöge“ (Komm. Prot. IV. 844). Es kommt dem Gesetzgeber somit nur auf die richtige Bewertung der Schwere der vorliegenden Geistesstörung an. Die Ursache, die Art und Form, ihr Ausgang ist völlig irrelevant, und die Dauer kommt, wie schon oben auseinandergesetzt ist, nur insofern in Betracht, als ein für alle Male die stillschweigende Voraussetzung besteht, dass vorzugsweise dauernde Störungen den Grund zu einer Entmündigung abgeben sollen. Es ist mithin Geisteskrankheit die intensivere, verhängnisvollere Form einer Geistesstörung gegenüber der Geistesschwäche, und die Geisteskrankheit verlangt daher auch ein weitgehendes Eingreifen in die rechtliche Stellung, als wenn es sich nur um Geistesschwäche handelt.

In der juristischen Einleitung ist bemerkt worden, dass geschäftsunfähig ist, wer nicht das siebente Lebensjahr erreicht hat (§ 104, Z. 1), und dass ein Minderjähriger, der das siebente Lebensjahr vollendet hat, in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist (§ 106). Es handelt sich mithin um die gleichen Folgezustände wie bei der Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche; nur sind die Voraussetzungen insofern greifbarer, als ganz bestimmte Altersgrenzen vorgesehen sind. Man möchte daher zu der Annahme neigen, dass diese für das Rechtsleben geschaffene Gleichbewertung abnormer Geisteszustände auf der einen und der noch unvollkommenen geistigen Entwicklung auf der andern Seite im praktischen Leben verwertet werden könnte für die Erledigung der Frage, ob gegebenenfalls das Gesetz Geisteskrankheit oder Geistesschwäche angenommen wissen will. Das ist indes nur in wenigen Fällen ohne Weiteres möglich.

Einen blödsinnigen Menschen, der auf einer recht niedrigen Intelligenzstufe steht, kann der Gutachter direkt neben den Minderjährigen unter sieben Jahren stellen; er kann diese Vergleichung auch in seinem Gutachten zum Ausdruck bringen und so die Behauptung stützen, dass hier Geisteskrankheit vorliegt.

Für andre Fälle verspricht eine derartige Parallelisierung weniger Erfolg, und solche Fälle bilden sicherlich die Mehrzahl. Die Minderjährigen nach dem siebenten Lebensjahre würden naturgemäss bei einer solchen vergleichenden Betrachtung am Meisten herangezogen werden müssen. Aber da ist die geistige Entwicklung und Reife bei den verschiedenen Individuen ganz erheblich verschieden, schon wenn es sich um das gleiche Lebensjahr handelt. Die Differenzen

werden noch grösser, als zwischen dem 8. und 21. Lebensjahre eine lange Spanne Zeit liegt, innerhalb derer sich die allmähliche Ausbildung vollzieht. Aber auch zugegeben, dass man ein noch nicht voll entwickeltes Individuum vor sich hätte, welches nach seiner geistigen Leistungsfähigkeit mit einem andern erkrankten Individuum auf einer Stufe stände, so würde die zivilrechtliche Identifikation nur dann angebracht sein, wenn auch die Angelegenheiten der beiden Personen nach ihrer Quantität und Qualität eine Gleichstellung zulassen.

Es wird sich nicht umgehen lassen, dass man der Unterscheidung der Geistesstörungen vom Gesichtspunkte der Entmündigung aus die Begriffe der Geschäftsunfähigkeit beziehungsweise beschränkten Geschäftsfähigkeit zu Grunde legt. Aus eben diesem Grunde haben sie oben (S. 162—178) eine detaillierte Besprechung erfahren, die vielleicht Manchem als zu eingehend erschienen sein möchte. Es genügt daher, an dieser Stelle auf jene Darstellung zu verweisen.

## 7. Die Verschiedenheit der Wirkung der Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche.

Gradueller Unterschied. — Notwendigkeit der individuellen Begutachtung mit Rücksicht auf die Psychose — mit Rücksicht auf die Angelegenheiten. — Verschiedene Begutachtung des gleichen Falls. — Prinzipieller Unterschied zwischen Geisteskrankheit und Geistesschwäche im Hinblick auf die rechtliche Bedeutung der Willenserklärung. — Standpunkt der II. Kommission. — Unterschied mit Rücksicht auf die Ehefähigkeit. — Eidesfähigkeit. — Testierfähigkeit. — Allgemeine Geschäftsfähigkeit. — Notwendigkeit einer dauernden Anstaltsverpflegung. — Rücksichtnahme auf die Prognose des Leidens. — Ueberwiegen der Entmündigung wegen Geisteschwäche. — Scharfe Trennung zwischen Geisteskrankheit und Geistesschwäche unmöglich. — Notwendigkeit zweier verschiedener Entmündigungsgründe. — Ausdrucksweise „Geisteskrankheit“ und „Geistesschwäche“.

Geisteskrankheit und Geistesschwäche bezeichnen, wie oben gesagt, nur graduelle Unterschiede, wobei Geisteskrankheit das Grössere, Schwerere ist.

Nun ist zu berücksichtigen, dass die gleiche Psychose bei ein und demselben Individuum zu den verschiedenen Zeiten verschiedene Intensitätsgrade zeigt. Die individuelle Verschiedenheit der Psychosen bringt es mit sich, dass die gleiche Psychose nicht immer die gleiche zivilrechtliche Bewertung erfahren kann. Der Wechsel der Psychose bei einem Individuum im Laufe der Zeiten hat andererseits zur Folge, dass bei ihm bald Geistesschwäche, bald Geisteskrankheit angenommen werden muss. Das nächstliegende Beispiel ist die progressive Paralyse. Im Beginn der schweren Gehirnerkrankung, bei der vielfach vorhandener Erregung, bei der Ueberschätzung der eigenen Kräfte und Leistungsfähigkeit wird man Geisteskrankheit annehmen müssen. Folgt eine Remission, so wird Geistesschwäche ausreichen. Nimmt die Krankheit ihren weiteren Verlauf und führt sie zu einer tieferen Verblödung, so wird der Kranke wiederum für geisteskrank zu erklären sein. Ähnliche Gesichtspunkte können bei vielen Seelenstörungen geltend gemacht werden; nur in wenigen Fällen ist der Verlauf der Psychosen ein völlig



gleichmässiger und mehr oder minder erheblichen Schwankungen der Intensität nicht unterworfen.

Sodann muss, wie schon oben betont ist (s. S. 235—242, 258), immer in jedem einzelnen Falle die Einwirkung der Psychose auf die Angelegenheiten des konkreten Individuums abgeschätzt werden. Neben der individuellen Begutachtung der Psychose bedarf es daher der Rücksichtnahme auf die individuellen Verschiedenheiten der Angelegenheiten nach ihrer Zahl und Art. Hat eine akute Seelenstörung nach ihrer Heilung einen gewissen Grad von Schwachsinn hinterlassen, so wird der einfache, biedere Bauersmann mit dem ihm erhalten gebliebenen Reste von Intelligenz den sozialen Anforderungen noch genügen können, zumal wenn ihm in einer energischen, zielbewussten Frau eine hilfreiche Stütze zur Seite steht. Der Gutsbesitzer aber, der einem grossen Anwesen vorsteht, der Leiter eines bedeutenden Geschäfts kann durch den gleichen Defekt bereits so erheblich geschädigt sein, dass die Unternehmungen in ihrem Bestande gefährdet würden, wollte man deren selbständige Leitung auch weiterhin ihm überlassen; eine gesetzliche Fürsorge kann dann schon notwendig sein.

Wenn oben gesagt wurde, dass die gleiche Krankheitsform bald als Geisteschwäche, bald als Geisteskrankheit gelten muss, so kann der Satz noch weiter dahin ausgedehnt werden, dass der gleiche Grad der gleichen Krankheitsform in dem einen Falle als Geisteskrankheit, in dem andern als Geistesschwäche angesehen werden kann; ja, es ist sogar denkbar, dass er in einem dritten Falle überhaupt keine Beachtung verdient, wenn die Angelegenheiten recht einfacher Natur sind.

Diese so verschiedene Bewertung der gleichen Geistesanomalien verdient um so mehr Beachtung, als sie dem Laien nicht nur unverständlich, ja sinnwidrig erscheinen könnte, und als solche Verhältnisse geeignet erscheinen können, weitere Kreise von neuem gegen die Psychiatrie einzunehmen.

Es ist sehr wohl denkbar, dass bei dem nämlichen Falle der eine Sachverständige eine Entmündigung überhaupt für nicht angebracht hält, während der andere in seinem Gutachten eine Entmündigung wegen Geistesschwäche befürwortet. Die klinische Stellung, die die Sachverständigen der Anomalie gegenüber einnehmen, kann völlig die gleiche sein; verschieden ist nur die rechtliche Deutung. Der Laie freilich ist anderer Ansicht und zieht daraus, dass der Sachverständige sich gegen eine Entmündigung ausgesprochen hat, den Schluss, dass dieser den zu Entmündigenden für nicht geistesgestört gehalten hat. Eine Verschiedenheit der Stellung von Sachverständigen wird um so eher verständlich sein, je grösser der Zwischenraum der Zeiten ist, zu denen die Begutachtungen erfolgt sind. Dabei verdient auch das Moment noch alle Beachtung, dass die Sachverständigen nach Maassgabe ihrer eigenen Erfahrung und Weltanschauung über das Maass der geistigen Leistungsfähigkeit, welches zur Besorgung dieser oder jener Angelegenheiten nötig ist, nicht einer Ansicht zu sein brauchen.

Die beiden Begriffe der Geschäftsunfähigkeit und beschränkten Geschäftsfähigkeit sind oben nebeneinander in ausführlicher Weise erörtert worden. Diese Begriffe sollen den Sachverständigen leiten bei der Lösung der Frage, ob Geisteskrankheit oder Geistesschwäche vorliegt.

Es erscheint aber doch gerechtfertigt, zu versuchen, einen prinzipiellen Unterschied zwischen den beiden Rechtszuständen der Geschäftsunfähigkeit und beschränkten Geschäftsfähigkeit zu finden, um so ev. dem Sachverständigen die Entschliessung darüber zu erleichtern, welcher der beiden Entmündigungsfälle vorliegt. Bei diesem Versuch soll aber nur auf die Geschäftsfähigkeit im allgemeinen Bezug genommen werden.

Die Willenserklärung des Geschäftsunfähigen ist nichtig; die Willenserklärung eines Minderjährigen, durch die er lediglich einen rechtlichen Vorteil erlangt, ist wirksam auch ohne die Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters. Der beschränkt Geschäftsfähige handelt allein, ohne den gesetzlichen Vertreter nur dann wirksam, wenn es für ihn, rein rechtlich betrachtet, lukrativ ist. In beiden Fällen sind mithin belastende Willenserklärungen unwirksam, vorausgesetzt, dass der gesetzliche Vertreter des beschränkt Geschäftsfähigen die Einwilligung versagt. Sehen wir von den andern Bestimmungen vorläufig ab, so könnte man hier die Frage aufwerfen, ob es überhaupt notwendig war, die beiden Begriffe der Geschäftsunfähigkeit und beschränkten Geschäftsfähigkeit hierin einander gegenüberzustellen. Der durchgreifende Unterschied, der sich bisher ergeben habe, sei doch nur der, dass der Geschäftsunfähige z. B. eine Schenkung mit Wirksamkeit nicht annehmen könne, im Gegensatz zum beschränkt Geschäftsfähigen, und es könne fraglich erscheinen, ob man gut daran thue, die Nichtigkeit solcher Rechtsgeschäfte zuzulassen.

Dies sind Erwägungen, die zu nahe liegen, als dass sie nicht jedem, besonders dem Nichtjuristen von selbst sich aufdrängten. Sie finden sich auch in der Zus. gut. Aeuss. Bd. I, S. 111. In der II. Kommission wurden Anträge, die einen gleichen oder ähnlichen Standpunkt erkennen liessen, gestellt. Die Gründe, welche für und wider geltend gemacht wurden, sind ausführlich Bd. I, S. 46 ff. wiedergegeben. Hier sei nur das mitgeteilt, was für die endgültige Fassung ausschlaggebend war:

„Die Grundauffassung des Antragstellers sei nicht zutreffend. Man könne keineswegs einander gegenüberstellen diejenigen Personen, welche thatsächlich — sei es überhaupt oder nur in einem bestimmten Zeitpunkt — unfähig seien, einen Willen zu haben, und diejenigen, bei welchen ein Wille thatsächlich vorhanden sei. Vielmehr gebe es nach der natürlichen Anschauung Zustände, in welchen auch ein thatsächlich vorhandener Wille eine rechtliche Berücksichtigung überhaupt nicht verdiene, selbst dann nicht, wenn die Genehmigung des gesetzlichen Vertreters hinzukomme (Eheschliessung eines Geisteskranken). Eine Unterscheidung der Geschäftsunfähigen und der in der Geschäftsfähigkeit Beschränkten sei daher mit Notwendigkeit geboten. Der Unterschied zwischen beiden bestehe der Hauptsache nach nicht darin, dass die Geschäftsunfähigen ausser stande seien, Erwerbshandlungen selbständig vorzunehmen, sondern wesentlich darin, dass ihnen versagt sei, anderweitige Rechtsgeschäfte mit der Wirkung vorzunehmen, dass die Rechtsgeschäfte durch den blossen Hinzutritt der Genehmigung des gesetz-

lichen Vertreters Gültigkeit erlangen könnten. Sollte die Genehmigung diese Wirkung haben, so setze dies offenbar eine gewisse Entwicklung der Willensfähigkeit des Handelnden voraus, welche das Kind in der frühesten Zeit noch nicht habe. Man dürfe den Eintritt dieser Entwicklung nicht auf einen zu frühen Zeitpunkt verlegen. Andererseits komme in Betracht, dass die Bedeutung der Altersgrenze insbesondere auch darin liege, dass sie für die dem Kindesalter entwachsenen Minderjährigen den Nachweis der Geschäftsfähigkeit unnötig mache, beziehungsweise eine Anfechtung der Geschäftsfähigkeit derselben ausschliesse. Die gesetzgeberische Schwierigkeit bestehe somit bei den Minderjährigen darin, eine in der Mehrzahl der Fälle richtige Grenze zu ziehen zwischen solchen, deren Wille, soweit ein solcher vorhanden sei, überhaupt rechtlich nicht in Betracht kommen könne, und solchen, bei welchen der erklärte Wille unter gewissen Beschränkungen Anspruch auf rechtliche Anerkennung habe. Die Grenze werde freilich in allen Fällen etwas willkürliches an sich tragen. Dies liege im Wesen einer jeden fixierten Altersgrenze und sei unvermeidlich. Wie bei dem Volljährigkeitstermine, so fordere auch hier die Rücksicht auf die Praktikabilität des Rechts die Aufstellung einer durchgreifenden Regel. Es wäre bedenklich und würde die Rechtssicherheit gefährden, wenn man dem Richter die Feststellung im einzelnen Falle überlassen wollte.“

In der Reichstagskommission (S. 24) war dann nochmals beantragt, diejenigen Willenserklärungen Geschäftsunfähiger überhaupt, also auch der Kinder unter 7 Jahren oder der Geisteskranken, durch welche sie lediglich einen rechtlichen Vorteil erlangen, für gültig zu erklären, sofern ihre Urheber die erforderliche Einsicht haben. Der Antrag wurde aber abgelehnt, und es wurde dagegen insbesondere geltend gemacht: Die Annahme des Antrages würde auf die zweifelhafte, im Einzelfalle oft schwer zu entscheidende Frage führen, ob das Kind oder der entmündigte Geisteskranke die erforderliche Einsicht gehabt hätte. Um so weniger verdiene der Antrag Beachtung, als auch ohnedies Geschäftsunfähige Besitz über eine Sache erlangen könnten.

Der prinzipielle Unterschied ist also kurz gesagt der: der Wille des Geschäftsunfähigen verdient gar keine Beachtung, der Wille des beschränkt Geschäftsfähigen kann nur insoweit Berücksichtigung beanspruchen, als dann, wenn er nicht einen rechtlichen Vorteil für den beschränkt Geschäftsfähigen bedeutet, dem Vertreter des beschränkt Geschäftsfähigen die Entscheidung in die Hand gelegt ist. Der gesetzliche Vertreter giebt dem bis dahin unwirksamen Rechtsgeschäft seine Wirksamkeit; er ergänzt das Fehlende. Beim Geschäftsunfähigen fehlt aber Alles, ist überhaupt nichts vorhanden; von einer Ergänzung kann hier keine Rede sein, sondern nur von einer Vertretung, indem der gesetzliche Vertreter an die Stelle des Geschäftsunfähigen tritt, der eine reine Null im Geschäftsleben ist. Der beschränkt Geschäftsfähige hat ein Recht der Initiative; nur ist die wirksame Durchführung der von ihm eingeleiteten Geschäfte an bestimmte Bedingungen geknüpft.

Meines Erachtens ist es nicht unwichtig, diesen grundsätzlichen Unterschied festzuhalten, weil er das Verständnis für die Absichten des Gesetzgebers erleichtert. Dieser Unterschied kann aber auch praktisch verwertet werden. Der blödsinnige Mensch kann nicht erwarten, dass man seinen Aeusserungen auch nur die geringste rechtliche Bedeutung beimisst, und deshalb eben nimmt er im



Rechtsleben die Stelle eines Geschäftsunfähigen ein. Andererseits können Willens-äusserungen, die von Wahnideen und Intelligenzeinbusse zeugen, dennoch eine juristische Beachtung beanspruchen und zwar eine um so weitgehendere, je mehr die Äusserungen eine verständige Ueberlegung erkennen lassen und der sogenannten Norm sich nähern.

Indess muss man doch zugeben, dass dieser Gesichtspunkt allein den Sachverständigen wenig fördern wird. Er wird dem Willen des Gesetzes eher und leichter sich nähern, wenn er auch die sonstigen Unterschiede in der rechtlichen Stellung heranzieht. Es soll somit kurz auseinandergesetzt werden, inwiefern die einzelnen Vorschriften den Sachverständigen bestimmen können, sich in dem seiner Begutachtung unterstellten Falle für Geisteskrankheit oder Geistesschwäche auszusprechen. Dabei wird sich nicht umgehen lassen, dass bereits an dieser Stelle auf das erst später zu behandelnde Kapitel der Ehesfähigkeit und der Testierfähigkeit Bezug genommen wird.

Was die Ehesfähigkeit anbelangt, so ist die von dem Geschäftsunfähigen geschlossene Ehe nichtig, während dem beschränkt Geschäftsfähigen die Eheschliessung unter besondern Voraussetzungen ermöglicht ist. Deren Gültigkeit ist in erster Linie an die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters, also im vorliegenden Falle an die des Vormundes, geknüpft. Der Vormund, der sein Amt als solches gewissenhaft auffasst, wird sicherlich nicht versäumen, sich an zuständiger Stelle darüber zu orientieren, ob die Eheschliessung seines Mündels befürwortet werden kann oder nicht. Geht der Vormund recht vorsichtig vor, so wird er auch den Rat des Arztes einholen, der, wenn natürlich auch eine Entscheidung nur von Fall zu Fall möglich ist, dennoch in der Mehrzahl der Fälle abraten wird. Es ist dem Sachverständigen natürlich unbenommen, in seinem Entmündigungsgutachten darauf hinzuweisen, dass er den zu Entmündigenden zwar für geistes schwach im Sinne des Gesetzes halte, dass er aber aus den und den Gründen der etwaigen Eingehung einer Ehe widerraten möchte. Entsprechend dem Recht der Einwilligung kann schliesslich der gesetzltiche Vertreter die Ehe seiner Mündel anfechten, die diese ohne seine Einwilligung geschlossen hat.

Die Heirat des beschränkt Geschäftsfähigen ohne Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters wird nur unter bestimmten Voraussetzungen gültig. Diese Möglichkeit wird der gesetzliche Vertreter sich bei Zeiten vergegenwärtigen müssen. So sehr aber auch die Verhinderung der Heirat minderwertiger Individuen vom sozialen und anthropologischen Standpunkte aus gebilligt werden kann, so erscheint es doch fast zu bedenklich, mit Rücksicht auf dies eine Moment allein Geisteskrankheit anzunehmen und von Geistesschwäche abzusehen. Ist anderseits durch anderweitige Momente das Vorhandensein einer Geisteskrankheit genügend motiviert, so wird der Umstand, dass eine Ehe durchaus zu widerraten ist, zur weiteren Begründung herangezogen werden können. Die Heirat derartiger Personen wird sicherlich in vielen Fällen nur auf eine Befriedigung des Geschlechtstriebes hinauslaufen; edlere Motive werden weniger dabei mitsprechen. Damit allein aber kann

den bedenklichen Folgen nicht wirksam entgegengetreten werden, dass die geschlossene Ehe nachträglich für nichtig erklärt wird. Es wird sich vielmehr oft genug eine Anstaltsunterbringung als notwendig erweisen, und dass deren Berechtigung mit den Voraussetzungen der Entmündigung gar nichts zu thun hat, das braucht hier nicht nochmals wiederholt zu werden.

Wie schon oben gesagt ist, erscheint es nicht ganz unbedenklich, daraufhin allein, dass eine Heirat nicht dem Interesse der Eheschliessenden und der Gesellschaft entspricht, Geisteskrankheit anzunehmen, während alle andern Momente die Annahme einer Geistesschwäche rechtfertigen. Jedenfalls liessen verschiedene von mir darob befragte Juristen darüber keinen Zweifel, dass sie wegen dieses Gesichtspunkts allein sich nicht für die eingreifendere Entmündigung wegen Geisteskrankheit entscheiden würden. So wichtig auch die Eheschliessung sei, so müsste man doch Bedenken tragen, um sie auszuschliessen oder rechtlich unmöglich zu machen, deshalb jede Bewegungsfreiheit zu verhindern. Das sei zu teuer erkaufte.

Ich verstehe sehr wohl, dass man auch andrer Meinung sein kann wie z. B. Hahn. Man kann seine Ansicht auch damit stützen, dass man sagt, eine Eheschliessung sei mit Sicherheit nur durch Anstaltsinternierung zu verhüten, und dann nütze eine gewisse Bewegungsfreiheit doch nur sehr wenig.

Hahn weist u. A. auch daraufhin, dass man sich gegebenenfalls für Geisteskrankheit entscheiden müsse, wenn Eidesunfähigkeit (§§ 473, 477 Z.P.O.) anzunehmen sei, und daher die Zulassung des zu Entmündigenden zum Eide nicht dem Ermessen irgend eines Prozessgerichts im Einzelfalle anheimgegeben werden könne. Die Entscheidung müsse auch dann so ausfallen, wenn alle andern Voraussetzungen zur Annahme von Geistesschwäche vorliegen.

Ich halte diese Ansicht für nicht unbedingt richtig, wenn sich auch Hahn auf einen solchen wirklich vorgekommenen Fall beruft. Meines Erachtens ist die Entmündigung nicht dazu berufen, generell die Eidesunfähigkeit festzustellen. Im Gegenteil wird immer betont, die Entmündigung sei nicht von präjudicieller Bedeutung.

Die Arbeit, die jedem einzelnen Prozessgericht speziell daraus erwachsen mag, in jedem Falle („nach den Umständen des Falles“) sich über die Zulassung zur Eidesleistung zu entschliessen, kann kaum in Betracht kommen gegenüber dem so viel erheblicheren Eingriffe, der durch die Entmündigung wegen Geisteskrankheit bedingt ist. Die Entmündigung wegen Geistesschwäche ist schon Anlass genug, die Richter zur Vorsicht zu mahnen.

In Sachen der Testierfähigkeit ist dem beschränkt Geschäftsfähigen der Widerruf seines Testaments gestattet, während dem Geschäftsunfähigen auch dieser versagt ist. Die Aufhebung des Testaments bewirkt, dass das frühere Testament in dem betreffenden Punkte unwirksam ist; eventuell tritt die natürliche Erbfolge ein, von der man voraussetzen darf, dass sie im Grossen und Ganzen dem Willen des Volksbewusstseins entspricht. Mendel hat sicherlich

Recht, wenn er meint, es dürfte schwerlich statthaft sein, dem Entmündigten ein solches Recht zu lassen, wenn er selbst vorher über sein Vermögen zu einer Zeit, als er gesund war, in zweckmässiger Weise von Todes wegen verfügt hätte. Durch die Störung könnte sich ja das Verhältnis gerade zu den Personen sehr geändert haben, die in einem früheren Testament in berechtigter Weise reichlich bedacht seien und die nun enterbt werden sollen. Auf der andern Seite muss aber doch nachdrücklich darauf hingewiesen werden, dass für die Rechtsgültigkeit eines etwaigen Testaments oder dessen Widerrufs § 104, Z. 2 seine unbedingte Gültigkeit behält, auch wenn eine Entmündigung wegen Geistesschwäche stattgefunden hat.

Schliesslich erübrigt es noch, die an dieser Stelle wichtigen §§ 110, 112, 113 des B.G.B. heranzuziehen. Sicherlich bestehen ausser diesen und den oben herangeholten Paragraphen noch viele Gesetzesbestimmungen, welche die Stellung des Geschäftsunfähigen von der des beschränkt Geschäftsfähigen scharf trennen; aber diese Bestimmungen sind für das Gros der Fälle nicht maassgebend oder weniger wichtig, da sie so eigenartige Verhältnisse regeln, wie sie nur selten vorliegen. Um unnötige Verwicklungen zu vermeiden, mag daher von ihrer Berücksichtigung hier Abstand genommen werden.

Die § 110, 112, 113 geben dem Vormund die Möglichkeit an die Hand, die Folgen der Entmündigung bei seinem geistesschwachen Mündel erheblich milder zu gestalten und ihm soviel Bewegungsfreiheit zu gewähren, dass er, ohne Schaden zu erleiden, dennoch für sich sorgen, ja seinen Unterhalt mit eigener Hände Arbeit sich verdienen kann. Diese Anwendung der Paragraphen ist aber keine obligatorische, sondern fakultative. Es ist dem pflichtgemässen Ermessen des Vormundes, bei § 112 nach Rücksprache mit dem Vormundschaftsgerichte, anheimgestellt, sich darüber schlüssig zu werden, ob er im vorliegenden Falle von dieser Wohlthat, der Verminderung der Entmündigungswirkung, Gebrauch machen will oder nicht. Er braucht es nicht, aber er kann es. Erscheint der Fall geeignet für die Anwendbarkeit obiger Paragraphen, insbesondere der beiden zuletzt erwähnten Bestimmungen, so wird die Entscheidung von seiten des Sachverständigen zu gunsten der Geistesschwäche ausfallen. Ist dem nicht so, so darf daraus allein noch nicht der Schluss gezogen werden, dass nun Geisteskrankheit vorliegt. Die Annahme von Geistesschwäche könnte unter Umständen selbst dann vertreten werden, wenn von der Erweiterung der Geschäftsfähigkeit vorübergehend für den Entmündigten gewisse Nachteile oder Schäden zu befürchten wären. Denn sind diese eingetreten, so wird der Fall meist so liegen, dass § 104, Z. 2 noch in Betracht kommt. Andererseits lassen sie sich vermeiden, wenn der Sachverständige in seinem Gutachten auf das Missliche einer Verbesserung der geschäftlichen Stellung hinweist und dringend vor ihr warnt. Freilich dürfte in einem solchen Falle, wie man mit Recht entgegenen kann, die Entmündigung wegen Geistesschwäche nur selten ernsthaft in Frage kommen, da



sie doch keinen Zweck hat und die Bevorzugung der Entmündigung wegen Geisteschwäche somit praktisch gleichgültig wäre.

Der Grundsatz, dass der Geschäftsunfähige total und absolut geschäftsunfähig ist, der beschränkt Geschäftsfähige aber nur relativ und partiell, wird nicht auf allen Gebieten gleich scharf durchgeführt. Gleichwohl verdient die Rücksichtnahme auf die Anwendbarkeit der §§ 112, 113 so in den Vordergrund gerückt zu werden, dass ihnen gegenüber die anderen Gesetzesbestimmungen mehr eine sekundäre Bedeutung haben. Dieser Ansicht sind viele Juristen, Theoretiker sowohl wie Praktiker. Freilich darf dieser Gesichtspunkt allein so wenig wie ein einziges der anderen differenziellen Momente ausschlaggebend sein; die Gesamtpersönlichkeit mit ihren verschiedenen Beziehungen zum Rechtsleben entscheidet.

Wird darauf Rücksicht genommen, so wird auch die wenn auch nicht ausdrücklich vorgeschriebene Voraussetzung erfüllt, die darin liegt, dass dem wegen Geistesschwäche Entmündigten der Entmündigungsbeschluss zugestellt werden soll (§ 661, A. 2 Z.P.O.). Diese Zustellung erfüllt natürlich nur dann ihren Zweck, wenn der Entmündigte sie begreift. Das wird der Fall sein, wenn die Möglichkeit einer erweiterten Geschäftsfähigkeit besteht.

Die überwiegende Mehrzahl von Geistesgestörten, deren Entmündigung in Frage steht, wird sich in Irrenanstalten befinden. Ist bei einem solchen Kranken die Möglichkeit einer Entlassung mit Sicherheit ausgeschlossen, so macht es für ihn, vom rein praktischen Standpunkt aus betrachtet, keinen wesentlichen Unterschied aus, ob er nur wegen Geistesschwäche oder wegen Geisteskrankheit entmündigt wird. Ernstlich kann dann nur der Widerruf eines Testaments in Frage kommen. Die andern Möglichkeiten, sich am Rechtsleben zu beteiligen, kommen kaum in Betracht, weil er in der Anstalt bleibt, also, wenn man so sagen will, aus rein mechanischen Gründen. Indes soll die juristische Auffassung des Falles entscheiden, und so wird man eventuell auch hier die kleinere Entmündigung eintreten lassen, ohne dass diese Milderung für den Entmündigten etwas ausmacht.

Unter allen Umständen verdienen die Fälle eine ernste und eingehende Würdigung, bei denen man mit der Entlassungsmöglichkeit rechnen muss. Ist der Zustand derartig, dass man dem Kranken die Uebernahme einer Stellung oder eines Geschäftes getrost anvertrauen kann, so wird man dies in der Entmündigung wegen Geistesschwäche zum Ausdruck bringen dürfen. Der Sachverständige wird seinen fachmännischen Rat im Gutachten niederlegen dürfen, wenn ihm z. B. eine besondere Vorsicht bei der Auswahl der Art der Erwerbsgeschäfte oder der Stellung angebracht zu sein scheint. So würde es doch sicherlich leichtfertig sein, wollte man einen zum Alkoholismus neigenden Schwachsinnigen als Kellner anstellen lassen oder einem gegen Alkohol überaus empfindlichen Traumatiker eine Wirtschaft zum selbständigen Betrieb übergeben oder einem Epileptiker mit vielen Anfällen eine Beschäftigung in schwindelnder Höhe übertragen.

Wie soll sich der Sachverständige verhalten, wenn das Individuum noch geisteskrank ist, wenn aber eine solche Besserung zu erwarten ist, dass man nach deren Eintritt nur mehr von einer Geistesschwäche reden kann? Es lässt sich die Ansicht vertreten, dass man dann schon jetzt die Entmündigung wegen Geistesschwäche eintreten lässt, und die Begründung wird darauf hinauslaufen, dass man so dem Kranken die Kosten und Unannehmlichkeiten einer zweiten Entmündigung erspart. So sehr diese Auffassung dem Interesse des Geistesgestörten gerecht werden kann, so ist sie doch nicht ganz ungefährlich, da eine Vorhersage nicht mit der hierfür notwendigen Sicherheit gestellt werden kann. Wie oft werden die Hoffnungen des Psychiaters auf eine baldige und weitgehende Besserung des Kranken zu schanden. Das Wohl des Kranken braucht nicht im mindesten darunter zu leiden, dass das Gutachten der Qualifizierung der Seelenstörung den jetzt vorhandenen Zustand zu Grunde legt. Das letztere ist aber zweifellos die Absicht des Gesetzgebers, wie sich aus der inneren Bedeutung der Vernehmung der Kranken, der zwangsweisen Vorführung (§ 654 Z.P.O.), der Anstaltsbeobachtung (§ 656) ergibt. Der Gutachter kann entweder die Verschiebung einer definitiven Entscheidung in dem Entmündigungsverfahren vorschlagen und diesen Vorschlag damit begründen, dass in absehbarer und von ihm ungefähr anzugebender Zeit eine solche Veränderung des geistigen Zustandes zu erwarten sei, dass dadurch eine Verschiebung der Sachlage herbeigeführt werde. Oder der Sachverständige kommt in dem Gutachten zu dem Schluss, dass der zu Entmündigende zur Zeit zwar geisteskrank sei, dass aber in Erwartung einer Besserung der Störung eine erneute Begutachtung zu dem und dem Termine sich empfehle.

Ein Hinweis auf die Prognose dürfte auch dann empfehlenswert sein, wenn der jetzige Zustand nur als Geistesschwäche im Sinne des Gesetzes hingestellt werden kann, wenn aber seine baldige Verschlimmerung bis zum Grade einer Geisteskrankheit erwartet werden kann.

Wenn der Vormund von seiner Befugnis keinen Gebrauch macht, die rechtliche Lage seines Mündels durch die §§ 110, 112, 113 zu verbessern bzw. die Verbesserung in die Wege zu leiten, so ist die Stellung des Geschäftsunfähigen und des beschränkt Geschäftsfähigen nicht sonderlich verschieden, und ich glaube daher auch, dass man in der Mehrheit der Fälle mit der Entmündigung wegen Geistesschwäche auskommen und so die Interessen der psychisch Kranken genügend wahren wird. Die Mehrzahl der Kranken würde selbst keinen beträchtlichen Unterschied merken, ob sie wegen Geistesschwäche oder Geisteskrankheit entmündigt ist. Wenn hier eine Bezugnahme auf das Landrecht gestattet ist, so begnügte man sich früher fast immer mit dem Schluss, dass Blödsinn vorliegt, und die Frage, ob es sich nicht um Wahnsinn handle, wurde allen Ernstes fast nur dann erwogen, wenn mit der Möglichkeit der nur bei Wahnsinn gestatteten Ehescheidung gerechnet werden konnte.

Freilich darf auch nicht verschwiegen werden, dass, wie sich aus den

bisherigen Ausführungen ergibt, eine scharfe Trennung zwischen Geisteskrankheit und Geistesschwäche in der Rechtspraxis sich nicht durchführen lassen wird. Das geben auch die Komm.-Protokolle unumwunden zu, wenn sie sagen, dass eine scharfe Grenze zwischen Geisteskrankheit und Geistesschwäche überhaupt nicht zu ziehen sei (Bd. IV, 853). Das kann ja auch nicht anders sein, da die Uebertragung der beiden Begriffe ins praktische Leben nicht qualitative, sondern nur quantitative Differenzen betrifft; und fließende Uebergänge liegen hier in der Natur der Sache. Theoretische Begriffsunterschiede können nicht immer mit der gleichen Schärfe in der Praxis durchgeführt werden.

Die von manchen Seiten aufgeworfene Frage, ob es überhaupt notwendig war, zwei verschiedene Entmündigungsgrade im B.G.B. einzuführen, soll hier unerledigt bleiben, da mit dem B.G.B. nun als mit einer Thatsache zu rechnen ist. Ursprünglich lag die Zweiteilung dem Gesetzgeber völlig fern, und wie er dazu gekommen ist, wie vor allem ungewollt die Psychiater daran Schuld waren, da sie auch bei der Geistesschwäche eine Entmündigung zugelassen wissen wollten, das ergibt sich aus der Entstehungsgeschichte (s. Kap. 1). Die heutige Fassung trägt jedenfalls dem Gedanken Rechnung, dass die Beeinflussung der Geschäftsfähigkeit durch pathologische Geisteszustände etwas ebenso relatives ist, wie durch die verschiedenen Altersstufen.

Ebensowenig erscheint es berechtigt, noch jetzt sich darüber zu ereifern, dass das Gesetz die Ausdrücke Geisteskrankheit und Geistesschwäche angewendet hat in einer Bedeutung, die unserer klinischen Auffassung zum Teile widerspricht. Ein solcher Zwiespalt wird sich in einem Grenzgebiet, wie es die gerichtliche Psychiatrie ist, niemals vermeiden lassen. Ebenso wird der Reisende, der die Grenze zwischen zwei Ländern mit verschiedener Münzeinheit bereist, sich damit abfinden müssen, dass er in dem einen Lande mit Münzen umgeht, die zum andern Lande gehören, und er wird die nötige Umrechnung in jedem einzelnen Falle vornehmen müssen. Cramer bemerkt zutreffend, dass wir, wenn es dem Gesetzgeber eingefallen wäre, von X- und Y-Zuständen zu reden, statt von Geisteskrankheit und Geistesschwäche, auch mit diesen Ausdrücken hätten operieren müssen.

Die Ausdrücke Geisteskrankheit und Geistesschwäche im § 6, Z. 1 sind eben rein juristische Begriffe und haben mit der klinischen Ausdrucksweise nicht das Mindeste zu thun. Die Ausdrücke sind mit Absicht so vage und unbestimmt gewählt. Eine medizinische Definition ist geflissentlich vermieden. Da es schon dem Mediziner schwer fällt, eine befriedigende Definition zu geben, so wird die gleiche Aufgabe hier um so grösseren Schwierigkeiten begegnen, als weiterhin noch juristische Bedürfnisse berücksichtigt werden sollen. Die Nachteile der medizinischen Definitionen sind aus der Praxis des L.R. noch hinreichend bekannt (cf. Komm.-Prot. IV, 844); es schob die Intelligenz zu sehr in den Vordergrund; ebenso wie das St.G.B. zu grosses Gewicht auf den Willen legt (cf. Mot. I, 61). Geistesstörungen würden sich nach wie vor in gesetzliche Definitionen immer nur



einzwängen lassen, und diese haben noch den weiteren Nachteil, dass sie bei ihrer Einführung gerade den momentanen Stand der Wissenschaft verwerten. Die Schwierigkeiten würden sich daher mit jedem weiteren Fortschritt der Wissenschaft nur noch mehrten.

Die rechtliche Folge kann und soll das alleinige Kriterium der juristischen Bewertung sein. Das hat jedenfalls den Vorteil, dass die Unterschiede verschiedener Grade von Störungen leichter zu fixieren, in brauchbarer Weise festzustellen sind, wenn nur die juristische Seite herangezogen wird. Hiermit ist auch die Möglichkeit gegeben, ohne Rücksicht auf den Charakter, die Form und Dauer der Psychose der sozialen Lage des einzelnen Individuums und dem Zwecke der Entmündigung als einer reinen Bedürfnissache gerecht zu werden.

Die Zukunft wird an der Hand der Praxis entscheiden müssen, ob der Gesetzgeber gut daran that, von Geisteskrankheit oder Geistesschwäche schlechtweg zu sprechen. Die Antwort wird voraussichtlich bejahend ausfallen.

#### 8. Verhältnis des § 104, Z. 2 zur Entmündigung.

Geschäftsunfähigkeit nach § 104, Z. 2 und § 104, Z. 3. — § 104, Z. 2 und Entmündigung wegen Geistesschwäche. — Entmündigung ohne präjudicielle Bedeutung.

Wie schon oben auseinandergesetzt ist, ist geschäftsunfähig auch derjenige, welcher sich in einem dauernden, die freie Willensbestimmung ausschliessenden Zustande krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befindet. Dieser nimmt im Rechtsleben die gleiche Stellung ein, welche dem wegen Geisteskrankheit Entmündigten und dem Kinde zukommt.

#### **§ 104: Geschäftsunfähig ist:**

1. wer nicht das siebente Lebensjahr vollendet hat;
2. wer sich in einem die freie Willensbestimmung ausschliessenden Zustande krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befindet, sofern nicht der Zustand seiner Natur nach ein vorübergehender ist;
3. wer wegen Geisteskrankheit entmündigt ist.

Da für die rechtliche Qualifikation pathologischer Zustände der durch sie bedingte Rechtszustand maassgebend ist, so wird die Annahme berechtigt sein, dass die Geisteskrankheit, deren Nachweis bei der Entmündigung die Geschäftsunfähigkeit nach sich zieht, mit dem dauernden Zustande krankhafter Störung der Geistesthätigkeit des § 104, Z. 2 mehr oder weniger übereinstimmen wird. Es kann nicht gut angenommen werden, dass der Gesetzgeber verlangt, dass der eine Zustand im Vergleich zum andern eine Steigerung bedeuten soll.

Es ist aber doch notwendig, die beiden Bestimmungen über die durch psychopathologische Momente bedingte Geschäftsunfähigkeit miteinander zu vergleichen. Ihr gegenseitiges Verhältnis dürfte dadurch am ehesten klar werden, wenn man es dahin ausspricht: § 104, Z. 2 zieht Geschäftsunfähigkeit nach sich, gleich-

gültig ob und weshalb das Individuum entmündigt ist oder nicht. Die Geisteskrankheit des § 104, Z. 3 bewirkt Geschäftsunfähigkeit, gleichgültig, ob und in welchem Grade das Individuum geistig erkrankt ist. Für das Zutreffen des § 104, Z. 2 ist einzig und allein die materielle Grundlage ausschlaggebend, d. h. eine Psychose, die so geartet ist, wie sie § 104, Z. 2 verlangt, bedingt unter allen Umständen Geschäftsunfähigkeit, und zwar eben wegen des Vorhandenseins einer so schweren Psychose und lediglich deshalb. Die Entmündigung wegen Geisteskrankheit wirkt aber nur durch ihr formelles Bestehen, deshalb, weil sie ausgesprochen und noch nicht wieder aufgehoben ist. Wird bei Verhängung der Entmündigung Geisteskrankheit angenommen, so tritt Geschäftsunfähigkeit ein, auch dann, wenn etwa nur Geistesschwäche im Sinne des Gesetzes oder gar keine geistige Anomalie vorgelegen hätte. § 104, Z. 2 betrifft die natürliche, § 104, Z. 3 die formale Geschäftsunfähigkeit.

Der weitere Unterschied ist natürlich der, dass die Geschäftsunfähigkeit des § 104, Z. 2 für jeden einzelnen Fall nachgewiesen werden muss, während die Entmündigung wegen Geisteskrankheit ein für alle Male die Geschäftsunfähigkeit des Entmündigten feststellt; eine Widerrede, ein Gegenbeweis ist ganz und gar ausgeschlossen. Die Geschäftsfähigkeit ist in diesem letztern Falle von der Rechtsordnung ausdrücklich abgesprochen, und der Spruch hat im Interesse der Verkehrsordnung unbedingte Geltung. Die rechtliche Lage des Individuums, welches sich durch den Abschluss von Geschäften grosse Verpflichtungen auferlegt hat, ist im Falle des § 104, Z. 2 nur deshalb ungünstiger, weil das Vorhandensein der geistigen Störung von dem bestimmten Grade nicht immer in jedem Falle leicht nachzuweisen ist.

Aus dem Gesagten erhellt, dass § 104, Z. 2 auch dann Anwendung finden kann, wenn eine Entmündigung nur wegen Geistesschwäche vorgelegen hat. Ohne Rücksicht auf deren Folgen wird die rechtliche Stellung des Entmündigten weiter geschmälert, wenn und so lange eine Störung von dem in § 104, Z. 2 angegebenen Charakter vorliegt.

Sollte sich der Fall ereignen, dass jemand, der schon nach § 104, Z. 2 geschäftsunfähig ist, wegen Geistesschwäche entmündigt wird, so könnte von einem Avancement in rechtlicher Hinsicht, welches die Entmündigung herbeigeführt hätte, keine Rede sein, da das Individuum auch nach der Entmündigung geschäftsunfähig ist und bleibt, wie es vordem war.

Der Einwand ist nicht stichhaltig, dass eine solche Auffassung der Sachlage die Rechtssicherheit zu schanden mache und dem Entmündigten eine rechtliche Zwitterstellung gebe. Denn wenn schon der Gesetzgeber das Individuum, dessen geistige Gesundheit bisher Zweifeln nicht begegnet ist und jedenfalls ein erfolgreiches rechtliches Einschreiten nicht notwendig gemacht hat, den Schutz des § 104, Z. 2 geniessen lässt, so wird er doch sicherlich zum Mindesten den gleichen Schutz auch demjenigen gewähren, welcher durch seine geistigen Anomalien Gegenstand eines zivilrechtlichen Verfahrens geworden ist. Die innere

Berechtigung der natürlichen Geschäftsunfähigkeit ist so gross, dass ihr gegenüber ein etwaiger Irrtum des Sachverständigen im Entmündigungsverfahren nichts verschlagen kann.

Der Entmündigung kommt keine sogenannte präjudicielle Bedeutung (cf. R.G.E. 16, No. 55) zu, mit andern Worten, es ist dem Richter unbenommen, bei dem wegen Geistesschwäche Entmündigten die Frage aufzuwerfen, ob hier nicht die Geschäftsfähigkeit in einem weitem Maasse beeinträchtigt ist im Hinblick auf § 104, Z. 2. Ebenso ist es dem Richter überlassen, ob er die Deliktsfähigkeit eines wegen Geisteskrankheit entmündigten Individuums durch ein besonderes Verfahren feststellen lässt, oder ob er sich hier mit dem Ausspruch der Entmündigung wegen Geisteskrankheit begnügt. Die Entmündigung bedingt ebensowenig an und für sich die strafrechtliche Unzurechnungsfähigkeit, so wahrscheinlich oder berechtigt sie auch im einzelnen Falle sein mag.

### 9. Die Sachverständigenthätigkeit.

Die verschiedenen Möglichkeiten des Ergebnisses der Begutachtung. — Die 4 Punkte des Entmündigungsgutachtens. — Ihre Reihenfolge. — Begründung der Fürsorgebedürftigkeit.

Aus zweifachen Gründen lässt es sich rechtfertigen, an dieser Stelle verschiedene Möglichkeiten zusammenzustellen, denen der psychiatrische Sachverständige bei seiner Begutachtung begegnen kann. Einmal ergibt sich daraus eine vielleicht brauchbare Anleitung zur Beurteilung ungewohnter Fälle durch weniger geübte Sachverständige, zum andern bietet sich damit eine willkommene Gelegenheit, die wichtigsten Gesichtspunkte des bisherigen Stoffes kurz zu recapitulieren, wenn auch unter Betrachtung von einem andern Standpunkte.

I. Es liegt überhaupt keine Seelenstörung vor; da aber der § 6, Z. 1 nur auf pathologische Zustände Bezug nimmt, so kann nicht nur, sondern muss von einer Entmündigung nach der gedachten Gesetzesstelle abgesehen werden. Der zu Entmündigende ist also geistig gesund im klinischen und damit auch in dem viel engeren richterlichen Sinne, und wenn er dennoch unnütze Ausgaben macht usw., so mögen daran andre Umstände schuld sein, wie schlechte Erziehung, böser Umgang u. a. m. Sache des Richters wird es sein, hier der Frage näher zu treten, ob § 6, Z. 2 Abhülfe schaffen kann.

II. Das Individuum ist geistesgestört, also krank im medizinischen Sinne.

α) Die Psychose verläuft aber so milde, dass sie keinen Einfluss auf die Besorgung von Angelegenheiten ausübt; der Gestörte steht vielleicht noch derartig über den Symptomen seiner Affektion, dass er sich ihres Einflusses auf das alltägliche Leben erwehren kann. Er benimmt sich so korrekt, bewegt sich in der Oeffentlichkeit so ungezwungen und einwandfrei, dass er seiner Familie, seiner Umgebung nur als ein geistig gesunder Mensch erscheint.



β) Die Psychose ist derart, dass sie den an ihr Erkrankten in der sachgemässen Erledigung von Angelegenheiten verhindert.

1. Dieser Einfluss erstreckt sich aber nur auf einzelne Beziehungen oder einen bestimmten Kreis von Angelegenheiten; dann sind die Voraussetzungen der Entmündigung nicht gegeben; es kann vielmehr nur die Pflugschaft in Frage kommen.
2. Die Einwirkung der Psychose geht so weit, dass die Gesamtheit der Angelegenheiten oder doch deren überwiegende Mehrzahl zweckmässig zu erledigen dem Erkrankten unmöglich gemacht ist. Streng genommen, hat der Sachverständige nur festzustellen, ob der zu Entmündigende geistesgestört ist und ob die Geistesstörung sich auch in einer unverständigen und ungewollten Erledigung von Angelegenheiten kund giebt. Die weitere Frage, ob dies in dem Maasse der Fall ist, dass man von einer unzweckmässigen Besorgung seiner Angelegenheiten reden kann, fällt ins Ressort der Richter. So sehr man auch diese Anschauung begründen kann, in der Praxis wird sie sich nicht durchführen lassen, wenn sich der Sachverständige seiner Aufgabe, Gehülfe des Richters zu sein, bewusst bleibt. Er soll sich doch darüber äussern, ob der von ihm Untersuchte geisteskrank oder geistesschwach im Sinne des Gesetzes ist<sup>1)</sup>, und damit hat er schon ungewollt die hier angeschnittene Frage in bejahendem Sinne beantwortet. Es ist deshalb nicht recht einzusehen, warum der Sachverständige sich nicht auch hierzu äussern soll, zumal der Richter nicht an das Gutachten des Sachverständigen gebunden ist.

a) Der Sachverständige kann die Ablehnung der Entmündigung befürworten:

1. aus materiellen Gründen, weil der Kreis der Angelegenheiten zu klein, und diese zudem zu unbedeutend sind, oder weil ein nahestehender Verwandter, ein Freund für den Geistesgestörten sorgt. Es liegt mithin kein Grund zum richterlichen Einschreiten vor; die Fürsorgebedürftigkeit mangelt. Mit diesen letzten Ausführungen betritt der Psychiater allerdings ein Gebiet, dessen Beurteilung dem Richter eher zusteht. Da sie weiterhin diesem schon bei Einleitung des Entmündigungsverfahrens möglich ist, so wird richterlicherseits einem solchen Tenor des Gutachters kaum immer nachgegeben werden, wenn einmal der Richter das Entmündigungsverfahren eingeleitet hat;

---

1) Mit Recht tadelt Mendel den Ausdruck „Geisteskrankheit im Sinne des Gesetzes“, indem er darauf hinweist, dass es keine gesetzlichen oder ungesetzlichen Geisteskrankheiten gebe. Da aber die Terminologie des Gesetzes und der Psychiatrie nur äusserlich übereinstimmt und innerlich etwas ganz Verschiedenes bedeutet, so ist die obige Ausdrucksweise dennoch beibehalten, um Missverständnissen vorzubeugen.

2. aus psychiatrischen Gründen, weil in absehbarer Zeit Tod oder Genesung oder eine ihr rechtlich gleich zu erachtende Besserung zu erwarten ist.
- b) Der Sachverständige wird die Aufschiebung der endgültigen Entscheidung im Entmündigungsverfahren befürworten. Die Gründe können die verschiedensten sein: Der Sachverständige ist sich nicht klar über den Fall, wünscht weitere Beobachtung des Kranken oder weitere Herbeibringung von thatsächlichem Material — es ist in absehbarer Zeit eine Besserung zu erwarten, aber es handelt sich wahrscheinlich um eine periodische Psychose — in absehbarer Zeit ist eine solche Verschlimmerung oder eine solche Besserung des Symptomenkomplexes zu erwarten, dass die heutige Begutachtung schon recht bald nicht mehr zutreffen würde.
- c) In einer dritten Reihe von Fällen wird der Gutachter sich für die Entmündigung aussprechen, den zu Entmündigenden also als „entmündigungsreif“ erklären. Er muss sich dann noch darüber entscheiden, ob Geisteskrankheit oder Geistesschwäche im Sinne des Gesetzes vorliegt. Obige Auslassungen werden vielleicht hierbei einige Anhaltspunkte bieten.

In einzelnen Grenzfällen kann der Arzt im Zweifel sein, ob der Einfluss der Psychose so weit geht, dass eine Fürsorgebedürftigkeit vorliegt. Er wird dann dem Richter die von ihm beobachtete Einwirkung der Psychose mitteilen, seine Bedenken für und gegen die Entmündigungsreife kundgeben und die endgültige Entscheidung ihm anheimstellen. Naturgemäss wird es sich dann wohl nur um Geistesschwäche handeln.

Das Gutachten des Sachverständigen hat mithin, wenn es zum Ausspruch einer Entmündigung kommen soll, folgende 4 Fragen zu erledigen:

1. Ist der zu Entmündigende überhaupt geisteskrank?
2. Wenn ja, ist die Geistesstörung eine voraussichtlich dauernde (auch ihrem Grade nach)?
3. a) Wenn ja, beeinflusst die Geistesstörung die Willensentschlüsse und Handlungen des alltäglichen Lebens?  
b) und zwar in einem solchen Umfange, dass für den Staat die Verpflichtung zu einer Fürsorge erwächst?
4. Geht diese Beeinflussung so weit, dass der Wille keine rechtliche Beachtung beanspruchen kann, oder kann dem zu Entmündigenden eine gewisse Bewegungsfreiheit (cf. §§ 110, 112, 113) eingeräumt werden? Im ersteren Falle liegt Geisteskrankheit, im zweiten Falle Geistesschwäche im Sinne des § 6 vor.

Was die vorgeschlagene Reihenfolge der Fragen angeht, so wird unbestritten sein, dass die erste Frage unbedingt *primo loco* erörtert werden muss.

Verschiedener Ansicht kann man sein über die Unterbringung der Frage

nach der voraussichtlichen Dauer der Störung. Setzt man diese, wie hier geschehen ist, an die zweite Stelle, so erspart man sich alle weitere Arbeit, wenn es sich um eine heilbare Psychose handelt, da eine solche für gewöhnlich eine Entmündigung ausschliessen wird. Dann braucht deren Einfluss auf die Geschäftsfähigkeit gar nicht weiter untersucht zu werden. Auf der andern Seite muss die Psychose die jetzt bei ihr nachgewiesene Schwere auch für die Dauer beibehalten, wenn eine Entmündigung gerechtfertigt erscheinen soll. Damit wird aber die Frage 3 und 4 antizipiert, und somit lässt es sich auch rechtfertigen, die obige 2. Frage an den Schluss zu stellen, wenn man nicht die Frage in zwei Unterfragen zerlegen will. Es würde dann nach Negierung der geistigen Gesundheit die Frage zu stellen sein, ob die Psychose voraussichtlich dauernd sein wird, und dann erst, wenn ihre rechtliche Wirkung ermittelt ist, die Frage angeschlossen werden, ob die Psychose auch die jetzige rechtliche Qualität beibehalten wird.

Was das gegenseitige Verhältnis der zwei noch restierenden Fragen No. 3 und 4 angeht, so begegnet man hier und da der Ansicht, als ob zuerst die Frage erledigt werden könnte, ob Geisteskrankheit oder Geistesschwäche (im gesetzlichen Sinne) vorliegt, und dann erst die Unfähigkeit des Individuums zur Besorgung seiner Angelegenheiten ermittelt werden könnte. Ich bin nicht der Ansicht, wie das auch schon aus der Anordnung des Stoffes erhellt.

Die Psychose im Sinne von No. 1 ist der weiteste Begriff von Seelenstörungen. Innerhalb dieses Bereiches bilden die Psychosen, die den an ihr Erkrankten unfähig machen, seine Angelegenheiten zu besorgen, ein kleineres, umschriebenes Kontingent. Diese gesetzlichen Psychosen, wenn ich so sagen darf, bilden den engeren Begriff. Innerhalb dieses letzteren giebt es aber nur 2 Kategorien, die graduell verschieden sind, und das sind die Geisteskranken und Geistes schwachen des Gesetzes. Der Ausdruck „Geisteskrankheit“ und „Geistesschwäche“ hat eine so spezifisch juristische Bedeutung, dass seine Anwendung im Gutachten (abgesehen natürlich vom Schluss) vermieden, wenn nicht gar verboten werden sollte. Und hat man die Frage, ob Geisteskrankheit oder Geistesschwäche vorliegt, in dem einen oder andern Sinne beantwortet, dann hat man auch schon eine entscheidende Stellung zu der Frage genommen, ob eine psychisch bedingte Unfähigkeit vorliegt, seine Angelegenheiten zu besorgen. Es wäre überflüssig, ja zwecklos, dies nochmals zu erörtern. Deshalb ist also die Frage 3 in ihren zwei oben hinreichend begründeten Unterabteilungen zuerst und dann erst die Frage 4 zu erledigen.

Die 1. und die 2. Frage sind rein klinischen Inhalts. Die Beantwortung der weiteren Fragen setzt ausser der Bekanntschaft mit der Psychiatrie noch andre Kenntnisse voraus, und deshalb eben kann man verschiedener Ansicht sein, ob der Psychiater auch in diesen Fragen ein Urteil abgeben darf. Nach Vieler Ansicht, der ich beistimme, hat der Arzt nicht nur das Recht, sondern fast die Pflicht, auch diese weiteren Fragen zu beantworten, und deshalb ist es auch berechtigt, die für den Sachverständigen maassgebenden Gesichtspunkte zu besprechen.



Ohne weiteres beweist ja der Nachweis von Geistesstörung nicht auch das Fehlen der Geschäftsfähigkeit; Psychose und Geschäftsunfähigkeit sind zwei Begriffe, die einander durchaus nicht zu decken brauchen.

Liest man freilich Entmündigungsgutachten, so erhält man hier und da den Eindruck, als ob der Gutachter solchen Anschauungen sich zuneige. Nachdem der Gutachter nachgewiesen hat, dass der zu Entmündigende eine Reihe von Krankheits-Symptomen bietet und deshalb an der und der Geistesstörung leidet, zieht er daraus ohne weiteres, ohne Herbeiziehung von andrem Beweismaterial den Schluss, dass der zu Entmündigende nicht im stande sei, die Folgen seiner Handlungen zu überlegen oder seine Angelegenheiten zu besorgen, und dass er deshalb zu entmündigen sei. Abgesehen davon, dass dieser Schlussatz der richterlichen Thätigkeit vorgreift, darf man die Identifizierung von Geistesstörung im klinischen Sinne mit der Psychose des B.G.B. nicht nur auf eine Unkenntnis der juristischen Begriffe von der zivilrechtlichen Voraussetzung zur Entmündigung zurückführen, sondern auch darauf, dass sich hier dem unerfahrenen Gutachter mannigfache und ungewohnte Schwierigkeiten entgegenstellen. Er muss vielmehr an der Hand der Vorgeschichte und der eigenen Beobachtungen des Kranken den bindenden Beweis liefern, dass die Krankheit den vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Grad hat, dass aus diesen oder jenen Krankheitserscheinungen die bestimmten zivilrechtlichen Folgerungen zu ziehen sind.

### b) Spezieller Teil.

Schwachsinn (angeboren — erworben). — Altersblödsinn. — Apoplexie. — Wahnideen (hypochondrische — Verfolgungs- — Grössenideen). — Paralyse. — Sinnestäuschungen. — Verwirrtheit. — Zwangsvorstellungen. — Depression, Exaltation. — Manisch-depressives Irresein. — Epilepsie. — Hysterie. — Aphasie. — Taubstummheit.

Es lässt sich sicherlich nicht verkennen, dass es sich grade hier um Schwierigkeiten handelt, die je nach Lage des Falles ausserordentlich verschieden sind und die vorzugsweise von dem praktisch noch wenig erfahrenen Gerichtsarzt besonders empfunden werden.

Deshalb soll versucht werden, im Folgenden zu zeigen, wie sich bei Erledigung dieser vom psychiatrischen zum rechtlich-sozialen Gebiete übergehenden Frage der Sachverständige zu verhalten hat. Damit bietet sich zugleich der Vorteil, verschiedene Krankheitsbilder und ihr Verhältnis zum § 6, Z. 1 zu besprechen. Indes sei gleich von vornherein ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine Berücksichtigung aller nur vorkommenden Fälle durchaus nicht beabsichtigt wird. Abgesehen davon, dass über die Terminologie in der Psychiatrie keine Einheit besteht, kann die gleiche Krankheitsform bei den verschiedenen Individuen ein so verschiedenes Gepräge darbieten, dass eine Vergleichung, besonders für den Juristen, nicht ohne weiteres möglich wird.

Immerhin werden die folgenden Zeilen genügen, um bei einer Mehrzahl der Entmündigungsfälle verwertet werden zu können.

Dass nur mit einem bestimmten Grade von Intelligenz die vom Gesetzgeber

verlangte Kenntnis der Rechte und Pflichten verbunden ist, das hat das B.G.B. selbst erkannt, indem es die Volljährigkeit erst mit dem 21. Lebensjahre eintreten lässt. Vorher lässt es dem Individuum einen Schutz zukommen, und diesen verdient auch derjenige, dessen Intelligenz eine krankhafte Schwäche aufweist, also der Schwachsinnige. Die Einengung des Gesichtskreises, ein unvollkommenes Verständnis und Bewusstsein der eigenen Beziehungen zur Familie und Aussenwelt, eine unzulängliche Würdigung berechtigter Interessen, eine fehlerhafte, unzutreffende Kritik der Verhältnisse, eine mangelhafte Anpassungsfähigkeit an diese, die naturgemäss sich im Laufe der Zeit ändern, eine erhöhte Zugänglichkeit für fremden, oft unlauteren Einfluss — das sind die Momente, die den Schwachsinnigen besonders schutzbedürftig erscheinen lassen. Dass die hieraus resultierenden Gefahren thatsächlich bestehen, wird das Vorleben oft erwiesen haben. Verschieden wird nun das Verhalten sein, je nachdem ob es sich um angeborenen oder erworbenen Schwachsinn handelt.

Im ersteren Falle ist der ganze bisherige Lebenslauf eine ununterbrochene Kette von Beweisen der sozialen Schutzbedürftigkeit. Auf der Schule hat der Schwachsinnige nichts gelernt, er hat keine Neigung für einen ernsten Beruf, hält es in keiner Lehre aus, wechselt nachher immerzu die Stellen, aber nicht nur die Stellen, auch den Beruf; jeder Versuch der Schaffung einer selbständigen Lebensstellung misslingt, jedes neue Unternehmen bedeutet ein neues Fiasko; auch die Zucht des Militärs hilft nichts. Dabei entbehrt er meist jeden Gefühls seiner eigenen sozialen Insuffizienz. Es würde daher bedenklich sein, wollte man nur bei dessen Vorhandensein Geistesschwäche annehmen. Hat er gar eine eigene Familie gegründet, so mag sie ihm lieb und wert sein, so lange es gut geht; ist das nicht der Fall, ist er gleichgiltig und interesselos, nur auf sein Wohl bedacht; von seinem Rechte als Hausherr macht er recht unangemessenen Gebrauch.

In einer Reihe von Fällen kann das Individuum mit seinem angeborenen Schwachsinn den Forderungen genügen, so lange diese nicht besonders hoch geschraubt sind, so lange schnelles und energisches Handeln nicht gefordert wird. Nimmt aber das Geschäft, das bis dahin gut geleitet war, einen unverhältnismässig hohen Aufschwung oder sind grössere Sorgen und Lasten zu tragen, dann reicht das geistige Kapital nicht aus, und es muss für Ersatz gesorgt werden. Der Schwachsinn ist der gleiche geblieben, aber die Angelegenheiten haben sich nach Zahl und Art geändert. Die Rücksicht auf diese lässt es erklärlich erscheinen, dass unter sonst gleichen Umständen der Mann eher als die Frau, der Städter eher als der Mann vom Lande, der Banquier eher als der Bauer, der Unternehmer eher als der Angestellte der Fürsorge bedarf.

Es sei noch betont, dass der Schwachsinn auch die moralische Seite betreffen, diese sogar bevorzugt haben kann. Dennoch darf die Berechtigung, von einem moralischen Schwachsinn als einer besonderen Krankheit zu reden, bezweifelt werden. Zivilrechtlich würde er entsprechend der R.G.E. S.S. Bd. 15, S. 97 nur dann Beachtung verlangen können, wenn er eine krankhafte Störung darstellt, wenn er mit andern Worten ab ovo nachweisbar ist.

Die Höhe der geistigen Einbusse schwankt natürlich innerhalb recht weiter Grenzen. Auf der einen Seite der tiefste Blödsinn, auf der andern Seite eine so geringe Störung, wie sie auch der physiologischen Dummheit und Beschränktheit zukommt. So leicht im erstern Fall die Entscheidung, so schwer kann sie in einem andern sein. Wenn überhaupt, wird hier noch am ehesten bezüglich der Frage nach Geisteskrankheit oder Geistesschwäche ein Heranziehen der juristischen Aequivalente der Kinder beziehungsweise Minderjährigen mit Erfolg verwertet werden können.

Der erworbene Schwachsinn, gleichgiltig, was seine Ursache ist, erleichtert die Beurteilung insofern, als sich naturgemäss ein Kontrast gegen früher nachweisen und in der Begutachtung nachdrücklich verwerten lässt. Schwierigkeiten werden aber auch dann zu überwinden sein, wenn der Schwachsinn zu einer Zeit sich eingestellt hat, in welcher das Individuum seine soziale Selbständigkeit erst beweisen sollte; dann ist ein Vergleich zwischen früher und jetzt kaum möglich.

In andern Fällen trifft das nicht zu, und die Fürsorgebedürftigkeit wird um so eher erfolgen und sich um so weiter ausdehnen müssen, je grösser die Differenzen der geistigen Leistungsfähigkeit sind, je wichtiger die zu erledigenden Angelegenheiten sind.

Der Nachweis einzelner verständiger Handlungen wird natürlich die Entmündigung nicht ausschliessen dürfen; denn die selbständige bürgerliche Existenz setzt eine andauernde verständige Handlungsweise voraus. Das Bild des erworbenen Schwachsinn schwankt je nach seiner Ursache; es wird meist nicht allein bei der intellektuellen Einbusse bleiben, deren zivilrechtliche Auffassung bereits angedeutet ist, sondern es werden noch weitere Momente hinzukommen, die für sich wiederum Beachtung erheischen und späterhin gewürdigt werden. Der erworbene Schwachsinn wird um so mehr Beachtung verdienen, weil das Individuum sich schon eine soziale Stellung geschaffen haben kann, dann aber auch, weil je nach der Natur des Leidens ein weiteres Fortschreiten des Krankheitsprozesses erwartet werden kann.

Das ist beispielsweise der Fall bei dem Altersblödsinn. Er setzt recht milde ein, so dass die Differenzierung von den physiologischen Altersveränderungen oft nicht ganz leicht ist. Die Vergesslichkeit, besonders für die letzten Zeiten, die Abnahme der Willensenergie, die Reizbarkeit, die unmotiviert gehobene Stimmung, der Egoismus nehmen aber immer mehr zu und führen den Mann, der vielleicht lange Zeit seine ganze Umgebung weit überragt hat, wieder auf die Stufe des Kindes zurück.

Bildet sich nach einem Schlaganfall eine dauernde geistige Schwäche aus, so wird der Erkrankte denen, die ihn früher nicht gekannt haben, nicht stets als sonderlich krank aufzufallen brauchen. Die frühere Persönlichkeit muss mit der jetzigen verglichen, und auch die Lage der äusseren Verhältnisse, deren Versorgung ihm zusteht, muss weiterhin verwertet werden.

Neben der Intelligenzschwäche seien an zweiter Stelle angeführt die Wahn-



ideen. Sie nehmen auf die Persönlichkeit ihres Trägers Bezug und beanspruchen Beachtung, sobald durch sie das Verhältniß zu den Angelegenheiten getrübt wird.

Die Angelegenheiten, die doch nur die Beziehungen der Persönlichkeit zur Aussenwelt andeuten, haben mit der Veränderung der Persönlichkeit einen andern Charakter bekommen; auch sie sind verändert, verrückt aus ihrer bisherigen Stellung. Besorgt der Kranke solche und nur solche Angelegenheiten, so thut er nicht das, was das Gesetz bei andern Personen gleicher Lage voraussetzt.

Das braucht aber, wie hier nicht scharf genug hervorgehoben zu werden vermag, durchaus nicht immer der Fall zu sein. Dass ausgesprochene Paranoiker allen ihren bürgerlichen Rechten und Pflichten nach jeder Richtung hin nachkommen, ist eine sattsam bekannte Beobachtung. Eine Entmündigung wäre für solche Fälle gar nicht angebracht, da eine Unfähigkeit zur Besorgung der Angelegenheiten überhaupt nicht vorliegt und nach den bisherigen Erfahrungen auch nicht zu befürchten ist. Eine Entmündigung wäre aber nicht nur überflüssig, sondern sogar dem Sinne des Gesetzes, auch dem Bewusstsein des Volkes zuwider.

Neben dem Nachweis des Vorhandenseins der Wahnvorstellungen muss auch noch der weitere Nachweis erbracht werden, dass der an ihnen Erkrankte infolge hiervon seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag. Dies Verhältniß wird sich natürlich recht verschieden gestalten können, je nach Inhalt, Zahl und Intensität der Wahnvorstellungen.

Der Patient mit den hypochondrischen Ideen denkt nur an seine vermeintlichen Leiden; für nichts andres hat er Interesse und Neigung. Er sinnt nach, wie er Abhilfe schaffen kann, und ist solche eingetreten, so wird er sich dadurch nicht abhalten lassen, neue Wahnideen zu bilden und zu äussern. Die vermeintliche Krankheit hindert ihn, seinen Geschäften nachzugehen; er ist nach seiner Ansicht schon zu schwach, oder er wird es doch sicherlich dadurch werden. Nichts hat bisher genutzt, aber diese Heilmethode, jener Kurpfuscher könnte noch helfen, und der letzte Pfennig wird dahingegeben. Für ihn existieren eben Angelegenheiten nur insoweit, als sie sein eigenes Wohlergehen betreffen.

Bei anderen Kranken überwiegen die Verfolgungsideen. Das Interesse des Kranken wird beschlagnahmt durch die Nachstellungen der vermeintlichen Feinde. Es kann dahin kommen, dass der Kranke sich auch nicht einen Augenblick ihrem Einflusse zu entziehen vermag. Sie schleichen sich in jede Geschäftsbethätigung ein und machen sie dadurch unmöglich. Ueberall wittert er Feinde, er verlässt kaum sein Haus, geht scheu und misstrauisch jeder Berührung mit der Aussenwelt, jedem Umgang mit Fremden aus dem Wege. Oder der Kranke sinnt nur darüber nach, wie er sich seiner Feinde erwehren soll; alle andern Angelegenheiten existieren nicht für ihn, und damit ist natürlich die Frage erledigt, ob der Kranke noch seine Angelegenheiten zu besorgen vermag.

Haben die Verfolgungsideen den besonderen Charakter der rechtlichen Benachtheiligung, so spricht man von querulierenden Kranken. Es sei aber betont, dass Querulieren durchaus nicht krankhaft zu sein braucht, und dass es da,

wo es pathologisch ist, Zeichen recht verschiedener Krankheitsformen sein kann. Auch hier findet man oft genug Individuen, welche sich aller ihrer zivilrechtlichen Verpflichtungen in durchaus sachgemässer Weise entledigen, welche ihre Geistesstörung nur benutzen, den Strafrichter ständig zu beschäftigen. In vielen Fällen wird man ohne Entmündigung auskommen, die an sich zudem wenig nutzen würde. Von ihrer Zweckmässigkeit wird sich der Laie noch weniger als in andern Fällen der Verrücktheit überzeugen können, da die Wahnideen den Stempel des Möglichen oder gar Wahrscheinlichen haben, da ihnen oft genug ein Körnchen Wahrheit zu Grunde liegt, da grobe und unzweideutige Störungen geistiger Art fehlen.

In andern Fällen vernachlässigt der Kranke über der Wahrung seiner gefährdeten rechtlichen Stellung sein Hab und Gut, lässt alles zu Grunde gehen, achtet nicht auf Weib und Kind. Er lebt und webt nur für seine Prozesse; nur diesen opfert er Geld, freilich auch alles, was er hat. In einem mir bekannten Falle gab der Kranke allein für das Porto seiner Schriftstücke über  $\frac{1}{3}$  seines mässigen Einkommens aus; er machte allerdings nur in Eilbriefen, Einschreibebriefen usw., wenn es auch noch so gleichgiltige Sachen waren, wie z. B. die dem Sachverständigen gemachte Mitteilung, dass er gut geschlafen oder einen angenehmen Stuhlgang gehabt habe. In solchen Fällen ist eine Entmündigung nicht nur empfehlenswert, sondern geradezu geboten, und schon bei Zeiten geboten, um die berechtigten Interessen der Familie zu schützen. Es empfiehlt sich übrigens, in dem Gutachten den Ausdruck Querulieren überhaupt nicht anzuwenden. In einigen wenigen Fällen kann man es erleben, dass die Entmündigung mit ihrer Ausschaltung aus dem rechtlichen Leben sich als heilsam erweist und eine gewisse Besserung der Krankheit herbeiführt.

Dass auch das Entmündigungsverfahren dem Kreise der Wahnideen einverleibt wird, liegt in der Natur der Erkrankung, und das wird auch dann eintreten können, wenn die Entmündigung abgelehnt worden ist. Man wird sich daher nicht wundern dürfen, wenn gerade diese Kranken die Gerichte der höheren Instanz des Weiteren beschäftigen.

Haben die Wahnvorstellungen den Charakter der Grössenideen, so können, wenn diese überhaupt sich sozial bemerkbar machen, zwei verschiedene Möglichkeiten eintreten. Entweder unterlässt der Kranke die Erfüllung seiner Obliegenheiten, weil er es eben in seiner vermeintlich bevorzugten Stellung nicht mehr nötig hat. Er verhält sich in vollkommener Passivität und besorgt somit nicht seine Angelegenheiten. Oder aber er handelt rein von seinem subjektiven Standpunkte aus, ohne Rücksicht auf seine wahren Verhältnisse; er schafft sich beispielsweise Wertsachen an oder lässt sich in Spekulationen ein, die seine materiellen Kräfte weit übersteigen. Es handelt sich somit um eine verkehrte, verrückte Besorgung von Angelegenheiten.

Allgemein ist es bekannt, dass gerade bei der progressiven Paralyse eine Selbstüberschätzung das erste Symptom der Hirnkrankheit sein kann. Der hier gestiftete Schaden kann um so grösser sein, als der Kranke dem Laien noch

nicht als ein Geistesgestörter imponiert. Dass derartige Kranke in wenigen Monaten ihr ganzes Vermögen auf diese Weise verlieren, ist mehr als bekannt. Eben deshalb sollte man, wenn man im Beginn der Erkrankung stehende und zu einer aktiven Thätigkeit geneigte Paralytiker aus irgend einem Grunde einer Anstalt nicht übergeben will, frühzeitig eine Entmündigung in die Wege leiten. Grade die Paralyse ist die Krankheit, bei der über dem Warten von seiten der Familie, dem sich auch oft genug noch der Hausarzt anschliesst, der richtige Termin versäumt wird.

Grade bei der progressiven Paralyse kann die Entmündigung eine Wohlthat sein wie bei nur wenigen andern Krankheiten; sie muss aber dann frühzeitig genug eingeleitet werden; ja, Cramer möchte fast noch lieber sagen, sie kann bei einem Paralytiker nicht frühzeitig genug erfolgen (S. 232), und dem wird man sicherlich beipflichten können.

Neben und mit den Wahnvorstellungen gehen oft bei den Geistesgestörten Sinnestäuschungen einher. Achtet der Kranke nicht auf sie, so sind sie rechtlich belanglos. Lässt er sich aber von ihnen leiten in seinem Thun und Denken, treten sie an die Stelle des vernünftigen Abwägens und Ueberlegens, so kann der Kranke für die Folgen seiner Handlungen, die nur der Ausfluss krankhafter Erscheinungen sind, nicht verantwortlich gemacht werden. Dann müssen seine Interessen durch eine zweite Person gewahrt werden.

In grosser Zahl einstürmende Sinnestäuschungen und Wahnvorstellungen können das Krankheitsbild der Verwirrtheit ausmachen, das übrigens auch auf andre Weise entstanden sein kann. Eine richtige Auffassung momentaner Sinneseindrücke, deren zutreffende Verbindung mit Eindrücken aus früherer Zeit und zweckmässige Verwertung kommt nicht zu stande. Der Gedankenfaden reisst ab, bevor er sich noch gebildet hat, wenn man so sagen darf. Eine sachgemässe Entschliessung, eine verständige Entscheidung ist unmöglich. Das kann für die einfachsten Angelegenheiten gelten, für Fragen, die im alltäglichen Leben, ja stündlich auftauchen; und das wird in erhöhtem Maasse gelten für die schwierigeren und verwickelteren Geschäfte, deren Erledigung durch die bürgerliche Stellung geboten ist.

Hier mögen die Zwangsvorstellungen angereicht werden, die zivilrechtlich nur dann gewürdigt zu werden brauchen, wenn sie mit grosser Wucht oder in grosser Zahl sich geltend machen. Der Kaufmann, dessen Zwangsvorstellungen seiner Umgebung nur als unverstandene Absonderlichkeiten imponieren, der unter ihrem Einfluss nur langsamer, aber sonst gleich sicher und korrekt arbeitet, bedarf keines Schutzes. Anders wird es bei der alleinstehenden Dame sein, die sich ganz von ihren Zwangsvorstellungen leiten lässt. Sie kann nicht die einfachste geschäftliche Thätigkeit vollziehen, ohne dass sich die fremden Vorstellungen hemmend und hindernd einschieben. Das wird peinlich empfunden, und ein günstiger Nährboden für neue Zwangsvorstellungen wird so geschaffen. Hier muss natürlich der gesetzliche Vertreter einspringen, nicht nur, um sich der verwaehrlosten Angelegenheiten anzunehmen, sondern auch, um der Kranken wei-



teren Kummer und Schmerz, sowie Nahrung für neue Zwangsvorstellungen zu ersparen und ihr Ruhe und Erholung zu verschaffen.

In einer dritten Gruppe wird das Krankheitsbild beherrscht von den Störungen der gemüthlichen Seite, sei es, dass es sich um Depression oder Exaltation handelt. Naturgemäss gilt auch hier der Satz, dass deren alleiniger Nachweis nicht genügt. Der an leichter Melancholie Leidende vernag oft genug seinen Pflichten nachzukommen, wenn es ihm auch recht schwer wird, wenn es ihm auch seelische Pein macht, wenn auch die Arbeit langsam von statten geht. Das Umgekehrte wird bei der leichten Exaltation der Fall sein können. Die Angelegenheiten werden noch in gehöriger Zahl und mit genügender Berücksichtigung ihres Inhalts erledigt.

Anders freilich gestaltet sich das Verhältnis, wenn die Störung zugenommen hat. Der Melancholiker bringt den Tag mit Jammern und Klagen zu; nur um sein Seelenheil ist er besorgt, alles Andre tritt demzufolge in den Hintergrund und wird nicht beachtet. Er wähnt sich so unglücklich, so verloren, dass es für ihn zwecklos wäre, sich noch um geschäftliche Angelegenheiten zu kümmern. Der Melancholiker erweist sich in seiner sozialen Passivität somit als unfähig, seine Angelegenheiten zu besorgen.

Das Gleiche kann bei dem Maniakalischen zutreffen, wiewohl er ins Gegenteil verfällt. Er ist immerzu beschäftigt, bald mit diesem, bald mit jenem Plane. Alles greift er auf, woran er nur denkt, er kommt vom Hundertsten ins Tausendste, fängt Alles an und lässt Alles liegen. Von einer verständigen Würdigung der Sachlage, von einer Wahrung der Interessen kann keine Rede sein; er lässt es an der notwendigen ruhigen Ueberlegung und einer sachgemässen Kritik fehlen, die nun einmal zur Besorgung der Angelegenheiten eine unbedingte Voraussetzung ist. Er thut das, was ihm eben in den Sinn kommt, ohne Gegenvorstellungen wirken zu lassen. Er genügt weniger den quantitativen, als vielmehr den qualitativen Forderungen, die das B.G.B. an den Staatsbürger stellt.

Bei diesen Krankheitsformen verdient insbesondere auch die zeitliche Dauer nicht ausser acht gelassen zu werden. Die Krankheit dauert oft nicht lange; die Entmündigung ist aber vorwiegend für voraussichtlich dauernde Leiden vorgesehen.

Auf der andern Seite ist zu berücksichtigen, dass in der Mehrzahl der Fälle Manie und Melancholie sich bei den Individuen nicht nur oft wiederholen, sondern auch einander ablösen können. In erstem Falle spricht man von periodischem, in letzterem von circulärem Irresein, und beide Formen fasst wieder der Ausdruck manisch-depressives Irresein zusammen. Dass auch solche Psychosen eine Entmündigung gebieten, ist schon oben (S. 251—252) gesagt; dass aber nicht jede intermittierende Psychose nun ein für allemal zur Entmündigung führen muss, ist selbstverständlich. Das Bedürfnis nach einer solchen wird um so gerechtfertigter sein, je kürzer die Intervalle scheinbarer geistiger Gesundheit sind, je länger und intensiver die Anfälle verlaufen, je wichtiger die betroffenen Interessen sind, je grösser die etwaige Intelligenzabnahme ist.

Man hat wohl versucht, dem Bedürfnis nach der Entmündigung in solchen Fällen einen mathematischen Ausdruck zu geben, und gesagt, dass die Entmündigung angebracht sei, wenn in einem grösseren Zeitraume aus der letzten Zeit die die Geschäftsfähigkeit beeinträchtigenden Anfälle die freien Intervalle überwiegen. Es ist aber zu befürchten, dass bei der Befolgung eines solchen Satzes, der mit der starren Einhaltung von Zahlengrenzen den Thatsachen immerhin Zwang auferlegt, andere Rücksichten unverdienter Weise nicht beachtet werden. Die Entscheidung ist eben nur von Fall zu Fall möglich. Man zaudere aber nicht zu lange und warte nicht, bis es zu spät wird, zumal die Entmündigung eine Maassregel ist, die wieder rückgängig gemacht werden kann.

Dabei darf freilich nicht ausser acht gelassen werden, dass eine leichte Manie, die sich an eine abklingende Melancholie anschliesst, der Umgebung und dem Kranken oft nicht als ein psychisches Leiden erscheint. Im Gegenteil, Alle sehen in dem gesteigerten Thätigkeitsdrang und dem erhöhten Arbeitsseifer nur den Beweis der wiedererlangten Gesundheit, eine vielleicht etwas zu grosse Freude über die Wiederherstellung, einen Versuch, den durch die Krankheit gesetzten Schaden wieder einzuholen. Wie oft aber handelt es sich um schwere Störungen, deren wahre Natur erst erkannt wird, wenn es sich herausstellt, dass die abgeschlossenen Geschäfte ganz widersinnig sind, dass eine Ueberschätzung der eigenen Kräfte und falsche Beurteilung der Verhältnisse den Kranken gelehrt haben. Man sei daher doppelt vorsichtig bei dem Abklingen der Phasen und stelle nicht zu früh die Geschäftsfähigkeit der Individuen wieder her! Analoge Gesichtspunkte sind auch geltend zu machen bei der Depression nach Manie; freilich wird dann durch das passive Verhalten des Kranken der Schaden meist weniger erheblich sein.

Hier sei noch angeschlossen die Epilepsie, die zur Entmündigung führen kann, wenn entweder die geistige Schwäche einen so bedenklichen Grad erreicht hat, dass der Erkrankte nicht mehr vermag, seine eigenen Interessen zu wahren oder wenn die sich auf dem Boden der Epilepsie abspielenden vorübergehenden Störungen, gleichgültig, ob es Erregungszustände, Stupor- oder Dämmerzustände sind, nach ihrer Art, Dauer und Aufeinanderfolge eine gesetzliche Fürsorge angezeigt erscheinen lassen.

Ähnliche Gesichtspunkte sind bei der Hysterie geltend zu machen mit dem Unterschied, dass hier eine dauernde Psychose mit dem charakteristischen Hang zur falschen Beurteilung und Darstellung, der sogenannten pathologischen Lüge, dem Vorwiegen der Affekte, der Neigung zum Egoismus, der Bildung von Wahnideen eine besondere Berücksichtigung verlangt. Aber auch dann wird nur in ihrer schwersten Form die Hysterie zur Entmündigung Veranlassung geben; und auch dann noch wird man es erleben können, dass die Kranken auf die Laien, auch auf den Richter einen geordneten Eindruck machen. Geistesgestörte geben sich nicht selten Fremden gegenüber anders, als sie sich zwischen ihren vier Wänden aufführen. Kranke mit seniler Demenz, Paranoia, Hysterie und Epilepsie giebt es, die Fremden gegenüber den lebenswürdigen, besorgten Hausherrn, den umsichtigen, eifrigen Geschäftsmann abgeben; und beobachtet

man die gleichen Individuen unbemerkt, so sieht man, wie ihr krasser Egoismus Alles tyrannisiert, wie sie verlangen, dass die ganze Geschäftsführung sich ihrem Willen unterordnen soll, wenn dies auch noch so einseitig, unvernünftig, ja widersinnig ist.

Es erübrigt noch, der Aphasie zu gedenken, unter der man die Schädigung des im Gehirn ablaufenden Sprachbildungsvorgangs versteht. Sie sei aber nur mit wenigen Worten abgethan. Einmal ist sie relativ selten und wird somit noch seltener Gegenstand der ärztlichen Sachverständigenthätigkeit; zum anderen sind die einzelnen Fälle durchaus verschieden, und eine allgemeine, erschöpfende Behandlung ist daher erschwert, um nicht zu sagen, unmöglich. Beide Umstände erklären und rechtfertigen die kasuistische Mitteilung einzelner gerichtsärztlich begutachteter Fälle der Aphasie.

Die motorische Aphasie, auf die hauptsächlich Bezug genommen werden soll, besteht in einem Ausfall der sprachlichen Bezeichnungen und einer Unfähigkeit nachzusprechen bei voller Integrität der Sprachwerkzeuge und der zugehörigen Nerven. Die Aphasie ist indess keine Krankheit für sich, sondern nur ein Symptom, oft genug ein Frühsymptom der progressiven Paralyse. Von Wichtigkeit ist daher das Grundleiden. Dies kann neben dem Centrum für die Sprachbewegungen auch andre Hirnpartien in Mitleidenschaft gezogen haben, und der geistige Ausfall wird naturgemäss um so erheblicher sein, je wichtiger die zerstörten Territorien des Gehirns für die psychischen Vorgänge sind, in je grösserer Zahl derartige Gegenden zerstört sind, je intensiver, je weniger einer Besserung zugänglich die Destruktionen sind.

Daraus ergibt sich, dass wir eine kontinuierliche Reihe von graduell verschiedenen Störungen finden werden. Auf der einen Seite die Aphasie mit unversehrter Intelligenz, auf der andern Seite die Aphasie mit völligem Darniederliegen der Intelligenz; zwischen den beiden Grenzfällen sind alle Varietäten möglich. Das Grundleiden, von dem die Aphasie eine Teilerscheinung ist, kann das Gehirn nur nach dieser einen Richtung hin getroffen haben. Eine Einbusse der Geschäftsfähigkeit ist dann natürlich nicht eingetreten; der Ausfall der Sprache muss durch andre Fähigkeiten des Verkehrs mit der Aussenwelt ersetzt werden.

Daher ist die These des französischen Advokaten Lefort, dass für jeden Aphasiker ein Rechtsbeistand ernannt werden müsse, mit Recht von der Commission de la Société de médecine légale verworfen worden (Jolly S. 339). Im andern Falle liegt Geisteskrankheit im Sinne des Gesetzes vor, aber nicht wegen der Aphasie, sondern eben wegen des die Aphasie begleitenden und von ihr unabhängigen Blödsinns. Das Maass der Intelligenzabnahme entscheidet die Beurteilung der andern Fälle.

Die Intelligenzprüfung erfordert in manchen dieser Fälle viel Anpassungsfähigkeit, Aufmerksamkeit und Geduld seitens des Untersuchers, der hier besonders am besten ein psychiatrisch oder neurologisch geschulter Arzt ist. Die Untersuchung wird oftmals wiederholt werden müssen, wenn das Individuum geistig schnell ermüdet. In solchen Fällen und in andern, in denen der Kranke durch plötzliche



Anrede leicht stutzig wird, kann ein grösserer Intelligenzdefekt vorgetäuscht werden, als er in Wirklichkeit vorliegt.

Mit der Aphasie oder neben ihr können auch die andern Fähigkeiten des Individuums, seine Gedanken nach aussen zu projizieren, wie die Verständigung durch Schreiben, pantomimische Bewegungen, gelitten haben. Je mehr Fähigkeiten betroffen sind, je intensiver das der Fall ist, um so mehr ist dem Individuum die Kommunikation erschwert. Ist es aller Kommunikationsmittel beraubt, so ist es rechtsgeschäftlich isoliert und bedarf um so mehr der gesetzlichen Fürsorge, als bei so weitgehenden Störungen auch geistige Defekte sich bereits eingestellt haben werden oder sich doch bald einstellen werden.

Da die verschiedensten Kombinationen der Intelligenzabschwächung und der Erschwerung oder Einschränkung oder Behinderung der sonstigen Mitteilungsmöglichkeiten neben der Aphasie vorkommen, so wird die Entscheidung nur von Fall zu Fall erfolgen. Wie schon gesagt, Aphasie an und für sich ist für das Vorhandensein der Geschäftsfähigkeit belanglos, und rechtlich verdient sie nur Anerkennung, wenn die Abschliessung der Rechtsgeschäfte grade das Sprechen erfordert, also rein in formaler Hinsicht (s. u. Testierfähigkeit).

Der Aphasie gedenkt das B.G.B. nicht besonders, und das ist begreiflich wegen der relativen Seltenheit; zudem trifft für rechtlich beachtenswerte Fälle die Möglichkeit einer anderweitigen Regelung zu.

Ebensowenig werden die Taubstummen im B.G.B. erwähnt im Gegensatz zu früheren Gesetzgebungen. Die Fassung der schon vorhandenen Bestimmungen würde auch solche Fälle treffen, welche rechtliche Beachtung erheischen. Es wird auch hier wieder hinauslaufen auf die Prüfung der Intelligenz im Einzelfalle. Eine Schädigung werden wir um so eher erwarten dürfen, je früher das Leiden der Taubheit entstanden ist, wenn die Taubstummheit auf eine cerebrale Störung zurückgeführt werden muss, wenn noch weitere Störungen das Gehirn betroffen haben. Um so weniger bedarf der Taubstumme einer zivilrechtlichen Fürsorge, je früher, je mehr und je erfolgreicher er unterrichtet worden ist. Dass durch die neueren Forschungen Bezolds die Aussichten für die Erfolge des Taubstummenunterrichts noch gewachsen sind, darauf sei nur beiläufig aufmerksam gemacht.

---

## Kapitel V.

### Das Entmündigungsverfahren<sup>1)</sup>.

Z.P.O. § 645. Die Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder wegen Geistesschwäche erfolgt durch Beschluss des Amtsgerichts.

Der Beschluss wird nur auf Antrag erlassen.

§ 646. Der Antrag kann von dem Ehegatten, einem Verwandten oder demjenigen gesetzlichen Vertreter des zu Entmündigenden gestellt werden, welchem die Sorge für die Person zu-

---

1) Der ursprünglich beabsichtigte Abdruck der M.-V. vom 28. XI. 1899 (s. Psych. Wochenschr. 1899. No. 38) musste wegen Raummangel unterbleiben.

steht. Gegen eine Person, die unter elterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft steht, kann der Antrag von einem Verwandten nicht gestellt werden. Gegen eine Ehefrau kann der Antrag von einem Verwandten nicht gestellt werden, wenn auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft erkannt ist oder wenn der Ehemann die Ehefrau verlassen hat oder wenn der Ehemann zur Stellung des Antrags dauernd ausser Stande oder sein Aufenthalt dauernd unbekannt ist.

In allen Fällen ist auch der Staatsanwalt bei dem vorgesetzten Landgerichte zur Stellung des Antrags befugt.

**§ 647.** Der Antrag kann bei dem Gerichte schriftlich eingereicht oder zum Protokoll des Gerichtsschreibers angebracht werden. Er soll eine Angabe der ihn begründenden That-sachen und die Bezeichnung der Beweismittel enthalten.

**§ 648.** Für die Einleitung des Verfahrens ist das Amtsgericht, bei welchem der zu Entmündigende seinen allgemeinen Gerichtsstand hat, ausschliesslich zuständig.

Gegen einen Deutschen, welcher im Inlande keinen allgemeinen Gerichtsstand hat, kann der Antrag bei dem Amtsgerichte gestellt werden, in dessen Bezirke der zu Entmündigende den letzten Wohnsitz im Inlande hatte, in Ermangelung eines solchen Wohnsitzes finden die Vorschriften des § 15, A. 1, S. 2, 3 entsprechende Anwendung.

**§ 649.** Das Gericht kann vor der Einleitung des Verfahrens die Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses anordnen.

**§ 650.** Das Gericht kann nach der Einleitung des Verfahrens, wenn es mit Rücksicht auf die Verhältnisse des zu Entmündigenden erforderlich erscheint, die Verhandlung und Entscheidung dem Amtsgericht überweisen, in dessen Bezirke der zu Entmündigende sich aufhält.

Die Ueberweisung ist nicht mehr zulässig, wenn das Gericht den zu Entmündigenden vernommen hat (§ 654, A. 1).

Wird die Uebernahme abgelehnt, so entscheidet das im Instanzenzuge zunächst höhere Gericht.

**§ 651.** Wenn nach der Uebernahme des Verfahrens durch das Gericht, an welches die Ueberweisung erfolgt ist, ein Wechsel im Aufenthaltsorte des zu Entmündigenden eintritt, so ist dieses Gericht zu einer weiteren Ueberweisung befugt.

Die Vorschriften des § 650 finden entsprechende Anwendung.

**§ 652.** Der Staatsanwalt kann in allen Fällen das Verfahren durch Stellung von Anträgen betreiben und den Terminen beiwohnen. Er ist von der Einleitung des Verfahrens, sowie von einer nach den §§ 650, 651 erfolgten Ueberweisung und von allen Terminen in Kenntnis zu setzen.

**§ 653.** Das Gericht hat unter Benutzung der in dem Antrag angegebenen That-sachen und Beweismittel von Amtswegen die zur Feststellung des Geisteszustandes erforderlichen Ermittlungen zu veranstalten und die erheblich erscheinenden Beweise aufzunehmen. Zuvor ist dem zu Entmündigenden Gelegenheit zur Bezeichnung von Beweismitteln zu geben, desgleichen demjenigen gesetzlichen Vertreter des zu Entmündigenden, welchem die Sorge für die Person zusteht, sofern er nicht die Entmündigung beantragt hat.

Für die Vernehmung und Beeidigung der Zeugen und Sachverständigen kommen die Bestimmungen im siebenten und achten Titel des ersten Abschnitts des zweiten Buchs zur Anwendung. Die Anordnung der Haft im Falle des § 390 kann von Amtswegen erfolgen.

**§ 654.** Der zu Entmündigende ist persönlich unter Zuziehung eines oder mehrerer Sachverständigen zu vernehmen. Zu diesem Zwecke kann die Vorführung des zu Entmündigenden angeordnet werden.

Die Vernehmung kann auch durch einen ersuchten Richter erfolgen.

Die Vernehmung darf nur unterbleiben, wenn sie mit besonderen Schwierigkeiten verbunden oder nicht ohne Nachteil für den Gesundheitszustand des zu Entmündigenden ausführbar ist.

§ 655. Die Entmündigung darf nicht ausgesprochen werden, bevor das Gericht einen oder mehrere Sachverständige über den Geisteszustand des zu Entmündigenden gehört hat.

§ 656. Mit Zustimmung des Antragstellers kann das Gericht anordnen, dass der zu Entmündigende auf die Dauer von höchstens sechs Wochen in eine Heilanstalt gebracht werde, wenn dies nach ärztlichem Gutachten zur Feststellung des Geisteszustandes geboten erscheint und ohne Nachteil für den Gesundheitszustand des zu Entmündigenden ausführbar ist. Vor der Entscheidung sind die im § 646 bezeichneten Personen soweit thunlich zu hören.

Gegen den Beschluss, durch welchen die Unterbringung angeordnet wird, steht dem zu Entmündigenden, dem Staatsanwalt und binnen der für den zu Entmündigenden laufenden Frist den sonstigen im § 646 bezeichneten Personen die sofortige Beschwerde zu.

§ 657. Sobald das Gericht die Anordnung einer Fürsorge für die Person oder das Vermögen des zu Entmündigenden für erforderlich hält, ist der Vormundschaftsbehörde zum Zwecke dieser Anordnung Mitteilung zu machen.

§ 658. Die Kosten des Verfahrens sind, wenn die Entmündigung erfolgt, von dem Entmündigten, andernfalls von der Staatskasse zu tragen.

Insoweit einen der im § 646, A. 1 bezeichneten Antragsteller bei Stellung des Antrags nach dem Ermessen des Gerichts ein Verschulden trifft, können demselben die Kosten ganz oder teilweise zur Last gelegt werden.

§ 659. Der über die Entmündigung zu erlassende Beschluss ist dem Antragsteller und dem Staatsanwälte von Amtswegen zuzustellen.

§ 660. Der die Entmündigung aussprechende Beschluss ist von Amtswegen der Vormundschaftsbehörde mitzuteilen und, wenn der Entmündigte unter elterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft steht, auch demjenigen gesetzlichen Vertreter zuzustellen, welchem die Sorge für die Person des Entmündigten zusteht. Im Falle der Entmündigung wegen Geistesschwäche ist der Beschluss ausserdem dem Entmündigten selbst zuzustellen.

§ 661. Die Entmündigung wegen Geisteskrankheit tritt, wenn der Entmündigte unter elterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft steht, mit der Zustellung des Beschlusses an denjenigen gesetzlichen Vertreter, welchem die Sorge für die Person zusteht, andernfalls mit der Bestellung des Vormundes in Wirksamkeit.

Die Entmündigung wegen Geistesschwäche tritt mit der Zustellung des Beschlusses an den Entmündigten in Wirksamkeit.

§ 662. Der die Entmündigung ablehnende Beschluss ist von Amtswegen auch demjenigen zuzustellen, dessen Entmündigung beantragt war.

§ 663. Gegen den Beschluss, durch welchen die Entmündigung abgelehnt wird, steht dem Antragsteller und dem Staatsanwalt die sofortige Beschwerde zu.

In dem Verfahren vor dem Beschwerdegerichte finden die Vorschriften der §§ 652, 653 entsprechende Anwendung.

§ 664. Der die Entmündigung aussprechende Beschluss kann im Wege der Klage binnen der Frist eines Monats angefochten werden.

Zur Erhebung der Klage sind der Entmündigte selbst, derjenige gesetzliche Vertreter des Entmündigten, welchem die Sorge für die Person zusteht, und die übrigen im § 646 bezeichneten Personen befugt.

Die Frist beginnt im Falle der Entmündigung wegen Geisteskrankheit für den Entmündigten mit dem Zeitpunkt, in welchem er von der Entmündigung Kenntniss erlangt, für die übrigen Personen mit dem Zeitpunkt, in welchem die Entmündigung in Wirksamkeit tritt. Im Falle der Entmündigung wegen Geistesschwäche beginnt die Frist für den gesetzlichen Vertreter des unter elterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft stehenden Entmündigten mit dem Zeitpunkt, in welchem ihm der Beschluss zugestellt wird, für den Entmündigten selbst und die übrigen Personen mit der Zustellung des Beschlusses an den Entmündigten.

§ 665. Für die Klage ist das Landgericht ausschliesslich zuständig, in dessen Bezirke das Amtsgericht, welches über die Entmündigung entschieden hat, seinen Sitz hat.



**§ 666.** Die Klage ist gegen den Staatsanwalt zu richten.

Wird die Klage von dem Staatsanwalt erhoben, so ist sie gegen denjenigen gesetzlichen Vertreter des Entmündigten zu richten, welchem die Sorge für die Person zusteht.

Hat eine der im § 646, A. 1 bezeichneten Personen die Entmündigung beantragt, so ist dieselbe unter Mitteilung der Klage zum Termine zur mündlichen Verhandlung zu laden. Dieselbe gilt im Falle des Beitritts im Sinne des § 62 als Streitgenosse der Hauptpartei.

**§ 667.** Mit der die Entmündigung anfechtenden Klage kann eine andre Klage nicht verbunden werden.

Eine Widerklage ist unzulässig.

**§ 668.** Will der Entmündigte die Klage erheben, so ist ihm auf seinen Antrag von dem Vorsitzenden des Prozessgerichtes ein Rechtsanwalt als Vertreter beizuordnen.

**§ 669.** Bei der mündlichen Verhandlung haben die Parteien die Ergebnisse der bei dem Amtsgerichte stattgehabten Sachuntersuchung, soweit es zur Prüfung der Richtigkeit des angefochtenen Beschlusses erforderlich ist, vollständig vorzutragen.

Im Falle der Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Vortrags hat der Vorsitzende dessen Berichtigung oder Vervollständigung, nötigenfalls unter Wiedereröffnung der Verhandlung, zu veranlassen.

**§ 670.** Die Vorschriften des § 617, A. 1, 3 und der §§ 618, 622 finden entsprechende Anwendung.

Der Parteieid ist ausgeschlossen.

**§ 671.** Die Bestimmungen der §§ 654, 655 finden in dem Verfahren über die Anfechtungsklage entsprechende Anwendung.

Von der Vernehmung Sachverständiger darf das Gericht Abstand nehmen, wenn es das vor dem Amtsgericht abgegebene Gutachten für genügend erachtet.

**§ 672.** Wird die Anfechtungsklage für begründet erachtet, so ist der die Entmündigung aussprechende Beschluss aufzuheben. Die Aufhebung tritt erst mit der Rechtskraft des Urteils in Wirksamkeit. Auf Antrag können jedoch zum Schutze der Person oder des Vermögens des Entmündigten einstweilige Verfügungen nach Maassgabe der §§ 936—944 getroffen werden.

**§ 673.** Unterliegt der Staatsanwalt, so ist die Staatskasse zur Erstattung der dem obliegenden Gegner erwachsenen Kosten in Gemässheit der Bestimmungen des fünften Titels des zweiten Abschnitts des ersten Buchs zu verurteilen.

Ist die Klage von dem Staatsanwalt erhoben, so hat die Staatskasse in allen Fällen die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

**§ 674.** Das Prozessgericht hat der Vormundschaftsbehörde und dem Amtsgerichte von jedem in der Sache erlassenen Endurteile Mitteilung zu machen.

### 1. Der Entmündigungsantrag.

Zur Einleitung des Entmündigungsverfahrens bedarf es, da dieses nicht von amtswegen erfolgt, eines vorhergehenden Antrags (oder Gesuchs) bei dem Amtsgericht. Zur Stellung des Antrags sind Privatpersonen und der Staatsanwalt berechtigt.

Bei den Privatpersonen sind nach § 646, A. 1 die Verhältnisse der Ehe, der Verwandtschaft und der gesetzlichen Vertretung maassgebend. An die Stelle des Vormundes in der früheren Fassung der Z.P.O. ist jetzt der gesetzliche Vertreter getreten und zwar mit der Einschränkung, dass ihm die Sorge für die Person zustehen muss, da die Entmündigung sich in erster Linie gegen die Person richtet. Ein solcher gesetzlicher Vertreter ist der Vater, die Mutter, der Vormund (Altersvormund oder Zustandsvormund), der Pfleger. An der Zulässigkeit des Pflegers als Antragsteller lässt die R. G. E. vom 12. X. 99 (Bd. 45. No. 46) keinen Zweifel. Der Pfleger war in dem betreffenden Falle „zur Fürsorge für die Person und das Vermögen und erforderlichen-

falls Herbeiführung der Entmündigung“ ernannt. Die Fürsorge für die Herbeiführung einer Entmündigung ist eine einzelne Angelegenheit des zu Entmündigenden, wie sich das R. G. später ausdrückt. Die Vormundschaftsbehörde und der Gegenvormund sind nicht berechtigt. In der Berechtigung zur Antragstellung sieht das Gesetz keine Abstufung vor. Nur den Verwandten wird das Recht unter Umständen genommen. Gegen einen unter elterlicher Gewalt oder Vormundschaft stehenden Ehegatten kann nur von dem andern Ehegatten oder von dem gesetzlichen Vertreter der Antrag gestellt werden. Verwandte können die Entmündigung der Frau nur dann beantragen, wenn die Fürsorge des Mannes unter den im Gesetz genau bestimmten Voraussetzungen ausgeschlossen ist.

Neben den Verwandten, völlig unabhängig von ihnen und völlig uneingeschränkt, hat der Staatsanwalt im öffentlichen Interesse das Recht und die Pflicht zur Stellung des Antrags. Er kann einschreiten sowohl, wenn er von der Notwendigkeit der Entmündigung durch einen zur Antragstellung nicht Berechtigten hört, als auch, wenn er Kraft seines Amts Kenntnis erhält. In Preussen sind die Leiter der Privatirrenanstalten (Anweisung vom 20. IX. 1895 § 8, A. 3) und der Provinzialirrenanstalten (Runderlass vom 24. IX. 1880) angewiesen, dem Staatsanwalt die Aufnahme geisteskranker Personen in ihre Anstalt anzuzeigen. Die weitere Thätigkeit der Staatsanwaltschaft regelt der Abschnitt der M. V. vom 28. XI. 1899, der an dieser Stelle keiner weiteren Erläuterung bedarf.

Der Antragsteller muss prozessfähig sein. Der Antrag kann vor Ausspruch der Entmündigung zurückgezogen werden, was das Verfahren hemmt (cf. B.G.B. § 115, A. 2, § 1908, A. 1). Nachheriger Verlust der persönlichen oder juristischen Eigenschaften, die beim Antragsteller verlangt werden, oder dessen Tod thun dem Verfahren keinen Eintrag. Mit der Stellung des Antrags ist die Thätigkeit des Antragstellers erschöpft, und das Verfahren läuft von selbst.

Ueber Form und Inhalt des Antrags giebt § 647 Auskunft. Unter den Beweismitteln ist ein ärztliches Zeugnis zwar nicht vorgesehen, aber seine Beibringung doch nützlich, damit der Antragsteller nicht Gefahr läuft, dass sein Antrag kurzer Hand zurückgewiesen werde. Der Antrag muss sich auch darüber auslassen, ob die Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche verhängt werden soll. Ist die Entmündigung wegen Geisteskrankheit beantragt, so muss doch die Entmündigung wegen Geistesschwäche ausgesprochen werden, wenn nur hierfür die materiellen Voraussetzungen gegeben sind. Das kann unbedenklich geschehen, denn in dem Antrage auf Entmündigung wegen Geisteskrankheit ist implicite auch der wegen Geistesschwäche enthalten. Im umgekehrten Falle, wenn die Entmündigung wegen Geistesschwäche beantragt ist, die materiellen Voraussetzungen aber einer Entmündigung wegen Geisteskrankheit entsprechen, würde es bedenklich sein, über den Antrag des Antragstellers hinaus die Entmündigung wegen Geisteskrankheit zu verhängen. Um so eher wird die Entmündigung wegen Geistesschwäche vorläufig ausreichen, als in zweifelhaften Fällen die natürliche Geschäftsunfähigkeit aus § 104, Z. 2 aushelfen kann.

Es dürfte sich empfehlen, den Antrag auf Entmündigung wegen Geisteskrankheit event. Geistesschwäche zu stellen oder einen neutralen Ausdruck (Geistesstörung, Seelenstörung, geistige Erkrankung usw.) anzuwenden,

## 2. Die Einleitung des Verfahrens.

Wie schon oben gesagt ist, steht das Entmündigungsverfahren nur dem Amtsgericht zu. Ein Ausspruch der Entmündigung durch Verwaltungs- oder Vormundschaftsbehörden ist nicht anständig. Ebenso wenig ist aber auch ein anderes Gericht, wenn es sich etwa um die Feststellung der Eidesfähigkeit oder Deliktsfähigkeit handelt, an die ausgesprochene Entmündigung gebunden. Welches Amtsgericht zuständig ist, bestimmt § 13 ff der Z. P. O. Der Gerichtsstand wird danach durch den Wohnsitz bestimmt. Das ist der Ort, der der dauernde Mittelpunkt der rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen sein soll. Da nach § 8 B.G.B. zur Begründung des Wohnsitzes volle Geschäftsfähigkeit gehört, so dürfte daher für die in den Anstalten untergebrachten Personen vielfach das Amtsgericht des letzten Wohnsitzes zuständig sein (cf. R.G.E. Bd. 55. No. 64).

Das Amtsgericht muss seine Zuständigkeit prüfen und notwendigenfalls die Einleitung des Verfahrens ablehnen.

Es ist dem freien Ermessen des Gerichts überlassen, sich vor der Veranstaltung weiterer Ermittlungen und vor der Erhebung von Beweismitteln ein ärztliches Zeugnis zu verschaffen.

Die Justizministerial-Verfügung von 1896 stellte die Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses als regelmässiges Erfordernis hin. Die gleiche Verfügung empfahl auch dem Amtsgerichte, gegebenen Falles, von den Personal- und Krankenjournalen der Irrenanstalten Kenntnis zu nehmen. Es bleibe dahingestellt, ob die Direktion der Anstalt verpflichtet ist, ihre Akten andern Behörden, abgesehen von dem Untersuchungsrichter und der vorgesetzten Behörde, zugänglich zu machen. Dass die Befolgung obiger Vorschrift zu recht bedenklichen Folgen führen kann, hat ein sogenannter Sensationsprozess hinreichend dargethan. Meines Wissens wird oder wurde von dieser Bestimmung wenig Gebrauch gemacht, und wenn es versucht wurde, so wurde in den mir bekannten Fällen von der Anstalts-Direktion die Herausgabe der Akten mit Erfolg verweigert.

Die Beibringung des Attestes soll zur Abwehr unlauterer und unbegründeter Anträge dienen. Wenn das Attest auch noch so ausführlich, ja erschöpfend ist, so ersetzt es nicht die im § 655 geforderte Vernehmung von Sachverständigen. Es braucht aber auch nicht ausführlich zu sein; es genügt die kurze Bescheinigung, dass X. an Geistesstörung leide und infolge hiervon seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermöge.

Auch hier möchte ich dem Sachverständigen in nicht ganz klaren und durchsichtigen Fällen die Anwendung eines neutralen Ausdrucks für den Grund der Entmündigung nahelegen, damit er, da er in der Mehrzahl der Fälle auch später als Sachverständiger herangezogen wird, sich nicht unnötig bindet.

Es ist aber nicht einmal nötig, dass das ärztliche Attest schon zu dem Schlusse kommt, dass X. unfähig sei, seine Angelegenheiten zu besorgen. Die hohe Wahrscheinlichkeit, schon die begründete Vermutung, dass das so ist, wird in vielen Fällen dem Amtsrichter genügen, um daraufhin das Verfahren einzuleiten. Die gleiche Beobachtung ist auch andernorts gemacht.

## 3. Die Ueberweisung des Verfahrens.

Da Aufenthaltsort und Wohnsitz im juristischen Sinne nicht identisch sind, so war es früher fast die Regel, dass die Vernehmung durch einen ersuchten Richter



stattfind und dass die Entscheidung einem andern Richter zufiel. Zugegeben auch, dass das Ergebnis der Vernehmung stenographisch möglichst wortgetreu den Akten einverleibt wird, und dass auch der Eindruck, den der ersuchte Richter von dem zu Entmündigenden empfängt, möglichst naturgetreu wiedergegeben wird, so muss doch demgegenüber betont werden, dass nichts den persönlichen Eindruck zu ersetzen vermag. In schwierigeren Fällen wird diesem geradezu ein ausschlaggebender Erfolg beigemessen werden müssen. Ein Blick auf den zu Entmündigenden, sein eigenartiges Benehmen, seine Unsicherheit und Langsamkeit im Antworten oder die Hast, die er an den Tag legt, und dergleichen lehren mehr als seitenlange Protokolle.

Deshalb ist die Neuerung geschaffen, dass nach Einleitung des Verfahrens durch das zuständige Amtsgericht das Amtsgericht des Aufenthaltsorts das Entmündigungsverfahren fortführen und beenden kann. Ein Zwang besteht nicht; die Anwendung dieser Befugnis hat aber zur Voraussetzung, dass die Ueberweisung durch die Rücksicht auf die Verhältnisse des zu Entmündigenden geboten ist und dass der überweisende Richter den zu Entmündigenden noch nicht vernommen hat. Zur Ueberweisung genügt nicht die Verschiedenheit von Aufenthaltsort und Wohnsitz; über ihre Notwendigkeit wird u. A. das ärztliche Zeugnis entscheiden. Die Vernehmung durch einen ersuchten Richter hebt die Befugnis nicht auf.

Schon oben ist gesagt, dass der Staatsanwalt jetzt das früher bestrittene Recht hat, den Terminen beizuwohnen. Er muss daher von der Ueberweisung unterrichtet werden (cf. § 652). Der Staatsanwalt hat überhaupt das Recht, das Verfahren durch Stellung von Anträgen zu betreiben, sich über alle wichtigen Vorkommnisse zu unterrichten und hat zweifellos das Recht zur Akten-Einsicht, um von den ihm zustehenden Befugnissen den geeigneten Gebrauch machen zu können.

#### 4. Die Beweiserhebung.

Ist das Amtsgericht zuständig, und ist von einer antragsberechtigten Person der Antrag gestellt, der auch inhaltlich gerechtfertigt erscheint, so hat das Gericht von Amtswegen festzustellen, ob der Geisteszustand des zu Entmündigenden die Anordnung einer offiziellen Fürsorge rechtfertigt oder nicht. Wenn das Amtsgericht sich in erster Linie an das dem Antrag zu Grunde liegende und in ihm mitgeteilte Material halten wird, so ist es doch durchaus nicht gebunden und kann selbständig vorgehen in der Einholung von Berichten von Ortsbehörden, in der Vernehmung von Zeugen, Sachverständigen, in der Einsichtnahme von Akten, Urkunden, Schriftstücken des zu Entmündigenden usw. Auch dem Antrage des Staatsanwalts gegenüber hat das Amtsgericht volle Unabhängigkeit. Die Beweisaufnahme braucht nicht förmlich zu sein. Das Amtsgericht kann nur in so weit von der Erhebung der Beweise absehen, als sie unerheblich erscheinen. Auch der Antragsteller kann als Zeuge vernommen werden. Aber weder er noch der zu Entmündigende haben einen Anspruch darauf, zur Beweiserhebung hinzugezogen zu werden.

§ 653 A.1 S.2 bedeutet gegen vordem eine völlige Neuerung. Er gibt dem zu Entmündigenden Gelegenheit zur Bezeichnung von Beweismitteln, die gegen die Berechtigung einer Entmündigung sprechen, ebenso dem gesetzlichen Vertreter, falls er nicht der Antragsteller ist. Das wird oft genug ein vorläufiger Vormund sein; gerade mit Rücksicht auf diese Möglichkeit hatte man davon Abstand genommen, dem

zu Entmündigenden zur Wahrung seiner Rechte einen gesetzlichen Beistand zu geben, wie vorgeschlagen war.

Mancher verspricht sich von dieser Neuerung wenig praktischen Erfolg, da der zu Entmündigende ja noch gar nicht die Behauptungen kenne, gegen die er sich mit seinen Beweismitteln richten solle. Lag dieses aber in der Absicht des Gesetzgebers, so hätte er schon zum kontradiktorischen Verfahren greifen müssen, und das hat er ja geflissentlich vermieden.

In der Praxis wird bei unseren Anstaltsinsassen so verfahren, dass entweder dem zu Entmündigenden seitens des Gerichts direkt die betreffende Aufforderung zugesandt wird, oder so, dass die Direktion von dem Termine in Kenntnis gesetzt und zugleich um entsprechende Benachrichtigung des zu Entmündigenden ersucht wird. Das Amtsgericht muss natürlich verlangen, von der Direktion über das Ergebnis der mit dem zu Entmündigenden gepflogenen Verhandlung benachrichtigt zu werden.

Hier und da hat man geglaubt, von dieser Neuerung Unannehmlichkeiten für die Kranken befürchten zu müssen. Nach meinen hiesigen, wenn auch nur spärlichen Erfahrungen erweist sich eine solche Befürchtung als nicht gerechtfertigt. Sollte sich das auch andernorts bestätigen, so wird man sich erst recht mit dieser Neuerung im Interesse des Gefühls der Rechtssicherheit einverstanden erklären.

##### 5. Der Entmündigungstermin und die Thätigkeit des Sachverständigen.

Welche Wichtigkeit der Gesetzgeber der Vernehmung des zu Entmündigenden beimisst, geht daraus hervor, dass nach ihr eine Ueberweisung nicht mehr stattfinden kann, wenn nicht die Vernehmung durch einen ersuchten Richter erfolgt ist. In gleichem Sinne spricht auch die jetzt geschaffene Möglichkeit einer zwangsweisen Vorführung des zu Entmündigenden. Mit ihr darf kein Nachteil für den zu Entmündigenden verbunden sein. Welche Organe werden aber die Vorführung ausführen?

Man muss es nur erlebt haben, wie leicht es dem zu Entmündigenden war, das Entmündigungsverfahren möglichst in die Länge zu ziehen, indem er zu keinem der anberaumten Termine erschien. Andererseits that der Amtsrichter gut daran, wenn er den zu Entmündigenden nicht zwangsweise vorführen liess, da ein diesbezügliches Recht seinerseits nicht über jeden Zweifel erhaben war.

Weiterhin wird nach der jetzigen Fassung die Vernehmung des zu Entmündigenden noch mehr obligatorisch, da sie dann nicht mehr unterbleiben darf, wenn sie für die Entscheidung unerheblich ist. Diese letzte Voraussetzung konnte dann besonders zu berechtigten Bedenken Anlass geben, wenn das Gutachten trotz seiner bestimmten Fassung materiell nicht hinreichend begründet war und so den Richter irreleiten konnte. Fortan „kann“ oder wie der jetzige Ausdruck lautet, „darf nur“ dann die Vernehmung unterbleiben, wenn sie mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft ist oder nicht ohne Nachteil für den Gesundheitszustand des zu Entmündigenden ausführbar ist. Die besonderen Schwierigkeiten sollen nicht durch weite Entfernung begründet sein, da notwendigenfalls hier ja die Vernehmung durch einen ersuchten Richter oder die Ueberweisung gestattet ist, sondern betreffen namentlich Fälle, in denen wegen Tobsucht und dergleichen die persönliche Vernehmung des Beklagten schwer ausführbar und voraussichtlich durchaus resultatlos sein würde.

Bei der Wichtigkeit, die der Vernehmung beigemessen wird, darf man nicht annehmen, dass schon die Befürchtung einer vorübergehenden Verschlimmerung des Zustandes genügen soll. Der zu befürchtende Schaden muss schon grösser sein. Ueber

diesen Punkt wird der Sachverständige zu entscheiden haben. In der That sind aber die Nachteile für den zu Entmündigenden nur selten erheblich, wie uns das aus klinischen Vorstellungen zur Genüge bekannt ist. Beide Male wird man frische Fälle von Melancholie und andre depressive Psychosen vorzuführen Bedenken tragen. Die Möglichkeit, dass die Vernehmung aus diesem Grunde unterbleiben darf, ist so gering, dass das Gericht für gewöhnlich gar nicht mit ihr rechnet. Es unterlässt eine diesbezügliche Anfrage bei der Anzeige an die Anstaltsdirektion oder bei der Ernennung der Sachverständigen. Das würde den Sachverständigen natürlich nicht verhindern, geeignetenfalls aus eigenem Antriebe dem Amtsgerichte mitzuteilen, dass aus dem und dem Grunde dem zu Entmündigenden ein Nachteil aus der persönlichen Vernehmung erwachsen könnte.

Wenn auch die Vernehmung principiell an der Gerichtsstelle stattfinden soll, so wird sie doch für gewöhnlich im Interesse des Kranken, welches der Gesetzgeber nicht unnötig ausser Acht lässt, an Aufenthaltsorte des Kranken, also in vielen Fällen in der Anstalt stattfinden. Einer Vernehmung vor Gericht könnte u. a. durch eine gutachtliche Aeusserung vorgebeugt werden, wenn zu befürchten ist, dass daraus dem zu Entmündigenden Nachteile entstehen (cf. § 14, Z. 4 M.V. 28. XI. 1899).

Während es dem Ermessen des Richters sonst überlassen ist, ob er einen Sachverständigen hinzuziehen will, muss zur Vernehmung ein Sachverständiger hinzugezogen werden. Ebenso muss vor Ausspruch der Entmündigung mindestens ein Sachverständiger gehört werden, der in der Mehrzahl der Fälle der auch bei der Vernehmung thätig gewesene sein wird.

Ueber die Thätigkeit des Sachverständigen gibt für Preussen ein Minister.-Erlass vom 28. IV. 1887 und der § 14 M.V. 28. XI. 99 Auskunft. Der erstgenannte Ministerial-Erlass lautete, so weit er uns hier angeht:

„1. Die Sachverständigen haben von dem Gemütszustande derjenigen Personen, gegen welche ein gerichtliches Verfahren auf Entmündigung wegen Geisteskrankheit eingeleitet ist, vor dem zu ihrer Vernehmung anberaumten Termine durch Besuche des zu Entmündigenden, sowie durch Rücksprache mit den Angehörigen und dem Arzte desselben sich die zur Abgabe eines Gutachtens erforderliche Kenntnis zu verschaffen.

Von den als Sachverständigen zugezogenen Aerzten wird erwartet, dass sie zu dem bezeichneten Behufe nur die zu diesem Zwecke unerlässlichen Besuche machen und sich insbesondere bei unvernünftigen Personen thunlichst auf einen Besuch beschränken werden. Zugleich wird in dieser Hinsicht auf die Vorschriften in den §§ 6 und 7 des Gesetzes vom 9. März 1872, betreffend die den Medizinalbeamten für die Besorgung gerichtsarztlicher, medizinischer oder sanitätspolizeilicher Geschäfte zu gewährenden Vergütungen (Gesetzsammlung S. 265) und insbesondere auf die Bestimmung verwiesen, nach welcher für mehr als 3 Besuche eine Gebühr nur insoweit zugebilligt wird, als die Vorbesuche auf ausdrückliches Verlangen der ersuchenden Behörde gemacht sind.

2. In den Gutachten, sei es, dass dieselben im Termine zum Protokoll genommen werden oder, was sich in schwierigen Fällen empfiehlt, nach Anordnung des Richters als besondere Gutachten schriftlich einzureichen sind, ist das Ergebnis der vorgängigen und sonstigen Ermittlungen, der Befund des körperlichen Zustandes, der Haltung, des Benehmens, der Verlauf der mit dem Imploraten gepflogenen Unterredungen usw. darzulegen, der Gemütszustand des näheren anzugeben, und das schliessliche Gutachten, unbeschadet der Befugnis, den Krankheitszustand im Sinne der Wissenschaft zu bezeichnen, entsprechend der gestellten beziehungsweise aus den Bestimmungen des bürgerlichen Rechts sich ergebenden Beweisfrage eingehend zu begründen.“



Die Auswahl der Sachverständigen wird geregelt durch Z. 2 des § 14 M.V. 28. XI. 99. Naturgemäss wird nicht jeder praktische Arzt einen geeigneten Sachverständigen abgeben, weil er sich nicht gerade des eingehenderen mit der Psychiatrie und deren rechtlicher Bedeutung befasst hat. Da es sich gewöhnlich um Kranke handelt, die in Anstalten untergebracht sind, so liegt es in der Natur der Sache, dass an erster Stelle Anstaltsärzte hinzugezogen werden. Nur bei Privatanstalten machen die Gerichte vielfach Ausnahmen und sehen von den Anstaltsärzten ab.

Die Vorbesuche dienen neben dem Studium der Akten, deren Einsicht dem Sachverständigen zusteht (S. 3 Z. 3 § 14), dazu, den Sachverständigen über den Geisteszustand des zu Entmündigenden bis zum Termine aufzuklären. Es empfiehlt sich, einen Vorbesuch sehr bald nach der Bestellung zum Sachverständigen zu machen, gewissermassen zur Orientierung, und einen zweiten kurz vor dem Zeitpunkte des Termins, um nicht bei diesem durch unerwartete Veränderungen in dem Befinden des zur Entmündigung Stehenden überrascht zu werden. In der Mehrzahl der Fälle werden drei Vorbesuche genügen. Im andern Falle wird der Sachverständige gut thun, sich schriftlich die ausdrückliche Erlaubnis geben zu lassen, weitere Vorbesuche (in einer beschränkten oder seinem Ermessen überlassenen Zahl) vorzunehmen.

Dass die Leitung des Termins Sache des Richters ist, steht unzweifelhaft fest, „doch wird es sich empfehlen, dass er (d. h. der Richter) zunächst dem Sachverständigen die Stellung der Fragen überlässt. Bei der Feststellung des Geisteszustandes werden Kenntnisse vorausgesetzt, die der Richter in der Regel nicht besitzt. Durch ungeschickte Fragen kann aber der Zweck der ganzen Untersuchung vereitelt, und der Arzt in die Lage versetzt werden, ein bestimmtes Gutachten nicht abgeben zu können.“ Diesen Worten Petersens wird sich jeder Psychiater ohne weiteres anschliessen können (cf. hierzu S.A. 55, No. 123). Ihre Befolgung wird eher alle Interessen befriedigen, als das in der Praxis hier und da beliebte Verfahren, dass der Jurist die Vernehmung des Kranken selbst und allein übernimmt. Man muss sich oft wundern, wie wenig Anhaltspunkte dem einen Richter genügen, eine Psychose im Sinne des Gesetzes mit Sicherheit anzunehmen, und wie viel Unsinn, wie viel Wahnideen ein Kranker produzieren kann, ehe ihn ein andrer Richter für krank hält. Es wäre doch sehr naturgemäss, wenn der Richter sich nachher von dem Psychiater über den Fall belehren lassen würde. Aber wie viele Richter thun dies! Der Einwand, er bekomme ja noch das Gutachten zu Gesicht, kann nicht gelten, da er dies in vielen Fällen erst später erhält. Freilich steht dem Richter das Recht zu, den Sachverständigen nochmals zu laden, um ihn über diese oder jene Punkte zu hören, um ihn zur Vervollständigung des Gutachtens nach dieser oder jener Richtung oder zur Ergänzung des Gutachtens auf Grund neuer Ermittlungen aufzufordern. Auf Grund der persönlichen Vernehmung soll sich aber der Richter doch entscheiden. Man vergleiche hierzu die lesens- und beherzigenswerten Ausführungen Hitzigs (Hitzig II).

Der Sachverständige muss sich gutachtlich äussern. Je nach Lage des Falls und Anordnung des Richters kann der Sachverständige sein Gutachten mündlich im Termine zu Protokoll geben oder nachher schriftlich einsenden. Das mündlich erstattete Gutachten wird natürlich kurz, gewissermassen ein Auszug aus dem schriftlichen Gutachten sein und nur die Hauptpunkte hervorheben.

Das schriftliche Gutachten wird aus folgenden Abschnitten bestehen:

1. Zweck des Gutachtens,
2. Kurze Anamnese.
3. Jetziger Befund:

1. körperlich,
2. psychisch.
4. Zusammenfassung der einschlägigen Angaben und deren gesetzliche Deutung.
5. Ergebnis der Begutachtung im Sinne des § 6 Z. 1 unter Berufung auf den Sachverständigen-Eid.

Der Richter ist nicht an das Gutachten des Sachverständigen gebunden, auch dann nicht, wenn mehrere Gutachten untereinander übereinstimmen. Auf der andern Seite ist er nicht gezwungen, falls die eingeforderten Gutachten untereinander abweichen, ein Obergutachten einzufordern (R.G.E. S.A. 40. No. 68). Nach dem Wortlaute des Gesetzes soll der Sachverständige vom Richter „gehört“ werden. Mit dem Hören werde es so weit nicht her sein, meinte Skrzeczka vor fast 30 Jahren. Ob das heute noch zutreffen würde, möge dahingestellt bleiben. Man wird aber erwarten dürfen, dass der Richter für gewöhnlich nicht ohne zwingenden Grund zu einem andern Ergebnis kommen wird wie der Gutachter. Heute wird mit einer Differenz der Ansichten insofern eher zu rechnen sein, als Geisteskrankheit und Geistesschwäche zwei verschiedene Entmündigungsgründe sind. In der That sah ich, dass ein Richter zu dem Schluss „Geistesschwäche“ kam, während der Gutachter „Geisteskrankheit“ annahm (übrigens auch den Ausdruck Geistesschwäche im ganzen Gutachten vermieden hatte); dabei war der zu Entmündigende im höchsten Grade blödsinnig und redete einzig und allein von seinem Bruchbände.

Nach § 15 M. V. 28. XI. 1899 soll dem Regierungspräsidenten die Abschrift des Gutachtens neben der des Protokolls über die persönliche Vernehmung eingesandt werden zur vorläufigen Revision durch den Medizinalrat und weiteren Durchsicht durch das Medizinalkollegium.

## 6. Die Anstaltsbeobachtung.

Wohl das sicherste, zugleich aber auch das eingreifendste und deshalb in der Praxis nur mit Schwierigkeiten durchzuführende Mittel, um in zweifelhaften Fällen zu einer zutreffenden Beurteilung des Geisteszustandes zu kommen, ist die durch § 656 ermöglichte Anstaltsbeobachtung. Sie ist wohl weniger deshalb eingeführt, um die Mitwirkung nicht psychiatrisch vorgebildeter Sachverständigen auszuschliessen. Das könnte das Amtsgericht viel einfacher erreichen, zumal es auch hinsichtlich der Zahl der zuzuziehenden Sachverständigen nicht gebunden ist. Die Dauer der Beobachtung ist auf 6 Wochen bemessen. Auf ärztlicherseits geäußerte Bedenken bewilligte man 6 statt 4 Wochen entsprechend dem § 81 St. P. O. Die Frist von 6 Wochen dürfte für die Mehrzahl der Fälle genügen und jedenfalls eher ausreichend sein als im forensischen Verfahren, das auch mit vorübergehenden, nur ab und zu auftauchenden Störungen zu thun hat. Die im § 81 St. P. O. vorgeschriebene, vorherige Bestellung eines Rechtsanwalts wurde aber hier von der Reichstagskommission für nicht notwendig gehalten, da das Institut der Pflegschaft oder der vorläufigen Vormundschaft genügend Handhabe bietet, um einem event. Bedürfnisse nach einem Beistande gerecht zu werden. Das Gesetz spricht allgemein von Heilanstalt, lässt mithin dem Amtsgerichte völlig freie Hand in der Auswahl der Anstalten, abgesehen von reinen Pflegeanstalten. Vor allem kann es die Unterbringung in einer Privatirrenanstalt anordnen, was im Hinblick darauf, dass nicht alle öffentlichen Anstalten höhere Verpflegungsklassen haben, abgesehen von dem hier und da bestehenden Misstrauen des Publikums gerade gegenüber öffentlichen Anstalten, gerechtfertigt ist. Ob das Gesetz grade nur Irrenanstalten ge-

meint hat, scheint fraglich. Wenn schon die offene Abteilung im Anschluss an eine Irrenanstalt genügen würde, warum soll dann nicht auch eine offene Anstalt für Nervenkrankte den gedachten Zweck erfüllen können, wofern nur deren Leiter den psychiatrischen Anforderungen genügt? Ist der zu Entmündigende mit seiner Anstaltsbeobachtung nicht einverstanden, dann wird die geschlossene Anstalt den Vorzug verdienen. Die Anordnung kann vor Ausspruch der Entmündigung zu jedem beliebigen Zeitpunkte des Entmündigungsverfahrens erfolgen.

Die Anordnung ist an 3 Voraussetzungen gebunden:

1. Es bedarf der Zustimmung des Antragstellers. Er kann sie verweigern, einmal mit Rücksicht auf die Kosten, sodann, wenn er fürchtet, dass die Anstaltsbeobachtung zu einem ihm unerwünschten Ergebnis führen könnte. Eine Aushilfe ist hier dadurch möglich, dass der Staatsanwalt die Rolle des Antragstellers übernimmt.

2. Bedarf es eines ärztlichen Gutachtens, dass die Anstaltsbeobachtung zur Feststellung des Geisteszustandes geboten erscheint. Es genügt aber nicht, dass die Anstaltsbeobachtung nur wünschenswert und zweckmässig ist; es darf vielmehr auf andre Weise ein sicheres Urteil über den zu Entmündigenden nicht gewonnen werden können. Der Gutachter wird sich meist kurz fassen können. Eine Anstaltsbeobachtung wird allgemein gesagt, notwendig sein bei Grenzfällen, zum Beispiel bei beginnender Paralyse, event. mit der Komplikation des Alkoholismus, bei periodischen und zirkulären Psychosen, bei bestimmten Arten von Paranoia, bei angeborener Verschrobenheit usw. Ohne das Vorliegen eines solchen ärztlichen Gutachtens darf eine Verbringung in eine Anstalt nicht erfolgen (cf. R. G. E. S. S. 20. No. 130).

3. Wenn schon die Vernehmung unterbleiben soll, wenn sie nur mit Nachteil für den zu Entmündigenden ausführbar ist, so erscheint eine dahingehende Einschränkung bei der viel einschneidenderen Maassregel der Unterbringung in eine Heilanstalt erst recht angebracht (Reichstags-Commission). Nach der Fassung des Gesetzes wird hierüber der Sachverständige nicht befragt werden müssen, wenngleich es der Sache nach die Regel sein wird. Nur in den seltensten Fällen, etwa in dem von Cramer angeführten Falle einer Befürchtung von Gehirnschlag, wird von der Anstaltsbeobachtung ein Nachteil zu befürchten sein. Mit der Möglichkeit des Eintritts eines solchen wird man um so weniger zu rechnen haben, als ja dem zu Entmündigenden je nach der Lage des Falles völlige Freiheit der Bewegung (im Gegensatz zu dem Falle des § 81 St. P. O.) gewährt werden kann.

Vor der Entscheidung sind die antragsberechtigten Verwandten zu hören, aber nur, soweit es nicht mit besondern Schwierigkeiten, allzugrossen Zeitverlusten usw. verbunden ist. Ihrer Zustimmung bedarf es indessen nicht.

Die Anstaltsbeobachtung ist nur vor dem Ausspruche der Entmündigung angängig. Dass eine gleiche Maassregel bei der Anfechtungsklage oder der Wiederaufhebung nicht vorgesehen ist, kann man mit Kurella nur bedauern.

## 7. Die einstweilige Fürsorge.

Der § 657 verpflichtet das mit dem Entmündigungsverfahren betraute Amtsgericht, während des Entmündigungsverfahrens die Anordnung der ihm notwendig erscheinenden Fürsorge für die Person oder das Vermögen des zu Entmündigenden in die Wege zu leiten. Das Amtsgericht hat schon bei Einleitung des Entmündigungsverfahrens diese Frage zu prüfen. Die Anordnung der Fürsorge steht dem Vormundschaftsgerichte zu,



das mit dem mit der Entmündigung befassten Amtsgericht identisch sein kann, aber nicht zu sein braucht. Die Fürsorge ist vorgesehen in der Form der vorläufigen Vormundschaft (§ 1906) oder Pflegschaft und ist auch unabhängig von der Anregung des Amtsgerichts ausführbar.

### 8. Die Entscheidung.

Die Entscheidung des Amtsgerichts erfolgt durch Beschluss ohne mündliche Verkündung, entweder positiv oder negativ im Sinne des Antrags.

#### 1. In letzterm Falle wird die Entmündigung abgelehnt.

Der Beschluss ist nach § 659 dem Antragsteller und dem Staatsanwalt von Amtswegen zuzustellen; ebenso ist nach § 9 M. V. vom 28. XI. 99 der Vorsteher der betreffenden Anstalt zu benachrichtigen. Schliesslich ist der Beschluss auch demjenigen, dessen Entmündigung beantragt war, zuzustellen (§ 662), da es für wünschenswert gehalten wurde, dass er über den Ausgang der Sache in zuverlässiger Weise Kenntnis erhalte. Hält man sich streng an den Wortlaut des § 655, so besteht die Möglichkeit, dass eine Ablehnung stattfindet, ohne dass ein Sachverständiger hinzugezogen wird. Indes ist das doch wenig wahrscheinlich, zumal die Ablehnung in diesem Sinne eine rein sachliche Entscheidung ist und scharf zu trennen ist von der Ablehnung der Einleitung der Entmündigung, gegen die die einfache Beschwerde (§ 567) zulässig ist. Ebenso wenig dürften die §§ 662—663 dann anwendbar sein, wenn auf die beantragte Entmündigung wegen Geisteskrankheit eine Entmündigung wegen Geistesschwäche ausgesprochen wird.

Gegen den Beschluss der Ablehnung steht nicht die Klage, sondern die sofortige Beschwerde (§ 663) dem Antragsteller und dem Staatsanwalt zu. Ob auch der Fall hierher gehört, dass ein Antrag einer Entmündigung wegen Geisteskrankheit beantwortet wird mit einem Beschluss auf Entmündigung wegen Geistesschwäche, ist unentschieden.

2. Wird die Entmündigung ausgesprochen, so ist der Beschluss dem Antragsteller und dem Staatsanwalt zuzustellen (§ 659), sodann dem event. Inhaber der väterlichen Gewalt, Vormundschaft oder Pflegschaft, ferner der Vormundschaftsbehörde und schliesslich nach § 9 M. V. 28. XI. 99 dem Vorsteher der betreffenden Anstalt mitzuteilen.

Nach § 660 S. 2 muss im Falle der Entmündigung wegen Geistesschwäche der Entmündigungsbeschluss dem Entmündigten zugestellt werden. Da die Wirkung der Entmündigung in diesem Falle mit der Zustellung an den Entmündigten beginnt, so hat die Zustellung sofort zu erfolgen, wie mir von juristischer Seite bedeutet wurde. Diese Vorschrift wurde damit begründet, dass der Entmündigte sich jedenfalls in der Lage befindet, von dem ihn betreffenden Beschlusse Kenntnis zu nehmen. Ein gleiches Vorgehen schloss man früher und auch jetzt im Falle der Entmündigung wegen Geisteskrankheit aus, weil es in manchen Fällen unmöglich, in andern dem Entmündigten nachteilig sein würde.

Dass viele Aerzte in dieser Vorschrift eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die ihnen anvertrauten Kranken sehen, liegt auf der Hand. Am eingehendsten hat Pfister seinen Einspruch begründet. Er bemängelt, um nur dies hier anzuführen, dass die Zustellung eine ausführliche Mitteilung des Beweismaterials enthalten kann, was gesetzlich gar nicht vorgeschrieben sei. Es ist nicht nur unnötig, sondern unter Umständen gradezu schädlich, dass der Entmündigte erfährt, dass X. seine Entmündigung

beantragt habe, dass Y., als Zeuge vernommen, Dies oder Jenes über ihn ausgesagt habe, dass Z. ihn, und zwar so oder so, begutachtet habe und ihn gar für unheilbar halte. Freilich erlebt man dabei auch komische Sachen, wenn zum Beispiel ein Kranker die bei ihm ermittelte Neigung zu pathologischer Lüge in katholische Lüge verwandelt und darnach nur noch schlechter auf den zufällig evangelischen Gutachter gestimmt ist. Indes versicherten mir praktische Juristen, dass die blosse Zustellung eines Beschlusses ohne die Mitteilung seiner Begründung illegal sei. Aber damit ist immer noch nicht erwiesen, dass die Namen der beim Verfahren beteiligten Personen, die Unheilbarkeit des Leidens usw. notwendigerweise mitgeteilt werden müssen. Eher könnte man eine Aufklärung über das Anfechtungsrecht verlangen. Dass der Ausdruck Geisteschwäche grade nicht mit besonderm Wohlwollen von dem deshalb Entmündigten aufgenommen wird, erscheint begreiflich.

2. Hebt Pfister hervor, wie bedenklich es sei, dass der Beschluss sofort, ohne Rücksicht auf den momentanen Gesundheitszustand des Entmündigten, auf den vielleicht grade jetzt zu befürchtenden neuen Ausbruch einer Verschlimmerung zugestellt werden soll und dass 3. die Frage der Art der Zustellung an die in den Anstalten untergebrachten Kranken nicht geregelt ist (Genaueres siehe bei Pfister).

Hoffentlich wird zahlreicher Einspruch aus psychiatrischen Kreisen dazu führen, diese Mängel zu beseitigen, um von der milderen Form der Entmündigung im Interesse der Kranken einen möglichst ausgedehnten Gebrauch machen zu können.

Der Eintritt der Wirkung der Entmündigung wegen Geisteskrankheit nach § 661, A. 1 bedeutet entschieden einen Fortschritt gegen früher, als die Mitteilung des Beschlusses an die Vormundschaftsbehörde maassgebend war. Danach fehlte es für den Regelfall, dass für die Entmündigung und Vormundschaft dasselbe Gericht zuständig ist, an einem festen, äusserlich erkennbaren Merkmale des Zeitpunkts des Eintritts der Entmündigung, während die jetzige Fassung noch den weiteren Vorteil voraushat, dass die Entmündigung ihre Wirkung nicht eher äussert, als bis der Entmündigte einen gesetzlichen Vertreter hat.

### 9. Die Anfechtungsklage.

Der Beschluss des Amtsgerichts, welcher die Entmündigung ausgesprochen hat, kann angefochten werden wegen Unzuständigkeit des Gerichts, wegen des Mangels der Berechtigung des Antragstellers, wegen des Fehlens von Geisteskrankheit oder Geisteschwäche zur Zeit des amtsgerichtlichen Beschlusses. Letzteres Moment interessiert den Psychiater am meisten. Erst nachher auftretende Gründe, wie zum Beispiel die Behauptung, dass zur Zeit keine Psychose mehr vorliege, berechtigen nicht zur Anfechtung; hieraus leitet sich vielmehr nur das Recht zum Antrag auf Wiederaufhebung her.

Die Anfechtung kann nur in Folge eines förmlichen contradiktorischen Prozesses vor dem Landgerichte erfolgen. Dass von dem Anfechtungsrecht wenig Gebrauch gemacht wird, beweist das Ergebnis der deutschen Justizstatistik aus den Jahren 1891 bis 1895; darnach erfolgen jährlich mehr als 4000 Entmündigungen, von denen nur 76 angefochten werden. Noch viel geringer ist natürlich die Zahl der rechtskräftigen Aufhebungen.

Alle Personen, welche zur Stellung des Antrags berechtigt sind, können ohne jede Einschränkung die Anfechtungsklage erheben, darunter auch diejenigen, welche früher die Entmündigung beantragt haben. Da es im Entmündigungsverfahren keine Parteien

gibt, ist die Klage gegen den Staatsanwalt zu richten. Ebenso hat der Staatsanwalt das Anfechtungsrecht. Der zuständige Staatsanwalt ist der Erste Staatsanwalt beim Landgericht, in der höheren Instanz der Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgericht resp. Reichsanwalt beim Reichsgericht (cf. R.G.E. 18. No. 94. 25. No. 100). Vor allem ist zur Erhebung der Klage der Entmündigte selbst und zwar selbständig berechtigt, der, obwohl die Entmündigung erst kurz vordem gegen ihn verhängt ist, doch in diesem Punkte ausdrücklich für prozessfähig angesehen wird. Vorausgesetzt ist freilich, dass dem Entmündigten die Prozessfähigkeit nicht aus andern Gründen mangelt. Da Anwaltszwang beim Landgericht besteht, so bedarf er eines Anwalts, den er sich selbst bestellen kann; dieser ist aber nicht der gesetzliche Vertreter einer beschränkt geschäftsfähigen oder geschäftsunfähigen Partei ist, sondern der Prozessvertreter einer prozessfähigen Partei (cf. R.G.E. 35. No. 90. 34. No. 100).

Da es dem Entmündigten nicht immer leicht fallen dürfte, einen Anwalt zu finden, so ist ihm überdies, unbeschadet der Befugnis der selbständigen Wahl eines Prozessbevollmächtigten, das Recht eingeräumt, dessen Beordnung vom Vorsitzenden des Prozessgerichts zu verlangen. Der gestellte Anwalt ist auch zur Durchführung des Prozesses ermächtigt, also zur Ernennung eines Bevollmächtigten für die höheren Instanzen (§ 81 Z.P.O.), für welche dem Entmündigten ein gleiches Recht wie beim Landgericht nicht zusteht (cf. Beschl. des Oberst. L.G. für Baiern S. A. 48. No. 159). Die Beordnung darf nicht unterbleiben wegen Aussichtslosigkeit der Klage (cf. Beschl. des O.L.G. Frankfurt a. M. S. A. 44. No. 66). „Diese Beordnung muss vielmehr im öffentlichen Interesse zum Schutze des Entmündigten gegen eine etwaige ungerechtfertigte Entmündigung ohne Rücksicht auf den voraussichtlichen Erfolg der Anfechtungsklage geschehen.“

Für den wegen Geisteskrankheit Entmündigten beginnt die Frist mit dem Zeitpunkt, in welchem er von der Entmündigung Kenntnis erhält, d. h. er muss im Stande sein, das in Betracht kommende zu begreifen; andernfalls läuft die Frist noch nicht.

Die Thätigkeit der Sachverständigen richtet sich nach § 671. Der Sachverständige kann nicht deshalb abgelehnt werden, weil er bereits im amtsgerichtlichen Verfahren mitgewirkt hat, cf. R.G.E. S. A. 54. No. 62 (vergl. hierzu S. A. 48. No. 150. 52. No. 60).

Hat die Anfechtungsklage keinen Erfolg, so wird damit bewiesen oder behauptet, dass die Entmündigung zur Zeit des Ausspruches berechtigt war, nicht aber, dass dies in dem Zeitpunkt der Entscheidung über die Anfechtungsklage noch der Fall ist.

Wird die Anfechtungsklage für begründet angesehen, so ist die Entmündigung aufzuheben. Dieser Aufhebungsbeschluss hat rückwirkende Kraft bezüglich der Geschäfte des Entmündigten, während die des Vormundes gültig bleiben:

#### Massgebend ist § 115 B.G.B.:

„Wird ein die Entmündigung aussprechender Beschluss in Folge einer Anfechtungsklage aufgehoben, so kann die Wirksamkeit der von oder gegenüber dem Entmündigten vorgenommenen Rechtsgeschäfte nicht auf Grund des Beschlusses in Frage gestellt werden. Auf die Wirksamkeit der von oder gegenüber dem gesetzlichen Vertreter vorgenommenen Rechtsgeschäfte hat die Aufhebung keinen Einfluss.“

Diese Vorschriften finden entsprechende Anwendung, wenn im Falle einer vorläufigen Vormundschaft der Antrag auf Entmündigung zurückgenommen oder rechtskräftig abgewiesen oder der die Entmündigung aussprechende Beschluss infolge einer Anfechtungsklage aufgehoben wird.“

Die Priorität der Vornahme wird entscheiden. Bei gleichzeitiger Vornahme wird, wenn es wirklich unmöglich ist, dass beide Rechtsgeschäfte nebeneinander wirksam sind, Unwirksamkeit beider Rechtsgeschäfte eintreten (Planck).



Der Erfolg der Anfechtungsklage stellt Dritten gegenüber nicht unbedingt die geistige Gesundheit des Entmündigten fest; § 104 Z. 2 und § 105 A. 2 könnten zutreffen.

Die Thätigkeit der Sachverständigen im Entmündigungsverfahren erstreckt sich somit auf folgende Möglichkeiten:

1. ärztliches Attest zum Antrag auf Entmündigung, § 647;
2. ärztliches Zeugnis, vom Gericht verlangt vor Einleitung des Verfahrens, § 649;
3. Termin, § 654:
  1. Zuziehung des Sachverständigen zum Termin, A. 1;
  2. Ansicht des Sachverständigen, ob die Vernehmung nicht ohne Nachteil ausführbar ist, A. 3;
4. ärztliches Gutachten hält die Anstaltsbeobachtung für geboten (und hält diese nicht für nachteilig), § 656;
5. Hören des Sachverständigen vor Ausspruch der Entmündigung, § 655.

Wenn auch durch die verschiedenen Neuerungen die beabsichtigten weitem Garantien gegen Irrtümer geschaffen sind, so darf doch nicht verschwiegen werden, dass das Verfahren unter Umständen sehr verlangsamt wird. Schuld ist vor allem die je nach Umständen notwendige erweiterte Beweisaufnahme (§ 653). Ob über der Verlangsamung des Verfahrens nicht dem zu Entmündigenden Nachteil erwachsen kann, wird die Zukunft entscheiden. Dass die erhöhte Sicherheit des Verfahrens mit vermehrter Arbeit für den Richter nicht minder als den Sachverständigen verbunden ist, dürfte nicht in Betracht kommen.

## Kapitel VI.

### Die Wiederaufhebung der Entmündigung wegen Geistesstörung.

#### a) Materiell.

##### 1. Allgemein.

Voraussetzung der Wiederaufhebung. — Heilung nicht notwendig. — Diagnose der Heilung. — Aktenkenntnis. — Entmündigung wegen Geistesschwäche als Probe. — Berufliche Wiederherstellung. — Schwierigkeit und Verantwortlichkeit der Sachverständigenthätigkeit.

Der letzte Absatz des § 6 lautet:

„Die Entmündigung ist wieder aufzuheben, wenn der Grund der Entmündigung wegfällt.“

und entspricht somit im Wesentlichen der Fassung des I. Entwurfs, die lautete:

„Hört der im ersten Absatz bezeichnete Zustand (sc. die Beraubung des Vernunftgebrauches) auf, so ist die Entmündigung wieder aufzuheben.“

So wenig also das blosse Vorhandensein irgend einer Geistesstörung genügt, um die Entmündigung berechtigter Weise zu verhängen, so wenig wird geistige Gesundheit gefordert, um die Wiederaufhebung der Entmündigung zu ermöglichen. Man kann diesem Standpunkt des Gesetzgebers nur beipflichten. Zitelmann hatte seiner Zeit den Vorschlag gemacht, die Fassung: „Nach eingetretener Genesung ist die Entmündigung aufzuheben“ (Z. g. A. I. S. 55) zu wählen. Der Vor-

schlag ist nicht befolgt worden. Die Schwierigkeiten, die der Sachverständige zu lösen hätte, würden bei einer solchen Forderung noch grösser sein, denn sonst. Es ist durchaus nicht so einfach, die Genesung von einer Psychose festzustellen, und besonders von einer solchen Psychose, welche, da sie die Entmündigung veranlasst hat, schon recht schwer und von längerer Dauer gewesen sein muss. Dazu kommt, dass der Begriff dessen, was zur Genesung gehört, bei den einzelnen Autoren schwankt. Eine ideale Heilung finden wir bei unsern Kranken nicht allzu oft. Fast immer hört man von der Familie, dass ihr Mitglied nach Ueberstehen der Geistesstörung ein Anderer geworden ist; er ermüdet leichter, ist empfindlicher, reizbarer, weniger energisch, hat allerlei Eigentümlichkeiten und Sonderlichkeiten in seinem Benehmen, die er früher nicht hatte. Diese Störungen können aber an sich so belanglos sein, dass sie allein niemals die Aussprechung einer Entmündigung rechtfertigen, dass sie also auch das Fortbestehen der unter andern Verhältnissen erfolgten Entmündigung nicht berechtigt erscheinen lassen.

Zur Wiederaufhebung genügt somit der Wegfall der psychopathologisch bedingten sozialen Schädigung, die seiner Zeit die Entmündigung veranlasst hat, oder positiv ausgedrückt, die Wiedererlangung aller der geistigen Fähigkeiten, deren Vorhandensein der Gesetzgeber bei der Annahme der Geschäftsfähigkeit vorausgesetzt hatte. Das wird natürlich am ehesten der Fall sein, wenn die Krankheit völlig ausgeheilt ist, und die Heilung einen so idealen Verlauf genommen hat, dass die frühere Persönlichkeit völlig wiederhergestellt ist. Das ist aber, wie schon gesagt, nicht immer der Fall, und so weit braucht die Genesung sich auch nicht zu erstrecken. Eine Heilung im klinischen Sinne wird vorliegen, wenn nicht nur alle pathologischen Erscheinungen völlig gewichen sind, sondern wenn auch der Genesene dem ganzen überwundenen Symptomenkomplexe mit einer objektiven Kritik gegenüber steht, wenn er unumwunden zugiebt, dass er an Sinnestäuschungen, falschen Vorstellungen, an Einbildungen, an nicht hinreichend oder gar nicht begründeten Stimmungsanomalien usw. gelitten habe. Es muss nicht nur Krankheitsgefühl, sondern auch Krankheitseinsicht sich nachweisen lassen, die sich beide dadurch unterscheiden, dass ersteres mehr Sache des Empfindens, letztere mehr Sache des logischen Denkens und Ueberlegens ist (Pick, Mercklin).

Die Krankheitseinsicht kann freilich vorgetäuscht sein. Vor einem Irrtum wird man sich noch am ehesten schützen können durch die genaue Kenntnis aller bei der Entmündigung verwerteten Details. Der Sachverständige wird daher, für den Fall er nicht als Gutachter bei der Entmündigung mitgewirkt hat, unbedingt die Gerichtsakten und die eventuellen ärztlichen Akten einfordern müssen, und nur auf Grund dieser wird, meine ich, ein gewissenhafter Gutachter einer Person bescheinigen, dass die Vorbedingungen einer Entmündigung nicht mehr vorliegen. Es kann nicht eindringlich genug davor gewarnt werden, derartige Atteste ohne Aktenkenntnis auf eine blosser Untersuchung hin auszustellen. Ebenso soll man es grundsätzlich vermeiden, auch wenn die Besserung der Psy-

chose noch so weit gediehen ist, ein Gutachten mit dem Schluss: „Der X. ist geistesgesund.“ abzugeben. Das ist nicht nur bedenklich, sondern auch unnötig nach dem Wortlaute des Gesetzes. Es genügt die Behauptung, dass die Voraussetzungen, die seinerzeit die Entmündigung veranlasst haben, heute nicht mehr zutreffen.

Das B. G. B. kennt hinsichtlich der Psychosen zwei verschiedene Entmündigungsgründe, von denen der wegen Geisteskrankheit der erheblichere ist. Man wird mithin doppelt vorsichtig sein müssen, wenn es sich um die Aufhebung einer auf Geisteskrankheit begründeten Entmündigung handelt. Was die Entmündigung wegen Geistesschwäche angeht, so geben die §§ 110, 112, 113 dem Vormund die Mittel an die Hand, seinem Mündel grössere Bewegungsfreiheit einzuräumen. Deren ausgiebiger Gebrauch wird ein zweckmässiger Prüfstein für die geistige Leistungsfähigkeit sein, ohne dass der Schutz der Entmündigung schon wegfällt. Hat der Entmündigte sein Erwerbsgeschäft längere Zeit hindurch geschickt und zweckmässig geleitet, hat er es vergrössert, und ist er auch dann unter den erschwerenden Umständen allen Verpflichtungen nachgekommen, so wird man sich leichter entschliessen, die volle, uneingeschränkte Geschäftsfähigkeit zu gewähren. Es dürfte sich vielleicht überhaupt empfehlen, den wegen Geisteskrankheit Entmündigten erst die Zwischenstufe der beschränkten Geschäftsfähigkeit durchmachen zu lassen und ihn dann erst aus der Entmündigung zu entlassen. Sind die Angelegenheiten im Vergleich zur Zeit der Verhängung der Entmündigung sehr viel einfacher und belangloser geworden, so wird dies zu einer milderen Beurteilung berechtigen.

Wenn auch gegebenenfalls die Entmündigung aufgehoben ist, so sollten doch nicht ohne Weiteres dem bis dahin Entmündigten alle Obliegenheiten eines mit grosser Verantwortung verbundenen Dienstes übertragen werden. Diese Forderung ist um so berechtigter, je verantwortungsvoller der Beruf ist. Es sollte auch die, wenn man so sagen darf, berufliche neben der zivilrechtlichen Wiederherstellung vorhanden sein. Das sind Wünsche, die schon vor fast 25 Jahren Schlager geäussert hat; und auch heute noch sind sie ebenso berechtigt, da für viele Berufsarten (Aerzte, Apotheker, Hebammen usw.) einschlägige Bestimmungen nicht vorgesehen sind. Umgekehrt musste der Regierungskommissar seinerzeit zugeben, dass es eine kaum begreifliche Lücke in der Gewerbeordnung sei, dass einem geisteskranken Arzte {die Erlaubnis zu praktizieren nicht entzogen werden könne (Aerztl. S. V. Zt. 1895. S. 180).

Die Aufgabe des Sachverständigen bei der Wiederaufhebung der Entmündigung ist ungleich schwieriger, fast noch verantwortungsvoller, als bei Verhängung der Entmündigung. Bevor die Entmündigung ausgesprochen wird, hat die Person meist schon den Nachweis erbracht, dass sie den Verpflichtungen und Anforderungen, die an ihre Stellung geknüpft sind, nicht gewachsen war oder ist. Jetzt aber soll dem Individuum, ohne dass es bereits vielleicht einen ausreichenden Beweis seiner sozialen Selbständigkeit geliefert hat, diese wiedergegeben werden.



Eine vorläufige Wiederaufhebung der Entmündigung giebt es nicht. Sicherlich wird die Entmündigung wegen Geistesschwäche weniger Schwierigkeiten verursachen. Sollte sich wirklich der Sachverständige irren, und die zurückgegebene Bewegungsfreiheit sofort von der noch geistesgestörten Person missbraucht werden, so wird je nach Lage des Falles § 105, A. 2 oder § 104, Z. 2 herangezogen werden können. Der Nachweis geistiger Gesundheit braucht von dem Arzte nicht geliefert zu werden. Es genügt vielmehr, wie schon oben nachdrücklich betont ist, der Nachweis, dass keine derartigen Störungen mehr bestehen, welche den noch Entmündigten unfähig machen, seine eignen Angelegenheiten zu besorgen, oder der Nachweis, dass die Störungen, welche seinerzeit die Entmündigung herbeigeführt haben, heute nicht mehr bestehen. Diese oder eine ähnliche Formulierung wird der Schlusssatz des Gutachtens annehmen.

## 2. Speziell.

Paralyse. — Manisch-depressives Irresein. — Schwachsinn. — Paranoia.

Einige wenige Bemerkungen seien noch verschiedenen Möglichkeiten gewidmet.

Was die Paralyse anlangt, so können bei ihr trotz des durchaus progressiven Charakters so weitgehende Besserungen eintreten, dass vielleicht nur der Fachmann, und auch dieser erst nach eingehendster Untersuchung und auf Grund der Kenntnisse der Vorgeschichte noch Störungen findet. Die Remissionen verdienen um so mehr Beachtung, als sie ziemlich lange anhalten können. Trotzdem wird man Bedenken haben, einen entmündigten Paralytiker ohne Weiteres aus der Entmündigung zu entlassen. Vorläufig kann man es ja, wenn die Entmündigung sich ursprünglich auf Geisteskrankheit erstreckte, mit der Entmündigung wegen Geistesschwäche versuchen, und dehnt man diesen Versuch ein wenig lange aus, dann wird inzwischen schon die Remission ihr Ende erreicht haben. Jeden Augenblick kann ja die unheilvolle Krankheit von Neuem einsetzen und die bekannten Gefahren heraufbeschwören. Wann das geschieht, ist nur eine Frage der Zeit. Es genügt, hier darauf hinzudeuten, dass 1865 die Versammlung deutscher Irrenärzte die von Solbrig aufgestellte These billigte: „Handlungen, geübt im Vorläuferstadium, oder in einem Stadium remissionis der allgemeinen Paralyse, namentlich wenn diese Handlungen den Charakter des Grössenwahns und erhöhten Selbstgefühls repräsentieren, fallen, trotz allenfallsiger sie begleitender äusserer Besonnenheit und teilweiser geistiger Leistungsfähigkeit nicht mehr in die Breite der psychischen Gesundheit, sondern haben *coram foro* stets die Präsumtion der aufgehobenen Zurechnungsfähigkeit des Thäters für sich.“ (Lähr, 22. S. 403.)

Wenn überhaupt, sollte man sich zur Aufhebung der Entmündigung erst dann entschliessen, wenn die Remission schon lange bestanden hat und wenn nicht das kleinste Anzeichen für eine bevorstehende Verschlimmerung spricht. Aber erst recht in diesem Falle dürfte es geraten sein, die Familie auf den wahren Sachverhalt aufmerksam zu machen. Sie muss beim geringsten Verdacht

auf Wiederausbruch der Störung den Arzt benachrichtigen, damit alles Nötige geschieht, um weiteres Unglück zu verhüten.

Aehnlich ist die Sachlage bei einem langen Intervall des manisch-depressiven Irreseins. Auch hier wird die Wiederaufhebung der Entmündigung nur dann empfehlenswert sein, wenn das Intervall lange dauert und vermutlich noch lange dauern wird, und wenn keine derartige Abnahme der Intelligenz vorliegt, dass durch diese allein die Einschränkung der Geschäftsfähigkeit bedingt ist. Es ist aber Vorsicht geboten, da jeden Augenblick ein neuer Anfall einsetzen kann, dessen erste Anzeichen dem Laien entgehen oder gar als besonders deutliches Zeichen geistiger Gesundheit erscheinen können (cf. S. 281). Dann ist freilich das Urteil nicht schwer, wenn der an periodischer Manie Leidende zu dem Wiederaufhebungs-termin erscheint mit verschiedenen Dutzenden von Portemonnaies und diese mit einem nicht enden wollenden Wortschwall dem Amtsrichter zum Verkauf anbietet. Auch darauf ist zu achten, dass das Verlangen des Entmündigten nach voller Freiheit ein Zeichen der beginnenden Manie sein kann.

Schwachsinnige werden oft schwer zu beurteilen sein, weniger, weil der Schwachsinn zurückgegangen ist, als deshalb, weil sie ihre geistige Schwäche durch eine gewisse Dressur, die sie inzwischen genossen haben, geschickt zu verdecken vermögen. Eine eingehende Untersuchung wird dann freilich feststellen, dass es sich hier nur um Aeusserlichkeiten, um Angelerntes, nicht um Verstandenes und Begriffenes handelt.

Ungleich grössere Schwierigkeiten werden bei der Paranoia zuweilen zu überwinden sein. Man begegnet hier Kranken, die die krankhaften Symptome so geschickt verbergen, dass wir sie kaum ermitteln können. Aus sich selbst erwähnen die Kranken nicht solche Momente, von denen sie wissen, dass sie von Andern als pathologisch aufgefasst werden. Müssen sie sich darüber äussern, so versuchen sie, sie in einer mehr oder weniger geschickten Weise anders zu deuten, als harmlos, unbedeutend, als das Produkt von Missverständnissen hinzustellen. An Zeugenaussagen, die die geistige Gesundheit der zu Unrecht Entmündigten bekunden, wird es sicherlich nicht fehlen, und man braucht bei der Schwierigkeit des Falles nicht immer dolus anzunehmen. Nur eine längere Beobachtung unter ausgiebiger Verwertung der Vorgeschichte wird ein den Thatsachen gerecht werdendes Resultat ergeben. Andernfalls sollte man lieber zugestehen, dass sich zwar der Zustand erheblich gebessert habe, dass man aber aus den und den Gründen Bedenken trage, ein so weit gehendes Abklingen der Paranoia anzunehmen, wie es die Wiederaufhebung der Entmündigung verlange.

Hierfür wird man nicht grade immer die Krankheitseinsicht hinsichtlich aller pathologischen Erscheinungen verlangen. Ich erinnere mich, um nur dies hier anzuführen, eines Kranken, der längere Zeit an einem hallucinatorischen Erregungszustand gelitten hatte. Es bestand volle Einsicht, ausgenommen für einige wenige Hallucinationen. An deren Realität hielt die Person nach wie vor fest; das war aber auch das einzige Krankhafte, was sie bot. Die Hallucinationen wurden gar nicht weiter verwertet und verarbeitet; sie blieben dem sonstigen Ideenkreise der

Person ganz fremd und glichen, chirurgisch gesprochen, einem reaktionslos eingeheilten Fremdkörper. Daraufhin wurde die Person, die medizinisch zweifellos nicht genesen war, wieder gemündigt, und die inzwischen verflossenen 8 Jahre haben zur Evidenz bewiesen, dass diese Beurteilung die richtige war.

### b) Formell.

**§ 675.** Die Wiederaufhebung der Entmündigung erfolgt auf Antrag des Entmündigten oder desjenigen gesetzlichen Vertreters des Entmündigten, welchem die Sorge für die Person zusteht, oder des Staatsanwalts durch Beschluss des Amtsgerichts.

**§ 676.** Für die Wiederaufhebung der Entmündigung ist das Amtsgericht ausschliesslich zuständig, bei welchem der Entmündigte seinen allgemeinen Gerichtsstand hat.

Ist der Entmündigte ein Deutscher, und hat er im Inlande keinen allgemeinen Gerichtsstand, so kann der Antrag bei dem Amtsgerichte gestellt werden, welches über die Entmündigung entschieden hat. Das Gleiche gilt, wenn ein Ausländer, welcher im Inland entmündigt worden ist, im Inlande keinen allgemeinen Gerichtsstand hat.

Die Bestimmungen des § 647. und der §§ 649—655 finden entsprechende Anwendung.

**§ 677.** Die Kosten des Verfahrens sind von dem Entmündigten, wenn das Verfahren von dem Staatsanwalt ohne Erfolg beantragt ist, von der Staatskasse zu tragen.

**§ 678.** Der über die Wiederaufhebung der Entmündigung zu erlassende Beschluss ist dem Antragsteller und im Falle der Wiederaufhebung dem Entmündigten, sowie dem Staatsanwalte von Amtswegen zuzustellen.

Gegen den Beschluss, durch welchen die Entmündigung aufgehoben wird, steht dem Staatsanwalte die sofortige Beschwerde zu.

Die rechtskräftig erfolgte Wiederaufhebung ist der Vormundschaftsbehörde mitzuteilen.

**§ 679.** Wird der Antrag auf Wiederaufhebung von dem Amtsgericht abgelehnt, so kann dieselbe im Wege der Klage beantragt werden.

Zur Erhebung der Klage ist derjenige gesetzliche Vertreter des Entmündigten, welchem die Sorge für die Person zusteht, und der Staatsanwalt befugt.

Will der gesetzliche Vertreter die Klage nicht erheben, so kann der Vorsitzende des Prozessgerichts dem Entmündigten einen Rechtsanwalt als Vertreter beordnen.

Auf das Verfahren finden die Vorschriften der §§ 665—667, 669—674 entsprechende Anwendung.

Der Ausdruck Wiederaufhebung der Entmündigung will besagen, dass die Entmündigung zwar berechtigt war, aber zur Zeit nicht mehr berechtigt ist. Im Gegensatz zur Anfechtung liegt also der Wiederaufhebung die Behauptung zu Grunde, dass die damals bei dem Beschluss der Entmündigung vorhandenen Gründe inzwischen geschwunden sind. Die Wiederaufhebung hat somit zur Voraussetzung das Bestehen einer gültig erfolgten Entmündigung (cf. Urteil des O.L.G. Hamburg, S.A. 40, No. 262). Der Behauptung, es habe nie Geistesstörung vorgelegen, dürfte keine Berechtigung zur Versagung der Einleitung der Wiederaufhebung zukommen, weil diese Behauptung auch die weitere in sich schliesst, dass zur Zeit keine Geistesstörung besteht. Die Wiederaufhebung ist, wenn man will, eine Umkehrung des Entmündigungsverfahrens. Sie setzt einen Antrag voraus und erfolgt durch Beschluss des Amtsgerichts auf Grund eines von Amtswegen durchzuführenden Verfahrens.

Zum Antrag berechtigt ist der Entmündigte, wie der gesetzliche Vertreter und der Staatsanwalt. Der Wiederaufhebungsantrag ist an keine Frist gebunden, kann aber schon zu einer Zeit erfolgen, in der noch die Anfechtung zulässig ist.



Der Antrag kann jederzeit gestellt, zurückgenommen und wiederholt werden nach erfolgter Zurückweisung, da es eben in Frage steht, ob zur Zeit der Stellung des Antrags die weitere Verhängung der Entmündigung noch zu recht besteht. Das Amtsgericht kann vor Einleitung des Verfahrens die Beibringung eines ärztlichen Attestes verlangen. Der Wiederaufhebung der Entmündigung muss die Vernehmung des Entmündigten und die Anhörung von Sachverständigen vorhergehen. Die Mitwirkung von Sachverständigen ist nicht notwendig, wenn die Wiederaufhebung zurückgewiesen wird. Das Amtsgericht wird so vorgehen, wenn der Antrag offenbar ganz unbegründet ist, wenn er unmittelbar vorher schon abgewiesen war.

Gegen den Beschluss auf Wiederaufhebung der Entmündigung steht dem Staatsanwalt als dem Vertreter des öffentlichen Interesses die sofortige Beschwerde zu. Hat diese keinen Erfolg, so bleibt die Entmündigung aufgehoben. Sie hat aber im Gegensatz zu der Wirkung einer erfolgreich durchgeführten Anfechtungsklage keine rückwirkende Kraft, entsprechend der Voraussetzung, dass die Entmündigung rechtswirksam war. Diese materielle Wirkung gibt am besten den principiellen Gegensatz wieder, der zwischen Aufhebung und Anfechtung besteht.

Betrifft der Antrag auf Wiederaufhebung einen wegen Geisteskrankheit Entmündigten, so kann ihm das Amtsgericht teilweise Folge leisten, wenn es sich für die Entmündigung nur wegen Geistesschwäche ausspricht. Es ist eine noch nicht entschiedene juristische Frage, ob es hierzu einer vorhergehenden Aufhebung der Entmündigung wegen Geisteskrankheit bedarf, der dann die Aussprechung der Entmündigung wegen Geistesschwäche folgt, oder ob beides in einem einzigen Verfahren des Amtsgerichts erledigt werden kann. Habicht erklärt sich für letzteren Modus. Gegen die praktische Ausführbarkeit des ersteren Modus darf nicht der etwaige Mangel einer Fürsorge in der Zwischenzeit eingewendet werden, da ein solcher, wenn er überhaupt besteht, durch die vorläufige Vormundschaft beseitigt werden kann. Gleiche Gesichtspunkte können geltend gemacht werden, wenn das Umgekehrte beabsichtigt wird, nämlich an die Stelle der Entmündigung wegen Geistesschwäche eine solche wegen Geisteskrankheit zu setzen.

Ist es aber fraglich, ob eine Person wegen Seelenstörung oder Trunksucht entmündigt werden kann, so müssen auf jeden Fall zwei getrennte Verfahren durchgeführt werden.

Wird der Antrag auf Wiederaufhebung abgelehnt, so ist die Wiederaufhebungsklage gestattet. Eine Frist für die Wiederaufhebungsklage ist nicht vorgesehen. Der Entmündigte ist aber hier, im Gegensatz zur Anfechtungsklage, prozessunfähig. Der Rechtsanwalt, den ihm der Vorsitzende des Gerichts beordnen kann, aber nicht muss, ist gesetzlicher Spezialvertreter des prozessunfähigen Entmündigten.

---

Nachträglich sei hier noch bemerkt, dass die Stellung der nach einem alten Recht Entmündigten, Verbeistandeten, unter Pflegschaft Gestellten vom 1. I. 1900 ab durch die Art. 155, 210, 211 des Einführungsgesetzes geregelt wird.

---

## Kapitel VII.

## a) Materiell.

**Die Entmündigung wegen Trunksucht.****1. Voraussetzungen der Entmündigung.**

Bedeutung des Wortes „Trunksucht“. — „Sucht“. — Dipsomanie. — Alkohol. — Aethersucht. — Morphinismus. — Andre Narcotica. — Bedeutung des Trinkens bei der Trunksucht. — Die drei sozialen Folgen der Trunksucht: — Unfähigkeit zur Besorgung seiner Angelegenheiten; — Gefahr des Notstandes, — Gefährdung der Sicherheit.

**§ 6. Entmündigt kann werden:**

**3. wer in Folge von Trunksucht seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag oder sich oder seine Familie der Gefahr des Notstandes aussetzt oder die Sicherheit Anderer gefährdet.**

So wenig das Gesetz das umschreibt, was es unter Geisteskrankheit, was es unter Geistesschwäche verstanden wissen will, so wenig definiert es das Wort Trunksucht, welches, streng genommen, zweierlei bedeutet, einmal die bestimmte Sucht und zum andern den durch sie geschaffenen Folgezustand.

Es fragt sich somit, was das B.G.B. unter Trunksucht verstanden wissen will? Der regelmässige Genuss von alkoholhaltigen Getränken genügt sicherlich nicht, ebensowenig der übermässige Genuss, auch wenn er häufiger erfolgt. Der Ausdruck „Sucht“ lässt, wie Planck hervorhebt, erkennen, dass erfordert wird ein krankhafter Zustand, in folgedessen die betreffende Person unter gewöhnlichen Verhältnissen nicht mehr die Kraft hat, dem Anreize zum übermässigen Genusse geistiger Getränke zu widerstehen. Die Erfahrung zeige leider, dass es viele gebe, die trunksüchtig seien in diesem Sinne und die eben deshalb, weil ihr Zustand ein krankhafter sei, regelmässig nur durch eine besondere Behandlung in einer Trinkerheilanstalt geheilt werden können. In ähnlicher Weise wird Trunksucht auch von andern Kommentaren gedeutet. Das Unüberwindliche, das Unwiderstehliche des Hanges ist nach deren Ansicht unbedingt erforderlich. Freilich wird das Krankhafte des Zustandes nicht von allen Seiten mit gleicher Schärfe hervorgehoben, wie das bei Planck geschieht oder bei Beer, der die Trunksucht als einen durch Alkoholgenuss verursachten anomalen, wiederkehrenden Willenszustand (Dauerzustand) charakterisiert.

Dass sich die Auslegung des Gesetzes hier auf einen ausserordentlich hohen medizinischen Standpunkt aufschwingt, kann man mit Erlenmeyer als einen erwünschten Fortschritt bezeichnen (I. S. 10). Diese Anschauung deckt sich vollkommen mit der der Aerzte, die den Alkoholmissbrauch dann als krankhaft ansprechen, wenn die Person ihm nicht mehr zu widerstehen vermag. Gewiss hat sich dieser Standpunkt schon in der strafrechtlichen Praxis je nach Lage des Falles Geltung verschafft; und wenn an dieser Stelle auf eine Entscheidung des obersten preussischen Gerichtshofs vom 6. II. 1891 Bezug genommen wird, so geschieht das lediglich, weil dort von richterlicher Seite eine Definition der Trunksucht gegeben wird. Diese lautet: „Trunksucht ist eine krankhafte gewohnheits-

mässige Neigung zum übermässigen Genuss alkoholischer Getränke, welche unvermeidlich zum chronischen Alkoholismus, zur Alkoholvergiftung mit allen ihren traurigen, sowohl für die leibliche wie die geistige Gesundheit verderblichen Folgen führt. Dieselbe wird deshalb auch von der medizinischen Wissenschaft als eine schwere, nur durch ein energisches und konsequentes Heilverfahren zu bekämpfende Krankheit angesehen und behandelt.“ Trunksucht wurde also klipp und klar als Krankheit angesehen, und das gegen sie empfohlene Mittel somit als ein Heilmittel event. ein Geheimmittel erachtet. (Z. f. M. B. IV. 1891. Beilage. S. 151.)

Dieses krankhafte Bedürfnis braucht aber nicht immer vorhanden zu sein, wie denn auch die Reichstagskommission den Zusatz des Wortes „dauernd“ vor dem Worte „Trunksucht“ ausdrücklich ablehnte; es genügt schon die periodische Wiederkehr. Somit kann unter Umständen auch die Dipsomanie die Entmündigung herbeiführen.

Was den Gegenstand der Trunksucht angeht, so besteht hierüber unter den verschiedenen Kommentaren keine Meinungsverschiedenheit insofern, als es sich in erster Linie um alkoholhaltige Getränke handelt. Dieser neutrale Ausdruck besagt schon, dass es für die Anwendung des Gesetzes belanglos ist, in welcher Form der Alkohol getrunken wird, ob als Bier, Schnaps, Wein, Champagner, ob als Eau de Cologne, ob als reiner Alkohol oder denaturierter Spiritus.

Verschiedene Kommentare gehen noch weiter und rechnen auch den Aether hinzu. Dabei war wohl weniger der Gesichtspunkt maassgebend, dass Aether ein naher chemischer Verwandter des Alkohols ist, und dass er oft mit ihm gemeinschaftlich in der Form der Hoffmannstropfen genommen wird, als vielmehr die rein äusserliche Beobachtung, dass dem Alkohol sowohl wie dem Aether eine berauschende Wirkung zukommt. In der That verdient der Aether allen Ernstes eine so weitgehende Beachtung, und die Bemerkung E. Cohns (S. 25), der Missbrauch des Aethers komme bei uns in Deutschland kaum in Betracht, hat für den Osten der Monarchie sicherlich nicht Bedeutung. Man lese doch nur einmal die Mitteilungen von Cohn, Kornalewsky, Sommer durch<sup>1)</sup>.

---

1) So sind im Jahre 1897 im Stadt- und Landkreise Memel 8580 Liter Aether zu Trinkzwecken verbraucht, und wieviel noch nebenher eingeführt worden ist, entzieht sich jeder Berechnung. Diese Aethersucht oder „Aetheromanie“ hat sich entwickelt dank der Erhöhung des Branntweinpreises, und an ihrer weitem Ausdehnung sind eine Reihe von Momenten schuld: Der Aether ist billiger als Alkohol (1 Liter Aether 1 Mark, 1 Liter Alkohol 1,30), er wirkt in kleineren Mengen, er lässt den Rauschzustand schneller eintreten, der zudem intensiver ist und einen geringeren Katzenjammer verursacht. Hierzu kommt noch die vielfach verbreitete Anschauung, der Aether sei ein Universalheilmittel. Das macht es dann auch zum Teil erklärlich, wenn den Kindern in Aether getauchtes Frühstücksbrot verabreicht wird. Der Aether ersetzt auch insofern den Alkohol, als gradezu Wetten darüber abgeschlossen werden, wer mehr Aether vertragen kann. Der Aether schädigt den Einzelnen wie die Familie nicht minder als der Alkohol, aber keine Belehrung vermag etwas zu helfen; ja in Mässigkeitsvereinen, die dem Schnapstrinken abgeschworen haben, soll als Ersatz für Schnaps Aether konsumiert werden, da Hoffmannstropfen (Tropki) zu trinken der katholische Glaube nicht verbiete. Wie weit die Aetheromanie um sich greift, mag daraus erhellen, dass in einzelnen Kreisen Ost-



Diese neue, bisher freilich nur im Osten verbreitete Sucht verdient somit alle Aufmerksamkeit weiterer Kreise. Aber eben deshalb, weil sie bisher nur in einem beschränkten Landesteil vorkommt, wäre es doppelt erwünscht, wenn bei Zeiten auch hier die Entmündigung wegen Trunksucht Anwendung finden könnte. Ich glaube, kein Mediziner würde Bedenken tragen, in den Begriff der Trunksucht auch die Aethersucht einzuschliessen. Eine andere Frage freilich ist die, ob auch der Jurist der gleichen Ansicht sein wird.

Ein dritter Kreis von Autoren ist geneigt, den Begriff der Trunksucht noch sehr viel weiter auszudehnen, und unter ihr auch die Sucht nach allen den narkotischen Stoffen zu verstehen, die eine gleiche oder ähnliche Wirkung, vor Allem natürlich in rechtsgeschäftlicher Beziehung, bei den Konsumenten hervorrufen. Die Zahl dieser Autoren ist zwar recht gering, und es fehlt nicht an lebhaftem und energischem Widerspruche gegen eine solche willkürliche Deutung von andren Seiten. Dass die Aerzte sich mit einer derartigen Auffassung, die allerdings der Deutung des Wortes Trunksucht einen gewissen Zwang anthut, nur einverstanden erklären werden, das braucht wohl kaum hervorgehoben zu werden. In den verschiedensten psychiatrischen Erörterungen über den § 6 Z. 3 ist mit Bedauern konstatiert worden, dass nicht auch hier für die andern Suchten eine Entmündigung vorgesehen sei; und das hätte um so eher und um so unbedenklicher geschehen können, als im § 827 neben geistigen Getränken und auf einer Stufe mit ihnen der nichts präjudizierende Ausdruck „ähnliche Mittel“ angewandt sei.

Die grösste praktische Bedeutung würde dem Morphinismus zukommen. Man wende nicht ein, wie das auch im Reichstag geschehen ist, dass er zu wenig verbreitet sei, als dass seine gesetzliche Bekämpfung erforderlich sei. Denn erstens steht es gar nicht fest, wie gross die Zahl der Morphinisten ist; an einschlägigen Statistiken fehlt es, und berufene Fachleute versicherten mir, die Zahl der Morphinisten sei unendlich grösser, als man für gewöhnlich annehme. Auf der andern Seite ergibt sich die Berechtigung zum gesetzlichen Einschreiten doch weniger aus der Verbreitung des Uebels als aus seiner Wirkung. Dass der chronische Morphinismus aber eine hohe Gefahr für die Person selbst, für die Familie, für den Staat in sich birgt, weiss man, so lange es einen Morphinismus gibt. „Zerstört der Alkohol die Hand der Nation, so vernichtet das Morphin den Kopf derselben,“ sagt zutreffend Lewin (I. S. 254), da gerade unter den geistig höher stehenden Individuen der Morphinismus verbreitet ist. Dem Alkoholisten der ärmeren Bevölkerung ist eben nach Mendel der Morphinist der wohlhabenden Klasse zur Seite zu stellen. Von den verschiedensten Seiten, am energischsten wohl von Forel und Lewin (II. S. 115) ist verlangt worden, dass der Morphinist

---

preussens (Ragnit, Memel u. a.) eine Polizeiverordnung besteht, die die Abgabe von reinem oder mit Spiritus vermischem Schwefeläther nur an solche Personen gestattet, die durch schriftliche Bescheinigung der Polizei den Nachweis erbringen, dass der anzukaufende Aether nicht Genusszwecken dient.

zu entmündigen sei. Man darf sich freilich nicht verhehlen, dass hiermit die zweite von Lewin aufgestellte und ebenso berechnete Forderung noch nicht befriedigt wird, dass nämlich ausgesprochene Morphinisten wegen des grossen Schadens, den sie anrichten können, nicht in amtlichen Stellungen oder in einem verantwortlichen Berufe verbleiben sollen.

Mutatis mutandis trifft das eben Gesagte auch für die zu, welche Cocain, Opium, Haschisch, Chloroform, Chloralhydrat, Benzin usw. gewohnheitsmässig und in solchen Mengen zu sich nehmen, dass hierdurch ihre geistige Leistungsfähigkeit und damit auch ihre Dispositionsfähigkeit beeinflusst wird.

In welcher Weise man übrigens das Gutachten abfassen kann, um einen Morphinisten zu entmündigen, auch wenn der Morphinismus nicht als ausdrücklicher Entmündigungsgrund vom Gesetz zugelassen wird, zeigt ein in der Dissertation von E. Cohn veröffentlichtes, interessantes Gutachten, welches Leppmann in einem einschlägigen Falle erstattet hat. Dass in Ontario der Morphinismus gerichtlich ebenso behandelt wird wie der Alkoholismus, teilte bereits Kerr mit (cf. Colla S. 29).

Zur Zeit besteht wohl keine Aussicht, dass die Anwendung des Begriffs „Trunksucht“ in einem so weiten Sinne stattfindet. Das würde auch dem, was das Volk als Trunksucht bezeichnet, gar wenig entsprechen, und dann hatte der Gesetzgeber mit dieser Neuerung sicherlich nur den Alkoholismus im Auge, nicht minder als die Männer, die Gesellschaften und Vereinigungen, denen die Einführung der Neuerung zu verdanken ist. Eher wird es schon möglich sein, dass auch die Aethersucht als Trunksucht im Sinne des Gesetzes aufgefasst wird.

Schliesslich verdient der Begriff Trunksucht noch nach einer dritten Richtung hin erörtert zu werden, und zwar mit Rücksicht auf das Wort Trunk. Man hat geglaubt, darauf besonders, ja ausschlaggebenden Wert legen zu müssen, dass das Mittel getrunken wird. Das scheint mir etwas zu weit gegangen. Wäre dies wirklich die ernste Absicht des Gesetzgebers, so könnte der Alkoholist dessen Absicht ja umgehen, indem er den Alkohol eingehüllt in Gelatine kapseln zu sich nimmt. Dann trinkt er ja nicht mehr, ohne dass natürlich die Wirkung des Alkoholgenusses auch nur die geringste Aenderung erleidet. Doch das Beispiel mag etwas gekünstelt sein. Aber zugegeben, dass auch auf Aethersucht § 6 Z. 3 anwendbar ist, würde das nicht mehr möglich sein, wenn der Aether nicht getrunken, sondern inhaliert wird. Und das kommt in der That vor. Die Methode der subcutanen Einverleibung würde bei Alkohol und Aether nicht in Betracht kommen, da sie zu schmerzhaft ist; der Gebrauch anderer Mittel aber, die auch subcutan einverleibt werden können, fällt vorläufig kaum unter Trunksucht.

Der alleinige Nachweis der Trunksucht — und zwar von jetzt ab Trunksucht im engsten Sinne d. h. nur in Bezug auf alkoholhaltige Getränke — genügt noch nicht zur Entmündigung. Es muss neben diesem klinischen Momente und in ursächlichem Zusammenhang mit der Trunksucht noch eine der drei im Gesetz vorgesehenen, sozialen Folgen der Trunksucht nachweisbar sein. Das wird natürlich nicht in jedem Falle von Trunksucht zutreffen. Derjenige, der jeden Tag

eine oder mehrere Flaschen Wein trinkt und der hiervon nicht lassen kann, der aber dennoch nicht nach einer der vom Gesetz vorgesehenen Richtungen geschädigt wird, kann nicht entmündigt werden. Der Begriff Trunksucht wird somit, um die Entmündigung begründen zu können, vom Gesetz noch weiter eingeeengt. Die drei Folgen stehen koordiniert neben einander. Der Nachweis einer einzigen Folge genügt. Um so eher wird natürlich die Entmündigung angebracht sein, wenn 2 oder gar 3 Folgeerscheinungen da sind, in welchem Falle jede so wenig ausgesprochen sein kann, dass eine allein nicht hinreichen würde. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit der individuellen Begutachtung und bei der Trunksucht um so eher, als der individuelle Reaktionsmodus der einzelnen Personen ein so unendlich verschiedener ist. Es kann also eine Person sehr wohl an Trunksucht leiden und verdienen, deshalb entmündigt zu werden, ohne auch nur einmal betrunken gewesen zu sein. Der einmalige oder wiederholte Rausch ist mithin nicht notwendig zur Annahme von Trunksucht, und er kann anderseits vorkommen, ohne dass Trunksucht vorliegt.

Die Trunksucht verdient eben nur insoweit Beachtung, als sie die Ausübung dieser oder jener Rechte und Pflichten beeinträchtigt. Diese drei sozialen Wirkungen der Trunksucht betreffen, wenn wir Planck folgen, die Fürsorge für die Person, für die Familie und für das öffentliche Wohl. Die vom Gesetz vorgenommene Einteilung der juristischen Wirkung der Trunksucht findet sich schon in früheren Entwürfen, und sie ist auch so natürlich, als dass sie sich nicht geradezu aufdrängt. So lautet ein jüngst in Russland eingebrachter Entwurf: „Gewohnheitstrinker, d. h. Personen, welche infolge des Missbrauchs von alkoholischen Getränken oder andren berauschenden Substanzen in einen so krankhaften Zustand geraten, dass ihre Handlungen sich als schädlich oder gefährlich für sich selbst, für die Umgebung oder für die Allgemeinheit erweisen, können einer zwangsmässigen Internierung in dazu bestimmten Heilanstalten für die Zeit von 6 Monaten bis zu 2 Jahren und einer beschränkten Dispositionsfähigkeit unterliegen, wobei sie unter Vormundschaft gestellt werden.“ (Deutsche med. Woch. 1900. S. 346.)

1. Die Unfähigkeit zur Besorgung der Angelegenheiten ist oben (Kapitel IV a 2) schon genügend besprochen. Es mag deshalb darauf Bezug genommen werden, ebenso wie auf jene Ausführungen, die auf alle Entmündigungsfälle anzuwenden sind. Die Urteilsunfähigkeit, die Einsichtslosigkeit, die Willens- und Charakter Schwäche können jene Unfähigkeit bedingen. Der Trinker macht von den ihm zustehenden Rechten seiner Frau und seinen Kindern gegenüber den denkbar schlechtesten Gebrauch, und dass ihm diese Rechte genommen werden können, ist sicherlich berechtigt. Leppmann betont sehr zutreffend, dass so die Möglichkeit geschaffen sei, staatlich auf die Erziehung der Nachkommenschaft trunksüchtiger Eltern einzuwirken; so werde eine wirksame Prophylaxe des Verbrechens geübt (Z. f. M. B. S. 606. 1896).

2. Wie der Trunksüchtige, der seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag, dem Geisteskranken oder Geistesschwachen bezüglich dieser juristischen Voraussetzung gleicht, so kann der Trunksüchtige, der sich oder seine Familie der Gefahr des Notstandes aussetzt, mit dem Verschwender in Parallele ge-



stellt werden. Das ergibt sich noch deutlicher aus den Motiven, wenn dort (I, S. 63) gesagt wird, dass die Verschwendung des Oefteren mit einer durch unordentlichen Lebenswandel, insbesondere durch Trunksucht veranlassten Herabminderung der Geisteskräfte verbunden ist, in welchem Falle selbst die natürlichen Bedingungen unbeschränkter Geschäftsfähigkeit in Frage gestellt werden. Wie weiter die Motive besagen (I, S. 64), muss die als Verschwender angesehene Person einen Hang zur zweck- und nutzlosen Vermögensverschleuderung besitzen, welcher die Besorgnis begründet erscheinen lässt, dass sie durch ihr entsprechend an den Tag gelegtes Verhalten sich und ihre Familie dem Notstande preisgibt. Unmäßiges Geldausgeben, unbesonnenes Schuldenmachen, unverantwortliche Geschäftsführung, Vernachlässigung der Wirtschaft können genügen, auch bei Mittellosigkeit des Schuldners. Es ist nicht erforderlich, dass bereits ein bedeutender Teil des Vermögens durchgebracht ist. Fruchtlöse Besserungsversuche werden die Verhängung der Entmündigung leicht zu spät erfolgen lassen.

Der Trunksüchtige widmet seine Zeit fast nur dem Trinken und Essen, und wenn er überhaupt arbeitet, thut er es nur, um trinken zu können. Grade das Verhalten in der extremsten Passivität wird oft genug die Entmündigung mit Rücksicht auf diesen Gesichtspunkt rechtfertigen. Positive Handlungen, die einen Hang zur Verschwendung bezeugen, sind durchaus nicht nötig; das führt auch eine R.G.E. 21, No. 28 aus. Es genügt das Vorliegen eines die wirtschaftliche Existenz bedrohenden Verhaltens. Wie die gleiche Entscheidung späterhin betont, ist es belanglos, wenn die die Verschwendung bezeugenden Handlungen im Zustande der Trunkenheit vorgenommen werden; die Frage der Zurechnungsfähigkeit ist hierauf ohne Einfluss.

3. Die dritte Voraussetzung der Entmündigung wegen Trunksucht ist die durch diese bedingte Gefährdung der Sicherheit anderer. Es genügt mithin schon das Vorliegen einer Gefahr; es ist nicht notwendig, dass die Gefahr bereits in die That umgesetzt ist, dass eine strafbare Handlung, ein widerrechtlicher Eingriff bereits vorliegt. Das Gesetz gestattet hier also eine Prophylaxe wie bei der Verschwendung.

Es liegt in dem Wesen der Trunksucht — man denke nur an den Eifersuchtswahn —, dass grade sie mit einer Gefährdung der Sicherheit anderer einhergeht. Das lehren zahllose Statistiken, die den Zusammenhang zwischen Alkoholismus und Verbrechen aufdecken; das haben in jüngster Zeit noch in überzeugender Form Aschaffenburg und Kräpelin dargethan.

Dieses Moment der Entmündigung ist nicht nur neu, sondern widerspricht geradezu der früher gehegten Anschauung, wie sie sie insbesondere die bekannte R.G.E. (S. 242 ff.) wiedergibt. Die II. Kommission entschuldigt oder begründet diesen Eingriff in das öffentliche Recht damit, dass dem Trunksüchtigen die Mittel entzogen werden sollten, sich weiterhin Alkoholika zu verschaffen. Als ob dazu die blosse Entmündigung etwas helfen könnte! Sie wäre dazu nicht einmal notwendig. Den verschiedenen Kommentaren ist natürlich dieser Widerspruch nicht entgangen; sie suchen ihn in verschiedener, mir nicht recht zusagender und vielfach wenig glücklicher Weise zu beheben.

Ich meine, da durch Psychosen bedingte Gemeingefährlichkeit eine Entmündigung nicht nach sich ziehen kann, und da Trunksucht auch unter Psychosen fällt, ist es eigentlich unlogisch, jetzt die Gefährdung bei Trunksucht und nur

bei dieser als Entmündigungsgrund zuzulassen. Der Widerspruch besteht und ist nicht weg zu disputieren. Diese Abweichung erscheint mir eher dadurch erklärlich, dass der Juristentag in seiner Befürwortung der Entmündigung wegen Trunksucht bloss diese kriminelle Eigenschaft der Trunksucht hervorgehoben hatte.

## 2. Wirkung der Entmündigung.

Geschäftliche Stellung des Entmündigten. — Anstaltsbehandlung, — deren Berechtigung. — Stellung des Gesetzgebers zu der Frage. — Weitere Folgen der Berechtigung der zwangsweisen Behandlung. — Wirkung der Trunksucht ohne Entmündigung.

Derjenige, der wegen Trunksucht entmündigt worden ist, steht dem Minderjährigen gleich, der das 7. Lebensjahr vollendet hat (§ 114); er ist also beschränkt geschäftsfähig (§ 106). Was das bedeutet, ist oben eingehend auseinandergesetzt (S. 165 ff.).

Dass mit der Entmündigung allein den geistigen, leiblichen, rechtlichen, wirtschaftlichen Schäden Einhalt gethan sei, wird niemand behaupten. Von den an die Entmündigung geknüpften Folgen kommt hier in erster Linie die Anstaltsbehandlung in Betracht. Da aber der Trunksüchtige kein Krankheitsbewusstsein hat, im Gegenteil, oft genug sich als ein körperlich und geistig recht Gesunder vorstellt, der nur das unglückliche Opfer der Verhältnisse wird, welche er selbst mit seiner Trunksucht geschaffen hat, so wird er nur recht selten aus freien Stücken eine Anstalt zum Zwecke des Versuchs seiner Heilung aufsuchen. Wenn also überhaupt der Versuch der Heilung gemacht werden soll, so wird der Trunksüchtige in vielen Fällen gegen seinen Willen in der Anstalt untergebracht werden müssen.

Es fragt sich, ob der Vormund hierzu berechtigt ist? Meines Erachtens besteht an diesem Rechte des Vormunds kein Zweifel. § 8 kommt hierbei freilich nicht in Betracht; denn Wohnsitz bedeutet hier nur den Mittelpunkt der geschäftlichen Beziehungen. Aber andre Paragraphen stehen zu Gebote. Nach § 1897 gelten für den Vormund des Volljährigen (§ 1896) die gleichen Bestimmungen wie für den Vormund des Minderjährigen. Nach § 1793 hat der Vormund das Recht und die Pflicht, für die Person und das Vermögen des Mündels zu sorgen. Diese Thätigkeit richtet sich gemäss § 1800 nach der für die Inhaber der elterlichen Gewalt geltenden Vorschrift. Diese aber sagt in § 1631: „Die Sorge für die Person des Kindes umfasst das Recht und die Pflicht, das Kind . . . . zu beaufsichtigen und seinen Aufenthalt zu bestimmen.“

Zweifellos hat der Vormund das Recht, mit allen ihm gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln die Heilung seines Mündels anzustreben. Die Motive zu § 1730, Entw. I lassen darüber keinen Zweifel; danach (Bd. IV, S. 1238) umgreift der Zweck der Vormundschaft über den Mündel die Veranstaltung der erforderlichen Pflege, der etwaigen Heilung, Beaufsichtigung und Sicherung des Mündels. In der Praxis herrscht meines Wissens ein gleicher Standpunkt. Wenigstens erinnere ich mich, mehr als einmal beim Durchblättern von Vormundschaftsakten gelesen

zu haben, dass seitens des Vormundschaftsgerichts dem Vormunde eine ernste Rüge erteilt wurde, weil er die aus diesem oder jenem Grunde angebrachte Internierung seines Mündels unterlassen hatte. Der Vormund dürfte beim Vorliegen der Trunksucht eine um so grössere Berechtigung haben, als die Aussichten auf eine Heilung grade bei der Trunksucht günstiger sind als bei vielen andern Psychosen.

Anderseits kann unter Umständen nach § 832 der Vormund zur Leistung des Schadenersatzes herangeholt werden. Kraft Gesetzes ist er zur Führung der Aufsicht verpflichtet, haftet also eventuell für den durch seinen Mündel gesetzten Schaden. Es wäre aber unbillig, ja unsinnig, wollte man dem Vormund eine so weit gehende Deliktsfähigkeit zumuten, ihm aber das Recht zur Internierung des anstaltspflegebedürftigen Mündels abstreiten.

Auch im Interesse des Vermögens des Mündels kann es gelegen sein, wenn dieser zu einem unfreiwilligen Anstaltsaufenthalt gezwungen wird; denn je nach Lage des Falls muss der trunksüchtige Mündel nach § 829 den Schaden ersetzen, den er, wenn auch nicht deliktsfähig, verursacht hat.

Man kann nicht annehmen, dass der Vormund, der von dem Rechte, seinen Mündel zu detinieren, nach bestem Wissen und Gewissen Gebrauch macht, sich strafbar macht; noch viel weniger erscheint mir die Annahme berechtigt, dass er hiermit gegen § 239 St.G.B. verstösst; es fehlt hierzu schon am Zutreffen des Begriffs der Widerrechtlichkeit. Anders wäre natürlich die Sachlage, wenn der Vormund seinen Mündel gegen dessen Willen in einer Anstalt unterbrächte, obwohl ihm genau bekannt ist, dass keine zwingende Veranlassung zu der Anstaltsbehandlung vorlag.

Um so weniger kann an der Detentionsbefugnis gezweifelt werden, als der Gesetzgeber in seinen verschiedenen Vorarbeiten ausdrücklich dieses Recht des Vormundes hervorhebt. Das beweist z. B. der Standpunkt der Denkschrift: „In noch höherem Grade (sc. als bei Geisteskrankheit und Geistesschwäche) tritt der Gesichtspunkt der Fürsorge für die Familie und das öffentliche Wohl bei dem vierten der im Entwurf aufgestellten Entmündigungsgründe hervor, bei der Trunksucht. Die Zulassung der Entmündigung wegen Trunksucht enthält für alle Rechtsgebiete in Deutschland eine Neuerung. Aus sozialpolitischen Gesichtspunkten ist sie indessen, insbesondere auch von ärztlicher Seite, schon häufig dringend gefordert worden. Wenn die Notwendigkeit gesetzgeberischen Vorgehens gegen die Trunksucht angesichts der durch sie verursachten schweren Schädigungen der wirtschaftlichen und sittlichen Gesundheit des Volkslebens nicht bestritten werden kann, so ergibt sich auch für das bürgerliche Recht unabweislich die Aufgabe, mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln zur Bekämpfung des Uebels mitzuwirken. Unter diesen Mitteln ist die Entmündigung das wirksamste und eingreifendste. Durch die sich daran knüpfende Beschränkung der Geschäftsfähigkeit wird dem Trinker die missbräuchliche Verwendung seines Vermögens und seines Kredits rechtlich unmöglich gemacht. Wichtiger noch ist, dass er in der Ausübung der elterlichen Gewalt beschränkt, und ihm selbst ein Vormund bestellt wird, dem die Sorge sowohl für das Vermögen als auch für die Person desselben obliegt. Der Vormund ist insbesondere berechtigt und verpflichtet, geeignetenfalls auch gegen den Willen des Trinkers, für dessen Aufnahme und Festhaltung in einer Heilanstalt zu sorgen, um dadurch, wenn möglich, die Heilung des Trinkers herbeizuführen.“ (S. 10.) Das Gesetz lässt den Trunksüchtigen entmündigen, um



ihn zwangsweise heilen zu können. Ein bemerkenswerter Gegensatz zum Verhalten gegenüber Geistesgestörten! Bei diesen soll von der Verhängung einer Entmündigung Abstand genommen werden, so lange noch Aussicht auf Heilung besteht. Die Entmündigung ist in erster Linie der staatliche Schutz unheilbarer Geistesgestörter. Anderseits soll der Trunksüchtige entmündigt werden, wenn er noch heilbar ist, man möchte fast sagen, grade weil er noch heilbar ist. Aber das Gespenst drohender Freiheitsberaubung hat auch hier offenbar mitgewirkt, und man hat nicht bedacht, dass die zweckmässig angeordnete Freiheitsberaubung, wenn wir diesen Ausdruck hier gebrauchen wollen, eben das spezifische Heilmittel gegen die Trunksucht ist, das zudem durch die Trennung der Gatten gestattet, einer progressiven Degeneration der Rasse vorzubeugen. Vom medizinischen Standpunkte aus richtiger, vom sozialen Standpunkte aus logischer wäre es gewesen, bei dem Trunksüchtigen den Versuch der zwangsweisen Heilung ohne vorhergehende Entmündigung zu machen und dann erst, wenn dieser Versuch fehlgeschlagen ist, die Entmündigung einzuleiten.

So wie jetzt die Sache liegt, wird der Trunksüchtige entmündigt, um geheilt zu werden. Und dass Entmündigung und Heilung beziehungsweise Anstaltspflegebedürftigkeit nichts, auch gar nichts mit einander zu thun haben, ist schon oben gesagt (S. 248 ff.). Zudem besteht jetzt die hinreichend begründete Gefahr, dass die Entmündigung verzögert wird, bis es zur Heilung zu spät ist. Nur der Umstand könnte noch zur Erklärung herangezogen werden, dass der Trunksüchtige zum Zwecke seiner Herstellung längere Zeit der Anstaltspflege und während dieser längern Zeit der gesetzlichen Vertretung bedarf; könnte aber hier nicht § 1910 A. 2 beziehungsweise 1911 aushelfen?

Es wirft sich hier natürlich die Frage auf, in welcher Anstalt der Trunksüchtige untergebracht werden soll, ob in der Irrenanstalt oder in der Trinkerheilanstalt, und es schliesst sich naturgemäss die weitere Frage an, wie sich deren Betrieb und Leitung gestalten soll, aus welchen Mitteln sie errichtet werden soll usw. So interessant dieses Thema auch ist, so kann es hier nicht erörtert werden. Das würde zu weit führen und über den gesteckten Rahmen der Arbeit hinausgehen. Hand in Hand mit der Erörterung dieser Angelegenheit müsste gehen die Besprechung weiterer praktischer und administrativer Vorschriften, deren es zur Durchführung der Anstaltsbehandlung und wirksamen Bekämpfung der Trunksucht unbedingt bedarf, schon deshalb, um jeden Zweifel über die Berechtigung der Detentionsbefugnis zu heben. Und das darf auch nicht verschwiegen werden, dass mit der Entmündigung und dem, was dazu gehört, allein noch nicht genug vom Staate zur Bekämpfung der Trunksucht geschehen ist; es bedarf vielmehr noch einer energischen und aufopferungsvollen Thätigkeit auf vielen andern Gebieten, nachdem das St.G.B. mit seinen §§ 361 Z. 5, 10 und 362 auch nur wenig genutzt hat.

Um so eher kann von einer Besprechung aller dieser Punkte, die ein untrennbares Ganze bilden, abgesehen werden, als eine Reihe einschlägiger und

wertvoller Monographien (Bratz, Colla, Erlenmeyer, Flade) vorliegt, denen man wirklich kaum etwas wesentlich Neues hinzuzufügen wüsste.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass der Trunksucht auch ohne vorherige Entmündigung Rechtswirkung zukommt und zwar nach § 1611 (wenn die Trunksucht verschuldet ist und wenn der Trunksüchtige bedürftig geworden ist, so hat er gegen unterhaltspflichtige Verwandte nur den Anspruch auf notdürftigen Unterhalt) und nach § 1666 (Einschreiten des Vormundschaftsgerichts bei Gefährdung der Person oder des Unterhalts der Kinder).

### 3. Sachverständigenthätigkeit.

Aerztliche Thätigkeit nicht vorgeschrieben. — Hinzuziehung des Arztes vielfach wünschenswert.  
— Gründe hierfür und Täuschung des Richters. — Ursache der Trunksucht.

Im schroffen Gegensatz zum Verfahren bei der Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche ist eine Thätigkeit des Arztes hier nicht ausdrücklich vorgeschrieben. Das erscheint um so auffallender, als auf dem Juristentag der Referent Fuld ausdrücklich die Mitwirkung des Arztes verlangte. Dass die gleiche Forderung von allen Aerzten wiederholt wurde, die eine Entmündigung wegen Trunksucht verlangten, braucht wohl kaum besonders gesagt zu werden. Es wäre das auch nicht mehr als konsequent gewesen, nachdem man sich einmal auf den Standpunkt gestellt hat, dass Trunksucht etwas Krankhaftes ist. Das Fehlen einer die ärztliche Mitwirkung anordnenden Bestimmung schliesst natürlich nicht aus, dass nicht doch der sachverständige Arzt befragt und um Erstattung eines Gutachtens angegangen wird. So sehr man auch das Sachverständnis des Richters in Angelegenheiten der Trunksucht schätzen mag, mit der ihn seine Praxis so oft, leider viel zu oft in Berührung bringt, so wird doch in vielen Fällen die Hinzuziehung des Mediziners erwünscht, in einzelnen sogar geboten sein.

Die Trunksucht setzt nämlich gewisse Störungen körperlicher und geistiger Art, deren Feststellung naturgemäss nur dem Mediziner zukommt. Da solche Zeichen auch dann noch nachweisbar sein können, wenn der zu Entmündigende längere Zeit keinen Alkohol zu sich genommen hat — und er hat dies vielleicht absichtlich gethan, um auf den Richter, den Arzt einen möglichst günstigen Eindruck zu machen —, so verdienen diese Zeichen eine um so grössere Beachtung. Sie können das schwankend gewordene Urteil über den zu Entmündigenden nach der einen oder andern Richtung hin befestigen. Neben der persönlichen Untersuchung, deren Ergebnis natürlich um so weniger positiv ausfallen wird, je längere Zeit hindurch eine Abstinenz ausgeübt ist, muss die Heredität und die Vorgeschichte des zu Entmündigenden verwertet werden. An der Hand dieser Kenntnisse wird es dann oft gelingen, die vorläufig rein ärztliche Frage zu beantworten, ob die Trunksucht anderweitige psychische Störungen veranlasst hat oder ob das umgekehrte Verhältnis zutrifft. Die Frage ist um so weniger leicht zu beantworten, als Psychosen und Alkoholismus sich gegenseitig bedingen und fördern können. Die Schwierigkeit wird noch grösser, als

die Trunksucht für sich Krankheitszustände schaffen kann, die andern ohne Alkohol entstandenen geistigen Störungen so ähnlich sind, dass eine bestimmte Differentialdiagnose erst nach geraumer Zeit möglich ist. Spricht man doch geradezu von einer alkoholischen Pseudoparalyse. Die sozialen Wirkungen können natürlich die gleichen sein, wenn der Alkoholmissbrauch primär, wenn er secundär ist. Indes ist es doch nicht von rein theoretischer Bedeutung, hier eine bestimmte Entscheidung zu fällen, mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der ärztlichen und rechtlichen Behandlung in dem einen oder andern Falle. Dementsprechend wird sich die ganze Zukunft anders gestalten. Der Maniakalische, der in seinem Thatendrang, in seiner Schaffensfreude und Lebenslust kneipt, der Melancholiker, der seinen Kummer ertränken will, der Periodiker, der dank der einen oder andern Stimmungsanomalie dem Alkoholmissbrauch verfällt, der Paralytiker, der rein aus egoistischen Motiven dem Alkohol fröhnt, — sie gehören Alle in die Irrenanstalt, und es würde ein bedenklicher, nicht immer leicht wieder gut zu machender Fehler sein, wollte man sie einer Trinkerheilanstalt übergeben. Natürlich wird der Fall auch vorkommen können, dass die Psychose einen weitergehenden rechtlichen Schutz, also Geschäftsunfähigkeit gebietenisch fordert.

Die antisozialen Eigenschaften werden es unschwer ermöglichen, den Trunksüchtigen in vielen Fällen als Geistesschwachen oder als Verschwender aufzufassen. Es fragt sich mithin, ob es der Trunksucht als eines besondern Entmündigungsgrundes bedurfte, zumal auch ärztlicherseits die Meinung vertreten wurde, Trunksucht sei auch im bürgerlichen Rechte nur eine Geistesstörung. Der Standpunkt der Gesetzgeber lässt sich klinisch insofern rechtfertigen, als die Trunksucht nach Ursache, Verlauf, Behandlung und Prognose eine ganz eigenartige, einzig dastehende geistige Störung darstellt. Dass Trunksucht als ein besonderer Entmündigungsgrund behandelt wird, wird man auch aus rein praktischen Gründen nur freudig begrüßen. Besteht schon jetzt die Gefahr, dass die Entmündigung zu spät erfolgt, so war die Gefahr früher noch grösser, als der Begriff einer Geistesstörung herhalten musste. Nicht immer war es leicht, den Juristen hiervon zu überzeugen, zumal wenn greifbare Symptome fehlten. Wie nun, wenn der Entmündigte nach einem mehrmonatlichen Anstaltsaufenthalte die Wiederaufhebung der Entmündigung beantragte? Dann ist aber auch nicht recht einzusehen, warum man nicht das Kind mit seinem Namen nennen soll. Freilich darf man sich davon nicht viel versprechen, dass die Verhängung der Entmündigung wegen Trunksucht andre trunksüchtige Individuen einschüchtern, bessern oder gar heilen wird.

#### 4. Wiederaufhebung der Entmündigung.

Bedeutung der Abstinenz. — Abstinenz in der Anstalt. — Mangelnde Einsicht.

Steht die Wiederaufhebung der Entmündigung wegen Trunksucht in Frage, so wird es darauf ankommen, nachzuweisen, ob der Entmündigte nicht mehr



trinkt, oder, juristisch korrekter ausgedrückt, nicht mehr der Trunksucht so ergeben ist oder sich ihr voraussichtlich so ergeben wird, dass noch eine oder mehrere der drei sozialen Voraussetzungen zutreffen. Es steht aber fest, dass für die Trunksüchtigen, die nicht mässig, wohl aber enthaltsam sein können, Abstinenz das einzig Richtige ist. Daher sollte man diesen durch vielfältige und langjährige Beobachtungen gewonnenen klinischen Standpunkt auch in das rechtliche Gebiet übertragen und nur den mündigen, welcher völlig abstinent sein kann und dies auch längere Zeit hindurch gewesen ist. Wenn man sich nicht auf einen so extremen Standpunkt stellt, volle Abstinenz zu verlangen, und das wird heute vielleicht noch Mancher thun, so sei man recht vorsichtig, falls der Entmündigte noch alkoholhaltige Getränke nimmt.

Eine nur während des Anstaltsaufenthalts gezeigte Abstinenz, die ja nur eine unfreiwillige, erzwungene ist, wird nichts beweisen, auch dann nicht, wenn der Entmündigte eine gewisse Freiheit der Bewegung genießt. Der Entmündigte muss vielmehr, frei von jeder Aufsicht, unabhängig von jeder Einschränkung in seiner Bewegung, gezeigt haben, dass er abstinent sein kann trotz aller ihn umlauernenden Gefahren und Verführungen.

Wenn der Mündel dann nicht viel von seinen auf den Alkoholmissbrauch zurückzuführenden Schandthaten wissen will, so braucht das durchaus nicht immer Mangel an Krankheitseinsicht zu sein. Es kann dies Verhalten ungezwungen auch auf die Beobachtung zurückgeführt werden, dass Keiner gerne seine Fehler und Sünden bekennt, und diese Möglichkeit verdient um so mehr Beachtung, als das Volksbewusstsein sich immer noch sträubt, in der Trunksucht eine Krankheit zu sehen.

### b) Formell.

**§ 680.** Die Entmündigung wegen Verschwendung oder Trunksucht erfolgt durch Beschluss des Amtsgerichts.

Der Beschluss wird nur auf Antrag erlassen.

Auf das Verfahren finden die Vorschriften des § 646, A. 1 und der §§ 647, 648, 653, 657, 663 entsprechende Anwendung.

Eine Mitwirkung der Staatsanwaltschaft findet nicht statt.

Die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen eine Gemeinde oder ein der Gemeinde gleichstehender Verband oder ein Armenverband berechtigt ist, die Entmündigung wegen Verschwendung oder wegen Trunksucht zu beantragen, bleiben unberührt.

**§ 681.** Ist die Entmündigung wegen Trunksucht beantragt, so kann das Gericht die Beschlussfassung über die Entmündigung aussetzen, wenn Aussicht besteht, dass der zu Entmündigende sich bessern werde.

**§ 682.** Die Kosten des amtsgerichtlichen Verfahrens sind, wenn die Entmündigung erfolgt, von dem Entmündigten, andernfalls von dem Antragsteller zu stellen.

**§ 683.** Der über die Entmündigung zu erlassende Beschluss ist dem Antragsteller und dem zu Entmündigenden von Amtswegen zuzustellen.

Der die Entmündigung aussprechende Beschluss tritt mit der Zustellung an den Entmündigten in Wirksamkeit. Der Vormundschaftsbehörde ist ein solcher Beschluss von Amtswegen mitzuteilen.

**§ 684.** Der die Entmündigung aussprechende Beschluss kann binnen der Frist eines Monats von dem Entmündigten im Wege der Klage angefochten werden.

Die Frist beginnt mit der Zustellung des Beschlusses an den Entmündigten.

Die Klage ist gegen denjenigen, welcher die Entmündigung beantragt hatte, falls aber dieser verstorben, oder sein Aufenthalt unbekannt oder im Auslande ist, gegen den Staatsanwalt zu richten.

Auf das Verfahren finden die Vorschriften der §§ 665, 667, 669, 670, 672—674 entsprechende Anwendung.

**§ 685.** Die Wiederaufhebung der Entmündigung erfolgt auf Antrag des Entmündigten oder desjenigen gesetzlichen Vertreters des Entmündigten, welchem die Sorge für die Person zusteht, durch Beschluss des Amtsgerichts unter entsprechender Anwendung der §§ 647, 653, des § 676, A. 1, 2, des § 677 und des § 678, A. 1, 3.

**§ 686.** Wird der Antrag auf Wiederaufhebung von dem Amtsgericht abgelehnt, so kann dieselbe im Wege der Klage beantragt werden.

Zur Erhebung der Klage ist derjenige gesetzliche Vertreter des Entmündigten befugt, welchem die Sorge für die Person zusteht. Will dieser die Klage nicht erheben, so kann der Vorsitzende des Prozessgerichts dem Entmündigten einen Rechtsanwalt als Vertreter beordnen.

Die Klage ist gegen denjenigen, welcher die Entmündigung beantragt hatte, falls aber dieser verstorben, oder sein Aufenthalt unbekannt oder im Auslande ist, gegen den Staatsanwalt zu richten.

Auf das Verfahren finden die Vorschriften der §§ 665, 667, 669, 670, 672—674 entsprechende Anwendung.

**§ 687.** Die Entmündigung einer Person wegen Verschwendung oder wegen Trunksucht, sowie die Wiederaufhebung einer solchen Entmündigung ist von dem Amtsgericht öffentlich bekannt zu machen.

Unterschied der zwei Entmündigungsformen. — Antragsberechtigung. — Besserungsparagraph. — Seine Anwendbarkeit. — Deren Voraussetzung. — Wiederaufhebung. — Veröffentlichung der Beschlüsse.

Das Entmündigungsverfahren wegen Trunksucht, welches das gleiche ist, wie das wegen Verschwendung, unterscheidet sich von dem Entmündigungsverfahren wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche wesentlich dadurch, dass eine Mitwirkung der Staatsanwaltschaft (abg. vom § 684, A. 3 und § 686, A. 3) eine Mitwirkung von Sachverständigen und die persönliche Vernehmung des zu Entmündigenden nicht vorgesehen ist. Die Vernehmung von Sachverständigen ist anderseits aber auch nicht unzulässig (cf. § 680, A. 3 in Verbindung mit § 653).

Die Entmündigung erfolgt auch hier durch Beschluss des zuständigen Amtsgerichts nach vorhergehendem Antrag. In dem gleichen Verfahren darf nicht neben der Entmündigung wegen Trunksucht auch noch über die Entmündigung wegen Geisteskrankheit beziehungsweise Geistesschwäche entschieden werden. Zur Antragstellung sind berechtigt der Ehegatte, Verwandte, sowie der mit der Sorge für die Person beauftragte gesetzliche Vertreter. Dass der Staatsanwalt nicht berechtigt ist, den Antrag zu stellen, kann man nur bedauern. Einigermassen wird der Mangel aufgehoben durch A. 5 des § 680, der auch für Preussen Anwendung findet dank dem Preuss. Ausf.-Gesetz zur Z.P.O. Art. 1. III:

„Die Entmündigung wegen Trunksucht kann auch von dem Armenverbande beantragt werden, dem die Fürsorge für den zu Entmündigenden im Falle seiner Hilfsbedürftigkeit obliegen würde.“

Unter Armenverband ist dabei nicht nur der Orts-, sondern auch der Landarmenverband zu verstehen. Die rechtzeitige Einleitung und Durchführung des Entmündigungsverfahrens liegt durchaus im Interesse des Verbandes, da sonst die Gefahr besteht, dass demnächst nicht nur der zu Entmündigende, sondern auch dessen Familie der öffentlichen Fürsorge anheimfällt. Die Gefahr aber, dass die Antragsberechtigten aus Familienrücksichten, aus Angst und Furcht vor weiteren Misshandlungen durch den zu Entmündigenden u. s. w. die Einleitung des Verfahrens anzuregen unterlassen, ist nicht zu unterschätzen. Eine förmliche persönliche Vernehmung (entsprechend § 654) ist nicht vorgesehen, wird aber doch wohl die Regel bilden. Jedenfalls soll dem zu Entmündigenden Gelegenheit gegeben werden, zuvor Gegenbeweise zu liefern. Zwangsmaassregeln (entsprechend § 654 A. 1, § 656) gegen den zu Entmündigenden sind nicht zugestanden.

Von besonderem Interesse ist der sogenannte Besserungsparagraph 681, der aber nur bei der Trunksucht vorgesehen ist, nicht bei dem Verschwender, um nicht die Zeit mit nutzlosen Besserungsversuchen zu versäumen. Man meinte, dass die Beantragung der Entmündigung u. U. schon den Erfolg haben werde, dass der zu Entmündigende sich den zu seiner Besserung und Heilung erforderlichen Maassnahmen freiwillig unterziehen werde. Es steht aber fest, dass es eine Besserung oder Heilung der Trunksucht aus eigenem Antriebe kaum giebt. Praktisch wird es besser sein, mit einer solchen Möglichkeit nicht zu rechnen. Wenn überhaupt, wird der § 681 nur dann seine Brauchbarkeit zeigen können, wenn er die gute Folge hat, dass der Trunksüchtige veranlasst wird, sich in eine Trinkerheilanstalt aufnehmen zu lassen (cf. Komm.-Prot. VI. pag. 697). Der Amtsrichter wird das Recht haben, dem zu Entmündigenden diesen Rat zu geben, der, weil er von amtlicher Seite erfolgt, eher befolgt werden wird, als in andern Fällen. Ebenso wird der Amtsrichter berechtigt sein, die Aussetzung des Verfahrens davon abhängig zu machen, ob und inwieweit der zu Entmündigende von dem ihm gegebenen offiziellen Rate Gebrauch macht. Colla (S. 63) schlägt daher geradezu vor, den § 681 zu ändern:

„Ist . . . aussetzen, wenn der Trinker sich verpflichtet, bis zur Heilung von seiner Trunksucht in eine Trinkerheilanstalt zu gehen. Verlässt er diese eigenmächtig, ohne geheilt zu sein, so nimmt das Entmündigungsverfahren seinen Fortgang.“

Es ist in das Ermessen des Amtsgerichts gestellt, ob es von der Befugnis Gebrauch machen will („kann“). Die Beschlussfassung des Verfahrens, nicht dieses selbst, wird ausgesetzt. Das kann auf bestimmte oder unbestimmte Zeit geschehen, auch wiederholt werden, natürlich dann nicht mehr, wenn das Gericht zur endgültigen Ueberzeugung gekommen ist, eine Besserung trete nicht mehr ein oder sei in hinreichendem Maasse eingetreten. Dann wird das Amtsgericht endgültig über den Antrag entscheiden und im ersten Falle die Entmündigung beschliessen, im zweiten sie ablehnen, womit dem Trunksüchtigen die Kosten der sonst ausgesprochenen Entmündigung sowie die Publikation dieses Beschlusses erspart sind.

Auch hier besteht die Möglichkeit einer Wiederaufhebung, gegen die keine Beschwerde zulässig ist (cf. § 678, A. 2).

Die Entmündigung einer Person wegen Trunksucht sowie die Wiederaufhebung der Entmündigung ist durch das zuständige Amtsgericht bekannt zu machen; über die Form und Wirkung ist nichts gesagt.



## Kapitel VIII.

**Vorläufige Vormundschaft.**

Voraussetzung der Anordnungen der vorläufigen Vormundschaft. — Wirkung der vorläufigen Vormundschaft. — Thätigkeit des vorläufigen Vormundes. — Beendigung der vorläufigen Vormundschaft. — Deren Wirkung, beziehungsweise Rückwirkung.

§ 1906: „Ein Volljähriger, dessen Entmündigung beantragt ist, kann unter vorläufige Vormundschaft gestellt werden, wenn das Vormundschaftsgericht es zur Abwendung einer erheblichen Gefährdung der Person oder des Vermögens des Volljährigen für erforderlich erachtet.“

Die vorläufige Vormundschaft ist für die Notfälle bestimmt, in denen der fürsorgebedürftige Kranke noch nicht entmündigt ist. Sie wird angeordnet durch das Vormundschaftsgericht. Dieses wird meist nach §§ 657, 680 Z.P.O. vom Stande der Dinge erfahren, da das mit der Entmündigung betraute Amtsgericht verpflichtet ist, ihm von der erforderlichen Anordnung einer Fürsorge Kenntnis zu geben. Nach § 8 der M.V. vom 28. XI. 99 kann auch der Staatsanwalt die Anordnung einer vorläufigen Vormundschaft in Anregung bringen, falls er es im Interesse des zu Entmündigenden für geboten hält. Ein anderweitig erlangter, zuverlässiger Nachweis, etwa durch den Antragsteller der Entmündigung, oder unmittelbare Kenntnis genügt gleichfalls. Die vorläufige Vormundschaft ist nicht geboten, sondern nur rechtlich zulässig. Das pflichtmässige Ermessen des Vormundschaftsgerichts entscheidet, und dieses wird bei dem Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen verpflichtet sein, die vorläufige Vormundschaft anzuordnen, schon um der Haftung nach § 1848 aus dem Wege zu gehen. Vor Ausspruch der vorläufigen Vormundschaft sind nach § 1847 die Verwandten oder Verschwägerten zu hören.

Die Voraussetzungen zur Anordnung der vorläufigen Vormundschaft sind folgende:

1. Volljährigkeit der Person, da der Minderjährige einen Schutz in der elterlichen Gewalt oder im Vormund hat.
2. Die Stellung eines Antrags auf Entmündigung von einem Antragsberechtigten bei dem zuständigen Amtsgericht, gleichgiltig, welcher der 4 verschiedenen Entmündigungsgründe vorliegt.
3. Erhebliche Gefährdung der Person oder des Vermögens.
4. Die Möglichkeit deren Abwendung.

Treffen alle diese Voraussetzungen zu, dann erscheint das summarische Verfahren, ohne die Garantie des nach der Z.P.O. geordneten Verfahrens, ohne erschöpfende vorgängige Sachuntersuchung nicht zu bedenklich trotz der Bedeutung des Eingriffs, wie er mit der Anordnung einer vorläufigen Vormundschaft gegeben ist.

Derjenige, der unter vorläufige Vormundschaft gestellt ist, ist nach § 114 in seiner Geschäftsfähigkeit beschränkt. Von der gesetzlich gestatteten Möglich-

keit, die Beschränkung der Geschäftsfähigkeit zu mildern, wird der Lage der Sache nach kaum Gebrauch gemacht werden. Er ist prozessunfähig nach § 52 Z.P.O. Die Eidesfähigkeit richtet sich nach §§ 473, A. 3, 477 Z.P.O. Die Wirkung der vorläufigen Vormundschaft beginnt, wenn die Entmündigung wegen Geisteskrankheit beantragt war, mit der Bestellung des vorläufigen Vormundes, in den andern Fällen mit ihrer Bekanntmachung an den zu Entmündigenden (cf. G. f. f. G. § 52).

Der vorläufige Vormund soll sich, unbeschadet seiner allgemeinen Verwaltungs- und Vertretungsbefugnis, eingreifender, dem Entmündigten vielleicht zum Nachteile gereichender Aenderungen thunlichst enthalten und nach Möglichkeit für die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes im Interesse des Mündels sorgen. Dieser Pflicht zur Schonung der bestehenden Verhältnisse wird der Vormund um so eher gerecht werden können, als das Vormundschaftsgericht meist den Entmündigten vorher hören wird, wenngleich das nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist.

Die vorläufige Vormundschaft ist aber durchaus nichts Definitives. „Durch sie soll dem Bevormundeten die Handlungsfähigkeit nicht dauernd geschmälert werden, sondern nur ein vorübergehender Zustand geschaffen werden, welcher sich erst durch den Hinzutritt der Entmündigung in einen dauernden verwandelt, im Falle der Zurückweisung des Entmündigungsantrags aber wieder aufgehoben werden muss. Es handelt sich also um eine provisorische Maassregel, welche bestimmt ist, in der Zeit zwischen dem Antrag auf Entmündigung und der Entscheidung über denselben Schaden abzuwenden, welcher dem zu Entmündigenden sonst erwachsen könnte.“ (R. G. E. Bd. 38. No. 40.)

Die vorläufige Vormundschaft endigt:

1. mit der Aufhebung des die vorläufige Vormundschaft anordnenden Beschlusses infolge einer Beschwerde;
2. mit der Zurücknahme des Entmündigungsantrags durch den Antragsteller und
3. mit der rechtskräftigen Ablehnung des Entmündigungsantrags durch das Amtsgericht (cf. § 115. A. 2),
4. endigt die vorläufige Vormundschaft mit dem Eintritt der ordentlichen Vormundschaft, nicht mit dem Beginn der Rechtskraft des Entmündigungsbeschlusses, sondern mit der Bestellung des Vormundes (§ 1908, A. 2); so tritt in der gesetzlichen Vertretung des Mündels keine Pause ein. Wird der Entmündigungsbeschluss wirksam angefochten, so hat das wiederum rückwirkende Kraft auf die Rechtsgeschäfte, welche der Entmündigte auch während des Bestehens der vorläufigen Entmündigung abgeschlossen hat. Eine gewisse Vorsicht im geschäftlichen Verkehr mit einem vorläufig Entmündigten wird daher sicherlich angebracht sein.
5. Eine letzte Möglichkeit der Beendigung der vorläufigen Vormundschaft ist die, dass das Vormundschaftsgericht die weitere Schutzbedürftigkeit des Mündels negiert (weil der Entmündigungsantrag keine Aussicht auf Erfolg hat, weil die Gefährdung überschätzt wird) und die vorläufige Vormundschaft aufhebt.

Einer besondern ärztlichen Sachverständigenthätigkeit bedarf es kaum bei der Anordnung einer vorläufigen Vormundschaft. Sie dürfte nur insofern in Betracht kommen, als die Rücksichtnahme auf den geistigen Zustand des zu Entmündigenden die Abwendung einer erheblichen Gefährdung der Person bedeuten kann, wenn z. B. der zu Entmündigende im Interesse seiner Gesundheit möglichst bald von allen geschäftlichen Verpflichtungen und Sorgen befreit werden soll.

## Kapitel IX.

### Pflegschaft.

§ 1910. „Ein Volljähriger, der nicht unter Vormundschaft steht, kann einen Pfleger für seine Person und sein Vermögen erhalten, wenn er infolge körperlicher Gebrechen, insbesondere weil er taub, blind oder stumm ist, seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag.

Vermag ein Volljähriger, der nicht unter Vormundschaft steht, infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen einzelne seiner Angelegenheiten oder einen bestimmten Kreis seiner Angelegenheiten, insbesondere seine Vermögensangelegenheiten, nicht zu besorgen, so kann er für diese Angelegenheiten einen Pfleger erhalten.

Die Pflegschaft darf nur mit Einwilligung des Gebrechlichen angeordnet werden, es sei denn, dass eine Verständigung mit ihm nicht möglich ist.“

#### 1. Juristische Vorbemerkungen.

Zwei Formen der Pflegschaft, — deren Unterschiede. — Die zwei Arten der Pflegschaft des § 1910. — Unterschied zwischen Vormundschaft und Pflegschaft. — Voraussetzungen der Pflegschaft.

Das B.G.B. kennt zwei verschiedene Formen, in denen es privaten Interessen eine staatliche Fürsorge zu Teil werden lässt, nämlich die Vormundschaft und die Pflegschaft. Der wesentliche Unterschied besteht darin, dass die Vormundschaft eine Fürsorge für die Angelegenheiten im Ganzen, die Pflegschaft eine Fürsorge für einzelne Angelegenheiten, wenn man will, eine Spezialkuratel, darstellt. „Der begriffliche Gegensatz der Pflegschaft zur Vormundschaft ist lediglich der des Besonderen zum Allgemeinen.“ (Mot. IV 1044.) Diese Definition ist aber nicht ganz genau; weiteres siehe unten.

Das B.G.B. unterscheidet zwei verschiedene Kategorien von Pflegschaft. Bei der einen ist der Rechtsgrund der Pflegschaft identisch mit dem Rechtsgrund der Vormundschaft oder elterlichen Gewalt. Deren Inhaber kann aber den Pflichten seines Amtes nicht nachkommen, sei es aus thatsächlichen Gründen, vielleicht weil er krank oder abwesend ist, sei es aus rechtlichen Gründen wie bei drohender Gefahr der Interessenkollision. Es wird dann ein unschriebener Teil der vormundschaftlichen Fürsorge herausgeschnitten, und dieses Segment der gesetzlichen Vertretung einem Pfleger in der Form der Pflegschaft übertragen (cf. § 1909).

Neben dieser Ergänzungspflegschaft giebt es eine zweite Form, die der selbständigen Pflegschaft (§ 1910—1913). Es fehlt an einem Rechtsgrund zur Entmündigung, oder ein solcher braucht, zutreffender ausgedrückt, nicht vorhanden zu sein. Gleichwohl ist unter bestimmten und im Gesetze ausdrücklich



bezeichneten Voraussetzungen die Anordnung einer selbständigen Pflegschaft möglich. Für uns kommt besonders in Betracht § 1910. Er bestimmt im A. 1 als solche Voraussetzungen körperliche Gebrechen, und er nennt als Beispiel die Taubheit, Blindheit oder Stummheit. Andere Gebrechen, wie Lähmung lassen mithin ebenfalls eine Pflegschaft zu. Diese Gebrechen, insbesondere die im Gesetze ausdrücklich aufgezählten, können auch psychisch bedingt sein und insofern in das Spezialgebiet der Psychiatrie fallen. Andererseits können sie sich je nach der Natur ihres Ursprungs mit psychischen Störungen vergesellschaften. Dennoch aber kann von deren ausführlicher Behandlung an dieser Stelle Abstand genommen werden. Der Sachverständige wird nur die Frage zu beantworten haben: 1. ob dies oder jenes Gebrechen thatsächlich vorliegt und 2. ob der unter Pflegschaft zu Stellende infolge des körperlichen Gebrechens seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag. Die erstere Frage ist rein klinischer Natur, und worauf es bei Erledigung der zweiten Frage ankommt, ist oben (S. 235 ff.) wohl ausführlich genug auseinandergesetzt worden. Da in diesem Falle die Pflegschaft dann errichtet wird, wenn das Gebrechen die Besorgung seiner Angelegenheiten unmöglich macht, so ergibt sich daraus, dass diese Form der Pflegschaft sich eben auf alle Angelegenheiten des Schutzbedürftigen erstreckt. Die Definition der Pflegschaft, wie sie oben in der Einleitung gegeben ist, ist somit nicht ganz zutreffend.

Demgegenüber erwähnt der 2. A. des § 1910 neben den körperlichen Gebrechen und mit diesen gleichwertig geistige Gebrechen, und eben wegen dieser letzteren verdient die Pflegschaft im Sinne des A. 2 des § 1910 unser Hauptinteresse. Er unterscheidet sich weiterhin von dem ersten Absatz dadurch, dass als Folge des Gebrechens nicht die Unfähigkeit zur Besorgung seiner Angelegenheiten, also der Angelegenheiten im allgemeinen, sondern nur die Unfähigkeit zur Besorgung einzelner Angelegenheiten oder eines bestimmten Kreises von Angelegenheiten verlangt wird.

Eine Beschränkung der Geschäftsfähigkeit durch die Pflegschaft greift weder in dem einen noch in dem anderen Falle Platz. Man kann somit die Beziehungen zwischen Vormundschaft und Pflegschaft besser so ausdrücken:

1. Die allgemeine Fürsorge für beschränkt geschäftsfähige oder geschäftsunfähige Personen ist die Vormundschaft.
2. Die partielle Fürsorge für beschränkt geschäftsfähige oder geschäftsunfähige Personen ist die Pflegschaft.
3. Die Fürsorge für geschäftsfähige Personen, gleichgiltig, ob sie allgemeiner oder partieller Natur ist, ist die Pflegschaft.

Es fehlt somit entweder die Allgemeinheit der Fürsorge oder eine Beschränkung der Geschäftsfähigkeit (Komm.-Prot. VI. 312).

Gelegentlich der Schilderung der Entwicklungsgeschichte des § 6 ist oben auch die des § 1910 berührt worden; es mag genügen, auf jene Ausführungen an dieser Stelle zu verweisen.

Die Voraussetzungen, unter denen die uns hier wesentlich interessierende Pflegschaft, § 1910, A. 2, angeordnet werden soll, sind folgende:

1. Volljährigkeit des Pflegebedürftigen; denn sonst stände er ja noch unter elterlicher Gewalt.
2. Fehlen der Vormundschaft; denn sonst könnte höchstens § 1909 angewandt werden.

3. Das Vorhandensein eines geistigen Gebrechens, gleichgiltig ob angeboren oder erworben.

4. Die durch das Gebrechen bedingte Unfähigkeit, einzelne Angelegenheiten zu besorgen; die blosse Erschwerung genügt nicht (cf. R.G.E. 14 No. 71).

5. Die Einwilligung des Pflegebefohlenen (cf. A. 3 § 1910). „Wenngleich die Anordnung einer Pflegschaft mit einer Beschränkung der Geschäftsfähigkeit nicht verbunden ist, so enthält dieselbe doch insofern einen nicht ungefährlichen Eingriff in die bürgerliche Selbständigkeit desjenigen, über welchen eine Pflegschaft angeordnet ist, als der Pfleger innerhalb des ihm zugewiesenen Geschäftskreises der gesetzliche Vertreter des Pflegebefohlenen ist, der letztere mithin die von dem ersteren nach Maassgabe seiner Vertretungsmacht vorgenommenen Rechtshandlungen anerkennen muss und insoweit einem fremden Willen untergeordnet wird.“ Aus diesen Erwägungen hielt man eine Pflegschaft ohne Vorliegen eines praktischen Bedürfnisses (siehe oben 3. 4) für bedenklich und verlangte der Sicherheit halber die Einwilligung des Gebrechlichen im allgemeinen, d. h. man sah nur dann von deren Einholung ab oder hielt sie nicht für notwendig, wenn eine Verständigung mit dem Erkrankten nicht möglich war.

## 2. Bedürfnisfrage und praktische Brauchbarkeit der Pflegschaft.

Frühere Auffassung des Wesens des geistigen Gebrechens. — Heutige Anschauung. — Bedürfnisfrage des Instituts der Pflegschaft. — Bedeutung von Gebrechen. — Bedeutung von Verständigung. — Rechtliche Bedeutung der Willenserklärung eines Geisteskranken. — Die heute oft übliche Praxis. — Deren Kritik. — Aertzliche Thätigkeit. — Leppmanns Standpunkt. — Abwesenheitspfleger. — Freiwilligkeit der Pflegschaft.

Wer die prinzipielle Deutung vergleicht, die dieser Paragraph vor einiger Zeit und dann im Zeitraum des letzten Jahres erfahren hat, dem wird die Aenderung der Anschauung unschwer entgehen. Früher ging die Strömung dahin, die Pflegschaft nur bei der mildesten Form von Geistesstörungen zuzulassen; dabei war wohl der Gesichtspunkt maassgebend, dass das Gesetz nur von Gebrechen sprach, dass der Pflegebefohlene in der Geschäftsfähigkeit nicht beschränkt wurde, dass nur bezüglich einzelner Angelegenheiten eine Besorgungsunfähigkeit verlangt wurde, und dass schliesslich der Pflegebefohlene für gewöhnlich seine Einwilligung geben musste, d. h. sich seiner sozialen Insuffizienz bewusst sein sollte.

Dieser Anschauung begegnete man nicht nur in psychiatrischen, sondern vor allem auch in juristischen Kreisen. Man betonte bei der Gelegenheit, wie fein das B.G.B. die soziale Wirkung der so unendlich verschiedenen Psychosen abgestuft habe, indem es eine Geisteskrankheit, eine Geisteschwäche und ein Gebrechen zu unterscheiden lehre. Diese zivilistische Dreiteilung der Geistesstörungen forderte gradezu eine Vergleichung mit dem Strafrecht heraus, das einen, aber auch nur einen Grad von Geistesstörung kennt. Heute aber ist die Ansicht mehr verbreitet, dass die Pflegschaft bei jeder Form von Geistesstörung unabhängig von deren Schwere zulässig ist. Es sei gleich vorweg betont, dass diese Ansicht die richtige sein dürfte. Gleicher Ansicht begegnet man in den Motiven (IV, S. 1229) und den Kommissionsprotokollen (IV, S. 856), entgegengesetzter in der Denkschrift.

Die Vorgeschichte des Paragraphen gibt auf die zur Diskussion stehende Frage, ob Pflegschaft bei jeder Psychose von jeder Schwere erlaubt sei, keine unzweideutige Auskunft. Doch darf bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam gemacht werden, dass nach einer Entscheidung des R.G. der geisteskranke Ehegatte, gegen den die Klage auf Ehescheidung wegen Geisteskrankheit gerichtet ist, nicht entmündigt zu sein braucht, sondern durch einen Pfleger hinreichend vertreten werden kann.

Es empfiehlt sich daher hier, einen nicht gewöhnlichen Weg einzuschlagen und sich die Fragen vorzulegen:

1. Wie sich das praktische Bedürfnis gestaltet?

2. Ob beziehungsweise wie der § 1910, A. 2 diesen Anforderungen gerecht werden kann?

Die alltägliche Erfahrung des Irrenarztes lehrt, dass es geradezu ein Bedürfnis ist, dem seiner Obhut Uebergebenen möglichst rasch und ohne Umstände einen gesetzlichen Vertreter besorgen zu können. Dessen bedürfen vorzugsweise alle Personen, die daheim keine sorgenden Anverwandten haben. Da müssen, wenn der Kranke der Anstalt übergeben wird, die Verpflegungskosten bezahlt werden; ein bald einlaufender Wechsel muss eingelöst werden, die Auszahlung von Unfall- oder Invalidenrenten muss beantragt werden, Land muss von neuem verpachtet werden, das Erwerbsgeschäft muss aufrecht erhalten werden, damit der Kranke, der in kurzer Zeit die Anstalt wieder verlassen kann, nicht unter dem Drucke materieller Schwierigkeiten und Sorgen, die auf den Mangel einer Vertretung zurückzuführen wären, von neuem erkrankt. Muss er länger in der Anstalt verbleiben, so wird es ihm zweifellos nur erwünscht sein, seine Angelegenheiten gut besorgt zu wissen, und dass der Wegfall solcher Sorgen die Genesung nur beschleunigt, kann man füglich annehmen. Schliesslich wird auch bei der Entlassung die Einrichtung der Pflegschaft unsern Wünschen gerecht werden können, insofern der Pfleger es grade ist, der sich des Entlassenen annimmt, der ihm über die ersten Schwierigkeiten hinweghilft, der auch vielleicht gewisse Garantien hinsichtlich etwaiger aus der Entlassung resultierender Folgen übernimmt. Wem diese Andeutungen nicht genügen, der wird mehr bei Moeli finden, der das Institut der Pflegschaft und seine möglichste Ausdehnung in einer warmen und lebhaften Weise befürwortet.

Es besteht somit ein praktisch sattsam gerechtfertigtes Bedürfnis, die Grenzen der Voraussetzungen für die anzuordnende Pflegschaft möglichst weit auszudehnen. Sonst würde das B.G.B. nur eine Verschlechterung gegen den früheren Zustand (den § 90 der V.O.) bedeuten.

Kann das Gesetz in seiner heutigen Fassung unseren Anforderungen genügen? Entscheidend wird sein, wie man sich mit den Ausdrücken Gebrechen und Verständigung abfinden wird.

Was den ersteren Ausdruck angeht, so vermeidet auch hier das B.G.B. ge-  
flissentlich jede Definition. Dass seine Bedeutung im Volksmunde hier so wenig



wie oben (S. 255) bei Geisteskrankheit oder Geistesschwäche von ausschlaggebender Bedeutung sein soll, darf man sicherlich annehmen. Das Wort Gebrechen ist im Gesetz nur erklärt durch den Relativsatz. Es ist aber mit keinem Worte gesagt, dass sich die Unfähigkeit zur Besorgung von Angelegenheiten ausschliesslich auf einzelne usw. Angelegenheiten beziehen soll, und das hätte ja das Wörtlein „nur“ leicht ermöglicht. Man wird daher nur verlangen dürfen, dass das der Pflegschaft zu Grunde liegende Gebrechen zum mindesten einzelne Angelegenheiten zu besorgen unmöglich macht. Es ist aber durch nichts geboten, anzunehmen, dass das Gebrechen, welches alle Angelegenheiten zu besorgen unmöglich macht, eine Pflegschaft ausschliesst. Der neutrale Ausdruck „Gebrechen“ kann somit, ohne dem Wortlaut des Gesetzes Zwang anzuthun, in dem weitgehendsten Sinne aufgefasst werden.

Was versteht man nun unter Verständigung?

Der Ausdruck bedeutet zweierlei. Einmal will er besagen, dass das Individuum in normaler Weise zu überlegen vermag, und zweitens, dass es seiner Ansicht eine von andern zu begreifende Form zu geben vermag. Die Verständigung umgreift mithin eine verständliche Uebermittlung einer vernünftigen Ueberlegung. Es ist zu unterscheiden die innere und die äussere Seite, der Inhalt und die Form oder, wenn wir uns physiologisch ausdrücken, die psychische und die somatische Seite. Es ist doch klar, dass ich als gesunder Mensch mich mit einem voller Wahnideen steckenden Paranoiker, mit einem in blühendem Grössenwahn sich befindenden Paralytiker über diese oder jene Angelegenheit nicht zu verständigen vermag. Lallt der andre Teil, kann er gar weder schreiben noch sprechen, weder sehen noch hören, so kann er sich ebensowenig mit mir ins Einvernehmen setzen. Ich verstehe ihn nicht. Schliesslich können solche Störungen vorliegen, die dem Kranken jeden Verkehr mit der Aussenwelt unmöglich machen.

Die Motive (IV, S. 1232, 1233) umschreiben Verständigung als die Fähigkeit der Person, „ihren Willen zu äussern und die Willenserklärungen anderer entgegenzunehmen.“ Der Wille muss aber von bestimmter Qualität sein, wenn er rechtliche Beachtung verlangen will. Der Wille eines Geisteskranken ist kein Wille im rechtlichen Sinne, und wenn er ihn auch zutreffend in die Aussenwelt und in einer ihr verständlichen Form projizieren würde, er ist und bleibt nichtig für den Juristen (S. 260—261). Das Gleiche wird natürlich auch hier zutreffen. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, so sei hingewiesen auf einen Artikel von Harnier, der sich grade mit der Pflegschaft befasst. Harnier sagt: „Befindet sich ein der Fürsorge Bedürftiger in dem vorstehend gekennzeichneten Geisteszustande (d. h. § 104, Z. 2), so ist eine Verständigung mit ihm, selbst wenn sie sich äusserlich als möglich darstellen sollte, doch im Rechtssinne ausgeschlossen; sowohl seine etwaige Einwilligung in die Pflegschaftsbestellung als auch der Widerruf dieser Einwilligung ist rechtlich bedeutungslos; sein Antrag, die Pflegschaft aufzuheben, ist so lange nicht in rerum natura, als der geschilderte Geisteszustand dauert.“

Ist diese Auffassung der rechtlichen Bedeutung des Willens zutreffend, so ist es nicht mehr als logisch, dass man im Falle der Anordnung einer Pfleg-

schaft sich zuerst von dem Vorhandensein der Möglichkeit einer Verständigung überzeugt. Liegt diese vor, und ist der Gebrechliche mit der Anordnung der Pflegschaft einverstanden, so sind die Wege für deren Anordnung geebnet. Versagt er aber seine Einwilligung bei vorhandener Möglichkeit der Verständigung, so ist sie nicht zulässig. Fehlt die Möglichkeit einer Verständigung, so ist das weitere Verhalten des Gebrechlichen belanglos, da dann die Anordnung der Pflegschaft ohne jegliche Rücksichtnahme auf den Gebrechlichen gestattet ist.

Das heutige Verhalten in der Praxis ist freilich ein wenig anders, vielleicht weil man gar zu sehr am Wortlaute des Gesetzes klebt. Man geht vielfach so vor, wenn ich aus eigener Praxis berichten darf, d. h. aus den in mir bekannten Anstalten gemachten Beobachtungen, dass man den Gebrechlichen fragt, ob er mit der Bestellung eines Pflegers einverstanden sei. Antwortet er mit ja, so ist man befriedigt. Es wird aber nicht untersucht, ob sich der Gebrechliche überhaupt verständigen kann, ob er weiss, was das Institut der Pflegschaft bedeuten soll. Ich glaube zu dieser letzteren Annahme berechtigt zu sein. Denn es ist beobachtet, dass ein Gerichtsschreiber erschien, den Gebrechlichen befragte und nach erhaltenem bejahenden Bescheid, schon nach auffallend kurzer Zeit wieder verschwand. Antwortet nun der Gebrechliche mit nein, so wird erst dann untersucht, ob es sich nicht vielleicht um eine Unmöglichkeit der Verständigung handelt. Allenfalls wird dann der Arzt, vielleicht auch nicht einmal immer, herangezogen werden.

Dass ein solches Vorgehen nicht zu billigen ist und den Absichten des Gesetzgebers auch wenig entsprechen dürfte, ergibt sich aus Obigem. Meines Erachtens wäre es richtiger, in jedem Falle einer zu errichtenden Pflegschaft zuvor festzustellen, ob die Möglichkeit einer Verständigung vorliegt. In erster Linie wird darüber der Arzt zu urteilen in der Lage sein. Aber selbst, wenn man ihn als überflüssig bei Seite schieben wollte, so erscheint mir ein Gerichtsschreiber auch grade nicht als die geeignete Persönlichkeit, über eine solche Sache zu urteilen, deren Beantwortung nicht nur Takt und Menschenkenntnis, sondern auch eine gewisse psychologische und psychiatrische Routine voraussetzt. Ist das Vorhandensein der Möglichkeit der Verständigung so oder so festgestellt, dann ist es Sache des Richters, den Gebrechlichen über das Wesen der Pflegschaft aufzuklären und ihn um seine Einwilligung anzugehen. Wird dem Arzte dies Amt übertragen, dann wird der Weg wohl meist der sein, dass der Arzt die ihm vom Gerichte zugesandte Aufforderung dem Kranken erläutert und eventuell dann noch von ihm ein Protokoll unterschreiben lässt, das seine Stellungnahme zur Pflegschaft bekundet. Kann das Vorhandensein der Möglichkeit der Verständigung aber nicht festgestellt werden, dann ist ein weiterer Verkehr nicht nötig, und die Pflegschaft kann ohne Weiteres angeordnet werden.

Ich darf wohl noch hervorheben, dass dieser Standpunkt, den man meines Wissens nicht immer findet, auch von den von mir befragten Juristen, wenn auch nicht von vorneherein, voll und ganz gebilligt wurde.

Schlägt man obigen Weg ein, dann wird das Institut der Pflegschaft zu

einer Wohlthat für viele unserer Kranken. Leppmann (I) sucht dies Ziel so zu erreichen, dass er schon dann die Möglichkeit einer Verständigung mit dem Kranken ausschliesst, wenn die Besprechung seiner eigenen Angelegenheiten, das Zureden, wichtige Rechte auf andere zu übertragen, von unabsehbarem Schaden für seinen Zustand werden kann. Es ist also die Unmöglichkeit der Verständigung rein durch ärztliche Rücksichten diktiert. Wenn auch Leppmann mit seiner Anschauung in der praktischen Erledigung der von ihm mitgetheilten Fälle durchdrang (was auch andernorts, wie ich inzwischen erfahre, geschehen ist), so erscheint es mir nach Rücksprache mit Juristen doch mehr als fraglich, ob alle Richter Leppmann bei einer solchen Deutung des Begriffs der Verständigung folgen werden. Die Anerkennung des Leppmann'schen Standpunktes würde ja von einem grossen Verständnisse für die praktischen Aufgaben der Psychiatrie zeugen; sie käme unsern Kranken in erster Linie zu gute. Aber ich lasse es, wie schon gesagt, dahingestellt, ob diese Ansicht, rein juristisch gedacht, zutrifft, zumal noch ein anderer Weg uns offen steht.

Diesen gestattet, wie Schäfer zutreffend hervorhebt (I. S. 19), der § 1911, der den sog. Abwesenheitspfleger betrifft. Als Abwesender gilt nach A. 2 auch der, dessen Aufenthalt zwar bekannt ist, der aber an der Rückkehr und der Besorgung seiner Vermögensangelegenheiten verhindert ist. Das trifft zweifellos auch auf den in der Anstalt befindlichen Geisteskranken zu, der noch anstaltspflegebedürftig ist. Unter diesen Paragraph würden auch die Gefangenen fallen; bei der Gelegenheit darf wohl in Erinnerung gebracht werden, dass z. B. das badische Strafrecht bis zum 1. III. 1851 Zuchthausgefangene für die Dauer ihrer Strafzeit als völlig mundtot, mithin des Gebrauchs aller bürgerlichen Rechte für unfähig hielt, so dass ihnen zur Vermögensverwaltung ein Vormund oder Pfleger bestellt werden musste.

Man wende nicht ein, die Pflegschaft sei nur für die leichtesten Formen von Geistesstörung bestimmt, die ohne Beeinträchtigung der Geschäftsfähigkeit einhergehen; alle anderen Formen seien für die Entmündigung bestimmt, und ein schneller Schutz sei auch da möglich durch die vorläufige Vormundschaft. Die praktische Durchführbarkeit dieses Vorschlages scheitert an der Rücksichtnahme der Verwandten auf den Kranken, an der Scheu vor der Entmündigung. Demgegenüber hat die Pflegschaft den Vorteil der grösseren Einfachheit, Schnelligkeit und Billigkeit.

Wenn auch das Einverständnis des Gebrechlichen — beim Vorhandensein der Möglichkeit einer Verständigung, darf ich wohl hinzusetzen — notwendig ist zur Anordnung der Pflegschaft, so genügt doch nicht der alleinige Wille eines Individuums, unter eine Pflegschaft zu kommen. Das Gesetz kennt keine freiwillige Stellung unter Vormundschaft oder vormundschaftliche Verhältnisse (R.G.E. 4 No. 47. cf. S. A. 15. 136).

Man hat die Pflegschaft wohl als freiwillige, partielle Vormundschaft umschrieben. Das trifft aber nicht ganz zu; denn eine freiwillige Pflegschaft, d. h. eine Pflegschaft, die ihre Entstehung allein dem freien Willen des unter Pfleg-



schaft Gestellten verdankt, giebt es nicht. Die Pflegschaft wird vielmehr von dem Pflegebedürftigen nur gebilligt. Auch der Ausdruck Vormundschaft kann zu Missverständnissen Anlass geben, da unter dem Ausdruck Vormundschaft einmal die generelle Fürsorge für die unter Vormundschaft stehenden Personen und dann deren Beschränkung in der Geschäftsfähigkeit bzw. Geschäftsunfähigkeit verstanden wird. Deshalb ist eben im vorliegenden Falle vom Gesetzgeber der Ausdruck Vormundschaft ausgemerzt worden (cf. Komm. Prot. V. S. 147—149). Es empfiehlt sich daher wohl mehr, die Pflegschaft als eine vom Pflegebefohlenen gebilligte partielle offizielle Fürsorge zu umschreiben. Der Pfleger ist ein von Staatswegen bestellter Spezialbevollmächtigter und unterscheidet sich somit scharf von dem Vertreter, den sich der Vertretene nach eigenem Willen und Ermessen ausgesucht hat.

### 3. Handhabung des § 1910, A. 2.

Einleitung der Pflegschaft. — Mitwirkung der Anstalten. — Thätigkeit des Vormundschaftsgerichts. — Wirkung der Pflegschaft. — Ihre Beendigung. — Sachverständigenthätigkeit.

Die Bestellung der Pflegschaft ist Sache des Vormundschaftsgerichts. Dieses hat sich von dem Vorliegen der Voraussetzungen zu überzeugen. Das Vormundschaftsgericht bedarf keines Auftrages. Das schliesst natürlich nicht aus, dass ihm von anderer Seite die Kenntnis über die Notwendigkeit der Anordnung einer Pflegschaft zugetragen wird. Jeder kann die Pflegschaft beantragen, der an deren Anordnung beteiligt ist. Das wird vor allem der Irrenanstaltsarzt sein. Eine für die Ersten Staatsanwälte bestimmte M.V. vom 28. XI. 1899, die die allgemeine, das Entmündigungsverfahren regelnde Verfügung ergänzt, lautet in Z. 3:

„Die von den Vorstehern öffentlicher und privater Irrenanstalten eingehenden Anzeigen über die Aufnahme Geisteskranker und Geistesschwacher sind, soweit ein Entmündigungsverfahren nicht eingeleitet wird, dem zuständigen Vormundschaftsgerichte mit dem Anheimstellen einer Prüfung in der Richtung zu übersenden, ob ein Bedürfnis zur Anordnung einer Pflegschaft gemäss § 1910, A. 2, 3 des B.G.B. vorliegt“ (J. No. 7190b). Seitens des Oberpräsidenten der Rheinprovinz wurden die Leiter der Provinzialirrenanstalten darauf hingewiesen, dass, sofern seitens des Vormundschaftsgerichts die Einleitung einer Pflegschaft nicht angeordnet werden sollte, seitens der Anstaltsleitung jedoch auf Grund ihrer Kenntnisse der Verhältnisse im Einzelfalle die Vertretung eines Kranken in einzelnen seiner Angelegenheiten oder für einen bestimmten Kreis derselben, insbesondere in seinen Vermögensangelegenheiten, für erwünscht erachtet wird, es sich empfiehlt, von dem Vorhandensein solcher besonderer Umstände dem Vormundschaftsgericht Mitteilung zu machen.

Ein Erlass des preuss. Kultusminist. vom 5. III. 1900 an die Oberpräsidenten weist darauf hin, die Vorsteher von Privatirrenanstalten darauf aufmerksam zu machen, den Staatsanwaltschaften selbständig von dem Vorhandensein von Umständen Mitteilung zu machen, welche eventuell eine Pflegschaft über ihre Insassen bedingen (cit. Lähr 57 S. 444).

Das Vormundschaftsgericht hat sich nach seinem Ermessen von dem Vorliegen der Gebrechen und der Fürsorgebedürftigkeit zu überzeugen und die Zustimmung des Gebrechlichen aktenmässig festzustellen, um eine Nachprüfung der

Gesetzmässigkeit zu ermöglichen. Eine bestimmte Form ist für die Einwilligung nicht vorgeschrieben. Fehlt die Einwilligung trotz der Möglichkeit der Verständigung oder wird die Letztere zu Unrecht negiert, so ist die verhängte Pflegschaft dennoch wirksam; dem Gebrechlichen ist das Recht der Beschwerde eröffnet, und er kann sich am Vormundschaftsrichter schadlos halten (§§ 1848, 1915). Sind alle Voraussetzungen erfüllt, so hat das Vormundschaftsgericht die Pflegschaft zu verhängen. Dem Pfleger ist der Kreis der Angelegenheiten, innerhalb deren er die Rechte des Gebrechlichen vertreten soll, vorzuschreiben.

Die Wirkung der Pflegschaft ist die schon oben angegebene. Ohne dass der Gebrechliche in seiner Geschäftsfähigkeit beeinträchtigt ist, kann ihn der Pfleger innerhalb des vorgeschriebenen Rayons vertreten. Die Pflegschaft tangiert für sich die Geschäftsfähigkeit durchaus nicht. Das schliesst natürlich nicht aus, dass der Pflegebefohlene nach § 104, Z. 2 geschäftsunfähig sein kann. Der geschäftsfähige Gebrechliche kann somit auf den gleichen Kreis von Angelegenheiten einwirken, dessen Besorgung dem Pfleger anvertraut ist. Jener kann also durch seine Handlungen in die Verwaltung des Pflegers störend eingreifen. Indess ist diesem Moment ein erhebliches Gewicht nicht beizulegen, weil ein Pfleger immer nur für einzelne Angelegenheiten ernannt wird, weil die Anordnung der Pflegschaft in vielen Fällen die Einwilligung voraussetzt, weil schliesslich der Pflegebefohlene die Pflegschaft aufheben kann. Haben Pfleger und Pflegebefohlener über den gleichen Gegenstand zu verschiedenen Zeiten verfügt, so ist der frühere Zeitpunkt maassgebend; haben sie zu gleicher Zeit verfügt und sich widersprochen, so sind ihre Willenserklärungen nichtig.

Weiterhin sei noch bezüglich der Wirkung der Pflegschaft bemerkt, dass nach § 53 Z.P.O. eine prozessfähige Partei, welche in einem Rechtsstreit durch einen Pfleger vertreten wird, für den Rechtsstreit einer nicht prozessfähigen Person gleichkommt. Weiterhin kommen noch bezüglich des ehelichen Güterrechts § 1418, Z. 4 (Klage der Frau auf Aufhebung der ehemännlichen Verwaltung und Nutzniessung, wenn der Mann nach § 1910 einen Pfleger zur Besorgung seiner Vermögensangelegenheiten erhalten hat), §§ 1542, 1547 (analoge Bestimmung bezüglich der Errungenschaftsgemeinschaft) und § 1428, A. 2 (Berechtigung der in Gütertrennung lebenden Frau zur Zurückhaltung ihres Beitrags zum ehelichen Aufwand) in Betracht.

Der Pflegebefohlene ist zum Vormund untauglich (§ 1781, Z. 2) (falls der Pfleger für Vermögensangelegenheiten bestellt ist), ebenso zum Gegenvormund (§ 1792, A. 4), zum Mitglied des Familienrates (§ 1866, Z. 2) und ebenso zum Pfleger (§ 1915, A. 1). Schliesslich ist seine Ernennung zum Testamentsvollstrecker unwirksam, falls die Pflegschaft die Besorgung seiner Vermögensangelegenheiten betrifft (§ 2201).

Die Pflegschaft hört, falls es sich um die Besorgung einer einzelnen Angelegenheit handelt, mit deren Erledigung auf (§ 1918, A. 3), sodann, wenn der Grund für die Anordnung der Pflegschaft weggefallen ist (§ 1919), oder wenn der Pflegebefohlene die Aufhebung beantragt (§ 1920).

Das letztere wird auch dann zutreffen können, wenn die Pflegschaft ohne die Einwilligung eingeleitet wurde, weil damals die Möglichkeit der Ver-

ständigung fehlte. Diese muss natürlich jetzt vorliegen, falls der Antrag gehört werden soll.

Die Fragen, vor deren Beantwortung der Sachverständige gestellt werden kann, sind folgende:

1. Liegt das geistige Gebrechen vor, mit dessen Vorhandensein die Bestellung der Pflegschaft begründet wird?

2. Ist das Gebrechen, falls es da ist, derart, dass es diese bestimmten einzelnen Angelegenheiten, oder einzelne der Angelegenheiten, oder einen bestimmten Kreis zu besorgen unmöglich macht?

3. Ist eine Verständigung (materiell-formell) mit dem Pflegebefohlenen möglich? Bejahendenfalls kann es sich ereignen, dass der Arzt darüber befragt wird, ob dies oder jenes Verhalten des Gebrechlichen, dessen Persönlichkeit ihm genauer bekannt ist, als Einwilligung im Sinne des Gesetzes gedeutet werden darf oder nicht.

---



## Dritter Abschnitt.

---

# Geschäftsfähigkeit im speciellen.

---

## A. Ehefähigkeit.

### Kapitel I.

#### Juristische Vorbemerkungen.

Nichtigkeit. — Nichtigkeitsklage. — Antragsberechtigung. — Wirkung der Nichtigkeit. — Heilung. — Anfechtbarkeit. — Anfechtungsklage. — Anfechtungsberechtigung. — Wirkung der Anfechtung. — Heilung. — Unterschied zwischen Nichtigkeit und Anfechtbarkeit. — Ehescheidung. — Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft. — Prozessualische Vorschrift.

Das B.G.B. gestattet eine Auflösung der Ehe in vierfacher Form, der der Anfechtbarkeit und Nichtigkeit, sowie der der Scheidung und der Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft. Die beiden erstern Formen, die der Anfechtbarkeit und Nichtigkeit, haben zur Voraussetzung, dass die vom Gesetz für die Eheschliessung vorgeschriebenen Formen nicht beobachtet worden sind oder dass bestimmte Voraussetzungen zur Zeit der Eheschliessung nicht vorgelegen haben, während der Scheidung der Ehe und der Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft eine gültige Eheschliessung vorhergegangen sein muss. Zu den ersteren Fällen muss der die Auflösung begründende Fehler schon zur Zeit der Eheschliessung vorgelegen haben, in den letzteren Fällen kann er erst nach der Eheschliessung eingetreten sein.

Die Unterscheidung zwischen Nichtigkeit §§ 1323—1329 und Anfechtbarkeit §§ 1330—1343 der Ehe entspricht den allgemeinen Grundsätzen, von denen aber mit Rücksicht auf das Wesen der Ehe nach verschiedenen Richtungen abgewichen wird.

Wann eine Ehe nichtig ist, bestimmen die §§ 1324—1328; von diesen geht uns nur der § 1325 an, der den Geisteszustand zur Zeit der Eheschliessung zum Gegenstand hat. Ohne Weiteres tritt die Wirkung der Nichtigkeit, abgesehen von § 1324, nicht ein, sondern kann nur im Wege der Nichtigkeitsklage (§ 1329) geltend gemacht werden, solange die Ehe nicht für nichtig erklärt oder aufgelöst ist (§ 1329). Die Nichtigkeitsklage kann von jedem der Ehegatten, sowie vom Staatsanwalt erhoben werden und von einem jeden Dritten, wenn für ihn von der Nichtigkeit der Ehe ein Recht oder von der Gültigkeit der Ehe eine Verpflichtung abhängt (§ 632 Z.P.O.). Wird die Nichtigkeit der Ehe ausgesprochen, so hat das zur Folge, dass die Ehe als nicht geschlossen anzusehen ist. Die Nichtigkeit der Ehe ist in den uns interessierenden Fällen heilbar,

während sonst der Begriff der Nichtigkeit principiell die Möglichkeit einer Heilung (Konvalescenz) ausschliesst. Die Heilung ist möglich durch die formlose Bestätigung nach Wegfall des fraglichen Geisteszustandes, bevor die Ehe für nichtig erklärt oder aufgelöst ist (§ 1325, A. 2).

Bei der Anfechtbarkeit genügt nicht im Gegensatz zu den allgemeinen Bestimmungen des B.G.B. die blosse Anfechtungserklärung gegenüber dem anderen Ehegatten, sondern es bedarf vielmehr der Erhebung einer besonderen Anfechtungsklage (§ 1341). Die Gründe zu einer Anfechtbarkeit geben die §§ 1331—1335 wieder; uns interessieren § 1331, der auf den Geisteszustand Bezug nimmt, sowie die §§ 1333—1334 mit ihren Bestimmungen über den Einfluss des Irrtums und der Täuschung. Zur Erhebung der Klage ist nur der Ehegatte berechtigt, der in der Eheschliessung die Schädigung seiner Interessen sieht; das ist im Falle des Irrtums der Irrende, im Falle der Täuschung der Getäuschte. Nur in bestimmten Fällen ist dem gesetzlichen Vertreter des Anfechtungsberechtigten die Erhebung der Anfechtungsklage gestattet (cf. § 1336). Hat diese Erfolg, so bewirkt sie, dass die Ehe, welche bis zur erfolgten Anfechtung als gültig angesehen wird, von Anfang an nichtig ist. Der Anfechtungsberechtigte braucht sein Anfechtungsrecht nicht auszuüben, sondern kann sich dessen begeben, entweder von vornherein, indem er nach Kenntnis des Sachverhalts die Ehe bestätigt (§ 1337, A. 2) bzw. genehmigt (§ 1337, A. 1), oder erst später, indem er die bereits erhobene Klage zurücknimmt oder nach Erhebung der Klage vor der Nichtigkeitserklärung oder vor der Auflösung der Ehe die Eheschliessung bestätigt bzw. genehmigt. Als Bestätigung wird diejenige Willensbethätigung aufgefasst, aus welcher der Wille, die Ehe auch weiterhin gültig sein zu lassen, sich unzweideutig ergibt. Ob der Beischlaf eine Bestätigung bedeutet, unterliegt noch der juristischen Controverse.

Sowohl die Anfechtungs- wie die Nichtigkeitsklage haben den Erfolg, dass die Ehe für von Anfang an nichtig erklärt wird; das B.G.B. versteht daher unter nichtigen Ehen auch anfechtbare. Wenn aber auch Nichtigkeit und Anfechtbarkeit den gleichen Effekt haben, so sind es doch auch hier ganz verschiedene Begriffe, die durchaus auseinander gehalten werden müssen: „Im allgemeinen tritt Nichtigkeit ein, wenn die Aufrechterhaltung der Ehe mit dem Wesen der Ehe und der öffentlichen Ordnung nicht vereinbar sein würde, Anfechtbarkeit, wenn es sich um einen Mangel handelt, bei welchem wesentlich das Interesse des verletzten Ehegatten darüber entscheiden muss, ob die Ehe bestehen bleiben soll oder nicht.“ (Denkschrift S. 254). Der Kreis derjenigen, die die Nichtigkeitsklage erheben können, umfasst jeden der beiden Ehegatten, den Staatsanwalt und unter besonderen Verhältnissen auch dritte Personen; zur Anfechtung ist aber nur der berechtigt, dessen Interesse verletzt ist. Die Anfechtung ist an die Innehaltung einer bestimmten Frist geknüpft, die Nichtigkeit aber nicht. Die anfechtbare Ehe ist in ihrer Gültigkeit abhängig von dem Belieben des anfechtungsberechtigten Gatten; der Wille der Gatten ist auf die Gültigkeit einer nichtigen Ehe ohne Einfluss.

Die an und für sich gültige Ehe, die auf Lebenszeit gilt, kann noch bei Lebzeiten der beiden Ehegatten gelöst werden durch die sogenannte Ehescheidung. Die Scheidung erfolgt durch Urteil. Die Auflösung der Ehe tritt mit der Rechtskraft des Urteils ein (§ 1564). Von den verschiedenen Gründen der Ehescheidung, welche in den §§ 1565—1569 angegeben sind, kommt für uns wesentlich die Geisteskrankheit des § 1569 in Betracht; bei der hierauf begründeten Ehescheidung muss mindestens ein Sachverständiger gehört werden (§ 623 Z.P.O.). Nur der gesunde Ehegatte ist berechtigt zur Klageerhebung; von Amtswegen wird nicht eingeschritten. Der

klagende Ehegatte kann statt auf Scheidung auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft klagen (§ 1575); das schliesst nicht aus, dass, wenn nicht der andere Ehegatte sogleich Scheidung beantragt, späterhin noch von jedem der beiden Ehegatten Scheidung beantragt werden kann. Während des Bestehens der Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft kann eine neue Ehe nicht geschlossen werden (§ 1586). Anderseits kann die eheliche Gemeinschaft wieder hergestellt werden (§ 1587).

Dem schuldigen (§ 1578) bzw. geistesgesunden (§ 1583) Ehegatten liegen bei der Ehescheidung die ev. Unterhaltungspflichten ob; bei der nichtigen oder anfechtbaren Ehe kann hiervon keine Rede sein.

Für die Rechtsstreitigkeiten, welche die Scheidung oder die ihr gleichstehende Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft (§ 639 Z.P.O.), die Nichtigkeit oder Anfechtung einer Ehe betreffen, ist das Landgericht, bei welchem der Ehemann seinen allgemeinen Gerichtsstand hat, ausschliesslich zuständig. (§ 606 Z.P.O.). In Ehesachen ist auf Antrag einer Partei die Öffentlichkeit auszuschliessen (§ 171 G.V.G.).

Erwähnt sei schliesslich noch § 612 Z.P.O.:

§ 612. In Ehesachen ist ein in der Geschäftsfähigkeit beschränkter Ehegatte prozessfähig; dies gilt jedoch insoweit nicht, als nach § 1336, A. 2, Satz 2 des B.G.B. nur sein gesetzlicher Vertreter die Ehe anfechten kann.

Für einen geschäftsunfähigen Ehegatten wird der Rechtsstreit durch den gesetzlichen Vertreter geführt. Der gesetzliche Vertreter ist jedoch zur Erhebung der Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens nicht befugt; zur Erhebung der Scheidungsklage oder der Anfechtungsklage bedarf er der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts.

---

## Kapitel II.

### Einfluss der Geistesstörungen zur Zeit der Eheschliessung.

§ 1303. Ein Mann darf nicht vor dem Eintritte der Volljährigkeit, eine Frau darf nicht vor der Vollendung des sechszehnten Lebensjahrs eine Ehe eingehen.

Einer Frau kann Befreiung von dieser Vorschrift bewilligt werden.

§ 1304. Wer in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, bedarf zur Eingehung einer Ehe der Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters.

Ist der gesetzliche Vertreter ein Vormund, so kann die Einwilligung, wenn sie von ihm verweigert wird, auf Antrag des Mündels durch das Vormundschaftsgericht ersetzt werden. Das Vormundschaftsgericht hat die Einwilligung zu ersetzen, wenn die Eingehung der Ehe im Interesse des Mündels liegt.

§ 1325. Eine Ehe ist nichtig, wenn einer der Ehegatten zur Zeit der Eheschliessung geschäftsunfähig war oder sich im Zustande der Bewusstlosigkeit oder vorübergehender Störung der Geistesthätigkeit befand.

Die Ehe ist als von Anfang an gültig anzusehen, wenn der Ehegatte sie nach dem Wegfalle der Geschäftsunfähigkeit, der Bewusstlosigkeit oder der Störung der Geistesthätigkeit bestätigt, bevor sie für nichtig erklärt oder aufgelöst worden ist. Die Bestätigung bedarf nicht der für die Eheschliessung vorgeschriebenen Form.

§ 1331. Eine Ehe kann von dem Ehegatten angefochten werden, der zur Zeit der Eheschliessung oder im Falle des § 1325 zur Zeit der Bestätigung in der Geschäftsfähigkeit beschränkt war, wenn die Eheschliessung oder die Bestätigung ohne Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters erfolgt ist.

§ 1336. Die Anfechtung der Ehe kann nicht durch einen Vertreter erfolgen. Ist der



anfechtungsberechtigte Ehegatte in der Geschäftsfähigkeit beschränkt, so bedarf er nicht der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters.

Für einen geschäftsunfähigen Ehegatten kann sein gesetzlicher Vertreter mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts die Ehe anfechten. In den Fällen des § 1331 kann, solange der anfechtungsberechtigte Ehegatte in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, nur sein gesetzlicher Vertreter die Ehe anfechten.

**§ 1337.** Die Anfechtung der Ehe ist in den Fällen des § 1331 ausgeschlossen, wenn der gesetzliche Vertreter die Ehe genehmigt oder der anfechtungsberechtigte Ehegatte, nachdem er unbeschränkt geschäftsfähig geworden ist, die Ehe bestätigt. Ist der gesetzliche Vertreter ein Vormund, so kann die Genehmigung, wenn sie von ihm verweigert wird, auf Antrag des Ehegatten durch das Vormundschaftsgericht ersetzt werden; das Vormundschaftsgericht hat die Genehmigung zu ersetzen, wenn die Aufrechterhaltung der Ehe im Interesse des Ehegatten liegt.

In den Fällen der §§ 1332 bis 1335 ist die Anfechtung ausgeschlossen, wenn der anfechtungsberechtigte Ehegatte nach der Entdeckung des Irrtums oder der Täuschung oder nach dem Aufhören der Zwangslage die Ehe bestätigt.

Die Vorschriften des § 1336, A. 1 gelten auch für die Bestätigung.

### 1. Ehemündigkeit.

Ehemündigkeit. — Ihre Voraussetzungen. — Ihr Beginn beim männlichen und weiblichen Geschlecht. — Sachverständigenhätigkeit.

Da zur Eheschliessung naturgemäss eine bestimmte körperliche, geistige und sittliche Reife und bei Männern eine wirtschaftliche Selbständigkeit erforderlich ist, bestimmt § 1303, dass die sogenannte Ehemündigkeit bei Männern mit der Volljährigkeit beginnt. Der Volljährigkeit steht rechtlich die Volljährigkeitserklärung gleich. Der weibliche Teil kann noch früher, mit, sogar vor dem vollendeten 16. Lebensjahre heiraten (cf. Reichsgesetz vom 6. Febr. 1875 § 28. A. 2).

Da nach § 5 die Volljährigkeitserklärung nur das Beste des Minderjährigen bezweckt, so wird der Rat des Arztes, insbesondere natürlich des Familienarztes eingeholt werden können, wenngleich ein solches Verfahren nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist. Der Sachverständige wird zu ermitteln haben, ob das erforderliche Verständnis für die durch die Ehe begründeten wirtschaftlichen Beziehungen und moralischen Pflichten vorhanden, und ob auch die körperliche Entwicklung derart ist, dass das Individuum den mit der Eingehung der Ehe verbundenen Anforderungen und Pflichten gewachsen ist. In besonderm Maasse wird hierauf bei dem weiblichen Geschlecht Rücksicht zu nehmen sein, das durch das Fortpflanzungsgeschäft ungleich mehr in Anspruch genommen wird. Dabei wird auch darauf zu achten sein, wie sich voraussichtlich die zukünftige materielle Lage der Ehegatten gestalten wird.

Ehemündigkeit hat mit der Geschäftsfähigkeit an und für sich nichts zu thun; eine 17-jährige weibliche Person kann heiraten und ist und bleibt dabei beschränkt geschäftsfähig. —

Für die Einwirkung pathologischer Abweichungen des Geisteszustandes auf die Gültigkeit der während ihres Bestehens geschlossenen Ehe ist maassgebend der Zeitpunkt der Abgabe der Eheschliessungserklärungen vor dem Standesbeamten (§ 1317, A. 1). Man wird also unterscheiden können:

1. den Einfluss der beschränkten Geschäftsfähigkeit (§§ 106, 114);
2. den der Geschäftsunfähigkeit (§ 104);
3. den der Bewusstlosigkeit oder vorübergehenden Störung der Geistesthätigkeit (§ 105, A. 2).

Aus didaktischen Gründen wird an erster Stelle die beschränkte Geschäftsfähigkeit erörtert.

## 2. Beschränkte Geschäftsfähigkeit zur Zeit der Eheschliessung.

Einwilligung beziehungsweise Genehmigung des gesetzlichen Vertreters. — Ersetzung des Vormundes durch das Vormundschaftsgericht. — Anfechtbarkeit. — Sachverständigenthätigkeit. — Trunksucht. — Geistesschwäche. — Lage des andern Gatten.

Der beschränkt Geschäftsfähige, hier also der wegen Geistesschwäche oder Trunksucht oder Verschwendung Entmündigte, bedarf zur Eingehung der Ehe nach § 1304 der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters, also des Vormundes (§§ 1793, 1897, 1901) beziehungsweise Pflegers (§§ 1909, 1915, nicht 1910). Die Zustimmung kann vor der Eheschliessung gegeben werden in der Form der Einwilligung, die eingeschränkt oder zurückgezogen werden kann. Auf Antrag des Mündels kann das Vormundschaftsgericht nach § 1304, A. 2 die Einwilligung ersetzen, wenn die Eheschliessung dem Interesse des Mündels entspricht (cf. § 1847). Der gesetzliche Vertreter kann aber anderseits nachher die Ehe genehmigen oder bestätigen und ebenfalls wieder unter den eben angegebenen Voraussetzungen durch das Vormundschaftsgericht ersetzt werden.

Trifft weder das eine noch das andere zu, so ist die Willenserklärung der Eheschliessenden nicht vollwirksam. Der beschränkt Geschäftsfähige soll des Schutzes des Vormundes hier am wenigsten entbehren und vor einer leichtsinnigen und unüberlegten Heirat bewahrt werden. Der Mangel der Zustimmung des Vormundes begründet daher die Anfechtbarkeit; ihre Ausübung steht dem gesetzlichen Vertreter zu, so lange die beschränkte Geschäftsfähigkeit noch anhält.

Nach Wiederherstellung der Geschäftsfähigkeit, also nach Aufhebung der Entmündigung, ist der betreffende Ehegatte selbst anfechtungsberechtigt; es liegt in der Natur der Sache, dass man ihm vorher die Entscheidung darüber nicht zugesteht, ob die Fortdauer der Ehe in seinem Interesse liegt. Wegen der Frist cf. § 1339. Ohne weiteres wirkt die ohne Einwilligung des gesetzlichen Vertreters geschlossene Ehe einer beschränkt geschäftsfähigen Frau nach § 1364. Der andre Ehegatte kann nicht aus dem Mangel des Willens des gesetzlichen Vertreters ein Anfechtungsrecht herleiten; höchstens trifft § 1333 beziehungsweise § 1334 zu.

Die Sachverständigenthätigkeit wird sich hier mit der Feststellung des Vorhandenseins der beschränkten Geschäftsfähigkeit nicht zu befassen haben. Denn dieser Rechtszustand wird durch die Entmündigung wegen Geistesschwäche, Trunksucht (oder Verschwendung) und nur durch diese geschaffen.

Der Psychiater wird nur darüber gehört werden können, ob die Beibehaltung der Ehe im Interesse des beschränkt geschäftsfähigen Ehegatten liegt oder nicht. Er wird darüber befragt werden können bei der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters oder der diese ersetzenden Einwilligung des Vormundschaftsgerichts (§ 1304) oder bei der Genehmigung durch den Vormund beziehungsweise durch

das Vormundschaftsgericht (§ 1337 A. 1). Die Wahrung der Interessen des beschränkt Geschäftsfähigen ist ausdrücklich vorgeschrieben nur bei der Thätigkeit des Vormundschaftsgerichts. Dass aber auch für den Vormund die gleichen Gesichtspunkte leitend sein sollen, liegt in der Natur der Sache und ergibt sich weiterhin aus §§ 1897, 1833. In keinem der vier Fälle ist die Thätigkeit eines Sachverständigen ausdrücklich vorgeschrieben.

Ist Trunksucht der Grund der Entmündigung, so wird es sicherlich berechtigt sein, von der Eingehung der Ehe abzuraten. Der Einfluss der Trunksucht auf das Familienleben in moralischer, medizinischer und sozialer Hinsicht ist so bekannt, dass es völlig genügt, nur darauf hinzuweisen. Jedenfalls sollte zuvor der Versuch der Heilung gemacht werden und erst, wenn diese einige Jahre angehalten hat, kann zur Eheschliessung geraten werden. Die Ehe aber als Heilmittel bei Trunksucht zu empfehlen ist unvorsichtig, ja leichtfertig.

Wenn Geistesschwäche des B.G.B. der Entmündigung zu Grunde liegt, so wird auch hier für die Mehrzahl der Fälle eine ablehnende Stellung berechtigt sein. Eine Entscheidung ist natürlich nur von Fall zu Fall möglich. Ein Ab-raten wird um so mehr gerechtfertigt sein, je schwerer das Leiden ist, je schlechter die Prognose zu stellen ist, je mehr die Störung endogen ist, je grösser die vorliegende hereditäre Belastung ist, je stärker das Leiden nach unsren klinischen Erfahrungen die Descendenz zu beeinflussen vermag, je weiter sich dessen sozialer Einfluss erstreckt. Die Lage des andern Ehegatten verdient insofern Beachtung, als man um so eher zu einer Eheschliessung raten wird, je kräftiger und gesunder der andre Teil ist. Ebenso wird die Aussicht auf eine günstige, sorgenlose Stellung, die durch die Eheschliessung geschaffen werden kann, im stande sein, geringere Bedenken zu zerstreuen. Das Weib verdient aus den schon oben angedeuteten Gründen eine besonders vorsichtige Beurteilung, während der Mann als der Ernährer der Familie gewürdigt werden muss. — Dass Epilepsie, Zwangsvorstellungen, Imbecillität und andre Zustände, die klinisch recht schwere Störungen darstellen, die aber doch nicht die Entmündigung wegen Geisteskrankheit verlangen, einer Eheschliessung widerraten, bedarf keiner weiteren Ausführung. Eine ausgiebige Benutzung der so ermöglichten Prophylaxe der Degeneration der Rasse liegt sicherlich im Interesse des Staates, und schon um deswillen verdiente die Hinzuziehung der psychiatrischen Expertise alle Beachtung.

### 3. Geschäftsunfähigkeit zur Zeit der Eheschliessung.

Nichtigkeit. — Heilung. — Bestätigung des Geschäftsfähigen. — Bestätigung des beschränkt Geschäftsfähigen. — Frist der Bestätigung. — Sachverständigenthätigkeit. — Paralyse. — Senile Demenz.

Da die Willenserklärung eines Geschäftsunfähigen nach § 105, A. 1 nichtig ist, und da die Eheschliessung, rechtlich betrachtet, sich als ein Rechtsgeschäft darstellt, so ist es folgerichtig, dass die Ehe nichtig ist, wenn einer der Eheschliessenden zur Zeit der Eheschliessung geschäftsunfähig war. Dieser Standpunkt musste gewahrt werden, selbst



auf die Gefahr hin, dass aus der Nichtigkeit der Ehe möglicherweise Härten und Unzuträglichkeiten sich ergeben (Mot. IV. 49). Der Hinweis auf die Härte, die darin liegt, wenn der wegen Geisteskrankheit Entmündigte gesund ist, kann kaum durchschlagend sein, da ja dann Grund zur Wiederaufhebung der Entmündigung vorliegt, und so eine Erledigung ermöglicht wird.

Wird die geschäftsunfähige Person aber wieder geschäftsfähig, „bevor die Ehe aufgelöst oder für nichtig erklärt ist, so liegt es allerdings im öffentlichen Interesse, wie im Interesse der unmittelbar Beteiligten, dass die Aufrechterhaltung der Ehe ermöglicht wird.“ „Es erscheint daher geboten, das an sich richtige Prinzip der Unheilbarkeit der Nichtigkeit hier zu durchbrechen. Der verhältnismässig einfachste und beste Ausweg ist, die Konvaleszenz der Ehe durch ausdrückliche oder stillschweigende Genehmigung des geschäftsfähig Gewordenen in der Art zuzulassen, dass die Ehe auf die Zeit zurückwirkt, in welcher die Ehe geschlossen ist.“ (Mot. IV. 50.) Diese Bestätigung, eine formlose, einseitige Willenserklärung, kann natürlich nur durch den bei der Eheschliessung geschäftsunfähig gewesenen Gatten erfolgen. Ihre Wirksamkeit ist gebunden an die Wiedererlangung der vollen Geschäftsfähigkeit; denn die Bestätigung ersetzt gewissermassen die Eheschliessung.

Ist der Bestätigende in der Geschäftsfähigkeit beschränkt, ist also die grosse Entmündigung in die kleine umgewandelt, oder ist eine Entmündigung wegen Geisteschwäche usw. bei dem bisher nur materiell geschäftsunfähigen Ehegatten erfolgt, so bedarf der bestätigende Ehegatte der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters (cf. § 111). Fehlt diese, dann treten § 1331 und § 1336 in Kraft.

Da die Bestätigung eine einseitige Willenserklärung ist, so kann der Widerspruch des andern Ehegatten die Heilung der Nichtigkeit der Ehe nicht aufhalten. Anderseits ist es diesem letztern unbenommen, auf Grund von § 1333 oder § 1334 die Anfechtungsklage zu erheben. Das Gesetz bestimmt keine Frist, innerhalb derer die Bestätigung erfolgen muss. So lange die Bestätigung nicht erfolgt, ist die Ehe nichtig, und bis dahin kann die Nichtigkeitsklage erhoben werden.

Wenn die Geschäftsunfähigkeit durch die Entmündigung wegen Geisteskrankheit bedingt ist, so richtet sich der Anfang und das Ende der Geschäftsunfähigkeit nach dem jeweiligen Stande der Entmündigung. Einer besonderen ärztlichen Sachverständigenthätigkeit bedarf es dann nicht, da der rein formale Zustand entscheidet. Schwierige Aufgaben aber harren des Psychiaters, vorausgesetzt, dass der Richter seine im Gesetz nicht ausdrücklich vorgeschriebene, aber nach Sachlage wohl stillschweigend vorausgesetzte Mithilfe verlangt, wenn die Geschäftsunfähigkeit nur materiell bedingt ist. Nicht nur die Störung, sondern auch ihr Grad ist nachzuweisen; und im vorliegenden Spezialfalle wird es wichtig sein, das Verhältnis zur Eheschliessung besonders zu prüfen (cf. S. A. 53. No. 2).

Wer geistig so geschwächt ist, dass er das Wesen der Ehe nicht zu erfassen vermag, wer jeder Ueberlegung entbehrt, so dass er ohne Besinnen die erste beste Gelegenheit zu heiraten benutzt, wer so von Wahnideen beherrscht wird, dass sein ganzes Thun und somit auch die Eheschliessung deren Ausfluss ist, ist unfähig zur Eheschliessung.

Ein grosses Kontingent stellt hier die Paralyse. Durch die gehobene Stimmung, die Selbstüberschätzung und die gesteigerte geschlechtliche Erregbarkeit, Symptome, mit denen oft genug das Hirnleiden einsetzt, ist das hinreichend begründet. Es liegt in der so charakteristischen Schwäche des

Paralytikern, wenn er nicht die mindeste Kritik in der Auswahl seiner Lebensgefährtin walten lässt, wenn er sich rein von Aeusserlichkeiten leiten lässt, wenn er geradezu Weiber der Demi-monde bevorzugt. Nur zu oft erlebt der Psychiater, dass ein Paralytiker in frischer Erregung die Anstalt betritt, der erst vor Kurzem eine viel jüngere, zudem noch sexuell besonders anspruchsvolle Frau geheiratet hat. Die Heirat mit ihren Folgen hat ihn natürlich nicht krank gemacht, wie das Volk zu glauben geneigt ist, sondern die Heirat war eben schon ein Zeichen der beginnenden Paralyse. Die Begutachtung dürfte hier meist leicht sein; und sie wird um so leichter sein, je unüberlegter der Schritt ist, und je mehr er mit dem Charakter der früheren Persönlichkeit kontrastiert. Ist das erkrankte Individuum gut situiert, so wird es gradezu, wie Cramer sagt, mehr geheiratet, als dass es heiratet.

Aehnliches kann man bei der senilen Dementia beobachten; ganz unverständige Motive, unbegründete Furcht vor schwerer Erkrankung, die Absicht, sich eine vermeintlich bessere Pflege zu sichern, ungerechtfertigter Hass gegen die Familie, die materiell geschädigt werden soll, geben die Motive ab, und in andern Fällen wieder ist es die nochmals spärlich aufflackernde Sinneslust der an seniler Manie Erkrankten, die den ungewohnten und von Niemandem erwarteten Schritt des alten, sonst so verständigen Herrn zeitigt.

#### 4. Bewusstlosigkeit oder vorübergehende Geistesstörung zur Zeit der Eheschliessung.

Bewusstlosigkeit. — Möglichkeit deren Vorkommens. — Vorübergehende Störung. — Praktische Möglichkeit. — Irrtum der Standesbeamten. — Sachverständigenhätigkeit.

Nach dem bisher bereits Mitgeteilten können wir uns kurz fassen über die Bedeutung der Bewusstlosigkeit und vorübergehenden Störung der Geistesthätigkeit; es sei hier auf die bezüglichen Auslassungen im allgemeinen Teile (cf. Abschnitt II. Kap. II) verwiesen.

Dass Bewusstlosigkeit zur Zeit der Eheschliessung vorgelegen hat, ist an und für sich wenig wahrscheinlich, wenn auch nicht grade unmöglich. Da die Ehe dadurch geschlossen wird, dass vor dem Standesbeamten die Verlobten die erforderlichen Erklärungen abgeben, und da die Bewusstlosigkeit sich meist in einer auch dem Laien ersichtlichen Weise kundgibt, so dürfte es während ihres Bestehens nicht so leicht zu einer Eheschliessung kommen. Der Standesbeamte lehnt die Eheschliessung ab oder schiebt sie auf. Da aber doch anderseits der Bewusstlose sich so benehmen kann, dass er während der Dauer der Bewusstlosigkeit in nichts von seinem sonstigen Verhalten abweicht, so ist ein Irrtum des Standesbeamten ja immerhin möglich. Am Ehesten dürfte man, wenn überhaupt, mit einer solchen Möglichkeit zu rechnen haben bei dem Vorhandensein eines epileptischen oder hysterischen Dämmerzustandes. Ob Hypnose in Betracht kommen kann, mögen auf dem Gebiete der Hypnose Erfahrenere und somit Berufenere entscheiden. Die durch die Bewusstlosigkeit bedingte Nichtigkeit

wird dadurch natürlich nicht aufgehoben, dass die Eheschliessung dem gesunden Willen beider Eheschliessenden durchaus entspricht. Das Aufhören der Bewusstlosigkeit gestattet aber die Konvalescenz.

Die vorübergehende Störung der Geistesthätigkeit muss natürlich, wie schon oben (S. 199—200) gesagt worden ist und wie der Wichtigkeit halber hier nochmals hervorgehoben werden soll, eine solche Intensität haben, dass sie auf die Geschäftsfähigkeit, hier speziell auf die Fähigkeit der Eheschliessung einwirkt. Wer so gehobener Stimmung ist, dass eine sachliche Kritik der einschlägigen Verhältnisse ausgeschlossen ist, wer so gedrückt ist, dass er Alles mit sich geschehen lässt, nur um nicht selbst in Thätigkeit treten zu müssen, wer so geschwächt ist, dass er ein willenloses Werkzeug seiner Umgebung ist, wer so verwirrt ist, dass er es nicht zu erfassen vermag, dass es sich um eine Eheschliessung handelt, der wird mit ähnlichen Fällen unter § 1325 fallen. Von einer gewissen praktischen Bedeutung sind die kurz vor dem Tode vollzogenen Eheschliessungen. Die Nachgiebigkeit, die zunehmende Abnahme der Urteilkraft, vielleicht noch unterstützt durch ein Fieberdelirium, werden den Sterbenden veranlassen können, sich mit der ihm aufgedrungenen Heirat einverstanden zu erklären oder eine völlig unüberlegte Heirat selbst zu bewerkstelligen. Es ist dabei nur immer vorausgesetzt, dass der Standesbeamte nicht an dem sonderbaren und abnormen Gebahren der Eheschliessenden Anstoss nimmt. Indess wird es ja vorkommen können, dass z. B. der Schwachsinnige von seiner Umgebung vorher so unterrichtet wird, dass er den an ihn bei der Eheschliessung selbst gestellten Forderungen gerecht wird, ohne Jemandem aufzufallen. In andern Fällen wird das absonderliche Benehmen des Eheschliessenden eine andre Deutung zulassen, zumal wohl Keiner bei diesem wichtigen Schritte ganz der Alte bleibt. Der Eine ist lustig, ausgelassen, voller Freude, am Ziele seiner Wünsche zu sein, der Andre auffallend ernst, still, fast gedrückt in Hinsicht auf die gewichtige Bedeutung des Schrittes, den er thut. Die Uebergänge zu maniakalischen und melancholischen Störungen sind, wenn man will, fliessende. Es wird daher auch die der Eheschliessung vorausgegangene Zeit neben der ganzen Persönlichkeit des Eheschliessenden berücksichtigt werden müssen.

Schliesslich kann noch der Sachverständige in Thätigkeit treten, wenn die Frage zur Diskussion steht, ob die Bewusstlosigkeit verschwunden oder die vorübergehende Störung der Geistesthätigkeit derart abgeklungen ist, dass eine rechtlich wirksame Bestätigung der Ehe zulässig erscheint oder nicht.

---

### Kapitel III.

#### Anfechtung der Ehe wegen Irrtum oder Täuschung.

§ 1333. Eine Ehe kann von dem Ehegatten angefochten werden, der sich bei der Eheschliessung in der Person des andern Ehegatten oder über solche persönliche Eigenschaften des andern Ehegatten geirrt hat, die ihn bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Wesens der Ehe von der Eingehung der Ehe abgehalten haben würden.



§ 1334. Eine Ehe kann von dem Ehegatten angefochten werden, der zur Eingehung der Ehe durch arglistige Täuschung über solche Umstände bestimmt worden ist, die ihn bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Wesens der Ehe von der Eingehung der Ehe abgehalten haben würden. Ist die Täuschung nicht von dem andern Ehegatten verübt worden, so ist die Ehe nur dann anfechtbar, wenn dieser die Täuschung bei der Eheschliessung gekannt hat.

Auf Grund einer Täuschung über Vermögensverhältnisse findet die Anfechtung nicht statt.

### 1. Juristische Bemerkungen.

Berechtigung der gemeinsamen Besprechung. — Uebereinstimmung der beiden Paragraphen. — Wesen der Ehe. — Nichtheirat gleich verständiger Würdigung. — Individueller Standpunkt des Anfechtenden. — Kenntnis zur Zeit der Eheschliessung entscheidet. — Unterschiede der beiden Paragraphen. — Irrtum. — Dessen Entstehung. — Arglistige Täuschung. — Deren Voraussetzungen. — Urheber der Täuschung. — Ursächlicher Zusammenhang zwischen Täuschung und Eheschliessung. — Verhältnis von Täuschung zu Irrtum. — Persönliche Eigenschaften. — Umstände. — Verhältnis der beiden Paragraphen zu einander.

Die grosse innere Aehnlichkeit der beiden, Spezialfälle zu den allgemeinen Bestimmungen (§§ 119, 123) darstellenden Paragraphen, die sich noch gradezu in einer stellenweise wörtlichen Uebereinstimmung kundgibt, verrät ihre Entstehung aus einer gemeinsamen Quelle. Es erscheint daher auch gerechtfertigt, die beiden Paragraphen zusammen zu besprechen, zuerst in den Punkten, in denen sie übereinstimmen, und dann in ihren Unterschieden.

Beide Paragraphen erwähnen, um einen möglichst neutralen Ausdruck zu gebrauchen, Momente, die auf den einen Ehegatten Bezug haben, und die den andern Ehegatten zur Anfechtung der Eheschliessung berechtigen. Diese Momente müssen aber von besonderer, in beiden Fällen übereinstimmender Qualität sein, wenn ihnen das Gesetz eine Beachtung einräumen will; sie müssen derart sein, dass sie den anfechtenden Ehegatten bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Wesens der Ehe von der Eingehung der Ehe abgehalten haben würden. Die Voraussetzungen sind mithin zweierlei Art:

1. Eine Nichtschliessung der Ehe, welche durch die Berücksichtigung des fraglichen Momentes begründet wäre, müsste einer verständigen Würdigung des Wesens der Ehe entsprechen, und

2. müssen die Momente derart sein, dass sie im vorliegenden Falle bei vorheriger Kenntnisnahme den anfechtenden Ehegatten von der Eheschliessung zurückgehalten haben würden.

Was ist aber das Wesen der Ehe? Das B.G.B. gibt uns indirekt darüber Aufschluss und gleicht in seiner Auffassung den Motiven. Nach diesen sind die aus dem Wesen der Ehe sich ergebenden persönlichen Rechte und Pflichten der Ehegatten untereinander in erster Linie sittlicher Natur, unbeschadet natürlich ihrer rechtlichen Seite (Mot. IV, S. 104). Der sittliche Grundgedanke des durch die Ehe unter den Ehegatten begründeten persönlichen Verhältnisses wird auch in einer R.G.E. S.S. Bd. 8, No. 4 hervorgehoben, wenn diese sagt: „Die Ehe ist kein Gesellschaftsvertrag, sondern die Verbindung von Mann und Weib zu ungeteilter Lebensgemeinschaft, das *consortium omnis vitae, divini et humani iuris communicatio*.“ Dieser Auffassung der Ehe als eines vorwiegend unter dem Sittengesetz stehenden Institutes entsprechen die aus der Eheschliessung sich ergebenden Pflichten, wie die zur gegenseitigen Treue, zur gegenseitigen Unterstützung,

Achtung und Liebe, zur Leistung der ehelichen Pflicht, zu einer zweckentsprechenden Erziehung der Kinder usw. Wird eine oder mehrere solcher Pflichten in so empfindlicher Weise vernachlässigt, dass hierunter der sittliche Bestand der Ehe leidet, so würde das deren Wesen widersprechen, ebenso wie eine völlig verkehrte Ausübung der sich aus ihr ergebenden Rechte. Es genügt nicht eine blossе Beziehung des Moments zum Wesen der Ehe überhaupt, sondern das Moment muss einen wesentlichen oder beachtenswerten Bestandteil der sittlichen Seite der Ehe ausmachen (cf. R.G.E. 17, No. 58; 23, No. 74). Es braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden, dass es dem Sachverständigen oft recht schwer fallen wird, das Moment zutreffend zu beurteilen, einmal mit Rücksicht auf die Natur des Wesens der Ehe, dann aber auch, weil eine sich erst in die Zukunft erstreckende Wirkung nachgewiesen und bewertet werden soll. Die Schwierigkeit wird dadurch noch grösser, dass uns die Psychiatrie vielfach im Stiche lässt; entweder sind die Resultate zu widersprechend, um eine gerechte Verwertung leicht oder vielleicht nur möglich zu machen, oder es handelt sich um bisher noch ungelöste Probleme. Der Richter wird die Hilfe des sachverständigen Psychiaters nur selten entbehren können, und der Psychiater wird der Gefahr ausgesetzt sein, mit Rücksicht auf seinen persönlichen Standpunkt zu diesen oder jenen wissenschaftlichen Fragen, im Hinblick auf seine eigenen Erfahrungen einen zu subjektiven Standpunkt einzunehmen. Seine persönliche Auffassung von dem Wesen der Ehe wird er auch unbewusst seinem Gutachten zu Grunde legen. Freilich braucht man daraus durchaus noch nicht den Schluss zu ziehen, wie es geschehen ist, dass nur verheiratete Psychiater gehört zu werden verdienen.

Ist nun nachgewiesen, dass eine Nichttheirat, die durch die fraglichen Momente begründet ist, als eine verständige Würdigung des Wesens der Ehe gedeutet werden kann, so muss der weitere Nachweis erbracht werden, dass dieser allgemeine, wissenschaftliche Standpunkt auch von dem anfechtenden Ehegatten geteilt wird. Es muss also jener objektive Standpunkt grade für diesen, der Beurteilung unterliegenden Fall zutreffen. Der damalige (cf. § 1317) Standpunkt verdient allein Berücksichtigung. Hat der Anfechtende inzwischen erst diesen Standpunkt gewonnen durch Belehrung von anderer Seite, so verdient er ebensowenig Beachtung wie erst nach der Eheschliessung aufgetretene Momente. Zum mindesten muss man voraussetzen, dass der Anfechtende damals wusste, dass die Eingehung der Ehe bei dem Vorhandensein der ihm später erst bekannt gewordenen Momente nicht unbedenklich war. Weitere Kenntnisse hätte er sich ja bei rechtzeitiger Kenntnisaufnahme immer noch an geeigneter Stelle verschaffen können. War er aber damals der Ansicht, dass die Momente gleichgiltig sein würden, und das wird sich nicht immer so leicht nachweisen lassen, so kann er aus jenen Momenten nicht ein Anfechtungsrecht herleiten. Das wird ebensowenig dann zutreffen, wenn überhaupt erst späterhin die bis dahin noch unbekannte Thatsache nachgewiesen wird, dass die betreffenden Momente einen nachteiligen Einfluss auf das Wesen der Ehe ausüben könnten.

Durch die Fassung („ihn“) lässt das Bürgerliche Gesetzbuch darüber nicht den mindesten Zweifel, dass auch die subjektive Auffassung des Anfechtenden bestimmend ist. Der Gefahr einer unlauteren oder unsittlichen Anwendung der Paragraphen wird dadurch vorgebeugt, dass daneben immer noch die verständige Würdigung des Wesens der Ehe verlangt wird. Der Standpunkt des Individuums muss ein wissenschaftlich berechtigter oder zu rechtfertigender sein. Bestehen über diesen schon unter Fachleuten vielfach Zweifel, so wird es noch mehr der Fall sein bei Laien. Der Stand, die Bildung, die

Erziehung, die Lebensverhältnisse, die Umgebung, in der er sich bewegt, seine berufliche Thätigkeit, alle diese Punkte erheischen Beachtung; nur so wird es gelingen, festzustellen, ob der von dem Anfechtenden vertretene Standpunkt auch wirklich mit seinen wahren Ansichten zusammenfällt. Der Psychiater wird vorsichtiger alle Folgen abwägen, als der biedere Bauersmann, ohne dass freilich auch bei jenem sich Theorie und Praxis immer decken. Die Frage erfordert eine streng individualisierende Behandlung, und diese Forderung trifft noch um so mehr zu, als das Gesetz nicht verlangt, dass der Anfechtende sich habe abhalten lassen müssen. Es genügt vielmehr schon, wenn die fraglichen Momente bei Erfüllung der anderen Bedingungen geeignet waren, ihn abzuhalten, ihn verständigerweise hindern konnten oder durften.

Es ist sehr wohl möglich, dass das gleiche Moment in dem einen Falle hinreicht, die Anfechtung der Ehe zu begründen, während es in einem zweiten Falle nicht genügt (cf. R.G.E. 34. No. 57).

Auch die zweite Frage, die den ganz subjektiven Standpunkt des Anfechtenden betrifft, wird dem Sachverständigen vorgelegt werden können. Schwierig ist sie sicherlich; vielleicht wird er sich deren Beantwortung erleichtern durch eine andersartige Formulierung der Frage, nämlich die, ob man erwarten kann, dass andere Personen in gleicher Lage bei Kenntnis der Sachlage dennoch geheiratet haben würden, oder nicht vielmehr in bewusster Absicht auf die Heirat verzichtet haben würden.

Bezüglich der Qualifizierung der zur Anfechtung berechtigenden Momente besteht in beiden Paragraphen volle Uebereinstimmung; insofern bestehen aber Unterschiede, als § 1333 von persönlichen Eigenschaften, § 1334 von Umständen handelt, und weiterhin noch insofern, als § 1333 einen Irrtum, § 1334 eine arglistige Täuschung zur Voraussetzung hat.

Der Irrtum setzt ein Nichterkennen vorhandener Momente oder deren Verkennen, deren unzutreffende Beurteilung voraus. Die Entstehung des Irrtums wird von dem Gesetzgeber mit keinem einzigen Worte berührt. Es ist mithin gleichgültig, ob der Irrende fahrlässig gehandelt hat, oder ob er bei der Aufwendung der gewohnten Sorgfalt den Irrtum hätte vermeiden können. Es ist gleichgültig, ob der Gegner von den zu seiner Person gehörigen Momenten, die nachher den Anfechtungsgrund abgeben, überhaupt etwas wusste, oder ob sie auch ihm fremd waren. Es ist schliesslich gleichgültig, ob der Gegner den Irrtum des anfechtenden Ehegatten hätte vorausschen oder erkennen können oder nicht. Es sei ausdrücklich betont, dass nach der übereinstimmenden Ansicht der Kommentare (im Gegensatz zu früher herrschenden Anschauungen, cf. S.A. 18 No. 144. 21. No. 58) fahrlässiges Verhalten des Irrenden diesen nicht des Anfechtungsrechts beraubt.

Die Thatsache des Irrtums genügt vollkommen. Natürlich wird der Gegner, um sich vor einer nachherigen Anfechtung der Ehe zu schützen, gut thun, ihm bekannte Momente, die einen Anfechtungsgrund bilden könnten, dem andren offen mitzuteilen.

Die arglistige Täuschung hat, da Täuschung die absichtliche Erregung oder Unterhaltung eines Irrtums bedeutet, zur Voraussetzung, dass dem Gegner die Momente bekannt sein müssen, hinsichtlich derer Täuschung angenommen wird. Die Täuschung muss fernerhin auch arglistig sein, d. h. der Täuschende muss wissen, dass er dem Andern mit seiner Täuschung etwas Arges thut, dass er durch die Täuschung auf seinen Willen in rechtswidriger Weise einwirkt. Es wirken also Lüge und Unehrlichkeit zusammen (Kuhlenbeck). Das Motiv der Täuschung ist belanglos. Die Täuschung, die aus einem positiven oder negativen Handeln bestehen kann, wird für gewöhnlich



die Reaktion auf ein entsprechendes Verhalten des Gegners sein. Es dürfte nicht unbedenklich sein, auch dann von arglistiger Täuschung über ein bestimmtes Moment zu sprechen, wenn dieses letztere vorher nicht in den Kreis der Erörterungen gezogen worden ist. Selbstverständlich wird rückhaltlose Offenheit zwischen den Verlobten auch hier, ebenso wie beim Irrtum, nur zu billigen sein. Die Täuschung kann von dem andren Ehegatten ausgegangen sein oder von einem dritten. In diesem letzteren Falle kann sie aber die Anfechtung nur dann begründen, wenn sie dem Gegner thatsächlich bekannt war und von ihm wissentlich und geflissentlich ausgenutzt worden ist. Ein fahrlässiges Verhalten des Gegners bei der Beurteilung der durch einen Dritten verübten Täuschung reicht nicht hin.

Ist die arglistige Täuschung von Erfolg gekrönt, so liegt auf Seiten des getäuschten und später anfechtungsberechtigten Ehegatten ein Irrtum vor, aber ein besonders gearteter. Der Gegner muss eben mit Wissen und Willen vorgegangen sein. Auf der andren Seite verlangt der Gesetzgeber, dass der Getäuschte durch die arglistige Täuschung zur Eheschliessung veranlasst worden ist. Der Nachweis des kausalen Zusammenhanges zwischen Täuschung und Eheschliessung muss erbracht werden. Hat die Täuschung einen andren Erfolg, dann ist aus ihr nachher kein Anfechtungsgrund herzuleiten. Die Abhängigkeit der Eheschliessung von dem Irrtum wird von dem Gesetz in einer weniger scharfen Weise zum Ausdruck gebracht (Irrtum bei der Eheschliessung), und das erscheint natürlich, da der Irrtum etwas Unwillkürliches ist. Andernfalls wäre es Pflicht des Ehegatten, der etwas argwöhnt, sich über den Sachverhalt bei dem andren Teile zu erkundigen, und es könnte dann nur Täuschung in Frage kommen.

Ein Irrtum auf Seiten des anfechtenden Ehegatten muss also in beiden Fällen nachgewiesen werden; im Falle des § 1334 muss aber noch der weitere Nachweis erbracht werden von dem bewussten Handeln oder Mithandeln des Täuschenden. Das erschwert natürlich die Beweislast; und unter sonst gleichen Umständen wird man natürlich bestrebt sein, mit § 1333 allein als Anfechtungsgrund auszukommen.

Bisher ist, um eine gemeinsame Behandlung der beiden Paragraphen zu ermöglichen, der nichts voraussetzende Ausdruck „Momente“ angewandt. Solche sind im § 1333 persönliche Eigenschaften, im § 1334 Umstände.

Persönliche Eigenschaften sind Momente, die in der Person des Gegners gelegen sind, zur Zeit noch vorhanden und von einer gewissen dauernden Wirksamkeit sind. Andere Personen kommen in keiner Beziehung in Betracht. Diese nur dem Individuum zukommenden Merkmale können positiv, negativ, psychisch oder physisch sein. Der Natur der Sache nach müssen die Merkmale nicht nur vor und zur Zeit der Eheschliessung, sondern auch nachher noch, zum mindesten bis zum etwaigen Abschluss des Anfechtungsprozesses, dagewesen sein. Vorübergehende Zustände können naturgemäss nicht in Betracht kommen. Für den vorliegenden Zweck wird lediglich eine bestimmte psychische Beschaffenheit des andren Ehegatten zu erörtern sein.

Die Umstände des § 1334 umfassen alle Momente, die zu der Person des Gegners in irgend einer Beziehung stehen. Es sind dies einmal die in der Person selbst gelegenen Momente, und zwar nicht nur die noch vorhandenen, sondern auch die früher dagewesenen, und dann in anderen Personen gelegene Momente, insbesondere bestimmt geartete Verhältnisse der nächsten Familie. Eine zeitliche oder örtliche Einschränkung besteht hier nicht.

Der Kreis der Anfechtungsgründe ist also im § 1334 sehr viel weiter gezogen als

in der vorhergehenden Bestimmung, andererseits aber wieder dadurch eingeschränkt, dass der fernere Nachweis des Dolus erbracht werden muss. Bei Hinzutritt des Dolus genügt schon der Irrtum über solche Momente, die nicht zu dem Persönlichkeitsbegriff gehören. Umgekehrt ist der Kreis der Gründe im § 1333 sehr viel enger gezogen, aber es genügt hier der alleinige Nachweis des Irrtums. Würde man auch dann Täuschung annehmen, wenn der Gegner es unterlassen hat, aus eigenem Antriebe über ihm bekannte und eventuell die Anfechtung stützende Umstände offen zu berichten, so würde der § 1333 nur auf solche Eigenschaften anwendbar sein, die ihrem Träger nicht bekannt waren; das dürfte aber kaum dem Zwecke des Gesetzes entsprechen. Soweit die juristische Seite der beiden Paragraphen. Bezüglich der strafrechtlichen Frage sei auf § 170 St.G.B. verwiesen.

## 2. Sachverständigenthätigkeit.

Möglichkeit des Irrs beim Laien. — Epilepsie. — Sexuelle Anomalien. — Impotenz. — Alkoholismus. — Lues. — Vorhandene Geistesstörungen. — Ueberwundene Störungen. — Deren Deutung als Umstand oder Eigenschaft. — Erbliche Belastung. — Befolgen des ärztlichen Rates. — Die an den Sachverständigen zu richtenden Fragen.

Es fragt sich, welche Zustände von psychiatrischer Seite als persönliche Eigenschaften beziehungsweise als Umstände im Sinne des § 1333 beziehungsweise 1334 aufgefasst werden können. Im Folgenden ist nicht beabsichtigt, eine auch nur leidlich vollständige Uebersicht zu geben. Der Fragen, die hier dem Sachverständigen vorgelegt werden können, gibt es zu viele, und dazu sind noch viele Punkte so umstritten, dass sich deren sachgemässe und ausreichende Erörterung an dieser Stelle schon wegen Raummangel verbietet.

Ein Irrtum über psycho-pathologische Zustände ist dem Laien weniger zu verdenken als dem Fachmann, wiewohl auch dieser natürlich gegen Irrtum nicht geschützt ist. Vor allem wird ein Irrtum, allgemein gesagt, dann möglich sein, wenn die Eigenschaft überhaupt oder zur Zeit noch wenig scharf und einwandfrei ausgeprägt ist, wenn sie nur unter besonderen Bedingungen zu Tage tritt, wenn sie eine andere Deutung zulässt, weil sie vielleicht eine ungewöhnliche Form angenommen hat, wenn sie schliesslich von dem Kranken noch zurückgedrängt oder in ihrer Intensität beeinflusst werden kann.

Nehmen wir die Epilepsie, so kann deren Kenntniss, wenn es nicht zu den ausgesprochenen Krampfanfällen kommt, selbst der Umgebung des Kranken und ebenso dem Kranken selbst Jahre lang entgehen. Der Arzt wird eine Ehe wohl stets widerraten. Der Volksmund freilich gestattet bei der Epilepsie nicht nur die Heirat, sondern empfiehlt diese als Heilmittel, und de Haën (citirt bei Féré) erzählt von einem Mädchen, das Epilepsie simulierte, um auf diesem Wege einen Mann zu bekommen. Die wissenschaftliche Forschung ist durchaus entgegengesetzter Ansicht, nicht sowohl bezüglich einer später erworbenen Epilepsie, als vielmehr ganz besonders hinsichtlich der Fälle, die sich auf erblicher Basis entwickelt haben. Wer die Gefahren der Epilepsie gerade für die Descendenten nicht kennt, der möge die erschreckenden Berichte Echeverria's durchlesen. In voller Uebereinstimmung mit ihm sagt auch Binswanger (S. 361): „Hier ist der Arzt nicht

allein berechtigt, sondern sogar verpflichtet, von der Eingehung einer Ehe strikte abzuraten. Zeigt ein Epileptiker oder eine Epileptika in ihrem somatischen und psychischen Verhalten die Stigmata der erblichen Degeneration, so halten wir die Eingehung einer Ehe für grundsätzlich ausgeschlossen.“ Aber schon die weitere Möglichkeit, dass die Epilepsie zu psychischen Störungen der mannigfachsten Art, bis zur tiefgehenden Verblödung führen kann, dürfte bei verständiger Ueberlegung eine Heirat widerraten. Man wende nicht ein, dass es zu weit gegangen sein würde, in obigen Fällen eine Anfechtung zuzulassen; man stütze nicht den Einwurf durch den Hinweis darauf, dass, wenn eine geistige Erkrankung und Verblödung hinzukomme, der § 1569 immer noch in Kraft treten könne. Denn einmal will das Gesetz doch den schützen, der eine Heirat unter von ihm ausdrücklich nicht gewollten Voraussetzungen geschlossen hat, und auf der andern Seite ist zu bedenken, dass es oft recht lange Zeit dauert, ehe die Psychose den in § 1569 vorgeschriebenen Grad erreicht hat.

Weiter verdienen hier Zwangsvorstellungen Berücksichtigung. Sind solche bei der Mutter in ausgeprägtem Maasse vorhanden, so wird dabei eine verständige Kindererziehung nicht immer möglich sein.

Die sexuellen Anomalien müssen in zweifacher Hinsicht gewürdigt werden. Einmal wird durch sie die sexuelle Seite des Ehelebens direkt berührt, und auch auf diese nimmt das Gesetz Rücksicht; und dann ist zu befürchten, dass bei erhaltener Potenz die Anomalie in gleicher oder ähnlicher Form bei den Descendenten auftritt (cf. Féré).

Die Impotentia dürfte nur insofern Beachtung erheischen, als sie die Beiwohnungsunfähigkeit betrifft. Die Impotentia coëundi kann nun auch psychisch bedingt sein und somit in unser Gebiet fallen. Meines Erachtens wird sie aber auf rechtliche Würdigung erst dann Anspruch erheben können, wenn eine zweckentsprechende Behandlung sie nicht beseitigt hat, noch nahe Aussicht auf Wiederherstellung besteht. Von dem Zwange einer Behandlung spricht freilich das Gesetz nicht; immerhin liegt sie im Interesse des kranken Teiles, wenn ihm an der Aufrechterhaltung der Ehe etwas gelegen ist. — Unter diesen Gesichtspunkt dürften auch die Zwitterbildungen fallen, deren sonst im Gesetz nicht Erwähnung getan wird.

Der Alkoholismus wird sicher auch unter § 1333 fallen können, falls er dem später anfechtenden Ehegatten bis zur Eheschliessung wirklich unbekannt blieb. Das wird am ehesten dann der Fall sein, wenn Dipsomanie vorliegt, und der kranke Teil zur Zeit seiner Anfälle etwa verreiselt war und so dem andern Teile fernblieb. Auch hier wieder sind die schon mehrfach erwähnten Gefahren für die Nachkommen und eine dem Wesen der Ehe entsprechende Lebensgemeinschaft der Ehegatten anzuführen, daneben aber noch die durch den Alkoholismus begründete Aussicht auf finanziellen Ruin, wenngleich das B.G.B. bei der Anfechtung die Vermögensverhältnisse ausdrücklich ausgeschlossen hat. — Dem Alkoholismus nahe verwandt in klinischer und rechtlicher Beziehung ist der Morphinismus, der Cocainismus oder eine andere ähnliche Sucht.



Lues interessiert hier den Psychiater insofern, als sich auf ihrem Boden späterhin schwere Gehirn- oder Nervenkrankheiten entwickeln können, nicht nur bei dem ursprünglich Erkrankten, sondern auch bei dem von ihm inficierten andern Teile und der Nachkommenschaft. Ob freilich eine auf Lues begründete Anfechtung auf rechtlichen Erfolg hoffen darf, möge dahingestellt bleiben.

Schliesslich seien hier noch Geistesstörungen erwähnt. Sie dürfen natürlich nicht so erheblich sein, dass sie an sich die Geschäftsfähigkeit aufheben oder zur Entmündigung geführt haben.

Sehr viel schwieriger zu behandeln ist die Frage, wie im Sinne des B.G.B. frühere Geisteskrankheiten gedeutet werden müssen, ob als eine persönliche Eigenschaft oder als ein Umstand.

Hat eine durch Strapazen, Kummer und unzureichende Ernährung begründete Erschöpfung eine kurz anhaltende Verwirrtheit im Gefolge gehabt, dann wird man die frühere Geistesstörung unbedenklich nur als Umstand deuten dürfen. Denn sie ist durch ganz aussergewöhnliche, ausserhalb des Individuums gelegene Ereignisse hervorgerufen. Deren nochmaliges Eintreten ist aber doch viel zu unwahrscheinlich, als dass der Gesetzgeber darauf Bezug nehmen könnte. Wenn naturgemäss auch der Ausbruch der Geistesstörung eine persönliche Disposition voraussetzt, so tritt diese doch zurück hinter den sie auslösenden Momenten; hier handelt es sich aber um eine ausgesprochen exogene Psychose. Das wird auch der Fall sein bei einem Typhusdelirium, bei einem Stupor nach schwerer Kopfverletzung. Immerhin wird hierbei in jedem Einzelfalle zu untersuchen sein, ob nicht auch dauernde Anomalien durch die gleichen Momente verursacht sind, eine leichte geistige Schwäche auf der einen, die Entwicklung des traumatischen Charakters mit Intoleranz gegen Gifte auf der andern Seite. Diese Zustände würden um so mehr Beachtung verdienen, als sie vielleicht nur das erste Glied einer Kette darstellen. Hier finden sich schon fliessende Uebergänge zwischen den beiden gesetzlichen Begriffen des Umstandes und der persönlichen Eigenschaft.

Hat schliesslich das Individuum bereits früher mehrere Anfälle einer ebenso schnell sich entwickelnden wie rasch abklingenden maniakalischen Erregung durchgemacht, lassen die verschiedenen Anfälle unter einander eine unverkennbare Aehnlichkeit erkennen, ist das Individuum zudem noch erblich belastet, so wird die Diagnose auf periodische Manie oder manisch-depressives Irresein zu stellen sein. Nach unsern klinischen Erfahrungen wird man mit einer an Gewissheit grenzenden Wahrscheinlichkeit in unbestimmter Zeit den Ausbruch weiterer Anfälle erwarten dürfen, die, wenn sie auch in der Persönlichkeit selbst hinreichend begründet sind, natürlich um so leichter sich einstellen werden, je mehr neue Schädlichkeiten einwirken. An solchen fehlt es aber nicht in der Ehe, wenigstens für den weiblichen Teil in der Form der Schwangerschaft, Geburt, des Wochenbettes und der Laktation. Sodann besteht für die Descendenz die Gefahr der erblichen Belastung, die, wenn sie nach den neueren Forschungen nicht viel grösser ist, als bei Psychosen überhaupt, dennoch eine Würdigung beanspruchen kann. Die auch in dem anfallsfreien Intervall nachweisbaren verschiedenen psychischen und

körperlichen Degenerationszeichen werden dann noch weiterhin die auch ohne sie meines Erachtens schon berechtigte Ansicht stützen können, von einer persönlichen Eigenschaft zu reden.

Die Entscheidung wird auf um so grössere Schwierigkeiten stossen, je geringer die Anzahl der überstandenen Anfälle ist. Hat sich bisher nur ein einziger Anfall abgespielt, dessen Auftreten in andrer Weise hinreichend begründet werden kann (erste Menstruation), so wird es ja vielleicht klinisch möglich sein können, mit mehr oder weniger Wahrscheinlichkeit den periodischen Charakter vorauszusagen. An und für sich wird eine positive Annahme schon eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich haben. Aber doch würde man, meine ich, Bedenken tragen, diesem klinischen Standpunkte einen so weitgehenden Einfluss auf rechtliche Verhältnisse einzuräumen und auch dann schon „persönliche Eigenschaft“ anzunehmen.

Wenn hier die Frage leichter zu stellen als zu beantworten ist, ob die Rücksicht auf eine frühere Geistesstörung bei verständiger Würdigung des Wesens der Ehe den andern Teil zu einer Trennung veranlassen soll, so wird das in erhöhtem Maasse dann zutreffen, wenn die Psychose ihrer Natur nach nicht die Gefahr der Recidive in sich trägt. Der früher hier und da verfochtene Standpunkt, dass die Ehe das beste Schutzmittel bei überstandenen Seelenstörungen sei, dürfte heute, wenigstens in dieser allgemeinen Fassung, nicht mehr giltig sein. Eine allgemeine Entscheidung zu treffen, ist nicht möglich. Man wird jeden einzelnen Fall für sich berücksichtigen müssen, nicht nur nach Art der Psychose, der etwaigen Belastung des erkrankten Teiles, sondern auch die äusseren Verhältnisse, vor allen Dingen diejenigen, innerhalb derer sich die Ehe abspielt, müssen herangezogen werden. Auch der Geisteszustand des anfechtenden Gatten darf nicht ausser Acht gelassen werden, da die Gefahren der hereditären Belastung der Descendenz grösser sind, wenn auch von seiner Seite noch ein belastendes Moment hinzukommt. Hat der Anfechtende mit aller Offenheit über sich und seine psychiatrische Vergangenheit gesprochen, so würde dann schon ein weniger belangreiches Moment von seiten des andern Ehegatten den gesetzlichen Forderungen entsprechen, wenn er den ersteren in Unwissenheit gelassen hat. Der Anfechtende hat vielleicht seinen schädigenden Einfluss gerade durch die Verbindung mit einem gesunden Ehegatten wett machen wollen, durch das Veterinärprinzip der Kreuzung mit einer Vollblutrasse, wie Romberg sich ausdrückt.

Bisher ist besprochen die rechtliche Würdigung des Einflusses von Seelenstörungen, die den Gegner betrafen, sei es, dass sie noch zur Zeit der Eheschliessung bestanden, sei es, dass sie damals bereits abgeklungen waren. Es erübrigt noch, die Seelenstörungen heranzuziehen, die Verwandte des Gegners durchgemacht haben. Somit handelt es sich um die Frage der Bedeutung der erblichen Belastung. Deren Wirkung wird natürlich um so höher zu veranschlagen sein, je grösser die Zahl der erkrankten Verwandten ist, je mehr die betreffenden Psychosen belasten, in je näherem verwandtschaftlichen Verhältnis

die Erkrankten zu dem Gegner stehen. Eine leichte, vorübergehende, nie wieder aufgetretene Gemütsstörung der Urgrossmutter ist natürlich völlig belanglos.

Wie ist dem Sinne des Gesetzes nach nun die erbliche Belastung zu deuten? Es ist angenommen, dass sie bei dem Gegner nicht zu psychischen Störungen geführt hat. Andererseits aber macht sich diese Heredität deutlich in gewissen Abweichungen vom normalen Typus, in sogenannten Degenerationszeichen körperlicher oder geistiger Art. Diese finden sich freilich auch bei ganz gesunden, aus intakten Familien stammenden Individuen. Wenn sie aber in einer grösseren Zahl und in einer beachtenswerten Stärke und Kombination vorhanden sind, dann pflegt man sie allerdings als charakteristisch aufzufassen und ihren Einfluss ins praktische Leben damit zu übersetzen, dass man sagt: Solche Individuen sind der Gefahr geistig zu erkranken, ungleich mehr, sagen wir 3—4 mal mehr ausgesetzt als andre Personen. Es handelt sich aber dabei immer nur um eine Wahrscheinlichkeitsprognose, da solche Individuen nicht unbedingt zu erkranken brauchen, sondern nur eher und leichter erkranken können. Es ist schon mehr als fraglich, ob man diesen Fall unter § 1333 subsumieren dürfte. Wenn überhaupt, dürfte nur unter diesen Voraussetzungen erbliche Belastung eine persönliche Eigenschaft bilden. Einen Anfechtungsgrund nur im Falle des Irrtums daraus herzuleiten, würde zu bedenklich sein. Etwas andres ist es schon, wenn durch die arglistige Täuschung noch der *dolus* hinzukommt. Im Allgemeinen wird man voraussetzen, dass der Einfluss der Erblichkeit, so sicher er vielfach besteht, doch in einer unzweideutigen und greifbaren Weise sich hat geltend machen müssen, ehe er eine zivilrechtliche Würdigung verdient. Die Sachlage klärt sich schon durch den Ausbruch einer Psychose auf dem Boden der Erblichkeit; aber würde deren Kenntnis allein den gesunden Teil von der Eheschliessung abgehalten haben? Dürfen wir unsere eigenen Erfahrungen heranziehen, so wird man die Frage in der Mehrzahl der Fälle verneinen dürfen. Oft genug wird der Hausarzt oder Irrenarzt gefragt von X., ob er Y. heiraten dürfe, der früher einmal geistesgestört gewesen sei, oder Z., in dessen Familie mehrfach Psychosen vorgekommen seien. Der Arzt rät nach bestem Wissen und Gewissen (natürlich unter Beobachtung von § 300 St.G.B.), und dieser Rat wird vielfach ein Abraten sein. Aber wie oft wird der Rat befolgt? Nicht etwa, als ob auch hier des Irrenarztes Meinung schlechtweg übersehen würde; er wird meist zu spät konsultiert, und dann überwiegt eben der Einfluss der Liebe, die eine verständige Würdigung des Wesens der Ehe nicht zu stande kommen lässt. Bei gar zu weitgehender Berücksichtigung aller dieser Momente „würde die Welt bald entvölkert sein, wenigstens von ehelichen Kindern“ (Savage). — Auch hier muss jeder Einzelfall für sich erörtert werden. Allgemein gültige Grundsätze werden deshalb nicht aufgestellt werden können, zumal der Einfluss der Belastung nicht von allen Seiten gleich hoch eingeschätzt wird. Trotz aller Fortschritte der Wissenschaft trifft das Wort von Geoffroy Saint-Hilaire: „L'explication complète des faits d'hérédité est hors de la portée de la science actuelle“ auch heute noch zu, und zum Beweis dessen sei auf die Arbeit von Lorenz (cf. Kirchhoff) hingewiesen,



die zeigt, dass und warum man leicht geneigt ist, den Einfluss der Erblichkeit zu überschätzen. Man vergleiche dazu die sich direkt widersprechenden Ansichten über den Wert der erblichen Belastung in der Aetiologie der Paralyse. Hier sei auf eine R.G.E. S.A. 47, No. 113 (cf. dazu S.A. 32, No. 51) hingewiesen, welche die Frage: Genügt erbliche Belastung mit der Anlage zur Geisteskrankheit als Ehenichtigkeitsgrund? verneint.

Die Fragen, die dem Sachverständigen bei der Anwendung der beiden Paragraphen vorgelegt werden können, dürften folgende sein:

a) Im Falle des § 1333.

1. Ist das von dem Anfechtenden angegebene Moment als eine persönliche Eigenschaft im Sinne des Gesetzes aufzufassen?
2. Ist die von dem Anfechtenden angegebene persönliche Eigenschaft des Gegners wirklich vorhanden?
3. Kann eine durch die Rücksicht auf diese Eigenschaft begründete Aufhebung des Verlöbnisses als eine verständige Würdigung des Wesens der Ehe aufgefasst werden? (Die wissenschaftliche Anschauung.)
4. Ist eine gleiche Auffassung von dem Anfechtenden zu erwarten? (Die individuelle Anschauung.)

Die weitere Frage: War die Eigenschaft des Gegners so, dass der Anfechtende sich hinsichtlich ihrer wirklich geirrt hat? wird dem Sachverständigen kaum vorgelegt werden, da es sich hier um eine reine Thatbestandsfrage handelt.

b) Im Falle des § 1334.

1. Ist der von dem Anfechtenden angegebene Umstand wirklich vorhanden?
2. Kann eine durch die Rücksicht auf diesen Umstand begründete Auflösung des Verlöbnisses als eine verständige Würdigung des Wesens der Ehe aufgefasst werden?
3. Ist eine gleiche Auffassung von dem Anfechtenden zu erwarten?
4. Kannte der Gegner diesen Umstand?, mit andern Worten, muss die Verneinung des Umstandes von seiner Seite als Täuschung des später Anfechtungsberechtigten aufgefasst werden oder nicht?

## Kapitel IV.

### Die Ehesecheidung wegen Geisteskrankheit.

#### a) Voraussetzungen der Ehesecheidung.

Notwendigkeit der ärztlichen Begutachtung. — Deren Wegfall bei Ablehnung.

Welcher Kämpfe es bedurft hat, ehe die Ehesecheidung wegen Geisteskrankheit zugelassen wurde, weiss jeder, der den Werdegang des § 1569 verfolgt hat. Man befürchtete dessen missbräuchliche Anwendung, und um diese zu verhüten, forderte man eine Reihe von Sicherheitsmaassregeln.

Unter anderen wurde verlangt, dass die Aussprechung einer Scheidung wegen Geisteskrankheit abhängig gemacht werde von einer vorhergehenden Untersuchung durch Sachverständige.

Der einschlägige § 623 der Z.P.O. lautet:

„Auf Scheidung wegen Geisteskrankheit darf nicht erkannt werden, bevor das Gericht einen oder mehrere Sachverständige über den Geisteszustand des Beklagten gehört hat.“

Die Art der heranzuziehenden Sachverständigen wird nirgendwo vorgeschrieben. Wenn aber schon bei der im Vergleich hierzu harmlosen Entmündigung Irrenärzte bevorzugt werden sollen (cf. § 14, Z. 2 der M.V. vom 28. XI. 1899), so wird das in erhöhtem Maasse hier der Fall sein müssen, da hier nicht nur eine unendlich schwierigere Frage beantwortet, sondern auch eine unvergleichlich wichtigere Angelegenheit erledigt werden muss. Es liegt in der Natur der Sache, dass in erster Linie die Irrenärzte berufen sein werden, dem Richter bei der Handhabung des § 1569 zu helfen.

Der Wortlaut des § 623 Z.P.O. lässt darüber keinen Zweifel, dass der Richter eine Ehescheidungsklage abweisen kann, ohne einen Sachverständigen zuvor gehört zu haben, gleichwie bei der Entmündigung (§ 655 Z.P.O.). Eine andre Frage ist freilich die, ob der Richter diese ihm gesetzlich gewährte Möglichkeit in die Praxis übersetzen wird.

Der Sachverständige hat damit seine Aufgabe nicht erfüllt, dass er den Nachweis des Vorhandenseins einer Geistesstörung schlechtweg erbringt. Diese soll vielmehr besonders geartet, oder, wie sich die Kommissions-Protokolle ausdrücken, qualifiziert sein, wenn sie eine Scheidung im Gefolge haben kann.

Der § 1569 des B.G.B. bestimmt:

**Ein Ehegatte kann auf Scheidung klagen, wenn der andere Ehegatte in Geisteskrankheit verfallen ist, die Krankheit während der Ehe mindestens drei Jahre gedauert und einen solchen Grad erreicht hat, dass die geistige Gemeinschaft zwischen den Ehegatten aufgehoben, auch jede Aussicht auf Wiederherstellung dieser Gemeinschaft ausgeschlossen ist.**

Daraus ergibt sich unschwer, dass der Sachverständige drei Fragen zu beantworten hat:

1. Hat die Geisteskrankheit während der Ehe mindestens 3 Jahre gedauert?
2. Hat sie einen solchen Grad erreicht, dass die geistige Gemeinschaft zwischen den Ehegatten aufgehoben ist?
3. Ist jede Aussicht auf Wiederherstellung dieser Gemeinschaft ausgeschlossen?

### 1. Dreijährige Dauer der Geisteskrankheit.

(jurist.) Bedeutung des Wortes „Geisteskrankheit“. — Geisteskrankheit nach § 6, Z. 1. — Hier andre Auffassung zulässig. — Kein Entmündigungszwang. — Entmündigung wegen Geistesschwäche kein Gegengrund. — Gesetzliche Vertretung. — Pfleger. — Keine Anstaltsbeobachtung. — Fristberechnung (Beginn — Schluss). — Beginn mit 1900? — Dauer. — Psychiatr. Sachverständigenthätigkeit.

In konsequenter Durchführung des auch an andern Stellen eingenommenen Standpunktes vermeidet es die Gesetzgebung, hier einen der klinischen Terminologie entlehnten Ausdruck anzuwenden, und ebenso eine Definition dessen zu geben, was sie unter Geisteskrankheit verstanden wissen will.

Hinsichtlich der in der Vergangenheit liegenden Abschnitte der Störung werden keine qualitativen Forderungen aufgestellt. Da aber der Ausdruck „Geisteskrankheit“ in den die Entmündigung regelnden Bestimmungen stets eine ganz besondere Bedeutung hat und bei der Regelung der Geschäftsfähigkeit beibehält, so wirft sich die Frage

auf, ob die zur Ehescheidung berechtigende Psychose während der 3 Jahre ebenfalls so beschaffen gewesen sein muss. Was dafür spricht, ist das, dass der Gesetzgeber immer und stets an der von ihm einmal eingeschlagenen Terminologie festhält. Das ist aber auch alles. An und für sich hat aber doch die Entmündigung mit der Ehescheidung nichts zu thun, und die für beide Fälle durch das Gesetz vorgeschriebene Geistesstörung braucht daher auch durchaus nicht von gleicher Schwere zu sein. Geisteskrankheit als Grund zur Entmündigung bedeutet schon eine recht erhebliche Störung, und würde man diese auch hier verlangen und weiterhin fordern, dass sie drei Jahre während der Ehe bestanden haben muss, so würde man dadurch die schon sowieso bestehende Schwierigkeit der Ehescheidung unberechtigter Weise wesentlich vermehren. Es lässt sich ebenso die Auffassung rechtfertigen, dass Geisteskrankheit der geläufige Ausdruck für Psychose ist, und ich wüsste nicht, wie er im Gesetz durch einen andern volkstümlichen Ausdruck ersetzt werden könnte. Gewiss bedeutet Geisteskrankheit etwas besonderes hinsichtlich der Entmündigung, aber einmal im Gegensatz zu Geistesschwäche und dann mit Rücksicht auf die ihr folgende Geschäftsunfähigkeit.

Wenn hier die Störung, welche zur Scheidung berechtigen soll, Geisteskrankheit heisst, so werden doch nachher noch im § 1569 weitere Forderungen aufgestellt, welche die qualitativen Ansprüche regeln in einer viel klareren und prägnanteren, den besondern Verhältnissen mehr Rechnung tragenden Form. So beträchtlich auch eine Störung sein muss, die im Sinne des § 6, Z. 1 als Geisteskrankheit angesehen zu werden verdient, wird das doch nicht immer genügen, so erheblich braucht sie doch nicht zu sein, um auch die geistige Gemeinschaft aufzuheben. Obwohl nun diese letztere Forderung erheblich weiter geht, so wird doch auf den gleichen Ausdruck — „die Krankheit“ — Bezug genommen.

So viel ich sehe, nehmen viele Juristen, Theoretiker, zum Beispiel Endemann, Kaufmann, Neumann, nicht minder als Praktiker diesen Standpunkt ein, von den Psychiatern Bresler, Leppmann, Weygandt u. A. ganz zu schweigen. Meines Erachtens ist diese Ansicht durchaus gerechtfertigt.

Das Gesetz verlangt nicht, dass der geisteskranke Ehegatte zur Zeit der Ehescheidung entmündigt zu sein braucht (cf. R.G.E. 16. No. 55. 30. No. 55). Es bedarf daher auch nicht zur Einleitung des Ehescheidungsverfahrens der vorgängigen Entmündigung. Diese würde in dem Falle dann wegen Geisteskrankheit erfolgen. Auf der andern Seite kann eine Ehescheidungsklage auch gegen den anhängig gemacht werden, der wegen Geistesschwäche entmündigt ist, ohne dass verlangt wird, dass zuvor die Entmündigung wegen Geistesschwäche in eine solche wegen Geisteskrankheit umgewandelt wird (cf. R.G.E. 16. No. 55). Die Entmündigung für sich bindet nicht den Richter, der in einer von der Entmündigung unabhängigen Sache den Geisteszustand zu prüfen hat. Deshalb wird kein Entmündigungsgutachten, auch nicht beim vorgeschrittensten und klarsten Falle von Seelenstörung, die nach § 623 Z.P.O. erforderliche Begutachtung ersetzen können.

Ist der geisteskranke Ehegatte entmündigt, so wird sein Vormund der gesetzliche Vertreter in der Ehescheidungsklage sein, vorausgesetzt, dass nicht sein Vormund der andre klagende Ehegatte ist. Trifft dies zu, so muss dem kranken Gatten nach § 1909 ein Pfleger bestellt werden (cf. R.G.E. 30. No. 55).

Ist der geisteskranke Ehegatte nicht entmündigt, so wird er, der prozessunfähig ist (§ 52 Z.P.O.), durch einen ihm nur zur Führung dieses Rechtsstreites bestellten Pfleger



rechtlich wirksam vertreten werden können. Der Pfleger hat dann keine weiteren Rechte und Pflichten als diejenigen, welche sich aus der Führung des Prozesses ergeben oder doch zu demselben in unmittelbarer Beziehung stehen. Somit handelt es sich nur um eine einzelne, wenn auch in die Verhältnisse des Mündels tief eingreifende Angelegenheit (cf. R.G.E. 16. No. 55. 30. No. 55).

Nicht notwendig ist die Begutachtung auf Grund einer Anstaltsbehandlung, wenn auch der geisteskranke Ehegatte zur fraglichen Zeit in der Mehrzahl der Fälle bereits Aufnahme in der Anstalt gefunden haben dürfte, noch wird irgend welche Schuldfeststellung gefordert.

Die Geisteskrankheit (oder unsres Erachtens die Geistesstörung schlechtweg) muss während der Ehe 3 Jahre gedauert haben. Ueber den Beginn der Frist besagt das Gesetz nichts. Somit kann einer Störung nicht deshalb die Berechtigung abgestritten werden, als Ehescheidungsgrund zu gelten, weil sie bereits vor der Eheschliessung begonnen hat. Die Störung könnte sogar in ihren ersten Anfängen congenital sein. Unabhängig von dem Ehescheidungsprozess ist natürlich die Frage, ob aus dieser Störung nicht ein Grund zur Anfechtungs-, beziehungsweise Nichtigkeitserklärung der Ehe hergeleitet werden kann.

Ueber den Zeitpunkt, mit dessen Eintritt die dreijährige Frist schliesst, bestehen verschiedene Ansichten. Die einen meinen, es genüge, wenn zur Zeit der Sprechung des Urteils die 3 Jahre verflossen seien; die andern meinen, die Frist müsse bereits bei der Erstattung des Sachverständigengutachtens verstrichen sein. Ohne in diese rein juristische Streitfrage einzugehen, wird der Sachverhalt meist der sein, dass der Sachverständige sich in seinem Gutachten darüber äussern soll, ob die vorliegende Geistesstörung allen im Gesetz vorgeschriebenen Forderungen genügt. Notwendigenfalls wird er dann darauf hinweisen müssen, dass zur Zeit die dreijährige Dauer noch nicht bestehe oder noch nicht sicher nachweisbar sei. Um so mehr wird der Sachverständige darauf hinweisen müssen, als ja das Gesetz diesen bindenden Nachweis verlangt hat, um auch nach seiner Seite hin eine Fehldiagnose bezüglich der Unheilbarkeit möglichst zu verhüten. Stellt sich aber im Verlaufe des Rechtsstreites heraus, dass die Forderung der dreijährigen Dauer erst jetzt, also nachträglich erfüllt wird, dann würde es öder Formalismus sein, die Klage nunmehr zurückzuweisen (Hubrich). Der Sicherheit halber könnte der Richter eine Ergänzung des Sachverständigen-Gutachtens herbeiführen, um so die dreijährige Dauer über allen Zweifel erhaben festzustellen (Schmidt). Eine seit 3 Jahren bestehende Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche würde den Forderungen nicht genügen, da damit die Annahme nicht ausgeschlossen ist, dass inzwischen eine Heilung eingetreten ist oder die Entmündigung überhaupt zu unrecht erfolgt ist.

Worüber kein Zweifel besteht, das ist das, dass die Krankheit während der Ehe mindestens 3 Jahre bestanden haben muss; es wird also eine mindestens dreijährige Ehe vorausgesetzt, ehe es zu einer Ehescheidung wegen Geisteskrankheit kommen kann.

Darüber herrschen in den Kreisen der Juristen verschiedene Ansichten, ob schon mit dem Zeitpunkte des Inkrafttretens des B.G.B. eine Ehescheidungsklage wegen Geisteskrankheit auch in den Bezirken mit Erfolg anhängig gemacht werden kann, wo dies früher nicht angängig war. Nöldeke, Habicht (S. 569) und Hahn bejahen die Frage unbedingt. Mit Recht kann hierbei auf A. 1 des Art. 201 des E.G. verwiesen werden, nach dem mit dem Inkrafttreten des B.G.B. einzig nach dessen Vor-

schriften die Scheidung und Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft erfolgen soll. Die dreijährige Dauer ist ja doch nur gefordert, um eine gewisse Garantie für die Feststellung der Unheilbarkeit zu schaffen; einen weitem Zweck hatte die Forderung nicht.

Das Gesetz spricht schliesslich davon, dass die Krankheit gedauert haben muss. Es kann mithin sich nur um eine und dieselbe Krankheit handeln, deren dreijährige Dauer verlangt wird; und anderseits muss sie während der ganzen Zeit bestanden haben. So wenig es notwendig ist, dass sie von Anfang an als unheilbar sich hinstellte, so wenig ist es erforderlich, dass sie während der 3 Jahre immer den gleichen Grad zeigte. Erhebliche Besserungen können eingetreten sein, ohne die Frist zu hemmen; es kann die Besserung sogar so weit gehen, dass sie dem Laien als Genesung imponiert. Notwendig ist nur, dass die Verschlimmerungen im Wesen der Krankheit liegen. Handelt es sich um ausgesprochene Anfälle, so müssen diese endogen bedingt sein, mit andern Worten, die Anfälle dürfen nicht durch neue, von aussen einwirkende ursächliche Momente ausschliesslich ausgelöst sein. Das würde zutreffen bei den Anfällen einer periodischen Manie, vorausgesetzt, dass auch die übrigen Postulate erfüllt werden; das würde ebenso der Fall sein bei dem circulären Irresein und würde damit beweisen, dass es bei der Berechnung der Dauer nicht auf die gleiche Krankheitsform des Anfalls als vielmehr auf die einheitliche Ursache, auf die Identität der Krankheit ankommt. Geht anderseits dem Beginn der Paralyse ein Fieberdelirium voraus, so darf dieses nicht miteingerechnet werden, da Fieberdelirium und die nachher ausbrechende Paralyse nichts miteinander zu thun haben.

Um so eher konnte der Gesetzgeber davon Abstand nehmen, bestimmte qualitative Anforderungen an den in der Vergangenheit liegenden Teil der Störung zu stellen, als die Forderungen für jetzt und später so hoch gestellt sind, dass mit ihnen zusammengehalten der blosse Nachweis einer dreijährigen Dauer einer Störung überhaupt genügen dürfte, Missgriffen nach Kräften vorzubeugen.

Dem Sachverständigen dürfte dieser Teil der Aufgabe die relativ geringsten Schwierigkeiten machen. Er hat den Kranken jetzt vor sich und kann auf Grund seiner klinischen Erfahrung und der eventuell unter Eid zu vernehmenden Zeugen die bisherige Dauer ermitteln. Diese Aussagen sind einer gewissen Controle zugänglich, da die an andern Fällen gemachten Beobachtungen uns über die Glaubhaftigkeit der Zeugenaussagen aufklären können. In der Mehrzahl der Fälle wird der Kranke, wie schon gesagt, bereits längere Zeit in einer Irrenanstalt verweilt haben, und die Begutachtung dürfte dann noch weniger auf Schwierigkeiten stossen.

## 2. Aufhebung der geistigen Gemeinschaft.

(Jurist.) Begriff der geistigen Gemeinschaft. — Geistiger Tod. — Verschiedene Ansichten. — Lenel's Auffassung — deren zwei Komponenten. — Dauernd notwendige Anstaltsbehandlung nicht unbedingt gleich Aufhebung der geistigen Gemeinschaft. — Psychiatr. Sachverständigen-Thätigkeit. — Vernichtung der Persönlichkeit — deren Veränderung, — Grenzfälle. — Persönliche Vernehmung durch den Richter. — Wert der kollegialen Beurteilung.

Die zweite Forderung, die das Gesetz aufstellt, ist die, dass die Geisteskrankheit einen solchen Grad erreicht hat, dass die geistige Gemeinschaft zwischen den Ehegatten aufgehoben ist. Nebenbei sei bemerkt, dass der Ausdruck „geistige Ge-

meinschaft“ sich schon in den Motiven des preussischen Ehegesetzentwurfs von 1856 findet.

Die Beantwortung dieser Frage ist schon um deswillen schwerer, weil diese Voraussetzung den Kern der Sache, das Wesentlichste trifft. Wenn Lenel, dessen Ausführungen gerade über diesen Punkt besonders anziehend und dem Folgenden zu Grunde gelegt sind, sagt, dass in diesem Begriff „Aufhebung der geistigen Gemeinschaft“ die Hauptschwierigkeit des ganzen Paragraphen liegt, eine Schwierigkeit vor allem für den Juristen, aber auch für den Psychiater, so wird man dem nur beipflichten können.

Das Gesetzbuch selbst gibt ebenso wenig wie die Materialien Auskunft über den Begriff der „geistigen Gemeinschaft“. Nur wurde immer wieder betont, dass der geisteskranke Ehegatte einem geistig toten zu vergleichen sei. Weil die Einführung der Ehescheidung wegen Geisteskrankheit auf so vielfachen und ernsten Widerspruch stiess, benutzte man diesen Vergleich, gewissermassen, um den Bruch mit dem sonst strenge durchgeführten Verschuldungsprinzip zu entschuldigen und zu rechtfertigen. Indess kann man mit dieser Parallele nicht weit kommen. Dass eine geistige Gemeinschaft mit dem Ehegatten, der im wahren Sinne des Wortes geistig tot ist, nicht denkbar ist, ist sicherlich zuzugeben. Aber umgekehrt bedarf es nicht einer so hochgradigen Störung, um dem Sinne des Gesetzes gerecht werden zu wollen. Unzner bezeichnet als Aufhebung der geistigen Gemeinschaft den Zustand, der so beschaffen ist, dass dem geisteskranken Ehegatten das Bewusstsein des bestehenden ehelichen Bandes abhanden gekommen sei. Diese Definition ähnelt durchaus einem in der II. Kommission gestellten Antrage, der aber nicht angenommen wurde (Komm. Prot. IV. S. 423). Das ist aber, wie Schmidt ausführt, zu weit gegangen, wenn das Bewusstsein gleichbedeutend sein soll mit der blossen Erinnerung. Wird die kranke Frau nur durch die Anrede „Frau“ oder durch ihren Ring daran erinnert, dass sie verheiratet ist, so besteht offenbar noch das Bewusstsein des ehelichen Bandes; bei dem Mangel eines jeden tieferen Verständnisses von dessen wahrer Bedeutung kann aber von einem Vorhandensein der geistigen Gemeinschaft nicht wohl die Rede sein.

Endemann (Bd. II, S. 682) führt aus: „In Betracht kommt . . . , wieweit durch die Gehirnkrankung die geistige und sittliche Fähigkeit zur Fortsetzung eines gedeihlichen, dem wahren Wesen der Ehe entsprechenden Lebens aufgehoben ist.“

Offenbar will Endemann damit andeuten, in welcher Richtung die Geisteskrankheit wirken muss, um zu einer Aufhebung der geistigen Gemeinschaft zu führen. Da er aber nicht angibt, wieweit, bis zu welchem Punkte die Wirkung der Psychose vorgeschritten sein muss, um der gesetzlichen Anforderung zu genügen, so ist auch seine Definition zu unbestimmt, um dem Psychiater als brauchbare Handhabe zu dienen. Den gleichen Vorwurf trifft nach Lenel Erler (S. 119), nach dem sich die völlige Lebensgemeinschaft in der gegenseitigen mehr oder minder regen Teilnahme an allem zeigt, was das geistige Leben der Ehegatten erfüllt. Am meisten sagt Lenel die Definition Schmidt's zu, der der Ansicht ist, dass die geistige Gemeinschaft dann aufgehoben sei, wenn auf Seiten des geisteskranken Ehegatten die volle Unfähigkeit des Verständnisses und der Empfindung für das eheliche Verhältnis wie für die aus diesem Verhältnisse entspringenden sittlichen Pflichten vorliegt. Nur vermisst Lenel hier eine deutlich ausgesprochene Betonung des individuellen Verhältnisses. Es ist nicht notwendig, dass dem Geisteskranken jedes Verständnis für das eheliche Verhältnis überhaupt abhanden gekommen ist, sondern dieser Verlust muss sich auf das zwischen diesen Ehegatten bestehende Verhältnis beziehen.



Eine Bezugnahme auf die Qualität dieses Verhältnisses ist dabei durchaus nicht beabsichtigt (cf. R.G.E. 34 No. 57). Das Gegenteil dürfte vielleicht eher in der Absicht des Gesetzgebers nach der Ansicht vieler Kommentare gelegen haben. Würde die Zahl und Art der die geistige Gemeinschaft ausmachenden Beziehungen, ihre Gefühlsbetonung und Verwertung auch berücksichtigt werden müssen, so würde dadurch der Psychiater und Richter vor noch schwierigere Aufgaben gestellt werden. Sie wären eigentlich unmöglich, da sie die völlige Kenntnis der ehelichen Beziehungen im konkreten Falle zur Voraussetzung hätten. Würde die Untersuchung ergeben, dass schon vorher keine geistige Gemeinschaft bestanden hätte, so könnte die Ehescheidung nicht erfolgen, weil eine Aufhebung der geistigen Gemeinschaft in dem Falle ausgeschlossen ist, wenn die Geistesstörung auch noch so intensiv ist.

Somit handelt es sich darum, festzustellen: Wie ist die geistige Gemeinschaft beschaffen, die durch die Ehe in abstracto gefordert wird? Allzu idealistische Anschauungen wird man vermeiden müssen. Das thut Lenel, indem er unter geistiger Gemeinschaft begreift die Familieninteressen, das übereinstimmende Bewusstsein, dass man an dem Wohle des andern Ehegatten und der Kinder interessirt sei, und den übereinstimmenden Willen, diesem Wohle nach Kräften zu dienen. Im Anschluss an Lenel, nach dem geistige Gemeinschaft voraussetzt das Bewusstsein gemeinsamer Interessen und den Willen, sich in den Dienst dieser gemeinsamen Interessen zu stellen, bezeichnet Leppmann (S. 265) als Aufhebung der geistigen Gemeinschaft den Mangel des Bewusstseins gemeinsamer Interessen und der Fähigkeit und des Willens, dieselben zu fördern.

Halten wir uns an obige Definition Lenels, die meines Erachtens von den bisherigen Definitionen am meisten den Willen des Gesetzgebers widerspiegelt, so zerfällt sie in zwei Komponenten. Die geistige Gemeinschaft besteht einmal in dem Bewusstsein des hier vorliegenden ehelichen Verhältnisses und zweitens der Bethätigung des Bewusstseins.

Das Bewusstsein wird sich einmal erstrecken auf die mit dem andern Teile bestehende Ehe und dann auf die aus der Ehe, wie im allgemeinen, so auch hier sich ergebenden Pflichten. Diese bezwecken die gegenseitige körperliche, geistige und materielle Unterstützung, der aber auch die Kinder theilhaftig werden sollen. Das alleinige Vorhandensein des Bewusstseins genügt nicht, wenn es nicht nach aussen projiziert wird; es fehlt ja dann an der Möglichkeit einer Verständigung darüber (cf. Hahn), an einem deutlichen Beweise seines Vorhandenseins. Deshalb eben wird gefordert an zweiter Stelle die Ausübung einer Fürsorge für den andern Ehegatten und die Kinder, die thatsächliche Theilung der gemeinsamen Interessen. Nicht nur das Gefühl, sondern auch die Erfüllung derjenigen Aufgaben und Pflichten wird verlangt, welche mit seiner Stellung als Ehegatte unter gewöhnlichen Verhältnissen verbunden sein müssen. Diese Thätigkeit muss bewusst und gewollt sein und dem obigen Bewusstsein ihren Ursprung verdanken. Sonst würde sie auf die Stufe der Reflexe herabsinken und das Vorhandensein einer geistigen Gemeinschaft ebensowenig bedeuten, wie im obigen Beispiele das allein durch den Anblick eines Ringes ausgelöste Bewusstsein des ehelichen Bandes. Es muss, wie sich Kreuser ausdrückt, jedes spontane Interesse an der Ehe und Familie erloschen sein.

Daraus ergibt sich denn auch, dass die Notwendigkeit einer dauernden Anstaltsbehandlung nicht unbedingt das Vorhandensein der geistigen Gemeinschaft ausschliesst. Vor einer solchen Anschauung wurde schon bei den Vorarbeiten dringend gewarnt unter dem Hinweis darauf, dass dann auch körperliche Erkrankung, körperliches Siechtum

logischer Weise zur Ehescheidungsklage berechtigen müsste, wenn hierdurch eine dauernde Krankenhausbehandlung und somit Trennung von der Familie verursacht sei. „Bei der körperlichen Krankheit ist es stets möglich, das Leiden durch treue liebevolle Pflege zu erleichtern; bei der Geisteskrankheit aber wird es meist dem gesunden Gatten gar nicht gestattet sein, an der Pflege teilzunehmen“, sagte schon Savigny. Und wenn er ihn wirklich weder sehen noch sprechen kann, so besteht doch immer noch die Möglichkeit eines schriftlichen Verkehrs. Wenn nun auch die Notwendigkeit der dauernden Anstaltsbehandlung nicht den Ausschluss der geistigen Gemeinschaft beweist, so wird doch in der Mehrzahl der Fälle, in denen § 1569 ernstlich in Frage kommt, der kranke Gatte sich in einer Irrenanstalt befinden. Wohin würde es auch führen, wenn der geschiedene Gatte eine zweite Heirat eingeht, während der kranke Teil der ersten Ehe noch im gleichen Hause wohnt?

Diese Wirkung der Geistesstörung muss jetzt vorliegen. Unter welchen Umständen wird sie, allgemein gesagt, zu erwarten sein? Das ist die Frage, die der Sachverständige zu beantworten haben wird.

Die Auslegungen unterscheiden hier im grossen und ganzen zwei Möglichkeiten, die Vernichtung und die Veränderung der früheren Persönlichkeit.

Die erstere Möglichkeit wird der höchstgradigen Abschwächung der psychischen Leistungsfähigkeit entsprechen und klinisch dem Blödsinn gleichkommen. Der Kranke hat seine früheren Kenntnisse verloren und mit ihnen auch die gewöhnlichen Beziehungen zur Aussenwelt; neue Eindrücke werden nicht mehr verarbeitet. Er ermangelt jeglicher Selbständigkeit im Denken und Handeln, jeglicher altruistischer Gefühle und Neigungen, lebt nur für sich und mit sich. Dass bei einer so isolierten Stellung des Kranken die geistige Gemeinschaft nicht mehr bestehen kann, erhellt aus dem Mitgeteilten.

Wenn der Kranke nur isst und trinkt und schläft, ab und zu etwas rein mechanische Arbeit leistet, wenn er sich sonst gar nicht beschäftigt, so besteht eben keine geistige Gemeinschaft mehr. Isst der Kranke mit grossem Behagen sein Butterbrot, und motiviert er seine Freude damit, er esse seinen Gatten, wie in einem einschlägigen Falle, so wird die Beurteilung leicht sein.

Aehnlich wird es sich verhalten, wenn das ganze Thun und Denken des Kranken von Wahnideen beherrscht ist, und diese zu den durch die Ehe geschaffenen Beziehungen eine feindliche oder ablehnende, sie völlig negierende Stellung einnehmen. Dann existiert für den Gatten nicht mehr der gesunde Gatte, und das Gleiche gilt auch hinsichtlich der Kinder. Der Kranke nimmt an dem Wohlergehen seiner Familie nicht den geringsten Anteil, oder aber er erweist ihnen nur ein durch die Wahnideen falsch geführtes und nachteilig wirkendes Interesse. Maassgebend ist also der Inhalt der Wahnideen. Es kann daher in vielen Fällen von Paranoia die geistige Gemeinschaft nicht geschädigt sein.

Indes liegen die Fälle naturgemäss nicht immer so einfach. In manchen Fällen wird der Sachverständige zu der Ansicht kommen, dass zur Zeit noch keine Aufhebung der geistigen Gemeinschaft bestehe; er wird dann den die Scheidung beantragenden Ehegatten auf eine spätere Zeit vertrösten müssen.

An Grenzfällen wird es natürlich nicht fehlen. Kann der Sachverständige

nicht zu einem bindenden Schlusse kommen, so kann er es allenfalls dem Urteile des Richters überlassen, zu entscheiden, ob in dem vorliegenden Falle die geistige Gemeinschaft aufgehoben sei.

Es ist nicht ausdrücklich vorgeschrieben, dass der Richter den Geisteskranken, gegen den sich die Ehescheidung richtet, persönlich vernimmt und sich von seinem Geisteszustand überzeugt. Das Fehlen einer solchen Bestimmung dürfte aber kaum einer persönlichen Vernehmung des Kranken im Wege stehen, wenn diese der Richter durch die jeweilige Sachlage oder prinzipiell für geboten hält.

Hier und da ist die Befürchtung ausgesprochen, als ob der Richter sich gar zu sehr von seinen persönlichen Anschauungen über die Ehe leiten lassen könnte. In fast drastisch zu nennender Weise hat Kauffmann diesen Bedenken im Reichstage Ausdruck gegeben. Indes auch zugegeben, dass wirklich einmal der Richter seinen subjektiven Standpunkt nicht genügend verleugnen könnte, ist die daraus resultierende Gefahr doch schon um deswillen geringe, weil die Ehescheidung wie alle Ehesachen vom Landgericht, somit von einem Richterkollegium abgeurteilt wird. Der Kürze und Einfachheit halber ist dennoch überall nur von dem Richter gesprochen.

Jedenfalls wird in absehbarer Zeit das Reichsgericht Gelegenheit haben, sich gutachtlich zum Begriff der geistigen Gemeinschaft zu äussern, und das kann im Interesse einer erleichterten, gerechten und einheitlichen Auffassung nur erwünscht sein.

### 3. Aussichtslosigkeit der Wiederherstellung der geistigen Gemeinschaft.

(jurist.) Qualifizierte Unheilbarkeit. — Stellung des Richters zur Frage der geistigen Gemeinschaft. — Ungewissheit der Prognose. — Möglichkeit des Irrtums. — Kollegium von Sachverständigen. — Psychiatrische Sachverständigentätigkeit: Spätheilungen. — Dementia senilis. — Epileptischer Blödsinn. — Paralyse. — Alkoholismus. — Paranoia. — Dementia praecox. — Periodische, circuläre Formen. — Hysterie.

Zu den beiden, bisher behandelten Forderungen tritt noch als dritte, dass jede Aussicht auf Wiederherstellung der geistigen Gemeinschaft ausgeschlossen ist. Das Gesetz verlangt nicht nur, dass jede Möglichkeit einer Wiederherstellung der geistigen Gemeinschaft ausgeschlossen ist, sondern geht darüber hinaus: es darf nicht einmal eine Aussicht hierfür bestehen. Schon Osann gebrauchte in der Reichstagssitzung vom 26. VI. 96 den Ausdruck: „jede Aussicht nach menschlich begründeter Ueberzeugung“; mehr als eine bestimmte Gewissheit könne in menschlichen Angelegenheiten nicht gefordert werden.

Die Psychose darf somit nicht wieder heilen können; ja noch mehr, es darf nicht einmal eine solche Besserung eintreten, dass durch sie die geistige Gemeinschaft, wenn auch nur vorübergehend, wiederhergestellt werden könnte. Damit wird dann auch der Einwand hinfällig, mit dem in besonders lebhafter Weise die Einführung der Ehescheidung wegen Geisteskrankheit bekämpft wurde, dass es nämlich den kranken Gatten sehr peinlich und schmerzlich berühren würde, sich geschieden zu sehen. Der Gesetzgeber verlangt somit nicht eine Prognose schlechtweg, sondern eine qualifizierte Prognose.



Man könnte darüber streiten, ob es nicht Sache des Richters sei, allein an der Hand des ihm von dem Sachverständigen übermittelten Materials die Entscheidung zu treffen, ob hier eine Aufhebung der geistigen Gemeinschaft vorliege oder nicht. Allein es bedarf noch der weitem Feststellung, dass keine Aussicht auf deren Wiederherstellung besteht. Dies vermag nur der psychiatrisch geschulte Arzt zu entscheiden. Es würde wenigstens nicht ohne Bedenken sein, wenn in allen Fällen der Richter die Frage nach der Aufhebung der geistigen Gemeinschaft zuerst event. bejahte, und dann erst der Sachverständige sich darüber äusserte, ob Aussicht besteht, dass sich dieser momentan vorhandene Zustand, den der Richter so und so beurteilt hat, wieder bessern könnte. Denn jede Aenderung des Zustandes würde wiederum eine neue richterliche Begutachtung zur Voraussetzung haben. Der Sachverständige wird daher, wenn überhaupt, nur in äusserst schwierigen Grenzfällen dem Richter die Entscheidung darüber anheimstellen, ob nach seiner Ansicht in diesem Falle die geistige Gemeinschaft ausgeschlossen ist.

Die Aufgabe, die hiermit dem Sachverständigen gestellt wird, ist sicherlich nicht leicht. Sie verlangt aber auch nicht Unmögliches. Freilich wird bei der Gelegenheit der bekannte Satz Langermanns zitiert: Wer heilbar ist, weiss Gott allein. Aber wie schon Martini vor mehr als 40 Jahren hinzusetzte, ist dieser Satz nicht umzukehren; denn wer unheilbar ist, wissen in vielen Fällen die Irrenärzte. Jacobi meinte zwar, dass ein Richter unter Berufung auf obigen Ausspruch kurzer Hand jeden Antrag auf Ehescheidung zurückweisen könne. Davidson sowohl wie Schmidt weisen demgegenüber darauf hin, wie bedenklich und unverdient ein solcher Vorwurf gegen unsern Richterstand sei, und der letztere entkräftet die Befürchtung Jacobi's noch durch die Erwägung, dass hierüber ein Kollegialgericht entscheide.

Es wird ja keinem Irrenarzte einfallen, zu leugnen, dass er sich hinsichtlich der Prognose einmal irren könnte. Die Gefahr wird um so geringer sein, je grösser seine persönliche Erfahrung ist und je genauer er beobachtet hat. Wie sattsam bekannte Vorgänge gelehrt haben, trifft im Falle eines Irrtums das Odium stets und immer den Irrenarzt, nie den Richter, der mit der ganzen Selbständigkeit seines Urteils die Entscheidung getroffen hat. Man denke nur an die vielen sogenannten ungerechtfertigten Entmündigungen, selbst dann, wenn der Vormund das Geld seines Mündels vergeudet hat, trifft das Odium nur den Arzt, so unschuldig er auch sein mag. Das Gleiche wird auch hier zu erwarten sein, und das wird den Irrenarzt nur veranlassen, noch vorsichtiger zu sein, falls dies überhaupt möglich ist. Es ist daher hier und da der Vorschlag aufgetaucht, dass zwei Sachverständige den Kranken untersuchen sollen, von denen der eine vom Gericht, der andre von dem Gesunden ernannt werden soll. Ja, manche gehen darüber hinaus und wünschen noch einen dritten Gutachter, dessen Benennung dem gesetzlichen Vertreter des Kranken überlassen bleibe. Eine derartige Bestimmung hat sicherlich manches für sich; sie existiert aber nicht. Es muss nur mindestens ein Sachverständiger gehört werden.

Das Anhören mehrerer Sachverständigen ist aber daneben vom Gesetz ausdrücklich gestattet. Aber auch selbst damit würde die Möglichkeit eines Irrtums

nicht ausgemerzt sein. Mit einer solchen muss aber der Gesetzgeber überhaupt rechnen, sonst dürfte er auch dem Richter keine Entscheidung überlassen.

Ebenso, wie ein für unheilbar Erklärter später gesunden könnte, ist der Fall nicht ausgeschlossen, dass der gerichtlich für Verschollen Erklärte nach Jahr und Tag wieder kommt und an seiner Stelle einen andern Ehegatten findet. Sämtliche Gesetze bauen sich eben auf regulären Verhältnissen, nicht auf den seltenen Ausnahmen auf.

Wie schon oben angedeutet ist, ist die Erledigung dieser Frage die eigentliche Domäne der Sachverständigen.

Es wäre sicherlich berechtigt, an dieser Stelle bei der Besprechung der Sachverständigenthätigkeit des genaueren die einzelnen Psychosen zu besprechen grade mit Rücksicht auf ihre qualifizierte Prognose. Der Versuch, dieser Aufgabe gerecht zu werden, ist bereits von andern gemacht (Kreuser, Burgl). Dennoch sei davon Abstand genommen. Die absolute Uneinigkeit in der klinischen Terminologie fordert wirklich nicht zu einer derartigen Arbeit auf; zudem würde diese, wenn sie nur einigermaassen erschöpfend sein wollte, recht umfangreich sein. Ausschlaggebend ist aber vor allem der Umstand, dass der § 1569 uns vor eine noch völlig neue Aufgabe stellt. Da erscheint es fast wünschenswerter, erst einschlägige Erfahrungen zu sammeln, und das wird um so eher möglich sein, als die Psychiatrische Wochenschrift es in dankenswerter Weise unternommen hat, casuistisches Material zu veröffentlichen (Backenköhler, Cramer, Kreuser, Moeli, Näcke, Pelman).

Dass es vorkommt, dass Irrsinn nach vieljähriger Dauer doch noch geheilt wird, war schon lange bekannt. Grade darauf hatte unter Andern von Krafft-Ebing besonders aufmerksam gemacht. Dass diesem Thema jetzt erneute und erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt wird, ist zu natürlich und wird bewiesen durch 2 jüngst erschienene Arbeiten von Franz Wolf und Kreuser, die über 11 beziehungsweise 13 Fälle von Spätheilungen oder erhebliche Spätbesserungen berichten. Kreuser weist auf einzelne Fälle von Genesung nach 21jähriger Krankheit hin. Schon Bacon von Verulam meinte, das Wichtigste für den Arzt sei es, die unheilbaren Fälle, welche geheilt werden, zu verzeichnen. Kreuser hebt in seiner Arbeit hervor, dass es sich häufiger um Krankheiten mit akutem Anfangsstadium und besonders um depressive Formen gehandelt habe, seltener um Psychosen, die schon nach der Art ihres Auftretens zu den chronischen gezählt werden mussten. Darauf legt Kreuser besonderes Gewicht, dass die weitgehende Besserung nicht accidentellen Momenten zuzuschreiben war. Meist sei die Besserung im Klimakterium, bei den Männern ebenfalls im entsprechenden Alter aufgetreten. Immerhin aber sind derartige Ereignisse nur *rarae aves*, nicht dazu angethan, die Berechtigung der Ehescheidung wegen Geisteskrankheit prinzipiell zu widerlegen, sondern den Arzt immer von neuem zur grössten Vorsicht zu ermahnen.

Hinsichtlich der einzelnen Krankheitsformen mögen, wie schon oben gesagt, nur wenige Andeutungen genügen.

Am leichtesten wird sich die Aufgabe bei der *Dementia senilis* gestalten. Rückbildungen sind hier, wenn einmal die Krankheit den geforderten hohen Grad erreicht hat, kaum beobachtet, und Stillstände sind ebenfalls selten; indess ist ja auch nach dem Willen des Gesetzgebers ein progressiver Verlauf durchaus nicht vorgeschrieben. Das Gleiche dürfte auch zutreffen für den durch Epilepsie begründeten Blödsinn.

Hinsichtlich der Paralyse wurde schon in den Vorarbeiten zum § 1569 darauf hingewiesen, dass gerade bei ihr eine dringende Veranlassung, die Ehescheidung wegen Geisteskrankheit zu befürworten, trotz der Sicherheit einer schlechten Prognose nicht vorliege, da die progressive Paralyse in absehbarer Zeit zum Tode führe. Indes mehren sich doch die Fälle von Beobachtungen recht langsam verlaufender Paralyse. Kräpelin verweist in seinem Lehrbuch auf einen Fall von Paralyse, der 18 Jahre dauerte. Ebenso mehren sich auch Beobachtungen von weitgehenden und erheblichen Remissionen, wenn sie auch naturgemäss zeitlich beschränkt sind. Ja, auch Heilungen sind in jüngster Zeit wieder publiziert, die man, wenn sie aus früherer Zeit stammten, auf Irrtümer in der Diagnose zurückführen zu müssen glaubte. Wie dem auch sei, jedenfalls geht daraus hervor, dass die infauste Prognose nicht mehr in dem Maasse gilt wie vordem. Mithin wird selbst die progressive Paralyse zur Vorsicht mahnen. Dass schon Anfälle aufgetreten sind, wird die Prognose im allgemeinen nur verschlechtern, und zwar um so mehr, je öfter sie auftreten, je ausgedehnter und nachhaltiger ihre Folgeerscheinungen sind. Das Gleiche wird gelten von den körperlichen Symptomen, die unabhängig von den Anfällen sich entwickelt haben. Auch hier wieder sei, um unliebsamen Ueberraschungen vorzubeugen, auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht, gewisse Fälle von *Alcoholismus chronicus* mit progressiver Paralyse zu verwechseln. *Alcoholismus* würde, wenn überhaupt, nur dann Gegenstand einer Begutachtung im Sinne des § 1569 werden, wenn eine längere, mindestens Jahre hindurch fortgeführte zweckentsprechende Behandlung keine Besserung in dem intellektuellen Ausfall oder in der Bildung von Wahnideen gebracht hat.

*Paranoia* wird nur unter den schon oben angedeuteten Voraussetzungen eine Ehescheidungsklage begründen. Sind die Wahnideen systematisiert, so wird eine Besserung um so eher ausgeschlossen sein, je länger das Leiden bereits dauert, je fester die Wahnideen unter einander verknüpft sind, je umfangreicher die Wahnbildung ist, je weniger Affekt durch sie ausgelöst wird.

Den Krankheitsformen gegenüber, die die Heidelberger Schule als *Dementia praecox* beschreibt, ist im vorliegenden Falle die grösste Vorsicht geboten. Auch Wolf weist in seiner Arbeit darauf hin, dass die Fälle der *Dementia praecox* die Hauptschwierigkeiten bieten. Absolut sichere Zeichen, die auf Unheilbarkeit hinweisen, gibt es überhaupt nicht, so auch hier. Das allgemein gültige Gesetz, dass die Aussicht um so schlechter sei, je länger die Krankheit dauere, je grösser der durch sie gesetzte Defekt sei, trifft auch hier zu. Aber vielleicht erlebt man auch bei keiner Krankheit mehr Ueberraschungen. Mit



Aschaffenburg muss man scharf trennen die rein klinische Prognose von der, kurz gesagt, Ehegemeinschaftsprognose. So schlecht auch erstere sein mag, so unsicher ist die letztere; jedenfalls ist sie viel besser, als man vielfach denkt (vergl. hierzu Kräpelin. III).

Periodische und circuläre Formen können nur dann die Ehescheidung begründen, wenn sie einen dauernden Blödsinn herbeigeführt haben. Das wird erst recht spät der Fall sein, wenn es überhaupt zu so erheblichen Störungen auf intellektuellem Gebiete kommt. Auf der Höhe der Anfälle wird ja oft genug die geistige Gemeinschaft ausgeschlossen sein; aber deren Wiedergewinnung wird in den freien Intervallen zu gewärtigen sein. Am ehesten wird man hiermit vielleicht beim Vorwiegen der depressiven Formen rechnen dürfen, wie denn überhaupt depressive Formen zu der allergrössten Vorsicht auffordern. Jahrelang dauernde schwere Melancholien hat sicherlich jeder Irrenarzt heilen sehen. Die Anfälle allein, mögen sie noch so heftig, noch so anhaltend sein, mögen sie noch so schnell sich wiederholen, sie allein würden nicht genügen.

Hysterie dürfte nur recht selten den Grund zu einer Ehescheidung abgeben können, wenngleich eine hysterische Person dem andern Gatten „vom ersten Tage ab das Leben zur Hölle machen“ kann (Cramer, S. 204).

### b) Schlussbemerkungen.

Gegenseitige Verhältnisse der 3 Voraussetzungen. — Gefahr von Missgriffen relativ gering. — Wiederholung der Klage. — Vermögensrechtliche Wirkung der Ehescheidung. — Ehescheidung nach §§ 1565—1568 und psychiatrische Sachverständigentätigkeit.

Die obigen drei Momente unterscheiden sich untereinander dadurch, dass sich das erste auf die Vergangenheit, das zweite auf die Gegenwart, das dritte auf die Zukunft bezieht. Sie sind auch sachlich von einander völlig unabhängig. Eine Psychose kann unheilbar sein, jede Aussicht auf Besserung ausschliessen, und doch mit dem weitem Vorhandensein der geistigen Gemeinschaft vereinbar sein, z. B. bei Paranoikern, die ungestört und unbehelligt sich draussen bewegen. Die Mehrzahl der acuten Psychosen ist unvereinbar mit dem Bestehen der geistigen Gemeinschaft und hat doch eine günstige Prognose.

Bei gewissenhafter, der Lage des Einzelfalles nach jeder Richtung hin gerecht werdender Begutachtung werden erhebliche Missstände kaum zu befürchten sein, jedenfalls nicht solche, welche die Aufhebung des mühsam erstrittenen Paragraphen berechtigterweise zur Folge hätten. Das wird man um so mehr erwarten dürfen, als das Landrecht mit seinen erheblich mildernden Forderungen zu Missständen keine Veranlassung gegeben hat. Man bedenke, es genügte danach die nur einjährige Dauer von Wahnsinn ohne Aussicht auf Wiederherstellung schlechtweg, und man bedenke weiter, dass eine R.G.E. aus dem Jahre 1893 den Begriff des Wahnsinns recht weit ausgedehnt hatte.

Dass die heutige Fassung des Ehescheidungsparagraphen die Ehescheidung nach Kräften erschwert hat, wird niemand leugnen. Es wird so das staatliche Interesse gewahrt, dass nur dann die Ehe geschieden wird, wenn die Fortsetzung der Ehe ein schlimmeres Uebel bedeuten würde und schlimmere Folgen befürchten lassen würde als die Trennung.

Ist die Scheidungsklage aus materiellen Gründen zurückgewiesen, weil die Geisteskrankheit zur Zeit noch nicht den gesetzlichen Anforderungen genügt, so ist späterhin eine erneute Klage möglich, der die Einrede einer rechtskräftig abgeurteilten Sache nicht hindernd im Wege steht.

Ein besonderer Schutz wird dem geisteskranken Ehegatten weiterhin noch zu Teil durch § 1478, A. 3 und § 1583. Jener Paragraph sichert ihm den Teil des Vermögens, der seiner Herkunft nach ihm gehört, dieser legt dem gesunden Ehegatten die Verpflichtung auf, dem kranken Teile Unterhalt in gleicher Weise zu gewähren, als ob er der allein für schuldig erklärte Gatte sei. Es liegt hierbei die Erwägung zu Grunde, dass der jetzt geisteskranke Ehegatte dem andern Zeit und Arbeit geopfert und auf Fortdauer der Ehe bis zum Tode gerechnet hat; daher dürfe man ihn nicht des Unterhaltsanspruchs berauben. Der gesunde Ehegatte darf sich über diese Stellungnahme des Gesetzes nicht beklagen; denn es war ja sein freier Wille, wenn er die Scheidung beantragte. Die Scheidung ist eben fakultativ aber nicht obligatorisch.

Im Anschlusse hieran darf darauf hingewiesen werden, dass nach §§ 1565—1568 ein bestimmtes Verhalten des einen Ehegatten dem andern das Ehescheidungsrecht gibt. Für psychiatrische Begutachtung wird hier dann Raum sein, wenn der schuldige Gatte die Begehung der zur Ehescheidung berechtigenden Handlungen in einem Zustande von Geistesstörung vollführt hat.

Die Zurechnungsfähigkeit (cf. R.G.E. Bd. 43. No. 67) bildet hier eine selbstverständliche Voraussetzung. Wenn die Frau, welche sich in einer Irrenanstalt als Kranke befindet, dort von einem Dritten sich schwängern lässt, so kann man ihr einen Ehebruch, einen vorsätzlichen Bruch der ehelichen Treue nicht zur Last legen (cf. Erk. des O. A. G. Jena. S. A. 5. No. 295; cf. Erk. des O. A. G. Celle. S. A. 23. No. 35). Eine böslliche Verlassung wird nicht vorliegen, wenn ein Epileptiker seine Familie in einem Dämmerzustand verlässt und durch eine amnésie rétrograde nachher seine Familienbeziehungen vergisst. Der Paranoiker, der sich seiner Frau zu entledigen versucht, von der er sich verfolgt und mit dem Tode bedroht glaubt, trachtet ihr im Sinne des § 1566 nicht nach dem Leben. Ob Trunksucht unter den § 1568 fallen wird, wird sehr von den Umständen des Falles abhängen; ohne ärztliche Expertise dürfte der Richter selten auskommen. Die Trunksucht wird dann zur Klage nicht berechtigen, wenn der Klagende die Entstehung der Trunksucht verursacht oder begünstigt hat.

Die widerrechtliche Freiheitsberaubung wird unter Umständen den Thatbestand erfüllen, wenn der Gatte seinen gesunden Partner in einer Irrenanstalt auf Grund unwahrer Anzeigen unterbringt (cf. R.E.G. 24. X. 1895).

Tritt die Geistesstörung erst späterhin d. h. nach Begehung der zur Ehescheidungsklage berechtigenden Handlung auf, macht sie die event. Bestrafung unmöglich, so wird hierdurch an der Beurteilung des fraglichen Verhaltens für die vorliegende Frage nichts geändert. Nur würde der Ausbruch einer Geistesstörung die Frist im § 1567, Z. 1 hemmen.

## B. Testierfähigkeit.

**§ 2229.** Wer in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, bedarf zur Errichtung eines Testaments nicht der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters.

Ein Minderjähriger kann ein Testament erst errichten, wenn er das sechzehnte Lebensjahr vollendet hat.

Wer wegen Geistesschwäche, Verschwendung oder Trunksucht entmündigt ist, kann ein Testament nicht errichten. Die Unfähigkeit tritt schon mit der Stellung des Antrags ein, auf Grund dessen die Entmündigung erfolgt.

**§ 2230.** Hat ein Entmündigter ein Testament errichtet, bevor der die Entmündigung aussprechende Beschluss unanfechtbar geworden ist, so steht die Entmündigung der Gültigkeit des Testaments nicht entgegen, wenn der Entmündigte noch vor dem Eintritt der Unanfechtbarkeit stirbt.

Das Gleiche gilt, wenn der Entmündigte nach der Stellung des Antrags auf Wiederaufhebung der Entmündigung ein Testament errichtet und die Entmündigung dem Antrage gemäss wieder aufgehoben wird.

**§ 2233.** Ein Testament, sowie eine einzelne in einem Testament enthaltene Verfügung kann von dem Erblasser jederzeit widerrufen werden.

Die Entmündigung des Erblassers wegen Geistesschwäche, Verschwendung oder Trunksucht steht dem Widerruf eines vor der Entmündigung errichteten Testaments nicht entgegen.

---

## Kapitel V.

### 1. Juristische Vorbemerkungen.

Bedeutung des Testaments. — Die verschiedenen Formen — ausserordentliches T. — ordentliches T. — privates T. — öffentliches T. — Beginn der Testierfähigkeit.

Das Testament ist die Urkunde, welche letztwillige Verfügungen verbrieft (Cosack). Das Testament ist ein höchst persönliches Rechtsgeschäft, das der Beeinflussung durch dritte Personen völlig entzogen werden soll. Es darf daher nur persönlich errichtet werden (§ 2064). Aus seiner Wichtigkeit ergibt sich von selbst die Notwendigkeit formeller Schutzmittel.

Das B.G.B. kennt verschiedene Formen für die Errichtung eines Testaments. Es unterscheidet in erster Linie ausserordentliche und ordentliche Testamente, je nachdem, ob diese unter aussergewöhnlichen oder gewöhnlichen Verhältnissen und Bedingungen errichtet werden.

Die ordentlichen Testamente zerfallen in die privaten und öffentlichen Testamente. Das private Testament muss nach § 2231, Z 2 von dem Erblasser unter Angabe des Ortes und Tages eigenhändig geschrieben und unterschrieben werden. Es wird daher auch das eigenhändige Testament genannt oder als das zeugenlose Testament bezeichnet, da seine Gültigkeit nicht an die Mitwirkung von Zeugen gebunden ist. Dieses holographische Testament, das nach Erfüllung der oben angeführten Formvorschriften unmittelbar gültig ist, wurde erst nach vielen Kämpfen von der Reichstagskommission angenommen.

Dem eigenhändigen Testament steht das öffentliche gegenüber, das vor einem Richter oder einem Notar (§ 2231, Z 1) errichtet wird unter Mitwirkung von Zeugen (§ 2233), die nicht minderjährig sein sollen (§ 2237, Z 1). Die Testamentserrichtung erfolgt durch mündliche Erklärung des letzten Willens oder Uebergabe einer



offenen oder verschlossenen Schrift, die von dem Erblasser oder einer anderen Person geschrieben sein kann (§ 2238, A. 1). Ueber die Errichtung des Testaments muss ein Protokoll in deutscher Sprache aufgenommen werden (§ 2240), dessen Inhalt vom § 2241 geregelt wird. Das Protokoll muss (§ 2242) vorgelesen, von dem Erblasser genehmigt und von ihm eigenhändig unterschrieben werden.

Im Hinblick auf die grosse Wichtigkeit und die tiefgreifende Wirkung der letztwilligen Verfügungen erscheint es berechtigt, die Testierfähigkeit erst in einem bestimmten Alter eintreten zu lassen, welches eine gewisse Gewähr dafür bietet, dass der Erblasser nicht nur darüber sich klar ist, wer ihm am nächsten steht, sondern dass er wirklich der Tragweite seiner Anordnungen sich bewusst ist, und dass er seine Entschliessungen frei von ungehöriger Beeinflussung trifft. Nach § 2229, A. 2 beginnt die Testierfähigkeit mit der Vollendung des 16. Jahres. Das vor dem 16. Lebensjahre errichtete Testament ist unwirksam und bleibt es auch trotz einer später erfolgenden Bestätigung. Eine Neuerrichtung ist vielmehr erforderlich.

Nur insofern ist die Testierfähigkeit des Minderjährigen nach dem 16. Jahre beschränkt, als ihm das holographische Testament nach § 2247 versagt ist. Es war beabsichtigt, den Minderjährigen so gegen die unbefugte Einwirkung anderer zu schützen (Denkschrift S. 430). Aus der gleichen Erwägung stammt weiter die Vorschrift, dass er ein öffentliches Testament nur mündlich errichten kann (§ 2238, A. 2).

Der ärztlichen Sachverständigenthätigkeit bedarf es hier begreiflicherweise nicht, wo es allein auf die Feststellung des Alters ankommt.

## 2. Testierfähigkeit entmündigter Geistesgestörter.

Wirkung der Entmündigung wegen Geisteskrankheit — wegen Geistesschwäche — wegen Trunksucht. — Unfähigkeit während der Dauer der Entmündigung. — Zwei Ausnahmen. — Sachverständigen-Thätigkeit. — Beginn der Wirkung der Entmündigung mit der Stellung des Antrags. — Fehlen dieser Bestimmung bei Geisteskrankheit.

Was den Einfluss psychischer Anomalien auf die Testierfähigkeit angeht, so seien hier zuerst die Fälle besprochen, in denen eine Entmündigung bereits erfolgt ist, und dann erst soll die Einwirkung der psychischen Störungen an sich erörtert werden.

Das B.G.B. spricht es nicht ausdrücklich aus, dass der wegen Geisteskrankheit Entmündigte und somit Geschäftsunfähige testierunfähig ist. Das ergibt sich aber mit voller Sicherheit aus § 105, A. 1.

Ausdrücklich bestimmt aber § 2229, A. 3, dass derjenige, der wegen Geisteschwäche (Verschwendung) oder Trunksucht entmündigt ist, ein Testament nicht errichten kann. Diese Unfähigkeit dauert so lange, wie die Entmündigung formell zu Recht besteht; sogen. lichte Zwischenräume sind somit belanglos.

Die gleiche Anschauung vertritt eine R.G.E. 23, No. 28, wenn sie bemerkt: „Alle neueren Kodifikationen stehen auf dem Standpunkt, dass dem Entmündigten die testamenti factio schlechthin genommen wird, dergestalt, dass er selbst dann testierunfähig ist, wenn er gänzlich oder wenigstens zeitweise, also während lichter Augenblicke, seine Handlungsfähigkeit wiedergewonnen hat.“

Nur in zwei vom Gesetzgeber ausdrücklich vorgesehenen Fällen kann auch der Entmündigte, gleichgiltig ob Geisteskrankheit, Geistesschwäche oder Trunksucht vorliegt, während der Dauer der Entmündigung mit Rechtswirksamkeit testieren (§ 2230) (cf. E.G. Art. 215, A. 2).

Das ist einmal der Fall, wenn der Entmündigte stirbt, bevor der die Entmündigung aussprechende Beschluss unanfechtbar geworden ist, beziehungsweise besser gesagt, bevor endgültig über seine Anfechtungsklage entschieden ist. Wann das der Fall ist, besagt die.Z.P.O. (§ 664, A. 3).

Es lag in der Absicht des Gesetzgebers, den Entmündigten gegen die Wirkung einer übereilten Entmündigung zu schützen. So lange der die Entmündigung aussprechende Beschluss noch anfechtbar sei, dürfe man ihm nicht als unbedingt richtig behandeln. Ein Testament, welches der Erblasser bei dieser Sachlage gemacht habe, müsse giltig sein, wenn der Tod vor der Rechtskraft des die Entmündigung aussprechenden Beschlusses eingetreten sei (cf. Komm.-Prot. V, S. 326).

Wenn die Anfechtungsklage Erfolg hat, so ist damit bewiesen, dass die Entmündigung zu Unrecht ausgesprochen ist; dann sind nach § 115 alle inzwischen vom Entmündigten vorgenommenen Rechtsgeschäfte giltig, und das gilt natürlich auch vom Testament. Hiervon ist aber der eben erwähnte Fall scharf zu trennen; er durchbricht, da die Aufhebung der Entmündigung nicht verlangt wird, das Prinzip der rechtsgeschäftlichen Wirkung einer formell zu Recht bestehenden Entmündigung.

Die zweite Möglichkeit, dass ein Entmündigter giltig testieren kann, liegt dann vor, wenn der Entmündigte nach Stellung des später erfolgreichen Antrages auf Wiederaufhebung der Entmündigung ein Testament errichtet. Denn der Erfolg des Antrages beweise, dass der Erblasser zur Zeit der Errichtung des Testaments geistig gesund gewesen sei (Komm.-Prot. V, S. 326). Dieser Fall ist das Spiegelbild der im § 115 vorgesehenen Eventualität, wenn auch nur mit alleiniger Bezugnahme auf die Testierfähigkeit.

In allen diesen Fällen wird der Jurist des Rates des Sachverständigen kaum bedürfen, da es sich lediglich um die Feststellung rechtlicher Verhältnisse handelt. Die einschlägigen Bestimmungen kann natürlich der Erblasser umgehen, wenn er ein eigenhändiges Testament errichtet und dieses auf einen rechtlich einwandfreien Termin zurückdatiert. Freilich ist im Falle des § 2230 wieder die Einrede möglich, dass der Erblasser zur Errichtung des Testaments auf Grund des § 104, Z. 2 oder § 105, A. 2 testierunfähig ist.

Eine dritte Möglichkeit der Beziehungen zwischen Entmündigung und Testierfähigkeit sieht § 2229, A. 3 vor. Danach beginnt bei demjenigen, der wegen Geisteschwäche (Verschwendung) oder Trunksucht entmündigt ist, die Testierunfähigkeit schon mit der Stellung des Antrags. Nach der Denkschrift (S. 427) ist bei diesen Personen mit der Gefahr zu rechnen, dass sie die Zeit von der Stellung des Entmündigungsantrags bis zur Entmündigung benutzen, um aus unlauteren Beweggründen, etwa aus Rachsucht, ihr Vermögen durch letztwillige Verfügungen der Familie zu entziehen. Der Antrag der Entmündigung wirkt aber nur, wenn die Entmündigung später ausgesprochen wird oder man kann, da diese allein wirkt, von einer rückwirkenden Kraft der Entmündigung sprechen. M. Levy hält diese Abweichung von der Regel für äusserst bedenklich. Somit wird auch der unter vorläufige Vormundschaft Gestellte testierunfähig sein, wenn der Antrag die Entmündigung wegen Geisteschwäche oder Trunksucht verlangt und später Erfolg hat. Da das Institut der vorläufigen Vormundschaft sicherlich nicht dazu angethan ist, das Entmündigungsverfahren zu beschleunigen, so kann die Zeit der ungewissen Testierfähigkeit recht lange anhalten. Das Gleiche wird dann eintreten, wenn Trunksucht die Entmündigung be-

gründet, auf Grund des § 681 Z.P.O. die Entmündigung aber ausgesetzt wird. § 2230 behält natürlich auch in allen diesen Fällen seine Anwendbarkeit.

Niemandem wird es entgangen sein, dass bei dieser letztgenannten Bestimmung (§ 2229, A. 3) Geisteskrankheit als Entmündigungsgrund nicht genannt ist. Worauf diese so verschiedene Behandlung der Geisteskrankheit und Geistesschwäche zurückzuführen ist, ist nicht recht ersichtlich.

### 3. Testierfähigkeit nicht entmündigter Geistesgestörter.

Die verschiedenen Möglichkeiten der Begutachtung. — Voraussetzungen der Testierfähigkeit. — Inhalt des Testaments. — Zeitliche Coincidenz von Störung und Testamentserrichtung. — Dementia senilis. — Paralyse. — Paranoia. — Schwachsinn. — Vorübergehende Störungen in ihrem Einflusse auf die Testierfähigkeit. — Notwendigkeit der Beendigung des Testaments. — Urteil des Notars, — der Zeugen. — Verkennen der Störung. — Testament Sterbender. — Selbstmord. — Verwertung der Form des Testaments.

Ernstliche Schwierigkeiten werden sich für den Sachverständigen ergeben, wenn der Geisteszustand des Testierenden zur Frage steht, ohne dass eine Entmündigung stattgefunden hat. Es giebt dann verschiedene Möglichkeiten. Einmal kann es sich um einen Zustand im Sinne des § 105, A. 2 oder aber um eine Störung gemäss § 104, Z 2 handeln. Auf der andern Seite kann die Testierfähigkeit bei einem noch zu errichtenden Testament oder bei einem bereits errichteten und durch den Tod des Erblassers in Kraft getretenen Testament in Frage stehen. Im ersteren Falle wird mithin der Sachverständige, wenn man überhaupt seinen Rat einholt, gehört, bevor das Testament errichtet wird; im letzteren Falle ist die persönliche Untersuchung nicht mehr möglich. Es leuchtet ein, dass die Begutachtung damit sicherlich nicht vereinfacht wird. (Bezüglich der pathologisch-anatomischen Untersuchung s. o. S. 226.)

Der Gesetzgeber knüpft die Wirksamkeit aller Rechtsgeschäfte an bestimmte geistige Fähigkeiten. Folgen wir Hardeland (S. 167), so muss

1. der Handelnde eine klare Vorstellung der von ihm gewollten Handlung haben.
2. Der Handelnde muss im Stande sein, die Folgen seiner Handlungen zu überlegen, soweit sie normaler Weise voraussehbar waren.
3. Ist es erforderlich, dass das Motiv der Handlung von der Geistesstörung unabhängig ist.

Was für die Rechtsgeschäfte im Allgemeinen, gilt auch für das Testament im Besonderen. Der Erblasser muss im Stande sein, den Zweck und die Bedeutung eines Testaments zu erfassen. Wenn man auch nicht voraussetzen wird, dass er in der Lage sein soll, alle Folgen seines Testaments zu übersehen, so wird man doch wenigstens verlangen, dass er die nächsten Folgen erfasst. Er muss sich bei der Abfassung seines letzten Willens von einer normalen Ueberlegung, von einer verständigen Würdigung seiner persönlichen Lage und seiner Beziehungen zur Aussenwelt, nicht von krankhaften Motiven leiten lassen. Er muss seinem Willen einen klaren und unzweideutigen Ausdruck, sei es mündlich, sei es schriftlich,



geben können. Eine um so grössere Vorsicht wird geboten sein, je grösser das Objekt ist, über welches das Testament verfügt.

Die Kenntnis der früheren Persönlichkeit aus ihren gesunden Tagen wird dem Gutachter sehr zu statten kommen, da er dann die Frage zu beantworten in der Lage ist, ob der Erblasser auch ohne Eintritt der Psychose in gleicher Weise testiert haben würde. Wenn der Mann, der für seine Familie in der aufopferndsten und selbstlosesten Weise gesorgt hat, in seinem Testament fremde Leute bevorzugt, die es nach ihrem Charakter, nach ihrer Stellung nicht verdienen, so ist das natürlich suspekt. Andererseits darf natürlich dem Umstande, dass der Erblasser seine eigenen Verwandten ausser Acht lässt, nicht eine ausschlaggebende Beweiskraft beigemessen werden. Es sei hier auf das anziehende Gutachten von L. Wille verwiesen, das die Testierfähigkeit Gottfried Keller's betrifft.

Von grösserer Wichtigkeit ist selbstverständlich das geistige Verhalten zur Zeit der Errichtung des Testaments. So wenig jede geistige Störung die Geschäftsfähigkeit beeinflusst oder gar aufhebt, so wenig ist jedes psychisch kranke Individuum testierunfähig. Die Störung muss vielmehr einen bestimmten Grad von Intensität erreicht haben. Ihr Einfluss muss so weitgehend sein, dass man annehmen kann, dass das Individuum, wenn es geistig gesund geblieben wäre, nicht in gleicher Weise testiert haben würde; oder wenn es sich um eine angeborene Störung handeln sollte, muss man ein gleiches Verhalten von andern Leuten ähnlicher Stellung nicht erwarten dürfen.

Naturgemäss wird sich der Gutachter vorzugsweise mit solchen Störungen zu befassen haben, die ganz allmählich beginnen, die schleichend einsetzen, die milde verlaufen, so dass nicht grade eine Anstaltsbehandlung oder Entmündigung von vornherein angebracht erscheint, und die erst im höheren Lebensalter auftreten, beziehungsweise infolge ihrer Art einen früheren Eintritt des Todes bewirken.

In erster Linie ist hier zu erwähnen die *Dementia senilis*. Sie kann sich zwar nur in kleinen Absonderlichkeiten, in einer verminderten Reaktionsfähigkeit äussern, ohne dass die Testierfähigkeit beeinflusst wäre. Man wird den physiologischen Einfluss des Greisenalters dabei gebührend berücksichtigen müssen. Anders ist natürlich die Sachlage, wenn der Kranke glaubt, seine Familie bestehle ihn oder sie verschwende und verprasse das von ihm mühsam erworbene Geld. Entspricht diese Auffassung nicht dem Thatbestand, und veranlasst sie die Enterbung der Familie, so ist diese nichtig. Das Gleiche trifft zu, wenn eine vorübergehende, objektiv nicht berechnigte Verstimmung ein solches Testament zeitigt. Der Altersblödsinnige wird der eignen Thatkraft verlustig gehen; er thut, was andre wollen und lässt sich von ihnen ein Testament gradezu in die Feder diktieren. Er handelt dann automatisch, nicht mit dem Willen und Bewusstsein, den das Gesetz fordert. Auch dann besteht Testierunfähigkeit.

Diese Zugänglichkeit für fremden Einfluss findet sich noch mehr bei der progressiven Paralyse; sie ist hier fast typisch und kann zu um so bedenklicheren Konsequenzen führen, als grade die ethische Seite der Persönlich-

keit bei der Paralyse erheblich leidet. Der Paralytiker ist für die plumpsten Schmeicheleien empfänglich und kann sie durch ein unsinniges Testament beantworten. Augenblickliche Stimmungen, Befriedigung sinnlicher Triebe können das ganze Testament leiten. „Der Paralytiker trifft in einem Eisenbahnwaggon mit einer Dirne zusammen, heiratet sie, stirbt und hinterlässt ihr testamentarisch sein ganzes Vermögen“, sagt Mendel oder er heiratet, wie ich es in einem Falle gesehen habe, und vermacht am Tage vor seiner Hochzeit alles verfügbare Geld einer Dirne und seinem mit ihr erzeugten unehelichen Sprössling.

Nicht allzuselten ereignet es sich, dass zuerst im eigenhändigen Testament die Wahnideen eines Paranoikers deutlich zu Tage treten. Wohl erschien der Erblasser in der letzten Zeit etwas eigen, zurückhaltend und misstrauisch; aber an Krankheit dachte man nicht. Nun enterbt er seine Verwandten, von denen er sich verfolgt glaubt, ebenso ihm nahestehende Freunde, von denen er wähnt, dass sie sein Vermögen bei Seite schaffen wollen, und die Sachlage wird klar. Oder der Kranke schenkt einem Mädchen nicht nur sein Herz, sondern auch sein ganzes Vermögen, ohne mit dem Mädchen je nur ein Wort gesprochen zu haben. Aber auch, wenn es schon vorher feststeht, dass der Erblasser an bestimmten Wahnideen leidet, so ist damit allein noch nicht bewiesen, dass er nun testierunfähig war. Die Entscheidung ist nur von Fall zu Fall zu treffen, und oft genug wird sie mit Bestimmtheit nicht getroffen werden können. Spiegeln sich die Wahnideen in dem letzten Willen wieder, vermacht der vermeintliche Erfinder alles Geld einer zu gründenden Gesellschaft für die Entdeckung des perpetuum mobile, oder lässt der Schwärmer und Idealist, der sich zu einer besondern Rolle berufen wähnt, alles Geld Wohlthätigkeitsanstalten zukommen, während die Seinigen darben, dann ist die Aufgabe ja leicht. Besteht aber kein offensichtlicher Zusammenhang, so kann es eine rechtlich gültige Handlung eines Paranoikers sein, aber auch eine materiell nichtige Willenserklärung, deren Psychogenese uns freilich entgeht. Es ist hierbei ferner zu bedenken, dass derjenige, dem an der Aufrechterhaltung des Testaments etwas gelegen ist, einwenden kann, es handele sich nicht um Wahnideen, sondern um Aberglauben, Sonderlichkeiten und Excentricitäten, also, wenn auch nicht um normale, so doch auch nicht um ausgesprochen krankhafte Dinge. Die Entscheidung ist hierbei leider nicht immer so leicht, wie in dem Falle Freusbergs, der nachweisen konnte, dass erst von einem bestimmten Zeitpunkt ab mit andern Störungen zusammen die Wahnideen sich entwickelt hatten.

Schwachsinnige sind vielfach nicht in der Lage, ihr Verhältnis zu ihrer Umgebung und zu den nächsten Familienangehörigen richtig zu erfassen und zu würdigen. Eigene Misserfolge schreiben sie der Thätigkeit der Verwandten zu. Von momentanen Stimmungen lassen sie sich hinreißen; sie erweisen sich fremdem, unlauterem Einflusse leicht zugänglich — Alles das sind Momente, die die Gültigkeit eines Testaments in Frage stellen können. —

Das möge genügen hinsichtlich des Einflusses chronischer Störungen; eine auch nur leidlich vollständige Uebersicht ist nicht beabsichtigt und ist, wenn

überhaupt, nur durch kasuistische Behandlung der Frage möglich, wie in der bekannten Monographie von Legrand du Saulle, einer wahren Fundgrube.

Vorübergehende Störungen müssen natürlich ebenfalls einen solchen Grad erreichen, dass sie rechtlich wirksam sind, und müssen vorhanden sein grade zur Zeit der Testierung. Eine erst nach der Errichtung des Testaments eingetretene Störung macht das gültige Testament nicht ungültig; und der spätere Wiedererwerb der Testierfähigkeit allein macht das ungültige Testament nicht gültig. Die Sache liegt anders, wenn die geistige Störung nicht während der ganzen Zeit anhält, innerhalb derer die Errichtung des Testaments erfolgt, sondern wenn sie sich einschleibt in diesen fraglichen Zeitraum. Eine vorübergehende Störung, wenn sie auch noch so schwer ist, wird auf die Testierfähigkeit ohne Einfluss sein, wenn nur nachher der frühere geistige Zustand wiederhergestellt ist, der die Fortsetzung des unterbrochenen Geschäfts in rechtlich zulässiger Weise ermöglicht. Die Störung darf aber bei dem an und für sich geschäftsfähigen Individuum nicht endgültig sein. „Ein geistig gesunder Mensch, der während des Testieraktes vorübergehend von einer Ohnmacht befallen wird oder einschläft oder von so heftigen körperlichen Schmerzen ergriffen wird, dass er auf kurze Zeit das Bewusstsein verliert, darf nicht einem Wahnsinnigen, der in einem lichten Zwischenraum zu testieren anfängt, vor der Vollendung aber wieder in furor verfällt, . . . gleichgestellt werden“, sagt schon ein Erk. des O.A.G. Rostock (S.A. 23. No. 234). Nachheriger Eintritt der Geschäftsunfähigkeit oder des Todes macht das unvollendete Testament nichtig.

Die Anfechtung des Testaments mit der Behauptung, zur kritischen Zeit habe eine Bewusstlosigkeit oder vorübergehende Störung der Geistesthätigkeit vorgelegen, wird in erster Linie die Fälle betreffen, in denen ein eigenhändiges Testament errichtet ist. Die gleiche Möglichkeit wird bei dem öffentlichen Testamente weniger wahrscheinlich, wenn auch nicht grade ausgeschlossen sein. Denn es ist der Notar verpflichtet, sich von der geistigen Gesundheit des Erblassers zu überzeugen. Diese Pflicht wird auch der Richter haben; und da ausserdem noch andre Personen mitwirken, so besteht jedenfalls die Möglichkeit, dass eine geistige Störung rechtzeitig erkannt, und so die Errichtung eines ungültigen Testaments verhütet wird. So ist es bei der weitverbreiteten Kenntnis der Alkoholwirkung nicht gut denkbar, dass ein Betrunkener ein öffentliches Testament errichtet (cf. Urt. des A.G. zu Celle. S. A. 25. No. 37). Das dürfte der Wahrnehmung der Beteiligten kaum entgehen. „Nicht in gleicher Weise würde durch die Wahrnehmung des Gerichts bei dem . . . Akte die Annahme ausgeschlossen erscheinen, dass der Testator zu der Zeit überhaupt in einem die freie Willensbestimmung ausschliessenden geistigen Zustande sich befunden habe.“ Das kann beispielsweise der Fall sein bei einem hysterischen, epileptischen oder alkoholischen Dämmerzustande. Der Kranke braucht während der Dauer der Störung gar nicht durch sein Gebahren aufzufallen und kann auch ein seinen sonstigen Intentionen völlig entsprechendes Testament errichten.

Ist das öffentliche, durch mündliche Erklärung errichtete Testament der Ausfluss einer melancholischen oder maniakalischen Verstimmung, so ist es denkbar, dass der Zustand verkannt, als noch innerhalb der erlaubten Grenzen liegend angesehen wird, zumal der Kranke nur wenige, für den Laien greifbare und unzweideutige Zeichen einer Störung bot. Wenn aber der Maniakus seine Familie gar nicht



bedenkt, weil diese es nicht nötig habe, wenn der Melancholiker alles der Kirche vermacht, da er und seine Familie doch bald tot seien oder nichts verdienten, so wird der Notar oder Richter daraus Anlass nehmen, den Geisteszustand des Erblassers besonders zu beachten. Ob bei den periodischen Störungen die Testierfähigkeit in den von Störungen freien Zeiten Einbusse erleidet, ist nach Lage des Einzelfalls zu beurteilen; die Mitteilung von Hammond lehrt, wie vorsichtig man hier auch selbst bei scheinbar einfachen Fällen sein soll.

Es entspricht einer seit langem und oft gemachten Erfahrung, dass die von Sterbenden errichteten Testamente immerhin mit einer gewissen Vorsicht aufzufassen sind. Ihre Testierfähigkeit kann einmal Einbusse erleiden durch die verminderte Merkfähigkeit, durch die Abnahme der geistigen Leistungsfähigkeit und die Verminderung der Widerstandsfähigkeit gegenüber äusseren Einflüssen. Sodann kann der Tod unter den Zeichen eines Deliriums erfolgen, und dass während dessen Bestehens eine klare und verständige Willenserklärung nicht gut möglich ist, braucht kaum bewiesen zu werden. Ueber das fragliche Delirium wird der Hausarzt gehört werden, schon allein deshalb, um die Krankheit, an der der Erblasser gestorben ist, festzustellen. Sodann werden die Zeugen Auskunft geben können über das Verhalten des Erblassers auf seinem Sterbebette. Der Satz, dass die Zeugen in solchen Fällen nicht unbedingten Glauben beanspruchen können, hat auch hier Gültigkeit (cf. S. 227ff).

Was schliesslich die Bedeutung des Selbstmordes für die rechtliche Gültigkeit des kurz vorher errichteten Testaments angeht, so ist ja gewiss der Selbstmord oft genug die That eines Kranken. Er braucht es aber nicht zu sein. Um so eher wird man an eine Geistesstörung denken müssen, je unerwarteter der Selbstmord ist, je weniger er motiviert ist. Das Urteil ist leicht zu fällen, wenn schon vorher ausgeprägte Störungen geistiger Art nachweisbar waren, wenn zudem das Testament solche in unzweideutiger Weise erkennen lässt. Es sei hier auf die jüngst erschienene Arbeit von Heller, die sich auf ein Material von 300 Selbstmorden stützt, hingewiesen. Sie macht es wahrscheinlich, dass in einer sehr viel grösseren Zahl von Fällen, als man bisher anzunehmen geneigt war, psychische Störungen den Selbstmord verursachen. Hier wird noch am ehesten eine Sektion vorgenommen werden, und dass diese, auch wenn der Gehirnbefund uns nicht fördert, doch zur Aufklärung des Thatbestandes beizutragen vermag, lehrt die Arbeit Heller's.

Wenn der Erblasser ein eigenhändiges Testament gemacht hat, fehlt es fast immer an einem Zeugen, der uns über den Zustand des Erblassers grade im kritischen Augenblicke Auskunft erteilen könnte. Das selbstgeschriebene Testament ist dann das einzige Material, das dem Sachverständigen zur Verfügung steht. Eine während des Niederschreibens des eigenhändigen Testaments eintretende, vorübergehende Störung kann um so weniger Beachtung beanspruchen, als das holographische Testament nicht in einem Zuge geschrieben zu sein braucht. Seine Gültigkeit wird auch dadurch nicht in Zweifel gezogen, dass der Erblasser bei der Uebergabe des zeugenlosen Testaments in amtliche Verwahrung

betrunken oder bewusstlos war; denn diese Uebergabe ist keine notwendige Voraussetzung, sondern rein fakultativ.

Wie der Inhalt des Testaments verwertet werden kann, ist schon oben angedeutet; hier sei nur noch darauf aufmerksam gemacht, dass neben dem Inhalt auch die Form Beachtung verdient. Ob es jemals der Graphologie gelingen wird, aus den Schriftzügen die geistige Unfreiheit des Schreibenden mit mehr oder weniger Sicherheit zu erschliessen, erscheint recht fraglich; jedenfalls sind wir zur Zeit noch weit von diesem Ziele entfernt. Wohl aber kann die Schrift uns wertvolle Anhaltspunkte geben, und das gilt in besonderem Maasse bei dem Vorliegen der Paralyse mit den für sie charakteristischen und so prägnanten Schreibstörungen. Auch andere Krankheiten gehen mit mehr oder weniger spezifischen Störungen der Schrift einher, wie das die Schriftproben in Kräpelin's Lehrbuch darthun. Es genüge, auf sie nur hingewiesen zu haben. Neben den Schriftzügen verdient die äussere Form des Testaments Beachtung. Der ordnungsliebende Kaufmann wird vermutlich nicht gerade einen beliebigen Fetzen Papier aus dem Papierkorbe holen, um diesem seinen letzten Willen anzuvertrauen. Wenn das Testament in seiner Ausdrucksweise von der des Erblassers abweicht, so wird der Verdacht, das Testament sei nur eine Kopie, neue Nahrung erhalten, eventuell gerechtfertigt erscheinen. Die ganze Fassung kann, auch unabhängig vom Inhalt, den wahren Urheber der Willenserklärung verraten.

Da Testamente gar zu leicht angefochten werden, so wäre es ja das Einfachste, dieser Anfechtung vorzubeugen durch eine Bescheinigung der geistigen Intaktheit des Erblassers (cf. Leppmann S. 262). Das erscheint bis zu einem gewissen Grade widersinnig. Ein solches Vorgehen dürfte sich jedoch empfehlen für sehr bejahrte Leute, sowie solche, die früher an einer Psychose gelitten haben oder die jetzt zeitweilig geistig gestört sind. Bei Errichtung eines öffentlichen Testaments könnte der sachverständige Arzt die Rolle eines der Zeugen übernehmen.

#### 4. Testierunfähigkeit und gewisse Mängel.

Sprechunfähigkeit. — Sprechunfähigkeit und Schreibunfähigkeit. — Schreibunfähigkeit. — Leseunfähigkeit. — Taubheit. — Taubstummheit.

Wie schon oben gesagt ist, kann der letzte Wille entweder in mündlicher oder schriftlicher Form niedergelegt werden. Das Individuum muss also sprechen, beziehungsweise schreiben können. Gegenüber diesen Möglichkeiten, mit der Aussenwelt in Verkehr zu treten, ist die Aufnahmefähigkeit für die Mitteilungen anderer an die Fähigkeit des Hörens beziehungsweise Sehens geknüpft. Diese verschiedenen Fähigkeiten, deren Unversehrtheit in einem verschiedenen Grade der Gesetzgeber verlangt, können beeinträchtigt oder aufgehoben sein; und wenn es sich hierbei auch vorzugsweise um körperliche Gebrechen handelt, so verdienen sie dennoch hier berührt zu werden, da die gleichen Störungen auch psychisch bedingt sein können oder oft genug mit psychischen Störungen zusammen vorkommen.

Die Unfähigkeit zu sprechen sieht § 2243 vor. Als Voraussetzung für die Anwendbarkeit des Paragraphen genügt schon die Ueberzeugung des Richters oder

Notars, dass der Erblasser stumm oder am Sprechen verhindert ist. Es ist also nicht notwendig, dass der Erblasser wirklich stumm ist oder am Sprechen thatsächlich verhindert ist. Damit werden Streitigkeiten abgeschnitten, und eine sachverständige Untersuchung wird vermieden, die unter Umständen für den Verfügenden gefährlich sein könnte (Mot. V, S. 276—277). Solche Personen können, da der mündliche Weg ausgeschlossen ist, ein öffentliches Testament nur durch Uebergabe einer Schrift errichten, und sie müssen eine diesbezügliche Erklärung in Gegenwart der Zeugen bei der Verhandlung in das Protokoll hineinschreiben. Der A. 2 giebt noch weitere Sicherheitsvorschriften.

Ist die Sprechunfähigkeit durch motorische Aphasie begründet, so sind hier die oben bei der Entmündigung (cf. S. 282—283) erörterten Gesichtspunkte maassgebend. Wenn der Aphasiker etwa noch über die Worte ja und nein verfügt, so kann der Richter oder Notar durch entsprechende Suggestivfragen auf mündlichem Wege den Willen des Erblassers sicherlich ermitteln. Aber das Verfahren ist zeitraubend, nicht völlig sicher, und somit der schriftliche Weg vorzuziehen, zumal so alle Bedenken beseitigt werden. Die Schrift nimmt in einzelnen Fällen von Aphasie die von Leichtenstern zuerst beschriebene und sogenannte Form der Senkschrift an, d. h. die Schrift läuft nicht von links nach rechts, horizontal, sondern von oben nach unten, vertikal. Ob die materielle Testierfähigkeit vorliegt, muss in jedem Einzelfalle untersucht werden. Jackson hat durchaus recht, wenn er sagt: Die Frage, ob ein Aphasiker ein Testament machen könne, sei ebensowenig zu beantworten wie die Frage, ob ein Stück Bindfaden durch die Länge dieses Zimmers reichen wird. Man müsse vielmehr sagen: Kann dieser oder jener Aphasiker ein Testament machen? (Jolly S. 336—337). Hier seien die zutreffenden Ausführungen Jolly's hervorgehoben, die von einem von Pitaval mitgeteilten Falle eines bei Aphasie errichteten Testaments im Jahre 1682 ausgehen.

Sollte bei einem Individuum, welches mehrerer Sprachen mächtig ist, die Aphasie nur den Verlust der deutschen Sprache herbeigeführt haben, so werden die §§ 2244, 2245 herangezogen werden können.

Der am Sprechen Verhinderte ist natürlich berechtigt, seinen letzten Willen in der Form eines eigenhändigen Testaments kund zu thun.

Besteht neben der Sprechunfähigkeit auch Schreibunfähigkeit, so ist der Betreffende testierunfähig. Es würde höchst bedenklich sein, Personen, welche weder mündlich noch schriftlich ihren letzten Willen auszudrücken vermögen, zu gestatten, durch Zeichen oder selbst unter Beihilfe von Dolmetschern zu verfügen. In einer solchen Lage kann sich derjenige befinden, der an motorischer Aphasie und an Lähmung des rechten Armes leidet, Störungen, welche beide auf einen und denselben pathologisch-anatomischen Prozess zurückgeführt werden können, vorausgesetzt natürlich, dass der Testator nicht mit der linken Hand zu schreiben vermag.

Liegt nur Schreibunfähigkeit vor, so kann allein das öffentliche Testament in Betracht kommen. Die eigenhändige Unterschrift im Protokoll, auch das eventuelle Unterkreuzen wird dem Erblasser erlassen, der erklärt, nicht schreiben zu können und ersetzt durch eine diesbezügliche Feststellung dieser Erklärung. Die Errichtung kann durch mündliche Erklärung oder durch Uebergabe einer von einem andern gefertigten Schrift (§ 2238, A. 1) erfolgen, vorausgesetzt, dass der Erblasser lesen kann (§ 2247); vermag er nicht zu lesen, steht ihm nur der Weg durch die mündliche Erklärung offen.

Die Leseunfähigkeit schliesst das zeugenlose Testament aus (§ 2247) und gestattet das öffentliche Testament nur in der Form der mündlichen Erklärung (§ 2238,



A. 2). Die Vorlesung des Protokolls (§ 2242) beziehungsweise die Erklärung des Erblassers (§ 2238, A. 1) ermöglicht diesem, sich von der Richtigkeit des Geschehenen zu überzeugen.

Taube Personen erwähnt das B.G.B. nicht. Es sind ihnen mithin alle Testamentsformen zugänglich, das private sowohl wie das öffentliche Testament. Von dem Protokoll bei dem öffentlichen Testament kann der Taube Kenntnis nehmen, indem er es durchsieht oder indem er es selbst vorliest. Das Gesetz bestimmt ja nicht, wer das Protokoll vorlesen soll. Kann der Taube nicht lesen, so kann er nur ein öffentliches Testament durch mündliche Erklärung errichten; es ist ihm überlassen, dem verhandelnden Richter oder Notar das Vertrauen zu schenken, anzunehmen, dass das von diesem Niedergeschriebene seinen Willen wiedergebe, und das Protokoll zu genehmigen. Zudem bedarf es ja noch der Gegenwart der Zeugen.

Treffen mehrere Mängel oder Gebrechen zusammen, so ergibt sich der Folgezustand aus dem obigen. Hier sei nur noch des Taubstummen gedacht. Taubstumme, auch wenn sie so geboren oder sehr früh in diesen Zustand geraten sind, sind deshalb nicht testierunfähig, sofern sie nur Geschriebenes lesen und sich schriftlich ausdrücken können (cf. R.G.E. 18, No. 65); von Belang ist mithin, dass sie sich durch allgemein verständliche Zeichen ausdrücken können. Haben sie sprechen gelernt, so sind sie in jeder der Formen zu testieren berechtigt.

## 5. Widerruf.

Der Errichtung des Testaments steht gegenüber der Widerruf. Jene ist eine positive letztwillige Verfügung, dieser eine negative Willenserklärung von Todes wegen. Im Allgemeinen gelten für den Widerruf die gleichen Bedingungen und Bestimmungen wie für das Testament; und diese gleiche Behandlung des Testaments und des Widerrufs war im ersten Entwurf strenge durchgeführt. In der II. Kommission wurde aber demjenigen, der wegen Geistesschwäche (Verschwendung) oder Trunksucht entmündigt ist, der Widerruf eines vor der Entmündigung errichteten Testamentes zugestanden (Komm.-Prot. V. S. 325). Es wurde so dem Entmündigten die Möglichkeit gewährt, ein vielleicht in der Uebereilung errichtetes Testament wieder zurückzunehmen. Die Form, in der der Widerruf erfolgt, braucht nicht die gleiche zu sein, in welcher das Testament errichtet ist. Ausser dem Widerruf durch Testament (§ 2254) hat das B.G.B. noch den durch Veränderung oder Vernichtung der Urkunde oder den durch die Rücknahme aus der Verwahrung vorgesehen. Im Gegensatz zu § 2229, A. 3 kann der wegen Geisteschwäche oder Trunksucht Entmündigte somit ein Testament errichten, welches den Widerruf bezweckt. Dieses Testament ist aber auch nur insofern gültig, als es eine frühere, vor der Entmündigung erlassene Bestimmung aufhebt. Es ist ungültig, soweit es mehr enthält. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass je nach Lage der Sache auf diesen Widerruf § 104, Z. 2 oder § 105, A. 2 noch zutreffen kann.

---

## Vierter Abschnitt.

### Die Deliktsfähigkeit.

§ 827. Wer im Zustande der Bewusstlosigkeit oder in einem die freie Willensbestimmung ausschliessenden Zustande krankhafter Störung der Geistesthätigkeit einem Andern Schaden zufügt, ist für den Schaden nicht verantwortlich. Hat er sich durch geistige Getränke oder ähnliche Mittel in einen vorübergehenden Zustand dieser Art versetzt, so ist er für einen Schaden, den er in diesem Zustande widerrechtlich verursacht, in gleicher Weise verantwortlich, wie wenn ihm Fahrlässigkeit zur Last fiele; die Verantwortlichkeit tritt nicht ein, wenn er ohne Verschulden in den Zustand geraten ist.

§ 828. Wer nicht das siebente Lebensjahr vollendet hat, ist für einen Schaden, den er einem Andern zufügt, nicht verantwortlich.

Wer das siebente, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, ist für einen Schaden, den er einem Andern zufügt, nicht verantwortlich, wenn er bei der Begehung der schädigenden Handlung nicht die zur Erkenntnis der Verantwortlichkeit erforderliche Einsicht hat. Das Gleiche gilt von einem Taubstummen.

§ 832. Wer kraft Gesetzes zur Führung der Aufsicht über eine Person verpflichtet ist, die wegen Minderjährigkeit oder wegen ihres geistigen oder körperlichen Zustandes der Beaufsichtigung bedarf, ist zum Ersatze des Schadens verpflichtet, den diese Person einem Dritten widerrechtlich zufügt. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn er seiner Aufsichtspflicht genügt, oder wenn der Schaden auch bei gehöriger Aufsichtsführung entstanden sein würde.

Die gleiche Verantwortlichkeit trifft denjenigen, welcher die Führung der Aufsicht durch Vertrag übernimmt.

#### a) Vorbemerkungen.

Deliktsfähigkeit. — Delikt — dessen Arten. — Widerrechtlichkeit. — Verschuldung. — Vorsatz. — Fahrlässigkeit. — Spezifisch-psychiatrisch gefärbte Delikte. — Geistesstörung nach Verletzungen. — Irrige Annahme von Geistesstörung. — Beleidigung eines Irren.

Oben (S. 178) ist die Deliktsfähigkeit definiert worden als die Fähigkeit zur schuldhaften Begehung unerlaubter Handlungen. Es würde dem Charakter des B.G.B. widersprechen, wenn das durch eine unerlaubte Handlung einem Zweiten zugefügte Unrecht in anderer Weise, denn durch Zahlung ausgeglichen würde. Dies ist der einzige hier gangbare Weg, einen Schaden wieder gut zu machen. Man kann daher die Deliktsfähigkeit auch umschreiben als die Schadenersatzpflicht (cf. § 842).

Die Deliktsfähigkeit setzt natürlich in erster Linie voraus die Begehung einer Handlung oder Unterlassung, auf die der Begriff „Delikt“ zutrifft. Nach v. Liszt ist Delikt jede schuldhafte rechtswidrige Verletzung fremder rechtlich geschützter Interessen. Was Delikt ist, sagt das B.G.B. in den §§ 823—826 (§ 823: Verletzung des Lebens, Körpers, der Gesundheit, Freiheit, des Eigentums oder eines sonstigen Rechts oder eines den Schutz eines Andern bezweckenden Gesetzes; § 824: Gefährdung des Kredits, Erwerbs, Fortkommens; § 825: Verletzung der Geschlechtsehre durch ausser-ehe-liche Beiwohnung; § 826: Verstoss gegen die guten Sitten). Allen gemeinsam ist die durch die unerlaubte Handlung gesetzte Folge, nämlich die, dass einer anderen Person ein materiell in etwa wieder auszugleichender Schaden zugefügt worden ist und dass dieser Schaden in einem ursächlichen Zusammenhange mit der unerlaubten Handlung steht (cf. R.G.E. 8. No. 42). Es liegt schon in dem Ausdruck der unerlaubten Handlung, dass dieser Begriff dann nicht anwendbar ist, wenn ein Einverständnis auf gegnerischer, selbstverständlich geistesgesunder Seite besteht, wenn Notwehr vorliegt (§ 227), auch dem Irren gegenüber (R.G.E. S.S. 27. No. 17), oder wenn der Thäter in der Ausübung seiner rechtlichen Befugnisse (Internierung des geistesgestörten und gemeingefährlichen Mündels durch den Vormund) handelt. In diesen Fällen fehlt der Charakter des Widerrechtlichen.

Auf der anderen Seite muss das Delikt von demjenigen, von welchem die Schadenersatzleistung gefordert wird, verschuldet sein; und damit gehen wir über zur Besprechung der Beziehungen der That zum Thäter. Das Verschulden kann entweder auf einem vorsätzlichen oder fahrlässigen Verhalten des Täters beruhen. Die Annahme des Vorsatzes trifft dann zu, wenn der Handelnde bei und trotz Kenntnis des verletzenden Erfolgs und der Widerrechtlichkeit seines Thuns handelte. Fahrlässigkeit liegt dann vor, wenn der Handelnde die Folgen hätte kennen müssen. Der Vorsatz setzt voraus die Voraussicht des Effekts, die Fahrlässigkeit aber nur die Voraussehbarkeit. Das B.G.B. definiert im § 276, A. 1 die Fahrlässigkeit als die Ausserachtlassung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt. Diese erfordert nach Wendt alles das, was von Andern in gleicher Lage bei gleichem Thun, bei gleicher Verpflichtung gewöhnlich, d. h. im Durchschnitt, beobachtet wird.

Schliesslich verlangt die Deliktsfähigkeit, dass die geistige Beschaffenheit des Handelnden derartig ist, dass ihm die That zugerechnet werden kann.

Sind alle diese Voraussetzungen erfüllt, die sowohl die That wie den Thäter angehen, dann erzeugt das Delikt das Recht einer Forderung auf Schadenersatz. Der Schuldner ist der Thäter, der Gläubiger der Geschädigte.

Hiervon macht das Gesetz aber nach zwei Richtungen Ausnahmen; einmal kann auch der unzurechnungsfähige Thäter zur Leistung des Schadenersatzes unter besonderen Umständen herangezogen werden (§ 829), und anderseits kann die Haftpflicht auf den Handlungen einer dritten Person beruhen (§ 832).

Oben ist bei den Erörterungen über die Voraussetzungen der Deliktsfähigkeit auseinandergehalten einmal die That an sich, zweitens die Beziehung des Täters zur That und drittens die geistige Beschaffenheit des Täters.

Da an dieser Stelle nur die zivilrechtliche Psychiatrie abgehandelt werden soll, so werden sich naturgemäss drei verschiedene Reihen von Möglichkeiten ergeben, je nachdem, welches der drei Momente eine spezifisch-psychiatrische Färbung trägt. Es wird aber genügen, nur auf zwei Momente Rücksicht zu nehmen, nämlich die Eigenart der That und dann die Eigenart des Täters.



Was die Qualität der unerlaubten Handlung angeht, so bestehen hier insofern zwei Möglichkeiten, je nachdem, ob sich die unerlaubte Handlung gegen eine geistesgesunde Person richtet, oder ob sie eine geistig gestörte Person beschädigt. Im ersteren Falle wird man wieder mit verschiedenen Möglichkeiten rechnen müssen.

Auf der einen Seite ist durch die als Delikt angesprochene Handlung die Geistesstörung entstanden, entsprechend § 224 St.G.B. Die Art und Dauer der geistigen Erkrankung ist in diesem Falle nebensächlich; es muss nur der kausale Zusammenhang feststehen, der psychischer (cf. R.G.E. S.S. 27. No. 93) oder somatischer Art sein kann. Die Höhe des zu leistenden Schadenersatzes wird sich in diesem Falle gemäss § 843 richten nach dem Grade der Verminderung der Erwerbsfähigkeit und der Vermehrung der Bedürfnisse. Hat die Geistesstörung den Tod im Gefolge, so tritt § 844 in Kraft.

Auf der andern Seite beschäftigt hier u. U. den Irrenarzt eine gegen einen geistesgesunden Menschen gerichtete Handlung, wenn die Handlung von der unrichtigen Voraussetzung ausging, der Gegner sei geistesgestört, und wenn durch diese Handlung der Person Nachteile für den Erwerb und ihr Fortkommen erwachsen. Beschuldigte z. B. A. den B., er sei geistesgestört, er lasse sich auf die widersinnigsten Spekulationen ein, so kann er damit dessen Kredit sicherlich erheblich gefährden. Der Sachverständige wird zu entscheiden haben, ob die Behauptung des Vorliegens einer Psychose zutrifft oder nicht, und dann, welches Maass von Verschulden im letzteren Falle den Thäter trifft.

Aehnlich wird sich die Sachlage gestalten, wenn ein Arzt in leichtfertiger Weise ein Attest schreiben würde, auf Grund dessen der Geistesgesunde in eine Irrenanstalt aufgenommen wurde. Wenn auch die Annahme berechtigt ist, dass der zu Unrecht Aufgenommene sehr bald entlassen werden wird, so wird doch immerhin die wohl meist überschätzte Möglichkeit bestehen, dass sein Kredit geschädigt werden kann. Ein Verschulden wird den in der Psychiatrie vielleicht nicht einmal besonders erfahrenen Arzt dann treffen, wenn er den Angaben der Familienangehörigen oder Freunde ein zu weit gehendes Vertrauen leichtfertigerweise entgegen gebracht hat. Der Vorwurf wird insbesondere dann zutreffen, wenn das Attest ausgestellt ist ohne eigne Untersuchung des angeblich Kranken, während deren Ausführung nicht mit besondern Schwierigkeiten verknüpft gewesen wäre.

Der zweite Fall, der vorausgesetzt wurde, dass die unerlaubte Handlung gegen einen Geistesgestörten gerichtet ist, dürfte praktisch weniger belangreich sein, jedenfalls so weit es sich um die Verletzung der Person handelt.

Die rechtliche Möglichkeit, dass ein Geistesgestörter beleidigt wird, wird in Anlehnung an die R.G.E. S.S. 10, No. 109; 27, No. 130 auch für das Zivilrecht zugegeben werden müssen, verdient aber weniger Beachtung, weil doch nur selten hierdurch eine Erwerbsschädigung herbeigeführt werden dürfte.

Sodann kann, worauf schon oben hingedeutet worden ist, die Eigenart des Thäters den Psychiater interessieren, insofern, als sein Geisteszustand zu Zweifeln

an seiner Zurechnungsfähigkeit Veranlassung giebt. Ungezwungen lassen sich hier zwei Möglichkeiten trennen; entweder ist der möglicherweise Geistesgestörte zur Schadenersatzleistung verpflichtet, oder aber diese fällt einem Dritten zu, der den Geisteskranken beaufsichtigen soll. Die Deliktsfähigkeit für eigene Handlungen auf der einen, die Deliktsfähigkeit für die Handlungen Dritter auf der andern Seite steht in Frage.

## b) Deliktsfähigkeit für eigene Handlungen.

### 1. Bei Unerwachsenen.

Abhängigkeit der Deliktsfähigkeit vom Lebensalter. — Einsicht zur Erkenntnis der Verantwortlichkeit. — Beziehung zur konkreten Handlung. — Vortäuschung der Geschäftsfähigkeit durch den Minderjährigen. — Vergleichung mit St.G.B. — Deliktsfähigkeit Taubstummer.

Wie wir oben bei der Geschäftsfähigkeit einen physiologischen und einen pathologischen Abschnitt unterscheiden konnten, je nachdem, ob die Entscheidung über das Vorliegen der Geschäftsfähigkeit durch Altersunterschiede oder psychische Abnormitäten bedingt war, so lassen sich auch hier bei der Deliktsfähigkeit die gleichen Gesichtspunkte geltend machen.

Ueber die Abhängigkeit der Deliktsfähigkeit vom Lebensalter des Thäters giebt § 828 Auskunft. Die Deliktsunfähigkeit der Kinder ist überall prinzipiell anerkannt; und es entspricht dem praktischen Bedürfnisse, wenn das Gesetz eine bestimmte Grenze festsetzt. In Uebereinstimmung mit der Geschäftsfähigkeit wird diese Grenze mit der Vollendung des 7. Lebensjahres festgelegt.

Mit der Vollendung des 7. Lebensjahres die volle Deliktsfähigkeit beginnen zu lassen, würde gleichbedeutend sein mit einer nicht zu rechtfertigenden unbilligen Behandlung des noch nicht zur vollen Verstandesreife gelangten Unerwachsenen. Die Deliktsfähigkeit ist daher für Individuen nach dem 7. bis zum 18. Lebensjahre gebunden an das Vorhandensein der zur Erkenntnis der Verantwortlichkeit erforderlichen Einsicht. In diesem kritischen Zeitalter soll die fragliche Einsicht zur Zeit der Begehung der unerlaubten Handlung vorhanden sein. Ein späterer Erwerb oder Verlust der betreffenden Einsicht würde also für die Beurteilung belanglos sein. Die Fassung betreffend die Einsicht ähnelt sehr der im St.G.B. angewandten. Es wird daher gestattet sein, die hier geltende Auffassung auch aufs B.G.B. zu übertragen. Es wird somit nicht verlangt der Nachweis der Erkenntnis, sondern der Nachweis der zu ihrer Erkenntnis erforderlichen Einsicht. Der Thäter muss nach dem Grade seiner intellektuellen Entwicklung die Verantwortlichkeit erkennen können, ohne Rücksicht auf seine sittliche Reife und Widerstandsfähigkeit gegenüber den auf ihn einstürmenden Reizen und Trieben. Man muss ihm mit andern Worten haben klar machen können, dass er sich verantwortlich gemacht hat (cf. Frank, R.G.E. S.S. 5. No. 137. 15. No. 27). Es muss ferner geprüft werden die Einsicht hinsichtlich der konkreten Handlung. Unter sonst gleichen Umständen wird sie sicherlich eher vorhanden sein für Körperverletzung oder gar Tötung, als etwa für Sachbeschädigung.

Die Motive erwähnen noch den Spezialfall, dass die geschäftsunfähige oder beschränkt geschäftsfähige Person sich für geschäftsfähig ausgibt und so durch ihren Betrug einen Andern verleitet, mit ihr Rechtsgeschäfte abzuschliessen. Der Minder-

jährige wird in einem solchen Falle den dem Andern zugefügten Schaden ersetzen müssen, falls er die vom Gesetz postulierte Einsicht besass. Blosses Schweigen wird einen Ersatzanspruch nur dann rechtfertigen, wenn es aus Arglist erfolgte.

Für gewöhnlich wird der Jurist aus eigenem Ermessen die Frage entscheiden, ob der Thäter die vom Gesetz verlangte Einsicht hat oder nicht. Nur selten wird er sich gleich wie in strafrechtlichen Fällen der Beihülfe des Arztes bedienen.

Derjenige hat das Fehlen der Einsicht zu beweisen, welcher den Mangel der Deliktsfähigkeit behauptet.

Das B. G. B. unterscheidet somit beim wachsenden Menschen in Ansehung der Frage der Deliktsfähigkeit drei verschiedene Zeitabschnitte:

1. vom 1.—7. Jahre Deliktsunfähigkeit;
2. vom 8.—18. Jahre bedingte Deliktsfähigkeit je nach Lage des Einzelfalls;
3. nach dem 18. Jahre Deliktsfähigkeit.

Nur nebenbei sei darauf hingewiesen, dass hinsichtlich der Geschäftsfähigkeit das B. G. B. das 7. beziehungsweise 21. Jahr berücksichtigt.

Das Strafrecht kennt gemäss § 55 eine Strafunmündigkeit bis zum 12. Lebensjahre, vom 12.—18. Lebensjahre nach § 56 eine bedingte Strafmündigkeit und danach volle Strafmündigkeit. Da die strafrechtliche Zurechenbarkeit von strengeren Voraussetzungen ausgeht (Mot. II. S. 733), so kann ihr, wenn auch nur relativer Beginn erst mit der Erreichung eines höheren Alters eintreten. Die obere Grenze, also der Beginn der Zurechenbarkeit, ist in beiden Fällen die gleiche. — Das St. G. B. (§ 58) und das B. G. B. lassen dem Taubstummen eine analoge Behandlung zu teil werden.

## 2. Bei Irren.

Vorgeschichte des Paragraphen. — Entmündigung und Deliktsfähigkeit. — Ausnahme der selbstverschuldeten Trunkenheit. — Vorgeschichte dieser Bestimmung. — Regelung der Beweislast. — Sachverständigenthätigkeit (Trunkenheit, Qualität des Stoffs, pathologischer Durst, Intoleranz, deren verschiedene Arten und Möglichkeiten, Kenntnis der Intoleranz, deren Ursache). — Ausdehnung auf andre Narkotica. — Hypnose. — Beihülfe.

Die Deliktsfähigkeit geistig kranker Individuen wird nach § 827 geregelt. Der I. Entwurf sprach hier von „des Vernunftgebrauchs beraubten“ Personen im engen Anschluss an die einschlägigen Vorschriften bezüglich der Geschäftsfähigkeit. Auf den Widerspruch der Mediziner, insbesondere von Mendel hin, sowie auf Anregung der preussischen wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen wurde die ursprüngliche Fassung in die heute noch gültige Form geändert.

Der Paragraph erwähnt die Möglichkeit des Vorliegens einer Entmündigung mit keinem Wort, im Gegensatz zu den die Geschäftsfähigkeit regelnden Bestimmungen, und daraus lässt sich vielleicht ein weiteres Argument herleiten für die Richtigkeit der Annahme, dass über das Zutreffen der Vorbedingungen für eine Entmündigung einzig und allein die Alteration der Geschäftsfähigkeit in Betracht kommt. Daraus ergibt sich, dass das Gesetz den Entmündigten nicht eo ipso als deliktsunfähig ansieht. Die Annahme ist nicht von vornherein von der Hand zu weisen, dass der Entmündigte zur fraglichen Zeit in einem früher sogenannten *lucidum intervallum* sich befand,



oder dass bei dem formell noch zu Recht Entmündigten die Geistesstörung inzwischen geheilt war, welche die Entmündigung herbeigeführt hatte. Es muss also jeder Einzelfall darauf hin geprüft werden, ob § 827 zutrifft oder nicht. Die Entmündigung hat nur insofern eine Bedeutung, als sie einen thatsächlichen Anhalt giebt für die Berechtigung der Vermutung, dass eine Psychose vorliegt, und dieser Verdacht dürfte von vornherein dann besonders gerechtfertigt sein, wenn es sich um eine Entmündigung wegen Geisteskrankheit handelt.

Der § 827, dessen Fassung, wie kaum besonders hervorgehoben zu werden braucht, sich der des § 51 des St. G. B. eng anschliesst, bestimmt in unzweideutiger Weise, dass die fragliche Seelenstörung zur Zeit der Begehung der unerlaubten Handlung vorgelegen haben muss. Die zeitliche Koincidenz beider Momente wird gefordert. Nachheriger Verlust der normalen Geistesbeschaffenheit hebt also die Deliktsfähigkeit des Individuums nicht auf, und anderseits wird dadurch allein keine Schadenersatzpflicht geschaffen, dass die zur Zeit der Handlung vorliegende Geistesstörung nachher zur Genesung kommt.

Was der Ausdruck „Bewusstlosigkeit“ und „ein die freie Willensbestimmung ausschliessender Zustand krankhafter Störung der Geistesthätigkeit“ besagen will, ist bereits oben (s. Abschn. II, Kap. II.) mitgeteilt. Nur das eine sei hervorgehoben, dass auch v. Liszt, in voller Uebereinstimmung mit der oben vertretenen Auffassung, unter Bewusstlosigkeit auch die hochgradige Trübung des Bewusstseins versteht (v. Liszt, S. 48—49). Die Geistesstörung hat dann die bestimmte Intensität nach v. Liszt, wenn die Reaktion des Individuums abnorm geworden ist. Entsprechend der bekannten Entsch. des R.G.E.S. S. 21, No. 48 dürften auch begründete Zweifel an der Deliktsfähigkeit von der Haftpflicht entbinden.

Diese Bestimmung erleidet eine wichtige Ausnahme durch den zweiten Satz des § 827.

Eine analoge Bestimmung fand sich schon im I. Entwurf, der von selbstverschuldeter Betrunkenheit sprach. Pelman begrüsst diese Bestimmung freudig als ersten Schritt zur Bekämpfung der Trunksucht auf gesetzlichem Wege; doch sei der Ausdruck „selbstverschuldete Betrunkenheit“ nicht ohne Bedenken, und seine Verwendung in der Praxis sei nicht so einfach. Der gleichen Meinung waren Grashey und Mendel. Letzterer zeigt an einem drastischen Beispiel, zu welchen Konsequenzen eine solche Bestimmung führen könnte. Demolirt nämlich ein im Zustande verschuldeter alkoholistischer Bewusstlosigkeit sich befindender Mensch einen Tisch und tötet gleichzeitig einen Menschen, so ist er für die Tötung straffrei, muss aber den Tisch bezahlen (II. S. 101). Mendel machte bereits den Einwand, dass diese Differenz sich dadurch beseitigen lassen könne, dass das Str. G. B. ebenfalls den Standpunkt des B. G. B. einnehme, wenn dieser der richtigere sei. Indes sei anzunehmen, dass die Entscheidung dieser Frage zur Zeit noch zu grosse Schwierigkeiten biete für eine endgültige Lösung.

Dass die Beschränkung auf die Alkoholwirkung nicht gerechtfertigt sei, hoben ausser Mendel noch v. Liszt und Schmidt hervor. v. Liszt beansprucht die gleiche Behandlung des Thäters für den hypnotischen Schlaf und für die Anwendung sämtlicher betäubender Mittel, da nicht nur ein Thun, sondern auch ein Unterlassen den Gegenstand der unerlaubten Handlung bilden könne. Daraufhin gab die II. Kommission dem Paragraphen die heutige Fassung.

Dem Str.G.B. ist eine solche Auffassung fremd. Hat die Alkoholwirkung einen bestimmten Grad erreicht, so sichert sie dem Thäter Aufhebung der Verantwortlichkeit zu, völlig unabhängig von der Frage, ob er die Wirkung selbst verschuldet hat oder nicht. Nach dem früheren preussischen Str.G.B. sollte dem, „der sich durch Trunk usw. in Umstände versetzt hatte, in denen das Vermögen, frei zu handeln, aufgehoben oder eingeschränkt war, das in diesem Zustande begangene Verbrechen nach Massgabe seiner Verschuldung zugerechnet werden“ (Casper-Liman, I. 637). Nach § 49 des Milit. St.G.B. gibt bei strafbaren Handlungen gegen die Pflichten der militärischen Unterordnung sowie bei allen in Ausübung des Dienstes begangenen strafbaren Handlungen die selbstverschuldete Trunkenheit des Thäters keinen Strafmilderungsgrund ab, und ebenso kennt § 1307 des österr. G.B. eine Haftung bei vorübergehendem Zustande der Sinnesverwirrung durch eignes Verschulden.

Wie wird sich nun gegebenenfalls die Beweislast regeln? Der Thäter gibt an, er sei in einem Zustande von Bewusstlosigkeit gewesen. Der Verletzte repliziert, der Thäter habe sich durch geistige Getränke in diesen Zustand versetzt. Weist nun der Thäter nach, dass er ohne Verschulden in diesen Zustand geraten ist, so bleibt er frei von seiner Haftpflicht.

Die Entscheidung der letzten Frage setzt ärztliches Wissen voraus und wird mithin dem Sachverständigen anheimfallen. Jedenfalls wird aus den folgenden Zeilen hervorgehen, dass der Richter gut thut, in zweifelhaften Fällen sich der Mitarbeit des Sachverständigen zu bedienen.

Der durch Alkohol veranlasste Zustand im Sinne des § 827 ist eine bestimmte Reaktion des Individuums auf eine individuell recht verschieden grosse Menge eines alkoholhaltigen Getränks. Bei der Selbstverschuldung verdient mithin Beachtung einmal die Qualität des Stoffes und dann die Beschaffenheit des Konsumenten.

Kannte der Thäter nicht die Wirkung des Stoffes, konnte er sie nicht vermuten, und war er nicht rechtzeitig belehrt, so trifft ihn kein Verschulden, ebenso wie dann, wenn das Getränk ohne sein Wissen seine Qualität (durch Hinzufügen anderer narkotischer Stoffe) geändert hat.

Was den Thäter selbst angeht, so kann er entweder einem unwiderstehlichen Zwange zu trinken unterliegen, — der pathologische Durst findet sich insbesondere bei den Dipsomanen — oder auf Alkohol abnorm reagieren.

Bei der abnormen Reaktion wird man zwei Möglichkeiten auseinander halten dürfen, je nachdem, ob schon eine geringe Menge eine solche Wirkung ausübt, wie sie unter anderen Umständen einer sehr viel grösseren Menge Alkohol zukommt, oder ob der Alkoholgenuss andersartige Symptome erzeugt, denn sonst. Die Reaktion kann insofern eine ungewohnte sein, als durch den Alkohol ein Zustand hochgradiger Erregung, eventuell mit Sinnestäuschungen ausgelöst werden kann oder ein Dämmerzustand, der ein anscheinend völlig geordnetes und zweckentsprechendes Handeln nicht ausschliesst (sogenannter Trance state). In beiden Fällen folgt eine mehr oder minder deutlich ausgesprochene Amnesie. Im obigen Falle haben wir eine Abweichung vom Gewohnten mit Rücksicht auf die Quantität des Stoffes, im letzteren im Hinblick auf die Qualität der Wirkung. Beide Möglichkeiten können in einem und demselben Falle zutreffen oder auch

bei einer und derselben Persönlichkeit zu verschiedenen Zeiten auftreten. Zweckmässig ist es, die abnorme Reaktion in beiden Fällen einfach als Intoleranz zu bezeichnen. Sie werden als pathologische Rauschzustände beschrieben; geeigneter erscheint aber der meines Wissens zuerst von Pontoppidan angewandte Ausdruck „atypische Rauschzustände“, da Rausch ja doch immer etwas Pathologisches ist.

Wenngleich es auch zu schematisch sein mag, so lässt es sich doch vom praktisch-didaktischen Standpunkte aus rechtfertigen, in Anlehnung an die übliche klinische Terminologie von einer chronischen, periodischen, subakuten und akuten Intoleranz zu reden. Chronisch intolerant sind die sogenannten psychopathischen Personen, die Degenerierten, die Bewohner des vielumstrittenen Grenzgebiets zwischen geistiger Gesundheit und Krankheit, ferner Individuen nach einer schweren Kopfverletzung, insbesondere Schädelbruch, Personen mit einem schweren Hirn- oder Nervenleiden (Epilepsie, Paralyse, chronischer Alkoholismus). Grade den Fall hatte Grashey bei seinen Einwänden hervorgehoben, dass beginnende Paralytiker wegen selbstverschuldeter Trunkenheit herangeholt werden könnten, während erst sehr viel später sich der wahre Sachverhalt herausstellt. Hierher gehören auch solche, die durch dauernde Aufnahme anderer Gifte gegen Alkohol besonders empfindlich geworden sind (z. B. Arbeiter in Anilinfabriken, Grandhomme, Friedländer).

Periodisch findet sich Intoleranz bei den Dipsomanen. Längere Zeit hindurch sind solche Personen intolerant, die eine schwere und erschöpfende Krankheit (insbesondere Nervenkrankheiten, fieberhafte Prozesse, unter ihnen an erster Stelle Typhus) durchgemacht haben. Neben der durch die konsumierende Krankheit geschwächten Konstitution kann die im Krankenhause längere Zeit hindurch geübte Abstinenz mitwirken. Schliesslich kann eine einmalige, vorübergehende Intoleranz hervorgerufen werden durch eine lebhafte Gemütsbewegung, intensiven Aerger nicht minder als freudige Erregung. Die Intoleranz kann noch gefördert werden, wenn der Aufenthaltsraum schlecht ventiliert ist, wenn die Luft in ihm sehr warm, von Rauch geschwängert ist.

Die Intoleranz kann den Beklagten natürlich nur dann entlasten, wenn er von ihr nichts wusste, wenn er von der ungewöhnlichen Alkoholwirkung selber überrascht wurde. Weiss aber das Individuum, dass es intolerant ist, hat es dies schon mehrfach an sich selbst beobachten können, so hat es sich des Alkohols zu enthalten oder ihn sich nur in solchen minimalen Mengen zuzuführen, dass eine Schädigung ausgeschlossen wird. Andernfalls wird es deliktsfähig. Es kann sich dann nicht, wie die Fliegenden Blätter sich ebenso kurz wie treffend ausdrücken, „mildernde Umstände antrinken“.

Kombiniert sich die Intoleranz mit dem pathologischen Durst, so wird von einem Verschulden auch bei Kenntnis der Intoleranz keine Rede sein können.

In der gleichen Lage wird sich der befinden, der gegen seinen Willen gezwungen wird zu trinken oder der, der Alkohol auf ärztliche Anordnung trinkt. Es entscheidet dann eben nicht der Wille des Thäters.



Damit wird sich der Sachverständige nicht begnügen dürfen, zu behaupten, es liege ein krankhafter Trieb zum Trinken, eine hochgradige Intoleranz vor, sondern es muss ausserdem noch für jeden Fall die Ursache, die Krankheitsform nachgewiesen werden, worauf die fraglichen Eigenschaften des Beschuldigten zurückgeführt werden können.

Die Beurteilung der Wirkung anderer betäubender oder berauschender Mittel wie Opium, Morphinum, Cocain, Haschisch usw. wird auf gleiche Gesichtspunkte Bezug nehmen müssen.

Gleich v. Liszt ist auch Kuhlenbeck (Bd. I, S. 448) geneigt, mit diesen Narkoticis die Hypnose auf eine Stufe zu stellen.

Die Frage, ob und in wie weit jemand durch Hypnose zu der Begehung einer unerlaubten Handlung gegen seinen Willen gezwungen werden kann, soll hier nicht nochmals angeschnitten werden (cf. S. 214 ff.). Bejaht man die eben aufgeworfene Frage, so wird die Hypnose nur dann von der Schadenersatzpflicht befreien, wenn der Beschuldigte, ohne es zu wollen, hypnotisiert worden ist. Hat sich aber der Thäter nur deshalb hypnotisieren lassen, um die unerlaubte Handlung auszuführen, vielleicht sogar noch mit dem Hintergedanken, deren Begehung mit dem veränderten Bewusstseinszustand zu entschuldigen, so ist er dem gleich, der sich in den Zustand der selbstverschuldeten Trunkenheit versetzt hat.

Auch darauf sei hingewiesen, dass die Annahme der Deliktsfähigkeit nicht den weiteren Nachweis verlangt, dass der Thäter sich ad hoc in den fraglichen Zustand versetzt hat. Es genügt völlig, dass er durch eigenes Verschulden in den Zustand geraten ist, und die daraus resultierenden Folgen werden ihm dann eben zur Last gelegt. Das würde aber auch dann der Fall sein, wenn der Schaden zur Zeit der Versetzung in den Zustand nicht vorausgesehen werden konnte.

Der Wortlaut des Gesetzes lässt darüber nicht den leisesten Zweifel, dass nur der vorübergehende Zustand von der Ersatzpflicht befreit. Wer sich also chronisch Narkotika zuführt, mit andern Worten, der Alkoholist, der Morphinist, ist zivilrechtlich günstiger gestellt; er haftet nicht. Wenn auf diesem Boden ein vorübergehender Zustand im Sinne des § 827 erzeugt wird, so dürfte dieser in der Mehrzahl der Fälle nicht selbstverschuldet sein.

Die Erörterung über die Deliktsfähigkeit für eigene Handlungen soll nicht geschlossen werden, ohne mit einigen wenigen Worten auf die Frage der Beihilfe zu sprechen zu kommen. Das B.G.B. bestimmt nur, dass in diesem oder jenem Falle der Thäter nicht verantwortlich ist. Es leugnet mithin nicht die Existenz der unerlaubten Handlung, verleiht ihr vielmehr nur keine rechtlichen Folgen. Demgegenüber spricht § 51 St.G.B. klipp und klar aus: „Eine straffbare Handlung ist nicht vorhanden . . .“ und negiert somit überhaupt das Vorhandensein der nach dem St.G.B. verbotenen Handlung. Der im Sinne des § 51 St.G.B. geistesranke Thäter kann somit auch kein Mitthäter sein (R.G.E. 6, No. 69, S. 11, No. 15, S. 21, No. 6). Das trifft aber nicht zu für den Fall des Zutreffens von §§ 827, 828 B.G.B. Der wegen seiner Psychose oder seines Alters nicht verantwortliche Thäter kann somit die Annahme der Mitthäterschaft (cf. § 830) begründen.

### c) Deliktsfähigkeit für fremde Handlungen.

Vorgeschichte des Paragraphen. — Einschränkung auf Aufsichtsbedürftige. — Umkehrung der Beweislast. — Aufsichtsführung durch Gesetz, Vertrag. — Deren Verhältnis in Irrenanstalten. — Pflegepersonal. — § 832 und Irrenpflege. — Beispiel. — Freie Behandlung. — Entlassungsversuch. — Aerztlich widerrathene Entlassung. — Vorteile des § 832. — Sachverständigen-Thätigkeit. — Haftpflichtversicherungsgesellschaft. — § 829.

Das B.G.B. sieht unter bestimmten Voraussetzungen eine Schadenersatzpflicht für die Handlungen dritter vor. Diese ist aber beschränkt auf die Personen, welche Kraft Gesetzes zur Führung der Aufsicht verpflichtet sind, oder welche die Aufsicht durch Vertrag (gleichgiltig, von wem) übernommen haben. Andererseits ist vorausgesetzt, dass der der Aufsicht Unterworfenen wegen Minderjährigkeit oder wegen seines geistigen oder körperlichen Zustandes der Beaufsichtigung bedarf, welche Beschädigungen verhüten soll.

Es wird nicht gefordert, wie früher vorgesehen war, dass der Beschädigte nachweist, der zur Aufsicht Verpflichtete habe seiner Pflicht nicht genügt. Die Beweislast ist vielmehr, ähnlich wie bei der selbstverschuldeten Trunkenheit, umgekehrt, und der Aufsichtsführer kann sich entlasten durch den Nachweis, dass er seiner Pflicht genügt hat oder dass der Schaden auch bei gehöriger Aufsichtsführung entstanden wäre.

Die Frage, ob der Direktor der öffentlichen Anstalt, der ihm untergebene und jeweilige in Betracht kommende Anstaltsarzt oder ob die Behörde, welcher der Direktor der öffentlichen Anstalt unterstellt ist, als diejenigen angesehen werden können, welche die Führung der Aufsicht durch Vertrag übernommen haben, bleibe hier unentschieden. So interessant die Frage auch ist, sie ist vorwiegend eine juristische Frage, die zudem nur von Fall zu Fall entschieden werden könnte. Schäfer ist der Frage näher getreten; doch wird seine Ansicht von juristischer Seite angefochten. Einfacher gestaltet sich die Sachlage, wenn der Leiter einer Privatanstalt in Betracht kommt. Im Falle der Familienpflege dürfte zur Schadenersatzleistung der heranzuziehen sein, welcher den Kranken bei sich zu verpflegen durch Vertrag übernommen hat.

In allen Fällen einer Anstaltsbehandlung ist neben dem ärztlichen auch das Pflegepersonal zu erwähnen. Der Arzt der Privatanstalt muss sich dieses in genügender Anzahl und Güte zu verschaffen wissen. Ist er aber *faute de mieux* gezwungen, ein Personal anzustellen, welches sich nach seinen Eigenschaften herzlich wenig für den Pflegedienst eignet, erweisen sich alle dem Personal erteilten Unterweisungen als fruchtlos, so wird dem Anstaltsarzte daraus, dass er das Beste gewollt, aber durch die Missgunst der ausser ihm liegenden Umstände nichts erreicht hat, kein rechtlicher Nachteil erwachsen können. Natürlich wird der Anstaltsdirektor auch bei der Auswahl der anzustellenden Aerzte es an der erforderlichen Sorgfalt nicht fehlen lassen dürfen (cf. § 831). Andererseits muss dem Pflegepersonal natürlich eine genaue Instruktion erteilt werden. Man darf nicht Unmögliches von ihm verlangen, z. B. dass ein Pfleger verschiedene sehr fluchtverdächtige Kranke beaufsichtigen und zugleich noch arbeiten soll. Auch die notwendige Ruhepause muss ihm gegönnt werden. Ein Pfleger, der 23 Stunden

hintereinander dient, kann unmöglich zur Verantwortung gezogen werden (cf. Irrenpflege 1900, 140). (Vergl. hierzu die interessante R.G.E. 7. No. 99.)

Der Leiter der öffentlichen Anstalt ist in der Beschaffung des Pflegepersonals weniger selbständig, da er mit den ihm seitens der vorgesetzten Behörde bewilligten Mitteln auskommen muss. Werden seine sachlich begründeten Wünsche nach Vermehrung des Personals von der Behörde nicht berücksichtigt, so würde diese zweifellos gegebenenfalls haftpflichtig sein.

Von juristischer und psychiatrischer Seite hat man bei den ersten Studien über das B.G.B. die Befürchtung ausgesprochen, die heutige Behandlung der Irren könne unter der erweiterten Deliktsfähigkeit des § 832 Einbusse erleiden. Die neueren Kommentare scheinen diese Befürchtung weniger zu hegen. Man wird auch in der That verlangen müssen, dass das Maass und die Ausdehnung der Aufsichtspflicht, wie sie das Gesetz verlangt, sich richtet nach dem jeweiligen Stande der Irrenpflege. Es wäre doch widersinnig, wenn allein das Gesetz hier diktieren wollte, und das würde fast gleichbedeutend mit einem Verbote der Familienpflege sein. Dass in dem Momente, in dem die Behandlung der uns anvertrauten Kranken sich freier gestaltet, sich hier und da Unglücksfälle ereignen, ist nicht nur erklärlich, sondern eine logische Folge. Es erscheint aber nicht berechtigt, deshalb, weil nun einmal ein Unglücksfall sich ereignet hat, allen andern Kranken die Wohlthat der freien Behandlung zu entziehen. Andererseits kann keine noch so gut und streng durchgeführte Aufsicht die sichere Garantie bieten, dass nicht einmal ein unerwünschtes Ereignis eintritt. Ich habe es erlebt, dass auf einem Wachsaaie, auf dem zwei Pfleger ständig wachten, ein Kranker einem Mitkranken durch zwei schnell hintereinander ausgeteilte Fusstritte verschiedene Rippen brach. Da der Kranke an andrer Stelle eine eiternde Wunde hatte, bildete sich von den Rippenbrüchen ausgehend eine eiterige Rippenfellentzündung, der er erlag. Das Unglück wollte es noch, dass der Verletzte ein kurz vorher eingelieferter Untersuchungsgefangener war. Sodann erinnere ich mich, dass eines Tages ein Paranoiker, der schon seit Jahr und Tag in der Anstalt sich völlig ruhig verhalten hatte, ganz plötzlich einen Stuhl erhob und damit einem Mitkranken einen Schädelbruch beibrachte, an dem dieser bald starb. Dass die Staatsanwaltschaft in keinem der beiden Fälle eine Veranlassung hatte einzuschreiten, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Es ist natürlich nicht schwer, zu sagen, so etwas darf nicht vorkommen. Ich möchte wissen, wie ein solches völlig unvorhergesehenes Ereignis hätte verhütet werden können. Noch viel weniger besagt natürlich die bei solchen Gelegenheiten übliche Ausrede, so etwas kommt bei uns nicht vor. Denn abgesehen davon, dass hierbei oft genug eine nicht unfreiwillige Amnesie eine Rolle mitspielt, würde das nur beweisen, dass andre mehr Glück gehabt haben. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, dass die Aufsicht bei den Irren überflüssig sei. Der auch heute noch zutreffende Satz eines alten Irrenarztes, diejenige Anstalt sei nicht die beste, in der gar keine Unglücksfälle vorkommen, will das ebenso wenig besagen, sondern vielmehr nur, dass dann der Verdacht nicht zurückzu-



weisen ist, dass hieran nur ein starker Zwang, das Fehlen jeder Freiheit, also der völlige Verzicht auf eine rationelle Behandlung schuld sei. — An andrer Stelle habe ich neben der Besprechung der selbstverschuldeten Trunkenheit des Ausführlicheren erörtert, bei welchen Gelegenheiten eine Deliktsfähigkeit des Irrenanstaatsarztes entstehen kann. Folgendes möge daher hier genügen.

Der Versuch einer Entlassung wird oft gemacht werden müssen, da für gewisse Formen von Geistesstörungen, vor allem Depressionszustände mit dem Vorwiegen eines pathologisch gesteigerten Heimwehs, die Anstaltsbehandlung sich nicht eignet. Das Experiment gelingt oft überraschend gut, so oft, dass ein Fehlschlagen des Versuchs dem Arzte kaum zum Vorwurfe gereichen dürfte. Nimmt die Familie den Kranken aus der Anstalt trotz Abraten ärztlicherseits, so trifft die Familie der Vorwurf. Immerhin empfiehlt es sich, die Familie einen Revers unterschreiben zu lassen, durch den sie sich verpflichtet, für alle Folgen der ihnen dringend abgerathenen Entlassung aufzukommen. Das wird natürlich das Unglück nicht verhüten; aber der Arzt hat sich so ausdrücklich jeder Verantwortung begeben. In den Augen des Publikums trifft das nicht zu. In einem mir bekannten Fall musste eine Frau auf Verlangen ihres Mannes entlassen werden, wiewohl sie im höchsten Grade selbstmordverdächtig war; bald darauf liess sie sich mit zwei Kindern überfahren. Jetzt war man natürlich in der Presse ungehalten, dass der Irrenarzt die Kranke zu früh entlassen habe, ein Vorwurf, vor dem wir sonst leidlich sicher sind.

Die den Kranken so wertvolle Feldarbeit erleichtert natürlich den Eintritt von Unglücksfällen. Der Kranke kann die Geräte als Waffen benutzen, ohne dass man grade deshalb zu verlangen brauchte, alle Pfleger sollen sich im Fechten ausbilden (Bonfigli). Die Entweichung ist dem Irren erleichtert. Die Schwängerung einer Frauensperson ist ermöglicht, ohne dass daraus eine Alimentationspflicht für den Arzt hergeleitet werden könnte, wenn nicht grobe Fahrlässigkeit in der Auswahl grade dieser Kranken den Arzt trifft. Andererseits würde der Arzt wohl leichtfertig handeln, der anordnet, dass zwei Kranke, die beide tobsüchtig oder notorisch gewalththätig sind, in einem Zimmer allein schlafen.

Die Litteratur enthält zahlreiche weitere Fälle, die einer Betrachtung vom § 832 aus zugänglich sind; es genügt hier, auf die Arbeiten von Aschaffenburg, Auzouy, Christian, Edel, Garnier, Hasse, Kornfeld, Luys, Mülberger, Pick, Schlager, Schüle, Siemens, Spamer hingewiesen zu haben, sowie auf ein recht lehrreiches Gutachten des niederöstr. Landessanitätsrates, welches den freien Ausgang der Irrenanstaltspfleglinge betrifft (Zeitschr. für Med.-Beamte IX, 1896, S. 473).

Wie schon gesagt, überwiegt zur Zeit der Eindruck, als ob der § 832 den psychiatrischen Bestrebungen keinen Einhalt gebieten würde. Das stimmt recht gut zu der Thatsache, dass meines Wissens von einer Anwendung der entsprechend lautenden Bestimmung des code civil (art. 1384), welcher bisher für einen grossen Teil der Rheinprovinz das materielle Zivilrecht darstellte, recht selten die Rede war.

Andererseits darf auch nicht verschwiegen werden, dass von einer sach-

gemässen Handhabung des § 832 Vorteile zu erhoffen sind. Die Familie, die ihren an beginnender Paralyse leidenden Angehörigen trotz aller ernststen Ermahnungen seitens des Arztes nicht in eine Anstalt bringt, wird zweifellos und durchaus mit Recht für die unerlaubten Handlungen des Paralytikers haften. Es steht also zu erwarten, dass diese Bestimmung die Einlieferung von Kranken in Anstalten beschleunigt.

Man wird erwarten dürfen, dass der Richter nicht nach eigenem Ermessen entscheide, sondern dass er vorher einen Sachverständigen hört. Als solcher wird nicht jeder Arzt fungieren können, sondern nur ein Irrenarzt, der unter ähnlichen Bedingungen, ähnlichen Verhältnissen wirkte oder wirkt wie der Beklagte. Der Sachverständige wird je nach Umständen nicht nur das Verhalten des zur Aufsicht Verpflichteten beurteilen müssen, sondern auch weiterhin zu berücksichtigen haben, „ob und in welchem Umfange die Aeusserungen der Krankheit für die Umgebung nach Lage der Sache erkennbar waren und ob das Verhalten des Kranken etc. für sie unzweifelhaft auch als Warnungszeichen gelten mussten“ (Moeli, S. 44).

Jedenfalls dürfte es, um völlig sicher zu gehen, geraten sein, dass die Direktion einer Irrenanstalt sich und ihre Angestellten bei irgend einer der vielen heute bestehenden Haftpflicht-Versicherungsgesellschaften einkauft. In besonderem Maasse wird das erwünscht sein bei Privatanstalten, während bei den öffentlichen Anstalten die diesen übergeordnete Behörde meist schon das Notwendige veranlassen wird.

Es erübrigt noch, im Anschluss an den § 832, wenn auch nur kurz, den § 829 zu erwähnen, der eine innere Verwandtschaft mit ihm hat. Beide ermöglichen die Geltendmachung eines Schadenersatzanspruches, obwohl der Thäter nicht verantwortlich ist. Im Falle des § 832 hat der zur Aufsicht Verpflichtete den Schadenersatz zu leisten, hier aber der Thäter selbst. Insofern bricht der Gesetzgeber mit dem Verschuldungsprinzip und lässt an seine Stelle aus Gerechtigkeitsliebe das Verursachungsprinzip treten. Diese Ersatzpflicht der Deliktsunfähigen ist aber an bestimmte Voraussetzungen geknüpft:

1. Der Ersatz des Schadens darf nicht von einem zur Aufsicht Verpflichteten verlangt werden können; es kann ein solcher überhaupt nicht vorhanden sein oder falls er vorhanden war, hat er sich exkulpieren können, oder er ist zahlungsunfähig.
  2. Die Schadloshaltung soll der Billigkeit entsprechen, mit andern Worten, der reiche Thäter wird eher und ausgiebiger einen unbemittelten Beschädigten zu entschädigen in der Lage sein, als umgekehrt.
  3. Dürfen dem Deliktsunfähigen nicht die Mittel entzogen werden, deren er zum standesgemässen Unterhalt sowie zur Erfüllung seiner gesetzlichen Unterhaltspflichten bedarf.
-

## Litteraturverzeichnis.

---

- Arndt, Geisteskrank. Unzurechnungsfähig. Entmündigt. 1897.  
Aschaffenburg, I. Die Entmündigung der Trinker . . . Münch. med. Wochenschr. 1896. 1015.  
Derselbe, II. Die Entmündigung der Geisteskranken . . . Ibidem. 1898. 892.  
Derselbe, III. Die Verantwortlichkeit des Irrenarztes. Lähr. 56. 72.  
Derselbe, IV. Alkoholgenuß und Verbrechen. Z. Bd. XX. S. 80.  
Auzouy, Ueber die Verantwortlichkeit bei Entweichungen von Kranken. Ref. Erlenmeyer. 1878. S. 295.  
Ballet, La suggestion hypnotique etc. Ref. Lähr. Litt. Ber. 1891. 204.  
Beer, Voraussetzungen und Wirkungen der Entmündigung wegen Trunksucht. Aerzt. S.-Ztg. 1898. 501.  
Bendix, Das deutsche Privatrecht auf Grund des B.G.B. 1899.  
Bentivegni, Die Hypnose und ihre civilrechtl. Bedeutung. 1890.  
Bernheim, L'hypnotisme et la suggestion . . . Ref. Neurolog. Centralbl. 1897. S. 869.  
Bernstein, Warum muss die unheilbare Geistesstörung ein Ehescheidungsgrund sein? Aerzt. S.-Ztg. 1896. 281.  
Biberfeld, Geschäftsunfähigkeit wegen Geisteskrankheit. Deutsch. med. Wochenschr. 1900. S. 570.  
Bihler, Der pathologische Affect. . . Friedreich. 1893. S. 167.  
Binswanger, Otto, Die Epilepsie. 1899.  
Derselbe, Ueber einen eigenartigen hysterischen Dämmerzustand. (Ganser) Wernicke-Ziehen. III. 175.  
Bley, Was ist geisteskrank nach deutsch. Recht. I.-Diss. Greifswald. 1894.  
Böhm, Das Vormundschaftsrecht des B.G.B. 1897. Hannover.  
Derselbe, Das Erbrecht des B.G.B. 1900. Hannover.  
Bonfigli, Zu welchen Feldarbeiten sind Irre in den Colonien zu verwerthen? Ref. Erlenmeyer. 1878. 94.  
Brasch, Die Geisteskranken im B.G.B. Berlin. 1899.  
Bratz, Die Behandlung der Trunksüchtigen unter dem B.G.B. 1898. Halle.  
Bresler, Bemerkungen zu . . . Lenel's Aufsatz. Psych. Wochenschr. 1900. S. 219.  
Brettner, Die vorläufige Vormundschaft. Gruch. Beiträge. VI. Folge. IV. Jahrg. 4./5. Heft.  
Brouardel, Le mariage etc. Paris. 1900.  
Buhl, Nichtigkeit und Anfechtbarkeit der Ehe. Heidelberger Festgabe für Bekker. 1899.  
Bunsen, Einführung in das B.G.B.  
Burgl, Dispositionsfähigkeit bei Aphasie. Friedreich. 1899. S. 392.  
Derselbe, Geisteskrankheit als Ehescheidungsgrund. Friedr. 1900. 104.



- Casper-Liman, Handb. d. gerichtl. Medic. 1889. 8. Aufl.
- Christian, Responsabilité des directeurs etc. Ann. méd.-psych. 1900. XII. 435.
- Christoph, Ueber Geisteskrankheit als Ehescheidungsgrund. I.-Diss. München 1888.
- Coester, Der Alkoholismus . . . Münch. med. Woch. 1896. 901.
- Cohn, Missbrauch des Aethers. Viert. f. ger. Med. 1898. Bd. XV. 403.
- Cohn, E. Die zivilrechtl. Bedeutung des Morphinismus. I.-Diss. Leipzig 1899.
- Colla, Die Trinkerversorgung unter dem B.G.B. 1899.
- Cosack, Lehrbuch der bürgerlichen Rechte. Bd. I. 3. Aufl. Bd. II. 1.—2. Aufl.
- Cramer, Gerichtliche Psychiatrie. 2. Aufl. 1900. (cf. Vortrag auf der XVI. Versamml. des Med. Beamt. Vereins.)
- Crome, System des Deutschen Bürgerlichen Rechts. I. 1900.
- Crothers, The trance state. Ref. Erlenmeyer. 1892. 336. — 1883. 423. — 1884. 398.
- Daude, Das Entmündigungsverfahren. 2. Aufl. 1899.
- Davidson, Das Recht der Ehescheidung . . . Berlin 1900.
- Delbrück, Gerichtliche Psychopathologie. Leipzig 1897.
- Denkschrift zum Entwurf eines B.G.B. 2. Aufl. Berlin 1896. C. Heymann.
- Dernburg, Pandekten. 5. Aufl.
- Derselbe, Das bürgerliche Recht des Deutschen Reichs. II. Schuldverhält.
- Dornblüth, Gerichtsärztl. Feststell. von Dem. paral. . . nach dem Tode des Kranken. Viert. f. g. M. 1897. XIII. 107.
- Ducosté, De l'épilepsie consciente et mnésique. Thèse. Bordeaux. 1898/99. No. 98.
- Echeverria, Marriage and hereditariness in epileptics. Ref. Erlenmeyer. 1880. S. 506.
- Eck, Sammlung von Vorträgen über den Entwurf eines B.G.B. 1896.
- Edel, Das Suicidium in Irrenanstalten. Lähr 47. 422.
- Emmert, Lehrbuch der gerichtlichen Medicin. 1900.
- Endemann, Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts. Bd. I. 6. Aufl. Bd. II.—III. 3.—5. Aufl.
- Engelmann, A., Das alte und das neue bürgerliche Recht. 1899.
- Engelmann, Th., Familienrecht. Staudingers Kommentar. 1899.
- Enneccerus-Lehmann, Das bürgerliche Recht. 1898/1900.
- Erlenmeyer, Die Entmündigung wegen Trunksucht. 1899.
- Erler, Ehescheidungsrecht . . . 2. Aufl. 1900.
- Féré, Contribution à l'étude de la descendance des invertis. Arch. de neur. 1899. No. 28.
- Fischer-Henle, B.G.B. 4. Aufl. 1900.
- Flade, Die Heilung Trunksüchtiger . . . Dresden 1899.
- Frank, Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich. Leipzig 1897.
- Fränkel, Das Familienrecht des B.G.B. Hannover 1898.
- Freudenthal, Z.P.O. 1900.
- Freusberg, Aberglaube oder Verrücktheit. Irrenfreund. 1884. S. 17.
- Fritsch, H., Gerichtsärztliche Geburtshilfe. 1901.
- Fritsch, Ueber die verschiedenen Formen von Aphasie. Jahrb. f. Psych. II. 172.
- Fürstner, Die Zurechnungsfähigkeit der Hysterischen. Arch. für Psych. Bd. 31. S. 627.
- Gareis, Der allgemeine Teil des B.G.B. Berlin. Heymann. 1900.
- Garnier, L'article 1384 du code civil et . . . Ann. méd.-psych. 1899. T. X. p. 398. cf. T. VI. p. 166.
- Goering, Das Recht der Minderjährigen . . . 1899.
- Grassl, Die hauptsächlichsten Beziehungen des B.G.B. zur . . . Friedreich. 1897. 1.
- Guder, Gerichtliche Medicin. 2. Aufl. 1900.
- Gutachten aus dem Anwaltsstande über die 1. Lesung des 1. Ent. eines B.G.B. 1888.
- Habicht, Die Einwirkung des B.G.B. auf zuvor entstandene Rechtsverhältnisse. 2. Aufl. 1900.
- Hachenburg, Das B.G.B. für das Deutsche Reich. 2. Aufl. 1900.

- Hahn, Die ges. Materialien zu den Reichsjustizgesetzen. 2. Aufl.  
Hahn, Zur Unterscheidung zw. Geisteskrankh. und Geistesschwäche . . . Z. f. Med. Beamt. 1900. Heft 23.  
Derselbe, Die Ehescheidungsgründe nach dem neuen Recht. Aerzt. S. Ztg. 1900. S. 5.  
Halban, Dispositionsfähigkeit. Eulenburg Real. Enc. VI. 111. 3. Aufl.  
Hallbauer, Testamentenrecht.  
Hammond, The question of lucid intervals. Ref. Erlenmeyer. 1883. 402.  
Hardeland, Die Behandl. der Geisteskranken im Privatrecht. Jehring's Jahrbüch. 37. 1897.  
Harnier, Geisteskrankh. und Pflegschaft. D. Jurist. Ztg. 1900. 336.  
Hasse, Ueber Selbstmord in Irrenanstalten. Lähr. 41. 297.  
Heilfron, Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts.  
Heller, Die Lehre vom Selbstmorde . . . Münch. med. Woch. 1900. 1653.  
Hermes, Die Trinkerversorg. nach dem B.G.B. Vortrag auf der XVI. Jahresvers. des D. V. g. d. Missbr. geist. Getr.  
Hesse, Deutsches Vormundschaftsrecht. 1900.  
Hitzig I., Ueber den Quaerulantenwahnsinn. 1895.  
Hitzig, II., Gutachten über den Gemütszustand . . . Viert. f. ger. Med. 1886. Bd. 45. 254.  
Hofmann, Lehrbuch der gerichtl. Medicin. 7. Aufl. 1895.  
Hölder, Kommentar zum B.G.B. 1900.  
Hubrich, Das Ehescheidungsrecht im Entw. II. . . . Arch. f. civilist. Prax. 1896.  
Hübler, Das Ehescheidungsrecht im B.G.B. D. Jur. Ztg. 1896. S. 41.  
Jacobi, Das persönliche Eherecht. 1896.  
Jolly, Ueber den Einfluss der Aphasie auf die Fähigkeit zur Testamentserricht. Arch. für Psych. 13. 325.  
Jung, Delikt und Schadensverursachung. Heidelberg 1897.  
Juristentag, Verhandl. d. XIX. u. XX. J.-T.  
Kaufmann, F. A., Kommentar und Institutionen des B.G.B. I. 1900.  
Kirchhoff, Einige Bemerkungen über Geistesschwäche. Psych. Woch. 1899. 137.  
Derselbe, Fragen aus dem Gebiete der Erblichkeit. Lähr. 56, 871.  
Klink, Dämmerzustand mit Amnesie. Mendel. 1900. 210.  
Knauer, Ein verurteilter . . . Paralytiker. D. m. Woch. 1896. 680.  
Kohler, Ueber die Dispositionsfähigkeit Aphasischer. Friedreich. 1890. 324.  
Derselbe, Das Eherecht des B.G.B. 1898.  
Koll, Das Entmündigungsrecht. 1900.  
Kölle, Gerichtl. psychiatr. Gutachten. 1896.  
Kornalewsky, Der Verkehr mit Schwefeläther. Z. f. Med. Beamt. 1897. 761.  
Kraepelin I., Psychiatrie. Lehrbuch. 6. Aufl. 1899.  
Derselbe II., Die psychiatrischen Aufgaben des Staates. 1900.  
Derselbe III., Zur Diagnose u. Prognose der Dementia præcox. Lähr. 56. 254.  
v. Krafft-Ebing, Lehrbuch der gerichtl. Psychopathol. 3. Aufl.  
Derselbe, Die zweifelhaften Geisteszustände vor dem Zivilrichter. 1900.  
Derselbe, Kritik des Eherechts nach dem Entw. Lähr. 45. 548.  
Derselbe, Die Bedeutung der Menstruation. Jahrb. f. Psych. X. S. 232.  
Kreuser, Der Rechtsschutz der Geisteskranken. Würtemb. med. Corr.-Bl. 1898.  
Derselbe, Die Prognostik der Geistesstörungen. Lähr. 57. 543.  
Derselbe, Spätgenesungen bei Geisteskranken. Lähr. 57. 771.  
Kuh, The medico-legal aspects of hypnot. Ref. Virch.-Hirsch. 1898. I. 562.  
Kuhlonbeck, B.G.B. für das Deutsche Reich. Berlin. 1899. 1900.  
Derselbe, Von den Pandekten zum B.G.B.  
Kurella, Die Novelle zur Z.P.O. . . . Erlenmeyer. 1898. 449.  
Legrand du Saulle, Étude médico-légale sur les testaments . . . 1879.

- Leichtenstern, Ueber die Schreibweise Linkshändiger . . . Deutsche med. Wochenschr. 1892. 942.
- Lenel, Referat über Ehescheidung . . . Lähr. 57. 537.
- Leonhard, Der allgemeine Teil des B.G.B. 1900.
- Leppmann I., Die Pflegschaft des B.G.B. . . A. Sach. Ztg. 1900. S. 213.
- Derselbe, II., Geistesstörung als Ehescheidungsgrund. Lähr. 44. 659.
- Derselbe, III., Die Sachverständigen-Thätigkeit bei Seelenstörungen. 1890.
- Leppmann-Roth IV. Der Kreisarzt. 5. Aufl. 1900.
- Levy, Das B.G.B. im Bundesrat. D. Jur.-Ztg. 1896. S. 81.
- Lewin, I., Lehrbuch der Toxicolog. 2. Aufl. 1897.
- Derselbe, II., Morphin. Eul. Real-Encycl. 3. Aufl. XVI.
- Linckelmann, Die Schadensersatzpflicht . . . 1898.
- v. Liszt, Die Delictsobligationen im Systeme des B.G.B. 1898.
- Luys, Die Gefahr der vorzeitigen Entlassung . . . Ref. Lähr. 39. 349.
- Mandry, Der Civilrechtliche Inhalt der Reichsgesetze. 4. Aufl. 1898.
- Marthen, Zur Ehescheidung wegen Geisteskrankheit. Aerztl. Sach.-Ztg. 1901. No. 1.
- Martini, Ueber Aufhebung des Ehescheidungsgrundes „Raserei u. Wahnsinn“. Lähr. 14. 81.
- Maschka, Handbuch der gerichtl. Medicin. Bd. IV. 1882.
- Materialien zur Z.P.O. Berlin 1898.
- Matthiass, Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts. 2. Aufl.
- Medem, Bemerkungen zum Entw. der B.G.B. D. med. Wochenschr. 1896. S. 127.
- Meischeider, Die letztwilligen Verfügungen nach dem B.G.B. 1900.
- Meisner, Das B.G.B. für das Deutsche Reich. I. 1898.
- Mendel I., Beitrag zur Kenntnis des praepil. Irreseins. Viertelj. f. gerichtl. Med. 1885. Bd. 42. 291.
- Derselbe, II., Die Geisteskranken in dem Entw. des B.G.B. Ibid. 1888. Bd. 49. 252. 1889. Bd. 50. 101.
- Derselbe, III., Die Geisteskranken in dem Entw. des B.G.B. . . . nach der 2. Lesung. Ibid. 1894. Bd. 8. 276.
- Derselbe, IV., Die Geisteskranken im B.G.B. nach den Beschlüssen des deutschen Reichstags. Lähr. 53. 830.
- Derselbe, V., Geisteskrankh. oder Geistesschwäche? Aerztl. Sach.-Ztg. 1900. 381.
- Derselbe, VI., Zur Frage der Entmünd. der Geisteskranken . . . D. med. Woch. 1892. 801.
- Derselbe, VII., Die progressive Paralyse der Irren. 1880.
- Mercklin, Ueber das Verhalten des Krankheitsbewusstseins . . . Lähr. 51. 579.
- Milferstädt, Die Entmündig. nach d. B.G.B. und das Entm.-Verf. . . . Gruchots Beiträge. VI. F. 1. Jahrg. 4./5. Heft.
- Derselbe, Die Entwickl. des deutsch. Entm.-Verf. D. Jurist.-Ztg. 1898. 105.
- Derselbe, Die Errichtung des Testaments nach dem B.G.B. Ibid. 1898. 500.
- Mittenzweig I, Ueber Entmündigung. Viertelj. f. g. Med. 1888. Bd. 48. 199.
- Derselbe II, Zur Entmündigung wegen Trunksucht. Zt. f. Med. B. 1891. 593.
- Derselbe III, Zur Wiederaufhebung der Entmündigung. ibid. 1885. 181.
- Moeli, Die Geistesstörungen im B.G.B. 1899.
- Derselbe, Ueber die vorübergehenden Zustände abnormen Bewusstseins . . . Lähr. 57. 169.
- Moll, Ueber Hypnotismus . . . Zeitschr. f. Med. Beamt. 1888. 300.
- Motive zu dem Entw. eines B.G.B. 1888.
- Mugdan, Die gesamten Materialien zum B.G.B.
- Mühlberger, Ueber die Bedeutung der Irrenanstalt für die Verhütung des Selbstmords. Lähr. 43. 104.
- Muskat, Ueber Eck's Irrtumslehre. Gruchots Beiträge. VI. F. II. Jahrg. 6. Heft.
- Näcke, Dämmerzustand mit Amnesie . . . Mendel. 1897. 1122.



- Derselbe, Gutachten . . . Psych. Woch. II. 381.
- Neumann, Hu., Die Theorie und Praxis der Blödsinnigkeits-Erklärung. 1860.
- Derselbe, Katechism. der gerichtl. Psych. 1884.
- Neumann, Hu., Handausgabe des B.G.B. 1900. 2. Aufl.
- Neupert, Die Bekämpfung der Trunksucht. Friedreich. 1898. 161.
- Nöldeke, Die rückwirkende Kraft des zukünft. Ehescheidungsrechts. D. Jur. Zt. 1899. No. 20.
- P**ape, Wahnsinn als Ehescheidungsgrund. J. Diss. Erlangen. 1897.
- Partisch, Neuerungen im Entmündigungsverfahren. Aerzt. Sach. Ztg. 1900. No. 5/6.
- Passow, Die Bewertung der krankh. Geisteszustände . . . Wernicke Ziehen. VII. 318.
- Pelman, Gutachten behufs Aufhebung einer Entm. Irrenfreund. 1897. S. 65. cf. Friedreich. 1885. S. 255, 261.
- Derselbe, Entwurf eines B.G.B. Lähr. 45, 547 (cf. Eul. Real. Encycl. 3. Aufl. Artikel: Trunksucht).
- Petersen, Die Z.P.O. für das Deutsche Reich. 4. Aufl.
- Pfister, Kritische Bemerk. über das neue Verfahren . . . Psych. Woch. 1900. 113.
- Pick, Ueber Krankheitsbewusstsein in psych. Krankheiten. Arch. f. Psych. XIII. 1882. 518.
- Derselbe, Ueber die Entlass. genesener verbrech. Geisteskranker. Lähr. 43. 1.
- Placzek, Ueber idiopath. passag. Bewusstseinstrübung. Berl. klin. Woch. 1900. 705.
- Planck, B.G.B. nebst Einführungsgesetz.
- Pollitz, Ehescheidung wegen Geisteskrankheit. Zts. f. Med.-Beamte. 1896. 324.
- Protokolle der Kommission für die 2. Lesung des Entw. d. B.G.B.
- R**ad, Die Stellung der Geisteskranken und Trinker im neuen B.G.B. Münch. m. Woch. 1899. 236.
- Rapmund und Dietrich, Aerzliche Rechts- und Gesetzkunde. 1899.
- Rehbein, Das B.G.B. mit Erläuterungen . . . I. Bd. 1899.
- Reincke, Die Deutsche Z.P.O. 1900. 4. Aufl.
- Rieger, Gutachten. Viertelj. f. ger. Med. 1897. XIV. 199.
- Rocholl, Das Eherecht des B.G.B. 1900.
- Roth, Der Entw. eines B.G.B. . . . Viertelj. f. ger. Med. 1888. Bd. 49. 222.
- Rudeck, Syphilis und Gonorrhoe vor Gericht. Jena. 1900.
- S**ander, Refer. über Geistesstörung als Ehescheidungsgrund. Lähr. 41. 569.
- Savage, Geistesstörung als Grund für Trennung . . . der Ehe, ref. Lähr Litt. Ber. 1885. 33.  
Cf. Erlenmeyer. 1883. 306.
- Schaefer, Straf- und zivilrechtliche Begriffe . . . Viertelj. f. ger. Med. 1900. XX. 72.
- Derselbe, Begründung der Zurechnungsfähigkeit . . . ohne Willensfreiheit. Ztsch. f. d. ges. Strafrechtswiss. XVI. H. 2.
- Scherer, Das B.G.B.
- Schiffer, Die Ehescheidung wegen Geisteskr. D. Jur. Ztg. 1896. 253.
- Schilgen, Deutsches Vormundschaftsrecht. 1899.
- Schlager, Ueber Entweichungen und Entweichungsversuche . . . Lähr. 42. 187.
- Derselbe, Ueber die Notwendigkeit der Begutacht. wiedererlangt. psych. Leistungsfähigkeit. Lähr. 33. 493.
- Schmidt, Ehescheidung und richterl. Ermessen (Giessener Festgabe für Dernburg).
- Schmidt und Habicht, Familienrecht.
- Schmitz, Hypnotismus in forensisch. Bezieh. Viertelj. f. ger. Medic. 1890. 52. 97.
- Derselbe, Die Entmündigung Trunksüchtiger . . . 1892.
- Schneider, Ueber Entmündigung von Alkoholisten. I.-Diss. Berlin. 1897.
- Scholz, Ueber die Verfügungsfähigkeit eines Epileptikers. Deutsche Praxis. 1899. No. 10, 11.
- Schrenck-Notzing, Die gerichtl.-medic. Bedeutung der Suggestion. Arch. f. krim. Anthr. V. 1899. 1.
- Schruff, Die neuen Justizgesetze in ihrer Rückwirkung . . . Viertelj. f. gerichtl. Med. Bd. 32. 1880. 349.

- Schüle, Ueber den Wert und die Zulässigkeit frühzeitiger Entlassung . . . Lähr. 44. 506.
- Schultheiss, Das Deutsche Vormundschaftsrecht. 1900.
- Schultze, C., Zusammenstellung der sich aus dem B.G.B. für den Psychiater ergebenden . . . Wernicke-Ziehen. II. 204.
- Schultze, E., Die für die gerichtl. Psychiatrie wichtigsten Bestimmungen des B.G.B. . . . Halle. 1899.
- Derselbe, Psychiatrische Bemerkungen zum B.G.B. Arch. f. bürg. Recht. XVII. H. 1.
- Derselbe, Ueber epileptische Aequivalente. Münch. med. Woch. 1900. 416.
- Schultzenstein, Die Vormundschaftsordnung. 1895. 3. Aufl.
- Siemens, Zur Frage der Entmündigung der Alkoholiker. Z. für Medic. Beamte. 1890. 325. — cf. Irrenfreund. 1890. 39. Friedreich. 1892. 148.
- Derselbe, Ueber die praktischen und rechtlichen Verhältnisse bei Entweich. von Geisteskr. Lähr. 38. 713. 39. 649.
- Siemerling, Ueber die transitorischen Bewusstseinsstör. der Epilep. Berl. klin. Woch. 1895.
- Siméon, Recht und Rechtsgang im Deutschen Reiche. 1901.
- Sommer, Aethermissbrauch in Ostpreussen. Mendel. 1899. 194.
- Spamer, Ist allen psychisch Kranken der dauernde Anstaltsaufenthalt vorteilhaft? Arch. f. Psych. VIII. 454.
- Spinola, Ueber das neue Entmünd.-Verfahren. Arch. f. Psych. X. 760.
- Strassmann, Lehrbuch der gerichtl. Medicin. 1895.
- Struckmann und Koch, Die Z.P.O. für das Deutsche Reich. 1900. 7. Aufl.
- Sydow und Busch, Z.P.O. 8. Aufl. 1898.
- Tuczek, „Geisteskrankheit“ und „Geistesschwäche“ nach dem B.G.B. Psych. Wochenschr. 1900. 317.
- Unger, Die Irrengesetzgebung in Preussen. 1898.
- Wagner, Wesen und Bedeutung des Hypnotis. V. f. gerichtl. Med. 1898. XVI. 321.
- Walter, Das Recht der Ehescheidung nach dem B.G.B. I.-Diss. Erlangen. 1897.
- Wendt, Die im Verkehr erforderliche Sorgfalt. Archiv f. civ. Praxis. 1897.
- Westphal, Gesamm. Abhandl. Bd. I. 1892.
- Weygandt, Geistesstörungen nach dem B.G.B. Münch. med. Woch. 1900. 1717.
- Wille, Aerztl. Gutachten betreffend den Geisteszustand des . . . Dr. Keller. Viert. f. gerichtl. Medic. 1893. V. 67.
- Wilmowsky und Levy, Z.P.O. und G.V.G. 7. Aufl. 1895.
- Winter, Die Entmünd. nach d. neuen B.G.B. Aerztl. Mitt. aus u. für Baden. 1900. No. 6, 7.
- Wolf, Weitgehende Besserungen . . . I.-Diss. Heidelberg. 1899.
- v. Wyss, Die Stellung des Arztes vor Gericht in der Frage nach der Zurechnungsfähigk. 1881.
- Zeitlmann, Die Bestimmungen über Geisteskrankheiten, welche in das neue B.G.B. . . . Friedreich. 1898. 1.
- Ziehen, Ueber pathol. Unzurechnungsfähigkeit. Wernicke-Ziehen. I. 183. II. 52.
- Derselbe, Aphasie. Eulenburg Real-Enc. 3. Aufl.
- Zitelmann, Das Recht des B.G.B. I. 1900.
- Zusammenstellung der gutachtl. Aeusserungen zu dem Entwurfe eines B.G.B. . . . 1890.
- Zusammenstellung der Aeusserungen der Bundesregierungen zu dem Entwurf eines B.G.B. 1891.

Zweiter Teil.

Die klinischen Grundlagen der gerichtlichen  
Psychiatrie.

---

**A. Grundzüge einer allgemeinen gerichtlichen  
Psychopathologie.**

von

Prof. Dr. **A. Hoche.**

---





## Erster Abschnitt.

---

### Kapitel I.

#### Einleitung.

Gegenstand der gerichtlichen Psychopathologie. — Voraussetzungen des Gesetzes. — Begriff des „Normalen“; Schwierigkeiten der Abgrenzung. — Untersuchung der Gesamtpersönlichkeit. — Abhängigkeit geistigen Geschehens vom Zustande des Gehirns und Folgerungen daraus. — Stellung des Sachverständigen zur Frage der freien Willensbestimmung. — Einteilung des Stoffes der allgemeinen Psychopathologie.

Gegenstand einer allgemeinen gerichtlichen Psychopathologie ist die Darstellung derjenigen Abweichungen vom normalen Seelenleben, die in Handlungen (oder Unterlassungen) zum Ausdruck kommen. Im Gegensatz zur allgemeinen Psychopathologie überhaupt geht die Fragestellung von einem bestimmten Gesichtspunkte aus; nur dasjenige an abnormen Seelenvorgängen wird uns hier beschäftigen, was auf das Verhältnis des Einzelnen einerseits zu den strafgesetzlichen Normen, andererseits zum bürgerlichen Rechtsverkehre von Einfluss ist.

Das Gesetz nimmt an, dass der erwachsene Mensch eine bestimmte Summe von Eigenschaften besitzt, die ihn im strafrechtlichen Sinne verantwortlich, im zivilrechtlichen fähig machen, selbständig am Rechtsverkehr teilzunehmen. Es ist dies eine Voraussetzung, die ohne Prüfung so lange zu Recht besteht, bis das Gegenteil bewiesen wird.

Welche Umstände zu dieser Prüfung Anlass geben, und welche gesetzlichen Bestimmungen dabei maassgebend sind, ist im ersten Teil dieses Buches dargestellt worden. Die Aufgabe der einleitenden Bemerkungen an dieser Stelle besteht nur darin, die allgemeinen Grundsätze zu erörtern, die bei der Untersuchung des Geisteszustandes für gerichtliche Zwecke in Betracht kommen.

Gegenstand der begutachtenden Untersuchung durch den ärztlichen Sachverständigen ist der einzelne Mensch, und zwar nicht überhaupt, sondern in einem bestimmten Zeitpunkt, und nicht im allgemeinen, sondern in seinem Verhältnis zu einer bestimmten strafrechtlich nicht gleichgültigen Handlung, zu bestimmten bürgerlichen Rechten, oder zu bestimmten Ansprüchen, die an ihn herangetreten sind oder in Zukunft herantreten können.

Der gegenwärtige Zustand eines Menschen ist das Gesamtergebnis aller derjenigen Einflüsse, die auf ihn jemals und in irgend einer Form eingewirkt haben; diese setzen sich zusammen aus solchen, die schon vor seiner individuellen Existenz in seinen Erzeugern und deren Vorfahren thätig gewesen sind und damit der Bildung seiner ursprünglichen Anlage eine bestimmte Richtung gegeben haben, und solchen, die während der Dauer seiner Einzelexistenz ihre Wirksamkeit entfaltet haben (Krankheiten, Erziehung, Umgebung und Beispiel, Lebensschicksale); für diese letztgenannten Einwirkungen darf nicht übersehen werden, dass alle äusseren Ereignisse zu „Erlebnissen“ von einer bestimmten Bedeutung erst werden durch das Medium der individuellen mitgebrachten Veranlagung. Die aus Anlagen und Erlebnissen (im weitesten Sinne) resultierende individuelle geistige Beschaffenheit, im besondern die Art der Reaktion auf die Eindrücke der Aussenwelt bezeichnen wir als den „Charakter“ eines Menschen. Alles menschliche Handeln ist das Ergebnis der Einwirkungen von Motiven auf einen bestimmten Charakter; dass der Charakter des erwachsenen normalen Menschen so beschaffen sei, dass er im Stande ist, die Richtung seines Handelns selbst zu bestimmen, dass sein Wille „frei“ sei, wird vom Gesetze vorausgesetzt; diese Vorfrage, die einer theoretischen Erörterung wohl zugänglich ist, bedarf hier keiner Untersuchung bei Darstellung der praktischen Aufgaben einer gerichtlichen Psychopathologie. Die Frage, die das Gesetz im Strafrecht dem ärztlichen Sachverständigen zur Beantwortung zuweist, ist ganz allgemein gesagt, die, ob ein gegebenes Individuum in einem bestimmten Zeitpunkt zu den im obigen Sinne „Normalen“ gehört oder nicht; (die Fragestellungen im bürgerlichen Rechte sind mannigfaltigerer Art). Vor der Beantwortung der an verschiedenen Stellen des Gesetzes wiederkehrenden Frage nach dem Vorhandensein oder Fehlen der „freien Willensbestimmung“ braucht der ärztliche Sachverständige nicht zurückzusehen, sobald er als den Sinn der letzteren die „normale Bestimmbarkeit durch normale Motive“ erkannt hat. Da das Bestehen einer Freiheit des Willens beim normalen Menschen Voraussetzung des Gesetzes ist, kann sich die Erörterung des Sachverständigen nur darauf erstrecken, ob die „normalen“ Verhältnisse im gegebenen Falle vorhanden sind; trifft dies nicht zu, so fällt damit auch die darauf aufgebaute „freie Willensbestimmung“. Es kommt also auf die Bestimmung der „Norm“ an.

Was heisst für unsere Zwecke „normal“, was „abnorm“? Wenn wir normal im Sinne von „durchschnittlich“ nehmen, ist uns nicht viel gedient, da es Abweichungen vom Durchschnitt gibt, die im gerichtlichen Sinne keineswegs als Abnormitäten anzusehen sind. Auch eine Ersetzung der obigen Bezeichnungen durch „gesund“ und „krank“ würde uns nicht viel weiter führen, da wir dabei erstens dieselben prinzipiellen Abgrenzungsschwierigkeiten vorfinden, und da zweitens das Gesetz mit abnormen Zuständen rechnet, die ausdrücklich als nicht krankhaft bezeichnet werden. Wir finden unter den abnormen Geisteszuständen, die in Betracht kommen, solche von sehr verschiedener Entstehungsweise, so z. B. „normale“, aber durch besondere Umstände modifizierte



Zustände, wie z. B. die Schlaftrunkenheit, andere, die auf einem Stillstand der geistigen Entwicklung beruhen, dessen Gründe wir nicht immer kennen, andere, die anscheinend unabwendbar, ohne besondere äussere Einflüsse, aus einer abweichenden Veranlagung heraus erwachsen, wie die chronische Paranoia, endlich andere, die von greifbaren äusseren oder inneren Schädlichkeiten erzeugt werden usw. Das für die gerichtliche Betrachtungsweise Gemeinsame daran ist nur die Beeinflussung des Handelns, das dadurch ein von dem des Normalen abweichendes ist. Die Art der Entstehung können wir, Angesichts ihrer Verschiedenheit, als ein durchgreifendes Merkmal des Abnormen nicht aufstellen, wenn auch die krankhafte Entstehung für die Mehrzahl der Anomalien als sicher gelten muss. Es bliebe demnach als Abgrenzungsprinzip übrig: die Grösse und Richtung der Abweichung vom Durchschnitt; damit ist sofort auch ausgesprochen, dass es in der langen Reihe der möglichen Abstufungen Fälle geben muss, bei denen die Abweichung so gering ist, dass es für praktische Fragestellungen bis zu einem gewissen Grade Sache der persönlichen Auffassung ist, ob man sie noch zu den normalen rechnen kann oder schon zu den abnormen rechnen muss. Dieses in der Praxis als Misstand empfundene Verhältnis ist eine notwendige Folge des Versuchs, in einer continuierlichen Reihe von natürlichen Uebergängen durch Hineintragen eines einem ganz andern Gebiete entnommenen Einteilungsprinzips eine Abgrenzung vornehmen zu wollen. Wer sich über die Unmöglichkeit des Gelingens eines solchen Versuchs einmal klar geworden ist, wundert sich nicht mehr über das Vorkommen von Divergenzen zwischen den Meinungen von Sachverständigen angesichts des gleichen Falles und sucht den Grund nicht mehr ausschliesslich in der Unvollkommenheit der psychiatrischen Wissenschaft; immerhin ist die Zahl der Fälle, bei denen wirklich sachverständige Begutachter zu entgegengesetzten Ergebnissen kommen können, sehr klein im Verhältnis zu der grossen Zahl solcher, bei denen die Entscheidung mit voller Sicherheit und in überzeugender Weise auf Grund einwandfreien Nachweises des geistig abnormen Zustandes getroffen werden kann.

Die dem ärztlichen Sachverständigen im allgemeinen zugewiesene Aufgabe, das Vorhandensein oder Fehlen geistiger Anomalien festzustellen, ist im Gesetz nach verschiedenen Richtungen hin im Einzelnen genauer festgelegt werden; so spricht das Strafrecht von Bewusstlosigkeit und krankhafter Störung der Geistesthätigkeit, das bürgerliche Recht neben diesen von einer ganzen Reihe anderer Zustände, die für die jedesmaligen besondern Rechtsbeziehungen von Bedeutung sind (Geisteskrankheit, Geistesschwäche, geistige Gebrechen, Trunksucht, Aufhebung der geistigen Gemeinschaft usw.). Immer ist es dabei die Pflicht des Sachverständigen, unabhängig von der jedesmaligen, im Strafrecht und bürgerlichen Recht verschiedenen Art der Fragestellung, eine Untersuchung der gesamten geistigen Persönlichkeit des betreffenden Individuums vorzunehmen, aus deren Ergebnis heraus die Beantwortung der gestellten Fragen erfolgt.

Wenn diese Untersuchung mit Erfolg vorgenommen werden soll, muss der

Sachverständige einerseits die einzelnen abnormen Seelenerscheinungen in ihrer Bedeutung beurteilen können und anderseits Kenntnis besitzen von den erfahrungsgemäss vorkommenden Einzelformen und der Verlaufsweise geistig abnormer Zustände; ein gewisses sachliches Verständnis nach diesen beiden Richtungen sollte auch der Richter besitzen. Es ergibt sich daraus die hier eingehaltene natürliche Einteilung des klinischen Stoffes in eine allgemeine und eine spezielle gerichtliche Psychopathologie. Es kann dabei weder in dem einen noch in dem anderen Teile unsere Absicht sein, eine nach allen Richtungen hin erschöpfende Darstellung zu geben, die den Lehrbüchern der Psychiatrie überlassen bleiben muss; eine ganze Reihe von Fragen, die dort behandelt werden, wie Ursachen des Irreseins, Statistik desselben nach Geschlecht und Lebensalter, pathologische Anatomie u. s. w. berührt uns hier nur wenig. Unsere Fragestellungen knüpfen in foro an ein gegebenes Individuum an; die Vergangenheit desselben in Bezug auf erbliche Einflüsse und persönliches Erleben kommt nur insoweit in Betracht, als die verflossenen Einwirkungen in einem bestimmten Zeitpunkt durch nachweisbare Spuren vertreten sind. Es handelt sich also hier im allgemeinen Teile wesentlich nur um eine Symptomatologie der geistigen Anomalien, wenn wir auch andre allgemeine Gesichtspunkte nicht werden übersehen dürfen. Einzelsymptome sind es, aus deren Gruppierung die Diagnose bestimmter, erfahrungsgemäss abgegrenzter Krankheitsbilder erwächst. Die Feststellung solcher krankhaften Symptome kann aber auch zu der Annahme einer krankhaften oder im weitesten Sinne abnormen geistigen Verfassung führen, ohne dass der gegenwärtige Stand der Wissenschaft erlaubt, eine endgültige Namensdiagnose zu stellen, die vom Gesetze auch nicht verlangt wird; wenn also auch der ärztliche Sachverständige in der Regel in der Lage sein wird, einen Fall geistiger Störung in einer bereits feststehenden Kategorie unterzubringen, so ist das doch für die Begutachtung nicht immer eine Notwendigkeit. Die Analyse der einzelnen seelischen Vorgänge kann auch ohne dies zu der Ueberzeugung führen, dass in einem bestimmten Zeitpunkte krankhafte Störungen der Geistes-thätigkeit vorhanden waren, welche z. B. die Voraussetzungen des § 51 des St.G.B. erfüllen.

Der Darstellung der allgemeinen Symptomatologie müssen wir einige das ganze Gebiet betreffende allgemeine Bemerkungen vorausschicken.

Als Ursache der Abweichungen vom normalen Seelenleben, die als Störungen des Vorstellens, Fühlens, Wollens usw. in die Erscheinung treten, haben wir Veränderungen im Gehirn zu betrachten. Erfahrungen auf den verschiedensten Gebieten, entwicklungsgeschichtlicher, vergleichend anatomischer, physiologisch experimenteller und pathologischer Art führen in gleicher Weise zu dem für den naturwissenschaftlich Denkenden zur Zeit bindenden Schluss, dass alles höhere geistige Geschehen beim Menschen an die nervösen Bestandteile des Gehirns gebunden ist. Die Frage, in welcher Weise wir uns das Verhältnis von materiellen Vorgängen zu geistigem Geschehen zu denken haben, kann uns dabei nicht beschäftigen; als feststehend dürfen wir für unsere Zwecke nur den Satz be-

trachten, dass normales Seelenleben nur möglich ist, bei normal organisirter und funktionierender Hirnsubstanz. Als sicher darf weiter gelten, dass dabei nicht alle von der Schädelkapsel umschlossenen Teile gleichwertig sind; die Erfahrung nötigt zu der Annahme, dass die höchsten geistigen Prozesse für ihr Vontattengehen in erster Linie einer gesunden Hirnrinde bedürfen.

Bei einer Reihe von geistigen Erkrankungen finden wir bestimmte und ziemlich genau bekannte Veränderungen der Bestandteile des Hirnes mit solcher Regelmässigkeit, dass wir uns berechtigt glauben, einen gesetzmässigen Zusammenhang zwischen diesen zwei verschiedenen und an sich unvergleichbaren Reihen von Vorgängen anzunehmen; bei andern haben unsre heutigen technischen Hilfsmittel noch nicht erlaubt, gesetzmässige Veränderungen zu finden, an deren Vorhandensein wir aber, auf Grund berechtigten Analogieschlusses, nicht zweifeln. Eine vollkommene Kenntnis aller anatomischen Zustandsänderungen im Gehirne Geisteskranker würde für die praktische Handhabung der gerichtlichen Psychiatrie keinen nennenswerten Fortschritt bedeuten, da es sich nur ausnahmsweise um Begutachtung nach dem Tode des Individuums handelt. Der heute bereits erreichte Stand unsres thatsächlichen Wissens genügt, um den oben aufgestellten Satz in noch kürzerer, schärferer Fassung dahin zu formulieren: Geisteskrankheiten sind Gehirnkrankheiten.

Daraus ergeben sich für die allgemeine Beurteilung der geistigen Anomalien bestimmte Schlüsse.

Wenn wir auch Grund zu der Annahme haben, dass zwischen einzelnen einfachen seelischen Vorgängen und abgegrenzten Hirngebieten besondere Beziehungen bestehen in der Art, dass erstere regelmässig eine Störung erleiden, wenn letztere in vielleicht sehr geringer örtlicher Ausdehnung krankhafte Veränderungen erfahren, so ist doch anderseits sicher anzunehmen, dass gerade für die zusammengesetzten Formen des geistigen Geschehens (höhere Gefühle, Begriffsbildung, Urteilsvermögen) ein Zusammenwirken sehr verschiedener Hirnterritorien stattfindet. Der feinere Bau des Gehirns ist nun so ausserordentlich verwickelt, die Möglichkeiten der Beziehungen zwischen seinen einzelnen Teilen sind so zahlreich, dass wir, trotz Kenntnis einer Menge von Einzelthatsachen absolut nicht im Stande sind, bei geistigen Vorgängen im Einzelnen anzugeben, welche Hirnabschnitte dabei thätig sind, welche nicht; wir können, namentlich auf Grund pathologischer Erfahrungen bei Geistesstörungen mit bekannter anatomischer Grundlage, nur sagen, dass die Wahrscheinlichkeit einer ausgedehnten Beteiligung aller möglichen Gegenden des Zentralorgans um so grösser ist, je stärker und eingreifender die bei einem Menschen zu beobachtenden Veränderungen oder Mängel der geistigen Persönlichkeit sind. Die Kenntnis dieser Verhältnisse muss uns vorsichtig machen in der Annahme, dass anscheinend isolierte, krankhafte geistige Störungen, selbst wenn man sie auf eine umgrenzbare örtliche Hirnerkrankung zurückzuführen geneigt sein möchte, ohne Einfluss auf das allgemeine geistige Geschehen bleiben könnten. Besteht einmal eine sicher nachweisbare, krankhafte, geistige Veränderung, so können wir bei keiner der



seelischen Äusserungen des betreffenden Menschen sicher sein, dass sie von jener Störung unbeeinflusst geblieben ist; handelt es sich um die Störung einer vereinzelter Funktion, z. B. um den Verlust der Fähigkeit, Wortbilder zu reproduzieren (Aphasie), so kann die Beeinflussung der allgemeinen geistigen Vorgänge gering bleiben; dagegen wird die Wahrscheinlichkeit einer allgemeinen Einwirkung um so grösser, je „höher“ die gestörte geistige Funktion steht, d. h. je zusammengesetzter sie ist, je mehr elementare geistige Vorgänge zusammen wirken müssen, um sie zu Stande kommen zu lassen. Die klinische Erfahrung stützt diese theoretische Erwägung; schon lange haben wir z. B. gelernt, dass die allmähige, ohne ersichtlichen äusseren Grund erfolgende Entwicklung einer anscheinend isolierten Veränderung des ästhetischen und ethischen Fühlens im Sinne einer Verschlechterung bei einem erwachsenen, vorher in dieser Richtung vielleicht hochstehenden Menschen, (wie bei der progressiven Paralyse), ein Symptom ist, aus dem mit grosser Wahrscheinlichkeit auf die Entwicklung weit ausgebreiteter materieller Veränderungen im Gehirne geschlossen werden kann, Veränderungen, die dann bald auch in greifbaren nervösen Erscheinungen bemerkbar werden; ebenso wissen wir, dass das Zustandekommen von dauernden Wahnideen, d. h. von krankhaft gefälschten, unkorrigierbaren Vorstellungen, wenn wir auch die anatomische Grundlage dabei nicht kennen, immer den Schluss auf tiefgreifende Wandlungen der psychologischen Persönlichkeit erlaubt. Die Feststellung dieser und anderer, ihnen gleichwertiger Symptome nötigt uns zu der Schlussfolgerung, dass bei keiner Handlung des betreffenden Menschen, auch wenn sie scheinbar unabhängig von den speziell nachweisbaren krankhaften Veränderungen ist, die Beeinflussung durch das Krankhafte ausgeschlossen werden kann.

Die Gefahr, die der Jurist leicht in dieser durch die Thatsachen gebotenen Auffassung liegen sieht, dass der Sachverständige auf Grund einer irgendwie gearteten geistigen Anomalie ohne Weiteres die Zurechnungsfähigkeit oder Handlungsfähigkeit eines Individuums verneinen würde, besteht in Wirklichkeit nicht; die Erfahrung hat uns die verschiedene Grösse der Beeinflussung des Handelns durch mehr oder weniger ausgedehnte geistige Veränderungen schätzen gelernt; wir kennen solche, die praktisch überhaupt ganz gleichgültig sind, andre, die vom Individuum als lästig empfunden werden, aber auf gerichtlich in Betracht kommendes Handeln einflusslos bleiben (wie z. B. viele Zwangsvorstellungen), andre, die je nach der Gleichgewichtsverteilung im seelischen Organismus wirksam werden oder nicht (z. B. abnorme Impulse, die nur bei gleichzeitiger intellektueller Schwächung zur That führen), andre, denen wir vom ärztlichen Standpunkte aus von vornherein und unter allen Umständen Einwirkung zumessen, wie die oben genannten, endlich solche, bei denen der gestaltende Einfluss auf das Handeln für jedermann auf der Hand liegt, wie z. B. bei der tobsüchtigen Erregung u. dgl.

Der Wortlaut des § 51 des St. G. B., der nicht ohne Weiteres abnorme Zustände im Allgemeinen die Zurechnungsfähigkeit ausschliessen lässt, sondern nur solche, durch welche die freie Willensbestimmung ausge-

geschlossen war, im B. G. B. ausserdem die Nennung der besondern Aufgaben, denen gegenüber der Geisteszustand gewürdigt werden soll (z. B. das „Besorgen seiner Angelegenheiten“ usw.), nötigt den ärztlichen Sachverständigen logisch und sachlich auch zu einer quantitativen Schätzung des Einflusses, den eine bestimmte geistige Anomalie auf das Handeln ausübt.

Es ist Angesichts dieser Sachlage nicht recht verständlich, wie immer wieder in dogmatischer Form verkündet werden kann, dass die Aufgabe des Sachverständigen mit der Feststellung der vorhandenen oder fehlenden Krankheit erschöpft sei, und dass es ausschliesslich Sache des Richters sei, aus den thatsächlichen Feststellungen des Sachverständigen die noch fehlenden Schlüsse zu ziehen; es besteht gar kein Anlass, warum der Sachverständige, wenn er einer ist, von Sinnestäuschungen, Wahnideen, abnormen Stimmungen reden darf, aber Halt machen soll, sobald er an die Frage kommt, ob nun diese Anomalien auch auf das Handeln von bestimmendem Einfluss gewesen sind; wer sich darüber klar ist, dass nur dieses letztere gemeint ist, wenn von Beeinträchtigung, Aufhebung der freien Willensbestimmung die Rede ist, wird sich seine gutachtliche Aeusserung nicht an der entscheidenden Stelle beschneiden lassen wollen; es besteht dazu umsoweniger Anlass, als bekanntlich das ärztliche Gutachten den Richter in keiner Weise bindet.

Wir werden aus allen diesen Gründen in der folgenden Darstellung der Frage, wie weit die geistigen Anomalien, mit denen wir uns zu beschäftigen haben, auf das Handeln der Kranken bestimmend einwirken, nicht aus dem Wege gehen. —

Was nun die Einteilung des im Sinne der vorstehenden Bemerkungen umgrenzten Stoffes der allgemeinen Psychopathologie anbetrifft, so bringt es die Besonderheit des Ausgangspunktes mit sich, dass nicht alle Erscheinungen abnormen Seelenlebens für uns hier gleiche Bedeutung beanspruchen können; das wissenschaftliche Interesse, das in einer voraussetzungslosen Psychopathologie den einzelnen Symptomen ihre Stellung anweist, und das praktische Interesse, das dieselben für den gerichtlichen Sachverständigen und die Vertreter der Rechtspflege besitzen, deckt sich keineswegs immer. Es ist deshalb in einer gerichtlichen Psychopathologie fast unmöglich, eine systematische Einteilung des Stoffes durchzuführen; ein solcher Versuch ist hier gar nicht erst gemacht worden.

Der Weg, den wir einhalten wollen, ist der, dass wir beginnen mit der Besprechung bestimmter normaler Eigentümlichkeiten des menschlichen Seelenlebens, die bei der praktischen Handhabung der Rechtspflege erfahrungsgemäss nicht immer die Berücksichtigung finden, die ihnen zukommt.

Daran schliessen wir an eine Erörterung über die Bedeutung abnormer erblicher Einflüsse und ihre Erkennbarkeit im gegebenen Falle. In der dann folgenden allgemeinen Symptomenlehre halten wir uns im Grossen und Ganzen bei Besprechung der geistigen Anomalien an den Weg des psychischen Reflexbogens: Gewinnung des Erfahrungsmateriales, Verarbeitung desselben

nach der Verstandes- und Gefühlsseite, Reaktion der psychischen Persönlichkeit je nach der Art ihrer individuellen Beschaffenheit, Bewusstseinsvorgänge, Willensvorgänge. Den Abschluss der Symptomatologie bildet die Besprechung von geistigen Symptomengruppen, die wegen der vielseitigen Beteiligung aller möglichen seelischen Funktionen bei der Würdigung der Einzelsymptome ihre Stelle nicht finden konnten. Ohne Zusammenhang eingefügt ist das „inducierte Irresein“, das, weil es keine bestimmte Form, sondern ein ätiologischer Begriff ist, dem allgemeinen Theile angehört. Den Schluss bildet die Darstellung der Gesichtspunkte, die bei Erkennung und Beurteilung des Irreseins für gerichtliche Zwecke in Betracht kommen: Grenzzustände, körperliche Störungen, Simulation und Dissimulation geistiger Störung und endlich das Gutachten des ärztlichen Sachverständigen.

Die unvermeidlichen Mängel, die auf der Unmöglichkeit systematischer Darstellung beruhen, habe ich in etwas zu mildern gesucht durch sorgfältige Bearbeitung des Sachregisters am Schlusse, das, wie ich hoffe, das Auffinden von Einzelheiten erleichtern wird. —

---

## Kapitel II.

### Der normale Mensch vor Gericht.

Notwendigkeit der gerichtlichen Würdigung gewisser normaler Eigentümlichkeiten des Seelenlebens. — Mangelhaftigkeit protokollierter Aussagen. — Wunsch nach stenographischer Aufzeichnung. — Seelische Verschiedenheiten nach Lebensalter und Geschlecht. — Einfluss von Gemütsbewegungen. — Fehlerquellen nicht krankhafter Art von Seiten des Gedächtnisses.

In der Einleitung ist bemerkt worden, dass das Gesetz, wenn nicht besondere Umstände eine nähere Prüfung nötig erscheinen lassen, den Erwachsenen ohne Weiteres im strafrechtlichen Sinne für verantwortlich, im zivilrechtlichen für handlungsfähig erachtet. Die Abstufungen, die für die Zeit der Entwicklung angenommen werden, und die Festsetzung der zeitlichen Grenzen, innerhalb deren die volle Reife im Sinne des Gesetzes erlangt wird, sind im ersten Theile dieses Buches erwähnt worden. Die Anomalien des Seelenlebens und ihre gerichtliche Bedeutung werden in den unten folgenden Blättern ihre Würdigung finden.

Es scheint mir nun nützlich, hier einige kurze Bemerkungen einzufügen über gewisse, in der gerichtlichen Praxis nicht immer genügend gewürdigte allgemeine oder nach Alter und Individualität verschiedene Eigentümlichkeiten des menschlichen Seelenlebens, die nicht als abnorm zu gelten haben, auch nicht zu den „Grenzzuständen“ (s. ds.) gehören, sondern als gesetzmässige Erscheinungen aufgefasst werden müssen, und doch bei der richterlichen Beurteilung im gegebenen Falle nicht übersehen werden dürfen.

Es handelt sich dabei nicht um Fragen, die dem ärztlichen Sachverständigen zur Beantwortung zugewiesen werden sollen, sondern um Dinge, die dem



psychologisch wirklich geschulten Richter geläufig sind, die aber, wie die Erfahrung vielfach lehrt, keineswegs jetzt allgemein schon Berücksichtigung finden. In der Hineinziehung normaler Besonderheiten des geistigen Geschehens in eine Darstellung der Psychopathologie wolle man keine Neigung zum Ignorieren der dem Arzte bei seiner gerichtlichen Thätigkeit gezogenen Grenzen erblicken; die Gefahr ärztlicher Uebergrieffe, wo solche vorkommen, ist überhaupt nicht allzu hoch anzuschlagen Angesichts des gesetzlichen Grundsatzes der freien Beweiswürdigung, der den Aeusserungen des Sachverständigen ihre Stelle anweist neben anderem Beweismaterial, aus dem der Richter nach eigenem Ermessen seine Schlüsse zieht; es kann deswegen keine Bedenken haben, wenn dem juristischen Leser des Buches hier einige Hinweise gegeben werden, die zwar nicht dem Gebiet des krankhaften Seelenlebens angehören, aber doch dem Irrenarzte von Berufs wegen näher liegen, als dem Richter.

Richter und Irrenarzt sind in gewissen Grenzen ihrem Objekte, einem bestimmten Individuum gegenüber, (wenn wir von der körperlichen ärztlichen Untersuchung absehen), auf das gleiche Verfahren angewiesen: Vernehmung dritter Personen und Befragen der Hauptperson des betreffenden Verfahrens; das Ziel ist dabei allerdings ein verschiedenes; der Richter geht in erster Linie aus auf Feststellung eines bestimmten objektiven Thatbestandes, der Arzt auf Feststellung bestimmter subjektiver Verhältnisse, zu deren Berücksichtigung übrigens der Richter aus rechtlichen Gründen in gewissem Umfange ebenfalls genöthigt ist. Die Verschiedenheit des Hauptzieles ist es, die es bewirkt, dass der Arzt, wenn er den Maasstab seiner psychiatrischen Technik des Befragens anlegt, leicht dazu kommt, das Verhör der Zeugen oder des Angeklagten durch den Richter keineswegs als erschöpfend oder gründlich anzuerkennen.

So hat der Sachverständige z. B. oft Gelegenheit, zu beklagen, wie wenig die in den Akten schriftlich niedergelegten Aussagen der an dem Verfahren irgendwie beteiligten Personen ein zutreffendes Bild von deren geistiger Persönlichkeit geben; man kann es erleben, ein in langen Perioden wohlstilisiertes Protokoll über die Aussagen eines Menschen zu finden, der so schwachsinnig ist, dass man mühsam ja und nein als Antworten aus ihm herausziehen muss; man lernt dabei wohl den Diktierenden kennen, aber nicht den Vernommenen. Dieses Verfahren hat zwar den Vorzug, dass das Ergebnis des einzelnen Verhörs, wie es sich dem Vernehmenden darstellt, in kurzer und präziser Form als Material vorliegt; es hat aber den grossen Nachteil, dass dabei Zeuge und Zeuge, wenn es sich um diese handelt, ohne Rücksicht auf den sehr verschiedenen Zeugenwert ihrer Individualität, in gleicher Reihe in ihren Aussagen nebeneinanderstehen. Im strafprozessualischen Sinne findet dieser Mangel seine Korrektur dadurch, dass die wesentlichen Zeugen im Hauptverfahren noch einmal vernommen werden; es empfindet diesen Mangel aber der Sachverständige, wenn er im Vorverfahren, unter anderem auch auf Grund des vorliegenden Aktenmaterials, sein Gutachten abgeben soll. Dazu, dass der einzige hierbei mögliche Ausweg, die stenographische Protokollierung von Frage und Antwort, beschritten werde, ist

aus finanziellen und anderen Gründen leider vorläufig gar keine Aussicht; wenn sie stattfände, würde von vornherein ein zur Beurteilung des Geisteszustandes des Angeschuldigten oder Beklagten, wie zur Schätzung des Wertes von Zeugnisaussagen gleich wichtiges Material geschaffen werden, das nicht nur dem doch nur ab und zu beteiligten ärztlichen Sachverständigen, sondern auch dauernd dem Richter zu Gute käme. Es würde möglich sein, an der Hand dieser stenographischen Protokolle allen den Fehlerquellen nachzugehen, die erfahrungsgemäss bei gerichtlichen Vernehmungen das Ergebnis trüben: Beschränktheit, Gedächtnismangel, Verwirrung, Beeinflussbarkeit usw. seitens des Vernommenen, Missverständnisse wegen Unkenntnis des Dialektes, Ungeschicklichkeit im Fragen, unbewusstes Hineinexaminieren usw. seitens des Vernehmenden; der Druck der wörtlichen Protokollierung würde ausserdem sehr bald das Bedürfnis nach einer systematischen psychologischen Schulung der Juristen hervortreten lassen.

Der jetzige Gang der juristischen Ausbildung gibt gewöhnlich in dieser Beziehung den praktischen Vertretern der Rechtspflege keine andre Mitgift, als sie jedem Gebildeten als allgemeines Ergebnis seines Bildungsganges eigen ist. Das Bedürfnis nach einer Aenderung wird auch auf juristischer Seite stellenweise lebhaft empfunden; ich verweise in dieser Beziehung auf die im Litteratur-Verzeichnis aufgeführten Bücher von Hanns Gross, der sich die Förderung der Psychologie vom Standpunkte des Untersuchungsrichters aus besonders angelegen sein lässt. Ich kann in Folgendem natürlich nur einige der erfahrungsgemäss am häufigsten in der Bedeutung ungenügend gewürdigten normalen Eigentümlichkeiten des seelischen Geschehens herausheben. Dazu gehören z. B. die prinzipiellen Verschiedenheiten zwischen Mensch und Mensch nach Lebensalter und Geschlecht, der Einfluss von Gemütsbewegungen auf die Auffassung äusserer Geschehnisse und bei der Wiedergabe derselben, die natürlichen Mängel und Fehlerquellen in der Funktion des Gedächtnisses u. dgl. m. —

Die rechtliche Stellung der Heranwachsenden, wenn sie als Angeklagte erscheinen oder wenn ihre bürgerliche Handlungsfähigkeit in Frage steht, ist im ersten Teile erörtert worden, ebenso wie die Eidesfähigkeit dieser Altersstufen; die Verwertung der Aussagen kindlicher Zeugen in Bezug auf ihre Zuverlässigkeit ist dem Richter überlassen.

Die frische Empfänglichkeit des Kindes, sein lebhaftes Interesse an allen äusseren Vorgängen, sein Gerechtigkeitssinn, alles das würde es zu einem ausgezeichneten Zeugen machen, wenn dem nicht zweierlei entgegenstände: einmal der Besitz eines nur engen Gesichtskreises, der bewirkt, dass neue Beobachtungen in irgendwelchen vorhandenen Fächern untergebracht werden und damit eine vielleicht ganz falsche Deutung erfahren (wie z. B., um einen krassen, mir bekannten Fall zu wählen, die Schilderung eines Beischlafaktes durch einen kindlichen Zeugen im Sinne eines Mordversuchs), und zweitens die grosse Beeinflussbarkeit der kindlichen Phantasie durch Erzählungen, Lektüre, Träume usw., wobei wir von absichtlichen Einwirkungen in irgend einem Sinne noch

ganz absehen. Es ist nötig, sich über die Spannweite des kindlichen Horizontes in jedem Falle besonders zu orientieren, festzustellen, ob bestimmte in Frage stehende Begriffe und Anschauungen in seinem Erfahrungsschatze überhaupt vertreten sind, und weiter niemals aus dem Auge zu lassen, dass nicht jede kindliche Unwahrheit eine Lüge ist. Ganz unzuverlässig sind durchweg bei Kindern Zeitangaben, die schon bei Erwachsenen mit Vorsicht zu verwerten sind. Während der gutartige ältere Knabe der beste denkbare Zeuge ist, gilt dies nicht in gleichem Maasse von dem älteren Mädchen, bei dem, mit der Annäherung an die Pubertätszeit, die erwachenden dunklen Sexualgefühle in ihren mannigfachen Verkleidungen als gesteigertes Interesse an der eigenen Person, als Sucht, die Aufmerksamkeit zu erregen, als Freude an romanhafter Ausschmückung einfacher Erlebnisse usw. die Zuverlässigkeit bedenklich beeinträchtigen können.

Die sehr häufigen kindlichen Charakterzüge: Egoismus, Grausamkeit, schlechte Impulse usw. dürfen bei gerichtlichen Berührungen ebensowenig aus dem Auge gelassen werden, wie das namentlich bei noch latenter künstlerischer oder auch abnormer Veranlagung nicht seltene Vorkommen phantastischer, nur halb als solcher bewusster Erdichtungen von langen und komplizierten Erlebnissen, an deren Realität dann, trotz des Wissens um die möglichen Folgen für Dritte, teils gutgläubig, teils aus Trotz oder aus Angst vor Strafe festgehalten wird. Diese Erscheinung ist ihrem Wesen nach ein Analogon zu der krankhaften „Pseudologia phantastica“ (siehe diese) der Erwachsenen. Immer ist bei Kindern daran festzuhalten, dass sie nicht nur quantitativ vom Erwachsenen verschieden sind in Bezug auf Urteil, Erfahrung u. dgl., sondern dass sie nach verschiedenen Richtungen „anders“ geartet sind. —

Gewisse für die gerichtliche Praxis manchmal kennenswerte normale Eigentümlichkeiten des Greisenalters werden wir bei der Frage des Gedächtnisses zu streifen haben.

Die grundsätzlichen Verschiedenheiten in der geistigen Verfassung der beiden Geschlechter sind neuerdings, zum Teil unter dem Einfluss der Erörterungen über die „Frauenfrage“, mehrfach litterarisch behandelt worden. Möbius hat darüber vor kurzem eine Schrift veröffentlicht, die, wie mir scheinen will, durch den etwas herausfordernden Titel („Ueber den physiologischen Schwachsinn des Weibes“) mehr Widerspruch hervorgerufen hat, als seine Ausführungen sachlich verdienen, die sich, was die gerichtlichen Gesichtspunkte anbetrifft, mit denen von Gross in seiner „Kriminalpsychologie“ zum grossen Teil decken. Möbius schreibt, nachdem er vorher die These, dass die weibliche geistige Organisation in verschiedenen Beziehungen hinter der männlichen zurückbleibt, ausführlich begründet hat: Auch das Gesetz sollte auf den physiologischen Schwachsinn des Weibes Rücksicht nehmen. Unsre Gesetze sind im grossen und ganzen nur für Männer gemacht; für die Minderjährigen ist gesorgt; das erwachsene Weib aber wird im Strafrecht (um nur von diesem zu reden) dem erwachsenen Manne gleich geachtet, und nicht einmal für einen mildernden Um-



stand gilt irgendwo weibliches Geschlecht. Mit Unrecht. Zu den bisher angestellten Erwägungen kommt noch das hinzu, dass das Weib während eines beträchtlichen Teiles seines Lebens als abnorm anzusehen ist. Ich brauche vor Aerzten nicht über die Bedeutung der Menstruation und der Schwangerschaft für das geistige Leben zu reden, darauf hinzuweisen, dass beide Zustände, ohne eigentliche Krankheit, das geistige Gleichgewicht stören, die Freiheit des Willens im Sinne des Gesetzes beeinträchtigen. Bedenkt man nun die früher besprochenen Geisteseseigentümlichkeiten des Weibes, besonders die Unfähigkeit, Affektstürmen zu widerstehen und den Mangel an Rechtsinn, so muss man einsehen, dass es eine grosse Ungerechtigkeit ist, beide Geschlechter mit gleichem Maasse zu messen. Nur die durch die Umstände des weiblichen Lebens leicht erklärbare geringe Kriminalität des Weibes lässt die Härte unsrer Gesetze nicht empfinden. Je mehr aber das Weib aus dem Schutze des Hauses heraustritt, um so leichter wird sie mit den Gesetzen in Konflikt kommen, und dann wird sie oft härter bestraft werden, als sie verdient.“ Indem Möbius dann noch besonders auf die Neigung zum Vorkommen von Erinnerungstäuschungen beim weiblichen Geschlechte hinweist, kommt er zu dem Ergebnis: „Wir überschätzen das Weib als Zeugin, behandeln es zu hart als Angeklagte.“

Um einen einzelnen von Möbius nur gestreiften Punkt herauszugreifen, so ist der Einfluss der Menstruation auf das Handeln der Frau ein zahlenmässig belegbarer; hier wäre z. B. zu erwähnen die Feststellung von Legrand du Saulle, dass von 56 in Pariser Magazinen verübten Diebstählen durch Damen 35 in die Zeit der Menses fielen, und die Angabe von Heller, der bei 35,9 pCt. der Selbstmörderinnen das Vorhandensein der Periode konstatierte. Welche Ursachen psychischer Art bei jenen wie bei diesen der Handlung zu Grunde lagen, ist hier unwesentlich gegenüber dem Einfluss, den der besondere körperliche Zustand mit seinen gemüthlichen Folgen als auslösendes Moment augenscheinlich auf die Handlung ausgeübt hat. Die Zahlen würden noch höher ausfallen, wenn es ausführbar wäre, die in psychischer Hinsicht fast noch wichtigeren letzten Tage vor Eintritt der Regel mitzurechnen, an denen, ebenso wie manchmal auch hinterher noch, die jedesmalige individuelle Gemütsalteration genau so, manchmal noch stärker als während der Dauer der Menstruation selbst, ausgesprochen zu sein pflegt. Die hier in Betracht kommenden psychischen Veränderungen während der Menstruation, (auf deren gerichtliche Bedeutung v. Krafft-Ebing von jeher hingewiesen hat), äussern sich entweder darin, dass etwa vorhandene geringgradige, im allgemeinen nicht auffallende nervöse Anomalien aus ihrer Latenz heraustreten, oder in der Weise, dass die in der Zwischenzeit ganz normalen Frauen unter dem Einfluss der Menstruationsvorgänge abnormen Zuständen ausgesetzt sind; die häufigsten Erscheinungen hierbei sind Reizbarkeit, Unverträglichkeit, grundlose Verstimmung, Angstanfälle, lieblose Anwandlungen, ja feindselige Impulse gegen die normaler Weise geliebte Umgebung u. dgl. mehr. Es ist dies ein Punkt, an dem der Richter, ohne dass es sich um einen krankhaften Zustand handelt, doch der ärztlichen Beihilfe kaum sollte entraten wollen;

die Feststellung des Einflusses der Regel auf die Psyche und die Erörterung der dabei vorliegenden thatsächlichen Verhältnisse bei einer Zeugin oder Angeklagten dürfte die richterliche Sachkunde überschreiten.

Es kann natürlich keine Rede davon sein, allein mit der Feststellung, dass z. B. weibliche Straffhandlungen in die Zeit der Menses fielen, eine Aufhebung der Zurechnungsfähigkeit begründen zu wollen; dazu wäre weiter notwendig der Nachweis, dass die dabei etwa vorhandenen geistigen Veränderungen ihrer Stärke nach die Voraussetzungen des § 51 des St.G.B. erfüllen; der grosse Spielraum aber, über den der Richter meist bei der Strafabmessung verfügt, und die wenigstens für eine Reihe von Delikten vorhandene Anwendbarkeit der „mildernden Umstände“ gibt die Möglichkeit, die Besonderheiten des Falles zu berücksichtigen, wenn die „normalen“ Gemütschwankungen zur Zeit der Periode bei dem Handeln einer Kranken von Einfluss gewesen sind.

Dass die allgemeinen Eigentümlichkeiten der weiblichen Geistesbeschaffenheit in irgend einer gesetzgeberischen Form anerkannt werden sollten, ist wenig wahrscheinlich; ich wüsste auch nicht anzugeben, in welcher Weise das gemacht werden könnte.

Unabhängig von Lebensalter und Geschlecht begegnen wir nun regelmässigen bestimmten Momenten, die als trügende bei der Beurteilung gerichtlicher Aussagen gekannt sein müssen. Hierher gehört zunächst der oft fälschende Einfluss, den Gemütsbewegungen auf den Wahrnehmungsvorgang ausüben. Alle unsre Wahrnehmungen; (wir kommen darauf im Kapitel Sinnestäuschungen zurück), setzen sich aus objektivem und subjektivem zusammen; die unbefangene Vorstellung, dass unser Gehirn gewissermaassen eine photographische Platte darstelle, auf der äussere Vorgänge genau entsprechende Eindrücke hervorbringen, muss man fallen lassen. Die Fälschung durch Affekte ist es zum grossen Teil, die z. B. bewirkt, dass ein aufregender Vorgang von jedem beteiligten Zeugen, mit subjektiver Wahrheit, in anderer Weise geschildert wird, dass gelegentlich Wichtiges überhaupt nicht wahrgenommen wird, (wie z. B. Niemand im Augenblick der That Caserio's Dolch oder Luccheni's Mordinstrument gesehen hat); gespannte Erwartung oder Furcht färbt die Wahrnehmungen im Sinne des Erwarteten; ebenso fälschend wirkt das Bewusstsein einer von Vielen geteilten festen Ueberzeugung, wenn z. B. in religiös fanatisierten Bezirken ganze Gemeinden gutgläubig schwören, diese oder jene wunderbaren Erscheinungen „gesehen“ zu haben und dergl. In allen diesen Fällen können Zeugen subjektiv die volle Wahrheit sagen, wenn ihre Angaben auch den Thatsachen in keiner Weise entsprechen.

Auch bei der Wiedergabe des Wahrgenommenen vor Gericht sind die Gemütsbewegungen von Einfluss. Dem Eindruck, den der ganze feierliche Apparat der öffentlichen Sitzung auf den gerichtlichen Neuling macht, kann sich auch der rüstige, kritische Mensch nicht ganz entziehen, viel weniger ein zaghafter, empfindlicher. Die Hemmung, die alle verstandesmässigen Vor-

gänge unter dem Einfluss der ängstlichen Befangenheit erfahren können, muss mit in Rechnung gesetzt werden, wenn das Ergebnis des Verhörs in der Hauptverhandlung ganz anders ausfällt, als innerhalb der vier Wände des Zimmers des Untersuchungsrichters, wenn sich Widersprüche, Lücken usw. herausstellen. Besonders gilt das für zwar nicht geisteskrank, aber doch „nervöse“ Persönlichkeiten, bei denen es namentlich falsch ist, wenn sie etwa als Angeklagte figurieren, aus Verwirrung oder Erröten Schlüsse in der Schuldfrage zu ziehen; es gibt nervöse Individuen, die in solchem Falle erröten, nicht aus Schuldbewusstsein, sondern wenn ihnen klar wird, dass irgend eine auftauchende Verkettung von Umständen sie, auch ohne ihr Verschulden, belasten muss.

Noch wichtiger als diese bisher genannten Momente sind die „normalen“ Fehler unsrer Gedächtnisfunktion.

Bei jedem gerichtlichen Verhöre handelt es sich um Feststellung von Umständen, die hinter dem Augenblicke des Verhörs eine kürzere oder längere Zeit zurückliegen; Angeklagter, Zeugen, Parteien, alle haben sich zu äussern über Dinge, über die ihr Gedächtnis Auskunft zu geben hat.

Was für die Wahrnehmungen gesagt wurde, gilt für die Erinnerungen in erhöhtem Maasse, dass sie nämlich, bei subjektiver Richtigkeit, der objektiven Wahrheit häufig nicht entsprechen, und zwar auch ohne jede Mitwirkung krankhafter Einflüsse (mit denen wir uns später noch besonders zu beschäftigen haben werden.)

Zunächst muss man der grossen und dauernden individuellen Verschiedenheiten des Gedächtnisses eingedenk sein; die zufällige persönliche Eigenart des Gedächtnisses bei dem vernehmenden Richter, darf nicht, wenn auch die Versuchung dazu naheliegend genug ist, in aller Unbefangenheit als allgemein gültiger Maassstab der Leistungsfähigkeit des Gedächtnisses überhaupt genommen werden. Diese individuellen Verschiedenheiten betreffen nicht nur Umfang, Treue, Leichtigkeit des Gedächtnisses, sondern äussern sich auch z. B. darin, dass bei dem einen vorwiegend optische Eindrücke gut haften, bei dem andern akustische, während wieder Andre besondere, manchmal berufsmässig gesteigerte Erinnerungsfähigkeit für irgend welche technischen Einzelheiten besitzen.

Besonders grossen individuellen Schwankungen unterliegt die Fähigkeit, sich vergangene Gesichtseindrücke zu vergegenwärtigen; es gibt Individuen, die z. B. absolut keine farbigen Erinnerungsbilder kennen, von einer Menge öfters gesehener Dinge zwar wissen, welche Farben sie haben, aber nicht im Stande sind, sie sich in ihrer natürlichen Färbung vorzustellen; ähnliche Mängel, wenn man diese individuellen Eigentümlichkeiten so nennen darf, zeigt manchmal die Fähigkeit der Erinnerung für gesehene Formen und Linienkombinationen. Es liegt auf der Hand, dass solche Menschen nur sehr unvollkommene Aussagen zu machen wissen über die Einzelheiten früherer Wahrnehmungen; diese Unvollkommenheit kann soweit gehen und sich von dem zufälligen, auf die eigenen Erfahrungen gestützten Maassstab des Vernehmenden soweit entfernen, dass ihm



wie absichtliches Leugnen aussieht, was eine persönliche Eigentümlichkeit der Reproduktionsgabe ist.

Mit zunehmendem Alter sinkt normaler Weise die Merkfähigkeit, d. h. die Fähigkeit, neue Eindrücke zu behalten; so kommt es, dass bei Greisen die Erinnerung, bei aller Schärfe für die frühere Vergangenheit, mangelhaft sein kann für die jüngsten und zeitlich näherliegenden Ereignisse.

Nur wenige Menschen haben die Gabe, frühere Geruchs- und Geschmacksempfindungen sich genau wieder zu vergegenwärtigen. Allgemein ist die Mangelhaftigkeit der Reproduktion von früheren Gefühlszuständen, Stimmungen, Gemütsbewegungen oder Schmerzen; wir benutzen, wenn wir dies wollen, die Erinnerung an die damaligen veranlassenden Momente, mit deren Hilfe wir unvollkommen, sekundär, an die Gefühle uns zu erinnern suchen; wie wenig treu aber die durchschnittliche Erinnerung in dieser Hinsicht ist, kann z. B. jeden die Lectüre eigner, vor langer Zeit geschriebener Briefe lehren; es beruht auf diesem selben Mangel der Erinnerung, dass Kranke dazu neigen, ihren jedesmaligen augenblicklichen Zustand für das Schlimmste zu halten, was sie je durchgemacht haben; die früheren Missempfindungen tauchen bei der Erinnerung nur sehr unvollkommen mit auf. Frühere eigene Thaten werden uns unverständlich, weil wir nicht im Stande sind, die damaligen Stimmungen in ihrer Lebhaftigkeit wieder zu erwecken. Bei der Beurteilung z. B. von längere Zeit zurückliegenden Affekthandlungen ist die Kenntnis dieser allgemeinen Eigentümlichkeit des Gedächtnisses nicht unwesentlich.

Mangelhaft ist im allgemeinen die zeitliche Einordnung unsrer früheren Erinnerungen, soweit sie nicht an besonders markante feststellbare Ereignisse angeknüpft sind.

Bestimmend für die Genauigkeit und Schärfe der Reproduktion früherer Eindrücke ist in erster Linie der Grad von Aufmerksamkeit, den wir denselben seinerzeit gewidmet haben; die Gewohnheit, ungenau zu beobachten, schafft ungenaue Erinnerungen. Ungenau beobachten wir auch in gemüthlicher Erregung, wie sie z. B. fast immer bei Opfern strafrechtlicher Handlungen (Raubanfälle und dergl.) vorauszusetzen ist; es ist aus diesem Grunde äusserste Vorsicht geboten bei den sogenannten „Rekognoscierungen“ von Personen oder Gegenständen, die bei dem fraglichen Ereignis eine Rolle gespielt haben; im allgemeinen, das kann man wohl sagen, wird in dieser Hinsicht die Leistungsfähigkeit des Zeugengedächtnisses weit überschätzt. Belebend auf die Erinnerungsfähigkeit wirkt häufig die Wiederkehr der begleitenden Umstände; den „Augenschein“ am Orte der That mit Zeugen aufzunehmen, ist deswegen eine zweckmässige Maassregel.

Neben diesen zum grössten Teil quantitativen Unvollkommenheiten des Gedächtnisses treffen wir nun bei ganz Gesunden qualitative Veränderungen der Erinnerung, „Erinnerungsfälschungen“. Eine derselben, das Mitwachsen unsrer Kindheitserinnerungen, ist jedem geläufig; wesentlich ist die Veränderung, die frühere Eindrücke durch Verschmelzung mit späteren erleiden, die Färbung

derselben durch Erzählungen oder Träume, die Verwechslung mit Gelesenem, die Umgestaltung durch eigene wiederholte, in einem bestimmten Sinne accentuierte Wiedergabe und dergleichen mehr. Es kann auf diesen Wegen nach einiger Zeit zu einer totalen Wandlung früherer Erinnerungen kommen, die in gutem Glauben an die Richtigkeit vorgetragen und beschworen werden, und dennoch falsch sind. In quantitativer Steigerung führen diese genannten Vorgänge, wenn sie bei nervös abnormen Menschen vorkommen, zu der schon erwähnten, später als *Pseudologia phantastica* genauer zu beschreibenden Form der Reproduktion.

Die grosse Tragweite, welche die Feststellung von falschen Zeugenaussagen für den Angeklagten resp. die eine der Parteien und für den Zeugen selbst besitzt, lässt es als sehr wünschenswert erscheinen, dass auch diese noch normalen Fehlerquellen des menschlichen Gedächtnisses vom Richter gekannt und gewürdigt werden.

Auf weitere Einzelheiten, deren Darstellung den diesen Bemerkungen zugemessenen Raum überschreiten würde, will ich an dieser Stelle nicht eingehen; der Zweck der wenigen hier gegebenen Hinweise ist erreicht, wenn sie darauf aufmerksam machen, dass ohne Mitwirkung krankhafter Einflüsse die individuellen Verschiedenheiten der geistigen Verfassung und Funktionen so gross sind, dass die Rechtspflege sie nicht ignorieren darf, ohne dass sie in Gefahr kommt, den beteiligten Persönlichkeiten Unrecht zu thun. Es ist zu hoffen, dass die, wenn ich so sagen darf, naturwissenschaftliche Richtung, die zur Zeit das Strafrecht belebt, im allgemeinen auch der Kenntnis des normalen Menschen in allen seinen gerichtlichen Beziehungen zu Gute kommen wird.

---

### Kapitel III.

#### **Erblichkeit und Entartung.**

Allgemeines über die Bedeutung erblicher Belastung. — Thatsächliches über Erblichkeitsverhältnisse. — Morel's Schema. — Nervöse und syphilitische Erblichkeit. — Merkmale für die Wirkung erblicher Einflüsse im Individuum. — Begriff der Entartung. — Stigmata hereditatis. — Entartung nicht identisch mit Geisteskrankheit. — Gerichtliche Beurteilung von Entarteten.

Bei der Untersuchung des geistigen Zustandes jedes Menschen nötigt uns die Erfahrung, mit Einflüssen zu rechnen, die von seinen Erzeugern und den vorausgehenden Generationen herkommen. Die erbliche Beeinflussung in Bezug auf die Verfassung des Centralnervensystems ist nur ein Sonderfall der allgemeinen Beziehungen zwischen Vorfahren und Nachkommen, als deren Ursache wir die Thatsache anzusehen haben, dass bestimmte Elementarteile den Körpern von Erzeugern und Erzeugten gemeinsam sind. Die hierüber aufgestellten Theorien, namentlich die viel erörterte der erblichen Uebertragung der im Einzelleben erworbenen Eigenschaften auf die Kinder, berühren uns hier weniger, als die erfahrungsgemäss feststehenden Thatsachen.

Die Frage hat vom gerichtlichen Standpunkte aus zu lauten: was bedeutet im vorliegenden Falle zur Beurteilung des Geisteszustandes grade dieses Menschen der Nachweis, dass bei seiner Ascendenz Erkrankungen des Centralnervensystems vorgekommen sind? Die unbefangene Prüfung lässt antworten: Diese Feststellung als solche bedeutet gar nichts, so lange nicht gezeigt wird, dass der erbliche Einfluss sich in bestimmten noch zu nennenden Erscheinungen in dem gegenwärtigen Individuum äussert.

Angesichts des Missbrauchs, der hier und da in foro mit der Schätzung der Bedeutung der erblichen Belastung getrieben wird, erscheint es notwendig, auf diese Frage etwas näher einzugehen.

Die tägliche Erfahrung lehrt bei gesunden Menschen, dass Besonderheiten in der geistigen Begabung (für Musik z. B.), bestimmte Geschmacksrichtungen, Gewohnheiten, Leidenschaften in aufeinanderfolgenden Generationen wiederkehren können in der gleichen Weise, wie bestimmte Züge in der äusseren Erscheinung. Dasselbe gilt für eine Reihe wohlbekannter körperlicher Erkrankungsformen, die deswegen zum Teil durch das Attribut „familiär“ gekennzeichnet werden (Hämophilie, Muskeldystrophien, Diabetes, Arteriosklerose, Migräne u. dgl.). Bei gewissen Formen von Geistesstörung treffen wir nun bei Eltern, Grosseltern oder in Seitenlinien Anomalien des Centralnervensystems in einer bei den einzelnen Formen verschiedenen Häufigkeit, aber doch so oft, dass an einem Zusammenhange irgend welcher Art nicht gezweifelt werden kann. Wenn man hierbei den Begriff der Anomalie so weit fasst, wie es notwendig erscheint, wenn man dabei Trunksucht, ungewöhnliche Charaktere, unmotivirte Selbstmorde, nervöse Erkrankungen mit in Rechnung zieht, ergiebt sich nach den allgemeinen Erfahrungen der Irrenärzte für die Mehrzahl geistiger Erkrankungen ein Satz von mehr als der Hälfte der Fälle mit erblicher Belastung. Es gilt dies nicht für die „erworbenen Geistesstörungen“, d. h. für diejenigen, die sich als Folge von Syphilis, Infektionen, Vergiftungen oder groben Hirnveränderungen nach Unfällen und dergl. entwickeln. (Angaben über Erblichkeitsprocente ohne Berücksichtigung der Formen der Erkrankung sind wertlos.) Man hat die nervöse Erblichkeit nach verschiedenen Gesichtspunkten eingeteilt; man unterscheidet so die direkte von der indirekten, je nachdem die Erzeuger selbst oder entferntere Glieder krank waren, eine gleichartige von der metamorphosirenden, je nach der vorhandenen oder fehlenden Gleichartigkeit der Störungen, eine einfache oder gehäufte, je nachdem der Einfluss auf das Individuum nur von einer Seite bei seinen Erzeugern oder von beiden her stammt usw.

Das für unsre Zwecke wesentliche daran ist, zu wissen, dass nach den allgemeinen Erfahrungen die Aussichten des Individuums, geistig zu erkranken, bei im übrigen gleichen Umständen grösser sind, wenn schon die Erzeuger an schweren Störungen gelitten haben, und wenn von beiden Seiten her erbliche Einflüsse vorhanden sind; die Thatsache, dass der seinem Wesen nach unbekannte Einfluss dabei eine Generation überspringen und in den Enkeln wieder wirksam werden kann, steht fest; es kann deswegen für die Frage des Vor-



handenseins oder Fehlens hereditärer Belastung auch die Feststellung von Erkrankungen in den Seitenlinien („collaterale Belastung“) von Bedeutung sein.

Unter ungünstigen Verhältnissen, bei gehäuften erblichen Einflüssen, kann eine von Generation zu Generation an Schwere fortschreitende Entartung des Centralnervensystems eintreten, die bald einer weiteren Fortpflanzung dieses Geschlechtes ein Ziel setzt; dies ist der richtige Kern der von Morel stammenden Lehre, die in schematischer Weise das Aufeinanderfolgen der Störungen in den verschiedenen Generationen aufstellt. Die Regelmässigkeit, dass von Eltern mit nervösem Temperamente und der dasselbe begleitenden Neigung zu unregelmässigem ausschweifendem Leben Kinder erzeugt werden mit Neurosen, Neigung zum Alkoholismus u. dgl., dass deren Nachkommen an Schwachsinn leiden oder an Geistesstörungen erkranken, während die nun folgende Generation von Idioten oder Missbildungen nicht mehr fortpflanzungsfähig wird, ist in den seltensten Fällen vorhanden; begünstigend wirkt dabei die als „Inzucht“ bezeichnete unzweckmässige Auswahl bei der Eheschliessung, vor allem die Verwandtenheirat. Gewöhnlich ist durch Einführung „neuen Blutes“ von gesunder Seite her eine Regeneration möglich.

Es ist bei der Beurteilung der erblichen schweren Degenerationsformen, che man darin eine reine Uebertragung von abnormen Zuständen des Centralnervensystems erblickt, mehr als es bisher geschehen, an die gleichzeitige eventuelle Mitwirkung von erblicher Syphilis zu denken. Fournier hat vor kurzem eine Zusammenstellung veröffentlicht, die in dieser Beziehung sehr belehrend ist. Der verderbliche Einfluss elterlicher Syphilis auf die direkten Nachkommen ist bekannt; er hat nun eine Reihe von Familien beobachtet, bei denen der Einfluss in der dritten Generation (Vater oder Mutter oder beide Eltern also schon hereditärsyphilitisch) höchst verderblich war. Bei 45 mehr oder weniger vollständig beobachteten derartigen Familien lieferten 145 Schwangerschaften 82 Aborte oder tote Kinder, und von 63 lebenden waren nur 2 frei von Missbildungen irgend welcher Art, unter denen wir alle diejenigen finden, die wir, wie wir unten sehen werden, auch als Stigmata nervöser Degeneration anzusehen gelehrt worden sind (Zahndefekte, Augendefekte, Missbildungen des Gehirnes, Schwachsinn und Idiotie, Epilepsie usw.). Man wird solche Thatsachen nicht ignorieren dürfen, wenn man Wesen und Umfang der nervösen Erblichkeit untersuchen will.

Die Bedeutung des Vorhandenseins von nervösen und psychischen Störungen in der Ascendenz für die Nachkommen wird für die praktische Betrachtung dadurch sehr beeinträchtigt, dass es uns vorläufig ganz an grösseren Beobachtungszahlen über die Häufigkeit erblicher Belastung bei Geistesgesunden fehlt; wir haben Anhaltspunkte dafür, in wieviel Prozent der Fälle erbliche Belastung eines bestimmten Grades bei Geisteskranken vorhanden ist, aber wir wissen noch nicht, in wieviel Prozent der Fälle erbliche Belastung gleicher Schwere ohne jeden Einfluss auf die Nachkommen bleibt; erst die Kenntnis dieser schwer zu gewinnenden Zahlen würde einen Maassstab dafür geben, wie gross für den Ein-

zeln mit einer gegebenen Grösse an erblicher Belastung die Wahrscheinlichkeit ist, geistig zu erkranken.

Wenn wir nach diesen thatsächlichen Feststellungen zu der oben vom forensischen Standpunkte aufgestellten Frage zurückkehren, so müssen wir sagen: in dem Vorhandensein einer wenn auch schweren erblichen nervösen Belastung liegt für das gegebene Individuum keinerlei Nötigung zum nervösen oder psychischen Erkranken, wenn auch die Wahrscheinlichkeit dazu grösser ist, als beim Fehlen dieser Voraussetzung; das betreffende Individuum kann ebensowohl zu den gesund bleibenden, wie zu den erkrankenden Nachkommen gehören, und für die Fragestellung des ärztlichen Sachverständigen bedeutet der Nachweis erblicher nervöser Belastung erst dann etwas, wenn sie in gleich zu erwähnenden Zügen in die Erscheinung tritt; Angaben über stärkere nervöse Heredität sollen dagegen für den Richter unter allen Umständen ein Anlass sein, die Untersuchung des Individuums in sachverständiger Weise vornehmen zu lassen.

Die weitere Frage lautet: an welchen Merkmalen erkennt man bei der Untersuchung eines Menschen, dass in ihm abnorme, erblich nervöse Einflüsse wirksam sind? Wir glauben heute, diese Merkmale, die früher sogenannten „Stigmata hereditatis“ in den körperlichen und geistigen Symptomen der „Entartung“ wiederzuerkennen.

Es ist falsch, anzunehmen, wie dies hier und da geschieht, dass die Begriffe „Erblichkeit“ und „Entartung“ untrennbar zusammengehören; die nervöse Erblichkeit ist eine der Ursachen der Entartung, die Hauptursache sicherlich, aber nicht die alleinige; es giebt auch eine vom Einzelnen erworbene Entartung; wir dürfen also aus dem Vorhandensein von Symptomen der Entartung nicht ohne Weiteres schliessen, dass dieselben erblichen Einflüssen ihre Entstehung verdanken. Andererseits ist das Vorhandensein oder Fehlen solcher Symptome der einzige Anhaltspunkt, den wir dafür haben, dass anamnestisch nachgewiesene nervöse oder geistige Störungen der Vorfahren mit ihrer Wirkung bis in den zu untersuchenden Menschen herabreichen. In gerichtlicher Beziehung haben wir also bei der Zergliederung einer Persönlichkeit den Einfluss nervöser Erblichkeit nur dann in Rechnung zu setzen, wenn sich Erscheinungen der „Entartung“ nachweisen lassen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die „Entartung“ identisch mit der „Prädisposition“ zu nervösen oder geistigen Erkrankungen unter erblichen Einflüssen, mit der „psychopathischen Belastung“.

„Entartung“ bedeutet ein „aus der Art schlagen“, ein Abweichen vom Typus nach der ungünstigen Seite hin. Die Thatsache, dass die Grenze des Normalen eine flüssige ist, muss uns veranlassen, nach Merkmalen zu suchen, welche die in die physiologische Breite fallenden Schwankungen von der „Entartung“ unterscheiden lassen. Ich halte hier die von Möbius gegebene Abgrenzung für eine sehr glückliche, die darauf hinauskommt, als Entartung solche ungünstigen Abweichungen vom Typus zu bezeichnen, die eine gewisse Grösse

erreichen, dauernd sind und vererbt werden können (entweder als solche oder allgemeiner in Form irgend einer Schädigung der Nachkommenschaft).

Die Entartung ist eine ererbte oder eine erworbene; die „angeborene“ kann sowohl ererbt, wie während der intrauterinen Entwicklung erworben sein (z. B. durch chronische Alkoholvergiftung des mütterlichen Organismus während der Zeit der Schwangerschaft u. dgl.).

Unter denjenigen Einflüssen, die sowohl durch Schädigung der Nachkommenschaft erbliche Entartung, als auch direkt eine vom Individuum erworbene erzeugen, stehen Alkoholismus und Syphilis an erster Stelle.

Die Kennzeichen der Entartung sind sehr mannigfacher Art; man kann sie im Grossen und Ganzen als körperliche und geistige unterscheiden; für einen Teil derselben äussert sich eine gegebene einzelne Veränderung gleichzeitig nach beiden Richtungen.

Für die gerichtsärztliche Beurteilung sind die geistigen und körperlichen Kennzeichen nicht gleichwertig; viele der körperlichen Stigmata sind an sich gleichgiltig, können aber den Anlass zu einer Prüfung des Geisteszustandes geben oder sie können, wenn sie in grosser Zahl vorhanden sind, zu Gunsten der Annahme in die Wagschale fallen, dass bei der Entwicklung des betreffenden anscheinend geistig normalen Menschen doch abnorme Einflüsse wirksam gewesen sind; sie haben dann den Wert von „Signalen“.

Unter den körperlichen Kennzeichen treffen wir zunächst allgemeine oder örtliche Hemmungen oder Störungen der Entwicklung: Infantilismus, mangelhafte Entwicklung der Behaarung, abnorm spätes Auftreten der Menses, lokale Missbildungen an den Fingern, an den Genitalien; besonders Wert hat man eine Zeit lang den abnormen Ohrformationen beigelegt. Bei den Anomalien der knöchernen Theile ist der möglicherweise vorhandene Einfluss gewöhnlicher kindlicher Rachitis oder Syphilis zu berücksichtigen, (Anomalien der Schädelbildung und der Zähne); beachtenswert sind diejenigen Abweichungen von der durchschnittlichen Schädelform, die mit einem gewissen Recht auf Besonderheiten der Gehirnentwicklung zurückgeführt werden, wie fliehende Stirn, abgeflachtes Hinterhaupt, steiler Gaumen, Asymmetrien u. dgl.). Von Seiten des Nervensystems und der Sinnesorgane finden sich an Abweichungen, die ohne Weiteres kenntlich sind, häufiger Ungleichheit der Pupillen oder der Irisfärbungen, manchmal zusammen mit Iriscolobom, angeborene Anomalien des Augenhintergrundes, congenitaler Nystagmus, sogenannter „essentieller Tremor“, Facialis-Tic u. dgl. mehr.

Die allgemeinen Anomalien in der Funktion des Centralnervensystems bei den Entarteten äussern sich hauptsächlich nach zwei Richtungen; einmal ist auffallend das Missverhältnis, das vielfach besteht zwischen Reiz und Reaktion und zweitens treffen wir eine ungleichmässige Entwicklung und ungleichmässige Thätigkeit der einzelnen Seiten des Seelenlebens, einen Mangel an „Harmonie“.



Die ganze Summe der Einzelercheinungen gruppiert sich am besten von diesen Gesichtspunkten aus.

Die genaue Kenntnis der Eigentümlichkeiten des Seelenlebens der Entarteten ist eine Errungenschaft der jüngsten Zeit und knüpft sich in litterarischer Hinsicht an die Namen Magnan, und Koch. In einer Reihe einzelner Veröffentlichungen hat Magnan, in seinen „psychopathischen Minderwertigkeiten“, Koch aus einer Fülle von Einzelthatsachen die Lehre vom Geisteszustande der Entarteten entworfen, die in ihren wesentlichen Zügen bestehen bleiben wird, auch wenn man nicht alles anerkennt, was Magnans Neigung zum Schematisieren und Kochs zu weite Fassung des Begriffes hineingebracht hat.

Das Missverhältnis zwischen Reiz und Reaktion kann auch bei leichten Graden schon in früher Kindheit kenntlich sein in der Neigung zu Krämpfen bei geringfügigen Anlässen, sowie in der Leichtigkeit, mit der es bei fieberhaften Erkrankungen zu Bewusstseinsstörungen und Delirien kommt. Später äussert sich die geringe Widerstandsfähigkeit des Gehirnes in der mangelnden Resistenz gegen Tabak- und Alkoholwirkung, in der nervösen Empfindlichkeit gegen Einwirkungen des Klimas und der Wetterverhältnisse, in der Abhängigkeit der Stimmung von unbedeutenden, für Andre gleichgiltigen Einflüssen, in dem raschen Anwachsen der Affekte zu unverhältnismässiger Höhe bei geringen äusseren oder inneren Anstössen. Hand in Hand mit dieser Reizbarkeit der centralen Vorgänge geht die abnorme Erschöpfbarkeit derselben, rasch eintretende Ermüdung, Erschwerung des Denkens, Fühlens, Wollens. (Ein guter Teil der landläufig als „Neurasthenie“ bezeichneten Fälle gehört zu den „Entarteten“). Das Missverhältnis zwischen Reiz und Reaktion können wir auch darin wiedererkennen, dass Entartete leichter, d. h. auf geringere Ursachen hin, in Geisteskrankheit verfallen, als andere normale Menschen. Das Bewusstsein einer gewissen Minderwertigkeit, erzeugt durch vielfache Erfahrungen, spricht sich bei manchen Entarteten aus in der Unsicherheit des äusseren Auftretens, in dem dauernden Mangel an Selbstvertrauen und der gewohnheitsmässigen Neigung zu trüber Auffassung der eigenen Lage und der Zukunft. —

Die Ungleichmässigkeit in der Verteilung der geistigen Fähigkeiten, der Mangel an innerem Gleichgewicht gilt mit Recht als das Charakteristische des Geisteszustandes der Entarteten. Ich spreche dabei nicht von den hohen Graden fehlender Entwicklung wichtiger Seiten des Seelenlebens, wie sie sich bei den Blödsinnigen und hochgradig Schwachsinnigen finden, deren Beurteilung forensisch keine besonderen Schwierigkeiten zu machen pflegt, sondern von den höher stehenden, intelligenten Entarteten (den „Dégénérés supérieurs“ im Sinne Magnans).

Die Ungleichmässigkeit kann zunächst eine zeitliche sein, indem Begabungen, („Wunderkinder“), Neigungen, Triebe sich in einer Entwicklungsperiode zeigen, der sie normaler Weise noch fremd sind; eine für den einzelnen Menschen

bedeutungsvolle Rolle spielt dabei besonders das abnorm frühe Auftreten des Geschlechtstriebes; an anderem Orte (II. Abschn. Kap. VII) wird ausgeführt, welche verhängnisvolle Rolle diese Erscheinung für die ganze Entwicklung einer Persönlichkeit haben kann. Im Uebrigen zeigt sich die Disharmonie des geistigen Wesens in den mannigfaltigsten Formen: bei guter Intelligenz und reichen Interessen „unverständliche Mängel“ in der Ausbildung der Gefühlsseite oder seltsame Gefühlsrichtungen, durchschnittlich mässige Begabung bei glänzender Entwicklung einzelner Fähigkeiten, oder einseitige grosse Talente bei völliger Unfähigkeit auf andren Gebieten. Wenn man zu diesen Eigentümlichkeiten hinzunimmt alle die mannigfaltigen Erscheinungen, die auf der erwähnten abweichenden Reaktionsweise des Centralorganes beruhen, so erhält man in der äusseren Erscheinungsweise sehr verschiedene Bilder, denen aber eines immer gemeinsam ist, der Mangel des inneren Gleichgewichts. Dieser Mangel des inneren Gleichgewichts spricht sich häufig in der ganzen Gestaltung der Lebensführung aus. Unstetes, sprunghaftes Wesen, Anläufe ohne Fortgang, Widersprüche zwischen dem als richtig Erkannten und dem schliesslich Gethanen, Handlungen anscheinend ohne zureichende Veranlassung, Unberechenbarkeit, rasch wechselnde Auffassung von Menschen und Dingen, unvermittelte, jähe Aenderung der Stimmung, — alles das sind Züge, die wir bei den Entarteten als Aeusserungen ihres dauernd von der Norm abweichenden Geisteszustandes antreffen. Eine weitere Besonderheit ist den Entarteten vielfach eigen, qualitative Anomalien des Gefühls (von der mangelhaften oder fehlenden Ausbildung der Gefühlsseite ist schon die Rede gewesen). In Bezug auf die Richtung der Gefühle treffen wir bei ihnen häufig alle als Perversion zu bezeichnenden Abweichungen, gleichviel ob es sich dabei um beliebige Sinneseindrücke, z. B. Geruchswahrnehmungen handelt, bei denen Unangenehmes als angenehm empfunden wird und umgekehrt, oder wenn die Anomalie, was praktisch bedeutungsvoller ist, das geschlechtliche Fühlen betrifft. Die Erfahrung nötigt zu der Annahme, dass bei den Entarteten eine besondere abnorme Beeinflussbarkeit des Fühlens in der Weise vorliegt, dass zufällige Eindrücke in der Kindheit eine ungewöhnliche Gefühlsbetonung durch feste Associationen zu einer dauernden machen können; diese Annahme giebt für eine Reihe von Erscheinungen, besonders aus dem Gebiete der geschlechtlichen Anomalien, eine befriedigendere Erklärung, als die Theorie der angeborenen abnormen Gefühlsrichtungen (vgl. Abschn. II, Kap. VII die Bemerkungen über „conträre Sexualempfindung“).

Auf diesem Boden, auf der Grundlage des dauernden und in den Grundzügen das Leben hindurch unveränderlichen Geisteszustandes der höheren Entarteten erwachsen nun besondere episodische Eigentümlichkeiten, die ebenso wie der allgemeine geistige Zustand, Anlass zu forensischer Berührung mit den Trägern dieser Anomalien geben (Magnans „syndromes épisodiques“ oder „syndromes“ schlechthin; Möbius' „Zufälle der Entarteten“.)

Voraussetzung für die Annahme solcher Syndrome als Symptome der Ent-

artung ist der Nachweis der zu Grunde liegenden allgemeinen Veränderung des Geisteszustandes in der oben geschilderten Richtung.

Zu den häufigsten „Zutällen“ gehören alle psychischen „Zwangserrscheinungen“, die Zwangsvorstellungen in ihren mannigfaltigen Formen (Frage- und Grübelsucht, Berührungsangst usw.), die „Phobien“ (Agoraphobie, Claustrophobie, Errötungsangst u. a.), zwangsmässig auftretende Gefühle und Zwangsimpulse. Das allen diesen Erscheinungen Gemeinsame und das Wesentliche daran ist, dass sie häufig unter Angst als etwas Fremdes, als ein Zwang empfunden werden; über die „Unwiderstehlichkeit“ will das Wort Zwang dabei Nichts aussagen (vergl. dazu Abschnitt II, Kapitel IX über Zwangsvorstellungen und Verwandtes).

Auch Neigung zu „impulsivem Handeln“ findet sich als anfallsweise auftretende Erscheinung, ausgelöst häufig durch an sich normale Vorgänge, wie Menstruation und dergl. (vergl. dazu Abschnitt II, Kapitel VIII). Die Berechtigung, diese Fälle zu einem besondern „impulsiven Irresein“ zusammenzufassen, ist zweifelhaft.

Ein Teil der Seltsamkeiten in der widerspruchsvollen Persönlichkeit vieler Entarteter findet seine Erklärung in dem der Umgebung unbekannten Bestehen von Anomalien aus der Reihe der eben genannten. Derartige Zustände können sich manchmal über längere Zeiten hin erstrecken; andre Male kommen und gehen sie, teils in Abhängigkeit von Schwankungen des körperlichen Befindens, teils ohne jede erkennbare Ursache.

Eine gewisse Periodicität, mehr oder weniger regelmässige Wiederkehr bestimmter Zustände von körperlicher und geistiger Verstimmung oder von Erregung, ein wechselndes Niveau der Leistungsfähigkeit, alles das sind Dinge, die man nicht selten bei Entarteten trifft, und die zu den periodischen Geistesstörungen hinüberführen in einfacher quantitativer Steigerung der Erscheinungen.

Alle diese dem Geisteszustand der Entarteten eigenen Züge bekommen ihre verschiedene praktische Bedeutung, abgesehen von der Stärke der Störung, vor Allem durch den verschieden hohen Grad der intellektuellen Entwicklung; Störungen, die bei guter Intelligenz für den davon Betroffenen nur eine Erschwerung oder eine Belästigung darstellen, können bei gleichzeitig vorhandenem Schwachsinn Ursache von Zusammenstössen mit der Umgebung oder mit dem Strafgesetze werden; ein bestimmter Grad mangelhafter Ausbildung oder ungewöhnlicher Richtung des Gefühlslebens, der einen Schwachsinnigen zum Verbrecher werden lässt, braucht den Intelligenten nicht zu hindern, im bürgerlichen Leben es zu Stellung und Erfolg zu bringen; Erwägungen der Klugheit treten hier für den Mangel des sittlichen Fühlens ein.

Die Thatsache, dass Jemand seine bürgerliche Stellung ohne Conflicte oder vielleicht sogar in äusserlich glänzender Weise auszufüllen vermag, schliesst nicht aus,



dass sein Geisteszustand bei genauer Prüfung Kennzeichen der Entartung erkennen lässt.

Es ist für die gerichtsärztliche Beurteilung daran festzuhalten, dass mit dem Nachweis von irgend welchen Erscheinungen der geistigen Entartung, (und dadurch eventuell mit dem Nachweis erblicher Beeinflussung), noch nichts Entscheidendes gesagt ist; die „Entartung“ als solche ist nicht identisch mit Geisteskrankheit. Wie weit die vorhandene Entartung auf das Handeln des betreffenden Menschen von Einfluss ist, muss von Fall zu Fall durch Untersuchung der gesamten geistigen Persönlichkeit festgestellt werden; wir begegnen dabei der allgemeinen Schwierigkeit, mit der wir auf den Grenzgebieten zwischen geistiger Gesundheit und Krankheit auf Schritt und Tritt zu kämpfen haben, der Schwierigkeit der quantitativen Abschätzung. Einige der hierbei wesentlichen Gesichtspunkte sollen kurz hervorgehoben werden.

In den schweren Fällen mit starker Belastung und zahlreichen körperlichen und geistigen Spuren derselben sind meist die intellektuellen Mängel derart, dass die Beurteilung nicht besonders schwierig ist.

Bei guter Intelligenz kann die krankhafte Beeinflussung des Handelns von der abnormen Reaktionsweise des Gehirns auf äussere Reize ausgehen; es kommt das besonders bei allen Affekthandlungen in Betracht, zu denen die Entarteten neigen; der „pathologische Affekt“ (vergl. Abschn. II Kap. V) ist an dem Missverhältnis zwischen Anlass und Reaktion, den körperlichen Begleiterscheinungen und eventuell an dem Verhalten der Erinnerung zu erkennen; einen prädisponierenden Faktor wird man bei Entarteten in vorausgehender Alkoholzufuhr erblicken dürfen, namentlich, wenn auch sonst Erfahrungen über mangelhafte Widerstandsfähigkeit des Betreffenden gegen Alkohol vorliegen.

Besonders schwierig ist die forensische Beurteilung von „Zwangshandlungen“ als Folgen von Zwangsgefühlen, Zwangsimpulsen und dergl. (vergl. Abschnitt II Kapitel VIII). Aus der Thatsache, dass ein Mensch dem Antriebe zu einer strafrechtlich nicht gleichgiltigen Handlung unterliegt, kann nicht ohne Weiteres die Unwiderstehlichkeit des Triebes gefolgert werden. Es ist dabei einmal die Stärke des Triebes in Rechnung zu setzen, für die wir oft in begleitenden Erscheinungen, wie Angstempfindungen oder in nachfolgenden Mängeln der Erinnerung einen Maassstab haben, und zweitens die Widerstandskraft des Individuums nach Maassgabe der Entwicklung der Persönlichkeit nach der intellektuellen und der Gefühlsseite hin. Auch hier darf der Einfluss von Alkohol nicht ausser Acht gelassen werden.

Für die abnormen Gefühlsrichtungen der Entarteten müssen wir nach unseren allgemeinen Erfahrungen einen das Durchschnittliche übersteigenden Einfluss auf das Handeln annehmen; die für die Exculpierung im einzelnen Falle notwendigen Voraussetzungen sind aber mit dem Nachweis ungewöhnlicher Gefühlsbetonungen nicht gegeben, so lange nicht noch andre wesentliche krankhafte Mängel vorhanden sind.

Im allgemeinen wird die krankhafte Minderung der Widerstandsfähigkeit eines Menschen gegenüber seinen verbrecherischen Neigungen um so höher zu schätzen sein, je mehr körperliche und geistige Kennzeichen der Entartung bei der Untersuchung gefunden werden; in zweifelhaften Fällen wird der ärztliche Sachverständige, wenn wesentliche Stigmata von Seiten des Centralnervensystems in der Anamnese oder im augenblicklichen Befunde vorliegen, dies zu Gunsten des Angeschuldigten geltend machen dürfen; eine Verwertung der sonstigen körperlichen Stigmata, (wie Verbildungen der Ohren und dergl.), in demselben Sinne muss als unzulässig gelten.

---

## Zweiter Abschnitt.

---

# Allgemeine Symptomenlehre.

---

### Kapitel I.

#### Sinnestäuschungen.

Allgemeines über Sinneswahrnehmungen. — Normale Sinnestäuschungen. — Hallucination, Illusion; Fälschung der Erfahrung; gerichtliche Bedeutung. — Sinnestäuschungen bei den verschiedenen Formen geistiger Störung. — Täuschungen der einzelnen Sinne. — Imperative Stimmen. — Sensationen. — Verhalten der Kranken.

Durch den Vorgang der Sinneswahrnehmung werden die aus der Aussenwelt (einschliesslich unseres eigenen Körpers) stammenden Reize umgesetzt in Vorgänge unseres Bewusstseins. In der Reihe der bewussten Lebewesen bestimmt die Besonderheit der nervösen Organisation, in welcher Form und in welchem Umfange ein inneres Spiegelbild des äusseren Geschehens entsteht; bei Wesen principiell gleicher Organisation, wie der menschlichen, setzen wir überall ein in den groben Zügen identisches Weltbild als Ergebnis identischer Vorgänge von Sinneswahrnehmung voraus.

Die 'genauere Beobachtung zeigt, dass die Uebereinstimmung, selbst bei ganz gesunden Sinnesorganen, in der That nur im Groben vorhanden ist, dass bei Geistesgesunden subjective, fälschende Momente in individuell sehr verschiedenem Maasse wirksam sind. Mängel der Sinnesorgane selbst werden Ursache, dass ganze Gruppen von Wahrnehmungen, Vorstellungen überhaupt nicht (Taubstummheit, Blindheit u. s. w.), oder in unvollkommener Weise (Farbenblindheit, „unmusikalisches Ohr“) gebildet werden.

Eine praktische Bedeutung haben die leichtesten Grade dieser Störungen, wie die beiden letztgenannten, nicht; aber auch sie zeigen, welche Wichtigkeit der Art der sinnlichen Wahrnehmung für den Aufbau des Bewusstseins der Aussenwelt zukommt. — Alle Menschen unterliegen gewissen gesetzmässigen Sinnestäuschungen, die eben wegen ihrer Allgemeinheit für unsre Zwecke keine besondere Bedeutung zu beanspruchen haben; (es gehört hierher z. B. die scheinbar verschiedene Grösse des Mondes am Horizont und im Zenith.) Zu einer Quelle gesetzmässiger Sinnestäuschungen wird auch der (die Voraussetzung



jeder Wahrnehmung überhaupt bildende) Zwang, die Erregungen der Sinnesorgane nach aussen zu verlegen, der uns z. B. bei mechanischer Reizung der Netzhaut des Auges durch einen Stoss oder Schlag einen Lichtblitz „sehen“, bei Tubenkatarrh Glockenläuten „hören“ lässt u. dergl. m. Alle gesetzmässigen Sinnestäuschungen bei Gesunden bewirken auf die Dauer keine Fälschung des Bildes der Aussenwelt im Bewusstsein; sie werden durch die anderen Sinne corrigiert und als Täuschungen erkannt; eine Gefahr von Seiten der Sinnestäuschungen für die Persönlichkeit besteht erst von dem Augenblick an, in dem gefälschte Wahrnehmungen gleichwertig mit richtigen in das Bewusstsein eintreten.

Für das Endergebnis der Fälschung des Bildes der Aussenwelt ist es gleichgültig, ob das Trügende darin liegt, dass eine Sinneswahrnehmung irgendwelcher Art stattfindet, ohne dass überhaupt ein äusserer Reiz auf das Sinnesorgan eingewirkt hat, oder ob eine Wahrnehmung realer Art auf dem Wege zum Bewusstsein durch abnorme subjective Vorgänge verändert wird.

Man hat seit langer Zeit diese beiden durch das Fehlen oder Vorhandensein eines äusseren Objectes von einander trennbaren Arten der Sinnestäuschung als Hallucination und Illusion unterschieden; man kann daran festhalten, wenn man sich dessen bewusst bleibt: in theoretischer Hinsicht, dass wahrscheinlich gleichartige Vorgänge beiden Arten der Sinnestäuschung zu Grunde liegen, in praktischer Beziehung: dass ein Nebeneinander derselben im gleichen Individuum und dass Uebergänge vorkommen.

Wir wollen also auch im Folgenden verstehen unter Hallucinationen: sinnliche Wahrnehmungen ohne äusseres Object, unter Illusionen: subjective Fälschungen realer Wahrnehmungen. Ein Kranker, der, bei vollkommener äusserer Stille, eine laute Stimme sprechen hört, hat eine Hallucination; ein anderer der die sich bewegenden schwarzen Flecken seines eigenen Schattens auf dem Fussboden als Ratten sieht, erleidet eine Illusion. (Zur Illusion in diesem fest umschriebenen Sinn gehört nicht die auf dem Wege der Schlussbildung erfolgende wahnhafte Umdeutung realer Wahrnehmungen, wenn z. B. ein Paranoiker in dem Benehmen seiner Umgebung absichtliche Unfreundlichkeiten wittert; zum Begriff der Illusion gehört, dass das Fälschende im Wahrnehmungsvorgange selber liegt.)

Die Sinneswahrnehmung, die als Hallucination oder als Illusion zu bezeichnen ist, hat für das Bewusstsein volle Realität; die sonstige Erfahrung des Individuums oder das Zeugnis der andern Sinne kann zwar für dasselbe Anlass werden, die betreffenden Wahrnehmungen auf ihre Richtigkeit zu prüfen; in dem Charakter der Wahrnehmungen selbst liegt aber nichts, was sie von den realen unterscheidet; „die Kranken glauben nicht blos zu hören oder zu sehen (wie Laien das gewöhnlich auffassen), sondern sie sehen und hören wirklich“; „nur ist zufällig kein äusseres Objekt da“, oder wenigstens nicht ein dem wahrgenommenen entsprechendes.

In der sinnlichen Gleichwertigkeit der Hallucinationen und Illusionen

mit realen Wahrnehmungen liegt das Ueberzeugende derselben; dem Zeugnis unsrer Sinne trauen wir bis zum zwingenden Gegenbeweis; daher das Erschreckende der Erscheinung, wenn es einem Geistesgesunden klar wird, dass er im Wachen eine Hallucination gehabt hat (wie das unter bestimmten Verhältnissen vorkommt). Aus dem gleichen Grunde greifen intelligente gebildete Kranke mit Hallucinationen lieber zu den abenteuerlichsten Erklärungsversuchen ihrer Beobachtungen, als dass sie sich von dem subjektiven Charakter ihrer Trugwahrnehmungen überzeugen lassen.

In forensischer Beziehung ist die Bedeutung der Sinnestäuschungen im allgemeinen darin zu suchen, dass sie ein falsches Bild der Aussenwelt erzeugen. Für ein Individuum, in dessen Bewusstsein neben den realen zutreffenden Wahrnehmungen oder an Stelle derselben krankhaft falsche und fälschende eintreten, bestehen andre Voraussetzungen des Handelns, als für Normale; dies kann sich in mehr chronischer Weise äussern, indem allmählich die ganze Persönlichkeit und ihr Handeln unter Beihilfe von Sinnestäuschungen umgewandelt wird, oder in akuter Weise, indem Sinnestäuschungen bei dem vielleicht plötzlichen Entschluss zu einer einzelnen Handlung in bestimmender Weise mitwirken. —

Die zahlreichen psychologischen und physiologischen Theorien über die Sinnestäuschungen berühren uns hier nicht. Dagegen müssen wir einiges Allgemeine über die Bedingungen des Vorkommens derselben der Erörterung der Einzelheiten vorausgehen lassen.

Worin die Veränderung des Centralorganes besteht, die zur Entstehung von Sinnestäuschungen führt, wissen wir nicht; die Erfahrung lehrt, dass bei den verschiedenen Formen der Geistesstörung Sinnestäuschungen nicht in gleicher Häufigkeit und Bedeutung vorkommen. Bei einzelnen Formen beherrschen dieselben so sehr das Krankheitsbild, dass dies in der Benennung zum Ausdruck gebracht wird; bei andern können sie vorhanden sein oder fehlen.

Das Auftreten derselben im einzelnen Falle wird von äusseren und inneren Gründen beeinflusst; so begünstigen Dunkelheit und Stille die Entstehung von Gesichts- und Gehörstäuschungen, ebenso Undeutlichkeit der äusseren Eindrücke, die wiederum real gegeben sein oder durch den Zustand des Bewusstseins veranlasst sein kann; diejenigen Sinnesgebiete, bei denen die Empfindungen im besten Falle auf einer mehr elementaren Stufe verharren und wenig scharf sind, wie die der inneren Organe z. B., werden die Stätte besonders überzeugungskräftiger Täuschungen.

Von wesentlichem Einflusse auf die Färbung der Sinnestäuschungen ist die Affektlage des Individuums, die bekanntlich auch auf den Verlauf der Vorstellungen bestimmend einwirkt. Die Illusionen besonders lassen häufig in ihrer Richtung den Einfluss der Gemütsstimmung deutlich erkennen.

Unter den Sinnesorganen steht der Häufigkeit der Sinnestäuschungen nach an erster Stelle das Gehör, und hier wieder treten die mehr elementaren

Täuschungen, wie Rauschen, Klopfen, Glockenläuten oder dergl., nach Zahl und Bedeutung weit zurück hinter den organisierten Gehörstäuschungen, dem Hören von Worten, von Stimmen; diese meint man gewöhnlich zunächst, wenn man von Gehörshallucinationen spricht.

In Bezug auf die sinnliche Lebhaftigkeit dieser Stimmen finden sich grosse Unterschiede; von solchen, die nach Stärke und Stimmfärbung mit Sicherheit sofort auf bestimmte Personen bezogen werden bis zu denjenigen, die der Kranke selbst von lebhaften Vorstellungen nicht zu unterscheiden vermag, finden sich alle Uebergänge.

Die Stimmen kommen aus grösserer oder geringerer Entfernung; es sind bald abgerissene, kurze Aeusserungen, bald, wenn auch weniger oft, längere Reden; sie sind bald laut, bald leise, werden aber immer in bestimmter Richtung lokalisiert, auch in unbelebte Gegenstände, Möbel, Wände usw. Vom Bildungsgrade und der Krankheitsform hängt es ab, zu welchen Erklärungen für diese Erscheinungen im letzteren Falle der Kranke greift (Zauberei oder Telephon, Phonograph u. dgl.). Bald ist es nur eine Stimme, bald mehrere, wohl von einander unterscheidbare, freundliche oder feindliche.

Der Inhalt der Aeusserungen ist häufig den herrschenden Gedankengängen des Kranken entsprechend, bestätigend oder weiterbauend, anderemale fremdartig und unverständlich, sehr oft beleidigend oder obscön.

Die in den eignen Körper lokalisierten Stimmen können mit Täuschungen andrer Gebiete und mit Bewegungsempfindungen in Zunge oder Hals oder mit Orgengefühlen verknüpft sein.

Eine besondre Form der Gehörstäuschungen ist das „Gedankenlautwerden“, eine Erscheinung, die darin besteht, dass die von dem Kranken als eigene anerkannten Gedanken in Wortform von ihm gehört werden, als wenn sie aus der Aussenwelt kämen.

Das Verhalten der Kranken den Stimmen gegenüber ist, entsprechend der grossen Mannigfaltigkeit in deren Auftreten, ein sehr wechselndes, abhängig auch in gewissen Grenzen von der persönlichen allgemeinen Reaktionsart, von der grössern Indolenz oder Reizbarkeit des Individuums.

Im allgemeinen gilt, dass die Ueberzeugungskraft der Stimmen und damit der Einfluss auf das Handeln nicht parallel geht ihrer grösseren oder geringeren sinnlichen Schärfe; dieselbe ist bei den „inneren“, tonlosen Stimmen, die sich nicht viel über das Niveau lebhafter Vorstellungen erheben, nicht kleiner, als bei den nach aussen verlegten, auf Personen bezogenen Stimmen; nur ist bei den letzteren die Gefahr von Konflikten eine viel grössere, besonders dann, wenn die Stimmen einen beschimpfenden Inhalt haben.

Ebenso wie man bei der Untersuchung von Gehörshallucinantem aus dem lauschenden Gesichtsausdruck, aus der Unaufmerksamkeit beim Gespräche, aus unmotivierten Aenderungen der Mienen (Lachen, Staunen), oder unmotivierten plötzlichen Aeusserungen auf das bei direktem Fragen vielleicht abgeleugnete Bestehen von Gehörstäuschungen schliessen kann, vermag man oft aus



Zeugenaussagen oder Aktenangaben über das Vorleben eines Individuums das frühere Bestehen solcher Täuschungen wahrscheinlich zu machen; man findet da z. B. Angaben über fortgesetztes erregtes Reden und Schimpfen oder die Thatsache eines ungewöhnlich häufigen Wohnungswechsels, durch den der Kranke den Beleidigungen, die ihn täglich treffen, zu entgehen hofft (meist mit einem allerdings vorübergehenden Erfolge!), das Ergreifen besonderer Schutzmaassregeln an Fenstern oder Thüren, nächtliches Absuchen des Bodens oder Kellers, Eingaben an die Polizei wegen Belästigung durch die Nachbarn, endlich die Akte der Selbsthilfe. Eine nicht geringe Gefahr mancher nicht als krank erkannter Gehörshallucinant für Dritte liegt in dieser als ultima ratio ergriffenen „Selbsthilfe“, bei der Personen, die ganz ahnungslos sein können über die Rolle, die sie im fremden Gedankenleben spielen, sich plötzlich einem gefährlichen Angriffe ausgesetzt sehen.

Wenn es hierbei der Inhalt der Stimmen ist, durch den sie für das Handeln des Kranken von Einfluss werden, ist es anderemale die Form derselben, wie bei den als „imperative Stimmen“ bezeichneten. Man findet häufig nach Handlungen Kranker, die für sie selbst oder für andere gefährlich waren, die Angabe, dass den letzten Anstoss zur That Stimmen gegeben hätten, die zuredeten, aufforderten, befahlen. Bei den mit starken, unangenehmen Affekten einhergehenden Zuständen, besonders in Angstzuständen, ergeht der Imperativ in der herrschenden Gedankenrichtung, wenn z. B. bei einer Kranken meiner Beobachtung, die mit Selbstmordabsichten umging, die Stimmen mit „thu's doch, thu's doch“ drängen, als sie ein Fläschchen mit Opiumtinktur in die Hand bekommt; andre Male, namentlich in Zuständen getrübtten Bewusstseins, bestimmen die befehlenden Zurufe auch die Richtung der Handlung z. B. gegen fremdes Leben.

Beispiel. „Eine erblich nicht belastete, bis dahin immer gesunde 32jährige Arbeiterfrau, gerät am 6. Tage nach der 5. mit schweren Blutverlusten verknüpften Entbindung in einen Zustand, in dem ihr die ganze Umgebung rätselhaft wie verändert vorkommt; es treten immer deutlicher werdende Stimmen auf: „Du musst den Kindern den Hals abschneiden“, „schneide den Kindern den Hals ab, wie den Hühnern“; die Stimmen werden mächtiger, sie beherrschen sie schliesslich vollständig, so dass sie nicht mehr widerstehen kann und mit dem grossen Küchenmesser den 3 Kindern, welchen sie bisher eine liebende Mutter gewesen war, die Hälse durchschneidet.“ — (Cramer, gerichtl. Psychiatrie, S. 16.)

Ein Teil derjenigen psychologisch anscheinend unmotivierten Handlungen, die als „impulsive“ bezeichnet werden, ist in dem entscheidenden Anstoss zur That auf imperative Stimmen zurückzuführen.

Nicht selten ist es auch, dass der Kranke bei allen seinen Entschlüssen in unsicheres Schwanken gerät, weil widersprechende Befehle für ihn laut werden, „iss“ — „iss nicht“ u. dgl.

Mögen nun die Stimmen durch Inhalt oder Form wirken, immer ist auffallend die zwingende Macht, die sie auf den Kranken ausüben. Es wäre ganz falsch, zu glauben, dass ein Kranker seinen Gehörstäuschungen gegenüber

etwa dasselbe Verhältniß habe, wie ein Geistesgesunder gegenüber realen Äußerungen des gleichen Inhalts. Die feststehenden klinischen Erfahrungen lehren, dass bei Geisteskranken das Zeugnis der andern Sinne, die innere Wahrscheinlichkeit, die Summe aller früheren Erfahrungen auf die Dauer machtlos ist gegenüber der inhaltlichen Ueberzeugungskraft der Gehörstäuschungen (wie der krankhaften Sinnestäuschungen überhaupt), und dass auch die imperativen Stimmen zwar nicht unter allen Umständen und sogleich und nicht auf jedes beliebige Handeln herrschenden Einfluss gewinnen, dass sie aber beim Vorhandensein starker Affekte und bei Bewusstseinstrübungen das Handeln ohne Weiteres bestimmen können. Wir treffen hier die gleiche Erscheinung, wie bei den Wahnideen (Kapitel II): die Uebermacht der krankhaft entstandenen psychischen Gebilde über die normalen; hier wie dort haben wir den Grund darin zu suchen, dass nicht die psychologischen Zusammenhänge, sondern die veränderten organischen Bedingungen eines kranken Gehirns den Wert von Wahrnehmungen, Vorstellungen und Antrieben bestimmen; der Beweis, dass diese veränderten Bedingungen im Gehirne vorhanden sind, ist für die praktischen Zwecke schon mit der Feststellung krankhafter psychischer Störungen überhaupt als geführt zu erachten. Nicht erforderlich ist also im gegebenen Fall, wenn einmal das Vorhandensein einer psychischen Störung mit Sinnestäuschungen feststeht, der besondere Beweis eines psychologischen Zusammenhanges derselben mit irgend einer in Frage stehenden Handlung. (Diese Bemerkungen, die für die Gehörstäuschungen am häufigsten praktische Bedeutung haben, gelten in gleichem Maasse für die Täuschungen der andern Sinne.)

Im Vergleich zu der gerichtlichen Bedeutung der Gehörstäuschungen als selbständige Erscheinung treten die der andern Sinne zurück. Beim Gesichtssinn sind bei ungetrübter Klarheit des Bewusstseins echte Hallucinationen keine häufige Erscheinung, und die auftretenden behalten dabei in der Regel den flächenhaften Charakter eines Bildes; anders ist es damit bei zahlreichen Erkrankungsformen, die mit einer mehr oder weniger starken Umnebelung des Bewusstseins einhergehen, in den Fieberdelirien, dem Delirium tremens, den epileptischen und hysterischen Delirien und bei bestimmten Formen anderer akuter Geistesstörungen. Bei allen diesen, in gewisser Hinsicht dem Traumbewusstsein nahestehenden, Zuständen finden sich massenhafte Hallucinationen des Gesichts, seltener angenehmer Art, meist von bedrohendem, oft entsetzenerregendem Charakter, Lichterscheinungen, Flammen, Tiere, Menschenmassen u. dgl. Die häufig gewalththätigen motorischen Äußerungen von Kranken im Delirium tremens, im epileptischen Irresein sind in der Regel Reaktion gegen lebensbedrohende Hallucinationen des Gesichtssinnes, unter Mitwirkung der hochgradigen Angst, die, auch unabhängig von den Sinnestäuschungen den Grundkrankheiten eigen sein kann.

Bei klarem Bewusstsein wird durch das Bestehen abnormer Stimmungslagen die Entstehung von Illusionen des Gesichtssinnes begünstigt; reale Vor-

gänge werden anders wahrgenommen, als sie waren; Objektives und Subjektives mischt sich zu einem fälschenden Resultat, wenn z. B. ein ängstlicher Kranker „sieht“, dass die Ehefrau mit dem Zucker Gift in den Kaffee schüttet u. dgl. Eine häufige Illusion ist die „Personenverkennung“, bei der in der Regel äusserliche Aehnlichkeiten mit einer bestimmten Persönlichkeit zu Grunde liegen, die vom Kranken durch subjektive Zuthat zu dem vollen Bilde ergänzt werden. (Von den Massenillusionen ist oben (Seite 407) die Rede gewesen.)

Die Unterscheidung zwischen Hallucinationen und Illusionen, die für die beiden höheren Sinne meistens möglich ist, trifft bei den andern auf die grosse Schwierigkeit, dass beim Geruch und Geschmaek ebenso wie bei dem Hautsinn und den Bewegungs- und Organempfindungen fast niemals das Vorhandensein von wirklichen Reizen irgendwelcher Art ganz auszuschliessen ist; es ist das praktisch auch nicht von besonderer Bedeutung.

Täuschungen in der Geruchs- und Geschmacks-Sphäre, gewöhnlich unangenehmer Art, geben dem Kranken Anlass zu dem Glauben an feindliche Beeinflussung, Vergiftungsversuche durch giftige Gase oder Gift in den Speisen; bei dem häufigsten Vorkommen dieser Vergiftungsideen Geisteskranker, bei den chronischen Alkoholisten mit Eifersuchtswahn, ist die Abhängigkeit des Giftschmeckens von dem üblen Geschmack im Munde beim chronischen Magenkatarrh des Kranken besonders wahrscheinlich. Eine die Behandlung Geisteskranker erschwerende Folge der Geschmackstäuschungen, die Nahrungsverweigerung, ist für die forensische Praxis von geringerer Bedeutung.

Wichtiger als die Geruchs- und Geschmacks-Täuschungen sind die der Haut und der inneren Organe, die man auch wohl als Sensationen zusammenfasst. Wir können dabei absehen von dem Einfluss derselben auf die Ausbildung von Verfolgungsideen, von hypochondrischen Vorstellungen mit manchmal völliger allmählig erfolgender Umwandlung der Persönlichkeit, absehen auch von den Consequenzen der Selbstverstümmelung, die manche Kranke aus den oft in höchstem Maasse quälenden Sensationen ziehen, dürfen aber an der forensisch wichtigen Thatsache nicht vorübergehen, dass Empfindungen der Tastsphäre bei Geisteskranken oft Anlass geben zu Beschuldigungen von Aerzten oder von Pflegepersonal in dem Sinne, dass dieselben die Kranken geschlechtlich gemissbraucht hätten.

Sensationen der Genitalgegend sind sehr häufig, bei Männern in Form des meist nächtlichen „Entziehens“ von Samen u. dgl., bei weiblichen Kranken vorwiegend in Form des Beischlafes oder unzüchtiger Berührungen. Thatsachen dieser Richtung haben bei den Hexenprozessen des Mittelalters und späterer Zeit in den Selbstbeziehtigungen des geschlechtlichen Verkehrs mit dem Teufel (Incubus, Succubus) eine gefährliche Rolle gespielt. Heute sind es entweder geisteskranke Frauen oder Mädchen, die während der Krankheit oder nach ihrer Wiederherstellung mit der Anklage geschlechtlicher Attentate hervortreten, oder, was praktisch noch wichtiger, Geistesgesunde oder Hysterische, die nach der Narkose auf Grund von Sensationen in den Genitalien, deren sie sich er-



innern, Behauptungen der gleichen Richtung aufstellen. Fälle letzterer Art sind längst Anlass geworden, als regelmässige Forderung ärztlicher Klugheit aufzustellen, dass Narkosen weiblicher Personen nicht ohne einwandfreie Zeugen vorgenommen werden. Dass selbst trotz der Anwesenheit von Zeugen den Sensationen von den Betreffenden beweisende Kraft zugestanden wird, zeigt der bekannte Fall, dass ein in Gegenwart der Mutter von einem Zahnarzt mit Lachgas narkotisiertes Mädchen dennoch hinterher die Beschuldigung geschlechtlichen Missbrauches erhob.

Sensationen in Verbindung mit hypochondrischen Wahnideen (ruiniert, unheilbar geworden zu sein) geben gelegentlich Anlass zu Racheakten an denjenigen, die nach der Meinung der Kranken an dieser Wendung schuld sind, an den Aerzten; ein Beispiel dieser Art (Revolverattentat auf einen Arzt durch ein Mädchen) wird im speziellen Teile (Paranoia) mitgeteilt.

Wenn wir nach dieser kurzen Zusammenstellung der wichtigsten That-sachen aus der Lehre von den Sinnestäuschungen fragen, ob denn jeder an Hallucinationen oder Illusionen leidende Kranke als „Geisteskranker“ zu gelten hat, so ist diese Frage in dieser Fassung zu verneinen. Es kommen Fälle von lange Zeit bestehenden Täuschungen einzelner Sinne vor, z. B. von elementaren Gehörstäuschungen bei Ohrenerkrankungen, die für das geistige Leben der Betroffenen ohne Einfluss bleiben, weil sie durch das Zeugnis der andern Sinne und durch die gesunde Kritik korrigiert, als subjektive Fälschungen erkannt werden. „Geisteskrank“ wird ein Hallucinant in dem Augenblick, in dem er anfängt, die krankhaft trügenden Wahrnehmungen in gleicher Weise zu bewerten, wie die normalen; erst dann beginnt die krankhafte Veränderung der Persönlichkeit. Für den ärztlichen Sachverständigen ist deswegen die Aufgabe im gegebenen Falle nicht erschöpft mit dem Nachweis des Bestehens von Sinnestäuschungen überhaupt; es ist weiter erforderlich, zu zeigen, dass es im psychiatrischen Sinne krankhafte Sinnestäuschungen sind, gleichwertig mit realen Wahrnehmungen und mit dem Erfolg der Fälschung der Erfahrung.

Gewisse Kennzeichen für das Bestehen von Sinnestäuschungen sind oben bei den einzelnen Formen angegeben worden; im Allgemeinen ist das Verhalten der Kranken bei dem Befragen über diesen Punkt ein verschiedenes, je nach Krankheitsform und Persönlichkeit. Manchmal wird das Bestehen von Täuschungen ohne Weiteres zugegeben, namentlich wenn z. B. direkt nach „Stimmen“ gefragt wird; andernmale, besonders bei längerem Bestande chronischer Störungen, oder bei besondrem Misstrauen, dissimulieren die Kranken das Bestehen von Hallucinationen oder Illusionen; auch dann gelingt es zuweilen, wenn die Kranken in Affekt geraten, Angaben in dieser Richtung zu erhalten, oder die Beobachtung in der Anstalt ergibt weitere Anhaltspunkte.

Im Ganzen gehört der Nachweis von krankhaften Sinnestäuschungen für den wirklich Sachverständigen nicht zu den schwierigeren Aufgaben. —

## Kapitel II.

**Wahnideen.**

Umgrenzung des Begriffes „Wahnidee“. — Entstehung derselben. — Systematisierte Wahnideen. — Frage des Vorkommens isolierter geistiger Erkrankung an Wahnideen. — Einteilung der Wahnideen und Formen derselben. — Konsequenzen der Wahnideen. — Gerichtliche Beurteilung.

Die einfachste und doch erschöpfende Definition der „Wahnidee“ („Wahnvorstellung“, „fixe Idee“) ist gegeben, wenn man sie als eine „krankhaft gefälschte, unkorrigierbare Vorstellung“ bezeichnet. Die Thatsache, dass die Mehrzahl der Menschen eines nachhaltigen Interesses nur für die eigne Person und deren Beziehungen fähig ist, kommt bei den Wahnideen darin zum Ausdruck, dass ihr Inhalt fast ausnahmslos das Wohl oder Wehe der eigenen Persönlichkeit betrifft.

Die forensische Bedeutung der Wahnideen liegt, ganz allgemein gesprochen, darin, dass das Ergebnis der Denkvorgänge eines Menschen notwendigerweise falsch werden muss, wenn falsche, aber nicht als falsch erkannte Einzelglieder, krankhaft gefälschte Vorstellungen, darin enthalten sind; auch das Handeln beruht dann auf krankhaft veränderten Voraussetzungen. Ausserdem aber erlaubt, wie wir unten sehen werden, schon die Thatsache an sich, dass es zur Bildung von dauernden Wahnideen kam, bestimmte Schlüsse auf die Beschaffenheit des Geisteszustandes in einem gegebenen Falle.

Die Erkenntnis, dass es sich bei gewissen Vorstellungen eines Menschen um krankhaft veränderte Denkprodukte handelt, kann von dem Inhalte ausgehen, oder von der Entstehungsweise und dem Verhältnis derselben gegenüber dem sonstigen Denken. Der Schluss aus dem Inhalte allein auf den krankhaften Charakter ist im allgemeinen nicht erlaubt und kann höchstens dann einmal zulässig sein, wenn der Inhalt ein ganz abstruser ist und mit solchen Erfahrungen in unversöhnlichem Widerspruche steht, die ohne Rücksicht auf Stand und Bildungsgrad allgemeiner menschlicher Besitz sind; im übrigen muss es Gegenstand der Feststellung von Fall zu Fall sein, ob diese Vorstellung für dieses Individuum inhaltlich richtig ist oder falsch. Diese Feststellung kann praktisch auf grosse Schwierigkeiten stossen, und es muss als allgemeiner Grundsatz gelten, dass es beim Nachweise von Wahnideen in erster Linie darauf ankommt, das Abnorme in dem Verhältnis der Idee zu den Denkvorgängen im allgemeinen zu zeigen. Das Wesentliche in dieser Hinsicht, abgesehen von der Entstehungsweise, ist, dass die Wahnidee der Korrektur durch den Erfahrungsschatz des Individuums unzugänglich ist, dass weder Erwägungen der Wahrscheinlichkeit noch der Augenschein, weder Logik noch Belehrung auf die Dauer gegen die Ueberzeugungskraft der Wahnidee aufzukommen vermögen.

Wir begegnen hier genau der gleichen Erscheinung, die wir bei den

Sinnestäuschungen kennen gelernt haben; diese Uebereinstimmung ist sicherlich keine zufällige; sie weist auf eine innere Verwandtschaft hin zwischen Sinnestäuschungen und Wahnideen, die auch in sonstigen klinischen Merkmalen zum Ausdruck kommt.

Eine krankhaft gefälschte Vorstellung kann das Produkt aus den verschiedenartigsten geistigen Vorgängen sein, und das Fälschende kann von jedem derselben ausgehen; wenn man aber in den einzelnen Fällen die Entstehung von Wahnideen auf Sinnestäuschungen oder besondere Stimmungslagen oder auf abnorme Verknüpfungen von Vorstellungen zurückführen will, muss man dessen eingedenk bleiben, dass zum Zustandekommen von Wahnideen in jedem Falle eine vorübergehende oder dauernde Schädigung der höchsten und am meisten verwickelten geistigen Funktion, des Urteils notwendig ist. Vorübergehend ist diese Beeinträchtigung des Urteils, wenn es sich um flüchtige oder wechselnde Wahnideen bei Bewusstseinstrübung oder bei den mit starken Affekten einhergehenden heilbaren Geistesstörungen (z. B. der Melancholie) handelt, dauernd bei den fixierten und oft in ein System gebrachten Wahnideen der chronischen Paranoia.

Dass bei der letzteren, lange Zeit hindurch, trotz des Bestehens von Wahnideen, weite Gebiete des geistigen Lebens keine äusserlich bemerkbare Störung aufzuweisen brauchen, dass Kranke mit Wahnideen z. B. ihre bürgerliche Stellung auszufüllen vermögen, kann die Annahme einer Urteilsschwäche als Voraussetzung dauernder Wahnideen nicht erschüttern; die geistige Schwäche zeigt sich eben am frühesten auf dem Gebiete, auf dem schon der normale Mensch am wenigsten einer festen Kritik fähig ist, in der Beurteilung der Verhältnisse der eigenen Persönlichkeit. Von dem hier vertretenen Standpunkte aus, den die überwiegende Mehrzahl der deutschen Irrenärzte teilt, gibt es natürlich kein „*circumscriptes*“ Erkranken an Wahnideen; der sichere Nachweis dauernder Wahnideen ist identisch mit dem Nachweis einer Erkrankung der gesamten geistigen Persönlichkeit.

Die natürlichste Einteilung der Wahnideen ist die alte nach den beiden Richtungen der Hemmung oder Förderung der Interessen des Menschen, in depressive und expansive (Grössenideen); sie schliesst sich an die psychologische Thatsache an, dass auch beim normalen Menschen alles, was die eigene Person angeht, sogleich von diesem Gesichtspunkte aus gruppiert wird. Für die forensische Praxis sind die Wahnideen unangenehmen Inhaltes die wichtigeren, nicht nur wegen ihrer grösseren Häufigkeit, sondern weil sie mehr Neigung haben, das Individuum in Konflikte mit seiner Umgebung und der Aussenwelt überhaupt hineinzutreiben; sie kommen in Betracht hauptsächlich vom strafrechtlichen Gesichtspunkte aus. Die Grössenideen können zu solchen Konflikten auch führen; das Häufigere bei ihnen ist aber eine Schädigung des Individuums dadurch, dass dasselbe sich selbst und seine Hilfsquellen überschätzt und eines zivilrechtlichen Schutzes vor den Folgen dieser Irrtümer bedarf; das gleiche kann natürlich notwendig werden bei krankhafter Unterschätzung der eigenen



Person und ihrer Verhältnisse. Die depressiven Wahnideen können sich auf das eigene Ich oder auf die Aussenwelt beziehen; im erstern Falle haben wir es bald mit „melancholischen“, bald mit „hypochochrischen“ Wahnideen zu thun, im letztern mit „Beeinträchtigungsideen“ (Verfolgungsideen). Mit diesen wollen wir beginnen.

Schon bei normalen Menschen bestehen weitgehende individuelle Unterschiede in der Art und Weise, wie die Vorgänge der Aussenwelt mit dem eigenen Ich in Beziehung gesetzt werden, und die praktische Erfahrung unterscheidet in dieser Hinsicht ganz richtig „arglose“ und „misstrauische“ Charaktere. Diese letzteren mit ihrer gewohnheitsmässigen Neigung, äusseres Geschehen, fremdes Thun von vornherein mit dem Verdacht einer unfreundlichen, ungünstigen Tendenz zu betrachten, stehen, wenn die Erscheinung sehr ausgeprägt ist, vielfach ihr Leben lang an der Grenze der geistigen Gesundheit und Krankheit. Bei Andern, denen diese Neigung zu misstrauischer Auffassung im allgemeinen fremd ist, kann diese episodisch auftreten in Abhängigkeit von vorübergehenden Schwankungen des körperlichen oder geistigen Befindens, z. B. in der Rekonvaleszenz nach schweren Krankheiten, nach längerem Alkoholmissbrauch oder bei neurasthenischer Erschöpfung; grade die Neurastheniker neigen nicht selten zu vorübergehenden wahnhaften Auffassungen ihrer Beziehungen zur Umgebung (z. B. Beamte gegenüber ihren Vorgesetzten). Mit Besserung des allgemeinen Zustandes, mit Schwinden der körperlich bedingten unangenehmen Affekte, werden solche abortiven Wahnbildungen korrigiert, ohne dauernder Besitz geworden zu sein, ohne eine dauernde Fälschung der Erfahrung zu hinterlassen.

Diese anscheinend leichten Störungen sind nun in andern Fällen nur die Einleitung zu ernsterer geistiger Erkrankung; Jahrelang können ein gewisses Misstrauen oder einzelne wahnhafte Deutungen oder Vermutungen die einzigen Symptome drohender schwerer geistiger Störungen sein.

Die einfachste Form der Beeinträchtigungsideen ist die des „Beziehungswahnes“. Auf der Grundlage einer krankhaft veränderten Selbstempfindung werden an sich gleichgültige Vorgänge in der Umgebung, zufällige Bewegungen, Gesten, Mienen, Husten, Spucken u. dgl. in Beziehung gesetzt zu der eigenen Person. Die Verstärkung, die eine bestimmte Stimmungslage allen Vorstellungen zu Teil werden lässt, die ihr entsprechen, lässt einen anfänglichen Verdacht rasch zur subjektiven Sicherheit werden, und Kranke mit Störungen dieser Art sehen sich auf Schritt und Tritt in wachsendem Maasse umgeben von Anspielungen und bedeutungsvollen Zeichen, die schliesslich nicht nur von den Mitmenschen direkt ausgehen, sondern auch in Plakaten, Zeitungen usw. gefunden werden. Es hängt zum Teil von der allgemeinen persönlichen Reaktionsweise ab, ob es schon auf Grund solcher Wahnvorstellungen zu Konflikten mit der Umgebung kommt.

Beispiel: Cand. phil. O., 26 Jahre, Onanist. Nach monatelangen allgemeinen Erscheinungen während der Examensarbeiten wachsendes Misstrauen gegen seine Umgebung; Bekannte, Briefboten, Schaffner grüssen anders oder sehen weg; am Biertisch werden unwahrscheinliche Dinge erzählt, um „seine Intelligenz zu prüfen“; ein Eisenbahnschaffner macht den

andern auf ihn aufmerksam; die Kellner geben ihm zu viel heraus, um zu zeigen, dass er ein armer Tropf sei, der es nötig habe; am Kegelabend erzählt der Wirt, dass er Kegel mit hohlen Köpfen angeschafft habe, um ihm zu verstehen zu geben, dass er ein „Hohlkopf“ sei; seine Wirtin untersucht seine Bettlaken auf Onaniespuren; Zeitungen, die er sich bestellt, werden nur teilweise geliefert, um ihm bestimmte Mitteilungen über ihn, die in den fehlenden Nummern stehen, vorzuenthalten; am Nebentisch im Concert wird gesagt: „man muss Geduld haben“, wozu er ergänzt: „mit seinen schwachen Gaben“, an einem andern Tische: „er sieht noch ganz gesund aus“; im Gespräche fallen fortwährend „Stichworte“ aus seinen Briefen usw. (Eigene Beobachtung.) (Es ist in der Regel schwer, das Bestehen einzelner Sinnestäuschungen hierbei auszuschliessen.) Ohne scharfe Grenze führt dieser Beziehungswahn zu den „Verfolgungsideen“ im engeren Sinne hinüber; schon das „Beobachten“ hat ja fast ausnahmslos eine für die Auffassung des Kranken feindliche Tendenz.

Verfolgungsideen können sich entwickeln auf dem Wege kombinierender Denkhätigkeit oder auf Grund von Sinnestäuschungen; in der Regel wirkt beides zusammen; das Krankheitsbild erhält allerdings ein besonderes Gepräge, wenn Sinnestäuschungen das Hauptmaterial für die Bildung der Verfolgungsideen abgeben.

Es wäre eine falsche Auffassung, wenn man nun annehmen wollte, dass aus Sinnestäuschungen auf dem Wege unveränderten normalen Denkens Wahnideen entstünden; die abnorme Verfassung des Gehirns, welche die Sinnestäuschungen entstehen lässt, ist gleichzeitig der vorbereitete Boden für die Bildung von Wahnvorstellungen; die Richtung, in der die beiden abnormen Vorgänge sich bewegen, ist in der Regel die gleiche; Sinnestäuschungen und Wahnideen bestätigen und stützen sich gegenseitig, weil es Erscheinungsformen wahrscheinlich desselben krankhaften Hirnvorganges sind.

Der Inhalt der Verfolgungsideen ist, abgesehen von der Krankheitsform, ein je nach Stand, Bildung, Gefühlsrichtung, Interessen usw. wechselnder; im Vergleich zu der prinzipiellen Bedeutung derselben treten diese Unterschiede zurück, und es genügt, die erfahrungsgemäss häufigsten Richtungen, in der diese Ideen sich bewegen, kennen zu lernen.

Dem Beziehungswahn am nächsten stehen die auf dem Wege der Kombination entstehenden Vorstellungen von feindseligen Tendenzen in der Umgebung, in die immer weitere Kreise (Polizei, Jesuiten, Freimaurer, Juden und dergl.) hineingezogen werden; Schädigung des Fortkommens, Bedrohung des Lebens, Ruin der Familie, des guten Namens und ähnliche Kategorien sind es am häufigsten, denen die feindliche Beeinflussung gilt.

Die Mitwirkung von Sinnestäuschungen ist auch bei den kombinatorischen Formen fast immer erkennbar; das Vorhandensein solcher Täuschungen, namentlich von Gehörshallucinationen, ist ein die Wahnbildung rasch förderndes Moment. Unter wesentlicher Mitwirkung von Sinnestäuschungen eines oder mehrerer Sinne entwickeln sich auch die besondern Formen des mit eigenem Namen bedachten „physikalischen Verfolgungswahns“, dessen Wesen in dem Glauben besteht, dass die sonst unerklärlichen, am eignen Leibe empfundenen Einwirkungen

unangenehmer Art von Seiten der Feinde mit Hilfe physikalischer Vorrichtungen aus der Ferne vorgenommen werden; in früheren Zeiten regelmässig und heute noch bei ungebildeten, oder stark in religiösen Vorstellungen lebenden Kranken sehen wir den Teufel oder böse Geister die Rolle der Physik vertreten. Von Bedeutung sind dabei namentlich die als Sensationen bezeichneten Täuschungen der Haut-, Muskel- und Organempfindungen. Anderemale betrifft die Wahnbildung eng umgrenzte Interessenkreise in einer Weise, die immer wieder dem irrtümlichen Glauben an das Vorkommen „circumscripiter“ geistiger Erkrankung Nahrung gibt; hierher gehört der sehr häufige Wahn der ehelichen Untreue und die Idee der rechtlichen Beeinträchtigung. Die Eifersuchts-Wahnideen finden sich, nicht ausschliesslich, aber vorwiegend bei chronischen Alkoholisten; es ist diese Thatsache des zahlenmässig unzweifelhaften Zusammenhanges zwischen Alkoholismus und einer bestimmten Richtung der Wahnideen, eines Zusammenhanges, der allein auf psychologischem Wege nicht erklärt werden kann, ein beachtenswerter Beweis für die Abhängigkeit krankhaft veränderten Denkens bis in Einzelheiten hinein von bestimmten schädlichen, in diesem Falle chemischen, Einflüssen auf die nervöse Substanz des Gehirns. Die pathologisch eifersüchtigen Alkoholisten gelten mit Recht als recht gefährlich, sowohl für den, der von dem Kranken des verbrecherischen Einverständnisses mit der Frau bezichtigt wird, als auch ganz besonders für die Ehefrau selbst; die Wahnidee bewegt sich hier auf einem Gebiet, auf dem schon der Geistesgesunde rascher und energischer, als bei andern Beeinträchtigungen seiner Rechte zur Selbsthilfe greift. Verbrechen in dieser Richtung werden ja auch vom Volksbewusstsein nicht mit dem sonstigen Maasstab gemessen.

Die Wahnidee der rechtlichen Beeinträchtigung ist der Ausgangspunkt der als „Querulantenwahnsinn“ (vgl. den speziellen Teil) bezeichneten Störung. Hier, wie bei den manchmal anscheinend isolierten Eifersuchtsideen, genügt zur Diagnose der „Wahnidee“ nicht der Nachweis der mangelnden Uebereinstimmung zwischen der Wirklichkeit und den Vorstellungen des Individuums, sondern es ist Aufgabe des ärztlichen Sachverständigen, durch Zergliederung der geistigen Persönlichkeit den Nachweis der geistigen Erkrankung im allgemeinen zu führen.

Die Konsequenzen, welche die Kranken im allgemeinen aus ihren Beeinträchtigungsideen ziehen, hängen von dem Inhalt derselben, von der Höhe des begleitenden Affektes und in weitem Umfange von der persönlichen Reaktionsweise des Individuums ab; es finden sich in dieser Beziehung von dem anonymen „Eingesandt“ in der Zeitung, der Beschwerde bei der Polizei und dem Gerichte, dem „Appell an die Oeffentlichkeit“ in Brochüren, bis zu den verschiedenen Arten der „Selbsthilfe“ in Form von Beleidigungen oder gewaltthätigen Handlungen, alle möglichen Abstufungen vertreten.

Von den depressiven Wahnideen, die sich auf Zustände des eigenen Ich beziehen, geben die melancholischen häufiger Anlass zu forensischer Begutachtung als die hypochondrischen.



Die melancholischen Wahnideen entwickeln sich immer auf dem Boden einer deprimierten Stimmungslage; es ist aber nicht anzunehmen, dass sie nur gewissermaassen Erklärungsversuche darstellen, durch welche das Individuum sich selbst gegenüber den ungewöhnlichen gedrückten oder ängstlichen Affekt motiviert; man muss die abnorme Stimmung und die melancholischen Wahnideen als koordinierte Krankheitserscheinungen auffassen, als gleichwertige Symptome eines abnormen Gehirnzustandes.

Das durchgehend Gemeinsame der melancholischen Wahnideen ist die Vorstellung der Minderwertigkeit, die je nach dem vorliegenden Charakter und Bildungsgrade in den verschiedensten Gewändern auftreten kann, in der Regel aber sich auf das ganze Sein in Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft erstreckt. Es gehören hierher die Vorstellungen, unwürdig, schlecht, pietätlos, schuld an eigenem oder fremdem Unglück, bankrott zu sein u. dgl.; diese erstrecken sich dann in Form von Selbstvorwürfen auch auf die Vergangenheit, die im Sinne der herrschenden Ideen und der Stimmungslage umgedeutet wird; für die Zukunft treten die Befürchtungen vor Verarmung, Strafe, dauerndem Siechtum, Tod, ewigem Verderben usw. hinzu.

Das Handeln der Kranken wird in der mannigfachsten Weise von diesen Wahnvorstellungen beeinflusst. Die vom Irrenarzte dauernd am meisten gefürchtete Konsequenz, der Selbstmord der Melancholischen, hat für die forensische Praxis wenig Bedeutung, so lange das Individuum sich darauf beschränkt, sein eigenes Leben zu vernichten; sehr häufig aber verbindet sich der Angriff auf die eigne Existenz mit solchen auf fremdes Leben, und allein die Lektüre der Tageszeitungen gibt einen Maassstab dafür, mit welcher ausserordentlichen Häufigkeit z. B. melancholische Mütter sich selbst und die Kinder töten oder doch zu töten versuchen; es geschieht dieses fast immer aus dem Bestreben, die Kinder nicht dem von der Kranken für die Zukunft gefürchteten Unglück entgehen zu lassen. Anderemale wird die Art des Selbstmordes für Dritte gefährlich, ohne dass das in der Absicht des Kranken gelegen hätte, z. B. bei den nicht so seltenen Akten der Selbstverbrennung. Eine andre Form, in der melancholische Wahnideen zur Berührung mit dem Strafrechte führen, ist mit den nicht so seltenen Selbstbeschuldigungen Melancholischer gegeben; ein Teil der fälschlichen Selbstanzeigen, die z. B. nach gewissen, in den Zeitungen besonders lebhaft behandelten Mordthaten oder Brandstiftungen bei den Gerichten eingehen, betrifft Kranke mit melancholischen Wahnideen, die gelegentlich alles Unglück der Welt auf ihre eigenes Schuldkonto schreiben. Es ist ohne Weiteres klar, dass die zivilrechtliche Handlungsfähigkeit durch melancholische Selbstunterschätzung-Ideen beeinträchtigt oder aufgehoben wird (falsche Konkursanmeldungen, Testamentsänderungen, Rücktritt von Verträgen u. dgl. unter Einfluss krankhaft trüber Auffassung der eigenen Lage). Das Bestehen lebhafter melancholischer Wahnideen ist auch, ohne dass ein wesentlicher intellektueller Mangel nachweisbar ist, selbstverständlich genügend, um die klinischen Voraussetzungen der Entmündigung in einer ihrer Formen zu geben.

Die hypochondrischen Wahnideen beziehen sich auf den Zustand des eigenen Körpers, und zwar in der Regel auf Veränderungen desselben im Sinne der Unheilbarkeit. Grade bei den hypochondrischen Wahnvorstellungen kann der abstruse Inhalt allein einmal den Beweis für den krankhaften Charakter der Vorstellungen geben, wenn der Kranke z. B. glaubt, in ein Tier oder in Stein verwandelt zu sein u. dgl.; bei denjenigen Vorstellungen, die sich im Bereiche des Wahrscheinlichen oder Möglichen bewegen, wie bei der nicht seltenen Furcht, syphilitisch oder tuberkulös zu sein, ein Krebsleiden, eine Rückenmarkskrankheit zu haben, ist der Nachweis des Charakters der Ideen als Wahnideen zu führen aus dem Verhältnis derselben zu dem übrigen Denken, im Sinne der oben erwähnten Kennzeichen. Es ist zuzugeben, dass grade bei Befürchtungen, die sich auf den eigenen Körper beziehen, die Grenze der psychischen Anomalie nicht immer leicht zu erkennen ist. Die Bedeutung, welche die Gehörstäuschungen für die Verfolgungsideen haben, kommt bei den hypochondrischen Wahnvorstellungen den als „Sensationen“ zusammengefassten Täuschungen des äusseren und inneren Tastsinnes zu; schon bei Geistesgesunden kann man beobachten, dass ärztliche Belehrung und eigene Kritik häufig genug der die Stimmung und die Gedankenrichtung beeinflussenden Macht unangenehmer oder störender Organgefühle gegenüber nicht aufzukommen vermag.

Für die Behandlung Geisteskranker sind die häufigeren Folgen hypochondrischer Wahnideen: Nahrungsverweigerung, Selbstverstümmelung, Selbstmord wichtiger, als für die forensische Praxis; in zivilrechtlicher Beziehung können hypochondrische Vorstellungen über die eigene Leistungsfähigkeit dieselben Maassregeln notwendig machen, wie melancholische Vorstellungen sonstige Minderwertigkeit; in strafrechtlicher Beziehung erlangen hypochondrische Ideen nicht selten dadurch Bedeutung, dass sie sich mit Verfolgungsideen verbinden in der Weise, dass die Ursache unheilbarer schwerer Schädigung der Gesundheit in fremder Einwirkung gesehen wird. Es ist natürlich, dass sich kombinierte Vorstellungen dieser Art in erster Linie gegen Aerzte richten, die mit dem Kranken einmal zu thun gehabt haben; es erfolgen aus solchen Ideen heraus gegen Aerzte nicht selten ernste Attentate (vergl. dazu den speziellen Teil).

Den depressiven Wahnideen stehen gegenüber die expansiven oder Grössenideen. Auf dem Boden oder doch in Begleitung einer gehobenen Stimmungslage entwickeln sich Vorstellungen besondrer Vorzüge, besondrer Gesundheit, Leistungsfähigkeit, Begabung (Erfinder!), oder Ideen von Macht, Reichtum, göttlichem Beruf, Rang, Einfluss. Teils ist es die jedesmalige Krankheitsform, teils die persönliche Interessenrichtung des Individuums, was den speziellen Inhalt der Grössenideen im Einzelnen bestimmt. — Häufiger, als bei den depressiven Wahnideen, tritt bei den Grössenvorstellungen die Schwächung des Urteils zu Tage in der Unempfindlichkeit für das Missverhältnis zwischen Wahrscheinlichkeit oder Möglichkeit und dem Inhalt der Ueberzeugung des Kranken.

Sehr häufig ist eine Combination von Verfolgungs- und Grössenideen. Gewiss ist der Zusammenhang dabei manchmal so zu denken, dass die Summe der Anfeindungen, denen der Kranke sich ausgesetzt sieht, ihm allmählig zum Maassstab wird für die Bedeutung seiner Person, gewissermassen nach der Formel „viel Feind, viel Ehr“; im allgemeinen aber und auch hier ist es nützlich, bei krankhaften Geisteszuständen gegen so naheliegende, aus dem Gebiete des Normalen übertragene psychologische Erklärungen misstrauisch zu sein. Die Erfahrung nötigt auch in der That zu der Annahme, dass gewöhnlich Grössenideen und Verfolgungs-ideen, wenn sie zusammen vorkommen, als koordinierte Erscheinungen anzusehen sind. Bei vielen „Verfolgten“ ist ja von vorneherein, noch ehe es zu formulierten Grössenvorstellungen kommt, eine krankhafte allgemeine Selbstüberschätzung nicht zu verkennen. Die forensische Bedeutung krankhafter Grössenideen liegt, wie oben schon kurz erwähnt, der Häufigkeit nach in erster Linie darin, dass die falsche Auffassung der eigenen Verhältnisse den Kranken zu unzweckmässigen Maassregeln veranlasst (Verschwendung, Schenkungen u. dgl.), die es nötig machen, ihm die Verfügungsfähigkeit einzuschränken; die Aussichten zu strafrechtlichen Konflikten sind gegeben, wenn der Kranke auf Grund seiner Ideen Ansprüche erhebt, die mit dem Gesetze oder mit fremden Interessen kollidieren oder die öffentliche Ordnung stören (Anmaassung von Amtsbefugnissen, Annäherungen erotischer Art, Eindringen bei fürstlichen Personen, Gründung von Sekten u. dgl.). Bei einer Reihe historischer Personen, die z. B. in Revolutionen oder religiösen Kriegen eine Rolle gespielt haben, haben wir Grund zu der Annahme, dass es sich zum Teil um Kranke mit Grössenideen gehandelt hat.

Dem Laien gegenüber ist es gewöhnlich weniger schwer, das Bestehen von Grössenideen glaubhaft zu machen, als depressive Wahnideen als solche nachzuweisen.

Einige allgemeinere Bemerkungen mögen diese kurze Skizzierung der häufigsten einzelnen Erscheinungsformen der Wahnideen nach verschiedenen Richtungen ergänzen.

Bemerkenswert ist zunächst das Verhältnis zwischen Wahnideen und Affekten. Die allgemeine Beobachtung, dass alle das Ich betreffenden Vorstellungen eine besondere Gefühlsbetonung tragen, trifft auch für die Wahnideen zu; es lehrt die Erfahrung, dass wir andererseits in den Affekten, namentlich den unangenehmen, einen der Faktoren zu sehen haben, welche bei vorhandener Disposition dazu die Wahnbildung begünstigen; es giebt, wie erwähnt, Wahnideen flüchtiger Art, die mit dem Affekt kommen und mit ihm verschwinden. Bei fixierten Wahnideen bestimmt vielfach die Stärke und Nachhaltigkeit des begleitenden Affektes die Energie des auf Grund der wahnhaften Motive erfolgenden Handelns. Bei sehr langer Dauer der Krankheit, wie bei der chronischen Paranoia, tritt allmählig eine Lockerung der normalen Beziehungen zwischen Wahnideen und Affekten ein; man kann Kranke dieser Art ohne jede Spur von Erregung über die quälendsten und be-



leidigendsten Verfolgungen berichten hören; es beruht darauf die relative Harmlosigkeit vieler Kranker mit sehr lange bestehenden Wahnideen, bei denen Gefahr für die nähere oder entferntere Umgebung vielfach nur dann besteht, wenn in irgend einem neuen Erregungszustand ein Aufflackern des Affektes stattfindet.

Bei den chronischen Geistesstörungen ist dieses allmähliche Schwinden der Gefühlsbetonung nicht auf eine blosse Gewöhnung der Kranken an ihre unangenehmen Vorstellungen zu beziehen; wir haben darin ein Symptom des Verfalles der geistigen Persönlichkeit zu sehen, ebenso wie in der allmählig eintretenden Abstumpfung der intellektuellen Fähigkeiten. —

Im Gegensatz zu dem, was wir bei den Zwangsvorstellungen beobachten, wird die Wahnidee vom Kranken niemals als eine Belästigung empfunden; ihr Inhalt kann für das Bewusstsein des Individuums zunächst fremdartig, er kann materiell im höchsten Maasse quälend sein; aber der formalen Störung der Gedankenverknüpfung, die auch in der Wahnidee gegeben ist, wird er sich nicht bewusst; sonst wäre es keine Wahnidee; es wird mit der Wahnidee in gleicher Weise operiert, wie mit den auf normale Weise entstandenen Vorstellungen; sie steht gleichwertig neben diesen, wie die Hallucination neben den realen Wahrnehmungen, ohne dass die Thatsache ihrer Anwesenheit an sich einen unangenehmen Affekt auslöst, wie es bei den Zwangsvorstellungen der Fall ist. (Bei der Erörterung der psychischen Zwangszustände kommen wir auf diese Unterscheidung und andere differentialdiagnostische Merkmale zurück.)

Wiederholt schon haben wir auf den vorausgehenden Blättern den Begriff des Wahnsystems gestreift. Ein Wahnsystem im engeren Sinne kommt in der Regel nur bei längerer Dauer der Erkrankung zu Stande. Man spricht z. B. nicht von einem Wahnsystem, wenn eine Melancholische eine Reihe depressiver Wahnideen äussert, die sich alle in der gleichen Richtung, etwa des Versündigungswahnes, bewegen; man weiss aus Erfahrung, dass solche Wahnvorstellungen, auch wenn sie bis ins Einzelne ausgebaut sind, vollkommen verschwinden können, ohne eine Veränderung der geistigen Persönlichkeit zu hinterlassen. Zum Begriff des Wahnsystems, wie es z. B. der chronischen Paranoia eigen ist, gehört, dass alle neuen Erfahrungen, die das Individuum macht, von dem Gesichtspunkte der herrschenden Wahnvorstellungen aus gruppiert, dass die dazu passenden angeeignet, die widersprechenden ausgeschaltet werden, dass auch eine nachträgliche Korrektur aller früheren Erfahrungen erfolgt, die sie der herrschenden Ideenrichtung anpasst, und dass endlich auch in der Wahnbildung selber eine Weiterentwicklung in bestimmter Richtung stattfindet. Ein in dieser Weise ausgebildetes System von Wahnideen bedingt eine völlige Verrückung des Standpunktes gegenüber der Aussenwelt, und die Kranken mit einem solchen Wahnsystem sind eben die „Verrückten“. Der Nachweis eines Wahnsystems in dem soeben umschriebenen Sinne ist also auch für die forensische Praxis immer zugleich der Beweis für eine tief-

greifende, gewöhnlich unheilbare Veränderung der gesamten geistigen Persönlichkeit. —

Eine bisher nicht erwähnte Kategorie stellen die „schwachsinnigen Wahnideen“ dar, die im Uebrigen jeder der oben erwähnten Richtungen angehören können. Die Bezeichnung wäre überflüssig, wenn sie nichts weiter meinte, als die Thatsache, dass zum Zustandekommen von Wahnideen überhaupt eine herabgesetzte Funktion des Urtheiles notwendig ist; sie will eine weitere Besonderheit der Wahnvorstellungen hervorheben, die darin besteht, dass eine bei dem Kranken überhaupt vorhandene allgemeine geistige Schwäche der Wahnbildung ihr Gepräge aufdrückt.

Schwachsinn als solcher disponiert zur Bildung krankhaft gefälschter Vorstellungen, einmal durch den geringen Widerstand, den erfahrungsgemäss geistesschwache Personen den Affekten entgegenzusetzen vermögen, dann aber vor allem durch die Unfähigkeit zu klarer und fester Begriffsbildung, infolge deren neue, namentlich in ungewöhnlichen Stimmungslagen gemachte Erfahrungen nicht in der richtigen Weise in den Zusammenhang des Denkens eingeordnet werden.

Der Schwachsinn kann infolge eben dieses Mangels auch die Ausbildung eines in sich folgerichtigen Wahnsystemes verhindern, und die Wahnideen Schwachsinniger sind häufig durch ihre geringe Festigkeit und grosse Beeinflussbarkeit ausgezeichnet. Geistesschwache sind es auch besonders, die der Gefahr einer „psychischen Infektion“, einer „inducierten Psychose“, von Seiten ihrer geisteskranken Umgebung ausgesetzt sind.

Den am meisten charakteristischen Typus der schwachsinnigen Wahnideen treffen wir bei der Wahnbildung der Paralytiker, und bei diesen am häufigsten in Form paralytischer hypochondrischer Ideen oder paralytischer Grössenvorstellungen.

Festzuhalten für die allgemeine Beurteilung ist, dass bei den Wahnideen nicht das Quantum der Widersinnigkeit, die z. B. von Sinnestäuschungen abhängen kann, die Bezeichnung „schwachsinnig“ bestimmt, sondern der Charakter der allgemeinen Denkvorgänge. —

Die Faktoren, von denen die Art und Weise abhängt, in der Kranke die Konsequenzen aus ihren Wahnideen ziehen, sind oben an verschiedenen Stellen erwähnt: Inhalt und Richtung der Vorstellungen, Stärke des begleitenden Affektes und nicht zum wenigsten die konstitutionelle Art der motorischen Aeusserungen überhaupt, in der weitgehende individuelle Unterschiede bestehen.

Für die forensische Beurteilung ist daran festzuhalten, dass das Handeln der Kranken mit Wahnideen nicht mit dem Maassstabe gemessen werden darf, den wir bei einem Gesunden anlegen würden, wenn ihn in Wirklichkeit das trifft, was der Geisteskranke fälschlich zu erleben glaubt; die Wahnideen sind objektiv begründeten Motiven nicht gleichzustellen; ihr Einfluss auf das Thun ist ein ganz anderer, viel mehr zwingender.

Die Erfahrung nötigt uns zu der Annahme, dass die Wahnideen als auf krankhaftem Boden entstandene Gebilde (ebenso wie die Sinnestäuschungen) ein selbstverständliches Uebergewicht über die normalen Vorgänge haben.

Kranke mit sicher nachgewiesenen Wahnideen sind nicht zurechnungsfähig, ohne dass im einzelnen ein Nachweis in der Richtung notwendig wäre, dass die betreffende That im psychologischen Zusammenhang mit den krankhaften Motiven gestanden hat.

(Ueber die Bedeutung des sogen. Residualwahnes und seine gerichtliche Tragweite vergl. oben Seite 30—32 und im speziellen Theil das Kapitel chronische Paranoia.)

Der Nachweis des Bestehens von Wahnvorstellungen in foro kann sehr leicht und sehr schwer sein. Kranke in gehobener Stimmungslage mit Grössenideen, oder solche mit frischen depressiven Wahnideen, solange ein lebhafter Affekt vorhanden ist, pflegen das, was sie bewegt, leicht auszusprechen; ganz anders ist es, wenn Kranke bei langem Bestande der Störungen, durch schlechte Erfahrungen bei ihrer Umgebung gewitzigt, es aufgegeben haben, von irgend einer Seite Zustimmung zu ihren Vorstellungen zu erhoffen, oder wenn, was vielleicht noch häufiger ist, die ganze Umgebung einschliesslich der Aerzte, in Ideen der Feindseligkeit mit einbezogen sind, oder wenn schliesslich „Stimmen“ das Verschweigen anbefehlen.

Auch in solchen Fällen gelingt es oft, den Kranken, wenn man ihn absichtlich in Affekt bringt, seinen Vorsatz vorsichtigen Schweigens vergessen zu lassen; andermal geben äussere Anzeichen im Benehmen des Kranken genügende Anhaltspunkte, um die Richtung seines Denkens zu erschliessen, von denen aus man ihn zum Reden bringt, wenn man ihn durch direktes Eingehen auf die vorauszusetzenden Vorstellungen überrumpelt.

Trotz alledem bleiben Fälle übrig, z. B. solche mit hartnäckigem Schweigen überhaupt, in denen es nicht gelingt, von dem Kranken Aeusserungen über die ihn beherrschenden Wahnvorstellungen zu bekommen. Es können dann im äusseren Verhalten Anhaltspunkte gegeben sein, zu denen z. B. gehören: misstrauisches Benehmen, Nahrungsverweigerung, Besonderheiten in Haltung oder Kleidung, auffallende Schutzmaassregeln, zu denen der Kranke greift (z. B. seltsame Amulette) und dgl. Es ist zuzugeben, dass alles dieses auch durch Sinnestäuschungen veranlasst werden kann; für die praktische Beurteilung ist das bei den nahen Beziehungen zwischen Sinnestäuschungen und Wahnideen keine wesentliche Erschwerung; wenn Sinnestäuschungen das Handeln in solcher Weise bestimmen, kann man auch mit dem Vorhandensein von Wahnideen rechnen. —

Wenn nun auch Kranke sich offen über ihre Ideen aussprechen, sind damit noch nicht alle Schwierigkeiten gehoben; der ärztliche Sachverständige, auch wenn er aus guten Gründen von der Thatsache wahnhafter Vorstellungen überzeugt ist, findet erfahrungsgemäss oft Schwierigkeiten, diese Ueberzeugung auch bei den beteiligten Laien zu erwecken. Es sind immer wieder dieselben



Dinge, die gegen die Annahme des Vorhandenseins krankhaft gefälschter Vorstellungen ins Feld geführt werden.

Hierher gehört in bestimmten Fällen die geordnete Ausdrucksweise der Kranken, die anscheinend ungestörte logische Konsequenz des Gedankenganges, die oft erhaltene Besonnenheit, das Fehlen grober Unwahrscheinlichkeiten, der Mangel handgreiflicher Widersinnigkeiten. Es kann notwendig oder nützlich sein, in dem Gutachten allen diesen erfahrungsgemäss auftauchenden Einwänden von vorneherein entgegenzutreten. Es ist darauf hinzuweisen, dass an sich logisches Denken zu falschen Ergebnissen führen muss, wenn die Voraussetzungen (z. B. durch Sinnestäuschungen) falsch sind, und dass der Inhalt der Ideen überhaupt an Bedeutung zurücktritt gegenüber der Störung in dem Formalen der Denkvorgänge, d. h., dass das Wesentliche ist: die gestörte Funktion des Urteils, das nicht Verwerten der früheren Erfahrungen, der Wahrscheinlichkeit, des Augenscheins.

Der Rat, niemals ein Gutachten auf blosser Untersuchung im Termin und ohne eingehende Kenntnis der Akten abzugeben, gilt in ganz besonderem Maasse für die Beurteilung von Kranken mit Wahnideen; kann es doch selbst im Verlaufe der gesetzlichen Maximalfrist von sechswöchentlicher Beobachtung schwer sein, zu einem sicheren Urteil zu kommen.

### Kapitel III.

#### Störungen des Gedächtnisses.

Allgemeines über das Gedächtnis. — Gedächtnis und Merkfähigkeit. — Retrograde Amnesie. — Abhängigkeit des Gedächtnisses von materiellen Vorgängen im Gehirn. — Quantitative Störungen des Gedächtnisses. — Qualitative Störungen; Erinnerungstäuschungen. — Pseudologia phantastica. — Störungen der zeitlichen Einordnung der Erinnerungen. — Gedächtnis und Zeugnisfähigkeit Geisteskranker.

Die Kenntnis der krankhaften Störungen des Gedächtnisses ist für die forensische Praxis von grosser Bedeutung; (die in die Gesundheitsbreite fallenden, „normalen“ Mängel und die grossen individuellen Verschiedenheiten desselben sind oben im Kapitel II des ersten Abschnittes besprochen worden).

Im strafrechtlichen wie im zivilrechtlichen Verfahren handelt es sich fast immer um Vorgänge, die hinter dem Momente der Verhandlung um eine grössere oder geringere Zeitspanne zurückliegen, und für deren Beurteilung die Aussagen aller Beteiligten, des Angeschuldigten resp. der Parteien und der Zeugen, das Material zu liefern haben; inwieweit böser Wille und absichtlich falsche, lügnerische Angaben in Rechnung zu setzen sind, ist Sache des richterlichen Ermessens; der eventuelle Nachweis krankhaft falscher Erinnerung an vergangenes Geschehen sollte Aufgabe des ärztlichen Sachverständigen sein, ebenso wie die Beantwortung der Frage, wieweit bei anerkannt Geisteskranken der Erinnerung zu trauen ist.

Die Erscheinung des „Gedächtnisses“ ist ein Sonderfall der allgemeinen Eigenschaft des Nervensystems, durch vorübergehende Reize dauernde Veränderungen zu erfahren. Der Einzenvorgang, den wir als „Erinnerung“ bezeichnen, umfasst Zweierlei, einmal die Erneuerung eines früheren psychischen Geschehnisses, und zweitens das Wiedererkennen desselben als eines früheren eigenen inneren Vorganges.

Letzteres ist nur bei den höchsten Formen der nervösen Organisation vorzusetzen und ist eng verknüpft mit dem, was wir als Selbstbewusstsein bezeichnen.

Störungen des Gedächtnisses sind deswegen ein regelmässiges Vorkommnis bei allen den krankhaften Veränderungen des Selbstbewusstseins, die gewöhnlich als „Bewusstseinsstörungen“ schlechthin bezeichnet werden; soweit die Gedächtnisstörungen zur Beurteilung derselben beitragen, werden sie bei der Erörterung der Anomalien des Bewusstseins im Kapitel VI besprochen werden.

Gegenstand der Erörterung an dieser Stelle sollen alle diejenigen krankhaften Störungen des Gedächtnisses sein, die in erster Linie nicht auf ein vom Normalen abweichendes Verhalten des Selbstbewusstseins ursächlich zurückzuführen sind.

In sprachlicher Hinsicht soll gelten, dass wir im Folgenden als „Gedächtnis“ die Herrschaft über den alterworbenen Besitzstand an Vorstellungen, als „Merkfähigkeit“ (Wernicke, Kräpelin) die Fähigkeit, neues Gedächtnismaterial zu erwerben, bezeichnen wollen.

Diese beiden Begriffe decken sich keineswegs; aufgehobene oder gestörte Merkfähigkeit während einer bestimmten Zeitstrecke bewirkt natürlich, dass das Gedächtnis, die Erinnerung für dieselbe fehlt oder mangelhaft ist, aber: Mängel der Erinnerung, der Fähigkeit zur Reproduktion, können auch andre Gründe haben, als Störungen der Merkfähigkeit und erlauben nicht ohne Weiteres einen Rückschluss auf solche. —

Systematische experimentelle Untersuchungen über die Merkfähigkeit bei geistigen Erkrankungen werden neuerdings (Kräpelin u. A.) angestellt und versprechen lohnende Ergebnisse; hier können wir nur auf das Wesentlichste und Allgemeinere eingehen. Wohl die häufigste Beeinträchtigung der Merkfähigkeit geht zurück auf eine Störung der Aufmerksamkeit; dieselbe kann auf allgemeinem Mangel an Interesse für neue Eindrücke beruhen, wie bei den an der Grenze des Normalen stehenden senilen Zuständen, oder die Aufmerksamkeit ist andern Vorgängen zugewendet (Sinnestäuschungen, lebhafte Affekte u. dgl.), oder die Aufmerksamkeit ist überhaupt herabgesetzt (Zustände normaler Ermüdung, krankhafte Erschöpfung, unter Wirkung von Alkohol oder andern giftigen Substanzen, bei der Zerfahrenheit bestimmter geistiger Schwächezustände). Manchmal kann die Merkfähigkeit bedeutend herabgesetzt sein, ohne dass man dafür das Verhalten der Aufmerksamkeit allein anschuldigen könnte; vielmehr ist der Grund in einer Erschwerung der Auffassung zu suchen, bei der viel-

leicht mitwirkt eine „verlangsamte Entwicklung der Erinnerungsbilder, die beim Gesunden die Auffassung erleichtern und beeinflussen“ (Kräpelin).

Diese psychologischen Gesichtspunkte betreffen natürlich nur die eine Seite des Vorganges bei der Beeinträchtigung der Merkfähigkeit; die andre ist in den ihrem Wesen nach unbekannten materiellen Veränderungen in der nervösen Substanz des Gehirns zu sehen. Es giebt Erfahrungen, die dafür sprechen, dass bei der Fixierung der Erinnerungsbilder physiologische Vorgänge eine Rolle spielen, die gegen Störungen ausserordentlich empfindlich sind, ich meine die Erfahrungen über die „retrograde (retroactive) Amnesie“ (vergl. die Bemerkungen dazu bei den „Bewusstseinsstörungen“ Kapitel VI und oben Seite 206). Das Wesentliche daran ist, dass Erschütterungen des Schädels oder andre Einwirkungen, wie Blitzschlag, Erhängen, Fieber, Kohlenoxydvergiftung u. dgl., ohne grobe Ausfallserscheinungen zu hinterlassen, die Erinnerung nicht nur für das betreffende Ereignis und eine verschieden lange darauffolgende Zeitstrecke, sondern auch für die dem Ereignis vorausgehenden Stunden vernichten können; der ältere Besitzstand an Erinnerungen bleibt davon ganz unberührt. Diese Beschränkung des durch äussere Einwirkung verursachten Erinnerungsausfalles auf die allerjüngsten aufgenommenen Bilder scheint darauf hinzuweisen, dass die ihnen entsprechenden materiellen Spuren im Gehirn, von deren Beschaffenheit wir im Uebrigen gar Nichts wissen, noch eine Zeitlang nach der Aufnahme in den Bestand weniger gefestigt sind, als ältere Spuren. Der Vorgang bei der retrograden Amnesie hat direkt mit der Merkfähigkeit gar Nichts zu thun, da der Verlust solche Erinnerungsbilder betrifft, die mit normaler Merkfähigkeit aufgenommen waren, aber er giebt einen handgreiflichen Hinweis auf den Einfluss materieller Veränderungen überhaupt bei der Fixierung von Erinnerungsbildern.

Wir treffen dementsprechend die hohen Grade der Herabsetzung der Merkfähigkeit vor allem bei solchen geistigen Erkrankungen, bei denen wir gröbere Veränderungen der nervösen Elemente des Hirnes teils kennen, teils mit Sicherheit voraussetzen (*Dementia paralytica*, *Dementia senilis*, *Dementia praecox*, polyneuritische Psychose). Der nächste Erfolg der Störung der Merkfähigkeit ist hierbei das fehlende Gedächtnis für die jüngste Vergangenheit mit dem sich daraus ergebenden Mangel an Orientierungsvermögen über die augenblickliche Situation, von der aus zu der früheren Vergangenheit keine oder eine nur wenig sichere Erinnerungsbrücke hinüberführt (Unkenntnis der Jahreszeit, Tageszeit, des Aufenthaltsortes usw.). In der Regel sind in solchen Fällen auch anderweitige Störungen der geistigen Verrichtungen nachweisbar. —

Störungen des Gedächtnisses, der Fähigkeit zur Erneuerung vergangener psychischer Zustände, können quantitativer oder qualitativer Art sein, oder sie können sich auf die zeitliche Einordnung der Erinnerungsbilder beziehen; vielfach treffen wir diese verschiedenen Mängel der Erinnerung nebeneinander an.

Die grösste quantitative Störung der Erinnerung, die mehr oder weniger



vollständige Erinnerungslosigkeit für umgrenzte Zeitabschnitte, die sich nach Aufhebung oder starker Beeinträchtigung des Selbstbewusstseins findet, wird im Kapitel „Bewusstseinsstörungen“ besprochen; die „Merkfähigkeit“ war in solchen Fällen während der Dauer der Bewusstseinsstörung vermindert oder aufgehoben; es wurden überhaupt keine Erinnerungsbilder gewonnen.

Bei andern quantitativen Störungen des Gedächtnisses, die diesen höchsten Grad der „Gedächtnislücke“ nicht erreichen, waren wohl Erinnerungsbilder fixiert, aber die Reproduktion derselben ist nicht möglich, sie sind „vergessen“.

Auch der gesunde Mensch vergisst von den zahllosen Eindrücken, die auf ihn wirken, weit mehr, als er behält; Interesse, lebhafter Gefühlston, Wiederholung, innige Verknüpfung mit jederzeit bereitliegenden Vorstellungsgruppen sind die Hauptmomente, welche die Aussichten zur Reproduktion bestimmen; an der Hand der associativen Verbindung der Vorstellungen führt uns der Zufall („Einfallen“), oder das systematische Wollen („Besinnen“) zu den Erinnerungsbildern der Vergangenheit.

Das Wiederfinden derselben kann vorübergehend oder dauernd aufgehoben sein durch grob anatomische Störungen im Gehirn; hierher gehören die zahlreichen klinischen Beobachtungen über Aphasie mit isoliertem Ausfall einzelner zusammengehöriger Gruppen von Erinnerungsbildern, wie z. B. der Wortklangbilder u. dgl., Beobachtungen, die bei aller theoretischen Wichtigkeit uns an dieser Stelle nicht weiter zu beschäftigen haben.

Für die Beurteilung derselben ist es nicht ohne Interesse, dass derselbe Vorgang, der Ausfall einzelner Kategorien von Erinnerungsbildern, als vorübergehende Erscheinung bei starker normaler Ermüdung oder krankhafter Erschöpfung vorkommen kann.

Eine allgemeine Herabsetzung der Fähigkeit zur Reproduktion von Gedächtnismaterial findet sich bei funktionellen und organischen Psychosen, als heilbare oder dauernde Störung; dieselbe macht in Anbetracht des vorhandenen Grundleidens für die Beurteilung keine besondern Schwierigkeiten.

Wichtiger als diese eben genannten quantitativen Störungen sind für die forensische Praxis die krankhaften inhaltlichen Veränderungen des Reproduzierten, die eine Verfälschung der Erfahrung hervorbringen und für das Individuum die Voraussetzungen seines Handelns verschieben; für Dritte werden die qualitativen Störungen der Erinnerung gefährlich, wenn in Anschuldigungen oder Zeugenaussagen krankhaft gefälschte Bestandteile enthalten sind.

Von den durchschnittlichen Veränderungen, die unsre Erinnerungen durch Affekte, Verschiedenheit der Lebensalter und ihrer Auffassungen und dergleichen erleiden, ist oben im II. Kapitel des ersten Abschnittes die Rede gewesen; hier beschäftigen uns die Vorgänge, durch welche eine krankhafte subjektive Zuthat die Erinnerungen inhaltlich verändert.

Für das gesunde Bewusstsein haben die Erinnerungsvorstellungen von Erlebtem besondere Eigenschaften, die sie von Gelesenem, Geträumtem,

Gedachtem unterscheiden; bei Menschen mit abnorm lebhafter Phantasie-thätigkeit, die an der Grenze zwischen geistiger Gesundheit und Krankheit stehen, und bei Geisteskranken kann diese Unterscheidung verloren gehen; es werden dann Dinge, die nicht erlebt wurden, sondern nur in irgend einer Form Gegenstand der Vorstellungsthätigkeit waren, in der Erinnerung zu wirklichen Vorgängen. Bei der Wahnbildung Geisteskranker spielt diese Form der Erinnerungsfälschung eine, quantitativ allerdings schwer zu schätzende Rolle, ebenso wie sie neben der frei schaffenden Phantasie bei den komplizierten Erinnerungsfälschungen der Hysterischen und Degenerierten mitwirken kann.

Auf künstlichem Wege, vermittelt hypnotischer Suggestion, ist es ebenfalls möglich, bestimmten Vorstellungen bei einem Individuum den Charakter der Erinnerungsbilder von Erlebtem zu geben; in der Regel gilt dies nur für die Dauer der Wirkung der Hypnose, so dass im normalen, wachen Zustande eine Korrektur der Fälschung eintritt; bei häufigen Wiederholungen und bei disponierten Personen können daraus aber auch dauernde Erinnerungstäuschungen hervorgehen.

Eine absichtliche oder ungewollte Beeinflussung der Erinnerungen in bestimmten Richtungen wird auch ohne Hypnose sehr häufig auf dem Wege der „Wachsuggestion“, durch die ansteckende Kraft der in überzeugtem Tone vorgebrachten Idee erreicht; es ist das der Vorgang bei dem sogenannten „Hineinexaminieren“ von Erinnerungen in leicht beeinflussbare Zeugen (Kinder, Frauen), ein Vorgang, dessen Gefahr allen einsichtigen Richtern geläufig ist, und der besonders bedenklich ist, wenn es sich um Geistes-schwache oder Hysterische handelt.

Zu den qualitativen Störungen der Erinnerung wird gewöhnlich auch die bei verschiedenen Formen der Geistesstörung erfolgende nachträgliche Umdeutung der Vergangenheit gerechnet, die z. B. bei Melancholischen das ganze verflossene Leben unter den Gesichtspunkt der sündhaften Verschuldung rückt oder bei der originären Verrücktheit gleichgiltigen Vorgängen in der Jugend die Bedeutung früher Hinweise auf künftige Grösse beilegt und dergleichen mehr. So lange es sich dabei nicht um Neuschaffung von Erinnerungen oder um Aenderungen in den Erinnerungsvorstellungen selbst handelt, ist es falsch, diese Erscheinung den Erinnerungsfälschungen beizuzählen; die Deutung, die vergangenen Beobachtungen von einem veränderten Standpunkte aus gegeben wird, hat mit dem Vorgange der Erinnerung als solchem gar Nichts zu thun; sehr oft verbindet sich aber sicherlich mit der einfachen Umdeutung früherer Ereignisse eine selbständige qualitative Veränderung in den Erinnerungsvorstellungen oder eine Neuschaffung von Erinnerungen, die als „nachträgliches Einfallen“ dem Kranken zum Bewusstsein kommt.

Das meiste Interesse beanspruchen unter den qualitativen Störungen des Gedächtnisses zwei nicht immer scharf von einander trennbare Formen, die als

„Fabulieren“ (Confabulation) einerseits, als „Pseudologia phantastica“ (Delbrück) andererseits bezeichnet werden.

Unter „Fabulieren“ versteht man die Produktion von neugeschaffenen, oft längere Reihe bildenden Reminiscenzen; Voraussetzungen dafür sind mindestens Lockerungen in der zeitlichen Verknüpfung der Erinnerungen, durch welche Platz geschaffen wird für Gebilde freier Phantasiethätigkeit; in der Regel aber sind entweder infolge aufgehobener Merkfähigkeit, oder retroaktiver Amnesie (die sich auch bei krankhaften Prozessen des Gehirns findet) oder infolge allgemeiner Reproduktionsschwäche (wie bei allen Verblödungsprozessen), mehr oder weniger ausgedehnte wirkliche Erinnerungslücken vorhanden, die mit den neuen Gebilden ausgefüllt werden. Begünstigend wirkt (neben den als Voraussetzung zu betrachtenden genannten Gedächtnisstörungen) Herabsetzung des Urteils bei gehobener Stimmung. So kommt es, dass das Fabulieren in besonders charakteristischer Weise bei den an progressiver Paralyse Erkrankten in die Erscheinung tritt, die, ohne über Aufenthalt, Tageszeit usw. orientiert zu sein, in ausführlicher Weise über angebliche Erlebnisse in der näheren oder entfernteren Vergangenheit berichten. Die Erkennung des Symptomes ist nicht schwer, wenn es sich um abenteuerliche und unmögliche Dinge handelt, die ausserdem vielleicht in vergangene Jahrhunderte zurückdatiert werden; bei den im Bereiche der Wahrscheinlichkeit liegenden angeblichen Reminiscenzen von Kranken dieser Art gibt der Nachweis der positiven Erinnerungslücken und die Beschaffenheit der Kritik genügende diagnostische Handhaben. Als fast regelmässiges Symptom finden wir das Fabulieren bei bestimmten Alkoholpsychosen (Delirium tremens und polyneuritische Psychosen), und bei gewissen Formen der Paranoia. Das Fabulieren der an Manie Erkrankten lässt gewöhnlich daran zweifeln, wie weit es den Kranken in der abnormen Stimmungslage mit den angeblichen Erinnerungen Ernst ist.

Bei Fällen der letztern Art könnte man häufig ebensowohl die zweitgenannte Bezeichnung anwenden, „Pseudologia phantastica“. An der Grenze des Krankhaften stehen in Bezug auf diese Form die Erinnerungsfälschungen der mit lebhafter Phantasie begabten Individuen, die z. B. leicht dazu kommen, selbst erfundene Geschichten, wenn sie sie nur oft genug erzählt haben, für wahr zu halten; in der Regel handelt es sich dabei um einen für die eigene Person schmeichelhaften Inhalt, z. B. die Darstellung von Konflikten etwa mit Vorgesetzten oder sonstigen Personen in einer Form, wie sie der Erzähler zwar nicht erlebt hat, aber doch erlebt zu haben wünschte, mit Anbringung aller vom „esprit d'escalier“ nachträglich eingegebenen Zuthaten, um Wiedergabe von Jagd- oder Reiseabenteuern und dergleichen. Bemerkenswerth ist, dass die Neigung zu derartigen subjektiven Fälschungen, die nicht ohne Weiteres als Lüge bezeichnet werden dürfen, bei phantasiereichen Persönlichkeiten schon in früher Kindheit auftreten kann. Für die forensische Praxis hat die Pseudologia phantastica der Entarteten und der Hysterischen (die



zum grossen Teil auch nichts anderes sind, als Entartete), sehr grosse Bedeutung.

Das Wesentliche der Erscheinung ist die innige Mischung von bewusster Lüge und krankhaft (sei es durch Wahnideen oder durch Erinnerungstäuschungen) gefälschtem Vorstellungsinhalt, immer unter Mitwirkung lebhafter Phantasiethätigkeit; eine gröbere Beeinträchtigung der Kritik ist dabei nicht jedesmal erforderlich. Der Nachweis dieses Symptomes schliesst nicht aus, dass daneben die gewöhnliche Lüge, das bewusste Unwahrsagen, Platz findet; dieses Zusammenvorkommen wird häufig für die Laienbeurteilung der Anlass, nun alle objektiv unwahren Angaben von Kranken dieser Art für Lüge und absichtlichen, bewussten Schwindel zu halten. Die bei den Hysterischen speciell stattfindende Mischung von krankhaftem Irrtum und Lüge setzt Delbrück in glücklicher Weise in Parallele mit der Mischung von bewusster Absicht und krankhaftem Geschehen bei der Entstehung der hysterischen Anfälle, bei denen man sämtlich Uebergänge findet „von den Fällen, wo man von einer bewussten Absicht des Kranken fest überzeugt ist, bis zu den Fällen, wo von einer solchen garnicht die Rede sein kann.“

Die Motive für die subjektiven Zuthaten bei der Pseudologia phantastica sind die für das Handeln der Hysterischen auch sonst vielfach bestimmenden: der Wunsch, interessant zu erscheinen, Teilnahme und Aufsehen zu erregen; vielfach scheint es, als ob allein die Freude an dem lebhaften Spiel der Phantasiethätigkeit an sich als treibende Kraft mitwirkt.

Das Gemisch von Erinnerungsfälschung und Lüge wird für Dritte gefährlich in den falschen Anschuldigungen (sexuelle Attentate, Raubanfälle u. dergl.) und in der Unzuverlässigkeit der Zeugenaussagen von Hysterischen. Die Thatsache, dass die Kranken grösstenteils selbst glauben, was sie erzählen, macht ihre Angaben durch die Art und Weise, wie sie vorgebracht werden, besonders überzeugend; Verurteilungen Unschuldiger auf Grund von pathologischen Lügen Hysterischer sind keine Seltenheit; eine besondere Gefahr besteht hier wieder für Aerzte, die mit Vorliebe unerlaubter sexueller Eingriffe bezichtigt werden.

Bei den Entarteten im engeren Sinne sind neben der pathologischen Lüge häufig auch intellektuelle Mängel nachweisbar, die es manchmal schwer verständlich erscheinen lassen, dass solche „pathologischen Schwindler“ in grossem Umfange erfolgreiche Betrügereien durchführen konnten.

Für den Nachweis dieser Form des krankhaften Lügens ist es angenehm, wenn es, was gewöhnlich der Fall ist, gelingt, an der Hand kontrollierbarer Beispiele die allgemeine Unfähigkeit der Kranken zur richtigen und von subjectiv fälschenden Zuthaten freien Wiedergabe vergangener Ereignisse zu demonstrieren. —

Wir treffen endlich manchmal noch eine weitere Form der qualitativen Erinnerungsfälschung, die von Sander und Andern beschriebene sogenannte „identifizierende Erinnerungsfälschung“, die in dem eigentümlichen, plötz-

lich auftauchenden Bewusstsein besteht, die gegenwärtige Situation mit allen Einzelheiten schon einmal erlebt zu haben, und gewöhnlich von unangenehmen Spannungs- und Erwartungsgefühlen begleitet wird, die Erscheinung findet sich manchmal bei starker normaler Ermüdung, häufiger bei nervös disponierten Individuen. Für die forensische Beurteilung dürften dabei kaum praktische Berührungspunkte existieren.

Neben den quantitativen und qualitativen Anomalien des Gedächtnisses finden wir, wie oben erwähnt, Störungen in der zeitlichen Einordnung der Erinnerungen.

Auch der Geistesgesunde bedarf besonderer selbstgeschaffener Hilfen, um die zeitliche Aufeinanderfolge seiner älteren Erinnerungen richtig zu reproduzieren, die er an einzelne, besonders wesentliche Ereignisse vorwärts und rückwärts anknüpft; auch Dinge, die der jüngeren Vergangenheit angehören, müssen wir, wenn sie uns keinen besonderen Eindruck gemacht haben, häufig erst mit bestimmten zeitlichen Merksteinen in Beziehung setzen, um sie zeitlich genau unterzubringen. Alle krankhaften Vorgänge, welche die Auffassungsfähigkeit herabsetzen, (länger dauernde Trübungen des Bewusstseins oder Affekte, Minderungen der Merkfähigkeit bei organischen Hirnerkrankungen usw.), erschweren dadurch gleichzeitig die richtige zeitliche Verknüpfung der Erinnerungsbilder untereinander. Die grössten Störungen in dieser Hinsicht finden sich wieder bei der progressiven Paralyse, weniger starke, aber deutliche bei den polyneuritischen Psychosen; es kann in Fällen dieser Art dem Kranken sogar unmöglich sein, für die letztvergangenen Stunden zeitlich richtige Erinnerungen zu reproduzieren. — Der Nachweis dieser Störungen wird dadurch erleichtert, dass das Grundleiden dabei in der Regel unverkennbar ist. —

Anhangsweise sei hier noch kurz auf die Beziehungen zwischen Gedächtnis und Zeugnisfähigkeit bei Geisteskranken eingegangen.

Die Entscheidung darüber, wie weit den Aussagen Schwachsinniger oder Geisteskranker Glauben zu schenken sei, ist in formaler Hinsicht Sache des Richters; derselbe wird aber gut thun, sich bei dieser Frage die Mitwirkung eines Sachverständigen nicht entgehen zu lassen.

Die Gründe, warum derartige Aussagen Kranker unglaubwürdig sind, können auf Störungen verschiedener Seiten des Seelenlebens beruhen; hier interessiert uns speziell der Einfluss der Gedächtnisstörungen.

Zwei Reihen von Fällen sind hier auseinander zu halten: Aussagen während der Dauer einer geistigen Störung über Dinge, die vor Ausbruch derselben stattgefunden haben, und Aussagen nach der Genesung über Vorgänge während des Bestehens einer Psychose. In jenen Fällen hat der den Kranken behandelnde Irrenarzt, wenn es sich um Vernehmung in der Irrenanstalt handelt, wohl immer die Möglichkeit, seine Anschauungen geltend zu machen; bei Vernehmung genesener Geisteskranker, z. B. solcher, die mit Anschuldigungen der Aerzte oder des Pflegepersonals (Misshandlungen, geschlechtliche Angriffe,

Vernachlässigungen) hervortreten, besteht die Gefahr, dass krankhaft gefälschte Angaben für bare Münze genommen werden.

Die Erinnerung für die Vorkommnisse während der Dauer abgelaufener Geistesstörungen ist eine nach den einzelnen Formen sehr verschiedene, abhängig von dem Grade der Bewusstseinstrübung, der Lebhaftigkeit der Affekte, dem Verhalten der Aufmerksamkeit. Bewusstseinstrübungen vermindern sowohl Menge wie Schärfe der Erinnerungen, Sinnestäuschungen, Wahnideen, krankhafte Affekte wirken verfälschend auf den Inhalt. Schwierigkeiten erwachsen dabei besonders dann, wenn die Beschuldigungen, die ein Kranker erhebt, im Bereiche der Möglichkeit liegen, sich aber in derselben Richtung bewegen, in der er auch nachgewiesenermaßen wahnhaft Vorstellungen entwickelt hat, z. B. bei Angaben von Kranken mit Verfolgungsideen über schlechte Behandlung von Seiten des Wartepersonals.

Es muss in jedem derartigen Falle Gegenstand besonderer Feststellung sein, ob dieser Erinnerung bei dieser geistigen Störung Glaube beizumessen ist oder nicht; ein allgemeines Schema lässt sich nicht geben.

---

## Kapitel IV.

### Anomalien der Gefühle.

Allgemeines über das Gefühl. — Lust- und Unlustgefühle; einfache und höhere Gefühle; Gemeingefühl. — Rolle des Gefühls im Seelenleben; angeborene Gefühlsrichtungen. — Abstumpfung, abnorme Beeinflussbarkeit der Gefühle. — Diagnostische und gerichtliche Bedeutung der Gefühlsanomalien.

Alle körperlichen Vorgänge, soweit sie uns zum Bewusstsein kommen, und alle geistigen Prozesse werden von gewissen, nicht näher zu definierenden gemüthlichen Zustandsänderungen begleitet, die Jedem aus der eigenen Erfahrung bekannt sind und als „Gefühle“ bezeichnet werden. Wenn auch die besondere Färbung der Gefühle abhängig ist von der Art des seelischen Geschehens, das sie begleiten, so werden sie doch von uns hauptsächlich darnach unterschieden, ob sie angenehmer oder unangenehmer Art sind: Lust- und Unlust-Gefühle. Da es sich dabei um entgegengesetzte Zustände handelt, muss es einen Uebergangspunkt, einen Nullpunkt geben, an dem eine Gefühlserregung weder in der einen noch der anderen Richtung stattfindet; bei genauer Selbstbeobachtung findet man, dass auf diesem Nullpunkt der Gefühlserregung immer höchstens eine kurze Zeit verweilt wird, und dass es nur wenige seelische Vorgänge giebt, die nicht doch wenigstens von leisen Gefühlserregungen begleitet werden.

Wir unterscheiden die Gefühle nach der Art und Richtung des geistigen Geschehens, mit dem verbunden sie erscheinen; so kennen wir einfache sinnliche Gefühle in Begleitung von sinnlichen Wahrnehmungen aus der Aussenwelt oder dem eigenen Körper (Freude oder Unlust an Farben, Tönen, Temperatur usw.,



Gefühl von Ermüdung, Hunger, Durst, geschlechtliche Gefühle, Schmerz) und höhere Gefühle, in Begleitung der zusammengesetzteren Vorgänge (logische, ästhetische, ethische Gefühle). Hierher gehören also z. B. die Freude an Form oder Harmonie, Ekel, Mitleid, Rechtsgefühl usw. Die einfachen sinnlichen Gefühle, zu denen auch das die Organempfindungen begleitende „Gemeingefühl“ gehört, sind im Effekt die Regulatoren für unsre Maassnahmen zur Erhaltung von Gesundheit und Leben; die höheren wirken bei dem erwachsenen, geistig gesunden Menschen wesentlich mit bei der Bestimmung des Handelns im Verhältnis zur Gesellschaft. Die Feinheit, Vielseitigkeit und Stärke der Ausbildung dieser höheren Gefühle ist für die Stellung des Einzelnen auf der Stufenleiter menschlicher Entwicklung mindestens ebenso wichtig, wie die Höhe seiner intellektuellen Leistungsfähigkeit.

Unser aller Handeln wird lebenslang vielmehr von Gefühlen geleitet, als von rein verstandesmässigen Erwägungen; wir treffen das Gefühl als wesentlichen Bestandteil bei den als Stimmung, Affekt, Trieb bezeichneten Gemütszuständen, und wir werden bei der Erörterung der letzteren Gelegenheit haben, anzuführen, welchen Einfluss die Lebhaftigkeit der Gefühlsvorgänge auf den Ablauf der Verstandesoperationen und deren Ergebnis ausübt.

Die Erfahrung drängt zu der Annahme, dass in der Art und Richtung der Gefühlsbetonungen von Anfang an zwischen Mensch und Mensch grosse und dauernde Unterschiede bestehen; die Erziehung in der Kindheit und später durch das Leben vermag wohl die Aeusserungsweise der Gefühle, aber nur wenig an den grundlegenden Eigentümlichkeiten der Gefühlsrichtung zu ändern.

Die Anomalien der Gefühle an sich haben für die gerichtliche Betrachtungsweise nur theoretisches Interesse; ihre praktische Bedeutung liegt in dem Einfluss, den sie als Bestandteil der zur That drängenden Gemütsbewegungen in Affekten und Trieben und bei den der Willenshandlung vorausgehenden Wahlvorgängen ausüben.

Anomalien des Gefühlslebens finden wir zunächst als wahrscheinlich angeborene Erscheinung bei den sogenannten Entarteten, d. h. bei denjenigen, die von nervenkranken oder geisteskranken Vorfahren eine abweichende Beschaffenheit oder Funktionsweise des Centralnervensystemes als Erbteil mitbekommen haben.

Die Abweichungen bewegen sich bei diesen in verschiedenen Richtungen und allen möglichen Gradabstufungen, finden sich einzeln oder in zusammengesetzten Verbindungen.

So kennen wir hier die dauernde Stumpfheit oder Unerregbarkeit der höheren Gefühle, die in Verbindung mit andern psychischen Mängeln das Zustandsbild des „moralischen Irreseins“ zusammensetzen können und bei leichteren Graden als Lieblosigkeit in Pietätsverhältnissen, Egoismus usw. erscheinen; daneben trifft man aber auch oft die gleiche Abstumpfung für körperliche Gefühle (Schmerz, Sexualgefühle); bei andern zeigen die Gefühle eine besondere Beeinflussbarkeit in der Richtung, dass zufällige zeit-

liche Verknüpfungen von Eindrücken mit Gefühlen beim erstmaligen Auftreten zu einer dauernden Verbindung werden (z. B. bei Entstehung der conträren Sexualempfindung); andre Male besteht die Anomalie in einer lebenslänglichen Neigung zum Auftreten von Unlustgefühlen bei gleichgiltigen oder auch bei solchen Anlässen, die für Andre erfreulicher Art sind („constitutionelle Verstimmung“); endlich findet sich hier die grosse Gruppe der Verkehungen des Gefühlslebens in der Weise, dass die Gefühle des Widerwillens oder Ekels bei den entsprechenden Anlässen nicht auftauchen, dass vielmehr an ihrer Stelle eventuell geradezu Lustgefühle wach werden; in diese Gruppe gehören zum Beispiel die seltsamen Geschmacksverirrungen und Gelüste der Hysterischen, sowie zahlreiche sexuelle Anomalien. Man hat die Verkehungen des Gefühlslebens unterschieden in Perversionen und Perversitäten, indem man mit jenen die krankhaften, angeborenen, mit diesen die angewöhnten oder sonstwie entstandenen meinte; die Unterscheidung ist nicht immer durchzuführen, da eine abnorme Bestimmbarkeit der Gefühlsrichtung etwas als angeboren erscheinen lassen kann, was doch erworben ist.

Angeborene Anomalien des Gefühlslebens in allen den eben genannten Richtungen finden sich auch als Bestandteil der „psychischen Schwäche“ in der langen Reihe der verschiedenen Schwachsinnformen.

Für die Beurteilung erworbener Anomalien des Gefühlslebens ist, wenn es sich um geringere Abweichungen handelt, eine Vergleichung mit der früheren Art des Individuums notwendig; gröbere Störungen können auch ohne dieses als solche erkannt werden, namentlich wenn der Betreffende eine gesellschaftliche Stufe erreicht hat, deren Behauptung bei schon länger bestehenden Mängeln der höheren Gefühle undenkbar ist.

Von diesem Gesichtspunkte aus können plötzlich bemerkbare Veränderungen des feineren Fühlens bei intellektuell hochstehenden Menschen ein sehr empfindliches Reagens auf beginnende krankhafte geistige Veränderungen abgeben, z. B. bei der Frühdiagnose der progressiven Paralyse.

Die Anomalien des Fühlens, denen wir bei den verschiedenen Formen der Geistesstörungen begegnen, brauchen wir an dieser Stelle nicht einzeln aufzuführen; im Allgemeinen gilt dabei, dass wir Abstumpfung oder Verlust der höheren Gefühle, auch wenn grobe intellektuelle Mängel noch fehlen, als ein Zeichen anzusehen haben, das den Schluss auf tiefgreifende Wandlungen der geistigen Persönlichkeit erlaubt.

Die Veränderungen, die das Gefühl bei den senilen Geistesstörungen erfährt, die Einengung des Kreises der gefühlerregenden Dinge, die geringe Stärke des Fühlens überhaupt, gehen ohne scharfe Grenze über in die auch dem normalen Greisenalter eigenen, fast gesetzmässigen Veränderungen des Gefühlslebens.

Für die gerichtliche Praxis können Anomalien des Gefühls eine Rolle spielen, insofern als sie neben anderen als Bestandteile zusammengesetzter geistiger Erkrankungen erscheinen; in diesen Fällen entscheidet aber nicht

das Einzelsymptom, sondern die gesamte Erkrankung. Krankhafte Abweichungen des Fühlens, wenn sie die einzige nachweisliche psychische Anomalie darstellen, z. B. homosexuales Fühlen können niemals eine das Vorliegen „krankhafter Störung der Geistesthätigkeit“ im Sinne des § 51 des St.G.B. d. h. einer die freie Willensbestimmung ausschliessenden Geistesstörung begründen; treten sie auf in Verbindung mit intellektueller Schwäche oder verbunden mit quantitativen Störungen der motorischen Seite des Seelenlebens, (impulsive Vorgänge, Zwangshandlungen), so hängt es von deren Art und Stärke ab, ob man die Voraussetzungen der Zurechnungsfähigkeit als gegeben betrachten muss oder nicht; bei krankhaften Gefühlen in Zuständen getrübtten Bewusstseins ist der Grad der Beeinträchtigung des letzteren das Entscheidende.

Diese geringe praktische Tragweite der isolierten Gefühlsstörungen darf aber nicht dazu verführen, dass man die grosse Bedeutung übersieht, die sie bei allen Triebhandlungen und bei allen Wahlhandlungen besitzen.

---

## Kapitel V.

### Krankhafte Gemütsbewegungen (pathologische Affekte).

Allgemeines über den Affekt. — Affekt und Stimmung. — Einteilung der Affekte. — Rolle der Affekte im Seelenleben. — Körperliche Begleiterscheinungen. — Dauernde individuelle Verschiedenheiten. — „Affekthandlungen“. — „Pathologischer Affekt“ im älteren Sinne. — Krankhaft ist die Entstehungsweise oder die Art des Ablaufes oder die Wirkung auf das gesamte geistige Geschehen. — Krankhafte Veranlagung zu abnormen Affecten, angeborene, erworbene. — Affekt und Bewusstsein. — Disponierende Momente zum Auftreten krankhafter Affekte. — Affekte bei verschiedenen Formen der Geistesstörung. — Angstaffekt. — Angenehme Affekte.

Eine inhaltlich erschöpfende Definition für den Begriff „Affekt“ zu geben, ist so wenig möglich, wie für den Begriff „Bewusstsein“; es handelt sich bei den Affekten um Jedem geläufige innere Erfahrungen, um diejenigen Zustandsveränderungen, die auch als „Gemütsbewegungen“ bezeichnet werden. Die einzelnen Bezeichnungen der Affekte, wie Angst, Zorn, Schrecken, Freude, Entzücken usw., fassen bestimmte Formen des Ablaufes von Gemütsbewegungen von verwandtem Gefühlsinhalte zusammen. Was wir „Stimmung“ nennen, deckt sich nicht mit dem Begriff des Affektes, auch nicht in der Weise, dass zwischen beiden nur ein quantitativer Unterschied bestünde, indem man etwa die leichtesten Grade der Affekte als so oder so veränderte Stimmung bezeichnete; unter Stimmung verstehen wir die mit Veränderungen des Allgemeingefühles einhergehende, in der einen oder anderen Richtung gesteigerte Disposition zum Auftreten von Affekten bei äussern oder innern Anstössen (gedrückte, gehobene, gereizte Stimmung u. s. f.). Der Zustand, den wir subjektiv als Stimmung empfinden, kann sich der Aussenwelt gegenüber in der veränderten Art der Reaktion des Individuums äussern.

Die Unterscheidung der Affekte in angenehme und unangenehme ist



nicht erschöpfend; wir kennen — was nicht das Gleiche besagen will — excitierende und deprimierende (— der Zorn z. B. ist ein excitierender, aber unangenehmer Affekt —), spannende und lösende Affekte, und gemischte Formen; so ist die Angst ein unangenehmer, deprimierender und zugleich spannender Affekt, die freudige Erwartung ein ebenfalls spannender, aber excitierender und angenehmer Affekt. Weitere Unterschiede liegen in der Art des Verlaufes, in der „Kurve des Affektes“, die rasch ansteigen und rasch sinken oder langsam ein längere Zeit bleibendes Niveau erreichen, oder intermittierend (in Paroxysmen und Intervallen) verlaufen kann. Die erstgenannte Verlaufsform zeigen die Vorgänge bei Ueberraschung, Schreck, Wut usw., intermittierend verlaufen häufig Freude oder Zorn, während viele der unangenehmsten Affekte: Kummer, Sorge, Angst u. dgl. langsam zu einem länger bleibenden Maximum ansteigen; auch diese zeigen indessen nicht selten anfallsweise auftretende plötzliche Steigerungen.

Alle Affekte haben, wenn sie eine gewisse Stärke erreichen, lebhaften Einfluss sowohl auf den Zusammenhang des psychischen Geschehens wie auf körperliche Vorgänge.

Was das Erste anbetrifft, so handelt es sich hauptsächlich um eine Beeinflussung des Vorstellungsablaufes, der entweder unter einseitiger Herrschaft der dem Affekt inhaltlich entsprechenden Vorstellungskreise mit Ausschluss aller andern erfolgt, oder eine mehr oder weniger ausgedehnte Hemmung erfährt. Bei den höchsten Graden des Affektes kann ein (den körperlichen nervösen Folgen eines „Shok“ analoger) völliger Stillstand des Vorstellungsablaufes stattfinden. Der unter der Herrschaft stürmischer Affekte sich entwickelnde psychische Zustand wird je nach dem Grade oder der Richtung der Veränderungen als „Verlust der Besonnenheit“, „Verwirrung“, „Fassungslosigkeit“ u. dgl. bezeichnet; von „Bewusstlosigkeit“ im klinischen Sinne zu sprechen, ist bei den Affekten geistesgesunder Menschen jedenfalls sehr selten Anlass, eher noch bei den Grenzzuständen. Die körperlichen Begleiterscheinungen geben in gewissen individuell schwankenden Grenzen einen Maassstab für die Stärke des Affektes. Wir kennen verschiedene Gruppen derselben. Die eine wird gebildet durch im weitesten Sinne mimische Vorgänge: Veränderungen des Ausdruckes, Lachen, Weinen, Gesten; sie haben ihrerseits häufig eine verstärkende Wirkung auf den Affekt, sind aber dem Willen mehr unterthan, als die anderen körperlichen Vorgänge, die sich theils im Gebiete der Atmung und Cirkulation (Seufzen, Herzklopfen, Farbenwechsel), theils der Sekretion (Schweiss, Urin), theils der willkürlichen und unwillkürlichen Muskulatur (Zittern, Muskelschwäche, Versagen der Sphinkteren usw.) abspielen. Die körperlichen Wirkungen sind im Einzelnen nicht an bestimmte Affekte gebunden, wenn auch einige derselben, wie das Nachlassen des Muskeltonus, vorwiegend den deprimierenden Affekten eigen sind. Bei den mit Spannungsgefühlen einhergehenden Affekten bringen lebhaft motorische Aeusserungen häufig ein Gefühl der Erleichterung, der Lösung; auf diesem Zusammen-

hange beruht, wie wir sehen werden, bei manchen krankhaft entstandenen Affekten die Gefahr für die Umgebung des Kranken, der instinktiv durch Gewaltthaten die innere Erleichterung erstrebt.

Die weitgehenden Unterschiede, die schon in der Gesundheitsbreite in Hinsicht der Affekte zwischen den einzelnen Menschen bestehen, sind bisher vielfach zu wenig gewürdigt worden; sie sind mindestens so gross, wie die gewöhnlich am meisten betonten Unterschiede in intellektueller Beziehung. Eine bestimmte Affektveranlagung besteht von der frühesten Kindheit an mit entscheidendem Einfluss auf das Handeln; dieselbe giebt auch in manchen Fällen geistiger Störungen dem Krankheitsbilde nach der motorischen Seite hin seinen Charakter.

Das individuell Verschiedene bei Gesunden besteht einmal in der Auswahl der den Affekt auslösenden Anstösse, d. h. in der Verschiedenheit der Gefühlsbetonung aller persönlichen Erlebnisse, die für den Einen gleichgiltig sein lässt, was den Andern freut, erregt oder kränkt, dann aber auch in der Form des Ablaufes der Affekte, je nachdem sie rasch oder langsam ansteigen, flüchtig oder dauernd sind und vor allem je nachdem die betreffenden Gemütsbewegungen leichter oder schwerer einer Ausgleichung fähig sind. Quantitativ bedeutendere Anomalien in dieser Beziehung gehören zu den regelmässigsten Erscheinungen aller Zustände von angeborener oder erworbener Minderwertigkeit des Centralnervensystems; speziell das Verhalten des Individuums gegenüber unangenehmen, excitierenden oder deprimierenden Affekten giebt einen guten Maassstab für die Veranlagung und allgemeine Widerstandsfähigkeit seines Gehirnes.

Man kann darüber zweifelhaft sein, ob es ein Handeln ohne vorausgehenden Affekt giebt; Wundt setzt die Willenshandlung in gesetzmässige Beziehungen zu den Affekten, die sich allerdings häufig gewiss nicht viel über den Nullpunkt erheben. Auch wer dieser Ansicht in ihrer Ausschliesslichkeit nicht zustimmt, muss anerkennen, dass Vorstellungen für uns zu Motiven werden zumeist durch die von ihrer Gefühlsbetonung abhängige Affekterregung; eine ganze Reihe von Vorstellungen, wie die der Scham, der Ehre, wird dadurch für viele Menschen zu bedingungslosen Ursachen des Handelns. Was wir den Charakter eines Menschen nennen, hängt wesentlich auch davon ab, welche Vorstellungen bei ihm geeignet sind, starke Affekte zu erregen.

Diese allgemeingiltigen Zusammenhänge sind nun nicht gemeint, wenn von „Affekthandlungen“ die Rede ist; man versteht darunter vielmehr solche Handlungen, bei denen ein Affekt oder eine Gruppe von Affekten die vernünftige Ueberlegung, das Abwägen der Motive, mehr als durchschnittlich gestört hat; es handelt sich dabei immer um besonders starke oder besonders unangenehme Affekte (Angst, Schrecken, Zorn). Die Gesetzgebung berücksichtigt den Einfluss, mit dem solche nicht krankhaften, aber lebhaften Affekte in den normalen Ablauf der Gedankenthätigkeit störend eingreifen, in der mil-

deren Art der Bestrafung. (Anreizung durch den Gegner beim Totschlag (St.G.B. § 213), die durch den gegnerischen Angriff hervorgerufene Erregung bei Beleidigung und Körperverletzung, § 199 und 233, Ueberschreitung der Notwehr durch Bestürzung, Furcht oder Schrecken, § 53.)

Die Beurteilung der dabei im einzelnen Falle vorauszusetzenden geistigen Vorgänge ist nicht Sache des ärztlichen Sachverständigen; sie fällt, da es sich nicht um krankhafte Vorgänge handelt, ausschliesslich dem Richter zu. Die bereits erwähnte Thatsache, dass abnorme Affektzustände, auch ohne intellektuelle Mängel, zu den häufigsten Zeichen einer krankhaft veranlagten oder krankhaft gewordenen Gehirnverfassung gehören, sollte dem Richter Anlass sein, in Fällen, bei denen Affekte das durchschnittliche Maass zu übersteigen scheinen, immer eine Untersuchung des Angeschuldigten durch einen Sachverständigen vornehmen zu lassen.

Bei der strafrechtlichen Beurteilung Jugendlicher ist die Thatsache in Rechnung zu setzen, dass bei ihnen die affektiven Schwankungen, ohne dass ein krankhafter Zustand vorläge, grösser sind, als bei Erwachsenen, und dass es falsch ist, bei Jugendlichen bloss die intellektuelle Seite des Seelenlebens ins Auge zu fassen (vergleiche dazu Aschaffenburg's Ausführungen im ersten Theil, Kapitel III).

Der „pathologische Affekt“ hat in der älteren gerichtlichen Psychiatrie eine andre Rolle gespielt, als heute; man meinte damit fast ausnahmslos eine bestimmte Richtung desselben, nämlich die zornige Erregung, die „Zorntrunkenheit“, und neigte zu der Annahme, dass die absolute Grösse dieses Affektes die Ursache einer Bewusstseinsstörung werde, dass, um es anders auszudrücken, ein vorübergehendes Irresein erzeugt werde durch einen an sich nicht krankhaften Zustand.

Die wachsende Erfahrung hat gelehrt, dass diese Vorstellungen nicht allgemein zutreffend sind; die Fälle von „pathologischem Affekt“ im älteren Sinne gehören theils zum Symptomenkomplex der Epilepsie, theils sind es Aeusserungen eines pathologisch veränderten Gehirnes, mag es sich nun um angeborenes oder erworbenes, dauerndes oder vorübergehendes abnormes Verhalten desselben handeln; als krankhafte Affekte auf der Grundlage solcher abweichender Gehirnverfassung finden wir auch nicht nur die des Zornes und der Wuth, sondern alle auch normalerweise vorkommenden Gemütsbewegungen, die allerdings für die gerichtliche Praxis eine verschiedene zahlenmässige Bedeutung haben; die frühere übermässige Betonung der krankhaften zornigen Reizbarkeit findet ihre Erklärung darin, dass sie allerdings am häufigsten zu strafrechtlichen Zusammenstössen mit der Umgebung führt.

Unter „pathologischen Affekten“ wollen wir im Folgenden alle diejenigen Gemütsbewegungen verstehen, die entweder nach ihrer Entstehungsweise oder nach der Art des Ablaufes und der Wirkung auf das gesammte psychische Geschehen krankhaft sind; bei einem Theil derselben finden sich in jeder dieser Richtungen Abweichungen vom Normalen.



Zunächst finden wir nicht nur bei manchen Formen von Geistesstörung, sondern auch bei den noch an der Grenze der Gesundheit stehenden Zuständen eine abnorme Erleichterung des Eintretens von Affekten überhaupt, ein Missverhältnis zwischen dem Anlass und der Grösse der dadurch ausgelösten Gemütsbewegung. Als lebenslängliche Eigentümlichkeit treffen wir dies als eines der Kennzeichen der Entartung bei vielen erblich belasteten Persönlichkeiten, die sich fast immer nur im labilen Gleichgewichte befinden und in der Gefahr schweben, von besonders lebhaften äusseren Anstössen (Beleidigungen, Unglücksfälle, widrige Schicksale usw.) in maasslose Affekte hineingetrieben zu werden. Viele Träger dieser Reaktionsform kennen sich selbst genügend, um mit verstandesmässig gewählten Mitteln diesen Mangel ihrer Veranlagung unschädlich bleiben zu lassen, indem sie sorgsam, soweit als möglich, Gelegenheiten, die geeignet wären, Affekte zu erzeugen, aus dem Wege gehen.

Eine besondere Gefahr, im Affekte zu nicht gleichgiltigen Handlungen (thätliche Beleidigungen z. B.) hingerissen zu werden, besteht für diese Individuen dann, wenn ihre durchschnittliche Widerstandskraft noch durch hinzukommende Momente (körperliche Erschöpfung, Alkoholwirkung, Kopfverletzungen, Hitze und dergl.) herabgesetzt ist.

Diese Erleichterung des Eintretens von starken Affekten bei den erblich Disponirten besteht für alle Affektrichtungen; für die angenehmen, excitirenden ist sie weniger bedeutungsvoll, weil diese rascher ihre Ausgleichung finden und seltner zu Konflikten führen; für das Individuum selbst wird die rasche Lebhaftigkeit der deprimirenden Unlustaffekte oftmals durch die hierbei naheliegende Gefahr des Selbstmordes bedenklich. Ein grosser Teil der Selbstmorde aus unverhältnismässig geringen Anlässen, (z. B. bei Schulkindern wegen „Sitzenbleiben“), wird von hereditär Belasteten mit abnormer Affektveranlagung ausgeführt.

Den Fällen von angeborener abnormer Disposition zur Entstehung von Affekten stehen in Bezug auf die Erscheinungsform und die praktischen Folgen die Fälle von „erworbener“ Neurasthenie sehr nahe, bei denen es sich allerdings zum grössten Teile auch um eine angeborene Minderwertigkeit des Centralnervensystems handelt, die nur äusserer Anlässe (Ueberarbeitung, erschöpfende Krankheiten, langdauernde Gemütsbewegungen, Schreck und dergl.) bedarf, um hervorzutreten. Besonders beachtenswert ist bei der Neurasthenie die verlangsamte Ausgleichung unangenehmer Affekte.

Bei der forensischen Bedeutung von Affekthandlungen gelten für die nur erblich Disponirten und die Neurastheniker die gleichen Gesichtspunkte. Der Nachweis von irgendwelchen Symptomen der Entartung oder von Neurasthenie ist keineswegs genügend, um solche Persönlichkeiten ohne Weiteres unter den Schutz des § 51 zu stellen; es darf dies für den Richter bei der Strafabmessung in Betracht kommen, namentlich dann, wenn die Thatsache der ungewöhnlichen Maasslosigkeit in Affekten keine vereinzelte im Leben des

Betreffenden ist. Besondere Umstände können aber auch bei diesen nicht Geisteskranken Anlass werden, bei einer vereinzelt Handlung das Bestehen der Voraussetzungen des § 51 anzunehmen, dann nämlich, wenn der störende Einfluss des Affektes auf den Vorstellungsablauf eine solche Höhe erreicht, dass man von einem Zustand von „Bewusstlosigkeit“ im Sinne des Strafgesetzbuches sprechen kann. Es handelt sich dabei um ein nicht aktiv werden der permanenten Vorstellungsgruppe des Selbstbewusstseins, infolgedessen lebhaftere Impulse zur That werden, ohne dass überhaupt ein Auftreten von Gegenmotiven möglich gewesen wäre; welche Kennzeichen die Annahme eines bis zu diesem Grade gestörten geistigen Geschehens rechtfertigen, wird bei der Erörterung der Bewusstseinsstörungen auseinandergesetzt werden. Vor Allem wird auch hier das Verhalten der Erinnerung für die Zeit der in Frage stehenden That in Betracht kommen; völliger Mangel jeglicher Erinnerung erlaubt auch hier den Schluss, dass die seelischen Vorgänge bei der That nicht mit dem Selbstbewusstsein in Verbindung getreten waren.

Als unterstützendes Moment für die Annahme eines in diesem Sinne pathologischen Affektes muss der Nachweis von disponierenden Einflüssen aus der Reihe der oben erwähnten (Alkohol usw.) gelten, namentlich dann, wenn eine Häufung derselben vorgelegen hat, z. B. Alkoholwirkung mit Schlägen auf den Kopf, oder grosse Hitze und körperliche Erschöpfung zusammen mit Alkoholwirkung und dergl.

Jedenfalls muss der Alkohol als der hauptsächlichste Erzeuger desjenigen Hirnzustandes gelten, aus dem bei den dazu veranlagten Persönlichkeiten „pathologische Affekte“ erwachsen. Welcher Art diese Veränderung des Hirnzustandes ist, davon haben wir zur Zeit keine Vorstellung; die beliebten Theorien von „Hyperämie“, oder „Anämie“, von abnormer Blutfülle oder abnormem Blutmangel des Gehirns als Ursache sind wertlose Spielereien; die Thatsache, dass ein Zorniger ein rotes Gesicht bekommt, oder dass Schrecken erleiden macht, beweist gar nichts dafür, dass die begleitenden Gemütsbewegungen in irgend welchen Beziehungen zum Füllungszustande der Hirngefässe stehen, um so weniger, als die gleichen Gemütsbewegungen, wie z. B. der Zorn, den einen erröten, den andern erblassen machen.

Ein unmittelbares zeitliches Aufeinanderfolgen von äusserem Anstoss und Reaktion ist nicht immer Voraussetzung für die Annahme eines pathologischen, von Alkoholwirkung beeinflussten, Affektes; abgesehen von der für alle in der Wirkung nach aussen drängende Affekte giltigen Thatsache, dass die eine gewisse Zeitspanne hindurch, z. B. nach einer Beleidigung, mit Erfolg geübte Selbstbeherrschung schliesslich doch bei einem unberechenbar kleinen Anstoss versagt, kommt bei den Affekten unter Alkoholeinfluss die summierende Wirkung desjenigen Quantums Alkohol hinzu, das in den Magen zwar schon eingeführt war, aber erst nach und nach in den Kreislauf und damit zur Wirkung gelangt.

Bei allen anscheinend in Abhängigkeit oder unter Mitwirkung von

Alkohol erfolgenden, in der einen oder andern Richtung „pathologischen“ Affekthandlungen ist man verpflichtet, an die Möglichkeit des Vorliegens von Epilepsie zu denken und seine Nachforschungen in dieser Richtung mit besonderer Sorgfalt anzustellen.

Bei den bisher erwähnten Affektzuständen bei abnormer Verfassung des Nervensystems sind wir bei der forensischen Beurteilung genötigt, den Affekt selbst, das Verhältnis von Anstoss und Reaktion, und die Wirkung des Affektes auf das gesammte seelische Geschehen als wesentlich für das Urteil ins Auge zu fassen; bei der abnormen Affektreaktion der im forensischen Sinne Geisteskranken liegt das Hauptgewicht auf dem Nachweis der Geisteskrankheit, durch den die im krankhaften Zustande begangene Einzelhandlung ohne Weiteres den Bestimmungen des § 51 unterstellt wird.

Die einzelnen Formen von Geistesstörung, die wir klinisch unterscheiden, disponieren in sehr verschiedenem Maasse zu abnormen Affektäusserungen. Die „Reizbarkeit“, die Neigung, auf geringe Anlässe mit zorniger Erregung zu reagieren, ist vor Allem der Manie eigen, bei der die gehobene Stimmung und die Unternehmungslust die Reibungsfläche der Aussenwelt gegenüber vergrössern, während die allgemeine Erleichterung der motorischen Auslösung zu Thätlichkeiten im Zorne disponiert; hier bei der Manie pflegt der zornige Affekt nicht von langer Dauer zu sein; seine Kurve steigt steil an und sinkt verhältnismässig rasch.

Den gleichen Verlauf zeigen die Affekte der Paralytiker, deren Gefahr dadurch vermehrt wird, dass von Seiten der Intelligenz nur wenig wirksame Gegenmotive gestellt werden können. Paralytiker pflegen in ihren Affekten, sowohl nach der Lust- wie nach der Unlustseite hin, alsbald ins Maasslose zu geraten; sie sind deswegen bei depressiven Affekten in hohem Grade für sich selbst gefährlich; Affektschwankungen von einer bei der betreffenden Persönlichkeit sonst ungewöhnlichen Lebhaftigkeit können eines der frühesten Zeichen der Paralyse sein.

Durch besondere Reizbarkeit sind alle alkoholistischen Geistesstörungen ausgezeichnet; die daraus erwachsende Gefahr für die Umgebung wird durch die dem chronischen Alkoholismus eigene Abstumpfung der höheren Gefühle vermehrt; die Affekthandlungen der Alkoholiker zeichnen sich häufig durch besondere Brutalität aus.

Die Reizbarkeit ist auch eines der charakteristischen Kennzeichen des „epileptischen Charakters“, (eine Bezeichnung, mit der wir die ganze Summe der bei Epilepsie in vielen Fällen allmählig eintretenden seelischen Veränderungen zusammenfassen); selbst kleine Alkoholdosen können die epileptische Reizbarkeit beträchtlich vermehren, ohne dass es deswegen jedesmal zu einem epileptischen Anfall käme; häufig allerdings löst der Alkoholgenuss einen „Anfall“ in irgend einer der mannigfaltigen Formen aus, und es unterliegt keinem Zweifel, dass ein grosser Teil der in der älteren Litteratur als „pathologische Alkoholreaktion“ beschriebenen Zustände echte



epileptische Anfälle waren, die man verkannte und wegen der äusserlichen Aehnlichkeit den Affektzuständen zurechnete. Der Nachweis des Anfallscharakters lässt sie aus der Gruppe der pathologischen Affekte ausscheiden. (Ueber die Beurteilung der ausserhalb eines Anfalls begangenen Affekthandlungen von Epileptikern vergl. auch Wollenbergs Ausführungen im speziellen Teil). Bei allen mit starker Bewusstseinstrübung einhergehenden Seelenstörungen treten die durch äussere Anstösse ausgelösten Affekthandlungen an Bedeutung zurück hinter diejenigen, die auf Grund innerer Zustandsänderungen (Sinnestäuschungen, Angst usw.) erfolgen.

Bei den bisher kurz erörterten abnormen Gemütsbewegungen lag das Krankhafte in erster Linie in der Art ihres Ablaufes, in der relativen Grösse und in der Wirkung auf die übrigen geistigen Vorgänge; die Entstehungsweise dagegen spielt die Hauptrolle bei der grossen Zahl der ohne äussern Anlass auftretenden krankhaften Affekte, die bei keiner Form von Geistesstörung ganz fehlen, bei manchen das Krankheitsbild völlig beherrschen können. Der praktisch wichtigste ist zweifellos der Affekt der Angst. Bei Geistesgesunden ist der Angstaffekt ein besonders lehrreiches Beispiel der gegenseitigen Beziehungen zwischen Affekten und körperlichen Vorgängen; wir treffen einerseits Angstempfindungen, oft von der grössten Heftigkeit, bei einer Reihe körperlicher Erkrankungen (Vergiftungen mit Tabak, Kaffee, bei Tollwut, nach Schlangenbiss, bei allen möglichen Formen von Herzleiden, bei Behinderungen der Atmung), wir beobachten andererseits bei der aus nicht körperlichen Ursachen erwachsenden Angst die im Eingang des Kapitels erwähnten Rückwirkungen auf Puls, Atmung, Cirkulation, Sekretion und Muskeltonus besonders deutlich ausgeprägt.

Bei den Geistesstörungen ist die Angst in manchen Fällen ein nur sekundäres Symptom, ausgelöst durch den bedrohlichen Inhalt von Sinnestäuschungen oder Wahnvorstellungen; in der Regel aber haben wir in ihr einen wesentlichen, selbständigen Vorgang zu erblicken, der den gleichzeitig vorhandenen krankhaften Vorstellungen coordiniert ist (in derselben Weise, wie Sinnestäuschungen und Wahnideen gewöhnlich coordiniert vorkommen). Manche Fälle schwerer Neurasthenie bekommen ihr besonderes Gepräge durch den Angstaffekt; das beherrschende Symptom ist die Angst bei der sogenannten Angstmelancholie, *Melancholia agitata* (siehe diese); eine wesentliche Rolle spielt sie bei den epileptischen Psychosen, beim *Delirium tremens*, bei den klimakterischen und senilen Geistesstörungen; als disponierende Momente müssen alle körperlichen Sensationen unangenehmer Art gelten, wie bei der hypochondrischen Paranoia und den Depressionszuständen der Paralytiker.

Die jedem Gesunden wohlbekannten, der Angst eigentümlichen, Spannungsempfindungen werden mit Vorliebe in der Herzgegend gefühlt (Präcordialangst), können aber auch in beinahe allen andern Körperteilen wahrgenommen werden.

Der Angstaffekt des Geisteskranken verläuft manchmal lange Zeit hindurch in gleichbleibender Höhe; häufiger findet sich ein intermittierender Verlauf mit anfallsweise auftretenden heftigen Steigerungen (Angstraptus); die allen Angstzuständen eigenen Gefahren für das Individuum und für die Umgebung erreichen in diesen Angstraptus ihre grösste Höhe.

Die Aeusserungsweise der Angst bei den Geisteskranken hängt von ihrer Stärke und von der Form der Störung, in weiten Grenzen aber auch von der persönlichen Eigenart der Kranken ab. Viele im hohen Grade von Angst Gequälte verstehen es, dieselbe so gut zu verbergen, zu „dissimulieren“, dass sie ihre Umgebung und den weniger erfahrenen Arzt vollkommen täuschen; mit Recht wird davor gewarnt, den lächelnden und Conversation machenden Melancholischen zu trauen.

Unverkennbar ist die Angst, wenn sie sich in den ihr natürlichen Ausdrucksbewegungen äussert (Unruhe, Zupfen und Nesteln, Händeringen, Seufzen, Hin- und Herrennen, Weinen, Beten usw.)

Die grosse Bedeutung der Angstaffekte für die gerichtliche Praxis liegt darin, dass hohe Grade der Angst, ebenso wie die höchsten Grade der zornigen Erregung, im Stande sind, einen völligen Verlust der Besonnenheit („Bewusstlosigkeit“ im Sinne des St. G. B.) herbeizuführen, und dass sie weiter erfahrungsgemäss sehr häufig Anlass zu gewaltthätigen Handlungen geben, deren Gefahr durch die Trübung der Besonnenheit noch vergrössert wird.

Die Neigung zu Gewaltthätigkeiten richtet sich in erster Linie gegen die eigne Person; jeder Geisteskranke mit Angst ist für sich selbst gefährlich; zur Lösung der unerträglichen inneren Spannung ist dem Kranken jedes Mittel recht, und die in ihrer Ausführung schauderhaftesten Selbstmorde werden grade von Angst-Kranken begangen; erleichtert wird dies durch die in Folge der Angst vorhandene psychische Analgesie, welche die zerstörenden Eingriffe in den Körper nicht als Schmerzen zum Bewusstsein kommen lässt (Selbstverbrennungen, Selbstverstümmelungen); bei stärkerer Trübung des Bewusstseins fühlen Angst-Kranke häufig nur den heftigen Drang, „irgend etwas“ zu thun (Raptus melancholicus, Epilepsie), und je nach Umständen und Oertlichkeit kommt es zur Zerstörung von Mobiliar, zur Tötung oder Verletzung von Angehörigen oder beliebigen andern Personen, zur Brandstiftung u. dgl.; einen gewissen Maassstab für den Geisteszustand während der That giebt hier wieder das Verhalten der Erinnerung, die bei hochgradiger Angst fehlen oder lückenhaft sein kann auch bei Psychosen, denen an sich keine Bewusstseinsstörungen eigen sind (Melancholie z. B.).

In den allerhöchsten Graden der Angst kann es zu einer völligen Hemmung der geistigen Vorgänge kommen, zum „Stupor“. —

Die forensische Beurteilung aller in krankhaften Angstzuständen begangenen Handlungen bietet in der Regel keine besonderen Schwierigkeiten; entweder ist der Nachweis einer zu Grunde liegenden, kürzer oder länger dauernden

Geisteskrankheit möglich, oder die That lässt sich als Ausfluss eines akut veränderten Geisteszustandes erkennen, wie in manchen Formen des epileptischen Anfalles; über den Wert des Symptomes des Erinnerungsmangels für die Zeit der That vergl. das Kapitel Bewusstseinsstörungen; die Beurteilung der krankhaften Angstzustände, die als Begleiterscheinung der psychischen Zwangsvorgänge in Gestalt der „Phobien“ auftreten, findet bei diesen ihre Besprechung.

Die krankhaften angenehmen Affekte, die als unbegründete Heiterkeit, Ausgelassenheit usw. bei Manie, bei der paralytischen Euphorie und manchmal bei chronischem Alkoholismus auftreten, haben ihre forensische Bedeutung weniger in strafrechtlicher als in zivilrechtlicher Richtung, insofern als sie geeignet sind, das Urteil des Individuums über seine persönliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, über seine Hoffnungen und Aussichten zu trüben, und dadurch Anlass werden zur Uebernahme von Verpflichtungen oder zum Beginn von Unternehmungen, die in den wirklichen Verhältnissen keine genügende Motivierung finden. Es gehören hierher die Käufe, Reisen, Gründungen, Verlobungen usw. bei den an Manie oder an Paralyse Erkrankten. Bei progressiver Paralyse ist die forensische Behandlung hierhergehöriger Fragen in der Regel leicht, weil ein euphorischer Paralytiker fast immer greifbare Intelligenzdefekte oder genügend sichere körperliche Zeichen der organischen Hirnerkrankung aufweist, um die Krankheit zweifellos zu beweisen; grösseren Schwierigkeiten kann man bei der Manie und bei der exaltierten Phase des cirkulären Irreseins begegnen, da die Intelligenz ganz ungetrübt, die Dialektik des Kranken für den Laien sehr wirkungsvoll sein kann; der Nachweis einer krankhaft entstandenen Affektlage als Hauptsymptom der Störung neben den sonstigen Anomalien auf dem Gebiete des Vorstellungsverlaufes wird den Richter von dem Vorliegen der Geisteskrankheit überzeugen.

## Kapitel VI.

### Störungen des Bewusstseins.

Gesetzlicher Begriff der Bewusstlosigkeit. — Allgemeines über die Bewusstseinsvorgänge; Bewusstsein und Selbstbewusstsein. — Aeusserer Anhaltspunkte für das Bestehen von Beeinträchtigungen des Bewusstseins. — Verhalten der Erinnerung. — Amnesie, absolute, relative; einfache, retrograde; graduelle Abstufungen. — Gerichtliche Bedeutung des Nachweises von Amnesie. — Verschiedene Zustände abnormen Bewusstseins; Nomenclatur. — Schlaftrunkenheit und Nachtwandeln; Pavor nocturnus. — Delirien bei Fieber, Erschöpfung, Vergiftung, Schmerzen. — Abnorme Bewusstseinszustände unter Alkoholwirkung. — Abnorme Zustände der Gebärenden.

Unter den Zuständen, welche die strafrechtliche oder zivilrechtliche Vollwertigkeit des Individuums beeinträchtigen, finden wir in den gesetzlichen Bestimmungen neben den krankhaften Störungen der Geistesthätigkeit die „Bewusstlosigkeit“ (vergl. hierzu oben Seite 17 ff. und 201 ff.). Es wird an den angegebenen Orten des Näheren ausgeführt, dass unter dem Ausdrucke „Bewusstlosigkeit“ nicht ein vollständiges Aufhören jeder psychischen



Thätigkeit zu verstehen ist, sondern dass das Gesetz damit alle diejenigen Störungen des Bewusstseins bezeichnen will, die, ohne im engeren Sinne unter allen Umständen „krankhaft“ zu sein, doch das Handeln des Menschen nicht als einen Ausdruck seines ungetrübten Wollens erscheinen lassen.

Bevor wir in die Erörterung der allgemeinen Kennzeichen und der Erkennbarkeit derartiger Zustände von Bewusstlosigkeit und in die Besprechung derselben im Einzelnen eintreten, wird es in Anbetracht der ziemlich grossen Verwirrung, die auf diesem Gebiete besteht, zweckmässig sein, zur bessern Verständigung ein paar Bemerkungen über die Bewusstseinsvorgänge überhaupt vorzuschicken.

Der Sprachgebrauch, der von Trübung und Aufhellung „des Bewusstseins“, von Inhalt „des Bewusstseins“ redet, ebenso wie manche schematische psychologische Darstellungen, welche die Vorstellungen, Gefühle usw. „im Bewusstsein“ wie auf einer Schaubühne auftreten und verschwinden lassen, verführen leicht dazu, in dem Bewusstsein etwas Selbständiges, von den übrigen psychischen Vorgängen Verschiedenes zu sehen. Mit dieser Vorstellung darf man auch in forensischer Beziehung an die Bewusstseinsfrage nicht herantreten.

Mit dem Worte Bewusstsein bezeichnen wir nur die thatsächliche Erfahrung, dass wir in uns das Kommen und Gehen wechselnder Zustände von Vorstellungen, Gefühlen, Impulsen und dergl. wahrnehmen.

Dafür, dass es ein unbewusstes psychisches Geschehen gibt, sprechen mancherlei Thatsachen, auf die wir indessen hier nicht näher eingehen können; nur können wir über die Art dieser Vorgänge absolut Nichts aussagen, da unsrer eigenen Erfahrung das Psychische nur in Form des Bewussten gegeben ist; für die praktische Betrachtung haben die Bezeichnungen „bewusst“ und „psychisch“ gleichen Inhalt.

Wir können auch, genau genommen, nur über unsre eigenen bewussten geistigen Vorgänge etwas aussagen; dass analoge Dinge in andern belebten Wesen vor sich gehen, schliessen wir entweder aus ihrer ähnlichen Organisation oder aus analogen motorischen Aeusserungen derselben; unmittelbar gegeben ist uns nur unser eigenes Bewusstsein. Das praktische Bedürfnis, die in forensischer Hinsicht vorliegende Notwendigkeit, über Anderer psychisches Leben Urteile abzugeben, zwingt zu der Voraussetzung, dass die Gesetze, die jeder von uns bei seinen eigenen psychischen Geschehnissen beobachtet, allgemeine menschliche Giltigkeit besitzen.

Ueber das Wesen des Bewusstseins Erörterungen anzustellen, ist hier nicht der Ort. Es genügt, auf die erfahrungsgemäss feststehende Thatsache hinzuweisen, dass das „bewusst sein“ an das ungestörte Funktionieren nervöser Bestandteile im Gehirn gebunden ist, und dass wahrscheinlich das Eintreten verhältnismässig geringer Veränderungen in diesen nervösen Bestandteilen genügt, um Veränderungen im bewusst werden und bewusst sein hervorzurufen. Das deutlichste Beispiel dafür erlebt jeder täglich an dem Aufhören des Bewusstseins im Schlaf und den Veränderungen desselben im Traum.

Den vielfach gebrauchten Ausdruck „Bewusstseinsinhalt“, der leicht irreführend wird, wollen wir zu vermeiden suchen. Die mögliche Summe des uns in einem gegebenen Momente gleichzeitig Bewussten, der „Inhalt“ unsres augenblicklichen Bewusstseins, ist, wie auf experimentellem Wege genau zu erweisen ist, sehr klein, und um so kleiner, je „bewusster“, wenn man so sagen darf, d. h. je klarer und schärfer die betreffenden Vorstellungen usw. bewusst sind. Die übliche Bezeichnung „Bewusstseinsinhalt“ meint aber nicht nur das momentan gleichzeitig Bewusste, sondern die Summe aller dem Individuum eventuell zur Verfügung stehenden psychischen Gebilde; diese können nun zwar nacheinander und in den mannigfachsten Verbindungen bewusst werden; der grösste Teil aber von ihnen verharret die längste Zeit im unbewussten Zustande mit der Möglichkeit, „über die Schwelle des Bewusstseins“ zu treten, bewusst zu werden; dem Bewusstseinsinhalt in dem gebräuchlichen Sinne gehören also Bestandteile an, welche die Eigenschaft, bewusst zu sein, gar nicht zu besitzen brauchen.

Man hat aus der grossen Anzahl von Vorstellungen, über die wir verfügen, nach ihrer Herkunft und Zusammengehörigkeit Gruppen zusammengefasst, und so ein Bewusstsein der Aussenwelt, des eigenen Körpers und der Persönlichkeit unterschieden. Diese Trennung ist keine ganz scharfe, indem einmal unser Körper, genau genommen, für die Vorstellung auch ein, wenngleich ganz besonderer, Teil der Aussenwelt ist, und dann weiter das Bewusstsein der Persönlichkeit von dem der Körperlichkeit keineswegs ganz loszulösen ist. Trotzdem empfiehlt es sich, diese Einteilung, die eine Gruppierung im Grossen und Ganzen ermöglicht, für die Zwecke der Analyse im gegebenen Falle festzuhalten.

Sie ist vor Allem wesentlich für die nicht scharf genug durchzuführende Unterscheidung von Bewusstsein und Selbstbewusstsein. Ein guter Teil der Missverständnisse, an denen die Diskussion über die Störungen des Bewusstseins reich ist, rührt von einer Vernachlässigung dieser Unterscheidung her. Meistenteils, wenn in forensischer Beziehung von Bewusstsein die Rede ist, wird das Selbstbewusstsein gemeint. „Störungen des Bewusstseins“ im weitesten Sinne sind alle sogenannten geistigen Störungen überhaupt, da, wie wir sahen, für die praktischen Zwecke die Bezeichnungen bewusst und psychisch nichts von einander Verschiedenes bedeuten; im engeren Sinne aber versteht man darunter nur die Störungen des Selbstbewusstseins.

Was haben wir unter Selbstbewusstsein zu verstehen?

Unter den psychischen Gebilden, deren wir uns bewusst sind und bewusst werden können, hebt sich als „permanente Vorstellungsgruppe“ ein keineswegs allein aus Vorstellungen zusammengesetztes ab, welches in seiner Gesamtheit das Ich bildet; es gehen in dasselbe ein: das aus Organempfindungen, Lageempfindungen, organischen Lust- und Unlustgefühlen zusammengesetzte Bewusstsein der Körperlichkeit und das viel komplizierter gebildete, am spätesten erworbene Bewusstsein der Persönlichkeit, das sich

hauptsächlich auf der Fähigkeit des Wiedererneuerns und Wiedererkennens früherer psychischer Zustände aufbaut, und in dem Wissen besteht, dass es dasselbe Subjekt ist und bleibt, in dem die ganze Summe gerade dieser, so oder so beschaffener Vorstellungen, Gefühlserregungen, Willensimpulse in Vergangenheit und Gegenwart lebendig ist.

Das Attribut: „bewusst“, „mit Bewusstsein“ soll nun in forensischer Beziehung nur auf diejenigen psychischen Vorgänge angewendet werden, die in das Selbstbewusstsein eingegangen sind, d. h. die mit den übrigen das Bewusstsein des Ich zusammensetzenden psychischen Gebilden in Verbindung getreten sind.

Als bewusstloses Handeln bezeichnen wir also bei der forensischen Beurtheilung nicht nur dasjenige, bei dem wir Grund haben, überhaupt keine begleitenden psychischen Vorgänge anzunehmen, wie z. B. die lebhaften motorischen Entladungen im klassischen epileptischen Anfall, sondern auch diejenigen Handlungen, bei denen zwar psychische Vorgänge Ursache oder Begleitung sind, die aber ohne Verbindung mit dem übrigen verfügbaren Bewusstseinsmateriale des normalen Menschen verlaufen und der Aufsicht des Selbstbewusstseins entbehren.

Bei einem Schlaftrunkenen z. B., der aus ängstlichem Traume von Bedrohung seines Lebens nur unvollkommen erwachend, in völliger Verkenntung der Sachlage den harmlosen Schlafkameraden erschlägt, finden vielerlei psychische Vorgänge statt; es besteht bei ihm sehr wohl ein Bewusstsein; er fühlt Angst, macht Gesichtswahrnehmungen usw.; die That erfolgt aber, ohne dass das Ich überhaupt zu Worte gekommen wäre; auf der Grundlage der nachwirkenden ängstlichen Erregung des Traumes mit seinem bestimmten, bedrohlichen Charakter der Traumvorstellungen löst der Anblick des schlafenden Zimmergenossen die That aus, ohne dass der Handelnde sich des Ortes, der Zeit, seiner sonstigen Beziehungen zu dem Opfer bewusst wurde, und ohne dass die allgemeinen Vorstellungen und Gefühle, die sonst sein Thun bestimmen, überhaupt wach geworden wären.

Diese Eigentümlichkeit in den zur That führenden psychischen Vorgängen, die mangelnde Verknüpfung mit dem Selbstbewusstsein, meint die forensische Bezeichnung der Bewusstlosigkeit; (vgl. dazu die oben Seite 203 angeführte Darstellung von C. Westphal). Es liegt darin auch die Abgrenzung von denjenigen abnormen, das Handeln beeinflussenden Zuständen, die als „krankhafte Störung der Geistesthätigkeit“ zusammengefasst werden. Die das Selbstbewusstsein zusammensetzenden Gebilde können qualitativ sehr stark verändert sein; in dasselbe geht bei den krankhaften Störungen der Geistesthätigkeit eine Menge fälschender Bestandteile ein, die auf den mannigfachsten Wegen (Sinnestäuschungen, krankhafte Gefühle, Wahnideen) die Persönlichkeit verändern und dadurch auch das Handeln in krankhafter Weise beeinflussen; dabei kann aber der Vorgang des „Selbstbewusstwerdens“ von irgend welchen krankhaften Störungen vollkommen unberührt bleiben. Diejenigen, auf



den mannigfachsten Grundlagen erwachsenden Zustände, bei denen eine krankhafte Veränderung der Persönlichkeit fehlt oder doch an Bedeutung zurücktritt hinter den Störungen des Selbstbewusstseins, nennen wir im forensischen Sinne Zustände von Bewusstlosigkeit.

Ehe wir dieselben im Einzelnen erörtern, wollen wir versuchen, diejenigen etwa vorhandenen allgemeinen Anhaltspunkte zusammenzustellen, welche dafür sprechen, dass eine Handlung im Zustande der Bewusstlosigkeit begangen worden ist.

In dem äusseren Anschein einer Handlung braucht sich der unbewusste Charakter derselben nicht immer deutlich und unverkennbar auszusprechen; wer z. B. in dem oben erwähnten Beispiel, etwa vom Nebenzimmer aus, Zeuge der That war, und beobachten konnte, wie der Schläfer aufstand, ein Beil suchte und dann mit Sicherheit den tödlichen Streich führte, brauchte aus der Art der Ausführung allein keineswegs auf den Gedanken zu kommen, dass es die That eines bewusstlos Handelnden war. Die Erfahrung lehrt auch, dass häufig Augenzeugen einer im bewussten Zustande begangenen Handlung zu dieser Ueberzeugung nicht gekommen sind.

Man unterscheidet zweckmässigerweise die Kennzeichen der That selbst, wie sie in handgreiflichen Spuren oder in Zeugenaussagen über das Benehmen des Thäters liegen, und solche Anhaltspunkte für das Vorhandensein bewusstlosen Handelns, wie sie in einem späteren Stadium, für die nachträgliche Prüfung, gegeben sein können.

Zunächst ist daran festzuhalten, dass, wie schon erwähnt, ein im forensischen Sinne bewusstloses Handeln sehr wohl den Anschein des Bewussten, Planmässigen, Ueberlegten haben kann. Es sind in grosser Anzahl Fälle bekannt, die in dieser Hinsicht ganz beweisend sind, vor allem aus dem Krankheitsgebiete der Epilepsie, Fälle, bei denen die Kranken in epileptischen Zuständen komplizierte Handlungen, Reisen u. dgl. unternommen haben, ohne dass sie denen, die mit ihnen in Berührung kamen, als direkt krank aufgefallen wären oder doch mehr als den Eindruck der Angetrunkenheit oder eines etwas sonderbaren Wesens erweckt hätten. Der später nachgewiesene Mangel der Erinnerung für die betreffende Zeit giebt dann erst den Hinweis, dass die psychischen Vorgänge während des Anfalls sich ausserhalb des Selbstbewusstseins abgespielt hatten. Dies ist in der Reihe der „bewusstlos“ vollzogenen Handlungen das eine Extrem; das andre wird repräsentiert durch die Fälle, bei denen die Sinnlosigkeit des Thuns, das völlige Ignorieren der Sinneswahrnehmungen aus der Umgebung, die Missachtung der persönlichen Gefahr und eventueller Verletzungen des eigenen Körpers ohne Weiteres die Handlung als eine nicht „bewusste“ erkennen lassen.

Zwischen diesen beiden Extremen der Reihe finden sich nun zahllose Abstufungen in dem Aussehen des bewusstlosen Benehmens, bei dessen Beschreibung in den Zeugenaussagen einige Kennzeichen, die natürlich nach der Art des zu Grunde liegenden Prozesses wechseln, häufig wiederkehren: geistesabwesen-

der Ausdruck des Gesichtes, leerer oder starrer Blick, auffallende Blässe oder Röte des Gesichts, Zittern der Hände, abgerissenes vor sich hinsprechen, automatenhafter Charakter der Bewegungen u. dgl. mehr; übersehen darf nicht werden, dass ein Teil dieser Ausserlichkeiten auch bei den gewöhnlichen Affekthandlungen vorkommt.

Ein Hinweis auf die Beschaffenheit des vorausgehenden Bewusstseinszustandes kann auch in der Form des Abschlusses der fraglichen Episode liegen, wenn z. B. unmittelbar im Anschluss an vielleicht schwere kriminelle That ein Zustand tiefen Schlafes eintritt, oder in der Art und Weise, in der der Thäter auf die erste Gegenüberstellung mit den Folgen seines Thuns reagiert; das fassungslose Erstaunen oder das nicht gespielte ehrliche Entsetzen über das Geschehene kann den Beweis liefern, dass die That dem Selbstbewusstsein ferngeblieben war.

In einer grossen Anzahl von Fällen liegt nun zur Beurteilung des Bewusstseinszustandes im Augenblicke der That derartiges Material an Zeugenaussagen nicht vor, und man ist darauf angewiesen, aus der Untersuchung des Täters und aus seinen eigenen Angaben sich ein Urteil über seinen Bewusstseinszustand in der fraglichen Periode zu bilden.

Es wird nicht bestritten, dass das wesentlichste Hilfsmittel bei Beurteilung des psychischen Geschehens in mehr oder weniger weit zurückliegenden Zeitstrecken in dem Verhalten der Erinnerung gegeben ist; es ist aber auch unbestreitbar, dass dieses Kriterium, von dessen innerem Werte wir zunächst einmal absehen wollen, deswegen, weil es nur auf den subjektiven Angaben des Täters beruht, mit grosser Vorsicht zu benutzen ist.

Der Versuch, jede Kenntnis des Geschehenen einfach abzuleugnen, ist als nächstliegende Verteidigungswaffe des Angeschuldigten so alltäglich, dass man es den richterlichen Instanzen nicht verargen darf, wenn sie sich gegenüber derartigen Angaben zunächst zweifelnd und ablehnend verhalten.

Dieses Misstrauen wird um so mehr verständlich, wenn die Erinnerung, wie es manchmal der Fall ist, in einer für den Angeschuldigten sehr günstigen Weise, etwa nur für eine kurze Strecke Zeit, in welche grade das in Frage stehende Delikt fiel, aufgehoben sein soll, oder wenn sie sonst ein ungleiches Verhalten darin zeigt, dass belastende Momente nicht erinnert werden, dagegen aber andre, die gleichgiltig sind, oder wenn auf frischer That Geständnisse gemacht werden, deren sich der Thäter in einem späteren Stadium des Verfahrens nicht mehr erinnern will.

Allein aus derartigen Momenten — daran muss festgehalten werden — wenn sie auch den Anschein des zweckbewussten Lügens an der Stirne tragen, darf kein Schluss zu Ungunsten des Angeklagten gezogen werden; die Sache steht in Bezug auf die Erinnerung nicht auf Entweder — Oder; es kommen bei Erinnerungsmängeln auf krankhafter Basis in der That alle obenerwähnten Modalitäten vor, und Aufgabe des ärztlichen Sachverständigen ist es, gegebenen Falls auf Grund der gesamten Anhaltspunkte des Falles den Beweis für die krank-

hafte Natur etwaiger Störungen der Erinnerung oder deren Simulation zu führen.

Die allgemeine Frage nach dem Verhältnis zwischen Veränderungen des Bewusstseins in einem bestimmten Zeitabschnitt und der Art der späteren Erinnerung an denselben ist für die forensische Praxis von so ausserordentlicher Bedeutung, dass wir darauf hier an der Hand von Erfahrungen des normalen Lebens etwas genauer eingehen müssen, umsomehr als die hier und da gegebene Darstellung, die einfach einen gesetzmässigen Parallelismus zwischen bestimmten Bewusstseinszuständen und der Möglichkeit ihrer späteren Reproduktion annimmt, zwar sehr bequem ist, in den thatsächlichen Beobachtungen aber keine entsprechend sichere Stütze findet.

Der Vorgang, den wir als „Erinnerung“ bezeichnen, umfasst zweierlei: einmal die Erneuerung eines früheren psychischen Geschehnisses (Vorstellung, Gefühl usw.) und zweitens das Wiedererkennen desselben als eines eigenen. Das erste ist ein wahrscheinlich überall, wo überhaupt psychisches Leben existiert, stattfindendes Ereignis, das zweite haben wir nur bei der höchsten nervösen Organisation vorauszusetzen. Wiedererkennen früherer psychischer Vorgänge in ihrer Eigenschaft als eigene innere Vorgänge und „Selbstbewusstsein“ sind untrennbar mit einander verknüpft.

Voraussetzung für die Möglichkeit des Vorganges, dass eine heutige Vorstellung eine längst verflossene über die Schwelle des Bewusstseins treten lässt, ist die Verbindung derselben untereinander, die „Association“, auf deren Gesetze wir hier nicht näher einzugehen brauchen; je zahlreichere Verbindungen ein psychisches Gebilde mit solchen anderen hat, die täglich immer wieder bewusst werden, wie die des „Selbstbewusstseins“, um so besser sind seine Aussichten, mit Leichtigkeit und, unabhängig von zufälligen Anlässen, jederzeit wieder ins Bewusstsein gerufen zu werden.

Für die Beschaffenheit der reproduzierten Bewusstseinsvorgänge, der Erinnerungsbilder, ist hauptsächlich bestimmend die Beschaffenheit der primären Vorgänge, d. h. die grössere oder geringere Schärfe und Helligkeit, mit der dieselben bewusst waren; die Aufmerksamkeit rückt eine Wahrnehmung, eine Vorstellungsgruppe, um Wundt'sche Bezeichnungen zu gebrauchen, aus dem weiteren „Blickfeld“ des Bewusstseins in den Blickpunkt desselben — ein Vorgang, der als „Apperception“ bezeichnet wird, im Gegensatze zum Akte des Bewusstwerdens überhaupt, der „Perception“. Die Erfassung durch die Aufmerksamkeit, für deren Grad häufig die Gefühlsbetonung des betreffenden Bewusstseinsvorganges bestimmend ist, gibt den psychischen Gebilden den erreichbaren Grad von Helligkeit und Schärfe; die Aussichten auf möglichst getreue Wiedererneuerung früherer Vorgänge sind also um so besser, je mehr die Aufmerksamkeit denselben damals zugewendet war.

Erfassung einer Vorstellung durch die Aufmerksamkeit und Verknüpfung derselben mit dem Selbstbewusstsein fallen vielfach, aber keineswegs immer,



zusammen; auch krankhafte Störungen können jeden dieser Vorgänge für sich oder beide zusammen beeinträchtigen oder aufheben.

Nur an den kleinsten Teil von dem, was im Laufe der Zeit in uns bewusst ist, erinnern wir uns wieder; ungezählte Wahrnehmungen, Gefühlseindrücke, Impulse verschwinden, ohne jemals im Bewusstsein erneuert zu werden. Aus jahrelangen Zeiträumen bewussten Lebens, z. B. der Kindheit, bleiben überhaupt nur einzelne irgendwie besonders eingeprägte Dinge reproduzierbar. Dagegen steht auch fest, dass keineswegs alles, dessen wir uns aus diesen Zeiten nicht mehr bewusst werden, das wir vergessen zu haben meinen, endgiltig verloren gegangen ist; die tägliche Erfahrung lehrt, wie zufällige Eindrücke (Geruchswahrnehmungen z. B.) oder Wiederkehr an die alten Schauplätze manches anscheinend nicht mehr Bewusste mit Hilfe der associativen Verknüpfung wieder erwachen lassen können. (Die ausserordentlich grossen normalen individuellen Verschiedenheiten in dem Verhalten des Gedächtnisses sind im Kapitel II des ersten Abschnittes besprochen).

Eine Reihe anderer, zu wenig beachteteter Beobachtungen über Unbewusstwerden (und Wiederauftauchen) bewusster Vorgänge kann Jeder an dem Verhalten seiner eigenen Traumbilder machen. Aus der Zeit des tiefsten Schlafes haben wir niemals Erinnerung; an unsre Träume oder doch wenigstens an einen, wahrscheinlich sehr kleinen Teil derselben erinnern wir uns beim Erwachen mit wechselnder Schärfe und Vollständigkeit; es bestehen darin nicht nur weitgehende individuelle Unterschiede, sondern auch ein bei dem Einzelnen sehr schwankendes Verhalten.

Die anfänglich unmittelbar nach dem Uebergang in das wache Bewusstsein manchmal sehr grosse sinnliche Schärfe der Erinnerungsbilder aus der Zeit des Träumens nimmt nun sehr rasch ab, so dass wir uns häufig am Tage wohl noch die Thatsache eines lebhaften oder ungewöhnlichen Traumes oder die morgendliche Reflexion darüber, aber nicht die Traumbilder selber wieder in das Gedächtnis rufen können.

Wir können auch erwachen mit dem bestimmten Wissen, dass wir geträumt haben, ohne aber den Traum selbst wieder erwecken zu können; es hilft dabei wohl in der Regel eine bestimmte, aus dem Traume nachwirkende Stimmungslage mit, die wir, an sich unmotiviert, in uns vorfinden und erfahrungsgemäss auf Traumerlebnisse zurückführen, ohne dass dieser Zusammenhang genügte, die Bilder des Traumes wieder auftauchen zu lassen.

Wir erleben auch noch etwas anderes: Wir erwachen ohne eine Spur von Erinnerung, geträumt zu haben, und ein zufälliger Eindruck im Laufe des Tages erweckt plötzlich bestimmte Einzelheiten aus nächtlichen Traumbildern. Diesen beiden Vorgängen, dem raschen Ablassen und Verschwinden der anfänglich leidlichen Erinnerung an vergangene psychische Vorgänge und dem nachträglichen Auftauchen von Erinnerungsbildern, die vorher fehlten, begegnen wir unter pathologischen Verhältnissen bei Störungen des Bewusstseins mit grosser Häufigkeit.

Was bei den Bewusstseinsvorgängen der frühen Kindheit ihr geringes Haften in der Erinnerung erklärt, ist nicht der Mangel an Aufmerksamkeit oder Interesse, die ja beim Kinde neuen Wahrnehmungen gegenüber in hohem Maasse vorhanden sind, sondern der Mangel eines ausgebildeten Selbstbewusstseins; die psychischen Kindheitsvorgänge werden gar nicht oder höchst unvollkommen reproduziert, weil für die neuen Vorstellungen bei dem verhältnismässig geringen Besitz an alten noch nicht die Möglichkeit vielseitiger Verknüpfung gegeben ist, welche als die Voraussetzung späterer Reproduktion zu gelten hat. Bei den Vorgängen des Traumbewusstseins beruht die Unvollkommenheit der Reproduktion auf der losen Association der Vorstellungen, auf der mangelhaften Verknüpfung mit dem Selbstbewusstsein, welches im Traume grösstenteils aufgehoben ist.

Bei dem Kindheitsbewusstsein handelt es sich um ein unentwickeltes, beim Traumbewusstsein um ein irgendwie verändertes Gehirn; wir kennen aber auch Beispiele beim erwachsenen, wachen Menschen, dass hell und scharf Bewusstes unter bestimmten körperlichen Bedingungen der Erinnerung so vollkommen unzugänglich bleibt, als hätte es nie existiert, ich meine die Fälle von „retrograder oder retroaktiver Amnesie.“

Ein Beispiel zeigt am einfachsten, um was es sich handelt:

Ein mir bekannter Arzt reitet aus der Stadt, wird vom Pferde abgeschleudert und erleidet eine schwere *Commotio cerebri* mit Basisfraktur, von der er mit einseitiger Taubheit, aber ohne wesentliche nervöse oder psychische Residuen geheilt wird. Es fehlt jede Erinnerung für den Sturz und die nachfolgenden Tage; das wäre nicht merkwürdig; es fehlt aber auch jede Erinnerung an die dem Sturze vorausgehende Zeit, an einen Teil der Morgenvisite, an das Wegreiten vom Stall usw.

Bewusstseinsvorgängen also von der normalen Helligkeit des gesunden wachen Menschen ist durch das spätere Ereignis, ohne dass gröbere Hirnverletzungen vorlägen, die Möglichkeit der Erneuerung genommen worden — volle Amnesie für Zeiten normalen Bewusstseins.

Andre Male kehrt in derartigen Fällen die Erinnerung später auf associativen Anstoss hin teilweise wieder, wie in folgendem Fall:

Ein 38jähriger Mann wird von seinen durchgehenden Pferden geschleift, mehrfach am Kopfe verletzt, wird bewusstlos gefunden und bleibt es einige Stunden; dann besteht Amnesie nicht nur für das Ereignis, sondern auch für sein Wegfahren von Hause, sein Ziel usw. Später, als er zufällig den Mann wiedersieht, dessen Fuhrwerk im Vorbeifahren seine Pferde scheu machte, fällt ihm der Hergang wieder ein.

Analoge Beispiele retrograder Amnesie liegen in grosser Zahl vor; neben dem groben Schädeltrauma sind es am häufigsten der Akt des Erhängens, Blitzschlag und Kohlenoxydvergiftung, die bei Wiederbelebten diese Form der Amnesie veranlassen (über weitere Ursachen s. oben S. 206). In rein psychologischen Zusammenhängen finden diese Beobachtungen, welche zeigen, dass nicht immer Bewusstseinshelligkeit und Erinnerung parallel gehen, ihre Erklärung nicht; das Wesentliche ist wohl, wenn auch damit nichts erklärt wird, die Erschütterung des Gehirnes selbst.

Nicht nur mechanische, auch toxische Einwirkungen beeinflussen die Beziehungen zwischen Bewusstseinsvorgängen und Erinnerung, wie jeder akademisch Gebildete aus eignen oder fremden Erlebnissen seiner Studentenzeit weiss; ich meine das Vorkommen, dass für eine vielleicht nach Stunden zu bemessende Zeitstrecke im Rausche, während deren lange Diskussionen geführt, Reden gehalten, Konflikte mit Polizei oder Commilitonen erlebt, komplizierte turnerische Leistungen vollbracht wurden, am folgenden Tage Erinnerungslosigkeit besteht; die Erfahrung lehrt aber auch, dass hierbei häufig die fehlende Erinnerung durch Rückkehr an den Schauplatz der Thaten oder durch die Erzählungen von Augenzeugen ganz oder teilweise wieder geweckt werden kann. — Die Erörterung dieser Verhältnisse darf auch an den Erfahrungen nicht vorübergehen, die bei den unter dem Namen des Hypnotismus zusammengefassten Erscheinungen gemacht worden sind; wenn auch die therapeutische und forensische Bedeutung derselben eine Zeit lang überschätzt worden ist; so wäre es doch falsch, die experimentell-psychologischen Ergebnisse des Hypnotismus zu ignorieren (vgl. dazu oben S. 23ff.). Für die Amnesiefrage ist hierbei von Bedeutung die Beobachtung, dass für die psychischen Vorgänge im hypnotischen Schlaf im wachen Zustande keine Erinnerung zu bestehen braucht, während dieselbe in der nächsten Hypnose vorhanden sein kann. (Auf Grund dieses Verhaltens ist das sogenannte „Doppelbewusstsein“, das „Doppel-Ich“ konstruiert worden.)

Diese Beobachtung steht nicht so sehr ausserhalb der Verständlichkeit, als es scheinen könnte. Wenn auch das Wesen des hypnotischen Bewusstseinszustandes, ebenso wie des Bewusstseins überhaupt, dunkel ist, so können wir doch beschreibend angeben, was ihn vom normalen wachen Zustande unterscheidet. Es ist das hauptsächlich die künstliche Einengung des Bewusstseins auf diejenigen Vorstellungen, die von dem Hypnotiseur erweckt werden, mit Ausschluss aller sonstigen. In der illusionären Verwertung der Wahrnehmungen im Sinne der vom Experimentator gegebenen Suggestion, in dem Fehlen des Urteils, in dem Nichtverwerten der früheren Erfahrungen, kurz in der Loslösung der Vorstellungen vom Selbstbewusstsein liegt das Charakteristische des hypnotischen Zustandes. Wenn in späteren Sitzungen künstlich derselbe Bewusstseinszustand wieder herbeigeführt wird, können auch die Vorstellungen aus den früheren wieder erwachen, ähnlich wie manchmal im heutigen Traume die Erinnerung an frühere Traumbilder wiederkehrt, von denen wir im Wachen nichts wussten. —

Was geht aus allen diesen Beispielen, die sich auf nicht nervös oder psychisch kranke Individuen beziehen, für die Amnesie-Frage hervor?

Entsprechend dem Besitze zweier Fronten, der allen psychischen Vorgängen eigentümlich ist, können wir die Sache von aussen oder von innen betrachten; von dem einen Standpunkte aus stellen wir fest, dass bestimmte materielle Zustände des Organes des Bewusstseins, des Gehirns, Einfluss ausüben auf die Möglichkeit späterer Reproduktion: mangelnde Entwicklung,



mechanische, toxische Momente usw.; von dem andern aus sehen wir, dass es besondere Eigentümlichkeiten in der Verbindungsweise der psychischen Gebilde sind, die für die spätere Erinnerung bestimmend werden, dass die Leichtigkeit und Sicherheit der Reproduktion vor allem abhängig ist von dem Grade, in dem das psychische Geschehen einer bestimmten Zeitstrecke mit dem Selbstbewusstsein verknüpft worden ist. Diese beiden Reihen von Vorgängen sind für viele, wenn auch sicher nicht für alle Fälle, identisch und von einander trennbar nur je nach dem Standpunkt, von dem aus man sie betrachtet.

Es scheint, dass Einwirkungen auf das Gehirn, die bei bestimmten Stärkegraden geeignet sind, das psychische Geschehen gänzlich aufzuheben, bei geringerer Intensität zunächst die Verbindungsweise der psychischen Gebilde in der Weise verändern, dass der komplizierte Akt des „Selbstbewusst-werdens“ nicht vollzogen wird.

Für die forensische Beurteilung ist es erleichternd, wenn der Nachweis äusserer Einwirkungen auf das Gehirn (Sturz, Schlag) oder körperlicher sonstiger allgemeinerer Veränderungen (Infektion, Fieber, Intoxikation) bei Zuständen zweifelhaften Bewusstseins möglich ist. Leider sind wir oftmals grade bei denjenigen Bewusstseinsstörungen, bei denen in foro am häufigsten das Verhalten der Erinnerung zur Entscheidung herangezogen werden soll, bei den epileptischen Störungen, auf die Analyse von innen her, auf die psychologische Betrachtungsweise angewiesen, da sichere organische Kennzeichen der epileptischen Erkrankung grade bei den Formen, die sich nicht in klassischen Anfällen äussern, nicht vorhanden zu sein brauchen. Wir wollen auf diese Erkrankungsformen, die ihre eingehende Darstellung im speziellen Teile finden, hier nur ganz kurz eingehen von unsrer besondern Fragestellung her.

Wir sehen auf den grossen, klassischen epileptischen Anfall, bei dem das Verhalten des Individuums äusseren Reizen gegenüber die Abwesenheit jeglichen psychischen Geschehens wahrscheinlich macht, volle Amnesie folgen; das gleiche kann aber auch nach solchen epileptischen Zuständen der Fall sein, in denen die Kranken komplizierte Handlungen ausführten, Gesprächen folgten und dergl. Andre Male ist unmittelbar nach Ablauf der Anfallszeit eine im ganzen verschwommene oder lückenhafte Erinnerung vorhanden, die aber nach Stunden oder Tagen verblasst und schwindet, wie unsre Traumerinnerungen und ebenso, wie diese, vielleicht durch zufällige Eindrücke, später teilweise wieder geweckt werden kann.

Eine Gesetzmässigkeit in dem Sinne, dass der Mangel der Erinnerung für eine bestimmte Zeitstrecke das Bestehen von Bewusstseinsvorgängen überhaupt während derselben ausschliesse, liegt nach den klinischen und forensischen Erfahrungen für die epileptischen Bewusstseinsstörungen nicht vor; Bewusstseinsvorgänge finden, vom klassischen Anfall und den Absenzen des petit-mal abgesehen, bei den meisten epileptischen Zuständen statt. Worin liegt das Eigen-

tümliche derselben, und warum finden wir die grosse Regelmässigkeit der mehr oder weniger getrübbten Erinnerung?

Alle Beobachtungen, die darüber vorliegen: das Auftreten psychischer Vorgänge, die dem Individuum sonst vollständig fremd sind, und häufig in der Richtung seines normalen, wachen Vorstellens, Fühlens und Wollens keine Vorbereitung finden, die es selbst, soweit es sich dessen erinnert, nachträglich als etwas Fremdartiges, ihm Unverständliches empfindet, der während der Dauer des Zustandes häufig vorhandene Mangel der Orientierung über Raum, Zeit, persönliche Beziehungen zur Aussenwelt, das nicht Verwerten von Sinneseindrücken usw., kurz alle diese Dinge drängen zu der Annahme, dass die epileptischen Bewusstseinsvorgänge vom Selbstbewusstsein abgeschnitten oder nur sehr lose mit ihm verknüpft sind. Die Betrachtung der epileptischen Bewusstseinsstörungen, deren Wesen sonst dunkel ist, führt also auch wieder zu der Annahme, als der wahrscheinlichsten, dass für den Grad der nachträglichen Erinnerung bestimmend ist die Art der Verbindung des psychischen Geschehens mit den psychischen Gebilden des Selbstbewusstseins.

Bei der Flüssigkeit des psychischen Geschehens und dem Bestehen unendlicher Variationsmöglichkeiten in der Verbindungsweise der Vorstellungen untereinander, darf es nicht Wunder nehmen, dass wir nicht bloss Zweierlei erleben: Vorhandensein der Erinnerung oder Fehlen derselben, sondern dass alle möglichen graduellen Abstufungen vorkommen: im ganzen verschwommene, unsichere Erinnerung, leidliche Erinnerung mit absoluten Lücken, schlechte Erinnerung mit einzelnen hell beleuchteten Momenten, rasches Schwinden der Erinnerung, unter günstigen Umständen partielle Wiederkehr und dergleichen mehr.

In forensischer Beziehung kann man darnach unterscheiden: absolute Amnesie, bei der jede Erinnerung für eine bestimmte Zeitstrecke fehlt und auch durch kein Hilfsmittel (Konfrontation, Vorhalten von Zeugenaussagen oder Spuren der That) erweckt werden kann, und relative Amnesie, bei der entweder die letztgenannte Möglichkeit des partiellen Wiedererweckens besteht, oder von vornherein einzelne Erinnerungsbrocken vorhanden sind. Für die Beurteilung der relativen Amnesie, die einer quantitativen Schätzung unterliegt, wird man natürlich nicht vergessen dürfen, den Maassstab der durchschnittlichen Grösse des normalen Erinnerungsverlustes und der Erinnerungsveränderungen anzulegen; absolute Maasse lassen sich hier so wenig geben, wie bei der forensischen Beurteilung psychischen Geschehens überhaupt (über die normalen Mängel der Erinnerung vergl. oben im ersten Abschnitt Kapitel II).

Die Bedeutung der Feststellung einer mehr oder weniger hochgradigen Amnesie in foro liegt nach allem Gesagten, in Folgendem: Der Nachweis von völligen oder partiellen wesentlichen Defekten in der Erinnerung an eine bestimmte Zeitstrecke (unter Umständen, unter denen bei

normalen Individuen im Durchschnitt gute Erinnerung vorhanden zu sein pflegt), lässt darauf schliessen, dass eine Störung des Bewusstseins in der Richtung vorhanden gewesen ist, dass die Verknüpfung der psychischen Vorgänge der fraglichen Zeit mit dem Selbstbewusstsein aufgehoben oder beeinträchtigt war. (Die Fälle retrograder Amnesie, die an ihren besondern Umständen kenntlich sind und in strafrechtlicher Beziehung weniger praktische Bedeutung haben, bleiben dabei ausser Betracht.)

Da nur bei Vorhandensein von Selbstbewusstsein anzunehmen ist, dass eine That das eigentliche Wollen der Persönlichkeit zum Ausdruck bringt, gibt die Feststellung wesentlicher Mängel der Erinnerung zugleich den Hinweis, dass in der fraglichen Zeitstrecke die gesetzlichen Voraussetzungen der Zurechnungsfähigkeit nicht vorhanden gewesen sind.

Diese Erwägungen gelten nun zunächst nur unter der Annahme der Glaubwürdigkeit des Individuums über das Verhalten seiner Erinnerung. Die Zahl der Möglichkeiten in der Beschaffenheit der Erinnerung für abgelaufene, mehr oder weniger weit zurückliegende Bewusstseinszustände ist so gross und, bei vermehrter Aufmerksamkeit auf diese Dinge, täglich wachsend durch neue Kasuistik, dass es nicht leicht ist, allein aus dem Verhalten der Erinnerung, ohne Rücksicht auf den Nachweis etwa vorhandener Grundstörungen, Kennzeichen anzugeben, durch welche sich glaubwürdige Angaben über Amnesie von unglaublichen unterscheiden.

Diejenigen Momente, die an sich nicht zu der Annahme der Unwahrheit berechtigen, sind bereits oben (S. 464) aufgeführt. Die Glaubwürdigkeit muss erschüttert werden, wenn sich wesentliche Widersprüche zwischen den Aussagen desselben Verhöres über das Verhalten der Erinnerung herausstellen, oder wenn dasselbe im Laufe des Untersuchungsverfahrens in wesentlichen Punkten wiederholt hin- und herschwankt; anfängliches Gestehen, späteres Leugnen kommt, wie erwähnt, auf Grund wirklich schwindender Erinnerung vor, seltener aber ein wiederholtes Oscillieren desselben.

Nicht wahrscheinlich, aber auch nicht unmöglich ist es, dass von gleichzeitigen und für das Individuum gleichwertigen Vorgängen für den einen die Erinnerung vorhanden sein, für den andern fehlen soll.

Bei Vorliegen von Zeugenaussagen kann die Feststellung, dass Erinnerungslücken mit Auffälligkeiten im Benehmen des Thäters im Sinne der früher erwähnten zeitlich zusammenfallen, eine Stütze abgeben zu Gunsten der Annahme wirklich vorhandener Erinnerungslosigkeit; das Umgekehrte ist weniger beweisend.

Im Allgemeinen wird jedesmal zu prüfen sein, ob unsren klinischen Erfahrungen nach unter diesen vorliegenden Umständen das Verhalten der Erinnerung in dieser oder jener Richtung überhaupt wahrscheinlich ist oder nicht.

Die Schätzung der Glaubwürdigkeit des Thäters wird auch in der Regel von Eindrücken oder Thatfachen beeinflusst werden, die mit der



Frage der Erinnerung an sich Nichts zu thun haben; es ist für die Beurteilung eine Erleichterung, wenn derartige Hilfsthatsachen als Stütze herangezogen werden können; auch ist hier der positive und der negative Nachweis nicht gleichwertig; die Angaben über mangelnde Erinnerung können richtig sein, auch wenn der Angeschuldigte sich in andern Punkten als unzuverlässig erwiesen hat. —

Auf einen Punkt sei hier am Schlusse dieser allgemeinen Bemerkungen noch besonders hingewiesen.

Bei vielen Handlungen im bewusstlosen Zustande ist kein Zusammenhang mit früherer Gedankenthätigkeit nachweislich oder wahrscheinlich; die That steht da als etwas Unmotiviertes, dem Thäter selbst Unverständliches, in keiner Weise Vorbereitetes; dieses ist aber keineswegs notwendig immer der Fall, und darf nicht als ein entscheidendes Kennzeichen bewusstlosen Handelns angesehen werden, dessen Abwesenheit die Bewusstlosigkeit im Sinne des Gesetzes ausschliesse. Die neuere Kasuistik weist in ganz zweifelloser Weise nach, dass gar nicht selten Vorstellungen, Impulse, die im nicht bewusstlosen Zustande vorhanden gewesen sind, in den Zustand getrübtten Bewusstseins hinüberreichen und das Handeln bestimmend beeinflussen.

Auf den besonderen Einfluss, den bei Bewusstseinstörungen unter Alkoholeinfluss die erleichterte Auslösung von motorischen Aeusserungen ausübt, hat vor Kurzem Moeli aufmerksam gemacht. —

Nach diesen für alle Beeinträchtigungen des Bewusstseins geltenden allgemeinen Bemerkungen kämen wir nun zu der Besprechung der einzelnen, von verschiedenen Ursachen abhängigen Formen der Bewusstseinsstörung, (soweit sie nicht im speziellen Theil in den Abschnitten über Neurasthenie, Epilepsie, Hysterie, Vergiftungen usw. behandelt werden, oder oben Seite 17 ff. berührt worden sind).

Zunächst ein paar Worte über die technischen Ausdrücke, die dabei gebraucht werden. Man greift von jeher bei Bezeichnung der jedesmaligen Beschaffenheit bewusster Vorgänge zu Namen, die aus dem Gebiete der Gesichtswahrnehmungen entlehnt sind; so spricht man von dunkeln Vorstellungen oder Gefühlen, von klarem, unklarem, getrübttem Bewusstsein, von Aufhellung, Umneblung desselben, von Dämmerzuständen u. dgl.; es empfiehlt sich, diese Ausdrücke ihrer anschaulichen und allgemeinverständlichen Kürze wegen beizubehalten; nur muss man sich dabei des Bildes entschlagen, als ob die grössere oder geringere „Helligkeit“ etwas sei, was gewissermaassen von dritter Stelle her auf die psychischen Gebilde fiele; diese selbst haben an sich ihrem Wesen nach unbekannte, für uns selbst reale Eigenschaften, zu deren Beschreibung wir zu den genannten übertragenen Bezeichnungen greifen. —

Während diese bisher erwähnten, vom Standpunkt des sich selbst beobachtenden Subjektes entnommenen Ausdrücke für die Betrachtung der Be-

wusstseinsvorgänge von innen her gelten, gebrauchen wir andre, um die verschiedenen Bilder zu kennzeichnen, in denen sich die verschiedenartigen Bewusstseinszustände im Verhalten des Individuums äussern. Nach dem verschiedenen Maasse, in dem die Fähigkeit, äusseres Geschehen aufzufassen und darauf zu reagieren gestört ist, unterscheidet man, in quantitativer Steigerung von leichteren zu den schwersten Graden Benommenheit, Somnolenz, Sopor, Coma; bei ersterer vermag in den leichtesten Graden energisches Zusammenraffen noch vorübergehend die volle bewusste Auffassungsfähigkeit wieder herzustellen, bei letzterem lösen auch die stärksten Reize keine Zeichen von Bewusstsein mehr aus; Somnolenz und Sopor stehen zwischen diesen Extremen. Die genannten vier Bezeichnungen erschöpfen nicht entfernt alle vorkommenden Erscheinungsformen von Bewusstseinsstörung; sie bringen in erster Linie die Ähnlichkeitsbeziehungen zum Schlaf und zu schlafartigen Zuständen zum Ausdruck; das Coma unterscheidet sich, was die Bewusstseinsäusserungen anbetrifft, nicht vom tiefsten traumlosen Schlaf, ausser durch die dort fehlende, hier vorhandene Möglichkeit des Erweckens. Wir kennen aber auch schwere Beeinträchtigungen des Bewusstseins, z. B. in epileptischen Psychosen, die mit Schlafzuständen gar keine Ähnlichkeit besitzen.

Man muss bei Beurteilung dieser Dinge immer im Auge behalten, dass das Endergebnis einer Aufhebung oder Trübung des Bewusstseins wahrscheinlich durch Störungen ganz verschiedener Componenten des Seelenlebens hervorgebracht werden kann. —

Zu den in § 51 des St.G.B. gemeinten, nicht eigentlich krankhaften Zuständen von Bewusstlosigkeit gehören in erster Linie die Schlaftrunkenheit und das Nachtwandeln. Das Vorkommen derselben illustriert die Thatsache, dass Wachsein und Schlafen nicht absolute, durch eine scharfe Grenze getrennte Gegensätze sind. Unser „Wachsein“ ist immer nur ein partielles; die „Helligkeit“ ist, wie die tägliche Erfahrung lehrt, keineswegs für alles in einem gegebenen Momente Bewusste eine gleichmässig verteilte; besonders deutlich ist dies häufig beim Einschlafen oder Aufwachen. Der tiefe Schlaf bezeichnet den Nullpunkt des normalen Bewusstseinszustandes beim gesunden Menschen. Ob in diesem tiefen Schlafe irgend welche seelischen Vorgänge stattfinden, und welcher Art dieselben sein mögen, darüber können wir nichts aussagen; unsre Erinnerung reicht nur in das Gebiet des nicht ganz tiefen Schlafes, in das Gebiet des veränderten Bewusstseins, das wir als Träumen bezeichnen. Dasselbe unterscheidet sich nach verschiedenen Richtungen vom Bewusstsein des Wachenden; Sinneswahrnehmungen, soweit sie überhaupt bewusst werden, haben den Charakter der Illusion; sie erfahren Umdeutungen. Die Vorstellungen des Träumenden tragen die Kennzeichen der Hallucination; er zweifelt nicht an der Realität der Bilder, die in ihm lebendig werden; endlich erfolgt die Verknüpfung der Vorstellungen in andrer Weise, als im wachen Zustande; die Verbindungsweise nach äussern Beziehungen überwiegt, die vom Willen nach Zielen geleitete,

auswählende Associationsweise tritt zurück, das Urteil ist lahmgelegt; das Bewusstsein des Ich begleitet nicht in der Schärfe, wie im Wachen, alles Geschehen. Im Vergleiche zu allen diesen charakteristischen Eigentümlichkeiten des Traumbewusstseins ist das Vorhandensein oder Fehlen der Umsetzung von Bewusstseinsvorgängen in äussere Bewegungen für den Traum nicht kennzeichnend, da gewisse motorische Aeusserungen — Sprechen, Gestikuliren, Lagewechsel usw. je nach der Individualität und den Umständen normaler Weise und — bei den an der Grenze der Gesundheit stehenden Individuen — sogar in sehr ausgedehnter und komplizierter Weise vorkommen können.

Coordinierte Bewegungen komplizierter Art während fortdauernden traumhaften Charakters des Bewusstseinszustandes kennzeichnen die unter „Nachtwandeln“, „Somnambulismus“ verstandenen Zustände. Der Reiz des Geheimnisvollen, der für den Laien allen Aeusserungsformen abnormer Bewusstseinszustände innewohnt, hat dem Nachtwandeln einen Grad von Interesse zugeführt, den es nach Häufigkeit und praktischer Bedeutung nicht besitzt, und er hat auch die Kasuistik wohl nicht unwesentlich färbend beeinflusst. Wenn wir alle die Fälle abziehen, bei denen das Nachtwandeln als Symptom einer epileptischen oder hysterischen Störung anzusehen und zu behandeln ist, so bleiben nicht allzuvieler und im ganzen harmlose Vorkommnisse übrig — Verlassen des Bettes, Hantieren im Zimmer, Herumgehen im Hause u. dgl. Sinneseindrücke können dabei in gewissem Umfange verwertet werden, während sie bei grösserer Stärke das Erwachen herbeiführen. Die Erinnerung fehlt oder ist „traumhaft“. Diese Form des Nachtwandelns findet sich namentlich bei jugendlichen, oft nervös disponirten Menschen, mit Vorliebe gegen die Zeit der Pubertätsentwicklung hin.

Das Vorkommen von strafrechtlich nicht gleichgiltigen Handlungen in diesem Zustande ist möglich, wenn auch die Gefahr des Zuschadengkommens grösser ist für den Nachtwandelnden selbst. Die gerichtliche Beurteilung muss gegebenen Falles zunächst von der Möglichkeit des Bestehens von Neurosen ausgehen; ist davon nichts nachweisbar, so gelten die oben angeführten allgemeinen Grundsätze für die Beurteilung von Bewusstseinsstörungen überhaupt; wichtig ist dabei, zu wissen, dass bei Individuen, die überhaupt zu Nachtwandeln neigen, die Zustände in der Regel nicht vereinzelte Ereignisse sind, sondern sich bei Wiederkehr bestimmter Umstände wiederholen können; nach früheren analogen Ereignissen ist also zu forschen, um die Diagnose zu sichern; natürlich muss ein Anfall der erste sein.

Der „künstliche Somnambulismus“, der Hypnotismus in seiner gerichtlichen Bedeutung ist oben S. 23ff. schon besprochen worden.

Die gleiche Ueberschätzung der forensischen Tragweite, wie das Nachtwandeln, hat früher die Schlaftrunkenheit erfahren; es ist sicher nicht ohne tieferen Grund, dass fast die ganze Kasuistik von strafbaren Handlungen im Zustande von Schlaftrunkenheit der älteren Litteratur angehört und um so



spärlicher wird, je mehr namentlich die Kenntnis der epileptischen Bewusstseinsstörungen in ihren verschiedenen Formen und die Kenntnis der Häufigkeit derselben gewachsen ist.

Wir haben unter Schlaftrunkenheit zu verstehen ein verlangsamtes und unvollkommenes Erwachen, in welchem sich Traumvorstellungen mit den realen Sinneswahrnehmungen zu einem trügenden Gesamtbilde der Situation verbinden und vermengen können.

Die Art und Geschwindigkeit des Wachwerdens ist einerseits individuell dauernden Schwankungen unterworfen, anderseits abhängig zum grössten Teil von der Schlaftiefe im fraglichen Augenblick. Normalerweise verlangsamtes Erwachen findet sich deswegen namentlich, wenn der Schläfer geweckt wird, seltener bei spontanem Erwachen, da im letztern Falle schon vorher die volle Schlaftiefe nicht mehr vorhanden war. Beim Auftauchen aus tiefem Schlafe dauert es bei Jedem in der Regel eine gewisse Spanne Zeit, bis das Bewusstsein der Persönlichkeit wieder wach wird, bis das Wissen um die Beziehungen des Ich nach Zeit und Aussenwelt wieder beisammen ist. Die Orientierung darüber wird erschwert, wenn der Schlaf besonders tief war, weil man ein Schlafdeficit nachzuholen hatte, wenn man z. B. nach einer durchwachten Nacht am Tage eingeschlafen war, wenn vorausgehender Alkoholgenuss mit im Spiele ist, oder wenn man am ungewohnten Orte eingeschlafen war, oder wenn Traumbilder von grosser sinnlicher Lebhaftigkeit und lebhafter Gefühlsbetonung vorhanden waren. Besonders Träume von beängstigendem Charakter sind, zum Teil infolge des an sich schon die Orientierung erschwerenden Affektes, im stande, ein rasches Zurechtfinden in der Wirklichkeit eine Zeit lang hintanzuhalten. Bei einem Zusammenwirken verschiedener Umstände von der Art der genannten, also bei grosser vorausgehender Ermüdung und ängstlicher Traumerregung, ist es wohl möglich, dass der schlaftrunkene Erwachende, der aber doch wach genug ist, um coordinierte Bewegungen auszuführen, einmal eine gefährliche Handlung begeht, wenn die zufällige Konstellation der äusseren Umstände es begünstigt; in der Regel bleibt es auch hier bei harmlosen Dingen, wie Umwerfen des Nachttisches oder dergl.; Selbstbeschädigungen sind natürlich auch sehr wohl möglich; praktisch wichtiger sind in diesen Zuständen eventuelle Unterlassungen in verantwortlichen Situationen (Bahndienst, Militärisches usw.).

Die Art der gerichtlichen Beurteilung ist die gleiche, wie für das Nachtwandeln. Der „Pavor nocturnus“ der Kinder, der sich keineswegs nur bei Epilepsie findet, und dem inneren Hergange nach zu den hier geschilderten Vorgängen gehört, wird kaum jemals Gegenstand gerichtlicher Begutachtung werden.

Eine weitere Form der in § 51 gemeinten Zustände von Bewusstseinsveränderung stellen die Delirien bei Erschöpfung, Nahrungsmangel und fieberhaften Krankheiten dar.

Das Gemeinsame daran ist, was die Entstehung anbetrifft, in erster Linie

die wahrscheinlich chemische Beeinflussung der nervösen Bestandteile des Gehirnes (Verbrauch von Substanz ohne Ersatz, Giftwirkung von Seiten der Erreger des Fiebers). Die Delirien stehen dem Traumbewusstsein nahe; es sind Zustände von Bewusstseinstrübung mit mangelhafter oder gefälschter Auffassung für die Vorgänge der Aussenwelt, mit Sinnestäuschungen eines oder mehrerer oder aller Sinne, mit lebhaften Affektbewegungen in der einen oder andern Richtung (heitere oder ängstliche Delirien). Neben diesen durchgehenden Eigentümlichkeiten finden sich motorische Aeusserungen mit einer nach der Art der zu Grunde liegenden körperlichen Störung verschiedenen Häufigkeit und Lebhaftigkeit, von der einfachen Unruhe im Bett bis zu gefährlichen Angriffen auf eigenes oder fremdes Leben.

Für die symptomatologische gerichtliche Beurteilung des Handelns in solchen Delirien gelten die allgemein für die Bewusstseinsstörungen besprochenen Grundsätze; erleichtert wird das Gutachten durch den dabei möglichen Nachweis der im Delirium vorhandenen körperlichen Störung oder der vorausgehenden Schädigungen.

Es kann dem Sachverständigen nicht verwehrt werden, diese Delirien ebensowohl unter die „krankhaften Störungen der Geistesthätigkeit“ einzureihen, wie unter die Zustände von Bewusstlosigkeit; die Dauer der Störung kann dabei keine entscheidende Bedeutung beanspruchen. Eine besondere Form länger, eventuell Tage bis Wochen dauernder Bewusstseinstrübung mit wahnhafter Auffassung der Umgebung, Sinnestäuschungen und Stimmungsanomalien, die namentlich nach vorausgehenden gehäuften Schädlichkeiten (Hunger, Schlaflosigkeit, Gram usw.) vorkommt, ist von v. Krafft-Ebing und Mayer beschrieben worden; die systematische Stellung dieser Zustände ist noch nicht sicher.

Die Bewusstseinstrübungen bei Vergiftung mit von aussen eingeführten Giften, in erster Linie die akute Alkoholvergiftung, der Rausch, sind in ihrer Bedeutung für die gerichtliche Sachverständigenthätigkeit schon oben Seite 18 ff. besprochen worden; gewisse Besonderheiten bei vorübergehenden Zuständen abnormen Bewusstseins in Folge von Alkoholwirkung, die nicht als Rausch im engern Sinne zu bezeichnen sind, hat, wie schon vorhin erwähnt, vor kurzem Moeli und früher wiederholt Crothers hervorgehoben. — Eine ganz andre Entstehung, als die bisher genannten Bewusstseinsstörungen haben wahrscheinlich die auch wohl als Schmerzdelirien zusammengefassten Zustände, die in einer früheren chirurgischen Epoche, als man ohne Narkose operieren musste, ungleich häufiger zur Beobachtung kamen, als heutzutage. Die Schmerzwirkung ist neben andern wesentlichen Faktoren wohl sicher mit anzuschuldigen, wenn es bei Gebärenden zu Bewusstseinstrübungen kommt; (über die gerichtliche Tragweite derselben vergl. oben Seite 29); sicherer ist der Zusammenhang bei Neuralgien, speziell bei Trigeminusneuralgien (Litteratur und Beobachtungen darüber bei Laquer), unsicher bei Migräne, die

zur Epilepsie und zu Zuständen abnormen Bewusstseins bisher noch nicht ganz aufgeklärte Beziehungen besitzt.

Die Beurteilung der seltenen Fälle, in denen es dabei zu Berührungen mit dem Gerichte kommt, muss von Fall zu Fall nach den allgemein aufgestellten Grundsätzen erfolgen.

Ueber die Stellung der Fälle von „idiopathischer passagerer Bewusstseinstrübung“ (Placzek) werden weitere Beobachtungen zu entscheiden haben. Bei allen anscheinend idiopathischen Bewusstseinsstörungen besteht die diagnostische Hauptschwierigkeit in dem Ausschluss von Epilepsie.

---

## Kapitel VII.

### Allgemeines über die Störungen des Wollens.

Wollen und Handeln. — Triebe. — Erschwertes, erleichtertes Zustandekommen von Willenshandlungen.

Von Störungen des „Willens“ im Sinne eines gesonderten, von anderen Functionen unabhängigen Seelenvermögens ist in forensischer Hinsicht und in der Psychiatrie überhaupt nicht mehr die Rede.

Erörterungen über das Wesen des Willens wären an dieser Stelle noch unfruchtbarer, als sie es im allgemeinen schon sind; Störungen des Wollens interessieren uns hier auch nur, soweit sie bei Beurteilung von einzelnen gerichtlich nicht gleichgiltigen Handlungen (und Unterlassungen), oder für die Beurteilung der Handlungsfähigkeit im allgemeinen in Betracht kommen.

Das Endergebnis, dass das Handeln eines Menschen in krankhafter Weise von dem des normalen abweicht, erlaubt keineswegs den Schluss auf abnorme Willensvorgänge; die Störung kann dabei von jedem der mitwirkenden Faktoren ausgehen, durch intellektuelle Mängel, durch Wahnvorstellungen, durch Sinnestäuschungen, durch abnorme Stimmungen, Gefühle oder Affekte beeinflusst werden; bei allen diesen Dingen ist von einer Störung des Wollens an sich keine Rede.

Anders ist die Sachlage, wenn abnorme Triebe vorhanden sind; der Trieb ist die ursprünglichste Form, in der ein Wollen in die Erscheinung tritt, und er bleibt für eine grosse Anzahl der Willenshandlungen des erwachsenen geistesgesunden Menschen, wenn auch nicht das immer entscheidende, und nicht immer deutlich erkennbare, so doch das eigentlich treibende Element. Ob ein Trieb zur Handlung führt, hängt von der augenblicklichen Kräfteverteilung der wirksamen Motive ab.

Den Hauptgegenstand aller praktischen Erörterungen über die Störungen des Wollens bilden die Anomalien des Trieblebens in ihren sehr mannigfaltigen Formen, die uns im nächsten Kapitel beschäftigen werden.

Zuvor müssen wir nur noch ganz kurz einige der wichtigeren elementaren Störungen streifen, welche bei dem Zustandekommen der Willensantriebe



und bei der Umsetzung derselben in körperliche Vorgänge eine Rolle spielen. Wir sehen dabei natürlich von allen durch Trübung des Bewusstseins, Sinnes täuschungen usw. veranlassten Behinderungen ab. Die groben Störungen bei manchen Formen von Psychose, den völligen Stupor, die „Flexibilitas cerea“, den sogenannten „Negativismus“, die „Befehlsautomatie“, den „elementaren Bewegungsdrang“ u. dergl. mehr, brauchen wir hier nicht besonders darzustellen; sie finden sich fast nur bei unverkennbarer Geistesstörung, mit deren Feststellung ohne weiteres die Zurechnungsfähigkeit ausgeschlossen ist; manche derselben werden im speciellen Teile wieder Erwähnung finden. Die Veränderungen, von denen hier die Rede sein soll, bewegen sich in zwei Richtungen, in einer Erschwerung und in einer Erleichterung des Zustandekommens von Willenshandlungen. Die Leichtigkeit der Umsetzung eines Entschlusses oder eines Antriebes in die ihnen entsprechende Reihe äusserer Bewegungen ist normaler Weise sehr verschieden. Der Einzelne empfindet diese Verschiedenheit je nach seinem „Disponiertsein“; auch als dauernde Grundeigenschaft finden wir darin nicht unbedeutende individuelle Schwankungen. Der krankhaften Erschwerung begegnen wir als wesentlichem Krankheitssymptom bei allen Zuständen gemüthlicher Depression, bei denen sie bis zur völligen Hemmung jeder Willenshandlung gehen kann. Abgesehen von dem Vorläuferstadium aller möglichen Psychosen und den organisch bedingten Depressionszuständen ist es vor allem die Melancholie, gleichviel ob als selbständige Erkrankungsform oder als Teilerscheinung eines periodischen (zirkulären) Irreseins, welche die psychomotorische Hemmung zeigt. Auch bei leichteren Graden melancholischer Verstimmung kann diese Hemmung Ursache des Unterlassens wichtiger Handlungen, wie Vernachlässigung der Berufspflichten usw. werden; die Kenntniss dieser Erscheinung als eines selbständigen Symptomes krankhafter Störung der Geistesthätigkeit ist für die forensische Beurteilung im gegebenen Falle um so notwendiger, als Kranke dieser Art keinerlei intellektuelle Schwächung zu zeigen brauchen und eines äusserlich geordneten Benehmens fähig sein können.

Eine krankhafte Erleichterung des Zustandekommens von Handlungen finden wir in der Manie und der symptomatischen manischen<sup>1)</sup> Erregung, wie sie z. B. bei der progressiven Paralyse vorkommt, ausserdem vor Allem bei der acuten Alkoholvergiftung, im ersten Stadium des Rausches. Sie ist bei letzterem eine der Ursachen für die grosse Häufigkeit der Körperverletzungen usw. seitens Angetrunkener (vergl. dazu S. 18).

Bei der manischen Erregung äussert sich die Erleichterung sowohl im Aussprechen der auftauchenden Vorstellungen, wie in körperlichen Bewegungen; Manische neigen deswegen zu sprachlichen und thätlichen

1) Die Adjektivbildung „manisch“ ist sprachlich richtiger als „maniakalisch“; das Adjektiv von *μανια* ist nicht *μανιακος* sondern *μανικος*.

Conflicten mit der Umgebung, die allerdings, wenn keine Verstandeschwäche oder Bewusstseinstrübung mitwirkt, nicht zu den gefährlichen zu gehören pflegen. Die Erleichterung des Zustandekommens von Handlungen ist es auch, welche die ruhelose Vielgeschäftigkeit dieser Kranken ermöglicht. Auch hier gilt, wie bei der einfachen psychomotorischen Hemmung, dass die erleichterte Auslösbarkeit des Handelns Symptom krankhafter Störung der Geistesthätigkeit im Sinne des § 51 des St.G.B. sein kann, ohne dass Verstandesmängel nachweisbar sind, und ohne dass das Benehmen des Individuums in jedem Augenblicke den Geisteskranken ohne weiteres für den Laien kenntlich macht. —

## Kapitel VIII.

### Anomalien der Triebe.

Allgemeines über den Trieb; höhere, niedrigere Triebe; Frage des angeborenen Triebinhaltes. Bestimmbarkeit. — Triebhandlungen im Verhältnis zu den reflectorischen und automatischen Bewegungen und zu den Willenshandlungen. — Quantitative und qualitative Abweichungen bei den Haupttrieben. — Reizhunger. — Nahrungstrieb in seinen einfachen und verfeinerten Formen; Genussmittel; Alkohol; Morfium; Cocain; Aether. — Geschlechtstrieb. — Sexuallitteratur. — Mächtigkeit des Triebes; Beherrschbarkeit; individuelle Schwankungen; geschlechtliches „Bedürfnis“. — Die Rolle der Onanie als zu Anomalien disponierendes Moment. — Einfache Herabsetzung, Steigerung. — Geschlechtliche „Zwangshandlungen“; § 52 des St.G.B. nicht anwendbar. — Qualitative Veränderungen; was heisst „normal“? — Perversität und Perversion. — Conträre Sexualempfindung. — § 175 des St.G.B., Agitation auf Aufhebung desselben. — Päderastie. — Sadismus. — Masochismus. — Fetischismus. — Exhibitionismus.

Gleich den Affekten sind die „Triebe“ Gemütsbewegungen, die sich aber von jenen dadurch unterscheiden, dass sie die Tendenz haben, Bewegungen auszulösen, die darauf gerichtet sind, eine Aenderung des Gemütszustandes herbeizuführen, entweder ein Lustgefühl zu erzeugen, oder ein Unlustgefühl zu beseitigen.

Zu Grunde liegt jeder Triebregung ein Gefühl, und je nach dessen Beschaffenheit unterscheiden wir sogenannte einfache, sinnliche, an körperliche Gefühle gebundene Triebe von den höheren; zu jenen gehören der Selbsterhaltungstrieb (vor Allem als Nahrungstrieb) und der Gattungstrieb (vor Allem als Geschlechtstrieb), zu diesen die an die ästhetischen, intellectuellen usw. Gefühle gebundenen.

Für die gerichtliche Praxis überwiegt die Bedeutung der einfachen sinnlichen Triebe in ihren sehr mannigfachen Abweichungen vom Normalen.

Beim ausgebildeten Individuum sind die Triebe mit bestimmten Zielvorstellungen verbunden; beim werdenden ist dieses noch nicht der Fall; der Nahrungstrieb und auch der Geschlechtstrieb in seinen ersten Regungen ist vorhanden, ehe das Bild des begehrten Zieles auftritt; der Trieb ist nicht

Diener der Vorstellungen, sondern er bemächtigt sich ihrer und verknüpft sich mit ihnen. Im grossen und ganzen sind es bei allen normalen Menschen dem Inhalt nach ähnliche Vorstellungen, die mit den einfachen sinnlichen Trieben in Verbindung treten; wir werden aber, in erster Linie beim Geschlechtstrieb, eine ganze Reihe abnormer Triebrichtungen kennen lernen, deren Zustandekommen so zu denken ist, dass der ursprünglich unbestimmte Trieb von vorneherein (infolge abweichender Veranlagung), oder im Laufe des Lebens mit ungewöhnlichen Vorstellungen eine Verbindung eingeht. Die besondere Leichtigkeit, mit welcher solche vom Normalen abweichende Verbindungen sich vollziehen, (z. B. bei der conträren Sexualempfindung), kennen wir als eines der Kennzeichen der Entartung.

Für die forensische Beurteilung kommen Anomalien des Trieblesbens nur insofern in Betracht, als sie sich in Handlungen äussern. Die im allgemeinen Gebrauche befindliche Bezeichnung „Triebhandlung“ bedarf hier einer besonderen Umgrenzung, wenn wir nicht auch den Missverständnissen unterliegen wollen, zu denen dieser Name Anlass gegeben hat.

Wir wollen hier unter Triebhandlungen nicht, wie dies hier und da geschieht, diejenigen verstehen, bei denen Triebe überhaupt als Motive mitwirken; das wäre eine sehr wenig bestimmte Bezeichnung; der Name „Triebhandlung“ weist einer einzelnen Handlung eine bestimmte Stelle in der Reihe der motorischen Aeusserungen zu und setzt sie in Gegensatz zur Willenshandlung einerseits, zu den automatischen und Reflex-Vorgängen anderseits. Unter Reflexbewegungen verstehen wir diejenigen, die auf äusseren Anstoss hin erfolgen ohne primäre Beteiligung des Bewusstseins, durch Uebertragung eines peripherischen Reizes auf Bewegungsorgane, von welcher das Bewusstsein erst nachträglich Kenntnis erhält; automatisch nennen wir (im psychologischen Sinne) solche Bewegungen, die früher einmal bewusst vollzogen wurden, bei denen aber nun, infolge des bahnenden Einflusses der Wiederholung, der äussere Reiz, der ursprünglich die als Motiv wirkende Vorstellung weckte, die Handlung auslöst, ehe er als Vorstellung aufgefasst werden kann.

Bei den Willenshandlungen, die den compliciertesten Vorgang darstellen, entwickelt sich aus einer Anzahl nebeneinander bestehender, verschiedener und einander widerstreitender Motive schliesslich das bestimmende; der Vorgang des plötzlichen Herrschendwerden eines Motives empfinden wir als „Entscheidung“, oder als „Entschliessung“.

Die Triebhandlungen stehen über den automatischen und den Reflex-Vorgängen insofern, als ihnen ein bewusstes Motiv, nämlich der als solcher empfundene Trieb, zu Grunde liegt; sie stehen unter den Willenshandlungen, indem kein Kampf verschiedener Motive, keine Entschliessung stattfindet; sie sind aus nur einem Motive hervorgehende Handlungen, keine Wahl-Handlungen.



In der Tierreihe und beim ganz jungen Menschen haben wir es fast ausschliesslich mit Triebhandlungen zu thun; beim erwachsenen geistig Gesunden überwiegen ganz bedeutend die Wahlhandlungen, und der soziale Werth des Individuums hängt wesentlich auch davon ab, wie weit sein Thun von der wahllosen Bestimmbarkeit durch Triebe frei geworden ist. Nicht als eigentliche Triebhandlungen sind diejenigen vereinfachten Wahlhandlungen anzusehen, bei denen häufige Wiederholung zusammengesetzter Motivkämpfe den Eintritt des Resultates so erleichtert hat, dass sie auf ein einzelnes Motiv hin zu erfolgen scheinen; es handelt sich dabei meistens um alltägliches und für die forensische Betrachtung gleichgiltiges Thun.

Die Triebhandlung ist, wie erwähnt, die für das Tier und das Kind charakteristische Art der motorischen Aeusserung; beim erwachsenen Menschen können krankhafte geistige Veränderungen bewirken, dass sein Handeln in eindeutiger Weise durch Triebe bestimmt wird, ohne dass der That eine Abwägung von Motiven vorausgegangen wäre.

Die Gründe davon können liegen entweder in einer abnormen Stärke von triebartigen Impulsen, die vorzeitig zur Handlung führen, wie beim sogenannten „impulsiven Irresein“, oder in einer durch irgend welche Ursachen veranlassten Trübung oder Aufhebung des Selbstbewusstseins, infolge deren überhaupt keine Gegenmotive auftreten (im Rausch, bei Delirien, bei Epilepsie usw.).

Auch wenn eine Abwägung von Motiven nicht gefehlt hat, können krankhafte Veränderungen der Triebe nach Stärke oder Richtung eine Handlung, die psychologisch als Willenshandlung zu bezeichnen ist, in abnormer Weise beeinflussen; wie weit dabei der Trieb als ein zwingender angesehen werden muss, hängt von der geistigen Gesamtverfassung des betreffenden Individuums ab (intellektuelle Schwäche, krankhafte Stimmungen u. dgl.)

Bei der Besprechung der Anomalien des Trieblebens wollen wir so vorgehen, dass wir zunächst die quantitativen und dann die qualitativen Abweichungen vom Normalen bei den Haupttrieben erörtern.

Unter den Haupttrieben sind für unsere Zwecke zu verstehen der Nahrungstrieb und der Geschlechtstrieb.

Für beide gelten bestimmte Gesichtspunkte in gleicher Weise. Bei beiden wird die Möglichkeit krankhafter Veränderungen nach verschiedenen Richtungen um so grösser, je mehr sich der Trieb von der Vorstellung der einfachen Befriedigung eines körperlich empfundenen Bedürfnisses löst.

Die von der Natur gewissermaassen auf die Befriedigung des Triebes gesetzte Prämie, das Wohlbehagen und die angenehme Geschmackserregung beim Nahrungstrieb, die Wollustempfindung beim Geschlechtstrieb, wird mit wachsender Verfeinerung des Trieblebens um ihrer selbst willen gesucht ohne Rücksicht auf den ursprünglichen Inhalt des Triebes. So werden

„Genussmittel“ ein Bedürfnis, die mit der Ernährung nichts mehr zu thun haben (z. B. bei subkutaner Einverleibung); und geschlechtliche Befriedigung wird gesucht und gefunden, ohne dass dabei der normale Gegenstand des Begehrens, das andre Geschlecht, überhaupt eine Rolle spielte (Onanie, Päderastie usw.).

Ist diese Loslösung des Triebes von seinen natürlichen Objekten einmal vollzogen, so ist den mannigfachsten Verirrungen desselben die Bahn weit geöffnet. Ein Weiteres kommt für den „verfeinerten“ oder wohl richtiger entarteten Nahrungstrieb und Geschlechtstrieb in gleicher Weise hinzu. Zahlreichen Reizen gegenüber, die das Nervensystem berühren, tritt in gewissen Grenzen allmählich eine Gewöhnung ein, so dass immer stärkere Reize notwendig werden, um einen bestimmten Erfolg zu erzielen. Es gilt dies auch für die Befriedigung der Triebe. Das Bedürfnis nach wirksamen Reizen kann man, mit einem aus der Sinnesphysiologie entlehnten Ausdruck, als „Reizhunger“ bezeichnen. Diesen Reizhunger empfindet in gleicher Weise der Raucher, der Alkoholist, der Morphinist, aber ebenso auch der in geschlechtlicher Hinsicht Uebersättigte, dem der normale Geschlechtsverkehr nicht mehr die genügende Befriedigung gewährt. Bei den Genussmitteln ist lange Zeit hindurch eine Steigerung des Quantums im stande, den Reizhunger zu stillen; beim Geschlechtstrieb ist dieser Weg aus physiologischen Gründen nicht beschreitbar, und die Steigerung wird auf qualitativem Wege, durch Variationen in der Art der Befriedigung gesucht.

Es scheint, dass die mit erhöhter Ansprechbarkeit neben erhöhter Erschöpfbarkeit behafteten minderwertigen Nervensysteme leichter, als die normalen, auf die schiefe Bahn des wachsenden Reizbedürfnisses bei der Befriedigung der Triebe geraten; wenigstens finden wir Anomalien des Trieb-lebens, bei denen diese eben gekennzeichnete Entstehungsweise wahrscheinlich ist, besonders bei den angeborenen oder erworbenen Formen der Entartung. —

Was nun im Einzelnen den Nahrungstrieb anbelangt, so spielen die quantitativen und qualitativen Veränderungen desselben für die forensische Praxis kaum eine Rolle, soweit nur die Nahrungsmittel im engeren Sinne in Frage sind; in den seltenen Fällen, bei denen es sich um die hohen Grade von Perversion des Triebes handelt, wie beim Verzehren von Leichenteilen u. dgl., wird der lebhafte Contrast, den die That mit dem normalen Empfinden bildet, immer ein begründeter Anlass werden, den Geisteszustand des Thäters untersuchen zu lassen; (wir kommen auf die Anthropophagie bei den geschlechtlichen Anomalien zurück).

Sehr grosse praktische Bedeutung haben dagegen die Anomalien der Bedürfnisse nach Genussmitteln. In erster Linie steht dabei der Alkohol.

Neben der den Genussmitteln im allgemeinen eigenen Erscheinung des wachsenden Reizhungers kommen bei dem Alkohol noch besondere psychische

Wirkungen dauernder Art hinzu, welche die Widerstandskraft des Individuums dem Triebe gegenüber herabsetzen.

Es lässt sich experimentell feststellen (Kraepelin), dass unter Alkoholkwirkung einer vorübergehenden Erleichterung der Bewegungsauslösung eine Erschwerung derselben von längerer Dauer neben einer Verlangsamung der intellektuellen Vorgänge folgt, und dieser fortschreitenden centralen motorischen Lähmung im Einzelversuch entspricht bei chronischem Alkoholmissbrauch die niemals fehlende Charakteränderung in Form der Willensschwäche.

Diese Willensschwäche giebt die Erklärung für die Aussichtslosigkeit aller Versuche, chronische Alkoholisten, so lange sie freie Verfügung über sich selber haben, von ihrem Trinkbedürfnis zu heilen; sie muss auch bei der forensischen Beurteilung aller krankhaften Zustände beim Alkoholismus im Auge behalten werden, (ebenso wie die Abnahme der Intelligenz und die allmählich eintretende Abstumpfung der höheren Gefühle).

Die Darstellung der eigentlichen Alkoholpsychosen findet im speciellen Theile ihre Stelle; für die zivilrechtlichen Beziehungen des Alkoholismus vergl. Schultze, I. Teil, B; hier müssen wir nur noch auf eine besondere Form des krankhaften Dranges nach berauschenden Getränken kurz eingehen, die durch die periodische Wiederkehr des Triebes gekennzeichnet ist, die sogenannte Dipsomanie. Das Wesentliche daran ist das anfallsweise auftretende, geradezu unwiderstehliche Verlangen nach geistigen Getränken, dem ein einleitendes Stadium von allgemeiner Verstimmung, Reizbarkeit und körperlichen Missempfindungen vorauszugehen pflegt. Der Kranke unterliegt mit Sicherheit dem Triebe, falls er nicht, was vorkommt, während der ihm bekannten Vorerscheinungen freiwillig eine Anstalt aufsucht. Während einer kürzeren oder längeren Frist werden nun wahllos alkoholische (oder ähnlich wirkende) Getränke konsumiert, häufig ohne dass es zu wirklicher sinnloser Betrunkenheit käme; nach Ablauf dieses Stadiums findet sich der Kranke wieder in einem Zustande höchster körperlicher und moralischer Depression und fehlender oder getrübler Erinnerung für das Geschehene.

Die Stellung der Dipsomanie ist noch umstritten; die Annahme, dass die typischen Fälle derselben der Epilepsie zuzurechnen und als eine besondere Form des epileptischen Dämmerzustandes anzusehen sind, hat in Anbetracht der entscheidenden Merkmale: periodisches Auftreten, einleitende Verstimmung, regelmässig wiederkehrende psychische Veränderungen, Erinnerungsmängel, sehr viel für sich, und giebt, wenn die genannten Kriterien vorhanden sind, für die forensische Beurteilung die Gesichtspunkte an die Hand; sorgfältig abzutrennen sind natürlich die Fälle von Gelegenheits-Trunksucht und diejenigen, bei denen periodische Psychosen mit gehobenem Lebensdrang (z. B. periodische Manie) Anlass zu Trinkexcessen geben. —



Das als Genussmittel innerlich oder subcutan genommene Morphinum steht nicht in der Wirkung der Einzeldosis, wohl aber in Bezug auf die dauernden psychischen Wirkungen dem Alkohol nahe; es übertrifft ihn noch an lähmendem Einfluss auf die Willensenergie. Diese dauernde Beeinträchtigung findet wiederum bei der experimentellen Einzelprüfung ihr Analogon in der lähmenden Wirkung auf die centralen motorischen Vorgänge. Eine Abschwächung der Intelligenz tritt beim chronischen Morphinismus an Bedeutung zurück hinter diejenigen Veränderungen, die in ihrer Gesamtheit als „sittliche Degeneration“ erscheinen und sich aus der erwähnten Willensabschwächung, aus Abstumpfung der höheren Gefühle und aus der Einengung des Strebens auf die Befriedigung des Morphiumbedürfnisses zusammensetzen.

Die bedeutende Höhe, welche die subjektiven quälenden Erscheinungen beim Wegfallen des gewohnten Reizmittels erreichen, gibt die Erklärung für den unwiderstehlichen Zwang, den der Morphinumhunger auf die Entschliessungen des Morphinisten ausübt. Es hängt dabei von den äusseren Umständen ab, ob dieser gewaltige Trieb zu strafrechtlichen Konflikten führt (Diebstahl, um Geld für Morphinum zu bekommen, Rezeptfälschungen u. dgl.), oder ob es bei den allbekannten Lügereien und kleinen Schwindeleien bleibt, mit denen Morphinisten ihrer Familie oder dem Arzte gegenüber zu operieren pflegen. Ein ausgesprochen chronischer Morphinist, der im Morphinumhunger eine strafrechtlich nicht gleichgiltige Handlung begeht, die in ihrem Endzweck auf Erreichung von Morphinum gerichtet ist, hat in der Regel Anspruch auf den Schutz des § 51 des St.G.B.; es besteht bei ihm ein Trieb von pathologischer Stärke, für die ein Entziehungsversuch in Klausur sofort einen Maasstab gibt, und die allgemeine geistige Widerstandskraft ist in Folge der chronischen Giftwirkung auf das Centralnervensystem in krankhafter Weise herabgesetzt. Strafrechtliche Zusammenstösse von Morphinisten, ohne dass dabei die Erlangung von Morphinum als Motiv mitwirkt, sind nicht mit dem gleichen Maasse zu messen; hierbei hängt die Beurteilung von dem Quantum der dauernd vorhandenen krankhaften geistigen Veränderungen ab.

Die zivilrechtliche Tragweite der psychischen Anomalien beim chronischen Morphinismus ist im ersten Teile behandelt worden (vgl. Seite 307).

Der chronische Missbrauch von Cocain ist in erster Linie, und zwar nicht ohne Schuld der Aerzte, durch den Glauben veranlasst worden, dass das Cocain ein brauchbares Hilfsmittel zur Abgewöhnung des Morphiums sei; diese Meinung hat sich nicht nur als irrig, sondern als sehr verhängnissvoll erwiesen; man weiss jetzt, dass das Cocain noch rascher und stürmischer, als das Morphinum, einen Verfall der ganzen psychischen Persönlichkeit herbeiführt.

Im Uebrigen gelten für die forensische Beurteilung des Cocainismus die gleichen Grundsätze, wie beim Alkoholismus und beim Morphinismus.

Einige andere, zur Zeit noch teilweise local begrenzte Formen des chronischen Missbrauches von Arznei-Genussmitteln (wie z. B. des Aether in Ostpreussen) bedürfen hier keiner erneuten besondern Besprechung; das Prinzipielle daran ist immer das gleiche (vergl. dazu oben Seite 306).

Die Anomalien des Geschlechtstriebes haben in den letzten 10—15 Jahren eine sehr eingehende litterarische Behandlung erfahren. Es wäre falsch, die Menge des darüber Geschriebenen als einen Maassstab für die forensische Häufigkeit geschlechtlicher Vergehen auf krankhafter Grundlage zu betrachten, ebenso wie es ein Irrtum wäre, zu glauben, dass die grosse Produktion an medicinischer Lektüre auf diesem Gebiete nur einem Bedürfnis der rein wissenschaftlich daran Interessirten entgegenkomme. Es ist wohl sicher, dass eine ebenso intensive litterarische Behandlung etwa der Epilepsie, die forensisch ungleich wichtiger ist, als die sexuellen Anomalien, nicht entfernt den buchhändlerischen Erfolg gehabt haben würde, wie die Sexualschriften. Das Verdienst der an dieser lebhaften litterarischen Bewegung beteiligten Autoren, eine Reihe von geschlechtlichen Abweichungen auf krankhafte angeborene oder erworbene Veranlagung zurückgeführt zu haben und durch eine reiche Kasuistik für die Erörterung der krankhaften (und der nicht krankhaften) geschlechtlichen Anomalien eine breite Basis geschaffen zu haben, wird Niemand bestreiten; nur darf dabei die offenkundige Gefahr nicht übersehen werden, die mit der weiten Ausdehnung einer allgemein zugänglichen Litteratur mit gar nicht oder nur wenig verhüllter eingehender technischer Darstellung aller geschlechtlichen Verirrungen, trotz der wissenschaftlichen Form der Darstellung und vielleicht grade wegen derselben, verbunden ist. Disponierte junge Individuen mit lebhaftem Interesse für alles Geschlechtliche, mit einem früh erwachenden und im Sinne der obigen allgemeinen Ausführungen in der Richtung leicht bestimmbar Geschlechtstriebe, können durch derartige Lektüre, zu deren wissenschaftlicher Würdigung sie weder Beruf noch Reife haben, leicht in ungünstiger Weise beeinflusst werden; andere, die vielleicht schon kämpfen mit vorhandenen abnormen Neigungen, finden in der That- sache der anscheinend grossen Schaar der „Leidensgenossen“ eine willkommene Stütze für die Theorie des Berechtigtseins jeder geschlechtlichen Geschmacksrichtung; auf die wirklich Kranken hat die Lektüre dieser Litteratur denselben Einfluss, wie die der bekannten Geheimschriften auf die hypochondrisch veranlagten alten Onanisten; sie glauben, erlebt zu haben und an sich noch zu beobachten, was sie lesen; die Lektüre wirkt „suggestiv“ auf die Erinnerungen und auf das augenblickliche Emfinden.

Suggestiven Einflüssen durch die Lektüre der sexuellen Spezialschriften, wenn auch in andrer Richtung, unterliegt auch leicht der nicht psychiatrisch geschulte „Sachverständige“; die neue Litteratur überschüttet ihn mit einem wahren Regen neugeschaffener fremdsprachlicher Bezeichnungen, von denen jede

den Anspruch erhebt, einen besonderen neuen Zustand oder ein besonderes neues Symptom zu bezeichnen, und darüber wird nur allzu leicht vergessen, dass hinter den meisten dieser imponierenden Verkleidungen nichts Anderes steckt, als kleinere oder grössere Variationen des geschlechtlichen Empfindens mit ihren Folgen, für deren forensische Würdigung die allgemeinen Grundsätze der Beurteilung von Trieben und Triebhandlungen maassgebend sind, ganz gleichgiltig, um welchen besonderen Trieb es sich dabei handelt.

Dass eine sexuallitterarische Flutwelle von solcher Höhe möglich war, findet zum guten Teil seine Erklärung in dem weitgehenden Interesse, das den geschlechtlichen Dingen auf allen Gebieten für die meisten Menschen innewohnt; die Zeichen dafür mehren sich aber, dass der Höhepunkt dieser Bewegung schon wieder überschritten ist; auch die Darstellung an dieser Stelle wird sich nach Kräften einer nüchternen und kritischen Betrachtungsweise befleissigen. —

Dass der normale Geschlechtstrieb auf das Empfinden und Handeln des Menschen den gewaltigsten Einfluss ausübt, ist eine Thatsache, über die zu reden ein müssiges Geschäft wäre. Nicht nur dem nackten, grobsinnlichen Triebe, sondern auch dem durch die Kultur verfeinerten, in allen möglichen Gestalten verkleideten, durch Verknüpfung mit zusammengesetzten Vorstellunggruppen auf ein höheres Niveau gehobenen Triebe begegnen wir als bewusstem und fast noch häufiger als unbewusstem, bestimmendem Motive bei einer Unzahl allgemein menschlicher, gesellschaftlicher, künstlerischer usw. Bethätigungen. Ein Trieb, der weniger lebhaft wirkte, würde den Fortbestand des menschlichen Geschlechts gegenüber allen natürlichen Hemmungen und Schwierigkeiten nicht haben sicher stellen können.

Trotz dieser im allgemeinen anzuerkennenden Mächtigkeit des Geschlechtstriebes ist für den einzelnen Fall die Thatsache nicht zu vergessen, dass der geistig gesunde erwachsene Mensch im Stande ist, den Trieb zu beherrschen. Der Geschlechtstrieb ist in dieser Hinsicht dem Nahrungstrieb nicht ohne Weiteres gleichzusetzen. Beschäftigung der Phantasie mit erotischen Vorstellungen, Müssiggang, Ueberernährung und dergl. sind Faktoren, die den Geschlechtstrieb eine übermässige Rolle im Einzelleben spielen lassen. Die hier und da beliebte Darstellung, als ob alle Individuen, die durch äussere, selbst gewählte oder aufgezwungene Umstände, an der normalen Befriedigung des Geschlechtstriebes verhindert sind, dadurch in die „Notlage“ kämen, zu masturbieren, oder zu andern abnormen Mitteln der Befriedigung zu greifen, ist als eine weit über das Ziel gehende Uebertreibung abzuweisen. Es wird dabei ganz übersehen, dass Regelmässigkeit und vor allem Mässigkeit der Lebensführung, ernste Arbeit, sachlich interessierende Beschäftigung den Geschlechtstrieb des normalen Menschen sehr wohl in den Grenzen zu halten vermögen.

Der Staat kennt kein „Recht auf Befriedigung des Geschlechtstriebes“; das Recht auf Befriedigung des Nahrungstriebes wird insofern anerkannt, als die öffentliche Fürsorge wenigstens ein Verhungern verhindert. Der



Staat beschränkt sich den Aeusserungen des Geschlechtstriebes gegenüber darauf, bestimmte Normen festzusetzen, innerhalb deren die sexuellen Betätigungen sich bewegen dürfen; es ist kaum zu erwarten, trotz lebhafter gegenteiliger Agitation, dass er diese in bestimmtem Umfange gezogenen Grenzen im Interesse der erleichterten Befriedigung abnormer Triebrichtungen erweitern wird.

Bei der forensischen Beurteilung sexueller Vergehungen sind die noch normalen grossen Verschiedenheiten im Verhalten des Geschlechtstriebes nicht zu übersehen. Abgesehen von den bereits erwähnten Schwankungen, die durch den Einfluss der Lebensführung usw. hervorgerufen werden, finden sich solche nach Lebensalter, Geschlecht, individueller Veranlagung.

Hierher gehört die allgemein bekannte Thatsache der grösseren Energie und lebhafteren sexuellen Initiative beim Manne, das rasche Anwachsen des Triebes in der Pubertätszeit, das allmähliche Versiegen (ohne zeitliche Gesetzmässigkeit) gegen das Senium hin und dergl.

Abweichungen von diesen durchschnittlichen Verhältnissen, wie z. B. grob sexuell herausforderndes Benehmen bei dem nicht prostituierten Weibe, oder lebhafte geschlechtliche Begierden bei Greisen fallen auch dem Laien als etwas Ungewöhnliches auf.

Die grössten Schwankungen finden sich in dem individuellen sexuellen Bedürfnis, d. h. in der Geschwindigkeit, mit welcher der eben gestillte Trieb von Neuem rege wird; ein durchschnittliches Maass dessen, was als das „Normale“ zu gelten hat, lässt sich in dieser Hinsicht nicht aufstellen.

Auf dem Grenzgebiet zwischen Norm und Abnormität bewegen sich die sehr zahlreichen Fälle von Auftreten ausgesprochen geschlechtlicher Regungen vor dem Zeitpunkt der entsprechenden körperlichen Entwicklungsvorgänge. Ich meine damit nicht nur die frühzeitige, kindliche Onanie, die bis zum 5. Lebensjahre nicht so selten zurückreicht, wenn das Kind oft, durch Zufälligkeiten, (speziell Turnübungen an Kletterstangen und dergl.), die Möglichkeit entdeckt, durch bestimmte Manipulationen angenehme Empfindungen zu erzeugen, sondern das Auftreten wohl charakterisierter geschlechtlicher Regungen gegenüber dem andern Geschlecht. Die Erfahrung scheint dafür zu sprechen, dass es wieder die Entartung ist, auf deren Boden ein solches verfrühtes Erwachen eines unzeitigen Triebes mit Vorliebe erwächst. —

Ungewöhnliche Stärke des Geschlechtstriebes bei geringer Nachhaltigkeit und rascher Erschöpfbarkeit gilt für das vollentwickelte Geschlechtsleben ebenfalls als eine den „Disponierten“ eigentümliche Erscheinung; es ist wahrscheinlich nicht richtig, in diesen Fällen von erhöhter Triebstärke zu sprechen; was verändert ist, ist die Reizempfänglichkeit des Centralnervensystems dieser Individuen, die auch auf andern Gebieten in dem Tiefliegen der Reizschwelle zum Ausdruck kommt. —

In den Autobiographien der sexuell abnorm Empfindenden und Handelnden ebenso wie in den ärztlichen Krankengeschichten kehrt ein Punkt so häufig

wieder, dass wir ihn nicht als gleichgiltig bei der Entwicklung sexueller Anomalien ansehen dürfen: das ist die früh und lange betriebene Onanie.

In der Beurteilung der Onanie hat sich in der letzten Zeit eine gewisse Wandlung vollzogen. Die Erfahrung von der kolossalen Verbreitung der Onanie hat dazu geführt, mit der lebhaften moralischen Entrüstung über den einzelnen Fall etwas sparsamer umzugehen; die Mehrzahl der männlichen Heranwachsenden bleibt nicht ganz frei von Onanie; das wesentlich Unterscheidende und das für manche Zustände Kennzeichnende liegt nicht in dem „ob,“ sondern in dem „wie lange“ und vor Allem in dem Maass des Einflusses, den dieser Hang auf die ganze Entwicklung des geschlechtlichen Lebens ausübt.

Die in den Jahren der Entwicklung, unter Einwirkung von Verführung oder zufälligen Erfahrungen, eine zeitlang, gelegentlich betriebene Onanie, die ein Ende nimmt, sobald normaler Geschlechtsverkehr beginnt, ist eine an sich und in ihren Folgen verhältnismässig harmlose Erscheinung. Anders ist dies dann, wenn die Onanie sehr früh beginnt, dauernd und häufig, und, was sehr charakteristisch ist, auch später neben normalem geschlechtlichem Verkehre weiter geübt wird.

Abgesehen von den allgemein bekannten, uns hier nicht im Einzelnen interessierenden nervösen Folgen, die sich an diese onanistischen Dauerexcesse anschliessen können, findet unter deren Einfluss oft noch eine verhängnisvolle Wandlung im geschlechtlichen Empfinden nach verschiedenen Richtungen hin statt. Die Gewohnheit, das sexuelle Lustgefühl ohne jede Berührung mit dem anderen Geschlechte jederzeit und mit Leichtigkeit herbeiführen zu können, führt eine Lockerung der sonst vorhandenen Vorstellungsbeziehungen zwischen dem geschlechtlichen Drange und seinem normalem Gegenstande herbei, und diese Lockerung bereitet den Boden für die Entwicklung aller möglichen Anomalien. Es wirkt dabei gestaltend mit der wachsende Reizhunger, dessen Befriedigung in Variationen der Art der geschlechtlichen Akte gesucht wird.

Die Onanie wirkt aber auch in anderer Weise. Das dem unverdorbenen Menschen eigene und auch bei dem sexuell Abgebrühten keineswegs notwendigerweise fehlende Schamgefühl dem eigenen Körper gegenüber geht bei dem Onanisten mit Sicherheit verloren; die Gewohnheit, mit den eigenen Genitalien zu manipulieren, beseitigt die normalerweise vorhandene, gleichviel ob angeborene oder anerzogene Scheu vor allzunaher Beschäftigung mit der Geschlechtssphäre, und so fehlen dem Onanisten beim Auftreten ungewöhnlicher Impulse (z. B. zum Entblößen der Geschlechtsteile vor dem anderen Geschlechte) gewisse mächtige Hemmungen, die bei dem Nichtonanisten wirksam sind.

Dazu kommt eine durch die lange Gewohnheit des Unterliegens beim Auftreten sexueller Wünsche, durch die oft gemachte Erfahrung des vergeblichen Ankämpfens gegen die eingewurzelte Neigung, herabgesetzte Widerstands-

kraft gegenüber den Regungen des Geschlechtstriebes überhaupt, die verminderte Selbstachtung, die erlahmende allgemeine Energie — kurz eine ganze Reihe seelischer Folgen, die den alten Onanisten als ein wohl vorbereitetes Object erscheinen lassen für die Entwicklung geschlechtlicher Abweichungen, die übrigens in grösserem Umfange, als dies gewöhnlich geschieht, als mannigfaltig gestaltete, modifizierte onanistische Akte aufzufassen sind. —

Die Möglichkeit, diesen psychologischen Hergang bei sexuellen Vergehen nachzuweisen oder wahrscheinlich zu machen, kann auf die forensische Beurteilung nicht den geringsten Einfluss haben, solange nicht auch krankhafte Momente dabei wirksam sind; wenn man dieser Zusammenhänge eingedenk ist, verlieren manche der durch ihre Seltsamkeit merkwürdigen geschlechtlichen Handlungen zum grössten Teil ihr Auffallendes.

Wenn wir nach diesen allgemeinen Vorbemerkungen in die Erörterung der einzelnen Anomalien des Geschlechtstriebes eintreten, so sehen wir zunächst, dass die rein quantitativen Veränderungen an Bedeutung zurücktreten hinter den qualitativen.

Herabsetzung oder Fehlen des Geschlechtstriebes (nicht zu verwechseln mit körperlichem Unvermögen, Impotenz) findet sich bei Geisteskranken, bei Alkoholisten, Morphinisten und bei Zuständen von Entwicklungshemmung (Idiotie usw.), spielt aber strafrechtlich kaum eine Rolle; die etwaige zivilrechtliche Tragweite einer Herabsetzung des Geschlechtstriebes für die Ehe ist nicht Gegenstand besonderer psychiatrischer Beurteilung.

Von der einfachen Steigerung unter den Bezeichnungen Satyriasis (beim Manne), Nymphomanie (beim Weibe) ist in den Zeiten der Lehre von den isolierten Trieberkrankungen (Monomanien) mehr die Rede gewesen, als heute; krankhafte Zustände, die sich nur in einer excessiven Steigerung des Geschlechtstriebes äusserten, sind nicht bekannt; dagegen findet sich eine krankhafte Steigerung neben anderen Zeichen psychischer Erkrankung sehr häufig bei verschiedenen Formen der Geistesstörung.

Bei dem Zustandekommen des Endergebnisses, dass ein an sich oder in Anbetracht der Umstände ungewöhnlich starker Geschlechtstrieb in entsprechenden Handlungen zum Ausdruck kommt, kann ebensowohl eine krankhafte Steigerung des Triebes, wie ein durch Krankheit veranlasstes Wegfallen von sonst thätigen Hemmungen wirksam sein; oft ist sicher beides der Fall; häufig wird es nicht zu entscheiden sein, welcher Faktor der wesentliche gewesen ist; die Entscheidung darüber ist auch nicht notwendig, wenn nur für einen der mitwirkenden Vorgänge der krankhafte Charakter nachgewiesen werden kann.

Steigerung des Geschlechtstriebes bildet häufig eine Teilerscheinung der krankhaft veränderten, gehobenen Stimmung, wie sie der Manie und den manischen Zustandsbildern bei der progressiven Paralyse eigen ist;



neben der allgemein vermehrten Unternehmungslust, neben der Neigung zu Alkoholexcessen finden wir dabei auch gesteigerte sexuelle Impulse, die je nach dem sonstigen geistigen Gesamtzustande in feinerer oder gröberer Form in die Erscheinung treten (plötzliche Verlobungen, Anbandeln von Verhältnissen, Aufsuchen von Bordellen, Notzuchtsattentate, bei Weibern herausforderndes, entgegenkommendes Benehmen, Entblössungen usw.). Bei den manisch erregten Paralytikern bekommen die sexuellen Aeusserungen in der Regel ihr besonderes Gepräge durch die gleichzeitig vorhandene Urteilschwäche und die Abstumpfung der höheren Gefühle (schamlose öffentliche Akte u. dgl.)

Das Wegfallen sonst vorhandener Hemmungen kann den Trieb im Effekt gesteigert erscheinen lassen bei allen mit Herabsetzung der Intelligenz oder mit Trübung des Selbstbewusstseins einhergehenden Störungen. So finden wir geschlechtliche Akte im Widerspruch mit Sitte und Gesetz im Rausche, bei Schwachsinnigen, bei senil Dementen, bei chronischen Alkoholisten, bei Epileptikern. Die Urteilschwäche oder die Bewusstseinstrübung ist bei diesen Zuständen als die Ursache davon anzusehen, dass der Trieb sich häufig in irgend einer durch die Umstände grade gegebenen Richtung, nicht aber in dem Streben nach dem normalen Ziele bewegt; der nicht klar bewusste Drang führt zu Handlungen, denen bloß noch irgend eine mehr oder weniger nahe Beziehung zum Geschlechtsakt innewohnt (Spielen mit den Genitalien von Kindern, Exhibitionieren u. dgl.). Namentlich die sexuellen Vergehen bei Epileptikern in Dämmerzuständen sind in dieser Hinsicht charakteristisch; ich kannte einen jugendlichen, ausserhalb der Anfälle bescheidenen und gesitteten Epileptiker, der in dem Stadium der Bewusstseinstrübung im Anschluss an klassische Anfälle wiederholt sexuelle Attentate auf seine Umgebung machte, z. B. zuerst versuchte, die Saalschwester zu vergewaltigen, dann aber sich auf einen im Bett liegenden Paralytiker stürzte und ihn an den Genitalien misshandelte; als Motiv wirkte augenscheinlich ein unklar empfundener Trieb, dessen so verschiedenen Aeusserungsweisen die Beziehung zur Geschlechtssphäre nur im allgemeinen zu Grunde lag. —

Die in der Form von „Zwangshandlungen“ in die Erscheinung tretenden, anscheinend quantitativen, Veränderungen des Geschlechtstriebes fallen unter die allgemeine Beurteilung der Zwangshandlungen überhaupt, da das Wesentliche bei ihnen die formale psychologische Störung, nicht die besondere Triebrichtung darstellt; das Gleiche gilt für „impulsive“ sexuelle Handlungen, die wir im nächsten Kapitel streifen werden.

Das Verhältnis der Zwangsvorgänge zu geschlechtlichen Anomalien im allgemeinen ist auf dem Pariser Kongress (1900) Gegenstand des Referates gewesen, (Referenten Garnier und v. Krafft-Ebing). Dass diese Referate den heutigen Standpunkt unsres Wissens in allgemein gültiger Weise wiedergeben, kann nicht zugestanden werden. Garnier bringt die Mehrzahl aller sexuell-abnormen Triebäusserungen unter dem Begriff der Zwangsvorgänge unter; die

Aufgabe des ärztlichen Sachverständigen sieht er in der Feststellung, ob der Zustand des angeschuldigten Individuums einem der bekannten Typen geschlechtlicher Entartung entspricht; ist das der Fall, so sei die Unwiderstehlichkeit des Triebes und damit die Unzurechnungsfähigkeit nachgewiesen. Gegen ein solches Operieren mit dem Begriff der Entartung, als eines ohne weiteres exkulpierenden Zustandes, kann nicht entschieden genug protestiert werden, ganz abgesehen davon, dass bei einer grossen Zahl sexuell abnormer Handlungen die Voraussetzungen für die Annahme einer „Zwangshandlung“ gar nicht vorhanden sind. Wenn die Thatsache, dass ein Individuum seinen in der Richtung vom Normalen abweichenden Antrieben unterliegt, ohne weitere Prüfung genügend wäre für den Nachweis der Unwiderstehlichkeit der Antriebe, brauchten wir keine gerichtliche Psychiatrie; auch für den Richter ist dieser Standpunkt ganz unannehmbar.

v. Krafft-Ebing geht nicht so weit; er trennt eine Reihe von Zuständen sexueller Anomalie von den Zwangsvorgängen ab und verlangt bei diesen mit Recht den Nachweis der Unwiderstehlichkeit des Triebes im konkreten Falle, resp. die Ermittlung der Gründe, welche überhaupt oder grade diesmal den Zwang bewirkten. Bei nachgewiesener „Zwangshandlung“ ist der Thäter nicht verantwortlich zu machen. Der Ausweg, den er für den Fall vorschlägt, dass der Geisteszustand im Moment der That als ein krankhafter nicht anerkannt werden könne, nämlich § 52 des St.G.B. (Mangel der Strafbarkeit bei Nötigung „durch unwiderstehliche Gewalt“) heranzuziehen, ist in keiner Weise zulässig; die „unwiderstehliche Gewalt“ des § 52 bezieht sich nur auf solche Einwirkungen, die die Körperkräfte durch direkte Einwirkung auf die Bewegungsmuskeln dem freien Willen entziehen (vergl. z. B. Olshausen's Kommentar); ausserdem ist für die Anwendung des § 52 gar kein Bedürfnis vorhanden; wenn der Sachverständige die „Zwangshandlung“ nicht mit gutem Gewissen als eine „krankhafte Störung der Geistesthätigkeit“ bezeichnen kann, so sind eben die sachlichen Voraussetzungen der Zwangshandlung nicht gegeben, und der Thäter ist verantwortlich. —

Bei der Darstellung der qualitativen Veränderungen des Geschlechtstriebes stossen wir gleich im Beginn auf die Schwierigkeit der Begrenzung des Begriffes „normal“ in Bezug auf die Aeusserungsweise der Triebbefriedigung.

Die Auffassung, dass nicht normal alle diejenigen geschlechtlichen Handlungen seien, bei denen die Erfüllung des Zweckes der Fortpflanzung ausgeschlossen sei, ist vielleicht von einem streng moralischen Standpunkte aus haltbar, ist aber als Abgrenzungsprinzip für praktisch forensische Zwecke nicht zu brauchen. Von diesem Standpunkte aus wäre geschlechtlicher Verkehr mit bereits schwangeren oder mit operativ unfruchtbar gewordenen Frauen u. dgl. eine sexuelle Anomalie; davon kann natürlich hier keine Rede sein. Dagegen werden wir zum Begriff des Normalen an Kennzeichen zu fordern haben: Mannbarkeit beider Teile und Benutzung der für die Geschlechtszwecke vorgesehenen Wege. Eine Fortdauer des sexuellen Lebens bis in das Greisen-

alter hinein kann in Anbetracht der grossen individuellen Schwankungen in dieser Hinsicht nicht ohne Weiteres als abnorm bezeichnet werden, wenigstens nicht beim Manne; bei der Frau wird die Grenze für das natürliche Empfinden weniger durch den äusserlich oft unmerklichen Eintritt der Menopause, als durch die Zeichen der beginnenden allgemeinen Rückbildung gezogen. —

Geschlechtliche Triebrichtungen, die vom „Normalen“ abweichen, sich also beispielsweise auf Kinder, Tiere, auf päderastische Akte u. dgl. beziehen, werden als „pervers“ bezeichnet, und man unterscheidet in der Substantivbildung des Wortes Perversität und Perversion.

Der Unterschied, der konventionellerweise zwischen diesen beiden Bezeichnungen gemacht wird, ist der, dass der Name „Perversität“ sich auf die Art des einzelnen Aktes bezieht und zugleich besagen will, dass es sich nicht um etwas Krankhaftes handelt, während „Perversion“ eine dauernde abnorme Triebrichtung meint mit dem Nebensinn einer auf der Grundlage einer psychisch abnormen Gesamtpersönlichkeit entstandenen Abweichung. Die Trennung in dieser Weise ist nicht immer scharf durchzuführen.

In der Sexuallitteratur werden weiter häufig in Gegensatz gebracht „angeborene“ und „erworbene“ Störungen des geschlechtlichen Empfindens und Handelns. Aus dem oben im allgemeinen über die Entwicklung des Trieblebens Gesagten geht hervor, dass „angeborene“ Störungen in dem Sinne nicht anzuerkennen sind, dass abnorme Vorstellungen sexueller Art schon mitgebracht würden oder sich mit Sicherheit entwickeln müssten. Alle Triebe erhalten den zugeordneten Vorstellungsinhalt erst im Einzelleben; was von vorneherein abnorm sein kann, ist eine das gewöhnliche Maass überschreitende Bestimmbarkeit des Geschlechtstriebes durch zufällige erste Eindrücke (Binet, v. Schrenck-Notzing), und eine vom Gewöhnlichen abweichende Gefühlsbetonung, durch welche Lust und Unlust nicht von denselben Eindrücken hervorgerufen werden, wie bei der Mehrzahl der übrigen Menschen. Diese beiden prinzipiellen psychischen Eigentümlichkeiten finden wir aber als eines der Zeichen der Entartung und zwar nicht bloss beim Geschlechtstriebe.

Die hier und da zur Erklärung gewisser sexueller Anomalien auftauchenden Theorien, wie z. B. die vom weiblichen Gehirn im männlichen Körper u. dgl. wirken glücklicherweise nur noch komisch.

Für alle qualitativen Anomalien ist endlich allgemein daran festzuhalten, dass keine noch so seltsame, widerwärtige oder ekelhafte Form in der Befriedigung des Geschlechtstriebes an sich irgendwie den Schluss erlaubt, dass der Geisteszustand des Thäters ein krankhafter sei; der Laien und gelegentlich auch laienhaften Aerzten in auffallenden Fällen sehr plausible Schluss: „So etwas thut doch nur ein Geisteskranker“, wird durch die Erfahrung in keiner Weise gestützt; es gibt, vielleicht ausser der Anthropophagie, kaum



irgend eine sexuelle Scheusslichkeit, die nicht auch von bloss verkommenen, aber nicht geisteskranken Individuen verübt würde. Der gewiesene Weg für die Untersuchung des ärztlichen Sachverständigen ist hierbei kein anderer, als bei andersartigen strafrechtlichen Zusammenstössen eines Individuums; entweder ist bei dem Thäter eine ausgesprochene geistige Erkrankung nachweisbar; dann entbindet dieser Nachweis von der Notwendigkeit, das Zustandekommen des fraglichen Deliktes besonders zu analysieren; oder der Thäter ist zwar nicht im eigentlichen Sinne geisteskrank, gehört aber zu den „Entarteten“, oder leidet an einer Neurose, oder an einer Herabsetzung der intellektuellen Fähigkeiten u. dgl., dann ist zu untersuchen, ob der abnorme Trieb nach Lage der Dinge in der geistigen Gesamtpersönlichkeit als ein krankhafter und unwiderstehlicher anzusehen war. Ist von alledem nichts vorhanden, so ist die Aufgabe des Sachverständigen mit eben dieser Feststellung erschöpft. —

Von den qualitativen Anomalien des Geschlechtstriebes beansprucht mit Recht das grösste Interesse die sogenannte „konträre Sexualempfindung“. Der Name bezeichnet sowohl das wesentliche Einzelsymptom einer wohlcharakterisierten Störung, wie den gesamten Zustand; in letzterem Sinne ist er gleichbedeutend mit „Homosexualität“ („Urningsliebe“, „Uranismus“).

Die wissenschaftliche Kenntnis dieser sexuellen Anomalie gehört den letzten Jahrzehnten an; die Entwicklung dieser Kenntnis knüpft sich hauptsächlich an die Namen in erster Linie von Casper und Westphal, dann von Krafft-Ebing, Moll, Eulenburg, von Schrenck-Notzing, Raffalovich.

Für die praktisch forensischen Zwecke ist das wichtigste Ergebnis die Einsicht, dass die konträre Sexualempfindung eine selbständige, auf dem Boden abnormer Veranlagung erwachsende Störung ist, die mit der Päderastie in keiner Weise identifiziert werden darf.

Ihr Wesen besteht in reinen Fällen in einer Verkehrung der Geschlechtsempfindung in der Weise, dass der Trieb sich auf dem gleichen Geschlechte angehörige Individuen richtet, bei gleichzeitig vorhandenem Widerwillen gegen geschlechtliche Beziehungen zum andern Geschlecht; tritt der Geschlechtstrieb schon in seinen ersten Regungen in dieser abweichenden Richtung in die Erscheinung, so wird von einer „angeborenen“ Störung gesprochen, im Gegensatz zu der im Laufe des Lebens „erworbenen“; in welchen Sinne dabei von „angeboren“ überhaupt die Rede sein kann, ist schon erörtert worden.

Die wachsende casuistische Erfahrung, für die mit ganz besonderem Eifer Material zusammengebracht worden ist, lehrt, dass zwischen den ursprünglich für gegensätzlich gehaltenen beiden Formen der Störung Uebergangsbilder vorkommen.

Sie hat weiter gelehrt, dass die Verkehrung der Geschlechtsempfindung wohl niemals das einzige psychisch Abweichende darstellt, was die Träger dieser Form von Störung aufweisen. Gemeinsam sind der Mehrzahl dieser

Individuen die erbliche, oft sehr starke, nervöse Belastung und diejenigen körperlichen und geistigen Merkmale, in denen wir greifbare Zeichen erblicher Einflüsse zu erblicken gelernt haben (organische Degenerationszeichen im Sinne der Seite 414ff. besprochenen, Ungleichmässigkeit der geistigen Entwicklung, intelleciuelle Mängel neben oft glänzender Phantasiebegabung, Neigung zum Erkranken an Neurosen und Psychosen u. dgl.).

Auffallend ist weiterhin bei zahlreichen Individuen dieser Art der unverhältnismässig grosse, manchmal geradezu beherrschende Einfluss, den der geschlechtliche Faktor auf die Gestaltung des ganzen Lebens ausübt.

Alle diese Eigentümlichkeiten haben dazu geführt, in der conträren Sexualempfindung, wenn sie als lebenslänglich dauernder Zustand vorhanden ist, eine der Aeusserungsweisen der Entartung (vergl. Seite 413ff.) zu sehen; die forensische Würdigung von strafrechtlich nicht gleichgiltigen Handlungen echter Conträrsexualer unterliegt somit keinen andern, als den für die Beurteilung der „Entarteten“ überhaupt giltigen Gesichtspunkten. —

Die Häufigkeit der echten conträren Sexualempfindung, d. h. derjenigen Fälle, bei denen Beziehungen oder Neigung zum andern Geschlechte von vornherein gefehlt und sich niemals entwickelt haben, wird wohl überschätzt; es liegt sehr nahe, dass Individuen, die in strafrechtliche Conflicte in sexueller Beziehung gerathen, Angesichts des Märtyrer-Cultus, der hie und da mit den Conträrsexualen getrieben wird, leicht dazu verführt werden, sich auch in deren Schaar einreihen lassen zu wollen; bei andern wirkt der erwähnte suggestive Einfluss der Sexuallitteratur mit, der in einer grossen Anzahl von Autobiographien leicht kenntlich herausspringt; kurz, es ist nützlich, auch schon zur Würdigung der bald zu erwähnenden Agitation auf Aenderung gewisser Bestimmungen des Strafgesetzbuches, die angeblich grosse Häufigkeit dieser reinen Fälle, die überhaupt dabei nur in Betracht kommen, nicht ohne genaue Kritik anzunehmen.

Die Formen, in denen das geschlechtliche Leben der Homosexuellen sich bewegt, sind in den verfeinerten Triebäusserungen die gleichen, wie bei den normalen Menschen, den Heterosexuellen — Verliebtheit, Eifersucht, schwärmerische Freundschaften u. dgl.; in grobsinnlicher Beziehung fehlt die anatomische Möglichkeit der erstrebten körperlichen Vereinigung; als Ersatz dafür wird wenigstens die möglichst nahe körperliche Berührung (Umarmungen, gemeinsames Schlafen) geübt, und der befriedigende Abschluss durch Reibungen, Coitus inter femora, gegenseitige oder einseitige Onanie usw. herbeigeführt.

Ob ein Conträrsexueller zu Päderastie kommt, hängt nicht von der abnormen Sexualempfindung, sondern, wie bei normal Empfindenden, aber sexuell Verkommenen, von dem Maasse der ästhetischen und ethischen Abstumpfung ab; die Homosexualität hat, wie nochmals hervorgehoben werden soll, an sich zur Päderastie keine prinzipiellen Beziehungen.

Das Verständnis für die Eigentümlichkeit der conträren Sexualempfindung wird erleichtert, wenn man sich gegenwärtig hält, dass das Auftreten homo-

sexueller Neigungen überhaupt eine keineswegs seltene Erscheinung ist. Die allgemein gültige Thatsache, dass alle Triebe den zugeordneten Vorstellungsinhalt nicht mitbringen, sondern erwerben, lässt es in gewissen Grenzen vom Zufall abhängen, an welche äusseren Eindrücke Triebvorstellungen sich anknüpfen; bei Tieren und unter bestimmten äusseren Verhältnissen bei jugendlichen Menschen, (in Internaten bei Abwesenheit weiblicher Wesen), treten homosexuale Regungen in manchmal klassischer Ausbildung auf, wofür ich selbst vor einigen Jahren Beispiele beigebracht habe. Was diese Dinge von der conträren Sexualempfindung unterscheidet, ist, dass diese Form der sexuellen Richtung nur stellvertretend erscheint und in der Regel erlischt, sobald die Gelegenheit zu normalen Triebäusserungen gegeben wird. Trotz dieses wesentlichen Unterschiedes haben die Beobachtungen über „normale“ conträre Sexualempfindung ihre Bedeutung; sie zeigen, dass die Möglichkeit zum Auftreten derselben psychologisch überall gegeben ist; was bei den echten dauernd Homosexuellen dazu kommt, ist eben die abnorme psychische Veranlagung, auf deren Boden die irgendwie entstandene, abweichende Triebrichtung sich fixiert und so sehr herrschend wird, dass Neigung zum andern Geschlechte daneben keinen Platz mehr findet; diese Auffassung der Verhältnisse, die in der Erscheinungsform der Homosexualität nichts prinzipiell Abweichendes erblickt, macht auch das Vorhandensein von Uebergangsformen (nacheinander und nebeneinander Vorkommen von homosexuellen und heterosexuellen Neigungen) leicht verständlich. —

Die forensischen Beziehungen, zu denen die conträre Sexualempfindung führen kann, sind gegeben durch den § 175 des St.G.B.:

**„Die widernatürliche Unzucht, welche zwischen Personen männlichen Geschlechtes oder von Menschen mit Tieren begangen wird, ist mit Gefängnis zu bestrafen; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“**

Unter widernatürlicher Unzucht zwischen Personen männlichen Geschlechtes versteht das Volksbewusstsein die Päderastie (*Immissio penis in anum*); in der juristischen Litteratur besteht keine Einigkeit darüber, was zu den „beischlafähnlichen Handlungen“ zu rechnen sei, die als Kennzeichen der widernatürlichen Unzucht gelten; die Ansichten gehen teilweise dahin, dass schon in Friktionen am fremden männlichen Körper, durch *Coitus inter femora* und dergl., auch ohne päderastische Akte, der Thatbestand des § 175 gegeben sei; v. Liszt dagegen sagt (S. 400): „Dabei haben wir unter Unzucht nur Beischlaf und beischlafsähnliche Handlungen (*Coitus per anum*) zu verstehen.“

Die Thatsache liegt vor, dass die praktische Auslegung des Paragraphen vielfach in dem weiteren Sinne geübt wird, und dass Conträrsexuale, die zwar nicht päderastieren, aber andre beischlafsähnliche Handlungen vornehmen, von Strafe bedroht sind. Eine ungewollte Nebenwirkung dieses Paragraphen ist die Züchtung eines Erpressertums (*Chantage*), das mit nicht geringer Häufigkeit diejenigen, die sich mit den gewerbsmässigen männlichen Prostituierten eingelassen haben, zum finanziellen Ruine führt oder zum Selbstmorde treibt.



Natürlich gilt dies nicht nur für die auf krankhafter Grundlage sexuell abnorm Handelnden.

Die vor einigen Jahren mit grosser agitatorischer Energie begonnene und, trotz der bisherigen Misserfolge immer wieder erwachende Bewegung, die auf Beseitigung oder wesentliche Aenderung des § 175 gerichtet ist, bringt hauptsächlich folgende Gründe vor:

Die Fassung des Paragraphen, der seinerzeit auch gegen den Widerspruch der preussischen wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen zu stande gekommen ist, entspricht nicht der modernen wissenschaftlichen Erkenntnis. Seine Strafbestimmungen bedrohen weit häufiger, als angenommen wird, unschuldige, d. h. kranke Menschen, die Conträrsexuellen. Beischlafsähnliche Handlungen (ausschliesslich Päderastie) werden fast nur von kranken Individuen ausgeführt. Päderastie ist bei diesen eine Seltenheit; die fraglichen Vergehen werden in einem „Notstande“, aus „krankhafter Nötigung“, unter einem unwiderstehlichen Zwange begangen; ein Unterlassen derselben ist nur möglich um den Preis körperlichen und seelischen Siechtumes unter oder durch Automasturbation. Die Strafe vermag diese Individuen nicht zu ändern; dagegen werden dieselben, auch im Falle einer Freisprechung, schon allein durch die Eröffnung des Verfahrens sozial ruiniert.

Neben diesen mehr ärztlichen Gesichtspunkten werden juristische Einwände erhoben, dass der Paragraph die grössten Ausschreitungen, sobald sie nur zwischen Personen verschiedenen Geschlechts stattfinden oder von Weibern mit Weibern geübt werden, straflos lasse, dass durch die unter Strafe gestellten Delikte, ausser wenn sie an Minderjährigen geübt werden, kein Eingriff in die Rechte Dritter geschehe, Einverständnis des Partners vorausgesetzt u. dgl. m.; die bedenkliche Folge des Erpressertumes wird dabei ebenfalls nicht übersehen.

Vorgeschlagen wird, entweder den § 175 zu beseitigen oder die Strafbestimmungen auf unzüchtige Handlungen an Minderjährigen einzuengen oder wenigstens dem Paragraphen eine authentische Auslegung in dem Sinne zu geben, dass er sich nur auf den Thatbestand der Päderastie beschränkt.

Ein Teil dieser Aufstellungen ist als berechtigt anzuerkennen; andern gegenüber — aus dem Folgenden ergibt sich, gegenüber welchen — sind doch wesentliche, ärztlich begründete Bedenken vorzubringen.

Dass die Häufigkeit des Vorkommens von echter konträrer Sexualempfindung vielfach wohl überschätzt wird, ist oben bereits erwähnt; von diesem Gesichtspunkte aus wäre eine Reform strafgesetzlicher Bestimmungen nicht von der agitatorisch behaupteten Dringlichkeit.

Falsch ist sodann, dass, wie v. Krafft-Ebing<sup>1)</sup> (Der Conträrsexuale vor

1) Den angeführten Satz hatte ich bereits in einer früheren Arbeit citirt und als unrichtig bezeichnet; in einer Besprechung dieser Arbeit sagt v. Krafft-Ebing (allg. Z. für Psychiatrie, Bericht über die Litteratur des Jahres 1896), ich hätte das Citat aus dem Zusammenhang gerissen und damit den Sinn entstellt. Ich setze deswegen den ganzen Satz her. „Schon oben wurde auseinandergesetzt, dass Individuen, welche blos beischlafähnliche

dem Strafrichter, Seite 20) angiebt, „Individuen, welche blos beischlafähnliche Handlungen mit Personen des eignen Geschlechts begehen, ausnahmslos krankhafte Menschen sind“; allein die Erfahrungen über die Vorkommnisse in Alumnaten würden genügen, um diese Aufstellung zu widerlegen. Falsch ist in dieser Allgemeinheit die Angabe, dass der Trieb zu diesen Handlungen bei den Konträrsexuellen ein unwiderstehlicher sei; gewiss ist er das manchmal, und der ärztliche Sachverständige wird, wenn genügend krankhafte allgemeine psychische Erscheinungen vorhanden sind, die Unwiderstehlichkeit des Triebes dem Richter wahrscheinlich machen können, ebenso wie bei andern Triebäusserungen; aber an sich ist der in der Richtung abweichende Trieb des Konträrsexuellen noch kein „unwiderstehlicher“.

Mit Unrecht wird ins Feld geführt, dass die auf Grund des § 175 verhängte Strafen die Individuen nicht zu bessern vermöge; dieser Einwand ist zwar an sich nicht unrichtig, gilt aber in sehr viel weiterem Umfange auch für alle möglichen Strafbestimmungen auf ganz andern Gebieten und trifft nur eine Seite der den Strafbestimmungen eigenen Wirkung. Der Zweck, der strafgesetzlichen Vorschriften sehr wesentlich innewohnt, als Gegenmotiv bei Antrieben zu verbotenen Handlungen zu wirken, wird von § 175 sehr wohl erfüllt, wie eine aufmerksame Lektüre der Autobiographien der Homosexuellen lehrt, in denen nicht so selten die Angabe wiederkehrt, dass grade die Rücksicht auf die angedrohten Strafen Anlass gewesen sei, den abnormen Neigungen nicht nachzugeben. Der Paragraph wirkt also als ein von den betreffenden, zum Teil an der Grenze der Zurechnungsfähigkeit stehenden, Individuen selbst als solches empfundenes Hilfsmittel bei Ueberwindung krankhafter Antriebe, und diese Wirkung darf nicht unterschätzt werden, so lange man noch der Meinung ist, dass eine weitere Ausdehnung in der Ausübung geschlechtlicher Schmutzereien ein nicht wünschenswertes Ziel ist.

Diese Wirkung ist in noch höherem Maasse vorauszusetzen gegenüber den sexuellen Antrieben bei nicht Kranken, die auf irgend einem der vielen Wege dazu gekommen sind, von dem normalen Geschlechtsverkehr nicht mehr befriedigt zu werden, und die nun in Variationen ein neues Reizmittel zu suchen. Für diese würde die Aufhebung einer als lästige Fessel empfundenen Strafbestimmung sogar gewissermaassen als Anreiz dienen, die neugewonnene Freiheit auszunützen; „die Bahn ist frei“! Dieser letztere Gesichtspunkt zeigt, dass es keineswegs dasselbe ist, eine bestehende Strafbestimmung plötzlich aufzuheben oder sie überhaupt nicht zu erlassen.

Aus alledem ergibt sich, dass der aus manchen Gründen gewiss wünschens-

---

Handlungen mit Personen des eigenen Geschlechts begehen, ausnahmslos krankhafte Menschen sind. Das kann das Volksbewusstsein unmöglich wollen, dass Mitmenschen . . .“ usw. An dem Sinne dieses Satzes ist gar nichts zu entstellen; die Logik zeigt, dass er falsch ist, sobald der sehr leicht zu führende Nachweis vorliegt, dass auch gesunde Menschen beischlafähnliche Handlungen begehen. Diese nicht zu bestreitende Thatsache erschwert zweifellos die Agitation gegen den § 175 des St.G.B.

werten Aenderung der Bestimmungen des § 175 anderseits Bedenken gegenüberstehen, die ich für genügend wichtig halte, um die öffentliche Agitation gegen den § 175 zu verwerfen.

Die Konträrsexuellen sind als Kranke oder wenigstens krankhaft Veranlagte zu bedauern; daraus folgt keineswegs, dass es nötig sei, gesetzgeberisch einzugreifen, um a priori Straffreiheit bei den entsprechenden Vergehungen für Gesunde und Kranke zu schaffen, die den wirklich Kranken schon jetzt durch den § 51 des St.G.B. gesichert ist.

Die auf den letzten Seiten mehrfach erwähnte Päderastie ist keine ihrem Ursprung nach einheitliche Erscheinung und vor allem als solche keine krankhafte Erscheinung. Die Ausübung derselben setzt in bestimmter Richtung eine Abstumpfung des ästhetischen und ethischen Fühlens voraus, die erfahrungsgemäss am häufigsten durch lange fortgesetzten Missbrauch der Genitalorgane, vor allem durch komplizierte onanistische Manipulationen mit künstlich hergestellten Mitteln, durch erzwungenen jahrelang ausschliesslich männlichen Verkehr unter moralisch tiefstehenden Elementen (Fremdenlegion u. dgl.), erworben wird. Für sexuell verkommene Individuen ist es, um es nackt auszusprechen, häufig einfach eine Kaliberfrage; die mechanischen Schwierigkeiten des Coitus per anum gewähren ihnen einen Reiz, den der normale Verkehr nicht mehr zu erzeugen vermag (vgl. z. B. die Päderastie der Ehefrau!).

Nach der ästhetischen und moralischen Seite wird der Sachverständige forensisch nicht gefragt; Päderasten unterliegen keiner andern Beurteilung, als irgend welche Thäter andrer Thaten; die Besonderheit ihres Thuns, mag es dem normalen Empfinden noch so fern stehen, erlaubt keinen Schluss auf krankhafte Störungen. Der gleichen Beurteilung unterliegen geschlechtliche Akte mit Tieren.

Bei einer Reihe weiter zu besprechender qualitativer Anomalien des Geschlechtstriebes sind die forensischen Beziehungen nicht durch eigentliche sexuelle Akte gegeben, sondern durch begleitende oder stellvertretende Handlungen. Es ist nicht möglich, alle die sehr zahlreichen, mit eigenen Namen bedachten Einzelvarianten, die hierher gehören, aufzuzählen und zu besprechen; es ist dies aber auch keineswegs erforderlich für Denjenigen, der sich über das Prinzipielle der Beurteilung von abnormen Triebäusserungen klar ist. Wir können uns auf die wichtigsten derselben beschränken, die am längsten in der Litteratur Bürgerrecht erworben haben, den „Sadismus“, den „Masochismus“, den „Fetischismus“ und den „Exhibitionismus“.

Die Erscheinung des Sadismus besteht darin, dass beim Geschlechtsakt in begleitenden grausamen, beleidigenden oder gewalthätigen Handlungen eine Steigerung der Lust gesucht wird, oder dass solche Akte überhaupt die Stelle einer eigentlichen geschlechtlichen Handlung vertreten.

Die Erscheinungsformen führen von den einfachen, noch an der Grenze des Normalen stehenden Handlungen, wie Beissen beim Coitus u. dergl., in allen



möglichen Abstufungen bis zur Tötung des Partners beim Geschlechtsakt. Was das letztere anbetrifft, den sogenannten „Lustmord“, so ist keineswegs jeder Notzuchtversuch mit nachfolgender Tötung oder jeder Mord einer Prostituierten dem Sadismus zuzurechnen, wie das in der halbwissenden Tagespresse und bei dem die Sexualliteratur konsumierenden Publikum mit Vorliebe geschieht; bei der Notzucht ist es in der Regel einfach der Wunsch, das Opfer still zu machen und eine Anklägerin zu beseitigen, was als Motiv der Tötung wirkt, (ebenso wie wohl ein ertappter Einbrecher zum Totschläger wird, ohne dass dabei ein besonderer psychologischer Zusammenhang mit der primären That besteht). Anders liegt es schon, wenn an dem vergewaltigten Körper Spuren weitergehender, für die Tötung überflüssiger Eingriffe, wie Herausreissen der Eingeweide und dergl. bemerkbar sind, oder wenn in Intervallen wiederholt Prostituierte in gleicher Weise getötet und verstümmelt werden.

Leichenschändung und Verzehren von Teilen derselben, Dinge, die wohl auch als modifizierter Sadismus anzusehen sind, setzen eine so weitgehende Abweichung vom psychischen Geschehen des Gesunden voraus, dass sie ohne weiteres den Verdacht auf krankhafte geistige Anomalien erwecken müssen; die andern Aeusserungen sadistischer Antriebe, auch die zur Tötung führenden, unterliegen den allgemeinen bei Beurteilung von ungewöhnlichen Triebäusserungen gültigen Grundsätzen. Bei den stellvertretenden sadistischen Akten (wie Stechen oder Schneiden von weiblichen Personen auf der Strasse und dergl.) ist der Zusammenhang mit dem Geschlechtstrieb nicht immer aus der That selber ersichtlich. Der Nachweis eines solchen Zusammenhanges besagt für die forensische Praxis garnichts, so lange nicht anderweitige psychische Anomalien bei dem Thäter nachzuweisen sind.

Gewissermaassen das Gegenstück des Sadismus stellt der Masochismus dar, bei dem passiv erduldete Grausamkeiten, Demütigungen, Misshandlungen beim Sexualakte die Lust bedingen, steigern, oder auch eine eigentliche geschlechtliche Handlung vertreten. Die forensische Bedeutung dieser Abweichung ist gering, da es sich um freiwillig Uebernommenes handelt und ernstere Schädigungen an Leib und Leben kaum vorkommen. —

Häufiger führen die unter dem Namen des Fetischismus zusammengefassten Erscheinungen zu strafrechtlichen Zusammenstössen.

Schon normalerweise ist die Auswahl dessen, was am andern Geschlechte als besonders reizvoll erscheint, eine individuell sehr wechselnde und launenhafte, (Haar, Hand, Augen, Busen, Fuss, besondere Art der Kleidung, des Parfums usw.). Bei dazu Disponierten kann diese Differenzierung den Nachdruck so sehr auf etwas bestimmtes Einzelnes legen, dass die ganze Summe der Empfindungen sich daran und nicht mehr an die gesammte begehrte Persönlichkeit anknüpft.

Bei weitergehender Entwicklung vermag der somit zum „Fetisch“ gewordene Körperteil oder Teil der Kleidung an sich die sexuelle Begehrlichkeit aus-

zulösen; Kleidungsstücke bewirken dies dann schliesslich als solche auch ohne jede Beziehung zu einem bestimmten persönlichen Besitzer.

So finden sich auch hier wieder zahlreiche Abstufungen von Denjenigen, die zur geschlechtlichen Anregung einer bestimmten Haarfarbe, eines bestimmten Kostümes u. dergl. bedürfen, bis zu denjenigen, für die schon Schaufenster mit Stiefeln, Hemden, Schürzen oder andern Teilen weiblicher Garderobe ein sexuelles Stimulans bilden, das sie ihn in Versuchung führt. Ob ein solcher „Fetischist“ dazu kommt, sich die ihm reizvollen Gegenstände, die dann gewöhnlich bei onanistischen Akten benutzt werden, auf unrechtmässigem Wege anzueignen (Zopfabschneider, Ladendiebe), hängt wiederum nicht von der abnormen Richtung des Triebes, sondern von den in der gesamten Persönlichkeit disponiblen Gegenmotiven ab; für unzurechnungsfähig kann er im gegebenen Falle, z. B. des Diebstahles, nur dann gelten, wenn krankhafte Einflüsse das Wirksamwerden der Gegenmotive verhindert haben, nicht etwa schon deswegen, weil bei ihm ein ungewöhnlicher und dem normalen Menschen unverständlicher Trieb als Motiv wirkt.

Bei der üblich gewordenen allgemeinen öffentlichen Diskussion der geschlechtlichen Verirrungen ist es leicht verständlich, dass der Fetischismus auch schon als bequeme Ausrede bei gewöhnlichen Diebstählen vorgeschützt wird; eine gewerbsmässige Ausnutzung eines angeblich vorhandenen Fetischismus zur Verübung von Betrügereien an Aerzten beschreiben Alzheimer und Kurella; der betreffende angebliche Fetischist hat auch mich seinerzeit gebrandschatzt. —

Dem Fetischismus nahestehend, ohne doch dazu zu gehören, sind die jedenfalls nicht häufigen Fälle, in denen bestimmte Handlungen, z. B. Entwendungen, als solche von Wollüstgefühl mit oder ohne Angst begleitet werden (vergl. z. B. die Beobachtung von Zingerle). Eine gewisse Beziehung von ängstlicher Spannung zu sexueller Erregung zeigen auch die Fälle von Samenergüssen bei disponierten jugendlichen Individuen, die z. B. während Klassenarbeiten erfolgen.

Der Exhibitionismus, die schamlose Entblössung, das absichtliche zur Schau stellen nackter Körperteile, besonders der Geschlechtsteile giebt den Thatbestand des § 183 des St.G.B.

**„Wer durch eine unzüchtige Handlung öffentlich ein Aergernis giebt, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark bestraft.**

**Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“**

Nachdem schon lange hierhergehörige Beobachtungen bekannt geworden waren, hat meines Wissens zuerst Lasègue vor 23 Jahren unter Anwendung des neuen Namens eine zusammenfassende Darstellung der Erscheinung gegeben. Seitdem ist darüber eine stattliche Litteratur angewachsen, und in einer verdienstlichen Arbeit über diesen Gegenstand hat Seiffer vor kurzem eine Zusammenstellung von 86 Fällen geben können, auf die ich betreffs der kasuistischen

Einzelheiten und der Litteratur hier verweisen kann. Zum besseren Verständnis für das Zustandekommen dieser zunächst äusserst befremdenden Triebrichtung muss man der Thatsache eingedenk bleiben, dass körperliche Entblössungen im Dienste der feineren Aeusserungsformen des Geschlechtstriebes etwas Alltägliches sind und nur wegen ihrer Alltäglichkeit nicht mehr als anstössig empfunden werden. In einer nach Zeitalter, Mode und örtlicher Moral wechselnden Ausdehnung hat das weibliche Geschlecht von jeher unter bestimmten, von der Sitte anerkannten Umständen (Ballet, Ballkleidung) Entblössungen seines Körpers vollzogen, zum Teil in aller Unbefangenheit, zum Teil aber auch in der bewussten Absicht, den männlichen Sexualtrieb rege zu machen (Tingeltangel). Von Seiten des männlichen Geschlechts geschieht innerhalb der gesellschaftlichen Formen etwas Aehnliches nicht. Der nackte männliche Körper hat für das unverdorbene Weib nicht den Reiz, den der weibliche Körper auf den Mann ausübt; ausserdem spricht der Körper des Weibes die Geschlechtsbestimmung in viel grösserer Ausdehnung aus als der männliche, und eine spezifische Entblössung ist bei ihm möglich, ohne dass das normale Schamgefühl „gröblich“ verletzt wird.

Unter bestimmten näher zu besprechenden Bedingungen, die zum grösseren Teile krankhaft beeinflusst sind, tritt nun bei Männern der Trieb auf, die der Geschlechtsbestimmung dienenden Teile vor dem andern Geschlechte zu entblössen. —

Die psychischen Vorgänge, die schliesslich zu den exhibitionistischen Handlungen führen, sind sehr verschiedener Natur. Die betreffenden Akte kommen ausnahmsweise vor bei geschlechtlich unerfahrenen, jugendlichen Individuen, die naiver Weise des Glaubens leben, auf diese Weise „anbändeln“ zu können; so ist mir der Fall eines Gymnasiasten bekannt, der von diesem Wunsche getrieben, sich vor dem Dienstmädchen seines Elternhauses entblösst präsentierte, ohne mehr zu erzielen, als eine Anzeige. Sie entwickeln sich weiter aus frühzeitigen Vorstellungsverknüpfungen in der Weise, dass das zufällige Gesehenwerden von Weibern oder Kindern beim Urinieren einmal eine angenehme Empfindung auslöste, die dann später um ihrer selbst willen durch Entblössungen vor Zeugen gesucht wird, entsprechend dem von uns bei der Formung des Geschlechtstriebes bereits mehrfach erwähnten psychologischen Mechanismus (bei abnormer Bestimmbarkeit des Trieblebens). Sie werden weiter ausgeübt von alten Onanisten, für die das Erschrecken der weiblichen Zeugen oder die Spekulation auf das Auftreten sexueller Empfindungen beim vis-à-vis auch ohne die Absicht der Verführung einen neuen Reiz darstellt (vgl. den von mir 1896 beschriebenen Fall). Sie werden endlich, und das ist das Häufigste, von Individuen begangen, die an Epilepsie oder Psychosen leiden, und zwar vorwiegend an solchen, die mit Herabsetzung der Intelligenz einhergehen, gleichviel ob es sich um angeborenen oder erworbenen Schwachsinn handelt. Bei den Epileptischen ist der Vorgang, analog dem Seite 490 beschriebenen Fall, so zu denken, dass in dem getrübbten Bewusstseinszustand ein dunkler Drang vorhanden ist, der zu einer im allgemeinen sexuellen Handlung



treibt und durch eine zufällige oder bereits vorbereitete Ideenverknüpfung zur Entblössung führt; der abnorme Bewusstseinszustand verhindert ein Wachwerden der sonst verfügbaren Gegenmotive. Dieser letztere Mangel kann auch durch psychische Schwäche (bei Imbecillität, progressiver Paralyse, chronischem Alkoholismus, seniler Demenz) veranlasst werden.

Seiffer findet unter den 86 Fällen von Exhibitionismus 18 Epileptiker, 17 Demente, 13 „Degenerierte“, 8 Neurasthenische, 8 Alkoholiker, 11 „gewöhnheitsmässige“ Exhibitionisten und 10 mal verschiedene andre Zustände; dabei ist die Abgrenzung der Degenerierten und der Neurastheniker als eine nicht sichere anzunehmen; die Akte bei den Degenerierten (im Sinne Magnan's) fallen z. T. unter die Kategorie der impulsiven Handlungen mit vorausgehender Angst und nachfolgendem Gefühl der Erleichterung. Bei manchen funktionellen Psychosen ist Exhibition während der Krankheit nichts Seltenes; da sie aber meist nicht öffentlich, sondern in der Anstalt stattfindet, hat sie kein weiteres forensisches Interesse.

Unter den 86 Fällen finden sich 11 weiblichen Geschlechtes.

Der Hergang beim Exhibitionieren zeigt wenig Abwechselung. Auf Promenaden, auf leeren Strassen, Plätzen oder in Hausfluren, bei Pissoiren, vor Kindern oder weiblichen erwachsenen Personen entblösst der männliche Exhibitionist seine Genitalien, manchmal mit dem Anschein des Urinierens, öfters ohne diesen Vorwand; gelegentlich wird ein besonderes Kostüm dazu gewählt, (langer Mantel ohne Unterkleider), welches ohne lange Vorbereitungen eine ausgiebige Entblössung erlaubt; in dem von mir beschriebenen Falle wurde bisweilen die Genitalgegend mit bengalischen Zündhölzern oder mit Blendlaterne beleuchtet. In den Fällen, die Weiber betrafen, handelt es sich meist um Entblössen der Brüste. Im Allgemeinen sind solche Akte häufiger, als man glaubt; ein grosser Teil davon kommt nicht zur Anzeige, weil z. B. junge Damen eine sehr verständliche Scheu haben, in ein unvermeidliches gerichtliches Verhör über die Einzelheiten des Herganges verwickelt zu werden.

Sexuelle Angriffe werden damit gewöhnlich höchstens in der Form verbunden, dass der Thäter Kinder einladet, die Genitalien zu besehen oder zu berühren; abschliessende Onanie, auch vor Zeugen, kommt vor.

Bei der forensischen Beurteilung gelten folgende Grundsätze. Exhibitionistische Akte verlangen in jedem Falle eine sachverständige Untersuchung des Geisteszustandes des Thäters. Das Auftreten des Triebes und die entsprechende Handlung beweisen an sich Nichts für geistige Abnormalität. Der Nachweis einer Psychose oder sicherer wesentlicher intellektueller Mängel stellt den Thäter unter den Schutz des § 51, ebenso der Nachweis, dass die That in einem epileptischen Anfall oder in einem sonstigen Zustand von Bewusstlosigkeit begangen worden ist. Bei den Entarteten ist die „Unwiderstehlichkeit“ des Triebes (aus den begleitenden Erscheinungen und auf Grund einer Analyse der gesamten geistigen Persönlichkeit) wahrscheinlich zu machen; besondere Umstände (wie vorausgehender

Alkoholgenuss und dergl.) sind in zweifelhaften Fällen zu Gunsten des Angeschuldigten zu verwerten. Starke erbliche Belastung, die in nachweisbaren psychischen Kennzeichen sich äussert, darf im Sinne einer erfahrungsgemäss herabgesetzten allgemeinen Widerstandskraft gegen abnorme Impulse geltend gemacht werden, und kann den Richter zur Annahme mildernder Umstände führen. Beim Fehlen aller dieser Voraussetzungen sind exhibitionistische Akte zu beurteilen wie andre geschlechtliche Vergehungen gegen Sitte und Gesetz. (Vergl. dazu die Ausführungen Aschaffenburg's im ersten Teil, Kapitel V, Seite 94.)

---

## Kapitel IX.

### Impulsives Handeln.

„Impulsives Irresein“. — Impulsive Handlungen im Verhältnis zu den Zwangshandlungen. — Triebrichtung für den Begriff des Impulsiven gleichgiltig. — „Monomanien“. — Impulsive Handlungen im normalen Zustande und bei verschiedenen Formen von Geistesstörung. — Impulsives Handeln der Schwachsinnigen und Entarteten.

Im Anschluss an die Anomalien des Trieblebens haben wir endlich noch die unter dem Namen der sogenannten „impulsiven Handlungen“ zusammengefassten Erscheinungen zu besprechen. „Impulsive Handlungen“ sind identisch mit „Triebhandlungen“ in dem im Anfang des vorigen Kapitels umgrenzten Sinne; es sind eindeutig bestimmte Handlungen, denen ein aus einem der dort angegebenen Gründe überwältigender Trieb als Motiv zu Grunde liegt. Wir können impulsives Handeln finden bei allen Zuständen von Bewusstseins-trübung, gleichviel aus welcher Ursache (Rausch, Delirien, Epilepsie), beim Bestehen abnormer Gefühle und Stimmungen neben gleichzeitiger intellectueller Schwäche, bei manchen Psychosen, endlich bei den sogenannten Entarteten; steht das impulsive Handeln bei letztern beherrschend im Vordergrund des Krankheitsbildes, so spricht man auch wohl von „impulsivem Irresein“. In der forensisch-psychiatrischen Litteratur werden in leicht irreführender Weise die impulsiven Handlungen vielfach mit den „Zwangshandlungen“ zusammengeworfen; es wird bei der Besprechung der psychischen Zwangsvorgänge hervorgehoben werden, dass die Unterscheidung dieser beiden Dinge aus praktischen Gründen notwendig, und auf Grund der klinischen Merkmale leicht durchführbar ist. Was die „Zwangshandlung“ kennzeichnet, das Gefühl des wider Willen und besseres Wissen Gezwungenwerdens, ist bei der impulsiven Handlung nicht deutlich; der dort vorhandene psychisch schmerzhafteste Kampf der Motive mit zweifelhaftem Ausgange fehlt hier; der auftauchende Trieb führt zur Handlung, ehe Gegenmotive wach geworden sind, manchmal unter Angstempfindungen, die nach der That schwinden, andremale von vorneherein mit dem Gefühl der Befriedigung.

Die grosse Zahl der krankhaften Zustände, bei denen impulsives Handeln vorkommt, macht es von vorneherein sicher, dass der im äusseren Anblick anscheinend gleiche Endeffekt auf sehr verschiedenen Wegen zu Stande kommen kann und zu Stande kommt; das Gemeinsame ist immer nur, dass auf äussere oder innere Anstösse ein Trieb erwacht, der ohne normalen vorausgehenden Wahlakt in eine That umgesetzt wird.

Die besondere Richtung des Triebes ist für den Charakter der impulsiven Handlung ganz unwesentlich; wir finden dabei nicht nur den Nahrungstrieb und Geschlechtstrieb, sondern es können Wünsche, Begehrungen, Antriebe in jeder Form, wenn sonst in dem Hirnzustande die Voraussetzungen dazu gegeben sind, zu impulsivem Handeln führen; so findet sich neben den genannten Haupttrieben, um nur die häufigsten Erscheinungen zu nennen, ein abnormer Trieb zum Brandstiften, zum Töten, zum Sammeln, zum Stehlen, zum Herumlaufen u. dgl.

Eine irrtümliche Auffassung in einer verflossenen Periode der gerichtlichen Psychiatrie hat, indem sie in dem Auftreten eines nach Richtung und Stärke ungewöhnlichen Triebes selbst das hauptsächlich Kennzeichnende sah, zur Auffassung der Monomanien geführt (Kleptomanie, Pyromanie u. dgl.), und auch heute tauchen verwandte Anschauungen immer wieder gelegentlich auf. Das Krankhafte bei den impulsiven Handlungen liegt in dem Verhältnis des Triebes zu den übrigen psychischen Vorgängen, und nur wenn gezeigt werden kann, dass Gründe krankhafter Art, die in der Gesamtpersönlichkeit gegeben sind, die Wirksamkeit von Gegenmotiven verhindert haben, sind Triebhandlungen unter den Schutz des § 51 zu stellen. Der § 52 des St. G. B., der das Bestehen einer strafbaren Handlung verneint, wenn der Thäter durch unwiderstehliche Gewalt gezwungen wurde, ist auf den subjektiven psychologischen krankhaften Zwang nicht anwendbar (vgl. dazu S. 491).

Den psychologischen Hergang, dass ein plötzlicher Antrieb ohne Concurrenz mit Gegenmotiven in eine Handlung umgesetzt wird, finden wir gelegentlich auch bei geistesgesunden Individuen; die Triebhandlung nähert sich dabei dem Reflexvorgange.

Sehr charakteristisch ist in dieser Beziehung eine Beobachtung, die H. Gross über ein eigenes Erlebnis mitteilt (Criminalpsychologie S. 98):

„Ich ging einmal Abends durch eine menschenleere Strasse und kam an einem Gasthause grade in dem Augenblicke vorbei, als ein Betrunkener heraus und direkt auf mich geworfen wurde; im selben Augenblicke versetzte ich dem Armen eine kräftige Ohrfeige. Sofort bereute ich die That, zumal der Misshandelte lediglich sein Missgeschick beklagte: „Drinne werde er hinausgeworfen und herausen gehorfeigt.“ Hätte ich dem Manne damals mit der Ohrfeige das Trommelfell gesprengt oder ihn sonst schwer verletzt, so wäre der Criminalfall fertig gewesen, und ich zweifle, dass mir Jemand die „Reflexbewegung“ geglaubt hätte, obwohl ich damals so gut wie heute darüber klar war, dass es in der That eine solche war. Ich habe nicht im Mindesten gewusst, was mir geschehen soll und was ich thue; ich empfand einfach, dass sich mir etwas nicht freundlich naht und diesem trat ich mit einer abwehrenden Bewegung in



Form einer Ohrfeige entgegen; was eigentlich geschehen war, wusste ich erst hinterher, als ich den Schlag gehört und in der Hand empfunden hatte.“

Was den Vorgang in diesem Falle und bei ähnlichen dennoch über die Reflexbewegung stellt und ihn den Triebhandlungen anreicht, ist, dass die Abwehrbewegung aus der Empfindung von etwas Feindlichem hervorging, dass also doch eine primäre Beteiligung des Bewusstseins mit motorischem Impulse dabei vorhanden war.

Die Disposition zum Auftreten derartiger „normaler“ impulsiver Handlungen ist individuell sehr verschieden; unter bestimmten Umständen bleiben sie straflos; manche Fälle von Ueberschreitung der Notwehr in Bestürzung, Furcht, oder Schrecken (§ 53 St.G.B.) gehören hierher; im Allgemeinen aber nimmt das Gesetz an, dass der erwachsene, geistig gesunde Mensch im Stande ist, solchen Impulsen erfolgreich zu widerstehen.

Unter abnormen Verhältnissen tritt eine Erleichterung der Bewegungsauslösung ein, die das Auftreten impulsiven Handelns begünstigt; der in dieser Beziehung vor allem wirksame Faktor ist der Alkohol, bei dem Beobachtung und Experiment in gleicher Weise eine Zeitlang, vor Eintritt der lähmenden Wirkung, eine erleichterte motorische Umsetzung erkennen lassen.

Von den krankhaften Geisteszuständen zeigt die Manie am reinsten dasselbe Symptom, das zu Zusammenstößen mit der Umgebung infolge wörtlicher oder thätlicher Aeusserungen führt, ohne dass dabei irgend eine intellektuelle Minderung bestände; Impulse führen zu Handlungen, ehe Gegenmotive Zeit hatten, wach zu werden.

Während der psychologische Hergang bei den bisher genannten Zuständen verhältnismässig durchsichtig war, können wir uns bei andern nur ungefähr eine Vorstellung von dem geistigen Geschehen machen. Bei den impulsiven Handlungen der Epileptiker wirken sicherlich sehr verschiedene Dinge mit: besondere Lebhaftigkeit eines Triebes, starke und meist unangenehme Affekte (Angst, Zorn, Schrecken), Bewusstseinstrübung; es beruht darauf die bekannte Gefährlichkeit der Epileptiker, bei denen weder Sinneswahrnehmungen, noch Associationsvorgänge wirksame Gegenmotive erwecken. Die impulsiven Handlungen dieser Kranken, so verschieden sie bei den einzelnen Individuen sind (Weglaufen, Brandstiften, Tötungsversuche, Diebstähle, geschlechtliche Attentate usw.), kehren doch nicht so selten in jedem neuen epileptischen Anfälle in gleicher Weise wieder, so dass Gleichheit periodisch wiederkehrender Delikte bei unbekannter Thäterschaft von vornherein den Verdacht auf epileptische Handlungen erwecken muss.

Bei den impulsiven Handlungen der Entarteten ist die organische Grundlage häufig deutlich erkennbar in dem Nebeneinandervorkommen von impulsiven Handlungen und körperlichen Tics irgendwelcher Muskelgebiete; der Vorgang ist dort wie hier im Prinzip der gleiche: Auftreten motorischer Impulse und wirklicher Bewegungen, ohne dass die normalerweise vor-

ausgehenden psychischen Vorgänge stattgefunden hätten. Die Wesensgleichheit der Tics mit den impulsiven Handlungen ist ohne weiteres in die Augen springend in den Fällen, in denen es sich um einzelne, wenn man so sagen darf, elementare Impulse handelt, Ausstossen eines schmutzigen Wortes (Koprolalie) u. dgl., wie dies bei der „*Maladie des tics*“ ein häufiges Vorkommnis ist. Zur forensischen Beurteilung geben meist kompliziertere impulsive Handlungen Anlass, bei denen man aber über ihrer besonderen jedesmaligen Beschaffenheit das Prinzipielle der Entstehung auf dem Boden der Entartung (oder des Schwachsinn) nicht übersehen darf. Was die Erscheinungsform im Einzelnen anbetrifft, so finden wir dabei neben andern unregelmässigeren einige bestimmte, häufiger wiederkehrende; hierher gehört vor allem der Trieb zum Brandstiften und zum Stehlen, bei Kindernädchen der Trieb zur Tötung der ihnen anvertrauten Kinder; bei allen diesen Fällen, die vorzugsweise dem jugendlichen Alter, und dem weiblichen Geschlechte öfter als dem männlichen eigen sind, sind besondere körperliche Zustände als auslösende Momente häufig nachweisbar (Geschlechtsentwicklung, Menstruation, Schwangerschaft). Die klinische Untersuchung hat dabei die Aufgabe, die krankhaften Wurzeln der impulsiven Handlungen in der Gesamtpersönlichkeit aufzuzeigen; Auffallendes bei der That selbst, Sinnlosigkeit, Zwecklosigkeit, Nutzlosigkeit für den Thäter, Mangel an Reue hinterher u. dgl. gibt an sich zunächst nur die Aufforderung, den Geisteszustand des Thäters zu prüfen, aber keinen sichern Beweis für eine geistige Anomalie.

## Kapitel X.

### Psychische Zwangsvorgänge.

Zwangsvorstellungen. — Subjektives Gefühl des Zwanges und Einsicht für das Krankhafte der Erscheinung. — Unterschied von Zwangsvorstellungen und Wahnideen. — Verschiedener Grad der Beeinflussung des Handelns durch Zwangsvorstellungen. — Zwangsantriebe, Zwangshandlungen. — Richtung der Zwangsantriebe für die Beurteilung unwesentlich. — Gerichtliche Bedeutung der Zwangsvorgänge. — Grundsätze bei deren Beurteilung.

Die psychischen Zwangsvorgänge behandeln wir hier im Anschluss an die Erörterung der Störungen des Willens; das allen hierhergehörigen einzelnen Erscheinungsformen derselben Gemeinsame ist eine krankhafte innere Beeinträchtigung der freien Verfügung des Individuums, sei es über den Ablauf seiner Gedankengänge, sei es über die Gestaltung seines Willens. Die Zwangsvorstellungen werden sonst wohl bei den krankhaften Störungen des Vorstellens besprochen; für die gerichtsärztliche Beurteilung steht der Gesichtspunkt des „Zwanges“ so sehr im Vordergrund, dass wir ihn für die Anreihung der Zwangsvorgänge an die Störungen des Willens bestimmend sein lassen wollen.

An psychischen „Zwangsvorgängen“, die forensische Bedeutung haben, kennen wir zwei Formen, die Zwangs-Vorstellungen und die Zwangs-Antriebe. Der verschiedenartige Gebrauch dieser Bezeichnungen und die schwankende Ausdehnung, die den damit gemeinten Vorgängen zugeteilt wird, macht es notwendig, die Grenzen hier möglichst genau zu ziehen; ein Missbrauch der Zwangs-Bezeichnung ist besonders geeignet, bei dem Richter die Schätzung der forensisch-psychiatrischen Wissenschaft zu untergraben.

Die Quelle aller Missverständnisse, an denen die gerichtlich-psychiatrische Litteratur in Bezug auf die Zwangs-Vorgänge und Zwangs-Zustände an vielen Stellen leidet, ist der Doppelsinn des Wortes „Zwang“. Krankhafte psychische Erscheinungen, die das Handeln eines Menschen in eine bestimmte, vom Normalen abweichende Richtung drängen, haben für die Betrachtung eines Dritten sehr häufig den Charakter des „Zwingenden“; für den kranken Selbsthandelnden braucht aber ein Gefühl des Gezwungenwerdens dabei auch nicht andeutungsweise vorhanden zu sein. Ein Kranker, der z. B. infolge bestimmter Wahnideen tagelang in seltsamen Stellungen verharret, scheint vom Standpunkte des Gesunden aus unter dem Zwange von etwas Fremdartigem zu stehen, und steht in der That unter einem solchen; ein subjektives Gefühl des Zwanges kann dabei aber völlig fehlen; der gedachte Kranke thut, oft sicherlich mit dem Gefühle eines freien Entschlusses, das seinen inneren Voraussetzungen Angemessene.

Die allgemeine Thatsache des bezwingenden Einflusses krankhafter psychischer Erscheinungen will also die Bezeichnung „Zwangsvorgänge“ nicht zum Ausdruck bringen; in diesem Umfange gemeint, würde sie für den einzelnen Fall sehr wenig Charakteristisches aussagen.

Auch das meint die Zwangs-Bezeichnung nicht, speziell für Zwangs-Antriebe, dass das Individuum von irgend welchen Impulsen erst nach lebhaftem Widerstande überwältigt wird; eine grosse Zahl von Handlungen Geisteskranker, Selbstmord, Tötung von Angehörigen u. dgl., Handlungen, die aus krankhaft entstandenen Motiven heraus erwachsen, erfolgen erst nach einem mehr oder weniger heftigen Kampfe mit Gegenmotiven, der dem Individuum in aller Schärfe zum Bewusstsein kommen kann. Was bei dem Handeln z. B. auf Grund von Wahnideen, bei einem objektiv erzwungenen Handeln, dem Kranken nicht zum Bewusstsein kommt, ist das Krankhafte seiner Voraussetzungen.

Zu dem Begriffe eines psychischen „Zwangsvorganges“ gehören zwei Haupteigenschaften, deren Fehlen die Anwendung dieser Bezeichnung unzulässig macht: einmal das subjektive Gefühl des Gezwungenwerdens und zweitens die Einsicht in das Krankhafte der Erscheinung.

Letztere Eigenschaft giebt das hauptsächlichste Unterscheidungsmerkmal gegenüber der Gruppe der wahnhaften Vorstellungen, erstere gegenüber Vorgängen, die häufig mit den Zwangshandlungen zusammengeworfen worden



sind, den impulsiven Handlungen. Von den Wahnideen und den impulsiven Handlungen ist bereits oben die Rede gewesen.

Für die „Zwangsvorstellungen“ hat Westphal eine Definition gegeben, von der bis heute nichts abgebröckelt und die in aller Schärfe aufrecht zu erhalten ist; sie gilt *mutatis mutandis* in gleicher Weise auch für alle Zwangsantriebe. Westphal nennt Zwangsvorstellungen: „solche, welche bei übrigens intakter Intelligenz und ohne durch einen Gefühls- oder affektartigen Zustand bedingt zu sein, gegen und wider den Willen des betreffenden Menschen in den Vordergrund des Bewusstseins treten, sich nicht verschuchen lassen, den normalen Ablauf der Vorstellungen hindern und durchkreuzen, welche der Befallene stets als abnorm, ihm fremdartig anerkennt, und denen er mit seinem gesunden Bewusstsein gegenübersteht“.

Wenn wir uns die Eigenschaften und die psychologischen Folgen der Wahnvorstellungen vergegenwärtigen, sehen wir unterscheidende Merkmale in grosser Zahl: bei der Zwangsvorstellung Einsicht in das Krankhafte der Erscheinung, bei der Wahnidee fehlende Einsicht, dort gesundes Bewusstsein, hier eine Fälschung, dort eine formale Störung, hier inhaltliche Änderung, dort intakte Intelligenz, hier Abschwächung des Urteils, dort eine Belästigung und Hinderung durch die Vorstellung, hier kein Bewusstsein von etwas, was anders sein sollte, dort geringe Aussichten zu fortschreitender geistiger Erkrankung, hier grosse Gefahr in dieser Richtung.

Kranke mit Zwangsvorstellungen haben den Wunsch, dieselben los zu werden und suchen deswegen ärztliche Hilfe; Kranke mit Wahnideen wissen es nicht oder bestreiten energisch, dass sie des Arztes bedürfen. „Das Ich kämpft,“ wie Hitzig (Querulantenwahnsinn S. 68) es ausdrückt, „in dem einen Falle gegen, in dem andern Falle aber mit und für die Vorstellung“. — An dem Werte dieser prinzipiellen Unterscheidungsmerkmale wird dadurch nichts geändert, dass Fälle vorkommen, die nach der einen oder andern Richtung oder in gewissen Stadien der Entwicklung nicht „rein“ sind.

So kommt es vor, dass „Wahnideen“ sich eine Zeit lang mit dem Gewande der Zwangsvorstellungen umkleiden können, von dem Individuum als fremdartige Eindringlinge in die Denkvorgänge empfunden werden; es kommt anderseits vor, dass Zwangsvorstellungen von besonderer Stärke eine Zeit lang, namentlich unter dem Einfluss ängstlicher Erregung, nicht mehr als abnorm, als fremdartig erkannt, sondern auch inhaltlich in das Denken aufgenommen werden und entsprechenden Einfluss gewinnen. Es kommt weiter vor, namentlich bei Psychosen mit gedrückter Gemütslage, dass Zwangsvorstellungen und Wahnideen nebeneinander bestehen; endlich können sich bei Bestehen von Zwangsvorstellungen und unter wesentlicher Mitwirkung derselben chronische Psychosen entwickeln (vgl. dazu Heilbronner). Bei Beurteilung aller derartiger Zustände ist daran festzuhalten, dass Zwangsvorstellungen als mehr oder weniger dauernde Symptome neben anderen bei ver-

schiedenartigen Krankheitsbildern auftreten und dabei durch die begleitenden sonstigen Erscheinungen im einzelnen Fall ein besonderes Gepräge erhalten können, dass aber zur Abgrenzung und Definition des Begriffes derselben diejenigen Fälle maassgebend sind, in denen sie als einzige oder doch hauptsächlichste geistige Anomalie beobachtet werden.

Unter diesem Vorbehalte besteht Westphal's Definition auch heute noch zu Recht.

Wenn man versucht, die psychischen Zwangsvorgänge nach ihrer grösseren oder geringeren Bedeutung für die forensische Praxis einzuteilen, so ist das natürliche Einteilungsprinzip der Grad, in dem sie auf das Handeln der daran Leidenden Einfluss gewinnen.

Als verhältnismässig bedeutungslos erscheinen von diesem Gesichtspunkte aus die sogenannten „theoretischen“ Zwangsvorstellungen, die an sich weder eine formale noch inhaltliche Tendenz haben, in Handlungen umgesetzt zu werden. Hierher gehören die Formen der sogenannten „Grübelnsucht“, das zwangsmässige Nachdenken in Frageform, meist über Dinge, die gar keiner befriedigenden Beantwortung fähig sind, in religiöser, philosophischer, naturwissenschaftlicher Richtung, aber auch über Alltägliches und höchst Gleichgiltiges. Das Gefühl des Zwanges, die Aufdringlichkeit der immer wiederkehrenden Gedankengänge kann dabei ein hohes Unlustgefühl, steigend bis zur Selbstmordneigung hervorbringen; aber für das Verhältnis des Individuums zur Aussenwelt ist die Störung praktisch ziemlich gleichgiltig.

Das ändert sich, wenn die Zwangsvorstellungen an bestimmte äussere Gelegenheiten anknüpfen, denen der Kranke in natürlicher Konsequenz zu entgegen trachtet, oder wenn das Zwangsdenken sich in der Richtung bestimmter Befürchtungen bewegt, die zu Motiven von Handlungen oder Unterlassungen werden.

Diese Gruppe der Zwangsvorstellungen, die an sich mit gar nichts Triebartigem verbunden sind, bestimmt das Thun vor allem durch den Angstaffekt, der dann aufzutreten pflegt, wenn das Individuum versucht, Widerstand zu leisten und, je nachdem, zu thun oder zu unterlassen, was dem Inhalt und der Richtung seiner Zwangsvorstellungen entspricht; der Angstaffekt kann unter solchen Umständen eine bedeutende Höhe erreichen und einen allgemeinen Erregungszustand auslösen („Krisen“).

Wir finden hier alle die sogenannten „Phobien“, die Agoraphobie (die Zwangsvorstellung der Unfähigkeit, freie Plätze zu überschreiten), die Claustrophobie (zwangsmässige Befürchtungen beim Aufenthalt in geschlossenen, stark besuchten Räumen), die Höhenangst, die Angst vor bestimmten Worten („Onomatomanie“), die Zwangsidee, andern durch Messer, Nadeln u. dgl. Schaden zuzufügen oder sich selber durch Berührung zu verunreinigen, zu infizieren, die Angst, in Gegenwart anderer zu erröten, durch unfreiwilligen Abgang von Darmgasen lästig zu werden und vielerlei andres, für das täglich neue eigne Bezeichnungen in die Welt gesetzt werden — ganz überflüssigerweise,

da es sich immer um den prinzipiell gleichen Vorgang handelt. — So mannigfaltig die Aeusserungsweise, so gleichmässig ist der innere Hergang bei allen diesen Zwangsvorgängen: zwangsmässig auftretende Vorstellungen mit der Einsicht für das Krankhafte, aber von vornherein mit einem Unlustaffekt verbunden, inneres Widerstreben, die vielfach lächerlichen oder beschämenden Konsequenzen der Zwangsideen zu ziehen, wachsende Angst, oft mit körperlichen Begleit-Erscheinungen, (Zittern, Schweiss, Muskelschwäche, Herzklopfen, Durchfall) beim dauernden Versuche, Widerstand zu leisten, Erleichterung beim Unterliegen, gemischt mit Scham oder Reue über das Geschehene.

Den theoretischen Zwangsvorstellungen steht diese Gruppe von Zwangsvorgängen darin nahe, dass sie für das Individuum selten Anlass zu strafrechtlichen Konflikten gibt, so einschneidenden Einfluss sie auch sonst für das Handeln der daran Leidenden haben kann. Viele Kranke dieser Art sehen ihre Freiheit in der täglichen Lebensführung, in der Art der Kleidung, bei den Mahlzeiten, in der Wahl ihrer täglichen Wege, im gesellschaftlichen Verkehr in der mannigfaltigsten Weise behindert und eingeschränkt, aber die Richtung aller hierhergehörenden Zwangsvorgänge schliesst kaum Anlässe zu ernsteren Zusammenstössen mit der Umgebung in sich. Dagegen ist es erfahrungsgemäss wohl möglich, dass die Kranken Unterlassungssünden begehen, wenn die Erfüllung bestimmter Pflichten Gelegenheiten zum Auftreten von Zwangsvorstellungen mit lebhaftem Angsteffekt herbeiführen würde.

Im allgemeinen aber kann man sagen, dass es den Kranken, deren Intelligenz ja ungestört ist, bei erheblichen Anlässen, wenn Ernstes und Grosses auf dem Spiel steht, doch glückt, wenn auch unter peinlicher Willenanstrengung, zwar nicht der Zwangsvorstellung Herr zu werden, aber doch der Konsequenzen sich zu erwehren.

Eine dritte Gruppe von Zwangsvorgängen stellen die sogenannten „Zwangsantriebe“ dar, den bisher erwähnten Zuständen darin sehr nahestehend, dass sie immer mit Zwangsvorstellungen verbunden sind. Es ist gleichgiltig, ob man sie als Zwangsvorstellungen mit motorischen Impulsen oder als Zwangsantriebe bezeichnet; das Wesentliche darin ist, dass zwangsmässig Antriebe zu bestimmten Handlungen auftauchen, die als fremdartig, als krankhaft erkannt werden, sich dem Bewusstsein mit Macht aufdrängen, den Vorstellungsablauf kreuzen und hindern, und die zu lebhaften Angstaffekten führen, wenn dem Antriebe nicht nachgegeben wird.

Es liegt auf der Hand, dass mit der Unterbringung forensisch bedeutungsvoller Handlungen unter der Gruppe der Zwangshandlungen Missbrauch getrieben werden kann, wenn man nicht fest an der gegebenen Umgrenzung der Zwangsvorgänge überhaupt festhält, und ein Blick in die psychiatrische Litteratur lehrt in der That, dass vieles als Zwangshandlung bezeichnet worden ist, was dem psychologischen Hergange nach den Voraussetzungen dieser Bezeichnung nur sehr wenig entspricht.

Am häufigsten werden erfahrungsgemäss damit zusammengeworfen einer-



seits Handlungen auf Grund von Wahnideen bei depressiven Psychosen (Melancholie), wenn eine plötzliche That unter Angstempfindungen nach lebhaftem inneren Kampfe erfolgte, anderseits sogenannte „impulsive“ Handlungen, die, für die Betrachtung des Dritten, durch das Missverhältnis zwischen Anstoss und Reaktion oder durch die Kürze der Zeit zwischen beiden oder durch den Mangel eines verständlichen Motives den Anschein des irgendwie Zwangsmässigen erwecken, dem inneren Zusammenhange nach aber sehr verschiedenartige Entstehungsbedingungen haben, z. B. durch imperative Sinnestäuschungen entstehen können.

Als „Zwangshandlungen“ sollen hier nur diejenigen bezeichnet werden, die auf Grund von Zwangsvorstellungen oder Zwangsantrieben erfolgen. Bei Anwendung dieser Einschränkung ist die Häufigkeit derselben und ihre praktische forensische Bedeutung nicht gross.

Ebenso wie die Zwangsvorstellungen bei aller Verschiedenheit im Allgemeinen bei dem Einzelnen in der Regel monoton sind, und vor Allem durch die ewige Wiederkehr desselben Vorstellungsinhaltes lästig werden, sehen wir auch die Zwangsantriebe bei dem Einzelnen sich in der Regel immer wieder in der gleichen Richtung bewegen.

Relativ harmlos sind diejenigen Fälle, in denen es z. B. den Kranken treibt, irgend ein an sich oder der Situation nach unpassendes Wort auszustossen, ernster diejenigen, bei denen es sich um zwangsmässige Antriebe zum Verletzen oder Töten von Angehörigen, Hausgenossen, zum Brandstiften u. dgl. handelt. Meist, man kann sagen, in der Regel kommt es trotz derartiger Zwangsantriebe nicht zu strafbaren Handlungen; die Kranken sind nicht „geisteskrank“ im gewöhnlichen Sinne; ihr Urtheil ist ungestört, das ethische Gefühl nicht abgestumpft, und der abnorme Trieb wird, unter Angstempfindungen, schliesslich besiegt; vielfach handelt es sich bei Fällen, die hierher zu gehören scheinen, gar nicht um wirkliche Zwangs-Antriebe, sondern um Zwangsbefürchtungen; die Kranken haben die Zwangsvorstellung, dass sie eine strafbare Handlung aus der Reihe der oben genannten begehen könnten, und ziehen daraus in der üblichen Weise der an Zwangsideen Leidenden die Consequenzen mit Messerverstecken, sich Einschliessen, Warnen der Umgebung u. dgl.

Von der Art des Vorganges bei dieser Störung giebt folgende Krankengeschichte ein gutes Beispiel:

Die 22jährige Frau R. konnte seit fünf Jahren kein Messer sehen ohne den Gedanken, einen damit zu stechen. Seit einigen Monaten drängte sich ihr der Gedanke auf, eine befreundete Nachbarin zu erstechen. In diesem Zustande sah man ihr den Kampf an, der in ihr tobte. Ihre Augen glänzten, ihr Gesicht verzerrte sich. Die Nachbarin wurde eines Tages ängstlich, als sie Frau R. so sah und entflo, ohne die Gefahr zu ahnen, in der sie schwebte. Frau R. schloss sich für 48 Stunden ein, um ihrem Triebe nicht zu unterliegen. Sie zerstörte ihre Messer und zerbrach, was sie sonst an gefährlichen Instrumenten besass. Sie hatte auch den Trieb zu beissen, und einmal stieg sie aus dem Omnibus aus, weil sie dem Verlangen, eine neben ihr sitzende Frau zu beissen, nicht widerstehen konnte. Zu Hause wusste sie sich

nicht mehr zu lassen und biss sich endlich selbst tief in den Arm, was ihr sofort Ruhe verschaffte.

(Magnan, Psychiatr. Vorlesungen, deutsch von Möbius, IV. u. V. Heft, S. 58.)

Besonders beachtenswert ist, dass Frau R. schliesslich doch keine strafbare Handlung begeht und einen Selbstmordversuch macht aus lauter Angst, ihren Antrieben am Ende noch zu unterliegen.

In fast allen Fällen, in denen Zwangsantriebe im oben umgrenzten Sinne zu forensisch nicht gleichgiltigen Handlungen geführt haben, ist nachzuweisen, dass entweder eine frische Psychose daneben bestand, oder dass das Individuum in intellektueller Beziehung minderwertig war, oder auch sonst starke psychische Zeichen der Entartung aufwies. Für die praktische Beurteilung tritt die Richtung, in der die Zwangsantriebe sich bewegen (Töten, Brandstiften, Stehlen, Exhibitionieren und dergl.) ganz zurück hinter der Frage, ob es sich um echte Zwangsantriebe gehandelt hat, oder nicht. —

Welche allgemeinen Grundsätze gelten für die gerichtliche Beurteilung der psychischen Zwangszustände?

Dieselben haben zunächst eine gewisse Bedeutung durch die Thatsache ihres Vorhandenseins an sich für die allgemeine Beurteilung des Geisteszustandes. Wir haben die Zwangszustände als eines der Stigmata hereditatis, als eines der psychischen Zeichen der Entartung schon oben bei der Erörterung des Einflusses der Erbllichkeit kennen gelernt. Es darf dabei nicht übersehen werden, dass Zwangsvorstellungen und Zwangsantriebe auch ohne das Vorhandensein irgendwelcher erblicher wirksamer Momente vorkommen können; sie entwickeln sich nicht allzu selten nach erschöpfenden Krankheiten, nach Unfällen, nach langdauernden unangenehmen Gemütsbewegungen, im Rückbildungsalter, und können mit Hebung eines gestörten Allgemeinbefindens wieder spurlos verschwinden. Der Nachweis eines solchen zeitlichen und wahrscheinlicher Weise ursächlichen Zusammenhanges nimmt den Zwangszuständen natürlich die Bedeutung von Entartungszeichen. Anders ist es bei den dauernd vorhandenen, deren Anfang, wie dies oft der Fall ist, in mehr oder weniger ausgesprochener Weise in die frühe Kindheit zurückzuverfolgen ist, und bei denjenigen, die wegen ihrer Stärke und Richtung in beherrschender Weise auf die ganze Gestaltung eines Lebenslaufes Einfluss gewinnen. In solchen Fällen sind wir berechtigt, die Zwangszustände als ein Zeichen dafür aufzufassen, dass es sich um ein von vorneherein nicht vollwertiges Zentralnervensystem handelt. Etwas Weiteres folgt daraus zunächst nicht.

Die formale Störung, in der das Wesen aller Zwangszustände, solange sie rein sind, besteht, macht in Anbetracht der Thatsache, dass das Urteil der daran Leidenden ungestört, das Fühlen nicht herabgesetzt oder qualitativ verändert zu sein braucht, die Individuen nicht zu „Geisteskranken“ im forensischen Sinne.

Trotzdem kann ihre Zurechnungsfähigkeit fraglich oder aufgehoben

sein auf Grund einer wesentlichen, die formale Störung begleitenden Erscheinung, der Angst.

Wesentlich von der Stärke des begleitenden Angstaffektes hängt es in diesen Fällen ab, ob bei den krankhaften zwangsmässigen Antrieben, die dem Menschen zur Verfügung stehenden Gegenmotive allgemeiner und besonderer Art wirksam werden können oder nicht.

Einen Maassstab für die Stärke der Angst bei dem Versuche, den Antrieben zu widerstehen, geben einmal die eigenen Angaben der Kranken, die aus bekannten Gründen nicht allzu hoch zu bewerten sind, zweitens das Verhalten der Erinnerung, die bei sehr hohen Graden ängstlicher Erregung lückenhaft oder getrübt sein kann, drittens, und das kann das Entscheidende sein, die Feststellung etwaiger begleitender körperlicher Erscheinungen, wie sie oben schon erwähnt worden sind.

Wird bei einer strafbaren Handlung das Vorhandensein von Zwangsvorstellungen oder Zwangsantrieben in Verbindung mit einem lebhaften Angstaffekt nachgewiesen, so wird man nicht anstehen dürfen, die Voraussetzungen des § 51 St.G.B. als gegeben zu bezeichnen; erleichtert wird die Entscheidung für den ärztlichen Sachverständigen, wenn sonstige psychische Anomalien, namentlich im Sinne einer krankhaften Minderung der Intelligenz bei dem Angeschuldigten nachweisbar sind, oder wenn besondere Umstände mitgewirkt haben, wie starker Alkoholgenuß, Schlafmangel, Erschöpfung und dergleichen Faktoren, die erfahrungsgemäss die allgemeine psychische Widerstandskraft herabsetzen.

In zivilrechtlicher Beziehung kommt vor Allem der Einfluss in Betracht, durch den die Zwangsvorgänge eventuell Unterlassungen herbeiführen; im Ganzen ist es selten, dass reine Fälle von Zwangsvorstellungen, sei es ohne motorische Impulse oder mit solchen, Anlass zur zivilrechtlichen Begutachtung geben; mutatis mutandis gelten die gleichen Grundsätze wie im strafrechtlichen Verfahren.

---

## Kapitel XI.

### Psychische Schwäche.

Schwachsinn beschränkt sich nicht auf die intellektuelle Seite des Seelenlebens. — Verhältnis des Schwachsinnes zu Gehirnveränderungen. — Grenzfälle; Maassstab der sozialen Brauchbarkeit. — Angeborene und erworbene Störungen; Nomenklatur. — Wichtigstes Symptom ist die Schwäche des Urteilsvermögens. — Sonstige abnorme Erscheinungen; Verhalten des Gedächtnisses, der Gefühle, Affekte, Triebe. — Charakteristische Eigentümlichkeiten des Schwachsinnigen. — Das Handeln bei psychischer Schwäche. — Gerichtliche Beurteilung.

Unter dem Namen der psychischen Schwäche kann man eine Reihe von Erscheinungen zusammenfassen, die sich aus Defektzuständen auf verschiedenen Seiten des Seelenlebens zusammensetzen, und in ihrer Gesamtheit die soziale Brauchbarkeit eines Menschen in mehr oder weniger



hohem Grade beeinträchtigen. Gegenüber der im wesentlichen gleichwertigen Bezeichnung „Schwachsinn“, bei welcher der Laie in erster Linie an eine Herabsetzung der verstandesmässigen Leistungen denkt, will der Ausdruck „psychische Schwäche“ den Nachdruck auf die Thatsache legen, dass bei der Mehrzahl der hierhergehörigen Störungen auch andre seelische Funktionen, nämlich die Gefühls- und Willensvorgänge Veränderungen erlitten haben.

Je nachdem die Störung der einen oder der andern Seite das für die Beobachtung am meisten hervorstechende Symptom bildet, können äusserlich sehr verschiedene Bilder entstehen; bei der Kompliziertheit der beteiligten Vorgänge ist es für den ärztlichen Sachverständigen bei den nicht handgreiflichen Formen der psychischen Schwäche nicht immer leicht, für sich selbst zu einem sicheren Urteil zu kommen und seine Meinung dem Richter gegenüber in überzeugender Weise zu vertreten. Diese Schwierigkeiten fallen um so mehr ins Gewicht, als grade die psychische Schwäche entweder für sich allein als selbständige Störung, oder als Begleiterin andrer geistiger Erkrankungen mit am häufigsten zu strafrechtlicher und zivilrechtlicher Begutachtung Anlass gibt. Die Mehrzahl der Fälle, bei denen es zu anscheinend weitgehenden Meinungsdivergenzen zwischen den ärztlichen Sachverständigen unter einander, oder zwischen ihnen und dem Richter und der Laienmeinung überhaupt kommt, gehört dem Gebiete der psychischen Schwäche an. Die einzelnen klinischen Krankheitsbilder des Schwachsinn finden im speziellen Teil ihre Darstellung; hier kann es nur darauf ankommen, die gemeinsamen und prinzipiell wichtigen Züge in ihrer gerichtlichen Bedeutung hervorzuheben.

Beobachtungsthatssachen aus dem Gebiete der Lehre vom Schwachsinn haben wesentlich dazu mitgewirkt, unsre Anschauungen über die Abhängigkeit geistigen Geschehens von der Beschaffenheit nicht nur des Gehirnes im allgemeinen, sondern bestimmter Gehirnteile zu entwickeln; bei den angeborenen und ebenso bei den eventuell erst sehr spät erworbenen Schwachsinnformen höheren Grades finden wir regelmässig parallelgehende gröbere oder feinere Veränderungen der nervösen Bestandteile unsers Centralorgans. Die wachsende Erfahrung drängt zu der Annahme, dass wir in der mangelhaften Entwicklung oder Zerstörung derjenigen Bahnen, die der Verbindung der verschiedenen Hirngebiete untereinander dienen, die hauptsächlichste Grundlage für die klinischen Erscheinungen der psychischen Schwäche zu suchen haben. Je mehr in psychologischer Hinsicht die Möglichkeit, Sicherheit und Leichtigkeit vielseitiger Verknüpfung der geistigen Vorgänge ausgebildet ist, um so reicher und wertvoller ist ein Geistesleben; die materielle Voraussetzung für das Vorrückengehen dieser Akte der Verknüpfung geistiger Vorgänge suchen wir in der Intaktheit eben jener, verschiedene Hirnteile verbindenden, Bahnen.

Die allgemeine Schwierigkeit, der wir in der auf forensische Frage-

stellungen angewendeten Psychiatrie auf Schritt und Tritt begegnen, die Schwierigkeit, fließendes Geschehen, das an sich keine scharfen Grenzen kennt, für praktische Zwecke in getrennte Felder einzuteilen, wird vielleicht am deutlichsten bei der Beurteilung der psychischen Schwäche. Von den höchsten Formen persönlicher geistiger Entwicklung führen über die Zwischenglieder der „guten Veranlagung“, der „Durchschnittsbegabung“, des „mässigen Kopfes“, der „Beschränktheit“ unzählige Abstufungen bis zu den höchsten Graden tierischen Blödsinnes. Das Unterscheidungsmerkmal der krankhaften Entstehung, das wir bei psychischen Störungen im allgemeinen und auch bei ausgesprochenem Schwachsinn mit Erfolg anwenden, versagt bei den an der Grenze des Durchschnittes stehenden Fällen angeborener schwacher geistiger Veranlagung; dass abnorme Einflüsse irgend welcher Art, wirksam in den Keimbestandteilen der Erzeuger, während der intrauterinen Entwicklung oder in den ersten Lebensjahren die volle Ausbildung des Gehirnes solcher Individuen gehindert und gehemmt haben, ist möglich, und oft höchst wahrscheinlich; so lange wir aber so gut wie nichts darüber wissen, warum bei gleicher Abstammung, unter gleichen sonstigen Verhältnissen, das eine Mal eine glänzende Begabung, das andre Mal ein Alltagskopf zu Tage kommt, können wir auch nicht im Ernste über die Bedingungen der Entwicklung der noch etwas unter diesem Niveau stehenden Gehirne bestimmte Aussagen machen; ich sehe dabei natürlich ab von den anatomisch greifbaren groben Defektzuständen.

Es bleibt Angesichts der Unmöglichkeit prinzipieller Abgrenzung und der, was die psychologische Äusserungsweise anbetrifft, für ein Schema zu vielgestaltigen Formen der psychischen Schwäche für viele Grenzfälle nur der praktische Ausweg, den Maasstab der sozialen Brauchbarkeit des Besitzers dieses oder jenes Gehirnes anzulegen, die ihrerseits wieder sehr wesentlich von den besondern Ansprüchen abhängt, die nach Lage der Umstände an das einzelne gegebene Individuum gestellt werden; es ist also bei diesen Grenzfällen keine prinzipielle, sondern eine quantitative Frage. —

Was nun das Vorkommen von Zuständen psychischer Schwäche anbetrifft, so unterscheidet man dabei von jeher angeborene und erworbene Störungen; zu den angeborenen gehören in praktischer Hinsicht auch die infolge von Geburtsschädlichkeiten und ganz früh eintretenden Krankheiten erworbenen. Die sprachlichen Bezeichnungen werden nicht ganz konsequent durchgeführt; im allgemeinen nennt man Schwachsinn die quantitativ geringeren, Blödsinn die höheren Grade; der angeborene Schwachsinn wird auch Imbecillität, der angeborene Blödsinn Idiotie genannt; die psychische Schwäche beim Kretinismus kann je nach ihrem Grade zu dieser oder jener gehören; als Demenz bezeichnet man in der Regel die im Laufe des Lebens erworbenen Schwächezustände, soweit sie dauernd und unheilbar sind. Die Demenz stellt bei einigen Hirnerkrankungen den gesetzmässigen Ausgang dar (*Dementia paralytica*, *Dementia praecox*), bei andern tritt sie in grösserer oder ge-

ringerer Häufigkeit ein (Alkoholismus und andere Vergiftungen, Epilepsie, organische Hirnveränderungen, einzelne funktionelle Psychosen). Die Art der vorausgehenden primären Erkrankung bestimmt in gewissem Umfange nicht nur die Ausdehnung, sondern auch die besondere Färbung der verschiedenen dementen Zustandsbilder. Für die klinischen Erscheinungsformen des Schwachsinnes ist es dabei nicht gleichgültig, ob es sich um Nichtentwicklung oder um ein Verlorengehen geistiger Fähigkeiten handelt. Bei einem, so weit sich das beurteilen lässt, quantitativ gleich grossen Ausfall können in letzterem Falle eingeübte Vorgänge, feste Gewohnheiten aus der gesunden Zeit dirigierend in die Zeit der Demenz hinüberreichen und den Anschein geistiger Selbstständigkeit erwecken, wie sie in der That nicht mehr vorhanden ist; auch die Summe gedächtnismässig verfügbaren Einzelwissens aus geistig rüstiger, vorhergehender Zeit kann bei erworbenem Schwachsinn natürlich grösser sein, als in den Fällen, in denen ein reichlicheres Material in dieser Beziehung überhaupt nicht gesammelt werden konnte. —

Das in gleicher Weise für die klinische Beobachtung wie für die gerichtliche Beurteilung hervorstechendste Symptom aller psychischen Schwächezustände ist die Schwäche des Urteilsvermögens. Das Urteilsvermögen bestimmt im Allgemeinen, auch bei den Geistesgesunden, die Stellung des Einzelnen auf der intellektuellen Stufenleiter.

Im Laufe der normalen Entwicklung baut sich aus der Summe der Einzelwahrnehmungen und über derselben das zweite Stockwerk der Begriffe auf; die einzelnen Erfahrungen ordnen sich bei häufiger Wiederkehr nach dem Gesichtspunkt der Aehnlichkeit und Zusammengehörigkeit zu Gruppen; wesentliche und unwesentliche Merkmale werden geschieden; so entwickeln sich aus der Fülle der einzelnen sinnlichen Vorstellungen die begrifflichen, die durch die Sprache festgelegt und für den Denkverkehr brauchbar gemacht werden. Dieser Vorgang, der normalerweise in früher Kindheit schon beginnt, dauert im Prinzip an, solange ein Mensch überhaupt Erfahrungen macht; alle neuen Eindrücke werden entweder in schon vorhandenen Begriffsfächern untergebracht oder werden Anlass zur Bildung neuer solcher; für das praktische Bedürfnis der Lebensführung genügt im allgemeinen der mit dem „Erwachsenensein“ erreichte Grad der Begriffsbildung.

Bei höherer geistiger Entwicklung wird nun mit den so sprachlich fixierten Begriffen, denen keine sinnliche Beimengung mehr eigen zu sein braucht, weiter operiert; die höchsten begrifflichen Abstraktionen endlich haben gar keine Beziehung mehr zu irgend eine Form des Sinnlichen. —

Durch den ihnen eigenen Gefühlston bekommen einzelne Begriffe einen subjektiv anderen Wert und werden zu bestimmenden Motiven des Handelns; solche, durch die Gefühlsbetonung auf die Willenssphäre wirkenden Begriffe sind z. B. Recht, Pflicht usw.

Der Unterschied zwischen dem geistesgesunden reifen Menschen und dem unreifen, werdenden besteht (unter anderem) darin, dass bei jenem die voraus-



gehende Erfahrung Kategorien gebildet hat, in denen neu gemachte Wahrnehmungen, auftretende Wünsche usw. mit abgekürztem Verfahren eingeordnet werden, und die ihrem Werte für das Individuum entsprechende Stelle erhalten. Je nachdem diese Einordnung auch neuen und überraschenden, vielleicht erregenden Erfahrungen gegenüber rasch, ohne Schwankungen und an definitiver Stelle, oder zögernd, unsicher und falsch geschieht, schreiben wir einem Menschen ein grösseres oder geringeres Maass von Urtheil zu.

Die bei der Urtheilsbildung stattfindenden Vorgänge sind nicht allein auf das Gebiet der verstandesmässigen Operationen beschränkt; von sehr wesentlichem Einflusse ist dabei die persönliche, individuell verschiedene Art der Gefühlsbetonung des intellectuellen Geschehens. In Betracht kommt vor allem die Leichtigkeit, mit der überhaupt bei dem gegebenen Individuum Gefühle erzeugt werden, die Dauerhaftigkeit derselben, die häufig im umgekehrten Verhältnis zu der Leichtigkeit ihrer Entwicklung steht, die besondere Richtung derselben usw. Lebhaftige Gefühle stören im allgemeinen den Vorstellungsablauf; bei der Urtheilsbildung im besonderen verhindern sie die ruhige Abwägung durch die Uebermacht der vom Gefühl betonten Vorstellungen.

Die verschiedenartigen Combinationen von höherer oder niederer intellectueller Veranlagung mit mannigfaltigen Gestaltungen des persönlichen Gefühlslebens lassen schon innerhalb der Grenzen der sozialen Brauchbarkeit eine lange Reihe verschiedener individueller Typen in Bezug auf das Urtheilsvermögen entstehen; so kennen wir, um einige der häufigsten Erscheinungsformen herauszugreifen, Menschen von „langsamem Urtheil“, die bei genügender Frist schliesslich sicher das Richtige treffen, andre von „unsicherem Urtheil“, die von Stimmung und fremden Einflüssen hin und her geworfen werden, andre, die „nichts dazu lernen“, d. h. durch Erfahrungen keinen Zuwachs an Urtheilsvermögen erlangen usw.

Eine Stufe tiefer treffen wir die „Beschränkten“, deren Urtheil in kleinem ruhigen Wirkungskreise genügend sicher ist, um bei ihrer Lebensführung als Leitung zu dienen, aber nicht ausreicht, um ihnen bei plötzlichen, grossen Entscheidungen in ungewöhnlichen Verhältnissen, oder gegenüber neuen grösseren Aufgaben den richtigen Weg zu weisen.

Wieder eine Stufe tiefer finden sich dann die im forensischen Sinne „Schwachsinnigen“.

Wenn wir nun die beim Schwachsinn vorhandenen intellectuellen Störungen, die in der Gesamtheit die Herabsetzung des Urtheilsvermögens ausmachen, im Einzelnen kurz durchgehen, treffen wir zunächst nachweisbare Störungen in der Aufnahme und Verarbeitung von Sinnesindrücken. Jeder äussere Reiz wird zu einer Wahrnehmung erst durch Vermittlung der individuellen Beschaffenheit des wahrnehmenden Centralorganes; daraus ergibt sich schon bei Gesunden die forensisch oftmals nicht genug gewürdigte Thatsache, dass von Zeugen eines bestimmten Ereignisses manchmal jeder mit subjectiver Wahrheit eine von der des andern abweichenden Darstellung gibt; eine Wahrnehmung wird der Wirklichkeit um so näher kommen,

je mehr der Wahrnehmende auf die Beachtung der besonderen Art des Vorganges eingeübt ist, d. h. je leichter die neue einzelne Beobachtung sich an vorhandene Vorstellungen ähnlicher Art anfügt, z. B. bei Aussagen sachverständiger Zeugen über Fach-Beobachtungen. Was von diesem speziellen Falle zu sagen ist, gilt auch im allgemeinen, dass nämlich von allen Sinnesindrücken irgend welcher Art das Wesentliche um so rascher und richtiger aufgefasst wird, je mehr die bereits vorhandenen Vorstellungen und Begriffe, unter die das Neue eingeordnet werden soll, und von denen die sprachlichen Ausdrücke für die Beschreibung neuer Wahrnehmungen hergenommen werden müssen, klar und präcis beschaffen sind. Die Erfahrung lehrt nun, dass bei Schwachsinnigen, wahrscheinlich infolge mangelhafter Entwicklung oder Störung der normalerweise vorhandenen vielfachen geistigen Verknüpfungsmöglichkeiten, die Begriffsbildung eine verlangsamte, unvollkommene, verschwommene ist, und wir stehen somit vor der für die geistige Entwicklung der hierhergehörigen Individuen verhängnisvollen Thatsache, dass neue Eindrücke, weil sie keinen entsprechend vorbereiteten Boden finden, als unzulängliche, ungenaue, falsche Wahrnehmungen zum Bewusstsein kommen, und dadurch ihrerseits ausser Stande sind, zu einer wirklichen Bereicherung der Erfahrung etwas beizutragen.

Zu diesem Mangel kommt wahrscheinlich eine zeitlich messbare Verlangsamung des zentralen Wahrnehmungsvorganges (als Teilerscheinung einer vielleicht allgemeinen Verlangsamung des geistigen Geschehens bei der psychischen Schwäche), die auch dazu beitragen kann, dass das wahrnehmende Zentralorgan äusseren Geschehnissen nicht entsprechend rasch zu folgen vermag. Die Störungen des Wahrnehmungsvorganges sind einer der Gründe, warum die Aussagen der Schwachsinnigen vor Gericht mit so grosser Vorsicht verwertet werden müssen; unfähig, scharf und genau zu beobachten, sind sie in der Gefahr aus eigener vorgefasster Meinung oder unter fremdem suggestivem Einfluss in äussere Vorgänge Dinge hineinzulegen, die gar nicht oder in andrer Weise stattgefunden haben.

Wenn nun auch richtige Wahrnehmungen gemacht werden, so bleiben sie vielfach bei dem Schwachsinnigen infolge der erwähnten veränderten zentralen Bedingungen Einzelwahrnehmungen; sie sind nicht bestätigende, ausbauende oder modifizierende Sonderfälle allgemeinerer Gesetzmässigkeiten; es fehlt ungewohnten, überraschenden Eindrücken gegenüber die Möglichkeit, alsbald den entsprechenden Standpunkt dadurch zu gewinnen, dass das Neue rasch in die Reihe bekannter und nach ihrer Bedeutung für das Individuum bereits geordneter Vorstellungen aufgenommen wird.

Diese von der des geistig Vollwertigen abweichende Art der Verarbeitung von neuen Eindrücken ist nun auch nicht ohne Einfluss auf die Vorgänge der Reproduktion, auf das Gedächtnis. Das mechanische Gedächtnis, die Fähigkeit, Gelerntes in der ursprünglichen Reihenfolge und Anordnung wiederzugeben, kann bei Schwachsinnigen ganz ungestört, kann sogar bei bedeutendem Tiefstand oder völligem Mangel des Urteils auffallend gut entwickelt sein („Idiotengedächtnis“); was aber bei der psychischen Schwäche immer Not

leidet, ist das logische Gedächtnis, die Fähigkeit, früher erworbenen geistigen Besitz in veränderter Anordnung, in neugebildeten Formen zu reproduzieren. Der Geistesgesunde macht im Laufe seiner Entwicklung den Uebergang durch vom vorwiegenden Gebrauche des mechanischen Gedächtnisses in der Jugend, der Glanzzeit des „Auswendiglernens“, zum vorwiegenden Gebrauch des logischen Gedächtnisses, das namentlich dem Kopf-arbeiter das Material liefert. Die logische Gliederung und Verknüpfung der Bestandteile seines Wissens macht es diesem möglich, von jedem Ausgangspunkte her zu seinen geistigen Besitztümern zu gelangen; er ist dazu nicht gebunden an die Reihenfolge, in der sie aufgenommen und eingeprägt worden sind.

Der Schwachsinnige bleibt in Bezug auf das Gedächtnis auf der kindlichen Stufe stehen; die besprochene mangelhafte Verarbeitung der äusseren Eindrücke, welche die Beziehungen des Neuen zu allem Alten unentwickelt lässt, bewirkt, dass die Leistungsfähigkeit des Geistesschwachen, wenn er auch im stande ist, Auswendiggelerntes korrekt zu reproduzieren, doch versagt, sobald es sich darum handelt, irgendwie kompliziertere Vorgänge oder Zusammenhänge wiederzugeben. In Verbindung mit einer manchmal guten Entwicklung der Phantasiethätigkeit führt dieser Mangel der Reproduktionsfähigkeit gelegentlich zu dem auch wohl als „Fabulieren“ bezeichneten Symptom; halb verstandene, schief aufgefasste Wahrnehmungen werden zu phantastischen Vorgängen ergänzt, die in gutem Glauben, objektiv falsch, subjektiv wahr geschildert werden.

Es ist klar, dass diese ungenügende Verarbeitung früheren Erfahrungsmaterials auch der Entwicklung eines zutreffenden Bildes der äusseren Wirklichkeit und damit der Bildung eines auf die Erfahrung begründeten „Urteils“ nicht günstig ist. —

Bei der psychischen Schwäche finden wir neben den intellektuellen Störungen fast regelmässig auch Veränderungen in Bezug auf Gefühle und Affekte. (Die Anomalien des Trieblebens dabei werden unten noch erwähnt werden.)

Wir haben früher schon Gelegenheit gehabt, der Thatsache uns zu erinnern, dass die individuelle Art der Gefühlsreaktion etwas Angeborenes, durch die Erziehung nur wenig Veränderliches ist, und dass sie auf das Handeln dauernd den allergrössten Einfluss ausübt.

Alle beim Normalen vorhandenen persönlichen Variationen in dieser Beziehung, die ziemlich weitgehend sein können, ohne an und für sich den Begriff des Pathologischen anwendbar zu machen, können wir nun auch bei Schwachsinnigen finden, nur dass bei ihnen häufig die Schwankungen *ceteris paribus* grösser ausfallen, als beim vollwertigen Menschen. Die beim Geistesgesunden, wenigstens in gewissem Umfange, vorhandene Fähigkeit, auf verstandesmässigem Wege die zu Gemütsbewegungen Anlass gebenden Geschehnisse auf ihre wahre Bedeutung hin zu prüfen, Kontrastvorstellungen zu erwecken und dadurch das gemüthliche Gleichgewicht wieder herzustellen, fehlt bei der psychischen Schwäche.



So kommt es, dass wir bei Schwachsinnigen so oft ein auffälliges Missverhältnis finden zwischen dem Grade der Affekterregung und der Bedeutung des auslösenden Ereignisses, und zwar sowohl in der Richtung, dass unbedeutende Vorgänge eine abnorm starke Gefühlsbetonung erfahren, wie in der umgekehrten, dass Ergebnisse von grosser persönlicher, wenn nur momentan nicht aufdringlicher Tragweite, abnorm geringfügige Affekte auslösen. Diese Störung des affektiven Lebens würde also eine secundäre, durch den Mangel an Ueberblick und Schätzung veranlasste sein; die Erfahrung nötigt aber dazu, bei Schwachsinnigen auch selbständige Veränderungen der Gefühlsseite anzunehmen, die sich in zweifacher Richtung bewegen. Einmal treffen wir bei gewissen Formen des Schwachsinn eine gesteigerte Erregbarkeit der Gefühle neben geringer Dauerhaftigkeit derselben, die je nachdem als Empfindlichkeit, Reizbarkeit, Zornmütigkeit oder als Rührseligkeit, Sentimentalität usw. in die Erscheinung tritt; anderemal eine allgemeine Herabsetzung der Gefühlserregbarkeit in Gestalt von Stumpfheit, Gleichgiltigkeit, Rohheit; wieweit ein angeborener völliger Mangel bestimmter Seiten des Gefühlslebens („moral insanity“) vorkommt, soll weiter unten besonders besprochen werden.

Die individuelle Art des affektiven Verhaltens bestimmt bei den verschiedenen Formen der psychischen Schwäche sehr wesentlich das äussere Bild; Lebhaftigkeit des Gefühlslebens in Verbindung mit gutem mechanischen Gedächtnis ist z. B. diejenige Combination, die den Laien am häufigsten die weitgehenden intellektuellen Mängel bei Schwachsinnigen übersehen, und diese eine zeitlang eine Rolle im Leben spielen lässt, die in dem Grade des vorhandenen Urteilsvermögens keine Begründung findet.

Aus den geschilderten psychischen Elementarstörungen setzen sich nun die im klinischen Bilde des Schwachsinn am meisten hervortretenden Züge zusammen, die Kleinlichkeit, das Haften am Einzelnen, sinnlich Wahrnehmbaren, die Ueberschätzung der eigenen Person, die starke Ausbildung der selbstsüchtigen Interessen, die Unfähigkeit zur selbständigen Lebensführung, die geringe Widerstandsfähigkeit gegenüber Antrieben zu strafbaren Handlungen usw.; die erworbenen Zustände von psychischer Schwäche haben neben den allgemeineren Zügen noch besondere, je nach der Grundkrankheit verschiedene: so die Neigung zur Reizbarkeit, Unverträglichkeit, Gewaltthätigkeit beim epileptischen Schwachsinn, die gemüthliche Stumpfheit und Brutalität der schwachsinnigen Alkoholisten, das kindische, läppische Wesen, die Denkfaulheit bei dem Pubertätsschwachsinn, die starke egoistische Einengung der Interessen, der Geiz, die Lieblosigkeit, die starke Herabsetzung der Merkfähigkeit bei der Demenz der Greise usw. —

Das Handeln der Schwachsinnigen kann, nach dem Gesagten, von verschiedenen Seiten her in pathologischer Weise beeinflusst werden. Zunächst ist bestimmend der Grad des im einzelnen Falle vorhandenen intellectuellen

Ausfalles. Die Thatsache, dass es bei den an der Grenze der normalen „Beschränktheit“ stehenden Fällen von dem Maass der an das Individuum herantretenden Ansprüche abhängt, ob der psychische Mangel merkbar wird, oder nicht, ist schon erwähnt worden. Bei den höchsten Graden der psychischen Schwäche ist von einem bewussten „Handeln“ überhaupt nicht mehr die Rede; reflectorisch veranlasste, und automatische Bewegungen, sowie einzelne Triebhandlungen sind hier die einzigen Arten motorischer Aeusserungen; diese Fälle machen, wenn sie überhaupt Anlass zu gerichtlicher Begutachtung geben, keine Schwierigkeiten. Am häufigsten führen zur Berührung mit den Gerichten die sich frei bewegenden, oftmals lange Zeit nicht als solche erkannten schwachsinnig Geborenen oder Gewordenen mittleren Grades.

Bei diesen wie bei den leichteren Graden kann die Urteilschwäche sowohl die Freiheit des Individuums im bürgerlichen Rechtsverkehr, wie seine strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit in mannigfaltiger Weise je nachdem beeinträchtigen oder aufheben.

Dies kann z. B. dadurch geschehen, dass die Tragweite, die möglichen fernereren Folgen einer Handlung nicht erkannt werden, dass die persönliche Lage, die finanzielle und sonstige Leistungsfähigkeit falsch geschätzt wird, dass die Einsicht für das Verwerfliche einer der augenblicklichen Neigung oder Triebrichtung entsprechenden geplanten That fehlt, dass es, trotz zunehmenden Lebensalters, nicht zur Gewinnung der den normalen Menschen bestimmenden allgemeinen Grundsätze des Rechtes, der Pflicht gekommen ist, dass fremdem Zureden gegenüber („Suggestion“) keine genügende intellektuelle, auf eigener Kritik beruhende Widerstandsfähigkeit vorhanden ist usw.; immer ist dabei das Wesentliche die Unzulänglichkeit des Urteils, und diese in den äusserlich verschiedenen Formen nachzuweisen, ist bei der gerichtlichen Beurteilung von Zuständen psychischer Schwäche die Hauptaufgabe des ärztlichen Sachverständigen.

Die Aufnahme des „geistigen Inventars“ einer psychischen Persönlichkeit ist keineswegs leicht; die grossen individuellen Schwankungen, das Fehlen eines durchgehenden Maassstabes, das Vorkommen von Compensationen in der Weise, dass Mängel der einen Seite des Seelenlebens bei besonderen Begabungen in anderer Richtung praktisch bedeutungslos bleiben, die Notwendigkeit, die psychische Leistungsfähigkeit im Verhältnis zu den jeweiligen individuellen Ansprüchen an dieselbe zu beurteilen — alle diese Schwierigkeiten haben Versuche veranlasst, Schemata zur Intelligenzprüfung zu entwerfen, die als Leitfaden nützlich sein können; hingewiesen sei auf die von Rieger und Sioli. —

Bei allen Affekthandlungen sind die oben erwähnten Eigentümlichkeiten des Verhaltens der Gefühle zu berücksichtigen, die in gleicher Weise, wie die intellektuelle Schwäche, in Abhängigkeit stehen von einer bestimmten materiellen Beschaffenheit des Gehirnes.

Besonders zu beachten ist die dadurch geschaffene Complication, dass leb-

haften Gemütsbewegungen gegenüber der dem Geistesgesunden gewissermaassen als „Bremse“ dienende Einfluss eines klaren Urtheiles gar nicht oder nur in unvollkommenem Maasse zu Gebote steht. So erklärt sich die Leichtigkeit, mit der es z. B. in Zuständen psychischer Schwäche bei an sich unbedeutenden deprimierenden Anlässen zu Selbstmordversuchen kommt; der depressive Affekt wird mit vielleicht besonderer Lebhaftigkeit empfunden, und das geschwächte Urtheil vermag nicht, die Vorstellung der Nichtigkeit des Anlasses, das Missverhältnis zwischen dem Anstoss und der Tragweite der geplanten That, als Gegenmotiv wirksam zu machen; es ist der gleiche Hergang, wenn auf Beleidigungen u. dgl. mit unverhältnismässig heftiger gefährlicher Gegenhandlung geantwortet wird; es sind endlich dieselben zusammenwirkenden Umstände, wenn Schwachsinnige auftauchenden normalen oder abnormen triebartigen Impulsen ohne viel Widerstand erliegen.

Es gilt das nicht nur für den Geschlechtstrieb, der bei solchen Individuen oft mit überwältigender Lebhaftigkeit zur That drängt (Notzuchtversuche am ersten besten weiblichen Wesen), sondern auch für alle anderen Triebrichtungen, von denen der Stehltrieb und namentlich der Brandstiftungstrieb häufig Anlass zur Berührung mit den Gerichten gibt. Bei letzterem scheint manchmal nicht nur der Wegfall der normalen Hemmungen, sondern auch eine besondere krankhafte Stärke des Triebes vorhanden zu sein; ein Teil der Fälle von sogenanntem „impulsiven Irresein“ gehört zum Gebiete der psychischen Schwäche. Besonders disponierend wirkt es auch bei diesen Zuständen, wenn Alkoholenuss vorausgegangen ist, oder wenn zur fraglichen Zeit bei weiblichen Schwachsinnigen die Menstruation im Gange oder in Vorbereitung war.

Die Aufgabe des Sachverständigen bei den Triebhandlungen der Schwachsinnigen besteht in der Feststellung, ob anzunehmen ist, dass dem auftauchenden Impulse infolge allgemeiner psychischer Mängel (event. in Concurrenz mit besondern Umständen) nicht der normale Widerstand entgegengesetzt werden konnte. —

## Kapitel XII.

### Das sogenannte „moralische Irresein“.

Geschichtliches über die Wandlungen des Begriffes des moralischen Irreseins. — Beziehungen zur Lehre Lombroso's. — *De lege ferenda*. — Gibt es rein ethische Defekte? — Theoretische und erfahrungsmässige Antwort. — Weg der gerichtlichen Beurteilung.

An die Erörterung der psychischen Schwäche in ihren verschiedenen Erscheinungsformen schliesst sich hier am natürlichsten an die Besprechung der in der gerichtlich psychiatrischen Litteratur vielleicht am meisten umstrittenen Störung, des „moralischen Irreseins“ („moralischer Blödsinn oder Schwachsinn“, „moral insanity“). Die prinzipielle Bedeutung, welche die Auffassung



der hierhergehörigen Beobachtungen besitzt, nötigt uns, zu den schwebenden Fragen klar Stellung zu nehmen.

Die Auffassung des Begriffes der „moral insanity“ hat in den verfloßenen 60—70 Jahren seit der Aufstellung des Namens und der ersten zusammenfassenden Darstellung durch Prichard starke Wandlungen durchgemacht. Maudsley, der sich auf Prichard stützt, konstatiert 1870 als übereinstimmende Meinung der wirklich Sachverständigen: „dass es eine Form geistiger Störung giebt, deren Symptome bei Abwesenheit von Hallucinationen, Illusionen und Wahnideen hauptsächlich in einem krankhaft veränderten Zustande jener Seelenfähigkeiten bestehen, die man gewöhnlich die aktiven und moralischen Kräfte nennt oder im allgemeinen unter den Kategorien des Fühlens und Wollens zusammenfasst: Gefühle, Affekte, Neigungen, Temperament, Gewohnheiten und Benehmen.“ „Der Kranke kann die Beziehungen der äusseren Objekte und Ereignisse ganz richtig beurteilen und hieraus auch wohl ganz scharfsinnige Schlüsse ziehen; sobald jedoch sein eigenes Ich dabei ernstlich in Frage kommt, sein eigentliches Wesen wirklich tiefer ergriffen wird, wird er auch in seinen Schlüssen den schlimmen Einfluss seiner krankhaften Gefühle und seine entsprechende Verkehrtheit in seinem Handeln bekunden; er kann seine Beziehungen nicht richtig realisieren, und die Art und Weise, wie er in Bezug auf sein eignes Ich denkt und handelt, ist mehr oder weniger falsch.“

Dass trotz dieser in den Hauptzügen mit heutigen Darstellungen übereinstimmenden Schilderung damals unter „moral insanity“ etwas Andres verstanden wurde, als jetzt, geht klar aus der Aufzählung der Umstände hervor, unter denen diese „selbständig für sich bestehende Krankheitsform“ vorkommen soll: im Prodromalstadium „wirklichen Irrsinns“, nach Ablauf desselben, nach „Anfällen von Paralyse oder Epilepsie oder von fieberhaften oder entzündlichen Krankheiten“, „nach moralischen Erschütterungen“, Schädelverletzungen usw. Die englische Kasuistik jener Zeit weist in der That Krankheitsbilder auf, die wir heute den verschiedenartigsten Formen zurechnen, z. B. Hysterie, zirkuläres Irresein u. dgl. — Man sieht, dass in der damaligen Auffassung von einer selbständigen Krankheitsform im heutigen Sinne gar keine Rede war; die Bezeichnung „moralisches Irresein“ wollte den Nachdruck darauf legen, dass ohne wesentliche Beteiligung der Intelligenz krankhafte Gefühle, Affekte, Triebe das Handeln bestimmen können, und die Betonung dieser Tatsache war sehr notwendig gegenüber einer Strafgesetzgebung, die als Kriterium der Zurechnungsfähigkeit nur die vorhandene oder fehlende Einsicht für das Strafbare einer Handlung, das Unterscheidungsvermögen zwischen Recht und Unrecht kannte. Wir sprechen heute nicht mehr von „moralischem Irresein“, wenn bei irgend einer Form der Geistesstörung, z. B. bei progressiver Paralyse oder Alkoholismus oder Epilepsie oder in der manischen Phase des zirkulären Irreseins neben andern Symptomen Abstumpfung oder andre Veränderungen des sittlichen Fühlens auftreten; die Feststellung der Grundkrankheit lässt die moralische Schwäche als Einteilungsprinzip ausscheiden.

Die Frage, die heute diskutiert wird, ist die, ob es eine besondere selbstständige Erscheinungsform des psychischen Lebens gibt, deren Hauptkennzeichen mangelhafte oder fehlende Ausbildung der sittlichen Gefühle darstellt, und welche Stellung einer solchen Störung im Verhältnis zu andern geistigen Störungen anzuweisen ist.

Die Frage hat eine erweiterte, über die Beurteilung der einzelnen gegebenen Persönlichkeit hinausreichende Bedeutung erhalten durch die Verbindung mit der von der italienischen anthropologischen Schule ausgehenden Lehre vom geborenen Verbrecher. Das „moralische Irresein“ wurde zum wesentlichsten der psychischen Kennzeichen des „*delinquente nato*“, neben den andern von Lombroso aufgestellten körperlichen Merkmalen. Die Lombroso'schen Uebertreibungen, die eine Zeit lang nützlich und vielleicht notwendig waren, um gegenüber der Macht des passiven Widerstandes eine neue Bewegung in der Auffassung des Verbrechers in Gang zu bringen, sind als solche erkannt und auf ihre wahre Bedeutung zurückgeführt worden, die darin zu suchen ist, dass man nun anfängt, der Persönlichkeit des Verbrechers als einem Produkte von Anlage, Erziehung, Umgebung, eventuell Krankheit, dasselbe Maass von Aufmerksamkeit zu schenken, welches früher auf das Verbrechen gerichtet war. Die Diskussion über diese Dinge ist auf das engste verknüpft mit den Fragen der Reform der Strafgesetzgebung, speziell des Strafvollzugs, wie dies oben Seite 5 ff. ausgeführt worden ist; es ist natürlich von prinzipieller Bedeutung, ob es Individuen giebt, die von Jugend auf eines Teiles derjenigen psychischen Fähigkeiten, nämlich der sittlichen Gefühle, ermangeln, die vom Staate als selbstverständlicher allgemein menschlicher Besitz und damit als Voraussetzung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit angesehen werden.

Wenn es solche defekten Individuen giebt, wie unterscheiden sich dabei die Fälle mit krankhafter Störung der Geistesthätigkeit, denen der Schutz des § 51 zur Seite steht, von den im Sinne des geltenden Strafgesetzes Nichtkranken? Kann sich die Strafrechtspflege, so lange das jetzige Strafrecht in Geltung ist, darauf einlassen, eine Theorie anzuerkennen, die darauf hinauskäme, dass der Nachweis eines ausschliesslich auf die moralische Seite beschränkten geistigen Mangels genügend sei, um einen Menschen der Strafe zu entziehen (vgl. dazu S. 33)? Die schwierige und bisher ziemlich unfruchtbare Erörterung dieser Frage wird ein andres Gesicht bekommen, sobald eine künftige Gesetzgebung die Möglichkeit bietet, Individuen mit dauernd antisozialen Neigungen und Handlungen, unabhängig von der Vorfrage, ob krank, ob nicht krank, wegen nachgewiesener sozialer Unbrauchbarkeit in irgend einer individuell angepassten Form aus der Gesellschaft auszuschliessen.

Da wir davon zur Zeit noch weit entfernt sind, müssen wir bei der Erörterung des Wesens der hierhergehörigen Fälle von den Voraussetzungen des geltenden Strafrechts ausgehen.

Es wird nützlich sein, einige der zur Zeit vertretenen Lehrmeinungen über das Wesen des „moralischen Irreseins“ hier nebeneinander zu stellen.

Kraepelin (Lehrbuch II. Th. S. 583) beschreibt dasselbe als eine Hauptform des angeborenen Schwachsinnes, deren wesentlichstes Merkmal Mangel oder Schwäche derjenigen Gefühle ist, welche der rücksichtslosen Befriedigung der Selbstsucht entgegenwirken. Trotz Abwesenheit grober intellektueller Defekte fehlt dabei doch meist „die Fähigkeit, allgemeine Gesichtspunkte zu gewinnen, höhere Geistesarbeit zu leisten, sich eine zusammenhängende Lebens- und Weltanschauung zu bilden“. Funktionelle und anatomische Merkmale weisen auf allgemeine Entartung hin; unterscheidend für praktische Zwecke ist das Zurückreichen der sittlichen Unfähigkeit bis in die frühe Jugend bei leidlicher Verstandesbildung, sowie die völlige Unzugänglichkeit für alle auf das Gemüt wirkenden Einflüsse.

v. Krafft-Ebing beschreibt das moralische Irresein, das „keine eigene Form von Geisteskrankheit“ ist, neben dem impulsiven und periodischen Irresein als eine der Formen der psychischen Entartung, der niemals der intellektuelle Defekt fehlt (mangelhafte Reproduktionstreue, Unfähigkeit zur Selbstführung, geistige Schläffheit und Trägheit usw.). Forensisch besteht die Aufgabe darin, zunächst den Nachweis des Bestehens der cerebralen Abnormität im allgemeinen zu führen; dabei sind entscheidend die Abstammung von irrsinnigen, trunksüchtigen, epileptischen Erzeugern, der Nachweis der anatomischen und funktionellen Degenerationszeichen, sowie von vasomotorischen und motorischen Funktionsstörungen; im einzelnen ist sodann die Diagnose zu begründen auf das abnorm frühe Eintreten der ethischen Verkümmern, die Unverbesserlichkeit, die intellektuelle Schwäche, die Reizbarkeit und Labilität der Stimmung, den impulsiven, perversen Charakter der Handlungen usw.

Mendel (in Eulenburg's Realencyklopädie) nennt als charakteristische Symptome der Moral insanity (neben anderen unregelmässigen) geistige Schwäche und Perversität der Triebe, Neigungen, moralischen Gefühle usw., Symptome, die nur dann diagnostisch verwertbar sind, wenn sie bis in die Jugend zurückverfolgt werden können; diagnostische Hilfsmomente können in der erblichen Anlage und dem Nachweise körperlicher Missbildungen oder epileptischer, epileptoider Zustände u. dgl. gegeben sein. Eine psychische „Krankheitsform“, welche lediglich durch die Symptome des „moralischen Wahnsinns“ gedeckt wird, existiert nicht; die Symptomengruppe desselben kann vorübergehend in gewissen Stadien der verschiedenartigsten Psychosen auftreten, oder einen Zustand von Imbecillität dauernd begleiten, oder zur Paranoia simplex chronica gehören; in Anbetracht dieser Verhältnisse empfiehlt es sich, namentlich mit Rücksicht auf die Möglichkeit forensischen Mißbrauches, den Namen „moralisches Irresein“ und seine Synonyma gänzlich zu streichen.

Cramer (Ger. Psychiatrie S. 264) behandelt die moralische Idiotie im



Kapitel „Schwachsinn“, ohne sie aber dazu zu rechnen; nur ein sicheres klinisches Zeichen gibt es für das Bestehen von moralischer Idiotie, der „mehr oder weniger hochgradige ethische Defekt“, ein Zeichen, welches sie „mit den Geisteskranken, mit moralisch verkommenen Menschen, Charakterlumpen und ethisch total entarteten Verbrechern gemeinsam hat“. Praktisch besteht „keine Möglichkeit, einen Verbrecher, einen schlechten Menschen an sich von dem moralischen Idioten zu trennen“. „Wenn wir die moralische Idiotie als eine Art von Krankheit auffassen wollen, müssen wir das auch mit bestimmten Verbrecherkategorien, ja vielleicht mit dem grössten Teil der Verbrecher thun“. Cramer lehnt es zwar ab, über die Berechtigung dieses Standpunktes zu urteilen, hat es aber an anderer Stelle (S. 263/264) implicite gethan mit dem Satze: „das krankhafte des ethischen Defektes ist nur nachgewiesen, wenn ein gewisser Grad von Schwachsinn oder andre psychische Störungen deutlich zu Tage treten“.

Delbrück (ger. Psychopathologie S. 197) erkennt ein moralisches Irresein als besondere Krankheitsform nicht an; die „reinen“ Fälle mit ethischem Defekt bei intakter Intelligenz kommen selten oder nie zur Begutachtung; gewöhnlich bestehen, auch wenn grobe Verstandesmängel fehlen, doch intellektuelle Störungen: Unfähigkeit, vor- und rückwärts zu denken, Verlust der ethischen Begriffe usw.; die Zusammenfassung der Fälle mit vorwiegend ethischem Defekt unter dem Namen „moralische Idiotie“ und dergl. erscheint der praktischen Bedeutung wegen zulässig. „Ob man sie als „moralisch irrsinnig“, als „geborene Verbrecher“ im Sinne einer anthropologischen Varietät oder als unverbesserliche Gewohnheitsverbrecher bezeichnet — jedenfalls können sie nicht nach dem Paragraphen des Strafgesetzbuches bestraft werden, welches für mehr oder weniger normale Menschen geschrieben ist“. Dieser Satz, der als eine Forderung für ein künftiges Strafrecht anzusehen ist, wird für die heutigen Verhältnisse dahin eingeschränkt, dass man sich bei Fällen mit vorwiegend ethischen Defekten mit den gültigen strafrechtlichen Bestimmungen und Einrichtungen abzufinden suchen müsse, so gut es eben geht, eingedenk der Tatsache, dass es sich bei der ganzen Frage nicht so sehr um die Anerkennung wissenschaftlicher Theorien handelt, als vielmehr recht eigentlich um eine praktische Aufgabe.

Aschaffenburg streift oben S. 33 kurz auch diese Frage; er erkennt eine eigenartige Psychose „moralischer Schwachsinn“ nicht an und glaubt, dass die meisten der Fälle falsch aufgefasst seien und teils der Epilepsie, teils den leichten Erregungszuständen des zirkulären Irreseins, teils der Dementia praecox zugezählt werden müssen. Individuen mit tiefer ethischer Verkommenheit neben normaler Intelligenz, bei Ausschluss anderweitiger Psychosen, müssen heute als zurechnungsfähig gelten. —

Diese kurze Zusammenstellung verschiedenartiger Meinungen über den gleichen Gegenstand zeigt besser als lange Ausführungen die Schwierigkeiten der Frage, die nicht nur in der klinischen Umgrenzung der das moralische

Irresein zusammensetzenden Symptomengruppen, sondern vor allem in der Notwendigkeit liegen, Individuen mit ausgesprochen antisozialer Verfassung von Gesichtspunkten eines geltenden Strafrechts aus zu beurteilen, dessen grundsätzliche Voraussetzungen auf sie nicht passen. Man hat hier und da den Eindruck, als ob die in den theoretischen Erwägungen immer wiederkehrende Betonung, dass es einen krankhaften, angeborenen sittlichen Defekt nicht gebe ohne gleichzeitige Verstandesmängel, nicht ganz unbeeinflusst bliebe davon, dass es einen solchen nicht geben darf, wenn nicht die Möglichkeit der Bestrafung zahlreicher gemeingefährlicher Individuen nach den Bestimmungen des geltenden Rechtes in Frage gestellt werden soll.

Wenn die klinische Erfahrung lehren sollte, dass es Menschen gibt, bei denen seit frühester Kindheit von vorneherein nur eine Anomalie des Fühlens in der Richtung besteht, dass die normale Gefühlsbetonung aller das Zusammenleben in der Gesellschaft regelnden Vorstellungen fehlt, so stünden wir vor der Frage, ob ein solcher Defekt theoretisch nicht genau so zu beurteilen sei, wie ein rein verstandesmässiger, ab ovo vorhandener; die daraus sich ergebenden Schlüsse müssten in einer künftigen Gesetzgebung Berücksichtigung finden; dass sie es noch nicht gethan haben, brauchte heute den Sachverständigen nicht zu hindern, eine solche Anomalie, wenn sie existierte, im Sinne des Gesetzes als eine krankhafte Störung der Geistesthätigkeit zu bezeichnen, in gleicher Weise, wie dies bei dem angeborenen intellektuellen Schwachsinn geschieht. Ich sehe nicht, wie man, die Voraussetzung einmal zugegeben, um diesen Schluss herumkommen will. Die Reichsgerichtsentscheidung (vergl. Seite 33), die dem moralischen Irresein ausdrücklich die Anerkennung versagt, würde nicht hindernd im Wege stehen, wenn die Erfahrung dazu nötigte, einen solchen angeborenen Defekt des sittlichen Fühlens unter die krankhaften Störungen der Geistesthätigkeit einzureihen. Wer das nicht für zulässig hält, müsste freilich die Fälle von rein ethischer angeborener Mangelhaftigkeit nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen für zurechnungsfähig erklären, wie dies auch Aschaffenburg oben (Seite 33) folgerichtiger Weise thut. —

Diese ganze Frage ist deswegen nicht so dringend, weil häufigeres Vorkommen eines so isolierten, auf eine einzige Seite des Seelenlebens beschränkten Defektes weder wahrscheinlich ist, noch von der Erfahrung bestätigt wird.

Der gelegentlich gebrauchte Vergleich fehlenden sittlichen Fühlens mit der Farbenblindheit ist nicht ganz zutreffend; bei dieser handelt es sich um bestimmte Mängel eines einzelnen Sinnes, deren wahrscheinlich einfache anatomische Ursache wir eines Tages kennen werden; dort um zweifellos complicierte Vorgänge, bei denen sehr verschiedene nervöse Mechanismen in solcher Ausdehnung beteiligt sind, dass eine Störung hier immer auch andre seelische Vorrichtungen in Mitleidenschaft ziehen muss. Gefühls- und Willensvorgänge einerseits, die Vorstellungsthätigkeit anderseits sind so eng miteinander verknüpft,

dass schon für die theoretische Analyse eine Loslösung des Einzelnen schwierig ist, geschweige denn in der Wirklichkeit als häufiges Vorkommnis wahrscheinlich wäre. Dementsprechend haben wir bei der Besprechung des Schwachsinn ausgeführt, dass die Mängel dabei sich nicht auf die intellectuellen Vorgänge beschränken, sondern auf die Gefühle, Affekte, Triebe usw. erstrecken, wenn auch der Grad der Beteiligung der einzelnen Gebiete ein verschiedener sein kann. Beim „Schwachsinn“ ist die Herabsetzung der verstandesmässigen Leistungen das Hauptsymptom; das Handeln der Kranken wird aber, wie wir sahen, sehr stark auch von andern seelischen Gebieten her beeinflusst. Es ist ebenso bei Fällen mit angeborenen, deutlich hervortretenden Mängeln des Gefühlslebens a priori wahrscheinlich, dass das in praktischer Beziehung am meisten hervortretende Symptom nicht das einzige sein wird.

Was ergibt sich nun aus einer unbefangenen Prüfung des in Form von Kasuistik vorliegenden Erfahrungsmateriales?

Zunächst ist dabei sehr deutlich, wie, entsprechend einer allgemeinen Entwicklungsrichtung in der Psychiatrie überhaupt, von der ursprünglich als einheitlich aufgefassten Symptomengruppe des moralischen Irreseins Mehr und Mehr abgespalten und für andre Krankheitsformen in Anspruch genommen worden ist, und dieses in solchem Umfange, dass schon jetzt die Existenz eines einheitlichen moralischen Irreseins überhaupt bestritten wird. Es ist zu erwarten, dass mit einer weiteren Verfeinerung und Sicherung der psychiatrischen Diagnostik die anscheinend hierhergehörigen Fälle, bei denen die moralischen Mängel mehr sind, als Symptome eines der bekannten und anerkannten andern Zustände geistiger Anomalie, immer weniger häufiger vorkommen werden.

In der Litteratur ist mir ausser dem von Bleuler mitgeteilten kein sicherer Fall bekannt geworden, der bei im Uebrigen ganz normalem Verhalten, als einziges abnormes Zeichen nur angeborenem Mangel der sittlichen Gefühle gezeigt hätte; bei dem lebhaften Interesse, mit dem alle beteiligten Sachverständigen dieser Frage gegenüberstehen, würden solche Fälle, wenn sie häufiger wären, kaum unbekannt bleiben. Man muss dabei nur nicht verlangen, dass die begleitenden Symptome in erster Linie immer intellectuellder Art seien; allein die Erfahrungen über die Zwangszustände und die quantitativen und qualitativen Anomalien des Trieblebens als Kennzeichen abnormer geistiger Verfassung sollten genügen, um eine Ueberschätzung der Bedeutung einer nicht handgreiflich geschwächten Intelligenz zu verhindern, eine Ueberschätzung, die zum Teil darauf zurückzuführen ist, dass intellectuelle Mängel einer überzeugenden Demonstration dem Richter gegenüber zugänglicher sind, als andre Störungen des geistigen Geschehens, besonders der affektiven Seite.

Der gewiesene Weg bei der Beurteilung von Fällen, bei denen Mängel des sittlichen Fühlens in auffälliger Weise hervortreten, würde der sein, dass zunächst festgestellt wird, ob eine der bekannten Krankheitsformen vor-



liegt, bei denen erfahrungsgemäss ethische Defekte als Symptom neben anderen vorkommen (progressive Paralyse, Epilepsie, Hysterie, chronische Vergiftungen, Verblödungsprocesse, zirkuläres Irresein usw.); ist das nicht der Fall, und ist der intellectuelle Befund so beschaffen, dass von „Schwachsinn“ im engeren Sinne nicht die Rede sein kann, so wäre eine „krankhafte“ Entstehung des ethischen Defektes nur dann anzunehmen, wenn derselbe bis in die früheste Jugend zurück verfolgt werden kann, trotz hinreichender Intelligenz, sorgfältiger Erziehung und sonst förderlicher Umstände keine Aenderung erfahren hat, und wenn im Uebrigen diejenigen psychischen Erscheinungen nachweisbar sind, die wir als Stigmata der Entartung (vgl. oben Seite 414) kennen gelernt haben. Die einfache Thatsache erblicher nervöser Belastung oder der Besitz nur körperlicher Degenerationszeichen genügt dabei nicht. Wird durch das Zusammenwirken dieser verschiedenen Momente nach unseren heutigen Erfahrungen die Annahme gesichert, dass der fragliche Mensch eine von frühester Anlage her beträchtlich abweichende geistige Verfassung mitbekommen hat, so sind wir berechtigt, seinen Geisteszustand unter die krankhaften Störungen der Geistesthätigkeit einzureihen und daraus im Gutachten die Folgerungen zu ziehen.

Treffen alle diese Voraussetzungen nicht zu, so ist im Strafrecht die Aufgabe des ärztlichen Sachverständigen mit der Feststellung erschöpft, dass der Schutz des § 51 diesem Individuum nicht zustehe; in bürgerlichen Rechtsverhältnissen hängt es dabei wesentlich von der Besonderheit der jedesmaligen durch die Sachlage gebotenen Fragestellung ab, zu welchem Ergebnis die sachverständige Beurteilung gelangen wird. —

## Kapitel XII.

### Das induzierte Irresein.

Begriff der Induktion. — Beschränkte Zahl der induzierbaren Geistesstörungen. — Voraussetzungen für das Zustandekommen geistiger Induktion. — Gerichtliche Bedeutung des induzierten Irreseins. — „Masseninduktion“.

Es giebt einen physikalischen Vorgang, der darin besteht, dass in einer „sekundären“ Drahtspirale ein elektrischer Strom entsteht durch das Kommen und Gehen eines solchen in einer „primären“ Spirale. Diesen Vorgang der „Induktion“ hatte man vergleichsweise im Auge, als man den Begriff des „induzierten“ Irreseins aufstellte; man verstand und versteht darunter die Entstehung einer Psychose bei einem Individuum unter dem bestimmenden Einfluss der geistigen Erkrankung einer andern Person. Es wäre kein induziertes Irresein, wenn ein empfindliches Individuum vor Schreck über den Anblick eines erregten Geisteskranken psychisch erkrankte; hier wäre die geistige Störung ein ganz zufälliger Anstoss, der durch den Schreck wirkte, und ebensogut durch einen andern Schrecken, Lebensgefahr oder ähnliches hätte

ersetzt werden können; um induziertes Irresein handelt es sich aber gewöhnlich, wenn z. B. ein Mädchen mit bestimmten Wahnideen erkrankt und bald darauf dieselben Wahnideen bei ihrer mit ihr zusammenlebenden Schwester bemerkbar werden.

Zu dem Begriff des induzierten Irreseins gehört, dass eine Psychose nicht nur im Anschluss an das Auftreten einer primären Geistesstörung einer andern Person entsteht, sondern dass bei der Entwicklung und in der Form der induzierten Störung der gestaltende Einfluss der induzierenden deutlich ist.

Es ist ohne weiteres klar, dass nicht jede Form von Geistesstörung auf diesem Wege entstehen kann, dass vielmehr besonders diejenigen dazu geeignet sein werden, bei denen die Störung die verstandesmässige Verarbeitung der Lebenserfahrungen betrifft; in der That treffen wir als induziertes Irresein vorwiegend die Erkrankungen mit Wahnbildung in irgend einer Form. Demnächst stellen das Hauptkontingent Zustände hallucinatorischer Erregung mit religiöser Färbung und Melancholie. Das Zustandekommen des Vorganges der psychischen Induktion setzt voraus entweder ein Autoritätsverhältnis in der Weise, dass die Auffassung der Welt, wie sie sich in einem Kopfe spiegelt, für einen andern, ohne das Wachwerden eigener Kritik, maassgebend ist, oder dass eine sehr intime geistige Gemeinschaft zwischen ähnlich organisierten und ähnlich fühlenden und denkenden Menschen vorhanden ist, die Beide, wie das nicht so selten vorkommt, immer das Gleiche denken und sagen lässt.

Diese Bedingungen finden sich, nicht ausschliesslich, aber doch besonders leicht bei Mitgliedern derselben Familie vereinigt, und in der That betreffen die meisten Fälle von induziertem Irresein („folie à deux“, „Zwillingsirresein“ usw.) Angehörige derselben Familie, seltener Personen, die durch Neigung oder Umstände zu intimem Zusammenleben geführt worden sind (z. B. alte Jungfern, die in gemeinsamem Haushalte leben). Die tägliche Erfahrung lehrt, dass unter den gedachten Verhältnissen auch bei Geistesgesunden, namentlich den Unannehmlichkeiten des Daseins gegenüber, bei Reibereien mit Dritten, Konflikten mit Vorgesetzten, Prozessen usw. eine bis in die kleinsten Einzelheiten gehende Uebereinstimmung der Meinungen vorkommt; dies bleibt nun häufig auch so, wenn bei dem nach Intelligenz und Willen stärkeren Teil der Gemeinschaft die Gedankengänge den normalen Boden verlassen und den Charakter von Wahnideen annehmen. Die Aussichten zu solcher Uebertragung wahnhafter Vorstellungen sind um so grösser, wenn der empfangende Teil intellektuell mässig begabt oder geradezu krankhaft veranlagt ist.

Die Fälle dieser Art der induzierten Wahnvorstellungen übertreffen an forensischer Bedeutung diejenigen anderen, bei denen z. B. Geschwister unter dem Einfluss gleicher äusserer Schädlichkeiten (Entbehrungen, Schreck usw.) an gleichen geistigen Störungen erkranken, oder die theoretisch am meisten interessirenden Fälle von folie à deux, dass räumlich getrennte Geschwister (speziell Zwillinge) gleichzeitig in identischer Weise geistesgestört werden (gleich-

artige starke Veranlagung); von Induktion ist in diesen letzteren Fällen keine Rede mehr.

Das Vorkommen der induzierten Wahnideen zu kennen, ist praktisch wichtig. Dem primär Erkrankten gibt das Mitklingen der wahnhaften Ideen bei seiner Umgebung eine verstärkte Sicherheit für die Richtigkeit seiner Vorstellungen; anderseits kann es das richterliche Urteil beeinflussen, wenn Familienmitglieder oder sonst Nahestehende, die als Zeugen vernommen, aber nicht als geisteskrank erkannt werden, in übereinstimmender Weise die objektiv falschen, subjektiv richtigen, wahnhaften Deutungen und Beobachtungen der Hauptperson bestätigen. —

Die „Masseninduktionen“, die in Schulen, Pensionaten vorkommen, namentlich aber auf religiösem Gebiete eine Rolle spielen (Gründung von Sekten durch chronisch Verrückte u. dgl.), interessieren mehr den Kulturhistoriker, als den praktischen Juristen; immerhin sind sie ein lehrreiches Beispiel für die Möglichkeit, abnorme Ideen von gestaltender Stärke gleichzeitig in eine grosse Anzahl von Köpfen zu übertragen.



### Dritter Abschnitt.

---

## Die Erkennung des Irreseins.

---

#### Vorbemerkungen.

Die für die gerichtliche Praxis wichtigsten Erscheinungen abnormen Seelenlebens haben auf den vorausgehenden Blättern eine kurze Darstellung erfahren; es ist bei jedem einzelnen Symptome, soweit möglich, auf die Art des Nachweises im gegebenen Falle, auf die unterscheidenden Merkmale hingewiesen worden. Der ganze zweite Abschnitt galt somit auch schon der Diagnostik des Irreseins.

Eine eingehende elementare Anweisung zur Untersuchung Geisteskranker gehört nicht zu den Aufgaben der gerichtlichen Psychopathologie; es ist eine Täuschung, zu glauben, dass man, ohne sich mit klinischer Psychiatrie befassen zu haben, allein auf Grund des Studiums irgend eines noch so ausführlichen Lehrbuches der gerichtlichen Psychiatrie ein psychiatrischer „Sachverständiger“ werden könne; der Jurist allerdings soll in einer „gerichtlichen Psychiatrie“ alles das finden, was ihm für seine Zwecke in der praktischen Rechtspflege bei Berührung mit geistig abnormen Zuständen zu wissen not thut; für den Arzt muss als Voraussetzung gelten, dass er die Untersuchung Geisteskranker überhaupt erlernt hat; die gerichtliche Psychiatrie bietet ihm in erster Linie die Beleuchtung der psychiatrischen That-sachen unter einem bestimmten Gesichtswinkel und die Anweisung zur Verwertung seines psychiatrischen Wissens für die Zwecke der Rechtspflege.

Aus diesen Gründen habe ich davon abgesehen, in diesem Abschnitte „Schemata zur Untersuchung Geisteskranker“, wie sie sonst wohl üblich sind, zu geben; für den Sachkundigen sind sie überflüssig, und dem nicht Sachkundigen nützen sie nichts. —

Es bleibt nur noch übrig, einige Punkte zu besprechen, die bisher ihre Stelle nicht hatten finden können und die gerade für die Erkennung und Beurteilung der Geistesstörungen in der gerichtlichen Praxis von grosser Bedeutung sind:

das Vorkommen von Grenzzuständen, die Bedeutung des Nachweises körperlicher Störungen bei Geisteskranken, endlich die Simulation und die Disimulation geistiger Störung.

## Kapitel I.

### Grenzzustände.

Die Grenze verläuft zwischen Zurechnungsfähigkeit und Unzurechnungsfähigkeit. — Verminderte Zurechnungsfähigkeit. — Vorkommen von Grenzzuständen und verschiedene Art derselben. — Besondere äussere oder innere Umstände als wesentliche Momente bei der Beurteilung. — Wirkung der Häufung solcher Momente.

Die Grenze, um die es sich für die forensische Beurteilung bei den „Grenzzuständen“ handelt, verläuft nicht zwischen geistiger Gesundheit und geistiger Krankheit, sondern zwischen Zurechnungsfähigkeit und Unzurechnungsfähigkeit; die meisten Grenzzustände gehören theoretisch in das Gebiet der Anomalie; was bei ihnen im Strafrecht in Frage steht, ist das, ob die Störung nach Art und Stärke die Voraussetzungen des § 51 des St.G.B. erfüllt oder nicht. In den bürgerlichen Rechtsbeziehungen machen uns die Grenzzustände weit weniger prinzipielle Not als im Strafrecht, da dort meist die besonderen Ansprüche genannt werden, denen gegenüber die geistige Individualität gemessen werden soll.

Dass wir Grenzzustände überhaupt haben, bei denen die Beurteilung auch für den kundigsten Sachverständigen schwierig wird, ist eine unvermeidliche Folge des in der Einleitung (S. 395 ff.) näher ausgeführten Verhältnisses zwischen den kantigen Bestimmungen des geltenden Strafrechts und den flüssigen seelischen Vorgängen.

Das Strafrecht kennt beim Erwachsenen keine graduellen Abstufungen der Zurechnungsfähigkeit; wird das Bestehen eines Zustandes von Bewusstlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit, durch den die freie Willensbestimmung ausgeschlossen ist, verneint, so bleibt, um den Besonderheiten einer nicht normalen geistigen Persönlichkeit gerecht zu werden, nur das System der mildernden Umstände, dessen Mangelhaftigkeit oben (S. 35 ff.) auseinandergesetzt worden ist. Der Sachverständige kann zwar nicht gezwungen werden, in seinem Gutachten sich über das Vorhandensein oder Fehlen der Voraussetzungen des § 51 in positiver Form auszusprechen; er kann in seinem Gutachten zu dem Ergebnis kommen: non liquet; wenn das auch bequem und manchmal durchaus notwendig ist, so ist es doch ein im allgemeinen nicht empfehlenswerter Ausweg, der die Beurteilung der Sachlage einer Instanz zuschiebt, die noch weniger als der Sachverständige dazu im Stande ist.

Diese Schwierigkeiten sind es, welche die alte ärztliche Forderung nach Einführung einer verminderten Zurechnungsfähigkeit (vgl. dazu oben S. 34) immer wiederkehren lässt.

So lange diese nicht gesetzlich anerkannt ist, muss der Sachverständige

versuchen, sich mit der praktischen Unterbringung der Grenzzustände, je nachdem diesseits oder jenseits der Grenze der Zurechnungsfähigkeit, so gut es gehen will, abzufinden.

Die Schwierigkeiten, welche die Beurteilung dabei im einzelnen findet, werden im speziellen Teile bei denjenigen Erkrankungsformen, die hauptsächlich Fälle zu den Grenzzuständen stellen, besprochen werden; hier wollen wir nur einige allgemeinere Gesichtspunkte hervorheben; unsre Auffassung bewegt sich dabei in denselben Bahnen, wie bei der Behandlung dieses Themas durch Wollenberg (1899) und Cramer (1900). —

Zweifel über die Zurechnungsfähigkeit können zunächst entstehen bei ganz leichter Verlaufsart oder noch nicht auf der Krankheitshöhe angekommenen Entwicklung solcher Geistesstörungen, die in vollentwickeltem Zustande ohne Weiteres die Verantwortlichkeit aufheben würden; hierher würden z. B. gehören können leichte melancholische Verstimmungen oder leichte hypomanische Erregungen des zirkulären Irreseins; ist hierbei der Beginn der Krankheit zeitlich festzustellen, und sind die für die betreffende Störung charakteristischen Symptome, wenn auch in mässiger Stärke, vorhanden, so wird der Sachverständige gewöhnlich das Vorhandensein der Voraussetzungen des § 51 des St.G.B. bejahen dürfen. Bei denjenigen Störungen, die überhaupt graduelle Abstufungen erkennen lassen, wie z. B. die senilen Geisteszustände oder die Beeinträchtigungen des geistigen Geschehens bei den organischen Hirnkrankheiten (ausschliesslich der eine Sonderstellung einnehmenden *Dementia paralytica*), entscheidet die Grösse des im Einzelnen nachweisbaren Ausfalles; das gleiche gilt für die dauernden geistigen Veränderungen, die sich in Folge chronischer Vergiftungen entwickeln, oder als Intervallsymptome bei solchen Krankheiten bestehen, die periodische Verlaufsart zeigen (Epilepsie, periodische Psychosen), oder nach Ablauf akuter oder chronischer Geistesstörungen übrig bleiben. Bei den periodischen Störungen wird die Thatsache, dass zeitweise und wiederholt grobe geistige Veränderungen vorhanden waren, immer zur Stütze der Annahme herangezogen werden dürfen, dass dem betreffenden Centralorgane eine den Durchschnitt nicht erreichende Widerstandsfähigkeit eigen ist. Schwieriger als bei den bisher genannten Affektionen wird die Entscheidung, wenn lebenslänglich, (oder doch von einem bestimmten Zeitpunkte an dauernd), Beeinträchtigungen von mässiger Stärke auf geistigem Gebiete vorhanden sind; hierher gehören die leichten Grade der geistigen Schwäche, viele Fälle von Hysterie, manche von Neurasthenie und die grosse Gruppe der Zustände von „Entartung“.

Mit dem Namen „Entartung“, um mit letzterer zu beginnen, kennzeichnen wir, wie schon früher erörtert, zur Zeit eine Reihe sehr verschiedenartiger Erscheinungsformen, die wahrscheinlich durch die wachsende Erfahrung eine weitere Sonderung erfahren werden. Das Gemeinsame derselben besteht für die Mehrzahl in dem Vorhandensein abnormer erblicher Einflüsse und einer darauf



von uns meist bezogenen minderwertigen Beschaffenheit des nervösen Zentralorganes. Die verschiedene klinische Aeusserungsweise dieser abweichenden Verfassung des Zentralnervensystems und ihre forensische Tragweite ist oben in dem Kapitel „Erblichkeit und Entartung“ besprochen worden; es ist namentlich daran festzuhalten, dass für die gerichtsärztliche Beurteilung der Entarteten zu unterscheiden ist zwischen dem dauernden Zustande und den auf diesem Boden erwachsenden episodischen Ereignissen (den „syndromes“ der französischen Autoren), und weiter daran festzuhalten, dass die Einreihung eines Menschen unter die Rubrik Entartung auf Grund des Vorhandenseins einzelner der früher erwähnten körperlichen und seelischen Stigmata an sich zunächst uns keineswegs berechtigt, ihn dem Gesetze gegenüber für nicht verantwortlich zu halten. Der Einfluss, den dabei der Mangel an seelischem Gleichgewicht, die Neigung zu pathologischen Affekten, die abnorme Gefühlsbetonung, intellektuelle Eigentümlichkeiten oder Mängel auf die Zurechnungsfähigkeit ausüben, ist a. O. auseinandergesetzt worden; auf besondere Umstände, äussere Einflüsse, deren Mitwirkung hier, wie bei den Grenzzuständen überhaupt, den Thäter für eine einzelne Handlung nicht verantwortlich erscheinen lassen, ohne ihn im allgemeinen und dauernd unzurechnungsfähig zu machen, kommen wir unten noch zurück. —

Die grössten Schwierigkeiten für die praktisch gerichtliche Abgrenzung haben von jeher die leichten Schwachsinnformen gemacht, und zwar weniger die erworbenen, bei denen die krankhafte Entstehung nachweisbar und für die Beurteilung erleichternd ist, sondern die angeborenen, die vielfach ohne prinzipielle Unterscheidungsmerkmale in zahlreichen Abstufungen zur einfachen „Dummheit“ oder „Beschränktheit“ hinüberführen; wenn irgendwo, so wird hierbei die Grenze gezogen durch Feststellung des Quantums der Störung; dass die Beeinträchtigung der verstandesmässigen Leistungen, wenn auch das Hauptsymptom, so doch keineswegs die einzige abnorme Erscheinung mit Einfluss auf das Handeln darstellt, ist bereits oben im Kapitel „psychische Schwäche“ ausgeführt worden und darf bei gerichtsärztlicher Beurteilung des Geisteszustandes im gegebenen Fall nicht übersehen werden. —

Betreffs der hysterischen und neurasthenischen Störungen, unter denen sich auch ein grosser Teil der durch Unfälle entstandenen nervösen und psychischen Anomalien findet, verweise ich auf den speziellen Teil.

Bei allen den aufgeführten Zuständen dauernder abweichender geistiger Verfassung zeigen sich nun besondere Umstände als wesentliche Faktoren bei der Beurteilung der Verantwortlichkeit für strafbare Handlungen oder bei der Abschätzung der zivilrechtlichen Fähigkeiten. Dieselben liegen im wesentlichen in drei Richtungen; es sind teils besondere körperliche Zustände, die an sich nichts Krankhaftes haben, wie Pubertätsentwicklung, Menstruation und Schwangerschaft, oder besondere Arten seelischer Verfassung, wie die sexuelle Erregung oder lebhaft Affekte, namentlich Schreck, Zorn und Angst, oder äussere Einwirkungen, die in gleicher Weise körperliche wie geistige Veränderungen

hervorrufen, wie Alkoholgenuss, grosse Hitze, Erschütterungen des Schädels durch Schläge oder Sturz, körperliche Ueberanstrengung, durch äussere Umstände bedingter Schlafmangel und dergl. mehr.

Alle diese Momente, die, wie die tägliche Erfahrung lehrt, auf den „normalen“ Menschen und die in ihm stattfindenden verstandesmässigen und gemüthlichen Vorgänge einen gewissen, individuell schwankenden Einfluss ausüben, ohne aber dadurch sein Handeln schon zum krankhaft beeinflussten zu machen, können diesen Grad der Einwirkung erreichen bei einem, wenn auch im forensischen Sinne nicht kranken, so doch minderwertigen Nervensystem. Die dabei im ruhigen, alltäglichen Gleise vorhandene Möglichkeit, das Handeln den allgemeinen Normen entsprechend zu gestalten, kann aufgehoben werden, sobald Einflüsse aus der Reihe der eben genannten im Spiele sind. Die Art der Einwirkung kann dabei von den verschiedensten Seiten her erfolgen, z. B. durch die Unfähigkeit, in einer plötzlich entstandenen Lage, die rasches Handeln notwendig macht, die Verstandeskräfte entsprechend schnell mobil zu machen, wie beim Schwachsinn, oder durch abnorme Widerstandsunfähigkeit gegen starke Affekte, wodurch die Besonnenheit verloren geht, wie bei manchen Degenerirten oder Neurasthenikern, oder durch spontane abnorme Gefühlsbetonungen, wie in der Schwangerschaft, oder durch Trübung des Bewusstseins bei der mangelhaften Widerstandsfähigkeit gegen Alkohol bei Schwachsinnigen usw. Es hätte keinen Zweck, hier allen Möglichkeiten im Einzelnen nachzugehen; das wesentliche ist immer, dass eine aus krankhaften, angeborenen oder erworbenen Gründen nur im labilen Gleichgewichte befindliche geistige Verfassung durch Anstösse, die beim normalen Menschen diese Wirkung nicht hätten, vorübergehend in einen Zustand gerät, der den Voraussetzungen des § 51 in einer ihrer Formen entspricht. Die Aussichten dazu werden um so grösser sein, wenn eine Häufung der schädlichen Momente vorliegt, z. B. Alkoholwirkung mit Affekt usw. Im einzelnen kann, wie dies namentlich Cramer betont hat, der Hergang so sein, dass eine äussere oder innere vorübergehende Schädlichkeit, die bei einem nur wenig von der Norm entfernten Grenzzustand die Bedingungen der verminderten Zurechnungsfähigkeit schaffen würde, eine dem Grad nach stärker abnorme Verfassung schon unter den Schutz des § 51 treten lässt. Die unendliche Mannigfaltigkeit der hierbei denkbaren Abstufungen nötigt immer wieder zu der Betonung, dass alle Versuche, die schwierige Frage der forensischen Behandlung der Grenzzustände prinzipiell zu beantworten, Versuche bleiben müssen; die Entscheidung kann nur von Fall zu Fall auf Grund einer möglichst umfassenden Untersuchung der ganzen in Frage stehenden Persönlichkeit erfolgen.

Die Thatsache, dass das Gesetz zur Zeit keine „verminderte Zurechnungsfähigkeit“ kennt, braucht den Sachverständigen nicht zu hindern, in hypothetischer Form auszusagen, dass ein Individuum zwar im Sinne des

§ 51 nicht geisteskrank sei, dass es aber, wenn eine „verminderte Zurechnungsfähigkeit“ existierte, unter dieser Rubrik unterzubringen sei (vergl. das Kapitel Gutachten).

## Kapitel II.

### Körperliche Störungen.

Beschränkung auf diejenigen Störungen, die praktisch diagnostische Bedeutung haben. — Angeborene, erworbene Störungen. — „Signale“. — Stigmata. — Organisch-nervöse Symptome. — Bedeutung des Nachweises organischer Hirnveränderungen.

Es ist nicht unsere Aufgabe, hier alle körperlichen Erscheinungen, die sich bei und neben geistigen Anomalien vorfinden können, zu besprechen; es wird aber nützlich sein, die allgemeinen Gesichtspunkte bei Beurteilung der Tragweite, die der Feststellung körperlicher, greifbarer Veränderungen bei Geistesstörungen zukommt, kurz zu erörtern. Wir können dabei ganz absehen von denjenigen körperlichen Symptomen, wie Fieber, Veränderungen des Urines, u. dgl., die keinerlei regelmässige Beziehungen zu den uns hier beschäftigenden Fragen haben; ebensowenig brauchen wir näher auf diejenigen Störungen einzugehen, die in irgend einer Weise schon das Ergebnis abnormer geistiger Vorgänge sind, wie Eigentümlichkeiten in Haltung, Ausdruck, Bewegung, „psychische“ Lähmungen u. dgl. —

Die körperlichen Anomalien, die für unsere Zwecke in Betracht kommen, sind entweder angeborene (einschliesslich der in frühester Kindheit entstandenen) oder erworbene.

Von der ersteren erlauben einzelne grobe Anomalien, wie Missbildungen des Gehirnes, Mikrocephalie, Hydrocephalie ohne Weiteres den Schluss, dass ein normales geistiges Geschehen nicht möglich ist; die anderen, die oben Seite 414 zusammengestellten Entartungszeichen, haben zunächst nur die Bedeutung von Signalen; ihr Vorhandensein soll Anlass geben, den Geisteszustand des Trägers dieser Stigmata zu untersuchen; er beweist, namentlich bei Häufung der einzelnen Zeichen, dass bei der Entwicklung dieses Individuums abnorme Einflüsse irgend welcher Art thätig gewesen sind. Ein weiterer Schluss ist zunächst nicht erlaubt; der Besitz von Entartungszeichen schliesst keine Notwendigkeit zum Erkranken in sich. Die Bedeutung der angeborenen körperlichen Störungen wächst, wenn sie neben geistigen Abweichungen zur Beobachtung kommen; sie können dann die erfahrungsgemäss bekannten psychischen Symptomgruppen, die wir bei der Entartung treffen, für die gerichtliche Beurteilung in der Richtung ergänzen, dass die Annahme einer von vorneherein abweichenden Veranlagung den für die praktisch gerichtlichen Zwecke notwendigen Grad von Sicherheit erlangt.

Die Unterscheidung der erworbenen körperlichen Störungen von den angeborenen ist für die Mehrzahl derselben auf Grund ärztlicher Erfahrung



möglich, auch wenn keine zuverlässigen Angaben über den früheren Befund vorliegen; der mit neurologischen Untersuchungsmethoden Vertraute, (und nur ein solcher ist als psychiatrischer Sachverständiger anzuerkennen), ist sehr wohl im Stande, z. B. von jeher vorhandene Sprachstörungen von frisch entstandenen, angeborene Pupillarveränderungen von erworbenen, Asymmetrien in der Innervation von Lähmungen usw. zu unterscheiden; bei einzelnen Symptomen, bei denen das nicht möglich ist, geben Aussagen über das frühere Verhalten den Ausschlag.

Das gerichtliche Interesse an körperlichen erworbenen Begleiterscheinungen der Geistesstörungen concentriert sich hauptsächlich auf die das Nervensystem betreffenden, (Störungen der Hirnnerven, der Sprache, der Schrift, der Augen, Lähmungen, Krämpfe, sensible Ausfallserscheinungen usw.). Die Bedeutung derselben hängt in erster Linie davon ab, ob diese Symptome einen Schluss auf Veränderungen im Gehirne erlauben und weiter, welche Ausdehnung und Lokalisation denselben beizulegen ist; alle auf das Rückenmark oder die peripherischen Abschnitte des Nervensystems zu beziehenden Anomalien haben dabei ein secundäres Interesse, (ausser bei der progressiven Paralyse, bei der sie für die Diagnose wesentlich sind).

Ganz allgemein kann man aussprechen, dass der Nachweis irgend welcher, auf organische Veränderungen im Gehirne hinweisender Symptome genügender Anlass ist, um im Prinzip die Frage der Zurechnungsfähigkeit des betreffenden Menschen aufzuwerfen; im einzelnen gilt dabei, dass die Aussichten auf krankhafte Beeinflussung des geistigen Geschehens um so grösser sind, je ausgedehnter die vorauszusetzenden anatomischen Veränderungen sind, und je mehr man annehmen muss, dass sie die Hirnrinde in Mitleidenschaft gezogen haben. So kann eine halbseitige Lähmung durch eine kleine Blutung in der inneren Kapsel oder ein sklerotischer Herd im Pons u. dgl. ohne nachweisbaren Einfluss auf die geistigen Vorgänge bleiben; unwahrscheinlicher wird dies schon bei den auf Gefässveränderungen beruhenden, an mehreren Stellen auftretenden kleinen Erweichungsherden oder bei Geschwülsten, wenn sie Druckerscheinungen im Schädelinneren erzeugen; niemals dagegen ist die Beeinflussung der seelischen Prozesse durch organische Hirnveränderungen zu verneinen, wenn dieselben derart sind, dass sie zur Annahme einer allgemeinen Beteiligung nervöser Elemente in den verschiedensten Hirnabschnitten nötigen, wie es beispielshalber bei denjenigen Symptomen der Fall ist, auf die wir heute mit grosser Sicherheit die Diagnose der progressiven Paralyse stützen. Psychische Erscheinungen nicht stürmischer oder nicht sehr auffallender Art, wie z. B. unmotivierter Wechsel der Stimmung, Abstumpfung des feineren Fühlens, die an sich keine sehr grosse Bedeutung hätten, bekommen eine ganz andre Tragweite, wenn gleichzeitig entstandene organische Hirnsymptome, wie etwa Pupillenstarre und Sprachstörung, sie als frühe psychische Zeichen der schweren unheilbaren progressiven Hirnkrankheit erkennen lassen. —

Die Bedeutung körperlicher erworbener Zeichen, die nicht dem Nervensysteme angehören, wie z. B. des Zungenbisses für den Nachweis des epileptischen Anfalles und dergl., wird bei den einzelnen Formen im speziellen Teile besprochen werden.

Im allgemeinen ist es nützlich, körperliche Erscheinungen, wenn sie neben zweifelhaften oder sicheren geistigen Anomalien vorhanden sind, bei gutachtlichen Aeusserungen genau zu beschreiben und die Tragweite des Nachweises derselben zu betonen; erfahrungsgemäss hat es auf den Laien eine besonders überzeugende Kraft, wenn ihm greifbare Zeichen dafür vorgewiesen werden, dass in dem betreffenden Zentralnervensystem abnorme Prozesse sich abspielen oder abgespielt haben müssen. —

---

### Kapitel III.

#### **Simulation und Dissimulation geistiger Störung.**

Begriffsumgrenzung. — Vorkommen der Simulation geistiger Störung. — Schwierigkeiten derselben. — Feststellung. — Beispiel. — Dissimulation geistiger Störung. — Vorkommen und Bedeutung. — Aerztliche Vorsicht notwendig. — Beispiel.

Unsere bisherige Darstellung der Anomalien des Seelenlebens hat zur stillschweigenden Voraussetzung gehabt, dass die einzelnen Symptome ohne absichtliche subjektive Zuthat des Individuums in die Erscheinung treten. In der gerichtlichen Praxis können wir aber damit nicht immer rechnen. Das Interesse des in irgend einer Form in ein gerichtliches Verfahren verwickelten Menschen kann dahin gehen, für geisteskrank gehalten zu werden, (um nicht bestraft zu werden), oder für geistesgesund zu gelten, (um bestimmte bürgerliche Rechte nicht zu verlieren). Das absichtliche Vortäuschen einer nicht vorhandenen geistigen Störung bezeichnen wir als „Simulation“ derselben, das absichtliche Verdecken derselben, und damit das Vortäuschen einer nicht vorhandenen geistigen Gesundheit als Dissimulation geistiger Störung. Die Angabe dessen, was simuliert oder dissimuliert wird, ist jedesmal notwendig; der zusatzlose Gebrauch des Wortes „Simulation“ ist nicht genügend klar; es kann ebensowohl geistige Gesundheit wie Krankheit „simuliert“ werden. Notwendiger Bestandteil des Begriffes ist in jedem Falle die bewusste Absicht der Täuschung. —

Wir wollen die Simulation geistiger Störung und die Dissimulation derselben gesondert betrachten.

Laien neigen im allgemeinen zu der Meinung, dass Simulation von Geisteskrankheit etwas Häufiges und Einfaches sei; die irrenärztliche Erfahrung kann das letztere gar nicht, das erstere nur mit dem Vorbehalte bestätigen, dass bei einer grossen Zahl derjenigen Individuen, die den Versuch machen, bestimmte Symptome von Geisteskrankheit vorzutäuschen, ausserdem doch noch wirkliche krankhafte Anomalien der Geistesbeschaffenheit oder wenigstens

der Veranlagung vorhanden sind. Das Urteil über die Häufigkeit von Simulation geistiger Krankheit wird wesentlich beeinflusst von der Art des Krankenmaterials des einzelnen Beobachters. Während z. B. Fritsch unter 3800 Personen, die in den Jahren 1876, 1877, 1878 Meynert's Klinik passierten, nur je einen Fall von Simulation finden konnte, was er mit Recht auf die Thatsache bezieht, dass sich keine forensischen Fälle darunter befanden, ist die Häufigkeit eine weit grössere dort, wo Fälle zweifelhaften Geisteszustandes vom Gerichte aus zur Beobachtung in Kliniken oder Anstalten eingewiesen werden. Die Mehrzahl dieser Fälle gehört dem Gebiete der Strafrechtspflege an; seit dem Bestehen der Unfallversicherung kommt auch die Vortäuschung von Geisteskrankheit zur Erlangung einer Rente in der Kasuistik in Betracht; in der zivilrechtlichen Praxis (Entmündigung usw.) überwiegt naturgemäss die Dissimulation geistiger Störung an Häufigkeit.

Unter den im Strafverfahren Geistesstörung Simulierenden finden sich Rückfällige häufiger, als erstmalig Angeschuldigte; das Interesse des Individuums, nicht bestraft zu werden, ist bei diesen wegen der zu erwartenden Verschärfung ein grösseres; ausserdem ist ihre Bekanntschaft mit der gerichtlichen Praxis eine bessere.

Ein besonders grosses Kontingent zu den Simulanten geistiger Störung scheinen die Eigentumsverbrecher zu stellen; (die besondere Befähigung der Diebe zum Lügen ist schon von Krauss hervorgehoben worden).

Die Simulation geistiger Störung beginnt im Strafverfahren entweder sogleich im Augenblick der Verhaftung, resp. der ersten Vernehmung, oder im Laufe des Verfahrens (im Gefängnis oder bei der Hauptverhandlung). Die Entscheidung über geistige Gesundheit oder Krankheit kann dabei nur auf Grund ärztlicher Beobachtung erfolgen, für welche in erster Linie die Irrenanstalt in Betracht kommt; Beobachtung auf Simulation im Gefängnis oder in der Behausung des fraglichen Individuums muss im allgemeinen als ungenügend gelten. — Die Auswahl der krankhaften Erscheinungen, deren Darstellung versucht wird, hängt von dem Wissen und den besonderen persönlichen Erlebnissen in der Vorgeschichte ab (Aufenthalt in Lazarethen, Spitälern, Irrenanstalt usw.). Die im besten Falle trotz solcher Erfahrungen ungenügende Kenntnis der wesentlichen Züge und vor allem der Art ihrer Zusammengehörigkeit zu bestimmten Bildern geistiger Erkrankung ist eine der Ursachen, warum es in der Regel den Simulanten nicht gelingt, naturgetreue Nachahmungen zu liefern. Es würde selbst einem Psychiater von Fach, der Simulation geistiger Störung versuchen wollte, nur bei einer beschränkten Anzahl von Störungen und nur für kurze Zeit gelingen, einen sachkundigen Beobachter wirklich zu täuschen; eine Reihe von Symptomen, namentlich motorischer Art, die dauernde motorische Erregung einerseits, das lange Zeit fortgesetzte Festhalten bestimmter Körperstellungen andererseits, das ideenflüchtige Sprechen u. dgl., sind aus dem einfachen Grunde nicht nachzuahmen, weil der Gesunde viel zu rasch den Ermüdungserscheinungen unterliegt, die



dem Geisteskranken nicht zum Bewusstsein kommen. Das Spielen andrer Rollen, wie z. B. des Schwachsinnigen oder der Paranoia, scheitert in der Regel daran, dass es neben dem Fachwissen einen Grad von systematischer Aufmerksamkeit bei jeder sprachlichen Äusserung voraussetzt, deren auf die Dauer bei längerer Beobachtung die Wenigsten fähig sind; die meisten organisch nervösen Symptome (Pupillen, Reflexe usw.) sind überhaupt nicht nachzumachen. Die Kenntnis dieser Thatsachen ist auch in die Kreise der daran persönlich am meisten Interessierten, in die Verbrecherkreise, gedrungen, und nur Anfänger spielen noch z. B. den „wilden Mann“, d. h. versuchen, die tob-süchtige Erregung darzustellen. Die besser Unterrichteten wählen die Rolle, die mit einem möglichst geringen Aufwand an Körperkräften durchzuführen und am wenigsten leicht als nicht krankhaft nachzuweisen ist, die Rolle des regungslosen, stummen Verhaltens mit oder ohne Verweigerung der Nahrung, mit oder ohne Unreinlichkeit. Der Beweis, dass es sich in solchen Fällen um absichtliches Vortäuschen einer Geistesstörung handelt, ist darum nicht immer leicht, weil ein gewisser Anschein von etwas Gemachtem auch manchen zweifellos geisteskranken Zuständen, z. B. bei der Katatonie oder bei der Hysterie eigen sein kann, und weil weiter die Stummheit die Gefahr des aus der Rolle Fallens bedeutend vermindert.

Allgemein giltige Kennzeichen für das Bestehen von Simulation geistiger Störung existieren nicht. In erster Linie ist zu prüfen, ob das vorhandene Krankheitsbild sich unter eine der erfahrungsgemäss vorkommenden klinischen Erscheinungsformen unterordnen lässt; in sozusagen „grobe“ Fällen von Simulationsversuchen ist dieser Gesichtspunkt sogleich fruchtbar; er versagt aber gelegentlich angesichts der grossen Vielgestaltigkeit mancher Psychosen und des Vorkommens von Grenzzuständen.

Manchmal kann man das Bestehen von Simulation dadurch erhärten, dass man den Betreffenden „auf das Eis führt“, d. h. in seiner Gegenwart, aber nicht an seine Adresse, sich über beliebige im Krankheitsbilde fehlende Züge äussert, die dann häufig in der folgenden Zeit nachgeliefert werden; entscheidend ist auch dieses nicht immer, da das Gleiche bei Kranken, die suggestiven Einflüssen zugänglich sind, ohne jede Absicht der Täuschung vorkommt.

Ein weiterer Kunstgriff, der die Entlarvung ermöglichen kann, ist die anscheinend absichtslose Mitteilung an Dritte in Gegenwart des „Kranken“, dass die vorliegende Störung eine lebenslängliche Festhaltung in einer Irrenanstalt notwendig machen werde; die Verbüssung einer nicht allzulangen Freiheitsstrafe erscheint dann leicht als das kleinere Uebel, und die Simulation wird manchmal daraufhin aufgegeben.

Als ein für nicht sehr energische Simulanten geistiger Störung sehr unbequemes, allerdings nur in klinischen Instituten durchführbares Mittel erweist sich die klinische Demonstration.

Das Bewusstsein, der Mittelpunkt gleichzeitig von einer grossen Anzahl prüfender Blicke zu sein, wirkt auf manchen Simulanten derart ein, dass sie

nach längerer, eventuell wiederholter Demonstration müde werden und die Rolle aufgeben. Bei andern, unter der Voraussetzung, dass sie in einer Irrenanstalt zur Beobachtung untergebracht sind, erreicht man das gleiche durch systematisches scheinbares Ignorieren von Seiten des Arztes. Wirkliche Geisteskranken, die im Gefängnis einzelne Symptome oder eine ganze Reihe derselben absichtlich vortäuschen, hören oft damit auf, wenn man sie in der Anstalt in Ruhe lässt und ihnen mit gleichmässiger, ruhiger Freundlichkeit begegnet. Wenn Geisteskranken, wie das vorkommt, Simulation simulieren, d. h. wenn sie vorhandenen krankhaften Symptomen absichtlich den Anschein von willkürlich gemachten zu geben versuchen, so ist das schon Dissimulation, Simulation geistiger Gesundheit. Freilich muss man dabei dessen eingedenk bleiben, dass manche Geisteskranken zeitweise selbst lachen über Ideen, mit denen es ihnen im Grunde genommen dennoch ganz Ernst ist.

Aus alledem ergibt sich, dass der Nachweis von Simulation geistiger Störung keineswegs immer leicht zu führen ist und eine besondere persönliche Erfahrung und Sachkunde voraussetzt. Zu vermeiden für die gerichtliche Würdigung ist vor allem der Trugschluss, dass man auf Grund der Erkenntnis des willkürlich produzierten Charakters einzelner Symptome nun berechtigt sei, alles anscheinend Krankhafte ebenso anzusehen. — Unter denjenigen Zuständen, die neben der Simulation am häufigsten angetroffen werden, finden wir die Hysterie, die verschiedenen Formen des Schwachsinnes und die Zustände der Entartung; was letztere anbetrifft, so genügen hier wie sonst ein paar körperliche Stigmata keineswegs, um ein Individuum den „Entarteten“ beizuzählen.

Was nach Abzug sicher simulierter Erscheinungen übrig bleibt, unterliegt den allgemeinen Grundsätzen der gerichtlich medizinischen Beurteilung. —

In Folgendem gebe ich ganz kurz eine Beobachtung von Simulation geistiger Störung durch einen geistesgesunden Verbrecher.

J. Cavaliere (der Name war, wie die Nachforschungen in der angeblichen Heimat zeigten, falsch angegeben!), 36 Jahre alt, wird am 3. Nov. 91 zur Beobachtung seines Geisteszustandes aus dem Untersuchungsgefängnis in die Klinik gebracht. C. hatte einen raffinierten Einbruchsdiebstahl begangen, war bei der Veräusserung der gestohlenen Dinge verhaftet worden, wobei ein energischer Fluchtversuch fast gelungen wäre. Beim Verhöre machte er ausführliche Angaben über seine Vorgeschichte; richterlicherseits bestand von vorneherein der Verdacht, dass sowohl Name wie sonstige Angaben falsch seien, um eine Feststellung der Persönlichkeit (wegen Vorstrafen) zu verhindern. Während der Vernehmung wird er plötzlich stumm, stiert vor sich hin und ist zu keiner Antwort mehr zu bewegen. Dieses Verhalten setzt er fort, so lange er in Untersuchungshaft ist, lässt Koth und Urin unter sich gehen, steht stumm und regungslos in der Ecke seiner Zelle; nur bei Aufnahme seiner Photographie erfolgt lebhaftes Sträuben.

In der Klinik verhält sich C. völlig stumm, teilnahmslos, reagiert auf keine Frage; wiederholten Aufforderungen kommt er ungeschickt oder in verkehrter Weise nach; das Essen muss ihm eingelöffelt werden. Die körperliche Untersuchung ergibt Abwesenheit aller organisch nervösen Symptome; bei der apathischen Haltung ist der sehr energische Gesichtsausdruck auffallend. Der Gang ist steif und trippelnd; Anziehen und Ausziehen erfolgt in Pausen, ruckweise. Nach einigen Tagen Stummheit kommen einzelne abgerissene spärliche Aeusserungen: man hat ihm alles geraubt, will ihn schlagen,

droht ihm; er hat nicht sprechen dürfen. Er hat Geld in einem Bankhaus in Genua; die Scheine will man ihm nehmen; Tag und Nacht wird er gepeinigt. „Einmal muss ich noch über den Strom schiffen, dann werde ich geholt.“ „Ist denn der Mensch eine Maschine?“ „Sokrates — Plato — Darwin — Kant — kennen Sie diese Männer?“ C. spricht diese Sätze wie Antworten auf hallucinierte Fragen in der Richtung auf die Wand zu. Bei der ersten klinischen Vorstellung bietet C. das Bild völligen Stupors; nur am Schlusse, nachdem sein Benehmen als Simulationsversuch bezeichnet worden war, spuckt er wütend dem vortragenden Professor ins Gesicht; nach Schluss der zweiten klinischen Vorstellung lässt er die Maske fallen; er gesteht, alle die Erscheinungen simuliert zu haben; er habe „einen Narren“ gekannt, der sich ungefähr so benommen habe, und den er nachzuahmen versucht habe; als Motiv nennt er den Wunsch, seine Strafe zu mildern und die Nachforschungen über sein Vorleben zu erschweren.

C. erweist sich von dem Augenblick des Geständnisses an als intelligenter Mensch ohne alle nachweislichen krankhaften geistigen Erscheinungen. Nach 9 Tagen wird er in Untersuchungshaft zurückverbracht und ist zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, ohne dass es trotz vielfacher Bemühungen gelungen wäre, seine Persönlichkeit, Herkunft usw. festzustellen. (Beobachtung der Strassburger psychiatrischen Klinik).

Die Dissimulation geistiger Störung überwiegt an Häufigkeit und Bedeutung zweifellos die Simulation. Der Kreis derjenigen Formen von Geistesstörung, bei denen Versuche, die Erscheinungen derselben zu verheimlichen, vorkommen, wird dadurch ein ziemlich enger, dass sowohl Trübungen des Bewusstseins, wie lebhafte Erregung oder gröbere intellektuelle Mängel von vorneherein die Möglichkeit von Dissimulation ausschliessen. Wir finden sie vorwiegend bei zwei Erscheinungsreihen, einmal bei den mit chronischen Wahnbildungen einhergehenden Formen (Paranoia), und zweitens bei der Melancholie; die Dissimulationsversuche bei den leichten Formen der manischen Erregung (namentlich im zirkulären Irresein), bei der sogenannten Folie raisonnante, sind mehr dialektische Beschönigungsversuche.

Bei Melancholie und chronischer Paranoia gehört die Dissimulation zum Krankheitsbilde; bei der Melancholie ist die grössere oder geringere Neigung zum Dissimulieren zum Teil abhängig von der Eigenart des betreffenden Kranken; es giebt ja auch in der Gesundheitsbreite Menschen, denen es aufs Aeusserste widerstrebt, Anderen gegenüber sich Gemütsbewegungen anmerken zu lassen. Im Uebrigen sind die Motive zur Verstellung bei beiden Krankheitsformen sehr naheliegend: bei der Melancholie sehr häufig das Bestreben, die Umgebung über das Bestehen von Selbstmordabsichten zu täuschen, deren Vereitelung gefürchtet wird, bei der Paranoia das allgemeine Misstrauen, oder auch die Erinnerung an schlechte Erfahrungen, welche die Kranken beim Aussprechen ihrer Wahnideen gemacht haben.

Die Verstellung der Melancholischen täuscht erfahrungsgemäss die Umgebung in der Familie fast regelmässig; sachverständiger Beobachtung gegenüber hält sie nicht Stand; die Dissimulation bei Paranoia, d. h. das Bestehen von chronischen Wahnideen bei intelligenten, ruhigen Kranken, die sie verbergen wollen, nachzuweisen, gehört zu den schwierigsten Aufgaben, zu deren



Lösung bei gerichtlichen Fällen in der Regel die Ausnutzung der ganzen gesetzlich zulässigen Maximalfrist der Anstaltsbeobachtung erforderlich ist, und für welche die Kenntnis des gesamten zur Beurteilung des Falles vorliegenden tatsächlichen Materials unerlässliche Vorbedingung ist. Angesichts dieser jedem Sachkundigen wohlbekannten Schwierigkeiten muss die Bereitschaft, mit der gelegentlich von angeblich Sachverständigen, ohne Akten-einsicht, auf Sprechstundenuntersuchung hin die geistige Gesundheit bescheinigt wird, noch dazu in Fällen, in denen schon gerichtliche Verhandlungen und ärztliche Begutachtungen vorausgegangen sind, nicht nur als ärztlicher Kunstfehler, sondern als ein frivoler Leichtsinn bezeichnet werden.

Es ist eine gute Regel, Zeugnisse über das Vorhandensein oder Fehlen geistiger Anomalien nicht anders, als auf behördliche Aufforderung hin abzugeben, namentlich aber in diagnostisch zweifelhaften Fällen; nur unter diesen Umständen ist man in der Lage, alles Material, was zur Würdigung der Verhältnisse notwendig erscheint, einzufordern; wird dies verweigert, so lehnt man die Abgabe jeglicher schriftlichen Äusserung ab. Besondere Vorsicht ist denjenigen Individuen gegenüber am Platze, die selber kommen, um sich die geistige Gesundheit bescheinigen zu lassen, da die Erfahrung lehrt, dass dieses Verlangen äusserst selten von geistig wirklich Gesunden ausgesprochen wird. —

Nachstehend gebe ich eine lehrreiche Beobachtung über Täuschung von Aerzten durch einen dissimulierenden Geisteskranken, die zugleich geeignet ist, die mögliche Tragweite leichtsinniger Abgabe von Gesundheitsattesten zu illustrieren.

A., Restaurateur, starker Potator, erkrankt an akuter Paranoia; Eifersuchtswahnideen gegenüber der Ehefrau, lebhafte Hallucinationen und Illusionen, Erregung, thätliche Bedrohung der Ehefrau. Aufnahme in die psychiatrische Klinik. Nach wenigen Wochen unter erzwungener Abstinenz Beruhigung, Zurücktreten der Sinnestäuschungen, Krankheitseinsicht. Entlassung auf Wunsch der Ehefrau. — Neue Trinkexcesse mit erneutem Aufflammen der Krankheitserscheinungen; A. trägt dauernd einen geladenen Revolver bei sich, den er Nachts unter dem Kopfkissen liegen hat; täglich häusliche Szenen mit der Frau; wiederholt Bedrohung von Gästen, die er des Einvernehmens mit der Frau bezichtigt, und Thätlichkeiten, die einmal zu einem von dem Hausarzte selbst beobachteten Strassenauflaufe führen. Auf Verlangen der an ihrem Leben bedrohten Ehefrau stellt der Arzt ein ganz korrektes Aufnahmeattest für die Klinik aus, in welchem auf Grund der Krankheitserscheinungen die richtige Diagnose gestellt und die Gemeingefährlichkeit bescheinigt wird.

A. soll polizeilich in die Klinik verbracht werden; anwesende Gäste protestieren auf das Lebhafteste mit der Begründung, dass sie A. als geordneten Mann känden, an dem sie niemals ein Zeichen geistiger Anomalie bemerkt hätten.

Zwei Aerzte werden herbeigeholt, die sogleich der Polizei gegenüber den A., auf flüchtige Untersuchung hin, schriftlich für geistesgesund erklären. Die Polizei steht von ihrer Absicht, den Mann in die Klinik zu verbringen, ab. Die weitere Folge war ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren gegen den Hausarzt wegen Versuches widerrechtlicher Freiheitsberaubung, das nach Feststellung der Thatsache, dass A. in der That sowohl geisteskrank wie gemeingefährlich war, eingestellt wurde. A. ist dann doch noch der Klinik zugeführt und dort später nach Verschwinden der Krankheitserscheinungen entlassen worden.

## Vierter Abschnitt.

---

### Das Gutachten des ärztlichen Sachverständigen.

Thatsache häufiger Missheiligkeiten bei Begutachtungen; Ursachen derselben. — Nicht sachverständige „Sachverständige.“ — Klinisches Wissen Voraussetzung. — Kenntniss der einschlägigen Rechtsbestimmungen weitere Voraussetzung. — Aerztliche Competenz. — Aeusserliche Vollendung der Form bei schriftlichen Gutachten. — Anforderungen an Einteilung und Darstellung. — Einleitung des Gutachtens. — Anordnung des thatsächlichen Materiales; Ergebnis der Untersuchung und Beobachtung. — Beschränkung auf das für die gerichtliche Beurteilung Wesentliche. — Stellung einer bestimmten Diagnose. — Schlussäusserung; Formen derselben; Begründung. — Aeusserungen ohne entsprechende richterliche Fragestellung. — Mündliches Gutachten. — Rathschläge.

Der entscheidende Punkt in der Thätigkeit des ärztlichen Sachverständigen ist die Abgabe des Gutachtens.

Die gesetzlichen Bestimmungen, welche im Strafverfahren und im Zivilrecht diese Seite der ärztlichen Mitwirkung bei der Rechtspflege regeln, die Rechte und Pflichten des Sachverständigen, die Besonderheiten der richterlichen Fragestellung usw., alle diese technischen Dinge sind im ersten Theile dieses Buches (vergl. Seite 127 ff. und Seite 225, 270) eingehend besprochen worden.

Es bleibt uns hier nur übrig, die allgemeinen Gesichtspunkte hervorzuheben, die bei der Erstattung psychiatrischer Gutachten, gleichviel welcher Art, in Betracht kommen. —

Die unbefangene Beobachtung der Thatsachen lehrt, dass die begutachtende Sachverständigenthätigkeit häufig nicht so glatt und erspriesslich verläuft, wie es im Interesse der Sache und der Freudigkeit der daran Beteiligten wünschenswert wäre. Auf juristischer Seite finden wir nicht selten eine gewisse Geringschätzung des psychiatrischen Gutachters und seiner Wissenschaft, auf ärztlicher Seite ebenso oft das Gefühl, schlecht behandelt zu werden und eine dadurch verursachte Minderung der Neigung zur Mitwirkung bei der praktischen Handhabung der Rechtspflege.

Die Reflexe dieses Verhältnisses finden wir in der Tagespresse, die selten verfehlt, von Divergenzen zwischen Richter und psychiatrischen Sachverständigen zu sprechen.

digen, von Nichtachtung gutachtlicher Aeusserungen bei den Entscheidungen ausführlich und oftmals nicht ohne Behagen Kenntnis zu geben.

Die Ursachen dieser Sachlage, soweit sie prinzipieller Art und zur Zeit unabänderlich sind, weil sie auf der Unmöglichkeit beruhen, ein fließendes Naturgeschehen in abgeschlossene Begriffsfächer einzuteilen, sind oben (Seite 397) ausführlich besprochen worden; soweit sie in ärztlichen Fehlern zu suchen sind, soll ihnen hier kurz nachgegangen werden; die Sünden auf juristischer Seite liegen vor allem in der Unkenntnis oder Unterschätzung der Schwierigkeiten psychiatrischer Begutachtung überhaupt; den Versuchen formell schlechter Behandlung gegenüber hat der sattelfeste Sachverständige trotz stellenweise noch mangelhaften Rechtsschutzes genügend Handhaben, um seine Würde und seine Stellung zu wahren.

Zunächst sollte Voraussetzung sein, dass der zum „Sachverständigen“ Ernannte auch etwas von seiner Sache versteht; die Naivität ist oft erstaunlich, mit der Aerzte, die der psychiatrischen Schulung gänzlich ermangeln, Gutachten über Geistesstörungen auf Grund ihres „gesunden Menschenverstandes“ abgeben, ohne die Schwierigkeiten des Falles auch nur zu ahnen oder zu merken, wo das Problem desselben überhaupt angeht. Viele der psychiatrisch ungeschulten Aerzte stehen darin den Laien vollkommen gleich, dass sie sich ohne Fachwissen zum Urteil berechtigt glauben über Dinge und Verhältnisse, die nur auf Grund solider Kenntnisse beurteilt werden können. Ein Spezialist für Geburtshilfe, den man zu einem Gutachten über ein compliziertes Augenleiden auffordern wollte, würde sich für inkompetent erklären; es wäre schon ein grosser Fortschritt für die Sache, wenn das Gleiche in psychiatrischen Fällen seitens derjenigen Aerzte geschähe, die der Psychiatrie in jeder Weise fernstehen. Der Richter hat sehr Recht, das von solchen abgegebene Gutachten, wenn er seinen Wert durchschaut, zu ignorieren; er hätte besser daran gethan, es überhaupt nicht einzufordern; denn hängen bleibt trotzdem in des Oeffentlichkeit die Thatsache, dass sich „wieder einmal ein Sachverständiger blamiert hat“.

Es ist ein betrübendes Zeichen der Verhältnisse, dass ein solcher eigentlich selbstverständlicher Punkt überhaupt zur Diskussion stehen kann.

Die Fähigkeit zur psychiatrischen Begutachtung ist, *ceteris paribus*, eine um so höhere, je sicherer das klinische, auf Erfahrung gegründete Urteil des Sachverständigen über geistige Anomalien ist.

Dieses allein macht indessen noch nicht den in praktischer Hinsicht besten Sachverständigen; ein weiteres unerlässliches Erfordernis ist die Kenntnis des materiellen Rechtes, soweit es die Psychiatrie im Allgemeinen und die Sachverständigenthätigkeit im Besonderen berührt.

Mit Unkenntnis der hier einschlagenden Bestimmungen gibt sich der Gutachter leicht empfindliche Blößen, die den Wert seines sachlich sonst vielleicht wohlbegründeten Gutachtens zu mindern geeignet sind. Vor Allem muss er sich dauernd der Grenzen seiner gesetzlich festgelegten Competenz



bewusst sein, die ihm die Stellung eines fachtechnischen Beraters, aber nichts darüber hinaus anweist. Die Stärke des Sachverständigen beruht in der Beschränkung auf sein Gebiet; der Richter ist in seinem Recht, wenn er juristische Erörterungen über Schuld und Strafe, moralische Betrachtungen über Entschuldbarkeit oder Verständlichkeit einer Handlung und mehr dergleichen erfahrungsgemäss vorkommende Zuthaten als ungehörig zurückweist.

Für die mündliche Vertretung des Gutachtens in der Hauptverhandlung begiebt sich der Sachverständige eines wirksamen Hilfsmittels, wenn ihm die prozessualischen Bestimmungen über seine Stellung im Verfahren nicht gegenwärtig sind; es kann seiner Position nur nützlich sein, wenn er, ohne sich verblüffen zu lassen, auf Grund der nötigenfalls anzuführenden Paragraphen auf allen Rechten besteht, die ihm zukommen. —

Für das Gutachten selbst, mag es nun schriftlich oder mündlich erstattet werden, ist zunächst zu verlangen, dass es in der äusseren Form den grösstmöglichen Grad von Vollendung erreiche; die Befähigung dazu ist ja individuell verschieden; notwendigerweise aber muss die Form erkennen lassen, dass es sich nicht um das flüchtige Produkt eines Augenblickes, sondern um das Ergebnis ernster Prüfung und Arbeit handelt. Je mehr das Gutachten dieser Forderung entspricht, um so weniger leicht entschliesst sich der Richter, es als *quantité négligeable* zu behandeln. Zur Correkteit der Form gehört auch Uebersichtlichkeit der Anordnung, knappe, kurze Klarheit der Darstellung und die Logik des Gedankenganges, die den Leser oder Hörer zwingt, wenn er die Voraussetzungen anerkennt, sich auch das Endergebnis zu eigen zu machen.

Es ist, um dieses erstrebenswerte Ziel zu erreichen, auch notwendig, dass die Ausdrucksweise sich aller Verschwommenheiten und absichtlichen Verschleierungen enthalte, die einem unsicheren Sachverständigen leicht als ein bequemer Ausweg aus den Nöten einer schwierigen Entscheidung erscheinen; das schliesst nicht aus, dass das Endergebnis des Gutachtens ein ganz scharf und klar formuliertes *Non liquet* wird.

Zu den Anforderungen, die an die Form gestellt werden müssen, gehört auch die einer reinlichen Scheidung von thatsächlichem Materiale und den Schlussfolgerungen, die der Sachverständige daraus zieht; es kann sonst leicht kommen, dass für den Richter mit dem Nachweise von thatsächlichen Unrichtigkeiten, die vielleicht für die Entscheidung ganz unwesentlich sind, auch wichtige und trotz jener Mängel richtige Schlüsse zu Boden fallen.

Das Material, auf dem die Schlussäusserung sich aufbaut, muss in dem Gutachten selbst in aller Vollständigkeit vorhanden sein; der Richter muss in der Lage sein, festzustellen, ob die Voraussetzungen, von denen der Sachverständige ausgeht, zutreffend sind oder nicht; diese Vollständigkeit ist auch ohne ermüdende Breite zu erreichen. —

Erleichtert wird die Uebersichtlichkeit in äusserlicher Beziehung

durch Absätze und Ueberschriften des einzelnen Hauptteile des Gutachtens. —

Was nun die Einteilung des Stoffes im Einzelnen anbetrifft, so sind Einleitung und Schluss von selbst gegeben; jene nimmt Bezug auf die seitens der zu nennenden Behörde ergangene Aufforderung und wiederholt die dem Sachverständigen zur Beantwortung vorgelegte Frage; dieser beantwortet diese Frage in einer unten noch genauer zu besprechenden Weise.

Zur Einleitung gehört weiter eine ganz kurze Darstellung derjenigen Rechtsverhältnisse, die zur Begutachtung Anlass gegeben haben, (im Strafrecht das fragliche Delikt, im Civilrecht die besonderen jedesmaligen Rechtsbeziehungen); es ist das in wenigen Sätzen zu erledigen und nur soweit auszuführen, dass der Sachverständige sein Verständnis für die Situation bekundet; dabei ist zu erwähnen, welche Umstände Anlass gegeben haben, den Geisteszustand des zu Begutachtenden zu bezweifeln, und was in dieser Beziehung angeordnet worden ist, (Untersuchung im Gefängnis, in der Behausung des fraglichen Individuums, Beobachtung in einer Irrenanstalt). Daran schliesst sich die Aufzählung desjenigen Materials an, das neben den Ergebnissen der Untersuchung und Beobachtung dem Gutachten zu Grunde liegt — Akten, privativem erhobene Aussagen von Angehörigen u. dgl. — Die Disposition dieses ganz objektiv wiederzugebenden thatsächlichen Materials hängt nun sehr von der Eigenart des betreffenden Falles und der zur Beantwortung vorgelegten Frage ab. Die meisten Lehrdarstellungen der gerichtlichen Psychiatrie geben Schemata für diesen Teil des Gutachtens; ein seinen Stoff beherrschender und dadurch innerlich freier Sachverständiger wird sich von jedem solchen Schema beengt fühlen und seine Darstellung den besonderen Bedürfnissen der Sachlage anpassen; wer, weil er es nicht gelernt hat, überhaupt ausser Stande ist, eine schriftliche Darstellung eines psychiatrischen Falles zu geben, wird auch an der Hand eines Schema's nichts Ordentliches zu Stande bringen. Es sollen deswegen auch hier dafür nur einige allgemeine Hinweise gegeben werden.

Der Wert alles thatsächlichen Materials wird bestimmt durch die Bedeutung, die es für die Beurteilung der Persönlichkeit des zu Begutachtenden besitzt.

In den Anleitungen zur Abfassung des Gutachtens wird in der Regel grosser Wert gelegt auf eine eingehende Schilderung der Erbliehkeitsverhältnisse. Dieselben haben zweifellos ihre grosse Bedeutung für unsere Auffassung über die Ursachen der geistigen Störungen; in gerichtlicher Hinsicht gilt für ihren Wert das oben S. 410 Ausgeführte; im gegebenen einzelnen Fall ist der Nachweis des Bestehens von Nerven- und Geisteskrankheiten in der Ascendenz bedeutungslos für die Beurteilung, wenn im Individuum nicht Spuren erblicher Einflüsse in einer der oben geschilderten Formen nachweisbar sind. Fehlen solche Zeichen, so ist es nicht zulässig, aus der Thatsache allein, dass „in der Familie wiederholt Geistesstörungen“ u. dgl. vorgekommen sind, den Schluss zu ziehen, dass der Angeschuldigte oder Beklagte nicht voll ver-

antwortlich oder geschäftsfähig sei. Es kann dem bestimmenden Einfluss eines ärztlichen Gutachtens nur Abbruch thun, wenn der Versuch gemacht wird, das Vorhandensein erblicher Einflüsse, ohne dass im Befunde geistige Anomalien erkennbar sind, als wesentliches Moment für die gerichtliche Beurteilung zu verwerten; der Richter ist in seinem Rechte, wenn es unter diesen Umständen ablehnt, die theoretische Möglichkeit einer Beeinflussung praktisch eine Rolle spielen zu lassen. Von diesen Gesichtspunkten aus ist im Gutachten die Darstellung und Bewertung etwaiger erblicher Belastung einzurichten.

Gleiche Vorsicht ist geboten bei der Würdigung etwaiger Schädlichkeiten, die der Sachverständige als Ursachen geistiger Anomalie ansieht; für die Mehrzahl der Rechtsbeziehungen ist der Befund in einem bestimmten Zeitpunkte entscheidend, nicht die zeitlich vielleicht weit zurückliegenden, in der Wirkung doch oft zweifelhaften Ursachen, die diesen Befund bestimmend beeinflusst haben mögen. Etwas anderes ist es mit solchen Ursachen, die mit Sicherheit den Schlüssel zum Verständnis der Krankheitserscheinungen geben, wie z. B. Syphilis, Kopfverletzungen oder, wie bei den erworbenen Schwächezuständen, krankmachende Einflüsse, die das werdende und wachsende Gehirn betroffen haben. Alle möglicherweise ätiologisch wirkenden Faktoren sind, trotz ihres hohen rein ärztlichen Interesses, genau wie erbliche Einflüsse, bei dem gerichtlichen Beweise wertlos, wenn sie nicht in irgend welchen Symptomen ihre sicheren Spuren hinterlassen haben.

Sehr viel wichtiger als die Erörterung der häufig nicht zu beweisenden ursächlichen Beziehungen ist eine eingehende Darstellung des früheren geistigen Wesens des Individuums nach Begabung, Neigungen, Gewohnheiten, Gefühlsleben, Affektveranlagung und sonstigen persönlichen geistigen Eigentümlichkeiten. Es kommt das nicht nur in Betracht, wenn es sich darum handelt, den Nachweis zu erbringen, dass von einem bestimmten Zeitpunkte an geistige Veränderungen eingetreten sind, sondern auch für die Feststellung eines vielleicht von Jugend auf vorhandenen Zustandes von Schwachsinn, Verschrobenheit u. dgl. Es empfiehlt sich in solchen Fällen, namentlich bei dem Nachweise des angeborenen Schwachsinnes, sich schriftliche Belegstücke aus der Jugend des Betreffenden zu verschaffen (Zeugnisse, Schulhefte u. dgl.). Bei allen die Vergangenheit betreffenden Daten ist genau anzugeben, woher sie stammen, nötigenfalls mit einer kurz begründeten Schätzung der Glaubwürdigkeit der Quelle. Was nur auf eigenen Aeusserungen des betr. Individuums beruht, ist besonders zu kennzeichnen. — In die Anamnese gehört auch die Erwähnung etwaiger früherer Strafthaten, Entmündigungen u. dgl. — Die Art der Ausführung der Handlung ist besonders zu berücksichtigen, namentlich im Hinblick auf die oben (Seite 463) angeführten Gesichtspunkte, ebenso etwaige Zeugenaussagen über das Benehmen des Thäters vor und nach der That.

Das Wichtigste von allem thatsächlichen Materiale ist das Ergebnis



der ärztlichen Untersuchung und Beobachtung. In der im allgemeinen dem psychiatrischen technischen Gebrauche folgenden Beschreibung des körperlichen und geistigen Befundes ist die das Interesse lähmende, „korrekte“, vollzählige Aneinanderreihung von Wesentlichem und Unwesentlichem zu vermeiden; der Richter will durch die Darstellung des Sachverständigen von der Richtigkeit des Endergebnisses überzeugt werden; das ist auch, ohne ihn durch Langeweile abzuschrecken, möglich, wenn die Untersuchungsergebnisse von vornherein so gruppiert werden, wie sie als Bausteine für die jedesmaligen Schlussfolgerungen des einzelnen Falles am handlichsten liegen. Die frühere eingehende Darstellung der allgemeinen psychischen Symptomatologie enthebt uns der Notwendigkeit, die einzelnen abnormen Erscheinungen des Seelenlebens hier noch einmal aufzuzählen; die Darstellung hält sich dabei im Gutachten zweckmässiger Weise im allgemeinen an den von uns dort eingeschlagenen Weg. (Ueber die Tragweite des Nachweises körperlicher Symptome bei Psychosen vergl. oben Seite 537.)

Bei der Beschreibung einzelner Symptome, wie Sinnestäuschungen, Wahnideen, Stimmungsanomalien u. dgl. genügt nicht die einfache Behauptung ihres Vorhandenseins; der Sachverständige muss angeben, auf welche Beobachtungen sich seine Annahme stützt; besonders gilt dies für die Annahme einer geistigen Schwäche, die in zweifelhaften Fällen schon in der Beschreibung des Befundes durch reichliches Thatsachenmaterial gestützt werden muss. Auch die Frage der Simulation oder Dissimulation geistiger Störung muss hier, wenn nötig, berührt werden.

Als das Gesamtergebnis der Beobachtung und Untersuchung folgt entweder die Feststellung, dass geistige Anomalien, die für die betreffende richterliche Fragestellung in Betracht kommen, nicht vorhanden sind, oder die nähere Bezeichnung der Art der geistigen Anomalie, die zu diagnostizieren ist.

Hier und da wird die Meinung vertreten, dass es nicht nötig, ja nicht zweckmässig sei, im gerichtlichen Gutachten eine bestimmte Diagnose zu stellen; ein gesetzliches Erfordernis ist es zweifellos nicht; eine Namensdiagnose wird nirgends verlangt, und es ist jedem einzelnen Gutachter somit unbenommen, es in diesem Punkte praktisch zu halten, wie er will. Der Grund, der gegen die Nennung einer bestimmten Diagnose ins Feld geführt wird, die örtlich und zeitlich schwankende Nomenklatur der Geistesstörungen, hat ja eine gewisse Bedeutung; immerhin ist die Thatsache, dass unser Wissen ein bedingtes und begrenztes ist, so selbstverständlich, dass man diesen Vorbehalt voraussetzen und ruhig die gestellte Diagnose auch im Gutachten schriftlich oder mündlich zum Ausdruck bringen kann.

In sehr vielen Fällen ist es meiner Meinung nach gar nicht zu umgehen, die vorliegende Krankheitsform ganz genau zu bezeichnen. Gesetzt z. B. den Fall, es handle sich um einen Kranken mit beginnender progressiver Paralyse, der in einen strafrechtlichen Konflikt verwickelt worden ist.

Seine äussere Haltung kann ganz korrekt, eine Unterhaltung mit ihm ohne alle Auffälligkeiten möglich sein. Die ärztliche Untersuchung lässt aber einen gewissen Gedächtnismangel erkennen, eine Abschwächung des Urteiles, eine Abstumpfung der Gefühle, aber alles in solchen Grenzen, dass der Laie an dem Betreffenden überhaupt nichts Krankhaftes zu entdecken braucht. Nun zeigt aber der körperliche Befund verschiedene Symptome, z. B. reflektorische Pupillenstarre, eine früher nicht vorhandene Störung der Sprache und dergl. Für den Arzt steht, soweit menschliches Wissen reicht, mit vollkommener Sicherheit fest, dass es sich um progressive Paralyse handelt. Der thatsächliche Ausfall an geistigen Fähigkeiten würde vielleicht den Richter nicht überzeugen, dass bei einem solchen Kranken die Voraussetzungen des § 51 des St.G.B. erfüllt sind; die auf Grund des gesammten Befundes sicher gestellte Diagnose einer erfahrungsgemäss das gesammte geistige Wesen in Mitleidenschaft ziehenden, räumlich weit ausgedehnten organischen Erkrankung des Gehirnes verändert die ganze Sachlage und nötigt zu der Annahme, dass bei keiner Handlung eines solchen Kranken eine freie Willensbestimmung sicher vorausgesetzt werden kann. Dieses Beispiel und ähnliche, die leicht anzuführen wären, führen zu dem Schlusse, dass die Diagnose zweckmässiger Weise immer dann genannt werden soll, wenn es sich um ein wohl charakterisiertes, in sich abgeschlossenes Krankheitsbild handelt, mit dessen Feststellung sich gleichzeitig bestimmte Schlüsse über die Tragweite anscheinend geringfügiger Symptome, über Verlauf, Heilbarkeit und Beeinflussung des Handelns ergeben.

Liegt keine Geistesstörung im forensischen Sinne vor, sondern kommt man z. B. zur Annahme von „Grenzzuständen“ und dergl., so empfiehlt es sich, die Unmöglichkeit einer bestimmten Diagnose zu begründen und dafür im Einzelnen eine Analyse, der Einzelsymptome und ihrer Tragweite vorzunehmen. —

Auf Grund aller im einzelnen Falle festgestellten Thatsachen erfolgt nun als Schluss die eigentliche gutachtliche Aeusserung, die Beantwortung der Frage oder der Fragen, die dem ärztlichen Sachverständigen vorgelegt worden sind.

Die Fragestellung richtet sich inhaltlich nach der Art der jedesmaligen Rechtsbeziehungen (Zurechnungsfähigkeit, Geschäftsfähigkeit usw.); in der Form bestehen örtliche oder persönliche Besonderheiten, die nicht weiter wesentlich sind. Ist der Sachverständige nicht in der Lage, die Frage, so wie sie gestellt worden ist, zu beantworten, so muss er die Unmöglichkeit begründen oder die nötigen Vorbehalte machen. — Was die Fassung der Beantwortung der gestellten Frage im einzelnen anbetrifft, so kann es praktisch oft gleichgiltig sein, ob man, z. B. bei einem strafrechtlichen Gutachten, erklärt: „bei N. N. sind die Voraussetzungen des § 51 des St.G.B. vorhanden“ oder „N. N. ist im Sinne des § 51 nicht zurechnungsfähig“ oder „es besteht bei N. N. ein Zustand von krankhafter Störung der Geistesthätigkeit,

durch welchen die freie Willensbestimmung ausgeschlossen ist“; im Allgemeinen ist es am besten, in solchem Falle den Wortlaut des entscheidenden Paragraphen aus dem St.G.B. oder B.G.B. in seiner Antwort wiederkehren zu lassen; bei § 51 liegt die theoretische Nötigung dazu in dem Umstande, dass er zwei verschiedene die Strafe ausschliessende Zustände nebeneinander nennt, von denen nur der eine oder der andere jedesmal in Betracht kommt; dass es viel abnorme Zustände gibt, die der Arzt mit gleicher Berechtigung als „krankhafte Störung der Geistesthätigkeit“ oder als „Bewusstlosigkeit“ bezeichnen kann, ändert nichts an seiner Verpflichtung, sich im Gutachten gegebenen Falles für das eine oder das andere auszusprechen.

Die Antwort, die der Sachverständige auf die richterliche Frage gibt, bedarf nun sorgfältiger Begründung.

Diese ist in der Form so zu halten, dass sie dem Verständnis des Gebildeten im allgemeinen zugänglich ist; besondere Fachkenntnisse psychiatrischer Art dabei vorauszusetzen, ist nicht zulässig; es sind deshalb That-sachen, die in der Psychiatrie als allgemeine Ergebnisse der Erfahrung gelten, als solche zu bezeichnen, und von persönlichen Schlussfolgerungen des Gutachters zu trennen. Es ist nicht Aufgabe der Sachverständigen, im Gutachten eine „spezielle Pathologie“ der etwa vorliegenden Störung zu schreiben; nur das zur Beurteilung der bestimmten Sachlage Erforderliche ist heranzuziehen.

Der erfahrene Sachverständige thut manchmal gut daran, bei Begründung seiner Meinung Einwände, die er voraussieht, schon im Voraus zu entkräften. Dass für den Sachverständigen kein Grund besteht, warum er der Erörterung des Einflusses geistiger Anomalien auf das Handeln aus dem Wege gehen soll, ist bereits oben mehrfach (vgl. S. 401) auseinandergesetzt worden; auch das Erwähnen der „verminderten Zurechnungsfähigkeit“ ist zulässig in der hypothetischen Form: „wenn das Gesetz eine v. Z. anerkannte, würde der Zustand des N. N. unter den Begriff derselben fallen“. —

Es ist dem Sachverständigen unbenommen, an die Lösung der ihm gestellten Aufgabe auch solche der Sache dienlichen Fachäusserungen anzuschliessen, um die er nicht gefragt worden ist, (z. B. über die Gemeingefährlichkeit eines Kranken, die voraussichtliche Dauer seiner Krankheit, bei Entmündigungen eventuell die Angabe, warum seiner bestimmte Persönlichkeit, z. B. wegen Wahnideen, die der Kranke ihr gegenüber hegt, zum Vormund nicht geeignet sei u. dgl. m.) Es kann sich dabei natürlich nur um Dinge handeln, die im Bereiche der ärztlichen Kompetenz gelegen sind, und von denen anzunehmen ist, dass der Richter danach gefragt haben würde, wenn er hätte voraussehen können, dass sie für seine weiteren Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung sein würden. Da die Meinung des Sachverständigen für den Richter gar nichts Bindendes hat, steht die Ver-



wertung solcher Aeusserungen ja ganz in seinem Ermessen. Nützlich ist es, wenn solche ärztlichen Zusatz-Aeusserungen von dem Tenor des eigentlichen Gutachtens getrennt gehalten und mit der Bemerkung eingeleitet werden, dass sie mit Wissen und Absicht über die Beantwortung der richterlichen Fragestellung hinausgehen.

Alle diese zunächst und in erster Linie für das schriftliche Gutachten geltenden Ausführungen sind auch auf das mündliche Gutachten zu übertragen mit den formellen Aenderungen, die den Unterschied der schriftlichen Abhandlung von der freien Rede und die besondere Sachlage bei der mündlichen Verhandlung mit sich bringt. Ein Gutachten für die Verhandlung zu memorieren, ist im höchsten Grade unzweckmässig, da oft das öffentliche Verfahren, neue Zeugen, ein verändertes Benehmen des zu Begutachtenden usw. alte Annahmen umstossen, neue Stellungnahme notwendig machen. In eine geplante feste Disposition, an die man sich nützlicher Weise hält, lassen sich neue Thatsachen leicht unterbringen. Es wäre sehr falsch, die äussere Art der rhetorischen Vertretung seiner Ansicht durch den Sachverständigen in ihrer Wirkung auf Richter (oder Geschworene) zu unterschätzen; Klarheit der Darstellung, knappe Kürze und logischer Aufbau sind auch hierbei Faktoren, die dazu beitragen, den Hörer zu überzeugen, und das muss die bewusste Aufgabe jedes Sachverständigen sein, der seiner Sache sicher ist.

---

# Litteraturverzeichnis.

---

## Allgemeines.

- Cramer, Gerichtliche Psychiatrie. 1900. Fischer.  
Delbrück, Gerichtl. Psychopathologie. 1897. A. Barth.  
Emminghaus, Allgem. Psychopathologie. 1878. F. C. W. Vogel.  
Friedreich, System der gerichtlichen Psychologie. Regensburg. 1852.  
Griesinger, W., Die Pathologie und Therapie der psychischen Krankheiten. IV. Aufl. 1876.  
(Die 5. von Levinstein-Schlegel herausgegebene Auflage ist völlig unbrauchbar, soweit sie von letzterem herrührt).  
Gross, H., Handbuch für Untersuchungsrichter. Graz. 1894.  
Derselbe, Kriminalpsychologie. Graz. 1898.  
v. Hofmann, Lehrbuch der gerichtl. Medizin. 5. Aufl. 1891.  
Kraepelin, Psychiatrie. VI. Aufl. 1899. A. Barth.  
v. Krafft-Ebing, Grundzüge der Kriminalpsychologie. 1882. Enke.  
Derselbe, Lehrbuch der gerichtl. Psychopathologie. III. Aufl. Enke.  
Krauss, Die Psychologie des Verbrechens. Tübingen. 1884.  
Leppmann, Die Sachverständigenthätigkeit bei Seelenstörungen. Berlin. 1890.  
Legrand du Saulle, La folie devant les tribunaux. 1864.  
v. Liszt, Lehrbuch der deutschen Strafrechts. VIII. Aufl. 1897.  
Maudsley, Die Physiologie und Pathologie der Seele. 1870. Deutsch von Boehm; Stuber.  
Derselbe, Die Zurechnungsfähigkeit der Geisteskranken. Internat. wiss. Bibliothek. Bd. 11. 1875.  
Maschka, Handbuch d. gerichtl. Medicin. IV. Bd. Die gerichtliche Psychopathologie von Schlager, Kirn, Emminghaus, Gauster und v. Krafft-Ebing. Tübingen 1882.  
Mendel, Artikel Zurechnungsfähigkeit in Eulenburg's Realencyclopädie.  
Derselbe, Psychiatrie in „Handbuch d. prakt. Medicin“ 1901. Enke.  
Morel, Traité de la médecine légale. Paris. 1886.  
Schüle, Klinische Psychiatrie. III. Aufl. 1886.  
Taine, H., Der Verstand. Deutsch von Siegfried. Bonn. 1880.  
Wernicke, Grundriss der Psychiatrie 1894—1900. Thieme.

## Erster Abschnitt.

- Bleuler, Der geborene Verbrecher. 1896. J. F. Lehmann.  
Dornblüth, Zur Lehre von den Geistesstörungen der Entarteten. A. Z. f. Psych. Bd. 50. S. 681.  
Erdmann, Ueber die Dummheit. Berlin 1866.  
Féré, La famille névropathique. 1894. Alcan.  
Fournier, Wiener klinische Wochenschr. 25. Oktober 1900.

- Fritsch, Ueber psychische Entartung und ihre forensische Bedeutung. Wien. klin. Rundschau. 1895.
- Gross, Kriminalpsychologie. Graz. 1898.
- Grassmann, Hist. Ueberblick über d. gegenw. Lehre von der Erbliehk. d. Psychosen. Allg. Z. f. Psych. Bd. 52.
- Heller, Zur Lehre vom Selbstmorde. Münchener med. Wochenschr. No. 48. 1900.
- lecard, La femme dans la période menstruelle. Paris 1890.
- Jolly, Irrtum und Irrsinn. 1893. Hirschwald.
- Koch, Ueber die Grenzgebiete der Zurechnungsfähigkeit. Irrenfreund 1881.
- Derselbe, Die psychopathischen Minderwertigkeiten. 1891/93.
- Derselbe, Abnorme Charaktere, Grenzfragen des Nerven- und Seelenlebens. V. 1900.
- Derselbe, Die Bedeutung der psychopath. Minderwertigkeiten für den Militärdienst. Maier.
- Koller, Beitrag zur Erbliehkeitstatistik. Arch. f. Psych. Bd. 27.
- v. Krafft-Ebing, Die Bedeutung der Menstruation für das Zustandekommen geistig unfreier Zustände. Jahrb. f. Psych. Bd. 10. S. 232.
- Kurella, Neuere Arbeiten über Vererbung (Uebersichtsreferat). Centr. f. N. u. Psych. Bd. 18. S. 292.
- Legrand du Saulle, Traité de médecine légale. Paris. 1873.
- Magnan, Psychiatrische Vorlesungen. Deutsch von Möbius. Heft II, III. Thieme.
- Metzger, Zur Lehre von den Degenerationszeichen. A. Z. f. Psych. Bd. 45. S. 501.
- Möbius, Ueber Entartung. Bergmann. 1900.
- Derselbe, Ueber den physiologischen Schwachsinn des Weibes. Alt'sche Sammlung. Marhold. 1900.
- Mosel, Traité des dégénérescences de l'espèce humaine, 1857.
- Ribot, Die Vererbung. Deutsch von Kurella. 1895.
- Derselbe, Die Persönlichkeit. Deutsch von Pabst. 1894. Reimer.
- Rieger, Ueber Ursachen und Vererbung auf dem Gebiete der Nerven- u. Geisteskrankheiten. Centralbl. f. N. u. Psych. Bd. 15. S. 145.
- Sommer, Die Beziehung von morphologischen Abnormitäten zu den endogenen Nerven- und Geisteskrankheiten. Centralbl. f. N. u. Psych. 16, S. 561.
- Weber, Ueber die Bedeutung der Degenerationszeichen. Allg. Z. f. Ps. Bd. 55. S. 164.
- Wrada, Die Beziehungen der Heredität zur Pathologie des Nervensystemes. Sammelreferat. Mon. f. Psych. u. Neur. Bd. IV. S. 388. 1898.
- Ziehen, Artikel degeneratives Irresein in Eulenburg's Realencyclopädie.

## Zweiter Abschnitt.

### Sinnestäuschungen und Wahnideen.

- Berze, Ueber das Bewusstsein der Halluzinierenden. Jahrb. f. Psych. Bd. 16. S. 285.
- Brière de Boismont, Des hallucinations. Paris. 1852.
- Cramer, Zur Theorie des Gedankenlautwerdens. Arch. f. Psych. Bd. 30.
- Cramer, Ueber eine bestimmte Gruppe von Sinnestäuschungen bei primären Stimmungsanomalien. A. Z. f. Psych. Bd. 47. S. 219.
- Friedmann, Zur Kenntnis und zum Verhältnis milder und kurz verlaufender Wahnformen. Neurol. Centralbl. Bd. 14. S. 448.
- Derselbe, Weiteres zur Entstehung der Wahnideen u. über die Grundlage des Urteils. Mon. f. Psych. u. Neurol. 1897. Bd. I. u. II.
- Hagen, Die Sinnestäuschungen. Leipzig. 1837.
- Kandinsky, Zur Lehre von den Hallucinationen. Arch. f. Psych. Bd. 11.
- Kölle, Ueber die Variabilität der Wahnvorstellungen und Sinnestäuschungen. A. Z. f. Psych. Bd. 49. S. 186.
- Lazarus, Zur Lehre von den Sinnestäuschungen. Berlin. 1867.



- Parish, Ueber die Trugwahrnehmung. 1894. A. Barth (mit Litteratur).  
 Pick, Beiträge zur Lehre von den Hallucinationen. Neurol. Centr. Bd. XI. S. 329.  
 Pohl, Der hallucinatorische Process. Jahrb. f. Psych. Bd. 3. S. 107.  
 Sully, Die Illusionen. (Intern. wiss. Bibliothek) Leipzig. 1884.  
 Tigges, Zur Theorie der Hallucinationen. A. Z. f. Psych. Bd. 48. S. 309.  
 Wernicke, Ueber fixe Ideen. Deutsche med. Wochenschr. 1892.

## Gefühle und Affekte.

- Bihler, Der pathologische Affekt und dessen forense Bedeutung. Friedr. Bl. für ger. Med. Bd. 44. S. 167.  
 Droste, Transitorische Zornwut. Deutsche Klinik. 1856.  
 Hecker, Ueber larvierte und abortive Angstzustände bei Neurasthenie. Centr. f. N. u. Psych. 16. S. 565.  
 Horwicz, Psychologische Analysen auf physiologischer Grundlage. Halle. 1875.  
 v. Kraft-Ebing, Transitorische Störungen des Selbstbewusstseins. 1868.  
 Lähr, Die Angst. Januarheft der „Berliner Klinik“. 1893.  
 Meynert, Ueber die Gefühle. Jahrb. f. Psych. Bd. 3. S. 165.  
 Nahlowsky, Das Gefühlsleben. Leipzig. 1884.

## Gedächtnisstörungen.

- Behr, Bemerkungen über Erinnerungsfälschungen und pathologische Traumzustände. Allg. Z. f. Psych. Bd. 56. S. 918.  
 Delbrück, Die pathologische Lüge und die psych. abnormen Schwindler. 1891.  
 Ebbinghaus, Ueber das Gedächtnis. Leipzig. 1885.  
 Forel, Das Gedächtnis und seine Abnormitäten. Zürich. 1885.  
 Hensen, Ueber das Gedächtnis. Rektoratsrede. Kiel. 1877.  
 Kräpelin, Erinnerungsfälschungen. Arch. f. Psych. Bd. 17 u. 18.  
 Korsakow, Erinnerungstäuschungen. A. Z. f. Psych. Bd. 47. S. 390.  
 Köppen, Ueber die pathologische Lüge (Pseudologia phantastica). Charité-Annalen. 23.  
 Lehmann, Ueber Wiedererkennen. Philosophische Studien. Bd. 5.  
 Oetiker, Casuistischer Beitrag zur Kenntnis der Erinnerungsfälschungen. Allg. Z. f. Psych. Bd. 55. S. 149.  
 Ribot, Les maladies de la mémoire. 1881. Paris.  
 Derselbe, Les désordres generaux de la mémoire und: Les désordres partiels de la mémoire. Revue philosophique. Tome X. 1880. S. 181 und 485.  
 Sander, Ueber Erinnerungstäuschungen. Arch. f. Psych. Bd. 4.  
 v. Schrenk-Notzing, Ueber Suggestion und Erinnerungsfälschung im Berchthold-Prozess. Leipzig. 1897.

## Bewusstseinsstörungen.

- Benjamin, Ueber den physiol. und path. Schlaf. Allg. Z. f. Psych. Bd. 54. S. 1061.  
 Crothers, Le vertige alcoolique dans ses rapports avec la responsabilité des actes. Congr. intern. de méd. mentale. Paris. 1889.  
 Dörfler, Der Geisteszustand der Gebärenden. Friedr. Bl. f. ger. Med. Bd. 44. S. 269.  
 Höfelt, Ein Fall von spontanem Somnambulismus. A. Z. f. Psych. Bd. 49. S. 250.  
 Holländer, Ein Beitrag zur Lehre von den transit. Geistesstörungen. Jahrb. für Psych. Bd. 6. S. 68.  
 Hoppe, Das Bewusstsein und die Bewusstlosigkeit. A. Z. f. Psych. Bd. 45. S. 415.  
 v. Krafft-Ebing, Arbeiten aus dem Gesamtgebiet der Psychiatrie und Neuropathologie. 1897/98. A. Barth.  
 Derselbe, Beiträge zur Lehre vom transitorischen Irresein. Jahrb. f. Psych. Bd. 6. S. 1.

- Laquer, L., Ueber Hirnerscheinungen bei heftigen Schmerzanfällen (dort Litteratur). Arch. f. Psych. Bd. 26.
- Mayer, C., Siebzehn Fälle von Halbtraumzustand. Jahrb. f. Psych. Bd. 11. S. 236.
- Moeli, Ueber die vorübergehenden Zustände abnormen Bewusstseins in Folge von Alkoholvergiftung und über deren forensische Bedeutung. Allg. Z. f. Psych. Bd. 57. S. 170.
- Müller, Psychopathologie des Bewusstseins. 1889. Abel.
- Näcke, Dämmerzustand mit Amnesie nach leichter Gehirnerschütterung. Neurol. Centralbl. Bd. 16. S. 1122.
- Pick, A., Bewusstsein in Zuständen sog. Bewusstlosigkeit. Arch. f. Psych. Bd. 15.
- Ranschburg, Studien über das normale und hysterische Bewusstsein. Jahrb. für Psych. Bd. 15. S. 262.
- Schultze, E., Beitrag zur Lehre von den pathol. Bewusstseinsstörungen. Allg. Z. f. Psych. Bd. 55. S. 807.
- Derselbe, Ueber patholog. Schlafzustände und deren Beziehung zur Narkolepsie. Ebendas. Bd. 52. S. 724.
- Vallon, Les délires transitoires. Congrès des méd. alién. et neurolog. de France. 1898.

## Anomalien des Trieblebens.

## Genussmittel.

- Baer, Der Alkoholismus. 1878.
- Erlenmeyer, Die Morphiumsucht und ihre Behandlung. 1887.
- Kaam, Ueber moralische Depravation in ethischer und sexueller Sphäre bei chronischem Morphinismus. Intern. klin. Rundschau. 1891.
- Kraepelin, Ueber die centrale Wirkung einiger Arzneimittel. Badener Wanderversammlung 28. Mai 1892.
- Derselbe, Ueber die Beeinflussung einf. psych. Vorgänge durch einige Arzneimittel. 1892. Fischer.
- Levinstein, Die Morphiumsucht. 1883.
- Derselbe, Ueber Morphiumsucht. Berl. klin. Wochenschr. 1876.
- Obersteiner, Cocain und Morphinismus. Wien. klin. Wochenschr. 1888.
- Rodet, Morphinomanie et Morphinisme. Paris 1897.
- Schmidbauer, Ueber den Einfluss des Morphinismus auf die zivil- und strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit. Friedr. Bl. f. ger. Med. Bd. 37. S. 377.
- Straub, Ueber chronischen Morphinismus mit besonderer Bezugnahme auf die psychischen Veränderungen. 1892.
- Pichon, Le morphinisme. Paris 1889.

## Geschlechtstrieb.

- Alzheimer, Ein „geborener Verbrecher“. Arch. f. Psych. Bd. 28.
- Binet, Le fétichisme dans l'amour. Revue philosoph. Bd. 24. 1887.
- Casper, Klinische Novellen. Berlin 1863. S. 36.
- Derselbe, Handbuch der gerichtlichen Medicin. Biol. Theil. S. 182. Berlin 1858.
- Cramer, Die konträre Sexualempfindung in ihren Beziehungen zum § 175 des St.G.B. Berl. klin. Wochenschr. 1897. No. 43.
- Derselbe, Die Beziehungen des Exhibitionismus zum § 51 des St.G.B. Aerztl. Sachverständigenzeitung. 1897. S. 234.
- Dessoir, Zur Psychologie der Vita sexualis. A. Z. f. Ps. Bd. 50. S. 941.
- Ellis, Geschlechtstrieb und Schamgefühl. Deutsch von Julia E. Kötscher. Leipzig 1900.
- Eulenburg, Sexuale Neuropathie. Leipzig 1895.

- Féré, La prédisposition et les agents provocateurs dans l'étiologie des perversions sexuelles. Revue de médecine. 1898. Tome XVIII.
- Derselbe, L'instinct sexuel. Paris 1899.
- Garnier, Les perversions sexuelles obsédantes et impulsives au point de vue légale (Referat). 1900. Neurol. Centralbl. S. 1124.
- Heilbronner, Beitrag zur klinischen und forensen Beurteilung gewisser sexueller Perversionen. Viertelj. f. ger. Med. 3. F. Bd. 19. 1900.
- Havelock-Ellis, Die Theorie der konträren Sexualempfindung. Centr. f. N. u. Psych. Bd. 19. S. 57.
- Hüpeden, Bemerkungen zu Krafft-Ebing's: „Der Konträrsexuale vor dem Strafrichter“. Gerichtssaal Bd. 51.
- Hoche, Zur Frage der forensischen Beurteilung sexueller Vergehen. Neurol. Centralbl. 1896.
- v. Krafft-Ebing, Ueber sexuelle Perversionen, welche, in Gestalt von Zwangsvorstellungen und Zwangshandlungen sich entäußernd, gerichtlich-medizinisch von Bedeutung sind (Referat). 1900. Neur. Centralbl. S. 1127.
- Derselbe, Psychopathia sexualis. 11. Aufl. 1901.
- Derselbe, Ueber Neurosen und Psychosen durch sexuelle Abstinenz. Jahrb. f. Psych. Bd. 8. S. 1.
- Kurella, Zum biologischen Verständnis der somatischen und psych. Bisexualität. Centr. f. N. u. Psych. Bd. 19. S. 235.
- Derselbe, Fetischismus oder Simulation. Arch. f. Psych. Bd. 28.
- Kowalewsky, Ueber Perversion des Geschlechtssinnes bei Epileptikern. Jahrb. f. Psych. Bd. 7. S. 289.
- Lasègue, Union médicale. Mai 1877.
- Laube, Perversion et perversité sex. Paris 1891.
- Moll, Untersuchungen über die Libido sexualis. 1897/98. Kornfeld.
- Derselbe, Probleme in der Homosexualität. Zeitschr. für Criminalanthropologie. Bd. 1. S. 157.
- Derselbe, Die konträre Sexualempfindung. III. Aufl. Berlin 1899.
- Moreau, Des aberrations du sens génésique. Paris. 1887.
- Numa Numantius, Vindex. Leipzig. 1864.
- Derselbe, Forschungen über das Rätsel der mann-männlichen Liebe.
- Raffavolich, Uranisme et unisexualité. Bibliothèque de Criminologie. Bd. 15. Paris. 1896.
- Rosenbach, Zur Casuistik der sex. Perversionen. Neur. Centralbl. Bd. 16. S. 1130.
- Rohleder, Die Masturbation. Berlin. 1899.
- Schäfer, Determinismus und Zurechnungsfähigkeit, mit drei Gutachten über Exhibition. Viertelj. für ger. Med. 3. F. Bd. 10.
- Derselbe, Ueber die forensische Bedeutung der konträren Sexualempfindung. Viertelj. für ger. Medizin. 3. F. XVII. Bd.
- v. Schrenck-Notzing, Die Suggestionstherapie bei den krankh. Erschein. des Geschlechtssinnes. 1892.
- Derselbe, Beitr. zur for. Beurteilung von Sittlichkeitsvergehen. Arch. f. Kriminal-Anthropologie. 1898.
- Seiffer, Ueber Exhibitionismus. Arch. f. Psych. Bd. 31. S. 405.
- Siemerling, Sittlichkeitsverbrechen und Geistesstörung. Festschrift für Nietleben.
- Sioli, Ueber perverse Sexualempfindung. A. Z. f. Psych. Bd. 50. S. 897.
- Sterz, Beitrag zur Lehre von „der konträren Sexualempfindung.“ Jahrb. f. Psych. Bd. 3. S. 221.
- Tardieu, Étude médico-légale sur les attentats aux mœurs. Paris. 1858.
- Tarnowsky, Die krankhaften Erscheinungen des Geschlechtssinnes. 1886.
- Weber, Diebstahl aus sexuellen Motiven. Allg. Z. f. Psych. Bd. 55. S. 177.



- Westphal, Die konträre Sexualempfindung, Symptom eines neuropathischen (psychopathischen) Zustandes. Archiv für Psychiatrie. Bd. II. S. 73.  
 Zingerle, Jahrbücher f. Psychiatrie. Bd. 19. S. 333.

## Impulsives Handeln.

- Fritsch, Casuistische Beiträge zur Lehre vom „impulsiven Irresein.“ Jahrb. f. Psychiatrie. Bd. 7. S. 196.  
 Gross, Reflexoide Handlungen u. Strafrecht. Arch. f. Kriminalanthropologie. Bd. II. S. 140.  
 Pohl, Ueber impulsives Irresein. Jahrb. f. Psych. Bd. 4. S. 18.  
 Pürkhauer, Zwei Fälle von impulsivem Irresein. Friedr. Bl. f. ger. Med. 40. Jahrg.  
 Ribot, Les maladies de la volonté. Paris. 1883.

## Zwangsvorgänge.

- Falret, Des obsessions avec conscience (intellectuelles, émotives et instinctives). Congr. int. méd. ment. Paris. 1889.  
 Flatau, Ueber die Beziehungen zwischen Tic général und Zwangsvorstellungen. Centr. f. N. Psych. Bd. 19. S. 393.  
 Heilbronner, Ueber progr. Zwangsvorstellungs-Psychosen. Mon. f. Psych. u. Neur. 1899.  
 Kaan, Der neurasthenische Angstfekt bei Zwangsvorstellungen und der primordiale Grübelzwang. Jahrb. f. Ps. Bd. 11. S. 149.  
 Derselbe, Die forensische Bedeutung der Zwangsvorstellung. Friedr. Bl. f. ger. Med. Bd. 43. S. 333.  
 Klinke, Ueber Zwangsreden. A. Z. f. Psych. Bd. 48. S. 91.  
 Tuczek, Ueber Zwangsvorstellungen. Berl. kl. W. 1899.  
 Westphal, Berl. klin. Wochenschr. 1887. No. 46. p. 669.  
 Westphal, C., Die Agoraphobie, eine neuropathische Erscheinung. Arch. f. Psych. Bd. 3 u. 7.  
 Wille, Ueber Zwangsvorstellungen. Arch. f. Psych. Bd. 12.

## Psychische Schwäche.

- Bennecke, Ueber psychische Schwächezustände im Heere. Allg. Z. f. Ps. Bd. 56. S. 452.  
 Buchholz, Ueber die Aufgaben des ärztlichen Sachverständigen bei der Beurteilung Imbeciller. Allg. V. f. Psych. Bd. 57. S. 340.  
 Ebbinghaus, Ueber eine neue Meth. z. Prüfung geist. Fähigk. Z. f. Physio. u. Psych. der Sinne. Bd. 13. S. 401.  
 Emminghaus, Die psychischen Störungen im Kindesalter. 1887. Gerhardt's Handbuch.  
 Kraepelin, Ueber psychische Schwäche. Arch. f. Psych. Bd. 13.  
 Rieger, Beschreibung der Intelligenzstörungen infolge einer Hirnverletzung nebst einem Entwurf zu einer allgemein anwendbaren Methode der Intelligenzprüfung. Verh. der Würzb. phys. med. Ges. N. F. Bd. 22.  
 Sioli, Fragebogen für einfache Begriffe und Urteile (vorgelegt auf der 30. Vers. südwestl. Irrenärzte in Frankfurt a. M. am 18. 11. 1899).

## Moralisches Irresein.

- Berze, Ueber moralische Defektzustände. Jahrb. f. Psych. Bd. 15. S. 62.  
 Binswanger, Ueber die Beziehungen des moralischen Irreseins zu der erblich degenerativen Geistesstörung. Volkmanns Sammlg. klin. Vortr. No. 299.  
 Bleuler, Ueber moralische Idiotie. Vierteljahrsschr. f. ger. Med. III. Folge. 4. Bd. 1893. Suppl. Heft.  
 Bogdan, Zur Frage des moralischen Irreseins. Wiener med. W. 1897.  
 Cramer, Moralische Idiotie. Münch. med. Woch. 1898. S. 1461.  
 Delbrück, Ueber verminderte Zurechnungsfähigkeit bei moralischem Irresein. Correspondenzblatt f. Schweizer Aerzte. 26. Jahrg.  
 Holländer, Zur Lehre von der Moral insanity, Jahrb. f. Psych. Bd. 4. S. 1.

- v. Krafft-Ebing, Die Lehre vom moralischen Wahnsinn. Friedreichs. Bl. f. ger. Med. 1871.  
 Mendel, Artikel „Moral insanity“ in Eulenburg. Realencyclopädie.  
 Müller, E., Ueber „Moral insanity“. Archiv. f. Psych. Bd. 31 (Litteratur und historische Darstellung).  
 Näcke, Kritisches zur Lehre der „Moral insanity“. Psychiatr. Wochenschrift. 1899. No. 13.  
 Derselbe, Zur Frage der sog. Moral insanity. Neurol. Centralbl. Bd. 15. S. 484 u. 678.  
 Prichard, Treatise on insanity. 1835.  
 Schlöss, Ueber die Lehre vom moralischen Irrsinn. Jahrb. f. Psych. Bd. 8. S. 241.  
 Svetlin, Ueber Moral insanity. Wiener med. Presse. 1898.  
 Tiling, Ueber angeb. moral. Degeneration oder Perversität des Charakters. A. Z. f. Psych. Bd. 52. S. 229.

#### Induciertes Irresein.

- Deventer, Aetiologie und Pathogenese des gemeinschaftlichen Irreseins. Centr. f. N. u. Psych. Bd. 16. S. 161.  
 Knittel, Ueber sporadische psychische Ansteckung. In. Dissert. Strassburg. 1884.  
 Kröner, Die Folie à deux. Z. f. Psych. Bd. 46. S. 634.  
 Lasègue u. Falret, La folie à deux ou folie communiquée. Annales med. psych. 1877.  
 Lehmann, Zur Casuistik des inducierten Irreseins. Arch. f. Psych. Bd. 14. S. 145 (mit älterer Litteratur).  
 Palmer, Eine psychische Seuche in der obersten Klasse einer Mädchenschule. Centr. f. N. u. Psych. XV. S. 301.  
 Riedel, Ueber psych. Infektion und induc. Irresein. Vierteljahrsschr. f. ger. Medizin. 3. Folge. Bd. 14.  
 Rieger, Psych. Epidemie, Hysterie und Hypnotismus. Centralbl. f. N. u. Psych. Bd. 15. S. 301.  
 Roller, Ueber induciertes Irresein. Arch. f. Psych. Bd. 50. S. 722.  
 Schönfeldt, Ueber das inducierte Irresein (Folie communiquée). Arch. f. Psych. Bd. 26. (Mit Litteratur.)  
 Sighele, Psychologie des Auflaufes und der Massenverbrechen. Deutsch von Kurella. Dresden u. Leipzig. 1897.  
 Westphal, A., Ueber psychische Infektion. Charité-Annalen. Jahrg. 20.  
 Wollenberg, Ueber psychische Infektion. Arch. f. Psych. Bd. 20. (Dort Litteratur.)

#### Dritter und vierter Abschnitt.

- Binswanger u. Krause, Aerztliches Obergutachten über einen mit Simulation verbundenen Fall von Hysterie. Mon. f. Psych. u. Neur. Bd. VI. S. 336. 1899.  
 Cramer, Die Behandlung der Grenzzustände in foro nebst einigen Bemerkungen über die geminderte Zurechnungsfähigkeit. Berl. klin. Woch. 1900. No. 47.  
 Crell, Ueber Simulation und Dissimulation. Allg. Z. f. Psych. Bd. 56. S. 454.  
 Dedichen, Ein Fall von simulirter Geisteskrankheit. Allg. Z. f. Psych. Bd. 56. S. 407.  
 Forel, Uebergangsformen zwischen Geistesstörung und geistiger Gesundheit. Corr. f. Schweizer-Aerzte 1890.  
 Fürstner, Ueber Simulation geistiger Störungen. Arch. f. Psych. Bd. 19. S. 601.  
 Derselbe, Gerichtliche Bemerkungen zu den Processen Jost und Hegelmaier. Deutsche med. Woch. 1894.  
 Derselbe, Ueber die Zurechnungsfähigkeit der Hysterischen. Arch. f. Psych. Bd. 31.  
 Frank, Ein Fall von Simulation. Allg. Z. f. Psych. Bd. 54. S. 136.  
 Fritsch, Erfahrungen über Simulation von Irrsinn und das Zusammentreffen desselben mit wirklicher geistiger Erkrankung. Jahrb. f. Psych. Bd. 8. S. 115.

- Hoppe, Die ärztliche Sachverständigenthätigkeit bei zweifelhaften Geisteszuständen. Berliner klin. Woch. 1896.
- Jolly, Ueber geminderte Zurechnungsfähigkeit. Allg. Z. f. Psych. Bd. 44. S. 461.
- Derselbe, Irrtum und Irrsinn. 1893. Hirschwald.
- Kautzner, Aus der gerichtsärztlichen Praxis. Arch. i. Krim. Anthropologie u. Kriminalistik. 1898. (Fälle von Simulation.)
- Kelp, Ueber Simulation von Geistesstörung. Friedr. Bl. f. gericht. Med. Bd. 37. S. 331.
- Koster, Gallerie verkannter Fälle von Irresein. Irrenfreund. XV. Jahrg.
- von Krafft-Ebing, Ueber simulierte, dissimulierte, vorgeschützte und angeschuldigte Seelenstörung und deren Ermittlung in foro. Friedr. Bl. f. gerichtl. Med. 1871.
- Derselbe, 2 Fälle von Simulation geistiger Störung. Jahrb. f. Psych. Bd. 8. S. 293.
- Krauss, Die Psychologie des Verbrechens. Tübingen 1884.
- Moeli, Ueber irre Verbrecher. Berlin 1888. Fischer.
- Derselbe, Lüge und Geistesstörung. Allg. Z. f. Psych. Bd. 48. S. 257.
- Pelmann, Beiträge zur Lehre von der Simulation. Irrenfreund. XVI. S. 145.
- Riedel, Ueber psychische Infektion und induciertes Irresein. Viertelj. f. ger. Med. 3. Folge. Bd. 14.
- Salgo, Fälle von Simulation. Allg. Z. f. Psych. Bd. 52. S. 900.
- Sander und Richter, Die Beziehungen zwischen Geistesstörung und Verbrechen. 1886. Fischer.
- Schlöss, Ueber die Uebertragung von Psychosen. Centralbl. für Neur. u. Psych. Bd. 14. S. 49.
- Siemens, Zur Frage der Simulation von Geistesstörungen. Arch. f. Psych. Bd. 14. S. 40.
- Wollenberg, Die Grenzen der strafrechtlichen Zurechnungsfähigkeit bei psychischen Krankheitszuständen. Referat: Jahresvers. der deutschen Irrenärzte in Halle. 21. 4. 1899. Allg. Z. f. Psych. Bd. 56. Heft 4.
-





## **B. Spezielle gerichtliche Psychopathologie.**

---

### **Erste Hälfte.**

## **Einfache funktionelle und organisch bedingte Seelenstörungen.**

von

**Prof. Dr. A. Hoche.**

---





## Erster Abschnitt.

---

# Einfache funktionelle Seelenstörungen.

---

### Vorbemerkungen.

Gegenstand einer speziellen gerichtlichen Psychopathologie ist die Darstellung der einzelnen erfahrungsgemäss vorkommenden Formen geistiger Abweichung vom Normalen in ihrer gerichtlichen Bedeutung. Es wäre falsch, hier in einer der Beantwortung ganz bestimmter Fragestellungen dienenden Disciplin die Forderung einer systematischen Behandlung des Stoffes in gleicher Weise aufzustellen, wie bei einer voraussetzungslosen speziellen Psychiatrie. Abgesehen davon, dass das wissenschaftliche Interesse einzelner Formen von Geistesstörung sich keineswegs überall mit ihrer praktischen Bedeutung deckt, ist noch ein anderer wesentlicher Gesichtspunkt zu beachten.

Die Psychiatrie ist eine in lebhaftem Fluss befindliche Wissenschaft; die Meinungen über die Zusammengehörigkeit der mannigfaltigen Gruppen von Erscheinungen zu klinischen Krankheitsbildern wechseln, nicht nur je nach dem Standpunkt und dem Einteilungsprinzip des Einzelnen, sondern auch in rascher zeitlicher Folge. Es würde die Schwierigkeiten der Verständigung zwischen ärztlichen Sachverständigen und den Vertretern der praktischen Rechtspflege in überflüssiger Weise vermehren, wenn die gerichtliche Psychiatrie es als ihre Aufgabe ansähe, diese Schwankungen der theoretischen Auffassung in aller Vollständigkeit wiederzuspiegeln. Die Darstellung beschränkt sich deswegen zweckmässiger Weise darauf, erfahrungsgemäss gegebene, allgemein anerkannte Typen geistiger Erkrankung, unbekümmert um ihre augenblickliche Stellung in diesem oder jenem System, nach ihrer gerichtlichen Tragweite zu schildern. Diese Beschränkung ist um so eher zulässig, als die vorausgehende allgemeine Symptomenlehre sich bemüht hat, die gerichtliche Bedeutung der einzelnen Erscheinungen abnormen Seelenlebens anschaulich zu machen.

Mit krankhaften Einzelsymptomen, aus denen sich das Bild einer geistigen

Persönlichkeit zusammensetzt, hat es der psychiatrische Sachverständige zunächst zu thun; eine Namensdiagnose der geistigen Krankheit verlangt das Gesetz nirgends; dass es allerdings in der Regel notwendig ist, eine solche auch im Gutachten zu stellen, ist oben, (Seite 550) ausgeführt worden. Die Namensbezeichnung der im einzelnen Falle vorliegenden Form geistiger Anomalie ist namentlich dann unumgänglich nötig, wenn mit der Diagnose zugleich bestimmte Anhaltspunkte in Bezug auf den vorauszusetzenden Einfluss der Störung auf Art und Richtung des Handelns, betreffs des zu erwartenden Verlaufs, der Dauer, der Heilbarkeit usw. gegeben sind.

Eine grosse Anzahl von klinischen Krankheitsbildern ist in dieser Hinsicht für gerichtliche Zwecke genügend scharf umrissen und genau genug bekannt, um auch ohne Schematisierung einer Darstellung von diesem praktischen Gesichtspunkte aus zugänglich zu sein. Eine unbefangene Prüfung der sehr ausgedehnten gerichtlich psychiatrischen Kasuistik zeigt allerdings, dass ein nicht geringer Bruchteil von Krankheitsfällen, die dem Sachverständigen zur Begutachtung vorgelegt werden, sich nicht ohne Rest unter bestimmten Ueberschriften unterbringen lässt; die „reinen“ Fälle sind, wenn wir von einzelnen Krankheitsformen absehen, nicht in der Mehrzahl.

Die Abweichungen von dem, was wir als Typus anzusehen gelernt haben, liegen in verschiedenen Richtungen; wir treffen Uebergangsfälle zwischen geistiger Gesundheit und Krankheit einerseits, zwischen verschiedenen Psychosen andererseits, „Ueberlagerung“ einer geistigen Störung durch ihr eigentlich fremde Symptome einer andern, starke Beeinflussung des Krankheitsbildes durch eine von vornherein abweichende erbliche Veranlagung in Gestalt von geistiger Schwäche oder Charaktereigentümlichkeiten u. a. m.

Dieser Thatsachen muss man eingedenk sein, wenn die nachstehende Darstellung es unternimmt, Krankheitstypen zu schildern.

Ein Punkt bedarf noch besonderer Begründung. — Wir werden uns im Folgenden nur mit der strafrechtlichen Tragweite der einzelnen Formen von Seelenstörungen beschäftigen; die zivilrechtlichen Beziehungen sind im Teil I B. (bürgerliches Gesetzbuch) geschildert worden. Im Strafrecht handelt es sich im wesentlichen nur um eine einzige und zwar grundsätzliche Frage, die der vorhandenen oder fehlenden Zurechnungsfähigkeit; im bürgerlichen Rechtsverkehr sind die Fragestellungen von den strafrechtlichen prinzipiell verschieden und so mannigfaltiger Art, dass es, um überflüssige Wiederholungen zu vermeiden, richtiger erschien, im Anschluss an die Erörterung der einzelnen Begriffe und Bestimmungen des B.G.B., die für den psychiatrischen Sachverständigen Bedeutung haben, kurz zu besprechen, welche zivilrechtliche Tragweite dabei den verschiedenen Erscheinungen von Geistesstörung innewohnt. In der vorausgehenden allgemeinen Psychopathologie hat ohne Schwierigkeiten sowohl auf die strafrechtlichen wie die zivilrechtlichen Gesichtspunkte in gleicher Weise Rücksicht genommen werden können. —

Die Einteilung unseres Stoffes wollen wir nun, unter bewusstem Verzicht auf ein durchgehendes Prinzip, so vornehmen, dass wir in der ersten Hälfte die einfachen funktionellen und die organisch bedingten Geistesstörungen behandeln.

In der zweiten Hälfte (Prof. Wollenberg) kommen die durch Vergiftungen mit Alkohol u. dgl. hervorgebrachten und die sich auf dem Boden von Neurosen entwickelnden Psychosen zur Darstellung; den Schluss bilden diejenigen Anomalien, bei denen eine angeborene oder im Laufe des Lebens entstehende psychische Schwäche das gemeinsame Hauptsymptom oder den Endausgang der Störung darstellt. Die Gegenüberstellung von „funktionell“ und „organisch“ ist nur mit dem Vorbehalt zu verstehen, dass wir organisch bedingt solche Seelenstörungen nennen, bei denen wir in gesetzmässiger Weise mit unseren heutigen Hilfsmitteln greifbare Veränderungen des Centralnervensystems nachweisen können; ob dieser theoretisch wahrscheinliche Nachweis in absehbarer Zeit auch für die sogenannten funktionellen Psychosen geführt werden wird, ist noch zweifelhaft. Ueber die Frage der Heilbarkeit wollen die Bezeichnungen organisch und funktionell nichts aussagen; es giebt unter den im obigen Sinne funktionellen Psychosen solche, die heilbar sind, andere die von vornherein als unheilbar zu gelten haben.

---

## Kapitel I.

### Die Manie.

Die Manie gehört als Zustandsbild zu den am besten gekannten und erkennbaren Formen geistiger Störung. Die zur Zeit schwebende Erörterung darüber, ob es eine Manie als selbständige Krankheitsform überhaupt gebe, oder ob dieselbe immer die Einzelphase einer periodisch wiederkehrenden Seelenstörung („periodische Manie“ oder „cirkuläres Irresein“) darstelle, und grundsätzlich als solche zu beurteilen sei, berührt die gerichtliche Psychiatrie erst in zweiter Linie. In strafrechtlicher Hinsicht steht überhaupt nur der Geisteszustand in einem bestimmten Zeitpunkt oder für die Dauer eines umschriebenen Zeitraumes in Frage, und es ist dabei für die Beurteilung des Handelns unter dem Einfluss einer Manie ganz unwesentlich, ob die in diesen Zeitgrenzen nachgewiesene Seelenstörung früher schon einmal vorhanden war, und ob ihre Wiederkehr in einem späteren Abschnitte des Lebens voraussichtlich zu erwarten ist.

Das strafrechtliche Interesse richtet sich bei den der Manie zugerechneten Zuständen geistiger Anomalie hauptsächlich auf den Grad der Störung und die dadurch bedingte Beeinflussung des Handelns.

Der Beginn der Manie ist in den leichteren Fällen, die auch wohl als Hypomanie bezeichnet werden, für die Umgebung in der Regel nicht sogleich als Krankheit erkennbar. Nach gewöhnlich vorausgehenden mässigen körper-



lichen Störungen erscheinen die Kranken auffallend heiter, angeregt; der Blick ist glänzend, Mimik und Bewegungen werden lebhaft; sie sind gesprächiger als sonst, rasch bei der Hand mit der Antwort, in der je nachdem nur ihre „gute Laune“, eine gewisse Neigung, auf Kosten Anderer zu witzeln, oder auch eine gesteigerte Reizbarkeit und Labilität der Stimmung zum Ausdruck kommt. In dem Stadium der vollen Krankheitsausbildung sind auch in den leichten Fällen drei Hauptsymptome nachweisbar: gehobene Stimmung mit Neigung zu raschem Wechsel derselben, Ideenflucht, Bewegungsdrang, während stärkere Trübung des Bewusstseins, Hallucinationen und feste Wahnideen keine Rolle spielen. Die gehobene Stimmung, das erhöhte Selbstgefühl in Verbindung mit vermehrtem Bewegungsdrange äussert sich in rastloser Geschäftigkeit, die nur in Eilbriefen und Telegrammen korrespondiert, in der Neigung, überflüssige Einkäufe zu machen, neue Projekte zu entwerfen, grösse Geschäfte einzugehen, auch solche, die die finanzielle Leistungsfähigkeit vielleicht weit übersteigen, unnütze Reisen zu unternehmen, Liebesverhältnisse gröberer und feinerer Art anzubündeln, lärmende Geselligkeit aufzusuchen, in Alkohol zu excedieren usw.

Sogar in diesem Zustande werden die Betroffenen häufig nicht für psychisch krank, wenn auch für „nervös erregt“ oder angetrunken gehalten. Es liegt dies daran, dass bei den leichten Formen, wie sie besonders als Phasen periodischer (zirkulärer) Störung vorkommen, die Besonnenheit dauernd erhalten bleiben kann, die es den Kranken in Verbindung mit der angeregten Stimmung und der erleichterten, sprachlichen Produktion ermöglicht, ihre Excesse oder die ungeordneten auffälligen Handlungen mit dialektischer Gewandtheit zu motiviren und zu beschönigen. Diese Eigentümlichkeit der hypomanischen Erregung hat man früher in dem Namen der „Folie raisonnante“ (Geistesstörung mit dem Anschein der Vernünftigkeit) zum Ausdruck zu bringen versucht. Der zunächst vorhandene Schein einer Steigerung der intellektuellen Leistungsfähigkeit erweist sich bei näherer Prüfung als trügerisch; die Kranken können in der Unterhaltung nicht bei der Stange bleiben; sie springen ab auf nebensächliche Dinge, zufällige Wahrnehmungen; momentane Sinneseindrücke, plötzliche Einfälle lenken das Gespräch, und die „Witze“ beschränken sich in der Regel auf das Herausfinden äusserlicher Beziehungen, Klangähnlichkeiten, Beobachtung kleiner Schwächen bei ihrer Umgebung, bei deren Hervorziehung häufig Mangel an Takt und Zartgefühl sehr deutlich bemerkbar wird. Die Umgänglichkeit und „Liebenswürdigkeit“ der Kranken hat ein Ende, sobald sie auf Widerspruch stossen; die Reizbarkeit, die Fähigkeit jähen Stimmungswechsels kann dabei zu Zusammenstössen mit ihrer Umgebung oder auch zu wörtlichen und thätlichen Feindseligkeiten gegen solche Personen führen, die nach Stellung oder Beruf in die Lage kommen, auf die Individuen einwirken zu wollen (Vorgesetzte, Aerzte); auch hierbei vermag oftmals die dialektische Geschicklichkeit der Kranken, ihre Gewandtheit im Verdrehen von Thatsachen Dritten gegenüber

das in den Mitteln meist nicht wählerische Handeln in ganz plausibler Weise zu begründen.

Von dieser leichten Form der Manie führen nun zu den schwersten, die mit einem immer weniger gebrauchten Namen als „Tobsucht“<sup>1)</sup> bezeichnet werden, alle möglichen graduellen Abstufungen hinüber. Die krankhafte Anomalie der Stimmung kann sich dabei zu einer selbständigen heftigen Erregung, die Aeusserungen des Bewegungsdranges zu sinnlosen zerstörenden oder gewaltthätigen Handlungen, die Störung des Vorstellungsablaufes zu ideenflüchtiger Verwirrtheit steigern. Bei den schwereren Fällen leidet regelmässig auch die Besonnenheit Not. Die Ideenflucht, d. h. die durch erhöhte Ablenkbarkeit und das Fehlen von leitenden Zielvorstellungen, ausserdem durch Flüchtigkeit der auftauchenden Vorstellungen und erleichtertes Aussprechen derselben charakterisierte Störung des Gedankenganges, verhindert in ihren höheren Graden die richtige Auffassung der Aussenwelt und der Beziehungen des Ich zu derselben; es kann dabei die Orientierung mehr oder weniger vollkommen verloren gehen und das Bild einer schweren Trübung des Bewusstseins entstehen. Was sonstige psychische Anomalien bei der Manie anbetrifft, so können Sinnestäuschungen, namentlich in Form der Illusion, vorkommen, wie bei jeder Form von geistiger Störung, ohne aber im Krankheitsbilde und für das Handeln wesentlich zu sein; die Wahndeiden, in Form von Selbstüberschätzungsideen, Grössenvorstellungen sind der gehobenen Stimmung, koordiniert, meist flüchtiger, wechselnder Art und werden von den Kranken selbst oft in halb spielender oder bewusst prahlerischer Weise behandelt; sie pflegen die abnorme Stimmungslage nicht zu überdauern.

Von den sonstigen Erscheinungen bei der Manie sind für unsere Zwecke von Bedeutung die eventuell wochenlang andauernde Schlaflosigkeit und das Ausbleiben der Ermüdungserscheinungen, trotz andauernder, manchmal lebhaftester motorischer Bethätigung; diese Symptome sind darum in gerichtlicher Hinsicht von Wichtigkeit, weil sie von Niemandem auf die Dauer absichtlich vorgetäuscht werden können und durch ihr Vorhandensein allein jeden Verdacht auf Simulation widerlegen. —

Was die ärztliche Erkennbarkeit der Manie anbetrifft, so kommen ähnliche Bilder bei der hallucinatorischen Verworrenheit, bei der Epilepsie, bei der Dementia paralytica und beim chronischen Alkoholismus vor. Bei den beiden ersteren geben Verlauf und Bewusstseinszustand, bei den letzteren die begleitenden körperlichen Zeichen genügend sichere Unterscheidungsmerkmale ab.

Die strafrechtlichen Zusammenstösse der an Manie erkrankten Individuen bewegen sich in sehr verschiedenen Richtungen. Zunächst gilt im allgemeinen,

---

1) Ein grosser Teil der in der älteren Litteratur als „Tobsucht“ bezeichneten Fälle gehört dem Krankheitsgebiete der Epilepsie, der akuten hallucinatorischen Zustände und der progressiven Paralyse an.

dass dabei schwere Delikte nicht häufig zur Beobachtung kommen, was in dem relativen Erhaltenbleiben der Besonnenheit, (in den meisten Fällen), und in dem Fehlen von Sinnestäuschungen und Wahnideen unangenehmen Inhaltes seine genügende Erklärung findet. Die Wahrscheinlichkeit von Konflikten ist vor allem in dem krankhaft gesteigerten Lebensdrang und Selbstgefühl der Kranken gegeben, die Sitte, Gesetz und fremdes Recht als lästige Schranke empfinden, und infolge der krankhaft veränderten Bedingungen des seelischen Geschehens, namentlich der Erleichterung der Auslösung aller motorischen Impulse, abnorm leicht in Worten und Thaten die gesetzlichen Normen überschreiten.

Bei allen durch die jedesmaligen gesellschaftlichen Beziehungen des einzelnen Kranken verursachten Verschiedenheiten in den strafbaren Handlungen (Vagabundieren, grober Unfug, Beleidigungen, Auflehnung und Widerstand, Erregung öffentlichen Aergernisses, unsittliche Anträge, eventuell Notzuchtsversuche, Körperverletzungen, Eigentumsvergehen u. dgl. m.) ist das Gemeinsame und Uebereinstimmende der eben erwähnte psychologische Zusammenhang.

Begünstigt wird das Zustandekommen strafbarer Handlungen ganz besonders durch vorausgehenden Alkoholgenuss, (der an sich schon die zentralen motorischen Auslösungsvorgänge erleichtert), und durch Mitwirkung solcher Umstände, die auch beim Normalen die ruhige Ueberlegung zu beeinträchtigen pflegen, wie Reizung durch vorausgehende Beleidigungen, geschlechtliche Erregung u. dgl.

Für die gerichtliche Beurteilung im gegebenen einzelnen Falle gilt, dass mit der sicheren Feststellung einer von einem bestimmten Momente an bestehenden Manie die Voraussetzungen des § 51 St.G.B. erfüllt sind. In Fällen mit sehr lebhafter motorischer, eventuell „tobsüchtiger“ Erregung ist es für den Sachverständigen eine leichte Aufgabe, auch den Richter von dem Bestehen einer krankhaften, die freie Willensbestimmung ausschliessenden Geistesstörung zu überzeugen; sehr viel schwieriger kann dies werden bei nur leichter manischer Erregung mit erhaltener Besonnenheit und ungestörter Intelligenz. In solchen Fällen werden Zeugenaussagen über eine von einem feststellbaren Zeitpunkte an datierende Wesensänderung, Erläuterung des psychologischen Herganges der erleichterten psychomotorischen Auslösung und Demonstration derselben an Aeusserungen und Handlungen des Kranken und der Nachweis der abnormen Stimmungslage das Bestehen der geistigen Anomalie in überzeugender Weise sicherstellen.

Besonderer Wert wird auf die bei der Manie auch experimentell erhärtete Erfahrungsthatsache zu legen sein, dass trotz Fehlens jeder Intelligenzstörung die zentralen Bedingungen des Handelns krankhaft und zwar in der Weise verändert sind, dass Hemmungen, die bei dem Geistesgesunden wirksam werden, weggefallen sind, dass auftauchende Impulse infolgedessen zu plötzlichen Handlungen umgesetzt werden, ehe überhaupt verstandesmässig wirkende Gegenmotive Zeit hatten, gehört zu werden. Des weiteren ist die Thatsache eines krankhafter Weise quantitativ gesteigerten Trieblebens (Genussmittel, Geschlechtstrieb) in Rechnung zu setzen. —

Die Zustände leichter manischer Erregung geben (neben dem Schwachsinn) am



häufigsten Anlass zu gerichtlicher Prüfung der Frage, ob Jemand, der eine geisteskrankte Person geschlechtlich gemissbraucht hat, (§ 176, 2, St.G.B.) den geistig abnormen Zustand erkennen musste oder nicht. Ueber die rechtliche Seite der Frage siehe oben Seite 96 u. ff. Bei dem weiblichen Geschlecht gehört eine krankhaft gesteigerte sexuelle Erregbarkeit zu den häufigsten Symptomen der Manie, und es giebt zweifellos viele Fälle, in denen ein ungewöhnliches Entgegenkommen weiblicher manischer Kranker eine Aeusserung ihrer abnormen Geistesverfassung darstellt, ohne dass sonstige gröbere, dem Laien ohne Weiteres auffällige Erscheinungen vorhanden zu sein brauchten. Ob der Thäter in solchem Falle das Vorliegen eines geistig abnormen Zustandes erkennen musste, hängt nicht nur von seiner Bildung und seinem Urteil, sondern auch davon ab, was er nach seinen sonstigen Erfahrungen in Bezug auf weibliches Entgegenkommen für durchschnittlich und möglich halten durfte.

In Bezug auf die Stellung des ärztlichen Sachverständigen zu dieser Frage schliesse ich mich Aschaffenburgs Ausführungen (oben Seite 97, 98) vollkommen an.

---

## Kapitel II.

### Die Melancholie.

Auch die unter dem Namen der Melancholie zusammengefassten Krankheitsbilder, die zum Teil vollständig, zum Theil als Einzelphasen eines periodischen resp. zirkulären Irreseins vorkommen, sind an sicheren Kennzeichen leicht erkennbar.

Drei Hauptsymptome sind für die Melancholie charakteristisch: eine grundlos gedrückte traurige Stimmungslage, krankhafte Fälschung von Vorstellungen (Minderwertigkeitsideen) und psychische Hemmung. Die beiden ersten gehen gewöhnlich in Bezug auf Dauer und die Stärke der Erscheinungen Hand in Hand; die melancholischen Wahnideen kommen zum Teil vielleicht als Erklärungsversuche für die abnorme, gedrückte Stimmung zu Stande; die die Kranken in sich vorfinden; wahrscheinlicher ist, dass die beiden Erscheinungen gleichwertige, neben einander auftretende Aeusserungsweisen der krankhaften Hirnverfassung darstellen.

Die psychische Hemmung zeigt in ihrer Stärke keinen ganz gesetzmässigen Parallelismus mit den anderen Symptomen; manches übrigens, was wie selbstständige Hemmung aussieht, ist nur eine Wirkung der gedrückten Gemütslage. Die gedrückte Stimmung, die „gemüthliche Depression“, zeigt eine nicht nur von Fall zu Fall, sondern auch im Verlauf der einzelnen Erkrankung wechselnde Stärke; in den leichtesten Graden steht sie den gelegentlich auftretenden objektlosen Verstimmungen nahe, denen viele Nervöse zeitweise ausgesetzt sind; andere Male äussert sie sich als tiefe Traurigkeit oder Verzweiflung, um endlich in gewissen Fällen, dauernd oder in anfallsweise auftretenden Steigerungen, in Verbindung mit lebhaften Spannungsempfindungen als Angst zu erscheinen.

Dieses Auftreten von positiven Unlustgefühlen wird begleitet von einer schmerzlich empfundenen Unfähigkeit, Lust zu empfinden; was den Kranken normalerweise erhob und erfreute, lässt ihn kalt und gleichgiltig; die Fähigkeit, sich zu freuen ist verloren gegangen.

Der Grad der Stimmungsanomalie bestimmt, was das klinische Zustandsbild anbetrifft, grossen Teils die Zugehörigkeit des einzelnen Krankheitsfalles zur leichten, einfachen oder zur schwereren (Angst-)Melancholie (*Melancholia agitata*).

Die Art und Weise, wie die verschiedenen Grade der krankhaften Stimmung im Benehmen des Individuums nach aussen bemerkbar werden, hängt von der besonderen Beschaffenheit der betroffenen Persönlichkeit, zum grösseren Teile von der Stärke der psychomotorischen Hemmung ab.

Neben Kranken, die sich bemühen, ihre krankhafte Gemütslage zu verbergen, zu „dissimulieren“ und durch lächelnde Unbefangenheit zu maskieren, treffen wir andre, die in Unruhe, Weinen, Jammern, Händeringen, Beten ohne weiteres erkennen lassen, was in ihnen vorgeht.

Die melancholischen Wahnideen haben die allgemeine Richtung im Sinne der Minderwertigkeit, der Unwürdigkeit. Auch von Bildung, Interessenkreis und Charakter hängt es dabei ab, in welchen Einzelvorstellungen diese Tendenz des Gedankenganges sich jedesmal ausspricht, ob die den Kranken bedrückende Minderwertigkeit das religiöse, moralische, soziale, finanzielle oder rechtliche Gebiet betrifft. Wenn dabei Zustände des eigenen Körpers Gegenstand wahnhafter Auffassung werden, spricht man wohl von melancholisch-hypochondrischen Wahnideen. Die melancholischen Wahnideen beschränken sich nicht auf die Gegenwart; die Vergangenheit wird im Sinne derselben unbewusst gefälscht, umgedeutet, und die Erwartungen von der Zukunft in logischer Folgerichtigkeit aus der gegenwärtigen Unwürdigkeit entwickelt. So finden wir neben den Selbstvorwürfen bei den Kranken regelmässig die Befürchtungen vor künftigen Geschehnissen, die sich im allgemeinen nach den Selbstvorwürfen richten (zeitliche, ewige Strafe, finanzieller Ruin, öffentliche Schande, körperliche Unheilbarkeit usw.). — Die psychische Hemmung zeigt sich zunächst auf dem Gebiet der Vorstellungsthätigkeit; es besteht ein verlangsamter Ablauf der Vorstellungen; spontane Aeusserungen und Antworten erfolgen langsam und zögernd; das Besinnen erfordert eine unverhältnismässig grosse Anstrengung; das normale freiwillige Zuströmen von Vorstellungen ist beschränkt; das Denken bewegt sich in dem engen Kreise, der der krankhaften Stimmungslage inhaltlich entspricht. Diese Hemmung der Gedankenthätigkeit wird vom Kranken oft sehr lebhaft und schmerzlich empfunden, noch mehr aber gewöhnlich die psychische Hemmung auf motorischem Gebiete, die Erschwerung des Entschliessens, der Entscheidungen, der Handlungen, die schon kleine gleichgiltige Aufgaben des täglichen Lebens wie Berge vor ihm liegen lässt.

Die psychomotorische Hemmung beeinflusst sehr stark das äussere Benehmen; Melancholische verharren, wenn nicht die innere Angst sie unruhig umhertreibt, stundenlang, tagelang in denselben Stellungen, mit demselben Gesichtsausdruck.

Bei hohen Graden kann sich dies bis zum sogenannten „Stupor“, dem regungslosen, statuenhaften Verhalten steigern; man bezeichnet darnach eine Form der Melancholie auch wohl als „*Melancholia stupida*“, „*attonita*“. (Ein Teil dieser Fälle anscheinender Melancholie gehört zum Gebiet der Katatonie; s. unten.)

Das Nebeneinandervorkommen von Hemmung und lebhaften, zu unruhigen Bewegungsausserungen drängenden Angstaffekten erklärt eine bei den Melancholischen nicht selten vorkommende Beobachtung, dass mitten aus regungslosem Verhalten heraus plötzlich eine sehr energische, oft gefährliche That erfolgt, wenn die Stärke des Affektes die Hemmung durchbricht. Das unerwartete, bei dem äusseren Verhalten der Kranken, das keineswegs auf lebhaft seelische Vorgänge schliessen lässt, scheinbar unverständliche Auftreten solcher plötzlicher Zustandsänderungen mit heftigen motorischen Entladungen hat man als „*Raptus melancholicus*“ bezeichnet.

Es ist im allgemeinen Teile bei Besprechung der krankhaften Gemütsbewegungen ausgeführt worden, welchen Einfluss die hohen Grade der Angst auf Vorstellungsablauf, Besonnenheit, Wahrnehmung äusseren und inneren Geschehens (Schmerz) und Selbstbewusstsein ausüben; ich will hier darauf verweisen. — Sinnestäuschungen, namentlich Hallucinationen des Gehörs und Illusionen des Gesichtssinnes spielen bei Melancholie vielfach eine Rolle; sie bewegen sich im Sinne der ängstlichen Vorstellungen, bestätigend oder weiterbildend; ihr Einfluss ist bei strafbaren Handlungen Melancholischer oft erkennbar, namentlich in Form der „imperativen Stimmen“. — Die einzelnen klinischen Formen der Melancholie sind bereits erwähnt worden, die *Melancholia simplex*, *agitata* (Angstmelancholie) und die (zweifelhafte) *Melancholia stupida*. Zwischen den beiden erstgenannten Formen bestehen Uebergänge; auch während des Verlaufs der einzelnen Krankheit kann eine einfache Melancholie zeitweise den Namen „*agitata*“ verdienen.

Die letztere findet sich besonders bei älteren Personen; die Melancholien des Greisenalters zeigen mit Vorliebe das Symptom der Unruhe, des Umherlaufens usw.

Konstante nervöse Begleiterscheinungen fehlen bei der Melancholie; die körperlichen, vegetativen Veränderungen interessieren uns hier weniger. —

Die Melancholie ist für den Sachkundigen nicht zu verkennen; scheinbar melancholische Zustandsbilder bei manchen Formen von Epilepsie und Zustände mit allen klinischen Merkmalen der Melancholie im Anfangsstadium der progressiven Paralyse sind durch die diesen Krankheiten eigenen Merkmale von der selbständigen Melancholie zu unterscheiden. Auf die Diagnose der Periodizität kommen wir unten zurück. Sehr häufig entwickeln sich Melancholien auf dem Boden einer angeborenen oder im Laufe des Lebens entstandenen Minderwertigkeit des Zentralnervensystems, bei Entarteten, bei Schwachsinn, im Greisenalter. Die besonderen Züge dieser Zustände beeinflussen natürlich das Krankheitsbild in mannigfaltiger Weise.

Die Art des Gedankenganges und der Stimmungslage bringt es mit sich,



dass die Handlungen Melancholischer sich keineswegs ausschliesslich, aber doch in erster Linie gegen die eigene Person richten, (im graden Gegensatze zur Manie, bei der, wie wir sahen, die gehobene, unternehmungslustige Stimmung zu Zusammenstössen mit der Aussenwelt treibt).

Die Thaten, die Melancholische gegen sich selbst verüben, stehen zum Teil in direkter Abhängigkeit von dem krankhaften Affekte; dem Kranken erscheint im Vergleiche mit seiner von ihm für dauernd gehaltenen gemüthlichen Verfassung, der Tod als das kleinere Uebel oder als der einzige Ausweg aus der unerträglichen inneren Angst und Spannung, und die Erfahrung hat die Irrenärzte seit langem dahin geführt, jeden Melancholischen ohne Weiteres als selbstmordverdächtig zu betrachten und zu behandeln. Neben der krankhaften Stimmung ist es die Richtung und der Inhalt des Denkens, was das Zustandekommen des Selbstmordes erklärt; Kranken, die von der Zukunft nichts Gutes, wohl aber alles Schlimme erwarten, fehlen wesentliche verstandesmässige Gegenmotive, die sie von der That abhalten könnten. Bei der Ausführung selbst wirkt begünstigend die Thatsache mit, dass der abnorme Affekt, namentlich die Angst, körperlichen Schmerz nicht zum Bewusstsein kommen lässt; so kommt es, dass wir Melancholische alle möglichen, oft geradezu schauerhaften Mittel ergreifen sehen (Selbstverbrennungen, Selbstverstümmelungen usw.), mit denen sie glauben, das ersehnte Ziel zu erreichen.

Da unsere Gesetzgebung den Selbstmord nicht, wie in England, bestraft, haben diese Handlungen Melancholiker, so lange sie sich ausschliesslich auf die eigene Existenz erstrecken, bei aller Bedeutung für den Irrenarzt, für die gerichtliche Praxis keine besondre Tragweite; dies ändert sich, sobald, was sehr häufig geschieht, mit dem Selbstmordversuche Angriffe auf fremdes Leben verbunden werden. Dies kann ungewollt und rein zufällig sein, wenn z. B. ein Melancholischer sein Haus anzündet oder die Speisen vergiftet; in der Regel aber ist der Zusammenhang so, dass in die Befürchtungen für die Zukunft auch das Schicksal nahestehender, geliebter Angehöriger mit einbezogen wird, die der Kranke das Schreckliche, dem sie entgegengehen, nicht erleben lassen will. Das gradezu typische Vorkommen in dieser Hinsicht, von denen die Tageszeitungen in gewissen Zwischenräumen berichten, ist der Selbstmord der Mutter verbunden mit Tötung der meist kleinen Kinder; oft erfolgt auch blos letztere allein, wenn die Kranke nach der ersten Hälfte der geplanten That unter dem Eindruck des Geschehenen den Mut zu Weiterem verliert. Die That selbst erfolgt häufig unter Mitwirkung von „imperativen Stimmen“ oder in einer akuten Steigerung der Angst (Raptus) mit einem gewissen Grade von Bewusstseinstörung, mit Vorliebe, wie die meisten melancholischen Thaten, in den frühen Morgenstunden.

Nachstehend ein Beispiel von Tötung des Kindes durch eine melancholische Mutter:

In der Nacht vom 22./23. Februar erdrosselte die 24-jährige Ehefrau H. ihr kleines Kind. Da sofort Zweifel über ihren Geisteszustand auftauchten, wurde sie der psychiatrischen

Klinik in Heidelberg zur Beobachtung überwiesen. Aus dem dort erstatteten Gutachten (Prof. Fürstner) gebe ich das Wesentlichste.

Frau H. ist insofern erblich belastet, als ihr Vater dem Trunke ergeben war und durch Selbstmord endete; der Mutter soll „die Milch in den Kopf gestiegen sein“: sie war also psychisch gestört; eine Schwester war vorübergehend geisteskrank. Für das Bestehen erblicher Disposition bei Frau H. sprechen körperliche Zeichen von Seiten der Schädelbildung (Kleinheit, Asymmetrie). Frau H. war von jeher etwas beschränkt, schwerfällig im Lernen, und zu schwer-mütigen Gedanken geneigt, litt viel an Kopfweh. Geschwängert, ohne dass sie, nach ihrer Aussage, ein Liebesverhältnis mit dem Burschen gehabt hätte, benimmt sie sich nach ihrer Entbindung auffällig, legt dem Vater das Kind vor die Thür. Die Ehe der H. wird von Ferner-stehenden als eine zufriedene geschildert; die Frau gibt an, dass ihr Mann oft hart und grob gegen sie gewesen sei. Die materielle Lage war jedenfalls nicht glänzend und speziell wohl die Ernährung eine dürftige.

Schon während der Gravidität quälte sich Frau H. mit trüben Gedanken, namentlich mit der Vorstellung, dass es ihr nach der Geburt unmöglich sein werde, im Tagelohn zu arbeiten, dass sie das Kind nicht ernähren, ihre Schulden nicht bezahlen könne; sie klagte auch ihrem Manne, „es lange nicht“, „sie kämen nicht mehr aus“. Nach der Entbindung erschien sie Zeugen noch einsilbiger wie früher; die Kopfschmerzen traten häufiger auf, und der Schlaf fehlte; die Milch zum Stillen des Kindes versiegte.

Ein Anfall von Influenza brachte die schwächliche Frau noch mehr herunter; gleichzeitig nahmen Kopfweh und Schlaflosigkeit zu. Sie quälte sich dauernd mit unbegründeten Nahrungs-sorgen; bei Tage grubelte sie vor sich hin, starrte auf einen Fleck. Die Vorstellung, sie müssten verhungern und das Kind sei die Ursache davon, beherrschte die H. immer mehr. In der Nacht vom 20. auf den 21. Februar lag sie völlig schlaflos, gequält von starkem Kopfweh. Morgens um 5 Uhr kam ihr der Gedanke, in den Brunnen zu springen, damit sie fort wäre, und dann erdrosselte sie das Kind.

Die einzelnen Vorgänge bei der That haben sich ihr nur zum Teil eingeprägt; sie weiss nicht anzugeben, wie sie den Akt der Erdrosselung ausgeführt hat.

Nach der That erschien das Gesicht verzerrt; sie sah blass aus, zitterte am ganzen Körper; die That stellte sie nicht in Abrede. Als Grund führte sie an, da sie für das Kind nichts gehabt habe, bringe sie es lieber um (in der Nacht hatte sie es thatsächlich noch genährt). Sie vergoss keine Thränen, blieb still sitzen: „hier will ich sitzen bleiben, bis ich sterbe“; „ich will es nicht mehr thun“. Eine Zeugin, der sie noch in der Nacht über den Kopf und darüber geklagt hatte, dass die Milch ausgeblieben sei, fand sie nach der That ganz zusammengesunken; dann lief sie im Zimmer umher: „schlagt mich tot“.

Nach dem Dargestellten kann es nicht zweifelhaft sein, dass bei der H. eine melancholische Geistesstörung bestand, deren erste Anfänge bis in die Schwangerschaft zurück-datieren. Das Wochenbett und vor Allem die Influenza wirkten weiter schwächend auf die von Hause aus beschränkte, zur Schwermut geneigte Frau ein, und in Anschluss daran steigerten sich die psychischen Symptome, Kopfschmerzen und Schlaflosigkeit nahmen zu; in der frag-lichen Nacht trat ein Angstzustand auf mit besonders lebhaften depressiven Vorstellungen und darin der Impuls, entweder sich oder das Kind zu töten.

Dafür, dass der Angstzustand hochgradig gewesen ist, spricht der Umstand, dass die H. für die Vorgänge bei der That nur eine partielle Erinnerung besitzt.

Bei der Aufnahme in die Klinik bestanden die Symptome schwerer Melancholie noch fort: depressiver Affekt, unmotivirte trübe Vorstellungen, Erschwerung des Denkens, Angst, Schlaf-losigkeit trotz Anwendung von Schlafmitteln, ungenügende Nahrungsaufnahme, Sinken des Körpergewichtes.

Das Gutachten stellte die H. unter den Schutz des § 51 St.G.B.; das Verfahren wurde eingestellt.

Im Juli wurde Pat. geheilt aus der Klinik entlassen. —  
(Beobachtung der Heidelberger psychiatrischen Klinik.)

Andremaie liegt den Gewaltakten Melancholischer gar kein klar bewusstes Motiv zu Grunde; der gesteigerte Angstaffekt sucht in irgend welchen motorischen Aeusserungen die Lösung; die gleichzeitig als Affektfolge vorhandene Trübung der Besonnenheit verhindert das Zustandekommen der Orientierung, und so hängt es dabei vom Zufall ab, ob die zerstörenden Handlungen sich gegen leblose oder belebte Dinge richten. —

Eine besondre Form der aus krankhaften Motiven erwachsenden Handlungen stellen die Selbstbeschuldigungen melancholischer Kranker dar. Die Unwürdigkeitsideen nehmen manchmal die Richtung, dass die Kranken glauben, an allem Unheil in der Welt schuld zu sein, und wenn die Zeitungen von einer auffallenden Mordthat oder dergl. berichten, schreiben die Kranken auch dieses sich zu und ziehen die Konsequenz, dass sie, um ihre Strafe bittend, sich selber der Polizei oder dem Gerichte stellen.

#### Falsche Selbstbeschuldigung bei Melancholie.

In einer grösseren Provinzialstadt ereignete sich ein Mord, ohne dass auch nur eine Spur auf den Thäter hinweist. Nach vierzehn Tagen erscheint ein junger Mann, Student, bei dem Untersuchungsrichter und gibt unter Beifügung aller Details an, dass er den Mord begangen habe. Er erscheint sehr verzweifelt. In Haft genommen, jammert er viel, kommt nicht zur Ruhe. Er wird zur Beobachtung in die Irrenanstalt übergeführt. Dort wird eine ausgesprochene Melancholie mit starker Angst erkannt. Der wirkliche Mörder wird inzwischen festgenommen und bekennt. Der Melancholiker wird allmählich freier von Angst und Unruhe, seine Unwürdigkeitsideen treten zurück; er gesteht ein, dass ihn die Angst, die Ueberzeugung, dass nichts schlecht genug für ihn sei, dazu getrieben habe, sich dieses Mordes zu bezichtigen. (Cramer, Gerichtliche Psychiatrie Seite 131.)

Es ist natürlich, dass die Unwürdigkeitsideen einerseits, die psychische Hemmung andererseits auch insofern zu strafbaren Handlungen Anlass geben können, als sie Unterlassungen im Amte u. dgl. veranlassen; im Ganzen ist hierbei die zivilrechtliche Bedeutung überwiegend.

Für die strafrechtliche Beurteilung gilt, dass mit dem Nachweise einer von einem bestimmten Zeitpunkte an datierenden Melancholie, welche die genannten charakteristischen Merkmale aufweist, ohne Weiteres die Voraussetzungen des § 51 des St.G.B. erfüllt sind; bei den leichtesten Formen, bei denen sich z. B. nur etwas gedrückte Stimmung und mässige psychische Hemmung, aber keine Wahnideen vorfinden, hängt es von den Verhältnissen des einzelnen Falles (Stärke der Störung, Intelligenz, Art der inkriminierten Handlung usw.) ab, ob man die Zurechnungsfähigkeit annehmen oder ausschliessen soll.

Der Hauptnachdruck bei der Begutachtung Melancholischer ist darauf zu legen, dass trotz Fehlens intellektueller Beeinträchtigung die Voraussetzungen des Handelns durch den pathologischen Affekt und die abnorme Gedankenthätigkeit in krankhafter Weise verändert waren. Plötzliche Affektsteigerungen (Raptus) und etwaige Sinnestäuschungen dürfen dabei in ihrer Tragweite nicht unberücksichtigt bleiben.



## Kapitel III.

**Periodische (und zirkuläre) Seelenstörungen.**

Das Wesen aller periodischen Seelenstörungen, gleichviel um welche Verlaufsart es sich im Einzelnen handelt, liegt darin, dass die einzelnen Anfälle oder Zeiten krankhaften Zustandes sich ohne äusseren Anlass oder doch ohne entsprechenden äusseren Anlass aus Gründen, die in der Organisation des Betroffenen liegen, wiederholen. (Den gleichen Vorgang sehen wir bei periodischen Neurosen, wie Epilepsie oder Migraine.) Für die theoretische wissenschaftliche Betrachtungsweise kann es richtig sein, dass eine auch nur ein einziges Mal im Leben auftretende Geistesstörung ihrem Wesen nach zu den periodischen gehört und eben nur aus unbekannten Gründen, zum Glück des Individuums, nicht wiederkam, obgleich der Boden dazu vorbereitet war; für die praktischen Zwecke der gerichtlichen Beurteilung ist die Periodicität nur dann ein wesentlicher Gesichtspunkt, wenn sie auf den ganzen Verlauf eines Lebens gestaltenden Einfluss gewinnt.

Ist dieses der Fall, so zerfällt ein solches Leben vom erstmaligen Erkranken an gerechnet in zwei Arten von Zuständen, nämlich die ausgesprochener geistiger Störung und die zwischen je zwei solchen Zeiten liegenden, mehr oder weniger von Anomalien freien Intervalle.

Die Krankheitsbilder, die wir in periodischer Wiederkehr am häufigsten antreffen, sind die der Manie und der Melancholie; ausserdem kommen aber auch stuporöse oder deliriöse Formen und solche mit Wahnbildung vor; letztere beiden Gruppen treten an praktischer Bedeutung hinter den erstgenannten zurück.

Die Verlaufsart im Einzelnen gestaltet sich verschieden, je nachdem bei den wiederholten Erkrankungen immer dieselbe Form wiederkehrt (periodische Manie, periodische Melancholie) oder verschiedene Formen in grösserer oder geringerer Regelmässigkeit mit einander abwechseln (zirkuläres Irresein).

Die Erfahrung lehrt, dass diese verschiedenen Verlaufsarten zusammen mit dem Vorkommen sehr verschiedener Dauer der Intervalle, die gleich Null sein oder Jahre lang andauern können, ausserordentlich wechselnde Gesamtbilder ergeben, denen nur eines gemeinsam ist, die Periodicität.

Das zirkuläre Irresein ist also eine Verlaufsart des periodischen und steht nicht im Gegensatz dazu.

Die Mannigfaltigkeit der erfahrungsgemäss vorkommenden Verlaufstypen wird noch dadurch vermehrt, dass sich bei den zirkulären, aus manischen und depressiven Zeiten zusammengesetzten Formen von Seelenstörung, in die eine Phase ganz kurze, eventuell auf einen Tag beschränkte Episoden mit den Kennzeichen der andern einschieben können, und dass auch sonst im Einzelnen Vermischungen von Symptomen vorkommen (Kräpelin, Weygandt). Wir

brauchen auf diese für den Ausbau der klinischen Psychiatrie mehr als für die gerichtlichen Zwecke wichtigen Einzelthatsachen hier nicht näher einzugehen. —

Was die allgemeine Bedeutung der periodischen Geistesstörungen anbetrifft, so ist darauf hinzuweisen, dass sie bei Manchen als ausschliesslich auf dem Boden der Entartung erwachsende Störungen gelten; in dieser Allgemeinheit kann das nicht zugegeben werden, wenn es auch scheint, dass bei ihrer Entstehung erbliche Einflüsse eine wichtige Rolle spielen, und wenn es auch sicher ist, dass die Nachkommen von Trägern periodischer Irreseinsformen in psychischer und nervöser Beziehung stark gefährdet sind.

In strafrechtlicher Hinsicht sind die Zeiten deutlicher Geistesstörung und die Intervalle gesondert zu betrachten.

Die Einzelphasen der periodischen Manie und der periodischen Melancholie, von denen jene häufiger ist als diese, zeigen die oben geschilderten Symptome; die vielfachen Bemühungen, schon beim ersten Anfälle eine Voraussage für das Leben auf Grund klinischer Merkmale in einigermaassen sicherer Weise zu machen, sind bisher nicht von Erfolg gekrönt gewesen. Bei Strafhandlungen, die in eine solche Einzelphase fallen, gelten die bei Besprechung der Manie und Melancholie aufgestellten Grundsätze. Die manischen und depressiven Phasen des zirkulären Irreseins haben im allgemeinen eine, was die Stärke der Krankheitserscheinungen anbetrifft, milde Verlaufsart; in der Manie bleibt es oft bei der hypomanischen Erregung (folie raisonnée), in der Melancholie bei einfacher Hemmung und mässiger gemüthlicher Depression ohne Ausbildung beherrschender Wahnideen.

Grade die relativ milde Verlaufsart der einzelnen abnormen Zustände des zirkulären Irreseins bedingt die gerichtliche Wichtigkeit einer Kenntnis dieser Zustände; die Kranken gelten vielfach bei den Laien nicht als krank, kommen oftmals nicht in Irrenanstalten, verstehen es nicht selten, gröberen Zusammenstössen aus dem Wege zu gehen und haben dadurch Gelegenheit, sich selbst in Bezug auf finanzielle Lage, Ruf, Stellung und auch Andere in der mannigfachsten Weise zu schädigen. Das nachstehende typische Beispiel eines Falls von zirkulärem Irresein veranschaulicht, in welcher Weise diese üblen Folgen zu Stande kommen können.

N. akademisch gebildeter Beamter.

Bruder epileptisch. — Körperlich immer gesund. — Mit 21 Jahren erstmalige melancholische Verstimmung von 2—3 Monaten Dauer; in der Zeit vom 27. bis 30. Lebensjahre, 1882 bis 1885, in fast ununterbrochener Aufeinanderfolge, mit einander abwechselnd, je drei Phasen melancholischer Depression und manischer Erregung; in einer der letzteren, in der er wegen Grössenideen für einen Paralytiker gehalten wurde, Aufenthalt in einer Privatirrenanstalt mit zahlreichen Beschwerden und Eingaben gegen Aerzte und die bei der Verbringung in die Anstalt Beteiligten; Drohungen mit gerichtlicher Klage. — Pat. wurde wieder vollkommen dienstfähig in selbständiger, verantwortungsvoller Stellung; kleine depressive Schwankungen kamen vor, ohne praktische Folgen zu haben; ob gelegentliche „temperamentvolle“ Aeusserungen in dieser Zeit etwa in Perioden krankhaft gehobenen Selbstgefühles fielen, ist nicht genau festzustellen. —

Im Frühjahr 1900 begann eine neue ausgesprochene melancholische Phase: Arbeitsunlust, Gefühl des versagenden Gedächtnisses, Energielosigkeit, Sorge, ob er wohl seine Stelle in Zukunft werde ausfüllen können, einzelne Selbstvorwürfe, dabei Kopfdruck und Schlaflosigkeit; nur mässige psychische Hemmung. Vereinzelt Suicid-Anwandlungen. Allmähliche Besserung; im Oktober volle Krankheitseinsicht. Das „normale“ Befinden war nur von ganz kurzer Dauer; schon im November ist N., der seinen Dienst wieder aufgenommen hatte, auffallend gesprächig, heiter, geräth in Reibungen mit einem Kollegen; dann deutliche, immer noch leichte, aber rasch zunehmende Erregung; Heiratspläne; rosige Auffassung seiner finanziellen Lage; Unternehmungslust; er will auf litterarischem Wege viel Geld verdienen, ein Hotel mit grossen Kellereien bauen, seinen Dienst nur noch „im Nebenamt“ versehen, er wird eine politische Rolle spielen, reformatorisch eingreifen usw., macht Besuche, Einkäufe, Bestellungen über Bedarf, correspondiert in Eilbriefen und Telegrammen, schläft wenig. Dann zunehmende Reizbarkeit, namentlich gegen Alle, die seinen Plänen nicht zustimmen, vor Allem gegen dem Arzt, den er in der depressiven Phase mehrfach consultiert hatte, und der es für seine Pflicht gehalten hatte, die Angehörigen des Pat., die nicht an seinem Aufenthaltsort wohnten, von der veränderten Sachlage zu unterrichten, und der auch gegenüber der vorgesetzten Behörde, wie Pat. wusste, auf deren Verlangen ein Gutachten über die zur Zeit vorhandene Dienstunfähigkeit abgegeben hatte. Laien gegenaber verstand es Pat., mit dialektischer Gwandtheit, alle seine aus der abnormen Stimmungslüge erwachsenden Handlungen als natürlich und harmlos zu motivieren; die Projekte leugnet er ab, oder bezeichnet das Aussprechen seiner Pläne als „Falle“, um den Arzt auf den Leim zu locken, damit er „nach Schema F.“ eine Psychose diagnosticiere. Pat. ist dabei fähig, sich zeitweise zusammenzunehmen, und macht für nicht Sachkundige den Eindruck eines lebhaften, angeregten und erregbaren, eventuell leicht angetrunkenen Menschen. Den wachsenden Widerstand, den er mit seinen Plänen bei seiner Umgebung findet, den Urlaub, zu dem er von seiner Behörde genötigt wird, die Versuche seiner Familie, ihn zu freiwilligem Eintritt in eine Anstalt zu bewegen — Alles das legt er dem genannten Arzte zur Last, den er mit wachsender Gereiztheit in Zuschriften des Bruches des Berufsgeheimnisses, der finanziellen Schädigung, jedenfalls grober Verfehlung beschuldigt; die gleichen Vorwürfe erhob er, nachdem er mit einem Zeugen in die Wohnung des Arztes eingedrungen war, in solcher Erregung, mit solchem Lärm und solcher Ignorierung der gesellschaftlichen Formen, dass einem Geistesgesunden gegenüber zweifellos eine Klage wegen Hausfriedensbruches berechtigt gewesen wäre; „Sie können ja Nichts machen; Sie haben ja selbst geschrieben, dass ich ein Narr bin“. Bei einem späteren Besuche, der der Mitteilung galt, dass er gegen Zahlung von 12000 Mark von einer Klage gegen den Arzt absehen wolle, ist er nach anfänglichen gehäuften Beleidigungen zwar dauernd reizbar, aber ablenkbar und in der Gesprächsrichtung bestimmbar, dabei in ideenflüchtiger Weise conversierend, abspringend; die Grössenideen sind flüchtig, wechselnd; die Dialektik nicht ungewandt; deutlich wird dabei namentlich neben der Selbstüberschätzung die Abschwächung des feineren Gefühles für Anstand, Recht und Sitte; die Unterredung endete von seiner Seite mit der freundschaftlichen Versicherung, dass er „mit Hilfe seiner Verbindungen“ für die Zukunft des Arztes sorgen wolle, „nur müsse er fort“. Das Urteil über sachliche Verhältnisse, soweit sie nur seine Person und deren Beziehungen nicht angehen, erweist sich dabei im Uebrigen als ein scharfes und zutreffendes. Nachstehend Proben aus den Zuschriften dieser Periode an den Arzt. In einem Telegramm heisst es: „Ultimatum, stelle anheim 7 $\frac{1}{2}$  Uhr zu G. zu kommen mit entsprechendem Quantum (Geld), sonst gerichtliche Klage, was ich vorziehe. Ein kaltblütiger Korsar.“ In einem langen Briefe heisst es nach vorübergehenden Vorwürfen im Sinne der oben erwähnten:

„Endlich kommt die Geldfrage; die ist allerdings ernster, als ich geglaubt hatte. Ich mache es kurz und schmerzlos, denn Sie haben viel Geld und ich will von meinem geringen Ersparnisse und meinem sauer Verdienten nichts nehmen, um Ihren Fehler gut zu machen. Mein Gesundheitszustand ist sehr bedenklich; es wird mir ein längerer Aufenthalt im Süden an der See empfohlen beziehungsweise verordnet, dann wenig geistige Arbeit, etwas Reiten, Jagd



nach deutscher Art; das alles kostet viel Geld. Nach meiner Rechnung brauche ich eine hohe Summe. Das hätten wir ohne Ihre bedauerliche Verfehlung, über welche die Strafkammer des Landgerichts ein scharfes aber gerechtes Urteil fällen würde (fragen Sie Staatsanwalt Dr. X.), also das hätten wir alles nicht nötig gehabt, keine Bäder, keine Reisen ohne Sie. Dann muss ich meine beiden tüchtigen Aerzte Dr. Y. und Dr. Z. bezahlen; nach Ihrer Taxe Jedem wenigstens 1000 Mark; aber sie haben beide mehr verdient. Doch genug. Ich fordere von Ihnen 150000 Mark, in Buchstaben Einhundertfünfzigtausend Mark — einhundertfünfzigtausend Mark — in baar oder in guten Wertpapieren. Hinterlegen Sie oder vielmehr bezahlen Sie diesen Betrag bei N. N. (es sind brave Israeliten, sehr diskret); Sie bringen das Geld oder die Werte dorthin bis heute Nachmittag spätestens 3½ Uhr; sonst ist es zu spät; dann werde ich die Anzeige an die Staatsanwaltschaft erstatten (offiziös ist es schon geschehen), und Sie auch der Presse, dem Löwen des Tages, überliefern. Dann können Sie meinetswegen auswandern. Dann bekommen Sie eine schwere Strafe und müssen mehr bezahlen. Andernfalls aber wollen wir gute Freunde bleiben. Uebrigens brauche ich Ihr Geld nicht; wenn Sie aber zahlen, kann ich Ihre Person schonen und mir die Aufregung eines Prozesses sparen, obgleich mein Naturell mir den Prozess als wünschenswert erscheinen lässt. Sehen kann ich Sie jetzt nicht; später hoffe ich, Sie als Freund wiederzusehen.

Mit herzlichem Grusse Ihr N.

Bald nach diesem Briefe gaben zunehmende Reibereien auch mit andern Personen und die wachsende Gefahr finanzieller ernster Schädigung und bedenklicher Compromittierung den Angehörigen Anlass, den N. durch Androhung gewaltsamen Vergehens zum Eintritt in eine Irrenanstalt zu bewegen.

Ein weiteres Beispiel, ein Fall von periodischer Manie, sei hier angeschlossen.

#### Periodische Manie; Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Der 41 Jahre alte Zimmermann K. ist erblich in keiner Weise belastet. Die Kindheit verlief normal. Im 16. Lebensjahre, also in der Pubertät, überstand er eine schwere Insolation. Seitdem leidet er an in unregelmässigen Zwischenräumen auftretenden „Anfällen mit Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, grosser Reizbarkeit und Neigung zu Gewaltthätigkeiten“. Die Anfälle schliessen mit der Wiederkehr des Schlafes und starker körperlicher Abspannung. An das, was während der Anfälle passiert, besteht nur eine unvollkommene Erinnerung. In der Zwischenzeit führt er ein ruhiges arbeitsames Leben, während er im Anfall herumvagabondiert, wilddiebt und unberechtigt Fischerei treibt. Vom Militär wurde er entlassen, weil er in solchem Anfall auf einen Unteroffizier mit dem Kolben losging. Ein andermal schoss er am hellen Tage aus offenem Fenster auf den Bürgermeister. Während einer andern Attaque geriet er in Streit mit seinem Vater, kletterte auf das Dach und warf die sämtlichen Ziegel auf die Strasse. Sein eigentümliches Verhalten wurde in seinem Heimatsorte bereits als Geisteskrankheit gewürdigt und auch von den Aerzten als solche erkannt. Nichtsdestoweniger wurde er vielfach wegen feuergefährlichen Vergehens, wegen vorsätzlicher Beschädigung fremden Eigentums, wegen Erregung ruhestörenden Lärms und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt bestraft. Im Jahre 80 entstanden Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit, als er wegen folgender Vergehen angeklagt war:

1. Wegen Tragens eines Feueergewehrs ohne Erlaubnisschein, 2. wegen Majestätsbeleidigung. Er hatte im Wirtshaus geäussert: „Wir brauchen keinen Kaiser, der Kaiser ist ein Räuber, Mörder.“ 3. Wegen Widerstands gegen einen Forstbeamten und Körperverletzung.

Zur Beobachtung in die Irrenanstalt Marburg übergeführt, wurde nach einigen Tagen ruhigen geordneten Verhaltens ein ausgesprochener maniakalischer Anfall beobachtet, indem der Kranke sehr reizbar erschien, ausgelassene Stimmung und gehobenes Selbstgefühl zeigte

und bei dem geringsten Widerspruch Neigung zu Gewaltthätigkeiten erkennen liess. Da auch der Physikus einen ähnlichen Anfall bei dem Kranken beobachtet hatte, und anzunehmen war, dass die an und für sich schon sehr auffälligen Handlungen in einem solchen maniakalischen Anfall begangen waren, wurde von einer weiteren Verfolgung Abstand genommen. Dass die Diagnose richtig war, wurde durch das Verhalten des R. in den späteren Jahren bestätigt. Er hat sich noch wiederholt im Zustand eines maniakalischen Anfalles in der Marburger Anstalt befunden und stets dieselbe krankhafte Störung gezeigt. Gehobenes Selbstgefühl, leichte Reizbarkeit, Neigung zum Renommieren, starke zornige Erregung bei Widerspruch. Immer war er dabei im Beginn seiner Erkrankung mit den Organen der öffentlichen Sicherheit in Konflikt geraten. Zu alledem kommt noch, dass er, wie er selbst angibt, in diesen Zuständen intolerant gegen Alkohol war, trotzdem aber seinem krankhaften Bewegungsdrang und seinen Drang nach Mitteilung entsprechend, besonders gern die Wirtshäuser aufsuchte. (Cramer, Gerichtliche Psychiatrie. II. A. S. 135.)

Die Intervalle zwischen je zwei Phasen ausgesprochener geistiger Anomalie bei periodischem Irresein (im weitesten Sinne) können frei sein von erkennbaren geistigen Anomalien, oder einzelne noch zu erwähnende krankhafte Züge aufweisen. Im Allgemeinen gilt, dass die Intervalle bei der periodischen Manie und Melancholie weniger oft Anomalien erkennen lassen, als bei den zirkulären Formen und dass die Wahrscheinlichkeit normalen Zustandes wächst mit der Dauer des Intervalles.

Die Erfahrung lehrt, dass von juristischer Seite die Intervalle bei den periodischen Formen leicht zusammengeworfen werden mit den aus dem Gesetz verschwundenen alten „*lucida intervalla*“; diese Begriffe decken sich, wie nebenbei erwähnt werden mag, keineswegs. „*Lucida intervalla*“ nach der älteren Auffassung gibt es bei sehr vielen Geistesstörungen, wenn die auffallendsten Krankheitserscheinungen, z. B. Trübung des Bewusstseins, Erregung und derg. zeitweise zurücktreten und der Kranke vorübergehend zugänglich wird, eine Unterhaltung führen kann und dem Laien im Augenblick als nicht geisteskrank erscheint; zu Grunde lag dabei die Vorstellung, dass die geistige Störung etwas Fremdes sei, dass die an sich unveränderte Seele, wie ein deckender Schleier verdunkelte; wenn dieser Schleier sich zeitweise hob, so war ein „*lucidum intervallum*“ vorhanden, über dessen Bedeutung für die rechtliche Handlungsfähigkeit in der juristischen Litteratur bis vor kurzem hat diskutirt werden können. *Lucida intervalla* in diesem Sinne gibt es nicht. Wenn eine beliebige Form von Geistesstörung vorliegt, so hat diese ihren in sich geschlossenen Verlauf von bestimmter Dauer, und es ist dabei für die gerichtliche Beurteilung ganz unerheblich, ob die dem Laien am meisten imponierenden Krankheitserscheinungen zeitweise nicht sogleich bemerkbar werden; so lange die krankhaft veränderten Bedingungen im Gehirne fortbestehen, wie der weitere Verlauf zeigt, können eingeschobene kurze Zeiten scheinbarer geistiger Gesundheit keine rechtlichen Folgen beanspruchen. Ganz etwas anderes liegt vor bei den echten Intervallen des periodischen Irreseins; das Individuum ist geisteskrank für die Dauer der Einzelphasen, nicht geisteskrank im forensischen Sinne im Intervall; die Besonderheit des „Intervalles“ ist nur eine begreifliche und besteht darin, dass eine geistige Störung vorausgegangen ist und

wahrscheinlich darauf folgen wird; im klinischen Sinne hat das Intervall als Zustand nur die Bedeutung, die ihm die Summe aller etwa in ihm selbst nachweisbaren abnormen Züge in der psychischen Persönlichkeit des Individuums zuweist.

Diese eventuell vorhandenen Intervall-Symptome sind verschiedener Art; entweder handelt es sich um das Vorhandensein von körperlichen oder geistigen Entartungszeichen, die nur die von jeher vorhandene Disposition zu geistiger Störung äusserlich bemerkbar machen und dauernder Besitz des Individuums sind; oder es finden sich solche psychischen Veränderungen, wie sie nach Ablauf von allen möglichen Formen funktioneller Psychosen als secundäre Folgezustände zurückbleiben können, wie z. B. Herabsetzung der intellektuellen Fähigkeiten, Abstumpfung der höheren Gefühle, schwankende Stimmung, Reizbarkeit, verminderte Widerstandsfähigkeit gegen Affekte, Alkohol und dergl. mehr.

Von der Zahl und Stärke dieser genannten, möglicherweise vorhandenen Intervallsymptome hängt es im einzelnen Falle ab, wie die gerichtliche Beurteilung des Individuums in Bezug auf seine Rechtsbeziehungen ausfällt.

Das Wesentliche ist also nicht die Thatsache, dass der Betreffende sich zwischen zwei Phasen seelischer Störung befindet, sondern seine gesammte geistige Verfassung im Augenblicke der Untersuchung, die eventuell natürlich auch bestimmte rechtliche Folgen, namentlich in zivilrechtlicher Beziehung, haben kann. Angesichts der vielgestaltigen Möglichkeiten des psychischen Befundes lässt sich eine schematische Anweisung für die Begutachtung der Intervalle nicht geben. Im Allgemeinen wird man die Thatsache einer das Leben beherrschenden periodischen Störung mit kurzen Intervallen doch in dem Sinne verwerten dürfen, dass es sich um ein geschwächtes Gehirn handelt, dem auch in den Zeiten fehlender Symptome von Geistesstörung nicht das normale Maass von Widerstandsfähigkeit innewohnt. Ob damit in strafrechtlicher Hinsicht die Voraussetzungen des § 51 d. St.G.B. erfüllt sind, hängt nicht von der Thatsache des Vorliegens eines Intervalles ab, sondern von den nachweislichen geistigen Anomalien; eine andere Auffassung zu vertreten ist in Anbetracht der unberechenbaren Verschiedenheiten des Verlaufes unmöglich. —

---

#### Kapitel IV.

##### **Akutes hallucinatorisches Irresein.**

Durch plötzlichen Beginn nach vorausgehenden greifbaren Schädlichkeiten (erschöpfende Krankheiten, Sorge und Gram bei ungenügender Ernährung u. dgl.), akuten oder subakuten Verlauf, mehr oder weniger starke Trübung des Bewusstseins und Reizerscheinungen auf sensorischem und motorischem Gebiete sind Zustände geistiger Störung gekennzeichnet, betreffs deren Einteilung im einzelnen und Benennung heute die Meinungen noch



auseinandergchen. Es gehört hierher der „Wahnsinn“ älterer Autoren, Fürstner's hallucinatorisches Irresein, Meynert's Verwirrtheit (Amentia), das Collapsdelirium u. dgl. mehr. Es ist nicht nötig, hier auf die systematische Stellung der dazu zu rechnenden Krankheitsfälle näher einzugehen; es genügt, die gerichtliche Bedeutung der nicht übermässig häufig zur Begutachtung Anlass gebenden Fälle mit wenigen Zügen hervorzuheben.

Der Bewusstseinszustand bei den Fällen von akuter hallucinatorischer Verworrenheit ist ein traumhaft benommener, ähnlich wie in den gewöhnlichen symptomatischen Delirien bei infektiösen fieberhaften Krankheiten oder bei Inanition. Es führen von diesen Delirien Uebergänge ohne scharfe Grenze zu den wegen längerer Dauer und grösserer Schwere der Erkrankung als „Geisteskrankheit“ zu bezeichnenden Zuständen, mit denen wir uns hier beschäftigen.

Die Kranken sind unorientiert über ihre Umgebung und ihre Beziehungen zur Aussenwelt; ihre Auffassung äusseren Geschehens ist eine unvollständige und getrübt; oder sie wird gefälscht durch Sinnestäuschungen, die sowohl als Illusionen wie Hallucinationen auftreten und häufig alle Sinnesgebiete in Mitleidenchaft ziehen. Die Sinnestäuschungen gehen in Art und Richtung gewöhnlich parallel der Stimmung, die in raschem Wechsel ängstlich und verzweifelt oder gehoben, auch religiös-ekstatisch sein kann. Daneben finden sich wahnhafte Deutungen äusserer Vorgänge, im Sinne der Stimmung und der Täuschungen, die aber keinerlei zusammenhängende Ausbildung erfahren. Die Denkvorgänge weisen eine wahrscheinlich selbständige Störung auf, als deren Ergebnis eben der Zustand der Verworrenheit erscheint, der auch vorhanden ist, wenn die traumhafte Benommenheit und die Sinnestäuschungen zurücktreten. Auf motorischem Gebiete besteht eine wechselnde oder dauernd vorhandene sehr lebhafte Erregung, die als Unruhe, Bewegungsdrang oder in Form von zerstörenden und gewalthätigen Handlungen in die Erscheinung tritt, nicht allein als Reaktion auf Sinnestäuschungen oder ängstliche wahnhafte Vorstellungen aufzufassen, sondern wahrscheinlich auch auf elementare Reizungsvorgänge der zentralen motorischen Gegenden zurückzuführen ist. Ob Fälle mit Stupor hierher zu rechnen sind, ist zweifelhaft. Besonders auffallend ist bei diesen Formen geistiger Störung die Neigung zum Auftreten von flüchtigen, plötzlich eintretenden und plötzlich verschwindenden Remissionen der Krankheitserscheinungen, in denen die Kranken, in einer den nicht Sachkundigen mit trügerischer Freude erfüllenden Weise, überraschend schnell klar werden.

Von den einfachen Delirien, dem Delirium tremens, den akuten hallucinatorischen Delirien auf epileptischer Grundlage und den delirösen Erregungszuständen der progressiven Paralyse sind die Zustände selbständiger akuter hallucinatorischer Verworrenheit für den Sachverständigen an sicheren Merkmalen zu unterscheiden.

Die häufig in hohem Maasse ängstliche Stimmung in Verbindung mit erschreckenden Sinnestäuschungen bei gleichzeitiger Bewusstseinstörung bedingt bei Kranken mit akuter hallucinatorischer Verworrenheit für die Umgebung eine

nicht immer geringe Gefahr, die nur dadurch vermindert wird, dass sie meist nicht lange besteht, weil in der Regel die Bedrohlichkeit des ganzen Zustandes sofort eine Verbringung in eine Irrenanstalt notwendig macht, und dass weiter die Körperkräfte der Kranken vielfach schon bei Beginn der ersten Erscheinungen so zurückgegangen sind, dass sie verhältnismässig leicht an gefährlichen Handlungen verhindert werden können. Natürlich besteht auch die Gefahr, dass die Kranken in ihrer Angst sich selber (z. B. durch Selbstverstümmelungen) schädigen oder in dem getrübbten Bewusstseinszustand verunglücken.

Die gerichtliche ältere Kasuistik weist namentlich unter den als „Tob-sucht“ bezeichneten Fällen solche auf, die zweifellos zu der uns hier beschäftigenden Gruppe gehören; das nachstehende Beispiel, das in sehr charakteristischer Weise sowohl die klinischen Erscheinungen, wie die Gefährlichkeit der Kranken veranschaulicht, war von dem Beobachter als Wahnsinn beschrieben worden.

Akute hallucinatorische Verworrenheit; gefährliche Verletzung von Angehörigen.

Am 10. Mai kehrte der 41 Jahre alte Bürger H. von einer Wahlversammlung heim. Unterwegs wurde er ängstlich, behauptete, man strebe ihm nach dem Leben. Einige hätten gedroht, ihn kalt zu machen. Er blieb die Nacht über schlaflos, von ängstlichen Erwartungsaffekten gepeinigt. Am 11. klagte er dem herbeigeholten Arzt über Leibschmerzen, verkannte ihn feindlich, behauptete vergiftet zu sein; die Nacht auf den 12. verlief wieder schlaflos. Unter fort-dauernder Angst, fing H. am 13. Mai Nachmittags zu toben an, demolierte seine Einrichtungsstücke, stiess seinem 4 Jahre alten Sohn ein Messer in die Brust, schlug seine 6jährige Tochter nieder und wurde mühsam von fünf starken Männern gebändigt.

In der Irrenanstalt kommt H. erschöpft, verwirrt an. Er wird bald wieder ängstlich, faselt von Verfolgung, „Alle wollen ihm ans Leben“, sucht in der Zelle eine Fingerspitze, die man ihm abgeschnitten habe.

Zwischendurch expansives Delir — er sei der Herrgott.

Am 13. nach einigen Stunden Schlafes ist H. ruhiger, entwickelt in verworrener Weise Verfolgungsdelir (man habe ihm Gift gegeben, ihn mit Erschiessen bedroht), hat massenhafte Gehörs- und Gesichtshallucinationen (Geister, Gespenster, Vögel, Papierfetzen fliegen in der Luft herum). Seit jener Versammlung sei Alles verkehrt, die Leute närrisch, der Pfarrer sprach von einem andern Glauben, der Schulmeister wieder anders, einer sprach slovakisch, ein Anderer italienisch. Alle hatten es auf ihn abgesehen.

Patient ist schwächlich, fieberlos, von rhachitischem Schädel, in der Ernährung sehr herabgekommen, erschöpft. Trockene Zunge, Subsultus tendinum; dumpfe Herztöne, kleiner leicht unterdrückbarer Puls bis zu 144 deuten auf Herzschwäche (Fettherz) und drohendes Delirium acutum inanitionis, um so mehr als neben Grössendelir ganz zerfahrener nihilistischer Wahn (Alles ist zu Grund gegangen, die grosse schöne Stadt Wien demoliert) bei zunehmender Bewusstseinsstörung auftritt.

Trotz Herzmitteln und forcierter Ernährung zunehmende Erschöpfung. Auf stundenweise Remissionen folgen Exacerbationen von angstvollem hallucinatorischem Delir (wird verbrannt, geschunden, Alles ist Gift, er selbst vergiftet); Erschöpfungstod am 17. Mai.

Sektion: Starke venöse Hyperämie des Gehirns und der Meningen mit seröser Durchfeuchtung und einzelnen capillären Hämorrhagien. Degeneratio cordis adiposa.

In den Lungen eitrige Bronchitis mit lobulären pneumonischen Herden.

H. war ein unbelasteter, dem Potus nicht ergebener, aber von Kindesbeinen auf kränk-

licher Mensch gewesen. Seit 2 Jahren hatte er durch unglückliche Ehe viel Kummer und Sorgen gehabt, und sein Leid oft kaum mehr tragen zu können geglaubt. Vom 1. Mai ab hatte er fast garnicht geschlafen, auf Grund einer Indigestion wenig gegessen, sich sehr emotiv, aber sonst unauffällig gezeigt. (von Krafft-Ebing, Gerichtliche Psychiatrie S. 124; unter „Wahnsinn“.)

Die Begutachtung solcher Fälle macht kaum Schwierigkeiten; für die Zeit der ärztlich konstaterbaren Krankheitsdauer sind ohne weiteren Nachweis die Voraussetzungen des § 51 des St.G.B. erfüllt; das Gleiche muss für die etwa nur stundenlang andauernden Remissionen anerkannt werden und ebenso für die dem Auftreten des akuten hallucinatorischen Zustandes unmittelbar vorausgehende Zeit; für eine That, die bei einem durch körperliche Schädlichkeiten erschöpften Gehirne kurz vor dem plötzlichen Ausbruch heftiger psychischer Störungen, wenn auch noch anscheinend in geistiger Gesundheit, verübt wurde, ist nicht die Wahrscheinlichkeit vorhanden, dass sie ohne Beeinflussung durch die bereits vorhandenen krankhaften Bedingungen des Centralorganes erfolgt sei.

Anhangsweise mögen hier die Puerperalpsychosen kurz erwähnt sein, die eine nicht den Symptomen nach, sondern nur vom ätiologischen Gesichtspunkte aus einheitliche Gruppe von Seelenstörungen darstellen.

Die häufigsten Formen geistiger Erkrankung im Wochenbette sind das eben geschilderte akute hallucinatorische Irresein, die Manie und die Melancholie, seltener Formen mit akuter Wahnbildung ohne wesentliche Trübung des Bewusstseins. Bei der Manie und Melancholie ist dabei häufig der Zusammenhang so zu denken, dass bei einer vorhandenen Anlage zum Auftreten periodischer Psychosen das Wochenbett mit seinen Schädlichkeiten den Anstoss zum Ausbruch der geistigen Störung giebt, die sich eventuell unter den gleichen Bedingungen der folgenden Wochenbetten wiederholt. Wenn es zu akutem hallucinatorischem Irresein kommt, ist, neben der in einem gewissen Prozentsatz vorhandenen erblichen Veranlagung, gewöhnlich der Einfluss der vorausgehenden körperlichen Erschöpfung (Fieber, Schlafstörung durch Schmerzen oder Stillen, Säfteverlust durch die Milch bei gleichzeitiger ungenügender Ernährung u. dgl.) oder die Wirkung chemischer Bakteriengifte (bei Infektionen) als ursächliches Moment anzuschuldigen. Die Gefahr dieser Zustände liegt vor allem darin, das plötzliche Gewaltthaten sich mit Vorliebe gegen das Kind richten. Für die gerichtliche Beurteilung ist in diesen Fällen die Thatsache, dass es sich um eine Wochenbettstörung handelt, unwesentlich neben dem Nachweise der krankhaften geistigen Erscheinungen überhaupt. Mit den Bestimmungen über die Kindstötung bei den abnormen Zuständen der Gebärenden haben die puerperalen Psychosen nichts zu thun; das Wochenbett fängt dort an, wo der Geburtsvorgang als abgeschlossen zu betrachten ist, und nur auf diesen bezieht sich der § 217 des



St.G.B. (Tödtung des Kindes „in oder gleich nach der Geburt“ [vergl. dazu oben S. 29]).

## Kapitel V.

### Die Gefängnispsychosen.

Bei der Handhabung der Rechtspflege, soweit sie im Strafvollzuge zum Ausdruck kommt, haben die Seelenstörungen bei Strafgefangenen ein besonderes Interesse. Die für dieselben vielfach gebrauchte Bezeichnung „Gefängnispsychosen“ will kein im klinischen Sinne einheitliches Krankheitsbild bezeichnen, sondern nur ein gemeinsames, ausserdem oft ursächlich wirkendes Merkmal hervorheben.

Dass in der Gefangenschaft Geistesstörungen in einer den Prozentsatz bei der freien Bevölkerung bedeutend (zehnfach! [Kirn]), übersteigenden Häufigkeit vorkommen, hat eine Reihe verschiedener Gründe. Zunächst befinden sich unter den Gefangenen, selbst wenn wir von den im Strafverfahren nicht erkannten und, wie das immer noch häufig vorkommt, verurteilten Geisteskranken absehen, zahlreiche im psychiatrischen Sinne nicht ganz normale Individuen, Abkömmlinge von alkoholistischen, epileptischen, schwachsinnigen, geisteskranken Eltern, durch eigenen Alkoholismus und Syphilis geschwächte, hysterische, epileptische, intellektuell minderwertige Individuen, die äusseren Schädlichkeiten gegenüber eine verminderte Widerstandskraft besitzen. Sodann bringt die Gefangenschaft als solche genug schädigende Momente, sowohl körperlicher Art (mangelhafte Ernährung, wenig frische Luft, wenig Bewegung usw.) wie geistiger Art (Mangel an Anregung, Reue, Sorge usw.) In gesteigertem Maasse kommen diese Einflüsse zur Geltung bei Strafverbüssung in Einzelhaft. Hier scheint neben den genannten Einwirkungen die äussere Stille, das Fernbleiben der gewohnten Menge von Sinnesreizen das Auftreten von Sinnestäuschungen in besonderem Maasse zu begünstigen.

Es überwiegen deswegen bei den Gefängnispsychosen diejenigen mit Hallucinationen alle andern an Häufigkeit, und hier wiederum ist das häufigste eine acut entstehende Geistesstörung mit Wahnbildungen verschiedenen Inhaltes (Verfolgungsideen, Grössenideen, religiöse Vorstellungen), lebhafter Erregung, öfter mit Angstzuständen und Selbstmordgefahr. Diese Form wird nicht selten der „acuten Paranoia“ zugerechnet; Kräpelin neigt dazu, auf Grund des nicht seltenen Endausganges der hallucinatorischen Formen mit Wahnbildung, diese den Verblödungsprozessen zuzurechnen, bei denen also der gedachte Erregungszustand nur ein episodisches Ereignis darstellen würde.

Ein Teil der Gefängnispsychosen geht nach Beseitigung der ursächlichen Schädlichkeiten, z. B. nach Versetzung in die Pflege einer Irrenanstalt, ziemlich rasch in Genesung über; aus andern unheilbaren Fällen erwachsen für ihre weitere Versorgung die grossen, noch ungelösten Schwierigkeiten, mit

denen die Frage der Behandlung der geisteskranken Verbrecher heute zu kämpfen hat (vergl. dazu oben Seite 145).

---

## Kapitel VI.

### Chronische Paranoia-Formen.

Die chronischen Paranoiaformen sind für die gerichtliche Praxis von ganz besonderer Bedeutung, nicht nur, weil sie besonders oft und leicht zu strafrechtlichen Zusammenstößen führen, sondern vor Allem, weil es sich dabei, aus Gründen, die wir unten näher zu besprechen haben werden, mit Vorliebe um schwerere Delikte (Beleidigung, schwere Körperverletzung, Mordversuch und dergl.) handelt.

Wenn irgendwo, so ist es bei der Paranoia unzweckmässig, in eine praktisch-gerichtlichen Zwecken dienende Darstellung die in der klinischen Psychiatrie zur Zeit schwebende Diskussion über die Abgrenzung des Krankheitsbegriffes der Störung hineinzutragen; immerhin sind zur Begründung des hier vertretenen Standpunktes einige wenige Bemerkungen nicht zu umgehen. — Namentlich zwei für die Richtung der Meinungsverschiedenheiten charakteristische, einander entgegengesetzte Auffassungen fordern zur Stellungnahme heraus. Die eine nennt Paranoia alle diejenigen einfachen funktionellen Seelenstörungen, bei denen die Störung der Verstandesfunktion im psychologischen Bilde vorherrscht im Gegensatz zu denjenigen, bei denen die Beteiligung der gemüthlichen Seite, die Stimmungsanomalien im Vordergrunde stehen; der Begriff wird dadurch ein sehr weiter und wenig bestimmter, der Zustände von ganz verschiedener Ursache, Dauer, Verlaufsart mit verschiedenem Ausgange zusammenfasst (Cramer, Ziehen). Die andere Auffassung (Kräpelin), welche die rein psychologischen Merkmale als Grundlage der Einteilung ablehnt, macht gerade die Uebereinstimmung in Bezug auf Ursache, Verlauf und Ausgang zum Abgrenzungsprinzip und nennt Paranoia nur solche chronisch verlaufende Fälle, bei denen sich von Anfang an klar erkennbar ganz langsam ein dauerndes unerschütterliches Wahnsystem bei vollkommener Erhaltung der Besonnenheit und der Ordnung des Gedankenganges herausbildet, Fälle, in denen es mit Notwendigkeit zu einer tiefgreifenden Umwandlung der gesamten Lebensanschauung, zu einer „Verrückung“ des Standpunktes, zur Verrücktheit, kommt. Die Fälle haben demnach von vornherein als unheilbar zu gelten. Eine grosse Anzahl von Fällen, die zahlreiche deutsche Irrenärzte zur Paranoia rechnen, wird von Kräpelin andren Krankheitseinheiten zugewiesen, den chronischen Vergiftungen, den Verblödungsprozessen usw., obgleich es sich dabei auch um chronische systematische Wahnbildungen handeln kann, die aber eine andere Entstehung haben und zu einem andren Endzustande führen.

Die unbefangene Betrachtung des Entwicklungsganges der Psychiatrie ehrt, dass wesentliche Förderungen unserer Kenntnisse hauptsächlich durch Anwendung derjenigen Prinzipien gewonnen worden sind, welche die zuletzt genannte Auffassungsweise beherrschen, d. h. auf dem Wege der Zusammenfassung des nach Ursache, Verlauf und Ausgang Zusammengehörigen, nicht durch ausschliessliches Betonen der Aehnlichkeit oder Gleichheit der psychologischen Zustandsbilder.

Ich bin deswegen überzeugt, dass die Fassung des Paranoiabegriffes, wie sie Cramer und Ziehen vertreten, keine Zukunft hat, eine Fassung, die, um den wirklichen Verhältnissen einigermaassen gerecht zu werden, so zahlreicher Unterabteilungen bedarf, dass der ganze Paranoiabegriff dadurch auseinander-gesprengt wird.

Andrerseits würde es den Zwecken, die wir hier verfolgen, nicht zuträglich sein, wenn wir der Erörterung der Paranoiaformen den engen Paranoiabegriff Kraepelin's zu Grunde legen wollten. Ursache und Endausgang haben für die gerichtliche Psychiatrie, für welche es sich, wenigstens im Strafrecht, immer um einen zeitlich umgrenzten Ausschnitt aus dem Gesamtverlaufe einer Seelenstörung handelt, nicht dasjenige Maass von Interesse, das den in diesem zeitlichen Ausschnitt vorhandenen charakteristischen Krankheitssymptomen und ihrem Einfluss auf das Handeln zukommt.

Der Vorbehalt, der in den einleitenden Bemerkungen zum speziellen Teil für die Darstellung im Allgemeinen gemacht worden ist, gilt ganz besonders für die Paranoia; ich werde versuchen, das Wesentliche der Krankheitser-scheinungen, die zu dem noch zu umgrenzenden Begriffe der Paranoia gehören, und deren gerichtliche Tragweite zur Anschauung zu bringen, ohne dabei auf die systematische Stellung der Krankheitsbilder Wert zu legen.

Zur Paranoia wollen wir diejenigen Seelenstörungen rechnen, die gekennzeichnet sind durch die Entwicklung eines der Korrektur durch Logik und Erfahrung unzugänglichen Wahnsystemes bei erhaltener Besonnenheit und ohne primäre Mitwirkung von stärkeren Stimmungsanomalien; Sinnes-täuschungen sind meist vorhanden, sind aber für den Begriff der Paranoia nicht unerlässliches Erforderniss.

Fälle von akuter „Paranoia“ in dem so umgrenzten Sinne finden sich hauptsächlich, wenn auch nicht ausschliesslich, auf dem Boden chronischer Vergiftungen, namentlich des chronischen Alkoholismus, und werden dort behandelt; die Frage, ob ein Teil der „Gefängnispsychosen“ zur akuten Paranoia gehöre, ist oben bereits gestreift worden.

Hier sollen uns nur die chronischen Paranoiaformen beschäftigen, von denen wir folgende, durch regelmässige Wiederkehr bestimmter Symptomengruppen für unsere Zwecke genügend gekennzeichnete Einzelformen nacheinander besprechen wollen: die chronische combinatorische, die chronische hallucinatorische, die hypochondrische Paranoia. Die chronische combinatorische Paranoia entspricht am meisten dem Paranoiabegriffe Kraepelin's; die ebenfalls ge-



brauchte Bezeichnung „primäre Verrücktheit“ ist nicht ohne Weiteres verständlich. Das Adjektiv primär will historisch verstanden werden; es hatte ursprünglich den Zweck, zum Ausdruck zu bringen, dass die fragliche geistige Störung sich nicht, wie man früher annahm, sekundär aus abnormen Stimmungen, aus krankhaften Affekten heraus, sondern selbständig entwickelte; dies zu betonen, ist für die jetzige psychiatrische Generation nicht mehr notwendig. Primär kann man heute eine Paranoia nennen wollen, wenn die Wahnvorstellungen nicht auf Grund von Sinnestäuschungen, sondern rein auf dem Wege der Denkhätigkeit zu Stande kommen. Dieser Unterscheidung, deren theoretische Berechtigung anzuerkennen ist, kann aber ein besonderer Wert deswegen nicht beigelegt werden, weil das Vorhandensein oder Fehlen von Sinnestäuschungen für keine der erfahrungsgemäss vorkommenden Paranoiaformen ein absolut charakteristisches Kennzeichen ist; wir finden in dieser Hinsicht alle möglichen Uebergänge, die ja auch von vornherein wahrscheinlich sind, wenn man sich die oben (Seite 431) besprochenen gesetzmässigen Beziehungen von Sinnestäuschungen und Wahnideen gegenwärtig hielt. — Auch die hier vorgenommene Trennung in eine chronische combinatorische und hallucinatorische Form ist deswegen nur so aufzufassen, dass sie die hauptsächlichsten Typen in der einen und der anderen Richtung schildern will, ohne damit das Vorhandensein von Uebergangsformen in Abrede zu stellen.

Die chronische kombinatorische Paranoia erwächst häufig, aber nicht ausschliesslich auf dem Boden der Entartung; jedenfalls zeigen viele der hierhergehörigen Kranken einzelne geistig abnorme Züge, Charaktereigentümlichkeiten usw., die bis in die Jugend zurückverfolgt werden können. Der ursprünglich vorhandene Grad der geistigen Begabung hat keine gesetzmässigen Beziehungen zur Entwicklung der Krankheit.

Der Beginn der Störungen fällt meist in das dritte oder vierte Jahrzehnt; unter dem Namen der „originären Verrücktheit“ hat Sander Fälle abzugrenzen versucht, bei denen der Anfang bis in die Pubertätszeit zurückdatiert; indes muss bei dieser ex post vorgenommenen Ansetzung des Beginnes ein Faktor in Rechnung gesetzt werden, nämlich die bei der Paranoia sehr wirksamen Erinnerungstäuschungen, die von einem später gewonnenen verschobenen Standpunkte aus die ganze Vergangenheit in bestimmtem Sinne umdeuten und so auch in der Erinnerung der Individuen Vorstellungen, Wünsche, Hoffnungen, Stimmungen schon in einem Zeitpunkte als vorhanden vorspiegeln können, in dem davon noch gar keine Rede war.

In der Regel sind es die Jahre der ersten selbständigen Berührungen und des natürlichen Kampfes mit der Aussenwelt, in denen die Stimmungslage und die Gedankenthätigkeit eine abnorme Richtung einschlägt.

Jahrelang kann die Anomalie nur in einem subjektiv veränderten Gefühle der Umgebung gegenüber bestehen, in dem Gefühl, anders wie andre behandelt zu werden, „ausserhalb“ zu stehen, nicht für voll zu gelten, die ver-

diente Anerkennung nicht zu finden, oder im prinzipiellen Misstrauen gegen die Absichten und Motive fremden Handelns. Zu Grunde liegt allen diesen noch an der Grenze des normalen misstrauischen Charakters stehenden Zuständen ein krankhaft verändertes Selbstgefühl, das in der oben (Seite 430) geschilderten Weise auch für den sich entwickelnden Beziehungswahn die Basis bildet. Ist erst einmal der Punkt erreicht, dass der Kranke anfängt, sich selbst gegenüber in logischer Weise über die einzelnen Beobachtungen, die er zu machen glaubt, Rechenschaft abzulegen, so nimmt der Kreis der Verhältnisse, die er in krankhafte Deutungen einbezieht, in rasch wachsendem Maasse zu: Beobachtung durch Angehörige, Spione, Polizei, Andeutungen in Mienen, Blicken, Bewegungen, in Zeitungen, Plakaten, Gesprächen Fernstehender, dann weiter Behinderungen seines Fortkommens, Beeinträchtigungen seines Rufes, Vermögens usw., direkt feindselige Verfolgungen, Lebensbedrohungen; alle diese Vorstellungen entwickeln sich, nicht jedesmal in gleicher Weise, aber im ganzen doch mit grosser Regelmässigkeit bei diesen Fällen von chronischer Paranoia. Das Vorkommen von Sinnestäuschungen beschränkt sich dabei in der Regel auf Illusionen, d. h. auf gefälschte Wahrnehmungen wirklicher Vorgänge, wenn auch echte Hallucinationen des Gehöres dabei vorkommen können. Von vornherein ist gewöhnlich das Gefühl der „schlechten Behandlung“ durch die Umgebung mit einem Bewusstsein davon verbunden, dass diese mit oder ohne Absicht die Eigenart des Individuums, den besonderen Wert seiner Persönlichkeit verkenne; diese von Anfang an vorhandene Neigung zur Selbstüberschätzung, die zu ausgesprochenen Grössenideen führen kann, wächst gleichzeitig mit der zunehmenden Ausbildung der Verfolgungsideen, zum Teil auf Grund logischer Erwägungen („viel Feind, viel Ehr“), zum Teil, und das ist wohl das wesentliche, in gesetzmässiger Abhängigkeit von dem krankhaften, wenn auch seinem Wesen nach noch unbekannten Gehirnprozess.

Die Stimmung der Kranken trägt die jedesmalige Färbung der sie beherrschenden Vorstellungen; das Benehmen der Kranken, die in der Regel gelernt haben, in vorsichtiger Verschlossenheit zu verbergen, was sie bewegt, lässt anfangs häufig keine Anomalien erkennen, ausser wenn besonders lebhafte Affekte die Absicht des Verheimlichens durchbrechen; ist einmal das Wahnsystem soweit ausgebildet, dass es alle Beziehungen des Individuums zur Aussenwelt ergriffen hat, so ist auch in den Reden und Handlungen des Kranken für den Sachkundigen die Art der geistigen Störung unverkennbar.

Die Konsequenzen, welche die Kranken aus ihren Wahnideen ziehen, sind zum Teil harmloser Art, wie Wechseln der Wohnung, Reisen, Zurückziehen aus der Geselligkeit u. dgl.; andre tragen schon den Keim zu strafrechtlichen Zusammenstössen in sich, wie Eingaben an die Polizei oder die Staatsanwaltschaft, Brochuren beleidigenden Inhalts oder dergl.; die Gefahr dieser Kranken für ihre nähere oder fernere Umgebung liegt aber vor allem in den Akten der „Selbsthilfe“, zu denen die Kranken, je nach ihrem Temperament

und früheren Lebensgewohnheiten, sogleich oder erst nach „Erschöpfung der gesetzlichen Mittel“ greifen.

Die Gefahr dieser Akte ist darum um so grösser, als die von den Kranken thätlich bedrohten oder mit tödtlichen Waffen angefallenen Personen in der Regel gar keine Ahnung davon haben, dass sie in einem fremden Gedankenkreise eine solche Rolle spielen. Andre Male begehen die Kranken eine für sie selbst, aber auch gelegentlich für andre gefährliche Handlung nur in der Absicht, Aufsehen zu erregen, die öffentliche Meinung auf ihre Sache aufmerksam zu machen u. dgl. mehr.

Ich lasse nachstehend die Beobachtung eines Falles folgen (Revolverattentat eines Bauschreibers auf seinen Vorgesetzten), bei dem sich eine kombinatorische Paranoia auf dem Boden intellektueller Minderwertigkeit entwickelt hat; ich gebe einen Auszug aus meinem Gutachten.

Der jetzt 32jährige J. ist nicht frei von erblicher nervöser Belastung; seine Mutter ist nervös und aufgeregter; deren Bruder hat sich — anscheinend in Geistesstörung — erhängt; ein Bruder des Angeschuldigten soll (nach dessen Angaben) jähzornig und in der Familie deswegen gefürchtet sein; er selbst war als Kind schwächlich; als Spur eines Sturzes von einem Baum, bei dem er einen Arm und das Schlüsselbein brach, trägt er noch eine Narbe an der Stirn.

Anfälle irgend welcher Art, die auf dieses Ereignis beziehbar wären, sind nicht aufgetreten.

J. besuchte in Urmatt die Schule bis zu seinem 15. Lebensjahre, dann ein Vorseminar, endlich das Seminar und trat mit 21 Jahren seine erste Stelle als Lehrer an (1885). —

Sein Prüfungszeugnis ist sehr mässig gewesen (Personalakten).

Nach kurzer Dienstzeit veranlassten gröbliche Versehen im Amte, Gehorsamsverweigerung, sowie ein Benehmen, welches ihn als „halb“ verrückt erscheinen liess, seine Entlassung aus seiner Lehrerstelle und aus der Congregation, der er angehörte; er selbst gab später in einer Eingabe an die Kaiserin als Entlassungsgrund an: „schmäbliche Behandlung“ seitens seines Direktors. —

Nach 2jährigem Aufenthalt zuhause, wo er „durch seine überspannten, eigenartigen, fixen Ideen als Original bekannt“ war, ging er zur Fremdenlegion.

Als Gefangener wegen eines kleinen Deliktes (in Oran) beging er eine Gehorsamsverweigerung, die ihm 1 Jahr Gefängnis eintrug. —

Vor circa 4 Jahren kehrte er aus der Fremdenlegion zurück. — Seit 3 Jahren arbeitet er in seiner zuletzt noch versehenen Stelle als Bauschreiber bei Architekt W.

Seine Leistungen hier waren keine hervorragenden; er war „meist gedankenlos“, „arbeitete sehr mechanisch“, schwatzte mit den Arbeitern herum, machte keine Fortschritte usw. Von den mit ihm im Bureau beschäftigten Persönlichkeiten hat keine irgendwelche Anzeichen bemerkt, die auf das bevorstehende Attentat hingewiesen hätten; noch kurz vor der That hat er richtige Eintragungen in den Büchern gemacht. —

Ein in den äusseren Verhältnissen liegendes Motiv für seine That ist den Beteiligten nicht ersichtlich gewesen. — J. war weder schlecht behandelt worden, noch war an seine Dienstentlassung in absehbarer Zeit gedacht worden; dass kleine Häkeleien mit ihm vorgekommen sein mögen, ist wohl anzunehmen, und bei dem zum Hänkeln vielleicht etwas herausfordernden Wesen des J. auch leicht verständlich.

Ueber die That selbst entnehmen wir aus den Akten: J. kam, wie gewöhnlich, zur Arbeit, war nicht auffallend in seinem Benehmen; eine Stunde später stellt er sich dem wieder eintretenden W. entgegen, droht zweimal nacheinander mit Losdrücken seines Revolvers, falls



ihm W. nicht 10000 Mark anweisen wolle, verfolgt den fliehenden, und schiesst zweimal auf ihn, erst durch die Scheibe hindurch, dann auf der Strasse; nachdem W. ein Asyl in einem Laden erreicht hat, promenierte I. ruhig auf einem dranstossenden Hofe und wird, ohne Fluchtversuch, verhaftet. —

In seiner Wohnung findet sich dann ein am Abend vorher verfasstes Schriftstück mit genauer Darstellung der subjektiven Beweggründe, die ihn zu der „verzweifelten That trieben“ (siehe unten).

Im Laufe des Verfahrens wurden Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des I. wach, und er wird zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die psychiatrische Klinik eingewiesen.

Dort ergibt sich Folgendes:

I. ist ein graciler, schlecht aussehender Mann ohne gröbere Organanomalien; Zeichen für das Bestehen von Syphilis, Epilepsie, Alkoholismus fehlen, ebenso organische Symptome von Seiten des Nervensystemes. Schädelbildung ohne Besonderheit.

I. war Anfangs sehr erregt, zum Weinen geneigt, lebhaft in seinen Affekten, aber von vornherein offen in seinen Angaben; wir haben bei den häufig wiederholten Untersuchungen desselben niemals den Eindruck gehabt, oder einen Anhaltspunkt dafür gefunden, dass er in seinen Aussagen irgendwie eine Verschleierung des Thatbestandes bezweckte. —

I. fällt in seiner Ausdrucksweise auf durch eine gewisse Ueberschwänglichkeit und eine seinem Stande sonst nicht eigne Weichlichkeit; er bezeichnet sich selbst als „zarten Gemütes“, und dass geringfügige Anlässe genügen, um ihn in Thränen schwimmen zu lassen, zeigt in der That, dass er eine sensible, leicht verletzbare, in seinen Affekten wenig an Selbstbeherrschung gewöhnte Natur ist. Sein Urtheil, seine Kritik sind wenig entwickelt; trotz eines guten Gedächtnisses ist sein Ueberblick über seine Lebensverhältnisse, seine Schätzung für das Tatsächliche an seinen Beziehungen zur Aussenwelt ein wenig festes und durch seine Affektschwankungen dauernd beeinflusst. —

Dass dieser Mangel von jeher bestanden hat, ist anzunehmen, und seine Lebensführung in ihrer unsteten sprunghaften Weise der früheren Jahre ist der Beleg dafür.

Im inneren Zusammenhange mit diesem durchgehenden psychischen Mangel steht nun die Entwicklung eines episodischen krankhaften Geisteszustandes, dessen Beginn jedenfalls schon mehrere Monate zurückdatiert, und der nur als systematischer Beeinträchtigungswahn bezeichnet werden kann.

I. glaubte, bemerkt zu haben, dass der Werkführer G. vom Tage seines Eintrittes in seine Stellung ihm nicht wohlgesinnt sei; er war überzeugt, dass G. die andern Arbeiter, die Mägde, den Portier gegen ihn aufstachelte; hinter seinem Rücken wurden „verachtungsvolle Blicke“ gewechselt; nur um ihm „ihre Verachtung zu bezeigen“, „husteten Portier und Magd den ganzen Tag im Hofe herum“. W. dankte nicht mehr auf seinen Gruss vor Zeugen; wenn I. mit G. oder W. allein war, waren diese — und das hielt er gerade für das Raffinierte, — durchaus freundlich, tauschten aber dann, in Gegenwart dritter, wieder höhnische Blicke über ihn; hinter ihm lachte alle Welt her, er wurde behandelt „wie ein Lausbub“, stand zuletzt allein — „wie auf einem Kampfplatz“. Eine Verschlimmerung dieser Quälereien trat seit Weihnachten ein; „der Spott und Hohn, die Falschheiten und Unverschämtheiten und Niederträchtigkeiten, mit denen ich von jetzt an bei jeder Gelegenheit überhäuft wurde, spotten allen Beschreibens“.

Nun wurde ihm auch das Motiv klar; er sollte veranlasst werden, seinerseits seine Stellung zu kündigen, da er Herrn W. verpflichtet glaubte, ihn unter allen Umständen zu behalten; zu diesem Zwecke wurde „alles Mögliche ins Werk gesetzt; das treue Werkzeug der beiden Herren, der Portner, die Portnerin und die Arbeiter selbst wurden durch Blicke, Gerben und That ermuntert und ermutigt, mich mit Schande und Spott zu kränken“ usw.

In den letzten Tagen vor der That bemerkte die Ehefrau (der er sonst sein Herz ausgeschüttet hatte, und die mit diesen Wahnideen gewissermaassen infiziert war), dass J. stiller wurde, nichts mehr von seinen Beobachtungen mittheilte, aber Nachts sehr unruhig schlief, auch im Traume sprach; J. gibt in durchaus glaubhafter Weise an, dass ihm in den letzten Tagen

die klare Ueberlegung abhanden gekommen sei; im Halbschlaf Nachts erlebte er Kampfszenen mit W., deren traumhafter Charakter ihm nicht immer klar war, und wir finden heute noch einen Anhaltspunkt für einen besonders lebhaften Affektszustand in diesen letzten Tagen (22.—23.—24. Februar) darin, dass die Erinnerungen G.'s z. B. an die Einzelheiten des Revolverkaufes u. a. m. sehr unvollkommen sind.

Ebenso besteht eine nur lückenhafte Erinnerung für die Ereignisse selbst; seine heutigen Angaben decken sich nicht mehr mit denen der ersten Verhöre; G. hat selbst eine Empfindung für das zunehmende Schwinden dieser, vermöge des lebhaften Affektes und der damit verbundenen Trübung des Bewusstseins, wenig fixierten Erinnerungen, die ihm nur „ein verschwommenes Bild“ der Vorgänge geben. —

In Erwägung aller dieser Dinge ist folgende Auffassung die gegebene:

J. war von jeher ein eigentümlicher, verschrobener Mensch.

Seine intellektuellen Fähigkeiten reichten, bei grosser gemüthlicher Reizbarkeit, nicht hin, um eine geordnete Lebensführung zu sichern.

Auf dem Boden dieser allgemeinen psychischen Verfassung, die den Schwachsinnformen im weitesten Sinne zuzurechnen ist, hat sich eine Psychose — combinatorischer Verfolgungswahn — entwickelt.

Unter dem Einfluss fixer Wahnvorstellungen und lebhafter Affekte ist das Delikt begangen worden, das seine Verhaftung veranlasste. Auch in seiner Auffassung derjenigen Verhältnisse, die ihn nach seiner Meinung in „Notwehr für seine Familie“ handeln liess, ist der Mangel an Kritik, der intellektuelle Schwachsinn bemerkbar. —

Die Erfahrung lehrt, dass die Widerstandsfähigkeit, welche Schwachsinnige ihren Impulsen entgegenzusetzen haben, eine abnorm geringe ist. —

Wir müssen also aussprechen: „J. befand sich zur Zeit der inkriminierten Handlung zwar nicht in einem Zustand von Bewusstlosigkeit, wohl aber von krankhafter Störung der Geistesthätigkeit, durch welchen seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. —

Das Verfahren wurde eingestellt.

I. wurde, da sein geistiger Zustand sich während der klinischen Beobachtungszeit wesentlich gebessert hatte, indem die Erregung und die Wahnideen zurückgetreten waren, direkt aus der Klinik in Freiheit gesetzt.<sup>1)</sup> (Eigene Beobachtung.)

1) Der Fall hatte ein nicht uninteressantes, prinzipiell wichtiges Nachspiel.

Die Staatsanwaltschaft hatte, gemäss § 40 des St.G.B. im sog. „objektiven Verfahren“ die Einziehung des bei dem Attentate gebrauchten Revolvers beantragt. Die Strafkammer lehnte dies ab, vor allem deswegen, weil im Falle des Zutreffens der Voraussetzungen des § 51 St.G.B. keine straffbare Handlung vorhanden sei, somit auch die sonstigen Konsequenzen hinfällig seien (vergl. oben S. 42/44 über den Wortlaut des § 51). Die Staatsanwaltschaft legte gegen dieses Urteil Revision ein. Das Reichsgericht (15. 10. 1896) verwarf diese Revision und bestätigte das Urteil der Strafkammer mit folgender Begründung:

„Nach § 42 St.G.B. kann zwar in den Fällen der §§ 40 u. 41 die daselbst vorgesehene Einziehung der zur That gebrauchten Werkzeuge selbständig dann erfolgen, wenn die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar ist. Der für den vorliegenden Fall maassgebende § 40 setzt aber in ausdrücklicher Bestimmung voraus, dass das Vergehen oder Verbrechen, um das es sich handelt, ein vorsätzliches war. Schon nach den Grundlehren der allgemeinen Strafrechtswissenschaft kann nun von einem vorsätzlichen Delikte keine Rede sein, wenn die That in dem Zustande einer die Freiheit der Willensbestimmung ausschliessenden Geistesstörung verübt wurde, wenn der Thäter unzurechnungsfähig war. Das positive Strafrecht bestimmt aber auch in § 51 ausdrücklich, dass eine straffbare Handlung nicht vorhanden ist, wenn sich der Thäter zur Zeit der That in einem Zustande von Bewusstlosigkeit oder die Freiheit der Willensbestimmung ausschliessenden krankhaften Störung

Nicht nur die Verfolgungsideen, sondern auch die Grössenideen geben Anlass zu strafrechtlichen Konflikten; bei letzteren ist es in der Regel das Geltendmachen der besondern Ansprüche, sei es auf einen Thron, sei es auf die Hand einer fürstlichen Person oder in andern Richtungen, was den Kranken mit den Behörden in Berührung bringt, in harmloser Weise z. B. bei den gewaltsamen Versuchen, in die Wohnung von Fürstlichkeiten einzudringen, in gefährlicher Form bei Attentaten auf gekrönte Häupter. Die strafrechtliche Beurteilung von Fällen dieser Gruppe bietet keine besondern Schwierigkeiten. Der Nachweis einer chronischen Geistesstörung mit einem ausgebildeten System von Wahnideen stellt den betreffenden Kranken ohne Weiteres unter den Schutz des § 51 des St.G.B. und zwar gleichviel, ob ein psychologischer Zusammenhang seiner Strafthat mit bestehenden Wahnideen erkennbar ist oder nicht.

Schwieriger kann die Begutachtung sein, wenn es sich um einen noch in der Entwicklung begriffenen Fall handelt, der etwa unter dem Einfluss von Misstrauen und einzelnen krankhaften Deutungen eine Affekthandlung (wörtliche oder thätliche Beleidigung) begeht. Lässt sich hier nachweisen, dass allmählich eine geistige Veränderung mit dem Individuum vorgegangen ist, dass die Deutungen des Kranken sich durch ihre Unzugänglichkeit für Gründe der Wahrscheinlichkeit oder Möglichkeit, ihre Unkorrigierbarkeit durch Logik und Erfahrung als krankhaft entstandene, als Wahnideen kennzeichnen, so kann die erhaltene Besonnenheit und das folgerichtige Denken (von allerdings falschen Voraussetzungen aus) nicht als Argument gegen das Bestehen einer krankhaften Störung der Geistesthätigkeit im Sinne des § 51 geltend gemacht werden. (Ueber die Diagnose der Wahnideen vergl. oben S. 438).

Eine besondere Form, nicht dem Wesen nach, wohl aber wegen der Aeusserungsweise und der Richtung der Wahnvorstellungen bilden diejenigen Fälle chronischer kombinatorischer Paranoia, die unter dem Namen des Querulantenwahnes zusammengefasst werden. Die Thatsache des Querulierens aus krankhaften Gründen genügt nicht, um einen Krankheitsfall der Paranoia zuzuzählen, da dieses Symptom sich auch bei andren Geistesstörungen, z. B. beim zirkulären Irresein vorfinden kann, ebensowenig, wie Querulieren überhaupt, ohne nähere Prüfung des Zusammenhanges und ohne Analyse der Persönlichkeit zur Diagnose eines geistig abnormen Zustandes berechtigt; die Neigung, sein Recht um des Rechtes willen, ohne Rücksicht auf Utilität und absolute Grösse des in Frage stehenden Rechtsgutes mit allen Mitteln zu erkämpfen oder zu ertrotzen, ist individuell so sehr verschieden, dass aus

der Geistesthätigkeit befand. Wenn also nach dieser Bestimmung des Gesetzes überhaupt keine strafbare Handlung vorliegt, so kann auch von einer Anwendung der §§ 40 u. 42 St.G.B. keine Rede sein. Allerdings kann auch die Handlung eines von einer solchen Geistesstörung Befallenen einer gewissen Gehirn- und Denkoperation desselben entspringen und insofern von einem, einem krankhaften Geisteszustande entsprossenen Vorsatze gesprochen werden; allein im Sinne des Rechtes und des Gesetzes liegt hier überhaupt keine Handlung vor.“ —



ihrem Vorhandensein allein keinerlei Schlüsse auf geistige Abweichungen gezogen werden dürfen.

Als Querulantenwahn (querulierende Form der Verrücktheit, Paranoia querulans) bezeichnen wir diejenigen Formen chronischer, kombinatorischer Paranoia, bei welchen Wahnideen rechtlicher Beeinträchtigung mit ihren psychologischen und praktischen Konsequenzen das Krankheitsbild beherrschen.

Das besondere gerichtliche Interesse dieser Fälle liegt nicht in ihrer absoluten Häufigkeit, oder ihrer andre Paranoiaformen übertreffenden Gefährlichkeit, oder in ungewöhnlich grossen diagnostischen Schwierigkeiten, sondern darin, dass die Wahnbildung die rechtlichen Interessen des Individuums betrifft und somit nicht, wie andre Paranoiaformen, gelegentlich und ohne Gesetzmässigkeit, sondern prinzipiell und von vorneherein zu Berührungen und Zusammenstössen mit Behörden und Gerichten führt. — Das Wesen und die klinische Stellung des Querulantenwahns ist grade in den letzten Jahren Gegenstand eifriger Diskussion gewesen (vergl. das Literaturverzeichnis am Schluss), als deren im Wesentlichen gemeinsames Ergebnis die in dieser Darstellung vertretene Auffassung der krankhaften Störung gelten darf.

Laien und Richter neigen erfahrungsgemäss zu der Befürchtung, dass die Irrenärzte den Begriff des Querulantenwahnsinnes zu weit ausdehnen und geistesgesunde Querulanten allein des Querulierens halber für geistigkrank und unzurechnungsfähig oder der Entmündigung bedürftig erklären möchten. Die Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, die Pressberichte und das von manchen Querulanten durch Brochüren u. dgl. besonders geförderte Streben nach öffentlicher Teilnahme an ihren privaten Geschicken haben bewirkt, dass das Thema des Querulantenwahns auch in Laienkreisen und zwar hier häufig in einer den Irrenärzten wenig günstigen Weise diskutiert wird.

Wenn auch natürlich zuzugeben ist, dass sachliche Irrtümer in der Beurteilung von Querulanten vorgekommen sein mögen, so kann in keiner Weise zugestanden werden, dass die Unterscheidung des geisteskranken Querulanten vom geistesgesunden für einen wirklich Sachverständigen zu den schwierigsten Aufgaben gehöre, die ihm zur Lösung zugewiesen werden können. Sie ist, wenn dem Sachverständigen das erforderliche Material in dem von ihm verlangten Umfange zugänglich gemacht wird, immer durchzuführen. Dabei ist es freilich eine andre Frage, ob es ihm in jedem Falle gelingen wird, den Richter von seiner Auffassung zu überzeugen. Auf die dabei mitwirkenden Gründe, die begreifliche Empfindlichkeit der Richter gegen die Beleidigungen von Seiten der Querulanten, die vielfach vorhandene äusserliche Korrektheit und logische Gliederung der fraglichen Schriftstücke, die Vermischung von Wahrem mit krankhaft Gefälschtem, die Thätigkeit nicht sachverständiger „Sachverständiger“ usw. hat Hitzig in seiner Monographie in überzeugender Weise hingewiesen.

Das ärztliche Missvergnügen über gelegentliche Anzweiflungen gutachtlicher

Äusserungen in Fällen von Querulantenwahnsinn hat sich wiederholt in dem Vorschlage verdichtet, diesen Namen ganz fallen zu lassen.

Ich vermag mich dem nicht anzuschliessen; wenn der Sachverständige sich nicht darauf beschränkt, eine Namensdiagnose ohne Erläuterung ihrer Tragweite zu geben, sondern wenn er in gehöriger Weise das Krankheitsbild in seinem Gutachten anschaulich macht und die Zugehörigkeit zu einer wohl charakterisierten Form geistiger Störung, nämlich zur chronischen Paranoia beweist, mag es ihm im übrigen unbenommen sein, den kurzen und bezeichnenden Ausdruck beizubehalten. —

Der Querulantenwahn entwickelt sich mit Vorliebe aus einer von vornherein abweichenden Veranlagung; dieses Verhältnis kann für den einzelnen Beobachter so gesetzmässig sein, dass z. B. Schüle den Querulantenwahn bei dem hereditären Irresein abhandelt. Sicher ist soviel, dass bei der Mehrzahl der querulierenden Paranoiker bestimmte geistige Eigentümlichkeiten bis in die Jugend zurückverfolgt werden können: Unverträglichkeit, Misstrauen, unmotiviert lebhaftes Selbstgefühl, lebhafter Egoismus, Unstetigkeit und dergl. mehr. Im Uebrigen brauchen die Kranken bis in das dritte und vierte Jahrzehnt hinein gar nicht aufgefallen zu sein, auch nicht durch Querulieren bei Berührungen mit den Gerichten.

In der Regel lässt sich für den Beginn der krankhaften Störung auf der Lebenshöhe ein bestimmtes äusserliches Moment nachweisen, das natürlich nicht die Ursache der Krankheit darstellt, sondern nur den Stein ins Rollen bringt. Dieser Anstoss wird häufig gegeben durch ein positives Unrecht, das die Kranken in rechtlicher Hinsicht zu erleiden haben. Man tritt dem Begriffe einer „geordneten Rechtspflege“ nicht zu nahe, wenn man zugiebt, dass vielfach beim Zusammenstossen subjektiv wohlbegründete Rechtsansprüche mit objektiven Rechtsverhältnissen wegen mangelhafter, nicht alle Möglichkeiten vorsehender Bestimmungen oder aus formalen, vielleicht zur Zeit nicht zu ändernden Gründen oder wegen des natürlichen Uebergewichtes, das bei Konflikten die Beamtenqualität dem einen Teile verleiht usw., Verletzungen eines an sich zunächst ganz begründeten Rechtsgefühls vorkommen. Ein solches Ereignis, mit dem sich der Geistesgesunde vielleicht schwer und grollend, vielleicht erst nach Erschöpfung der Rechtsmittel, aber doch schliesslich abfindet, weil er die Unabwendbarkeit der Sache und die Aussichtslosigkeit des Widerstandes einsieht, wird für den geisteskranken Querulanten der Ausgangspunkt krankhaften Denkens.

Genau in der gleichen Weise, wie andre persönliche Erlebnisse bei der einfachen kombinatorischen, nicht querulierenden Form der Paranoia, wird die Tatsache des rechtlichen Missgeschickes in krankhafter Weise weiter verarbeitet; die Ursache davon liegt nicht in den Verhältnissen oder Bestimmungen, sondern in persönlichem Uebelwollen des Richters, eines Richterkollegiums oder sonstiger Behörden, die voreingenommen und parteiisch ihre Entscheidung getroffen haben. Zunächst wird der Instanzenzug erschöpft, ohne dass jetzt

schon immer der krankhafte Charakter des Handelns deutlich zu sein brauchte. Die allen seinen Eingaben anhaftende Erfolglosigkeit führt den Kranken zu der Ueberzeugung, dass die Korruption und die ihm feindselige Gesinnung sehr viel weiter gedungen ist, als er für möglich gehalten hätte; die Untersuchung wird nicht genau genug geführt, wichtige Beweismittel werden ihm abgeschnitten, die Zeugen der Gegenpartei werden ausführlich gehört, die seinen nicht; so etwas ist nur möglich, wenn Bestechung im Spiele ist, oder wenn man ein Interesse daran hat, z. B. aus politischen Gründen, ihm sein Recht vorzuenthalten.

Dieser Ueberzeugung wird nun in Schriftstücken Ausdruck gegeben, die entweder ignoriert werden, was der Kranke als Eingeständnis des Unrechts seitens der Behörden auffasst oder wegen ihres beleidigenden Inhalts vielleicht zu Verurteilungen führen; damit ist der Anstoss gegeben zu neuen Beschwerden und Eingaben. Da die Behörden aber alle „zusammen halten,“ hilft nichts, als ein Apell an die Oeffentlichkeit, der in Flugblättern, Broschüren, Petitionen an das Parlament usw. versucht wird. Vielleicht ist inzwischen der Verdacht bei den Angehörigen oder bei der Staatsanwaltschaft aufgetaucht, dass es sich um eine Geistesstörung handeln könne, und es erfolgt ein Antrag auf Entmündigung. Natürlich ist das für den Kranken eine Bestätigung seines Verdachts, dass man ihm in systematischer Weise sein Recht verkümmern, ihn nun gar mundtot machen will, und das Entmündigungsverfahren wird ein neuer Ausgangspunkt für erbitterte Kämpfe. Wenn sich nun ein ärztlicher Gutachter findet, der aus mangelnder Sachkunde oder andern Gründen den in der That Kranken für geistesgesund erklärt, so erweitert sich der Kreis der Feinde noch um diejenigen Aerzte, die ein Gutachten im umgekehrten Sinne abgegeben haben, und die nun auch mit nicht immer harmlosen Drohungen oder Beleidigungen überschüttet werden. Gewöhnlich erst nach jahrelanger Dauer dieses Kampfes wird der Charakter der Handlungsweise des Kranken von den Gerichten richtig erkannt und werden diejenigen Konsequenzen gezogen, die den Kranken und die Umgebung vor den Folgen seiner krankhaften Geistesbeschaffenheit zu schützen geeignet sind, nämlich die nicht immer genügend wirksame Entmündigung oder die Verbringung in eine Irrenanstalt. — Die Störung ist unheilbar und nimmt fast ausnahmslos ihren Ausgang in mehr oder weniger hochgradige geistige Schwäche.

Diese allgemeine Verlaufsschilderung ist nun im einzelnen nach verschiedenen Richtungen zu vervollständigen.

Die Idee der rechtlichen Beeinträchtigung ist als Wahnidee gekennzeichnet durch ihre völlige Unkorrigierbarkeit; Gründe der Wahrscheinlichkeit und sachliche Gegenbeweise prallen in gleicher Weise ab an der unerschütterlichen Ueberzeugung des Kranken von der Richtigkeit seiner Vorstellungen, in deren logischer Konsequenz er alle entgegengesetzten Angaben ohne weiteres für erlogen, gefälscht, betrügerisch erklärt. Alle Umstände, und seien sie ganz belangloser Art, die irgendwie im Sinne seiner Ideen verwertbar sein könnten, gelten ihm als wichtige und glaubwürdige Beweismittel, während ruhige und sachkundige



Versuche, ihn über das Unzutreffende seines Standpunktes zu belehren, sofort als beeinflusste Ergebnisse von Bestechung oder Parteilichkeit abgelehnt werden. Die anscheinend feine Empfindlichkeit für das eigene Recht verbindet sich in einer dem Gesunden unverständlichen Weise mit totaler Unfähigkeit, fremden Rechtsansprüchen irgendwie gerecht zu werden oder die Notwendigkeit der Unterordnung unter allgemein gültige Rechtsgrundsätze einzusehen. In diesen Mängeln des Urteilsvermögens äussert sich gewöhnlich von vornherein ein gewisser Grad von psychischer Schwäche, der im Laufe der Jahre meist immer deutlicher hervorzutreten pflegt.

Lange Zeit wird derselbe verdeckt durch eine gute Funktion des Gedächtnisses, das den Kranken in den Stand setzt, aus seinen Aktenbündeln und Eingaben oder aus Gesetzsammlungen in grosser Zahl thatsächliches Material an Daten, Zahlen, Paragraphen anzuführen; die genauere Prüfung lässt aber ebensooft erkennen, dass der Kranke z. B. den Inhalt der Bestimmungen, die er zitiert, gar nicht verstanden hat oder in falscher Weise nur das herausliest, was als Stütze seiner Ansprüche verwertbar erscheint.

Die lebhafteste Affektbetonung aller die Wahnideen in irgend einer Weise berührenden Ideen lässt andre Vorstellungen nur schwer in den Gesichtskreis des Individuums treten; so finden wir bei allen Querulanten eine grosse Monotonie des Denkens, das sich immer in dem engen Zirkel der krankhaften Ideen und des damit Zusammenhängenden bewegt. — Fast immer ist mit dem Wahn der rechtlichen Beeinträchtigung die Neigung zum Auftreten von Grössenideen verbunden, die keine phantastischen Formen annehmen, sich häufig auf die Vorstellung beschränken, dass der Kranke berufen sei, nicht nur sein eigenes Recht, sondern das Recht überhaupt zu vertreten oder dass er allein im stande sei, den wahren Sinn der Gesetze zu erkennen und authentisch auszulegen. Zum Teil als ein Ergebnis krankhaft gesteigerten Glaubens an die eigene Person ist auch die Unbefangenheit anzusehen, mit der der Kranke sich berechtigt glaubt, sich über bestehende Normen der Sitte, des Anstandes, des Rechtes hinwegzusetzen. Diesen Grössenideen entsprechend zeigt die Stimmung ein häufig etwas krankhaft Gehobenes, neben der Neigung zu reizbaren Ausbrüchen und Affekthandlungen. Diese Reizbarkeit ist es zum Teil, die den Kranken so rasch zu gröblichen wörtlichen, schriftlichen oder thätlichen Beleidigungen, zur Bedrohung oder Verletzung von Amtspersonen (Gerichtsdienern usw.) schreiten lässt.

Alle diese genannten geistigen Eigentümlichkeiten wirken zusammen bei dem Zustandekommen der Handlungen des Kranken, die Anlass zu strafrechtlicher Beurteilung, zur Einleitung des Entmündigungsverfahrens oder zur Verbringung in eine Irrenanstalt geben. (Beleidigungen, Verläumdungen, Widerstand, Ungebühr vor Gericht, Bedrohung, Körperverletzung usw.)

Die vorstehende Darstellung gibt schon die Gesichtspunkte an die Hand, die für die Erkennung der chronischen querulierenden Paranoia und ihre gerichtliche Beurteilung maassgebend sind.

Bei der gerichtsärztlichen Begutachtung ist zunächst auf Grund der

Analyse der Einzelsymptome der Nachweis einer vorhandenen geistigen Störung, besonders des Bestehens von Wahnideen (in dem wiederholt erörterten Sinne) zu führen; die Unkorrigierbarkeit, das Ausgehen von einem bestimmten Punkte, die allmähliche Erweiterung des Kreises der in das Wahnsystem einbezogenen Personen oder Instanzen, die gleichzeitig vorhandene Urteilsschwäche, die abnorme Stimmungslage, alles das gibt genügend Handhaben, um eine Geistesstörung zu diagnostizieren. Dass erhaltene Besonnenheit, formale Gewandtheit, äussere Korrektheit der Form und des Gedankenganges bei Schriftstücken der Querulanten nicht gegen die Annahme einer Geistesstörung verwertet werden darf, muss besonders betont werden. In jedem Fall ist es nützlich, die Merkmale hervorzuheben, die einen geistesgesunden Querulanten von dem Geisteskranken unterscheiden; absolut unzulässig ist der Schluss, dass ein unpraktisches und hartnäckiges Verfechten des Rechtes an sich etwas Abnormes sei. Die Lebhaftigkeit, mit der Jemand eine erlittene Rechtskränkung empfindet, eine Lebhaftigkeit die soweit gehen kann, dass er gerne an Zeit oder Besitz Opfer bringt, die objektiv in gar keinem Verhältnis stehen zur Grösse des umstrittenen Rechtsgutes, kann dem Richter oder dem ärztlichen Sachverständigen persönlich unverständlich sein, und das um so mehr, je mehr der Beurteiler sich einen behaglichen Opportunismus als Lebensregel für sich selbst zurechtgemacht hat; daraus geht aber nicht hervor, dass nun ein solches empfindliches Rechtsgefühl etwas Krankhaftes sei. Ebenso wenig gilt dies für den Charakter der nicht so seltenen Individuen, die aus Bedürfnis nach Anregung, aus Freude am Kampfe eigne und fremde Angelegenheit rechtlicher Art (z. B. Proteste gegen Polizeiverfügungen oder dergl.) mit Leidenschaft in die Hand nehmen und durchfechten. In allen diesen Fällen ist gewöhnlich kennzeichnend, dass diese Neigungen lebenslang in gleicher Stärke bestehen, an jede beliebige Gelegenheit anknüpfen, sich nicht progressiv weiter entwickeln und vor Allem, dass sie nicht die Urteilsschwäche erkennen lassen, die den Querulanten kennzeichnet. —

Nachstehend ein Beispiel einer chronischen querulierenden Paranoia. —

#### Verleumdung eines Richters; querulierende Paranoia.

Im Jahre 1882 entspann sich ein Rechtsstreit zwischen dem Grundbesitzer Joseph P. aus P. und dessen Mutter Magdalena P. wegen einer Kuh, die Josef als sein Eigentum betrachtete. In der darüber am 6. Juli 1882 geführten Verhandlung benahm sich Josef sehr sonderbar. Er war — angeblich aus Zorn über das Benehmen der Schwester während des Termins — davon gelaufen, nachdem er in grosser Aufregung noch vorher von Halsabschneiden gesprochen, ein Messer gezogen und sich damit am Hals geritzt hatte. Nachdem durch Zeugen erwiesen worden war, dass Josef unrechtmässig die Kuh als Eigentum beanspruche, wurde er in contumaciam verurteilt, die Kuh zurückzustellen oder dafür den Schätzwert von 60 fl. der klägerischen Mutter zu bezahlen. —

Am 21. Juli 1882 erschien P. bei Gericht, erklärte, er sei deshalb sachfällig geworden, weil er in Zorn und Uebereilung am 6. Juli davon gelaufen, und verlangte Aufhebung des geschöpften Urteils und neuerliche Verhandlung. Das Gesuch wurde, als gänzlich unbegründet und verspätet gestellt, am 1. September 1882 verworfen. P. rekurrierte. Das Oberlandesgericht

befand, dass das Urteil aufzuheben sei, weil P. über die Folgen seines Davonlaufens seinerzeit nicht belehrt wurde.

Die neuerliche Verhandlung bezüglich des Eigentums an der Kuh förderte keine neuen Thatsachen und P. verlor den Prozess endgiltig durch Urteil des Oberlandesgericht vom 18. Dezember 1882.

Da P. weder die Kuh zurückstellte, noch die 60 fl. bezahlte, wurde am 22. März 1883 executiv wider ihn vorgegangen. Aus den Depositionen des Gerichtsdieners Z. und Gemeindevorstehers K. geht hervor, dass, als die beiden am 3. April 1883 ihm den Executivbescheid überreichten, P. aufgebracht wurde und erklärte, der Bezirksrichter W. habe alles falsch aufgenommen. Dieser Beamte sei mehr Räuber als Dieb, er sch . . . auf denselben.

Als er den Bescheid unterschreiben sollte, ging er mit der zur Hand befindlichen Mistgabel auf die beiden Amtspersonen los und sagte: „schaut, dass Ihr hinauskommt, sonst stech ich Euch nieder.“ Da ihnen P. als ein rabiater Mensch bekannt war, fanden die Beiden für gut, sich zurückzuziehen.

P. kam wegen dieser öffentlichen Gewalthätigkeit in Untersuchung. Am 27. April 1883 verhört, stellte er das Faktum mit der Mistgabel in Abrede und gestand nur zu, er habe gesagt, der Bezirksrichter habe in seinem Rechtsstreit mit Magdalena P. die Zeugenaussagen nachträglich ergänzt.

Als man ihm die Aussagen von Z. und K. entgegenhielt, sagte er: „Bezirksrichter und Gemeindevorsteher lügen oft und ziehen Einen nieder, wenn sie können.“ Die Unterschrift dieses Verhörs weigert er ohne Angabe eines Grundes.

In der Hauptverhandlung bestreitet er die Drohung mit der Mistgabel, gibt aber die Beleidigung des Bezirksrichters vollinhaltlich zu und hält sie aufrecht. Er wird zu 3 Monaten verurteilt, bittet im Juli um Gewährung eines Strafaufschubs, erhält einen 6 wöchigen, petitionierte neuerdings um Aufschub der Strafe bis 1. November 1883, muss aber dieselbe vom 2. September ab absitzen.

Hatte sich P. schon gelegentlich des Rechtsstreits auffällig rabulistisch und prozessstüchtig gezeigt, so war dies noch mehr der Fall seit der 2. Verurteilung. Er chikanierte den Bezirksrichter W. durch neue Eingaben und Querelen und beschwerte sich über ihn in gehässiger rabulistischer Weise bei den Vorgesetzten bis zum Ministerium hinauf.

Nachdem inzwischen P. noch Mutter und Schwester wegen angeblichen Betrugs erfolglos bei der Staatsanwaltschaft denunciirt hatte, erschien er neuerdings vor Gericht am 21. Januar 1885 in einer Bagatelklage gegen Magdalena P. wegen 30 fl. Als die Geklagte im Laufe dieser Verhandlung dem Sohn vorhielt, dass er die Forderung nach dem Urteil vom 18. December 1882 noch nicht bezahlt habe, gerieth er in grossen Zorn und behauptete, das Urteil sei ein falsches gewesen. Es solle die daraus erwachsende Verbindlichkeiten der zahlen, der das falsche Urteil gemacht habe.

Zum Bezirksrichter gewendet rief er: „Sie haben das Protokoll über die Zeugenvernehmung gefälscht. Sie haben auch meine Unterschrift gefälscht. Sie sind ein falscher Richter und wenn Sie sich dieser Fälschungen nicht bewusst wären, hätten Sie mich längst wegen Ehrenbeleidigung verklagt.“ Der Bezirksrichter sah sich als dergestalt Beleidigter und in der vorliegenden Rechtssache von nun an befangener Richter genötigt, die Verhandlung abzubrechen, von dem Vorfall Anzeige zu erstatten und den P. wegen Verläumdung zu belangen. Als P. aus dem Amtslokal fortging sagte er noch: „da werden die Leute schichtig, wenn man ihnen die Wahrheit sagt“, und zum Gerichtsdieners Z. äusserte er: „Sie sind auch falsch, Amtsdieners, schämen's Ihnen.“

Im Verhör vom 18. Februar 1885 gibt P. den ganzen Sachverhalt zu. Er behauptet, der Richter habe die Fälschung ihm ja zugestanden und Schadenersatz versprochen. Er bleibt dabei, dass der Richter heimlich einen Nachtrag zum Protokoll machte und erkennt die Unterschrift in diesem nicht als die seinige an. Da der Richter ihm Alles selbst gestanden, habe er ja nur die Wahrheit gesagt. Er verlangt, dass gegen den Richter das Strafverfahren eingeleitet



und ihm seine Kuh zurückgegeben werde. Nachdem P. wirklich am 18. Februar 1885 einen derartigen Antrag bei der Staatsanwalt gestellt und am 27. April abschlägig beschieden worden war, verlangte er neuerdings am 5. Mai 1885 Vorgehen gegen den Richter wegen Missbrauchs der Amtsgewalt.

Am 2. Juli wurde P. neuerlich vernommen. Er behauptete u. A., dass der Richter in Gegenwart der Magdalene P. und des Diurnisten Alles eingestanden und ihm Schadenersatz versprochen habe. Sogar die Ehrenbeleidigungsklage habe ihm der Richter zurückzuziehen versprochen, falls P. ihm ein gutes Wort gebe.

Die Staatsanwaltschaft vermutet geistige Störung beim Angeklagten und beantragt Erhebung des Geisteszustandes.

P. ist bei der ärztlichen Untersuchung sehr bereit, Rede und Antwort zu stehen und ergeht sich sofort, als man ihm das Wort erteilt, in unerschöpflichen Klagen über das viele Unrecht, das ihm von Seiten der p. p. widerfahren sei. Der Ursprung aller Streitigkeiten sei, dass schon damals, als er seiner Mutter den Besitz abkaufte (11. August 1881) hinterlistiger Weise beim Kaufvertrag etwas weggelassen wurde. Auch beim späteren Rückkauf seitens der Mutter sei es nicht mit rechten Dingen zugegangen. Die grösste Ungerechtigkeit geschah aber im Prozess wegen der Kuh. Da merkte er zum ersten Mal die Falschheit des Bezirksrichters. Dieser hörte seinen Zeugen garnicht an, die Anderen leugneten. Da sei er stutzig geworden und vor Zorn davongegangen. Als er später merkte, dass dies unklug war und Wiederaufnahme des Prozesses begehrte, hiess es, die Klage sei um 8 Tage zu spät eingebracht, während man die Klagen der Gegner doch noch nach Monaten annahm. Als er endlich die neuerliche Verhandlung am 22. November 1882 erreichte, entdeckte er, dass im Protokoll ein Nachsatz eingeschmuggelt war und seine Unterschrift ganz hinten stand, während er sie seiner Zeit vorne gefertigt hatte.

Als er eines Tages den Richter zur Rede stellte, liess dieser gleich den Wachtmeister hereinkommen. Indem dieser die Arme kreuzte, merkte er sofort, dass dieser auch im Complot war. Er erkannte klar die Falschheit der Amtshandlung des Richters (falsches Protokoll, falsche Unterschrift usw.) u. A. an dem Urteil des Obergerichts und daran, dass, als P. den Richter tüchtig ausmachte, dieser kein Wort dazu sagte. Durch die Unredlichkeit des Richters habe er seinen Prozess verloren, obwohl er sich jederzeit durch Kauf und Quittung ausweisen kann, dass er der rechtmässige Eigentümer der Kuh sei.

Am 8. Juni 1883 haben die Zeugen die Wahrheit verschwiegen und durch diese Unredlichkeit hat er unschuldigerweise 3 Monate Arrest bekommen. Sein Weib als Entlastungszeuge wurde ihm unterschlagen (!), der Bezirksrichter hatte den Zeugen verboten, die Wahrheit zu sagen. Er selbst habe in der Verhandlung dem Präsidenten es in's Gesicht gesagt, aber der habe kein Wort darüber geäussert, während es doch seine Pflicht gewesen wäre, diese That-sachen zu ermitteln. Selbst den Strafaufschub habe ihm der Bezirksrichter hintertrieben. Er wisse durch die Frau des D., dass der Richter nach Graz hinein telegraphiert habe, dass ihm der Aufschub nicht solle bewilligt werden.

Am 2. Dezember 1883 habe ihm der Richter Alles gestanden, die Unterschlebung des Protokolls, das Zeugenabrichten u. a. Vergebens habe er Rechtsschutz bei den Obergerichten gesucht. Seine Misserfolge dorten erklärt er sich damit, dass ihn der Richter überall schlecht machte und dass die Beamten einander nicht wehe thun wollen. Durch diese Schritte hat er sich noch mehr mit dem Richter verfeindet, dem er nun ganz recht- und schutzlos gegenüber stand. Am Schlimmsten sei es ihm in der Hauptverhandlung am 19. August gegangen. Da hätten Alle gegen ihn zusammengehalten. Die Zeugen hätten ihn schmähsch im Stich gelassen. Seine Kaufzeugen habe man garnicht zugelassen; so sei es leicht gewesen ihn niederzuziehen.

Uebrigens sagten heutzutage die Zeugen gar nicht mehr die Wahrheit, auch wenn sie einen Eid ablegen. Er selbst fühle sich verleumdet und geschädigt durch den Bezirksrichter. Er begreife nicht, wie man eine Verhandlung wegen angeblicher Verläumdung des Richters, der ihm ja selbst Alles privatim gestanden, öffentlich aber mit Falschheit und Hinterlist ihn

behandelt habe, gegen ihn durchführen wollte. Er verlange sein Recht. Man solle seine Zeugen zu Wort kommen lassen. Daraus, dass dies nicht der Fall, folgerte P. mit eigentümlicher Logik, dass seine Querelen beim Ministerium nicht bloß formell, sondern inhaltlich berechtigt waren. Man sei ja doch sonst mit dem Einsperren gleich bei der Hand, wenn es sich um ihn handle.

An seinem Verteidiger bei der Verhandlung hat er nur auszusetzen, dass dieser ihm riet, zuzugeben, was die Zeugen aussagten i. e. von der Wahrheit abzustehen. Das käme ihm auch nicht richtig vor von einem Verteidiger. Den Amtsdieners habe er 1883 mit der Mistgabel bedroht, weil es eine ungerechte Pfändung war. Aus Rache habe denn auch der Amtsdieners am 8. Juni 1883 die Wahrheit verschwiegen. „Der Bezirksrichter richtete aber die Zeugen ab, was sie sagen sollen, damit er Andere unschuldig ins Unglück bringt.“

Auch jetzt wolle man ihn unschuldig abstrafen, während dem Richter nichts dafür geschehe, dass er heimlich einen Nachtrag zum Protokoll gemacht. Explorat ist von der Wahrheit seiner Behauptung und von der Gerechtigkeit seiner Sache überzeugt. Die Beweise für jene findet er in Folgendem:

1. Hat es ihm der Bezirksrichter selber gestanden, fataler und hinterlistiger Weise nicht vor Zeugen.

2. Er hat in seinem Beisein die Angaben seiner Mutter falsch protokolliert.

3. Der Richter hat ihm gestanden, dass er die Katharine und Magdalene P. zu sich in seine Privatwohnung kommen liess und heimlich mit ihnen den Nachtrag zum Protokoll machte.

4. Wenn all dies nicht wahr wäre, hätte man ihn schon längst eingesperrt. (!)

P. klagt bitter darüber, dass trotzdem ihm der Richter schon am 2. Dezember 1882 alles Unrecht gestanden und vollen Schadenersatz versprochen, derselbe seither nicht die Klage mit ihm verhandelt, und wenn er in der Kanzlei erschien, ihn gleich wieder fortgeschickt habe.

So sei es freilich schwer für ihn, zu seinem Recht zu gelangen, denn das Bezirksgericht sei ihm aufsässig und ein andres Gericht nehme seine Klage nicht an (Explorat geräth in Weinen).

All das wäre nicht geschehen, wenn er einen „nutzen“ Richter gehabt hätte. Er könne und werde nicht nachgeben. Mit Kauf und Quittung könne er nicht verlieren, auch wenn es noch soviel koste. Freilich ist es schlimm mit der Ordnungslosigkeit, Falschheit und Hinterlist in der Beamtenschaft, aber er sei unerschütterlich, denn sein gutes Recht sei felsenfest. Zunächst werde er jetzt Mutter und Schwester auf Schadenersatz klagen und der Bezirksrichter sei ihm ohnedies ersatzpflichtig. P. kramt im Verlauf der Exploration eine ganze Menge von Concepten zu Beschwerden, Beweisen von gerichtlichen Beschwerden usw. aus und benutzt sie fleissig zu seinem Vortrag und seiner Beweisführung. Er teilt auch selbstgefällig mit, dass er, seit er mit dem Richter in Zwist geraten, fleissig im Gesetzbuch studiert und geschaut habe, wie weit der Richter gehen dürfe und wie er sich dessen Intriguen gegenüber zu benehmen habe. —

Das Gutachten stellte das Bestehen einer Geistesstörung im Sinne der Ueberschrift fest. — (Beobachtung von v. Krafft-Ebing, Friedr. Bl. f. ger. Med. H. 40. S. 176.)

Als zweite hier zu besprechende Form der Paranoia nannte ich die chronische hallucinatorische Verrücktheit, die sich von der einfachen kombinatorischen dadurch unterscheidet, dass bei dem Zustandekommen der Wahnideen Sinnestäuschungen eine wesentliche Rolle spielen, und dass diese Täuschungen namentlich die Richtung und den Charakter der wahnhaften Vorstellungen bestimmend beeinflussen. Nach den Sinnesorganen steht bei den Täuschungen das Gehör an erster Stelle; wörtliche Beleidigungen, Beschimpfungen, Bedrohungen einerseits, Verkündigungen, göttliche Berufungen und dergl. andererseits bilden den häufigsten Inhalt der „Stimmen“, an deren Realität die Kranken

nicht zweifeln (vergl. oben Seite 421). Nächste dem Gehör ist es Geruch, Geschmack und Hautsinn, die den Beeinflussungen ausgesetzt sind (Vergiftung mit Dämpfen, Speisen, magnetische und andere physikalische Beeinflussungen, Abziehen des Samens, nächtliche Notzuchtsversuche, unzuchtige Berührungen, körperliche Misshandlungen u. s. w.). Gesichtstäuschungen haben vorwiegend den Charakter der Illusion; nur bei den religiösen Wahnbildungen spielen Visionen öfters eine Rolle.

Entsprechend diesen Sinnestäuschungen ist die Richtung der Wahnideen, die sich auch hier wieder in die zwei Gruppen, der Verfolgungsideen und der Grössenideen einteilen lassen. Besonders häufig sind bei dieser Form der chronischen Paranoia religiöse Vorstellungen, eine Thatsache, die zur ganz überflüssigen Abgrenzung einer eigenen „Paranoia religiosa“ geführt hat.

Die Verfolgungsideen nehmen unter dem Einfluss der Sinnestäuschungen häufig sehr phantastische Formen an; die Kranken konstruieren nicht selten ein ganz kompliziertes System namentlich physikalischer Art (Telephon, Telegraph, Magnet, Röntgenstrahlen), das dazu dient, sie in der Gewalt ihrer Feinde festzuhalten und ihren Einfluss dauernd fühlen zu lassen. Das Vorwiegen der Sinnestäuschungen im Krankheitsbilde beeinflusst das Handeln der Kranken in charakteristischer Weise. Harmlos für die Umgebung sind viele der Schutz- und Abwehrmassregeln, die von den Kranken gegen die feindseligen Beeinflussungen die sie hören und fühlen, getroffen werden in Gestalt von Amuletten und dergl. oder die Versuche, durch Wohnungswechsel den Quälereien zu entgehen; ernster sind die Akte der Selbsthilfe, die besonders unter dem Einfluss von zuredenden Sinnestäuschungen (imperative Stimmen), recht gefährlich ausfallen können, (thätliche Beleidigungen, Messer- oder Revolver-Attentate und dergl.). Manchmal ist der Zusammenhang auch so, dass die Kranken von Seiten dritter, völlig ahnungsloser Personen hallucinatorisch beleidigende Zurufe hören, auf die sie sogleich mit Thätlichkeiten reagieren. Bei den mit religiösen Wahnideen einhergehenden Fällen ist Störung des Gottesdienstes von Seiten der zu „Reformatoren“ berufenen Kranken ein nicht seltenes Delikt.

Die gerichtliche Beurteilung macht keine Schwierigkeiten; der Nachweis der Sinnestäuschungen ist in der Regel für den Sachverständigen nicht schwer zu führen, und im Anschluss daran ergeben sich die Wahnideen gewöhnlich mit geringer Mühe. Eine Zurückführung einer strafbaren Handlung auf bestimmte krankhafte Vorstellungen oder auf einzelne Sinnestäuschungen ist nicht erforderlich, wenn das Bestehen einer chronischen Form der Paranoia überhaupt einmal festgestellt worden ist. —

Nachstehend einige für diese Form der Störung charakteristische Stellen aus einer Eingabe an den „hohen Reichs- und Landtag zu Berlin“ mit der Ueberschrift: „Fernsprech-, Lausch- und Zerr-Frevel, Scheinhypnotismus, Unzulänglichkeit der Selbsthilfe, Schutzgesuch, allgemeine Volkssache“.

„Der Vorteile der Erfindungen hat sich nicht allein der Staat, die Wissenschaft, die In-



dustrie und der Verkehr bemächtigt. Wie sehr auch heuchlerische Gelehrte durch sog. historische Vorträge, durch Abdruck fünfzig Jahre alter Zeitungs- oder anderer Berichte über die Tragweite der neuesten Vervollkommnungen im Erfindungsfach hinwegzutäuschen trachten, es stehen heutzutage auch der Frevel lust an der Geduld und Vernunft der Mitmenschen die Leistungen und Kräfte der Erfindungen mit folgenden Mitteln etwa folgender Weise offen:

Das Aerophon, ein Siedetopf mit Dampftülle, dessen Ausmündung seitwärts von derselben gesprochene Worte — auch aus entferntem Versteck zur Belästigung Unfreiwilliger — in begrenzter Runde weiterzutragen dient, ist das einfachste, schon im Altertum bekannte Mittel des Frevels des geheimen Fernsprechens.

Das Mikrophon, (folgt Beschreibung).

Das Strang-Telephon, (folgt Beschreibung).

Das Dampf-Telephon, in der Hauptsache nicht viel Anderes als eine künstliche Verbindung von Aerophon und Mikrophon, ermöglicht in begrenzter Runde auch ohne Stranganschluss eine geheime gegenseitige Besprechung und den Frevel zugleich des geheimen Fernsprechens und Lauschens gegenüber unfreiwillig in die Fernsprechgemeinschaft Hineingezogenen .. zugleich aber auch eine gewaltsame Belästigung Fremder durch Zureden in Anknüpfung an alles das, was sie selbst sprechen und treiben, ein stetiges, verbrecherisches gemeinsames Unternehmen Vieler zur Aufreibung der Geduld, der Verstandeskräfte und der Gesundheit ihrer Nebenmenschen durch Ueberreizung des Gehirnes.

Das Magnetkranz-Telephon, (folgt Beschreibung).

Das Kraftstrom-Telephon, (folgt Beschreibung).

Auch an meiner Person, der eines ledigen Schwerhörenden, haftete seit Jahrzehnten der Unfug der Belauschung mit dem Mikrophon. Zu dem Unfug der Belauschung kam bald auch der Mutwille, zuerst der Belästigung mit unerträglichem Lärmen und später mit unausgesetzten niederträchtigen und ausgelassenen Anreden, abwechselnd durch etwa dreissig Personen aus dem Versteck mit Hilfe von Fernsprecheinrichtungen der erwähnten Art; der Unfug wuchs im letzten Jahrzehnt zum Ungeheuerlichen.

Die Behörden wurden um Schutz gebeten, verschmähten indessen die Antwort und leugneten später, statt zu helfen, die Möglichkeit des Unfuges. Die aber gleich mir geplagten verabsäumen die Pflicht der Selbsterhaltung, die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft; den Beschwerden mehrerer gegenüber muss die Unthätigkeit der Behörden verschwinden.

Gemeinsam mit den Tausenden, mit den sämtlich auch von dieser Angelegenheit benachrichtigten Mitpetenten meines früheren Reichstagesgesuches wegen „Verfassungsbürgschaften“ und mit den auf der Liste Unterzeichneten richte ich das Gesuch an den hohen Reichs- und Landtag,

„beim Kanzleramt, bei den Ministerien des Inneren und der Justiz, bei der Polizei, der Staatsanwaltschaft, den Gerichten und den Sachverständigen Sorge zu tragen für eine richtige Auffassung über die technische Möglichkeit und gesetzmässig bestehende Strafbarkeit versteckter Belauschung, Anrede und Belästigung und in Erwägung zu ziehen, ob es nicht nunmehr hohe Zeit sei, der Bitte meines früheren Gesuches an den Reichstag in eben diesem Sinne Folge zu geben: nämlich, sowohl alle Apparate, mit denen Töne aufgefangen, verstärkt und weiter verbreitet und Gliederbewegungen willkürlich verursacht werden können, Jedermann ausdrücklich durch deutlichen Wortlaut eines neuen Gesetzes zu verbieten als auch besonderen, aus allgemeinen, direkten, geheimen Wahlen hervorgegangene nReviervorordneten aller Arten eine Mitüberwachung der Einhaltung des Verbotes zu gewähren.“

Es ist nicht ohne allgemeines Interesse, dass diese Eingabe eine ganze Reihe von Unterschriften gefunden hat. —

Das folgende Beispiel zeigt die Gefährlichkeit der Kranken mit chronischer hallucinatorischer Paranoia.

## Mordversuch; chronische hallucinatorische Paranoia.

Am 28. Juli 1886, als der Pfarrer J. R. in der Kirche die Frühmesse gelesen hatte und sich gerade in die Sakristei begeben wollte, ging ein Mann, der bis dahin andächtig der Messe beigewohnt zu haben schien, auf den Geistlichen zu, packte ihn an der Schulter, drängte ihn gegen den Altar zurück und versetzte ihm einen Stich in die linke Schulter. Der Attentäter wurde sofort ergriffen und sagte: „wenn ich ihn heute nicht bekomme, so bekomme ich ihn später. Er wird es schon noch bekommen. Der Pfarrer hat mich schon in andern Pfarren verfolgt und jetzt verfolgt er mich wieder“.

Der Attentäter ist Franz L., 50 Jahre alt, ledig, Weber aus Böhmen, daselbst wegen Landstreicherei mehrmals abgestraft. Bei seinem Verhör am 28. Juli gibt er an, dass er sich in Salzburg ein Messer kaufte und nach J. in der Absicht reiste, den ihm schon von seinem Aufenthalt in B. her bekannten Pfarrer über Auftrag des hl. Michael zu ermorden. Domherr Sch. in S., Vertheidiger des hl. Michael, hat mir den Rat gegeben, ein Stilet zu kaufen und den Pfarrer zu erstechen, dann werde ich Ruhe haben. „Seit 6 Jahren verfolgt mich der Pfarrer mit seiner Macht und kann ich mich derselben nicht erwehren und kann daher nirgends arbeiten. Schon im vorigen Jahr hat der Pfarrer gezittert, weil er sich schuldig fühlte“.

Eine Amtsbemerkung zu diesem Protokoll besagt, dass Deponent allerlei unzusammenhängende Reden führt und den Eindruck eines religiös Wahnsinnigen macht.

L. steht bereitwillig Rede und Antwort. Er spricht rasch und sehr weitschweifig, stellt sich als unschuldiges Opfer des Pfarrers hin, der ihn seit 6 Jahren in grausamer Weise verfolge, ihn unfähig machte, sich sein Brod zu erwerben. Die Verfolgung findet mittelst der telegraphischen Stimmensprache statt; mit dieser verfolgt ihn der Pfarrer überall hin, verleumdet ihn bei den Leuten, so dass ihm Niemand Arbeit geben wollte. Ausserdem stehle ihm der Geistliche den guten Namen, sekkiere ihn mit Heiratsgeschichten, setzte ihm Läuse auf die Haut, nehme ihm die Kraft, so dass er sich oft Morgens kaum rühren konnte, mache ihn schlaflos, treibe ihm den Samen ab, lasse es ihm kalt und heiss über den Rücken laufen, räuchere ihn mit betäubenden Dünsten zur Werkstatt hinaus, so dass es nicht zum Aushalten sei. Er kann sich die Feindschaft des Geistlichen nicht erklären. Er vermutet, dass die Tochter des Meisters, bei dem er vor 6 Jahren arbeitete, ihn im Beichtstuhl angeschwärzt hat und so es dahin brachte, dass der Pfarrer sein Feind wurde. Dass die Dirn dahinter stecke, erkenne er daraus, dass schon einige Zeit vorher, als er bei einem Leichenbegängnis teilnahm, eine allgemeine Neckerei und Sekkatur losging. Da er allenthalben Uebelwollen der Leute bemerkte, sei er aus dem Orte fort, aber im neuen Wohnort sei die telegraphische Schimpferei und die Sekkatur erst recht losgegangen. Dass der Pfarrer der Hauptverfolger und Urheber aller seiner Leiden sei, folgerte er daraus, dass nur dieser Mann die übernatürliche Macht habe, ihn telegraphisch zu verfolgen und überdies habe er seine Stimme bei Tag und bei Nacht, wo er nur weilen mochte, gehört. Der Inhalt der telegraphischen Stimme waren Schimpfereien, Heiratsgeschichten, Aufforderungen, Steiermark zu verlassen, wo er sein Brod nicht verdienen dürfe. Um ihm den Aufenthalt zu verleiden, habe der Pfarrer die Leute allenthalben angestiftet, ihn schlecht zu behandeln, ihm schlechte Kost zu reichen. Wo er hinkam, merkte er den Einfluss des Pfarrers.

Gelegentlich wurde ihm im Gasthause auf dessen Anstiften das Bier vergiftet; denn er bekam davon Abführen und fühlte sich sehr übel.

Nebenher erfährt man noch, dass der Pfarrer ihm auch sacrilegische Stimmen zukommen liess des Inhalts, die Kirche und der Gottesdienst seien nichts als „Popanzerei“. Der Pfarrer wollte ihn damit von der Kirche abtrünnig machen, um auch seine Seele in die Gewalt zu bekommen. Eines Tages erkannte er, dass der Pfarrer solche sacrilegische Macht über ihn gewann durch ein Scapulier, das Explorat bei sich trug. Da warf er das Scapulier von sich und da liessen die unheiligen Stimmen nach; aber nun versuchte es der feindliche Pfarrer, durch Entgeschicken von schlechten Menschen ihn vom Besuch des Gottesdienstes abzuhalten. Auch mit einem Hauch, der vom Pfarrer ausging, wurde derlei versucht.

Gelegentlich höre er auch beschimpfende Stimmen, ausgehend von der durch den Geistlichen gegen ihn aufgeheizten Umgebung. So hörte er einmal einem Mitgesellen sagen: „zehn Gulden geb ich, wenn die Sau hin wird“. Er ging deshalb klagen zum nächsten Bezirksgericht in F., aber der Adjunkt schnautzte ihn ab.

Bei der Arbeit wurde die Stimmensekkatur des Pfarrers oft so arg, dass er es nicht aushalten konnte und die Arbeit verlassen musste. Man wollte ihn eben systematisch ums Brot bringen. Schon vor Jahren erschien in dieser Bedrängnis der hl. Michael, sein Schutzpatron. Dieser begleitete ihn auf seinen Reisen, ermahnte ihn, auszuharren und brav zu beten. —

Er bleibt dabei, dass der hl. Michael ihn geheissen, den Pfarrer zu erstechen. Für sein Plaisir hätte er es nicht gethan. Er sei ganz getröstet, denn was der hl. Michael anbefehle sei recht. Es sei schade, dass die Leute ihn an diesem gottgefälligen Werke hinderten. Als er zustach, habe er gesagt „im Namen des hl. Michael“. Wenn er frei werde, wolle er den Pfarrer schon besser treffen. Uebrigens stehe er unter dem Befehl des hl. Michael und dessen Verteidigers. Diesen habe er im Gesellenverein kennen gelernt und lieb gewonnen. Seither stehe er mit diesem Herrn im telegraphischen Stimmenverkehr und von ihm habe er im Namen des hl. Michael den Auftrag erhalten, nach F. zu reisen und den Geistlichen zu erstechen, damit er endlich vor ihm Ruhe habe.

Anfangs habe er das ganze Verfolgungsspiel nicht verstanden. Bald nachdem es losgegangen war, hörte er einmal den Pfarrer während der hl. Messe sagen: „zuerst ist die Grossische, dann ist die Schnepfische“, das bezog sich auf zwei Mädchen im Ort. Nun merkte er, dass der Pfarrer wegen Heiratsgeschichten ihn verfolge. —

Ausser dem hl. Michael sah er noch viele andre Heilige. Er sah sie da und dort in Verkleidung. Gelegentlich sah er Nachts auf dem Berg einen Reiter, der schwenkte ein Schwert und tummelte sein Ross. Der hl. Michael erschien ihm immer zu Fuss (rotes Gesicht, staubiges Gewand).

Ueber seine frühere Lebensgeschichte erfährt man von L. nur wenig. Den Vater habe er nicht gekannt. Mutter und einzige Schwester seien gesund. Schwere Krankheiten will er nicht gehabt haben. Er gibt zu, dass er dem Trinken und der Onanie ergeben war. Schon vor vielen Jahren habe er viel an Pollutionen gelitten, sich matt und schlecht gefühlt, und zeitweise bei Tage Samenfluss gehabt. Im Anschluss an diese Symptome trat die „Verfolgung“ auf. —

Das Gutachten sprach sich für das Bestehen einer chronischen unheilbaren Geistesstörung und für Gemeingefährlichkeit des Thäters aus. (von Krafft-Ebing, Friedr. Bl. f. ger. Med. Jahrg. 40. Seite 95.)

Bei der folgenden Beobachtung ist es nicht sicher, ob die strafbare Handlung im Zusammenhange mit krankhaften Ideen stand; die Feststellung eines solchen Zusammenhanges ist, wie schon mehrfach erwähnt, auch nicht erforderlich, wenn der Nachweis einer ausgesprochenen Geistesstörung zu erbringen ist.

Auf Grund der glaubwürdigen Aussagen der vernommenen Zeugen ist festgestellt, dass W. S. 59 J. alt, Gerber, im Februar und März 1893 in drei Fällen mit der 5½jähr. W. H. und der 9jähr. S. M. unzüchtige Handlungen vorgenommen hat (§ 176 Ziff. 3. St.G.B.), indem er in seiner Werkstatt der M. die Röcke in die Höhe hob und seinen Finger in den Geschlechtsteil steckte und dieselben Manipulationen zu zwei verschiedenen Malen an der W. H. vornahm, nachdem er vorher der letzteren Geld gegeben hatte, um Kuchen zu kaufen. Der Angeschuldigte bestritt die ihm zur Last gelegten Handlungen.

In der Hauptverhandlung wurde festgestellt, dass W. S. im März 1881 als Geisteskranker in der Str. psychiatrischen Klinik gewesen ist und der Antrag auf Beobachtung seines Geisteszustandes wurde gestellt und angenommen. Schon in der Haft war sein Benehmen aufgefallen, be-



sonders die Neigung, über ganz fernliegende Dinge Vorträge zu halten. Er äusserte die Meinung, eine ganz besondere Stellung im Himmel, ein besonderes Verhältnis zum Herrgott zu haben, er kann Geister beschwören usw.

Im Jahre 1881 hatte eine ausgesprochene Psychose bestanden (Sinnestäuschungen des Gesichts und Gehörs, Engels- und Teufels-Visionen, Wahnideen religiösen und sexuellen Inhalts, zeitweise lebhaftere Erregung). W. S. war damals aus der Klinik ungeheilt entwichen. Zu Hause hatte er zwar seine Arbeit wieder aufgenommen und ohne wesentliche Conflicte dahingelebt; auffallend war dauernd schlechter Schlaf, geringe Resistenz gegen Alkohol, der leicht heftige Erregung auslöste, Neigung zu religiösen Reden. Die Beobachtung ergab das Fortbestehen eines Systems von Wahnideen (Grössenideen) von religiöser Färbung; daneben bestehen wohl auch Sinnestäuschungen fort.

Die Abhängigkeit der inkriminierten Handlung von bestimmten Wahnideen ist zweifelhaft; ein solcher Zusammenhang ist auch unwesentlich. Angesichts des sicheren Nachweises einer chronischen wohlcharakterisierten Psychose erfolgte Freisprechung. (Beobacht. der Strassburg. psychiatr. Klinik.)

Endlich haben wir hier noch ganz kurz die chronische hypochondrische Paranoia zu besprechen.

Mit dem Beiworte „hypochondrisch“ werden alle diejenigen geistigen Anomalien gekennzeichnet, denen ein krankhaft verändertes Selbstgefühl und die Neigung zu trüber Auffassung der Zustände des eigenen Körpers, meist im Sinne unheilbarer Erkrankung, zu Grunde liegt.

Man sprach früher von der Hypochondrie als einer selbständigen Krankheit; die meisten Irrenärzte haben diese Meinung aufgegeben. Man findet die Neigung zu hypochondrischen Deutungen als eine oft fast lebenslänglich vorhandene Eigentümlichkeit mancher nervös nicht ganz normaler Individuen; das Symptomenbild, das man früher als Hypochondrie im engeren Sinne bezeichnete, trifft man am häufigsten bei der chronischen nervösen Erschöpfung, der Neurasthenie; einzelne hypochondrische krankhaft gefälschte Vorstellungen oder auch ein System von solchen sind eine häufige Begleiterscheinung der angeborenen psychischen Schwächezustände und der Verblödungsprozesse (Imbecillität, Dementia praecox, progressive Paralyse). Endlich kommt es vor, dass hypochondrische Wahnideen das beherrschende Symptom einer funktionellen Psychose darstellen, nämlich der hypochondrischen Paranoia, die in ihrer reinsten Form, aber keineswegs ausschliesslich, bei den dem Senium nahestehenden oder senilen Individuen beobachtet wird. Die Art und Richtung der hypochondrischen Wahnideen ist oben (S. 434) besprochen worden; die Seltsamkeit und Unmöglichkeit vieler hypochondrischer Vorstellungen kennzeichnet dieselben häufig ohne alle nähere Prüfung als krankhafte, als Wahnideen; andernfalls, wenn z. B. die Vorstellung besteht, durch fehlerhafte ärztliche Behandlung an der Gesundheit geschädigt zu sein, ist die Entscheidung über die Frage, ob Wahnidee oder nicht, keineswegs aus dem Inhalt derselben, sondern nur aus dem Verhältnis zu den allgemeinen Denkvorgängen zu treffen.

Die für den Irrenarzt wichtigsten Konsequenzen der hypochondrischen Wahnideen, die Nahrungsverweigerung und die Selbstmordneigung, haben

kein direktes gerichtliches Interesse; in hohem Maasse haben dies dagegen diejenigen Fälle, bei denen die angeblich vorhandenen körperlichen Veränderungen auf fremde Einwirkungen bezogen werden. Man findet nicht so selten Fälle, die in dieser Weise eine Kombination von hypochondrischen Vorstellungen mit Verfolgungsideen zeigen.

Die Gefahr von Seiten solcher Kranker ist am grössten für die Aerzte, die im Laufe der Krankheit mit solchen Individuen zu thun gehabt haben, und die häufig keine Ahnung davon haben, dass auf eine vielleicht flüchtige Berührung, einmalige Untersuchung zum Beispiel, ein so weitgehender Hass zurückgeht, bis er eines Tages in einem plötzlichen lebensgefährlichen Attentate zu Tage tritt.

Nachstehend gebe ich ein charakteristisches Beispiel eines solchen Falles:

Mordversuch, chronische Paranoia. Einstellung des Verfahrens.

Auf den praktischen Arzt Dr. K. wurde im Februar 1894 beim Aussteigen aus seinem Wagen vor seinem Hause ein (fehlgehender) Revolverschuss abgegeben; die Thäterin, die 29jährige J. R., liess sich ohne Widerstand verhaften. Beim Verhör gab sie ohne Weiteres die Absicht zu, den Dr. K. zu töten, bedauerte, dass dies ihr nicht gelungen sei. Sie habe ihn schon wiederholt vor den Revolver zu bekommen versucht, indem sie ihn unter fingierten Kranken-Adressen in Häuser mit dunkelm Hausflur, wo sie ihm auflauerte, bestellt hätte; er sei aber leider nie gekommen, weil er, wie sie nun erfahren hätte, zu ihm unbekannten Kranken nicht ginge.

Im weiteren Verlauf des Verhörs wurden sofort Zweifel über ihren Geisteszustand wach, und nach wenigen Tagen wurde J. R. in die psychiatrische Klinik zur Beobachtung gebracht.

Hier war sie, wie sich herausstellte, schon früher aufgenommen gewesen. —

Es ergab sich Folgendes:

Mutter ist schwachsinnig, eine Schwester war wegen hysterischen Irreseins wiederholt in der psychiatr. Klinik. J. R. war früher gesund, geschickte Arbeiterin, aber immer misstrauisch, unstät, unzufrieden. Im Winter 1891/92 begann eine psychische Veränderung; Pat. horchte bei der Arbeit auf, „ob Leute kämen“, schaute stundenlang zum Fenster hinaus, um aufzupassen, ob Jemand käme, „um ihr das Geld wegzunehmen“. April 1893 Vergiftungsideen: Hausgenossen, die ihre Wohnung haben wollten, thaten Gift in die Milch; Pat. brachte die Milch zur chemischen Untersuchung; sie hatte auch entsprechende Aeusserungen im Hause gehört. Auf Veranlassung der Pat. nahm die Mutter eine andre Wohnung vor der Stadt; drei Tage lang war Alles gut; dann aber fiel der Pat. auf, dass sie und ihre Schwester „schwarze Flecken“ im Gesicht hätten; sie hörte sagen, dass der Hausherr den Brunnen vergiftet hätte; es fiel ihr auch auf, dass Niemand daraus trank. Sehr bald bekam sie von dem Gift im Wasser Augenschmerzen, um derentwillen sie die Augenklinik aufsuchte.

Der Hausherr kam auch Nachts in ihre Stube, um sie zu „betäuben“ und „herumzureissen“; als bald darauf ihre Regel fortblieb und sie Schmerzen im Leib bekam, hörte sie den Hausherrn zu seiner Frau sagen, er habe die R. Nachts chloroformiert und gemacht, dass die Regel fortbliebe.

Wegen starker Erregung erste Aufnahme in die Klinik am 18. 10. 1893. Hier wurden, ausser, wohl angeborener, Pupillendifferenz, keinerlei organisch nervöse Symptome constatirt; Pat. war ruhig, von guter Intelligenz, äusserte weiter Wahnideen im Sinne der obigen und klagte über Schmerzen, namentlich in den Augen, als Folge der Vergiftung. Sonst war sie ruhig, schlief mässig; die Ideen wurden weniger lebhaft geäussert, die Kranke wurde allmählich zugänglicher. Auf Verlangen der Familie erfolgt am 30. Nov. versuchsweise die Entlassung.

Bald nach derselben hat sie die Poliklinik für Gynäkologie aufgesucht, mit der Angabe, dass sie in der psychiatrischen Klinik Nachts besucht und geschwängert sei; nur wisse sie nicht, „ob das Kind von einem Doktor oder dem Professor sei“.

Dort abgewiesen, war sie zu Dr. K. in die Sprechstunde gegangen, um sich innerlich auf Schwangerschaft untersuchen zu lassen. Dies geschah, und von dem Momente an hatte die R. die Idee, von Dr. K. geschädigt, an inneren Organen verletzt, für ihr Leben körperlich ruiniert zu sein.

Sie beschloss, sich zu rächen und verübte das geschilderte Revolverattentat.

Die erneute Beobachtung ergab ein äusserlich anderes Bild als früher; Pat. verweigert jede genaue Auskunft, stellt für den Moment der Entlassung sofortige Wiederholung ihrer That in Aussicht, ist zeitweise sehr erregt, zertrümmert Mobiliar, verweigert die Nahrung. — Sondenfütterung. —

Das Gutachten stellte das Bestehen einer chronischen Paranoia fest; das Verfahren wurde eingestellt und Pat. in Stephansfeld untergebracht. (Beobachtung der Strassburger psychiatr. Klinik.)

Die gerichtliche Begutachtung ist in so ausgesprochenen Fällen chronischer Paranoia mit hypochondrischen Wahnideen sehr einfach; wenn sich die Vorstellungen im Bereiche des Möglichen halten, die Stimmung keine stärkeren Abweichungen zeigt, die Erkrankung erst kurze Zeit dauert, kann die Beurteilung grösseren Schwierigkeiten begegnen. Das Wesentliche ist auch hier der Nachweis derjenigen Merkmale, die die Wahnidee gegenüber der irrtümlichen Meinung kennzeichnen: die krankhafte Entstehung, die Unkorrigierbarkeit und der zwingende Einfluss auf das Handeln. — Bei den symptomatischen hypochondrischen Wahnideen, z. B. bei der progressiven Paralyse, ist das für die Begutachtung Wesentliche der Nachweis der zu Grunde liegenden Geistesstörung.

---



## Zweiter Abschnitt.

---

# Organisch bedingte Seelenstörungen.

---

### Kapitel I.

#### Die progressive Paralyse.

Die progressive Paralyse (*Dementia paralytica*), die „Hirn-Erweichung“ der Laien, hat nicht nur durch ihre Häufigkeit, durch die Vieltätigkeit ihrer Symptome, durch die weitgehende Beeinflussung der Rechtsbeziehungen des Individuums und wegen der Möglichkeit sehr frühzeitiger Erkennung durch einen Sachverständigen grosse praktische gerichtliche Bedeutung, sondern auch ein hohes theoretisches Interesse von dem Gesichtspunkte aus, dass sie die Abhängigkeit krankhafter geistiger Erscheinungen von materiellen Veränderungen des Zentralnervensystems und die Untrennbarkeit der einzelnen geistigen Vorgänge, die dem Zustandekommen einer Handlung vorausgehen, ganz besonders deutlich veranschaulicht.

Für ihre Häufigkeit giebt die Thatsache einen Maassstab, dass stellenweise jeder sechste oder siebente in eine Irrenanstalt aufgenommene männliche Kranke an progressiver Paralyse leidet; das zahlenmässige Verhältnis der beiden Geschlechter ist dabei so, dass erst auf 3—4 Männer eine Frau kommt.

Die den Kliniker sehr nahe berührende Frage nach den Ursachen der progressiven Paralyse, namentlich nach dem Verhältnis derselben zu einer vorausgehenden syphilitischen Ansteckung, darf uns hier nicht interessieren; dagegen ist es für die Beurteilung der Tragweite des Nachweises der Krankheit wichtig, die anatomische Grundlage der klinischen Symptome wenigstens im Umriss zu kennen. Wir wissen jetzt, dass von allen organischen Erkrankungen der nervösen Zentralorgane die progressive Paralyse die räumlich am weitesten ausge dehnte ist; die krankhaften Veränderungen, deren wesentlichste ein Schwund von nervöser Substanz darstellt, erstrecken sich von der Hirnrinde durch das ganze Gehirn und Rückenmark bis in die peripherischen Teile des Nervensystems. Aus der Verschiedenheit des funktionellen Wertes der am meisten befallenen Teile, aus dem zeitlich verschiedenen Auftreten des krankhaften Prozesses in

diesen oder jenen Abschnitten und aus der schwankenden Geschwindigkeit seines Fortschreitens erklärt sich die im einzelnen ausserordentlich grosse Verschiedenheit der klinischen Bilder, die namentlich in den ersten Stadien der Krankheit deutlich ist. — Ganz allgemein zeigt die progressive Paralyse folgende wesentliche Merkmale: Das Hauptsymptom derselben ist der allmählich bis zum Blödsinn fortschreitende, in allen etwa gleichzeitig vorhandenen geistigen Abweichungen kenntliche Verfall der Verstandeskräfte; neben dieser Entwicklung einer fortschreitenden psychischen Schwäche treten zahlreiche sensible und motorische Reizungs- und Ausfallserscheinungen an Hirnnerven und an den Extremitäten auf, welche als diagnostische Hilfsmittel von allergrösstem Werte sind.

Der progressive Schwachsinn bleibt in einem gewissen Bruchteil der Fälle bis zum Tode das am meisten hervortretende psychische Symptom; in andern Fällen begleiten ihn lebhaftere Stimmungsanomalien im Sinne der gehobenen oder gedrückten Gemütslage in allen Abstufungen, gleichzeitig mit Vorstellungen entsprechenden Inhaltes (Grössenideen, hypochondrische, melancholische Wahnideen), öfter auch Sinnestäuschungen; oft kommt es zu beträchtlichen Steigerungen des Affektes mit Bewusstseinstrübung in den sogenannten paralytischen Erregungszuständen. Als weitere episodische Ereignisse treten in einer sehr wechselnden Häufigkeit die paralytischen Anfälle auf, die, bei weitgehender Verschiedenheit im einzelnen, an gemeinsamen Kennzeichen aufweisen: anfallsweise auftretende Trübungen des Bewusstseins, schwankend von den leichtesten, vielleicht unbemerkt bleibenden momentanen „Absenzen“ oder Schwindelanwandlungen bis zum schweren Coma, mit oder ohne Konvulsionen, häufig mit nachbleibenden Lähmungs- oder Schwäche-Erscheinungen und fast immer gefolgt von einem weiteren Sinken der Verstandeskräfte.

Die Krankheit ist unheilbar und führt in der Regel wenige Jahre nach dem ersten Auftreten der die Diagnose sicherstellenden Symptome in paralytischen Anfällen oder durch sekundäre körperliche Störungen (Lunge, Blase, Niere, Haut) im Marasmus zum Tode; die Krankheitsdauer wird verlängert durch das Auftreten von Remissionen; einzelne Fälle von ganz langsamem, sich über mehr als 10 Jahre erstreckendem Verlaufe kommen vor.

Für die gerichtliche Praxis ist die zweite Hälfte des Verlaufes der progressiven Paralyse, das Stadium des Blödsinns und des körperlichen Siechtums, in dem die Kranken als solche auch von Laien nicht mehr verkannt werden können und sich meist in Anstaltspflege befinden, weit weniger wichtig, als die erste Hälfte, das einleitende Stadium bis zur vollen Ausbildung der charakteristischen Erscheinungen. Die Erfahrung lehrt, dass nicht nur von Richtern, sondern auch von ärztlichen sogenannten Sachverständigen viele Fälle wohl erkennbarer progressiver Paralyse nicht richtig gewürdigt werden; die gerichtlich-psychiatrische Kasuistik weist in grosser Anzahl Fälle von Verurteilungen von Paralytikern auf, die nicht nur von jedem Arzte, sondern auch von jedem mit den für sein Amt notwendigen psychiatrischen Kenntnissen

ausgestatteten Richter hätten erkannt werden müssen; ich sehe dabei noch ganz ab von der nicht kleinen Zahl solcher Kranken, bei denen im Gefängnis bald nach dem Strafantritt die Krankheitsercheinungen deutlich werden, wobei nicht bezweifelt werden kann, dass eine genaue Untersuchung schon zur Zeit der Verhandlung den Sachverhalt klargestellt haben würde.

Die eigentümlichen Vorstellungen, die Laien in der Regel von dem Wesen und der Aeusserungsweise geistiger Störungen haben, bewirken, dass die ganz langsam eintretenden ersten psychischen Veränderungen bei der progressiven Paralyse so häufig von Angehörigen, Mitarbeitern, Kollegen usw. übersehen oder falsch gedeutet werden; sehr oft ist es grade ein Konflikt mit Sitte oder Gesetz, der zum ersten Male überhaupt die Nächstbeteiligten darüber aufklärt, dass sich unter ihren Augen, wenn auch von ihnen unbemerkt, eine tiefgreifende Wandlung einer geistigen Persönlichkeit nicht nur vorbereitet, sondern schon vollzogen hat. Mit Recht wird aus diesen Gründen von dem Arzte verlangt, dass er im Stande sei, die im Vergleich mit der Erkennbarkeit früher Stadien andrer Seelenstörungen leichte Frühdiagnose der progressiven Paralyse mit der für praktische Zwecke nötigen Sicherheit zu stellen.

Hier können nur einige Hinweise gegeben werden, die für den Arzt keineswegs das zu ersetzen bestimmt oder geeignet sind, was er etwa in seiner klinischen Ausbildungszeit zu lernen versäumt hat.

Die Feststellung und Beurteilung der rein körperlichen Erscheinungen (Veränderungen an den Augenmuskeln, Sehnerven, Pupillen und Sehnenreflexen, Lähmungserscheinungen, Störungen der Hautempfindung, Zittern, Schmerzen, Störungen der Sprache, der Schrift, des Ganges, der Blase usw.), ist eine rein technische Aufgabe des ärztlichen Sachverständigen: andre diagnostisch verwertbare und wertvolle Umstände sind derart beschaffen, dass sie auch dem erfahrenen Richter als verdächtiges Moment erscheinen und Anlass werden müssen, den Geisteszustand sachverständig untersuchen zu lassen.

Hierher gehört zunächst die Thatsache, dass die progressive Paralyse nicht in jedem Lebensalter vorkommt, sondern fast ausschliesslich eine Erkrankung des mittlern Lebensabschnittes darstellt, die, was den Beginn anbetrifft, ihre grösste Häufigkeit in der Zeit vom 30.—50. Lebensjahre besitzt. Irgend welche auffallende geistige Eigentümlichkeiten bei Männern dieses Alters, in welchem, abgesehen vom Alkoholismus, geistige Erkrankungen andrer Art nicht häufig sind, müssen im Prinzip an die Möglichkeit des Vorliegens einer progressiven Paralyse denken lassen.

An psychischen verdächtigen Symptomen ist oft das erste Zeichen eine veränderte Reaktionsweise des Individuums gegenüber den Eindrücken der Aussenwelt, eine allgemeine Steigerung der Reizbarkeit, die sich vor Allem in dem Misverhältniss zwischen der Stärke der, übrigens wenig nachhaltigen, Affekte und der Grösse der sie veranlassenden Ursachen äussert, auch als verminderte Widerstandsfähigkeit gegen Alkohol und Hitze erscheint. Auf in-



tellektuellem Gebiete zeigt sich eine allgemeine Abnahme der Leistungsfähigkeit, die sich aus einer Verminderung des Gedächtnisses und einer Schwächung der Urteilskraft zusammensetzt; Urteilsschwäche in Verbindung mit einer Abstumpfung der höheren (ästhetischen und ethischen) Gefühle veranlasst das Sinken des moralischen Niveaus; die feineren Regungen des Mitgefühls, die Rücksicht auf die Wünsche und Anschauungen der Umgebung, das Augenmaass für das gesellschaftlich Geziemende gehen verloren; als Resultat erfolgen Taktlosigkeiten, Verletzungen des Schamgefühls, eventuell, bei gleichzeitiger Affekterregung, brutale Handlungen. Für die motorische Seite des Seelenlebens macht sich schon früh die Herabsetzung der Funktion in der zunehmenden Zerfahrenheit und Zerstreutheit, in der Unfähigkeit, verwickelten Gedankengängen aufmerksam zu folgen, in dem torpiden, der eigenen Initiative ermangelnden, dabei aber doch abnorm leicht bestimmbar. Wesen der Kranken bemerkbar.

Die Gesamtschmelze der erwähnten Erscheinungen gibt das Bild der „psychischen Schwäche“, die allen etwa sonst gleichzeitig vorhandenen geistigen Anomalien eine bestimmte Färbung verleiht, die in dem Beiwort „paralytisch“ zum Ausdruck gebracht wird. So finden sich in dem Anfangsstadium paralytische Grössenideen, häufig zusammen mit einem krankhaft gesteigerten Selbstgefühl und Gesundheitsgefühl (paralytische Euphorie), paralytische Wahnideen melancholischen oder hypochondrischen Inhalts, paralytische Erregungszustände und dergl. — Das Anfangsstadium der progressiven Paralyse kann sich auch verbergen hinter den Zustandsbildern wohlcharakterisierter, nervöser oder psychischer Erkrankungen, die sonst als selbständige Störungen auftreten; es gibt kaum irgend eine Form der Geistesstörung, deren Symptome nicht zeitweise bei progressiver Paralyse vorkämen; so finden sich Symptomenkombinationen, wie sie bei Neurasthenie, bei den Delirien, bei Melancholie, bei Manie, bei den akuten und chronischen Wahnbildungen vorkommen; entweder auf Grund der körperlichen greifbaren und sicheren Kennzeichen oder durch den Nachweis der psychischen Schwäche werden diese klinischen Bilder als nicht selbständige Störungen, sondern als meist nicht andauernde Aeusserungsformen des chronischen unheilbaren Gehirnprozesses diagnostiziert; die gleichen diagnostischen Merkmale geben immer wieder die Hauptstütze bei der Abgrenzung von frühen Fällen progressiver Paralyse gegenüber chronischen Vergiftungen und andern organischen Erkrankungen des Gehirns. Genauerer Eingehen auf diese Dinge ist hier nicht möglich. —

Die gerichtliche Bedeutung der progressiven Paralyse ist in strafrechtlicher wie in zivilrechtlicher Hinsicht gleich gross; beide Male liegt die Gefahr für das Individuum und seine Umgebung darin, dass der sich entwickelnde schwere Hirnprozess das Handeln längere Zeit in durchaus krankhafter Weise beeinflussen kann, ehe der krankhafte Charakter des

geistigen Geschehens erkannt wird; beide Male ist von den psychischen Erscheinungen die Urteilschwäche diejenige, die dem Handeln ihr Gepräge aufdrückt und es unzweckmässig, falsch oder gefährlich werden lässt.

In strafrechtlicher Hinsicht gehören schwere Verbrechen, wenn sie auch hier und da vorkommen (vergl. die Beispiele unten), nicht zu den häufigeren Ereignissen bei der progressiven Paralyse. Es liegt dies zum guten Teile an der krankhaften Herabsetzung der Initiative und dem Verlust der Energie, den die Krankheit mit sich bringt; was strafbare Handlungen veranlasst, ist in erster Linie die Urteilschwäche, die sittliche und ästhetische Abstumpfung und die mangelnde Herrschaft über Stimmung und Affekte. So begehen die Kranken strafbare Handlungen, wie betrügerischen Bankrott, Urkundenfälschung, Betrug, Diebstahl und dergl., weil ihnen das Urteil fehlt über das, was sie thun, oder weil sie aus Gedächtnismangel und sachlichem Irrtum fehlen, andere, wie Exhibitionismus und ähnliche schamlose öffentliche Akte, unsittliche Handlungen an Kindern oder Päderastie, weil sie das Gefühl für die Verwerflichkeit oder Anstössigkeit der That verloren haben, andere, wie groben Unfug, Auflehnung oder Widerstand, Beleidigung, Teilnahme an Schlägereien, weil neben der Urteilschwäche eine krankhafte Reizbarkeit sie zu Zusammenstössen disponiert usw. In Zuständen von paralytischer Erregung oder paralytischen Delirien ist die starke Trübung des Bewusstseins das wesentlichste krankhafte Moment.

Für die gerichtliche Beurteilung kann die That selbst nach verschiedenen Richtungen hin schon den Hinweis auf eine krankhafte Beeinflussung des Handelns geben, wenn es auch im Allgemeinen unzulässig ist, aus der Art eines Vergehens derartige Schlüsse zu ziehen. So kann der Verdacht auf das Bestehen einer progressiven Paralyse mit gutem Grunde ausgesprochen werden, wenn z. B. ein als intelligent bekannter Mann besten Alters von guter Erziehung und bisher tadelloser Lebensführung plötzlich öffentlich schamlose Akte, noch dazu unter Vernachlässigung jeder Vorsicht vor Ertappung, ausführt; andere Male kann ein entsprechender Hinweis darin gegeben sein, dass dabei das Benehmen eines solchen Mannes, seine Gleichgiltigkeit bei der Verhaftung und Vernehmung selbst, die läppische Art der Motivierung seines Thuns die Urteilschwäche sofort erkennbar machen. Mehr wie ein Verdacht liegt in solchen Momenten nicht, die aber den Anstoss zur Bezweifelung der Zurechnungsfähigkeit geben dürfen.

Für den ärztlichen Sachverständigen ist die Begutachtung von Fällen progressiver Paralyse sehr einfach, wenn es möglich ist, nachzuweisen, dass neben solchen nervösen Symptomen aus der Reihe der oben genannten, die das Vorhandensein eines ausgedehnten organischen Gehirnleidens sicherstellen, auch demonstrierbare psychische Mängel existieren, deren Entwicklung auf eine abgrenzbare Spanne Zeit rückwärts verfolgt werden kann. Die Entscheidung kann dagegen sehr schwierig sein, wenn der Sachverständige auf Grund wenig bestimmter und auch sonst vorkommender psychischer Veränderungen, wie z. B. Reizbarkeit und

schwankende Stimmung in Verbindung mit einem oder dem anderen organischen Symptome zwar die subjektive Ueberzeugung hat, dass eine progressive Paralyse in der Entwicklung begriffen ist, ohne doch diese Annahme sicher beweisen zu können. Ich habe schon oben bei der Besprechung des Wertes einer bestimmten Diagnosenstellung ausgesprochen, dass psychische Veränderungen, wenn sie durch begleitende organische Zeichen als Symptome einer progressiven Paralyse gekennzeichnet werden, dadurch eine andere Bedeutung erhalten, als ihnen zukäme, wenn als Maassstab allein die Grösse des nachweislichen Ausfalles angelegt würde; die Feststellung einer Krankheit, die erfahrungsgemäss die für das psychische Leben wesentlichsten Bestandteile des Gehirnes in grosser Ausdehnung zerstört und damit die ganze geistige Persönlichkeit in Mitleidenschaft zieht und schliesslich vernichtet, erlaubt für keine auf diesem Boden erwachsende Handlung die Annahme, dass sie von krankhaften Einflüssen frei geblieben sei. Die sichere Diagnose auf progressive Paralyse stellt also immer den Träger der Krankheit unter den Schutz des § 51 des St.G.B. Alle Schwierigkeiten liegen also in der diagnostischen Entscheidung.

Körperlich nervöse und psychische Symptome sind dabei auch für die gerichtliche Diagnostik nicht gleichwertig.

Reflektorische Pupillenstarre z. B. und Anomalien der Sehnenreflexe beweisen an sich gar nichts, da sie in gleicher Weise bei Tabes vorkommen; in Verbindung mit Stimmungsanomalien, Reizbarkeit und Zeichen psychischer Schwäche machen sie die Diagnose zweifellos; Pupillenträgheit, Sprachstörung, Zittern, Fehlen der Kniereflexe in Verbindung mit gemüthlicher Stumpfheit beweisen ebenfalls nichts, da sie auch Erscheinungen des chronischen Alkoholismus darstellen und mit der Abstinenz zurückgehen können; kommt zu den genannten Dingen aber noch ein apoplektiformer Anfall hinzu, und bringt erzwungene Abstinenz keine Aenderung, so ist die Diagnose auf progressive Paralyse wiederum sicher. So kommen die mannigfachsten Kombinationen vor, für deren Würdigung eben unerlässliche Vorbedingung ist, dass der Sachverständige psychische Diagnosen zu stellen gelernt hat. Das wesentlichste Merkmal ist unter allen Umständen, gleichviel um welche andern Erscheinungen es sich sonst handeln mag, die Entwicklung von fortschreitender psychischer Schwäche, die von einem bestimmbaren Zeitpunkte an eine sichere Aenderung der geistigen Persönlichkeit herbeigeführt hat. — Dem Sachverständigen kann die Frage vorgelegt werden, ob eine heute anerkannte progressive Paralyse schon vor einer Reihe von Wochen oder Monaten als eine krankhafte Störung der Geistesthätigkeit im Sinne des § 51 St.G.B. anzusehen gewesen sei. Die Entscheidung wird dabei wesentlich abhängen von Zeugenaussagen, noch mehr aber von den als diagnostisches Hilfsmittel bei der progressiven Paralyse nicht hoch genug zu schätzenden Schriftstücken des Kranken aus der in Frage stehenden Spanne Zeit (Briefe, Geschäftsbücher u. dgl.). Finden sich in diesen bei Gebildeten die für die progressive Paralyse charakteristischen Mängel, eine früher ungewohnte Vernachlässigung der äusseren Form, grammatische und stilistische



Fehler, Auslassungen von Worten, Silben, Buchstaben, unnütze Wiederholungen u. dgl., so darf eine solche Thatsache unbedenklich in dem Sinne verwertet werden, dass zu dem gedachten Zeitpunkte schon sichere psychische Veränderungen vorhanden waren. Die erfahrungsgemäss feststehende Thatsache, dass manche einzelne Symptome längere Zeit dem Auftreten grober psychischer Anomalien vorausgehen können, berechtigt uns, in umgekehrter Richtung zu schliessen, dass wenn heute eine ausgesprochene progressive Paralyse vorliegt, wahrscheinlich auch schon seit Monaten krankhafte Momente bei den Entschliessungen des Individuums von Einfluss gewesen sind. —

Grossen Schwierigkeiten kann auch die Beurteilung der Zurechnungsfähigkeit bei strafbaren Handlungen, die in eine Remission fielen, begegnen. Unter Remission versteht man bei progressiver Paralyse nicht ein blosses Nachlassen z. B. eines Erregungszustandes oder das Zurücktreten paralytischer Grössenideen, sondern eine scheinbare psychische Genesung, während deren aber organisch-nervöse Symptome, wie z. B. die reflektorische Pupillenstarre, unverändert fortbestehen können. Ich kenne selbst Paralytiker, die während einer solchen Remission wieder fähig wurden, ihre frühere Stellung eine Zeit lang noch auszufüllen. Gewöhnlich handelt es sich dabei um solche Fälle, bei denen die Diagnose auf Grund organischer nervöser Symptome und gemüthlicher Anomalien gestellt worden war, während ein deutlicher intellektueller Defekt noch gefehlt hatte. Immer bleiben in den weitgehendsten Remissionen bei sicher festgestellter progressiver Paralyse psychische Veränderungen leichter Art bestehen: labile Stimmung, Reizbarkeit, Ermüdbarkeit, Intoleranz gegen Alkohol u. dgl. Sind in einer Remission neben organischen Symptomen überhaupt geistige Abweichungen vom Normalen vorhanden, wird man das Zutreffen der Voraussetzungen des § 51 bejahen dürfen.

Alle diese Fragen lassen sich nicht prinzipiell, sondern nur von Fall zu Fall erledigen; meine Bemerkungen haben mehr den Zweck, einerseits die Schwierigkeiten der Begutachtung hervorzuheben, anderseits im allgemeinen den Weg zu zeigen, den die Erwägungen des Sachverständigen dabei einzuschlagen haben. —

Nachstehend Beispiele von strafrechtlichen Konflikten bei Paralytikern.

#### Brandstiftung, paralytische Geistesstörung.

Albert X. 56 Jahre alter, lediger Sprachlehrer, wurde der Brandstiftung dringend verdächtig, in Anklagestand versetzt. Er hatte nach der zweifellos von ihm vollbrachten That scheinbar die Flucht ergriffen und mancherlei Ausreden vorgebracht, worin Beweise für sein Schuldbewusstsein gefunden wurden.

Die angestellten Erhebungen ergaben Folgendes: X., seit langer Zeit schweren Excessen in Venere ergeben und seit einigen Jahren durch wesentliche Abnahme seiner Unterrichtsstunden sehr in seinem Einkommen geschmälert, erlitt vor 6 Monaten den Verlust seiner langjährigen Maitresse, welcher ihn gemüthlich schwer geschädigt zu haben scheint. Seitdem wurde an ihm eine Aenderung in seinem ganzen Wesen und Auftreten beobachtet. Er kümmerte sich wenig um seinen Beruf, brachte seine schriftlichen Arbeiten nicht mehr fertig, vernachlässigte seine Kleidung, schweifte müssig, plan- und ziellos umher, wobei er oft lebhaft gestikulierte und vor sich hinsprach; er bot das Bild geistiger und körperlicher Verkommenheit.

Er kam in diesem Zeitraum wiederholt in gerichtliche und polizeiliche Untersuchung. Den 15. Oktober wurde er verhaftet wegen ernstlicher Gefährdung des von ihm bewohnten Hauses. Man traf ihn nämlich in seinem ganz mit Pulverdampf erfüllten Zimmer mit zwei Pistolen vor seinem Tische stehend, auf welchem halbverbrannte Papiere und Kugeln lagen. Während er angab, es seien Mörder und Diebe in sein Zimmer eingedrungen, gegen welche er sich zur Wehr gesetzt habe, nahmen seine Hausleute an, er habe aus Bosheit und Rache gehandelt, weil man ihm abscheuliche „Schweinereien“ verwiesen hatte. (Er urinierte nämlich nicht nur auf den Boden seines Zimmers, sondern auch den Hausgang und die Treppe herab, während er seinen Stuhlgang in die Schubladen einer neuen Mahagonikommode entleerte). Bei dem späteren Verhör leugnete er die erwiesene Bedrohung seiner Hausleute und alle Verunreinigungen: er habe die Pistolen einfach probieren wollen.

Der Gerichtsarzt äusserte sich gutachtlich dahin, dass „X., der in verständiger Weise Rede und Antwort gebe und seine Handlungen zu beschönigen suchte, nicht seelensgestört sei, sondern von heftigem und leidenschaftlichem Temperamente. Er scheine in der Aufregung und im Zorne gehandelt zu haben“. Am 20. Oktober wurde X. auf offener Strasse an hellem Tage mit heraushängenden Genitalien betroffen, als er ein 63 Jahre altes, hässliches Weib mit geiler Miene umarmte und schliesslich anpisste. In der Nacht vom 23. auf 24. gleichen Monats warf er seinem früheren Miethsherrn mehrere Scheiben ein. Am 25. suchte er in verschiedene Häuser einzudringen, um Weibspersonen zu suchen, wurde aber überall hinausgeworfen und schliesslich verhaftet. Am 28. in einem Bierhause sitzend, brannte er mit einem Fidibus in scheinbar spielender Weise ein grosses Loch in einen Tischtteppich. Er leugnete jede Absicht.

Endlich übte er am 29. Oktober dadurch die in ihren Folgen schwere Brandstiftung, dass er ein brennendes Streichholz oder eine glimmende Cigarre in einen an einem Wohnhaus angebauten Heuschöber warf. Bald darauf im Felde aufgegriffen, stellte er jede Absicht der Brandstiftung in Abrede; „er sei vielmehr im Begriffe, hier Maulwürfe zu fangen“. Während des Verhörs versuchte er, am Ofen des Gerichtssaales ein Zündhölzchen anzuzünden und besudelte den Boden mit seinem Urine.

Der Gerichtsarzt kam zu keinem bestimmten Urtheile, ob hier Bosheit, Verstellung oder Krankheit vorliege. X. habe in der Haft ein so klares Bewusstsein über die Strafbarkeit der Brandstiftung gezeigt, dass er für dieselbe, falls er sie absichtlich begangen, rechtlich verantwortlich scheine. Allein, wenn man den ganzen Menschen mit kritischem Auge betrachte, so ergebe sich, dass sich schon geraume Zeit vor der fraglichen That so wesentliche Aenderungen in seinem Geistesleben vollzogen hätten, dass man ernstliche Zweifel an seiner gesunden Vernunft hegen müsse. —

Die folgende Beobachtung in Illenau ergab die ausgesprochenen körperlichen und geistigen Erscheinungen eines schweren, im raschen Fortschritte begriffenen Gehirnleidens, namentlich schwankender Gang, Unsicherheit der Hände, stotternde Sprache mit bebenden Lippen, ungleich weite Pupillen und Unvermögen, Stuhl und Urin zurückzuhalten, sowie grosse kindische Geisteschwäche mit tiefer Störung des Bewusstseins, besonders für das Naheliegende, hochgradige Reizbarkeit mit brutaler Gewaltthätigkeit. Der Gegenstand seiner Anklage war ihm höchst gleichgiltig und seinem Urtheil vollkommen entrückt. Gutachten: X. leidet seit geraumer Zeit an Dementia paralytica. —

Die ihm zur Last gelegte Brandstiftung ist die Folge einer durch diese Krankheit bedingten derartigen Störung des Bewusstseins, dass er ausser Stande war, sich seiner Handlungen, namentlich deren Bedeutung und Folgen, sowie ihrer Strafbarkeit bewusst zu sein. — Niederschlagung der Untersuchung. (Kirn, Maschka, Handbuch Bd. 4, S. 399.)

#### Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange. Initialstadium der Dementia paralytica.

Anton Hofmann, 47 J. alter Scribent, geriet, von andrer Seite dazu aufgereizt, in zornigen Affekt, der, rasch zu maassloser Höhe ansteigend, ihn dazu antrieb, seinem Gegner das Messer in die Brust

zu stossen. Die Verletzung hatte am 6. Tag den Tod des Getroffenen im Gefolge. Der Angeklagte wurde vom Schwurgericht unter Anrechnung mildernder Umstände zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. —

H., einem in hohem Grade dem Trunke ergebenen Vater entstammend, hatte selbst ein bewegtes und excessives Leben geführt. Er erkrankte ein Jahr vor der incriminierten That, angeblich in Folge von Ueberanstrengung, nach Aussage seines Arztes an einer als Melancholie zu bezeichnenden Geistesstörung, welche nach einigen Monaten eine wesentliche Besserung erfuhr. Doch blieb eine bedeutende Schwäche seines ganzen Nervensystems zurück, welche sich theils in allgemeiner Körperschwäche, theils darin äusserte, dass jede geistige Thätigkeit sehr rasch eine vollständige Ermüdung seines Denkvermögens zur Folge hatte. Auch leichte Lähmungszustände sollen damals vorhanden gewesen sein.

Während der Haft wurde keine ausgesprochene Geistesstörung, wohl aber der Eintritt von zwei apoplektiformen Anfällen, (somit das Andauern einer schweren Gehirnerkrankung), beobachtet.

Nach der Entlassung aus dem Gefängnisse führte H. ein sehr ungeordnetes Leben und ergab sich dem Trunke. Er wurde von Tag zu Tag aufgeregter, fing an, verwirrte Reden zu führen, so dass er nach zwei Monaten wegen Ruhestörung und Neigung zu Gewaltthätigkeiten als geisteskrank der Irrenanstalt übergeben werden musste.

Dort zeigte H. eine Aufregung mittleren Grades mit entschieden gesteigertem Selbstgefühle. Er war heiter und glücklich gestimmt, hielt sich zu Allem befähigt und alle seine Wünsche für erreichbar. Im Grössenwahn schwelgend sprach er viel von seiner reichen Braut, von seinen unermesslichen Leistungen usw. Neben der Erregung bestand eine charakteristische Schwäche für nahe Liegendes.

Später liessen sich leichte motorische Störungen im Gebiete der Sprache, des Facialis und der Extremitäten feststellen, wodurch die Diagnose auf Dementia paralytica zu stellen möglich wurde. Der weitere funeste Verlauf bestätigte diese Diagnose vollkommen. (Kirn, Maschka's Handbuch. Bd. 4. S. 398.)

---

## Kapitel II.

### Die Dementia senilis.

Das „Greisenalter“ ist durch keine zeitlich scharfe Grenze von dem vorausgehenden Lebensabschnitt getrennt, und es fehlen entsprechend sichere körperliche Merkmale, wie sie z. B. die Zeit der Pubertät gegen die Kindheit abgrenzen. Diejenigen körperlichen Veränderungen, die nach Ueberschreiten der Lebenshöhe eintreten und als Rückbildungsvorgänge bezeichnet werden, ergeben bei starker Ausbildung den körperlich greisenhaften Habitus, der sich aus Schwund des Fettpolsters, Welkwerden der Haut, Veränderungen an den Augen, an Knochen und Gelenken mit dem Erfolg der gebeugten Haltung der steifen Bewegungen usw. zusammensetzt. Wesentlicher als diese Vorgänge sind für die geistige Verfassung der senil werdenden Individuen die Zustandsänderungen an den arteriellen Blutgefässen, die trotz der Verschiedenheit der histologischen Vorgänge zu dem gemeinsamen Ergebnis führen, dass nicht nur die gesamte allgemeine Ernährung der nervösen Substanz des Gehirns Noth leidet, sondern auch an einzelnen Stellen leicht herdförmige gröbere Störungen der Zirkulation mit Untergang nervöser Elemente eintreten können. Das Greisenhirn erleidet ausser diesen von den Blutgefässen direkt abhängigen



Veränderungen auch die dem späteren Alter im Allgemeinen eigene Abnützung der Gewebe ohne entsprechenden Wiederersatz, die zu sehr merkbaren Verminderungen des Hirngewichtes (um ein Siebentel und mehr) führen kann — senile Hirnatrophie.

Die Arten der Schädigung des senilen Gehirns sind also, namentlich auch durch die Möglichkeit verschiedener Lokalisation der genannten Vorgänge, sehr mannigfaltig, und wir treffen dementsprechend auch klinisch verschiedenartige Bilder seniler geistiger Anomalien.

Diese geistigen Veränderungen werden im Allgemeinen erst im siebenten Lebensjahrzehnt deutlich; ihre Entwicklung kann aber auch schon im sechsten, sogar gegen Ende des fünften beginnen. Die anscheinend sehr plausible Auffassung, dass ein besonders arbeitsames oder ausschweifendes Leben zu frühzeitigem Beginn des Greisenalters („Senium praecox“) disponiere, ist in dieser Allgemeinheit sicherlich nicht zutreffend; bei frühzeitigem Senium findet man fast immer überraschend starke Veränderungen an den arteriellen Blutgefäßen, die gewiss manchmal, aber keineswegs immer auf die Art der Lebensführung zu beziehen sind (Alkohol, Syphilis), sich auch gerne bei neurasthenischen Individuen entwickeln, ausserdem hier und da erbliche Eigentümlichkeit zu sein scheinen; andererseits trifft man Männer, die bis in das hohe Alter hinein trotz einer sehr lebhaften „Vergangenheit“ von senilen geistigen Spuren so gut wie nichts aufweisen.

Für die gerichtliche Beurteilung ist also daran festzuhalten, dass bei geistigen Veränderungen das Beiwort „senil“ nicht die Zugehörigkeit zu einem zeitlich genau umgrenzbaren Lebensabschnitt, sondern bestimmte geistige Eigentümlichkeiten bezeichnen will.

Zunächst treffen wir senile Züge, die als normale Eigentümlichkeit der geistigen Verfassung der Greise zu gelten haben: die schwindende Elastizität und der Eigensinn, die Ermüdbarkeit, das Sinken der Merkfähigkeit, die Abstumpfung der höheren Gefühle und damit die egoistische Einengung der Gemütsregungen, die Neigung zu hypochondrischen oder misstrauischen Auffassungen usw. Alle diese Dinge sind nicht als „krankhafte Störungen der Geistesthätigkeit“ aufzufassen und zu bewerten, so lange nicht gröbere Störungen aus der Reihe der noch zu nennenden hinzutreten; sie geben aber funktionellen Psychosen, die sich bei Greisen entwickeln, ihr besonderes „seniles“ Gepräge, wobei ein gröberer intellektueller Defekt nicht immer vorhanden zu sein braucht, (senile Melancholie, senile Manie, senile Verworrenheit, senile Delirien, senile Wahnbildungen usw.). —

In quantitativer Steigerung führen die normalen senilen Züge zu der eigentlichen und wichtigsten Geistesstörung der Greise, der Dementia senilis.

Neben den erwähnten psychischen Veränderungen ist dabei das Wesentlichste ein fortschreitendes Abnehmen der intellektuellen Fähigkeiten, nicht nur des Gedächtnisses, sondern auch des Urteilsvermögens, mit dem in einer Reihe von Fällen eintretenden Endergebnis des Blödsinns. Auch die sonstigen

(im allgemeinen Teil Seite 513 ff.) erwähnten Eigentümlichkeiten der psychischen Schwächezustände pflegen dabei nicht zu fehlen. Besondere Eigentümlichkeiten der senilen Demenz sind die manchmal andauernde Schlaflosigkeit, die motorische Unruhe, die Neigung zum Auftreten von traumhaften Bewusstseinszuständen, Verwirrtheit; die nicht seltenen Wahnbildungen bewegen sich im Sinne einfacher misstrauischer Deutungen, oder es sind Verfolgungsideen oder oftmals ganz unsinnige hypochondrische Vorstellungen. Von Sinnestäuschungen sind bei den häufig schwerhörigen Kranken Gehörstäuschungen in der Richtung der Wahnideen zu beobachten; von körperlichen Begleiterscheinungen ist namentlich der senile Tremor zu erwähnen; gröbere somatische Erscheinungen, Schwindelanfälle, Ohnmachten, halbseitige Schwäche- oder Lähmungszustände, Aphasie und dergl. stehen in Abhängigkeit von lokalen, durch Gefässveränderungen verursachten Krankheitsheerden im Gehirn. —

Die Abgrenzung dieser schweren Fälle von seniler Demenz, wenn sie vor der eigentlichen Zeit des Greisenalters auftreten, von späten Fällen progressiver Paralyse oder nicht seniler Demenz bei Apoplexie und multiplen Erweichungsherden im Gehirn ist für unsre praktischen Zwecke bedeutungslos und in manchen Fällen auch überhaupt nicht ausführbar. —

Fälle von Dementia senilis geben recht oft zu strafrechtlichen Zusammenstößen und zur Begutachtung Anlass; auch hier wird, wie bei der progressiven Paralyse, die Krankheit sehr häufig nicht erkannt; die langsam entstehenden geistigen Veränderungen entgehen der Umgebung, und dem Richter erscheint als Ausdruck einfacher moralischer Verkommenheit, was zweifellos als ein Ergebnis einer krankhaften Störung der Geistesthätigkeit anzusehen ist.

Wenn auch natürlich auf der krankhaften Grundlage des Greisenschwachesinnes und Greisenblödsinnes alle möglichen objektiv strafbaren Handlungen (Diebstahl, Brandstiftung und dergl.) erwachsen können, so gibt es doch bestimmte Delikte, die dabei mit grösserer Regelmässigkeit wiederkehren, die Sittlichkeitsvergehen, entweder in Form von unzuchtigen Handlungen mit Kindern, weniger häufig päderastische Versuche und nicht selten Exhibitionismus. Dass in diesen sexuellen Handlungen ein „Wiedererwachen des Geschlechtstriebes“ oder eine Steigerung desselben zu erblicken sei, erscheint nicht sehr wahrscheinlich; das Wichtigste bei dem Zustandekommen der strafbaren geschlechtlichen Verfehlungen ist sicherlich das Fortfallen der Hemmungen, wie es in der Urteilschwäche und der Gefühlsabstumpfung gegeben ist; der Geschlechtstrieb, dessen Vorhandensein beim alternden Manne an keine bestimmte zeitliche Grenze gebunden ist, drängt zu im allgemeinen sexuellen Handlungen, deren Richtung im besondern dadurch bestimmt wird, dass gewöhnlich körperliche Impotenz vorhanden ist und dass zu reeller Annäherung an das andere Geschlecht ausserdem weder Intelligenz noch Energie ausreichen; so werden entweder Kinder das Opfer der senilen Triebäusserung, oder schamlose Akte, wie Exhibitionieren, vertreten die eigentliche geschlechtliche Handlung.

Die Aufgabe des ärztlichen Sachverständigen ist in Fällen von mehr

oder weniger ausgesprochener seniler Demenz der Nachweis der psychischen Schwäche, von deren Grad es abhängt, ob ein solches Individuum unter den Schutz des § 51 St.G.B. zu stellen ist; die Art des Vergehens kann durch die Unvorsichtigkeit der Ausführung oder die Gleichgiltigkeit und Stumpfheit bei Verhaftung und Vernehmung den Verdacht auf geistig abnormes Verhalten rege machen; die Thatsache allein, dass ein alter Mann in einer seinen Jahren und dem natürlichen Gefühl widersprechenden Weise sexuelle Handlungen ausführt, beweist gar nichts (vergl. dazu oben Seite 492), da das auch ohne jede geistige Anomalie häufig vorkommt. Der hier, wie bei vielen andern Störungen, das Zustandekommen der strafbaren Handlung begünstigende Einfluss eventuell vorausgehenden Alkoholgenusses darf bei der gerichtlichen Beurteilung nicht übersehen werden. —

Nachstehend folgen zwei Beobachtungen von sexuellen Handlungen senildementer Individuen.

Die dritte Krankengeschichte gibt das Beispiel einer Melancholie im Senium und zeigt, dass die Thatsache der Greisenhaftigkeit allein die Gefährlichkeit eines Kranken für seine Umgebung nicht aufhebt.

Unzüchtige Handlungen mit einer Person unter 14 Jahren. Dementia senilis.

Der 78 Jahre alte ledige Tagelöhner Alois H. wurde wegen „Vornahme unzüchtiger Handlungen mit kleinen Mädchen“, unter Annahme mildernder Umstände, zu 9 Monaten Strafe verurteilt, am 30. April 1880 dem Gefängnis übergeben.

Bei der vorgenommenen ärztlichen Untersuchung stellte derselbe vollständig das Bild einer körperlichen und geistigen Ruine dar. Er war schwerhörig, mit grossem irreponiblen Leistungsbruch versehen und in Folge aller körperlichen Attribute des vorgerückten Greisenalters ganz unbehilflich. Geistig zeigte er nicht nur ein sehr geschwächtes Erinnerungsvermögen, sondern auch eine vollkommene Unfähigkeit, in irgend sachgemässer Weise Urteile abzugeben. Seinem läppischen Wesen und seinem blöden Gesichtsausdruck entsprach vollkommen eine kindische Schwäche des Geistes. Eine richtige Würdigung und Erkenntnis der Strafbarkeit seiner Handlung fehlte durchaus; dieselbe war wohl die Folge eines unbewussten krankhaften Triebes. — Die Diagnose musste auf ausgebildete Dementia senilis gestellt werden. —

Auf Grund der ärztlichen Expertise wurde dem H. der Rest seiner Strafe auf dem Gnadenweg entlassen. — (Kirn, Maschka's Handbuch. Bd. 4. S. 379).

Unzucht mit einem Kinde; beginnende Dementia senilis.

Wendelin H., 79 Jahre alter verheirateter Schneider, wurde wegen „mehrfacher Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Personen unter 14 Jahren“ zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt.

Der Verurteilte hatte früher als ein unbescholtener Mann gegolten, nur war er dem Schnapstrunke ergeben, dessen Folgen sich auch in der Acne rosacea seiner Gesichtshaut kundgibt. Er hatte eingestandenermassen in dem Armenhause der Gemeinde, in welchem er wegen Erwerbsunfähigkeit untergebracht war, einige Male einem Mädchen von 9 Jahren seine Finger in die Geschlechtsteile eingeführt und sich dadurch strafwürdigen Vergehens schuldig gemacht. H. zeigte schon in seinem körperlichen Zustand alle Attribute des vorgerückten Greisenalters, gebeugte Haltung, Arcus senilis usw. Geistig ist er entschieden abgeschwächt und besitzt jedenfalls nicht mehr die volle Einsicht in das Strafwürdige seines Vergehens, welches er für harmlos erklärte. Der letzte Antrieb zu demselben scheint durch eine durch den Schnapstrunk bedingte, sexuelle Erregung gegeben worden zu sein.



Die Richter erachteten die geistige Freiheit nicht für aufgehoben, wohl aber für eingeschränkt und nahmen deshalb mildernde Umstände bei der Verurteilung an. (Kirn, Maschka's Handbuch. Bd. 4. S. 374.)

#### Senile Melancholie, Mord der Ehefrau.

Der 74jährige G. entstammt einer geistig nicht intacten Familie; sein Vater endete als Selbstmörder. Geistig begabt ist er nicht gewesen, schon in der Schule wurde ihm das Lernen und Rechnen schwer, in späteren Jahren zeigte er sich geistig unselbstständig und von schlechtem Gedächtniss. — Er sagt selbst, wenn er etwas nicht wusste, was sehr häufig vorgekommen zu sein scheint, so wandte er sich an seine Frau, die ihm aushalf. — Vielleicht gerade durch diese Unterordnung unter den Willen und die Leitung seiner verständigen Frau ist es ihm gelungen, ohne weiteren Anstoss durch das Leben zu kommen und es zu einigem Vermögen zu bringen.

Alt geworden, kann er seinem Geschäft nicht mehr vorstehen; es geht rückwärts, und um zu retten, was daraus zu retten ist, wird es verkauft. Früher durch die Geschäfte abgelenkt, hat er jetzt nichts zu thun; er lebt unthätig und beginnt, seine Frau durch schlechte Laune, durch melancholische Grillen und durch allerlei unbegründete Besorgnisse zu quälen. Alle seine Befürchtungen tragen die Spuren der schon von jeher vorhandenen geistigen Schwäche in weit höherem Maasse an sich, als seither, und zeigen, dass die geistige Senescenz der körperlichen womöglich noch vorausgeeilt ist.

Seine melancholischen Ideen wurden unterhalten, genährt und verschärft durch übernehmende körperliche Beschwerden, durch Urinverhaltung und damit verbundene Schmerzen; durch das dadurch erzeugte Unbehagen wird er in Unruhe, Angst und Schlaflosigkeit versetzt. —

Der sonst ruhige Mann, der Niemand ein Leides gethan und mit seiner Frau 47 Jahre lang in der glücklichsten und zufriedensten Ehe gelebt hat, verliert seinen inneren Frieden, und es kommt anscheinend zu Wuthausbrüchen, zu intensiven Angstanfällen, vermutlich zu Miss-handlungen seiner Frau, wie aus den Angaben der Zeugin Spl. und der Zeugin S. entnommen werden muss. Der Zustand G's. wird von seiner Umgebung, vor Ausübung der criminellen That als krankhaft erkannt, wie aus den übereinstimmenden Aussagen sämtlicher Zeugen hervorgeht. Seit wie lange dieser krankhafte Zustand, Aufregungszustand G's. dauert, darüber sind in den Akten präzise Angaben nicht enthalten.

Er scheint sich, wie es die Regel ist, aus der eigentümlichen Charakteranlage G's. seit Jahren nach und nach entwickelt zu haben. Dass G. in der Meinung, Geldverluste erlitten zu haben, besonders unruhig und erregt wurde, würde gleichfalls mit seinen sonstigen Charaktereigenschaften stimmen, denn der Zeuge K. schildert den p. p. G. als einen neidischen Mann, der wie sein Vater nie genug bekommen konnte. — Es wäre sonach ein etwa eingetretener Geldverlust besonders geeignet gewesen, den am Gelde hängenden Mann gemüthlich aufzuregen und aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Wirkliche und erhebliche Verluste scheint G. nicht gehabt zu haben.

Die vernünftigen Gegenvorstellungen seiner Frau vermochte G. nach und nach immer weniger zu verwerten; sie prallten an seinen zum festen Wahn gewordenen Ideen von Verlusten wirkungslos ab, während er selbst schon lange vorher nicht mehr im Stande war, diesen wahnhaften Ideen vernünftige Gegenvorstellungen zu machen. G. hört nicht mehr auf Zusprache und Tröstungen seiner Frau und seiner Freunde; im Gegenteil verträgt er deren wohlgemeinten Widerspruch sehr schlecht; — er wird unfreundlich und weist sie in barschen Worten ab, er erblickt in jedem, der zu ihm kommt, einen Feind, der ihm schaden will. — So fragt er seinen Wirt, als er ihn in seiner Wohnung besucht, ob er ihn hinauswerfen wolle, nachdem er nun arm und zum Bettler geworden sei. —

Der Gedanke an erlittene Verluste, dass er nun betteln gehen müsse, dass er zum Hause hinausgetrieben werde und dergleichen, verliess ihn keinen Augenblick. Jeden, der zu ihm kam, erfüllte er mit seinen Klagen, zeigte ihm all sein Gerät und Mobiliar, wie schön und reich-

haltig es sei, und das Alles müsse er nun dem Wirt für die Miete und seinen Gläubigern geben. Der Gedanke an das bevorstehende Elend und Unglück erfüllte ihn vollständig.

Dieses Unglück war aber so gross, dass es der liebste Gegenstand, den er hatte, seine Frau, nicht ertragen würde. Diesen Schmerz musste und wollte er ihr ersparen. Sie sollte es nicht mit ansehen, wie die Möbel verauktioniert und unter fremde Leute gebracht würden, wie er aus dem Hause geworfen, als Bettler umher irren werde.

So gepeinigt von immer zunehmender Angst und psychisch schmerzhaften Empfindungen, die wie ein schwerer Alp auf ihm lasteten, reifte in ihm den Entschluss, seine Frau zu tödten. In jener Nacht am 15. Juni, hatte der ihn seit lange verfolgende Gedanke eine so unwiderstehliche Gewalt angenommen, dass er unmittelbar nach dem Erwachen beim Morgengrauen zur That schritt, seine Frau erschlug und ihr den Hals abschnitt. Die in ihm gewesene Angst und Unruhe ist unmittelbar nach der That geschwunden; er vollführt eine Reihe vernünftiger, komplizierter Handlungen.

Nur traurig und wehmütig ist er gestimmt. Er küsst die Leiche wiederholt und sucht sie nach Möglichkeit mit Blumen zu schmücken. Er zeigt die unerschütterte Liebe zu seiner Frau noch mehrmals, als er zu der Leiche geführt wird; er stürzt sich auf sie, weint und küsst sie. — Nun befreit von drückender Sorge und beständiger Angst, dass wenigstens nicht Andere an seinem Elend Teil nehmen sollen, geht er hin, um sich selbst dem Richter zu stellen. Er packt seine Wertpapiere und Dokumente zusammen, und übergibt sie wohlgeordnet dem Bürgermeister und sagt zu ihm, er solle mit ihm machen, was Rechtsens sei.

Während der Beobachtungszeit spielten Sinnestäuschungen unter den Krankheitserscheinungen bei G. eine Hauptrolle. Er sah häufig Gestalten, zumal des Nachts, und zwar sah er das Bild seiner ermordeten Frau auf sich zukommen; aber nicht nur dieses, sondern auch allerlei andre Fratzen und Gestalten. Er sah sie mit einer Lebhaftigkeit, dass er vor Angst aus dem Bett aufsprang und laut aufschrie. Wenn diese Gesichtstäuschungen seltener waren und nur zu Zeiten der Angstanfälle auftraten, respektive solche Anfälle einleiteten, traten Täuschungen des Gehörs häufiger und auch in angstfreien Zeiten auf; nur bisweilen vermochten sie ihn so heftig zu irritieren, dass er durch sie geängstigt und beunruhigt wurde. — Er hörte, dass man beständig von ihm spreche, er hörte, was man über ihn und seine That beschloss. Er hörte singende Stimmen, ein andermal lautes Lachen. Er hörte sich vorwerfen, er habe seine Frau nur ermordet, weil er eine andere Liebschaft habe; Hurenbock hörte er sich öfters rufen; andere Male hörte er nur einzelne Worte, die er auf sich bezog, ohne einen Sinn damit verknüpfen zu können. Ein andermal hörte er von einem Kindermord verhandeln und er verwahrt sich, dass er diesen Mord auch begangen habe. Er hat das Kind des Nachts schreien hören; er hat auch gehört, wie man es auf seinen Namen getauft hat. Davon, dass etwas geschlachet werden sollte, hörte er öfters reden. Neben diesen wahren Hallucinationen litt G. auch untagesgesetzt an Illusionen. Er bezog alles, was um ihn herum gesprochen wurde auf sich und legte selbst den harmlosesten Worten eine gegen sich gerichtete Bedeutung bei. Es redeten alle immer nur von Mord. — Neben diesen Gesichts- und Gehörstäuschungen kamen auch seltener solche des Geruchs zur Beobachtung. G. hatte zumal des Nachts in seinen Angstanfällen allerlei sonderbare Gerüche.

Durch alle diese Täuschungen geriet G. in eine hochgradige Verwirrung, die so weit ging, dass er ihm ganz fremde Menschen als Bekannte anredete und einmal vor das Bett eines Kranken kniete, ihn um Verzeihung bat, weil er sich mit seinem Schwiegervater früher einmal einen Scherz erlaubt habe. Unleugbar spricht hieraus der beträchtliche Schwachsinn G.'s, der des Weitern durch die gesammte schwächliche Motivierung seiner That ein so grelles Licht erhält, und der nicht minder durch die überaus mangelhafte Orientierung über die landläufigsten Begriffe, Daten und Umstände illustriert wird. (Krömer, Viertelj. f. ger. Med. III. F. Bd. 4, S. 268.)

## Kapitel III.

**Andere organisch bedingte Seelenstörungen.**

Während wir bei der *Dementia paralytica* und *senilis* im klinischen Bilde gesetzmässig wiederkehrende Erscheinungen von geistiger Störung finden, gilt dies nicht in gleichem Maasse für eine Reihe anderer organischer Erkrankungen des Zentralnervensystems, die wir hier noch kurz zu erwähnen haben. Es gehören hierher die Apoplexie, die von Gefässveränderungen abhängigen Erweichungsherde, die Hirngeschwülste, der Hirnabscess, die Hirnsyphilis und die multiple Sklerose. (Die Geistesstörungen bei cerebraler Gliose [Fürstner] sind selten von gerichtlich praktischer Bedeutung.)

Bei allen diesen Erkrankungsformen kommt es theils auf die räumliche Ausdehnung der krankhaften anatomischen Veränderungen, theils auf ihre Lokalisation in den, dem Funktionswert nach, verschiedenen Gegenden des Gehirns an, ob sie überhaupt irgend welche psychische Veränderungen hervorrufen und welcher Art dieselben sind.

Die gewöhnliche Apoplexie in die innere Kapsel hinterlässt in der Regel nach Ablauf der ersten Wirkungen der plötzlichen Blutung keine wesentlichen geistigen Störungen; beim Sitze der Zerstörung in den grossen Ganglien oder in den Grosshirnhemisphären finden sich mannigfache Kombinationen von Stimmungsanomalien mit intellektueller Beeinträchtigung, die aber selten eine die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit ausschliessende Höhe erreichen; die Störungen, namentlich in Verbindung mit Aphasie, haben eine gewisse Bedeutung auf zivilrechtlichem Gebiete.

Häufiger als die einfache Apoplexie erzeugen die multiplen Erweichungsherde nach Gefässerkrankungen höhere Grade von geistigen Veränderungen, die dem Bilde der progressiven Paralyse ähnlich sein können und in praktischer Hinsicht einer ähnlichen Beurteilung unterliegen. —

Die Hirngeschwülste führen auf verschiedene Weise zu krankhafter Beeinflussung des geistigen Geschehens, entweder in Form von anfallsweise auftretenden Bewusstseinsstörungen oder lange dauernden Zuständen von Schlafsucht und Benommenheit (bei stärkerem Hirndruck), oder in Gestalt von Stimmungsanomalien (gemüthliche Depression, andremale Reizbarkeit, Neigung zum Witzeln u. dgl.) oder in typischen Psychosen (Delirien, Manie, Verworrenheit), deren Bedeutung als Symptom eines sonst noch nicht erkennbaren Hirntumors dann häufig erst nachträglich, oder im späteren Verlaufe klar wird.

Treten bei psychischen Anomalien, wenn diese auch nur mässig sind, sichere Zeichen einer Hirngeschwulst hervor, so gibt diese Thatsache für die gerichtliche Beurteilung diesen Anomalien ein erhöhtes Maass von Bedeutung; die Existenz einer die Hirnfunktion im Ganzen schädigenden Neubildung im Schädelinnern, deren Wirkung sich überhaupt auf geistigem Gebiete bemerkbar macht, erlaubt für kein Gebiet seelischen Lebens den Schluss, dass es von



diesen krankhaften Einflüssen frei geblieben sei. — Die gleichen Erwägungen gelten für diejenigen Fälle von Hirnabscess, bei denen Allgemeinerscheinungen vorhanden sind. —

Bei der Hirnsyphilis handelt es sich um sehr verschiedene pathologische Vorgänge. Ein Teil der Fälle mit lokalen Gummigeschwülsten unterliegt der gleichen Beurteilung, wie die Hirngeschwülste überhaupt; die Fälle mit vorwiegender Beteiligung des Gefässapparates entsprechen im Ganzen denen mit multiplen Erweichungsherden bei nicht Syphilitischen; diejenigen Kranken endlich, bei denen es sich um weit ausgebreitete Degenerationsvorgänge an allen möglichen Hirnbestandteilen, namentlich auch der Hirnrinde, handelt, zeigen vielfach klinische Bilder, wie bei der progressiven Paralyse und stehen diesen auch in gerichtlicher Hinsicht gleich; Kombinationen dieser verschiedenen Formen kommen in grosser Zahl vor, z. B. diffuse Prozesse neben Gumma oder Erweichung usw. —

Die multiple Sklerose zeigt, wenn überhaupt auch im Gehirne sklerotische Herde sich entwickeln, allgemeine und häufig wenig bestimmte psychisch abnorme Züge: Reizbarkeit, intellektuelle und gemüthliche Abstumpfung, labile Stimmung, Neigung zu krampfhaftem Lachen und Weinen u. dgl.; es finden sich aber auch Fälle mit ausgedehnter Beteiligung der Hirnrinde, die, was die Symptome und die gerichtliche Bedeutung anbelangt, der progressiven Paralyse nahestehen. —

In strafrechtlicher Hinsicht ist bei allen diesen genannten Zuständen die Wahrscheinlichkeit von Konflikten des Individuums gering in Anbetracht der körperlichen Hinfälligkeit, die gewöhnlich dann nicht zu fehlen pflegt, wenn der krankhafte Prozess wegen seiner Ausdehnung erst einmal die geistigen Fähigkeiten in nennenswertem Maasse in Mitleidenschaft gezogen hat. — Nachstehend die Beobachtung eines forensischen Falles von Lues cerebri mit psychischer Schwäche.

Hemiplegie, Lues cerebri. — Schwindeleien; Frage, ob in einem früheren Zeitpunkt zurechnungsfähig. — Vorläufige Einstellung des Verfahrens (auf Grund von § 203 St. P. O.).

Der 29jährige Chemiker J., schon vor Jahren zweimal wegen Betruges vorbestraft, ist wieder angeschuldigt, in der Zeit vom Januar 1898 bis Februar 1899 eine Reihe von Betrügereien und Unterschlagungen ausgeführt zu haben.

Am 6. Februar 1899 trat eine rechtsseitige Hemiplegie mit Sprachstörung auf, die für längere Zeit seine Vernehmung und Verhaftung unmöglich machte; J. war eines Tages verschwunden; als er wieder in S. auftauchte, nahm das Verfahren seinen Fortgang, und von der Staatsanwaltschaft wurde mir im Dezember 1900 die Frage vorgelegt, „ob J. sich während der Zeit vom Januar 1898 bis Februar 1899 überhaupt in einem Zustande krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befunden hat, durch den die freie Willensbestimmung ausgeschlossen war — ob während des ganzen Zeitraumes oder nur eines gewissen Abschnittes derselben?“

Zur Beurteilung lagen folgende Thatfachen vor:

1892 syphilitische Infektion; unruhiges Leben; seit 2—3 Jahren unbestimmte nervöse Beschwerden; am 6. Februar 1899 über Nacht Entwicklung einer Lähmung im rechten Arm,

die sich im Laufe einiger Tage auf die rechte Gesichtshälfte und das rechte Bein ausdehnte; gleichzeitig mässig starke motorische Aphasie. Nach Angabe der Frau Abstumpfung der intellektuellen Fähigkeiten „in den letzten Wochen“ vor dem Auftreten der Hemiplegie.

Am 27. Februar 1899 war neben den genannten Lähmungserscheinungen zu finden: heftige Kopfschmerzen, krampfhaftes Lachen und Weinen, labile Stimmung, mässige Paraphasie, die die Intelligenzprüfung erschwerte. Die Diagnose wurde auf einen syphilitischen Prozess der Konvexität der linken Hirnhemisphäre gestellt. Eine energische antisiphilitische Behandlung besserte die subjektiven Symptome, aber wenig an den Lähmungserscheinungen. — J. verschwand dann aus S. — Die Untersuchung im Dezember 1900 ergab neben der fortbestehenden rechtsseitigen Hemiplegie: Pupillendifferenz, linksseitige Pupillenstarre, langsame Sprache, artikulatorische Behinderung derselben. Auf psychischem Gebiete: langsames Verständnis, sehr herabgesetzte Merkfähigkeit, starke Gedächtnisdefekte, Unfähigkeit zu zusammenhängender Darstellung einfachster Vorgänge, monotone Wiederholungen, grosse Ermüdbarkeit, Abschwächung des Urteils, auch für einfache Dinge seines Berufes, die Tragweite der Anklage, den Charakter der von ihm begangenen enstrafbaren Handlungen, sehr labile Stimmung, unmotiviertes Lachen und Weinen.

Es war demnach nicht zweifelhaft, dass es sich im Dezember 1900 um einen Zustand erworbenen Schwachsinnes auf Grund organischer Hirnveränderungen handelte, der die Voraussetzungen des § 51 Str.G.B. erfüllte. Damit war über den Zustand von Januar 1898 bis Februar 1899 nichts ausgesagt.

Zur Beurteilung des damaligen geistigen Zustandes lag neben den nicht sehr vertrauenswürdigen Angaben der Ehefrau, die die Tragweite ihrer Bekundungen von vorausgehender Abstumpfung der Intelligenz wohl kannte, zuverlässiges Material in den Akten vor, aus dem hervorging, dass J. bis zum Tage vor dem Auftreten der Hemiplegie seine ausgedehnte Korrespondenz in gleicher Weise, wie früher besorgt hatte; weder die Schrift, noch Stil und Orthographie, noch der Inhalt der zahlreichen geschäftlichen Schriftstücke liess eine Veränderung erkennen; ebenso hatten Zeugen, (was allerdings weniger beweisen würde), die mit J. in der fraglichen Zeit verhandelt hatten, nichts psychisch Auffallendes an ihm gemerkt.

Es ergab sich daraus mit grosser Wahrscheinlichkeit, dass der Beginn des psychischen Verfalles erst zu datieren war von dem Auftreten der Hemiplegie an und dass für die Zeit vom Januar 1898 bis 6. Februar 1899 eine krankhafte Störung der Geistesthätigkeit im Sinne des § 51 St.G.B. nicht vorhanden gewesen war.

Das Gutachten betonte ausserdem die Unmöglichkeit, zur Zeit mit dem Angeschuldigten zu verhandeln.

Das Verfahren wurde durch Beschluss der Strafkammer vorläufig eingestellt (§ 203 St.P.O.)<sup>1)</sup>. J. ist im März 1901 gestorben; (vergl. zur Frage der Verhandlungsfähigkeit Geisteskranker oben Seite 140 ff.).

Zum Schluss noch ein paar Worte über die Geistesstörungen nach Kopfverletzungen und Erschütterungen des Schädels usw. Soweit es sich um funktionelle Neuropsychosen handelt, finden sie unten bei diesen ihre Besprechung. Diejenigen Fälle, bei denen eine grobe Zerstörung von Hirnbestandteilen das wesentliche ist, stehen den vorher erwähnten organischen Erkrankungen mit lokalen Herden gleich oder gehören zum Krankheitsgebiete der Epilepsie (siehe dort!). Ausser diesen Gruppen finden sich nun aber auch anders geartete Störungen, die wir theoretisch zu den organischen Hirn-

<sup>1)</sup> „Vorläufige Einstellung des Verfahrens kann beschlossen werden, wenn dem weiteren Verfahren Abwesenheit des Angeschuldigten oder der Umstand entgegensteht, dass derselbe nach der That in Geisteskrankheit verfallen ist.“

erkrankungen rechnen, obgleich wir regelmässige anatomische Veränderungen dabei erst zum kleinsten Teile kennen.

Einzelne pathologisch-anatomische Erfahrungen am Menschen und experimentelle Beobachtungen am Tier führen in gleicher Weise zu dem Schluss, dass es sich bei denjenigen Formen, deren klinische Aeusserungsweise wir gleich besprechen werden, entweder um selbständige feine Veränderungen an den Ganglienzellen der Hirnrinde handelt oder um Gewebsalterationen, die zu chronisch sich entwickelnden Gefässstörungen bestimmte Beziehungen haben.

Die Stärke der Veränderungen steht in keinem genauen Parallelismus zu dem Grade der traumatischen Einwirkung auf den Schädel; nur handelt es sich doch meist um Unfälle, die von einer kürzeren oder längeren Bewusstseinstrübung oder von Bewusstlosigkeit gefolgt waren (mit oder ohne retrograde Amnesie).

Manchmal schliesst sich nun der länger dauernde geistig abnorme Zustand sogleich an diese ersten Hirnerscheinungen an, oder er entwickelt sich erst allmählich nach einer eingeschobenen Periode anscheinender Wiederherstellung.

Es treten dann körperliche Anomalien auf, wie z. B. Schwindelempfindungen, Kopfschmerzen, epileptoide Zustände, Intoleranz gegen Hitze und Alkohol, nervöse Erregbarkeit des Gefässystems, Zittern, Sprachstörung usw. und geistige Veränderungen: Reizbarkeit, Abnahme der Merkfähigkeit und des Gedächtnisses, Abstumpfung der intellektuellen und gemüthlichen Fähigkeiten, die gelegentlich zu höheren Graden der psychischen Schwäche führen kann. Es können dabei Bilder entstehen, deren Unterscheidung von der progressiven Paralyse nicht immer sogleich möglich ist. —

Zu strafrechtlichen Zusammenstössen sind Individuen, die an dieser Form der traumatischen Seelenstörung leiden, vor allem durch ihre krankhafte Reizbarkeit und die geringe Widerstandsfähigkeit gegen Alkohol disponiert. Der Nachweis der Mitwirkung vorausgehenden Alkoholenusses kann gegebenen Falles das Handeln gerade eines solchen Kranken unter die Voraussetzungen des § 51 des St.G.B. fallen lassen, der ohne diesen Faktor für zurechnungsfähig gelten müsste; im übrigen hängt es von dem Stärkegrade der Beteiligung der Verstandes- und Gefühlsseite ab, wie ein solcher Fall gerichtlich zu beurteilen ist. Deutliche körperliche Zeichen einer Hirnveränderung werden dabei als wesentliches Moment zu Gunsten des zu Begutachtenden gelten dürfen; die Thatsache allein, dass vor längerer oder kürzerer Zeit ein Unfall stattgefunden hat, darf nicht als Exkulpierungsgrund verwertet werden, wenn keine nachweislichen Zeichen die Folgen davon in irgend einer Weise erkennen lassen. —



## Litteraturverzeichnis.

(Die hauptsächlichsten Lehr- und Handbücher, sowie Schriften allgemeineren Inhaltes sind oben Seite 554 angeführt.

---

### Manie, Melancholie, periodische Formen.

- Baillarger, De la folie à double forme. Ann. méd. psychol. 1854.  
Hitzig, Ueber die nosologische Auffassung und über die Therapie der period. Geistesstörung. Arch. f. Psych. Bd. 30. S. 649.  
Hoche, Ueber die leichteren Formen des periodischen Irreseins. Halle. 1897.  
Kirn, Die periodischen Psychosen. 1878.  
Kräpelin, Die klinische Stellung der Melancholie. Mon. f. Psych. u. Neur. Bd. 6. 1899.  
v. Krafft-Ebing, Die Melancholie. Erlangen. 1874.  
Derselbe, Melancholie, Selbstbeschuldigungen. Friedr. Bl. für ger. Med. Bd. 38. S. 121.  
Mendel, Die Manie, eine Monographie. 1881.  
Meyer, L., Ueber zirculäre Geisteskrankheiten. Arch. f. Psych. Bd. 4. S. 139.  
v. Monakow, Ein Fall von Selbstbeschuldigung bei Schwachsinn und Melancholie. Friedr. Bl. f. ger. Med. Bd. 36. S. 24.  
Pick, Artikel zirculäres Irresein in Eulenburg's Realencyclopädie.  
Derselbe, Ueber Aenderungen des zirculären Irreseins. Berl. klin. Woch. 1899. No. 51.  
Szigeti, Geistesstörung und Strafvollzug mit besond. Berücksichtigung des period. Irreseins. Friedr. Bl. f. ger. Med. Bd. 45. S. 282.  
Thomsen, Ueber zirculäres Irresein. Arch. f. Psych. Bd. 28. S. 981.  
Weygandt, Ueber die Mischzustände des manisch-depressiven Irreseins. J. F. Lehmann. 1899.  
Ziehen, Die Erkennung und Behandlung der Melancholie in der Praxis. Alt'sche Sammlung. Halle. 1896.
- Akutes hallucinatorisches Irresein, Puerperalpsychosen, Gefängnispsychosen.  
Aschaffenburg, Zur Lehre vom Collapsdelir. Arch. f. Psych. Bd. 24. S. 646.  
Beyer, E., Ueber eine Form der akuten Verworrenheit im klimakterischen Alter. Arch. f. Psych. Bd. 29. S. 182.  
Derselbe, Zur Pathologie der akuten halluc. Verworrenheit. A. f. Psych. Bd. 27. S. 233.  
Fürstner, Ueber Delirium acutum. A. f. Psych. Bd. 11. S. 517.  
Derselbe, Ueber Schwangerschafts- und Puerperalpsychosen. Arch. f. Psych. Bd. 5. S. 505.  
Derselbe, Ueber Delirium acutum. Arch. f. Psych. Bd. 11. S. 517.  
Hoche, L., Ueber puerperale Psychosen. Arch. f. Psych. Bd. 24. S. 612.  
Kirn, Ueber die Psychosen in Einzelhaft. Berl. klin. W. 1888. S. 657.  
Derselbe, Die Psychosen in der Strafanstalt. A. Z. f. Ps. Bd. 45. S. 1.  
Knauer, Puerperale Psychosen. Berlin. 1897.  
Siemens, Geistige Erkrankung in Einzelhaft. Berl. klin. W. 1883. S. 129.  
Wille, Die Lehre von der Verwirrtheit. A. f. Psych. Bd. 19. S. 328.

## Chronische Paranoiaformen.

- Aschaffenburg, Ein Beitrag zur Lehre vom Querulantenwahn. Centralbl. f. Neur. u. Psych. Bd. 18. S. 57.
- Bonhoeffer, Zur klinischen und forensischen Bedeutung gewisser paranoischer Zustände. Centralbl. f. N. u. Psych. Bd. 22. S. 449.
- Derselbe, Zur strafrechtlichen Beurteilung gewisser paranoischer Zustände. Allg. Z. f. Psych. Bd. 57. S. 401.
- Cramér, Abgrenzung und Differentialdiagnose der Paranoia. A. Z. f. Psych. Bd. 51. S. 286.
- Diskussion über den Querulantenwahn auf der Jahresvers. der deutsch. Irrenärzte in Hamburg. Allg. Z. f. Psych. Bd. 52. S. 848.
- Fritsch, Ueber den Querulantenwahnsinn. Jahrb. f. Psych. Bd. 6. S. 47.
- Gerlach, Querulantenwahn, Paranoia und Geistesschwäche. Allg. Z. f. Psych. Bd. 52. S. 433.
- Horn, Differentialdiagnose zwischen gesunden und geisteskranken Querulanten. Friedr. Bl. f. ger. Med. Bd. 44. S. 313.
- Hitzig, Ueber den Querulantenwahnsinn, seine nosologische Stellung und seine forensische Bedeutung. Leipzig. 1895.
- Köppen, Der Querulantenwahnsinn. Archiv f. Psych. Bd. 28. (Mit ausführl. Litteraturverzeichnis.)
- Derselbe, Beitrag zur forens. u. klin. Beurteilung des sog. Querulantenwahnsinns. Charité-Annalen. 19.
- Derselbe, Querulantenwahnsinn bei einem Entarteten. Charité-Annalen. 20.
- Derselbe, Ueber akute Paranoia. Vers. d. Vereins deutscher Irrenärzte. Halle 1899. Allg. Z. f. Psych. Bd. 56. S. 637.
- Derselbe, Zur Lehre von der überwertigen Idee und über die Beziehung derselben zum Querulantenwahnsinn. Allg. Z. f. Psych. Bd. 51.
- v. Krafft-Ebing, Körperverletzung, Paranoia. Friedr. Bl. f. ger. Med. Bd. 41. S. 1.
- Kornfeld, Querulierende Geistesranke. Jahrb. f. Psych. Bd. 17. 298.
- Liebmann, Ueber eine querulierende Familie. A. Z. f. Psych. Bd. 51. S. 950.
- Magnan, Délire chronique et délires systématisés des dégénérés. Progr. méd. 1896.
- Derselbe, Psychiatr. Vorlesungen. Deutsch von Möbius, G. Thieme. I. Heft.
- Muhr, Querulantenwahnsinn. Jahrb. f. Psych. Bd. 7. S. 166.
- Neisser, Erörterungen über die Paranoia vom klinischen Standpunkte. Centralbl. f. Nerven- u. Psych. 15. S. 1.
- Derselbe, Paranoia und Schwachsinn, Neurol. Centralbl. 1896. S. 422.
- Sander, Eine specielle Form der primären Verrücktheit. Arch. f. Psych. Bd. 1. S. 387.
- Siemerling, Casuist. Beiträge zur forens. Psychiatrie. Vierteljahrsschr. f. ger. Medicin. 3 F. Bd. 12. u. 13.
- Strassmann, Beiträge zur Lehre vom Querulantenwahn. Viertelj. f. ger. Med. 3. F. Bd. 12.
- Werner, Die Paranoia. Stuttgart. 1891.
- Wernicke, Deutsche med. Wochenschr. 1892. S. 581.
- Derselbe, Zur klinischen Abgrenzung des Querulantenwahnsinns. Mon. f. Neur. u. Psych. 1897.
- Westphal, C., Ueber die Verrücktheit. Allg. Z. f. Psychiatrie. Bd. 34. 1878.
- Ziehen, Ueber Störungen des Vorstellungsablaufes bei Paranoia. Verh. der Ges. deutscher Nat. u. Aerzte. Halle. 1891 und Arch. f. Psych. Bd. 24. S. 112.
- Derselbe, Neuere Arbeiten über pathol. Unzurechnungsfähigkeit; kritische Uebersicht (chronische Paranoia). Mon. f. Psych. u. Neur. Bd. 5. S. 52. 1899.
- Derselbe, Psychiatrie. 1894. Wrede.
- Derselbe, Ueber den Intelligenzdefekt, speciell mit Rücksicht auf den sog. Querulantenwahn. Ergebn. d. allg. Pathologie u. path. An. 1898.

## Progressive Paralyse.

- Alzheimer, Die Frühform der allgemeinen Paralyse. A. Z. f. Psych. Bd. 52. S. 534.  
 Binswanger, Hirnsyphilis und Dementia paralytica. Festschrift zu Ehren von L. Meyer.  
 Derselbe, Die Pathogenese und Abgrenzung der progressiven Paralyse von verwandten Formen psych. Erkrank. Arch. f. Psych. Bd. 30. S. 298.  
 Fürstner, Zur Pathologie u. path. Anatomie der progressiven Paralyse. Arch. f. Psych. Bd. 24. S. 83.  
 Gaupp, Neuere Arbeiten über die progressive Paralyse der Irren. Mon. für Psych. u. Neurol. Bd. I. 1897.  
 Gross, Ueber die Frühdiagnose der progressiven Paralyse. Allg. Z. f. Psych. Bd. 52.  
 Hoche, Die Frühdiagnose der progr. Paralyse. II. Aufl. 1900. Halle.  
 Ilberg, Dementia paralytica. Volkmann's Samml. No. 161. 1896.  
 Kräpelin, Ueber Delirium tremensartige Zustände bei Paralyse. Arch. f. Psych. Bd. 28. S. 992.  
 Mendel, Die progressive Paralyse der Irren. 1880.  
 Mingazzini, Frühform der allgemeinen Paralyse. Mon. f. Ps. u. Neur. 1898.  
 Neisser, Die paralytischen Anfälle. 1894.  
 Pick, Die Diagnose der progr. Paralyse in ihrem Prodromalstadium. Prag. med. Woch. 1889.  
 Thomsen, Ueber paralytische Frühsymptome. Allg. Z. f. Psych. Bd. 52. S. 889.  
 Villard, Ein Paralytiker als Mörder. Annales d'hygiène publique. 1889. Mai.

## Dementia senilis und andre organisch bedingte Seelenstörungen.

- Alzheimer, Neuere Arbeiten über die Dementia senilis und die auf atheromatöser Gefässerkrankung basierenden Hirnerkrankungen. Referat. Mon. f. Psych. u. Neurol. 1898. Bd. III. S. 101.  
 Derselbe, Die arteriosklerotische Atrophie des Gehirnes. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 51. S. 809.  
 Beyer, Ueber psychische Störungen bei Arteriosklerose. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 52. S. 1146.  
 Dobrick, Ueber Alterspsychosen. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 56. S. 979.  
 Fürstner, Ueber die Geistesstörungen des Senium. Arch. f. Psych. Bd. 20. S. 458.  
 Derselbe, Ueber Gliose der Hirnrinde. Arch. f. Psych. Bd. 15, 16 u. 17.  
 Friedmann, Ueber eine besonders schwere Form von Folgezuständen nach Gehirnerschütterung usw. Arch. f. Psych. Bd. 23. S. 230. 590.  
 Derselbe, Zur Lehre von den Folgezuständen, insbesondere den Blutgefässveränderungen nach Kopferschütterung. Arch. f. Psych. Bd. 29. S. 1010.  
 Guder, Geistesstörungen nach Kopfverletzungen. Jena 1886.  
 Köppen, Ueber Erkrankung des Gehirns nach Trauma. Arch. f. Psych. Bd. 33.  
 Jacobsohn, Ueber die schwere Form der Arteriosklerose des Centralnervensystemes. Berl. klin. Woch. 1895.  
 von Krafft-Ebing, Ueber die durch Gehirnerschütterungen und Kopfverletzungen hervorgerufenen Krankheiten. Erlangen 1868.  
 Noetzli, Ueber die Dementia senilis. Mitteil. aus klin. u. med. Inst. d. Schweiz. III. Reihe. 4. Heft.  
 Schaefer, Gerichtsärztliche Beurteilung von Kopfverletzungen. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 51. S. 668.  
 Schlöss, Zur Kenntnis der Geistesstörungen des Greisenalters. Wiener Klinik. XXV. Jahrg. Heft 9 u. 10. 1899.  
 Schüller, Psychosen nach Kopfverletzungen. Inaug.-Diss. Leipzig 1882.  
 Wille, Die Psychosen des Greisenalters. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 30.  
 Zingerle, Ueber Geistesstörungen im Greisenalter. Jahrb. f. Psych. Bd. 18. 256.



**Zweite Hälfte.**

**Die Seelenstörungen bei chronischen Vergiftungen  
und bei Neurosen; die geistigen Schwächezustände.**

Von

Prof. Dr. **Wollenberg.**



## Dritter Abschnitt.

---

# Seelenstörungen bei chronischen Vergiftungen.

---

### Kapitel I.

#### Alkoholismus.

Die Beziehungen zwischen Alkoholenuss und Geistesstörung zeigen sich nicht nur darin, dass jener schon vorhandene geistige Abweichungen stärker hervortreten lässt, sondern vor allem auch darin, dass er selbst eigenartige Störungen schafft. Jenes lässt sich bei den verschiedensten Geisteskranken beobachten und ist in den betreffenden Abschnitten erwähnt worden; dieses ergibt sich sowohl aus den bekannten Folgezuständen der akuten Alkoholintoxikation und des chronischen Alkoholmissbrauchs, als auch aus den auf diesem Boden entstehenden selbständigen Krankheitsbildern.

Wir gehen aus von den durch die einmalige Alkoholintoxikation hervorgerufenen Störungen, die als gewöhnlicher vorübergehender Alkoholrausch hinlänglich bekannt sind, und betrachten im Anschluss daran zunächst die Wirkungen des fortgesetzten Alkoholmissbrauchs, wie sie uns im chronischen Alkoholismus entgegentreten.

Der gewöhnliche Alkoholrausch bietet in seinen verschiedenen Stadien weitgehende Analogien mit bekannten Irreseinsformen und ist, streng genommen, selbst nichts Anderes als eine künstlich hervorgerufene Geistesstörung akutester Art und bester Prognose. Wir brauchen hier auf Einzelheiten seines Verlaufs nicht einzugehen und können in dieser Beziehung auf die von Griesinger, Krafft-Ebing u. A. in ihren Lehrbüchern gegebenen Schilderungen verweisen. Hier sei nur an die für die forensisch-psychiatrische Beurteilung der Alkoholisten bedeutsame Thatsache erinnert, dass wir es bei entsprechend veränderter Gemütslage einerseits mit einer Erschwerung der Auffassung und Verarbeitung äusserer Eindrücke zu thun haben, andererseits mit einer Erleichterung der Auslösung von Willensantrieben (Kraepelin). Dementsprechend sehen wir bei den Berauschten entsprechend der Intensität der Vergiftung die intellektuelle Leistungsfähigkeit



progressiv abnehmen und schliesslich in einem stuporartigen Endstadium temporär gänzlich erlöschen; anderseits die Willensäusserungen, die Umsetzung der Gedanken in Worte und Thaten zunächst abnorm leicht und ohne dazwischentretende Hemmungen von statten gehen, endlich aber in einem lähmungsartigen und willenlosen Zustande auch ihrerseits ein Ziel finden. Diese „normale“ Alkoholreaktion führt vermöge des erhöhten Selbstgefühls, des zügellosen Triebes nach motorischer Entäusserung, des Verblässens der abstrakten, ethischen Vorstellungen und Gefühle usw., bekanntlich ungemein häufig zu Verletzungen der guten Sitte, der öffentlichen Ordnung und zu sonstigen Konflikten mit den Gesetzen. Hierher gehören manche Fälle sogenannten „impulsiven Irreseins“, welche sich dadurch charakterisieren, dass unter dem Einflusse des Alkohols die zeitweilig auftretenden, auf gewisse Handlungen gerichteten Triebe den Willen des Betroffenen ohne Weiteres überwältigen, ohne dass die betreffenden Motive zum Bewusstsein kommen; so können normale und perverse geschlechtliche Akte, Brandstiftungen, Körperverletzungen, Totschlag usw. verübt werden.

#### Beispiel.

J., 29 Jahre alt, hat mehrfach Kopfverletzungen gehabt, leidet seit Kindheit an Kopfschmerzen, hat beim Erwachen manchmal Schwindel. Trinkt täglich  $\frac{1}{2}$  Liter Wein, manchmal mehr; Bier verträgt er nicht, wird als mässig und von ordentlicher Führung bezeichnet. Im August 1889 trinkt er im Gasthause erst Bier, dann Wein, will dann bis zu dem Augenblick nichts wissen, wo er eine Scheune brennen sah; er lief in das Nachbardorf um Hilfe, beteiligte sich als Mitglied der freiwilligen Feuerwehr am Löschen, wurde nach 1 Monat zu seinem Erstaunen als Brandstifter verhaftet. — An dem betreffenden Tage war er aus dem Schanklokal mehrfach in den Hof gegangen, wo sich die Scheune befand, war einmal ganz blass zurückgekehrt, hatte sich dann rasch entfernt; unmittelbar darnach war der Brand zum Ausbruch gekommen. Später gestand er, dass ohne vorausgegangenen Streit und ohne jedes Rachegefühl ihm in dem Wirtshause der Gedanke gekommen wäre, das Haus anzuzünden; er hätte mit einem Zündhölzchen das Stroh angezündet, ohne jeden Grund. Den Gerichtsärzten erklärte er, er hätte nicht gewusst, was er gethan, aus plötzlich entstandenem Antriebe gehandelt. Erst als die Leute Feuer schrieten, wäre ihm klar geworden, was er gemacht. Bei der That wären ihm gar keine Gedanken an die Gefahr gekommen. Nachdem er zum Bewusstsein der That gekommen, sei er zur Feuerwehr gelaufen und habe sich beim Löschen beteiligt. — In der Anstalt werden Schwindelanfälle oder Bewusstseinsstörungen nicht beobachtet. (Jahresbericht der Landes-Irren-Anstalten Wien, Ybbs, Klosterneuburg 1890.)

Als chronischen Alkoholismus stellen wir den rasch vorübergehenden Folgeerscheinungen der akuten Alkoholintoxikation die mehr andauernden Veränderungen gegenüber, welche sich unter dem schädlichen Einfluss eines gewohnheitsmässig betriebenen und relativ zu starken Alkoholgenusses auf dem geistigen und körperlichen Gebiet einstellen. — Es ist bemerkenswerth, dass unter den Ursachen des chronischen Alkoholismus die angeborene oder ererbte psychopathische Veranlagung eine wichtige Rolle spielt, und dass insbesondere die Neigung zum Trinken in hohem Maasse vererbbar ist. — Zunächst sind es meist äussere Ursachen, welche diese Individuen zum Trinken veranlassen; bald führt der fortgesetzte übermässige Alkoholgenuss aber zu krankhaften Veränderungen, welche von innen heraus zum Trinken drängen; es ist zu krankhaft bedingter „Trunk-

sucht“ gekommen, aus welcher sich dann weiterhin die anderen Komplikationen entwickeln.

Auch die Erscheinungen des chronischen Alkoholismus können sich bei rechtzeitiger Einleitung einer entsprechenden Behandlung, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, noch wieder ausgleichen. — Die immer wiederkehrende Alkoholvergiftung führt aber schliesslich, wenn auch entsprechend der individuellen Widerstandsfähigkeit zu einem sehr verschiedenen Zeitpunkt, zu dauernden und eines Ausgleiches nicht mehr fähigen Veränderungen; wir haben dann den degenerirten Alkoholisten vor uns.

Auf geistigem Gebiet äussern sich die Wirkungen des chronischen Alkoholmissbrauches vor allem in ethischen Defekten und in Willensschwäche. — Die Rücksicht auf das Wohl und die Ehre der Familie, die Liebe zu den Angehörigen, das Gefühl für Pflicht und Verantwortlichkeit, kurz die höheren ethischen Leitmotive verlieren ihren bestimmenden Einfluss auf das Handeln des Trinkers. Willenlos lässt er sich von der immer stärker werdenden Neigung zum Alkohol fortreissen. Gleichzeitig nimmt häufig seine Widerstandsfähigkeit gegen diesen ab; während er früher starke Getränke in grossen Quantitäten vertragen konnte, ist er jetzt schon schwachen Getränken gegenüber, die er in relativ kleinen Mengen geniesst, nicht nur „intolerant“, sondern gerät bei Alkoholgenuss auch in psychische Ausnahmezustände, die, wie unten bei der Besprechung der komplizierten Rauschzustände noch gezeigt werden wird, keineswegs immer mit den bekannten körperlichen Zeichen des Rausches verlaufen und deshalb leicht verkannt werden, wenn man auf diese entscheidendes Gewicht legt. — Die Gefühlsthätigkeit zeigt sich verändert, insofern als meist eine hochgradige und zu heftigen Zornausbrüchen führende Reizbarkeit besteht, und die Stimmungen im übrigen zwischen würdeloser Ausgelassenheit und weichlicher Rührseligkeit unvermittelt wechseln. Gleichzeitig besteht oft eine grosse Schreckhaftigkeit, die zur Verkennung der Absichten der Umgebung und infolgedessen gelegentlich zu unangebrachten Präventiv- oder Abwehrmaassregeln gegen diese führt. So reagierte ein von Cramer beobachteter chronischer Alkoholist auf einen Schreck, (er wurde, als er in Gedanken versunken am Wasser stand, seitens eines ihm befreundeten Jungen von hinten angerannt), damit, dass er dem Jungen einen Stoss gab, der ihn ins Wasser warf und ihn ums Leben brachte.

Auch die intellektuellen Leistungen sind geschädigt, wenn auch grade hier die Störungen oft verhältnismässig lange einseitige und gewissermaassen umschriebene bleiben. Sie zeigen sich in der einsichtslosen Beurteilung der durch eigenes Verschulden geschaffenen ungünstigen äusseren Lage, in der Neigung, Andere dafür verantwortlich zu machen, das eigene Laster in schwachsinniger Weise zu entschuldigen, in der Unfähigkeit zu plan- und regelmässiger Berufsarbeit, weiterhin in der Abnahme des Gedächtnisses, in der erschwerten Auffassung neuer Eindrücke, in dem Misstrauen gegen die Umgebung, endlich auch in Wahnideen vorzugsweise persekutorischen Charakters (Eifersuchtswahn).

Dieser geistige Rückgang kann in schweren Fällen zu tiefer Verblödung führen.

Auf körperlichem Gebiet haben wir als Zeichen des chronischen Alkoholismus, abgesehen von dem bekannten äusseren Habitus und den allgemeinen körperlichen Veränderungen mancher Trinker, im Gebiet des Nervensystems vor allem Störungen der Motilität; so Tremor der Zunge, der Lippen, des Gesichts, der gespreizten Finger, der in nüchternem Zustande am heftigsten zu sein pflegt; träge reagierende Pupillen, ferner Paresen der Arme und Beine, sodann Neuritiden, Anästhesien und Hyperästhesien, endlich umschriebene schmerzhafte Muskelkrämpfe (insbesondere der Wadenmuskeln) und allgemeine epileptische Anfälle.

#### Beispiel.

X. X., Rechtsanwalt, hat eine Reihe von Unterschlagungen dadurch begangen, dass er seit einigen Jahren Gelder, die für seine Klienten bei ihm eingingen, für sich verwendete. Auf Anfragen der betreffenden Geschädigten reagierte er zunächst nicht, war auch nicht zur Erstattung der gewünschten Abrechnung zu bewegen, und liess sogar die Excitationen der Anwaltskammer trotz Ordnungsstrafen unbeachtet. — Da seine ungünstige Lage bekannt wurde, versuchte man in Kollegenkreisen, ihm zu helfen; er musste aber auch zur Auskunfterteilung über seine Schulden erst noch wieder gemahnt werden, zeigte sich bei den betreffenden Besprechungen unfähig, seine Lage zu übersehen, und benahm sich, als schliesslich ein Voruntersuchungsverfahren gegen ihn hatte eingeleitet werden müssen, den zur Beschlagnahme seiner Handakten erscheinenden Beamten gegenüber grob und völlig verständnislos. Er versäumte dann den ersten angesetzten Vernehmungstermin und gab bei dem zweiten unzureichende Erklärungen ab, die er aber für genügend hielt, um sein Verfahren in jedem Falle zu rechtfertigen. Auch in seinen schriftlichen Auslassungen geberdete er sich wie ein Mann, dem schweres Unrecht geschähe, fragte, ob er denn gänzlich ruiniert werden sollte? usw. — Seitens der Verteidigung wurde darauf hingewiesen, dass der von jeher erregbare Angeschuldigte infolge des dauernden, neuerdings aber noch gesteigerten, übermässigen Spirituosen Genusses den Ueberblick über die Verhältnisse und das Verständnis für seine Lage vollständig verloren hätte, welche er lediglich auf die Böswilligkeit Dritter zurückführte. Weiter wurde festgestellt, dass X., der, vielleicht im Zusammenhange mit einem chronischen Ohrenleiden, von jeher reizbar und in den letzten Jahren noch unruhiger und erregbarer geworden war, anderseits wichtige Angelegenheiten sehr gleichgiltig behandelt, Unterredungen, die er eben gehabt, in der nächsten halben Stunde vergessen hatte usw. — Die gleichen Wahrnehmungen waren seitens der Familie gemacht, der gegenüber X. vielfach sehr brutal und sinnlos erregt wurde und Vorwürfe erhob, als hätten seine Angehörigen das ganze Unglück angerichtet. Auch hier fiel seine Vergesslichkeit für die Jüngstvergangenheit auf. Dazu kamen Schlafsucht, Schwindelgefühle usw. Auch zu Hause trank er viel concentrirte Spirituosen, die er im Kleiderschrank aufbewahrte. Schon vor Jahren hatte er ein Trinkerdelirium durchgemacht.

In der Hauptverhandlung erfolgte die Verurteilung des X., da das Gericht zwar aus seinem persönlichen Eindruck, insbesondere aus der Art seiner Verteidigung, die Ueberzeugung schöpfte, dass seine Geisteskräfte infolge andauernden übermässigen Alkoholgenusses seit langen Jahren etwas geschwächt seien, nicht aber, dass seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen sei. Zwei Sachverständige hatten sich unbestimmt und zum Teil widerspruchsvoll geäussert. Das Reichsgericht hob darauf das Urteil auf, nachdem seitens der Verteidigung geltend gemacht war, dass es bei Beurteilung der Zurechnungsfähigkeit des X. nicht allein auf seinen Zustand in der Hauptverhandlung, wo er einige Zeit des Genusses geistiger Getränke entwöhnt war, sondern auf den Zustand der Vorjahre angekommen sei. In dem Reichsgerichtserkenntnis wurde bemängelt, dass das erkennende Gericht sich nicht positiv von dem Vorhandensein von



Willensfähigkeit und Zurechnungsfähigkeit überzeugt hätte; es hätte das Nichtvorliegen des Schuldausschlussgrundes positiv erwiesen werden müssen. — Es erfolgte nunmehr die 6 wöchentliche Beobachtung des X., welche ausgesprochene körperliche und geistige Zeichen des chronischen Alkoholismus ergab. Anamnestisch wurde noch festgestellt, dass X. im Gegensatz zu seinem früheren Verhalten in den letzten Jahren ein auffällig schlechtes Zahlen- und Namengedächtnis gehabt, immer tiefere ethische Defekte gezeigt hatte, brutal und egoistisch geworden war und seine Neigung zum Trunk in jeder Weise zu befriedigen gesucht hatte.

In der Anstalt zeigte er eine auffällige Gleichgültigkeit gegen seine Lage, eine hochgradige Urteilschwäche und zahlreiche Gedächtnislücken resp. Mängel der Reproduktionstreue. — Dazu kamen Schwindel- und Ohnmachtsanfälle. — Das Gutachten wurde im Sinne aufgehobener Zurechnungsfähigkeit abgegeben, worauf Freisprechung erfolgte.

Auf der Grundlage der durch den fortgesetzten Alkoholmissbrauch geschaffenen cerebralen Veränderungen entstehen psychische Störungen mannigfacher Art. Zu diesen gehören die Erscheinungen der pathologischen Alkoholreaktion (Krafft-Ebing), der wir aber auch sonst unter sehr verschiedenen Verhältnissen begegnen. Es sei hingewiesen auf die Epileptiker, bei denen vielfach ein geringfügiger Exzess mit der Sicherheit eines Experimentes konvulsivische und psychische Krankheitserscheinungen auslöst, ferner auf viele Hysterische, Neurasthenische, besonders auch Schwachsinnige und Degenerierte, mag es sich dabei um angeborene, oder wie beim chronischen Alkoholismus, bei organischen Gehirnaffektionen, nach traumatischen Schädigungen usw. um erworbene Anomalien handeln.

Diesen dauernd zu pathologischer Alkoholreaktion Disponierten gesellen sich noch jene Individuen hinzu, bei denen eine solche in Folge irgend welcher schwächender, die allgemeine Widerstandsfähigkeit herabsetzender Momente, wie heftiger Gemütsbewegungen, körperlicher und geistiger Ueberanstrengungen, schwächender Krankheiten, mangelhafter Ernährung, kalorischer Schädlichkeiten usw. nur als vorübergehende Erscheinung auftritt.

Die pathologische Alkoholreaktion kann eine rein quantitative sein, insofern als schon nach verhältnismässig geringem Alkoholgenuss Erscheinungen der Intoxikation auftreten, die aber nichts Besonderes an sich haben (einfache Alkoholintoleranz); sie kann eine rein qualitative sein, indem die Erscheinungen der Intoxikation zwar nicht abnorm früh auftreten, aber sich ihrer Art nach von den gewöhnlichen unterscheiden; sie kann endlich eine quantitative und qualitative sein.

Wir sehen hier bei Besprechung der qualitativen Anomalien der Alkoholreaktion ab von den mehr subjektiven Beschwerden körperlicher Art, wie Ohrensausen, Blutandrang zum Kopfe, Kopfschmerz, Schwindelgefühl usw., und beschäftigen uns nur mit den psychischen Abweichungen, die nach kleinerer oder grösserer Alkoholzufuhr nicht selten auftreten und alle Abstufungen bilden von der einfachen Reizbarkeit, Händelsucht, Zerstörungslust zu den durch Angstafekte, Desorientiertheit, durch gewaltsame motorische Entladungen, zuweilen auch durch Halluzinationen charakterisierten „pathologischen“ oder besser „komplizierten“ (Zichen) Rauschzuständen im eigentlichen Sinne, welche wir

den gewöhnlichen einfachen, d. h. nur die bekannten Zeichen der Trunkenheit aufweisenden, gegenüberstellen.

Die komplizierten Rauschzustände treten bei bestehender Prädisposition nach verhältnismässig geringen Mengen von Alkohol, die vielleicht zu andern Zeiten von demselben Individuum gut vertragen werden, ganz akut auf, ohne dass es vorher zu Erscheinungen der Trunkenheit gekommen zu sein brauchte. Sie können sich aber auch in einen Zustand der Trunkenheit einschieben oder sich an einen bereits eingetretenen Schlafzustand des Trinkers anschliessen, der in irgend welcher Weise plötzlich unterbrochen wurde (Heilbronner); endlich können sie nach dem Alkoholgenuss zunächst latent bleiben und erst später, etwa unter der Einwirkung eines Affektes, in die Erscheinung treten. — Der komplizierte Rauschzustand charakterisiert sich klinisch meist durch den Affekt der Angst, welcher zum einfachen Rauschzustande bekanntlich nicht gehört. Die Angst kann gegenstandslos sein oder sich mit wahnhaften Befürchtungen persekutorischen Inhalts, mit Desorientiertheit, Personenverkenennung kombinieren. Daraus ergeben sich gewaltsame motorische Entäusserungen, die bald nur im Schreien, Verbigerieren, in heftigen, zum Teil hysteriformen Bewegungen, bald in sinnlosem Schimpfen, blindem Umherschlagen, wilden Abwehrbewegungen, bald endlich auch in aktiven Angriffen gegen die Umgebung bestehen. — Viel seltener vermischt sich die Angst mit Vorstellungen und Gefühlen expansiven Inhaltes (Heilbronner). Diese Zustände laufen in Stunden, zuweilen sogar in Minuten ab und enden in der Mehrzahl der Fälle mit einem tiefen Schlafzustand, aus dem die Kranken mit dem entsprechenden Katzenjammer und amnestisch, aber klar und einsichtig erwachen. Diese Zustände können sich weiterhin unter denselben Bedingungen immer wiederholen und dabei unter einander die grösste, bis ins Einzelne gehende Uebereinstimmung zeigen; sie können aber, wie schon oben angedeutet, auch trotz starker Exzesse kürzere oder längere Zeit ausbleiben.

Die Erkennung der komplizierten Rauschzustände als solcher ist retrospektiv bei dem meist ungenügenden Beobachtungsmaterial oft sehr schwierig. Besonderes Gewicht wird dabei zu legen sein auf den Angstaffekt, die schwere Störung des Orientierungsvermögens zugleich mit phantastischer Verkennung der Aussenwelt im Sinne des herrschenden Affektes, auf die Intensität der motorischen Entladungen, mögen diese nun nur in gewissen Bewegungstereotypen oder in wildem Toben und Wüten und in irgend welchen gewalthätigen Handlungen bestehen.

Es wird ferner zu forschen sein nach ähnlichen Erscheinungen pathologischer Alkoholreaktion bei früheren Gelegenheiten (Häufung der strafbaren Handlungen nach Alkoholgenuss). Sodann ist von Bedeutung der flüchtige Charakter der Störung und ihr Uebergehen zur Norm durch einen tiefen Schlafzustand hindurch, der sich nicht, wie meist beim einfach Berauschten, durch Bettbehandlung leicht herbeiführen lässt, sondern meist erst eintritt, wenn die Erregung abgelaufen ist (Heilbronner).

Das Verhalten der nachträglichen Erinnerung giebt keinen sicheren Maassstab, da diese auch nach den einfachen Rauschzuständen oft schwer geschädigt ist. Dagegen wird gegebenen Falles zu verwerten sein das Missverhältnis zwischen der Menge des genossenen Getränkes und seiner Wirkung, sodann die von der gewöhnlichen abweichende zeitliche Verknüpfung von Ursache und Wirkung, derart dass die successive Steigerung der Alkoholsymptome fehlt und der komplizierte Rauschzustand gleich im Beginn des relativen Exzesses oder erst spät nach diesem, durch ein die latente Alkoholkongestion steigerndes Moment (Affekt) zu Tage tritt (Krafft-Ebing), endlich die Beschränkung der Alkoholwirkung auf das geistige Gebiet, auf dem sich unter Umständen schwere Störungen bemerkbar machen, während alle oder doch alle ausgesprochenen Zeichen einer akuten körperlichen Beeinflussung (Taumeln, Lallen usw.) fehlen.

Aus dem, was oben über die besonders zu pathologischer Alkoholreaktion disponierten Individuen gesagt wurde, geht hervor, dass grade jene, welche schon an und für sich zu pathologischer Affektbewegung neigen, also insbesondere die Schwachsinnigen, Epileptischen und Degenerierten, auch ein grosses Kontingent zu den auf Alkohol abnorm Reagierenden stellen. So ist es verständlich, wenn grade Affektverbrechen, wie Widerstand, Sachbeschädigung, Körperverletzung, Totschlag usw. unter der konkurrierenden Wirkung der abnormen Reizbarkeit und der pathologischen Alkoholwirkung ungemein häufig begangen werden.

Dabei kann das zeitliche Verhältnis dieser beiden Momente ein verschiedenes sein, insofern als bald die Gemütsbewegung das Primäre ist und der Alkoholgenuß sozusagen nur das Maass zum Ueberlaufen bringt, dem Individuum den Rest der Selbstbeherrschung raubt, also die betreffende Handlung unmittelbar auslöst, bald umgekehrt der Alkoholgenuß primär eine veränderte Bewusstseinslage und somit eine latente Disposition zur gewalthätigen oder sonst abnormen Entäusserung schafft, die dann unter dem unmittelbaren Einfluss einer Gemütsbewegung erfolgt, bald aber auch, und zwar wohl in der Mehrzahl der Fälle, beide Momente sich hinsichtlich ihres Einflusses unentwirrbar vereinigen.

#### Beispiele.

1. Aelterer Mann, hat 1870 durch einen Säbelhieb eine schwere Schädelwunde erlitten; im Anschluss daran pathologische Alkoholreaktion: nach Genuß von kleineren Mengen Wein oder Bier verfällt der an sich sehr mässige Mann in einen Zustand schwerer Benommenheit, erregt dann jedesmal durch die gleiche unsittliche Handlung öffentliches Aergernis. (Jahresbericht Stephansfeld-Hördt 1890.)

2. H., 37jähriger Kaufmann, Sohn eines Trinkers, auch sonst psychopathisch belastet, nicht epileptisch, von jeher sexuell leicht erregbar, leidet (augenscheinlich seit einer Kopfverletzung) an pathologischer Alkoholreaktion; sobald er einige Gläser Bier mehr trinkt, als er gewohnt ist, „fällt er ab“ und wird geschlechtlich sehr erregt; von dem, was er dann thut, weiss er nichts. In einem Zustande dieser Art hat er zuerst 1893 dadurch öffentliches Aergernis erregt, dass er auf der Strasse sein Glied herausgenommen hat. — Im Jahre 1894 hat er dies auf einer der belebtesten Strassen wiederholt und eine ihm begegnende Frau zum Coitus aufgefordert. — Ähnlich hat er sich weiterhin noch 2mal gegen anständige Mädchen vergangen, denen er unsittliche Anträge machte. — Für die strafbaren Handlungen besteht absolute Amnesie.



3. A., Gelegenheitsarbeiter, vorbestraft wegen Bettelns, Obdachlosigkeit, Diebstahl, seit vielen Jahren chronischer Potator, in neuerer Zeit verminderte Toleranz gegen Alkohol, wird zum ersten Male 1896 in die Anstalt gebracht, nachdem er sich nach einem Alkoholexcess über die Pulsader geschnitten hat und herumirrend aufgegriffen ist; habituell deprimirt, finster, sehr schreckhaft.

1898 zweite Aufnahme, nachdem er nach Alkoholgenuss einen Schutzmann belästigt und bei der Sistierung wirre Reden geführt hat. — Amnesie.

1899 dritte Aufnahme, nachdem er, unmittelbar nach 7 monatlicher erzwungener Abstinenz im Armenhause, sich gleich nach der Entlassung betrunken und Kindern unsittliche Anträge gemacht hat. Amnesie.

4. H., 28jähriger Arbeiter, nach eigener Angabe Sohn eines Trinkers, hat niemals Krämpfe oder sonstige unzweifelhaft epileptische Zeichen gehabt, immer für einen ruhigen Menschen gehalten, der wohl gelegentlich über den Durst trank, aber kein eigentlicher Trinker war und, wie man meint, in glücklicher Ehe lebte. — Am 4. Juni 1895 liess H. sich für 40 Pf. Nordhäuser holen, schickte seine beiden Stiefsöhne fort und steckte in der Wohnung, in der er sich mit seinem kleinsten Kinde allein befand, verschiedene Bett- und Kleidungsstücke in Brand. Die Nachbarn hörten ihn zuerst lustige Lieder singen, dann äussern: „uns hilft Niemand“, fanden ihn aber beim Betreten der Wohnung ganz teilnahmslos auf einem Stuhl sitzend; auf die Frage, was es denn eigentlich gäbe, sagte er: „seht doch selbst nach;“ er schien etwas angetrunken, aber keineswegs sinnlos betrunken. Etwas später sah man ihn anscheinend bewusstlos am Boden liegen, man begoss ihn mit Wasser, worauf er sich aufrichtete und den Wassereimer umstiess. — Auf dem Tisch fand man einen Zettel von seiner Hand, auf dem er in etwas unklarer Weise seine Absicht, zu sterben, ausgesprochen hatte. Am Thürpfosten hing ein Strick, anscheinend zum Aufhängen bestimmt.

Am folgenden Tage wollte H. bei seiner polizeilichen Vernehmung von den Vorgängen nichts wissen, er meinte, berauscht gewesen zu sein und blieb auch weiterhin bei dieser Aussage. Von früheren unbewussten Handlungen wusste er auch anscheinend nichts. — Demgegenüber ist festgestellt, dass H. in den der Brandstiftung vorausgehenden Monaten bereits 2 Mal Erhängungsversuche gemacht hat; in beiden Fällen hatte er vorher Schnaps getrunken und war nach der Vereitelung der Versuche in tiefen Schlaf verfallen, aus dem er mit Amnesie für die betreffenden Vorgänge erwachte. — Am 24. Juni entfernte er sich dann von Hause, reiste nach D., dem Wohnort seiner Mutter und machte hier einen Vergiftungsversuch, von dem er aber nur weiss, weil ihm nachher der Magen ausgespült ist. — Während der Anstaltsbeobachtung zeigte er Anfangs ein etwas gedrücktes, später ein ungeduldiges, unzufriedenes Wesen; einmal äusserte er, die ganze Sache sei wohl von seiner Frau eingefädelt. Krampfanfälle wurden nicht beobachtet, dagegen schien er einige Male verstört, zitterte an den Händen und Augenlidern, klagte über Kopfschmerzen, war Nachts unruhig. — In dem Gutachten wurde dargelegt, dass es sich um vorübergehende Zustände krankhafter Bewusstseinsstörung handelte, die durch Alkoholmissbrauch ausgelöst würden und in denen jedes Mal derselbe Gedankengang mit demselben Effekt (Selbstmordtrieb und entsprechender Versuch) wiederkehrte.

5. H., Cigarrenarbeiter, 44 Jahre alt, angeblich durch Trunksucht und Suicid des Vaters belastet, seit 18 Jahren verheirathet; lebt in Unfrieden mit seiner Frau, seitdem zu den drei von dieser in die Ehe gebrachten Kindern noch eines von ihm gekommen ist. Häufig betrunken, macht brutale Szenen; bedroht und misshandelt Frau und Kinder auch im nüchternen Zustande, zertrümmert in einem solchen Wutanfalle einen Regulator. — Potus für gewöhnlich in mässigen Grenzen, aber etwa alle 8 Tage beim Abliefern der Arbeit grössere Alkoholexcesse, vertrinkt dann den grösseren Teil seiner Einnahmen, giebt der Frau unzureichendes Wirtschaftsgeld; nach glaubhaften Zeugenaussagen scheint übrigens auch die Frau eine unverträgliche heftige Person gewesen zu sein.

Am 27. August Beschwerde der Frau bei der Polizei, weil H. dem Trunk sehr ergeben sei, ihr zu wenig Geld gebe, sie bedrohe. Am 28. August polizeiliche Ausweisung des H., aus

der Wohnung. Wie er seine Sachen zusammensucht, vermisst er sein Messer, äussert zu der Frau, sie solle „an den Letzten“ oder an „das Letzte“ denken. — In den folgenden Tagen wird H. mehrfach in der Nähe der Wohnung gesehen; am 30. August Abends trinkt er in verschiedenen Wirtschaften Bier und Schnaps, scheint aber vollständig nüchtern und nicht auffällig, äussert auch keinen Groll gegen seine Frau, spricht vielmehr davon, sich mit ihr zu versöhnen, will sich sonst ein Zimmer für seine Cigarrenhausarbeit mieten, ist etwas gedrückter Stimmung. — Gegen 5 Uhr Morgens am 31. August sieht man ihn, etwas vor sich hin murmelnd, das verbotene Haus betreten; er öffnet die zufällig nicht übergekettete Thür der Wohnung. Gleich darauf sieht man die Frau schreiend und blutend auf dem Balkon erscheinen; die Hinzukommenden finden die Petroleumlampe umgeworfen, das Bett angebrannt; den H. selbst aber im Nebenzimmer erhängt. Abgeschnitten, beginnt er alsbald zu athmen, liegt aber noch 5 Minuten bewusstlos, bekommt dann einen „Krampfanfall“, in dem er mit den Beinen tritt und heftig um sich schlägt. Nachdem er das Bewusstsein anscheinend wiedererlangt hat, sagt er auf die Frage, womit er seine Frau verletzt habe: „mit einem Messer“, will nicht wissen, wo dies geblieben (es wurde später in seinen Kleidern gefunden). Strangulationsmarke, Fäces in den Kleidern.

Die Frau stirbt nach 3 Tagen an den erlittenen (14) schweren Verletzungen; vorher erzählte sie, H. sei an dem Morgen mit dem Rufe: „ich ermorde dich“ in die Küche gekommen und habe sogleich auf sie losgestochen. — Demgegenüber stellte H. den Vorgang so dar, dass er beim Betreten der Wohnung sofort von der Frau, mit der er sich wie schon so oft habe versöhnen wollen, mit einem Feuerhaken angegriffen worden sei; er sei dann in solche Aufregung geraten, dass er Einzelheiten nicht mehr wisse, er müsse sein Messer herausgeholt und sie gestochen haben; von allem Weiteren wisse er nichts, auch nichts von seinem Erhängungsversuch; er entsinne sich nur, später mit Wasser begossen (Thatfache) und dabei wieder zu sich gekommen zu sein. Er sei an dem Morgen nicht nüchtern gewesen, müsse ganz ohne Verstand gewesen sein; er schildert seine Unternehmungen in der Nacht zum 31. August, seine versöhnlichen Absichten, seine Gedanken beim Betreten der Wohnung und die Scene mit der Frau in allen Einzelheiten bis zu dem Moment der That selbst und ihren unmittelbaren Folgen. Dabei ist er bemüht, sich zu exculpieren, beschönigt auch sein Verhalten gegen die Seinen, gibt zwar zu, zeitweise zu trinken, meint aber, seine Frau hätte ihn in solchem Zustande nicht reizen dürfen, da sie gewusst hätte, dass er dann gefährlich sei. —

Die Zeugenaussagen ergeben keine Beobachtungen von Epilepsie in irgend einer Form; dagegen soll H., sonst ein ganz umgänglicher Mensch, im Trunke sich fast wie ein Thier gebärden, auch übrigens nicht viel vertragen können. — Ein Zeuge will ihn vor 2 Jahren einige Male hilflos, aber nicht betrunken oder bewusstlos auf der Strasse liegend gefunden und nach Hause gebracht haben. — Die zu der Schwurgerichtsverhandlung geladenen Sachverständigen führen aus, dass weder eine Geistesstörung im engeren Sinne noch ein vorübergehender Zustand abnormen Bewusstseins zur Zeit der That erweislich sei, dass die Beurteilung der behaupteten Amnesie erschwert werde durch den retrograden Einfluss des Erhängungsversuches, dass aber die bei H. sicher vorhandene pathologische Alkoholreaktion und die Degeneration des chronischen Alkoholisten bei der Beurteilung der That zu berücksichtigen sei. Es erfolgt darauf Verurteilung nicht wegen Mordes, sondern wegen Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange.

Um komplizierte Rauschzustände in dem oben angeführten Sinne handelt es sich auch bei einem Teil jener Individuen, die nach Alkoholgenuß irgend welches öffentliches Aergernis (etwa durch Urinieren an öffentlichen Plätzen oder durch Anrempeln der Passanten) verursachen und dann bei ihrer Sistierung den wildesten Widerstand leisten, im Gefängnis die Zelle demolieren und andere Gewaltthatigkeiten begehen, für die sie nachher keine Erinnerung haben. — Andererseits ist es ja bekannt, dass auch vermöge ihrer habituellen Reizbarkeit manche Alko-

listen auf gewisse Sinneswahrnehmungen wie der Stier auf die rothe Farbe reagieren, so dass z. B. der blosse Anblick einer Schutzmannsuniform einen Zustand elementarer Wut auslöst (Blaukoller).

Die Disposition zu Trugwahrnehmungen, der wir bei Alkoholisten vielfach begegnen, tritt uns auch in den Zuständen pathologischer Alkoholreaktion sowohl in Täuschungen mehr elementarer Art, wie Lichtblitzen, verworrenen Geräuschen usw., als auch in typischen Hallucinationen entgegen, die vorzugsweise den Gesichts-, etwas seltener den Gehörsinn betreffen und meist einen peinlichen, beängstigenden Inhalt haben. Es gibt degenerirte Alkoholisten, die nach Alkoholenuss habituell zu hallucinieren anfangen; hier kann sich dann aus den unkorrigierten Hallucinationen und Illusionen ein krankhafter Beziehungs- und insbesondere Eifersuchtswahn entwickeln, der zu Gewaltthaten z. B. gegen die Ehefrau führen und so forensisch wichtig werden kann (Heilbronner).

Die Fälle, in denen die Sinnestäuschungen nach besonders hochgradigen Alkoholexcessen gehäuft auftreten und heftige, nicht selten zu schweren Gewaltthaten führende Erregungszustände von der Dauer einiger Stunden auslösen, hat Krafft-Ebing als „trunkfällige Sinnestäuschung“ zusammengefasst.

Von besonderer forensischer Bedeutung sind endlich die bei chronischen Alkoholisten gleichfalls nach stärkeren Excessen auftretenden, „vorübergehenden Zustände abnormen Bewusstseins“ (Moeli), („alkoholischer Trance“ Mendel), die ohne hervortretende Hallucinationen und ohne grob auffällige Veränderung der Gemüths Lage wesentlich durch die traumartig veränderte Bewusstseinslage charakterisiert sind und eine nahe Verwandtschaft zeigen mit den an anderer Stelle besprochenen vorübergehenden Bewusstseinsstörungen der Epileptiker.

Zu beachten ist aber bei diesen auf Alkoholvergiftung beruhenden Dämmerzuständen der Umstand, dass in ihnen verhältnissmässig häufig nicht nur, wie dies ja zuweilen auch bei Epileptischen beobachtet wird, ein allgemeiner, annähernder, sondern ein ins einzelne gehender Zusammenhang mit Vorstellungen des wachen Lebens nachweisbar ist, derart, dass entweder ein schon längere Zeit bestehender Vorstellungskreis oder, häufiger, eine erst kurz vorher entstandene Gedankenreihe bei bestehender Einengung des Bewusstseins nach Art einer posthypnotischen Suggestion „unbewusst“ oder „halbbewusst“ fortwirkt und in die entsprechende Handlung umgesetzt wird (Moeli, Cramer).

#### Beispiele.

1. 36jähriger Schneider, seit 8 Jahren glücklich verheiratet, betreibt seit einigen Jahren mässigen, seit einigen Monaten (bei gestörtem Schlaf, unbestimmter Angst, Arbeitsunfähigkeit, Reizbarkeit, trüber Stimmung) stärkeren Spirituosenuss, vernachlässigt sein Geschäft, fängt an, seine Frau schlecht zu behandeln, ohne eifersüchtig zu sein, misshandelt sie auch. In den letzten Monaten vor seiner That (Mordversuch gegen die Frau) kolossale Reizbarkeit, andauernde innere Unruhe und Schreckhaftigkeit. Die geringste Abweisung bringt ihn in Wuth; gleich nachher weiss er nicht mehr, weshalb er auf seine Frau eingeschlagen hat.

Gegen diese stösst er mehrfach Drohungen aus, hält ihr Benehmen gegen ihn für



Nachlässigkeit oder beabsichtigte Kränkung, meint, sie wolle ihn ins Grab bringen. — Am Tage vor der That beginnt ein Erinnerungsdefekt, der teils ein absoluter, teils ein relativer ist. Die Nacht vor der That schläft er schlecht, Morgens geht er aus, bringt einen Revolver nach Haus, äussert zu der Frau, nun habe er es wahr gemacht, was er ihr schon längst versprochen habe. Wie die Frau ihm die Waffe fortnehmen will, sagt er: „er ist noch nicht geladen“, wird heftig, wie sie die Patronen fortnehmen will. Wie die Frau das Zimmer wieder betritt, schreibt er auf ein Stück Pappe die Worte, dass er nun sterben wolle, richtet dann den Revolver auf sie, schießt auf sie durch eine Glasthür. Nach einigen Minuten geht er fort, wird verhaftet. — Auf dem Polizei-Revier wird festgestellt, dass er blass und verstört ist, mit stark belegter, zitternder Zunge und zitternden Händen. Bezüglich der ihm vorgehaltenen That sagt er, er habe in Verzweiflung gehandelt, er riecht nach Alkohol, zeigt keine Spur von Trunkenheit, ist eigentümlich erregt, theatralisch wortreich. Von dieser Untersuchung weiss er nachher nichts, hat dagegen dunkle Erinnerung an die folgende Droschkenfahrt zur Anstalt, glaubt sich zu erinnern, dass er geschossen habe, hat keine Erinnerung für das Schreiben; glaubt (irrtümlich), nach der That frische Wäsche angezogen zu haben.

In der Anstalt Anfangs noch zahlreiche Beschuldigungen gegen die Frau, allmählich besonnener und urteilsfreier. — (Beobachtung von Moeli).

2. B., 26jähriger Arbeiter, psychopathisch belastet, angeblich sehr reizbar nach Alkoholgenuss, aber sonst mässig, hat vor wenigen Tagen eine ihm wegen Hehlerei zuerkannte 3tägige Gefängnisstrafe verbüsst, sich darüber sehr geprügelt, spricht Nachts von der Angelegenheit, schläft schlecht. — Am 19. XII. Tags über noch unverändertes Benehmen, kommt Abends angetrunken nach Hause, nimmt sich seinen Revolver, äussert, dass er jetzt hingehen wolle, wohin seine Frau nicht mitgehen könne, spricht von Geistern und vom Teufel, verlässt dann das Haus, trinkt weiter, fuchelt in der Wirtschaft mit dem Revolver herum, wird 1 Uhr Nachts in Schutzhaft genommen, sagt, er richte auch ohne Revolver was aus, wird nach der Verhaftung immer erregter, sieht die Decke sich heben und Teufel hindurchkommen. — In der Anstalt Anfangs ganz wirr, am folgenden Tage klarer, hört noch die Stimme seines Vaters, die ihm wegen Hehlerei Vorwürfe macht, wird dann rasch klar. Völlige Amnesie.

3. M., 28jähriger Tapezier hat am 9. I. 1900 auf seine Frau geschossen und sie mehrfach verletzt. Er ist erblich schwer belastet, selbst von Haus aus gutmütig, als Knabe hat er eine schwere Kopfverletzung erlitten und danach vielfach Nasenbluten und Blutandrang zum Kopfe gehabt. Sein Verhalten zeigt schon seit Jahren periodische Schwankungen, insofern, als er abwechselnd ein fleissiger, geschickter und gesuchter Arbeiter, zeitweise aber auch ein Durchgänger war, der, wenn er Geld in der Tasche hatte, gerne viel trank und dann alle möglichen Thorheiten machte. Pathologische Alkoholreaktion äusserte sich im Jahre 1898 darin, dass er, obwohl er sich in sehr guten Verhältnissen befand, beim Kartenspielen die vorübergehende Abwesenheit seiner Mitspieler benutzte, um mit dem auf dem Tisch liegenden Gelde durch ein Fenster zu verschwinden; auch sonst mehrfach planlose und zum Teil gewaltsame Handlungen nach Alkoholgenuss: so z. B. vor 5 Jahren nach einer durchschwärmten Nacht Selbstmordversuch durch Ertränken, angeblich, weil er sein Mädchen nicht heiraten konnte, ferner plötzliche Gewaltthätigkeit gegen einen Freund aus Anlass eines Wortwechsels usw. — Ausserdem Handlungen, welche auf zeitweise Bewusstseinsstörungen schliessen lassen: Bemüht sich um ein Mädchen, obwohl er schon verlobt ist, weiss von anscheinend planmässig ausgeführten Geschäften nichts, nimmt einmal in einer Gastwirtschaft eine im Zimmer hängende Hose mit auf das Closet, ohne nachher etwas davon zu wissen.

Die Ehe war von Anfang an unglücklich, anscheinend durch Schuld beider Teile (Unpünktlichkeit der Frau, Leichtsinns des Mannes). M. hat die Frau gelegentlich miss handelt und auch wohl mit dem Tode bedroht. Gedanken dieser Art lagen ihm also schon seit längerer Zeit nicht fern, trotzdem machte er, als sie ihn im November 1899 verlassen hatte, verschiedentliche Versuche sie zurückzubringen; schliesslich reiste er ihr nach

dem neuen Aufenthaltsorte X. nach, nachdem er diesen durch eine List erfahren hatte. In X. trank er viel, ging dann in die Wohnung seiner Frau, forderte sie auf, mit ihm nach Hause zu kommen, äusserte dann, er wolle ihr jetzt einen Scheidungsgrund geben und schoss mehrere Male auf sie. Die Frau lief fort, er verfolgte sie zunächst und lief dann selbst mit Zurücklassung seines Hutes fort. Nach etwa 2 Stunden erschien er bei einem gewissen N., der keine äusseren Zeichen der Trunkenheit, wohl aber Spirituosengeruch und Blässe des Gesichts an ihm bemerkte; er schrieb dann an demselben Nachmittag und Abends mehrere äusserst verworrene Postkarten an Freunde und reiste in der Nacht nach seinem Heimatsort zurück. Unterwegs war er auffallend aufgeräumt, sang und erzählte viel, schien den Mitreisenden nicht betrunken. In seinem Heimatsort benutzte er einen Seitenweg um den Bahnhof herum, ging dann in ein Wirtshaus, trank und renommierte, wurde dann verhaftet und sagte zu dem Polizei-Beamten: „Sie haben einen Mörder vor sich“, weiterhin, er könne mit seiner Frau nicht mehr leben, es sei ihm Alles ganz egal, wenn er auch einen Kopf kürzer gemacht werde. Bei den ersten Vernehmungen 2 und 3 Tage nach der That räumte er diese selbst ein und erklärte, die Absicht gehabt zu haben, die Frau entweder zurückzubringen oder zu erschiessen. Schon dabei fielen aber vielfache Ungenauigkeiten auf, u. A. weiss er nicht, wo er den Revolver herbekommen hat; bei späteren Vernehmungen erweist sich die Erinnerung als immer mangelhafter, sie erlischt auch für die That selbst und sogar für die derselben vorhergehenden Tage, die vielfach mit phantastischen Erzählungen ausgefüllt werden. — In der Anstalt Anfangs gehobenes, renommistisches Benehmen, völlige Amnesie für die That und die ihr vorausgehenden Tage, grosse Reizbarkeit, vorübergehende, unmotivierte Verstimmung, einmal des Nachts 2 atypische Krampfanfälle von epileptischem Charakter, darnach wieder vorübergehend heiteres Benehmen. — Weitgehende Besserung während des Gefängnis- und Anstaltsaufenthaltes.

Die sonstigen auf dem Boden des chronischen Alkoholmissbrauches vorkommenden geistigen Störungen sind teils Abweichungen mehr elementarer Art, teils in sich geschlossene Krankheitsbilder.

Zu den ersteren gehören die Schwankungen der Stimmung, denen manche Trinker nach akuten Alkoholexcessen, zuweilen aber auch ohne solche in mehr oder minder regelmässigen Intervallen unterworfen sind. Es sind vor allem vorübergehende Depressionszustände mit dem Gefühl innerer Unruhe und Beklommenheit, die den Anstoss zu Verzweiflungsthaten oder auch zu temporär gesteigerten Alkoholexcessen geben können. —

Die reinen Fälle von periodisch auftretendem, unwiderstehlichem Triebe zum Alkoholgenuss, von Dipsomanie, stehen zu jenen Verstimmungen aber nur in einer äusserlichen Beziehung. Die Betreffenden sind gar keine habituellen Trinker, sie sind vielfach sogar für gewöhnlich äusserst mässig. Von Zeit zu Zeit aber, in Pausen von Wochen oder Monaten bemächtigt sich dieser zum Teil als „Quartalssäufer“ zu bezeichnenden Individuen eine Verstimmung der soeben geschilderten Art und ein unwiderstehlicher Drang nach Befreiung durch den sorgenbrechenden Alkohol; auf diesem Wege kommt es sekundär zu einige Zeit hindurch fortgesetzten Alkoholexcessen, bei denen oft die äusseren Symptome der Trunkenheit gänzlich fehlen, bis endlich nach Tagen oder Wochen der Kranke mit allen Zeichen des physischen und moralischen Katzenjammers zu seinen gewöhnlichen Lebensgewohnheiten zurückkehrt. Es handelt sich hierbei offenbar vielfach um komplizierte Rauschzustände auf epileptischer Grundlage (Kraepelin). Indessen dürfte die Besprechung an dieser Stelle aus Gründen der Uebersicht-

lichkeit und mit Rücksicht auf die auch bei habituellen Trinkern vorkommenden dipsomanischen Anfälle gerechtfertigt erscheinen. —

#### Beispiel:

D., 22 Jahr alt, Schlossergeselle, erblich belastet, selbst als Knabe gutartig, aber verschlossen und sehr empfindlich, hatte damals, besonders im 11. Jahre mehrfach Krampfanfälle.

1898 bei Rückkehr von der Wanderschaft periodische Trunksucht; beinahe alle 4 Wochen ein Anfall, der mit einem schweren Rauschzustande zu enden pflegt, in welchem D. unter völliger Bewustseinstrübung zu irrsinnigen und gemeingefährlichen Handlungen neigt; in einem solchen Zustand verübt er schliesslich Einbruchsdiebstähle, er entwendet teils wertlose Gegenstände, hat nachher nur ganz summarische Erinnerung an das Vorgefallene, kann es selbst nicht begreifen. — Das Gutachten führt aus, dass D. ein Mensch mit epileptischen Antecedentien sei, der seit einigen Jahren an periodischer Trunksucht leide, ohne Zweifel würden die Anfälle durch innere, krankhafte Vorgänge bei ihm ausgelöst und kompliziert sich mit tiefer Bewusstseinsstörung. (Jahresbericht, Irrenanstalt, Schleswig, 1899—1900.)

Endlich ist hier die bei chronischen Alkoholisten häufige Neigung zu umschriebener Wahnbildung im Sinne der Eifersucht zu erwähnen. Dieser Eifersuchtswahn ist von besonderer forensischer Bedeutung, weil er ungemein häufig zur schweren Verletzung und Tötung der Ehefrau führt. Die Kranken deuten in paranoischer Weise alle möglichen harmlosen Dinge im Sinne dieses Wahnes, der nicht selten noch durch zeitweilige Illusionen und Halluzinationen genährt wird. Obwohl eine weitere Verarbeitung des Eifersuchtswahnes in der Mehrzahl der Fälle nicht stattfindet, ist er doch meist sehr fixiert und wird auch nach längerer Entziehung des Alkohols nur in einem verhältnismässig kleinen Teil der Fälle vollständig korrigiert.

#### Beispiel:

Johann Th., geboren den 21. Oktober 1846, Vater und Bruder Potatoren, Onkel und Tante mütterlicherseits geisteskrank; Th. selbst ist geistesbeschränkt und seit vielen Jahren starker Schnapstrinker. Seit 1875 verheiratet, hatte er mit seiner Frau häufige Streitigkeiten, warf ihr vor, sie triebe „Hurenkram.“ Es kam zu einem dauernden Zerwürfnis, die Frau stellte sich unter polizeilichen Schutz, dem Th. wurde das Betreten der Wohnung verboten. Nach einem vergeblichen Versöhnungsversuch von Seiten des Th. lauerte er am 7. Juni 1899 seiner Frau auf, schoss 2 mal auf sie, verletzte sie erheblich am linken Oberschenkel, schoss dann 2 mal auf sich selbst, ohne sich zu treffen.

Am 20. Juli 1899 wurde er in die Irrenanstalt aufgenommen. Erzählt, er habe seine Frau noch einmal um Versöhnung bitten, im Falle einer Abweisung aber sich erschiessen wollen. Erst im Augenblick der That sei ihm der Gedanke gekommen auf die Frau zu schießen, „aus Eifersucht, weil ich so viel von ihr hielt.“ Klagt über Kopfweh, ist ängstlich deprimiert, örtlich und zeitlich schlecht orientiert. — In den folgenden Wochen behauptete er bald, seine Frau sei nachts hier gewesen, habe ihm Versöhnung angeboten, bald, sie komme an sein Bett, lege sich auf ihn, erdrücke ihn fast; dann meinte er wieder, sie ginge auf dem Corridor mit einem grossen Hunde auf und ab, sah sie auch neben sich im Bette liegen. — Nach etwa 3 Monaten Zurücktreten der Halluzinationen, will sich mit seiner Frau vertragen, führt seinen früheren Zustand auf Betrunkenheit zurück. „Wenn ich das mit dem Revolver man nicht gethan hätte. Ich freue mich nur, dass das noch so abgegangen ist, das hätte viel schlimmer werden können.“ „Wenn ich fortkomme, darf ich nicht mehr trinken, das sehe ich wohl ein, ich will gerne Guttempler werden.“



20. Juni 1900 geheilt entlassen.

Th. ist Guttempler geworden und hat sich bis jetzt, soweit bekannt, gehalten.

Von den in sich geschlossenen Geistesstörungen der Alkoholisten betrachten wir zunächst das Alkoholdelirium (Delirium tremens).

Dieses entwickelt sich akut auf dem durch chronischen Alkoholmissbrauch geschaffenen Boden unter dem auslösenden Einfluss schwächender Momente, wie Verletzungen, Eiterungen, akuter körperlicher Krankheiten, unzureichender Ernährung, Gemütsbewegungen usw. Dem Ausbruch des eigentlichen Deliriums gehen meist gewisse Prodromalerscheinungen Stunden oder Tage lang voraus. Diese bestehen in gastrischen Störungen, gestörtem Schlaf, Kopfschmerz, Schwindelgefühl, ferner in psychischer Verstimmung, Unruhe, Reizbarkeit, Beängstigungen, Unklarheit, nicht selten und zwar besonders des Nachts auch bereits in einzelnen Sinnestäuschungen und wahnhaften Gedankenreihen.

Zuweilen entwickelt sich die Krankheit überhaupt nicht weiter, sondern bleibt auf die Erscheinungen, wie sie soeben als die des prodromalen Stadiums geschildert wurden, beschränkt. Bei diesen Abortivformen, welche besonders häufig bei Frauen vorkommen, besteht oft des Nachts Schlaflosigkeit und Unruhe in Folge von beängstigenden Halluzinationen, während am Tage scheinbar völlige Besonnenheit vorhanden ist, allerdings ohne Korrektur der nächtlichen Täuschungen. Hieraus können sich falsche Anschuldigungen u. dgl. ergeben.

Ein Kranker Mendels denunzierte einen Mord, den ein Schiffer des Nachts an seiner Frau verübt haben sollte. Man forschte eifrig nach; zwei Tage darauf stürzte sich der Denunciant selbst in's Wasser und ertrank. Es stellte sich heraus, dass der Betreffende, der früher schon von Mendel an Delirium tremens behandelt war, auch jetzt wieder an solchem Anfall gelitten und, anscheinend in vollkommen glaubhafter Weise, das Produkt von Hallucinationen als Thatsachen angegeben hatte.

In andern Fällen werden die Betreffenden schon in diesem Stadium durch gewisse Abwehrmaassregeln gegen vermeintliche Verfolger, wie Schreckschüsse und dergl. gefährlich.

Das ausgebildete Delirium kennzeichnet sich auf geistigem Gebiet vor allem durch lebhafte und ungemein plastische, inhaltlich meist unangenehme Halluzinationen, besonders des Gesichts, Gehörs und Gemeingefühls. Die Kranken sehen Tiere, Teufel, Räuber, Liebhaber der Frau, Schutz männer, Gespenster, ganze Festzüge, vollbesetzte Strassenbahnwagen, alles in grosser Vielfältigkeit und lebhafter Bewegung; sie hören verworrene Geräusche, Schüsse, Läuten, aber auch Stimmen, die sie beschimpfen und ihnen und den Angehörigen Schreckliches in Aussicht stellen. Sie fühlen Schlangen, Kröten usw., elektrische Ströme u. dgl. auf und unter ihrer Haut, ihre Organe verändern sich und dergl. mehr. Dabei ist das Bewusstsein nicht tief gestört; es gelingt, die Kranken auf Momente aus ihren Delirien herauszureissen und zu zusammenhängenden Aeusserungen zu bewegen; dementsprechend ist später auch das Erinnerungsvermögen zuweilen bis ins Einzelne erhalten. — Trotz dieser relativen Besonnenheit besteht völlige

Desorientiertheit über die Lage und die Umgebung, aber nicht über die eigene Persönlichkeit (Bonhöffer). Innerhalb der wahnhaft verfälschten Situation handeln die Kranken zusammenhängend und relativ geordnet oft im Sinne ihrer gewohnten Beschäftigung (Beschäftigungsdelirien). Zuweilen kommt es in der Reaktion auf die vermeintlichen Beschimpfungen, in der Angst, zu plötzlichen, unmotivierten Gewaltthatigkeiten gegen sich und andere (Selbstmord- und Mordversuche), häufiger aber zu unbeabsichtigten Selbstbeschädigungen in Folge Verkennung der Situation (Sturz aus dem für eine Thür gehaltenen Fenster u. dgl.).

In körperlicher Beziehung besteht Tremor der Zunge und der Finger, zuweilen auch der Gesichts- und Extremitätenmuskulatur; ferner Sensibilitätsstörungen verschiedener Art, profuse Schweisssekretion, leichte Temperatursteigerung, allgemeine Muskelschwäche, endlich sehr häufig Albuminurie (Fürstner).

Dem Stadium der heftigen, zeitweise zu wilder Tobsucht gesteigerten Agitation folgt bei normalem Verlauf die Beruhigung, entweder plötzlich mit kritischem Schlaf oder langsam mit Remissionen und allmählig eintretender Korrektur der Wahngelüste; im Durchschnitt beträgt die Krankheitsdauer nicht mehr als einige Tage. Von den Fällen mit hiervon abweichendem Verlauf sind die infolge irgendwelcher Komplikationen zum Tode führenden hier nicht von Interesse. Dagegen bedarf es der Erwähnung, dass infolge eines einmal oder wiederholt remittierenden Verlaufes protrahierte Delirien von der Dauer mehrerer Wochen vorkommen, und dass sich zuweilen aus anscheinend einfachen Delirien andre Formen alkoholistischer Geistesstörung entwickeln; hier kommen einmal die Fälle in Betracht, in denen neben deliranten Phasen solche ungetrübter Besonnenheit mit Hallucinationen und Wahnideen persekutorischer Art bestehen (vgl. die nachfolgend besprochene Krankheitsform), ferner die Fälle, in denen sich an das Delirium ein paranoider, anscheinend unheilbarer geistiger Schwächezustand mit stabilen, einförmigen und nicht weiter verarbeiteten Verfolgungsideen und zeitweiligen Erregungszuständen anschliesst (Kräpelin), endlich die Fälle, in denen ein protrahiertes Delirium den Uebergang zu einer polyneuritischen Psychose (s. unten den Korsakow'schen Symptomenkomplex) bildet (Bonhöffer, Jolly).

Der hierauf kurz zu schildernde akute hallucinatorische Wahnsinn der Trinker kann der soeben besprochenen delirierenden Form als die systematisierende Form der akuten alkoholistischen Geistesstörung gegenüber gestellt werden (Jolly), wenn auch betont werden muss, dass Mischformen zwischen beiden oft vorkommen.

Wenn bei den Deliranten die völlige Verwirrtheit und der bunte Wechsel zusammenhangloser Trugwahrnehmungen das Wesentliche des psychischen Krankheitsbildes ausmacht, so finden wir in reinen Fällen der uns jetzt beschäftigenden in der Mehrzahl der Fälle durch Alkoholmissbrauch ausgelöst, aber auch bei Nichttrinkern vorkommenden Störung ein verhältnismässig klares Bewusstsein und einen logisch zusammenhängenden Verfolgungs-, seltener Verfolgungs- und

Grössenwahn. Es rechtfertigt sich hiernach für diese Zustände auch die von verschiedenen Autoren gewählte Bezeichnung „*Paranoia acuta alcoholica*“.

Die Krankheit beginnt meist ganz plötzlich, oft nach vorübergehend gesteigertem Alkoholmissbrauch, mit Gehörsillusionen und -Hallucinationen; zuweilen sind auch allgemeine Prodromalerscheinungen, wie Schlaflosigkeit, Schwindel, Reizbarkeit, grundlose Verstimmung, allgemeines Unbehagen kurze Zeit vorausgegangen. — Die Hallucinationen bestehen in mit grösster sinnlicher Deutlichkeit gehörten Aeusserungen, die oft in der Form zusammenhängender Sätze oder Zwiegespräche bekannter oder bestimmten Persönlichkeiten zugeschriebener Stimmen eine meist übelwollende Kritik des Thuns und Lassens des Kranken, ferner Beschimpfungen, Drohungen, beängstigende Mitteilungen über sein Schicksal oder das seiner Angehörigen enthalten, wobei er selbst oft nur die Rolle des unfreiwilligen Zuhörers spielt (Kräpelin). Nicht selten sind auch Gesichtstäuschungen vorhanden, teils elementarer, teils solcher Art, wie wir sie bei dem Alkoholdelirium besprochen haben. — Auch gewisse bei diesem erwähnte körperliche Störungen, wie Zittern der Hände und der Zunge sind oft nachweisbar. Im Zusammenhang mit den Sinnestäuschungen steht der Verfolgungswahn, bei dem vielfach zur Erklärung der unheimlichen Vorgänge allerhand physikalische Phänomene (Beobachtung durch Spiegel, besondere Apparate, Verwendung von Telephonen, Röntgenstrahlen usw.) herangezogen werden. In andern Fällen treten religiöse Wahnvorstellungen auf; die Kranken haben Zeichen vom Himmel erhalten, glauben sich zu Besonderem berufen (Mendel). — Ueber alles dieses berichten die Kranken in besonnener und logischer, auffallend gleichmütiger, vielfach sogar leicht ironisierender Weise; doch kommen zuweilen infolge episodischer Angstzustände oder wütender Abwehrbestrebungen gewaltsame Handlungen vor, die sich meist gegen die eigene Person, zuweilen aber auch gegen die Umgebung richten.

Mendel erwähnt einen Kranken, der im Sinne der vermeintlich erhaltenen göttlichen Weisung, vor Erfüllung seiner Mission ein Opfer zu bringen, einen ihm völlig unbekannten Mann ermordete.

In andern Fällen werden die Kranken den Behörden lästig, dadurch, dass sie sich Bescheinigungen darüber ausstellen lassen, dass nichts gegen sie vorliege usw.

Der Verlauf der Krankheit ist akut oder subakut, meist auf einige Wochen beschränkt. Die Prognose ist im allgemeinen günstig, doch kommen Fälle mit schleppendem Verlauf und Ausgang in unheilbare geistige Schwäche mit persistierendem Verfolgungswahn vor.

Wir schliessen hieran eine kurze Skizze der Alkohol-Epilepsie.

Unter den Alkoholisten gibt es, natürlich abgesehen von den nicht seltenen Fällen, in denen genuine Epileptiker an den Trunk kommen, zwei Arten von Epileptikern. Beide haben das Gemeinsame, dass im Verlaufe von chronischem Alkoholmissbrauch eine *Epilepsia tarda* eintritt; sie unterscheiden sich aber von einander wesentlich dadurch, dass die Einen, der Zahl nach Zurückstehenden, das gewöhnliche klinische Bild der genuine Epilepsie mit verschiedenartigen



Anfällen, Dämmer- und Verwirrungszuständen und progressiver Abnahme der intellektuellen Leistungen darbieten, welches durch weitere Alkoholexcesse wohl beeinflusst wird, aber nicht in seiner Existenz von diesen abhängt, — während die Anderen nicht nur gewisse klinische Eigentümlichkeiten, sondern vor Allem auch eine unverkennbare und direkte Abhängigkeit der Krankheitserscheinungen von dem Alkoholgenuss zeigen, indem jene mit diesem stehen und fallen. —

Bekanntlich gehen die Meinungen über die Beziehung zwischen diesen beiden Formen der Spät-Epilepsie noch auseinander. Hier beschäftigen wir uns nur mit den Fällen der zweiten Gruppe, der eigentlichen Alkohol-Epilepsie.

Diese ist nach dem Gesagten eine symptomatische Erkrankung und durchaus gleichwertig den anderen Krankheitserscheinungen (Delirien, Neuritiden etc.), die sich auf dem durch chronischen Alkoholmissbrauch vorbereiteten Boden entwickeln (Bratz). Bei den meisten Trinkern, die auf einmal epileptische Anfälle bekommen, besteht eine Prädisposition durch hereditäre Belastung oder andere frühere Schädigungen des Gehirnes (Moeli-Bratz). Im Allgemeinen sind gelegentliche Excesse weniger bedeutungsvoll für die Entwicklung der Epilepsie als regelmässig fortgesetzter Alkoholgenuss (Bratz); nur der erste Anfall tritt häufig nach einem starken Excess, in der Trunkenheit auf. Ein lange fortgesetzter Alkoholmissbrauch ist nicht erforderlich, die Alkohol-Epilepsie ist vielmehr eine relative Früherkrankung im Verlaufe des Alkoholismus (Bratz). Meist tritt sie von vornherein mit ausgebildeten schweren Krampf-Anfällen (Zungenbiss) auf; bei fortgesetztem Missbrauch nehmen diese dann an Zahl und Schwere zu (status epilepticus). Geradezu charakteristisch für die Alkoholepilepsie ist das häufige Vorkommen hysteriformer Anfälle; man sieht die Kranken im Anfälle einigermaßen coordinierte Bewegungen machen, um sich schlagen, die in der Nähe stehenden Möbel fassen und herumwerfen etc.

Mit dem Eintreten der ersten Krampfanfälle pflegen die gleichfalls eine Teilerscheinung des chronischen Alkoholismus bildenden intellektuellen Defekte zunächst etwas stärker hervortreten; weiterhin tritt aber bald ein Stillstand ein; die Alkohol-Epilepsie als solche bewirkt, abweichend von der genuinen Epilepsie, keine progressive Schädigung der intellektuellen Leistungen.

Mit der Durchführung der Alkoholabstinenz verschwinden die Krankheitserscheinungen, natürlich immer abgesehen von den nicht mehr ausgleichbaren habituellen Folgezuständen des chronischen Alkoholismus, die hier keiner erneuten Schilderung bedürfen, unmittelbar, wie der auf's Neue aufgenommene Potus sie fast ebenso unmittelbar wieder hervorruft.

Auch die alkohol-epileptischen Anfälle sind oft von Verwirrungszuständen mit lebhaften Hallucinationen meist beängstigender Art und Amnesie verschiedener Grade gefolgt; hier scheinen insbesondere die in dem Abschnitt „Epilepsie“ erwähnten rasonnierenden Delirien verhältnissmässig häufig vorzukommen (Samt. Moeli).

Zwischen der Alkohol-Epilepsie und dem bereits besprochenen Alkoholde-

lirium, die sich auch in Bezug auf die Häufigkeit ihres Vorkommens sehr nahe stehen (Jolly), bestehen offenbar auch innere Beziehungen. So treten die ersten Krampfanfälle nicht selten kurz vor dem Ausbruch des Deliriums, oder während seines Bestehens auf. Ferner scheint das Vorkommen von Delirien und Krampfanfällen eine gewisse Immunität gegen die Entwicklung chronischer Alkohol-Psychosen, insbesondere Paranoia zu schaffen (Moeli. Bratz). —

Die nunmehr zu besprechende, besonders bei Polyneuritis alcoholica vorkommende amnestische Geistesstörung, welche wir kurz als die Korsakowsche Krankheit bezeichnen wollen, stellt im Verhältnis zum akut verlaufenden Alkoholdelirium eine tiefere und schwerer ausgleichbare Form der Geistesstörung dar. Die nahen Beziehungen zum Alkoholdelirium ergeben sich einmal daraus, dass die der Korsakowschen Krankheit ihre Eigenart gebenden, unten besprochenen Symptome in gewissen Andeutungen auch bei jenem fast regelmässig vorhanden sind (Jolly), ferner aus der oben bereits erwähnten Thatsache, dass ein Alkoholdelirium zuweilen die Korsakowsche Krankheit einleitet oder in sie übergeht.

Die Krankheit charakterisiert sich auf körperlichem Gebiet in der Mehrzahl der Fälle, aber keineswegs in allen, durch die Symptome einer mittleren oder schweren Neuritis, auf geistigem durch die Vergesslichkeit gegenüber allen neu aufgenommenen Eindrücken bei oft überraschender Gedächtnistrene für weiter zurückliegende Dinge, und durch das Vorhandensein von Erinnerungstäuschungen (Pseudoreminiszenzen). — Das Bild, welches diese Kranken gewähren, ist höchst eigentümlich, wenn sie, bei tadelloser Haltung und voller Verfügungsfähigkeit über ihren alten Besitz an Erinnerungen und Erfahrungen, das zu ihnen Gesprochene stets sofort wieder vergessen, sich dieselbe Frage immer wieder beantworten lassen und, obwohl sie im Bette liegen oder doch das Zimmer nicht verlassen können, davon fabeln, dass sie Reisen gemacht, allerhand Abenteuer erlebt, im Garten botanisirt haben usw. In ausgesprochenen Fällen kommt es zu einer „totalen Verwirrtheit und Unfähigkeit, sich zurechtzufinden, aus welcher man aber fast immer die Kranken vorübergehend einigermaßen herausreissen kann, indem man ihrem Gedächtnis Brücken baut und die gegenwärtigen Eindrücke mit ihren alten Erinnerungen verknüpft. Unmittelbar nach solchen Gesprächen pflegt jedoch das ganze neu errichtete Bauwerk wieder im Nebel zu versinken“ (Jolly). Vielfach gehen bei diesen Zuständen auch mehr oder weniger weit zurückliegende Episoden aus der dem Krankheitsausbruch vorausgehenden, noch gesunden Zeit der Erinnerung verloren (retrograde Amnesie). — Im Laufe der Krankheit zeigt die Gedächtnisstörung oft vielfache Schwankungen (Jolly, Redlich, Pick).

Die Krankheit entwickelt sich, anscheinend unter Bevorzugung des weiblichen Geschlechtes (Jolly), allmählich mit einer Abnahme des Gedächtnisses, die anfangs wenig auffällig, schliesslich zur Berufsunfähigkeit und Unorientiertheit führt; dabei besteht nicht selten Reizbarkeit mit Neigung zu heftigen Ausbrüchen, zuweilen auch ängstlich depressive Stimmung.

Der Verlauf zieht sich über Monate hin; weitgehende Besserungen sind keineswegs selten, sogar Heilungen kommen vor. — In ungünstig verlaufenden Fällen kann es zum Uebergang in chronische Geistesstörung unter dem Bilde der Paranoia oder dem der alkohol-paralytischen Demenz kommen.

Die Krankheit wird keineswegs nur bei chronischem Alkoholismus, sondern insbesondere auch im Zusammenhang mit den Veränderungen des Seniums beobachtet. Aehnliche Zustandsbilder kommen endlich bei traumatischen Psychosen und bei andern organischen Gehirnerkrankungen vor (Jolly).

Die forensische Bedeutung dieser Zustände liegt naturgemäss vorzugsweise auf dem zivilrechtlichen Gebiet; auf dem strafrechtlichen können sie in Frage kommen bei Zeugenaussagen, unter Umständen auch bei von solchen Individuen auf Grund ihrer Pseudoreminiszenzen gelegentlich vorgebrachten unwahren Behauptungen. Ein Kranker meiner Beobachtung machte sich dadurch lästig, dass er in einem Hotel immer wieder die Auslieferung eines früher dort deponierten Geldbetrages verlangte, den er längst zurückerhalten hatte. — Der Nachweis der geistigen Störung wird in diesen Fällen kaum Schwierigkeiten machen, und der Verdacht der Simulation, der von Laien Angesichts der korrekten Haltung dieser Kranken und des Fehlens sonstiger grob auffälliger Störungen geäußert werden könnte, kann leicht entkräftet werden.

Endlich bedürfen hier noch die Fälle der Erwähnung, in denen sich bei den Erscheinungen der alkoholistischen Demenz auf geistigem Gebiet excessive Grössenideen wie bei der Dementia paralytica, auf körperlichem mehr oder minder ausgesprochene Lähmungserscheinungen entwickeln, so dass man von einer Alkoholparalyse sprechen kann. — Zur Differentialdiagnose dieses auf chronischem Alkoholismus beruhenden Syndromes gegenüber der echten Dementia paralytica ist die Anamnese, die langsamere Entwicklung, das Fehlen der paralytischen Sprachstörung und meist auch der reflektorischen Pupillenstarre, das Vorhandensein sonstiger körperlicher Zeichen des chronischen Alkoholismus, der protrahierte Verlauf, das Eintreten einer lange anhaltenden Besserung, bei dem uns hier beschäftigenden Zustände zu beachten; doch kann die Entscheidung recht schwierig und unter Umständen erst nach längerer Beobachtung möglich sein. (Mendel).

#### Psychiatrisch-forensische Beurteilung.

Die zuletzt besprochenen Fälle von eigentlicher, in sich geschlossener Alkoholpsychose bedürfen keiner weiteren Erörterung; mit ihrer Feststellung zur Zeit eines Deliktes, welche meist ohne Schwierigkeit gelingen wird, ist die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit ausgeschlossen. Auch ein grosser Teil jener vorübergehenden psychischen Störungen, die in Folge acuter Alkoholintoxication als „normaler“ Rauschzustand auftreten, müsste streng genommen die gleiche Beurteilung erfahren; dies gilt insbesondere von den in Zuständen „normaler“ maximaler alkoholischer Bewusstseinstörung begangenen Handlungen, bei denen es oft vom Zufall abhängt, in welcher Richtung die Entäusserung erfolgt.



Als Beispiel sei der Fall eines älteren Studenten angeführt, der nach einem Alkoholexcess die zufällig unverschlossene Thür einer fremden Wohnung öffnete, ein Zimmer durchschritt, in dem ein weibliches Wesen schlief und sich in einem zweiten Zimmer in ein leer stehendes Bett legte, um aus diesem am Morgen durch einen Schutzmann unsanft herausgeholt zu werden. Was würde aus diesem, in seinem habituellen Zustande nur leichte psychopathische Züge an sich tragenden Individuum geworden sein, wenn es sich zufällig in das erste Bett gelegt und, vielleicht einem sexuellen Triebe folgend, einen Notzuchtsversuch gemacht hätte, wie dies in einem von Bleuler erwähnten Falle seitens eines maximal berauschten Handwerkers einem 1 $\frac{1}{2}$ jährigen Kinde gegenüber unter ähnlichen Umständen geschah?

Wenn diese und ähnliche Fälle nur deshalb, weil der Alkoholberauschte seinen Zustand und die daraus entstehenden Folgen selbst verschuldet hat, nicht als Zustände krankhafter Bewusstlosigkeit angesehen werden, so ist dies eine bewusste Inkonsequenz, da ein prinzipieller Unterschied zwischen den Zuständen des Alkoholrausches und jenen andersartig bedingter Bewusstseinsstörung offenbar nicht existiert vergl. S. 18 ff. Man hat deshalb (Blenler, Ziehen u. A.) folgerichtig verlangt, dass auch jene an sich als krankhafte Zustände gelten sollen, dass aber dem allgemeinen Rechtsbewusstsein dadurch Genüge geschehe, dass hier die in der Berauschung selbst liegende Fahrlässigkeit wie bei anderen Gelegenheiten bestraft werde, sobald sie zu einem Schaden geführt habe. (Ziehen.)

Indessen wird der Sachverständige, so lange dieser Standpunkt nicht gesetzlich anerkannt ist, sich in foro gegenwärtig zu halten haben, dass weder die Feststellung des gewöhnlichen Rausches an sich, noch die Beurteilung seines Grades mit Bezug auf die Zurechnungsfähigkeit zur Kompetenz des medizinischen Sachverständigen gehört. Diese beginnt vielmehr erst dann, wenn der Reaktionsweise des Individuums gegenüber dem Alkoholgenuss Momente anhaften, die bei der Mehrzahl der Menschen fehlen, d. h. wenn eine der Formen pathologischer Alkoholreaktion vorliegt. Nach den Anzeichen einer solcher wird man demnach in in jedem Fall, in welchem Alkoholwirkung überhaupt für das Zustandekommen einer strafbaren Handlung in Frage kommt, zu fahnden haben, im Uebrigen sich aber darauf beschränken müssen, ausgehend von den bekannten „physiologischen“ Wirkungen des Alkohols, die durch ihn hervorgerufenen Abweichungen der Verstandes- und Willensthätigkeit mit Bezug auf den speziellen Fall und die in Frage stehende Handlungen möglichst eingehend darzulegen und das Weitere dem Richter zu überlassen. (Ziehen).

Die Bedeutung der einfachen Intoleranz ist keine allgemeine, sondern eine nach dem besonderen Falle und dem psychischen Gesamtbilde verschiedene. Es ist klar, dass die erwähnten physiologischen, einerseits in Herabsetzung der intellektuellen Leistungen, anderseits in erleichterter Auslösung der Willenanstriebe bestehenden Alkoholwirkungen bei von Hause aus schwachsinnigen und psychisch labilen Individuen, welche nach dem oben Gesagten besonders häufig auf Alkohol krankhaft reagieren, auch besonders rasch und intensiv zur Geltung kommen werden. Nicht selten wird man deshalb ein Individuum dieser Art, welches seinem habituellen Zustande nach nicht exculpiert zu werden brauchte, unter

der Wirkung des Alkohols für temporär unzurechnungsfähig erklären müssen; herbei kommen insbesondere gewaltthätige und triebartige (Sittlichkeits-) Delikte in Frage.

Die komplizierten Rauschzustände werden weder mit Bezug auf ihre Feststellung noch mit Bezug auf ihre sachverständige Beurteilung Schwierigkeiten machen, wenn sie sich in markanter Weise als akute Zustände ängstlicher Erregung mit gewaltthätiger Entladung darstellen, die mit einem tiefen Schlafzustand enden und Erinnerungsdefekte hinterlassen. — Anders liegt die Sache bei den nach gehäuften Alkoholexcessen auf der Grundlage des chronischen Alkoholismus auftretenden vorausgehenden Bewusstseinsstörungen, in denen das Verhalten der Kranken nicht grob auffällig ist. Nach dem oben Gesagten und mit Beispielen Belegten wird man in Fällen dieser Art nicht daraus einen Schluss gegen das Bestehen einer krankhaften Bewusstseinsstörung ziehen dürfen, dass zwischen der strafbaren Handlung einerseits, einem im wachen Zustande gehegten Vorstellungskreise andererseits ein Zusammenhang erweislich ist, zumal uns ein solcher ja auch in den (Beschäftigungs-) Delirien mancher Alkoholisten entgegentritt. Dementsprechend richten sich oft die Gewaltthaten der dämmernden Alkoholisten auch nicht wie die des Epileptikers blind gegen den ersten Besten, der ihnen entgegentritt, sondern vielfach grade gegen eine Person, mit der sie sich auch im wachen Zustande schon in feindlichem Sinne beschäftigt haben. Die Schwierigkeiten liegen somit auch hier nicht in der sachverständigen Beurteilung, die nicht zweifelhaft sein kann, sobald ein solcher Zustand festgestellt ist, sondern gerade in dieser Feststellung selbst mit Bezug auf einen bestimmten Zeitpunkt, also auf dem Gebiet der Diagnose. In der Mehrzahl der Fälle wird auch hier eine minutiöse Ermittlung der einzelnen Umstände die gewünschte Aufklärung bringen. Generell ist für alle diese Zustände zu bemerken, dass dabei die körperlichen Begleiterscheinungen der Alkoholintoxication zurücktreten oder ganz fehlen können. Grade hieraus wird von Laien, in polizeilichen Meldungen und dergl., sehr oft der irrtümliche Schluss gezogen, dass auch auf psychischem Gebiet alles in Ordnung gewesen sein müsse.

Besonders häufig führen strafbare Handlungen chronischer Alkoholisten zur Anzweiflung der strafrechtlichen Zurechnungsfähigkeit. Aus den Strafregistern dieser Kranken lässt sich vielfach der fortschreitende geistige Verfall und die abschüssige Bahn, auf der sie sich bewegen, unschwer herauslesen. Da ist zuerst wieder die infolge des chronischen Alkoholmissbrauchs eintretende pathologische Alkoholreaktion, die zu Uebertretungen aller Art und infolge der abnormen Reizbarkeit besonders zu Händeln, Schlägereien, Hausfriedensbruch, Körperverletzung usw. führt. Sodann kommt es infolge der sich einstellenden Unstetheit des Trinkers zum Verlust der Arbeitsfähigkeit, zur Vagabondage und Obdachlosigkeit mit ihren entsprechenden gesetzlichen Ahndungen. — Der sich entwickelnde Eifersuchtswahn ist die Ursache brutaler häuslicher Szenen, die nach einiger Zeit zunächst zur Trennung der Ehegatten, weiterhin aber oft genug zu heftigen Angriffen und Mordversuchen des triebartig die Nähe der Frau immer wieder

suchenden Trinkers führen. — Daneben laufen Zechprellereien, Diebstähle und andre strafbare Handlungen.

Für die sachverständige Beurteilung dieser chronischen Alkoholisten lassen sich allgemeingiltige Regeln nicht aufstellen; sie ergibt sich aus dem Grade der im besonderen Falle vorhandenen Störungen.

Dieser darf nicht nach dem Verhalten in der Anstalt abgeschätzt werden, in welcher bei der erzwungenen Abstinenz oft ein erhebliches Zurücktreten der geistigen und körperlichen Krankheitserscheinungen stattfindet. Auch bei den ihrem habituellen Zustande nach strafrechtlich noch nicht unzurechnungsfähigen Trinkern ist ferner jederzeit mit der Möglichkeit transitorischer Störungen zu rechnen, welche, ohne die Höhe einer eigentlichen Alkoholpsychose zu erreichen, doch die Zurechnungsfähigkeit temporär aufheben können. Es sei hier, abgesehen von den sich aus der chronischen Reizbarkeit ergebenden Affektzuständen mit den sich daraus ergebenden strafbaren Handlungen, besonders auf die abortiv verlaufenden Delirien hingewiesen, die leicht übersehen werden können, zumal wenn es sich um nur des Nachts auftretende Hallucinationen handelt.

Anderseits ist zu bedenken, dass die Trunksucht auch eine symptomatische Bedeutung haben kann, insofern ihr ein anderweitiger (z. B. mani-scher) psychischer Krankheitszustand zu Grunde liegt, der bei der Beurteilung entsprechende Berücksichtigung verdient.

Was die Bedeutung der epileptischen Krampfanfälle betrifft, welche erweislich in direktem ursächlichem Zusammenhange mit dem Alkoholismus auftreten, so deuten diese immer auf eine schwere, transitorische Schädigung des Gehirns hin; auch entspricht ihrem Erscheinen oft eine Zeit lang ein rascheres Tempo des intellektuellen Verfalles, welcher sonst beim Alkoholismus meist keine rasch progressive Tendenz zeigt.

---

## Kapitel II.

### Morphinismus. Cocainismus.

Als Morphinismus bezeichnen wir mit Krafft-Ebing jene Fälle fortgesetzten Morphiumgebrauchs, in denen „das Mittel zum krankhaften Bedürfnis, sein Fortgebrauch zum Zwang geworden ist“ und „körperliche und psychische Symptome chronischer Vergiftung als Ausdruck einer chemischen Veränderung der Elemente des Zentralorgans nachweisbar sind.“ Diesen Fällen stehen jene gegenüber, in denen zwar auch Morphium gewohnheitsmässig genossen wird, die erwähnten Wirkungen aber noch nicht eingetreten sind.

Die Folgeerscheinungen des fortgesetzten Morphiummissbrauchs auf geistigem Gebiet sind graduell verschieden, je nachdem es sich um von Hause aus rüstige, widerstandsfähige oder um invalide, psychopathische Individuen handelt. All-



gemein macht sich eine Abnahme der Willenskraft, welche in vielen Fällen aber von jeher eine geringe war, bemerkbar, insofern die Kranken dem Verlangen nach Morphin immer leichter erliegen und ihm, besonders bei bestehender psychopathischer Belastung, um jeden Preis Befriedigung zu verschaffen suchen. Dabei verlieren die höchsten „moralischen“ Gefühle und Regungen ihre Wirksamkeit; die Kranken werden rücksichtslose Egoisten, vernachlässigen ihre häuslichen und beruflichen Pflichten; schliesslich zeigen sie auch gröbere intellektuelle Schädigungen, werden vergesslich, unfähig zu getreuer Reproduktion, arbeitsuntauglich, geistig und körperlich siech.

Zu diesen habituellen Folgeerscheinungen der chronischen Intoxikation gesellen sich die transitorischen der Morphinabstinenz. Diese bestehen, abgesehen von den hier nicht weiter interessierenden körperlichen Störungen, in unbeherrschbarem Morphinmangel, Angstzuständen, hallucinatorischen Delirien, welche ein dem Alkoholdelirium ganz ähnliches Zustandsbild darbieten können; dies wird besonders dann der Fall sein, wenn sich, wie sehr häufig, zu dem Missbrauch des Morphiums der des Alkohols hinzugesellt hat (Kräpelin).

Als weitere Schädlichkeit wirkt in vielen Fällen neben dem Morphin und dem Alkohol das Cocain.

Die Cocainwirkung unterscheidet sich klinisch von der des Morphiums durch das viel häufigere und stürmischere Auftreten der schwersten psychischen Störungen, während sie mit der des Alkohols vielfache Analogien zeigt. Abgesehen von dem akuten Cocainrausch kommt besonders der dem akuten hallucinatorischen Wahnsinn der Trinker sehr ähnliche Cocainwahnsinn in Betracht, ferner der Eifersuchtswahn der Cocainisten.

Der Cocainwahnsinn charakterisiert sich durch Halluzinationen besonders des Gehörs, Gesichts und Gemeingefühls, die vielfach obscönen Inhalts sind und ungemein häufig in der Trugwahrnehmung mikroskopisch kleiner Gebilde bestehen. Vielfach kommt es zu einem ausgeprägten physikalischen Verfolgungswahn mit entsprechender thätlicher Reaktion des Kranken. Während die deliranten Phasen mit Entziehung des Cocains ohne Abstinenzerscheinungen rasch abblassen, können die Wahnideen wochen- und sogar monatelang persistieren.

Der Morphinismus führt in strafrechtlicher Beziehung zu Konflikten, wenn die Kranken in Folge ihrer mangelnden Reproduktionstreue oder Gedächtnisschwäche falsche Aussagen machen oder, etwa als Aerzte bei der Dosierung differenter Arzneimittel, sich grobe Fahrlässigkeiten zu Schulden kommen lassen; vor allem aber, wenn sie, um sich Morphin zu verschaffen, Diebstähle, Unterschlagungen, Fälschungen von Rezepten und andere betrügerische Handlungen begehen. Manche Frauen schrecken sogar vor der Prostitution nicht zurück, wenn sie sich dadurch die Möglichkeit schaffen können, ihren Morphinmangel zu befriedigen. — Im Uebrigen liegt eine kriminelle Aktivität nicht im Wesen des schlaffen, indolenten Morphinistencharakters.

Beachtenswert ist schliesslich noch die nach definitiver Entziehung des Morphiums häufig auftretende abnorme Steigerung der Libido sexualis, welche zu entsprechenden strafbaren Handlungen führen kann (Krafft-Ebing).

Die psychiatrisch-forensische Beurteilung hat in den Fällen, in welchen fortgesetzter Morphiumgebrauch vorliegt, von der Feststellung auszugehen, dass in der That ein Morphinismus im Sinne der die Einleitung dieses Kapitels bildenden Sätze vorliegt. Hiermit ist aber mit Bezug auf die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit noch nichts ausgesagt; ohne Frage gibt es Morphinisten, denen diese ihrem habituellen Verhalten nach in vollem Umfange zuzusprechen ist; in der grossen Mehrzahl der Fälle werden aber gewisse psychische Abweichungen nachweisbar sein und auch vielfach im Sinne einer mildernden Beurteilung gutachtlich verwertet werden können. Eine allgemein gültige Regel lässt sich hier natürlich nicht aufstellen; in jedem einzelnen Falle ist vielmehr der Grad der geistigen Zerrüttung zu ermitteln. Dabei ist zu beachten, dass die Morphinisten vielfach von vorneherein psychopathisch veranlagte, labile und willensschwache Individuen sind, und dass der Morphiumgenuss auf dem Boden einer solchen allgemeinen psychopathischen Degeneration besonders deletär wirkt. -- Es ist ferner nicht ausser Acht zu lassen, dass in vielen Fällen die durch das Morphium und Cocain hervorgerufenen Schädigungen sich mit denen des Alkoholismus summieren.

Die transitorischen Geistesstörungen der Morphinisten bedürfen keiner weiteren Besprechung, da sie als krankhafte Störungen im Sinne des § 51 anzusehen sind.

Von praktischer Bedeutung sind hier die während der Morphiumabstinenz begangenen spezifischen Delikte (Rezeptfälschungen, Diebstähle zum Zweck der Morphiumgewinnung usw.), auf welche oben eingegangen ist. Es ist zu beachten, dass auch nach anscheinend beendeter Entziehung Abstinenzsymptome noch auftreten und zu Handlungen dieser Art führen können; ebenso kommt grade in dieser Zeit die oben bereits erwähnte Steigerung der Libido sexualis mit ihren möglichen Folgen in Betracht (Krafft-Ebing).

Der Cocainismus kann strafrechtlich bedeutungsvoll werden, weil im Zustande des hallucinatorischen Wahnsinns nicht selten Gewaltthaten (Schiessen auf die vermeintlichen Verfolger usw.) ausgeführt oder seitens der Kranken wahnhaftige Beschwerden und Anzeigen bei den Behörden erstattet werden, die unter Umständen zu einer strafrechtlichen Verfolgung führen. Trotz der zahlreichen Sinnestäuschungen und Wahnideen ist die Besonnenheit in diesen Fällen erhalten; hieraus könnte besonders in einem späteren Stadium, wenn nur noch vereinzelte Wahnideen fortbestehen, von Laien ein Verdacht der Simulation hergeleitet werden; doch wird es nicht schwer sein, aus der Entstehungs- und Verlaufsweise der Störung, insbesondere auch aus dem durchweg fehlenden Krankheitsbewusstsein den Nachweis der bestehenden Krankheit zu führen, womit die strafrechtliche Unzurechnungsfähigkeit ausgesprochen ist.

## Vierter Abschnitt.

---

# Seelenstörungen bei Neurosen.

---

### Kapitel I.

### **Epilepsie.**

Die nachfolgende Darstellung der Epilepsie und der Beziehungen zwischen krankhaften Geisteszuständen der Epileptiker und strafrechtlicher Zurechnungsfähigkeit bezieht sich lediglich auf die Epilepsie als Krankheit *sui generis*; sie schliesst die sogenannte symptomatische Epilepsie ausdrücklich aus, bei welcher ein einzelnes epileptisches Symptom, der Krampfanfall, nur Teilerscheinung eines grob materiellen Gehirnleidens (raumbeschränkende Erkrankungen des Schädelinnern, gröbere congenitale Hirndefekte usw.) oder gewisser Vergiftungen (Urämie, Toxämie) oder einer allgemein neuropathischen Anlage (s. unten) ist. Dagegen fasst sie als idiopathische Epilepsie alle Formen „epileptischer Erkrankung“ zusammen, gleichgültig ob die bei dieser zu supponierende spezifische, wenn auch in ihrem Wesen noch dunkle „epileptische“ Veränderung mit auf die Welt gebracht (genuine Epilepsie) oder in einer Periode des extrauterinen Lebens in Folge besonderer Schädlichkeiten erworben wurde. —

Diese uns hier allein beschäftigende Epilepsie ist eine nervöse Allgemeinerkrankung von chronischem Charakter, die sich auf geistigem Gebiet, abgesehen von gewissen auch in der anfallsfreien Zeit vorhandenen, vielfach periodisch exacerbierenden habituellen Abweichungen, in transitorischen, anfallsweise auftretenden und wesentlich durch eigenartige Bewusstseinsänderungen charakterisierten Irreseinsformen äussert, ohne dass dabei begleitende konvulsivische Erscheinungen notwendig vorhanden zu sein brauchen.

Die Besprechung der körperlichen Krankheitszeichen, soweit eine solche hier erforderlich scheint, behalten wir uns für den der psychiatrisch-forensischen Beurteilung gewidmeten Abschnitt dieses Kapitels vor.



In ätiologischer Beziehung ist Folgendes zu bemerken: Der epileptischen Veränderung können intra- oder extrauterine Gehirnkrankheiten zu Grunde liegen; eine besondere Bedeutung haben ferner die Kopfverletzungen, auch wenn sie keine nachweisbare anatomische Veränderung herbeigeführt haben; dabei spielt meist auch der Schreck eine wichtige Rolle. — Die Anlage zur Epilepsie ist vielfach ererbt, und zwar kommt sowohl die gleichartige, wie die allgemeine nervöse Belastung in Betracht (Trunksucht der Eltern). Auf die Bedeutung des Alkoholismus für die Entstehung der Epilepsie ist an anderer Stelle (Abschnitt III. Kapitel I) hingewiesen worden. Ausserdem kann sich habituelle Epilepsie im Anschluss an eine Encephalopathia saturnina entwickeln. — Weiter kommen akute Infektionskrankheiten des Kindesalters, syphilitische Infektionen, Nieren- und Herzkrankheiten ursächlich in Frage. — Der Krankheitsbeginn kann in jedes Lebensalter fallen, doch überwiegt das Kindes- und Jugendalter erheblich, die Zeit der Pubertätsentwicklung ist auch in dieser Hinsicht besonders kritisch; vielfach treten in ihr Krampfanfälle wieder auf, nachdem solche im frühen Kindesalter im Anschluss an eine der vorher erwähnten Schädlichkeiten vorübergehend bestanden hatten.

Die chronischen habituellen Störungen der Epileptiker äussern sich sowohl nach der affektiven wie nach der intellektuellen Seite und machen bei einer gewissen Intensität die sogenannte „psychische epileptische Degeneration“ aus. Im Vordergrund steht dabei die excessive Reizbarkeit, welche die Kranken dauernd, wenn auch meist mit periodischen Exacerbationen, überempfindlich, launisch, ungesellig macht und auf geringfügige Anlässe mit masslosen Wutausbrüchen und Gewalthandlungen antworten lässt. Allmählich tritt mehr und mehr eine allgemeine Einengung der psychischen Interessen, des gesammten geistigen Lebens ein, doch überwiegt oft lange Zeit der ethische Defekt über den intellektuellen; die Kranken werden lieblos, egoistisch, beschäftigen sich ausschliesslich mit dem eigenen Zustande, sind rücksichtslos, brutal in Bezug auf die Rechte Anderer, rechthaberisch, eigensinnig, wähnen sich bei jeder Gelegenheit zurückgesetzt und erheben gern übertriebene oder unwahre Anschuldigungen. In den Fällen mit schwerem Verlauf nimmt dann allmählich auch das Gedächtnis ab, der Gedankeninhalt verarmt mehr und mehr; die allerpersönlichsten Angelegenheiten werden mit umständlicher und beschränkter Selbstgefälligkeit immer wieder vorgebracht („Familienlobreden“ Samt, Familienbornirtheit“ Wildermuth), daneben besteht oft ein zu dem sonstigen Gebahren schlecht passender bigotter, frömmelnder Zug, und eine süssliche Geziertheit. — Der sprachliche Ausdruck wird unbeholfen. In den schwersten Fällen bildet das Ende ein Zustand ausgesprochenen Blödsinns.

Diese „epileptische Degeneration“ findet sich in der geschilderten Intensität nur in den schwersten Fällen konstitutioneller Epilepsie und nach längerer Dauer des Leidens; sie lässt sich aber wenigstens in gewissen typischen Zügen auch in der Mehrzahl der leichteren Fälle als „epileptischer Charakter“ wiederfinden, der somit nur einen geringeren Grad derselben chronisch-epileptischen Veränderung darstellt.

Für die Erhaltung der geistigen Integrität des Epileptikers ist der geistige Besitzstand zur Zeit des Eintritts der Krankheit insofern von Bedeutung, als geistig hochstehende Individuen (wie z. B. Cäsar, Napoleon I.

und andere „historische“ Epileptiker) selten auftretende Anfälle offenbar ohne nennenswerte geistige Einbusse ertragen können, während in den zahlreichen Fällen, in denen die Epilepsie zu bereits bestehendem Schwachsinn hinzutritt, eine weitere besonders tiefe Beeinträchtigung zu erwarten sein wird (Binswanger). Im Uebrigen sind geistige Defekte am ehesten zu erwarten bei den Patienten, bei welchen die epileptische Erkrankung schon vor und in der Pubertätszeit eingesetzt hat (Gowers); — auch hier zeigen sie sich besonders auf sittlichem Gebiet (Kirn) und treten nicht selten recht akut auf (Wildermuth); — ferner bei Denjenigen, die an serienweise auftretenden Anfällen leiden, und endlich bei Jenen, die von zahlreichen abortiven Anfällen heimgesucht sind (Binswanger u. A.)

Aus dem geschilderten Verhalten ergeben sich naheliegende Konflikte mit dem Strafgesetz, besonders bei Mitwirkung des von der überwiegenden Mehrzahl dieser Kranken so schlecht vertragenen Alkohols. Häufig bewirkt die habituelle Leidenschaftlichkeit und Neigung zu unverhältnismässig starken Affekten die Verübung entsprechender verbaler und realer Delikte, wie Beleidigung, Bedrohung, Verursachung ruhestörenden Lärms, Widerstand, Sachbeschädigung, Körperverletzung, Totschlag.

Hierher gehört z. B. ein Kranker meiner Beobachtung, der bei einem Notzuchtsversuch durch den Widerstand des Mädchens so erregt wurde, dass er blind mit dem Messer auf sie losstach; ebenso ein Epileptiker der Münchener Anstalt<sup>1)</sup>, der seine Dienstherrin schwer durch Messerstiche verletzte, weil sie ihm Vorhaltungen wegen begangener Unredlichkeiten machte; hierher gehört ferner ein Teil jener Individuen, die bei Verhaftungen auf der Strasse, im Arrestlokal oder bei Zurechtweisungen im Gerichtssaal, Gefängnis, Zuchthaus sofort in sinnlose Wut geraten, die Umgebung bedrohen, die Zelle demolieren usw.

Die in der epileptischen Degeneration, meist auch in gleichzeitig bestehendem chronischem Alkoholmissbrauch begründeten moralischen und intellektuellen Defekte, die vielen dieser Kranken innewohnende Unstetheit, das häufig dauernd vorhandene Krankheitsgefühl, endlich die thatsächliche Schwierigkeit, regelmässige Arbeit zu finden und zu leisten, machen die Epileptiker vielfach zu Tagedieben, Vagabonden, Gewohnheitsdieben, Zuhältern oder Prostituierten. — Die Gedächtnisschwäche führt nicht selten zu unrichtigen Aussagen und Falscheiden. Die in dem vielfach vorhandenen Schwachsinn begründete leichtere „Bestimmbarkeit“ macht sie nicht nur gegen die in ihnen selbst auftauchenden verbrecherischen Antriebe, sondern auch gegen die Einflüsterungen andrer „höherstehender“ Verbrecher schwach und gefügig.

Die akuten transitorischen Geistesstörungen der Epileptiker im weiteren Sinne des Wortes umfassen nicht nur die durch Symptomkomplexe gekennzeichneten eigentlichen Irreseinsformen, sondern auch die mehr elementaren Störungen, welche theils in vorübergehenden Steigerungen gewisser epi-

1) cf. Jahresbericht der Münchener Irrenanstalt. 1895.

leptischer Charaktereigenschaften, insbesondere der habituellen Gemütsreizbarkeit, und in Stimmungsanomalien, teils in dem flüchtigen Auftreten vereinzelter Illusionen und Hallucinationen, Zwangsvorstellungen, Neigung zu triebartigen Handlungen usw. bestehen.

Alle diese Störungen haben sowohl mit einander wie mit den Erscheinungen der Krampfepilepsie das in mehr oder weniger regelmässigen Intervallen wiederkehrende, „paroxysmelle“ Auftreten gemein, ferner die Aehnlichkeit oder Gleichheit ihrer jedesmaligen Erscheinungsweise. Dagegen braucht bei den mehr elementaren Störungen das Bewusstsein und die spätere Erinnerungsfähigkeit nicht erweislich gestört zu sein, während die eigentlichen epileptischen Psychosen gerade die eigenartige, „traumhafte“ Bewusstseinsänderung nebst dem sich daraus ergebenden wechselnden Verhalten der Erinnerungsfähigkeit als gemeinsamen Zug an sich tragen.

Die akuten epileptischen Geistesstörungen zerfallen, rein äusserlich betrachtet, nach der bestehenden oder fehlenden zeitlichen Beziehung zum epileptischen Insult in präepileptische, postepileptische und in die psychisch-epileptischen Aequivalente (Hoffmann), die sich als rein psychische Insulte den Erscheinungen der körperlich nervösen Sphäre substituieren und als diesen gleichwertiges Symptom der bestehenden Hirnkrankheit aufzufassen sind. Alle angeführten transitorischen Störungen, also auch die soeben erwähnten leichteren Verstimmungen können in jeder dieser 3 zeitlichen Beziehungen zum Anfall auftreten; dabei zeigt sich aber ein Unterschied insofern, als präepileptisch vorzugsweise, wenn auch keineswegs ausschliesslich (vgl. ein unten mitgeteiltes Beispiel), die leichteren Störungen mehr elementarer Art zur Beobachtung kommen, während die epileptischen Irreseinsformen im engeren Sinne, die wir weiter unten sämtlich als Dämmerzustände zusammen gefasst haben, überwiegend postepileptisch und als Aequivalente auftreten und zwar in allen ihren klinischen Spezialformen. Es ist nicht möglich, nach dem Zustandsbilde zu entscheiden, ob es sich um ein postepileptisches Irresein oder um ein Aequivalent handelt.

Wir betrachten hiernach zuerst die Störungen mehr elementarer Art.

Bei einer grossen Zahl der Epileptiker begegnen wir periodisch ohne erkennbaren äusseren Anlass auftretenden Schwankungen der Stimmung, am häufigsten in Form einer stunden- oder auch tagelang bestehenden Gereiztheit, Unzufriedenheit, Nörgelsucht, Zornmütigkeit. Die Kranken, die sonst fleissige und zufriedene Arbeiter waren, beginnen zu querulieren; wenn sie interniert sind, besonders auf ihre Entlassung zu drängen; sie stellen die Arbeit ein, schimpfen über alles, drohen mit Gewaltthätigkeiten und führen solche auch aus. Nach kürzerer oder längerer Zeit schliesst entweder ein Anfall, eine Anfallsserie die Scene ab, oder der Zustand überdauert die interkurrent eintretenden Anfälle und gleicht sich dann allmähig wieder aus, oder dieser Ausgleich erfolgt allmähig ohne dazwischentretende Anfälle. Plötzliche Wutausbrüche, Verletzungen Fremder oder der eigenen Person, Beleidigungen können der äussere Ausdruck dieser



Verstimmungen sein, nach denen dann ein Erinnerungsdefekt nicht zu erwarten ist.

In andern Fällen handelt es sich um das Auftreten depressiver Verstimmungen mit einförmigen melancholischen und hypochondrischen Vorstellungsreihen.

Die Kranken klagen über eigentümliche, peinigende Empfindungen, es wird ihnen auf einmal so merkwürdig, sie haben „so einsame, traurige Gedanken“, ein solches Sehnsuchtsgefühl, heimwehartige Empfindungen, ein Gefühl der Vereinsamung, der schweren Verschuldung, der Angst „als wenn sie mit dem lieben Gott zu thun hätten“, als wenn sie etwas verbrochen, ein grosses Unglück zu erwarten hätten; sie äussern Klagen und hypochondrische Befürchtungen mit Bezug auf den eigenen Zustand usw.

Oft ist es auch nur ein unbestimmtes Angstgefühl, das zu irgend welcher Entäusserung drängt, ohne auf eine bestimmte Handlung gerichtet zu sein. „Die aus demselben entspringende That bringt nur die gewaltige, unerträgliche innere Spannung zur Lösung“ (Moeli). — Dieses Verhalten ist von grosser forensischer Wichtigkeit für das Verständnis mancher von Epileptischen rein impulsiv begangener auffälliger Handlungen wie Desertionen, zwecklose Reisen, Brandstiftungen, für die nachher ein Erinnerungsdefekt ebenfalls nicht zu bestehen braucht.

Als Beispiele seien folgende Fälle angeführt, von denen der zweite allerdings kein aktuell forensisches Interesse hat:

1. 18 $\frac{1}{2}$ jähriger Epileptiker versuchte eines Nachts, ehe er sich zu Bett begab, in dem von ihm bewohnten Hause die Treppe in Brand zu stecken. Unumwundenes Geständnis. Fehlen jedes Motivs. Pat. gibt selbst an, ohne jeden Beweggrund unter dem Einfluss einer unwiderstehlichen und ihm unerklärlichen Macht gehandelt zu haben. (Jahresbericht der Provinzial-Irren-Anstalt zu Leubus 1891. 92.)

2. 47jähriger, seit längerer Zeit epileptischer Mann. Nach den Krämpfen Gefühl von Abgeschlagenheit und Drang, zum Palais des Kaisers zu gehen. Pat. ist infolgedessen aus stundenweiter Entfernung nach Berlin gelaufen, einmal trat dabei eine neue Bewusstseinsstrübung ein, so dass er von dem bekannten Wege ab- und lange umherirrend, zuletzt an einer ganz entlegenen Eisenbahnlinie betroffen wurde. Nach kurzer Zeit trat dieser nachher vom Kranken selbst als „Unsinn“ bezeichnete Gedanke immer wieder zurück. (Aus Moeli „über irre Verbrecher“ S. 101.)

Endlich wird zuweilen, und zwar anscheinend vorwiegend postepileptisch das Auftreten einer unmotiviert heiteren, euphorischen Stimmung beobachtet; die Kranken fühlen sich besonders wohl und zufrieden, meinen, jetzt wirklich ihr Leiden los zu sein. Andre bieten auch vorübergehend gradezu manie- und moriaartige Zustandsbilder, in denen sie durch mutwillige Streiche, Verübung von Unfug, Schwindeleien usw. oder durch zornmütiges Wesen, Schimpfen, Räsonnieren in Konflikte geraten können.

Mit den vorstehend beschriebenen übereinstimmende Störungen kommen aber auch mit Bewusstseinsstörung vor. Eine Trennung der transitorischen Irreseinsformen der Epileptiker unter dem Gesichtspunkt des erhaltenen oder getrübten Bewusstseins lässt sich somit nicht durchführen.

Zu den geschilderten unregelmässig periodischen Veränderungen des geistigen Zustandes steht offenbar der gleichfalls periodische Drang zum Alkohol

(Dipsomanie), auf den wir beim Kapitel Alkoholismus bereits eingegangen sind, in naher innerer Beziehung. — Chronischer Alkoholmissbrauch findet sich bei zahlreichen Epileptikern als ein vielfach in den ungünstigen äusseren Verhältnissen der Kranken, ihrer Hilflosigkeit und schliesslichen Resignation begründetes accidentelles Moment, welches in kriminalpsychologischer Hinsicht mit der Epilepsie einen fatalen *Circulus vitiosus* bildet.

Die jetzt zu besprechenden epileptischen Geistesstörungen im eigentlichen Sinne erhalten durchweg, wie schon oben bemerkt wurde, durch die eigenartige Veränderung, „Umwölkung“ (Moeli) des Bewusstseins ihr gemeinsames Gepräge.

Es sei deshalb an dieser Stelle auf das in dem betreffenden Kapitel des allgemeinen Theiles über das Bewusstsein Gesagte hingewiesen. Wir haben es demnach in foro bei den epileptischen (und auch den bereits besprochenen alkoholistischen) Bewusstseinsstörungen nicht mit Zuständen zu thun, in denen alles psychische Geschehen ruht (wie im klassischen, epileptischen Anfall), sondern mit solchen, in denen das Bewusstsein der wirklichen Beziehungen der Dinge unter einander und zu dem Individuum selbst temporär fehlt (C. Westphal) und Handlungen zu Stande kommen, die, „ohne Verbindung mit dem übrigen verfügbaren Bewusstseinsmaterial des normalen Menschen verlaufen und der Aufsicht des Selbstbewusstseins“ (Hoche), durch „das innere ordnende, das Handeln mit der Gesamtpersönlichkeit in Einklang haltende Moment“ (Moeli) gänzlich oder zum Teil entbehren.

Es liegt auf der Hand, dass die verschiedenen epileptischen Irreseinsformen sich, rein symptomatisch betrachtet, je nach dem Grade der bestehenden Verwirrtheit, dem Vorwiegen der Denkhemmung, nach der Qualität und Intensität der herrschenden Affekte, Halluzinationen und wahnhaften Gedankengänge sehr verschieden ausnehmen werden; man könnte darnach eine grosse Anzahl von Spezialformen aufstellen. Dem vorwiegend praktischen Zweck dieses Buches wäre damit aber um so weniger gedient, als erfahrungsgemäss nicht nur bei demselben Individuum zu verschiedenen Zeiten sehr verschiedenartige Zustandsbilder auftreten können, sondern auch die einzelnen Formen vielfach ineinander übergehen und sich mit einander kombinieren, so dass eine solche Trennung gekünstelt sein würde.

Wir fassen demnach alle hier in Betracht kommenden Irreseinsformen, unter Berücksichtigung der ihnen allen gemeinsamen, nur in ihrer Intensität erheblichen Schwankungen unterworfenen traumhaften Bewusstseinsstörung, als Dämmerzustände zusammen und gehen zur Erleichterung des Verständnisses aus von jenen ganz rasch, meist innerhalb einiger Sekunden, vorübergehenden Petit mal-Anfällen, die in Bewusstseinsstörungen mit momentaner Erschwerung oder Ausschaltung der Denktätigkeit bestehen und sehr treffend als Absencen bezeichnet werden.

In einer nicht geringen Zahl dieser Fälle, deren generelle diagnostische Be-

deutung weiter unten gewürdigt werden wird, geht eine Aura in Gestalt gewisser Gefühle (s. den letzten Abschnitt dieses Kapitels) voraus. Aber auch während des Anfalls selbst treten nicht selten subjektive Empfindungen, etwa des Schwindels, der Ohnmacht, der unbestimmten Angst auf, über welche die Kranken nachher auszusagen vermögen.

Eine meiner Kranken litt neben selteneren ausgeprägten epileptischen Krampfanfällen in etwa 14tägigen Intervallen an Zuständen, in denen sie sich „wie im Rausch“ und unfähig fühlte, sich zurechtzufinden.

Meist sind die Absencen mit irgend welchen körperlichen Begleiterscheinungen verbunden, die aber bei ihrer verhältnismässigen Geringfügigkeit leicht übersehen werden können.

So verfiel ein wegen Widerstandes, Beleidigung usw., zuletzt wegen schweren Diebstahls vielfach vorbestrafter Kranker meiner Beobachtung, bei dem die Wirkung eines thatsächlich vorhandenen Schwachsinn in Bezug auf die Zurechnungsfähigkeit schwer abzuschätzen war, mehrmals während der Unterhaltung in einen kaum eine Minute andauernden Zustand, der sich durch Versagen der Sprache, Blässe des Gesichts, Zuckungen der Gesichts- und Halsmuskulatur, Zittern des Körpers und nachfolgende Amnesie für seine kurz vorher in unversämtem Töne vorgebrachten Ansprüche als ein solcher abortiver epileptischer Anfall qualifizierte.

In anderen Fällen sehen wir die Kranken in rasch vorübergehender Bewusstseinsstörung plötzlich wanken oder schlaff zusammensinken oder wie gefällt zu Boden stürzen, um sich fast unmittelbar darauf wieder zu erheben, oder auch beim Gehen wie Betrunkene taumeln, beim Essen mit dem Bissen im Munde innehalten und kurze Zeit vor sich hinstarren, beim Spiel die Karten fallen lassen usw. —

Hierher gehört wohl auch der eigenartige, von C. Westphal mitgeteilte Fall von anfallsartigem Einschlafen; der betreffende Kranke, ein 36jähriger Mann, gab selbst darüber an: die Augen schlossen sich unwillkürlich, er könnte sie nicht offen halten, öffnete er sie momentan, so hätte er einen hellen Schein, ohne aber etwas erkennen zu können; zugleich verlöre er die Macht über seine Glieder und seine Sprache, er könnte keine Bewegung machen und müsste sich setzen oder anlehnen. Dabei wäre ihm nur zu Muthe, als wenn er überhaupt nicht dächte, als wenn seine Gedanken sich ganz ins Blaue verloren hätten. Was während des Anfalls um ihn gesprochen würde, hörte und verstände er, merkte aber nur darauf, wenn es ihn einigermaßen interessierte. —

Endlich seien hier die von Kühn, Berger, E. Schultze u. A. beobachteten Fälle erwähnt, in denen der abortive Anfall sich durch das Auftreten von Hallucinationen mit Schwindelgefühl und Zuckungen in einzelnen Muskelgebieten charakterisierte; oder, in denen eine eigentümliche Gedächtnisstörung (Alles erscheint dem Kranken bekannt, wie schon erlebt, wie gelesen) das Wesentliche des Anfalles ausmachte (E. Schultze).

Von den Absencen führen fliessende Uebergänge hinüber zu jenen verhältnismässig einfachen und häufigen Dämmerzuständen, in denen gewisse, zusammengesetzte, aber doch deutlich den Stempel des Triebartigen, Mechanischen an sich tragende Akte ausgeführt werden.

Ein Kranker Samt's wollte sich in einem Zustande dieser Art den Hemdkragen um den Kopf statt um den Hals binden. Einer meiner Kranken zog sich einen Strumpf ab und streifte



ihn, leise vor sich hin pfeifend, über seine Hand; ein Anderer ging nach dem Anfall blass und schweissbedeckt im Zimmer herum, als suchte er etwas, sammelte Papierschnitzel, antwortete nicht, blies aber ein ihm zur Prüfung der Pupillenreaktion vorgehaltenes Licht geschickt aus.

Sehr oft sieht man die Kranken in solchen Zuständen im Saal herum-dämmern, in den Betten wühlen und scheinbar suchen, ganz wertlose Gegenstände an sich nehmen, zerreißen etc. Dies kann zu Konflikten mit dem Strafgesetz führen, wie 2 meiner Beobachtungen beweisen, in deren einer die Kranke im Dämmerzustande wertlose Sachen einsteckte und sich eine Anklage wegen Diebstahls zuzog, während in der anderen ein Verfahren wegen Sachbeschädigung eingeleitet wurde, weil die Kranke eine ihr von der Herrschaft übergebene Flickarbeit im Zustande der Bewusstseinsstörung „mutwillig“ zerrissen hatte.

In anderen Fällen kommt es in Zuständen dieser Art zu Erregung öffentlichen Aergernisses durch schamlose Masturbation, Exhibition der Genitalien usw.

Als Beispiel führe ich einen Kranken von Voisin an, der bei einem Diner unter lautem Aufschrei plötzlich starr wurde, aufstand, sich entblösste, masturbirte und dann urinirte; ferner einen Kranken von Tarnowsky, der im Hochzeitssaal an seine Braut herantrat, sein Beinkleid aufknöpfte und zu masturbieren begann; ferner eine Kranke von Garnier, die ihre Brüste vor den Passanten entblösste; eine Kranke von Simon, die einige schlüpfrige Worte vor sich hin sprach, dann die Röcke aufhob und lascive Bewegungen machte.

Wieder in anderen Fällen liegt den betreffenden Handlungen ein Trieb zur Ortsveränderung, zum Laufen, Entweichen zu Grunde.

Ein Kranker meiner Beobachtung sprang im kalten Winter nur mit einem Hemde bekleidet aus dem Fenster, lief fast 1 Meile und wurde dann mit erfrorenen Zehen gefunden; ein Anderer rannte, seine Pferde stehen lassend, von der Feldarbeit fort, später warf er sich auf das Pferd des Inspektors und jagte planlos davon usw.

Weitere Beispiele von Dämmerzuständen sind folgende:

1. T., 24-jähriger Kanonier hatte während seiner Militärzeit eigenartige Anfälle von kurz vorübergehender Bewusstseinsstrübung und Wutausbrüchen gezeigt, die als epileptische erkannt wurden. Im Dienst beging er mehrfach kleine Disciplinarvergehen, bis eines Tages folgender Anfall auftrat: T. begann plötzlich zu pfeifen, drohte mit dem Finger, stiess und nickte mit dem Kopfe und ging in dieser Weise auf den Offizier und Sergeanten los. Fortgeführt und zu Bett gebracht, schlief er bald ein und hatte nachher von dem ganzen Vorgang keine Erinnerung. — In der Irrenanstalt, in der T. beobachtet wurde, traten wiederholt Anfälle von plötzlicher Aufhebung des Bewusstseins ein, in denen er nicht niederstürzte, aber starr auf einem Fleck verharrte und bisweilen tonische Streckungen der Extremitäten, sowie Kau- und Schluckbewegungen zeigte. Neben diesen Anfällen mit vollständiger Ausschaltung des Bewusstseins traten noch andre länger dauernde auf, in denen T. etwas benommen erschien und sehr reizbar und unverträglich war. Sein störendes Auftreten und sein ganzes Benehmen hatte dann noch den Charakter des Bewussten und Absichtlichen, contrastierten aber auffällig mit seinem sonstigen Verhalten und waren stets von einer scharf begrenzten Dauer, so dass es sich zweifellos auch hier um ein psychisch-epileptisches Aequivalent handelte. (Jahresbericht der Provinzial-Irren-Anstalt Schleswig 1892—1893.)

2. W., 29 J. alt, erblich belastet, fasste im Februar 1891 ein zehnjähriges Mädchen auf der Strasse unanständig an, wies dabei auf sein Geschlechtsteil, machte ihr zugleich einen unsittlichen Antrag. Schon im Sommer und Herbst 1890 hatte er an einer bestimmten Stelle der Promenade zu M. stehend vorübergehenden Frauen und Mädchen seine entblössten Genitalien

gezeigt und dazu Bemerkungen gemacht, wie „Seht Ihr denn? Wollt Ihr etwas Neues sehen?“ „Wollen wir mal f. ....?“ „mir steht er gerade“; „ich möchte Ihnen gern auch einmal einen reinreiben“, oder, „jetzt hätte ich gerade Lust, er steht mir gerade wie ein kleiner Kinderarm“.

Beiseiner ersten Vernehmung bestritt W. sein Vergehen, gab nur zu, einer Frau unsittliche Anträge gemacht zu haben, suchte sich später damit herauszureden, dass er behauptete, nicht sein Glied, sondern seinen Finger vorgezeigt zu haben.

Der zuerst gehörte Sachverständige erklärte ihn im April 1891 nicht für krank, sondern für einen frivolen, übermässig sinnlichen Menschen. Nun trat W. selbst mit der Behauptung hervor, dass er schon seit längerer Zeit an anfallsartig auftretender Bewusstlosigkeit leide und schon im Jahre 1887 in einem solchen Zustande ähnliche Handlungen verübt habe, damals aber für unzurechnungsfähig erklärt worden sei. Thatsächlich wurde aus den betreffenden Strafprozessakten festgestellt, dass W. im Jahre 1887 auf Kirchhöfen und Promenaden in und um G. seine Geschlechtsteile entblösst und Frauen unsittlich berührt hatte. Schon damals hatte er angegeben, dass er zuweilen in Schlaf-ähnlichen Zuständen Dinge thue, von denen er nachher nichts wisse, möglicher Weise habe er in solchem Zustande auch einmal unsittliche Handlungen begangen.

Zur Anamnese wurde noch festgestellt, dass Frau W. an ihrem Mann einmal einen Anfall von Erblassen und Umfallen, ferner Zerstretheit und Vergesslichkeit, ausserdem von Zeit zu Zeit eine Aenderung seines Verhaltens bemerkt hat, derart, dass er des Nachts unruhig schlief, zwecklos in den Schubfächern herumkramte, im Hemde auf den Hof hinauslief, eine sehr gesteigerte Libido sexualis zeigte und auch zu Hause seine Geschlechtsteile zuweilen entblösste. Nach 2—3 Tagen wurde er ruhiger, war aber zunächst noch matt.

Die Beobachtung in der Klinik ergab: Zunächst klares Bewusstsein, gute Intelligenz, depressive Stimmung; W. gab zu seinen strafbaren Handlungen an, erst seit 1885 oder Anfang 1886 behaupte man von ihm Derartiges; vorher empfinde er eine sehr heftige, geschlechtliche Begierde, es werde ihm beklommen und zuweilen schwindlig, nachher sei er matt und abgespannt und habe Kopfschmerzen. Von den betreffenden Handlungen wisse er nachher nichts, zu seinem Erstaunen habe er beim Erwachen aus solchen Zuständen sein Geschlechtsteil entblösst oder Samenerguss in den Kleidern gefunden. Aus der G.'er Zeit ist noch festgestellt, dass die Zellengenossen des W. über seinen unruhigen Schlaf berichteten, mehrfach soll er auch des Nachts aufgestanden und im Zimmer umhergelaufen sein, dann plötzlich um Hilfe gerufen haben oder mit einem Schrei zu Boden gesunken sein.

Während der klinischen Beobachtung wurden weiterhin nächtliche Erregungs- und Verwirrungszustände beobachtet.

W. wurde als an epileptischen Dämmerzuständen leidend begutachtet und ausser Verfolgung gesetzt.

Bald nach seiner Entlassung wiederholte W. dieselben Sachen in C., war dann eine Zeit lang anscheinend normal, musste aber am 16. V. 1892 zum Heilversuch wiederum einer Anstalt zugeführt werden.

Nach 2 Jahren wiederum festgenommen, nachdem er wiederum Frauen und Kindern seine entblösten Geschlechtsteile gezeigt hatte. Verhalten in der Anstalt wie früher.

3. H., 32 Jahre alt, hat auf offener Strasse seine Geschlechtsteile entblösst und gezeigt. Benahm sich in der Anstalt ruhig und geordnet, hatte aber Nachts mehrfach Anfälle, in denen er aufstand, im Zimmer umherging, auf einen Tisch zu klettern versuchte und mit sich selbst sprach. Angeredet, schrak er zusammen, fiel auch wohl um, wenn er nicht gestützt wurde. Am andern Tage völlige Amnesie. Amnesie bestand auch für die Zeit der zur Anklage stehenden That. Der Schutzmann, der ihn bei dieser abgefasst hatte, bezeugte, dass H. zusammenschrak und verwirrt gesprochen hatte. (Jahresbericht der Provinzial-Irren-Anstalt Hildesheim 1898. 99.)

4. Hierher gehört auch meine nachfolgend skizzierte Beobachtung, die allerdings kein aktuelles

forensisches Interesse hatte, es aber ausserhalb der Anstalt leicht hätte erhalten können, z. B., wenn die Anerkennung einer in diesem Zustande gegebenen Unterschrift in Frage gekommen wäre.

Sch., 40 Jahre alt, erst seit einigen Jahren epileptisch, fällt während der ärztlichen Visite plötzlich um, hat einen atypischen, convulsivischen Anfall, erhebt sich nach 4 Minuten, geht lächelnd fort, antwortet auf Fragen zunächst gar nicht, bezeichnet dann vorgehaltene Gegenstände richtig, schreibt auf Aufforderung seinen vollen Namen fliessend und schön hin, nimmt ein Geldstück, das ihm zwecks späterer Prüfung der Erinnerungsfähigkeit gegeben wird, dankend an. — Am folgenden Tage weiss er nur, dass er einen Krampfanfall gehabt hat, entsinnt sich aber weder, dass er seinen Namen geschrieben, noch von wem er das Geldstück erhalten hat.

In der Reihe der komplizierteren Dämmerzustände, mit denen wir uns jetzt zu beschäftigen haben, stehen an dem einen Ende jene verhältnissmässig seltenen Traumzustände, in denen, obwohl der Ideenkreis „wie losgelöst ist von dem normalen des betreffenden Individuums“ (C. Westphal), doch nicht nur ein äusserlich geordnetes, unauffälliges Verhalten besteht, sondern auch scheinbar bewusste und planmässige, zusammenhängende und komplizierte Handlungen ausgeführt werden; an dem anderen Ende jene transitorischen Delirien, in denen die geistige Störung schon im äusseren Verhalten der Kranken grob auffällig zu Tage tritt und die krankhafte Provenienz etwaiger strafbarer Handlungen sich somit ohne Weiteres ergibt. Zwischen diesen beiden Extremen scheinbar vollständiger Lucidität auf der einen, tiefster Verworrenheit auf der anderen Seite stehen wiederum mannigfache Zwischenformen.

Die komplizierten Handlungen, welche in den Zuständen der erstgedachten Art von den Kranken ausgeführt werden, können, wie auch die mitgeteilten Beispiele zeigen, sehr verschiedenartig sein; verhältnissmässig häufig werden dabei weitere Reisen („Poromanie“ Donath) ausgeführt. Der oben ausgesprochene Satz, dass das äussere Verhalten dieser Traumwandler ein unauffälliges sei, bedarf indessen insofern einer Einschränkung, als doch gewisse Abweichungen dabei oft vorhanden sind, die aber unbeachtet bleiben, teils wegen ihrer Geringfügigkeit, teils wegen des Mangels einer genügenden Beobachtung. Häufig werden solche Kranke — und zwar auch grade in Fällen, in denen Alkoholmissbrauch sicher ausgeschlossen werden konnte — für betrunken gehalten (fallende Sprache, gelegentlich taumelnder Gang, auffällig heiteres, aufgeräumtes Wesen, lautes Raisonniieren etc.) oder für Halbverrückte, weil ihr Verhalten eben doch auffällig war. Meist erfährt man aber gar nichts, weder von der Umgebung über das äussere Verhalten der Kranken, noch von diesen selbst über die während dieser Zeit sich in ihnen abspielenden Vorgänge. Trotzdem darf angenommen werden, dass auch diese Traumhandlungen unter dem Einfluss einförmiger Hallucinationen, wahnhafter Vorstellungsreihen und Affektbewegungen ausgeführt werden, und dass die Zahl der Fälle gering ist, in denen solche Beimischungen fehlen. „Unzweifelhaft heben sich die „Traumzustände“ von den transitorischen „Delirien“ zum grossen Teil für die Betrachtung nur deshalb ab, weil der krankhafte Inhalt der Vorstellungen im äusseren Verhalten nicht so auffällig zu Tage tritt.“ (Moeli.)



## Beispiele:

1. D., Lehrer bei Berlin, will früher gesund gewesen sein, hatte 1887 den ersten Krampfanfall mit vorübergehender Verwirrtheit. — Nach einigen Monaten, während deren er an periodisch exacerbierenden Kopfschmerzen gelitten und mehrfache Absenzen gehabt hatte, ein Dämmerzustand. — Im April 1888 Zunahme der Kopfschmerzen, kann schwer seine Gedanken zusammenhalten, erhält in dieser Zeit von einem Bekannten ein Darlehen von 500 Mark zurück, geht einige Tage später von Hause fort, bezahlt unterwegs Rechnungen, erinnert sich, auch noch in Berlin etwas schuldig zu sein, fährt dahin; im Coupé ist es ihm sehr schwindlig. In Berlin taumelt er beim Aussteigen, so dass der Schaffner ihm hilft, kommt mühsam die Treppe hinunter, verliert von da an die Erinnerung, weiss nur, dass es Abend war, als er an einem Schalter ein Billet „an's Meer“ verlangte. Auf die Frage, wohin er denn wolle, sagt er, da ihm der Name gerade einfällt: „nach Amsterdam.“ Von da an ist es ihm, als hätte er geschlafen und geträumt; er hat Löwen und Tiger gesehen und ist selbst in einem Wald spazieren gegangen, dieser fing an zu brennen, die Thiere flohen an ihm vorüber. Dazwischen hörte er den Schaffner rufen: „Amsterdam“; indessen war es ihm, als hätte seine Frau ihn mit dem Rufe „Aufstehen“ geweckt. Erstaunt sah er sich in fremder Umgebung, inmitten fremder Menschen und hörte an der Sprache, dass er sich wirklich in A. befände. Er verliess weinend das Coupé, es war Abend, die Gasflammen brannten, etwa 24 Stunden mochten seit seiner Abreise von Berlin vergangen sein. — Die Erinnerung an das Folgende ist wieder lückenhaft; er entsinnt sich nur gewisser Einzelheiten, wie er sich von einem Dienstmann einen deutschen Gasthof zeigen liess, an seine Frau eine Karte schrieb usw. — Am folgenden Morgen erwachte er ganz gesund, konnte sich aber nicht entsinnen, wie lange er schon in Amsterdam war: er glaubte, bereits 8 Tage von Hause fort zu sein. Er erhielt ein Telegramm von seiner Frau und reiste zurück. Zu Hause hatte er nach einigen Wochen im Anschluss an einen Aerger wiederum einen Dämmerzustand, in dem er in die Küche lief, ein Messer ergriff, um sich zu schneiden und dann einen Krampfanfall bekam; ähnliche praeepileptische Dämmerzustände wiederholten sich noch mehrmals. (Beobachtung von Siemerling, mitgeteilt von G. Velde: Zur Lehre des psychisch-epileptischen Aequivalents. Diss. Berlin 1888).

2. A. D. in N., hereditär belastet, litt in zartester Jugend an Krämpfen mit Bewusstlosigkeit. Später will er nie epileptische Krämpfe gehabt haben, doch wurden an ihm beobachtet nächtliche Zuckungen mit Unruhe und Zungenbiss, Kopfschmerzen beim Erwachen, am Tage Zuckungen im Gesicht, an Hand und Fingern, neuralgische Kopfschmerzen, eigentümliche Geruchsempfindungen und leichte Sehstörungen, rasches Farbwechseln und Kongestion zum Kopf, einmaliger Schweissausbruch mit Angstgefühl. Ausserdem erlitt er in der Jugend eine Kopfverletzung (Ohrfeige mit nachfolgender Schwerhörigkeit).

In psychischer Beziehung zeigte er rasch vorübergehende Anfälle von Bewusstlosigkeit, mit momentaner Bewusstlosigkeit einhergehende Schwindelanfälle, mehrmaliges zweckloses Entlaufen von der Arbeit, zweimaligen Exhibitionismus, öfteres Nachtwandeln, Vornahme verkehrter Handlungen, einzelne Sinnestäuschungen, vorübergehende melancholische Selbstmordgedanken, sowie Erscheinungen manischer Erregung mit theils gänzlicher, meist aber partieller Erinnerungslosigkeit.

Die auffallendste Krankheitserscheinung, die er geboten hat, ist eine Reise in die Schweiz in epileptischem Dämmerzustande.

Seit Jahren glücklich verheiratet, war er eines Tages verschwunden, ohne dass seine Angehörigen vermuten konnten, wohin er geraten sei. Aufgefallen war den Angehörigen das tief-sinnige Wesen, das er schon seit 14 Tagen zur Schau trug. Wenige Tage nach dem Verschwinden des D. theilte dessen Vater aus Basel brieflich mit, jener sei plötzlich eingetroffen, habe gedrückte Haltung und verstörtes Wesen gezeigt, keinen Grund für die Reise, über diese selbst nur wenig gewusst. Er habe Arbeitskleider getragen und Handwerkszeug bei sich gehabt. Zurückgebracht, begrüßte D. seine Familie freudig, zeigte einige Tage grosses Schlafbedürfnis. Bezüglich seiner Reise gab er an, er hätte sich (thatsächlich bestehende) Krank-

heitsfälle in seiner Familie sehr zu Herzen genommen und zudem grosses Heimweh gehabt. Er wäre erregt gewesen, hätte Angst gehabt, alles wäre ihm verleidet gewesen, er hätte geglaubt er müsste fort, hätte Kopfweh und Schwindel gehabt. Er wüsste nicht, wie er auf den Bahnhof gekommen sei, nach seiner Ausrüstung hätte er offenbar nicht an eine Reise gedacht. Er erinnerte sich dunkel, dass er in einen falschen Zug gestiegen, durch einen Bekannten herausgeholt und in den rechten gewiesen worden wäre. Er müsste sich auf der Reise nicht recht auskennen haben, da er fast keine Erinnerung mehr an dieselbe besässe und namentlich auch, wie er es doch längst im Sinne gehabt hätte, seine Schwester nicht besucht hätte, an deren Wohnort ihn die Bahn vorbeiführte. Warum er die Reise unternommen, dafür konnte er absolut keinen Grund angeben. (G. Burgl, Eine Reise in die Schweiz im epileptischen Dämmerzustande. Münch. med. Wochenschr. 1900. No. 37.)

Von besonderer Bedeutung sind hier die verhältnismässig seltenen Fälle, in denen in Zuständen dieser Art ausgeführte Handlungen zu dem gewöhnlichen Denkinhalt des Individuums in einer meist allgemeinen Beziehung stehen, insofern als gewisse Vorstellungssreihen aus dem wachen Zustande in den Dämmerzustand hinübergangen werden und in diesem vermöge der bestehenden Beschränkung des Associationsvorganges ohne Weiteres zur — oft verbrecherischen — Handlung führen.

1. 29jähriger Epileptiker, bezichtigt seine Frau (grundlos) der Untreue, steckt seine Papiere zu sich und begiebt sich zu der von ihm getrennt lebenden Frau, um sie unter der Androhung, Feuer anzulegen, zur Rückkehr zu bewegen. Die Frau weigert sich, er kehrt in die Wohnung zurück, zündet dort (so weit ihm erinnerlich) die Lampe an und liest in einem Buche; von da an erlischt die Erinnerung. K. wurde bewusstlos auf dem brennenden Boden gefunden; er hatte dort (der früher geäusserten Absicht gemäss) Feuer angelegt und ein Abbrennen des Dachstuhles verursacht. (Moeli, Ueber irre Verbrecher. S. 37.)

2. Frau T. entwendet einem Arzt, bei dem sie beschäftigt war, Chloroform in der Absicht, sich mit ihrem Kinde aus Not zu töten. Sie führt dann die That im epileptischen Dämmerzustande in der Art aus, dass sie dem Kinde ein chloroformgetränktes Taschentuch vorhält und sich darauf selbst als Mörderin stellt. (Strassmann, Vierteljahrsschrift 1895. S. 80.)

3. 40jähriger Epileptiker, wurde mehrfach sistiert, weil er sich am hellen Tage auf belebten Strassen mit entblösstem und erigiertem Penis an Frauen und Kinder herangedrängt hatte. Bei seiner Verhaftung wusste er von diesen Vorfällen nichts. Im wachen Zustande war er ein ruhiger, nüchterner Mann, nach Angabe seiner Ehefrau sexuell durchaus nicht überregt und niemals bei ähnlichen Vergehen betroffen worden. Er gab nur an, dass ihm im wachen Zustande öfters Begierden nach dieser Richtung hin in Gedanken aufgetaucht wären, dass er aber niemals solche „unanständige“ Dinge gethan haben würde. Ein direkter Zusammenhang dieser Dämmerzustände mit epileptischen Insulten konnte wenigstens zweimal festgestellt werden, da der Patient kurz vor der That in seiner Wohnung Anfälle gehabt hatte und dann, als er sich anscheinend erholt hatte, weggegangen war. (Binswanger, Epilepsie. S. 303.)

4. 22jähriges Mädchen aus achtbarer Familie, seit der Pubertätsentwicklung an ausgeprägten epileptischen Insulten leidend, hat Nachmittags in dem Geschäft, in dem sie thätig ist, einen schweren epileptischen Anfall, nach welchem sie für mehrere Stunden in einen tiefen Schlaf verfällt. Abends 7 Uhr d. h. zu der Stunde, zu welcher sie nach Hause zu gehen pflegt, erhebt sie sich, nimmt Hut und Mantel und geht, nachdem sie erklärt hat, nach Hause gehen zu wollen, selbständig fort. Auf dem Heimweg, der sie immer durch ganz bestimmte Strassen führt, passiert sie einen Schirmladen in einer der belebtesten Strassen; hier nimmt sie aus dem vor der Ladenthür befindlichen Ständer mehrere Schirme, entsprechend dem schon früher gehegten und schon mehrfach geäusserten Wunsche, sich einen neuen

Schirm zu kaufen. Auf dem Heimweg grüsst sie verschiedene Bekannte, soll auch zusammenhängende kurze Grussworte gesprochen haben. Zu Hause angelangt, öffnet sie die Wohnung mit dem Vorthürschlüssel, stellt die Schirme in eine Ecke, sucht ihr Zimmer auf, legt sich zu Bett und verfällt in einen vielstündigen Schlaf. Am andern Morgen weiss sie nichts über die Herkunft der Schirme; ihre Erinnerung schneidet mit dem Einsetzen des Anfalles ab. (Binswanger, Epilepsie. S. 301.)

5. Epileptischer Schutzmann tritt seinen Dienst an einem Berliner Theater zu richtiger Zeit an. Nach 2 Stunden kommt er aus dem Zuschauerraum, fällt noch nicht auf, verlässt seinen Dienst gleich nach 8 Uhr; gegen 9 Uhr wird er in einer entfernt liegenden Strasse gesehen, grüsst einen vorübergehenden Kameraden, ist nicht auffällig. Eine halbe Stunde später überschreitet er schnell, kerzengerade und ohne Schwanken die Geleise des Anhalter Bahnhofes. Plötzlich fällt er um auf den Hinterkopf; die in der Nähe Befindlichen finden ihn ohne Zuckungen, blass und sprachlos; aufgerichtet, kann er nicht allein gehen, wird von zwei andern Schutzleuten zum Revier geführt. Auf Fragen gibt er ganz confuse Antworten, z. B. auf die Frage nach seinem Namen: „ach Gott wie heisse ich denn“, fügt hinzu „mein Kopf, mein Fuss“. Nach einigen Minuten kann er allein gehen, grade ohne Schwanken. Auf dem Revier steht er kerzengerade stramm vor seinem Vorgesetzten, erteilt auf die Frage, was passiert sei, keine Antwort, spontan äussert er: „wie bin ich denn eigentlich hierher gekommen, ich bin doch im Theater gewesen, ich bin doch kein Süffel“. Nach einigen Minuten beantwortet er die Frage nach seiner Wohnung richtig, bemerkt dabei, dass er so viel Geld bei sich habe, um nach Hause zu fahren. Er geht ohne Störung in Begleitung nach Hause, besteigt eine Droschke mit seinem Begleiter, unterhält sich ganz ruhig über seine Familienverhältnisse, ersteigt die Treppe ohne Schwanken, zu Hause erkennt er die Frau nicht gleich, spricht von seinem kurz zuvor gestorbenen Kinde, dann sieht er sich um, erklärt „jetzt bin ich zu Hause“. Legt sich zu Bett, schläft, thut am nächsten Morgen Dienst. Seine Erinnerung ist erloschen für die Zeit vom Antritt des Dienstes am Theater bis zur Rückkehr in seine Wohnung.

Bei einem späteren Anfall versieht er seinen Morgendienst richtig, eine halbe Stunde vor Ablauf seiner Tischzeit erscheint er auf Wache mit „blutunterlaufenen“ Augen, erzählt mit lallender Zunge, er hätte auf einer Auktion Sachen gekauft (Pots war ausgeschlossen); sein Gang ist nicht schwankend. Den Rat des Vorgesetzten, sich hinzulegen, befolgt er nicht; erklärt, hinausgehen und nach beendeter Tischzeit wiederkommen zu wollen. Pünktlich um drei Uhr erscheint er wieder, tritt seinen Patrouillengang an; nachdem dieser absolviert ist, kehrt er um 5 Uhr zurück, um vorschriftsmässig nach Recherchen zu fragen, geht dann wieder fort; die Sprache ist langsam und schwer. Gleich nach 6 Uhr kommt er wieder, legt sich, wie es sein Dienst erlaubt, zu Bett, erhebt sich nach kurzer Zeit, geht im Hemd in den Vorraum zur Wache, uriniert dort in das Ausgussbecken, obwohl sich mehrere Leute im Vorraum und Korridor befinden. Wie er zurückgeht, stürzt er der Länge nach hin, erhebt sich gleich wieder, geht stumm ins Zimmer, zieht sich an, wird von einem Schutzmann nach Hause geleitet. Auf der Strasse geht er ohne Taumeln allein, besteigt einen Pferdebahnwagen während der Fahrt. Seinem Begleiter erscheint er zerstreut, spricht aber ganz vernünftig über die Instruktionsstunde, über andre Kameraden. Ausserdem äussert er spontan: „ich weiss sehr gut, warum Sie mitkommen, aber glauben Sie nicht, dass ich betrunken bin“. Zu Hause angekommen, entlässt er den Begleiter, damit die Frau nicht erschrecke, geht ruhig die Treppe hinauf, kleidet sich aus, geht zu Bett. Am Morgen des nächsten Tages geht er zur gewohnten Zeit in den Dienst. Erinnerung fehlt von der Mittagszeit bis zu seiner Rückkehr nach Hause. (Beobachtung von Siemering.)

Die Dauer dieser Zustände schwankt zwischen Stunden und vielen Monaten. Die Lösung erfolgt oft plötzlich. Die Kranken erwachen auf einmal wie aus einem Traum, bieten ein völlig verändertes Bild, stehen den Vorhaltungen des



Vorangegangenen verständnislos gegenüber und zeigen eine sehr verschiedenartige Erinnerungsfähigkeit in Bezug auf die betreffenden Vorgänge.

Die oben als transitorische Delirien den Traumzuständen gegenübergestellten Dämmerzustände kennzeichnen sich durch Verworrenheit verschiedener Grade, heftige Angst-Affekte, lebhaftere Hallucinationen mit Hemmungs- oder Erregungszuständen und gelegentliche rücksichtslose Gewalthandlungen. Im Einzelnen ergeben sich nach dem Grade und der Zusammensetzung der Symptome sehr verschiedenartige Zustandsbilder. Wie schon oben erwähnt wurde, begegnen wir ihnen und auch den soeben besprochenen Traumzuständen, sowohl postepileptisch als in der Form der Aequivalente, dagegen verhältnissmässig selten präepileptisch.

Hierher gehört wohl ein Kranker der Stephansfelder Anstalt (Jahresbericht 1897, 98), bei dem früher nur Zustände momentaner Bewusstlosigkeit aufgetreten waren, der eines Tages nach reichlichem Alkoholgenuss im präepileptischen Dämmerzustande einen Kameraden erschoss, einem anderen das Bein zerschoss und unmittelbar darnach zum ersten Mal in schwere Convulsionen verfiel.

Insbesondere sind es Serien von ausgebildeten oder rudimentären Krampfanfällen, die oft von diesen transitorischen Delirien gefolgt sind, zumal dann, wenn eine längere Anfallspause stattgefunden hatte. Nicht immer schliesst sich die Geistesstörung unmittelbar an den Anfall, vielmehr liegt dazwischen zuweilen ein Zeitraum von Stunden bis Tagen (Samt). Ausgebildete psychische Aequivalente dieser Art, welche auch sonst keineswegs selten sind, lassen sich, wie Binswanger hervorhebt, sehr rein bei manchen jugendlichen weiblichen Personen beobachten, bei denen zur Zeit der Menses sonst serienweise auftretende Anfälle durch ausgeprägte epileptische Stupor- oder Erregungszustände ersetzt werden.

Die Hallucinationen der Epileptiker sind bei grosser plastischer Deutlichkeit und Lebhaftigkeit der Farben doch von einer gewissen Einförmigkeit. Sie scheinen vorzugweise den Gesichts- sodann den Gehörsinn zu betreffen; die Kranken sehen Schrecknisse mannigfacher Art, Feuerflammen, Wasserfluthen, Blutlachen, blutige verstümmelte Leiber, konzentrisch gegen sie vorrückende Menschenmengen, sich nähernde Mörder, Teufel, wilde Tiere etc. Sie hören donnerähnliches, schreckenerregendes Geföse, furchtbare Stimmen, Drohungen etc. In anderen Fällen sind es mehr religiös-expansive Visionen und Akoasmen; die Kranken sehen Gott, Christus, die himmlischen Herrscharen, unterhalten sich mit ihnen und treten in ihren Delirien zu ihnen in freundschaftliche, collegiale Beziehungen. So beobachtet man nicht selten eine eigentümliche Vermischung der sich aus den oben angeführten Trugwahrnehmungen ergebenden Affekte furchtbarster Angst mit solchen religiös-ekstatischer Gehobenheit, die in den Aeusserungen der Kranken, insbesondere der häufigen, zum Teil ganz sinnlosen Einfluchtung des Namens Gottes zu charakteristischem Ausdruck kommt („Gottnomenclatur“ Samt).

Von entsprechenden Aeusserungen in solchen Zuständen führe ich folgende aus der eigenen

Beobachtung an: „Lieber Gott und Jesus, Ihr wisst, dass ich gut bin und alle Andern nichts taugen.“ „Vater im Himmel, den ich erschaffen gesehn.“ Ein Anderer sprach im epileptischen Delirium, von Gott als seinem guten Bekannten, von sich selbst als dem Schöpfer der Welt und der Sonne. (Weitere Beispiele bei Samt u. A.).

Je nach dem Ueberwiegen hallucinatorischer Erregung oder Hemmung ist das äussere Bild der Kranken verschieden und kann unvermittelt wechseln. Insbesondere begegnen wir bei den postepileptisch auftretenden Störungen oft intercurrenten Zuständen mehr oder minder ausgesprochener Denkhemmung von geringen Verlangsamungen der Reaktion bis zum ausgesprochenen Stupor mit Mutismus, Negativismus und anderen „katatonischen“ Erscheinungen.

Andererseits sehen wir in den Zuständen beschleunigten Gedankenablaufes die Kranken unter dem Einflusse massenhafter Hallucinationen, in beständiger motorischer Unruhe, in einem Gemisch von Wut und Angst herumlaufen, allenthalben sinnlose Handlungen vollführen, beten, schreien, singen, verbigerieren etc., bis etwa ein interkurrenter Stupor dem Treiben ein Ziel setzt oder ein epileptischer Anfall den Zustand unterbricht oder zum Abschluss bringt. —

Sowohl in den mehr stuporösen Phasen, wie in jenen der Erregung kommen plötzliche motorische Entäusserungen in Form brutaler Gewaltakte vor. Abweichend von den abnormen Bewusstseinszuständen der Alkoholisten (s. das betr. Kapitel), in denen vielfach im Sinne von Vorstellungen des wachen Zustandes gegen bestimmte Personen (z. B. die Ehefrau) feindlich gehandelt wird, richtet sich hier aber die betreffende That meist gegen die erste beste, dem Kranken zufällig begegnende Person. Unmittelbar neben diesen elementar gewaltsamen Handlungen kommen nicht selten ganz harmlose und gleichgültige Aeusserungen und Handlungen vor (Siemerling), die zu jenen einen sehr auffälligen Kontrast bilden. Diese gestörte Relation oder Incohärenz der Willensäusserungen illustriert die bestehende Associationsstörung auf das Deutlichste.

H., 26jähriger Arbeiter; Kopfverletzungen angeblich im 10. und im 21. Jahre (Knochenauftreibung und schmerzhafte Stelle am Hinterkopf). Angeblich seit Kindheit, besonders bei Stuhlverstopfung, Kopfschmerzen und Wirrsein im Kopfe, seit unbekannter Zeit Schwindelanfälle mit unbewussten Handlungen, zum Teil auch mit nachfolgenden Schlafzuständen und diesen folgendem Gefühl der Mattigkeit und Abgeschlagenheit; des Morgens mehrfach subconjunctivale Blutaustritte.

1888 (22 J. alt) beim Militär kurz nach dem Dienstantritt auffälliges Benehmen und rasch zur Tobsucht ansteigender Erregungs- und Verwirrtheitszustand; dabei blinde Gewaltthätigkeit und Vergiftungs- sowie religiöse Wahnvorstellungen („ich will zu meinem Vater im Himmel“). Erst Remission, dann Beruhigung (nach etwa 6 Tagen). — In der Irrenanstalt St. Amnesie für diese Tage der Erregung, will vorher schwindelig und taumelig gewesen sein, weiss nur, dass er in das Lazaret gekommen, aber nicht, was dort weiter passiert ist. Jetzt ruhiges, zeitweise etwas moroses Verhalten. — In der Irrenanstalt L. ruhig und fleissig. — Am 16. V. 89 entlassen. —

In der Nacht zum 15. XII. 92 durchschneidet H. in Berlin einer Prostituierten mittels eines Rasiermessers den Hals bis auf die Wirbelsäule; der hinzukommende Zuhälter des Mädchens findet ihn ruhig und gelassen neben der sterbend am Boden Liegenden; beim Eintritt des Zeugen

löscht H. die Nachtlampe aus. Während eine hinzugerufene Frau sich mit der Leiche des Mädchens beschäftigt, steht II. gelassen da, macht seine Manschetten zurecht, löscht die hineingebrachte Lampe aus, benutzt die Gelegenheit zum Fliehen nicht, lässt sich ruhig verhaften. Sagt erst, er habe nichts gemacht; dann, es sei von Gott so bestimmt gewesen, erwähnt spontan, dass er sich bereits in der Irrenanstalt L. befunden habe. —

Bei den Vernehmungen am 15. XII. gibt er teils keine, teils unsinnige Auskunft, äussert sich über einen in seinem Notizbuch enthaltenen Abschiedsbrief an seine Eltern und einen dabei vorkommenden Mädchennamen, als hätte er mit der Trägerin dieses Namens in den Tod gehen wollen (hat sich später als völlig erfunden herausgestellt; er kennt gar kein Mädchen dieses Namens), erzählt von seinem Zusammentreffen mit der Ermordeten; im Zimmer bei dieser sei es ihm „schwiemelig“ geworden, habe ihn eine Begierde erfasst, Blut zu sehen, ein Schwein zu schlachten. In Ausführung des Gedankens, als wenn er ein Schwein schlachten müsste, habe er dem Mädchen mit dem Rasirmesser den Hals abgeschnitten. — Am 16. XII. antwortet er zuerst auf alle Fragen nur mit Kopfschütteln oder „ich weiss nicht“, erkennt dann die Leiche als die des von ihm umgebrachten Mädchens. Am 17. XII. macht er den Eindruck eines Irrsinnigen, spricht von Gift, von Rindvieh, das er mit dem Beil erschlagen, schlachten wolle, von Geisterstimmen, die ihm dies befehlen. — Am 20. XII. ruhig und scheinbar geordnet, will sich der Ausführung der That erinnern, erzählt über diese am 22. XII. mit Einzelheiten, die er später zum Teil anders darstellt (s. unten 15. III.), spricht dabei von „Erregung“, „Schlaftrunkenheit“, in der er sich befunden habe, will von dem Frauenzimmer bestohlen sein, von dem Moment an, wo er das Messer ergriffen und damit zugeschlagen habe, nichts mehr wissen. — Im Gefängnis Nachts vom 10.—11. I. 93 ein rasch vorübergehender Erregungszustand mit Bewusstseinsstörung (Spitzbuben in weissen Gewändern, die ihn bedrohen). —

Während der 6wöchentlichen Beobachtung in der Charité mehrfache Schwindelanfälle, vorübergehende Bewusstseinsstörungen mit Hallucinationen, Sausen und Brausen im Kopf (wie wenn ein Wurm, Bienen, eine Mühle darin wäre). Am 20. II. ängstlicher Erregungszustand, Verwirrtheit, er müsse sterben, hörte Stimmen, dazwischen scheinbar lucide Aeusserung: „Herr Doctor, helfen Sie mir“, zittert, jammert, zeitweise drohende Haltung. — Am 21. II. noch unklar, stuporartig, hallucinirt. Erinnerungsdefekt für die Vorgänge des vorhergehenden Tages. — Am 23. II. weinerlich, kann keinen Gedanken fassen. Weiterhin freier, klarer; habituelle Gedächtnisschwäche. — Macht am 15. III. über seine That folgende Angaben: Das Meiste habe er vergessen. In den Tagen vor dem 14. XII. habe er heftige Kopfschmerzen gehabt, sei plötzlich auf den Gedanken gekommen, er müsse einen neuen Anzug, Filzpantoffel, ein Rasirmesser kaufen (NB.! er hatte ganz neues Zeug, brauchte also keinen neuen Anzug); er müsse sich das Leben nehmen. Er habe sein erspartes Geld zu Hause aus einem Spind genommen, den er mit einem Beil erbrochen habe, sei dann (eine kurze Strecke) nach Berlin gefahren, hier um 1/2 10 Uhr Abends angekommen, habe sich sehr schlecht gefühlt (Stiche im Kopfe), den Tag über wenig gegessen, nichts getrunken; er sei dann, um seinen Bruder ausfindig zu machen, in der Stadt herumgegangen, habe ein Rasirmesser gekauft, sei von einem Frauenzimmer zum Mitgehen aufgefordert worden, habe dies von ihr für einen Akt des Mitleids gehalten, ihr von seinen Verhältnissen und der mitgeführten Baarschaft erzählt. Diese habe das Mädchen ihm, der sich „nur so mitschleppte“, (seiner Meinung nach) in einem Thorweg fortgenommen, er sei in ihr Zimmer gekommen, sie hätten sich Beide ausgezogen, er habe sein Geld von ihr zurückverlangt und darum geweint. Während der unanständigen Griffe des Mädchens sei es ihm schwarz vor den Augen geworden, es war ihm, als ob er rote Figuren sähe, als ob etwas an der Wand stände, was er fortschlagen müsste, als ob sein Hals ganz und gar zu wäre. Von seiner (ihm vorgehaltenen) Aeusserung hinsichtlich des Schweineschlachtens wisse er nichts. Es habe ihm ganz fern gelegen, das Mädchen umzubringen, er habe mit dem Messer nur „etwas“ von der Wand fortschlagen wollen. Von diesem Moment an wisse er gar nichts mehr, bis er nach etwa 8—14 Tagen im Gefängnis zu sich gekommen sei und von dem Aufseher das Vorgefallene erfahren habe. — (Beobachtung von Siemerling.)



Weitere treffende Beispiele sind folgende:

Ein Schutzmann redete kurz vor dem Ausbruch eines hochgradigen mit aggressivem Vorgehen und wüstem Schimpfen verlaufenden Erregungszustandes seinen Vorgesetzten mit den verhältnismässig gleichgiltigen Worten an, „ich verlange von Ihnen, dass Sie mir sagen, wie viel Uhr es ist?“, ein anderer Schutzmann trat inmitten eines Dämmerzustandes seinen Dienst in Mütze an, bat, ohne auffällig zu sein, um die Erlaubnis, seinen Helm später holen zu dürfen und machte eine halbe Stunde darauf zu Hause einen sehr ernsthaften Selbstmordversuch durch Erstechen, nach dem er in einen tiefen Schlaf verfiel (Beobachtung von Siemerling). — Ein dritter Kranker von Siemerling, dessen ausführliche Geschichte vorstehend mitgeteilt ist, brachte gleich nach dem Morde, am Fenster stehend, seine Manschetten in Ordnung, löschte dann die hereingebrachte Lampe aus, machte aber durchaus keine Anstalt zum Entfliehen. — Hierher gehört auch ein von Strassmann mitgeteilter Fall, in dem eine Epileptische unmittelbar nachdem sie ihr Kind zu tödten versucht hatte, bei vollkommen stumpfem Verhalten an die das Kind fortbringenden Leute die Frage richtete, ob auch die Kleider mitgenommen seien.

Wir führen hier endlich einen gleichfalls von Siemerling mitgeteilten Fall an, der auch dadurch bemerkenswert war, dass reflektorische Pupillenstarre während des rein psychischen Anfalles nachweisbar war: Epileptiker mit sicheren Krampfanfällen. Plötzlich mitten in seinem gewöhnlichen Verhalten äussert er, „Ich habe keine Angst, Messing ist geschnitten.“ Pupillen weit, reagieren nicht auf Licht. Die Gesichtsfarbe ist kaum verändert, der Gesichtsausdruck ist verstört, Patient erkennt seine Umgebung. Auf Fragen erteilt er Antworten in lautem, schreiendem Ton. Die Jahreszahl nennt er richtig, ebenso den Namen des Kaisers, leichte Rechenexempel löst er falsch. Dann spricht er spontan wieder von Messing und Schneiden. Auf die Frage, wen man mit Messing geschnitten, antwortet er „die Eskimos“. Auf die nächste Frage „wer?“ — „der Kaiser“.

Dauer des Anfalls circa 3 Minuten. Er ist sofort wieder ganz klar, weiss aber von dem ganzen Anfall, von den Aeusserungen nichts (Siemerling).

Die in gewissen Handlungen und Aeusserungen während des Dämmerzustandes vorübergehend zu Tage tretende relative Lucidität, das intercurrent vorhandene Bewusstsein der gegenwärtigen Situation, darf über die thatsächliche Schwere des Zustandes täuschen.

So beobachtete ich mehrere Kranke, die mitten in ihrem Dämmerzustande die Umgebung zeitweise richtig beurteilten, die Aerzte richtig anredeten usw. Einer meiner Kranken sagte in dieser Situation: „Sie wissen doch, dass ich an Krämpfen leide“, ein Kranker Siemerling's äusserte, er hätte sich schon in der Irrenanstalt L. befunden.

Auch bei tiefer Bewusstseinsstörung und Verworrenheit kann das äussere Verhalten ruhig und geordnet sein. Wenn diese Kranken dann auf die ihnen vorgelegten Fragen überraschend sinnlose und verworrene Antworten geben, so kann das leicht den Verdacht der Simulation hervorrufen.

Auf das Verhalten der postparoxysmellen Erinnerung wird im Schlussabschnitt des Kapitels eingegangen werden; hier sei nur darauf hingewiesen, dass die Kranken zuweilen während des Anfalles einzelne unmittelbar vorausgegangene und gleichfalls in die Anfallszeit fallende Ereignisse nicht wissen (Ziehen's intraparoxysmelle Amnesie). —

Von besonderen Formen des epileptischen Irreseins seien noch erwähnt die Zustände zornmütiger Erregung, in denen die Kranken unter hallucinatorischer und wahnhafter Verkenennung ihrer Umgebung auf das heftigste

schimpfen und raisonnieren, Gewaltthätigkeiten androhen und gelegentlich ausführen usw. (Samt's räsionnierendes Delirium); ferner die paranoiden Zustände, welche postparoxysmell auftreten und sich durch Verfolgungs-, auch Grössenideen, pathetisches Gebahren, fehlende sprachliche Reaktion, zuweilen auch durch intercurrente Stuporzustände charakterisieren.

Endlich ist noch jener offenbar seltenen Fälle zu gedenken, in denen gewisse Züge des epileptischen Charakters, wie Reizbarkeit, rücksichtsloser Egoismus, Abschwächung der Intelligenz, also Abweichungen, die wir sonst als habituelle aufzufassen haben, als transitorische Störungen hervortreten. Hierher gehört z. B. folgende Beobachtung von Wildermuth.

Junger Mann hat seit einem mit 12 Jahren erlittenen Sturz auf den Kopf epileptische Anfälle mit Intelligenzabnahme, rascher Ermüdung nach geistiger Arbeit, Gedächtnisschwäche. Daneben ausgesprochene Veränderung des Charakters: pietätlos, brutal, grob sinnlich, Hang zu Entwendungen. Seit dem 20. Jahre regelmässige Behandlung mit Besserung des Grundleidens, sowie des intellektuellen und ethischen Verhaltens. Es gelingt sogar, den Kranken in dauernder Stellung unterzubringen.

Nach 1 Jahr (bei Aussetzen der Behandlung) Rückfall: mehrmalige heftige Anfälle, darnach mürrisch, brutal, im Geschäft nachlässig. Pat. entwendet ohne Not und in ungeschicktester Weise eine Uhr. Unter Behandlung wieder Besserung, auch des psychischen Verhaltens, so dass Pat. wieder in Stellung gehen kann und sich hier tadellos führt.

Nach weiteren 2 Jahren, bei Aussetzen der Behandlung, wiederum Rückfall: Mehrere Anfälle wieder gefolgt von einer Verschlechterung des psychischen Verhaltens; Pat. wird mürrisch und arbeitsscheu, entwendet wiederum in ungeschicktester Weise und ohne Grund eine Uhr. Zeigt sich in der Anstalt brutal, arbeitsscheu, reue- und einsichtslos.

### Psychiatrisch forensische Beurteilung.

Bei der eminenten Bedeutung, welche der Nachweis bestehender Epilepsie für die Beurteilung der strafrechtlichen Zurechnungsfähigkeit ihres Trägers hat, ist es erforderlich, sich zunächst über den Begriff des „Epileptikers“ klar zu werden.

Das wesentliche Kriterium des Epileptikers ist der epileptische Anfall in seiner klassischen Form und ihren Abarten. Bekanntlich hat man auf dieses Moment verzichten zu können und die Diagnose der Epilepsie auch allein auf Grund des spezifischen psychischen Krankheitsbildes stellen zu sollen geglaubt (Samt, Kräpelin u. A.). Von anderer Seite ist der Versuch gemacht worden, auch alle plötzlich auftretenden impulsiven Erregungszustände ohne Vorhandensein sonstiger epileptischer Krankheitszeichen der Epilepsie zuzurechnen (Lombroso und seine Schüler).

Demgegenüber hält wohl die Mehrzahl der Forscher, denen ich mich anschliesse, daran fest, dass die Diagnose Epilepsie insbesondere auch in foro ohne den Nachweis für diese Krankheit charakteristischer, körperlich nervöser Krankheitszeichen, nicht gestellt werden darf, wenn sie sich nicht ins Nebelhafte verflüchtigen soll.

Welches sind diese diagnostisch wichtigen Krankheitszeichen?

Wir gehen naturgemäss aus von dem klassischen epileptischen Anfall, den wir mit seinen zahlreichen Varianten in einer Gruppe der grossen Anfälle zusammen fassen.

Als Gruppe der kleinen Anfälle stellen wir diesen die abortiven Anfälle und die sogenannten epileptoiden Zustände gegenüber.

Grossen und kleinen epileptischen Anfällen gehen oft gewisse Prodromalerscheinungen mehr oder minder lange voraus, die oben als unvermittelt auftretende Veränderungen der Gemütslage (Reizbarkeit, Nörgelsucht, trübe, selten heitere Stimmung usw.) bereits geschildert wurden. Der Anfall selbst beginnt dann vielfach mit einer Aura, welche demnach als eröffnendes Symptom des Anfalles bereits ein Teil von diesem selbst ist (Nothnagel u. A.) und nur die ganz kurz dauernden initialen Störungen umfasst (Binswanger).

Die einzelnen Formen der Aura sind äusserst verschieden und kombinieren sich unter einander in der mannigfachsten Weise. Trotzdem ist es zweckmässig a potiori mit Binswanger zu unterscheiden eine psychische Aura (Affekte der Angst, des Zornes, selten, wie in einem unser Fälle, ein Gefühl grossen Behagens; ferner Zustände von Denkhemmung oder -Beschleunigung, Verwirrtheit, Zwangsdenken usw.), eine sensorielle (einfache oder zusammengesetzte Sinneswahrnehmungen; „es dunkelt und blitzt wie Sterne vor den Augen“, alles erscheint in leuchtendem Rot, „die todte Mutter erscheint in weissem Kleid“, „der Kranke sieht alles doppelt so gross, die Bäume ungewöhnlich hoch, den eigenen Arm sehr lang“ usw., Geräusche, Stimmen werden gehört, unangenehme Geruchs- und Geschmackswahrnehmungen gemacht usw.), eine sensible (Parästhesien, Schmerzen meist im Bereich der Extremitäten), eine motorische (umschriebene klonische oder tonische Zuckungen, Stoss-, Strampel-, Drehbewegungen; plötzliches Vorlaufen usw.) endlich eine vasomotorische Aura (Herzklopfen, aufsteigende Hitze, Blutandrang zum Kopfe und Schwindelgefühl, Salivation, Schweissausbruch usw.)

Der klassische Krampfanfall verläuft dann mit plötzlichem Bewusstseinsverlust, Zusammenstürzen oft unter Ausstossung eines durch Respirationskrampf bedingten Schreies, und gleichzeitig eintretender tonischer Krampfphase (Dauer im Durchschnitt  $\frac{1}{2}$  Minute); es folgt die klonische Krampfphase (Dauer im Durchschnitt  $\frac{1}{2}$ —3 Minuten) mit häufigem Zungenbiss und andern Verletzungen, worauf ein soporöses Stadium den Abschluss bildet (Dauer einige Minuten, beim Eintreten psychischer Komplikationen unberechenbar). —

Dieser Anfallstypus variiert nun in mannigfachster Weise. Für uns ist von besonderem Interesse das Vorkommen koordinierter Bewegungen, wie ruckartiger Erschütterungen des Rumpfes, Kopfes, der Extremitäten, Schleuderbewegungen des Rumpfes, Schlag-, Tretbewegungen der Glieder, Laufbewegungen (Epilepsia procursiva), Rückwärts-, Kreis-, Drehbewegungen usw.

Von den kleinen epileptischen Anfällen haben die abortiven schon oben eine kurze Schilderung gefunden, auf die hier verwiesen wird. Es bleiben noch die sogenannten epileptoiden Zustände (Griesinger). Wir erwähnen hier nur die meist mit einem plötzlichen Wechsel der Gesichtsfarbe, vielfach auch mit Herzklopfen und schmerzhaftem Oppressionsgefühl (Ziehen) eintretenden Schwindelanfälle, ferner die unter ähnlichen Begleiterscheinungen ausbrechenden Scheweisse.



Das gelegentliche Vorkommen eines oder auch mehrerer epileptischer Anfälle beweist nun an und für sich das Bestehen der „epileptischen Erkrankung“ in dem hier gemeinten Sinne nicht. Abgesehen von den häufig bei Kindern unter dem Einfluss sehr verschiedener Ursachen z. B. fieberhafter Zustände zu beobachtenden Krampfanfällen kommen vereinzelte oder auch mehrere epileptische Krämpfe z. B. in dem früheren Leben Geisteskranker sehr häufig vor (C. Westphal u. a.), ohne etwas anderes zu beweisen als das Bestehen einer pathologischen Beschaffenheit des Nervensystems. Zur Annahme der uns hier allein beschäftigenden „Krankheit“ Epilepsie muss vielmehr der Nachweis verlangt werden, dass die betreffenden Krankheitszeichen Teilerscheinungen einer dauernd wirkenden und sich in mehr oder weniger regelmässigen Intervallen anfallsartig (auf körperlichem und geistigem Gebiet) entäussernden krankhaften (epileptischen) Veränderung sind. Hiernach werden jene durch das vorübergehende Auftreten epileptischer Anfälle ausgezeichneten Fälle, zu denen auch die meisten (nicht alle) Alkoholepileptiker gehören, von dieser Betrachtung auszuschliessen sein. Dagegen wird der soeben als notwendig bezeichnete Nachweis, abgesehen von der „genuinen“ Epilepsie, auch in manchen Fällen symptomatischer Epilepsie und sogenannter Reflexepilepsie erbracht werden können, in denen eine dauernde epileptische Veränderung und ein der genuinen Epilepsie völlig gleichwertiges Krankheitsbild gewissermaassen sekundär entstanden ist.

Die Feststellung der zur Sicherung der Diagnose notwendigen „epileptischen Antecedentien“ kann da, wo es sich um wenig ausgeprägte und schlecht beobachtete atypische Anfälle handelt, recht schwierig sein. Insbesondere gilt dies von der Abgrenzung gewisser epileptischer und hysterischer Krampf-  
formen, und zwar nicht selten auch bei gegebener Möglichkeit eigener Beobachtung. Die präzisen Merkmale, die man noch vor kurzer Zeit zur Unterscheidung epileptischer und hysterischer Anfälle verwerten zu können glaubte, haben leider neuerdings an Ansehen erheblich verloren. Weder die Art der Bewegungen und des Anfallsverlaufes im allgemeinen, noch das Verhalten des Bewusstseins und der Pupillen im besonderen geben ein sicheres differentialdiagnostisches Moment; denn wie oben erwähnt, kommen auch im epileptischen Anfall zusammengesetzte und koordinierte Bewegungen vor, die sich von hysterischen nicht deutlich unterscheiden; das Bewusstsein ist ferner auch im epileptischen Anfall keineswegs immer aufgehoben, ebensowenig wie die Lichtreaktion der Pupillen, während anderseits nach den Beobachtungen von Karplus, A. Westphal, Binswanger u. A. an dem Vorkommen der reflektorischen Pupillenstarre auch in Anfällen von hysterischem Typus nicht mehr gezweifelt werden kann. Ganz abgesehen von der Möglichkeit des Vorkommens getrennter Krampfanfälle von epileptischem und von hysterischem Typus sind hysteroepileptische Mischformen nicht selten, die oft mit grösserem Recht als „hysteriforme Epilepsie“ wie als „epileptiforme Hysterie“ angesehen werden können. Auf Grund dieser Erwägungen, an die bei dem Kapitel Hysterie angeknüpft werden wird, möchte es geraten sein, auf die „hysterische“ Erscheinungsart der Krampf-

anfälle nicht zu grosses Gewicht zu legen und nicht etwa lediglich aus ihnen einen Schluss gegen das Bestehen von Epilepsie zu ziehen.

In den Fällen, in denen deutliche epileptische Krankheitszeichen festgestellt sind, wird die richtige Deutung eines transitorischen Deliriums als eines epileptischen Irreseins keine Schwierigkeiten machen. Am einfachsten liegt die Sache natürlich dann, wenn ein solches sich an einen grossen oder kleinen epileptischen Anfall anschliesst oder wenn sonst eine direkte Beziehung zwischen Irresein und Anfällen erweislich ist. Aber auch in den häufigeren Fällen, in denen dies nicht zutrifft, werden verhältnismässig geringfügige, epileptische oder epileptoide Symptome im Verein mit der besonderen Art des Irreseins selbst die richtige Diagnose gestatten. Freilich darf man, nach dem oben über die verschiedene äussere Erscheinungsweise der epileptischen Irreseinsformen Gsagten, an ihre Betrachtung nicht mit schulmässigem Schematismus herantreten, da sie, wie hier nochmals betont sei, in allen möglichen Modifikationen erscheinen und nur zu einem Teil die Kriterien an sich tragen, welche man früher als charakteristisch für die epileptischen Irreseinsformen überhaupt ansah. Das anfallsartig rasche Einsetzen und Verschwinden dieser Zustände, die schweren ängstlichen Delirien — die lebhaften „spezifischen“ Hallucinationen — die tiefe Verwirrenheit — die oft vorhandene totale Analgesie — die interkurrenten Stuporzustände — die Neigung zu impulsiven Gewaltakten — die Amnesie — ergeben zwar ein sehr charakteristisches, kaum zu verkennendes und ziemlich häufiges Krankheitsbild; grade in den Fällen, die in forensischer Beziehung am häufigsten in Frage kommen, d. h. insbesondere in den „Traumzuständen“ mit ihren verschiedenen Abarten, sind aber so ausgeprägte, schon im äusseren Verhalten der Kranken deutlich zu Tage tretende Störungen oft nicht vorhanden, ohne dass deshalb an ihrer epileptischen Natur zu zweifeln wäre.

Es hat lange Zeit gebraucht, bis der von C. Westphal, W. Sander u. A. schon zu Anfang der siebziger Jahre ausgesprochene Satz, dass die Bewusstlosigkeit nicht als Kriterium für die epileptischen Anfälle angesehen werden könne, auch in seiner Anwendung auf die epileptischen Irreseinsformen allgemeine Anerkennung gefunden hat. Heute stehen wir auf dem Standpunkt, dass das Bewusstsein nicht aufgehoben, sondern nur in verschiedenen Graden traumhaft verändert ist (Gnauck, Fürstner, Pick, Siemerling, Wildermuth u. A.).

Das Verhalten dieser Kranken erscheint dann sehr verschieden, je nachdem die Beziehungen zwischen Vorstellen und Selbstbewusstsein mehr oder minder gestört sind, eine mehr oder weniger erhebliche Verwirrtheit besteht, Wahnvorstellungen, Sinnestäuschungen, Affekte, triebartige Impulse das Handeln beeinflussen, vielleicht auch Gedankenrichtungen und Motive des normalen Zustandes in den Dämmerzustand hineinspielen usw. — So sehen wir bald ein unauffälliges Verhalten der Kranken mit zusammenhängenden Aeusserungen und geordneten Handlungen (Schwindelcien, Reisen usw.), bald eine nur in gelegentlichen Aeusserungen und Handlungen zu Tage tretende Verwirrtheit bei im Uebrigen geordnetem

Verhalten und vielleicht erhaltener Fähigkeit zur mechanischen, aber regelrechten Ausführung gewohnter beruflicher Verrichtungen, bald eine Neigung zu impulsiven Gewaltakten, oft in unmittelbarer Nachbarschaft mehr gleichgültiger, nebensächlicher, aber geordneter Aeusserungen und Handlungen (oben als gestörte Relation oder Inkohärenz der Willensäusserungen bezeichnet).

Entsprechend den verschiedenen Graden der Bewusstseinsstörung begegnen wir keineswegs immer einer absoluten Erinnerungslosigkeit für die betreffenden Vorgänge, sondern allen möglichen Abstufungen der Erinnerung (absolute und relative Amnesie). So giebt es Kranke, die unmittelbar nach der That, etwa noch bei der ersten polizeilichen Vernehmung über Einzelheiten, Motive usw. scheinbar ganz besonnene Auskunft geben, bereits nach kurzer Zeit aber vor dem Richter entweder Lücken der Erinnerung für die betreffenden Vorgänge zeigen oder aber diese mitsamt den Angaben des vorigen Tages und der That- sache der Vernehmung selbst vergessen haben. Es ist dies eine Beobachtung, die man auch in der Anstalt bei Kranken, die mit den Gerichten nichts zu thun haben, oft genug im Anschluss an Anfälle machen kann. Die Kranken geben für ihr auffälliges Verhalten alle möglichen zum Teil ganz glaubhaften Gründe an, machen dabei einen völlig luciden Eindruck, wissen aber nach einiger Zeit hiervon ebenso wenig etwas wie von den Vorgängen während des Anfalles selbst. Diese Amnesie suchen sie dann wiederum oft zu verdecken durch Kombinationen und Reminiscenzen aus Erfahrungen des wachen Lebens. — Andre wissen unmittelbar nach der That von nichts, entsinnen sich aber später, vielleicht beim Betreten gewisser Räume oder bei bestimmten Wahrnehmungen, einzelner Episoden wieder. Bei andern ist von Anfang an und dauernd nur eine solche „inselförmige“ Erinnerung (Moeli) vorhanden, wieder bei andern eine nur summarische, gleichmässig verworrene Erinnerung, wie an einen wüsten Traum. Andre entsinnen sich nur der Ereignisse leidlich, die in den Beginn des Dämmerzustandes fallen, während alles später Geschehene in Dunkel gehüllt ist. Endlich giebt es auch Fälle, in denen ein Erinnerungsdefekt überhaupt nicht erweislich ist.

Hier bedarf auch die Thatsache der Erwähnung, dass die Kranken nicht so selten gewisse Traumerlebnisse aus dem Dämmerzustande in den wachen Zustand hinübernehmen; so behauptete eine meiner Kranken, es seien ihr unanständige Anträge gemacht worden, und später, der Direktor habe ihr geraten, sich von ihrem Manne scheiden zu lassen; eine andere hielt mehrere Wochen nach einem epileptischen Verwirrheitszustande noch den Gedanken fest, es sei ihr gesagt worden, dass sie einer andern Kranken den Hals und die Pulsadern durchschneiden solle. — Ein dritter Kranker meinte nach dem Erwachen aus einem Dämmerzustande noch einige Zeit, die Nachricht von dem Tode seiner Schwester erhalten zu haben. Ein Vierter liess es sich lange nicht ausreden, dass ein gerichtlicher Termin gegen ihn angesetzt sei usw. — Dieses Verhalten kann forensisch bedeutsam werden, indem sich falsche Zeugenaussagen und Beschuldigungen daraus ergeben.

Dieses verschiedenartige Verhalten der Erinnerung wird offenbar nicht dazu



beitragen, die ohnehin oft schwierige Feststellung und Beurteilung dieser Zustände zu erleichtern. — Auch dem gesunden und verantwortlichen Verbrecher liegt nichts näher, als die Erinnerung für seine That einfach abzuleugnen. Hierüber ist bereits oben (s. den allgemeinen Teil) das Notwendige gesagt worden. Im Allgemeinen wird bei genügender Erfahrung und vorsichtiger Prüfung die Feststellung eines thatsächlich bestehenden Erinnerungsdefektes gelingen. Dieser bildet aber immer nur ein Glied in der Kette des Sachverständigenbeweises, der vor allem Andern zu gründen ist auf den Nachweis thatsächlich bestehender epileptischer Krankheitszeichen. Daneben wird die Feststellung von Wichtigkeit sein, ob sonst schon zu irgend welcher Zeit transitorische Bewusstseinsstörungen bei dem Betreffenden vorgekommen sind. Endlich wird man auch in diesen Fällen oft aus der Fremdartigkeit der That selbst, aus gewissen Auffälligkeiten ihrer Ausführung, insbesondere dem bereits mehrfach erwähnten qualitativen Missverhältnis der Willensäußerungen, aus der intraparoxysmellen Amnesie den gestörten Zusammenhang des psychischen Geschehens und damit direkt den krankhaften Ursprung der That darthun können.

In praktischer Beziehung ergibt sich aus Vorstehendem für die psychiatrisch forensische Beurteilung folgendes:

Der Epileptiker ist nicht an und für sich als geisteskrank zu erachten; er befindet sich aber dauernd gewissermassen auf der Schwelle der Geisteskrankheit, die er zwar nicht überschreiten muss, die er aber jeder Zeit überschreiten kann.

Es gibt unzweifelhafte Epileptiker, die ihr Leben lang nur an selten auftretenden Anfällen leiden und transitorische Bewusstseinsstörungen sonst niemals, habituelle Abweichungen unter gewöhnlichen Verhältnissen aber nur in einem Grade darbieten, der ihre Zurechnungsfähigkeit nicht berührt. — Von diesen Fällen führen alle möglichen Uebergänge zu den epileptisch Degenerierten und Schwachsinnigen, die in den höhern Graden als generell unzurechnungsfähig zu erachten sind. Insbesondere ist zu betonen, dass auch bei noch fehlendem allgemeinem Intelligenzdefekt eine schon bestehende Gedächtnisschwäche zu falschen Aussagen und Falscheid führen kann, für welche die Zurechnungsfähigkeit aufgehoben ist.

Auch die oben erwähnten Epileptiker ohne wesentliche habituelle geistige Abweichungen können aber unter besondern Verhältnissen z. B. im Prodromal- oder Nachstadium eines Anfalles, im Affekt, nach geringfügigem Alkoholgenuss, in Zustände vorübergehender Trübung der Besonnenheit und Erregtheit kommen, in denen die Zurechnungsfähigkeit unbedingt aufgehoben ist. Es ist demnach bei jedem zu begutachtenden Epileptiker nach der Einwirkung einer solchen Schädlichkeit zu forschen und für den speziellen Fall daraus die entsprechende Konsequenz zu ziehen. Da es meist Delikte wie Widerstand, Körperverletzung, Todschatz usw. sind, die unter dem Einfluss der Affekte und des Alkohols begangen werden, wird schon die That als solche gewisse Schlüsse gestatten und mindestens zur Vorsicht bei der Begutachtung mahnen.

Bei den epileptischen Vagabonden, Dieben, Kupplern und andern Gewohnheitsverbrechern können natürlich dieselben die Zurechnungsfähigkeit vorübergehend ausschliessenden Schädlichkeiten in Frage kommen. Häufig werden hier aber solche fehlen, demnach wird hier eher als bei den Affektverbrechern auch gelegentlich im Sinne voller oder höchstens verminderter Zurechnungsfähigkeit zu gutachten sein. So kann es vorkommen, dass dasselbe epileptische Individuum verschieden begutachtet wird, wenn es etwa einen Todschatz, oder wenn es einen gewohnheitsmässigen Diebstahl begangen hat (Cramer). Bestimmte Regeln lassen sich hier nicht geben, die Entscheidung muss von Fall zu Fall erfolgen.

Von den transitorischen Störungen der Epileptiker kommen die elementaren besonders auch insofern in Betracht, als sie in Form plötzlich auftretender Zwangsanstrengungen und Angstzustände zu impulsiven Entäusserungen wie Davonlaufen (Desertion), Brandstiftung (besonders jugendlicher Epileptiker) usw. führen können, wobei nachträglich ein Erinnerungsdefekt gar nicht zu bestehen braucht.

Die Thatsache, dass im gegebenen Falle Traumzustände und Delirien überhaupt vorkommen, mahnt zur Vorsicht auch dann, wenn eine direkte Beziehung zwischen der strafbaren Handlung und den betreffenden Zuständen nicht erweislich ist.

Mit dem Nachweis der Bewusstseinsstörung zur Zeit der That selbst ist die Zurechnungsfähigkeit natürlich ausgeschlossen.

Nach dem Vorstehenden wird die Zahl der Fälle sehr klein sein, in welchen ein in Strafsachen zu begutachtender Epileptiker für zurechnungsfähig erklärt werden kann. Hier werden noch am ersten jene schon oben erwähnten Gewohnheitsverbrecher in Frage kommen, die, ohne an erheblicheren habituellen Störungen der für Epilepsie charakteristischen Art zu leiden und ohne unter der unmittelbaren Einwirkung einer der früher genannten Schädlichkeiten (Anfallsnähe, Affekte, Alkoholgenuss) zu stehen, planmässige Eigentums- und ähnliche Delikte begehen. Auch hier wird die Entscheidung aber von Fall zu Fall zu treffen und vielfach die bestehende Epilepsie doch wenigstens im Sinne einer mildernden Beurteilung zu verwerten sein.

Bei den grossen Schwierigkeiten, welche insbesondere die epileptischen Dämmerzustände in Bezug auf die psychiatrisch-forensische Beurteilung machen können, seien zum Schlusse einige Punkte nochmals zusammengefasst, die besondere Beachtung verdienen.

Zunächst sei nochmals betont, dass für die epileptischen Geistesstörungen nicht der Verlust des Bewusstseins charakteristisch ist, sondern seine traumhafte Veränderung, welche als auf einer Beschränkung des Associationsvorganges beruhend aufzufassen ist und vergleichsweise dem Zustande des Hypnotisierten an die Seite gestellt werden kann. — Das Verhalten der Er-

innerungsfähigkeit zeigt die allergrössten Verschiedenheiten, man hat sich deshalb grade in Bezug auf diese vor Schematisierung zu hüten; besonders bemerkt sei, dass auch epileptische Ausnahmestände mit exkulpierender Kraft oft genug vorkommen, nach denen ein Erinnerungsdefekt überhaupt nicht erweislich ist. — Hieraus darf also ebenso wenig wie aus dem Vorhandensein einzelner „Inseln“ klarer Erinnerung der Schluss gezogen werden, dass zu der fraglichen Zeit ein normaler Bewusstseinszustand bestanden habe. — Der Nachweis einer solchen partiellen Amnesie ist diagnostisch besonders wichtig, weil diese in charakteristischer Weise kaum oder doch viel schwerer als eine totale Amnesie zu simulieren ist. — Es ist ferner zu beachten, dass für das Verhalten der Erinnerung äussere Umstände, insbesondere der Zeitpunkt der Untersuchung bedeutsam sein kann, insofern Ereignisse, die unmittelbar nach der That noch erinnert wurden, bei einer späteren Befragung dem Gedächtnis entschwunden sind. — Manche Kranke suchen auch eine thatsächlich vorhandene Gedächtnislücke durch Kombinationen und phantastische Erfindungen auszufüllen, die als solche nicht immer leicht erkennbar sind; andre geben nach Ablauf des Dämmerzustandes absichtlich falsche Antworten und kommen so in den Verdacht der Täuschung, obwohl der Grund dieses Verhaltens in einer morosen Verstimmung und Abneigung gegen das Befragtwerden liegt.

Endlich wurden oben auch Fälle erwähnt, in denen während des Dämmerzustandes aus Trugwahrnehmungen usw. entstandene falsche Vorstellungen in den wachen Zustand hinübergenommen werden.

Bei dem Versuch, über das objektive Verhalten dieser Kranken während des ärztlich nicht beobachteten Dämmerzustandes selbst ein Urteil zu gewinnen, ist besonders nach körperlichen Auffälligkeiten, wie blasser Gesichtsfarbe, stierem Blick, lallender Sprache, taumelndem Gang, Analgesie usw. zu forschen, ferner nach Eigentümlichkeiten des Handelns, welche erkennen lassen, dass dieses nur scheinbar besonnen, thatsächlich aber doch auf Grund einer einseitigen Gedankenrichtung und beschränkten Associationsthätigkeit mehr oder minder mechanisch erfolgt ist. Es sei in dieser Hinsicht erinnert an den von Siemerling beobachteten Lokomotivführer, der zwar seinen Dienst noch that, aber die Signale nicht beachtete oder falsch auffasste und durch sein Benehmen den Eindruck eines Betrunkenen machte. Aehnliche Auffälligkeiten werden sich in sehr vielen Fällen nachweisen lassen. Andererseits ist hervorzuheben, dass auch bei tiefer geistiger Störung gelegentliche lucide Aeusserungen und Handlungen nicht selten vorkommen, und dass zuweilen in der strafbaren Handlung selbst ein Zusammenhang mit Gedankengängen des wachen Lebens erkennbar sein kann; man ist deshalb heineswegs berechtigt, aus diesen Umständen einen Schluss auf Simulation zu ziehen. — Besonders wichtig für den Nachweis der zu einem bestimmten Zeitpunkt vorhanden gewesenen Bewusstseinsstörung ist endlich die Feststellung, dass in den Dämmerzustand selbst fallende Vorgänge noch während seines Bestehens der Erinnerung entschwunden sind, ferner, dass die in ihm vorgenommenen Handlungen und Aeusserungen durch ihre ganz verschiedene Quali-



fikation (ihre Inkohärenz) ein Ausdruck der bestehenden Associationsstörung sein können.

## Kapitel II.

### Hysterie.

Die Grundzüge der eigenartigen geistigen Veranlagung, welche den ererbten oder erworbenen Boden für das Zustandekommen hysterischer Krankheitsbilder bildet, bestehen in der Labilität des psychischen Gleichgewichtes, in der abnorm gesteigerten Erregbarkeit des Nervensystems und in dem Missverhältnis zwischen dem ruhig abwägenden Verstande einerseits, der Gefühls- und Phantasie-Thätigkeit andererseits, derart, dass diese über jenen überwiegt.

So finden wir bei der Hysterie vor allem eine überaus lebhaftere Affektbewegung und abnorm erleichterte und intensive Entäusserungen der Affekte auf dem körperlich nervösen Gebiet, sei es in der Richtung motorischer und sensibler oder vasomotorischer und sekretorischer Phänomene. Dazu kommt entsprechend dem überwiegenden Gefühls- und Phantasieleben als eine weitere Fundamentalstörung die gesteigerte Suggestibilität der Hysterischen, insofern als sie sich von zufälligen Eindrücken und momentan auftauchenden Vorstellungen widerstandslos hinnehmen lassen, besonders wenn diese in ihnen selbst entstanden sind (Autosuggestionen).

Entsprechend der physiologischen Prädisposition des weiblichen Geschlechtes zu Störungen dieser Art ist die Zahl der weiblichen Hysterischen grösser als die der männlichen; dies gilt aber weniger von den körperlich-nervösen Störungen, die auch bei den Männern sehr häufig sind, als von den hysterischen Psychosen im engeren Sinne.

Unter den Ursachen der Hysterie spielt die erbliche Belastung eine wichtige Rolle; vielfach wird die hysterische Anlage direkt vererbt, in zahlreichen andern Fällen lassen sich anderweitige psychisch-nervöse Störungen bei den Ascendenten nachweisen; von besonderer Bedeutung sind hier die kaum als krankhaft betrachteten, kleinen Schwächen und Bizarrerien mancher Eltern, welche eine ungleichmässige Erziehung und mangelhafte Charakterbildung des Kindes zur Folge haben.

Erworben wird die hysterische Anlage durch die mannigfaltigen schwächend auf das Nervensystem einwirkenden Einflüsse, besonders auch durch chronisch einwirkende psychische Schädigungen wie fortgesetzte Sorgen und Aufregungen bei einsamer und ein starkes Innenleben begünstigender Lebensweise. — Als Gelegenheitsursachen für den Ausbruch der Krankheit wirken vor allem heftige Gemütsbewegungen durch Schreck und Angst (Traumen).

Ein besonders geeignetes Lebensalter für das Auftreten hysterischer Geistesstörungen ist die Pubertätszeit im weiteren Sinne (etwa vom 14. bis 22. Jahre); weiterhin besteht oft eine Beziehung zwischen der Menstruation und dem Auftreten der hysterischen Störungen.

Die körperlich-nervösen Störungen bedürfen hier einer, wenn auch nicht erschöpfenden, so doch etwas eingehenderen Darstellung, da sie für die Diagnose der hysterischen Geistesstörung von besonderer Bedeutung sind.

Von den Störungen der Sensibilität sind zunächst die mannigfachen Schmerzen zu erwähnen, welche teils unter dem Bilde verschieden lokalisierter Neuralgien, teils als lokale Druckempfindlichkeit zur Beobachtung kommen. Solche hyperästhetische Zonen finden sich besonders häufig auf der Scheitelhöhe, am Hinterhaupt, an den Dornfortsätzen der Wirbel, an verschiedenen Stellen des Thorax, im Bereich der Mammæ, in der Unterbauchgegend (Ovarie), an den Testikeln, in der Gegend der Gelenke usw. — Nicht selten gelingt es, durch Druck auf einen dieser Punkte (besonders die Ovarialgegend) eine der unten besprochenen Formen hysterischer Anfälle hervorzurufen (hystergene Zonen).

Neben den Schmerzen sind es Parästhesien mannigfacher Art und vor Allem Anästhesien, denen wir häufig in den verschiedensten Abstufungen und Lokalisationen begegnen; charakteristisch für diese ist es, dass sie sich nicht an die anatomische Ausbreitung der Nerven halten; so spricht man am Kopfe von kappenförmigen, am Thorax von halbwestenförmigen, an den Extremitäten von ärmel- und manschettenförmigen Anästhesien, ferner von Hemianästhesien, von Totalanästhesien.

Mit den Störungen der Sensibilität verbinden sich vielfach solche der sensorischen Funktionen (Geruchs- und Geschmacksstörung, concentrische Gesichtsfeldeinschränkung, hysterische einseitige oder seltener doppelseitige Amaurose). —

Unter den Störungen der Motilität sind zunächst die Lähmungen zu nennen. Diese sind monoplegischer, hemiplegischer oder paraplegischer Art. Hierher gehört ferner die auf den Verlust der Fähigkeit zum Gehen und Stehen beschränkte Störung (Abasie und Astasie), die hysterische Stimmlosigkeit (Aphonie), die Stummheit (Mutismus), die in einigen Fällen beobachtete Ptosis, endlich auch die in neuerer Zeit mehrfach festgestellte Lichtstarre der Pupillen.

Es sind ferner zu erwähnen die hysterischen Tremorformen, die choreiformen Bewegungserscheinungen, die tonischen Kontrakturen einzelner Muskelgruppen, vor Allem aber die hysterischen Anfälle.

Diese bieten eine viel grössere Mannigfaltigkeit als die epileptischen. Zum Teil zeigen sie eine grosse Aehnlichkeit mit gewissen Vertigoanfällen der Epileptiker: Schwindelanfälle mit vorübergehendem Farbenwechsel und Pulsbeschleunigung, Zustände vorübergehender Benommenheit mit Schwächegefühl, auffälliger sprachlicher Reaktion und verändertem Gesichtsausdruck, auch wirkliche Ohnmachtsanfälle mit Zubodensinken.

Viel charakteristischer sind die unter dem Bilde des lokalisierten oder generalisierten Krampfes verlaufenden Anfälle. Hierher gehören die Anfälle von Herzklopfen, beschleunigtem und forciertem Athmen, krampfartigem Husten, Niesen usw., von Schreien, Weinen, allgemeinem Zittern, endlich die unter Bewusstseinsstörung in allen möglichen Abstufungen und Kombinationen auftretenden tonischen und klonischen, einfachen und zusammengesetzten Krampfbewegungen, welche sich am typischsten in dem Bilde des sogenannten grossen hysterischen Anfalles vereinigt finden. — Obwohl hier eine unerschöpfliche Fülle der Varianten gegeben ist, so können wir doch als einen häufigen Verlaufstypus den folgenden bezeichnen: die Kranken, welche oft schon einige Zeit vorher ein scheues, ängstliches, stilles, zerstreutes Verhalten zeigten, lassen sich plötzlich zusammensinken, worauf zunächst eine kurze Phase allgemeiner tonischer Starre vielfach mit Opisthotonus eintritt. Es schliessen sich hieran schüttelnde, stossende, schlagende, strampelnde usw. Bewegungen, die oft mit enormer Heftigkeit ausgeführt werden; dabei wälzen sich die Kranken auf dem Boden umher, ergreifen alles Erreichbare, die Bettstellen, unter die sie geraten, das Bettzeug, die Möbel, die sie fassen können, und reissen es an sich; vielfach liegen sie dazwischen kurze Zeit in irgend einer auffälligen Stellung (Kreuzstellung) wieder starr, um alsbald auf's Neue zu schlagen, sich herumzuwerfen, oder auch mit grosser Behendigkeit über die Möbel hinwegzuturnen usw. (Clownismus). An dieses Stadium

schliesst sich dann ein postparoxysmales, hallucinatorisches Delir, welches sich äusserlich in charakteristischen Stellungen und Bewegungen sehr deutlich zu erkennen gibt (*Attitudes passionelles*). Dieses Delir, auf das wir später zurückkommen, klingt allmählig ab, ein Zustand von Erschöpfung bildet den Schluss. — Zungenbiss und Urindurchnässung kommen auch im hysterischen Anfall vor, letztere häufiger als ersterer. Die Anfälle treten im Gegensatz zu den epileptischen Anfällen für gewöhnlich seltener des Nachts als am Tage auf.

Die Dauer des vollentwickelten Anfalles beträgt oft  $\frac{1}{2}$  Stunde und mehr, übertrifft also den epileptischen Anfall in dieser Hinsicht wesentlich. Meist schliessen sich mehrere Anfälle an einander, so dass ein über viele Stunden hingezogener, durch mit einander abwechselnde Paroxysmen und Delirien gekennzeichneter Status hystericus entsteht.

Es gibt aber zahlreiche Fälle, in denen die Unterscheidung, ob es sich bei dem Krampfe um einen epileptischen oder hysterischen Anfall handelt, sehr schwer, ja unmöglich ist. Zunächst kommen, wie dies schon bei dem Abschnitt Epilepsie erwähnt wurde, bei demselben Individuum bald echte epileptische, bald echte hysterische Anfälle neben einander keineswegs selten vor. Dann gibt es hysteroepileptische Mischformen, bei denen es sich zwar zum Teil nur um epilepsieähnliche hysterische Anfälle, zum Teil aber um eine wirkliche Kombination von Hysterie und Epilepsie handelt (Jolly).

Das Wesentliche bei allen diesen hysterischen Phänomenen ist ihre Abhängigkeit von psychischen Vorgängen; diese ist aber nicht so zu denken, dass alle hysterischen Störungen unmittelbar auf bewusste Vorstellungen (*Autosuggestionen*) zurückzuführen, ideogen im eigentlichen Sinne sind, sondern dass sie vielfach auch mehr mittelbar aus der Rückwirkung entstehen, welche abnorme Affektbewegung und subkortikale Erregbarkeitsstörungen auf die psychischen Vorgänge ausüben (Jolly).

Dies ist gegenüber der besonders in Laienkreisen noch vielfach verbreiteten Auffassung, welche bei den hysterischen Phänomenen ideogene Entstehung und bewusste willkürliche Produktion ohne weiteres gleichstellt, zu betonen.

Die erwähnte Abhängigkeit der hysterischen Phänomene zeigt sich in ihrer Beeinflussbarkeit durch die Affekte, durch die auf sie gerichtete Aufmerksamkeit, in ihrer Bestimmbarkeit durch Suggestion, durch äussere Einflüsse, in ihrer dadurch bedingten Wandelbarkeit und Regellosigkeit.

Betrachten wir hiernach die geistigen Störungen der Hysterischen im einzelnen, so trennen wir diese wiederum zweckmässig in vorübergehende (*transitorische*) und dauernde (*habituelle*).

Die vorübergehenden Störungen lassen sich von den besprochenen krampfartigen Anfällen schwer trennen, da sie zum grossen Teil eine Teilerscheinung dieser bilden. Sie kommen aber auch unabhängig von jenen als hysterische psychische Aequivalente durchaus nicht selten vor.

Wir unterscheiden psychische Störungen mehr elementarer Art und hysterische Psychosen im engeren Sinne.

Zu den ersteren gehören die häufigen unmotivierten Stimmungsschwankungen der Hysterischen, die sie launisch und unberechenbar erscheinen lassen, und die unter dem Bilde der zornigen Erregung oder der Angst auftretenden Affektausbrüche, sodann die durch die lebhafteste Phantasiethätigkeit bedingte und besonders unter dem Einflusse von Gemütsbewegungen zur Geltung kommende



Neigung zu illusionären und phantastischen Sinneswahrnehmungen, endlich der Hang zum Wachträumen mit der sich daraus ergebenden Konzeption entstellter oder wahnhafter Erlebnisse und Fälschung der Erinnerung für tatsächliche Vorgänge. — Auf diese und einige weitere charakteristische Züge werden wir unten bei der Besprechung des hysterischen Temperamentes noch zurückzukommen haben.

Von Psychosen im eigentlichen Sinne sind die bekanntesten und häufigsten jene Zustände hallucinatorischer Verwirrtheit, welche wir oben als delirante Phasen des grossen hysterischen Anfalls bereits kennen lernten. Als zweite Hauptform kommen dazu die hysterischen Dämmerzustände von mehr somnabulem Charakter, in denen die Kranken äusserlich nur wenig auffällig scheinen. — Dazwischen gibt es mannigfache Kombinations- und Uebergangsformen. — Das Gemeinsame aller dieser Psychosen ist die Trübung des Bewusstseins, die aber in den einzelnen Fällen die allergrössten Verschiedenheiten zeigen kann, und die Verfälschung des Wahrnehmungsvorganges durch Hallucinationen und Traumvorstellungen.

Es ist bemerkenswert, dass die diagnostisch wichtigen paroxystischen Erscheinungen, an welche sich die zunächst zu besprechenden hallucinatorischen Delirien besonders gern anschliessen, verhältnismässig oft von nur geringer Intensität sind und demnach leicht übersehen werden können (Fürstner). Es kommen hier nicht nur die eigentlichen hysterischen Krampfanfälle in ihren verschiedenen Formen in Betracht, sondern auch die verschiedensten andern anfallsartig auftretenden hysterischen Beschwerden; so schlossen sich in einem meiner Fälle die Verwirrheitszustände mehrfach an anfallsartig auftretendes hysterisches Erbrechen und an Schmerzanfälle an.

Im Vordergrund stehen dabei die Hallucinationen besonders des Gesichts-, sodann des Gehörssinnes, vielfach auch des Gemeingefühles. Meist fügen sich diese um einen bestimmten durch irgend ein früheres Ergebnis gegebenen Kern herum zu einem zusammenhängenden Delir aneinander. So sehen wir oft in jedem solchen Verwirrungszustand eines Kranken die gleichen Vorstellungsreihen auftauchen und jedesmal in fast photographisch gleichen, dramatisch bewegten Szenen zum Ausdruck kommen, in denen das betreffende Individuum bald sich mit allen Zeichen der Angst zu verteidigen oder durch die Flucht zu retten sucht, bald einen Verführungsakt nochmals durchlebt, einem ungetreuen Liebhaber den ganzen Hass ins Gesicht schleudert, bald irgendwelche andern Erlebnisse meist unerfreulicher Art nochmals in der sinnfälligsten Weise und mit lebhaftester Reaktion durchlebt. Wir sehen also auch hier bewusste Wahrnehmungen und Vorstellungen in einen Zustand gestörten Bewusstseins hineinreichen und das Handeln in diesem beeinflussen; dieses Verhältnis ist hier aber von dem ähnlichen bei der Epilepsie und besonders beim Alkoholismus dadurch verschieden, dass bei den hysterischen Delirien zwischen den betreffenden Vorstellungen des wachen Zustandes einerseits, den Anfällen anderseits ein ursächlicher Zusammenhang besteht, indem diese oft durch jene ausgelöst sind.

Seltener als die erwähnten Delirien sind solche heiteren beglückenden Inhalts.

### Beispiel.

22 jähriges Mädchen, belastet und verzogen, mit lebhafter Phantasie, zeigt im Verlaufe eines mit Aufregungen grösster, auch sexueller Art verbundenen Brautstandes zunächst ein launisches, widerspruchsvolles, erregbares Wesen, bekommt dann hysterische Krampfanfälle mit nachfolgenden Delirien, so wie frei stehende Dämmerzustände, aus denen sie Vorstellungen in den Wachzustand hinübernimmt (falsche Anschuldigung gegen eine ihr bekannte Dame). — Begeht weiterhin Schmuckschwindeleien bei verschiedenen Juwelieren, sendet die ertrogenen Ringe pp. theils zurück, nachdem sie sie heimlich getragen, theils verpfändet sie sie, gesteht nach ihrer Verhaftung Alles ein, gibt als Motiv an, sie habe für das Geld Lotterieloose gekauft, in der Hoffnung etwas zu gewinnen und ihren Eltern die grossen Ausgaben, die ihre Krankheit bereits verursacht habe, zu vergüten. — In der Klinik typische hysterische Anfälle und Delirien verschiedenster Art, z. B.: 1. Prodromalstad.: verstört, ängstlich, sieht nach dem Fenster, zupft am Bettzeug, wird immer unruhiger, reisst Alles zusammen, lockert ihr Hemd am Halse wie bei Luftmangel. Immer verstört, duldet keine Berührung. Endlich grosser hysterischer Anfall. 2. Dämmerzustand: antwortet nicht, hat den Finger im Munde, lässt sich willenlos herumführen, geht mit Andern im Garten spazieren, immer stumm, aber sonst nicht auffällig. Abends klar; unvollständige Erinnerung, hat Angst gehabt. 3. Posthysterischer Dämmerzustand; geht traumartig herum, greift Sachen auf, verlegt und zerreisst sie, greift nach glänzenden Gegenständen, steht dann stumm. Nachher Amnesie; meint, ihre Mutter gesehen zu haben. 4. Prähysterischer Verwirrungs- und Erregungszustand, sieht ihren früheren Bräutigam, Blut, spricht von Verführung, dann hysterischer Anfall. 5. Nach einem Anfall erst hochmütig abweisend, erkennt die Personen, dann übertrieben liebenswürdig. 6. Dämmerzustand: greift nach der Kette des Arztes, zieht seine Uhr heraus, sagt: „viele Ringe, viele Ringe, ach bitte, bitte“, singt leise, spricht die an sie gerichteten Fragen mechanisch nach, nimmt eine an sie gerichtete Postkarte in Empfang, liest sie nicht, fährt mit den Fingern darüber hin, redet die Aerzte mit Du an. Dabei abwesender, wirrer, heiterer Gesichtsausdruck. 7. Herzklopfen, Angst, Unruhe, Dämmerzustand, irrt im Zimmer umher, ruft nach der Mutter, klagt über Enge im Halse. Dann Krampfanfall. 8. Nach einer Gemüthsbewegung grosser hysterischer Anfall mit nachfolgendem protrahiertem Dämmerzustand; in diesem zeitweise ganz wirr und tobsüchtig, dann scheinbar lucide Phase, dann wieder Tobsucht mit Zerstörungssucht, dann typischer manischer Zustand; hat die Engel singen hören, erotisch, sehr heiter, greift nach glänzenden Gegenständen, singt, erzählt von der Insel der Seligen und den Engelein, meint im Himmel zu sein; nach intercurrentem Krampfanfall dasselbe Verhalten, nennt die Namen der Aerzte richtig, macht Witze dabei. Abends meint sie, heute ihren 18. Geburtstag zu feiern, preist sich glücklich, dass die ganze Verlobungsgeschichte pp. nur ein Traum gewesen; führt die Illusion, als sei sie 4 Jahre jünger, bis in's Kleinste ohne Widerspruch durch. Nach etwa 18 Stunden Schlaf, darnach klar. Amnesie.

Von diesen schon äusserlich sich deutlich als psychischen Ausnahmezuständen dokumentierenden Delirien unterscheiden sich die oben erwähnten Dämmer- oder Traumzustände äusserlich dadurch, dass die Kranken oft nur bei darauf gerichteter Beobachtung als zerstreut, träumerisch, scheu, einsilbig, starr, kurz als in ihrem äussern Gebahren nur wenig verändert erscheinen, obwohl auch hier ein traumhaft eingeengter Bewusstseinszustand und eine hochgradige Beschränkung der Association besteht, und das Handeln durch die grade auftauchenden Vorstellungen in ähnlicher Weise beeinflusst wird, wie wir es bei manchen Hypnotisierten sehen; man hat deshalb diese Zustände auch als Hypnoide (Breuer)

bezeichnet. In ihnen können eigentümliche, zuweilen verbrecherische Handlungen begangen werden, deren krankhafte Provenienz dann nicht immer leicht zu erkennen ist. Am häufigsten sind es Diebstähle und Brandstiftungen, die dann durch ihre Zwecklosigkeit und durch den Mangel an Umsicht bei der Ausführung oft von vornherein einen Schluss auf den Geisteszustand gestatten.

Oft kommt es ferner zu triebartigem Fortlaufen und zuweilen auch hier zur Ausführung förmlicher Reisen, derart, dass die Kranken ruhelos von Ort zu Ort ziehen und schliesslich irgendwo aus ihrem Traumzustand erwachen. Nicht selten werden die Kranken bei solchen Gelegenheiten Opfer sexueller Attentate. Ein, allerdings nicht ganz reiner, Fall dieser Art ist der folgende:

28 Jahre alte Schneiderin, im 12. Jahre Veitstanz, seit dem 18. Jahre aus unbekannter Ursache Anfälle von Bewusstseinsstörung, Schwindel- und Krampfanfälle. War immer sehr empfindlich. Vor den Anfällen Kopfschmerzen, sieht rote Punkte, es wird ihr heiss, gastrische Erscheinungen (Uebelkeit, Appetitlosigkeit), während der Anfälle „bewusstlos“, verletzt sich aber nie und nässt nicht ein, nach den Anfällen ebenfalls Kopfschmerzen. Die Anfälle sind zuweilen Jahre lang ausgeblieben, traten nach psychischer Erregung auf. Wiederholt Suicidversuche, wurde einmal aus der Spree gezogen. Von Zeit zu Zeit Anfälle von Wandertrieb, fühlt einen unwiderstehlichen Drang fortzulaufen, irrt planlos in den Strassen umher, findet sich dann in ganz unbekannter Gegend wieder, weiss am folgenden Tage nicht, wo sie gewesen ist, fühlt sich am ganzen Körper wie zerschlagen. Das Umherlaufen kann sich mitunter 2 bis 3 Tage hintereinander wiederholen.

März 1895 (23 Jahre alt) blieb sie einige Tage fort und wurde auf der Strasse aufgefunden. — Später mehrfach bewusstlos ins Krankenhaus eingeliefert, weiss nicht, wie sie dorthin gekommen. — Auch hier Dämmerzustände, wobei sie lebhaften Drang zeigt, fortzulaufen, für diese Anfälle Amnesie. — Nach der Entlassung Dämmerzustand von etwa 4 Stunden Dauer, kam zum Bewusstsein, als sie in ganz fremder Gegend gegen ein Geländer taumelte. Völlige Amnesie. — Später Dämmerzustand von etwa 24 Stunden Dauer, fand sich in einer von der elterlichen Wohnung weit entfernten Strasse am Boden liegend wieder, hörte noch, wie ein Arbeiter sagte: „Sehen Sie sich doch vor, dann werde ich Sie nicht stossen.“ — Für den Anfall Amnesie. — In der Nacht vom 14./15. 7. 98 zu Hamburg in den Parkanlagen in der Nähe des Klosterthorbahnhofes weinend aufgefunden, konnte keine Auskunft geben. Zunächst nach dem Polizeikrankenhaus und von da am 18. 7. nach der Irrenanstalt Friedrichsberg geschafft. Weiss nicht, wie und unter welchen Umständen sie nach Hamburg gekommen sei, einen Grund für die Reise habe sie nicht gehabt. Für die ganze Zeit von ihrer Abreise aus Berlin bis zu ihrer Aufnahme in F. Amnesie. Nur zweier Vorgänge erinnert sie sich, dass man ihr auf ihren Wunsch ihr langes Haar abgeschnitten und dass man sie (wahrscheinlich im Polizeikrankenhaus zu Hamburg) in eine dunkle Zelle gesperrt habe. In F. zeigte sie sehr wechselnde Stimmung und reizbares Benehmen, hatte anfänglich fast täglich (hysterische?) Anfälle von Bewusstseinsstörung, verbunden mit dem Trieb fortzulaufen. Für die Anfälle stets Amnesie. Am 8. 9. 98 nach Berlin abgeholt. — Seit Anfang Juli fehlen die Menses, die bis dahin stets regelmässig waren. Von irgend welchem geschlechtlichen Verkehr mit Männern will sie nichts wissen. Scheint unter dem Einfluss von Sinnestäuschungen zu stehen, sieht ihren Vater mit drohender Miene vor sich, das Essen schmeckt nach Leichen und riecht aashaft. Hysterischer Anfall. Nachher verwirrt und deprimiert. — Am 25. 1. 99 in ein Krankenhaus aufgenommen behufs Entbindung, bei der gynäkologischen Untersuchung hysterischer Anfall. Leugnet jeden sexuellen Verkehr und spricht die Ueberzeugung aus, dass sie in einem Zustande von Verwirrtheit geschwängert sein müsse, in solchen Zuständen sei sie wiederholt gewesen.

Die Dauer dieser Traumzustände ist äusserst wechselnd zwischen Minuten



und Stunden bis zu Tagen und Wochen. Ihr Verhältnis zu den Krampfanfällen ist oben schon generell besprochen. Oefters bilden sie das Prodromalstadium des Anfalles; aber grade diese Hypnoide kommen auch als psychische Aequivalente häufig zur Beobachtung. Unter Umständen werden dann Vorstellungen, die während ihres Bestehens aufgetaucht sind, in den wachen Zustand hinübergenommen, um in ihm ähnlich wie die posthypnotische Suggestion fortzuwirken. Dies kann unter Umständen zu strafbaren Handlungen führen; so trat eine Hysterische meiner Beobachtung, welche schon öfters Produkte ihrer Phantasie als Thatsachen verwertet, sich in Dämmerzuständen verlaufen hatte usw., in gutem Glauben mit der Erzählung hervor, dass eine Dame ihrer Bekanntschaft unehelich geboren hätte; sie berief sich dafür auf einen Brief dieses Inhalts, den sie von einer bestimmten Person erhalten haben wollte. Es war ein Leichtes, festzustellen, dass auch dieser Brief ein Phantasie-Produkt war. — Andererseits sehen wir Vorstellungen und Impulse auch in dem Dämmerzustande wieder auftreten, welche im wachen Zustande eine besonders starke Betonung erhalten hatten; dies können dieselben Begehrungsvorstellungen sein, die zur Ausführung einer strafbaren Handlung geführt hatten. So zeigte das soeben erwähnte Mädchen, welches sich bei einer Anzahl von Juwelieren Schmucksachen erschwindelt hatte, in ihren Dämmerzuständen vielfach ein Verlangen nach blanken glänzenden Gegenständen, die sie sich auch anzueignen suchte.

Die Abgrenzung dieser beiden Haupt-Typen von hysterischer Geistesstörung ist insofern eine künstliche, als es die Wandelbarkeit der hysterischen Phänomene mit sich bringt, dass äusserst wechselnde Bilder bei demselben Individuum auftreten. Von besonderer Bedeutung sind hier die Zustände scheinbarer Lucidität, welche sich in die ausgesprochenen Delirien einschieben oder, den Abschluss bildend, unmerklich in den Normalzustand hinüberleiten können. Da die Kranken in diesen Zuständen nicht auffällig sind, sich ganz korrekt ausdrücken, so werden ihre unwahren, entstellten, teils auf Thatsächlichem, teils auf Deliriertem beruhenden Angaben, z. B. bei Vernehmungen vor dem Richter, meist als bei klarem Bewusstsein gemacht angesehen werden, auch wenn die Kranken selbst sie weiterhin nicht aufrecht erhalten. (Fürstner).

Einer besonderen Besprechung bedürfen sodann die eigenartigen Dämmerzustände, auf welche Ganser vor einigen Jahren die Aufmerksamkeit gelenkt hat. In Vordergrunde steht dabei eine eigentümliche Einengung des Bewusstseins und die auffällige Erscheinung, dass die Kranken Fragen allereinfachster Art nicht richtig zu beantworten vermögen, obwohl sie durch die Art ihrer Antworten zugeben, den Sinn der Fragen ziemlich erfasst zu haben, und dass sie in ihren Antworten eine gradezu verblüffende Unkenntniss und einen überraschenden Ausfall von Kenntnissen verraten, die sie ganz bestimmt besessen hatten oder noch besitzen. [Ganser<sup>1)</sup>].

1) Als Beispiel diene das von Ganser mitgeteilte, mit einem seiner Kranken gepflogene Gespräch:

Hiermit können sich Zustände depressiver Stimmung mit Hemmung, oder auch heiterer Erregung mit Steigerung der motorischen Funktionen oder hallucinatorischer Verwirrtheit verbinden; es kann aber auch scheinbar völlige Lucidität bestehen, die dann „das Symptom des unsinnigen Antwortens“ noch auffälliger macht.

Diese Zustände laufen meist in wenigen Tagen ab, können sich aber auch über mehrere Monate hinziehen (Jolly, Raecke); verhältnissmässig oft wird die Aufeinanderfolge zahlreicher, Stunden und Tage lang dauernder und nur durch kurze lichte Zwischenräume getrennter Anfälle beobachtet (Jolly).

Die Diagnose eines „hysterischen Dämmerzustandes“ dieser Art stützt sich auf den plötzlichen Eintritt der Störung meist unter dem auslösenden Einfluss von Gemütsbewegungen, auf das Vorhandensein hysterischer Stigmata (Analgesie) während des Zustandes, auf die gesteigerte Suggestibilität (Raecke), auf den plötzlichen Wechsel des Gesamtbildes, insbesondere des Bewusstseinszustandes (rasch eintretende völlige Klarheit) und auf die nach eingetretener Aufhellung nachweisbare, nicht selten retrograde Amnesie. —

Die zuerst beschriebenen Fälle dieser Art betrafen Individuen, die den Schädigungen der Haft ausgesetzt waren. In neuester Zeit hat Raecke aber auch einen typischen Fall bei einer Frau beschrieben, die in keiner Weise mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen war, bei der also Simulation schon deshalb nicht in Frage kam. Desgleichen hat Jolly neuerdings auf das Vorkommen der gleichen Zustände bei traumatischen Hysterikern und in den regulären Fällen schwerer Hysterie hingewiesen. — Auch in den sonst mitgetheilten Fällen konnte der Verdacht einer seitens der Kranken beabsichtigten Täuschung zurückgewiesen werden.

In der grossen Mehrzahl dieser Fälle, wenn nicht in allen, handelt es sich um psychopathische oder direkt schwachsinnige Individuen (Raecke), die unter den mannigfachen aufregenden und erschütternden Einflüssen eines Strafverfahrens (anstrengende und verwirrende Verhöre usw.) und der Haft (besonders Einzelhaft

Können Sie bis zehn zählen? Ja (thut es aber nicht und schweigt). So zählen Sie! (Thut es nicht, zählt erst auf Vorsagen); 1, 2, 3, 4. (Schweigt dann wieder.) Was folgt auf Eins? Zwei. Dann? Zwölf; Dreiundneunzig. Und nach Dreiundneunzig? Das geht so weiter. Und ein anderes Mal; 1, 2, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 10, 11, 14, 17, 18, 19, 20, 21, 24, 27. Wieviel ist  $2 + 1$ ? 3. —  $3 + 2$ ? 7. —  $5 + 2$ ? 4. — Wieviel ist  $4 - 1$ ? 5. (Verbessert sich dann auf 3.) — In welcher Stadt sind wir? In Berlin, im Russen. — Was machen Sie hier? Wir wollen auf die Jagd fahren, wir haben ausgespannt. — Wieviel Nasen haben Sie? Das weiss ich nicht. — Haben Sie denn eine Nase? Ich weiss nicht, ob ich eine Nase habe. — Haben Sie Augen? Ich habe keine Augen. — Wieviel Finger haben Sie? 11. — Wieviel Ohren? (er betastet seine Ohren und sagt dann:) 2. — Wieviel Beine hat ein Pferd? 3. — Und ein Elephant? 5. — (Unter Vorzeigung eines Markstückes gefragt:) Was ist das? antwortet er: Mappe, das hängt man an die Uhrkette. — (Mit einem Blick auf den Adler der Münze): kenne ich nicht — ist Kaiser Wilhelm. — (Es wird ihm ein Thaler gezeigt und gefragt): Kennen Sie den Thaler? Ich kenne keinen Thaler, das ist ein Spieldings, das man Kindern gibt. — Wie heissen Sie? Ich heisse Fürst. (Unrichtig).

mit den üblichen Verschärfungen) in Erschöpfungszustände verschiedener Art geraten. Ob alle diese Formen mit Recht der Hysterie zugerechnet werden, mag hier unerörtert bleiben; jedenfalls sind vielfach auch „katatonische“ Symptome vorhanden, wie Negativismus, Mutacismus, Bewegungstereotypen, albernes, läppisches Benehmen, sinnlose Wortzusammenstellungen usw.

Wir haben hier endlich noch einer, von Fürstner fast ausnahmslos bei noch vor der Pubertät stehenden Kranken beobachteten, postparoxysmellen Irreseinsform zu gedenken, die sich durch eine kindisch lustige, mit den tatsächlichen Verhältnissen in schroffem Widerstande stehende Stimmung, anhaltendes gezieltes Schwatzen (Verbigeration), motorische Erregung (zweckloses Umherlaufen, Entweichen, Neigung, Material zu verunreinigen und zu beschädigen) äusserte. Nachträglich wurden die Handlungen völlig geleugnet; trotzdem scheint die Trübung des Bewusstseins bei diesen Zuständen geringfügig zu sein. —

Die dauernden geistigen Abweichungen der Hysterischen bilden in ihrer Gesamtheit das hysterische Temperament. — Früher sprach man von einem hysterischen Charakter, welcher durch Egoismus, Verlogenheit, Neigung zum Intriguieren und Verleumden und andre üble Eigenschaften gekennzeichnet sein sollte. Demgegenüber ist zu betonen, dass die Hysterie Personen jeder Individualität befallen kann, hochbegabte wie intellektuell niedrig stehende oder direkt schwachsinnige; ideal veranlagte, der höchsten Aufopferung fähige, wie grobsinnliche und selbstsüchtige, temperamentvolle wie stumpfsphlegmatische, energische, zielbewusste wie willensschwache, wankelmütige Naturen. Daraus ergeben sich je nach der Anlage, bei welcher sich die Hysterie entwickelt, individuell sehr verschiedene Zustandsbilder; ein einheitlicher „hysterischer“ Charakter im Sinne einer mehr oder minder vollständigen Vereinigung jener berüchtigten Eigenschaften existiert aber nicht.

Dagegen muss hervorgehoben werden, dass sich unter den weiterhin hysterisch Werdenden solche Individuen, welche die Zeichen der allgemeinen psychopathischen Degeneration (Koch), insbesondere auch als Defekte auf moralischem Gebiet, an sich tragen, in verhältnismässig grosser Zahl finden; es scheint, dass sie in Folge der in ihrem gesamten psychischen Leben zum Ausdruck kommenden Ungleichmässigkeit und Labilität in besonderem Grade dazu disponiert sind, weiterhin bei Einwirkung der oben angedeuteten auslösenden Ursachen an Hysterie zu erkranken. Hierher gehören viele jener Individuen, die erst nach einer strafbaren Handlung in Folge der auf sie einstürmenden Gemütsbewegungen hysterisch werden.

Im Uebrigen sind die Grundzüge des hysterischen Temperaments bereits im Eingang dieses Abschnittes hervorgehoben worden; es sei erinnert an die Labilität der psychischen Funktionen, insbesondere an die abnorme Affektbewegung mit ihren erleichterten Entäusserungen, an die Suggestibilität und die überwiegende Phantasiethätigkeit.

Hieraus ergibt sich die Widerstandslosigkeit vieler Hysterischen gegenüber



plötzlichen Aufwallungen der Freude, der Trauer, der Wut, ferner die mangelnde Reproduktionstreue und die Neigung, Thatsächliches und Gedachtes fabulierend zu vermischen, endlich die Bereitwilligkeit, sich durch äussere Eindrücke bestimmen zu lassen, die sich nicht selten unter anderem darin äussert, dass Krankheitssymptome Anderer nachgeahmt werden. — Hieraus darf demnach kein Schluss auf beabsichtigte Täuschung gezogen werden.

Die kriminell besonders wichtigen Fälle, in denen von vornherein die Zeichen eines ethischen Defektes dominieren und jene der Hysterie in den Hintergrund treten, oder überhaupt erst später dazu kommen, betreffen dagegen Schwachsinnige und Degenerierte der oben gedachten Art. Indessen kann auch ein lange dauerndes hysterisches Siechtum, ebenso wie dies bei andern chronischen Leiden der Fall ist, zu gewissen Aenderungen des Charakters und zu ethischen Defekten führen; hier ist besonders die bei Hysterischen so häufige Uebertreibung der Krankheitserscheinungen zu erwähnen, zu welcher sie aber oft nur deshalb kommen, weil sie durch die, nicht allein in Laienkreisen, immer noch häufige Verkennung und Missachtung ihrer thatsächlich vorhandenen Leiden gereizt und verbittert werden. So werden sie mehr und mehr zu Egoisten, verarmen in ihren höheren Interessen und begehen dann nicht selten auch perverse Handlungen (Selbstbeschädigungen, Verleumdungen, falsche Anschuldigungen).

Auf dem Boden der Hysterie entstehen zuweilen anderweitige Psychosen, von denen die Hystero-Melancholie und die hysterische Paranoia besondere Erwähnung verdienen. Die erstere unterscheidet sich von der typischen Melancholie durch den gelegentlichen Nachlass des depressiven Affektes und der Selbstanklagen, wodurch ein wechselndes Bild entsteht.

#### Beispiel.

27jährige Arbeiterfrau, erblich belastet, soll schon in jüngern Jahren in Folge von Gemüthsbewegungen Krämpfe gehabt haben. — Unglückliche Ehe: Der Mann ist Trinker, vernachlässigt die Familie, behandelt sie auch roh. Während der Wochenbetten häufigere Anfälle. Entwicklung einer melancholischen Geistesstörung in der jetzigen 3. Schwangerschaft, Angst- und Krampfanfälle. Versucht sich mit ihren Kindern zu ertränken, wird selbst mit dem einen Knaben herausgezogen, der andere ist ertrunken. — Anklage wegen Mordes. In der Anstalt melancholische Verstimmung, bei der aber gelegentliche Remissionen auffallen. Typische hysterische Krampfanfälle.

Bei der hysterischen Paranoia handelt es sich um religiöse und erotische Vorstellungen, zuweilen kombiniert mit hypochondrischen Wahnideen. Dazu kommen Hallucinationen nach Art der in den postparoxysmellen Delirien auftretenden, ferner bei Frauen Eifersuchtswahn.

Die Mehrzahl der Handlungen, durch welche die Hysterischen mit den Strafgesetzen in Konflikte kommen, beruht auf ihren habituellen Störungen. Im Vergleich mit der Epilepsie sind hier in den transitorischen Dämmerzuständen begangene Delikte selten; hier können Diebstähle in Frage kommen, welche in

Zuständen eingeengten Bewusstseins unter dem Einfluss aus dem wachen Zustande herübergenommener oder jetzt erst auftauchender Begehrungsvorstellungen begangen werden, ferner impulsiv ausgeführte Brandstiftungen u. dgl. — In andern Fällen handelt es sich um zwangsartig auftretende perverse Gelüste (z. B. in der Schwangerschaft, in der Rekonvaleszenz nach schwächenden Krankheiten), denen die Kranken nachgeben. Die Mehrzahl der zahlreichen hysterischen Ladendiebinen, Schwindlerinnen, Hochstaplerinnen sind aber moralisch defekte Individuen, hysterische Degenerierte in dem oben dargelegten Sinne. Dasselbe gilt von den Hysterischen mit vorherrschendem moralischen Defekt, welche intrigieren, verleumden und verhetzen, anonyme Schmähbriefe schreiben, Skandalprozesse heraufbeschwören, kurz welche in der That Samt's drastische Bezeichnung als „hysterische Kanaillen“ verdienen.

Die krankhaft gesteigerte Einbildungskraft und die mangelnde Reproduktionstreue sind vielfach die Quelle unrichtiger Aussagen, zuweilen auch falscher Anschuldigungen; solche können aber auch, wie der oben (S. 688) angeführte Fall zeigt, auf Trugwahrnehmungen beruhen, die die Kranken während eines Dämmerzustandes gemacht haben.

Die Reizbarkeit und Neigung zu ungehemmten Affektausbrüchen kann zu Beleidigungen und Ehrenkränkungen führen.

### Psychiatrisch-forensische Beurteilung.

Je nach der Gruppierung und Schwere der hysterischen Störungen werden Krankheitsbilder entstehen, die sowohl in Bezug auf ihre Bedeutung wie auf ihre forensische Beurteilung die allergrössten Verschiedenheiten zeigen.

An dem einen äussersten Ende dieser langen Reihe stehen die leichten Formen monosymptomatischer Hysterie, an dem andern die schwersten, durch die ganze Fülle der körperlich-nervösen und geistigen Krankheitszeichen charakterisierten Fälle.

Was zunächst die leichten Fälle betrifft, so ist es klar, dass das Vorhandensein einzelner hysterischer Zeichen, wie eines Clavus oder Ructus hystericus, circumscripter Sensibilitätsstörungen, irgend welcher gelegentlich auftretender kleiner Anfälle usw., für die Frage der Zurechnungsfähigkeit überhaupt nicht in Frage kommen wird.

Allerdings wird auch in jedem dieser Fälle zu prüfen sein, ob nicht doch auch geistige Abweichungen, sei es in der Richtung des hysterischen Temperaments, sei es in der einer anderweitigen Geistesstörung vorhanden sind. In ersterer Hinsicht werden gewisse krankhafte Züge wie Reizbarkeit, unmotivierter Stimmungswechsel, heftige Affektausserungen, lebhafte Phantasieethätigkeit usw. oft genug vorhanden sein, an sich aber auch nicht genügen, um die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit aufzuheben, wenn auch in jedem einzelnen Falle zu prüfen sein wird, wie weit etwa doch durch solche Abweichungen die Willensthätigkeit des Individuums krankhaft beeinflusst wird. — Es ist auch zu bedenken, dass

die Erscheinungen des hysterischen Temperaments zuweilen vorübergehend, etwa unter dem Einflusse lebhafter Gemütsbewegungen, eine Steigerung erfahren, welche dann die Zurechnungsfähigkeit temporär aufheben könnte. Im übrigen lassen sich hier irgend welche Regeln nicht geben; die Beurteilung muss streng individualisierend von Fall zu Fall erfolgen.

In zweiter Hinsicht ist zu bedenken, dass Störungen hysterischer Art, wie sie oben skizziert wurden, vielfach auf der Grundlage anderweitiger psychischer Störungen entstehen, besonders auf dem Boden der allgemeinen psychopathischen Degeneration, ferner auf dem des Schwachsinn, dass hysterische und epileptische Krankheitszeichen vielfach neben einander bestehen und dass hysterische Züge sich auch andern Formen ausgesprochener Geisteskrankheit nicht selten beimischen und insbesondere bei den während der Haft entstehenden Psychosen oft erkennbar sind.

Es wird demnach in jedem Falle der uns hier beschäftigenden Art der psychische Grundzustand sorgsam zu untersuchen und bei der Begutachtung zu berücksichtigen sein.

Auf der andern Seite bedarf es keiner weiteren Begründung, dass jede zur Zeit einer strafbaren Handlung bestehende hysterische Geistesstörung im engeren Sinne die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit ausschliesst. Hier liegt eine Schwierigkeit somit nicht in der prinzipiellen Beurteilung, sondern auf dem Gebiet der Diagnose; denn wenn auch die hysterischen Delirien vielfach mit so ausgesprochenen Veränderungen einhergehen, dass sie auch für den Laien ohne weiteres erkennbar sind, so kann doch die nachträgliche Feststellung und Beurteilung gewisser hysterischer Dämmer- und Traumzustände die allergrössten Schwierigkeiten machen, zumal wenn etwa zur fraglichen Zeit ein scheinbar lucides Verhalten intraparoxysmell oder im Uebergangsstadium zum Normalzustande vorhanden war. In vielen Fällen wird ja aus der Zwecklosigkeit der betreffenden Handlung, dem Mangel an Geschicklichkeit bei ihrer Ausführung und an Umsicht bei der Sicherung der eigenen Person, aus gewissen Auffälligkeiten des äusseren Verhaltens, der sprachlichen Äusserungen nach Form und Inhalt, endlich auch aus der markanten Abgrenzung eines solchen Ausnahmezustandes gegen den habituellen des Individuums und aus dem nachträglichen Verhalten der Erinnerung die temporär gestörte Verknüpfung der Eindrücke mit dem sonstigen Bewusstseinsinhalt auch nachträglich mit Sicherheit erschlossen werden können, zumal wenn der fragliche Zustand in der zeitlichen Nähe eines deutlich charakterisierten hysterischen Anfalles (prä- oder post-hysterisch) eintrat und auch sonst eine Beziehung zwischen Anfällen und Dämmerzuständen zu Tage getreten ist. — In sehr vielen Fällen wird aber diese Feststellung sehr schwierig sein und unsicher bleiben; hierbei kommt erschwerend in Betracht die besondere Art vieler hysterischer Krankheitszeichen, die den Eindruck des Gemachten und Willkürlichen erwecken, und die vielfach bestehende Neigung zum falschen Reproduzieren und Fabulieren, in Fällen mit moralischem Defekt auch die häufig bestehende Lügenhaftigkeit, Eigenschaften, welche die äusserste Vor-



sicht in der Beurteilung der Aussagen Hysterischer insbesondere auch mit Bezug auf behauptete Amnesie erforderlich machen. Hier wird es schliesslich in besonderem Maasse Sache der Erfahrung sein, wenn einerseits die zu leichtgläubige Verwertung der betreffenden Angaben, anderseits die zu weitgehende Annahme der Simulation vermieden werden soll; in Bezug auf letztere ist zu beachten, dass auch bei nicht forensisch zu begutachtenden Hysterischen vielfach Krankheitsbilder vorkommen, welche den völlig unbegründeten Verdacht der Täuschung erwecken, dass die falschen und entstellten Angaben der Kranken keineswegs ohne weiteres als bewusste Lügen aufgefasst werden dürfen, und dass endlich weit retrograd in die Zeit scheinbar normalen Verhaltens hineinreichende Amnesien grade bei Hysterischen häufig vorkommen.

Schliesslich bedürfen noch 2 Gruppen von Fällen einer besonderen Besprechung.

Die eine betrifft jene Individuen, welche zwar an allen Zeichen schwerer Hysterie mit zeitweiliger Geistesstörung leiden und auch schon vor der strafbaren Handlung daran gelitten haben, bei denen aber der strikte Nachweis, dass sie sich grade zur Zeit der strafbaren Handlung in einem dem § 51 des St.G.B. entsprechenden Zustande befunden haben, nicht erbracht werden kann. Hier wird es Aufgabe des Sachverständigen sein, darauf hinzuweisen, dass die Bewusstseinszustände dieser Individuen sehr schwankende sind, dass ebenso wie die sonstigen hysterischen Anfälle auch die psychischen Ausnahmestände der Hysterie sich unter günstigen Umständen sehr leicht wiederholen, und dass äusserlich nicht markierte Traumzustände, welche gleichwohl noch ein relativ geordnetes Handeln zulassen, sehr leicht übersehen werden können. Es wird sich hieraus oft zum Mindesten eine Begutachtung im Sinne „begründeter Zweifel“ ergeben.

Bei den Fällen der zweiten Gruppe handelt es sich um jene Individuen, die erst nach einer strafbaren Handlung, etwa bei der Verhaftung oder im Gefängniss, an Hysterie mit Geistesstörung erkranken. Hier hat diese offenbar an und für sich gar keinen Einfluss auf die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit zur Zeit der That. Immerhin beweist aber der Umstand, dass diese Individuen in so besonderer Weise auf Schädlichkeiten reagieren, die bei der grossen Mehrzahl eine solche Wirkung nicht haben, eine schon vorher bestehende abnorme Anlage, und diese ist in vielen Fällen die einer allgemeinen psychopathischen Degeneration mit vorwiegend moralischen Defekten. Wenn dann, wie es nicht so selten vorkommt, die Auffassung und Verwertung dieser moralischen Unzulänglichkeit als einer krankhaft bedingten zunächst zweifelhaft erscheint, kann die nachträglich auftretende hysterische Erkrankung insofern aufklärend wirken, als sie das Krankhafte der ganzen Persönlichkeit aufdeckt und damit gestattet, retrospektiv doch im Sinne der Unzurechnungsfähigkeit zu gutachten.

---

## III. Kapitel.

**Neurasthenie.**

Die Dritte der hier zu besprechenden Psychoneurosen, die „reizbare Schwäche des Nervensystems“, welche der amerikanische Neurologe Beard zuerst erforscht und unter dem Namen „Neurasthenie“ beschrieben hat, kann hier eine kürzere Darstellung finden, da sie in strafrechtlicher Beziehung eine geringere Bedeutung hat, als die in den beiden ersten Kapiteln dieses Abschnittes beschriebenen Formen.

Es handelt sich um eine abnorme Reizbarkeit und Erschöpfbarkeit der nervösen Elemente, welche auf einer angeborenen Anlage beruhen oder in Folge mannigfacher schwächender Einflüsse akut (besonders traumatische Neurasthenie) oder mehr chronisch zur Entwicklung kommt.

Wir beschäftigen uns hier nur mit der durch eine starke psychische Beteiligung gekennzeichneten cerebralen Neurasthenie.

Die betreffenden Kranken werden abnorm ermüdbar, ablenkbar, unaufmerksam, ihr Gedankengang wird verlangsamt und erschwert, ihre Arbeitsfähigkeit nimmt demzufolge ab; sie glauben sich auf ihr Gedächtniss nicht mehr verlassen zu können, und reproduzieren auch thatsächlich nicht mehr so genau wie früher; jeder Versuch, das Hemmniss zu überwinden, ruft alsbald ein stärkeres Gefühl der Ermattung hervor, vielfach besteht auch Alkoholintoleranz oder eine anderweitige pathologische Alkoholreaction. Die Kranken werden missmutig, mürrisch, äusserst reizbar, unverträglich, rücksichtslos erst nur zu Hause, dann auch gegen Fremde; sie verlieren mehr und mehr die Herrschaft über ihre Affekte und lassen sich zu entsprechenden Handlungen hinreissen, die sie sogleich wieder bereuen. Sie büssen ihr Selbstvertrauen, ihre Energie ein, beginnen mehr und mehr, sich in egoistischer Weise nur mit sich zu beschäftigen und kommen in Folge ihres schweren Krankheitsgefühls oft zu allerhand hypochondrischen Auffassungen und Befürchtungen. So können sich ausgesprochene hypochondrische und hysterische, aber auch anderweitige schwerere psychische Krankheitszustände aus einfacher Neurasthenie entwickeln.

Als neurasthenische Geistesstörung im engeren Sinne fassen wir mit Ganser die schwersten Formen der Neurasthenie zusammen, bei denen neben einer ungewöhnlichen Herabsetzung aller körperlichen, besonders der muskulären Funktionen eine tiefe Erschöpfung zunächst der intellektuellen Leistungsfähigkeit und, unter richtiger Krankheitserkenntniss, eine adäquate tiefe Gemüthsverstimmung und Schwächung der Willenskraft besteht. — Die Ursachen der subakut oder akut entstehenden Krankheit sind körperliche und besonders geistige Ueberanstrengungen bei gleichzeitiger Einwirkung des Gemüths treffender Schädlichkeiten. Die Krankheit ist trotz hochgradigster Schwächeerscheinungen und eines über viele Monate sich erstreckenden Verlaufes verhältnissmässig gutartig und heilbar. (Ganser.)

Zu den beschriebenen Veränderungen kommen von weiteren Krankheitszeichen subjektive Empfindungen peiniger Art, wie Schmerz oder Druckgefühl im Kopfe,

Ueberempfindlichkeit der Sinnesorgane, Schwindelgefühl, unregelmässiger Schlaf, nervöse Beschwerden von Seiten der Zirkulationsorgane und vor Allem anfallsweise auftretende Angstepfindungen.

Bei heftigeren Angstanfällen können sich transitorische Delirien und Verwirrheitszustände entwickeln, wie solche auch unter der Einwirkung gehäufte erschöpfender Einflüsse (Inanition, heftige Gemütsbewegung, schlaflose Nächte, grosse Anstrengung usw.) auf ein habituell überreiztes und ermüdetes Gehirn nicht selten beobachtet werden (Krafft-Ebing, Moeli, Jolly).

Als neurasthenische Dämmerzustände hat endlich Krafft-Ebing Zustände vorübergehender Bewusstseinsstörung auf neurasthenischer Grundlage beschrieben, in denen lebhafter betonte Vorstellungen des gesunden Lebens (z. B. im Sinne einer Verbesserung der Lage, einer eingetretenen Standeserhöhung) traumhaft umgestaltet fortwirken und zum Teil kompliziertere Handlungen, wie wir sie bei den epileptischen, auch bei den hysterischen Dämmerzuständen kennen gelernt haben, ausgeführt werden sollen. Die Existenzberechtigung dieser „neurasthenischen“ Dämmerzustände ist indessen noch keineswegs erwiesen.

Unter den weiteren krankhaften Störungen, denen wir bei Neurasthenischen vielfach begegnen, sind noch die verschiedenen Zwangsgefühle (Phobien) und Zwangsvorstellungen zu erwähnen, hinsichtlich deren auf das im allgemeinen Teil Gesagte verwiesen werden kann.

Wenn es auch im Wesen der Neurasthenie liegt, dass ein aktives verbrecherisches Handeln dabei relativ selten sein wird, so fehlt es doch an Gelegenheit zu Konflikten mit dem Strafgesetz auch hier nicht. In Folge der Ablenkbarkeit und Zerstreuung werden Irrtümer und Fahrlässigkeiten z. B. in der Buchführung leichter vorkommen; die Unaufmerksamkeit und die erschwerte Associationsarbeit kann zu untreuer Reproduktion, zu ungenauen oder falschen Aussagen, im Verein mit der krankhaften Affektbewegung auch zu unüberlegtem, kopflosem Handeln führen. Noch häufiger werden sich aus der excessiven Reizbarkeit mancher Neurastheniker Konflikte mit den Aufsichtsorganen, den Untergebenen, den Dienstboten ergeben. — Die Energielosigkeit und Unentschlossenheit kann die Kranken hindern, rasch helfend einzugreifen, wo es ihre Pflicht wäre, z. B. ein zu ihrer Kenntnis kommendes beabsichtigtes Verbrechen rechtzeitig anzuzeigen u. dgl. — Endlich wird die geistige Abstumpfung und Hemmung die Kranken auch verbrecherischen Antrieben gegenüber unter Umständen nachgiebiger und gefügiger machen.

Die Zwangsvorstellungen usw. führen äusserst selten zu einer entsprechenden verbrecherischen Bethätigung, auch wenn sie direkt auf eine solche gerichtet sind; am ehesten kommen hier noch Diebstähle und Sittlichkeitsvergehen (Exhibitionismus) vor, dagegen gehören gewalthätige Handlungen jedenfalls zu den grössten Seltenheiten.



### Die psychiatrisch-forensische Beurteilung

hat zunächst zu berücksichtigen, dass neurasthenische Krankheitserscheinungen nicht selten im Prodromalstadium anderweitiger, ausgesprochener Geistesstörungen vorkommen, und dass insbesondere die progressive Paralyse vielfach unter dem Bilde der Neurasthenie beginnt.

Im Uebrigen sind die leichteren neurasthenischen Krankheitszustände an und für sich nicht Geistesstörungen im Sinne des § 51 des St.G.B.; sie können es aber werden, wenn die strafbare Handlung eines Neurasthenischen im Affekt oder unter dem Einfluss des Alkohols begangen, und wenn bei dem Betreffenden pathologische Alkoholreaktion erweislich ist. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle wird es nur die Aufgabe des Sachverständigen sein, dem Richter die bestehenden krankhaften Abweichungen in ihrer Wirkung auf die Willensäußerungen des Betreffenden im Allgemeinen und auf die strafbare Handlung im Besonderen darzulegen und daraus unter Umständen die Notwendigkeit einer milderer Beurteilung herzuleiten.

Die oben erwähnten transitorischen Delirien und Verwirrheitszustände der Neurastheniker machen ihre Träger natürlich temporär unzurechnungsfähig; dasselbe gilt von der neurasthenischen Geistesstörung im Sinne Gansers.

In den Fällen von Zwangsvorstellungen bedarf es des Nachweises, dass nicht nur eine zeitliche, sondern eine kausale Beziehung der abnormen Vorstellung zu der strafbaren Handlung besteht, derart, dass jene direkt auf diese hindrängte; eine Ausnahme machen die Fälle, in denen das gesamte psychische Leben derart alteriert ist, dass ein Irresein aus Zwangsvorstellungen vorliegt, welches dann die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit ausschliesst.

---

## Fünfter Abschnitt.

---

### Geistige Schwächezustände.

Die geistigen Schwächezustände sind in diesem Abschnitt getrennt in eine Gruppe der Entwicklungshemmungen, welcher die angeborenen und die in früher Jugend erworbenen einfachen Schwachsinsformen angehören, und in eine Gruppe der Verblödungsprozesse, bei der sowohl die vielfach erst im Jünglings- und früheren Mannesalter auftretenden eigenartigen Zustände, als auch die den häufigen Abschluss vorausgegangener anderweitiger Psychosen bildenden Zustände terminaler Demenz besprochen werden sollen.

---

#### Kapitel I.

##### Entwicklungshemmungen.

Die Erscheinungen einer gehemmten geistigen Entwicklung verbinden sich in mannigfaltiger Weise mit jenen einer ungleichmässigen, verkehrt gerichteten Entwicklung. Wir werden demnach bei demselben Individuum neben den Zeichen des Schwachsinn den Erscheinungen der allgemeinen psychopathischen Degeneration vielfach begegnen.

Die schwersten Formen primärer Geistesschwäche werden als Idiotie zusammengefasst, während der Imbecillität die leichteren und leichtesten Formen angehören. Für die letzteren wird auch der Ausdruck Debilität gebraucht. Man unterscheidet demnach, von den schwersten Formen zu den leichtesten fortschreitend, entweder: Idiotie, Imbecillität und Debilität oder, wie dies im Folgenden geschieht, nur Idiotie einerseits, Imbecillität verschiedener Grade anderseits.

Die schwersten Fälle des Schwachsinn (Idiotie) interessieren an dieser Stelle weniger, da sie, wenn sie kriminell werden, der sachverständigen Beurteilung kaum Schwierigkeiten machen werden; es wird demnach ihre kurze Skizzierung genügen.

Der tiefstehende Idiot kommt zu bewussten Wahrnehmungen überhaupt nicht, er vermag keine Vorstellungen zu bilden, ist gemüthlich unerregbar, lässt sich dementsprechend in seinen

Willensäusserungen nur von Trieben leiten und bietet auch körperlich mannigfache Abweichungen und Unvollkommenheiten, auf die unten eingegangen werden wird. — Der etwas höher stehende Idiot vermag zwar concrete, aber nicht abstracte, übersinnliche Vorstellungen zu bilden; er kann unter Umständen gut reproduzieren, sogar vereinzelte sehr gute gedächtnismässige Leistungen aufweisen und einseitige technische Begabungen besitzen. Auch ihm fehlt aber die Fähigkeit zur Urteils- und Schlussbildung.

In körperlicher Beziehung finden sich Störungen des Wachstums, Anomalien der Schädelbildung, die verschiedenartigsten Degenerationszeichen an Ohren, Augen, Lippen, hartem Gaumen, Zähnen, Händen, Füssen, Geschlechtsorganen usw.; Anomalien der Sinnesorgane, Störungen der Motilität in Gestalt von Lähmungen, Spasmen, automatischen Bewegungen, endlich verhältnismässig häufig epileptische Krampfanfälle. —

Das äussere Verhalten der Idioten ist verschieden je nach ihrem Temperament; es gibt stumpfe und lebhafte, bösartige und gutmütige Idioten.

Im Anschluss hieran besprechen wir sogleich den Cretinismus, obwohl dieser seiner Aetiologie nach (Autointoxication) vom Idiotismus zu trennen ist. Es handelt sich dabei um einen endemischen Idiotismus, welcher mit einer Reihe von körperlichen Veränderungen (zurückbleibende Knochenentwicklung, Verdickung der Weichteile und Erkrankung der Schilddrüse) einhergeht (Mendel), während auf den geistigen Zustand das über die Idiotie Gesagte Anwendung findet. —

Die kriminellen Konflikte sind bei den tiefstehenden Idioten wenig mannigfaltig; es kommen wesentlich Handlungen in Betracht, die aus ihren durch keine moralischen Gefühle gezügelter Trieben entspringen, also grobe Eingriffe in das fremde Eigentum, heimtückische Racheakte, vor Allem auch schamlose Sittlichkeitsdelikte und, vielfach in Zusammenhang damit, Affekthandlungen im Sinne der Körperverletzung, des Todschlages usw. — Von der Beibringung entsprechender Beispiele kann hier abgesehen werden.

Von den tieferen Schwächezuständen der Idiotie führen fliessende Uebergänge hinüber in das Gebiet der Imbecillität. Eine bestimmte Abgrenzung giebt es demnach hier nicht; eine solche ist auch praktisch bedeutungslos, da die Beurteilung dieser Grenzzustände zwischen Idiotie und Imbecillität in foro kaum zweifelhaft sein wird, während die in dem entgegengesetzten Grenzgebiet, zwischen Imbecillität und noch in's Gebiet der Gesundheit fallender Beschränktheit, liegenden Zustände oft zu den grössten Schwierigkeiten der Begutachtung Anlass geben.

Im Allgemeinen zählt man zu den Idioten diejenigen Schwachsinnigen, welche in Bezug auf die Bildung übersinnlicher Vorstellungen auf der Stufe des frühen Kindesalters stehen bleiben und sich höchstens nach der Seite des Gedächtnisses weiter entwickeln, während bei den Imbecillen zwar übersinnliche Vorstellungen gebildet werden, aber im Vergleich mit denen des Vollsinnigen spärlich und unklar bleiben (Kraepelin). Aeusserlich betrachtet, lässt sich die Sache auch so formulieren, dass die Imbecillen noch im sozialen Leben stehen und noch einen Beruf ergreifen können, während die Idioten sich ausserhalb des sozialen Lebens befinden (Mendel).

Auch die Imbecillen zeigen unter einander je nach dem Temperament sehr grosse Verschiedenheiten; auch hier begegnen wir stumpf-apathischen und lebhaft-erethischen, gutmütig-lenksamen und bösartig-verstockten Naturen, Individuen, die



trotz ihrer intellektuellen und moralischen Defekte in Folge ihrer Passivität doch erst unter besonderen Umständen zu perversen und verbrecherischen Bethätigungen gelangen, und solchen, in denen ein von Innen heraus treibendes Moment direkt auf unsittliche Handlungen hindrängt.

Aus einfachen psychologischen Erwägungen ergibt sich, dass wir auch bei den Imbecillen neben der Verstandsschwäche im engeren Sinne moralische Defekte zu erwarten haben, die nur in ihrer Intensität erhebliche individuelle Verschiedenheiten zeigen werden. Entsprechend der oben erwähnten Mangelhaftigkeit in Bezug auf complicirtere associative Leistungen, wie sie die Bildung übersinnlicher (abstrakter) Vorstellungen und Begriffe voraussetzt, werden auch die höheren (moralischen) Gefühle, welche grade an die übersinnlichen Vorstellungen geknüpft sind, entweder fehlen oder unzureichend sein und der Wirkung ermangeln, die sie normaler Weise auf das Handeln ausüben. Bei diesen Individuen vollzieht sich dann die Unterscheidung zwischen Gut und Böse nicht rein instinktiv wie in der Norm, sondern besten Falles auf dem Umwege der Ueberlegung, wenn eine solche bei der Langsamkeit der Associationen und der geringen Kraft der Vorstellungen überhaupt hinreichend möglich ist. Nur die auf Erhaltung und Förderung des Ich gerichteten Vorstellungen sind mit genügend starken Gefühlstönen verknüpft, um instinktiv wirken zu können; dementsprechend kommen sie auch allein oder ganz überwiegend in den Handlungen der Betreffenden zum Ausdruck. (Bleuler.)

Wenn wir von den auch hier vielfach bestehenden körperlichen Zeichen der Entwicklungshemmung und Entartung, die von den oben bei der Idiotie erwähnten nur graduell verschieden sind, absehen und hinsichtlich der Ursachen und des Wesens der geistigen Schwäche auf das im allgemeinen Teil dieses Buches Gesagte verweisen, so haben wir uns hier mit den im Einzelnen sehr verschiedenen Zustandsbildern der Imbecillität zu beschäftigen, welche sich aus der Intensität und Gruppierung der Symptome und dem individuellen Temperament ergeben. Da an eine erschöpfende Darstellung dieser natürlich nicht entfernt zu denken ist, begnügen wir uns damit, hier einige Typen zu schildern, welche verhältnismässig häufig wiederkehren.

Am einfachsten liegen die Fälle, in denen die Entwicklung von Anfang an mangelhaft ist: die Kinder lernen auffällig spät sprechen, spielen und laufen, kommen in der Schule ungemein schwer mit, bilden für ihre Mitschüler den Gegenstand aller möglichen Hänseleien; sie kommen dann in einfachere Schulen, erhalten Privatunterricht, werden aus dem Hause gegeben, alles ohne Erfolg, so dass schliesslich nichts andres übrig bleibt, als ihnen irgend eine handwerksmässige Beschäftigung zuzuweisen. So gelingt es, aus einigen dieser Schwächlinge, die in die Kategorie der mehr stumpf-passiven Naturen gehören, doch noch insofern etwas Brauchbares zu machen, als sie innerhalb eines ihnen genau vorgezeichneten Kreises und unter entsprechender Leitung mit technischer Gewandtheit und oft pedantischer Gründlichkeit, wenn auch stets ohne Originalität, regelmässige Arbeit leisten, so lange nicht stärkere Gemütsbewegungen, un-

gewohnte Anforderungen usw. an sie herantreten. Es kommt hier also wesentlich auf die äusseren Umstände an, die nur in der Minderzahl der Fälle dauernd günstig sind, um solche Individuen davor zu bewahren, dass sie infolge ihrer mangelnden Urteilsfähigkeit, ihrer Unselbständigkeit und moralischen Schwäche doch in allerhand Konflikte geraten.

In einer andern Reihe von Fällen besteht zwar auch eine angeborene oder in früher Jugend erworbene Schwäche; sie wird aber zunächst verdeckt durch fleissige und erfolgreiche Gedächtnisarbeit. Infolgedessen bleiben die Kinder zunächst nicht nur nicht zurück, sondern sind sogar in gewissem Sinne Muster-schüler. Hier tritt die Insuffizienz erst zu Tage, wenn die Betreffenden auf eigenen Füßen stehen und selbständige Gedankenarbeit leisten sollen, was zumeist mit der Pubertätsentwicklung und der in diese Periode fallenden Notwendigkeit einer selbständigeren Lebensführung, der Berufswahl usw. zusammentreffen wird. Diese Individuen versagen dann, sie werden zerfahren und abnorm ablenkbar, ihre geistige Entwicklung, die grade in dieser Zeit durch die Ausbildung der höheren übersinnlichen Vorstellungen einen gewissen Abschluss erhalten soll, bleibt stehen, sodass sie bald von ihren Altersgenossen überholt werden. Unter den Situationen, die besonders geeignet sind, solche Defektzustände hervortreten zu lassen, ist in erster Linie die militärische Dienstleistung zu nennen, da sie intellektuelle und moralische Eigenschaften voraussetzt, die diese Individuen noch nicht besitzen und auch nur langsam oder gar nicht erwerben können. Die Folge davon ist dann das absolute Fehlen jedes Verständnisses für militärische Subordination, vielfach noch verschärft durch die Wirkungen einer schwachsinnigen Selbstüberschätzung, eines unbeugsamen Eigensinnes und einer krankhaften Gemütsreizbarkeit. Daraus ergibt sich zunächst die Notwendigkeit zahlreicher Ermahnungen und schliesslich, entsprechend der zunehmenden Schwere der Verfehlungen, auch militärgerichtlicher Bestrafungen, die aber bei der Undisziplinirbarkeit dieser Individuen sämtlich ihren Zweck verfehlen. Die gewöhnlichen Delikte sind vor allem Nichtbefolgen der gegebenen Befehle, Achtungsverletzung gegen Vorgesetzte, thätliche Angriffe auf diese, Fahnenflucht usw.

Wie unten gezeigt werden wird, können ähnliche Schwachsinnformen auch als nicht originäre, erst später, besonders in der Pubertätszeit, erworbene Zustände vorkommen.

In einem gewissen Gegensatz zu den bisher besprochenen steht eine andere Gruppe von Fällen, bei welchen der Defekt sich von vornherein auf dem moralischen Gebiet stark markiert oder auf diesem sogar überwiegt und schon früh zu entsprechenden perversen Bethätigungen drängt. Hierher gehören jene Individuen, welche von Kindheit an allerhand antisoziale und verbrecherische Neigungen zeigen und sich allen Versuchen einer erzieherischen Beeinflussung gegenüber völlig bildungsunfähig erweisen, die dann weiterhin ihre Stellungen beständig wechseln, sich alle möglichen Niederträchtigkeiten zu Schulden kommen lassen und fast mit Notwendigkeit auf die Bahn des Verbrechens kommen. Dabei wird

die thatsächlich vorhandene intellektuelle Schwäche verdeckt durch ein verhältnissmässig grosses, gedächtnismässiges Wissen, einseitige Begabungen, eine gewandte Ausdrucksweise und gute Haltung, so dass diese Individuen zunächst vielleicht sogar besonders raffiniert erscheinen. Bei näherer Betrachtung ergibt sich dann freilich, dass auch hier die Auffassung oberflächlich, die Beobachtung und Reproduktion unzuverlässig, die Beurteilung der Dinge beschränkt, einseitig, verschroben ist, dass von einer Charakterbildung überhaupt nicht die Rede ist, und dass die moralischen und ethischen Vorstellungen und Gefühle, wenn überhaupt vorhanden, mit Bezug auf das Handeln wirkungslos bleiben.

Auf dem Boden des Schwachsinnnes entstehen häufig anderweitige psychische Störungen mehr episodischer Natur. Wir sehen dabei ab von den häufigen Fällen, in denen sich Schwachsinn mit epileptischen und hysterischen Krankheitszeichen verbindet. Vielfach treten unmotivierte Schwankungen in dem Verhalten der Schwachsinnigen auf. Dabei kann eine deutliche Periodicität bestehen, derart, dass die krankhaften Abweichungen von Zeit zu Zeit stärker hervortreten und periodisch zu lebhafteren perversen Bethätigungen führen. Sonst handelt es sich um unregelmässige Schwankungen der Stimmung, die bald eine optimistisch gehobene, bald eine pessimistisch gedrückte ist. Auch ausgesprochenere Exaltations- oder Depressionszustände von flüchtigem Charakter, oder vorübergehende Zustände halluzinatorischer Erregung oder ängstlicher Verwirrtheit werden nicht selten beobachtet; diese können dann eine nach ihrem Ablauf zu Tage tretende weitere intellektuelle Schädigung des schon vorher schwachen Individuums zur Folge haben. — Vielfach kommt es ferner bei Schwachsinnigen zu plötzlich auftauchenden, ihrem sonstigen Gedankeninhalt vielleicht fremden zwangsartigen Antrieben, welche unter Umständen strafbare impulsive Handlungen auslösen (Brandstiftung, Fahnenflucht usw.). Endlich führt auch die krankhaft thätige Phantasie, die hier durch keinen ruhig abwägenden Verstand in Schranken gehalten wird, häufig zur Ausbildung allerhand alberner Verfolgungs- und Grössenideen, welche sowohl an und für sich wie dadurch, dass sie nicht nach Art eines paranoischen Wahnsystems logisch verarbeitet werden, die zu Grunde liegende Schwäche deutlich erkennen lassen.

Unter den Situationen, die die Entstehung dieser accidentellen Störungen begünstigen, ist besonders die Haft und wiederum die Militärzeit mit ihren mannigfachen Schädlichkeiten zu nennen.

Bezüglich der Gefängnispsychosen kann im Einzelnen auf die oben (Seite 586) gegebene Darstellung verwiesen werden. — Die auf imbeziller Grundlage entstehenden Militärpsychosen verlaufen vielfach unter atypischen Bildern; meist handelt es sich um mehr oder minder heftige und andauernde, gewisse Züge der Erschöpfungspsychosen an sich tragende Aufregungszustände, die aber in den einzelnen Symptomen äusserst veränderlich sind, insofern gehobene Stimmungen mit gedrückten, Grössenideen mit Delirien entgegengesetzten Inhalts, klare Antworten und Handlungen mit solchen, die auf ein ge-



trübtes Bewusstsein schliessen lassen, wechseln; so entsteht häufig der Eindruck des Absichtlichen und Gemachten (Simon).

Die Imbezillen kommen naturgemäss in zahlreiche Konflikte mit den Strafgesetzen. Dabei kommt ursächlich vor allem in Betracht die Urteilschwäche. Diese zeigt sich z. B. in der absoluten Unfähigkeit vieler Schwachsinniger, die Begriffe der Ordnung und Pünktlichkeit in sich aufzunehmen, und in den sich daraus ergebenden, oben bereits erwähnten Konflikten mit der Disziplin beim Militär, in den Gefängnissen usw.

Gradezu prädisponiert sind die Schwachsinnigen aber zum gewohnheitsmässigen Diebstahl und zwar beginnen sie damit vielfach schon in überraschend jungem Alter. Die Entstehung dieses Privilegium odiosum ist klar genug; diese Individuen haben nichts Ordentliches lernen können, es fehlt ihnen der Charakter und der feste Lebensplan, sie ziehen unetw. von einem Platze zum andern, fangen heute dies, morgen jenes an, bleiben aber vermöge ihrer Unfähigkeit, geschäftliche Chancen zu erkennen und auszunützen, überall im Nachteil, wofür sie niemals sich selbst, sondern stets Andern die Schuld beimessen. Deshalb und weil sie sich von jeher missachtet, zurückgesetzt und gehänselt gesehen haben, hegen sie vielfach der Gesellschaft gegenüber eine gereizte, verbitterte und rachsüchtige Gesinnung, die sie zu antisozialen Handlungen in besonderem Maasse befähigt. So werden sie aus Vagabonden, Polizeikontra-venienten und Exzedenten zu Gelegenheits- und bald auch zu Gewohnheitsdieben. Dieser Schritt kostet sie bei dem Fehlen oder der geringen Kraft ihrer sittlichen Gefühle keinen Kampf. Auch hinterher empfinden sie keine Reue, weil diese die ihnen fehlende Einsicht für die Bedeutung und die Folgen der betreffenden Handlung voraussetzt. Den eigentlichen Anstoss zu dieser gibt dementsprechend auch keineswegs immer die Not, sondern vielfach irgend ein ganz geringfügiges, kindisches Motiv, welches zu der Schwere der That und ihrer Folgen in gar keinem Verhältnis steht, also etwa der Wunsch, sich zu irgend einem Vergnügen die Mittel zu verschaffen, „sich eine Hetz' zu machen“, es berühmten Verbrechern gleichzuthun, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, die eigene Geschicklichkeit zu zeigen usw. Vielfach kommt auch die Bestimmbarkeit der Schwachsinnigen in Betracht, welche sie zu gefügigen Werkzeugen intellektuell höher stehender, nicht selten weiblicher Individuen macht.

Noch krasser tritt die Schwäche des Urteils und der moralischen Gefühle in den zahlreichen Fällen hervor, in denen Schwachsinnige aus Motiven des Eigennutzes, der kindischen Rachsucht, der Eitelkeit Kapitalverbrechen wie Brandstiftung (besonders häufig bei jugendlichen Schwachsinnigen), Raub, Totschlag oder Mord begehen. —

Ein Schwachsinniger meiner Beobachtung stand in dem dringenden Verdacht, ein Feuer angelegt zu haben, um der freiwilligen Feuerwehr seines Ortes, der anzugehören sein grösster Stolz war, Gelegenheit zur Bethätigung zu geben. Verschiedene Andre legten Feuer an, um dadurch von ihren Arbeitgebern die Entlassung aus dem Dienste zu erzwingen, der ihnen nicht

zusagte; ein Dienstmädchen zündete den Heuboden an, um nicht mehr in der Dunkelheit Heu holen zu müssen. Ein andrer Schwachsinniger beging eine Brandstiftung, um im Gefängnis das Schneiderhandwerk zu erlernen; wieder ein Andrer that das Gleiche, um beim Löschen zu helfen und sich so eine Mahlzeit zu verdienen. Ein 17jähriges Mädchen zündete das Stroh auf dem Boden an, weil sie von ihrer Herrschaft wegen einer Verspätung gescholten war und sich dafür rächen wollte.

Hierher gehören auch jene in der Tageschronik der Zeitungen ziemlich regelmäßig wiederkehrenden Dienstmädchen und Stützen, welche, um aus dem Dienst zu kommen oder sich für irgend eine vermeintliche Benachteiligung zu rächen, der Herrschaft oder den ihnen anvertrauten Kindern irgend welche schädlichen Stoffe im Essen beibringen oder ihnen sonst einen Schaden an ihrer Gesundheit zuzufügen suchen.

#### Beispiel.

Marie X., 17 Jahre alt, anscheinend erblich belastet, körperlich gut, aber geistig mangelhaft entwickelt, ist in der Schule stets hinter ihren Mitschülerinnen auffällig zurückgeblieben, hat Alles sehr schwer begriffen. Mehrfach ist in neuerer Zeit ein stilles, scheues Wesen bei ihr bemerkt worden, es schien zuweilen, als ob sie schlief; auch soll sie oft „Stimmen“ gehört haben und immer sehr schreckhaft gewesen sein. — Am 3. August 1891 versuchte die X. ihre Dienstherrin, Frau Y., dadurch zu vergiften, dass sie Schwefelholzköpfe in dem Kaffee auflöste. Frau G. erkrankte an vorübergehender Uebelkeit; Herr Y. und die kleine Tochter hatten nicht von dem Kaffee genossen, weil er schlecht roch und schmeckte. — Als Motiv für ihre That gab die X. an, sie hätte sich an der Frau Y. rächen wollen, weil diese sie schlecht behandelt und geschlagen hätte und weil sie auf andre Weise nicht aus dem Dienst hätte loskommen können. Ihre Absicht sei nicht gewesen, die Y. zu töten, sondern nur Uebelkeit und Erbrechen bei ihr zu erzeugen. — Später änderte sie dies Geständnis in wesentlichen Zügen ab, hielt es aber an sich aufrecht. Thatsächlich konnte nur festgestellt werden, dass Frau Y. ihr wegen Unpünktlichkeit eine berechtigte Rüge erteilt hatte. — Die Beobachtung ergab das Vorhandensein ausgesprochenen Schwachsinnns.

Es ist sodann die bei vielen Schwachsinnigen bestehende Neigung zum Schwindeln und Fabulieren zu erwähnen. Dabei handelt es sich nur zum Teil um einfache Verlogenheit, welche diese Individuen ohne Scheu dasjenige behaupten lässt, was ihnen in der jeweiligen Situation subjektiv das Nützlichste scheint; es kommen dazu aber thatsächliche Reproduktionsmängel, welche theils auf der häufig bestehenden Ungenauigkeit der Beobachtung und Aufnahme thatsächlicher Vorgänge, theils auf dem freien, durch logisches Denken wenig oder gar nicht gehemmten Spiel der Phantasie beruht; hierzu gesellt sich noch die Freude an der eigenen Produktivität und die kindische Befriedigung, sich in den Mittelpunkt des Interesses gestellt zu sehen und eine Zeit lang eine wichtige Rolle spielen zu dürfen.

Hierher gehören die Schwachsinnigen, welche, ähnlich wie manche Kinder, augenblickliche Einfälle phantastisch ausspinnen und so lange als wirkliche Erlebnisse darstellen, bis es ihnen selbst zweifelhaft wird, wo die Dichtung anfängt. Dies kann zu harmlosen Verherrlichungen der eigenen Person, aber auch zur betrügerischen Beilegung falscher Titel und Eigenschaften führen (Hochstapler), und kommt endlich ganz besonders bei den gerichtlichen Aussagen

solcher Individuen in Betracht, deren Verwertung demnach stets eine äusserst vorsichtige sein muss.

Entsprechend der mangelhaften assoziativen Verknüpfung solcher rein erfundener Gedankenreihen und der Unbeständigkeit der auftauchenden Vorstellungen, werden auf diese Weise zu Stande gekommene Erzählungen und Aussagen Schwachsinniger vielfach bei jeder Wiederholung Widersprüche und Veränderungen zeigen, die dann den unbegründeten Verdacht bewusster Täuschung erwecken können. —

Im Einzelnen lassen sich für die Lügen der Schwachsinnigen die verschiedensten Motive finden; die Einen lügen aus Eitelkeit und Freude an der Täuschung, Andere lügen einfach gewohnheitsmässig und gehen darin bis zur falschen Selbstanschuldigung, Andere streiten generell Alles ab, auch das ihnen sicher Bekannte, weil sie in Folge ihrer Urteilsschwäche nicht erkennen können, wo für sie etwa eine Falle liegt, und in jeder Unterredung ein Verhör wittern; wieder Andere geben aus Unmut und Verbitterung über die vermeintlich zu Unrecht erfolgte Verhaftung oder Verurteilung absichtlich falsche Antworten; Andere lügen in der That, um Krankheitserscheinungen zu simulieren, sie spielen den wilden Mann, schiessen dabei aber weit über das Ziel hinaus und verraten sich ohne Weiteres, und endlich lügen Andere wiederum, um nicht krank zu erscheinen, um der Anstalt zu entgehen, und beschuldigen sich dann gern selbst der früheren Simulation, „sie simulieren Simulation“. (Mooeli).

#### Beispiel.

Otto R., 22 Jahre alt, unehelicher Sohn eines Zuchthäuslers und einer sehr übelbeleumdeten Mutter, verwahrlost und geistig sehr mangelhaft beanlagt: dumm, unehrlich, unzuverlässig, brutal, gewalthätig, tierquälerisch.

Vielfach vorbestraft wegen Diebstahls, Betruges, Beloidigung, Körperverletzung usw.

Während R. grade eine mehrmonatige Gefängnisstrafe verbüsst, lässt er sich vorführen und bezieht sich selbst des an einem Schlossergesellen verübten Mordes, giebt ganz genaue Einzelheiten an, will den Leichnam in einen in der Gegend befindlichen überschwemmten Bergwerks-Schacht geworfen haben. Erkennt das ihm mitgeteilte Signalement eines vermissten Schlossers als das des Ermordeten an, wird in Untersuchungshaft genommen, hält bei den weiteren Vernehmungen seine Aussagen unter Hinzufügung weiterer Einzelheiten aufrecht. Die genauesten Nachforschungen nach dem Ermordeten zum Teil mit Hilfe eines Tauchers ergeben nichts. Inzwischen traten bei R. im Gefängnis Krampfanfälle epileptischen (?) Charakters auf, die von Gewaltthätigkeiten gegen die Umgebung (Beissen, Kratzen) gefolgt waren. Als dann seine Beobachtung in der Irrenanstalt beschlossen war, widerrief R. seine ganze Selbstanschuldigung, wollte diese nur vorgebracht haben, um einen Wechsel in seinem einförmigen Gefängnisleben herbeizuführen. Später widerrief er dies wiederum, und behauptet jetzt, den Mann doch ermordet, dann aber nicht ins Wasser geworfen, sondern mit Petroleum begossen und verbrannt zu haben.

In der Anstalt auch andre falsche Selbstanschuldigungen (aus epileptischem oder hysterischem Dämmerzustand herrührend?); typische hysterische Krampfanfälle, unmotivierter Stimmungswechsel, enorme Reizbarkeit. — Schwachsinn.

Eine weitere Quelle für strafbare Handlungen Schwachsinniger liegt endlich in ihrem ungehemmten oft abnorm starkem Triebleben und in ihrer lebhaften Affektbewegung.



Ersteres führt häufig zu Sittlichkeitsverbrechen zum Teil perverser Art; letztere bedingt gelegentliche Wutausbrüche und gefährliche Handlungen, zumal wenn die Wirkung des Alkohols dazukommt, welche gerade hier oft eine abnorme, pathologische ist.

## Kapitel II.

### Verblödungsprozesse.

Bei jugendlichen Individuen, welche sich entweder noch in der Pubertätszeit befinden oder diese erst verhältnissmässig kurze Zeit hinter sich haben, also etwa in der Periode vom 14. bis 25. Lebensjahre stehen, sehen wir nicht selten entweder schleichend oder unter mehr oder minder stürmischen Erscheinungen einen eigenartigen Schwachsinn sich entwickeln. Wir bezeichnen diesen im Gegensatz zu der „senilen“ Demenz als „juvenile“ Demenz oder allgemeiner als Frühverblödung oder vorzeitige Verblödung (*Dementia præcox*. Kraepelin), während wir für den zu Grunde liegenden Krankheitsprozess selbst die Bezeichnung „Hebephrenie“ (Hecker) beibehalten.

Gleichartige, auch noch „vorzeitige“ Verblödzustände entwickeln sich, wenn auch seltener, bei etwas älteren Individuen, unter unregelmässig wechselnden psychischen Krankheitsäusserungen, welche das Gesamtbild noch sehr unbestimmt und wenig einheitlich erscheinen lassen. Für diese Fälle halten wir die Bezeichnung Katatonie (Kahlbaum) fest.

Wir fassen demnach in Uebereinstimmung mit Kraepelin, Aschaffenburg u. A. Hebephrenie und Katatonie als zwei Typen des gleichen, seinem inneren Wesen nach noch unbekannten Krankheitsprozesses auf, dessen Ausgang in der Mehrzahl der Fälle ein durch gewisse Eigentümlichkeiten gekennzeichneter, vorzeitig eintretender, übrigens in seiner Intensität ausserordentlich verschiedener Schwachsinn (eben die *Dementia præcox*) ist.

Bei den uns hier beschäftigenden Schwächezuständen lassen sich als gemeinsame, am reinsten allerdings erst in den Endzuständen erkennbare Grundzüge bezeichnen: die Urteilsschwäche, welche sich unter Anderem auch in dem Auftreten ganz alberner, vielfach phantastischer Wahnideen und in der Art, wie die Kranken auf diese reagieren, kundgibt, die Abstumpfung des Gemütslebens, welche sich zu vollständiger gemüthlicher Verblödung steigern kann, sodann vielfach eine eigenartige Zerfahrenheit oder Verworrenheit, welche sich in der Unfähigkeit, sich zu konzentrieren, in zum Teil ganz sinnlosen Aeusserungen, Wort- und Satzbildungen, sowie in allerhand seltsamen Gewohnheiten, ferner in der Inkongruenz zwischen mimischer Reaktion und Affektbewegung äussert und mit der verhältnissmässig geringen Störung der Besonnenheit, meist auch des Gedächtnisses auffällig kontrastiert; dazu kommt endlich auf psychomotorischem Gebiet die Neigung zu automatischen, maschinenmässigen Entäusserungen, zu allerhand Bewegungs- und Haltungsstereotypen und zu den verschiedensten impulsiven Handlungen ganz unsinniger Art.

Wie schon oben angedeutet, können wir nach ihrem Verlauf zwei verschiedene Formen dieser Verblödung unterscheiden: In einer Reihe von Fällen tritt die Schwäche schleichend ein, ohne dass sich irgend welche markante Zeichen einer eigentlichen Geistesstörung zeigen, in einer anderen Reihe sind es grade mehr oder minder stürmische psychische Symptome, welche in buntem Wechsel zuerst das Bild beherrschen und die Schwäche vielleicht zunächst verdecken. Bei der Hebephrenie sehen wir beide Verlaufsarten, sowohl die einfache primäre Demenz als auch die unter dem Bilde einer akuten oder subakuten Psychose einsetzende Form; dagegen handelt es sich bei den als Katatonie bezeichneten Fällen meist um die letztgenannte Verlaufsart, wobei allerdings in Bezug auf die Gruppierung und Schwere der Krankheitserscheinungen sehr grosse Verschiedenheiten bestehen.

Im Einzelnen stellt sich die Sache also so dar, dass wir bei Individuen, welche vielleicht früher in dieser oder jener Richtung abnorm veranlagt, verschoben waren, aber doch nicht als schwachsinnig in dem angeführten Sinne gelten konnten, während dieser kritischen Periode eine Umwandlung der Persönlichkeit sich allmählich vollziehen sehen, welche von der Umgebung vielfach erst bemerkt wird, wenn bereits ausgesprochene Defekte vorhanden sind. Vielfach kommt es aber zu solchen nicht, sondern gewissermaassen nur zu einem Stehenbleiben der individuellen Entwicklung auf einer höheren oder niederen Stufe der Unreife.

Im Gegensatz dazu stehen die Fälle, in denen sich der Schwachsinn unter mehr oder minder alarmierenden Symptomen entwickelt; hier kommen in den verschiedensten Abstufungen der Intensität Zustände hallucinatorischer Verwirrtheit, stuporöser Hemmung, manischer Gehobenheit, depressiver Verstimmung usw. in Betracht, die unregelmässig mit einander abwechseln können und von denen besonders die manischen Formen vielfach von vorneherein kindische, läppische Züge an sich tragen.

Zu den geistigen Krankheitszeichen gesellen sich nun in einer grossen Zahl der Fälle, entweder von vorneherein oder erst in dieser oder jener Phase des Krankheitsprocesses auftretend und bald mehr bald weniger ausgesprochen, gewisse psychomotorische Phänomene, welche kurz als katatonische Symptome bezeichnet werden können. Obwohl solche nicht etwa für die hier in Rede stehenden Zustände spezifisch sind, sondern auch bei verschiedenen andern Irreseinsformen wie besonders der Paranoia, ferner der Paralyse, der Epilepsie vorkommen, so sind sie doch bei den juvenilen Verblödungsprozessen so häufig und mannigfaltig vorhanden, dass die Bedingungen für ihr Zustandekommen hier besonders günstig sein müssen. — Diese katatonischen Symptome, welche im Verein mit der oben erwähnten eigenartigen Zerfahrenheit den hebephrenischen und katatonischen Schwächezuständen ihr charakteristisches Gepräge verleihen, bestehen in Negativismus, der sich in allgemeinem passivem Widerstand, in Mutacismus, vielfach auch in Nahrungsverweigerung und Unreinlichkeit kundgibt, in Stereotypen der Körperhaltung im Ganzen oder einzelner Teile

(statuenhafte Haltung, anderweitige gezwungene Stellungen, Schnauzstellung des Mundes, maskenartig starres Lächeln usw.), in stereotyp wiederkehrenden grotesken und bizarren Bewegungen (Drehen und Wiegen des Körpers, in die Hände klatschen, automatenhafte Bewegungen des Kopfes, der Hände usw.), in dem unermüdlichen Wiederholen unartikulierter Laute, abgerissener Silben, Worte und Sätze (Verbigeration), endlich in plötzlichen triebartigen Handlungen (Selbstmordversuche, Gewaltthätigkeiten usw.)

Neben diesen Krankheitszeichen bestehen nicht selten hysterische Phänomene mannigfacher Art.

Der in der Mehrzahl der Fälle den Ausgang bildende geistige Schwächezustand kann die verschiedensten Grade von tiefem Blödsinn bis zu den leichtesten Defekten zeigen. Auch in diesem Stadium kommen noch vorübergehende Erregungszustände gelegentlich vor, ebenso unmotivierte, impulsive Gewalthandlungen. Ausserdem behalten diese Schwächezustände aber ihr Charakteristisches auch weiterhin, insofern als in ihnen noch vielfach Reste der katatonischen Symptome in Gestalt gewisser bizarrer Manieren, Bewegungen, Stellungen, läppischer, hanswurstartiger Geberden usw. fortbestehen.

Auch in den Fällen mit geringem geistigem Defekt pflegt die Leistungsfähigkeit erheblich zu leiden, so dass die Kranken nur bescheidenen Anforderungen genügen können.

In den anscheinend geheilten Fällen ist mit der Möglichkeit eines nur remittierenden Verlaufes und früher oder später eintretenden Rückfalles zu rechnen.

Das Wesen der zur *Dementia praecox* führenden Erkrankung ist, wie schon oben erwähnt wurde, noch durchaus dunkel. Der Umstand, dass Zustände dieser Art sich anscheinend besonders häufig bei in strenger Haft befindlichen, jugendlichen Individuen entwickeln, lässt vielleicht daran denken, dass bei entsprechender Disposition überanstrengende und erschöpfende Einflüsse (Masturbation, Kostentziehung) einen Einfluss ausüben.

Was die praktisch-forensische Bedeutung dieser Verblödungsprozesse betrifft, so ist oben bereits auf die zahlreichen Konflikte hingewiesen, zu denen die oft überschene und verkannte Unzulänglichkeit dieser Individuen im militärischen Dienst, im Gefängnisleben, kurz in allen Verhältnissen führen muss, welche ein Verständnis für Ordnung, Pünktlichkeit und Disziplin voraussetzen. — Daneben können besonders die leichteren Verwirrtheits- und manischen Erregungszustände, in denen die Kranken zu allerhand läppischen unüberlegten Handlungen geneigt sind, zu Excessen, aber auch zu gefährlichen Handlungen führen.

Hierher gehört z. B. ein Kranker meiner Beobachtung, der, nachdem er auf der Schule schlecht gelernt, aber keine ausgesprochenen Zeichen des Schwachsinnes geboten hatte, im 16. Jahre nach einem kurzen depressiven Prodromalstadium ein läppisch-manisches Benehmen



zeigte, die Gardinen in Brand steckte, während der Löscharbeiten dann eifrig Wasser heranschleppte, dies aber nicht ins Feuer, sondern den andern Löschenden in den Nacken goss. Es schloss sich daran ein mehrere Monate anhaltender, durch ein wechselndes, meist ausgesprochen kindisches Verhalten und gewisse Bewegungstereotypen charakterisierter Zustand, welcher zunächst ablief, aber mehrfach recidierte und schliesslich mit einem Schwachsinn mässigen Grades endete.

Hierher ist auch der nachstehende Fall zu rechnen:

X., 19 Jahr alt, bisher gesund gewesen, aber psychopathisch belastet; von jeher verschroben, zurückgezogen, schwärmerisch-sentimental, gutmütig und bescheiden. Hat gute Erziehung gehabt und verhältnismässig viel gelernt, ist wohl originär mässig schwachsinnig. — Eines Abends beim Spaziergang bringt er seine Braut ohne vernünftiges Motiv in grauenhafter Weise um, stellt sich dann selbst der Polizei. — Es wird festgestellt, dass X. schon einige Wochen vor der That etwas erregt war, lebhaft träumte usw.; es dürfte sich damals um eine Form manischer Exaltation gehandelt haben, die aber die Einleitung zu einer Frühverblödung bildete. Diese entwickelte sich weiterhin rasch; X. zeigte unmittelbar nach der That ein auffällig kindisches, verständnisloses Benehmen, gegenüber seinen tiefgebeugten Eltern völlige Gemütskälte, erwies sich als eitel, geziert, prahlerisch, kurz als in seinem Charakter total verändert. Weiterhin wurden im Gefängnis gewisse Seltsamkeiten und Bewegungstereotypen beobachtet, dabei bestand neben völlig unverständlicher, unsinniger Redeweise die Möglichkeit, einige Psalmverse richtig herzusagen. — Symbolische Zeichnungen, Kirchhofs- und Todeshallucinationen kindlicher Art; Benehmen bald heiter läppisch, bald stuporartig, bald erregt. — Ein allgemeiner (epileptischer?) Krampfanfall. — X. ist geistig gegenüber seinem früheren Verhalten ganz erheblich zurückgegangen.

Um eine einfache Verblödung handelte es sich bei dem nachstehend erwähnten Kranken:

Junger Mediziner, früher fleissig und solide, hat mit 17 Jahren sein Abiturientenexamen gemacht, immer etwas Sonderling (Bücherwurm). Während der Militärzeit schlief, versteht sich nicht sauber zu halten, hat krampfartige Bewegungen der Gesichtsmuskulatur, lässt sich mehrfach Dienstwidrigkeiten (Ueberhören von Kommandos usw.) zu Schulden kommen, so dass er einmal mit Arrest bestraft wird. Militärärztlich für trotzig, nicht für krank erklärt, macht er noch ein Manöver mit, wird dabei schlaflos, isst nichts, vergisst alles; gleich nach seiner Entlassung, im 22. Lebensjahre, erscheint er vollständig verändert, tiefsinnig und apathisch. — In den Irrenanstalten, in denen er sich in der Folgezeit aufhielt, mehrfach Anfälle grosser Aufregung. Sonst Blödsinn mit Negativismus. (Jahresbericht der Provinzial-Irrenanstalt Brieg 1896—97.)

Die geistigen Schwächezustände, welche als terminale Demenz das Ausgangsstadium ungünstig verlaufender funktioneller Psychosen bilden, stellen sich teils als einfacher stumpfer Blödsinn dar, teils lassen sie noch Jahre lang gewisse Züge erkennen, welche für die vorangegangene Psychose charakteristisch sind. In beiden Fällen wird die Beurteilung keine Schwierigkeiten machen. —

Die psychiatrisch forensische Beurteilung der idiotischen und der diesen nahestehenden tiefschwachsinnigen Verbrecher bedarf nach dem oben Gesagten hier keiner eingehenderen Erörterung. Wenn diese Individuen in Folge ihrer ausgeprägten Affektbewegung und ihrer ungehemmten Neigung zu impulsiver Handlungsweise mit dem Strafgesetz in Konflikt kommen, werden sie schon von

dem Laien als krank erkannt werden. — Andernfalls wird es dem Sachverständigen nicht schwer fallen, aus ihren geistigen und körperlichen Entwicklungsmängeln ihre Unzurechnungsfähigkeit zu deduzieren. Dabei kann es zweckmässig sein, zur besseren Veranschaulichung des Defektgrades den Vergleich mit den verschiedenen Entwicklungsphasen des vollsinnigen Kindes heranzuziehen. —

Schon bei den Schwachsinnigen mittlerer und natürlich mehr noch bei jenen leichter Grade wird aber der Laie geneigt sein, eine behauptete krankhafte Geisteschwäche des Inkulpaten zunächst als noch innerhalb der Gesundheitsbreite liegende Beschränktheit aufzufassen. Dies wird besonders dann eintreten, wenn der Schwachsinnige, wie so oft, in seinem Benehmen keine groben Auffälligkeiten zeigt, über gute mechanische Gedächtnisleistungen, vielleicht auch über diese oder jene einseitige Begabung verfügt, sich mit einer gewissen Schlaueit zu verteidigen oder herauszulügen sucht, und wenn endlich gar die That selbst bei oberflächlicher Betrachtung „raffiniert“ erscheint.

Demgegenüber hat der Sachverständige zu betonen, dass die angeführten Momente keineswegs gegen einen bestehenden krankhaften Schwachsinn sprechen, dass insbesondere das Lügen sehr oft die Folge eines solchen ist, also keineswegs das Vorhandensein einer krankhaften Geistesstörung ausschliesst.

Es wird dann zu zeigen sein, wodurch und in welchem Grade sich das Auffassungs-, Begriffs- und Urteilsvermögen, das Verhalten der moralischen Gefühle, die Willenskraft gegenüber momentan auftauchenden Begehrungsvorstellungen und Antrieben von dem des Vollsinnigen unterscheiden.

Der Schwerpunkt des Gutachtens wird aber von vorneherein auf den Nachweis des psychopathischen Momentes zu legen sein. Zu diesem Zweck bedarf es in jedem Falle der Berücksichtigung der gesamten geistigen und körperlichen Persönlichkeit des Inkulpaten, wie sie sich ergibt einerseits aus der genauesten Untersuchung seines körperlichen und geistigen Zustandes, anderseits aus den sorgsamsten Ermittlungen über die Einwirkung der Heredität und der andern, einen jugendlichen Organismus erfahrungsgemäss schädigenden Einflüsse, über den Entwicklungsgang, den das betreffende Individuum genommen hat und insbesondere auch über das Milieu, in dem es aufgewachsen ist.

In den Fällen, in welchen das Individuum von einem bestimmten Zeitpunkt ab einen Rückgang der geistigen Fähigkeiten gezeigt hat, wird die Möglichkeit des Vergleichs mit dem frühern Verhalten die Beurteilung des gegenwärtigen Zustandes wesentlich erleichtern. Aber auch wenn dies nicht der Fall ist, wird sich bei Berücksichtigung der oben angeführten Momente der Schwachsinn meist erweisen lassen, wenn nur die geistige Schwäche sich auf allen Gebieten der Verandesthätigkeit annähernd gleichmässig geltend macht, ohne dass sie deshalb sehr erheblich zu sein braucht.

Sehr viel schwieriger gestalten sich jene Fälle bei denen der moralische Defekt und die Neigung zum unsittlichen und verbrecherischen Handeln das Bild

beherrscht, und die sonstigen Aeusserungen des Schwachsinnns dem unkundigen Auge entgehen. Auch hier werden die Fälle, in denen eine Umwandlung der Persönlichkeit unter dem Einflusse besonderer Schädlichkeiten, wie Kopfverletzungen, Alkohol- und Morphiummissbrauch etc. stattgefunden oder der Defektzustand sich erweislich unter den Erscheinungen einer hebephrenischen oder katatonischen Psychose, im Anschluss an eine deutlich gekennzeichnete akute oder subakute Irreseinsform entwickelt hat, noch relativ einfach zu beurteilen und dem Richter in ihrer krankhaften Grundlage darzulegen sein.

Dagegen gehört die Begutachtung derjenigen schwachsinnigen Individuen, welche von klein auf eine solche moralische Perversität bei geringer Beeinträchtigung der sonstigen Verstandesleistungen zeigen, besonders dann zu den schwierigsten Aufgaben des Sachverständigen, wenn sie ausserdem noch in einer Umgebung aufgewachsen sind, die an sich geeignet ist, Verbrecher heranzubilden. Demgegenüber werden wiederum die Individuen dieser Artung, welche, unter günstigen Verhältnissen aufwachsend, trotz aller auf sie verwendeten Mühe und Sorgfalt — etwa im auffälligen Gegensatz zu ihren Geschwistern — eine derartige moralische Verkommenheit zeigen und bethätigen, leichter von vornherein als krank imponieren. In allen diesen Fällen handelt es sich einfach um die Differentialdiagnose zwischen Geisteskrankheit und Verbrechen. Bei dieser ist immer festzuhalten, dass ein moralischer Defekt, auch wenn er gradezu monströser Art ist, an und für sich nicht als eine krankhafte Erscheinung gedeutet werden darf.

Der Sachverständige hat demnach in solchen Fällen von der Frage auszugehen, ob ein Grundleiden vorhanden ist, zu dessen Teilerscheinungen der Defekt gehört. In der grossen Mehrzahl der Fälle wird es gelingen, nachzuweisen, dass auch auf andern Gebieten der Verstandesthätigkeit Ausfallserscheinungen bestehen und Zeichen geistiger und körperlicher Entartung vorhanden sind. Die scheinbare Schlaueit, mit der diese Individuen ihre verbrecherischen Ziele oft zu erreichen suchen, darf nicht darüber täuschen, dass ihre Begabung doch eine sehr einseitige, eben nur zur Förderung der eigenen Triebe ausreichende ist, dass ihr Verstand nur für ganz naheliegende Erwägungen, für die Erreichung eines ganz bestimmten Zieles, aber für die Beurteilung der weiteren Folgen ihres Thuns schon nicht mehr genügt. In sehr charakteristischer Weise erklären diese Individuen dann, wenn sie ein Feuer angelegt, einen Vergiftungsversuch gemacht haben und dergl.: es habe nur ein bisschen brennen, die Betreffenden hätten nur etwas übel, nicht ernstlich krank werden sollen und dergl. m.

Auch bei der Ausführung der betreffenden Handlung lässt sich die Schwäche dieser Individuen vielfach aus der unpraktischen, unvorsichtigen Art ihres Vorgehens entnehmen; dies gilt besonders auch von den schwachsinnigen Schwindlern, deren „Raffiniertheit“ nur für eine ganz bestimmte strafbare Handlung ausreicht, die dementsprechend, sobald sie in Freiheit kommen, stets denselben Trick wiederholen; diese „Armut der Erfindung“ zeigte sich bei einem Kranken meiner Beobachtung z. B. darin, dass er immer wieder Spielmarken für Gold auszugeben



versuchte und sich dadurch stets sofort wieder verriet; sie zeigt sich auch in den plumpen Simulationsversuchen dieser Individuen. In vielen dieser Fälle wird sodann das gleichzeitige Vorhandensein unzweifelhafter degenerativer Züge und eindeutiger psychisch nervöser Krankheitszeichen (körperliche Entwicklungs-Hemmungen, hysterische und epileptische Anfälle), insbesondere auch ein periodischer Wechsel des Grades, in welchem sich die betreffenden abnormen Willensäusserungen zu verschiedenen Zeiten bemerkbar machen, zum Nachweis der krankhaften Störung heranzuziehen sein. Endlich ist die Intensität der durch keine genügend hemmenden Vorstellungen eingedämmten Triebe zu berücksichtigen und der Nachweis zu versuchen, dass neben dem Intelligenzdefekt ein aktives, treibendes Element vorhanden ist, welches zu entsprechender Bethätigung drängt.

Für die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit ist mit der Darlegung des vorhandenen Schwachsinnus nur in den schweren Fällen etwas ausgesagt; in allen übrigen bedarf es des weiteren Nachweises, dass der vorhandene Krankheitszustand auch in dem vom Strafgesetz geforderten Grade die Willensäusserungen des Individuums beeinflusst. In dieser Hinsicht ist nicht nur das habituelle Verhalten der Schwachsinnigen sondern auch ihre Neigung zu Ausnahme-Zuständen transitorischer Art zu beachten.

Was das Erstere betrifft so ergibt die Anstaltsbeobachtung vielfach zu günstige Resultate, da es auch erheblich Schwachsinnigen nicht selten möglich ist, sich dem Anstaltregime zu fügen, während sie in der Freiheit infolge ihrer Urteilschwäche und erhöhten Bestimmbarkeit fast unmittelbar auf Abwege geraten; auch die mehr theoretische Intelligenzprüfung in der Anstalt führt bei den leichteren Fällen vielfach zu einer Ueberschätzung der thatsächlich vorhandenen Fähigkeiten. —

Umgekehrt erscheinen aber diese Individuen auch nicht selten in der Anstalt schwächer als in der Freiheit, wo sie vielleicht im Stande sind, an sie gestellten, bescheidenen praktischen Anforderungen zu genügen, während sie in der Anstalt stumpf und interesselos scheinen. Man kann deshalb mit Recht sagen (Simon), dass der Schwerpunkt für die Erkennung solcher Fälle nicht sowohl in der Beobachtung, als in der Anamnese liegt. Demgemäss wird im Allgemeinen weniger Werth auf die Frage zu legen sein, wie das betr. Individuum bei einer theoretischen Intelligenz-Prüfung besteht, als darauf, ob es nach den gemachten Erfahrungen noch im Stande ist, eine praktische Thätigkeit, die eine gewisse Verantwortlichkeit und Selbständigkeit in sich schliesst, regelrecht auszuüben. Hierbei kann auch die Beurteilung der Fähigkeiten des Betreffenden durch seine Kollegen und Standesgenossen mit Vorteil berücksichtigt werden. Auf diese Weise wird man den am schwersten zu beurteilenden Grenzfällen, bei denen die Entscheidung zwischen schon krankhaftem Schwachsinn und noch „gesunder“ Beschränktheit immer konventionell sein wird, noch am Besten gerecht werden.

Schliesslich könnte unter Umständen auch die Erwägung herangezogen werden, ob nach der Art des speziellen Falles anzunehmen ist, dass die Strafe weiteren verbrecherischen Antrieben gegenüber hemmend wirken möchte.

Es bedarf keiner weiteren Erwähnung, dass das Gesagte sich nicht auf die schweren Fälle bezieht, in denen die objektive Untersuchung meist ohne Schwierigkeit zur Klarstellung genügen wird.

Unter den transitorischen Störungen, zu denen die Schwachsinnigen disponiert sind, kommen besonders Affektzustände und die Erscheinungen der pathologischen Alkoholreaktion in Betracht. Auch wenn das habituelle Verhalten nicht genügt, um die Zurechnungsfähigkeit auszuschliessen, wird bei nachgewiesenem Schwachsinn eine im Affekt oder unter Alkoholwirkung ausgeführte strafbare Handlung unter den Schutz des § 51 fallen. Unter diesen Umständen kann im gegebenen Falle sogar eine verschiedene Beurteilung des betr. Individuums notwendig werden, je nachdem es sich z. Z. der That unter dem Einfluss dieser Schädlichkeiten befunden hat oder nicht. —

Besondere Beachtung verdienen endlich die oben eingehend besprochenen, mit mässiger Erregung oder auch schleichend entstehenden Schwächezustände des Pubertätsalters, welche zu mannigfachen Konflikten mit dem Strafgesetz führen können und grade in ihren weniger ausgesprochenen Formen leicht übersehen werden.

## Litteraturverzeichnis.

---

### Die Lehrbücher der Psychiatrie und forensischen Psychiatrie (vergl. S. 554).

Ausserdem:

### Abschnitt III. Seelenstörungen bei chronischen Vergiftungen.

#### Kapitel I. Alkoholismus.

- Baer, Der Alkoholismus. Berlin. 1878.
- Bleuler, Der Alkohol im Strafrecht. Internat. Monatsschrift zur Bekämpfung der Trinksitten. 1900. H. 7.
- Bonhöffer, Klinische und anatom. Beiträge zur Kenntnis der Alkoholdelirien. Monatsschrift für Psychiatrie. Bd. I. S. 229.
- Derselbe, Der Geisteszustand der Alkoholdeliranten. Breslau 1898.
- Bratz, Alkohol und Epilepsie. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 56. S. 334.
- Drouet, Recherches sur l'épilepsie alcoolique. Ann. méd. psych. 1875.
- Fialowski, Brandstiftung — Freisprechung — Alkoholismus. Allg. Wien. med. Ztg. 1899. 9.
- Forel, Die forensische Beurteilung der Säufer. Aerztl. Sachverständ.-Ztg. 1899. S. 192.
- Fürstner, Ueber Albuminurie bei Alkoholisten. Arch. f. Psych. Bd. VI.
- Grotjahn, Der Alkoholismus nach Wesen, Wirkung u. Verbreitung. Leipzig 1898.
- Gudden, Klin. und anatom. Beiträge zur Kenntnis der multip. Alkoholneuritis. Archiv für Psych. XXVIII. 3.
- Heilbronner, Ueber patholog. Rauschzustände. Münch. med. Wochenschr. 1901.
- Hoppe, Wiederholte Brandstiftung unter dem Einfluss des Alkohols. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 57. 5.
- Jacobson, Ueber die Pathogenese des Del. trem. Allg. Zeitschr. f. Psych. 1898. Bd. 54. S. 221.
- Ilberg, Der acute hallucinator. Alkohol-Wahnsinn. Festschrift des Stadtkrankenhauses zu Dresden 1899.
- Jolly, Ueber die psychischen Störungen bei Polyneuritis. Char. Ann. XXII.
- Derselbe, Ueber Trunksucht in Bezug auf Zurechnungsfähigkeit. Versammlung des Vereins deutscher Irrenärzte zu Weimar 1891.
- Derselbe, Discussion zur Paranoia. Allgem. Z. f. Ps. Bd. 51.
- Korsakoff, Eine psych. Störung combinirt mit multipler Neuritis. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 46. — Erinnerungstäuschungen (Pseudoreminiscenzen bei polyneurit. Psychose.) Allg. Z. f. Ps. 47. s. auch Archiv für Psych. Bd. XXI., Bd. XXIII.
- v. Krafft-Ebing, Arbeiten aus dem Gesamtgebiet der Psychiatrie und Neuropathol. 1898. Heft 3.



- Liepmann, Ueber die Delirien der Alkoholisten und über künstlich bei ihnen hervorgerufene Visionen. Arch. f. Psych. Bd. XXVII.
- Derselbe, Ueber Albuminurie etc. und andere körperliche Symptome des Delir. tremens. Arch. f. Psych. XXVIII.
- Magnan, Ueber den Alkoholismus. Psychiatr. Vorlesungen. VI. 1894. (Deutsch von Möbius).
- Mendel, Delirium. Eulenburg's Real-Encycl. 3. Aufl. 1895.
- Derselbe, Alkoholpsychosen. Handbuch der pract. Med. Bd. V. 1901.
- Moeli, Ueber irre Verbrecher. Berlin. 1888.
- Derselbe, Statist. u. Klinisches über Alkoholismus. Charité-Annalen. 1884.
- Derselbe, Eine Bemerkung zur Säuferepilepsie. Neurol. Centralbl. 1885.
- Derselbe, Schwere Verletzung der Ehefrau in einem Zustande von Bewusstlosigkeit. Sitz.-Ber. des Berl. psych. Vereins. 12. XII. 96.
- Derselbe, Ueber einen Fall von Amnesie. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 54. S. 717.
- Derselbe, Ueber die vorübergehenden Zustände abnormen Bewusstseins in Folge von Alkoholvergiftung und über deren forens. Bedeutung. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 57. 2. u. 3.
- Mönckemöller, Casuistischer Beitrag zur sogenannten polyneurit. Psychose. Allg. Zeitschr. für Psych. 54.
- Naecke, Beiträge zur Lehre des Delir. trem. potatorum. Arch. f. klin. Med. 1880. XXV.
- Nasse, Ueber den Verfolgungswahnsinn der geistesgestörten Trinker. Allgem. Zeitschrift für Psych. 34.
- Neisser, Motivirtes Gutachten. Allg. Zeitschr. f. Psych. 53.
- Neumann, Ueber die Beziehungen zwischen Alkoholismus u. Epilepsie. Dissert. Strassburg. 1897.
- Oberdieck, Beitrag zur Kenntnis des Alkoholismus etc. Arch. f. Psych. XXIX.
- Pelman, Trunksucht. Eulenburg's Real-Encycl. 3. Aufl. 1900.
- Richter, Zwei motivirte Gutachten über chronische Alkoholisten. Vierteljahrsschr. für gerichtl. Med. 1890.
- Rhode, Ueber polyneurit. Psychose. Zeitschr. für prakt. Aerzte. 1898.
- Sander u. Richter, Die Beziehungen zwischen Geistesstörung und Verbrechen. Berlin 1886.
- Schlöss, Ein Fall wiederholter Brandlegung unter Einfluss des Alkohols. Wien. kl. Wochenschrift. 1898. No. 32.
- Siemerling, Statist. u. klin. Mittheilungen über Alkoholismus, insbesondere über die Rückfälligkeit der Trinker. Char. Ann. 1891.
- Sullivan W. C., Alcoholic Homicide. Journ. of ment. sc. 46. Oktbr. 1900.
- Tiling, Ueber die bei der alkohol. Neuritis multiplex beobachtete Geistesstörung. Allg. Zeitschrift f. Psych. Bd. 46. Ausserdem ibid. Bd. 48 u. Alt's Sammlung zwangloser Abhandlungen pp. 1897, H. 2.
- Wartmann, Alkoholismus und Epilepsie in ihren wechselseitigen Beziehungen. Archiv für Psych. XXIX.
- Ziehen, Neuere Arbeiten über pathologische Unzurechnungsfähigkeit. Referat. Monatsschrift für Psychiatrie und Neurolog. Bd. II.

## Kapitel II. Morphinismus. Cocainismus.

- Cohn, Die zivilrechtliche Bedeutung der Morphiumsucht. Aerztl. Sachverständigenzeitung 1899.
- Erlenmeyer, Die Morphiumsucht und ihre Behandlung 1897.
- Derselbe, Ueber Cocainsucht. Deutsche medicin. Zeitung 1886.
- Heymann, Ueber Intoxikation durch Cocain. Centralbl. f. Nervenheilkunde 1885.
- Kaan, Moralische Depravation bei chronischem Morphinismus. Internat. klin. Rundschau 1891.
- Levinstein, Die Morphiumsucht. Berlin. 1880.

- Lewin, Ein forensischer Fall von chronischem Cocainismus. Neurol. Centralbl. 1891.  
 Obersteiner, Die Intoxikationspsychosen. Wien. Klin. 1886.  
 Rodet, Morphiomanie et Morphinisme. Paris 1897.  
 Schmidbauer, Ueber den Einfluss des Morphinismus auf die zivil- und strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit. Friedreichs Blätter 1886.

## Abschnitt IV. Seelenstörungen bei Neurosen.

### Kapitel I. Epilepsie.

- Alzheimer, Ueber rückschreitende Amnesie bei der Epilepsie. Allgem. Zeitschr. f. Psych. Bd. 53.  
 Bechterew, Epilepsie und epileptische Anfälle in Form von Angstzuständen. Neur. Centralblatt 1898. 24.  
 Binswanger, Artikel: Epilepsie. Eulenburg's Realencycl. 3. Aufl.  
 Derselbe, Die Epilepsie. Nothnagel's Handbüch.  
 Bregman, Ueber den automatisme ambulateur. Neurol. Centralbl. 1899. 17.  
 Buchholz, Paranoia bei Epilepsie. Leipzig 1897. Habil. Schrift.  
 Burgl. Eine Reise in die Schweiz im epileptischen Dämmerzustande und die transitorischen Bewusstseinsstörungen der Epileptiker vor dem Strafrichter. Münch. med. Wochenschr. 1900. No. 37.  
 Cramer, A., Die Behandlung der Grenzzustände in foro usw. Berl. klin. Wochenschr. 1900. No. 47, 48.  
 Derselbe, Die Beziehungen des Exhibitionismus zum § 51 des St.G.B. Aerztl. Sachverständ. Zeitung. 3. Jahrg.  
 Diskussion, Kraepelin, Tuczek, Fürstner, Siemerling, Aschaffenburg, Stark, Thomsen, Schüle, Ludwig. Allgem. Zeitschr. f. Psych. 52. 1896. S. 1120.  
 Donath, Der epileptische Wandetrieb (Poriomanie). Arch. f. Psych. Bd. XXXII.  
 Falret, Etat mental des épileptiques 1860.  
 Feige, Die Geistesstörungen der Epileptiker. Vierteljahrsschr. f. gerichtl. Medizin. 1895 (mit zahlreichen Litteraturangaben).  
 Féré, Les Epilepsies et les Epileptiques. Paris 1890. (Deutsch von Ebers.)  
 Fürstner, Zur epileptischen Geistesstörung. Arch. f. Psych. Bd. XIII. 715.  
 Gnauck, Ueber die Entwicklung von Geisteskrankheiten aus Epilepsie. Arch. f. Psych. Bd. XII. 357.  
 Gowers, Epilepsy and other chronic convulsive diseases. London 1881.  
 Griesinger, Ueber einige epileptoide Zustände. Arch. f. Psych. I.  
 Hitzig, Zur Geschichte der Epilepsie. Arch. f. Psych. Bd. 29 u. 30.  
 Hochhaus, Ueber frühzeitige Verkalkung der Hirngefäße als Ursache von Epilepsie. Neurol. Centralbl. 1898.  
 Hoffmann, Fr., Ueber die Einteilung der Geisteskrankheiten in Siegburg. Allgem. Zeitschr. f. Psych. XIX.  
 Hoffmann, Todtschlag im epileptischen Dämmerzustand. Friedreich's Blätter 1897. 3.  
 Jolly, Traumatische Epilepsie und ihre Behandlung. Char. Ann. XX.  
 Derselbe, Epilepsie. Handbuch der prakt. Medizin. Bd. IV. 1901.  
 Kirn, Die epileptischen Geisteszustände mit Bezug auf die Strafrechtspflege. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 52. 1895.  
 v. Krafft-Ebing, Ueber epileptoide Dämmer- und Traumzustände. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. XXXIII.  
 Derselbe, Ueber Dämmer- und Traumzustände. Arbeiten aus dem Gesamtgebiet usw. II. III. 1898.

- Legrand du Saulle, Etude médico-légale sur les épileptiques. 1877.
- Lüth, Die Spät-Epilepsie. Allg. Zeitschr. f. Psych. 56. 4.
- Mendel, Ueber Epilepsie. Deutsche med. Wochenschr. 1884. No. 39.
- Derselbe, Ueber präepileptisches Irresein. Arch. f. Psych. XVI. S. 282.
- Derselbe, Epileptische Psychosen. Handbuch der prakt. Medicin. Bd. V. 1901.
- Moeli, s. die Literatur des Alkoholismus.
- Parant, Les impulsions irrésistibles des épileptiques. Arch. cliniqu. de Bordeaux. 1895.
- Pick, Klinik der epileptischen Bewusstseinsstörungen. Zeitschr. f. Heilkunde. X.
- Derselbe, Vom Bewusstsein in Zuständen sogenannter Bewusstlosigkeit. Archiv für Psych. XV.
- Derselbe, Ueber die sogenannte Re-Evolution nach epileptischen Anfällen. Arch. f. Psych. Bd. XXII.
- Redlich, Ueber senile Epilepsie. Wien. med. Pr. 1900.
- Samt, Epileptische Irreseinsformen. Arch. f. Psych. Bd. V u. VI.
- Sander, W., Ueber die forensische Bedeutung der Epilepsie. Diskussion. Arch. f. Psych. Bd. V. S. 278 ff.
- Schelowsky, Beiträge zur Kenntnis der Beziehungen zwischen Epilepsie und Verbrechen usw. Diss. Leipzig. 1895. (Referat: Sachverständigen-Zeitung 1896.)
- Schultze, E., Beitrag zur Lehre von den pathologischen Bewusstseinsstörungen. Allgem. Zeitschr. f. Psych. Bd. 55.
- Derselbe, Ueber epileptische Aequivalente. Münch. med. Wochenschr. 1900.
- Seiffer, Ueber Exhibitionismus. Arch. f. Psych. XXXI.
- Siemerling, Ueber die transitorischen Bewusstseinsstörungen der Epileptiker in forensischer Beziehung. Berl. klin. Wochenschr. 1895.
- Derselbe, Kasuistischer Beitrag zur forensischen Beurteilung der traumatischen Epilepsie mit konsekutiver Geistesstörung. Tübingen 1895.
- Derselbe, Kasuistische Beiträge zur forensischen Psychiatrie. Arch. f. Psych. XXV.
- Sommer, Postepileptisches Irresein. Arch. f. Psych. Bd. XI.
- Strassmann, Kasuistische Beiträge zur Lehre von den epileptoiden Zuständen. Vierteljahrsschrift für gerichtl. Med. 1895.
- Unverricht, Die Epilepsie. Monatsschr. f. Psych. u. Neurol. II.
- Velde, Zur Lehre des psychisch-epileptischen Aequivalents. Diss. Berlin. 1888.
- Werther, Die Epilepsie und ihre forensische Bedeutung. Sitzung der forensisch-psych. Vereinigung zu Dresden 1896. Allg. Zeitschr. f. Psych.
- Westphal, C., Superarbitrium. Vierteljahrsschr. für gerichtl. Med. 1883 und Gesammelte Abhandlungen. I. S. 468 ff.
- Derselbe, Eigentümliche mit Einschlafen verbundene Anfälle. Archiv für Psych. Bd. VII. 3.
- Wildermuth, Epileptisches Irresein. Württemberg. Korrespondenzbl. 1890.
- Derselbe, Die epileptische Geistesstörung in Bezug auf die Strafrechtspflege. Allg. Zeitschr. f. Psych. 52. 1895.
- Derselbe, Zur Aetiologie der Epilepsie. Festschr. des Stuttgarter Aerztl. Vereins 1897. (Referat: Sachverständigen-Zeitung 1897.)
- Ziehen, Neuere Arbeiten über pathologische Unzurechnungsfähigkeit. Monatsschr. f. Psych. u. Neurol. I.

## Kapitel II. Hysterie.

- Breuer und Freud, Studien über Hysterie. 1895.
- Charcot, Klinische Vorträge über Krankheiten des Nervensystems. Deutsch von Fetzner. Stuttgart 1874.



- Derselbe, Leçons sur les maladies du système nerveux. Paris 1883 u. 1887.
- Erler, Hyster. und hysteroepilept. Irresein. Allg. Zeitschr. f. Psych. 35.
- Fürstner, Die Zurechnungsfähigkeit der Hysterischen. Arch. f. Psych. Bd. 31. H. 3.
- Ganser, Ueber einen eigenartigen hysterischen Dämmerzustand. Archiv für Psych. Bd. 30.
- Gilles de la Tourette, Traité de l'hystérie. 1895.
- Hitzig, Ueber einen durch Strabismus und andere Augensymptome ausgezeichneten Fall von Hysterie. Berl. klin. Wochenschr. 1897. 7.
- Huchard, Caractère, moeurs, état mental des hystériques. Arch. de Neurologie. III. 1882.
- Janet, Der Geisteszustand der Hysterischen. 1894.
- Jolly, Hysterie. Handb. d. prakt. Medicin. Bd. IV. 1901.
- Karplus, Ueber Pupillenstarre im hyster. Anfall. Wien. klin. Wochenschr. 1896. 52.
- v. Krafft-Ebing, Ueber Dämmer- und Traumzustände. Arbeiten aus dem Gesamtgebiet etc. III. Heft. 1898.
- Derselbe, Ueber Ecmnesie. Ebendas.
- Derselbe, Ueber retrograde allgemeine Amnesie.
- Löwenfeld, Pathologie und Therapie der Neurasthenie und Hysterie. Wiesbaden 1894.
- Magnan, Délires dans l'épilepsie et l'hystérie. Progrès med. 1896.
- Mendel, Hysterische und hysteroepileptische Psychosen. Handb. d. prakt. Med. Bd. V.
- Morawczik, Das hysterische Irresein. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 50.
- Nonne und Beselin, Ueber Contractur- und Lähmungszustände der exterioren und interioren Augenmuskeln bei Hysterie. Festschrift des ärztl. Vereins zu Hamburg. 1896.
- Oppenheim, Lehrbuch der Nervenkrankheiten. 2. Aufl. 1898.
- Raecke, Beitrag zur Kenntnis des hyster. Dämmerzustandes. Allg. Zeitschr. f. Psych. 58.
- Steffens, Ueber drei Fälle von „Hysteria magna“. Arch. f. Psych. 33. 3.
- Derselbe, Ueber Hystero-Epilepsie. Ebendas.
- Westphal, A., Beiträge zur forensischen Psychiatrie. Char.-Ann. XXI.
- Derselbe, Ueber Pupillenerscheinungen bei Hysterie. Berliner klinische Wochenschr. 1897. 47 u. 48.
- Ziehen, Neuere Arbeiten über pathologische Unzurechnungsfähigkeit. Monatsschr. f. Psych. u. Neurologie. Bd. II.

### Kapitel III. Neurasthenie.

- Binswanger, Pathologie und Therapie der Neurasthenie. Jena 1896.
- Fürbringer, Die Störungen der Geschlechtsfunktionen des Mannes. Nothnagel's Handbuch. 1896.
- Ganser, Die neurasthenische Geistesstörung. Festschrift des Stadtkrankenhauses zu Dresden. 1899.
- Hecker, Ueber larvierte und abortive Angstzustände. Centralbl. für Nervenheilkunde. 1893.
- Jolly, Neurasthenie. Handbuch der prakt. Med. IV. Bd. 1901.
- v. Kaan, Der neurasthen. Angstaffekt. Jahrb. f. Psych. XI. 1893.
- v. Krafft-Ebing, Nervosität und neurasthenische Zustände. Wien 1895.
- Derselbe, Ueber transitor. Irresein auf neurasthenischer Grundlage. Ueber Dämmer- und Traumzustände. Ueber Geistesstörung durch Zwangsvorstellungen. Arbeiten aus dem Gesamtgebiet usw. Heft I—IV. 1897—1899.
- Löwenfeld, Pathol. und Ther. der Neurasthenie und Hysterie. Wiesbaden. 1893.
- Neisser, Bemerkung über Bewusstseinseinengung bei Neurasthenikern. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 51. S. 1008.

## Abschnitt V. Geistige Schwächezustände.

### Kapitel I. Entwicklungshemmungen.

- Baer, Der Verbrecher in anthropologischer Beziehung. Leipzig. 1893.  
 Binswanger, Ueber die Beziehungen des moralischen Irreseins zu der erblich degenerativen Geistesstörung. Volkmanns Sammlung. No. 299.  
 Bleuler, Die Lehre vom Verbrecher. Aerztl. Monatsschrift. Jan. 1898.  
 Derselbe, Ueber moral. Idiotie. Vierteljahrsschrift f. gerichtl. Medizin. 1893.  
 Buchholz, Ueber die Aufgaben des ärztlichen Sachverständigen bei der Beurteilung Imbeciller. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 57.  
 Cramer, Die Behandlung der Grenzzustände in foro. Berl. Kl. W. 1900. No. 47 u. 48.  
 Derselbe, Moralische Idiotie. München med. W. 1898. 46.  
 Delbrück, A., Die patholog. Lüge und die psych. abnormen Schwindler. 1891.  
 Dornblüth, Zur Lehre von den Geistesstörungen der Entarteten. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 50.  
 Emminghaus, Die psychischen Störungen im Kindesalter. 1887.  
 Jolly, Gutachten der Wissenschaftl. Deputation für das Medizinalwesen. Vierteljahrsschr. f. gerichtl. Med. 1892.  
 Knecht, Ueber den Wert der Degenerationszeichen bei Geisteskranken. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 54. (Diskuss. Pelman, Baer, Forel.)  
 Koch, Psychopathische Minderwertigkeiten. Ravensburg. 1891.  
 Koeppen, Ueber die pathol. Lüge. Char. Ann. XXIII.  
 Kreilsheimer, Idiotie und Imbecillität. Strassburg. 1896.  
 Leppmann, Diskussion zu Sommer l. c.  
 Mendel, Idiotismus. Handbuch der prakt. Medizin. V. Bd. 1901.  
 Meyer, L., Die Stellung der Geisteskrankheiten und verwandter Zustände zur Kriminalgesetzgebung. Arch. f. Psych. II.  
 Meynert, Gehirn und Gesittung. Naturforscher-Versammlung. 1888.  
 Moeli, Ueber irre Verbrecher. S. oben.  
 Derselbe, Lüge und Geistesstörung. Allgem. Zeitschr. f. Psych. Bd. 48.  
 Naecke, Zur Frage der sogen. Moral insanity und weiteres zum Kapitel der Moral insanity. Neurolog. Centralbl. 1896.  
 Pelman, Gutachten über den Gemütszustand der Margarethe E. Irrenfreund. 1897. No. 9 u. 10.  
 Reimer, Moral. Irresein. Deutsche med. Wochenschr. 1878.  
 Sander und Richter, Die Beziehungen zwischen Geistesstörung und Verbrechen.  
 Sollier, Der Idiot und der Imbecille. Deutsch von Brie. 1891.  
 Sommer, Die Criminal-Psychologie. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 51. (Diskuss.: Pelman, Kurella, Leppmann, Mendel, Naecke, Sommer.)  
 Tiling, Ueber angeborene moralische Degeneration oder Perversität des Charakters. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 52.

### Kapitel II. Verblödungsprozesse.

- Aschaffenburg, Die Katatoniefrage. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 54. (Diskuss.: Sommer, Bleuler, Kreuser, Vorster, Kraepelin.)  
 Daraszkievicz, Ueber Hebephrenie, insbesondere deren schwere Formen. Diss. Dorpat 1892.  
 Hecker, Hebephrenie. Virchow's Archiv 52. 1871.  
 Ilberg, Die Bedeutung der Katatonie. Allg. Zeitschr. f. Psych. Bd. 55.  
 Kahlbaum, Die Katatonie oder das Spannungsirresein. 1874.  
 Derselbe, Ueber Heboidophrenie. Allg. Zeitschr. f. Psych. 46.

- Kraepelin, Zur Diagnose und Prognose der Dementia præcox. Neurolog. Centralbl. 1899.  
(Dasselbst Diskuss.: Siemerling, Rieger, Thomsen, Aschaffenburg, Sommer,  
Kreuser.)
- Meyer, Beitrag zur Kenntniss der akut entstandenen Psychosen und der katatonischen Zustände.  
Arch. f. Psych. XXXII.
- Neisser, Ueber die Katatonie 1877.
- Derselbe, Ueber das Symptom der Verbigeration. Allgem. Zeitschr. f. Psych. Bd. 46.
- Schüle, Zur Katatoniefrage. Allgem. Zeitschr. f. Psych. Bd. 54.
- Simon, Ein Beitrag zur Kenntniss der Militärpsychosen. 1898.
- Trömner, Das Jugendirresein (Dementia præcox). Alt's Sammlung. Bd. III. H. 5.
- Wille, Die Psychosen des Pubertätsalters. Leipzig-Wien 1897.
-



# Sachregister.

## Verzeichnis der wörtlich angeführten Paragraphen-Texte.

<b>Strafgesetzbuch.</b>			§ 73. S. 128.	§ 109. S. 167.
§ 51. S. 16, 76.	§ 74. S. 134.	§ 110. S. 167.	§ 75. S. 129.	§ 111. S. 168.
§ 55. S. 49, 76.	§ 76. S. 128.	§ 112. S. 170, 171.	§ 77. S. 139.	§ 113. S. 171.
§ 56. S. 51, 77.	§ 79. S. 134.	§ 115. S. 297.	§ 80. S. 130.	§ 131. S. 165, 170.
§ 57. S. 51, 77.	§ 81. S. 131.	§ 165. S. 174.	§ 82. S. 133.	§ 27. S. 374.
§ 58. S. 68, 77.	§ 83. S. 134.	§ 28. S. 374.	§ 84. S. 135.	§ 32. S. 374.
§ 59. S. 97.	§ 85. S. 138.	§ 303. S. 333.	§ 203. S. 141, 626.	§ 304. S. 333.
§ 65, 3. S. 119.	§ 293. S. 140.	§ 325. S. 333.	§ 298. S. 141.	§ 331. S. 333.
§ 174, 3. S. 94.	§ 485, 2. S. 144.	§ 333. S. 339.	§ 487. S. 144.	§ 334. S. 340.
§ 175. S. 95 u. 495.	§ 488. S. 144.	§ 336. S. 333, 334.	§ 493. S. 144.	§ 337. S. 334.
§ 176, 2. S. 96.	<b>Bürgerliches Gesetzbuch.</b>			§ 1569. S. 350.
§ 177. S. 103.	§ 1. S. 179.	§ 1631. S. 233.	§ 2. S. 163.	§ 1906. S. 319.
§ 178. S. 103.	§ 6, 1. S. 231.	§ 1910. S. 321.	§ 6, 3. S. 305.	§ 2229. S. 363.
§ 183. S. 500.	§ 6, Abs. 2. S. 298.	§ 2230. S. 363.	§ 8. S. 175.	§ 2253. S. 363.
§ 217. S. 29.	§ 104. S. 268.	<b>Zivilprozessordnung.</b>		
§ 222. S. 111.	§ 104, 2. S. 218.	§ 612. S. 333.	§ 105, A. 1. S. 165.	§ 623. S. 350.
§ 223. S. 115.	§ 105, A. 2. S. 197.	§ 645—674. S. 283—286.	§ 107. S. 166.	§ 675—679. S. 303.
§ 224. S. 104.	§ 108. S. 167.	§ 680—687 S. 316, 317.	§ 225. S. 123.	
§ 225. S. 104.			§ 72. S. 127.	
§ 228. S. 105.				
§ 230. S. 110.				
§ 300. S. 119.				
§ 361, 9. S. 49.				
<b>Militär-Strafgesetzbuch.</b>				
§ 49, 2. S. 20.				
§ 50. S. 51.				
<b>Strafprozessordnung.</b>				
§ 52, 3. S. 128.				
§ 56. S. 123.				
§ 72. S. 127.				

## Verzeichnis der im Texte behandelten Paragraphen.

<b>Strafgesetzbuch.</b>			36, 41, 42, 43, 44, 45, 77,	454, 455, 456, 473, 475,
§ 40. S. 593.	138, 140, 142, 181, 185,	479, 498, 504, 513, 524,	186, 188, 190, 191, 197,	529, 533, 534, 551, 552,
§ 41. S. 593.	198, 199, 200, 201, 218,	570, 576, 582, 585, 593,	219, 221, 222, 225, 242,	594, 615, 616, 621, 626,
§ 42. S. 593.	247, 379, 382, 400, 450,	656, 694, 697, 713.		
§ 51. S. 13 ff., 22, 29, 30, 33,				

§ 52. S. 491, 504.  
 § 53. S. 453, 505.  
 §§ 55, 56, 57. S. 47 ff., 77, 377, 378.  
 § 58. S. 68 ff., 77.  
 § 59. S. 97.  
 § 65. S. 119, 177.  
 § 121. S. 112.  
 § 142. S. 116.  
 § 170. S. 344.  
 § 174. 3. S. 94 ff.  
 § 175. S. 95, 495 ff.  
 § 176. 1. S. 98.  
 § 176. 2. S. 24, 96, 98, 571.  
 § 176. 3. S. 98.  
 § 177. S. 103.  
 § 178. S. 103.  
 § 183. S. 500.  
 § 199. S. 453.  
 § 213. S. 453.  
 § 217. S. 29, 585.  
 § 222. S. 111.  
 § 223. S. 115.  
 § 224. S. 104 ff., 376.  
 § 225. S. 104 ff.  
 § 228. S. 105 ff.  
 § 230. S. 110 ff.  
 § 233. S. 453.  
 § 239. S. 312.  
 § 300. S. 119 ff.  
 § 361. S. 313.

#### Strafprozessordnung.

§ 52. S. 120, 128.  
 § 56. S. 123.  
 § 58. S. 127.  
 § 59. S. 123.  
 §§ 61, 62, 64. S. 123.  
 § 72—85. S. 127 ff.  
 § 84. S. 138.  
 § 85. S. 138.  
 § 193. S. 129.  
 § 203. S. 141, 625, 626.  
 § 260. S. 127.  
 § 266. S. 140.  
 § 293. S. 140.  
 § 298. S. 141.  
 § 300. S. 141.  
 § 485. S. 144.  
 § 487. S. 30, 144.  
 § 488. S. 144.  
 § 493. S. 144, 145.

#### Militär-Strafgesetzbuch.

§ 49. S. 20.  
 § 50. S. 51.

#### Bürgerliches Gesetzbuch.

§ 1. S. 179.  
 § 2. S. 163.  
 §§ 3—5. S. 163, 262, 334.  
 § 6. 1. S. 231—283, 351.  
 § 6. 2. S. 270, 309, 310.

§ 6. 3. S. 246, 248, 305—315.  
 § 6. A. 2. S. 298—303, 315, 316.  
 § 8. S. 178, 247, 288, 311.  
 § 104. 1. S. 163, 257.  
 § 104. 2. S. 218—231, 264, 268—270, 287, 298, 301, 329, 335, 365, 366, 373.  
 § 104. 3. S. 253, 269.  
 § 105 A. 2. S. 197—218, 222—223, 230, 253, 298, 301, 335, 338—339, 365, 366, 369, 373.  
 § 106. S. 163, 253, 257, 311, 335.  
 § 107. S. 166, 260, 261.  
 § 108. S. 168, 169.  
 § 109. S. 168.  
 § 110. S. 169, 170, 172—173, 264, 266, 272, 300.  
 § 111. S. 169—170, 337.  
 § 112. S. 171—174, 232, 264, 265, 266, 272, 300.  
 § 113. S. 171—174, 232, 264, 265, 266, 272, 300, 319.  
 § 114. S. 253, 311, 335.  
 § 115. S. 265, 287, 297, 320.  
 § 119. S. 162, 200, 214, 340.  
 § 121. S. 170.  
 § 123. S. 130, 214, 217, 252, 340.  
 § 131. S. 165, 170.  
 § 134. S. 161.  
 § 138. S. 161, 162, 213.  
 § 143. S. 160, 162.  
 § 144. S. 162.  
 § 165. S. 174.  
 § 167. S. 160.  
 § 182. S. 167.  
 § 183. S. 166.  
 § 184. S. 166.  
 § 206. S. 176.  
 § 227. S. 375.  
 § 276. S. 375.  
 § 284. S. 160.  
 § 564. S. 160.  
 § 609. S. 160.  
 § 626. S. 172.  
 § 631. S. 171.  
 § 682. S. 176.  
 §§ 823—826. S. 178, 375.  
 § 827. S. 209, 247, 307, 378—382.  
 § 828. S. 164, 377—378, 382.  
 § 829. S. 247, 312, 375, 386.  
 § 830. S. 382.  
 § 831. S. 383.  
 § 832. S. 247, 312, 375, 383—386.  
 § 839. S. 234.  
 § 842. S. 374.  
 § 843. S. 376.  
 § 844. S. 376.  
 § 928. S. 160.

§ 939. S. 176.  
 § 958. S. 160.  
 § 1303. S. 164, 334.  
 § 1304. S. 177, 335.  
 § 1305. S. 164, 262.  
 § 1307. S. 177.  
 § 1317. S. 334, 341.  
 § 1323—1329. S. 331.  
 § 1325. S. 176, 262, 331, 332, 336—339.  
 § 1329. S. 331.  
 § 1330—1343. S. 331.  
 § 1331. S. 176, 332, 337.  
 § 1333. S. 332, 335, 337, 340—349.  
 § 1334. S. 332, 335, 337, 340—349.  
 § 1336. S. 177, 332, 337.  
 § 1337. S. 332, 336.  
 § 1339. S. 335.  
 § 1364. S. 177, 335.  
 § 1418. S. 175, 329.  
 § 1425. S. 176.  
 § 1428. S. 176, 329.  
 § 1437. S. 177.  
 § 1478. S. 362.  
 § 1516. S. 177.  
 § 1542. S. 176, 329.  
 § 1547. S. 176, 329.  
 § 1564. S. 332.  
 § 1565—69. S. 332, 362.  
 § 1566—68. S. 362.  
 § 1569. S. 332, 345, 349—361.  
 § 1575. S. 333.  
 § 1578. S. 333.  
 § 1583. S. 333, 362.  
 § 1586. S. 333.  
 § 1587. S. 333.  
 § 1595. S. 177.  
 § 1598. S. 160, 178.  
 § 1631. S. 118, 247, 311.  
 § 1644. S. 169.  
 § 1676. S. 175.  
 § 1694. S. 175.  
 § 1708. S. 164.  
 § 1728. S. 164.  
 § 1729. S. 177, 178.  
 § 1746. S. 178.  
 § 1747. S. 164, 178.  
 § 1748. S. 178.  
 § 1750. S. 164.  
 § 1751. S. 177.  
 § 1773. S. 235.  
 § 1780. S. 175.  
 § 1781. S. 175, 329.  
 § 1792. S. 175, 329.  
 § 1793. S. 311, 335.  
 § 1800. S. 118, 247, 311.  
 § 1819—1822. S. 173.  
 § 1821—1831. S. 176.  
 § 1821. S. 173.  
 § 1827. S. 164.  
 § 1833. S. 336.

1847. S. 319, 335.  
 1848. S. 319, 329.  
 1865. S. 175.  
 1866. S. 329.  
 1896. S. 311.  
 1897. S. 175, 235, 247, 311,  
 335, 336.  
 1901. S. 335.  
 1906. S. 295, 319—321.  
 1908. S. 287, 320.  
 1909. S. 295, 321, 322,  
 335, 351.  
 1910. S. 235, 246, 313,  
 321—330, 335.  
 1911. S. 313, 327.  
 1915. S. 175, 329, 335.  
 § 1918—1920. S. 329.  
 1945. S. 160.  
 2064. S. 363.  
 2201. S. 176, 329.  
 2225. S. 176.  
 2229. S. 164, 176, 364—  
 366, 373.

### Zivilprozessordnung.

13. S. 288.  
 52. S. 173, 320, 351.  
 53. S. 329.

81. S. 297.  
 348. S. 120.  
 393. S. 164.  
 473. S. 263, 320.  
 477. S. 263, 320.  
 567. S. 295.  
 606. S. 333.  
 612. S. 177, 333.  
 623. S. 332, 350, 351.  
 632. S. 331.  
 639. S. 333.  
 641. S. 177.  
 645. S. 286, 288.  
 646. S. 232, 286—287.  
 647. S. 287, 298.  
 648. S. 288.  
 649. 288, 298.  
 650. S. 288—289.  
 652. S. 289.  
 653. S. 289—290, 298,  
 317.  
 654. S. 266, 290—293,  
 298, 318.  
 655. S. 288, 290—293, 295,  
 298, 350.  
 656. S. 132, 266, 293—294,  
 298.  
 657. S. 294—295, 319.  
 659. S. 295.

660. S. 295, 296.  
 661. S. 265, 296.  
 662. S. 295.  
 663. S. 295.  
 664. S. 296—297, 365.  
 665. S. 296.  
 666. S. 296.  
 668. S. 297.  
 671. S. 297.  
 672. S. 297.  
 675. S. 303, 679.  
 676. S. 303, 304.  
 678. S. 304, 318.  
 679. S. 304.  
 680. S. 317—318, 319.  
 681. S. 318, 366.  
 684. S. 317.  
 685. S. 318.  
 686. S. 317.  
 687. S. 317.

### Einführungsgesetz zum B.G.B.

Art. 34. S. 49, 177.  
 Art. 155. S. 304.  
 Art. 201. S. 352.  
 Art. 210. S. 304.  
 Art. 211. S. 304.  
 Art. 215. S. 364.

### A.

Abnormalität, Begriff ders. 396.  
 Absenzen, siehe Bewusstsein.  
 Abstinenz, siehe Alkoholismus.  
 Abwesenheitspfleger 327.  
 Actio libera in causa 21.  
 Aequivalente, epileptische 660.  
 Aethermissbrauch 306, 485.  
 Aerzte, Fahrlässigkeit 110, 655.  
 — Gefährdung durch Geisteskranke 434, 608.  
 — falsche Beschuldigungen von Ae. 101, 102,  
 426, 427, 434, 608.  
 Affekte 450 ff.  
 — Anomalien bei Entarteten 415.  
 — angenehme 459.  
 — und Bewusstlosigkeit 451.  
 — bei Disponierten 454.  
 — bei Epilepsie 453.  
 — bei Grenzzuständen 536.  
 — Einfluss bei Wahrnehmungen 407.  
 — bei Jugendlichen 54, 55, 453.  
 — körperliche Begleiterscheinungen 451.  
 — Kurve der A. 451.  
 — pathologische 210, 418, 450 ff.  
 — Ursache von Verbrechen 9.  
 — und Wahnideen 435.  
 — bei Zeugenaussagen 407.  
 Affekthandlungen 409, 418, 452.  
 — gerichtl. Bedeutung 454.  
 — und Bewusstlosigkeit 464.

Affekthandlungen bei psychischer Schwäche  
 522.

Affektveranlagung, individuelle 9, 452.

Agoraphobie 509.

Agitation gegen § 175 St.G.B. 487, 496.

Akten, Studium der A. durch den Sachverst.  
 131, 548.

— Wert von Aussagen in den A. 403, 508.

Alkohol (s. a. Trunksucht), strafrechtlich 18 ff.,  
 zivilrechtl. 208, 210, 305 ff.

— und Affekte 455.

— als Genussmittel 482.

Alkoholismus (s. a. Rausch) 482, 633.

— chronischer 634.

— und akuter hall. Wahnsinn 647.

— und abn. Bewusstseinszustände 476, 642.

— Anfechtung der Ehe 345.

— Demenz 515, 516, 636.

— Degeneration, chronische 635.

— Ehescheidung 360.

— Epilepsie 457, 648.

— experimenteller 483, 633.

— Geistesstörung 633 ff.

— impulsive Handlungen 505, 634.

— Korsakow'sche Psychose 650.

— Manie 570.

— Paranoia acuta 648.

— Polyneuritis 650.

— § 177, 178 St.G.B. 103.

— Reaktion path. 457, 637.

— Reizbarkeit 456, 635.

— Schreckhaftigkeit 635.



Alkoholismus, Schwachsinn 705.  
 — Stimmungsanomalien 644.  
 — Trugwahrnehmungen 642.  
 — Veränderungen, körperliche 636, 647.  
 — — psychische 483, 635.  
 — Wahnbildung (s. a. Eifersuchtswahn) 430, 432, 645.  
 Alkoholparalyse 651.  
 Alkoholwirkung 18 ff., 211, 456, 457, 483, 633.  
 Alter, Einfluss bei Zeugenaussagen 404 ff.  
 Altersgrenzen, strafrechtlich 47 ff.  
 — zivilrechtlich 163 ff., 377.  
 — Zusammenstellung von Bestimmungen über A. (strafr.) 56.  
 Altersblödsinn s. Dementia senilis.  
 Amentia 583.  
 Amnesie (s. a. Erinnerung).  
 — Allgemeines 465 ff.  
 — absolute 470.  
 — Bedeutung 470 ff.  
 — bei Epilepsie 678, 681.  
 — interparoxysmelle 673.  
 — relative 470.  
 — retrograde (retroaktive) 266, 441, 467.  
 Anatomie, patholog. d. Selenstörungen 226, 399, 567, 610, 618.  
 Anfechtbarkeit von Rechtsgeschäften 161.  
 Angelegenheiten, Unfähigkeit zum Besorgen ders. 235 ff., 309.  
 Angeklagte, Geisteskranke als A. 110 ff.  
 Angeschuldigte, Einweisung in Irrenanstalt 131.  
 — Geisteskranke als A. 140 ff.  
 Angetrunkenheit 18, 463, 478.  
 Angstaffekt 457 ff.  
 — u. Bewusstlosigkeit 458.  
 — bei Epilepsie 458, 661.  
 — forensische Bedeutung 458.  
 — bei Zwangsvorgängen 513.  
 Angstmelancholie 573.  
 Angstraptus 458, 571, 661.  
 Anschuldigungen, falsche, bei Alkoholisten 646.  
 — — bei Geisteskranken 447.  
 — — nach Hypnose 101.  
 — — bei Hysterie 426, 691, 692.  
 — — nach Narkose 102, 426.  
 Anstaltsbeobachtung (strafrechtlich) 131.  
 — (zivilr.) 293.  
 Anstaltspflege und Entmündigung 248.  
 Anthropophagie 492, 499.  
 Aphasie u. Entm. 282.  
 Apoplexie 624.  
 — und Entm. 276.  
 Apperception 465.  
 Asymmetrien als Entartungs-Zeichen 414.

## B.

Begnädigung, bedingte 61.  
 Begutachtung 133, 270, 292, 344, 349, 350, 545 ff.  
 Belastung, erbliche, s. Erblichkeit.  
 Benommenheit 473.  
 Beobachtung in öffentl. Irrenanstalt 131.  
 — in Heilanstalt 293.  
 Berufsgeheimnis, ärztliches 110 ff.

Beschuldigungen s. Anschuldigung.  
 Beschränktheit 515, 517, 699.  
 Bewegungsdrang 478, 568.  
 Bewusstsein 459 ff.  
 — und Alkoholwirkung 468, 472, 476, 634, 642.  
 — der Aussenwelt 17, 461.  
 — bei Delirien 476.  
 — bei Epilepsie 463, 662 ff.  
 — Gebärender 29, 476.  
 — der Körperlichkeit 461.  
 — der Persönlichkeit 461.  
 — im Traume 466.  
 — und Selbstbewusstsein 17, 461.  
 — Störungen 459 ff.  
 Bewusstseinstrübung 18, 459 ff., 481.  
 — und Angst 458.  
 — „idiopathische passagere“ 209, 477.  
 — und impulsives Handeln 505.  
 Bewusstlosigkeit 17, 459 ff.  
 — und Affekte 451, 455.  
 — im B.G.B. 201 ff.  
 — Diagnose derselben 209, 463 ff.  
 — und Eheschliessung 338.  
 — und § 176, 2 St.G.B. 98, 99.  
 — — § 177, 178 St.G.B. 103.  
 Beziehungswahn 430.  
 Blödsinn (s. a. Idiotie) 32, 515, 658.  
 — moralischer 33, 522 ff.  
 Brandstiftung 703.  
 Brandstiftungstrieb 506.

## C.

Casa di custodia (ital. St.G.B.) 39.  
 Chantage 495.  
 Charakter 8 ff., 396.  
 — epileptischer 456, 658.  
 — hysterischer 690.  
 — habituell misstrauischer 430.  
 Chirurgische Eingriffe bei Geisteskranken, Recht ders. 115 ff.  
 Chloralhydrat 103.  
 Claustrophobie 509.  
 Cocainismus 484, 634 ff.  
 Cocainwahnsinn 655.  
 Collapsdelirium 583.  
 Coma 473.

## D.

Dämmerzustände 472.  
 — epileptische 28, 660, 662, 678, 680.  
 — hysterische 685, 688 ff.  
 — neurasthenische 696.  
 Dégénérés supérieurs 415.  
 Degeneration s. Entartung.  
 Degeneration, psych.-epileptische 658.  
 — der Alkoholisten 483 und der Morphinisten 484.  
 Deliktsfähigkeit 155, 178, 374 ff.  
 Delinquente nato 5, 524.  
 Delirien bei Erschöpfung 475.  
 — bei fieberh. Krankheiten 475.  
 — hysterische 685.

Delirien bei Inanition 475.  
 — transitorische bei Epilepsie 666.  
 — raisonnierende 649, 674.  
 — bei Schmerz 476.  
 — Sinnestäuschungen bei D. 425.  
 — zivilrechtlich 211.  
 Delirium tremens **646 ff.**  
 Dementia paralytica s. progr. Paralyse.  
 — praecox 515, **706.**  
 — — u. Ehescheidung 360.  
 — — u. Merkfähigkeit 441.  
 — juvenilis 706.  
 — senilis **618 ff.**  
 — — Diagnose 619.  
 — — Eheschliessung 338.  
 — — Ehescheidung 360.  
 — — Entmündigung 276.  
 — — Testierfähigkeit 367.  
 — — strafbare Handlungen 620.  
 Demenz 515.  
 Desertion 680.  
 Determinismus 10.  
 Diagnose, gerichtl. Bedeutung **550 ff.**  
 Diebstahl und Menstruation 406.  
 — aus sexuellen Motiven 500.  
 — bei Epilepsie 664, 668.  
 — gewohnheitsmässiger bei Schwachsinn 703.  
 Dipsomanie 28, 208, 306, **483 ff., 644.**  
 Dissimulation von Geisteskrankheit **539 ff.**  
 — bei Melancholie 458, 572.  
 — von Sinnestäuschungen 427.  
 Doppelbewusstsein 476.  
 Doppelt 476.

## E.

Ehe, Anfechtbarkeit 339 ff.  
 — u. erbliche Belastung 347.  
 Ehefähigkeit 262, 331 ff.  
 Ehemündigkeit 334.  
 Eheschliessung und Bewusstlosigkeit **338.**  
 — u. Geistesstörung **333 ff.**  
 Ehescheidung wegen Geisteskrankheit **349 ff.**  
 Eidesfähigkeit 263.  
 — Geisteskranker und Jugendlicher 123.  
 Eifersuchtswahn 432, 645, 655, 691.  
 Einzelhaft 586.  
 Einsicht, notwendige, zur Erkennung d. Strafbarkeit **52, 377.**  
 Einstellung des Verfahrens, vorläufige 141, 626.  
 Entartung **410 ff.**  
 — u. Erblichkeit 413.  
 — u. Geisteskrankheit 418.  
 — u. Grenzzustände 534.  
 — u. impulsive Handlungen 505.  
 — Kennzeichen 414.  
 — Zufälle (Syndromes) 416.  
 Entartungszeichen bei Idiotie 699.  
 Entmündigung **231 ff.**  
 — und Anstaltspflege 248.  
 — und Altersblödsinn 276.  
 — und Aphasie 282.  
 — Antrag 286 ff.  
 — Anstaltsbeobachtung 293.

Entmündigung, Anfechtungsklage 296.  
 — Aethermissbrauch 306.  
 — Beweiserhebung 289.  
 — Dipsomanie 306.  
 — Epilepsie 281.  
 — Fürsorge, einstweilige 294.  
 — Gemeingefährlichkeit 242.  
 — wegen Geisteskrankheit **231 ff.**  
 — — Geistesschwäche **231 ff.**  
 — — Hysterie 281.  
 — — Manie 280.  
 — — Melancholie 280.  
 — — Morphinismus 307.  
 — — progr. Paralyse 278.  
 — — period. Störungen 280.  
 — — Schwachsinn 275.  
 — — Schlaganfall 276.  
 — und Sinnestäuschungen 279.  
 — und Stimmungsanomalien 280.  
 — Sachverständigen-Thätigkeit 290.  
 — bei Taubstummheit 283.  
 — Termin 290.  
 — Unterscheidung von Geisteskrankheit und Geistesschwäche bei derselben **253 ff.**  
 — Verhältnis der E. zu § 104, 2 268.  
 — und Verwirrtheit 279.  
 — und Wahnideen 276, 429, 433.  
 — Wirkung im Allgemeinen 252.  
 — Zwangsvorstellungen 279.  
 — zirkuläres Irresein 280.  
 Entmündigungsverfahren **283 ff.**  
 Entmündigung (wegen Geistesstörung),  
 — Wiederaufhebung **298 ff.**  
 — — bei man. depr. Irresein 302.  
 — — bei Paranoia 302.  
 — — bei progressiver Paralyse 301.  
 — — bei Schwachsinn 302.  
 Entmündigung wegen Trunksucht **305 ff., 336.**  
 — u. Aethermissbrauch 306.  
 — u. Dipsomanie 306.  
 — Sachverständigenfähigkeit 314.  
 — Unterschiede von der E. wegen Geistesstörung **317 ff.**  
 — Wiederaufhebung 315.  
 — Wirkungen derselben **311 ff.**  
 Entweichung von Geisteskranken und zur Beobachtung Eingewiesenen: Haftung für E. **110 ff., 112.**  
 Entwicklungshemmungen, geistige **698 ff.**  
 Epilepsie **657 ff.**  
 — Absenzen 663.  
 — Angst 458.  
 — Anfälle, klassische 674.  
 — acute transitorische Geistesstörung 659.  
 — Alkohol-E. 648.  
 — Aura 675.  
 — Bewusstsein 463, 677.  
 — Charakter 658.  
 — Diagnose 675.  
 — Diebstähle 664, 668.  
 — Differentialdiagnose gegen Hysterie 676.  
 — Dipsomanie 483 ff., 644 ff.  
 — Ehescheidung 360.  
 — Entmündigung 281.

Epilepsie, Exhibitionismus 502, 664.  
 — epileptoide Zustände 675.  
 — Hallucinationen 670.  
 — Handlungen, impulsive 505.  
 — geschlechtliche Vergehen 490, 502, 664.  
 — paranoide Zustände 674.  
 — Poromanie 666.  
 — Schwindel 675.  
 — Schweisse 675.  
 — Siechtum oder Geisteskrankh. (strafr.) 106, 109.  
 — Stupor 671.  
 — zivilrechtlich 207, 211, 281.  
 — Zungenbiss 675.  
 Epileptiker, psych. Degeneration 658.  
 — Gefährlichkeit 113.  
 Erblichkeit 410 ff.  
 — und Entartung 413.  
 — und Syphilis 413.  
 — forensische Bedeutung 410 ff., 548.  
 Erfolgshaftung bei Verfall in Siechtum oder Geisteskrankheit 107.  
 Erinnerung (s. a. Amnesie) 465 ff.  
 — und Alkohol 19, 468.  
 — nach Bewusstlosigkeit 464.  
 — bei Epilepsie 469, 678, 680.  
 — nach Hypnose 101, 102.  
 — aus der Kindheit 466.  
 — nach Narkose 102.  
 — bei Schwachsinn 704.  
 — an Träume 466, 473.  
 — bei pathol. Rausch 639.  
 — und Zeugenaussagen 122, 123, 405, 406, 409.  
 Erinnerungstäuschungen, normale 405, 406, 409, 470.  
 — krankhafte 443 ff.  
 — bei Polyneuritis 650.  
 — identificierende 445.  
 Erpressertum (u. § 175 St.G.B.) 495.  
 Errötungsangst 417.  
 Erweichungsherde im Hirn 624 ff.  
 Euphorie 459.  
 Exhibitionismus 490, 500 ff., 614, 620, 664.

## F.

Fabulieren 444, 691, 693, 704.  
 Fahrlässigkeit, ärztliche, 110 ff.  
 Familiäre Krankheiten 411.  
 Fetischismus 499.  
 Flexibilitas cerea 478.  
 Folie à deux 530.  
 — raisonnée 568.  
 Freiheitsstrafen bei Geisteskranken 144.  
 Fürsorge, einstweilige bei Entmündigung 294.

## G.

Gebärende, abnormer Zustand 29, 210, 476, 585.  
 Gebrechen, geistige, 323, 330.  
 Gebührenordnung für Sachverständige 135 ff.

Gedankenlautwerden 423.  
 Gedächtnis 439 ff. (s. a. Erinnerung und Merkfähigkeit).  
 — bei Idioten 518.  
 — individ. Verschiedenheiten 408.  
 — krankhafte Störungen 439 ff.  
 — und Zeugnisfähigkeit Geisteskranker 446.  
 Gefäßveränderungen im Senium 618.  
 — nach Trauma 627.  
 Gefängnispsychosen 586 ff.  
 Gefühle, Einfluss auf das Handeln 448.  
 — Anomalien 447 ff.  
 Gehirn und geistiges Geschehen 8, 33, 226, 398, 399, 460, 658.  
 Gehörstäuschungen s. Sinnestäuschungen.  
 Gehörshallucinationen 422 ff.  
 Geisteskrankheit, Anfechtung der Ehe 346.  
 — Aufhebung der geistigen Gemeinschaft 353.  
 — Entmündigung 231 ff.  
 — dreijährige Dauer 350.  
 — u. § 51 St.G.B. 29.  
 — u. §§ 176, 2 St.G.B., 96.  
 — §§ 224, 225, 228 St.G.B. 104, 105.  
 — Unheilbarkeit 357.  
 Geisteskranken, als Angeklagte, Angeschuldigte und Verurteilte 140 ff.  
 — Freiheitsstrafe 144.  
 — Schriftstücke als diagnostisches Hilfsmittel 549, 615, 616, 626.  
 — im Strafvollzuge 144, 145.  
 — Todesstrafe 144.  
 — Verurteilung nicht erkannter G. 612, 621.  
 Geistestätigkeit abhängig vom Gehirn 8, 398, 399.  
 — krankh. Störung 13, 18.  
 — Störung der G. (zivilr.) 209 ff.  
 Geistesstörung, anscheinend isolierte 399.  
 — neurasthenische 695 ff.  
 — vorübergehende zur Zeit der Eheschliessung 338.  
 — zur Zeit der Eheschliessung 333.  
 Geistesschwäche (s. a. psych. Schwäche und Schwachsinn), angeborene 29.  
 — Entmündigung wegen G. 231 ff., 253 ff., 336.  
 Gemeingefährlichkeit im Verhältnis zur Entmündigung 242.  
 — bei Trunksucht 310.  
 Gemeingefühl 448.  
 Gemeinschaft, geistige,  
 — Aufhebung 352.  
 — Aussichtslosigkeit der Wiederherstellung 357.  
 Gemütsbewegungen s. Affekte.  
 Generalprävention 38.  
 Genussmittel 482.  
 Geruchstäuschungen s. Sinnestäuschungen.  
 Geschmackstäuschungen s. Sinnestäuschungen.  
 Geschäftsfähigkeit 155, 157 ff., 331 ff.  
 — beschränkte 162, 335.  
 Geschäftsunfähigkeit 162.  
 Geschlecht, prinzipielle Verschiedenheiten nach dem G. 405.  
 — weibliches von Einfluss 405.  
 — — Bedeutung der Menses 406.



Geschlechtliche Vergehen begangen an und von  
Geisteskranken **94 ff.**  
— — § 174, 3 St.G.B. 94.  
— — § 175 St.G.B. 95, **495 ff.**  
— — Jugendlicher 54.  
— — an Hypnotisierten **24, 100.**  
— — an Betrunkenen **103.**  
— — bei Schwachsinn 706.  
Geschlechtstrieb **485 ff.**  
— abnorm frühes Auftreten 416, 487.  
— abnorme Stärke 487, 489.  
— abnorme Bestimmbarkeit 416.  
— Anomalien **485 ff.**  
— Herabsetzung 489.  
— Onanie 488.  
— Perversion und Perversität 416, 492.  
— Steigerung nach Entziehung des Morphiums 586.  
— Verschiedenheiten, individuelle 487.  
Gesichtstäuschungen s. Sinnestäuschungen.  
Gesetzbuch, bürgerliches **153 ff.**  
Gesundheitserklärung, leichtsinnige, durch Aerzte 544.  
Glioze der Hirnrinde 624.  
Greisenalter 618.  
— normale Eigentümlichkeiten 405.  
Grenzzustände **533 ff.**, 712.  
Größenideen **434 ff.**  
— und Urteilsschwäche 434 ff.  
— komb. mit Verfolgungsideen 435.  
Grüblersucht 509.  
Gutachten 226, 272, 292, **545 ff.**  
— Aeusserung über freie Willensbestimmung 401, 439.  
Gültigkeit von Rechtsgeschäften 161.

## H.

Hallucinationen (s. a. Sinnestäuschungen) **421 ff.**  
— des Gehörs 422.  
— Gesichts 425.  
— der anderen Sinne 426.  
— bei Epilepsie 670, 677.  
Handeln, impulsives 417, 424, **503 ff.**, 634, 702.  
— bei Melancholie 574.  
— Kennzeichen bewusstlosen H. **463 ff.**, 681.  
Handlungen, beischlafähnliche **495 ff.**  
Hebephrenie **706 ff.**  
Hemikranie 207, 476.  
Hemmung, psychische 478, 572.  
Hirnabscess 624 ff.  
Hirnatrophie, senile 619.  
Hirngeschwulst 624.  
Hirnglioze 624.  
Hirnrinde, Bedeutung 399.  
Hirnsyphilis 624 ff.  
Höhenangst 509.  
Hypnose **23 ff.**  
— falsche Anschuldigungen 101.  
— kriminelle Gefahr 24, 27.  
— geschlechtliche Vergehen 24, 100.  
— Eheschliessung 338.  
— Erinnerungstäuschungen 443.  
Hypnose und Hysterie 24.

Hypnose zivilrechtlich 213.  
— Verhalten der Erinnerung 101, 468, 469.  
Hypochondrie 607.  
Hysterie **682 ff.**  
— Anschuldigungen, falsche 445, 692.  
— Anfälle 683.  
— Bewusstlosigkeit 207, 211.  
— Charakter 690.  
— Dämmerzustände 685.  
— — und Eheschliessung 338.  
— Ehescheidung 361.  
— Entmündigung 281.  
— Erinnerungsfälschungen 443.  
— Hypnoide 686.  
— Irresein, postparoxysmell bei jugendlichen H. 690.  
— körperlich-nervöse Störungen 683.  
— Melancholie u. Paranoia 691.  
— Pseudologia phantastica 445.  
— Psychosen 684.  
— als Siechtum oder Geisteskrankheit 106, 109.  
— Wesen 682.  
Hysteroepilepsie 684.

## I.

Ideenflucht 569.  
Ideenflüchtige Verwirrtheit 569.  
Idioten 32, 33, 515, **698 ff.**  
Idiotengedächtnis 518.  
Illusionen **421 ff.**  
Imbecillität **698 ff.**  
Impotenz, Anfechtung der Ehe 345.  
Impulsives Handeln 417, 424, **503 ff.**, 634, 702.  
Incubus 426.  
Infantilismus 414.  
Infektion, psychische 437.  
Intelligenzprüfung 9, 521.  
Intervalle, lucide 581.  
Intervallsymptome 581, 582.  
Intoleranz gegen Tabak 415.  
— — Alkohol 415, 612, 616, 620, 627, **635 ff.**, 652.  
— — Hitze 627.  
Inzucht, Wirkung 412.  
Insanity, moral 33, **522 ff.**  
Irresein, akutes, hallucinat. **582 ff.**  
— und Ehescheidung 361.  
— Erkennung **522 ff.**  
— hysterisches bei Jugendlichen 690.  
— impulsives 417, 481, 503.  
— induciertes **529 ff.**  
— manisch-depressives 280, 302, 577.  
— moralisches 33, 448, **522 ff.**, 711.  
— partielles 32.  
— periodisches 280, **577 ff.**  
— und Strafrechtsreform 5, 33, 524.  
— zirkuläres 280, **577 ff.**  
Jugendliche, Affekte bei J. 54, 55, 453.  
— bürgerliche Ehrenrechte 66.  
— Gefängnisstrafe 57.  
— hysterisches Irresein 690.  
— impulsives Handeln 506.  
— Militärdienst 66.

- Jugendliche, Nachtwandeln 474.  
 — Todesstrafe 56.  
 — Verantwortlichkeit, strafr. 51 ff.  
 — Vergehen der J. (Statistik) 53, 64.  
 — Vorschläge, strafr. Behandlung 59.

## K.

- Katatonie 573, 706 ff.  
 Kinder, Charakterzüge normale 405.  
 — Pavor nocturnus 475.  
 — Pseudologia phantastica 405.  
 — Tötung durch geistesranke Eltern 574.  
 — Tötung in oder nach der Geburt 29, 586.  
 — Schädigung durch Kindermädchen 506.  
 — Verantwortlichkeit strafr. 51 ff.  
 — als Zeugen 404 ff.  
 Kindermädchen, psychisch abnorme 506, 704.  
 Kleptomanie 504.  
 Kopfverletzungen 626, 658.  
 Koprolalie 506.  
 Körperverletzung und Alkohol 22, 570, 653.  
 Korsakow'sche Psychose 650.  
 Krankenwärter, als Medizinalperson 94.  
 Kretinismus 515.  
 Kriminalstatistik 53, 54.  
 Krisen, bei Zwangszuständen 509.

## L.

- Ladendiebe 500, 692.  
 Landarmenverband, Antragsteller bei Entmünd.  
 wegen Trunksucht 318.  
 Leichenschändung 499.  
 Liquidation des Sachverständigen 137.  
 Litteraturverzeichnis:  
 zu Strafrecht und Strafprozess 147 ff.  
 zum B.G.B. 387 ff.  
 zur allgem. ger. Psychopathologie 554 ff.  
 zur spec. ger. Psychopathologie 628 ff. und  
 714 ff.  
 Lombroso's Lehre 5, 524.  
 Lustmord 499.

## M.

- Manie 567 ff.  
 — periodische 577 ff.  
 — Ehescheidung 361.  
 — Entmündigung 280.  
 — impulsives Handeln 505.  
 Mängel, körperliche und Testierfähigkeit 371.  
 Masochismus 499.  
 Massendelikte 19.  
 Massenillusionen 407, 426.  
 Masseninduktion 531.  
 Masturbation s. Onanie.  
 Medizinalpersonen, Begriff derselben 94.  
 — Missbrauch autoritat. Stellung 94.  
 Melancholie 478, 571 ff.  
 — agitata 573.

- Melancholie, periodische 577.  
 — Ehescheidung 361.  
 — Entmündigung 280.  
 — stupida 573.  
 — Zustandsbild der M. bei anderen Psychosen  
 573.  
 Menstruation, Auftreten spätes als Entartungs-  
 Zeichen 414.  
 — Diebstahl während der M. 406.  
 — bei Hysterie 682.  
 — Selbstmord 406, 478, 479.  
 — Veränderungen, geistige 211, 406.  
 Merkfähigkeit 409, 440, 441, 619.  
 Migräne, Bew. Trübung 476.  
 Mildernde Umstände 20, 35, 36, 533.  
 Militärdienst bestrafter Jugendlicher 66.  
 — und Schwachsinn 701, 702, 708.  
 Militärpsychosen 702.  
 Minderjährige, Geschäftsfähigkeit 166.  
 Minderwertigkeiten, psychopathische 415.  
 Minderwertigkeitsideen 433, 571.  
 Missbildungen, lokale, als Entartungszeichen  
 414.  
 Monomanien 32, 504.  
 Moriaartige Zustände 661.  
 Morel's Schema der erblichen Entartung 412.  
 Morphium 103, 484.  
 Morphinismus 307, 482, 654 ff.  
 — Bedeutung gerichtl. 307, 484, 656.  
 — Entmündigung 307.  
 — und Trunksucht 307.

## N.

- Nachtwandeln 28, 474 ff.  
 Nahrungstrieb 481 ff.  
 Nahrungsvorweigerung 434.  
 Narkose, Erinnerung nach 102.  
 — Gefahr für den Arzt (falsche Anschuldi-  
 gungen) 102, 426.  
 — Möglichkeit unfreiwilliger 102.  
 — und § 176, 2 St.G.B. 102.  
 — Sensationen bei N. 426.  
 Narkotica und Bewusstlosigkeit (zivilr.) 208.  
 Narkotisierung im Schlafe 102.  
 Negativismus 478, 707.  
 Neuralgien, Bewusstseinstörung dabei 476.  
 Neurasthenie 695 ff.  
 — Affekte 454.  
 — Angst 457, 696.  
 — Dämmerzustände 696.  
 — und Entartung 415.  
 — Geistesstörung 695.  
 — Wahnideen 430.  
 Neurosen, Seelenstörungen bei N. 657 ff.  
 Nichtigkeit von Rechtsgeschäften 161.  
 Normal, Begriff des N. 11, 396, 491.  
 — Mensch, der n. vor Gericht 402 ff.  
 Nymphomanie 489.

**O.**

Ohrformen, abnorme 414.  
 Onanie 488.  
 Onomatomanie 509.  
 Open-door-System 110.  
 Opium 103.  
 Organisch bedingte Seelenstörungen 610 ff.

**P.**

Paralyse, progressive 400, 610 ff.  
 — — Abstumpfung 449.  
 — — Affekte 456.  
 — — Anfälle 611.  
 — — Angst 457.  
 — — Alkohol-P. 651.  
 — — Eheschliessung 337.  
 — — Ehescheidung 360.  
 — — Entmündigung 278.  
 — — Geschlechtstrieb 490.  
 — — Wiederaufhebung der Entm. 301.  
 — — Frühdiagnose 612 ff.  
 — — Gedächtnis 446.  
 — — Gefährlichkeit 616.  
 — — körperliche Störungen bei P. 612.  
 — — Merkfähigkeit 441.  
 — — Remissionen 611, 616.  
 — — Testierfähigkeit 367.  
 Paranoia acuta 586.  
 — — alcoholica 648.  
 — — chronische 557 ff.  
 — — combinatorische 589.  
 — — hallucinatorische 602.  
 — — hypochondrische 607.  
 — — querulans 595.  
 — — Ehescheidung 360.  
 — — Entmündigung 276.  
 — — Gefährlichkeit 591, 604, 608.  
 — — Prinzipielles über P. 587 ff.  
 — — Testierfähigkeit 368.  
 Paranoide Zustände 674.  
 Paderastie 494, 498.  
 Pavor nocturnus 475.  
 Periodicität als Entartungszeichen 417.  
 — von Delikten bei Epilepsie 505.  
 — von Geistesstörungen 478, 577.  
 Persönlichkeit, geistige 32, 397, 418.  
 — — Verfall 436.  
 Personenverkenennung 426.  
 Perversion 416, 449, 492.  
 Perversität 449, 492.  
 Petit mal siehe Epilepsie.  
 Pflegschaft 321.  
 — im Verhältnis zur Vormundschaft 321.  
 Phobien 509, 696.  
 Platzangst 509.  
 Periomanie 666.  
 Polyneuritische Psychose 650 ff.  
 — — Merkfähigkeit 441.  
 — — Gedächtnis 446.  
 Pubertätsschwachsinn 520.  
 Praecordialangst 457.  
 Praedisposition 413.

Protokollierung, stenographische, von Zeugen-  
 aussagen 403.

Pseudoparalyse, alkoholische 651.  
 Pseudologia phantastica 405, 410, 444.  
 Psychiatrie im Staatsexamen 129.  
 Psychologie, Criminal- 404.  
 Psychopathologie, allgemeine gerichtl. 393 ff.  
 — specielle gerichtl. 563 ff.  
 Psychosen, Einteilung 565.  
 — Einfluss vorübergehender (zivilr.) 197 ff.  
 — — dauernder (zivilr.) 218 ff.  
 Puerperalpsychosen 585.

**Q.**

Querulantenwahnsinn 432, 594 ff.

**R.**

Raptus melancholicus 573, 574.  
 Rausch 18, 19, 20, 100, 211, 468, 476, 633,  
 634, 637, 653.  
 — absichtlich herbeigeführter (§§ 177 u. 178  
 St.G.B.) 103.  
 — und Bewusstlosigkeit (zivilr.) 208.  
 — pathologischer 28, 637, 653.  
 Rauschzustände, komplizierte 637, 653.  
 Reichsgerichtsentscheidungen 21, 33, 43, 94,  
 95, 96, 109, 115, 116, 124, 130, 131, 133,  
 135, 139, 141, 142, 143, 213, 220, 221,  
 243, 275, 294, 297, 310, 320, 323, 327,  
 351, 352, 355, 362, 364, 375, 376, 377,  
 379, 384, 527, 593.  
 Rechtsgefühl, normales und krankhaftes 599.  
 Rechtsfähigkeit 178.  
 Rechtsgeschäft 153 ff.  
 Reflexvorgang und impulsives Handeln 504.  
 Reizbarkeit, krankhafte 456.  
 — bei Alkoholismus 635.  
 — — Epilepsie 658.  
 — — Hysterie 692.  
 — — Neurasthenie 696.  
 — — Schwachsinn 520.  
 — zornige 453.  
 Reizhungser 482.  
 Rekonvalscenz, psych. Anomalien 430.  
 Rekognoscierung und Gedächtnis 409.  
 Residualwahn 30—32, 438.  
 Rückfällige 5, 6, 540.

**S.**

Sachverständige, ärztliche, Aufgabe im Allge-  
 meinen 397, 401, 532.  
 — — Strafrecht 3, 127.  
 — Akteneinsicht 131.  
 — bei Anfechtung der Ehe 344, 349.  
 — Antrag des S. als Voraussetzung bei Ein-  
 weisung in eine Irrenanstalt 132.  
 — Ablehnung 134.  
 — bei d. Entmündigung 290, 314.  
 — Entschädigung 135.  
 — Gebühren 135.  
 — Gutachten (s. a. Entmündigung) 545 ff.



Sachverständige Hinzuziehung bei Taubstummheit 72.  
 — — — Trunksucht 314.  
 — Tätigkeit im Strafrecht 127.  
 — — bürgerl. Recht 225 ff., 270 ff., 290, 314, 344.  
 — nicht sachverständige S. 129, 546, 595, 597.  
 — Verteidigung 134.  
 Sadismus 498.  
 Satysiasis 489.  
 Schädelformen 414.  
 Schlaftrunkenheit 28, 210, 473 ff.  
 — Bewusstsein dabei 462.  
 — und Epilepsie 28.  
 — und § 176, 2 St.G.B. 99, 100.  
 Schlafzustände bei Alkoholismus 638.  
 Schriftstücke von Geisteskranken 549, 615, 616, 626.  
 Schreckhaftigkeit bei Alkoholismus 635.  
 Schutzmassregeln Geisteskranker 438.  
 Schwachsinn (s. a. psych. Schwäche) Eheschliessung 339.  
 — Entmündigung 231, 275.  
 — moralischer 33, 522 ff., 701.  
 — Testierfähigkeit 368.  
 — Wahnideen 437.  
 Schwäche, reizbare, s. Neurasthenie.  
 — psychische 53 ff.  
 — — anatomische Grundlage 514.  
 — — Abgrenzung 515.  
 — — Affekte 519.  
 — — Gefühle 449, 519.  
 — — Nomenklatur 515, 698.  
 Schwächezustände, geistige 698 ff.  
 Schweisse, epileptische 675.  
 Schwindelanfälle, epileptische 675.  
 Schwindler, pathologische 445.  
 Selbstbewusstsein s. Bewusstsein.  
 Selbsthilfe bei Halluzinanten 424.  
 — — Paranoia 590.  
 — — bei Wahnideen 432.  
 Selbstbeschuldigungen 143, 433, 576, 705.  
 Selbstmord bei Hypochondrie 434.  
 — — Melancholie 433, 574.  
 — — Menstruation 406.  
 — und Testierfähigkeit 376.  
 — mit Tötung Dritter 433.  
 Selbstverbrennung 433, 574, 691.  
 Selbstverstümmelung 434, 574.  
 — bei Sensationen 426.  
 Selbstvorwürfe 433, 572.  
 Selbstüberschätzung 435.  
 Senium s. Greisenalter u. Dementia senilis.  
 — praecox 619.  
 Sensationen 426, 434.  
 Sexualtrieb s. Geschlechtstrieb.  
 Sexuelle Anomalien des Fühlens 449.  
 — Delikte s. geschlechtl. Vergehen.  
 Sexualempfindung, konträre 493 ff.  
 Signale 414.  
 Siechtum 105, 108.  
 Simulation geistiger Störung 131, 539 ff., 705.  
 Sinnestäuschungen 420 ff.  
 — Einzelhaft 586.

Sinnestäuschungen Einfluss, zwingender 424.  
 — Entmündigung 279.  
 — forensische Bedeutung 422.  
 — gesetzmässige 420.  
 — gefährliche Reaktion auf S. 425.  
 — Hysterie 685.  
 — Kennzeichen für das Bestehen von S. 427.  
 — und Wahnideen 425.  
 Sinnestäuschung, trunfkällige 642.  
 Sittlichkeitsdelikte s. geschlechtl. Vergehen.  
 Sklerose, multiple 624 ff.  
 Somnambulismus 23, 28, 474 ff.  
 Somnolenz 473.  
 Sopor 473.  
 Specialprävention 38.  
 Sterbende, Testierfähigkeit 370.  
 Stigmata hereditatis s. Entartung.  
 Stimmen (s. a. Sinnestäuschungen) 423, 438.  
 — innere 423.  
 — imperative 424, 574.  
 Stimmungsanomalien (s. a. Affekte) bei Alkoholismus 644.  
 — Entmündigung 280.  
 — bei Epilepsie 660.  
 — bei Schwachsinn 702.  
 Stehltrieb 506.  
 Störungen, körperliche 537 ff.  
 — — bei geistiger Schwäche 699.  
 Strafaufschub bei Geisteskranken 144.  
 Strafe, Wirkungen 10, 497, 712.  
 Strafgesetze ausserdeutscher Staaten 20, 34, 39, 40, 44, 45, 55, 56, 98, 99, 104, 105, 126.  
 — — — tabell. Zusammenst. 73.  
 Strafrecht 3 ff.  
 — Reform 7, 524.  
 Strafprocessordnung 122 ff.  
 Strafunmündigkeit 47 ff.  
 — relative 47 ff.  
 Strafvollzug bei Geisteskranken 144, 145.  
 — — moral. Irrescin 524.  
 — Reform 38.  
 Stupor 478, 671.  
 — und Angst 458.  
 Succubus 426.  
 Suggestion 23 ff., 481, 485, 521, 682.  
 — à échéance 25.  
 Syphilis und Erbllichkeit 412.  
 — des Gehirnes 624 ff.

## T.

Taubstummheit 63 ff.  
 — Entmündigung 283.  
 — im Strafrecht 68 ff., 141.  
 — Zuziehung Sachverständiger 72.  
 Testierfähigkeit 263, 363 ff.  
 — bei Bewusstlosigkeit 369.  
 — — Dementia senilis 367.  
 — und Entmündigung 364.  
 — körperliche Mängel 371.  
 — bei Paralyse 367.  
 — — Paranoia 368.  
 — — Schwachsinn 368.

Testierfähigkeit und Selbstmord 370.  
 — Sterbender 370.  
 That, diagnostische Bedeutung 463, 549, 614, 693.  
 Tic's als Entartungszeichen 414.  
 — und impulsives Handeln 505, 506.  
 Tobsucht 584.  
 Todesstrafe bei Geisteskranken 144.  
 — — bei Jugendlichen 56.  
 Trance, alkoholischer 642.  
 Trauma und Geistesstörung 626, 682.  
 Träume, Bewusstsein dabei 466.  
 — Erinnerung 466.  
 Traumzustände, epileptische 666.  
 — hysterische 686.  
 Tremor, essentieller, als Entartungszeichen 414.  
 Triebe, Anomalien **479** ff.  
 — Bestimmbarkeit, abnorme 480.  
 — Handlungen, im Verhältniss zur Willenshandlung 477, 480, zum impulsiven Handeln 503.  
 — Handlungen bei Hebephrenie 708.  
 — Richtungen, abnorme 418.  
 — zum Weglaufen (s. Poromanic) 666.  
 Trinker s. Trunksucht und Alkoholismus.  
 Trinkerheilanstalten 22, 313.  
 Trunkfällige Sinnestäuschung 642.  
 Trunkenheit, selbstverschuldete, im Militärstrafgesetzbuch 20.  
 — zivilrechtlich 211.  
 — und § 176, 2 St.G.B. 100.  
 Trunksucht (s. a. Alkoholismus).  
 — Entmündigung **305** ff.  
 — Gemeingefährlichkeit 310.  
 — periodische, bei Epilepsie 661.  
 — Sachverständigenthätigkeit 314.

## U.

Ueberlagerung 566.  
 Umstände, mildernde 20, 35, 36 ff., 533.  
 Unterschlagung 636.  
 Untersuchungsgefangene, Haftbarkeit der Irrenärzte für solche 112.  
 Unzucht, widernatürliche 95, 495.  
 Unzüchtige Handlungen unter Missbrauch des Autorit.-Verh. 94.  
 Unzurechnungsfähigkeit **13** ff.  
 — partielle 41.  
 — Residualwahn und U. 30.  
 Unwürdigkeitsideen 433, 571.  
 Uranismus 493.  
 Urningsliebe 493.  
 Urteilsvermögen bei psych. Schwäche **510** ff.

## V.

Verantwortlichkeit, graduelle Abstufung 52.  
 — des Irrenarztes **10** ff., 383.  
 — moralische 6.  
 — des Pflegepersonales 383.  
 — sociale 6.  
 — strafrechtliche 4, 6.

Verbigeration 708.  
 Verblödungsprocesse **706** ff.  
 Verbrechen an Hypnotisirten 24 ff.  
 — Statistik 5, 6, 53, 64,  
 — Ursachen 5.  
 Verbrecher, geisteskrank 112, 144, 145, 587.  
 — unverbesserliche 5 ff.  
 Verfahren, objektives (§ 40 St.G.B.) 593.  
 Verfolgungsideen 431, 435, 603.  
 Vertheidigung des Sachverständigen 134.  
 — Voraussetzungen und Bestimmungen **123** ff.  
 Vergiftungen, chronische, Seelenstörungen bei solchen **633** ff.  
 Verhandlungsfähigkeit Geisteskranker **141** ff.  
 Verlangsamung des geistigen Geschehens 518.  
 Verstimmung, constitutionelle 449.  
 Verschwendung 435.  
 Verständigung, Begriff (zivilr.) 325.  
 Verwirrtheit (Amentia) 583.  
 — acute hallucinator. **582** ff.  
 — und Entmündigung 279.  
 — hallucinat. bei Epilepsie 685.  
 — — — Schwachsinn 702.  
 — bei Neurasthenie 697.  
 — idenflüchtige 569.  
 Verrücktheit **587** ff. (s. a. Paranoia).  
 — originäre 589.  
 — primäre 589.  
 Volljährigkeit 163.  
 — Erklärung derselben 232.  
 Volltrunkenheit, Erinnerung dabei 19.  
 — Gebahren dabei 19.  
 — als Strafausschliessungsgrund 18.  
 Vorbesuche des Sachverständigen 137.  
 Vorgeschlagene Zusätze zum St.G.B. 118.  
 Vormundschaft (s. Entmündigung), vorläufige **319** ff.  
 — und Pflegschaft 321.  
 Vorstellungsguppe, permanente 461.  
 Vorschläge für Aenderung des § 51 St.G.B. 46.  
 — — — § 56 St.P.O. 126.

## W.

Wachsuggestion 213, 443.  
 Wahnideen 211, **428** ff.  
 — und Affekte 435.  
 — Definition 428.  
 — depressive 429 ff.  
 — expansive 429 ff.  
 — Einfluss auf das Handeln 429, 433.  
 — Entmündigung 276.  
 — gerichtl. Bedeutung 437.  
 — Grössenideen 429 ff.  
 — hypochondrische 427, 434.  
 — inducierte 531.  
 — isolierte 32.  
 — melancholische 433, 572.  
 — Nachweis 438.  
 — schwachsinnige 437.  
 — Urteilschwäche 429.  
 — und Zwangsvorstellungen 436, 508.  
 Wahnbildung bei periodischen Formen 577.

Wahnsinn 583, 584.  
 — acuter halluc. der Trinker 647.  
 Wahnsystem 436.  
 Wille 477 ff.  
 Willenlosigkeit 98, 99, 113.  
 Willensäußerungen, Incohärenz 671, 682.  
 Willensbestimmung, freie 13 ff., 396, 400 ff.  
 Willenserklärung (s. a. Geschäftsfähigkeit), Einfluss vorübergehender Psychosen bei Abgabe von W. 197 ff.  
 — und Bewusstlosigkeit 201 ff.  
 Willensfreiheit 7, 10, 11, 46.  
 Willenshandlungen im Verhältnis zu Triebhandlungen 477.  
 Wochenbettpsychosen 585.  
 Wohnsitz, bestimmt vom Vormund 311.  
 Wollen, Störungen des W. 477 ff.  
 Wunderkinder 415.

## Z.

Zerfahrenheit 706.  
 Zeugenaussagen, allgemeiner Wert 403.  
 — Fehlerquellen 404 ff.  
 — Geisteskranker 122.  
 — jugendliche 123.  
 — kindliche 404.  
 — Verschiedenheit der Geschlechter 405.  
 Zirkuläres Irresein 577 ff.  
 Zopfabscneider 500.

Zornmütigkeit 453, 520.  
 — bei Epilepsie 673.  
 Zurechnungsfähigkeit:  
 — der Geisteskranken 13 ff.  
 — der Jugendlichen 47 ff.  
 — partielle 30 ff., 41.  
 — der Taubstummen 68 ff.  
 — verminderte 34 ff., 66, 533, 536, 537, 552.  
 — Zusammenstellung der Bestimmungen über Z. in den Staaten Europas 73 ff.  
 Zustände, abnorme, der Gebärenden 29, 210, 585.  
 — epileptoide 675.  
 — psychopathische 36.  
 Zufälle der Entarteten 416.  
 Zwangsanstriebe 510 ff.  
 Zwangserziehung 61, 62, 63.  
 Zwangshandlungen 51.  
 — sexuelle 490 ff.  
 Zwangsimpulse 510 ff.  
 Zwangsvorgänge, psychische 506 ff.  
 — — als Entartungszeichen 417, 418.  
 — — gerichtliche Bedeutung 513.  
 — — bei Neurasthenie 696.  
 — — bei Schwachsinn 702.  
 Zwangsvorstellungen 211, 506 ff.  
 — Definition 508.  
 — und Entmündigung 279.  
 — und Wahnideen 436, 508.  
 Zwangsvorstellungs-Psychosen 508.  
 Zwillingsirresein 530.

## Druckfehler.

Seite 529 lies Kapitel XIII statt Kapitel XII.  
 Seite 552 Zeile 8 von unten lies „eine“ statt „seiner“  
 Seite 581 Zeile 2 von unten lies „begriffliche“ statt „begreifliche“.  
 Seite 588 Zeile 2 von oben lies „lehrt“ statt „ehrt“.

JUN 1 C 1920

1919

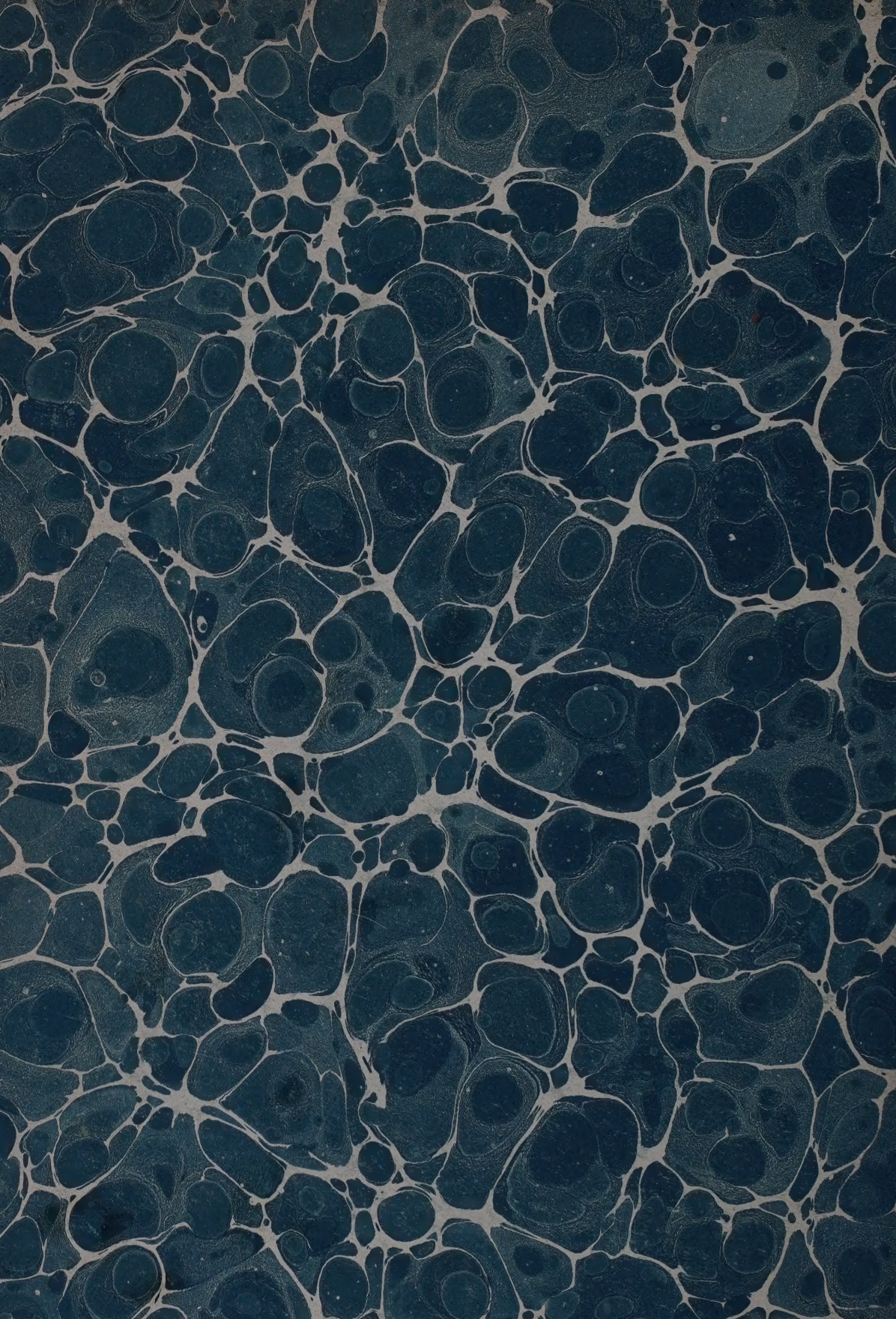














19.S.531.  
Handbuch der gerichtlichen Psychiatrie  
Countway Library BER3617



3 2044 045 953 981



19.S.531.  
Handbuch der gerichtlichen Psychiatrie  
Countway Library BER3617



3 2044 045 953 981